

**Frankreich und die EU-Osterweiterung:
Bestimmungsfaktoren französischer Europapolitik unter Staatspräsident Jacques
Chirac (1995-2005). Ein Beitrag zur Politischen Kulturforschung**

DISSERTATION

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae

(Dr. phil.)

vorgelegt

der Fakultät Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften
der Technischen Universität Dresden

von Eva Hommer

geboren am 12. Januar 1977 in Andernach

1. Gutachter: Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo Kolboom

2. Gutachterin: Prof. Dr. Maria Lieber

Datum der Verteidigung: 10.04.2012

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Vorstellung des Themas und methodische Einordnung 14

Kapitel I: Einleitung, Fragestellung und Zielsetzung 14

1. Von 1989 nach 2009 – Das Ende des Eisernen Vorhangs und die Osterweiterung der Europäischen Union	14
2. Fragestellung und Zielsetzung	16
2.1 Untersuchungsgegenstand	16
2.2 Der Untersuchung zugrundeliegende Annahmen	18
2.3 Zielsetzung	20
3. Frankreich und die EU-Osterweiterung	21
4. Konsequenzen der EU-Osterweiterung für die französische Europapolitik	28
4.1 Positive und negative Aspekte	28
4.2 Die Herausforderung der Vermittlung der Osterweiterung in Frankreich	32
4.3 Systematisierung des französischen Verhältnisses zur Osterweiterung mit Hilfe von Analysekatégorien	34

Kapitel II: Methodische Einordnung, begriffliche Klärungen und Vorgehensweise 37

1. Forschungsstand und Desiderate	37
1.1 Französische Außen- und Europapolitik	37
1.2 Osterweiterung	38
1.3 Forschungsrelevanz	40
2. Schnittstelle Kulturwissenschaft	42
2.1 Kultur in der Politikwissenschaft	43
2.2 Romanistische Landes- und Kulturwissenschaften	44
3. Schnittstelle Politikwissenschaft	47
3.1 <i>Civic Culture</i> und Politische Kulturforschung	47
3.2 Außenpolitische Kultur und deren Forschungsrelevanz	50
4. Vorgehensweise und Korpusbestimmung	54
4.1 Definitionen für die vorliegende Arbeit	54

4.2 Bestandteile des Forschungsdesigns	56
4.2.1 Umfragedaten	56
4.2.2 Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten	60
4.2.3 Presse	64
5. Aufbau der Arbeit und Vorgehensweise bei der empirischen Analyse	70

Teil B: Inhaltliche Grundlagen **76**

Kapitel III: Frankreich und Europa **76**

1. Tradition mit Widersprüchen	76
2. Französische Europapolitik seit 1958	78
2.1 Verfassungsrechtliche Vorgaben – und die Verfassungswirklichkeit: Die Europapolitik als Teil der <i>domaine réservé</i> des Staatspräsidenten	78
2.2 Umsetzung französischer Europapolitik im Rahmen der Institutionen der V. Republik	80
2.3 Die großen Linien französischer Außen- und Europapolitik 1958-1995	83
3. Jacques Chirac und Europa	88
3.1 Kurzabriss der politischen Karriere	88
3.2 Entwicklung von Jacques Chiracs Haltung zur europäischen Integration – Vom „Appel de Cochin“ zum Europäer	89
3.3 Fazit	97

Kapitel IV: Frankreichs Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa vor und nach 1989 **99**

1. Frankreich und der Osten Europas bis 1989	99
2. Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa zu Beginn der 1990er Jahre	101
3. Französische Initiativen zur Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten vor deren EU-Beitritt	102
4. Zwischenfazit	105

Kapitel V: Politische Kultur und außenpolitische Kultur in Frankreich **107**

1. Das republikanische Modell	107
-------------------------------	-----

2. Politische und außenpolitische Kultur der V. Republik	110
3. Französische politische Kultur und europäische Integration	115

Teil C: Empirische Analyse **121**

Kapitel VI: Die ersten Amtsmonate von Jacques Chirac als französischer Staatspräsident (1995) **121**

1. Erste europapolitische Grundsatzentscheidungen des neuen Staatspräsidenten Chirac und der Europäische Rat von Cannes	122
2. Bewertung der ersten europapolitischen Schritte Chiracs in der Presse	133
3. Stand der öffentlichen Meinung zu Europa zum Zeitpunkt der französischen Ratspräsidentschaft	137
4. Einhaltung der Konvergenzkriterien oder Bekämpfung der <i>fracture sociale</i> ?	141
5. Der Europäische Rat von Madrid	146
6. Bilanz der ersten Amtsmonate von Staatspräsident Chirac	150

Kapitel VII: Die Osterweiterung im Fokus französischer Europapolitik (1996) **151**

1. Europa in der französischen Presse zu Beginn des Jahres 1996	152
2. Das europäische Sozialmodell als Thema französischer Europapolitik	155
3. Die Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages	162
3.1 Französische Positionen für die Regierungskonferenz	165
3.2 Pressebewertung der Regierungskonferenz	172
3.3 Umfragedaten zur Regierungskonferenz	176
4. Reise nach Polen	183
5. Zwischenfazit und Bilanz des Jahres 1996	189

Kapitel VIII: Einigung über den Vertrag von Amsterdam (1997) **191**

1. Reisen nach Ungarn, Rumänien und in die Tschechische Republik	192
2. Auflösung der Nationalversammlung und vorgezogene Neuwahlen – „Et puis, il y a l'Europe.“	203
3. Europäischer Rat von Amsterdam	207
3.1 Reformbeschlüsse von Amsterdam in institutionellen und	

verfahrenstechnischen Fragen	207
3.2 Pressebewertung der Beschlüsse von Amsterdam	213
3.3 Umfragedaten im zeitlichen Umfeld des Amsterdamer Gipfels	215
4. Die Agenda 2000 und weitere Schritte zur Vorbereitung der Erweiterung	217
5. Europäischer Rat von Luxemburg	223
6. Umfragedaten im Umfeld des Luxemburger Gipfels	227
7. Bilanz des Jahres 1997	230

Kapitel IX: Auf dem Weg zu einer größeren Union:

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen (1998) 233

1. Die französische Haltung zur Erweiterung in den ersten Monaten des Jahres 1998	234
2. Die Europäische Konferenz in London und die Eröffnung der ersten Beitrittsverhandlungen	239
3. Chiracs Pressekonferenz zu Europa	243
4. Weiterentwicklungen im Erweiterungsprozess und bei der Reform der EU-Institutionen in der zweiten Jahreshälfte 1998	248
4.1 Europäischer Rat von Cardiff	248
EXKURS: Regierungswechsel in Bonn	250
4.2 Die Eröffnung der ersten Kapitel der Beitrittsverhandlungen	251
4.3 Europäischer Rat von Wien	253
5. Umfragedaten 1998	258
6. Zwischenfazit am Ende des Jahres 1998	260

Zwischenfazit 1995-1998: Die Osterweiterung als abstrakte Perspektive im Hintergrund der französischen Europapolitik 261

Kapitel X: Einigung über die Agenda 2000 auf dem Weg zu einer neuen Erweiterungsstrategie (1999) 266

1. Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages in Frankreich	267
2. Europawahlen und Umfragedaten im Frühjahr 1999	271
3. Fortführung der Vorbereitung der EU-Erweiterung unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999	277
3.1 Einigung über die Agenda 2000	277

3.2 Europäischer Rat von Köln	281
4. Europäischer Rat von Helsinki unter finnischer Ratspräsidentschaft	285
5. Umfragedaten 1999	293
6. Zwischenfazit zum Ende des Jahres 1999	294

Kapitel XI: Französische Ratspräsidentschaft und

Vertrag von Nizza (2000) 296

1. Europäische Ratstreffen von Lissabon und Santa Maria da Feira unter portugiesischer Ratspräsidentschaft	297
2. Im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft	299
3. Jacques Chiracs Staatsbesuch in Deutschland	307
4. Stand der öffentlichen Meinung zu Europa am Beginn der französischen Ratspräsidentschaft	319
5. Französische Ratspräsidentschaft	324
6. Europäischer Rat von Nizza	333
6.1 Ergebnisse	334
6.2 Pressebewertung	345
6.3 Umfragedaten im Umfeld der französischen Ratspräsidentschaft	351
7. Bilanz des Jahres 2000 und der französischen Ratspräsidentschaft	353

Kapitel XII: Einleitung des europäischen Verfassungsprozesses vor dem Hintergrund einer neuen weltpolitischen Lage nach den Anschlägen des

11. September 2001 357

1. Die Bilanz von Nizza in der Diskussion	358
2. Schwedische Ratspräsidentschaft – Europäischer Rat von Göteborg	366
3. Umfragedaten in der ersten Jahreshälfte 2001	368
4. Reise ins Baltikum	375
EXKURS: Die Anschläge des 11. September 2001	386
5. Umfragedaten aus der zweiten Jahreshälfte 2001	387
6. Europäischer Rat von Laeken	390
6.1 Inhalte und Ergebnisse	390
6.2 Pressebewertung	392
7. Zwischenfazit am Ende des Jahres 2001	398

Kapitel XIII: Von Kopenhagen nach Kopenhagen: Der Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen für acht mittel- und osteuropäische Länder, Malta und Zypern (2002)	402
1. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich	404
1.1 Europa in Chiracs Präsidentschaftswahlkampf	406
1.2 Nach dem ersten Wahlgang	414
1.3 Zwischenfazit	419
2. Die öffentliche Meinung in Frankreich zum Zeitpunkt der Wiederwahl Chiracs	420
3. Fortschritte im Erweiterungsprozess unter spanischer Ratspräsidentschaft	426
4. Dänische Ratspräsidentschaft	428
4.1 Deutsch-französischer Kompromiss zur Agrarpolitik	429
4.2 Europäischer Rat von Brüssel	436
4.3 Europäischer Rat von Kopenhagen	440
5. Umfragedaten zur Erweiterung im zeitlichen Umfeld des Kopenhagener Gipfels	452
6. Bilanz des Jahres 2002	460
Zwischenfazit 1999-2002: Der Versuch der Gestaltung des Erweiterungsprozesses im französischen Interesse	463
Kapitel XIV: Krieg im Irak, Abschluss des Erweiterungsprozesses, vorläufiges Scheitern der Europäischen Verfassung (2003)	467
1. Symbolträchtige Relance der deutsch-französischen Beziehungen: 40 Jahre Elysée-Vertrag	468
2. Der amerikanische Militäreinsatz gegen den Irak	472
2.1 Fakten und Positionen	472
2.2 Chiracs Kritik an der Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten im Irak-Krieg	476
3. Griechische Ratspräsidentschaft	485
4. Umfragedaten des Frühjahrs 2003	491
5. Beginn der Debatte über eine Europäische Verfassung in Frankreich	499
6. Umfragedaten Herbst 2003	508
7. Europäischer Rat von Brüssel	513

7.1 Themen und Ergebnisse	513
7.2 Jacques Chirac zu den Ergebnissen von Brüssel im Dezember	514
7.3 Pressebewertung	518
8. Bilanz des Jahres 2003	521

Kapitel XV: Diskussion über die Europäische Verfassung vor dem Hintergrund der vollzogenen Osterweiterung und der Frage des EU-Beitritts der Türkei (2004)

	526
1. Ungarn-Reise und Pressekonferenz zu Europa	527
1.1 Ungarn-Reise	528
1.2 Pressekonferenz zu Europa	532
2. Umfragedaten im Frühjahr 2004	541
3. Einigung über einen Verfassungsentwurf und Fortsetzung der innerfranzösischen Debatte	545
3.1 Irische Ratspräsidentschaft - Themen und Ergebnisse des Ratstreffens vom Juni 2004	546
3.2 Entscheidung für eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages per Referendum	550
4. Niederländische Ratspräsidentschaft	559
5. Umfragedaten im Herbst 2004	563
6. Bilanz des Jahres 2004	566

Kapitel XVI: Scheitern der Europäischen Verfassung in Frankreich (2005) 570

1. Verlauf und Charakteristika der Debatte zur Europäischen Verfassung in Frankreich	571
2. Chiracs Beiträge zur Verfassungsdebatte	576
2.1 Die Verfassung als Thema der Neujahrsgrüße des Präsidenten	576
Exkurs: Die Bolkestein-Richtlinie	578
2.2 Fernsehdebatte über die Verfassung zwischen dem Präsidenten und jungen Franzosen	581
2.3 Chirac als Gast der 20Uhr-Nachrichten auf France 2	587
2.4 Weitere Stellungnahmen Chiracs	591
2.5 Zusammenfassende Bewertung der Interventionen Chiracs in der Referendumskampagne	596

3. Die Ablehnung der Verfassung durch die Franzosen und ihre innen- und europapolitischen Folgen	599
3.1 Analyse des Abstimmungsergebnisses	599
3.2 Auswirkungen des französischen Neins auf die europäische Ebene	602
4. Ein „Europa der Projekte“ als neue französische Politikstrategie	606
5. Bilanz des Jahres 2005 und Überblick über die französische Europapolitik nach dem gescheiterten Referendum	613

Zwischenfazit 2003-2005: Politische und institutionelle Anpassung an die Realitäten der Union der 25	619
---	------------

Teil D: Fazit und Perspektiven **627**

Kapitel XVII: Rekapitulation der Untersuchungsergebnisse und Ausblick **627**

1. Die französische Erweiterungspolitik in den Jahren 1995 bis 2005	627
2. Der französische Diskurs zur Erweiterung	629
3. Der Erweiterungsprozesses in der französischen Presse	638
4. Das französische Meinungsbild zur Erweiterung	645
5. Schlusswort und Ausblick	652

Teil E: Quellenverzeichnis **658**

I. Primärquellen **658**

1. Reden, Stellungnahmen, Interviews und Pressekonferenzen von Staatspräsident Jacques Chirac	658
2. Presseartikel	672
3. Umfragedaten	687
4. Weitere Primärquellen	689

II. Sekundärquellen **692**

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kategorienschema zur französischen außenpolitischen Kultur	36
Abbildung 2: Darstellung des Forschungsvorhabens	72

Abkürzungsverzeichnis

AKP-Staaten	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
BSE	Bovine spongiforme Enzephalopathie
BVA	Brulé Ville et Associé
CIG	Conférence intergouvernementale
COSAC	Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires
CJCE	Cour de justice des Communautés européennes
CSA	Conseils – Sondages – Analyses
DL	Démocratie libérale
EB	Eurobarometer
ECU	European Currency Unit
EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
Europol	Europäisches Polizeiamt
EZB	Europäische Zentralbank
FED	Fonds européen pour le développement
FN	Front national
FNSEA	Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFOP	Institut français d'opinion publique
IHEDN	Institut des hautes études de défense nationale
ISPA	Instrument structurel de Pré-Adhésion
MDC	Mouvement des citoyens
MNR	Mouvement national républicain
MPF	Mouvement pour la France
NATO	North Atlantic Treaty Organization

OIF	Organisation Internationale de la Francophonie
OPTEM	Options pour les politiques d'entreprise et le marketing
OTAN	Organisation du traité de l'Atlantique Nord
PAC	Politique agricole commune
PCF	Parti communiste français
PECO	Pays d'Europe centrale et orientale
PESC	Politique étrangère et de sécurité commune
PRG	Parti radical de gauche
PS	Parti socialiste
RFI	Radio France Internationale
RPR	Rassemblement pour la République
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SOFRES	Société française d'enquêtes par sondages
TGV	Train à grande vitesse
TNS	Sociétés Taylor Nelson Sofres
UDF	Union pour la démocratie française
UE	Union européenne
UEM	Union économique et monétaire
UEO	Union de l'Europe occidentale
UMP	Union pour un mouvement populaire
UNO	United Nations Organization
VGE	Valéry Giscard d'Estaing
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WEU	Westeuropäische Union
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Dank

Der Moment der Fertigstellung meiner Doktorarbeit ist auch der Augenblick, einigen Menschen herzlich zu danken, die das Entstehen meiner Arbeit in den letzten Jahren auf ganz unterschiedliche Art und Weise unterstützt haben. An erster Stelle gilt mein Dank meinem Betreuer Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo Kolboom. Er hat meine Forschungen von Anfang an mit großem Interesse und motivierendem Enthusiasmus begleitet und sie durch seine konstruktiven Anregungen in ihrer Ausrichtung und Zielsetzung entscheidend mitbestimmt. Sowohl in Dresden als auch bei Konferenzen und Seminaren außerhalb der Universität war er immer offen für meine Fragen und verfolgte und unterstützte meine Arbeitsfortschritte mit großem Engagement. Ebenfalls danken möchte ich Frau Prof. Dr. Maria Lieber für die Übernahme des Zweitgutachtens zu meiner Arbeit.

Recherchen in Paris und am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg haben meine Forschung entscheidend vorangebracht. In diesem Zusammenhang habe ich dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zu danken, der mir durch ein Kurzstipendium für Doktoranden einen dreimonatigen Aufenthalt in Paris ermöglicht hat. In Paris habe ich außerdem sehr von der Unterstützung des UMP-Archivs profitiert, wo mir Jeanne Le Provost und ihr Team zahlreiche Dokumente, besonders Reden Jacques Chiracs aus der Zeit vor seiner Präsidentschaft, zugänglich machten. Mein Aufenthalt in Ludwigsburg wurde ermöglicht durch ein Stipendium im Rahmen des Nachwuchsförderprogramms des Deutsch-Französischen Instituts. Dafür bin ich Herrn Prof. Dr. Baasner und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Dank verpflichtet. Bei meinen konkreten Recherchen vor Ort haben mich in der Bibliothek besonders ihr damaliger Leiter, Herr Nix, und Frau Rein vom Pressearchiv unterstützt.

Aline Raab-Damaske möchte ich danken für ihre professionelle Unterstützung bei der Erstellung der Graphiken zur Darstellung meines Forschungsvorhabens. Ein besonderer Dank gilt meinen Korrekturleserinnen und -lesern Kathrin Glastra, Sigrun Meyer und Christian Krell. Sie haben in unterschiedlichen Stadien meiner Forschung Textteile gelesen, kritisch bewertet und durch ihre Anmerkungen und Nachfragen maßgeblich dazu beigetragen, dass meine Arbeit in der nun vorliegenden Form entstehen und zu Ende gebracht werden konnte.

Dresden, im Herbst 2011

Eva Hommer

„J'ai été, je crois, le premier responsable politique en Europe occidentale à me prononcer publiquement et sans réserve, dès 1989, pour l'élargissement de l'Union européenne aux nouvelles démocraties d'Europe centrale et orientale.“

Staatspräsident Jacques Chirac vor dem
Forum des Hommes d'Affaires tchèques et français,
Prag, 3. April 1997

„Concernant en tous les cas les pays candidats [...], honnêtement, je trouve qu'ils se sont comportés avec une certaine légèreté. Car entrer dans l'Union européenne, cela suppose tout de même un minimum de considération pour les autres, un minimum de concertation. Si, sur le premier sujet difficile, on se met à donner son point de vue indépendamment de toute concertation avec l'ensemble dans lequel, par ailleurs, on veut entrer, alors, ce n'est pas un comportement bien responsable. En tous les cas, ce n'est pas bien élevé. Donc, je crois qu'ils ont manqué une bonne occasion de se taire.“

Staatspräsident Jacques Chirac
während seiner Pressekonferenz nach der Sondertagung
des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs
in Brüssel, 17. Februar 2003

Teil A: Vorstellung des Themas und methodische Einordnung

Kapitel I: Einleitung, Fragestellung und Zielsetzung

1. Von 1989 nach 2009 – Das Ende des Eisernen Vorhangs und die Osterweiterung der Europäischen Union

2009 jährt sich zum zwanzigsten Mal die Ereignisse des November 1989, die das Ende des Kalten Krieges bedeuteten. Die Deutschen feierten den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und die damit möglich gewordene Wiedervereinigung. Ihre Befreiung aus dem Einflussbereich der Sowjetunion ermöglichte den mittel- und osteuropäischen Ländern die Rückkehr auf die internationale Bühne als unabhängige und selbstbestimmte Staaten. Im Jahr 2004 wurden mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien acht von ihnen als neue Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen.¹ 2007 folgten Rumänien und Bulgarien. Damit trug die EU den Veränderungen in Europa Rechnung und stellte die Weichen für eine friedliche Wiedervereinigung des Kontinents. Durch die Osterweiterung veränderte die EU ihr Gesicht und stand vor neuen Herausforderungen: Institutionen, Verfahrensweisen und Selbstverständnis mussten den neuen Realitäten angepasst werden. Institutionell gelang dies nach großen Schwierigkeiten erst 2009 mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Ein

¹ Gleichzeitig wurden Zypern und Malta EU-Mitglieder.

neues Selbstverständnis der Union der 27 war und ist wesentlich schwieriger zu finden.²

Nicht nur für die Union als Ganzes, auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten brachte die Osterweiterung der EU Veränderungen mit sich: Seit mehr als vierzig Jahren bestehende Rollen- und Verhaltensmuster wurden in Frage gestellt, neue Anforderungen traten auf, die Vertretung der eigenen Interessen wurde schwieriger und muss seither anderen Mechanismen folgen. Für Frankreich als einen der sechs Gründungsstaaten der europäischen Integration und engsten Nachbarn Deutschlands stellte sich diese Herausforderung in besonderer Weise. Durch das Ende des Kalten Krieges mussten wesentliche Elemente der französischen Außenpolitik, besonders im Aktionsfeld Europa, neu definiert werden. Frankreichs Rolle in einer größeren Union wurde relativiert und die mit Europa verbundenen politischen Prioritäten Frankreichs verloren in der erweiterten EU zum Teil ebenfalls an Bedeutung. In den Eurobarometer-Daten legten die Franzosen innerhalb der EU während des gesamten Erweiterungsprozesses durchweg die ablehnendste Haltung gegenüber einer Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten an den Tag.³ Die französische politische Führung, besonders Staatspräsident Jacques Chirac, hat auf europäischer Ebene dennoch die Entwicklungsschritte hin zur Osterweiterung mitgetragen. Die vorangestellten Zitate des Staatspräsidenten beleuchten das Spektrum, in dem sich die französische Haltung zur Osterweiterung bewegte: einerseits Freude über die Möglichkeit der Realisierung der seit de Gaulle im französischen Europadiskurs präsenten Hoffnung auf eine friedliche Vereinigung

² „Wir haben die Chance ergriffen, die sich 1989/90 durch den Fall der Mauer geboten hat, und die Wiedervereinigung Europas verwirklicht. Aber es war bisher nicht gelungen, mit der Erweiterung die EU zugleich auch zu vertiefen. Der am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnete Reformvertrag ist daher unverzichtbar. Notwendig ist jetzt allerdings auch eine breite öffentliche Diskussion über die Identität der EU. Je größer und unüberschaubarer die EU wird, desto dringlicher ist die Beantwortung der Frage: Was macht die Europäische Union aus, worin bleibt sie sich treu, und was macht sie im permanenten Wandel wiedererkennbar?“ Yves Bur/Andreas Schockenhoff (2008): „Vorwort“, in: Martin Koopmann/Stephan Martens (Hg.) (2008): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 11-13, hier S. 11. Die Beantwortung der beschriebenen Frage bleibt m.E. weiter offen. Vgl. auch Jacques Rupniks Einschätzung der Veränderungen durch die Osterweiterung: „L’Union élargie avec le quasi-dédoublément des Etats-membres [n’est plus] la même en plus grand, mais une autre Union. L’élargissement à l’Est implique pour l’UE une redéfinition de sa raison d’être, de ses institutions et de ses frontières.“ Jacques Rupnik (2004): „Introduction: Elites et opinions publiques face à un moment historique pour l’Europe“, in: Ders. (Hg.) (2004): *Les Européens face à l’élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux*, Paris, S. 11-45, hier S. 12.

³ Vgl. www.eurobarometer.de. Eine detaillierte Analyse dieser Daten erfolgt im Hauptteil der vorliegenden Arbeit.

des gesamten europäischen Kontinents⁴, andererseits Skepsis und Misstrauen gegenüber einer um die mittel- und osteuropäischen Staaten erweiterten Europäischen Union, in der eine Fortführung der jahrzehntelang gültigen Prinzipien der französischen Europapolitik nicht mehr ohne weiteres möglich sein würde. Sowohl die Haltung der französischen Gesellschaft zur Erweiterung als auch die Mitgestaltung des Erweiterungsprozesses durch die französische politische Führung sind im folgenden Gegenstand der Untersuchung.

2. Fragestellung und Zielsetzung

2.1 Untersuchungsgegenstand

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem französischen Verhältnis zur EU-Osterweiterung und lässt sich dabei von folgenden Ausgangsfragen leiten:

1. Wie haben sich die französische Sicht auf Europa und die französische Europapolitik unter den Bedingungen der Osterweiterung und einer EU der 27 verändert?
2. Wie wurde die Osterweiterung in Frankreich in den Jahren ihrer Vorbereitung vermittelt? Inwieweit ließ sie sich mit in der französischen politischen Kultur niedergelegten Wahrnehmungs- und Vermittlungsmustern erfassen bzw. wo gerieten diese Muster angesichts der neuen Gegebenheiten an ihre Grenzen?
3. Welche Rolle spielte die Osterweiterung in der Europapolitik und im Europadiskurs des französischen Staatspräsidenten? Wie hat Jacques Chirac zwischen 1995 und 2007 die Schritte zur Osterweiterung auf europäischer Ebene mitgestaltet und wie hat er seine Politik in Frankreich begründet und vermittelt?
4. Wie wurde die Osterweiterung in den Jahren ihrer Vorbereitung in der französischen Gesellschaft wahrgenommen? Welche Rolle spielte sie bei der Beurteilung der europäischen Integration durch die Franzosen im allgemeinen und welches Gewicht hatte sie bei der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages im Jahr 2005?

⁴ Vgl. für de Gaulles Konzept eines Europa „vom Atlantik zum Ural“ u.a. Charles de Gaulle (1970): *Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962*, Paris, bes. das Kapitel „L'Europe“, S. 173ff. Vgl. außerdem Serge Berstein (2002a): *Histoire du gaullisme*, Paris, S. 306ff sowie Weisenfeld, Ernst (1966): *de Gaulle sieht Europa. Reden und Erklärungen: 1958-1966*, Frankfurt/Main, bes. S. 129ff. Auch in Robert Schumans Europakonzept war der gesamte Kontinent präsent, wie das folgende Zitat aus dem Jahr 1963 verdeutlicht: „Nous devons faire l'Europe dans l'intérêt des peuples libres, mais aussi pour pouvoir y accueillir les peuples de l'Est qui, délivrés des sujétions qu'ils ont subies jusqu'à présent, nous demanderaient leur adhésion et leur appui moral. Nous considérons comme partie intégrante de l'Europe tous ceux qui ont le désir de nous rejoindre dans une Communauté reconstituée.“ Robert Schuman, *France-Forum* 52, Januar 1963, zitiert nach Christian Lequesne (2008): *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d'échelle*, Paris, S. 11.

Die der Untersuchung zugrundeliegende These lautet, dass die Veränderungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Osterweiterung den tradierten und von der französischen Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges akzeptierten und unterstützten Vorstellungen von Europa zuwiderliefen und folglich abgelehnt wurden, und dass es die französische politische Klasse, allen voran Staatspräsident Chirac, versäumt hat, durch eine Änderung ihres Diskurses zu und über Europa die Bevölkerung auf die neue Situation einzustellen und ihr diese überzeugend zu vermitteln.

In der vorliegenden Arbeit geht es mit der Europapolitik um ein außenpolitisches Thema. Zielsetzung der Untersuchung ist jedoch nicht eine Analyse von Außenpolitik im klassischen Sinne.⁵ Wie aus den untersuchungsleitenden Fragen deutlich wird, sollen vielmehr konkrete Politikentscheidungen ihrer Vermittlung und Rezeption gegenübergestellt werden. Besondere Berücksichtigung finden dabei die politisch-kulturellen Grundlagen, auf denen die französische Außen- und Europapolitik basiert. Die politische Kultur gerade eines Landes wie Frankreich zählt zu den Handlungsbedingungen, in deren Rahmen Außenpolitik gestaltet werden kann.⁶ Die in der politischen Kultur niedergelegten und von einer großen Mehrheit der Gesellschaft geteilten Haltungen und Einstellungen stecken den Rahmen dafür ab, welche politischen Entscheidungen möglich und akzeptabel sind. Dies gilt gleichermaßen für Innen- und Außenpolitik. Ziel der vorliegenden Untersuchung ist nicht, kausale Verbindungen aufzuzeigen oder die politische Kultur als einzigen erklärenden Faktor für die Entwicklungen in Frankreich darzustellen. Vielmehr geht es darum, andere Erklärungsansätze, beispielsweise aus der realistischen oder der institutionalistischen Schule der Politikwissenschaft, durch die Untersuchung eines vergleichsweise schwer zu messenden, aber dennoch einflussreichen

⁵ Vgl. hierzu: „A[ußenpolitik] im klassischen Sinn sind die Aktivitäten oder Unterlassungen einer Regierung gegenüber einer anderen, die in ihrer Gesamtheit ein Beziehungsmuster konstituieren.“ Reimund Seidelmann (2010): „Außenpolitik“, in: Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 47-50, hier S. 47.

⁶ Vgl. zur Definition von Politischer Kultur: „Politische Kultur/Kulturforschung [ist eine] Bezeichnung für die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen [p]olitischer Systeme. P[olitische] [K]ultur bezieht sich auf unterschiedliche polit. Bewusstseinslagen, Mentalitäten, ‚typische‘ bestimmten Gruppen oder ganzen Gesellschaften zugeschriebene Denk- und Verhaltensweisen.“ Dirk Berg-Schlosser (2010): „Politische Kultur/Kulturforschung“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010a): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 2, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 793-798, hier S. 193. Vgl. speziell zu Frankreich auch Robert Picht (1990): „Nationalstaat im Übergang. Frankreichs politische Kultur zu Beginn der neunziger Jahre“, in: *Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen*, Jahrgang 19, Heft 4/1990, S. 222-227, hier S. 222 sowie Dietmar Hüser/Henrik Uterwedde (2007): „Politische Kulturen im deutsch-französischen Spannungsfeld. Zum wissenschaftlichen Werk Marieluise Christadlers“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2006*, Wiesbaden, S. 227-255. Eine genauere Darstellung des Forschungszweiges der Politischen Kulturforschung und der französischen Politischen Kultur erfolgt in den Kapiteln II und V.

Bestimmungsfaktors wie der politischen Kultur sinnvoll zu ergänzen.⁷

2.2 Der Untersuchung zugrundeliegende Annahmen

Der oben formulierten These entsprechend geht die vorliegende Arbeit von folgenden Annahmen aus: In Frankreich existiert, wie in den anderen EU-Ländern auch, ein bestimmtes Selbstbild des Landes von seiner Position in der EU, das sich im Verlauf der Jahrzehnte der französischen EG- bzw. EU-Mitgliedschaft herausgebildet hat. Die europäische Integration erfüllt für Frankreich bestimmte Funktionen und ist mit bestimmten Zielsetzungen und Aufgaben verbunden. In dieser Form wird die europäische Integration von den französischen Politikern vermittelt und von der Gesellschaft akzeptiert. Die Funktionen, Zielsetzungen und Aufgaben der EU für Frankreich werden transportiert mit Hilfe bestimmter Bilder und Vorstellungen von Europa, die Teil der außenpolitischen Kultur sind und als solche Eingang finden in den politischen Diskurs. Frankreich sieht Europa beispielsweise häufig als besonderen Gestaltungsrahmen, um nationale Interessen international besser durchzusetzen, als es ihm als einzelmem Nationalstaat gelingen könnte. Europa war für Frankreich außerdem vor allem bis zum Ende des Kalten Krieges ein Weg, mit seinem deutschen Nachbarn zusammenzuarbeiten und dessen wachsenden Einfluss gleichzeitig zu kontrollieren bzw. einzudämmen. Diese und andere Elemente, die im weiteren Verlauf der Arbeit noch genauer dargestellt werden, bestimmten auch die Begründung und Vermittlung der Europapolitik der V. Republik seit Ende der 1950er Jahre. Wie noch zu zeigen sein wird, war diese Politik weitgehend von Kontinuität geprägt. Folglich waren auch bei der außenpolitischen Kultur keine großen Veränderungen zu beobachten. Die in diesem Rahmen verwendeten Vermittlungskategorien bezogen sich jedoch auf ein kleines West-Europa und auf die Rahmenbedingungen der internationalen Politik während des Kalten Krieges. Daher stellt sich die Frage, ob diese Kategorien nach 1989 und angesichts der Entwicklungen in den Folgejahren noch haltbar waren und vor allem, ob sie weiterhin ausreichten, um Europa in Frankreich überzeugend und erfolgreich zu beschreiben und zu vermitteln.

War die neue Entwicklung der EU, besonders die Osterweiterung, noch kompatibel mit den tradierten französischen Vorstellungen von Europa, wie sie in der außenpolitischen Kultur niedergelegt sind? Die These der vorliegenden Arbeit lautet, wie bereits ausgeführt, dass dies nicht der Fall war, dass aber die aus diesem Grund notwendige Anpassungsleistung der

⁷ Vgl. zu den Großtheorien der Internationalen Beziehungen allg. Reinhard Meyers (2010): „Internationale Beziehungen/Internationale Politik“, in: Nohlen/Schultze (Hg.) (2010), a.a.O., S. 427-437 sowie weiterhin Roland Czada (2010): „Institutionen/Institutionentheoretische Ansätze“, in ebd., S. 405-411 und Ulrike Rausch (2010): „Realistische Schule“, in: Nohlen/Schultze (Hg.) (2010a), a.a.O., S. 882f.

französischen Politiker im Hinblick auf die Vermittlungskategorien und Begründungen Europas ausgeblieben ist. Die Mechanismen und die Begründungen französischer Europapolitik ähneln auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts in hohem Maße noch denen aus der Zeit der Anfänge der europäischen Integration. Die europäischen Realitäten der 1950er Jahre und des 21. Jahrhunderts sind jedoch nicht vergleichbar. Die enorme Entwicklung und Wandlung der EG/EU ist von den französischen Politikern in ihrem Diskurs nicht nachvollzogen worden. Bertoncini und Chopin sprechen von einer Tradition des „aufgeklärten Despotismus“, die in der Vermittlung der europäischen Integration in Frankreich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch dominierte:

„Ils [les pères fondateurs de la construction européenne] partageaient la même conviction d’agir pour le bien des peuples, sans pour autant chercher à les associer aux processus de décision. Ce ‚despotisme éclairé‘ était sans doute justifié à l’origine, mais il est demeuré dans l’esprit de leurs continuateurs, alors que la construction européenne a profondément changé de nature.“⁸

Auch Lieb, Roussel und Schwarzer kommen, nicht nur für die Europapolitik, zu ähnlichen Schlussfolgerungen:

„Die Kluft zwischen einem politischen Diskurs, der sich an tradierte, emotionsgeladene Idealbilder anlehnt, und einem politischen Handeln, das solchen Ansprüchen in veränderten Bedingungen nicht gerecht werden kann bzw. will, bildet ein zentrales Charakteristikum der seit zwei Jahrzehnten schwelenden politischen Krise des Landes und dürfte einen entscheidenden Anteil an der wachsenden Entfremdung der Bürger von der Politik haben.“⁹

Aus der geschilderten Diskrepanz ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Europapolitik und ihrer Verankerung in der außenpolitischen Kultur. Ein solches

⁸ Bertoncini, Yves/Chopin, Thierry (2005): „Impressions de campagne. Le référendum du 29 mai 2005 et le malaise culturel français“, in: *Le Débat* n°137, November/Dezember 2005, S. 177-192, hier S. 179f.

⁹ Lieb, Julia/Roussel, Benoît/Schwarzer, Daniela (2006): *Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst*, SWP Diskussionspapier FG 1, Berlin, S. 42. Auch Vivien Schmidt konstatiert eine grundsätzliche mangelnde Anpassung des französischen politischen Diskurses an veränderte Rahmenbedingungen: „In Frankreich bestand das Problem seit Anfang der 1980er Jahre in der Unfähigkeit der Regierungen, einen kohärenten Diskurs zu entwerfen, um die Hinwendung zu einer liberaleren, offenen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft und zu einem stärker begrenzten Wohlfahrtsstaat [...] zu legitimieren. Das Fehlen eines legitimierenden Diskurses, der Reformen nicht nur als notwendig bezeichnete, sondern auch ihren Wert verdeutlichte, führte zu öffentlicher Desorientierung und zu Protest, verhinderte notwendige Reformanstrengungen im Bereich des Wohlfahrtsstaates, und trug zum Aufstieg der extremen Rechten bei.“ Vivien A. Schmidt (2002): *The Futures of European Capitalism*, Oxford, S. 301f., zitiert nach Henrik Uterwedde (2004): „Wie reformfähig ist Frankreich?“, in: *Dokumente* 1/2004, S. 66-73, hier S. 71. Vgl. außerdem die Beiträge im von Joachim Schild und Henrik Uterwedde herausgegebenen Sammelband zur „verunsicherten Französischen Republik“, die von der folgenden Feststellung ausgehen: „Die trotz ihrer [...] Grenzen realen Veränderungen der Rahmenbedingungen, der Reformherausforderungen und der Politik auf verschiedenen Politikfeldern der vergangenen 25 Jahre stehen in einem eigenartigen Kontrast zu den vorherrschenden politischen Diskursen, die weitgehend den alten Leitbildern und dem republikanischen Staats- und Politikmodell verhaftet blieben.“ Joachim Schild/Henrik Uterwedde (2009a): „Reformpolitik in Frankreich: Praxis, Leitbilder, Diskurse“, in: Dies. (Hg.) (2009): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?*, Baden-Baden, S. 9-37, hier S. 17.

Spannungsverhältnis ist auf Dauer nicht haltbar. Eine veränderte Politik muss auch Veränderungen in der politischen Kultur mit sich bringen, wenn sie die notwendige Unterstützung durch die Bevölkerung erhalten will. Darauf müssen die politisch Verantwortlichen aktiv hinarbeiten. Unterbleibt dies, besteht die Gefahr des Auseinanderdriftens von Politik und Gesellschaft und den Politikern drohen Sanktionen bei Wahlen und Abstimmungen.

2.3 Zielsetzung

Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist es, empirisch und hermeneutisch nachzuvollziehen, worin für Frankreich die Schwierigkeiten der Einbeziehung der Osterweiterung in das traditionelle und in der politischen Kultur des Landes niedergelegte Verständnis der europäischen Integration bestanden. Zu diesem Zweck soll die Mitgestaltung der Osterweiterung durch Jacques Chirac auf europäischer Ebene der Vermittlung und Wahrnehmung seiner Politik in Frankreich gegenübergestellt werden.¹⁰ Die Konzentration der Untersuchung auf Staatspräsident Chirac als wichtigsten Vertreter der französischen Europapolitik rechtfertigt sich zum einen aus dem zeitlichen Zusammenfallen der wichtigsten Schritte zur Vorbereitung und Umsetzung der Osterweiterung mit seinen beiden Amtszeiten zwischen 1995 und 2007. Zum anderen ist die Fokussierung auf den Staatspräsidenten in einer Untersuchung zu Frankreich auch mit dessen herausgehobener Stellung bei der Gestaltung der Außen- und Europapolitik zu begründen, wie im folgenden im Zuge der Darstellung der inhaltlichen Grundlagen noch näher ausgeführt wird.

Der Aspekt der Gestaltung von Chiracs Politik wird im Zuge der folgenden Analyse an seinen politischen Entscheidungen, beispielsweise im Rahmen von EU-Ratstreffen, festgemacht. Für die Untersuchung der Vermittlung dieser Entscheidungen werden die Reden und Stellungnahmen Chiracs herangezogen. Die Wahrnehmung von Chiracs Politik in Frankreich wird zum einen anhand ihrer Bewertung in der französischen Presse untersucht. Zum anderen werden Umfragedaten analysiert, die einen direkten Einblick in das Meinungsbild der Franzosen zu den einzelnen relevanten Themen erlauben. Als Grundlage des Analyserasters,

¹⁰ In ihrer Betrachtung des Verhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik stützt sich die vorliegende Arbeit auch auf die umfangreichen Forschungen von Gilbert Ziebura zu diesem Punkt. Vgl. u.a. Gilbert Ziebura (2003): *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen. Vgl. darüber hinaus auch Ernst-Otto Czempiel (Hg.) (1969): *Die anachronistische Souveränität: Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik*, Köln/Opladen sowie das Papier „Die Interaktion von Innen- und Außenpolitik in den internationalen Beziehungen: eine historisch-institutionalistische Analyse der WTO-Agrarverhandlungen 1995-2005“, vorbereitet für die Tagung 2005 der Sektion Internationale Politik der DVPW 6.-7. Oktober 2005, Mannheim, Version vom 3. Oktober 2005, http://www.iim.uni-flensburg.de/vwl/upload/lehre/sose06/ba/intoek_aktuelle_themen/Marie_Ueberfeldt_Wissenschaftlicher_Text_-_Internationale_konomik.pdf, Zugriff 04.10.2011.

das im folgenden noch ausführlicher hergeleitet und dargestellt wird, dient die französische außenpolitische Kultur und zwar insbesondere die Elemente, die sich auf die europäische Integration beziehen. Es soll herausgearbeitet werden, in welcher Form diese von Präsident Chirac in der Begründung und Darstellung seiner Politik verwendet werden und auf welches Echo diese Präsentation bei den Franzosen trifft. Auf diese Weise sollen Übereinstimmungen und Diskrepanzen herausgearbeitet werden, um zu einer Erklärung für die französischen Schwierigkeiten mit der Perspektive der EU-Osterweiterung zu gelangen. Eine erste Annäherung an diese Frage soll im folgenden Teil unternommen werden, in dem dargestellt wird, welche Bedeutung der Osterweiterung für die französische Europapolitik zukommt und welche Konsequenzen sie für deren Ausgestaltung mit sich bringt.

3. Frankreich und die EU-Osterweiterung

Die Bedeutung der Zeitenwende von 1989 für die französische Europapolitik

Die Zeitenwende des Jahres 1989 bezeichnete auch für die französische Politik im Rahmen der Europäischen Union eine Zäsur. Das Koordinatensystem, in dessen Rahmen Frankreichs V. Republik ihre Europapolitik bis zu diesem Zeitpunkt gestaltet hatte, brach zusammen.¹¹ Ein überschaubarer Zusammenschluss westeuropäischer Staaten mit Dominanz des deutsch-französischen Paares, im Rahmen dieser Zweierbeziehung eine klare Rollenverteilung mit der französischen politischen und der deutschen wirtschaftlichen Führungsrolle, stabile weltpolitische Machtverhältnisse dank der Logik des Kalten Krieges und die Möglichkeit, die eigenen Ideale und Interessen in einem größeren Rahmen zu vertreten und so Ziele zu erreichen, an denen es als einzelner Nationalstaat scheitern würde – zwischen diesen Eckpunkten bewegte sich die Europapolitik Frankreichs bis 1989. Das französische Verhältnis zur europäischen Integration war nicht immer konfliktfrei, aber im Zusammenspiel mit der alten Bundesrepublik entstand das schon sprichwörtliche Tandem, dem unter anderem das Europäische Währungssystem und der Euro zu verdanken sind und ohne dessen Funktionieren Europa keine wesentlichen Fortschritte erreichen kann.

¹¹ Vgl. auch Brian Jenkins/Tony Chafer (1996a): „The Cold War [...] provided a framework within which France was eventually able to establish a niche for itself as a middle-ranking power with continuing pretensions to world influence. With the status conferred by nuclear weapons and membership of the Security Council, with its leading role in the European Community and its residual spheres of interest in its former empire, France was frequently able to exploit the available ‚space‘ between the rival power blocs, and lay claim to a distinctive identity as a player on the world stage. Inevitably, therefore, the train of events which culminated in the fall of the Berlin wall and the wave of revolutions in Eastern Europe in 1989, marked a decisive watershed for France. [...] The end of the Cold War with its simplified polarities confirmed the advent of a new era of uncertainty, marked by a reappraisal of France’s position in the world, fundamental political realignment, and deep-seated popular fears and anxieties.“ Brian Jenkins/Tony Chafer (1996a): „Introduction“, in: Dies. (Hg.) (1996): *France. From the Cold War to the New World Order*, London/New York, S. 1-14, hier S. 3f. Vgl. zu den Schwierigkeiten Frankreichs mit der neuen Weltlage auch die anderen Beiträge in diesem Sammelband.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa sah sich Frankreich einer veränderten Ausgangslage gegenüber.¹² Es befand sich plötzlich nicht mehr in der Mitte Europas, sondern am Rand des wiedervereinten Kontinents. Deutschland dagegen rückte sowohl geographisch als auch politisch ins Zentrum. Die deutsch-französische Waage drohte ihr Gleichgewicht zu verlieren und sich zugunsten Deutschlands zu neigen.¹³ Frankreich sah sich darüber hinaus mit der Überwindung der deutschen Teilung auch seines Status' als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges beraubt. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete weiterhin nicht nur eine Relativierung der militärischen Bedeutung der französischen Atomwaffen als Abschreckungswaffe, sondern auch den Verlust ihres bedeutsamen Stellenwertes im französischen Selbstwertgefühl, in dem das Trauma der Niederlage von 1940 immer noch nachwirkt. Wesentliche Definitionselemente der französischen Außen- und Europapolitik seit 1945 waren nicht mehr gültig. Martin Koopmann spricht sogar davon, dass „der Systemwandel, den das Jahr 1989 für Europa und die Welt brachte, [...] wohl keinen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union so

¹² Vgl. u.a. Stanley Hoffmann (1990): „La France dans le nouvel ordre européen“, in: *Politique étrangère* 3/1990, S. 503-512 und Steven Philip Kramer (2006): „La fin de l'Europe française?“, in: *Politique étrangère* 3/2006, S. 649-661 sowie Henrik Uterwedde (2003): „Frankreichs Rang in der Weltpolitik: zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Alfred Pletsch: *Frankreich*, 2. überarb. und erg. Aufl., Darmstadt, S. 316-327, hier S. 319ff. und Ingo Kolboom (1993b): „Frankreich 1992/93: Ein Versuch über die Befindlichkeit oder das Ende der Gewissheiten“, in: *Frankreich Jahrbuch 1993*, Opladen, S. 11-38. Vgl. auch die Einschätzung Christian Lequesnes zu den Veränderungen in Europa in der Folge von 1989: „Es ist paradox, aber der beispielhafte Erfolg Frankreichs und Deutschlands beim europäischen Einigungswerk während des Kalten Krieges stellt heute für beide Länder das größte Hindernis dar, wenn es darum geht, den Wandel Europas zu akzeptieren. Letztendlich hatte dieser Kalte Krieg mit seinen klaren Grenzen (die gleichwohl aus Stacheldraht waren) und seiner Komplementarität zwischen der Wirtschaftsmacht Deutschland und der Atombombe Frankreichs etwas Beruhigendes für Deutsche und Franzosen. Doch existiert diese Welt heute nicht mehr. Sie hat einem Europa Platz gemacht, das sehr viel schwerer vorhersehbar ist, wo sich Unterschiede in der Territorientwicklung, in wirtschaftlichen und politischen Modellen vergrößert haben und wo klare Grenzen nicht mehr existieren. Paradoxerweise ist es gerade das Streben der meisten europäischen Völker nach Freiheit, das es Deutschland [...] und Frankreich so schwer macht, anzuerkennen, dass das europäische Einigungswerk heute so legitim wie vor 1989 ist.“ Christian Lequesne (2008a): „Franzosen, Deutsche und das erweiterte Europa: Von der Angst vor der Unendlichkeit und der Notwendigkeit, sie zu überwinden“, in: Koopmann/Martens (Hg.) (2008): a.a.O., S. 131-140, hier S. 133f.

¹³ Vgl. Axel Sauder (1995a): „Realismus statt Vision. Bonn und Paris bleiben aufeinander angewiesen“, in: *Internationale Politik* 9/1995, S. 31-36. Vgl. zur notwendigen Neuausrichtung des deutsch-französischen Verhältnisses nach der deutschen Wiedervereinigung auch Ingo Kolboom (1991): „Die Vertreibung der Dämonen: Frankreich und das vereinte Deutschland“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen, S. 211-218.

nachhaltig getroffen und verunsichert [hat] wie Frankreich.“¹⁴ Auch Christian Lequesne sieht in den Folgen des Jahres 1989 einen enormen Bruch in der französischen Sicht auf Europa, sowohl bei den Eliten als auch in der breiten Bevölkerung:

„En France, la politique européenne des années 1980 correspond à une période de ‚fonctionnalisme tranquille‘, marquée par l’enchaînement des projets concrets, un véritable *co-leadership* avec l’Allemagne et le ‚consensus permissif‘ des citoyens. Le marché intérieur et l’UEM représentent de ce fait les derniers épisodes de cette construction européenne, telle que l’avaient imaginé aux lendemains de la seconde guerre mondiale Jean Monnet, Robert Schuman, Paul-Henri Spaak ou Alcide de Gasperi. Dans cette Communauté européenne à douze, nécessairement bornée par les frontières de la division Est-Ouest, les gouvernements français trouvent un intérêt à construire un ‚bien commun‘ européen qui leur permet de maximiser assez bien l’intérêt national en imposant leurs vues à Bruxelles. La fin de la guerre froide marque une ère nouvelle de la construction européenne dans laquelle cette méthode ne pourra plus jamais être déployée de la même manière. C’est la raison pour laquelle 1989 représente pour les élites politiques et administratives, mais plus généralement pour les citoyens français, le début de doutes sérieux, pour ne pas dire de désillusions, sur ce qu’est devenue la construction européenne et sur l’influence que peut encore exercer leur pays sur sa formulation.“¹⁵

Während die bereits wenige Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation aufkommende Diskussion über eine mögliche Osterweiterung der EU für Deutschland schnell zur Priorität wurde, hatte Frankreich mit dieser Perspektive große Schwierigkeiten.¹⁶ Neben die bereits genannten mit Deutschland verbundenen Faktoren traten weitere, auf die Organisation und die Finanzen der EU bezogene Bedenken. Französische Politiker drängten auf eine Vertiefung der

¹⁴ Martin Koopmann (2007): „Brückenbauer gesucht. Die französische Europa-Politik formiert sich – zaghaft – neu. Berlin sollte dabei Hilfestellung leisten“, in: *Internationale Politik*, April 2007, S. 34-41, hier S. 36. Vgl. auch Gilbert Ziebura (1995): „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Ende der Ära Mittelrand. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, Opladen, S. 9-32, bes. S. 17ff. sowie die Einschätzung von Philippe Moreau Defarges: „Les atouts de [sa] puissance – arme nucléaire, siège de membre permanent au Conseil de sécurité des Nations unies, liens privilégiés avec l’Afrique – faisaient de la France un supergrand en réduction, présent sur tous les continents, capable de déchaîner le feu nucléaire. Or ces atouts sont brutalement dépréciés ou contestés par le nouveau paysage international (disparition du découpage du monde en blocs, prééminence des facteurs régionaux) qui confère une importance primordiale aux éléments géographiques et économiques. Dans cette perspective, l’Allemagne émerge comme un pays exemplaire: située au cœur de l’Europe, à la charnière de sa partie riche et de sa partie pauvre; bénéficiant de liens historiques pluriséculaires (même s’ils sont marqués par de terribles tragédies) avec l’Est; dotée de moyens industriels lourds, adaptés aux besoins de modernisation des pays d’Europe centrale et orientale (PECO); enfin vivant, avec la réunification, l’enjeu européen de cette fin de siècle, à savoir l’insertion de ‚l’autre Europe‘ dans les circuits économiques internationaux.“ Philippe Moreau Defarges (1996a): „La France, province de l’Union européenne?“, in: *Politique étrangère* 1/1996, S. 37-48, hier S. 39.

¹⁵ Lequesne (2008), a.a.O., S. 36f. Kursivsetzung im Original.

¹⁶ Außerhalb der Perspektive einer EU-Osterweiterung hat sich Frankreich seit 1989 durchaus in Richtung der mittel- und osteuropäischen Staaten engagiert. Zu nennen sind hier beispielsweise François Mitterrands Vorschlag einer Europäischen Konföderation vom Dezember 1989 oder die französische Initiative zur Öffnung der *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF) auf Osteuropa aus dem Jahr 1997. Vgl. u.a. Ingo Kolboom (1990): „Vom ‚Gemeinsamen Haus Europa‘ zur ‚Europäischen Konföderation‘ – François Mitterrand und die europäische Neuordnung 1986-1990“, in: *Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen*, Jahrgang 19, Heft 4/1990, S. 237-246; Ders. (2004): „Internationale Frankophonie – eine Brücke in der Globalisierung“, in: *Dokumente* 2/2004, S. 15-31 sowie Jürgen Erfurt (2005): *Frankophonie. Sprache-Diskurs-Politik*, Tübingen/Basel, bes. S. 119ff. Zu Mitterrands Konföderationsinitiative siehe auch unten, S. 24f.

Integrationsstrukturen, die einer Erweiterung unbedingt vorausgehen müsse.¹⁷ Hinzu kam weiterhin, dass Frankreich seit de Gaulles Konzept von *Détente*, *Entente* und *Coopération* zwar eine aktive Ostpolitik betrieben hat, dass aber auf der anderen Seite für Frankreich seine privilegierten Beziehungen zu den Mittelmeeranrainern von großer Bedeutung und eine eindeutige Priorität seiner Außenpolitik waren und sind.¹⁸ Die Erweiterung der EU um mittel- und osteuropäische Staaten hatte demnach von Beginn ihrer Diskussion an für Frankreich bei weitem nicht den gleichen Stellenwert wie für Deutschland.¹⁹

Skeptische Zurückhaltung bei François Mitterrand

François Mitterrand war der erste französische Präsident, der sich mit der Perspektive der EU-Osterweiterung auseinandersetzen musste. Er reagierte mit skeptischer Zurückhaltung. Mit seinem zu Beginn der 1990er Jahre mehrfach vorgebrachten Vorschlag einer Europäischen Konföderation versuchte er, eine Alternative zur EU-Vollmitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten zu entwerfen. Da seine Initiative die Einbeziehung Russlands, jedoch nicht der USA vorsah, konnte er seine Idee bei den Bewerberländern nicht durchsetzen. Mitterrand äußerte in diesem Zusammenhang die Einschätzung, dass es noch viele Jahre

¹⁷ Vgl. zu diesen Aspekten u.a. Valérie Guérin-Sendelbach (1999): *Frankreich und das vereinigte Deutschland*, Opladen, S. 179ff. sowie Jean-Marc Trouille (2002): „France, Germany and the Eastwards Expansion of the EU: Towards a Common Ostpolitik“, in: Hilary Ingham/Mike Ingham (Hg.) (2002): *EU expansion to the East. Prospects and Problems*, Cheltenham/Northampton, S. 50-64 und Jean-Pierre Froehly (2000): „Deutsch-französische Divergenzen zur EU-Osterweiterung“, in: Bernd Rill (Hg.) (2000): *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen*, München, S. 37-44. Vgl. auch die Einschätzung von Susanne Nies: „Osteuropa gegenüber [...] zeigen sich fundamentale Unterschiede in der deutschen und französischen Tradition, Politik und Wahrnehmung. Während Deutschland durch vielfältige geschichtliche Bezüge, durch Auslandsdeutsche und osteuropäische Exilanten, durch Handel, aber auch durch das Bewusstsein einer tiefen historischen Schuld mit den Staaten Osteuropas eng verbunden ist, glänzte Frankreich weitgehend durch Abwesenheit. So wie Afrika in der deutschen Politik nur eine geringe Rolle spielt, so ist Osteuropa für Frankreich eine zunächst einmal entlegene Zone. [...] Osteuropa, so schien es, stand bis zur Mitte der 1990er Jahre unter einem Primat der Beziehungen zu Deutschland innerhalb Europas. Deutschland war Anwalt bei der Osterweiterung, während Frankreich sich mit den südlichen EU-Staaten in einer Allianz der Skeptiker verband, - nicht zuletzt hinsichtlich der befürchteten Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinsame Agrarpolitik.“ Susanne Nies (2004): „Deutschland – Frankreich – Osteuropa. Historische Dimensionen und neue Optionen“, in: *Dokumente* 3/2004, S. 11-16, hier S. 12ff.

¹⁸ Vgl. u.a. Ingo Kolboom (1989): „Der Blick nach Osten – Von der französischen ‚Détente‘ und der deutschen ‚Ostpolitik‘ zu einer gemeinsamen Öffnung nach Osten?“, in: André Brigot/Peter Schmidt/Walter Schütze (Hg.) (1989): *Sicherheits- und Ostpolitik: Deutsch-französische Perspektiven*, Baden-Baden, S. 115-144, v.a. S. 122ff.; Michel Drain (1989): „Ist eine gemeinsame Politik gegenüber den Staaten Osteuropas möglich?“, in: ebd., S. 145-157 sowie Hans Stark (1992): „Frankreich und der Osten Europas“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, Opladen, S. 115-125.

¹⁹ Vgl. auch die Einschätzung von Philippe Moreau Defarges: „Pour la France, [l’élargissement de l’UE aux PECO fait] de l’Europe unie un ensemble qui lui échappe de plus en plus. Cependant, sa relation avec l’Allemagne, qui est hantée par tout facteur d’instabilité sur sa frontière orientale, impose à la France de se rallier à cette perspective, tout en obtenant la meilleure répartition possible des coûts.“ Moreau Defarges (1996a), a.a.O., S. 47.

dauern werde, bis die mittel- und osteuropäischen Staaten der EU beitreten könnten.²⁰ Auch beim Europäischen Rat von Kopenhagen im Juni 1993 äußerte sich Mitterrand noch sehr skeptisch bezüglich der Integration Mittel- und Osteuropas in die EU:

„Il y a une espérance, mais ensuite il faudra beaucoup de travail et de réalisations pour que chacun de ces pays soit en mesure de supporter le poids d'une Communauté qui représentera pour eux un grand risque. C'est un marché unique et les pays qui ne seraient pas en mesure de disposer d'une armature suffisante se verraient tout de suite envahis par les entreprises et les produits venus d'ailleurs et plus spécialement des grands pays occidentaux. C'est un risque, il n'est pas simplement pour les membres actuels de la Communauté qui ne tiennent naturellement pas à voir leurs charges financières s'alourdir exagérément.“²¹

Dennoch stimmte Frankreich in Kopenhagen der Osterweiterung prinzipiell zu.²² Mit Beginn der *Cohabitation* nach den Parlamentswahlen 1993 und der Übernahme des Amtes des Premierministers durch Edouard Balladur und des Amtes des Außenministers durch Alain Juppé veränderte sich insgesamt die französische Position zur Erweiterung hin zu einer größeren Offenheit, wie das folgende Zitat von Alain Juppé belegt:

„Je suis de ceux qui pensent qu'il faut vite un geste fort, signifiant que nous accueillons ces pays dans la Communauté, quitte à prévoir, comme on l'a fait en d'autres temps pour les pays du Sud, des phases de transition un peu longues en matière d'adhésion économique.“²³

Balladur und Juppé wollten sich mit ihrer Positionierung zum einen von der zögerlichen Position Mitterrands absetzen. Gleichzeitig hatten sie jedoch auch die mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs verbundenen Interessen der französischen Wirtschaft im Blick.²⁴ Nach der Wahl Jacques Chiracs zum Staatspräsidenten setzte sich die offenere Haltung der französischen Führung zur Osterweiterung der EU weiter durch.

²⁰ U.a. in einem Interview bei RFI vom Juni 1991. Vgl. dazu Rupnik (2004), a.a.O., S. 15. Zur Konföderationsinitiative vgl. auch Teil B, Kap. IV. Vgl. auch die folgende Aussage Mitterrands: „[...] nos futurs négociateurs commettraient une erreur, à mon sens, si par impatience ou lassitude ils laissaient les élargissements s'effectuer dans des conditions susceptibles d'affaiblir la cohésion et les disciplines de l'Union. J'insiste sur ce point: je suis tout à fait partisan de l'élargissement à toute l'Europe démocratique, mais je ne voudrais pas qu'au moment où le dernier adhérent arrivera, il adhère à quelque chose qui n'existe déjà plus, parce que ruiné de l'intérieur.“ François Mitterrand: „Présentation au Parlement européen du programme de la présidence française de l'Union européenne“, Strasbourg, 17 janvier 1995, abgedruckt in: François Mitterrand (1996): *Onze discours sur l'Europe (1982-1995)*, Napoli, S. 143-162, hier S. 160.

²¹ Zitiert nach Lequesne (2008), a.a.O., S. 52f.

²² Vgl. Ernst Weisenfeld (1993): „Frankreich und Mitteleuropa – Der Plan für einen Europäischen Stabilitätspakt“, in: Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, S. 167-186.

²³ Zitat aus *Le Monde*, 6.3.1993, zitiert nach Lequesne (2008), a.a.O., S. 52.

²⁴ Vgl. ebd., S. 54f.

Offenere Haltung bei Jacques Chirac

Jacques Chirac brachte bei seiner Übernahme des Präsidentenamtes eine im Vergleich zu seinem Vorgänger positivere Haltung zur Osterweiterung mit. Im Rahmen einer Debatte in der Nationalversammlung zu den Ereignissen in Europa hatte er bereits im Dezember 1989 eine EU-Beitrittsperspektive für die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht ausgeschlossen:

„[...] les pays de l’Est européen, au fur et à mesure de leur évolution vers la démocratie et l’économie de marché vont demander légitimement à se rapprocher de la Communauté. Il me semble donc qu’on ne peut plus faire l’économie d’une réflexion approfondie sur l’avenir de la Communauté européenne, et sur les conséquences pour elle des événements d’Europe de l’Est. Comment va-t-on poursuivre la construction européenne? à combien? avec quelles structures? avec quels objectifs? Telles sont les vraies questions qui se posent aujourd’hui et que les gouvernements doivent se poser. [...] il me paraît évident que la Communauté a vocation à s’ouvrir aux nouvelles démocraties d’Europe Centrale. Alors, comment le faire? Doit-on se contenter de simples formules d’association ou peut-on envisager l’adhésion proprement dite? Ce problème risque de se poser plus vite qu’on ne le pense. Pour ma part, je n’exclus aucune formule.“²⁵

Frankreich rief Chirac bei dieser Gelegenheit zu einer aktiven Rolle bei der Gestaltung des neuen Europa auf:

„Ce qui se passe aujourd’hui donne à la France une chance exceptionnelle de renouer avec un grand dessein: celui d’être l’architecte principal de l’Europe rassemblée, pacifique et prospère du XXI^e siècle. [...] Les événements de l’Est représentent [...] le triomphe d’une certaine conception de l’homme et des valeurs démocratiques qui sont les nôtres. Et pourtant, tout se passe comme si cette extraordinaire évolution nous laissait étonnés, au sens fort du terme. Heureux, certes, mais d’un bonheur triste, comme si les inconvénients que font naître pour nous ces changements pouvaient être mis en balance avec le formidable progrès qu’ils représentent pour les droits de l’homme et la dignité des Européens, avec la possibilité pour

²⁵ „Une certaine idée de l’Europe“, Discours de M. Jacques Chirac, Débat sur l’Europe, Assemblée Nationale, 1er décembre 1989, Archives de l’UMP. Vgl. auch Chiracs Aussage vor der Konrad-Adenauer-Stiftung im Juli 1991: „Das Europa von morgen ist zuerst aufgerufen, die Heimat aller Demokratien in West- und Mitteleuropa zu sein. Hervorgegangen aus der Zeit des Kalten Krieges konnte die EG von gestern nur ein halbes Deutschland und ein halbes Europa in ihrer Mitte aufnehmen. Sie darf morgen nicht auf ihre derzeitige Zusammensetzung begrenzt bleiben, ansonsten würde unser Kontinent nochmals zweigeteilt: die Reichen auf der einen Seite, die darüber hinaus über eine gemeinsame Sicherheit im Rahmen des Atlantischen Bündnisses verfügen; und die Benachteiligten auf der anderen Seite, ihren Schwierigkeiten ausgeliefert und auf eine Pufferzone reduziert. Man gäbe ihnen sozusagen als ‚Trostpflaster‘ die Möglichkeit, irgendeiner konfusen ‚Konföderation‘ beizutreten, in die möglicherweise ebenfalls die UdSSR aufgenommen werden könnte. In den vergangenen zwei Jahren habe ich es oft gesagt, und ich wiederhole es hier in Deutschland nochmals mit Nachdruck: es ist unsere Pflicht, die Europäische Gemeinschaft den neuen Demokratien im Osten wie auch den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) zu öffnen, und dies sollte unser großes Ziel sein: dem gesamten europäischen Kontinent in einer Gemeinschaft von 500 Millionen freien, friedliebenden und wohlhabenden Menschen eine Struktur zu geben. Eine Gemeinschaft, die dann die notwendige Größe hätte, um auf die Angelegenheiten der Welt im Hinblick auf Russland, Amerika und den Fernen Osten und auch im Hinblick auf unsere Nachbarn im Süden Einfluss nehmen zu können, deren Bevölkerung explodiert.“ Jacques Chirac: „Das deutsch-französische Tandem und die neue internationale Ordnung“, Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung am 1. Juli 1991, veröffentlicht in Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.): *Die Neuordnung Europas. Meinungen und Perspektiven*, Bonn 1993, S. 132-143, für das oben stehende Zitat S. 140.

les peuples de l'Est de retrouver leur identité nationale et spirituelle portée par le vent de la liberté. Et pourtant les Français, c'est vrai, se sentent un peu inquiets. L'histoire va très vite, ils ne sont plus sûrs de rien. [...] Plus que jamais, il faut agir si l'on ne veut pas subir. La France devra être forte. C'est une question de volonté politique.“²⁶

Als Präsident sprach sich Chirac in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit mehrfach für eine Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechischer Republik in die EU bereits zum Jahr 2000 aus.²⁷ Spätestens die Spaltung Europas im Umfeld des Irak-Krieges 2003 zeigte jedoch, dass Frankreich die Perspektive der Aufnahme der neuen Mitglieder auch kurz vor ihrer Umsetzung nicht vollständig verarbeitet hatte und noch nicht mit Überzeugung hinter den neuen europäischen Strukturen stand. Die verbale Entgleisung von Präsident Chirac gegenüber den die Politik der USA unterstützenden mittel- und osteuropäischen Staaten zeugte von tiefem Unbehagen, von klarer Unzufriedenheit mit der gegebenen und der zu erwartenden zukünftigen Situation in der EU.²⁸

Gründe für dieses Unbehagen ließen sich durchaus finden: Das deutsch-französische Verhältnis war nicht mehr dasselbe und die Exklusivität des deutsch-französischen Zusammenspiels in einer Union von 27 Staaten nicht mehr im gleichen Maße haltbar wie in einer 12er- oder 15er-Gemeinschaft. Die Durchsetzung französischer Positionen in Europa war nicht mehr garantiert, da die vor wichtigen Entscheidungen übliche deutsch-französische stellvertretende Kompromissfindung, die dann von den anderen Mitgliedern mitgetragen werden konnte, nicht mehr in jedem Fall von Erfolg gekrönt war.²⁹ Der Journalist Martin Du Bois wies bereits 1992 auf wesentliche anstehende Veränderungen in der EU und auf die französischen Schwierigkeiten mit der sich abzeichnenden neuen Situation hin:

„L'Europe change et la France devra changer si elle veut se maintenir à l'avant-plan. L'Union européenne qui se profile à l'horizon n'a que peu en commun avec cette Communauté restreinte – à six, neuf ou douze membres – dont la France a été longtemps le primus inter pares. L'Europe de demain sera un ensemble d'états petits et grands, où les petits, plus nombreux, exerceront autant d'influence que les grands. Le consensus et la coalition – deux traditions bien peu françaises – y seront les nouveaux outils du pouvoir. Le centralisme bureaucratique et les alliances diplomatiques de haut vol, instruments qui ont permis à Paris d'avantager ses intérêts nationaux à travers la construction communautaire, auront en grande partie fait leur temps. [...] La France paraît également bien seule à vouloir s'opposer à un

²⁶ „Une certaine idée de l'Europe“, Discours de M. Jacques Chirac, Débat sur l'Europe, Assemblée Nationale, 1er décembre 1989, Archives de l'UMP. Vgl. auch Jacques Chirac (1989): „L'après-Yalta“, in: *Politique étrangère*, 54/1989, S. 743-754.

²⁷ Vgl. die ausführliche Untersuchung der Jahre 1996 und 1997 in Teil C.

²⁸ Vgl. das Zitat auf S. 14 aus der Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 17.2.2003. Für eine genauere Darstellung der EU-internen Konflikte im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg vgl. die Untersuchung des Jahres 2003 in Teil C.

²⁹ Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Uterwedde (2003), a.a.O., S. 324ff.

élargissement rapide de la Communauté. Un tel élargissement ne pourra s'opérer qu'en approfondissant les mécanismes institutionnels – c'est-à-dire fédéraux – de l'Union Européenne. Les réticences françaises résultent de ce que la France a toujours privilégié les mécanismes intergouvernementaux [...] pour sauvegarder son statut de grande puissance européenne. Mais la France risque de se trouver bien affaiblie si elle se refuse à la politique de compromis qu'entraînera inévitablement une Communauté plus large dont les Etats membres seront plus égaux. Face à ces défis, les Français semblent tentés par une sorte de nostalgie pour ‚l'Europe de papa‘. Les rapports de pouvoir subtils et les multiples alliances qui se dessinent entre Etats européens grands et petits leur apparaissent une source de malaise plutôt que d'opportunité à saisir.“³⁰

Auch die französische Bevölkerung war, im Gegensatz zu ihrer Einstellung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung, sehr skeptisch gegenüber der Osterweiterung des Jahres 2004. Von Beginn der Diskussionen um diese Perspektive an fand sich in Frankreich immer eine deutliche ablehnende Mehrheit.³¹ Die Osterweiterung war alles andere als eine Herzensangelegenheit der Franzosen.

4. Konsequenzen der EU-Osterweiterung für die französische Europapolitik

4.1 Positive und negative Aspekte

Aus den vorstehenden Ausführungen lässt sich eine erste Bewertung der Konsequenzen der Osterweiterung für die französische Europapolitik ableiten. Eine Kosten-Nutzen-Aufstellung im ökonomischen Sinne ist bei einem so vielschichtigen und weitreichenden Prozess wie der Osterweiterung nicht durchführbar. Dennoch lassen sich positive und negative Aspekte der EU-Osterweiterung für die EU und ihre Mitgliedsstaaten bestimmen.³² Unter Berücksichtigung der bisher nur skizzierten Traditionen der französischen Politik und ihrer europapolitischen Ziele ergaben sich für Frankreich zu Beginn der 1990er Jahre folgende Argumente für die Osterweiterung:

- historische und moralische Verpflichtung: Wie für alle westeuropäischen Staaten war es auch für Frankreich selbstverständlich, die ehemaligen Ostblockländer in die europäischen Integrationsstrukturen aufzunehmen und so die friedliche Vereinigung des Kontinents zu ermöglichen. Für Frankreich ergab sich diese Verpflichtung besonders aus der seit de Gaulle gültigen Zielsetzung der Überwindung der Blockkonfrontation und des „Systems von Jalta“ und der Schaffung eines „Europa

³⁰ Martin Du Bois (1992): „Chroniques d'Europe“, in: *Belles Feuilles. Revue des centres de pouvoir européens*, automne 1992, S. 20f.

³¹ Vgl. u.a. Gérard Grunberg/Christian Lequesne (2004): „France. Une société méfiante, des élites sceptiques“, in: Rupnik (2004) (Hg.), a.a.O., S. 49-63.

³² Vgl. zu diesem Punkt auch Peter Becker (1998): „Der Nutzen der Osterweiterung für die Europäische Union“, in: *integration* 4/1998, S. 225-237 sowie Albrecht Rothacher (2001): „Vom Nutzen und Nachteil der Osterweiterung für die EU“, in: *Politische Studien*, Heft 376, 52. Jahrgang, März/April 2001, S. 73-85.

vom Atlantik zum Ural“³³. Außerdem war die Ausweitung des westlichen Modells mit pluralistischer Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft im Sinne der wertebasierten französischen Außenpolitik, die wesentliche Definitionselemente aus den Idealen der Revolution von 1789 bezieht, ein erstrebenswertes Ziel. Für Frankreich war daher die friedens- und demokratiepolitische Bedeutung der Osterweiterung, die zum Selbstverständnis der gesamten EU gehörte, eine besondere Verpflichtung und entsprach seinem außenpolitischen Selbstverständnis.

- wirtschaftliche Chancen: Die Öffnung des Ostblocks bot enorme wirtschaftliche Chancen. Mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU erhielten Unternehmen und Investoren aus den alten EU-Ländern, also auch aus Frankreich, im Rahmen des Binnenmarktes besonders gute Bedingungen für ein Engagement in den neuen Mitgliedsstaaten. Außerdem wurden durch die Verpflichtung der Kandidatenländer zur Übernahme der im *Acquis communautaire* niedergelegten europäischen Standards weitgehend gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen alten und neuen EU-Staaten garantiert. Die Gefahr von unfairer Konkurrenz für westeuropäische Unternehmen durch die mittel- und osteuropäischen Nachbarn aufgrund von niedrigeren Sozialstandards wurde durch die Aufnahme der neuen Demokratien in die EU reduziert.
- größeres Gewicht der EU: Durch die Osterweiterung vergrößerte sich sowohl das politische als auch das wirtschaftliche weltweite Gewicht der EU deutlich. Diese Entwicklung war im Interesse Frankreichs, das sich für die Entstehung einer multipolaren Welt einsetzt, in der Europa neben den USA und Asien eine wichtige Rolle spielen soll.
- sicherheitspolitische Dimension: Die Osterweiterung trug entscheidend dazu bei, auf dem gesamten europäischen Kontinent einen Raum der Stabilität und des Friedens zu schaffen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur im Westen Europas bestehenden gegenseitigen Sicherheitsgarantien konnten nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ausgedehnt werden. Die europäischen Strukturen bildeten somit gemeinsam mit der NATO die Sicherheitsarchitektur des vereinigten Kontinents.
- europäische Integration als Erfolgsmodell: Der schnell geäußerte Wunsch der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Aufnahme in die EU bewies deren Attraktivität und ließ die ersten Jahrzehnte der europäischen Integration als Erfolgsgeschichte erscheinen. Da Frankreich als Gründungsmitglied der europäischen Gemeinschaften

³³ Vgl. FN 4.

von Anfang an daran mitgearbeitet hatte, konnte es sich einen Anteil an der Entwicklung dieses Erfolgsmodells zuschreiben und seine eigene Außenpolitik damit schmücken.

- kulturelle Dimension: Frankreichs Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, die der EU beitreten wollten, hatten auch eine kulturelle Dimension. Im Rahmen einer wesentlich auf französische Initiative erfolgten Ausdehnung der *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF) auf z.T. nichtfrankophone Länder u.a. in Mittel- und Osteuropa seit 1997 strebte Frankreich die Etablierung der OIF als wichtigen Akteur der Globalisierung, besonders, aber nicht nur, in Fragen der Bewahrung der kulturellen Vielfalt an.³⁴ Die damit einhergehende Intensivierung der Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Ländern, nicht zuletzt, um den deutschen Einfluss dort einzudämmen, hatte Einfluss auch auf die französische Sichtweise des EU-Erweiterungsprozesses.

Neben den positiven Seiten hatte die Osterweiterung für Frankreich jedoch auch negative Aspekte:

- Kosten: Wie für die EU insgesamt und für alle anderen alten Mitgliedsstaaten stellten die enormen Kosten, welche durch die Osterweiterung verursacht wurden, auch für Frankreich ein Problem dar. Frankreich war nur sehr eingeschränkt bereit, seinen finanziellen Beitrag zur EU zu erhöhen bzw. auf rückfließende Gelder aus Brüssel zu verzichten. Insbesondere in der Gemeinsamen Agrarpolitik vertrat Frankreich offensiv die Interessen seiner Landwirte auch gegen die mehrheitlich agrarisch geprägten Kandidaten- bzw. die neuen Mitgliedsländer.
- Gefahr der Überdehnung der EU: Mit der Aufnahme von insgesamt zehn mittel- und osteuropäischen Ländern wurde die Frage nach den Grenzen der EU immer schwieriger zu beantworten. In Frankreich wie in anderen Ländern sahen nicht nur Europagegner die Gefahr, dass sich die EU überdehnen und in der Folge an Handlungsfähigkeit einbüßen könne.
- zu große Heterogenität innerhalb der EU: Nicht nur die rein numerische Vergrößerung der EU bedrohte ihre Handlungsfähigkeit. Auch die große Heterogenität der 27

³⁴ Die frankophone Welt kann seit der im Jahr 1997 angestoßenen Neuausrichtung ihrer Institutionen, die mit einer deutlichen Politisierung einherging, als „neue[r] Typ des kulturellen Regionalismus in der internationalen Politik“ angesehen werden, also als „Gemeinschaft[...], de[r] eine spezifisch regionale Determinante zu eigen ist, deren Koordinationsbedarf über das Staatlich-Politische hinausgeht und deren Legitimationsanspruch im Kontext der aktuellen ökonomischen und kulturellen Globalisierung wachsende Bedeutung erhält.“ Kolboom (2004), a.a.O., S. 19.

Mitgliedsstaaten konnte potentiell dazu führen, dass die Institutionen nicht mehr effektiv funktionierten. Eine Vertiefung der Integration durch eine entsprechende Reform der Institutionen, langjährige Priorität französischer Europapolitik, wäre in einer Union mit über 20 Mitgliedern kaum noch umsetzbar. Inhaltlich würde es immer schwieriger, gemeinsam Politik zu gestalten, da zu viele unterschiedliche Schwerpunkte und Ziele vorhanden wären.

- wirtschaftliche Konkurrenz: Die Kehrseite der zusätzlichen wirtschaftlichen Chancen der Osterweiterung lag in einer gesteigerten Konkurrenz, der sich die EU-Staaten innerhalb der Union ausgesetzt sahen. Besonders im landwirtschaftlichen Bereich ergaben sich Probleme aufgrund der stark agrarisch geprägten mittel- und osteuropäischen Länder, die mit Frankreichs Agrarsektor sowohl im Produktionsbereich als auch bei der Verteilung von EU-Subventionen in Konkurrenz traten. Frankreich befürchtete außerdem trotz der Garantien durch die im *Acquis communautaire* festgelegten Standards eine Gefährdung seines Sozialmodells durch Sozialdumping und einen Niedriglohnsektor in den neuen EU-Ländern. In diesen Zusammenhang gehörten auch Ängste vor Firmenverlagerungen und vor Migrationsbewegungen von billigen Arbeitskräften nach Frankreich.
- Rolle Deutschlands: Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks wurden in Frankreich Befürchtungen laut, Deutschland könne versucht sein, seinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss in seinen östlichen Nachbarstaaten geltend zu machen. Eine auf diese Weise gestärkte Position Deutschlands innerhalb der erweiterten EU wurde in Frankreich sowohl als Bedrohung für die deutsch-französischen Beziehungen als auch für die Machtverhältnisse innerhalb der gesamten Union gesehen. Aus einem historischen Komplex heraus ergab sich demnach in Frankreich eine zumindest gefühlte mit der Osterweiterung verbundene Gefahr.

Die meisten der geschilderten Vor- und Nachteile der EU-Osterweiterung galten in der dargestellten Form nicht nur für Frankreich, sondern, in unterschiedlicher Ausprägung, auch für die anderen alten EU-Mitgliedsländer. Im Verlauf der vorliegenden Untersuchung wird es jedoch darum gehen, die spezifische Bedeutung der einzelnen Argumente für die französische

Politik und die französische Gesellschaft herauszuarbeiten.³⁵

4.2 Die Herausforderung der Vermittlung der Osterweiterung in Frankreich

Neben den objektiv feststellbaren Schwierigkeiten, welche die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten mit sich brachte, kam in Frankreich, wie z.T. in Deutschland auch, hinzu, dass einige Aspekte durch damit in Verbindung gebrachte subjektive Ängste noch überhöht und verstärkt wurden.³⁶ Beispielsweise sahen viele Franzosen die Reform der Errungenschaften ihres Wohlfahrtsstaates in einem direkten, wenn auch diffusen Zusammenhang mit den Veränderungen in der Welt und besonders in Europa an der Schwelle zum dritten Jahrtausend.³⁷ Die Osterweiterung als „Miniglobalisierung“³⁸ im bis dahin so übersichtlichen und bekannten Europa war in dieser Wahrnehmung z.B. durch die Möglichkeit von Firmenverlagerungen in Länder mit niedrigerem Lohnniveau vermeintlich mitverantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit in Ländern wie Frankreich und Deutschland. Auch wenn solche einfachen Zusammenhänge den komplexen Realitäten nicht gerecht wurden, konnten die damit verbundenen Ängste sich in Teilen der Bevölkerung festsetzen. Zum einen argumentierten die pro-europäischen Politiker nicht deutlich genug dagegen und zum anderen bestätigten Gegner der EU-Erweiterung, in Frankreich beispielsweise Vertreter der souveränistischen Rechten wie Philippe de Villiers, die Befürchtungen von Teilen der Bevölkerung sogar noch, um sich die entsprechenden Wählerstimmen zu sichern. Damit war klar, dass auch die mit der Erweiterung verknüpften Ängste bei der Vermittlung der neuen Situation in Europa eine Rolle spielen mussten und dass diese sich nicht nur auf die Darstellung objektiver Fakten beschränken durfte.

³⁵ Im Vergleich zu Deutschland fielen für Frankreich beispielsweise die wirtschaftlichen Vorteile bereits durch die geographischen Gegebenheiten und unterschiedliche historische Verbindungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten deutlich weniger ins Gewicht. Vgl. zu diesem Aspekt detailliert Thibaut de Champris (2004): „Deutsche und französische Wirtschaft im Osten. Kein vergleichbares Engagement“, in: *Dokumente* 3/2004, S. 25-30.

³⁶ Vgl. zu diesem Aspekt bes. Lequesne (2008), a.a.O., S. 134ff.

³⁷ Vgl. dazu u.a. Joachim Schild (2009): „Europapolitik in einer verunsicherten Gesellschaft“, in: Ders./Uterwedde (Hg.) (2009), a.a.O., S. 193-218.

³⁸ Ebd., S. 134. Vgl. auch die Einschätzung von Hans Stark: „[...] die Osterweiterung [macht] den Franzosen, die einem geographisch begrenzten und kulturell eher karolingisch orientierten Europa zunehmend nachtrauern, zu schaffen [...]. Kein EU-Land steht der Osterweiterung so ablehnend gegenüber wie Frankreich. Mehr als die Hälfte der Franzosen versprechen sich von ihr ausschließlich negative Konsequenzen, sowohl für die Agrarpolitik, die nationalen Sozialleistungen und den Arbeitsmarkt, als auch für die innere Sicherheit. Große Teile der politischen Klasse teilen diese Befürchtungen und warnen vor einer Kostenexplosion in der EU, Verlagerungen von Unternehmen nach Osteuropa, einer schleichenden Amerikanisierung der GASP/ESVP und einer institutionellen Regression. Die Ablehnung der Osterweiterung ist somit auf die gleichen Gründe zurückzuführen wie die Furcht vor der Globalisierung.“ Hans Stark (2004a): „Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status quo“, in: Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 257-277, hier S. 265.

Die Vermittlung der europäischen Integration war für Frankreich über Jahrzehnte durchweg mit positiven Motiven verbunden. Frankreich profitierte von der europäischen Integration deutlich mehr als es Zugeständnisse machen musste. Souveränitätsübertragungen wurden im Zweifelsfall aufgewogen durch gleichzeitig erworbene Vorteile in anderen Bereichen.³⁹ Mit der Osterweiterung ergaben sich für Frankreich zum ersten Mal Situationen, in denen die Aufgabe eigener Vorteile nicht mehr vollständig durch Gewinne in anderen Sektoren ausgeglichen werden konnte. Bei Fragen wie Stimmengewichtung und Abstimmungsmodalitäten im Rat, Größe der Kommission, Anzahl der Abgeordneten im EP, Verteilung der finanziellen Mittel aus den Strukturfonds oder Reform der GAP waren französische Abstriche im Vergleich zum bisherigen Status unerlässlich, um ein Funktionieren der EU mit 25 bzw. 27 Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Ein reines Kosten-Nutzen-Denken mit einer am Ende für Frankreich immer positiven Bilanz entsprach nicht mehr der europäischen Realität. Eine Politik, die dieser Tatsache Rechnung trug und im Sinne des übergeordneten Ziels der Weiterführung der europäischen Integration nationale Interessen nicht um jeden Preis durchsetzen wollte, war selbstverständlich ungleich schwerer zu vermitteln als eine Politik rein zum Wohl und Vorteil des eigenen Landes und verlangte eine besondere Anstrengung der französischen Politiker. Die Anpassung der faktischen Politik an die neuen Gegebenheiten gelang den französischen Politikern – wenn auch z.T. zögerlich trugen sie die Entscheidungen hin zur Osterweiterung mit allen Konsequenzen mit. Die französische Gesellschaft ihrerseits nahm die Veränderungen in Europa ebenfalls zur Kenntnis, allerdings weniger durch Vermittlung der Politiker, sondern eher durch eigene Wahrnehmung. Im Verlauf des in der vorliegenden Arbeit untersuchten Zeitraums öffnete sich ein doppelter Graben zwischen den europäischen Realitäten, wie sie von französischen Politikern mitgestaltet und von der Bevölkerung im Alltag erlebt wurden, und der tradierten, in der politischen Kultur niedergelegten und im politischen Diskurs weiterhin präsenten Vision von Europa als größerem Frankreich, als von Frankreich in seinem Interesse bestimmter Einheit.

³⁹ Mit der Wirtschafts- und Währungsunion beispielsweise erreichte François Mitterrand durch seine Zustimmung für Frankreich sowohl eine Befreiung von der als Diktat empfundenen deutschen Zinspolitik als auch eine unumkehrbare Einbindung der wiedervereinigten Bundesrepublik in die europäischen Integrationsstrukturen.

4.3 Systematisierung des französischen Verhältnisses zur Osterweiterung mit Hilfe von Analysekatégorien

Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist also eine Gegenüberstellung der faktischen Europapolitik Jacques Chiracs mit ihrer Vermittlung und Wahrnehmung. Um diese Gegenüberstellung bei der Analyse von Primärtexten und Umfragedaten leisten zu können, soll das französische Verhältnis zur Osterweiterung für die folgende Untersuchung mit Hilfe von Analysekatégorien systematisiert werden. Auf diese Weise wird die Umsetzung der angestrebten Einbeziehung von politisch-kulturellen Grundlagen bei der Analyse von Außenpolitik möglich. Die Systematisierung und Verdichtung dieser Grundlagen in Form von Analysekatégorien ist eine für die vorliegende Arbeit entwickelte Herangehensweise. Die Katégorien werden abgeleitet aus den wesentlichen auf Europa bezogenen Elementen der französischen außenpolitischen Kultur. Im Vorgriff auf eine ausführliche Darstellung im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit lassen sich diese zusammenfassend und schlagwortartig wie folgt benennen:

- Europa als Verlängerung Frankreichs in den internationalen Raum, als Resonanzkörper für seine weltpolitischen Ambitionen (Katégorie: Resonanz)
- Europa als Weg zur Vertretung französischer Interessen über den Rahmen des Nationalstaates hinaus, v.a. im Bereich der Wirtschaft (Katégorie: Interesse)
- Europa als Wertegemeinschaft und als Mittel zur Vermittlung französischer Werte und Kultur (Katégorie: Werte)
- Europa als Pol einer multipolaren Welt, mit Frankreich als Führungskraft (Katégorie: multipolare Welt)
- Europa als Vektor der Zusammenarbeit mit Deutschland und gleichzeitig als Weg zur Eindämmung des deutschen Einflusses in Europa (Katégorie: Deutschland)
- Europa als eigenständige Macht und als Gegengewicht bzw. gleichberechtigter Partner der USA, besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen und als weltweit agierende, strategisch autonome Macht (Katégorie: *Europe puissance*)
- Europa als Schutz gegen Bedrohungen von außen, beispielsweise im Umweltbereich, in der Sozialpolitik, bei der Verbrechensbekämpfung (Drogenhandel, Terrorismus etc.) oder beim Thema (illegale) Immigration (Katégorie *Europe protection*)
- Europa als Friedensgarantie, als moralische Verpflichtung zur Zusammenarbeit, abgeleitet aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges (Katégorie: Frieden)

Die oben angeführten positiven Aspekte, die für Frankreich mit der EU-Osterweiterung verbunden waren, lassen sich diesen Kategorien zuordnen: Die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch die enge Verbindung zu Mittel- und Osteuropa innerhalb der EU ergaben, erlaubten die Förderung französischer ökonomischer Interessen (Kategorie Interesse). Ein größeres weltweites Gewicht war ebenfalls im französischen Interesse, sowohl weil Frankreich seine Positionen mit dem Rückhalt der EU weltweit besser vertreten konnte (Kategorie Interesse) als auch, weil auf diese Weise die von Frankreich gewünschte Rolle Europas in einer multipolaren Welt befördert wurde (Kategorie multipolare Welt). Die sicherheitspolitische Dimension der Osterweiterung betraf den französischen Wunsch nach dem Aufbau einer unabhängigen europäischen Macht, die nach dem Ende des Ostblocks den gesamten Kontinent umfassen könnte (Kategorie *Europe puissance*). Die Betrachtung der Osterweiterung als moralische Verpflichtung und die Wahrnehmung der europäischen Integration als Erfolgsmodell verwiesen beide zum einen auf die französische Sicht auf Europa als Wertegemeinschaft (Kategorie Werte) und zum anderen auf seine Rolle als Friedensgarantie (Kategorie Frieden).

Deutlich wird jedoch auch, dass die (potentiellen) negativen Folgen der Osterweiterung für Frankreich einigen zentralen Definitionselementen der französischen Europakonzeption diametral entgegenstanden: Frankreichs Stimme ist in einem Konzert der 27 Staaten weniger deutlich zu vernehmen als in einer kleineren Gemeinschaft, d.h. die Heterogenität einer großen Union lief Frankreichs Wunsch nach der Verlängerung seiner Ambitionen in den internationalen Raum zuwider (Kategorie Resonanz) und erschwerte gleichzeitig ganz allgemein die Vertretung französischer Interessen (Kategorie Interesse). Der letzte Punkt erhielt zusätzliche Bedeutung durch höhere Kosten, die auf Frankreich zukamen und durch mögliche wirtschaftliche Konkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, besonders in den Sektoren Landwirtschaft und Dienstleistungen. Insgesamt bedrohte die von der Osterweiterung möglicherweise verursachte verringerte Handlungsfähigkeit der EU die Punkte der französischen Europakonzeption am meisten, die mit einem instrumentellen Verständnis der Integration zu tun haben, also besonders die Vertretung französischer Interessen (Kategorie und Interesse) und den Wunsch nach Verlängerung Frankreichs in den internationalen Raum mit Hilfe Europas (Kategorie Resonanz). Das französische Streben nach einem auch im militärischen Bereich bedeutsamen Europa (*Europe puissance*) wurde durch die Osterweiterung insofern erschwert, als die mittel- und osteuropäischen Staaten für die Garantie ihrer Sicherheit stärker auf die USA und damit auf die NATO setzten. Auch die Kategorie *Europe puissance* wurde also von den Veränderungen durch die Osterweiterung

beeinflusst. Die Schutzfunktion Europas, wie sie in der Kategorie *Europe protection* niedergelegt ist, war durch die Osterweiterung in mehrfacher Hinsicht betroffen. Zu den oben erwähnten diffusen Ängsten, die mit der Osterweiterung verbunden waren, gehörten beispielsweise Befürchtungen, die sich auf illegale Einwanderung, möglicherweise gesteigerte Kriminalitäts- und Verbrechensraten, Umweltgefahren sowie auf die potentielle Gefahr des Sozialdumpings durch billige Arbeitskräfte und günstigere Produktionsbedingungen bezogen. Mit den meisten der oben genannten Kategorien waren im Zusammenhang mit der Osterweiterung sowohl positive als auch negative Aspekte verbunden. Dementsprechend müssen die Kategorien in der folgenden Untersuchung immer sowohl in ihrer negativen als auch in ihrer positiven Ausprägung berücksichtigt werden.

Das der vorliegenden Untersuchung zugrundeliegende Kategorienschema lässt sich wie folgt skizzieren:

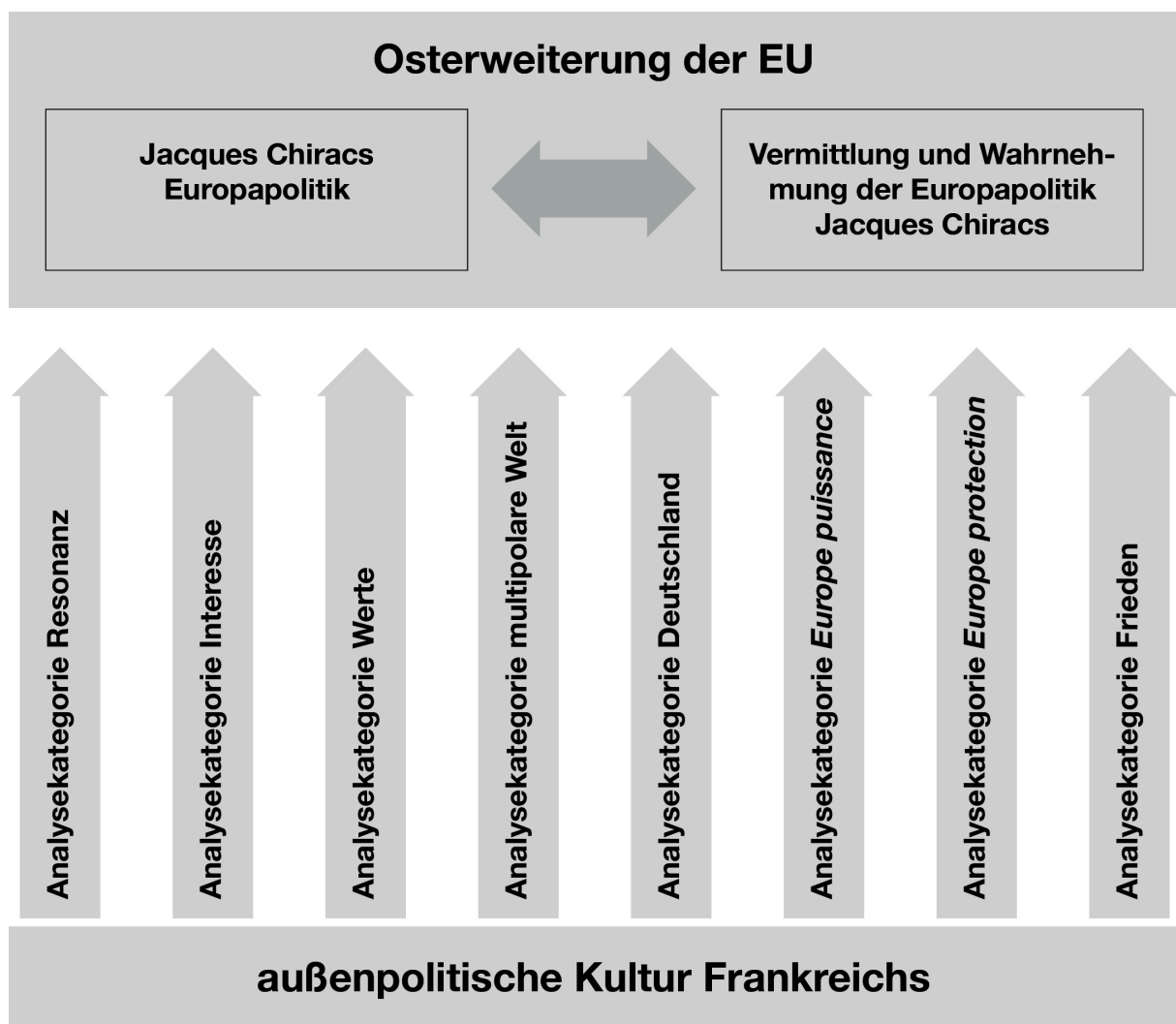


Abb.1: Kategorienschema zur französischen außenpolitischen Kultur

Kapitel II: Methodische Einordnung, begriffliche Klärungen und Vorgehensweise

Der inhaltliche Rahmen und die Zielsetzung der vorliegenden Untersuchung sind mit den Ausführungen in Kapitel I im Groben abgesteckt. Es geht um eine Betrachtung der französischen Politik zur EU-Osterweiterung vor dem Hintergrund der politisch-kulturellen Grundlagen der französischen V. Republik. Worin diese bestehen, wird im Rahmen der Darstellung der inhaltlichen Grundlagen der vorliegenden Untersuchung in Teil B näher ausgeführt. Im folgenden zweiten Kapitel geht es zunächst um die methodische Einordnung der vorliegenden Arbeit. Dazu gehören auch definatorische Klärungen zu den verwendeten Begriffen und Konzepten sowie Erläuterungen zu Relevanz und Stellenwert der Analyse.

1. Forschungsstand und Desiderate

1.1 Französische Außen- und Europapolitik

Untersuchungen zur französischen Außenpolitik der V. Republik im allgemeinen liegen zahlreich vor. Sie orientieren sich in ihrer Gliederung mehrheitlich an den Amtszeiten der Präsidenten. Schwerpunkt ist häufig die Ära de Gaulle aufgrund ihrer bis heute wirksamen grundsätzlichen Richtungsentscheidungen und Festlegungen für die französische Außenpolitik seit 1958. Die Europapolitik findet hier immer Berücksichtigung, jedoch, dem Anspruch der Untersuchungen entsprechend, nur als ein Teil französischer Außenpolitik. Zu nennen sind hier beispielsweise die Arbeiten von Alfred Grosser (1984), Wichard Woyke (1987), Anne Dulphy (1994), Ernst Weisenfeld (1997) und Maurice Vaïsse (2009)⁴⁰. Der am besten dokumentierte und analysierte Teil der französischen Europapolitik sind die deutsch-französischen Beziehungen. Durch die deutsche Vereinigung hat dieser Bereich noch an zusätzlicher thematischer Attraktivität gewonnen. Umfassende Monographien liegen hier vor beispielsweise von Gilbert Ziebura (1997) oder Wichard Woyke (2000) und mit besonderem Fokus auf die Wiedervereinigung Valérie Guérin-Sendelbach (1999). Zur gaullistischen Europapolitik sind ebenfalls Studien erschienen, namentlich z.B. von Hans-Dieter Lucas (1992) und Ralf Joas (1994). Beide untersuchen also französische Europapolitik auf der Ebene der Parteien. Den gleichen Ansatz verfolgen z.B. Ulrike Guérot (1996) und Tanja Wielgoß (2002) für die französischen Sozialisten. Eine detaillierte und aufschlussreiche vergleichende Studie zur Europapolitik von SPD, *Labour Party* und *Parti Socialiste* liegt außerdem von Christian Krell (2009) vor. Eine ausführliche Studie zur deutschen Europapolitik unter Helmut Kohl hat Hans Stark im Jahr 2004 veröffentlicht. Die vorliegende

⁴⁰ Zu den genauen bibliographischen Angaben vgl. Literaturverzeichnis.

Arbeit liefert dazu mit ihrer Konzentration auf Jacques Chirac sozusagen die Fortsetzung auf der Gegenseite.

Eine vollständige und umfassende Darstellung der Außen- und besonders der Europapolitik unter Staatspräsident Chirac fehlt bisher. Die genannten außen- und europapolitischen Analysen beziehen jeweils höchstens nur die ersten Jahre seiner Präsidentschaft mit ein oder berücksichtigen Chirac nur als einen von mehreren Präsidenten. Die detailreiche Untersuchung der französischen Europapolitik von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (2004) legt zwar den Schwerpunkt auf die Präsidenten Mitterrand und Chirac. Der Untersuchungszeitraum endet jedoch mit 2004 zu früh für eine Gesamtbilanz der beiden Amtszeiten Chiracs. Entscheidende Entwicklungen wie das Verfassungsreferendum konnten keine Berücksichtigung finden. Bilanzen der Präsidentschaft Chiracs finden sich in Fachzeitschriften (*Dokumente, Histoire* u.ä.) oder anderen frankreichbezogenen Fachveröffentlichungen (*Länderbericht Frankreich, Frankreich-Jahrbuch* des Deutsch-Französischen Instituts etc.), jedoch bislang noch nicht in Umfang und Tiefe einer Monographie. Allen genannten Untersuchungen gemeinsam ist ihre weitgehende Konzentration auf eine klassische Analyse von Außenpolitik im Sinne von Regierungshandeln gegenüber den Führungen anderer Staaten. Politisch-kulturelle Komponenten, die Interaktion von Außen- und Innenpolitik oder die Betrachtung innenpolitischer Faktoren als Teil der Außenpolitik finden kaum Berücksichtigung.

1.2 Osterweiterung

Bei Untersuchungen der französischen Einstellung zur Osterweiterung ist in mehrfacher Hinsicht eine Lücke festzustellen. Die Zahl der französischen Forscher, die sich schwerpunktmäßig mit der EU-Osterweiterung befassen, ist klein. Die wichtigsten französischen Arbeiten liegen von Françoise de la Serre, Christian Lequesne und Jacques Rupnik vor. Seit Anfang der 1990er Jahre decken ihre Untersuchungen den kompletten Vorgang der Osterweiterung für das französische Publikum ab. Ihre Arbeiten betrachten jedoch zumeist die gesamte EU auf der einen und die Beitrittskandidaten bzw. die neuen Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite. Die Zahl der Untersuchungen speziell zur französischen Haltung zur Osterweiterung ist gering. Zu nennen ist beispielsweise Irmgard Roux' (2004) vergleichende Analyse der französischen und der deutschen Standpunkts zur Aufnahme Polens in die EU. In seiner im Vorfeld der französischen EU-Ratspräsidentschaft 2008 erschienenen Analyse, *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d'échelle*, befasst sich außerdem Christian Lequesne, in einem ähnlichen Ansatz wie die

vorliegende Arbeit, mit den Anpassungsschwierigkeiten der französischen Eliten und der französischen Gesellschaft an die veränderten Rahmenbedingungen in der erweiterten EU. Auch fast zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sieht er erheblichen Handlungsbedarf:

„Depuis les changements de 1989, la France a du mal à trouver sa place dans une Union européenne qui a changé d'échelle. Tant dans les positions du gouvernement que dans les réactions de la société, cela se traduit souvent par une posture réactive à l'égard du processus de l'intégration européenne. [...] Il découle de cette posture réactive une difficulté à assumer un *leadership*. Trouver sa place dans une Union européenne à vingt-sept nécessite, au contraire, d'être une force de proposition positive qui accepte la réalité de l'élargissement et, plus généralement, celle du monde tel qu'il est et non tel que la France l'a rêvé au lendemain de la seconde guerre mondiale.“⁴¹

Weiterhin hat Jacques Rupnik einen ausführlichen Band zur Wahrnehmung der Osterweiterung in den einzelnen europäischen Staaten herausgegeben (Rupnik (Hg.) 2004). Das Frankreich-Kapitel in diesem Band formuliert eine ähnliche Hypothese wie die vorliegende Arbeit und sieht in der mangelnden und mangelhaften Vermittlung der Veränderungen in der EU im Zuge der Osterweiterung durch die französischen Politiker einen Grund für die überwiegend negative Haltung der Franzosen zur Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten. Diese Annahme wird jedoch, angesichts der begrenzten Möglichkeiten eines Beitrages zu einem Sammelband, nicht ausführlich ausgeführt oder empirisch belegt. Christian Lequesne formuliert das Desiderat einer umfassenden Untersuchung der französischen Haltung zur Osterweiterung im Jahr 2005 daher wie folgt:

„Was Frankreich betrifft, so ist in den Wahrnehmungen und Darstellungen sehr präsent, dass Frankreich das Land war, das der Erweiterung die Vertiefung entgegengestellt hat. [...] Frankreich gilt als das Land, das Schwierigkeiten damit hatte, sich die Erweiterung und die Vertiefung als einen parallelen Prozess vorzustellen. Dies ist in den Köpfen präsent, und es wäre sicher interessant, eines Tages einmal eine Langzeitstudie zur französischen Haltung gegenüber der Erweiterung seit 1990 durchzuführen.“⁴²

Die von Lequesne benannte Forschungslücke besteht in Frankreich und in Deutschland weiterhin. In Deutschland ist die Literatur zur Osterweiterung allgemein zwar zahlreicher. Beispielhaft zu nennen sind hier die Arbeiten von Barbara Lippert (2000, 2004, 2005), Ludger Kühnhardt (2003, 2005) oder auch verschiedene Sammelbände, herausgegeben u.a. von Wichard Woyke (2003) oder Ellen Bos/Jürgen Dieringer (2008). Untersuchungen speziell zur französischen Haltung zur Erweiterung liegen jedoch ebenfalls kaum vor. Zu erwähnen sind –

⁴¹ Lequesne (2008), a.a.O., S. 123.

⁴² Christian Lequesne (2005): „Divergierende Denk- und Wahrnehmungsmuster. Die Nationen Zentraleuropas haben ihre tragische Geschichte noch nicht überwunden“, in: *Dokumente* 4/2005, S. 41-44, hier S. 44.

im Nachgang zu den Studien von Kolboom (1990) – die Aufsätze von Hans Stark (1992) und von Christian Deubner (1999), die jedoch bereits im Laufe der 1990er Jahre verfasst wurden. In Gesamtdarstellungen der französischen Europapolitik oder der Osterweiterung bleibt es häufig beim Hinweis darauf, dass Frankreich eines der erweiterungsskeptischsten unter den alten Mitgliedsländern der EU sei. Es gilt weiterhin das von Tanja Wielgoß bereits 1997 festgestellte Desiderat:

„Die Literaturlage ist, betrachtet man sie rein quantitativ, hervorragend. Die Zahl der Veröffentlichungen zur Problematik und zu den Konsequenzen der Osterweiterung ist kaum mehr zu überblicken. Dies kann aber nicht über bestehende Lücken und qualitative Mängel hinwegtäuschen. So wird [...] die Ostpolitik der EG/EU zwar häufig beschrieben, Untersuchungen zu den Erweiterungspolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten liegen aber nicht vor. Die Frage, wie es zur Formulierung der Ostpolitik und vor allem zum Ziel der Osterweiterung in den einzelnen Mitgliedstaaten und folglich in der Union kam, wird so gut wie nicht nachgegangen.“⁴³

1.3 Forschungsrelevanz

Die vorliegende Arbeit möchte in mehrfacher Hinsicht eine Ergänzung zum bisherigen Forschungsstand darstellen: Im Rahmen der Untersuchung von Jacques Chiracs Politik im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung bezieht die vorliegende Analyse wesentliche Teile seiner gesamten Europapolitik über beide Amtszeiten mit ein. Da eine vollständige Untersuchung zur Außen- und Europapolitik von Präsident Chirac bisher nicht vorliegt, kann die vorliegende Arbeit hier einen wichtigen Beitrag leisten. Auch eine aktuelle ausführliche Darstellung der französischen Haltung zur Osterweiterung fehlt bislang. Der Mehrwert der vorliegenden Arbeit liegt im Vergleich zum vorhandenen Forschungsstand darüber hinaus vor allem darin, dass sie politisch-kulturelle Faktoren in den Mittelpunkt der Analyse stellt.

In Anbetracht der Forschungslage erscheint angesichts der Perspektive einer weiter fortschreitenden europäischen Integration eine Fallstudie zur französischen Europapolitik daher gerechtfertigt und in ihrem spezifischen Bezug auf die Osterweiterung sogar erforderlich. Von den Veränderungen der Welt im Rahmen der Globalisierung und der Weiterentwicklung der europäischen Integration in Umfang und Struktur ist selbstverständlich nicht nur Frankreich betroffen. Doch Frankreich, der „Nationalstaat par excellence“⁴⁴, scheint größere Schwierigkeiten damit zu haben als andere Staaten in vergleichbarer Situation. Gleichzeitig ist Frankreich eines der wichtigsten Mitglieder der

⁴³ Tanja Wielgoß (1997): *Die Europäische Union vor ihrer ersten Osterweiterung: Vorbereitung, Probleme und Konsequenzen*, Berlin, S. 6.

⁴⁴ Gilbert Ziebura (1992): „Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich“, in: Ders. (2003), a.a.O., S. 229-252, hier S. 238.

Europäischen Union und zentraler Mitakteur Deutschlands. Ohne seine Mitwirkung und Unterstützung kann die Integration nicht voranschreiten.⁴⁵

Im deutsch-französischen Kontext ist die Thematik der Untersuchung von besonderer Bedeutung. Der verschiedene Stellenwert, den bereits erfolgte und zukünftige Osterweiterungen der EU für Deutschland und Frankreich besitzen, spiegelt sich in der oben bereits angedeuteten sehr kleinen Zahl von französischen Forschern wider, die sich mit dem Thema befassen. Die französische Sichtweise auf die EU-Osterweiterung ist daher vergleichsweise schlecht beleuchtet, sowohl in Frankreich selbst als auch v.a. in Deutschland. Aus der Perspektive der deutschen Frankreichforschung muss es daher ein Anliegen sein, die französische Sichtweise auf die Osterweiterung näher zu untersuchen und daraus Schlussfolgerungen für die zukünftige deutsch-französische Politikgestaltung zu ziehen. Trotz der großen Nähe zwischen den beiden Ländern können unterschiedliche Wahrnehmungen von Politikfeldern und unterschiedliche Prioritätensetzungen immer noch zu Missverständnissen in der grenzüberschreitenden politischen Kommunikation führen. Daher erscheint es von großer Bedeutung, bei solchen Themenbereichen auf die deutsch-französischen Unterschiede hinzuweisen.⁴⁶

Die Untersuchung der französischen Haltung zur Osterweiterung ist im Hinblick auf zukünftige Erweiterungen jedoch noch aus einem weiteren Grund besonders wichtig: Kroatien wird in absehbarer Zeit EU-Mitglied werden, Mazedonien besitzt Kandidatenstatus und Serbien hat einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Ähnliche Diskussionen wie im Jahr 2004 bei der Erweiterung um acht mittel- und osteuropäische Staaten stehen daher mit hoher

⁴⁵ Vgl. auch Ziebura: „[...] Frankreich [bietet sich] als exemplarisches Untersuchungsobjekt an. Mit seiner zentralistisch-etatistischen Tradition, seinem noch immer im Gaullismus („une certaine idée de la France“) wie in der kulturellen Exzeption wurzelnden nationalen Selbstverständnis tut es sich bei der Verarbeitung der neuen welthistorischen Bedingungen besonders schwer. Nirgendwo sonst treten ‚Souveränisten‘, aber auch antiglobalistische, den Neoliberalismus radikal kritisierende Bewegungen so kämpferisch auf wie hier. Die wirtschaftspolitische Wende, die Präsident Mitterrand 1982/83 vollziehen musste, war die Ouvertüre zu einem Anpassungsprozess an die neoliberale Globalisierung und Europäisierung, der noch immer andauert, ohne dass seine Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft beherrscht würden.“ Gilbert Ziebura (2003a): „(Um)Wege zu einer sozialwissenschaftlichen Frankreich-Forschung“, in: Ders. (2003): a.a.O., S. 9-22, hier S. 20f.

⁴⁶ Vgl. zu diesem Punkt auch die Einschätzung von Kimmel/Uterwedde: „Gerade für die EU-Mitgliedsstaaten bleibt es [...] nach wie vor wichtig, sich gegenseitig zu kennen, um das Verhalten der Partner in meist schwierigen Verhandlungen besser einschätzen und beurteilen zu können und Missverständnisse oder gar Krisen möglichst zu vermeiden. So bleibt es eine wesentliche Bildungsaufgabe, auch im weiter zusammenwachsenden Europa Wissen um und Verständnis für die jeweiligen Nationalstaaten mit ihren spezifischen Wesensmerkmalen zu vermitteln. Besonders wichtig ist das gegenseitige Kennenlernen für Frankreich und Deutschland, die in vielfacher Hinsicht durch besonders enge Beziehungen miteinander verbunden sind, die von entscheidender Bedeutung im jahrzehntelangen europäischen Einigungsprozess waren und weiterhin sind und die sich gleichwohl in ihrer politischen Kultur, ihren Strukturen und natürlich auch in ihren Interessen erheblich voneinander unterscheiden.“ Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (2005a): „Einleitung“, in: Dies. (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearb. Aufl., Bonn, S. 9-15, hier S. 10.

Wahrscheinlichkeit an. Präsident Chirac hatte im Zusammenhang mit den Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei⁴⁷ die Verfassung ändern lassen, so dass für jede Erweiterung der EU nach dem Beitritt Kroatiens die Pflicht zur Abhaltung eines Referendums bestand. Nicolas Sarkozy hat den betroffenen Artikel 88.5 der Verfassung im Jahr 2008 erneut ändern lassen, so dass statt eines Referendums auch eine Abstimmung durch den Kongress möglich ist. Allerdings gilt diese Modifikation nicht für Beitritte nach einer Regierungskonferenz, deren Einberufung vom Europäischen Rat vor dem 1. Juli 2004 beschlossen wurde. Für die Türkei, deren EU-Beitritt Sarkozy ablehnt, bleibt die Verpflichtung zur Abhaltung eines Referendums damit bestehen. Für andere Kandidatenländer beispielsweise aus der Balkanregion ist das Referendum nur eine Option. Auch wenn die Franzosen daher wahrscheinlich über die künftigen EU-Erweiterungen nicht per Referendum abstimmen werden, wird es für die französischen Abgeordneten und Senatoren eine politische Herausforderung darstellen, einen Beitritt neuer Länder zur EU anzunehmen, den möglicherweise eine Mehrheit der Franzosen ablehnt. Angesichts der seit längerer Zeit durchgehend negativen Einstellung einer Mehrheit der Franzosen zu Osterweiterungen der EU erscheint es dringend geboten, die Gründe für diese ablehnende Haltung zu durchdringen, um aus der Analyse Schlüsse für potentiell anstehende Referendumskampagnen oder Diskussionen im Zusammenhang mit einer Kongress-Abstimmung zu zukünftigen Erweiterungen ziehen zu können.

2. Schnittstelle Kulturwissenschaft

In der vorliegenden Arbeit wird mit der Osterweiterung der Europäischen Union und der darauf bezogenen französischen Europapolitik ein politisches Thema behandelt. Wie in der Fragestellung und der Zielsetzung der Untersuchung bereits angedeutet, weist das Erkenntnisinteresse jedoch über eine Analyse von internationaler Politik im engeren Sinne hinaus. Es geht vielmehr darum, der Politik zugrundeliegende kulturelle Tiefenströmungen in der Gesellschaft aufzudecken und deren Wechselwirkungen mit politischen Präferenzen und Entscheidungen darzustellen. Die politische Kultur Frankreichs wird damit als wichtiger Erklärungsfaktor betrachtet. Entsprechend der inhaltlichen Herangehensweise – ein politisches Thema wird auch unter kulturellen Aspekten untersucht – bewegt sich auch die angewandte Methodik an der Schnittstelle zwischen Politik- und Kulturwissenschaft. Eine

⁴⁷ Die spezielle Problematik der Kandidatur der Türkei für eine Aufnahme in die EU und die damit verbundenen besonderen Schwierigkeiten und Diskussionen sollen an dieser Stelle aufgrund der Konzentration der vorliegenden Arbeit auf die Osterweiterung weitgehend ausgeklammert werden.

Kombination von Elementen beider Disziplinen ermöglicht ein multiperspektivisches und damit möglichst vollständiges Erfassen der gewählten Fragestellung.

2.1 Kultur in der Politikwissenschaft

Die deutsche Politikwissenschaft hat sich, im Vergleich zu Nachbardisziplinen wie Soziologie oder Geschichtswissenschaft, vom in den 1980er Jahren einsetzenden *cultural turn* in den Geistes- und Sozialwissenschaften erst spät und auch nur zögerlich beeinflussen lassen.⁴⁸ Kultur ist keine traditionelle Analysekatgorie der Politikwissenschaft und wurde lange einzig in den Aufgabenbereich der Politischen Kulturforschung verwiesen. Inzwischen finden sich jedoch auch innerhalb der Politikwissenschaft bzw. disziplinübergreifend mit Anleihen in der Kulturwissenschaft, der Soziologie, der Geschichtswissenschaft oder der Ethnologie, Ansätze eines „kulturellen Blicks auf politische Phänomene“⁴⁹. Die damit einhergehende Erweiterung der Perspektive erlaubt das Erfassen von Aspekten des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die in Kategorien der traditionellen Politikwissenschaft nicht immer Berücksichtigung finden können. Eine kulturwissenschaftliche Politikanalyse umfasst demnach eine Vielzahl von Herangehensweisen, „die sowohl jenseits von empirisch-kausalanalytischen Arbeiten und deren meist ‚quantitativer‘ Methodik als auch jenseits von Rational Choice, Systemtheorie oder einem eher traditionellen Institutionalismus anzusiedeln

⁴⁸ „K[kultur] ist (bislang) kein Schlüsselbegriff der Politikwissenschaft, wird weder in politikwiss. Wörterbüchern behandelt noch i.d.R. in Sachregistern politikwissenschaftlicher Schriften geführt.“ Dieter Nohlen (2010): „Kultur“, in: Ders./Schultze (Hg.) (2010), a.a.O., S. 537-539, hier S. 537. Vgl. weiterhin u.a. Victoria E. Bonnell/Lynn Hunt (1999a): „Introduction“, in: Dies. (Hg.) (1999): *Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture*, Berkeley/Los Angeles/London, S. 1-32 und Mergel, Thomas (2004): „Kulturwissenschaften der Politik: Perspektiven und Trends“, in: Friedrich Jaeger/Jürgen Straub (Hg.) (2004a): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 3: Themen und Tendenzen*, Stuttgart/Weimar, S. 413-425. Mergel sieht Gründe für die oben angesprochene Entwicklung u.a. darin, dass „weniger offensichtliche [...], vielleicht unbewusste [...] Dimensionen politischer Strukturen und politischen Handelns, welche in einem kulturwissenschaftlichen Zugang prominent sein müssten“, mit den traditionellen Kategorien politikwissenschaftlicher Analyse (Macht, Gewalt, Herrschaft etc.) schwierig zu erfassen sind und durch die Langfristigkeit ihrer Entwicklung der „unmittelbaren Zeitbindung“ der Politikwissenschaft entgegenstehen. Außerdem sieht Mergel in der Entwicklung der Disziplin Politische Wissenschaft ein Hindernis für eine Einbeziehung kultureller Aspekte: „[...] während der letzten fünfzig Jahre [hat es] in der gesamten internationalen Politikwissenschaft und seit den sechziger Jahren auch in Deutschland einen methodischen Schub gegeben, der sich insbesondere als eine Wendung zur quantifizierenden, große Datenmengen und Makroperspektiven bevorzugenden Wissenschaft ausgewirkt hat. Diese Art von Verwissenschaftlichung der Politikforschung hat sich darin geäußert, dass diese zu einer empirischen Sozialwissenschaft mit positivistischem Grundton geworden ist. Das hat nicht nur älteren hermeneutischen Konzepten den Garaus gemacht. Es hat auch mit dem Argument der mangelnden konzeptuellen Härte lange Zeit verhindert, dass der *cultural turn* in der Politikwissenschaft wie auch der Politikgeschichte Fuß fassen konnte.“ Alle Zitate aus S. 413 des genannten Handbuch-Beitrags.

⁴⁹ Schwelling, Birgit (2004a): „Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen“, in: Dies. (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 11-29.

sind.“⁵⁰ Dass sich Politik für eine Analyse anhand kulturwissenschaftlicher Fragestellungen eignet, begründet beispielsweise Mergel wie folgt:

„[...] die Politik [ist] ein Feld, das auch im Alltagsverständnis in hohem Maß von kulturellen Codes bestimmt ist. Von den Ritualen des Wahlkampfes, von symbolischer Politik, von der eigentümlich substanzlosen Politikersprache oder den Vergemeinschaftungsformen der ‚politischen Klasse‘ ist in Feuilletons wie in Stammtischgesprächen gleichermaßen die Rede. Sind solche Sprachregelungen auch meist abwertender Art, so verweisen sie doch darauf, dass die Politik ein Feld ist, das in hohem Maß durch symbolisches Handeln, durch ritualische Kommunikation, durch unausgesprochene Annahmen gekennzeichnet ist. [...] Die jeder Politik vorgängigen kulturellen Werte, die ihr unterliegenden Erwartungen an den Staat und politische Verbände, die symbolische und ritualische Kommunikation, die Grenzen zwischen Politik und Nichtpolitik, die Tabus, an denen nicht gerüttelt werden darf: Seit dem 11. September ist deutlich geworden, in welchem Ausmaß Politik ein kulturelles System ist und wie erfolglos auf lange Sicht technokratische Instrumente sind.“⁵¹

Für die vorliegende Arbeit ist mit der Politischen Kulturforschung ein Ansatz aus dem Methodenschatz der Politikwissenschaft gewählt worden. Er wird jedoch ergänzt durch eine kulturwissenschaftliche Perspektive.

2.2 Romanistische Landes- und Kulturwissenschaften

Kulturwissenschaft bezogen auf Frankreich versteht sich innerhalb der Romanistik als Brücke zwischen den Philologien und den Sozialwissenschaften.⁵² Der dominierende Kulturbegriff in der romanistischen Kulturwissenschaft bezieht sich hauptsächlich auf Texte und Medien. Kultur wird nach Lüsebrink verstanden als „Gesamtheit der symbolischen Kommunikationsformen und –medien einer Gesellschaft [...], in denen sie sich verständigt, selbst darstellt, repräsentiert, Vorstellungsmuster, ästhetische Geschmacksmuster, Lebensstile und Rollenbilder entwickelt.“⁵³ Die zu analysierenden Texte, wobei der Textbegriff weitgefasst ist und neben literarischen Werken beispielsweise auch Presseartikel, Flugblätter, Werbung o.ä. umfassen kann, werden hauptsächlich mit Methoden der Literatur- und Sprachwissenschaft untersucht. Auf diese Weise ordnet sich die romanistische Kulturwissenschaft in weiten Teilen in die Untersuchungsgebiete der traditionellen Philologie ein. Kulturelle Praktiken im Sinne eines anthropologischen Kulturbegriffs oder soziologische

⁵⁰ Nullmeier, Frank (2004): „Methodenfragen einer kulturwissenschaftlichen Politologie“, in: Friedrich Jaeger/Jürgen Straub (Hg.) (2004): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 2: Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart/Weimar, S. 486-501, hier S. 486.

⁵¹ Mergel (2004), a.a.O., S. 413 und 421. Vgl. dazu auch Ingo Kolbooms Artikel in der Festschrift für Hans-Peter Schwarz (1999a): „Von der Frankophonie zur ‚Frankologie‘. Ein Gegenstand der internationalen Politik und Kultur sucht seine Bestimmung“, in: Peter R. Weilemann et al. (Hg.) (1999): *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn, S. 559-572.

⁵² Vgl. Röseberg, Dorothee (2001): *Kulturwissenschaft Frankreich*, Stuttgart, S. 7.

⁵³ Lüsebrink, Hans-Jürgen/Röseberg, Dorothee (Hg.) (1995): *Landeskunde und Kulturwissenschaft in der Romanistik. Theorieansätze, Unterrichtsmodelle, Forschungsperspektiven*, Tübingen, S. 25.

Fragestellungen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Kultur und Gesellschaft finden auch Berücksichtigung, aber deutlich weniger als rein textorientierte Untersuchungen. Die romanistische Kulturwissenschaft ist also sehr eng verbunden mit der Literaturwissenschaft, bezieht jedoch auch Elemente der Anthropologie, der Semiotik, der Semantik, der Kulturgeschichte und Kulturosoziologie, der Diskursanalyse sowie der Begriffs- und Mentalitätsgeschichte mit ein.⁵⁴

Der angestrebten Brückenfunktion zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften entsprechend ist die romanistische Kulturwissenschaft durchaus offen für die Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, z.B. in Form der Verwendung bestimmter sozialwissenschaftlicher Methoden. In Bezug auf eine Analyse von politischen Fragestellungen ist die Aufgabe der romanistischen Kulturwissenschaften beispielsweise bei Röseberg jedoch wieder sehr eng und sehr textorientiert formuliert:

„Der Objektbereich romanistischer Kulturwissenschaften in der Sphäre der Politik liegt in der Analyse von Reden und Aufsätzen, der Rhetorik und Selbstdarstellung von Politikern sowie der Wahrnehmung und Einschätzung ihrer Politik in der Öffentlichkeit.“⁵⁵

Eine ähnliche Zielsetzung wie diese oben skizzierte Richtung einer philologisch ausgerichteten romanistischen Kulturwissenschaft verfolgen die Vertreter der Landes- und Kulturwissenschaften. Letztere sind jedoch von ihrem Ursprung her stärker sozialwissenschaftlich orientiert. Im Zuge der seit den 1960er und 70er Jahren geführten Diskussion über Status und Definition der Landeskunde innerhalb der etablierten Romanistik entstand der Wunsch nach einer gleichberechtigten Etablierung von *Landeswissenschaften*⁵⁶ neben den Sprach- und Literaturwissenschaften. Das Konzept der Landeswissenschaft wurde entworfen mit der Zielsetzung des „Wandel[s] des romanistischen, an Sprache und Literatur geknüpften Wissenschaftskonzepts zugunsten einer interdisziplinären Vernetzung.“⁵⁷ Die Ausrichtung der Landeswissenschaften erhielt zwischenzeitlich Rückenwind im Zuge des *cultural turn* in den Geistes- und Sozialwissenschaften und den damit zusammenhängenden Methoden- und Theoriediskussionen. Innerhalb der etablierten Romanistik an den deutschen

⁵⁴ Vgl. Roland Höhne/Ingo Kolboom (2008): „Die gestiegene Nachfrage nach Fernkompetenz?: Entwicklung und Methoden der romanistischen Landes- und Kulturwissenschaften am Beispiel der Französisistik“, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearb. und erw. Aufl., Berlin, S. 387-404, hier S. 396.

⁵⁵ Röseberg (2001), a.a.O., S. 17.

⁵⁶ Der Begriff wurde bewusst gewählt in Abgrenzung zur schulischen *Landeskunde*. Vgl. Höhne/Kolboom (2008), a.a.O., S. 388.

⁵⁷ Meißner, Franz-Joseph: „Vom landeskundlichen zum interkulturellen Lern-Paradigma. Schwerpunkt Spanischunterricht“, in: Werner Altmann/Ursula Vences (Hg.) (2007): *Por España y el mundo hispánico. Festschrift für Walther L. Bernecker*, Berlin, S. 549-564, hier S. 551, zitiert nach Höhne/Kolboom (2008), a.a.O., S. 388.

Hochschulen führt sie jedoch weiterhin ein Schattendasein und steht häufig in Konkurrenz zur etablierten Literaturwissenschaft, die teilweise kulturwissenschaftliche Herangehensweisen mehr oder weniger exklusiv für sich beansprucht.⁵⁸

Untersuchungsgegenstand der romanistischen Landeswissenschaften sind die „politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zielgebiete, einschließlich ihres historischen Kontextes“ unter besonderer Berücksichtigung der „sprachlichen und kulturellen Aspekte dieser Verhältnisse und ihrer kommunikativen Zusammenhänge, die ihre Singularität ausmachen.“ Die Landeswissenschaften beschäftigen sich mit „sprachlichen, begrifflichen und kulturellen Referenzsystemen der Objektländer, mit deren Vorräten an national bedeutsamen, kulturellen Objektivierungen, Mythenbildungen, Auto- und Heterostereotypen sowie Handlungsmustern in Geschichte und Gegenwart.“⁵⁹ Methodisch nehmen die Landeswissenschaften Anleihe sowohl bei ihren direkten Nachbardisziplinen innerhalb der Philologien als auch bei den Geschichts- und Sozialwissenschaften. Eine Zusammenführung von romanistischer Landes- und Kulturwissenschaft erscheint somit sinnvoll. Beide Disziplinen verfolgen ähnliche Ziele, nämlich die Untersuchung von Ländern, Regionen, Gesellschaften und Kulturräumen sowie der Beziehungen zwischen diesen. Beide Ansätze ergänzen sich gegenseitig, wobei die Landeswissenschaften deutlicher als die Kulturwissenschaft die gesellschaftlichen und sozialen Grundlagen kultureller Phänomene in den Fokus nehmen.⁶⁰ Eine in Landes- und Kulturwissenschaften verortete Untersuchung befasst sich somit „mit den konstitutiven Elementen von kollektiven Denkformen, Wahrnehmungsmustern und Verhaltensweisen in Gesellschaft und Geschichte.“⁶¹ Ihre interdisziplinäre Herangehensweise bietet gegenüber

⁵⁸ Zur Diskussion um die Abgrenzung zwischen Literatur- und Kulturwissenschaft bzw. um eine Vereinbarkeit oder Komplementarität beider Disziplinen vgl. z.B. Bollenbeck, Georg/Kaiser, Gerhard (2004): „Kulturwissenschaftliche Ansätze in den Literaturwissenschaften“, in: Jaeger/Straub (Hg.) (2004), a.a.O., S. 615-637, zur Romanistik bes. S. 630f.

⁵⁹ Alle Zitate aus Höhne/Kolboom (2008), a.a.O., S. 392.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 398. Diese Ausrichtung spiegelt sich auch darin wider, dass Vertreter der Landeswissenschaften eher romanistisch geschulte Historiker oder Politologen sind als beispielsweise Literatur- oder Sprachwissenschaftler.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 398. Vgl. zum Konzept der „Wahrnehmungsmuster“ auch Robert Picht: „Wahrnehmungsmuster sind im doppelten Sinne Ausdruck von Interessen: von Bedürfnissen, Wünschen, Befürchtungen, Zielen und, durch diese bedingt, von Aufmerksamkeit, Neugier oder der Verdrängung bestimmter Themen und Aspekte. [...] Wahrnehmungsmuster sind zugleich überlieferte und sich aus Traditionen heraus weiterentwickelnde Formen des Aufnehmens, Festhaltens, Deutens, Gestaltens und Weitergebens von Information, wobei die Formen in erheblicher Weise das Bild und die Schlüsse prägen, die man aus ihm zu ziehen geneigt ist. Wahrnehmungsmuster erwachsen aus historischer Erfahrung und tradieren damit frühere Interessenlagen. Sie sind in hohem Maße durch die Institutionen geprägt, in denen die Akteure jeweils tätig sind, und stehen damit in der Kontinuität historischer Langzeitentwicklungen. Denkmuster und Verhaltensweisen werden durch Bildung und Ausbildung eingeübt, also durch die institutionalisierten Formen der Erhaltung und Weitergabe überkommener gesellschaftlicher Strukturen und Regeln. Wahrnehmungsmuster sind also Ausdruck von Geschichte und tragen deren Logik in einer Weise weiter, die den Wahrnehmenden selbst oft kaum bewusst ist.“ Robert Picht (1995): „Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, S. 175-186, hier S. 175f.

einem rein philologischen oder einem rein sozialwissenschaftlichen Zugang den großen Vorteil der Kombination von Geschichte, Politik, Wirtschaft etc. mit sprachlich-kulturellem Wissen und der Einbeziehung von Texten und Dokumenten in den Originalsprachen. Diesem Ansatz ist die vorliegende Arbeit verpflichtet.

3. Schnittstelle Politikwissenschaft

Die Entwicklung eines Analyserasters und eines Forschungsdesigns erfordert die Klärung und Definition der verwendeten Begriffe und Konzepte. Daher wird im folgenden Teil der Forschungszweig der Politischen Kulturforschung vorgestellt, an dessen Grundannahmen sich die vorliegende Untersuchung orientiert. Außerdem wird in allgemeiner Form definiert, was unter politischer Kultur und außenpolitischer Kultur zu verstehen ist. Für Frankreich werden diese Definitionen ausgefüllt im Rahmen der Darstellung der inhaltlichen Grundlagen der Untersuchung in Teil B.

3.1 Civic Culture und Politische Kulturforschung

Pionierstudie The Civic Culture

Der Forschungszweig zur Politischen Kultur geht zurück auf die Pionierstudie *The Civic Culture* von Gabriel A. Almond und Sydney Verba aus dem Jahr 1963⁶². Die beiden Autoren untersuchten zum ersten Mal systematisch und länderübergreifend gesellschaftliche Voraussetzungen für das Bestehen einer stabilen Demokratie in einem Staat. Zielsetzung des Ansatzes von Almond und Verba war die Aufdeckung der hinter sozialem und politischem Handeln stehenden kulturellen Motivationen und Einstellungen der Mitglieder einer Gesellschaft. Auf diese Weise wollten sie herausfinden, welche dieser die politische Kultur eines Landes bildenden Einstellungsmuster die dauerhafte Etablierung eines demokratischen Systems förderten und welche dem eher entgegenstanden. Zum Zeitpunkt der Entstehung der Studie waren die Untersuchungsansätze in der amerikanischen Politikwissenschaft mehrheitlich institutionell und verfassungsrechtlich ausgerichtet. Almond und Verba wollten diese Herangehensweisen mit ihrer Studie zu den gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme ergänzen. Hintergrund ihres Erkenntnisinteresses war unter anderem die Erfahrung

⁶² Princeton, NJ. Vgl. parallel dazu die ebenfalls 1963 erschienene Harvard-Studie von Stanley Hoffmann über Frankreich: *A la recherche de la France*, Paris. Vgl. zur Entstehungsgeschichte des Konzepts der Politischen Kultur u.a. Gabriel A. Almond/Sydney Verba (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton, NJ, bes. S. 1-44 (hier verwendete Ausgabe: Newbury Park, CA 1989); Dirk Berg-Schlosser (1972): *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München, S. 37ff und Gabriel A. Almond (1987): „Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick“, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.) (1987): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 18/1987*, 28. Jg., Opladen, S. 27-38, hier bes. S. 27.

der Zwischenkriegszeit, dass das Vorhandensein demokratischer Institutionen in einem Staat alleine offenbar keine Garantie für eine demokratische Entwicklung war.

Die Basis der Analyse Almonds und Verbas bildeten auf der Mikro-Ebene durch Umfragen erhobene individuelle Einstellungsdaten, die auf der Makro-Ebene der Gesellschaft aggregiert wurden und somit Aussagekraft über die fünf untersuchten Länder als Ganzes erhielten. Die Politische Kultur sahen Almond und Verba bei dieser Vorgehensweise als entscheidende Verbindung zwischen der individuellen und der gesellschaftlichen Untersuchungsebene.⁶³ Politische Kultur definierten Almond und Verba wie folgt:

„The term ‚political culture‘ thus refers to the specifically political orientations – attitudes towards the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system. [...] When we speak of the political culture of a society, we refer to the political system as internalized in the cognitions, feelings, and evaluations of its population. [...] The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation.“⁶⁴

Es ging bei der politischen Kultur - als Teil der allgemeinen Kultur einer Gesellschaft - also um individuelle Einstellungen speziell zu politischen Phänomenen, die im Zuge der gesellschaftlichen Sozialisation verinnerlicht werden. Auf der Basis dieser Definition entwickelten Almond und Verba drei idealtypische politische Kulturen und einige Mischformen. Die der Studie ihren Namen gebende *Civic Culture* entsprach, so Almond und Verba, am besten den Anforderungen einer stabilen Demokratie. Dem Ergebnis der Studie zufolge wiesen zum Zeitpunkt der Untersuchung Großbritannien und die USA am ehesten Merkmale der *Civic Culture* auf. Die politischen Kulturen der anderen untersuchten Länder, Deutschland, Mexiko und Italien, waren von der *Civic Culture* und damit auch von den Voraussetzungen einer stabilen Demokratie, so die Schlussfolgerung Almonds und Verbas, deutlich weiter entfernt.⁶⁵

Weiterentwicklungen der Politischen Kulturforschung

Weiterentwicklungen des Ansatzes von Sydney und Verba bemühen sich vor allem darum, den in der Ausgangsstudie vorhandenen problematischen direkten Schluss von der Mikro- zur Makroebene, also von der Erhebung individueller Umfragedaten als empirischer Basis zur

⁶³ Vgl. Almond/Verba (1963), a.a.O., S. 32.

⁶⁴ Ebd., S. 12f.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 337ff. Vgl. auch Schwelling, Birgit (2001): „Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem ‚cultural turn‘“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 11. Jg. (2001), Heft 2, S. 601-629, hier S. 604ff.

Formulierung von Ergebnissen für die Ebene der gesamten Gesellschaft, zu vermeiden.⁶⁶ Neben der methodologischen Problematik der Vermischung von Untersuchungsebenen wird inhaltlich an der Vorgehensweise von Almond und Verba kritisiert, dass dauerhafte und historisch gewachsene politisch-kulturelle Grundstrukturen nicht berücksichtigt werden. Durch eine Momentaufnahme, wie sie eine Umfrage notwendigerweise darstellt, können sie nicht erfasst werden. Gleichermäßen problematisch ist jedoch der Verzicht auf empirische Belege für Aussagen über Veränderungen auf der Makro-Ebene einer Gesellschaft. Hier besteht die Gefahr einer rein subjektiven Interpretation.⁶⁷ Zur Vermeidung der Problematik des direkten Schlusses von Mikro- zu Makroebene fügen daher einige Autoren in der Nachfolge von Almond und Verba eine Mesoebene als Zwischenschritt der Analyse ein.⁶⁸ In anderen Weiterentwicklungen des Ansatzes wird die Auswertung von Umfragedaten ergänzt durch stärker qualitativ ausgerichtete Verfahren wie Inhalts- und Diskursanalysen, semiologische Interpretationen oder teilnehmende Beobachtung. Auch auf diese Weise kann eine überzeugende Verknüpfung der Mikro- und Makro-Ebenen verwirklicht werden. Ein weiterer Kritikpunkt am Ansatz von Almond und Verba bezieht sich auf den von ihnen verwendeten engen Kulturbegriff. Almond und Verba konzentrierten sich in ihrer Untersuchung weitgehend auf Einstellungen, wie sie durch Umfragen ermittelt werden können. In der Nachfolge der Pionierstudie wird der Kulturbegriff von einigen Forschern erweitert. Beispielsweise finden neben *Einstellungen* auch das Konzept der *Vorstellungen* Eingang in Untersuchungen zur Politischen Kultur. Unter anderem Karl Rohe beschäftigt sich in diesem Sinne mit der Frage, warum Menschen ein bestimmtes politisches System bejahen oder es ablehnen, während Almond und Verba nur die Frage stellten, ob sie dies tun. Rohe geht es also um die „Struktur von politischen Einstellungen“⁶⁹, nicht um die Einstellungen an sich.⁷⁰ Andere Forscher, wie u.a. Andreas Dörner, Wilhelm Hofmann oder Dietmar Schirmer,

⁶⁶ Vgl. u.a. Scheuch, Erwin K. (1968): „Cross-National Comparisons Using Aggregate Data: Some Substantive and Methodological Problems“, in: Richard L. Merritt/Stein Rokkan (Hg.): *Comparing Nations: The Use of Quantitative Data in Cross-National Research*, 2. Aufl., New Haven/London, S. 131-167, zitiert nach Schwelling (2001), a.a.O., S. 608.

⁶⁷ Vgl. allgemein zu diesen Punkten u.a. Dirk Berg-Schlosser (2004): „Erforschung der Politischen Kultur – Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand“, in: Gotthart Breit (Hg.) (2004): *Politische Kultur in Deutschland*, Schwalbach/Taunus, S. 8-29, hier S. 16ff und Berg-Schlosser (2010), a.a.O. Vgl. weiterhin Schwelling (2001), a.a.O.

⁶⁸ Vgl. zu den Weiterentwicklungen des Ansatzes u.a. Berg-Schlosser (1994), a.a.O., S. 349ff.

⁶⁹ Rohe, Karl (1987): „Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung politischer Kulturforschung“, in: Berg-Schlosser/Schissler (Hg.) (1987), a.a.O., S. 39-48, hier S. 40.

⁷⁰ Vgl. ebd. und Rohe, Karl (1990): „Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung“, in: *Historische Zeitschrift* 250, S. 321-346 sowie Ders. (1994): „Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts“, in: Oskar Niedermeyer/Klaus von Beyme (Hg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, S. 1-21.

beschäftigen sich neben dem von Almond und Verba untersuchten impliziten, weil internalisierten Kulturbegriff stärker mit der „Ausdrucksseite von Kultur“⁷¹ in expliziter, d.h. in sichtbarer und materieller Form. Die Studien der genannten Forscher knüpfen häufig an Fragen der Semiotik an und stellen beispielsweise Filme, Architektur oder auch Mythen in den Mittelpunkt.⁷² Ein dritter Kritikpunkt an Almonds und Verbas Konzept verweist darauf, dass in einem Nationalstaat selten nur eine einzige politische Kultur zu finden ist, wie in *The Civic Culture* für die fünf untersuchten Staaten postuliert wurde. Zumeist dominiert zwar eine bestimmte Ausrichtung politischer Kultur. Insgesamt sind jedoch in den meisten Nationalstaaten mehrere Teil- oder Subkulturen zu beobachten, die miteinander interagieren und sich gegenseitig beeinflussen. Diese Argumentation vertiefen beispielsweise die Arbeiten von Detlef Lehnert und Klaus Megerle.⁷³

Nach der Diskussion, ob das Konzept der Politischen Kultur mehr sei als „der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“⁷⁴ und auch dank der oben erwähnten Weiterentwicklungen des Ansatzes, ist er heute etablierter Teil des Methodenschatzes der Politikwissenschaft. Seine Vorteile fasst Berg-Schlosser folgendermaßen zusammen:

„Es [das Konzept der Politischen Kultur] betont die ‚subjektive‘ Dimension der Politik und integriert die Makro-, Meso- und Mikro-Ebenen der Analyse in sich ergänzender, produktiver und überprüfbarer Weise. Sowohl Dauerhaftigkeit als auch Wandel von Einstellungen und Werten und ihre spezifische Bedeutung im Sinngefüge Politischer Kulturen können so erfasst werden.“⁷⁵

3.2 Außenpolitische Kultur und deren Forschungsrelevanz

Die Politische Kultur eines Landes besteht, wie oben ausgeführt, aus den in der Gesellschaft oder zumindest in großen Teilen der Gesellschaft fest verankerten Einstellungen und Meinungen, Normen, Gewohnheiten und Wertorientierungen. Anhand dieses geteilten

⁷¹ Schwelling (2001), a.a.O., S. 610.

⁷² Vgl. u.a. Dörner, Andreas (1996): *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermann-Mythos: Zur Entstehung des Nationalbewusstseins der Deutschen*, Reinbek; Ders. (1997): „Politische Bildwelten: Filmanalyse als Instrument der Politischen Kulturforschung“, in: *SOWI* 26, S. 248-254; Hofmann, Wilhelm (Hg.) (1996): *Sinnwelt Film. Beiträge zur interdisziplinären Filmanalyse*, Baden-Baden; Ders. (Hg.) (1998): *Visuelle Politik. Filmpolitik und die visuelle Konstruktion des Politischen*, Baden-Baden; Schirmer, Dietmar (1995): „Politik und Architektur. Ein Beitrag zur Symbolanalyse am Beispiel Washingtons“, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hg.): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin/New York, S. 309-339.

⁷³ Vgl. Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.) (1989): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen; Dies. (Hg.) (1990): *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen oder Dies. (Hg.) (1993): *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen.

⁷⁴ Kaase, Max (1983): „Sinn oder Unsinn des Konzepts ‚Politische Kultur‘ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“, in: Max Kaase/Hans-D. Klingemann (Hg.) (1983): *Wahlen und politisches System*, Opladen, S. 144-171.

⁷⁵ Berg-Schlosser (2004), a.a.O., S. 23.

Kanons werden das politische System und seine Performanz beurteilt. Die Einschätzungen der Mitglieder der Gesellschaft beschränken sich dabei nicht auf die Innenpolitik. Auch für die Außenpolitik eines Landes spielen die Voraussetzungen der Politischen Kultur eine wichtige Rolle.

Definitionen außenpolitischer Kultur

Außenpolitische Kultur kann, in Anlehnung an Sydney und Verba, nach Maull definiert werden als „Meinungen, Einstellungen und Wertorientierungen einer staatlich verfassten Gesellschaft (1) zur außenpolitischen Identität dieser Gesellschaft, (2) zu den Erwartungen und Anforderungen der Bürger an die Außenpolitik und (3) zum außenpolitischen Handlungsstil“⁷⁶. Bellers definiert ähnlich in seiner Unterscheidung von vier Dimensionen (außen-)politischer Kultur: „(1) nationale Identität [...], (2) Art und Weise der Beteiligung von Bürgern an der Politik, an politischen Entscheidungsprozessen [...], (3) Erwartungen an die Regierung seitens der Bevölkerung [und] (4) Stil des decision-making-processes (= politischer Entscheidungsprozess vor allem auf der Ebene der zentralstaatlichen Regierung)“⁷⁷. Meinungen, Einstellungen und Wertvorstellungen einer Gesellschaft zur Außenpolitik konstituieren also die außenpolitische Kultur eines Landes. Sie wird im Laufe der Geschichte wesentlich von den mit Außenpolitik befassten Eliten einer Gesellschaft stellvertretend für diese entwickelt. Die konstitutiven Merkmale einer außenpolitischen Kultur sind folglich weder zwingend, noch unveränderlich. Außenpolitische Kulturen sind auch selten vollkommen homogene Gebilde und können stellenweise durchaus widersprüchliche Elemente beinhalten. In ihrer Gesamtheit als kollektiv geteilte Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft im Verhältnis zu ihrem internationalen Umfeld stellt die außenpolitische Kultur jedoch ein wichtiges Kennzeichen und eine der Handlungsbedingungen der Außenpolitik eines Staates dar.

Den mehrteiligen Definitionen von Maull und Bellers entsprechend kommen der außenpolitischen Kultur eines Landes mehrere Funktionen zu: Sie dient der Begründung der außenpolitischen Identität eines Staates, also der Selbstwahrnehmung der zumeist nationalstaatlich verfassten Gesellschaft im internationalen Umfeld. Die mit der Außenpolitik eines Staates verbundenen Interessen und Ziele werden ebenfalls zum Teil durch die zugrundeliegende außenpolitische Kultur bestimmt. Weiterhin legt die außenpolitische Kultur

⁷⁶ Hanns W. Maull (2001): „Außenpolitische Kultur“, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen*, Bonn, S. 645-672, hier S. 648f.

⁷⁷ Jürgen Bellers (1999): *Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich*, München/Wien, S. 6, Nummerierung nicht im Original.

die in einer Gesellschaft möglichen Handlungsoptionen für die konkrete Gestaltung von Außenpolitik fest und liefert die Basis für deren Legitimierung. Für außenpolitische Entscheidungen oder Richtungsbestimmungen, deren Begründungen außerhalb eines etablierten und akzeptierten Sets an Optionen liegen, lässt sich in der Gesellschaft deutlich schwerer Unterstützung finden als für solche, die sich innerhalb des bekannten und unterstützten Rahmens bewegen. Entscheidungen, die überzeugend an Elemente der geteilten Zielsetzungen und Wertorientierungen angebunden werden können, lassen sich deutlich leichter legitimieren als Entscheidungen, die eine solche Verknüpfung nicht aufweisen. Die bereits bei der allgemeinen politischen Kultur angesprochenen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster spielen also auch bei der Beurteilung der Außenpolitik durch die Gesellschaft eine entscheidende Rolle.⁷⁸

Relevanz der Untersuchung außenpolitischer Kultur

Die konstituierenden Elemente der Politischen Kultur eines Landes zeigen häufig eine erstaunliche Beharrungskraft selbst angesichts deutlich veränderter institutioneller und struktureller Rahmenbedingungen. In besonderer Weise gilt dies für den Teil der Politischen Kultur, der sich auf die Außenpolitik bezieht⁷⁹. Eine Veränderung der außenpolitischen Grundausrichtungen eines Staates durch seine politischen Entscheidungsträger kann demnach in der Bevölkerung nur Akzeptanz finden, wenn sich die politische Kultur entsprechend mit entwickelt. Gerade an außenpolitischen Fragen entzünden sich daher häufig sehr grundsätzliche und breite Diskussionen in der Bevölkerung.⁸⁰ Ein Grund für die tiefe Verankerung der außenpolitischen Kultur liegt darin, dass sie, so u.a. Wesel, besonders stark auf die historische Entwicklung eines Staates und einer Gesellschaft bezogen ist. Eine Gesellschaft definiert ihr Selbstverständnis im internationalen Kontext auf der Grundlage einer „Basiserzählung“, also einer „im kollektiven Gedächtnis dominanten symbolisch-

⁷⁸ Vgl. zu diesem Absatz ebd., außerdem Maull (2001), a.a.O. und Stahl, Bernhard (2006): *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden, S. 61.

⁷⁹ In gewisser Weise ein Gegenbeispiel und daher ein bevorzugter Untersuchungsgegenstand der Politischen Kulturforschung ist die Bundesrepublik Deutschland mit gleich zwei tiefgreifenden Systemwechseln allein im 20. Jahrhundert, symbolisiert durch die jeweils für einen großen Bruch stehenden Jahreszahlen 1945 bzw. 1949 und 1989. Vgl. hierzu u.a. Reinhard Wesel (2004): „Deutschlands ‚außenpolitische Kultur‘. Zu Entwicklung und Wandel der Haltung der Deutschen zur internationalen Politik“, in: Breit (Hg.) (2004), a.a.O., S. 58-88 und Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (1987a): „Politische Kultur in Deutschland. Forschungsstand, Methoden und Rahmenbedingungen“, in: Dies. (Hg.) (1987), a.a.O., S. 11-26 sowie Maull (2001), a.a.O.

⁸⁰ Für Deutschland lässt sich für die Zeit nach 1945 diese Einschätzung an den Beispielen der Ostpolitik unter Willy Brandt oder der Debatte über eine deutsche Beteiligung an multilateralen Militäreinsätzen im Ausland unter der rot-grünen Bundesregierung nachvollziehen. Vgl. Wesel (2004), a.a.O., S. 60ff.

narrativen Begründung politischer Identität aus der Vergangenheit“⁸¹. Vor diesem Hintergrund werden aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen gelesen und auf Kontinuitäten oder Brüche im Vergleich zur Basiserzählung untersucht. Je stärker eine aktuelle Entwicklung von den Elementen der Basiserzählung abweicht, desto schwieriger wird ihre Akzeptanz. Je mehr ein Ereignis mit der Basiserzählung korrespondiert und sich in ihre Struktur einfügt, desto einfacher kann es angenommen werden.

Zu analysieren ist die außenpolitische Kultur analog zur allgemeinen politischen Kultur. Wesel fasst den zur Verfügung stehenden „Instrumentenkasten“ wie folgt zusammen:

„Quellen und Untersuchungsmaterial zur Ermittlung des aktuellen Zustandes einer politischen Kultur und ihrer Entwicklung sind die Beobachtung des konkreten außenpolitischen Verhaltens von Regierungen, Dokumente aller Art, Äußerungen von Außenpolitikern, die Darstellung von Außenpolitik in Presse und Rundfunk/Fernsehen und die darin veröffentlichte Meinung sowie die Daten der Umfrageforschung zur Einstellung der breiten Bevölkerung.“⁸²

Außenpolitische Entscheidungen, die aus realistischer, also interessenorientierter, oder aus institutionalistischer Sicht schwierig zu erklären oder zu verstehen sind, finden möglicherweise ihre Begründung im Bereich der politischen Kultur.⁸³ Eine Berücksichtigung dieses Aspekts kann daher eine sinnvolle Ergänzung zu anderen Ansätzen darstellen und erhebt nicht den Anspruch, diese zu ersetzen. Bei einer Untersuchung eines außenpolitischen Feldes wie der Europapolitik ist das Heranziehen von Elementen der politischen Kultur sinnvoll, um Zustimmung oder Ablehnung von Vorgaben der politischen Entscheidungsträger in der Bevölkerung zu erklären.⁸⁴ Nur auf diese Weise kann die Außenpolitik von Staaten umfassend untersucht werden. Herausragendes Beispiel für die Bedeutung dieses Aspekts sind die USA, deren Außenpolitik ohne die dahinterstehende ideologische Fundierung nicht in Gänze verständlich wird. Aber auch das internationale Auftreten der ehemaligen UdSSR oder die chinesische Außenpolitik waren bzw. sind entscheidend geprägt von der kulturellen Basis,

⁸¹ Ebd., S. 74.

⁸² Ebd., S. 62. Vgl. ähnlich Maull (2001), a.a.O., S. 649: „Wie lässt sich außenpolitische Kultur ermitteln? Grundsätzlich bieten sich hierzu drei Wege an. Zum einen lassen sich ihre Elemente auf der Basis von Daten der Umfrageforschung ermitteln. Zweitens kann man sie inhaltsanalytisch in Dokumenten und in Aussagen von Entscheidungsträgern nachweisen. Und drittens erschließt sich außenpolitische Kultur über außenpolitisches Verhalten: Die Analyse von Außenpolitik erlaubt grundsätzlich Rückschlüsse auf die dem Verhalten zugrunde liegenden Normen und Einstellungen.“

⁸³ Vgl. ebd., S. 645ff.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 648. Vgl. zur Verbindung zwischen Außenpolitik und politischer Kultur auch Elisabeth Noelle-Naumann (1995): „Öffentliche Meinung und Außenpolitik. Die fehlende Debatte in Deutschland“, in: *Internationale Politik* 8/1995, S. 3-12 sowie Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (1995): „Hypothek der Vergangenheit. Belastungen der außenpolitischen Handlungsfähigkeit“, in: *Internationale Politik* 8/1995, S. 21-26.

auf der sie entwickelt werden.⁸⁵ Für Frankreich gilt Ähnliches. Die zivilisatorische Mission, die seit Jahrhunderten mit der französischen Außenpolitik verbunden ist und das Sendungsbewusstsein der verschiedenen französischen Regime, sind grundlegend für die Ausgestaltung des internationalen Auftretens des Landes.⁸⁶ Der Aspekt der außenpolitischen Kultur ist daher für die Analyse der französischen Außenpolitik von entscheidender Bedeutung und verspricht für eine Betrachtung der Europapolitik als einem der wichtigsten außenpolitischen Handlungsfelder Frankreichs wertvolle Erkenntnisgewinne.

4. Vorgehensweise und Korpusbestimmung

Nach den allgemeinen Ausführungen zur politischen und außenpolitischen Kultur soll im folgenden festgehalten werden, welches Verständnis der dargestellten Begriffe und Konzepte der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt. Außerdem soll der Aufbau der Untersuchung skizziert werden.

4.1 Definitionen für die vorliegende Arbeit

Die vorliegende Arbeit verwendet im Vergleich zu den Studien von Almond und Verba einen breiteren Begriff von politischer Kultur. In der französischen Gesellschaft vorhandene Meinungen und Einstellungen, wie sie in Umfragedaten abgebildet werden, bilden, wie bei Almond und Verba, ein wichtiges Element der Untersuchung. Vor allem geht es um den Teil der Meinungen und Einstellungen der französischen Gesellschaft, der sich auf die Außenpolitik und besonders auf die Politik Frankreichs im Rahmen der Europäischen Union bezieht.⁸⁷ Politische Kultur wird jedoch hier über ihre Fundierung in der Einstellungsforschung hinaus auch als „Kommunikations- und Medienkultur“⁸⁸ verstanden. Die durch Umfragedaten gewonnenen Erkenntnisse über in der französischen Gesellschaft

⁸⁵ Vgl. u.a. Maull (2001), a.a.O., S. 647, auch mit weiterführenden Literaturangaben zu den erwähnten Ländern.

⁸⁶ Jürgen Erfurt bezeichnet beispielsweise die *mission civilisatrice* als „legitimatorisches Konzept des französischen Kolonialismus“ und führt weiter aus: „Unter Rückgriff auf die großen Ideen der französischen Aufklärung und der Revolution von 1789 sah Frankreich seine zivilisatorische Mission darin, andere Völker auf das Niveau französischer Größe und Exzeptionalität zu heben und gleichzeitig der französischen Zivilisation universelle Geltung zu verschaffen.“ Erfurt (2005), a.a.O., S. 99f. Erfurts Feststellung gilt auch bereits für die Gründung der französischen Kolonien in Nordamerika in den Jahren 1524ff. Zu erinnern sei auch an die Vorbildfunktion der höfischen Gesellschaft des *Ancien Régime*. Hier bedingen Kultur und Politik einander *par excellence*. Vgl. dazu auch aktuell Ingo Kolboom/Hans Stark (2011): „Frankreich in der Welt. Weltpolitik zwischen Wirklichkeit und Anspruch“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2011): *Länderbericht Frankreich*, 3. aktualisierte Aufl., Bonn, im Erscheinen.

⁸⁷ Marie-Thérèse Bitsch und Wilfried Loth bezeichnen Meinungsumfragen als Momentaufnahmen einer politischen Kultur, als „partie émergée de l’iceberg“. Marie-Thérèse Bitsch/Wilfried Loth (2007): „Introduction“, in: Marie-Thérèse Bitsch/Wilfried Loth/Charles Barthel (Hg.) (2007): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*, Brüssel, S. 1-4, hier S. 2.

⁸⁸ Schuppert, Gunnar Folke (2008): „Europa. Politische Kultur und Recht“, in: Jaeger, Friedrich/Joas, Hans (Hg.) (2008): *Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften*, Baden-Baden, S. 44-72, hier S. 53.

vorhandene Einstellungen, in diesem Falle zu Europa bzw. zur Europapolitik, werden ergänzt durch die Betrachtung des kulturellen Rahmens, in dem sie als Ausdruck politischen Denkens und Handelns entstehen. Dieser kulturelle Rahmen besteht aus für die Gesellschaft grundlegenden „Denk-, Wahrnehmungs- und Deutungsmustern“⁸⁹, anhand derer die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft die von ihnen erlebte Wirklichkeit strukturieren, ordnen und beurteilen.⁹⁰ Eines der Ziele der vorliegenden Untersuchung wird es darum sein, herauszuarbeiten, in welcher Weise und unter Zuhilfenahme welcher Elemente der (außen-)politischen Kultur Politik, in diesem Fall Europapolitik, in Frankreich vermittelt wird und zwar sowohl durch die Politiker selbst, hauptsächlich durch Jacques Chirac bzw. den Elysée-Palast, als auch durch die Medien. Der kulturelle Rahmen zur Einbettung der Umfragedaten soll für die vorliegende Arbeit ermittelt werden durch die Analyse der Äußerungen des Staatspräsidenten sowie von ausgewählten Presseartikeln. Das Echo, auf das sowohl die Äußerungen des Staatspräsidenten als auch die Berichterstattung der Medien in der Bevölkerung treffen können, ist abhängig von den Wahrnehmungsmustern, die angesprochen werden. Da diese Wahrnehmungsmuster, wie oben definiert, Teil der (außen-)politischen Kultur sind, ist deren Untersuchung wesentlich für das Verständnis des politischen Kommunikationsprozesses zur Europapolitik in Frankreich.

(Außen-) Politische Kultur wird im Verständnis der vorliegenden Arbeit außerdem historisch angebunden, um der Langfristigkeit ihrer Entwicklung Rechnung zu tragen. Die politische Kultur des französischen V. Republik ist das Ergebnis einer sich über mehrere Jahrhunderte erstreckenden Evolution der Mentalitäten in Frankreich. Gerade für Frankreich ist der historische Aspekt von Bedeutung, da wesentliche Elemente der politischen Kultur ihren Ursprung in der Zeit höfischen Gesellschaft des *Ancien Régime*, in der Französischen Revolution sowie in der kolonialen Mission Frankreichs haben.⁹¹ Im noch folgenden Kapitel zur französischen außenpolitischen Kultur und in Ausführungen zur Europapolitik der ersten

⁸⁹ Ebd., S. 52.

⁹⁰ Vgl. hierzu auch Alfred Grosser (1984), *Affaires extérieures. La politique de la France 1944-1984*, Paris, S. 12: „[...] l’une des réalités les plus importantes qui exerce sa contrainte sur l’esprit des acteurs – gouvernants, partis, syndicats, groupes d’intérêt divers –, ce sont les idées qu’ils se font des faits auxquels ils réagissent. Avant que les faits se produisent, ils ont – individuellement ou collectivement – un système d’interprétation prêt à les accueillir, à les colorer en les valorisant de telle ou telle façon. L’éducation reçue, les expériences vécues, la sélection de l’information effectuée par les journaux lus, les radios écoutées, la télévision regardée – le fait nouveau, la situation nouvelle sont perçus à travers un filtre, un prisme qui perçoit et colore les événements autrement que celui du voisin, qu’il s’agisse du pays voisin ou du parti voisin. Il faut attacher la plus grande importance à la façon dont la réalité ‘objective’ apparaît aux acteurs.“

⁹¹ S.u. Teil B, Kap. V. Vgl. zur Notwendigkeit der historischen Einbettung einer Untersuchung politischer Kultur auch Bellers (1999), a.a.O., bes. S. 7ff. und speziell zu Frankreich S. 89ff. sowie Marieluise Christadler (2005): „Frankreichs politische Kultur auf dem Prüfstand“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 231-246.

vier Präsidenten der V. Republik soll deutlich gemacht werden, auf welcher Basis Jacques Chirac seine Politik ab 1995 gestalten kann. Ob das bis zu seinem Amtsantritt gültige und hier vorgestellte Modell weiterhin Anwendung finden kann oder ob es an der Schwelle zum 21. Jahrhundert einer Überarbeitung und teilweisen Neugestaltung bedarf, wird eine der Fragen sein, welche die vorliegende Untersuchung beantworten möchte. Wie im folgenden noch deutlich zu machen sein wird, sind einige Elemente der französischen politischen Kultur nur schwer mit der Realität der europäischen Union in Einklang zu bringen. Je weiter die Integration fortschreitet und je mehr Politikbereiche von ihr mitbestimmt werden, je größer also ihr Einfluss auf das Leben der EU-Bürger wird, desto klarer müsste dieser bislang nur grob skizzierte Gegensatz zu Tage treten und desto mehr müssten die nationalen französischen Politiker darauf reagieren. Der Umgang Jacques Chiracs als Staatspräsident mit dieser Herausforderung ist Thema des Hauptteils der vorliegenden Arbeit.

4.2 Bestandteile des Forschungsdesigns

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde, was in der vorliegenden Arbeit untersucht werden soll, nämlich das komplexe Spannungsverhältnis zwischen der französischen Europapolitik, insbesondere in Bezug auf die EU-Osterweiterung, und der außenpolitischen Kultur der V. Republik, soll im folgenden erläutert werden, auf welche Weise und mit welchen Mitteln diese Untersuchung erfolgen soll. Die einzelnen Bausteine, aus denen sich das Forschungsdesign der Arbeit zusammensetzt, ergeben sich aus den oben genannten Definitionselementen, die dem hier verwendeten Verständnis (außen-)politischer Kultur zugrundeliegen: Umfragedaten, Reden und andere offizielle Stellungnahmen von Staatspräsident Jacques Chirac sowie ausgewählte Presseartikel.

4.2.1 Umfragedaten

Im Rahmen der Politischen Kulturforschung kommt der Auswertung von Umfrageergebnissen, wie oben dargestellt, große Bedeutung zu. Dementsprechend spielen Umfragedaten auch in der vorliegenden Arbeit eine wichtige Rolle.

Verwendete Umfragedaten

Systematisch ausgewertet werden Eurobarometer-Umfragen des Untersuchungszeitraums. Dazu gehören neben den Standard-Umfragen, die zwei Mal pro Jahr erscheinen, auch Sondererhebungen zu bestimmten Themen oder für bestimmte Länder. Nicht alle Teile der Eurobarometer sind relevant für die Thematik der vorliegenden Untersuchung. Die jeweils

ausgewählten Fragen der einzelnen Umfragen werden in den entsprechenden Unterkapiteln des Hauptteils einzeln aufgeführt. Von besonderer Bedeutung sind Fragen, die immer wieder über einen längeren Zeitraum gestellt werden, da sich anhand dieser Fragen langfristige Entwicklungstendenzen erkennen lassen. Neben den Eurobarometern wurden außerdem Umfragen hinzugezogen, die in den Jahrbüchern des französischen Meinungsforschungsinstituts SOFRES, *L'état de l'opinion*, erschienen sind, sofern sie einen thematischen Bezug zur vorliegenden Analyse aufweisen. Gleiches gilt für in der Presse veröffentlichte Umfragedaten. Eine genaue Aufstellung der berücksichtigten Erhebungen findet sich im Quellenverzeichnis.

Allgemein und daher auch bei der vorliegenden Arbeit gilt für die Verwendung von Umfragedaten der Vorbehalt, dass die Ergebnisse der Erhebungen die Meinung der Befragten nur in eingeschränktem Maße wiedergeben können: Durch die Vorgabe von bestimmten, zumeist geschlossenen Fragen wird das Spektrum der möglichen Antworten von vornherein reduziert. Zudem werden für die vorliegende Arbeit die verwendeten Daten nicht selbst erhoben, sondern es finden nur sekundäre Daten Verwendung. Dies geschieht aus rein forschungspraktischen Gründen. Eine Erhebung im Umfang der Eurobarometer-Befragung oder der SOFRES-Umfragen ist für einzelne Forscher nicht durchführbar. Ebenfalls aus forschungspraktischen Gründen wird in der vorliegenden Arbeit besonders bei der Auswertung der Umfragedaten häufig von „der französischen Gesellschaft“ als Ganzes gesprochen. Diese vereinfachende Betrachtung ist in vielen Fällen der Tatsache geschuldet, dass in den ausgewerteten Umfragen die Daten zumeist nicht weiter aufgeschlüsselt dargestellt werden, beispielsweise nach Alter, Geschlecht, Berufsstand oder anderen soziologischen Kriterien. Außerdem handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht um eine rein demographische Untersuchung, sondern die Umfragedaten sind ein Baustein des Forschungsdesigns neben anderen. Aus diesem Grund erscheint die generalisierende Darstellung in den Abschnitten zu den Umfragedaten vertretbar. Wenn weiter aufgeschlüsselte Daten vorliegen und für die entsprechende Frage relevant erscheinen, wird im folgenden selbstverständlich darauf verwiesen.

Bezüglich der Eurobarometer-Umfragen sind noch einige besondere Aspekte zu beachten.⁹² Die Eurobarometer-Daten werden seit 1974 im Auftrag der Europäischen Kommission

⁹² Vgl. für den folgenden Abschnitt Markus Pausch (2009): „Eurobarometer und die Konstruktion eines europäischen Bewusstseins“, in: Martin Weichbold (Hg.) (2009): *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen*, Wiesbaden, S. 539-552. Vgl. zu den Eurobarometer-Umfragen außerdem Philippe Méchet (1995): „L'opinion européenne en France“, in: *L'année européenne 1995, Revue du Groupe des Belles Feuilles*, S. 11-18, bes. S.14ff.

erhoben mit dem Ziel, die europäische öffentliche Meinung abzubilden. Aus dieser Konstellation ergeben sich zwei Probleme: Zum einen hat die Kommission als Auftraggeberin der Umfragedaten ein „faktisches Interpretationsmonopol“⁹³ für deren Ergebnisse. Die als Eurobarometer veröffentlichten Daten stellen eine zusammengefasste und gewertete Essenz der tatsächlich erhobenen Umfragedaten dar. Zum anderen ist auch nicht klar, was mit „europäischer öffentlicher Meinung“ gemeint ist und ob eine solche überhaupt existiert. Da (noch) nicht von einer europäischen Öffentlichkeit im Sinne eines transnationalen Kommunikationsraumes gesprochen werden kann, ist auch die Definition einer europäischen öffentlichen Meinung schwierig.⁹⁴ Eurobarometer ist daher eher eine Zusammenfügung von 27 nationalen Rückmeldungen zu europäischen Fragen. Damit stellt sich über die genannten Schwierigkeiten hinaus auch noch das Problem der Vergleichbarkeit der Antworten aus den einzelnen Ländern, da spezifische nationale Erfahrungshorizonte, die eventuell unterschiedliche Interpretationen von in Eurobarometer-Umfragen verwendeten Begriffen und Konzepten (z.B. Föderalismus oder politische Union) mit sich bringen, nicht berücksichtigt werden können.

Aus demokratietheoretischer Sicht lassen sich also einige Einwände gegen die Eurobarometer-Umfragen vorbringen. Wenn diese bei der Analyse im Bewusstsein bleiben, ist eine Verwendung der Eurobarometer-Daten jedoch m.E. für den Hauptteil der vorliegenden Arbeit zu rechtfertigen, zumal, wie Karmasin und Pitters festhalten „(trotz aller Diskussionen über das Instrument) keine angemessene Alternative der kollektiven Selbstbeobachtung zur Verfügung steht.“⁹⁵ Trotz der genannten Einschränkungen sind Umfrageergebnisse ein wichtiger Teil des Forschungsdesigns der vorliegenden Arbeit, denn aus ihnen lassen sich, wie oben dargestellt, Elemente der politischen Kultur ablesen und somit Fortschritte im Sinne des angestrebten Erkenntnisgewinns erzielen.

Bedeutung der Umfragedaten im Forschungsdesign

Das Hinzuziehen von Umfragedaten dient in der vorliegenden Untersuchung dem Ziel, „die Meinungsverteilungen in der [französischen] Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt

⁹³ Pausch (2009), a.a.O., S. 543.

⁹⁴ Vgl. zu diesem Aspekt u.a. die Beiträge im von Werner Faulstich und Knut Hickethier (2000) herausgegebenen Sammelband *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick, weiterhin Barbara Baerns/Juliana Raupp (Hg.) (2000): *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*, Berlin sowie Jürgen Habermas' Ausführungen zum Thema, beispielsweise in Band XI der Kleinen Politischen Schriften: *Ach, Europa* (2008), Frankfurt/Main.

⁹⁵ Matthias Karmasin/Harald Pitters (2008): „Methodenprobleme international vergleichender Umfragen am Beispiel des ‚Eurobarometer‘“, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler/Jürgen Wilke (Hg.): *Medien- und Kommunikationsforschung im Vergleich*, Wiesbaden, S. 437, zitiert nach Pausch (2009), a.a.O., S. 548.

und zu einer bestimmten Fragestellung [darzustellen].“⁹⁶ Im vorliegenden Fall handelt es sich hauptsächlich um die Meinungsverteilungen zur europäischen Integration, zur darauf bezogenen französischen Politik und vor allem zur EU-Osterweiterung. Durch ihre Veröffentlichung und ihre Verwendung in der Politik, der politischen Kommunikation und in den Medien werden Umfragedaten zu einem wichtigen Element bei der Konstituierung und auch der Untersuchung der öffentlichen Meinung⁹⁷ zu einem bestimmten Thema. Der Meinungsforschung kommt demnach eine Aufgabe zu, deren Wirkung in zwei Richtungen geht. Sie dient „der Information über die Bürger und der Information der Bürger.“ Raupp führt zu diesem Aspekt weiter aus:

„Die Information über die Bürger ist für politische und mediale Akteure bedeutsam, um auf dieser Grundlage Politik für die Bürger her- und darzustellen. Angesichts dieser Rückkopplungsfunktion der durch Umfragen erhobenen öffentlichen Meinung und ihrer massenmedialen Verbreitung ist die Erhebung, Aufbereitung und Interpretation von Umfragedaten von hoher politischer Relevanz.“⁹⁸

Für Politiker sind Umfragen v.a. unter dem Aspekt interessant, dass sie darin den Grad der Zustimmung der Bevölkerung zu politischen Entscheidungen suchen, dass sie also aus Umfragedaten Hinweise darauf erhalten können, ob ihr Handeln auf Akzeptanz trifft oder nicht. Im Sinne von Machterhalt und dem Streben der Politiker nach Wiederwahl spielt dieser Gesichtspunkt eine wichtige Rolle. Darüber hinaus entspricht es auch demokratischen Grundprinzipien, sich als Machthaber auf Zeit am Willen und an den Wünschen des Volkes zu orientieren. Raupp formuliert die Bedeutung von Umfragedaten für politische Entscheidungsträger wie folgt:

„Die Politik kann [...] mit Hilfe von Umfrageergebnissen in Erfahrung bringen, wo noch öffentlicher Erklärungs- und Vermittlungsbedarf besteht, bzw. ob es gelungen ist, der Bevölkerung politische Inhalte erfolgreich zu vermitteln. In modernen Demokratien hängt die Legitimation von Politik in hohem Maße von der erfolgreichen Vermittlung politischer Inhalte ab: Umfragen können auf diese Weise eine hilfreiche Unterstützung der

⁹⁶ Juliana Raupp (2007): *Politische Meinungsforschung. Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation*, Konstanz, S. 181.

⁹⁷ Vgl. zur Mehrdeutigkeit dieses Begriffs ebd., S. 17ff. sowie Alexander Gallus/Marion Lühe (1998): *Öffentliche Meinung und Demoskopie*, Opladen, S. 10ff. Vgl. außerdem Pierre Bourdieu (1993): „Die öffentliche Meinung gibt es nicht“, Vortrag, gehalten in Noroit im Januar 1972 und veröffentlicht in *Les temps modernes* 318 (1973), S. 1292-1309, hier zitiert nach Pierre Bourdieu (1993): *Soziologische Fragen*, Frankfurt, S. 212-223.

⁹⁸ Raupp (2007), a.a.O., S. 182.

Politikvermittlung sein.“⁹⁹

Wie aus dem Vorstehenden deutlich wird, bezieht sich die Bedeutung von Umfragen für die Politik weniger auf die politischen Entscheidungen an sich, als auf deren Vermittlung. Daraus ergibt sich die Funktion der Umfragedaten für die vorliegende Arbeit: Die oben formulierte These lautet, dass die französischen Politiker es versäumt haben, ihren Diskurs zu Europa den veränderten Realitäten anzupassen und dass diese Realitäten den in der politischen Kultur niedergelegten französischen Traditionen zuwiderliefen und daher von vielen Bürgern abgelehnt wurden. Wenn die These zutrifft, müsste sich dies an den analysierten Umfragedaten ablesen lassen. Die Zustimmung der Franzosen zu neueren Entwicklungen der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Osterweiterung und zur darauf bezogenen französischen Europapolitik müsste entsprechend niedrig ausfallen. Für die Politik und besonders für Staatspräsident Chirac müssten solche Umfrageergebnisse wiederum ein Signal sein für fehlende Unterstützung seiner Politik und daher Anlass für eine veränderte Kommunikation über die getroffenen und als nötig erachteten Entscheidungen. Ob dies so ist, wird im Hauptteil der vorliegenden Arbeit zu untersuchen sein.

4.2.2 Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten

Korpusbestimmung

Politik „zu machen“ und zu gestalten beschränkt sich nicht darauf, Ziele zu formulieren und dazu passende Entscheidungen zu treffen. In einer Demokratie müssen diese Ziele und Entscheidungen der Öffentlichkeit heute mehr denn je erläutert und begründet werden.

⁹⁹ Ebd., S. 174. Vgl. auch Gallus/Lühe (1998), a.a.O., S. 148f.: „[Mit Hilfe von Umfragen lassen sich] Vorurteile und Missverständnisse zwischen Regierenden und Regierten ausräumen, [kann] die politische Führung erfahren, welche Wissensdefizite in der Bevölkerung bestehen, in welchen Bereichen es noch politischer Aufklärung [bedarf], welche Argumente die Öffentlichkeit von den notwendigen Maßnahmen überzeugen könnten. [...] Wenn [ein Politiker] aufgrund sachlicher Erwägungen eine unpopuläre Entscheidung treffen muss, so ist es seine Aufgabe, das Volk von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen und Verständnis für die geplanten Maßnahmen zu wecken. Dies wird ihm umso leichter fallen, je vertrauter ihm die Sichtweise der Bevölkerung ist.“ Vgl. ebenfalls zu diesem Aspekt Markus Pausch: „Umfrageforschung wird nicht um ihrer selbst willen – als l’art pour l’art – betrieben. Sie soll vielmehr gewisse Funktionen für eine Gesellschaft erfüllen. Sieht man von wissenschaftlichen Studien mit vorrangigem Interesse an reinem Erkenntnisgewinn ab, so kann man – zumindest in Demokratien – in der Regel zwei mögliche Ziele von Meinungsumfragen voneinander unterscheiden, nämlich ein prospektives in Bezug auf erst zu treffende Entscheidungen und ein retrospektives in Bezug auf schon gefällte Entscheidungen. Im politischen Kontext haben beide Ziele demokratietheoretische Bedeutung und definieren sich über ihren partizipatorischen Charakter: Das erste zielt ganz basisdemokratisch darauf ab, die Meinung der Mehrheit herauszufinden und im Idealfall auch danach zu handeln. Das zweite beinhaltet immerhin den Anspruch, den Bedarf nach Änderungen des Status quo zu erheben.“ Pausch (2009), a.a.O., S. 539f.

Politische Kommunikation ist daher „ein integraler Bestandteil von Politik.“¹⁰⁰ Ihre Aufgabe definiert Sarcinelli wie folgt:

„In der Demokratie ist Politik zustimmungsabhängig und somit öffentlich begründungspflichtig. Politischer Kommunikation kommt dabei die Aufgabe zu, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu überzeugen, damit das, was als politisch notwendig erkannt wird, möglich gemacht wird. [...] Wo Politik [...] öffentlich wird, vor allem in Phasen der Problemartikulation und bisweilen auch der Politikentscheidung, wird Kommunikation dominant. In diesen Phasen entscheidet politische Kommunikation darüber, ob ein Thema auf die Tagesordnung kommt oder ob eine politische Entscheidung auf Akzeptanz stößt. In solchen Phasen verschmelzen Kommunikation und Politik zu einer ‚Legierung‘, deren ‚Grundstoffe‘ nicht immer ‚sauber‘ zu trennen sind.“¹⁰¹

Die Art und Weise der Politikvermittlung in einem Staat ist auch durch dessen politisch-institutionelle und politisch-kulturelle „Eigenlogik“ mitbestimmt, d.h. in Frankreich funktioniert politische Kommunikation anders als beispielsweise in Deutschland, wie auch Sarcinelli festhält:

„[...] die institutionelle Eigenlogik und nationale – oft auch regionale – politisch-kulturelle Faktoren [können] politische Kommunikation fördern oder behindern [...], [beeinflussen sie] in jedem Falle aber stark [...].“¹⁰²

Um diese Komponente in der vorliegenden Arbeit zu berücksichtigen, werden die europapolitisch relevanten Reden und Stellungnahmen von Staatspräsident Chirac während seiner beiden Amtszeiten mit Hilfe des oben entwickelten Kategorienschemas untersucht. Die Reden, Stellungnahmen und Pressekonferenzen Jacques Chiracs während seiner beiden Amtszeiten als französischer Staatspräsident sind vollständig auf der Internetseite des Elysée-Palasts einsehbar.¹⁰³ Für die vorliegende Untersuchung wurde das komplette Korpus von rund 2000 Texten gesichtet. Ausgewählt wurden v.a. Reden und Stellungnahmen, häufig auch im Rahmen von Pressekonferenzen, die in direktem Zusammenhang mit europapolitischen Ereignissen oder Entscheidungen stehen, also beispielsweise vor oder nach einem EU-Gipfel. Weiterhin berücksichtigt sind Äußerungen bei bi- oder trilateralen Treffen Chiracs mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs. Besonders häufig handelt es sich hier um deutsch-französische Zusammenkünfte. Darüber hinaus werden einzelne oder wiederkehrende Anlässe von besonderer Bedeutung untersucht, beispielsweise die jährlichen Ansprachen Chiracs vor dem diplomatischen Korps, sein jährliches Fernsehinterview zum

¹⁰⁰ Ulrich Sarcinelli (2005): *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden, S.11.

¹⁰¹ Ebd., S. 11 und 16.

¹⁰² Ebd., S. 26.

¹⁰³ www.elysee.fr

Nationalfeiertag am 14. Juli oder, als Einzelereignisse, Chiracs Europarede vor dem Deutschen Bundestag im Juni 2000, Stellungnahmen zur Europapolitik im Präsidentschaftswahlkampf 2002 oder Chiracs große Pressekonferenz zu Europa im April 2004. Schließlich finden, der Konzentration der vorliegenden Arbeit auf die Osterweiterung entsprechend, Äußerungen Chiracs im Rahmen von Reisen in die mittelosteuropäischen Beitrittskandidatenländer Berücksichtigung. Im Jahr 1996 reist Chirac nach Polen, 1997 nach Ungarn, Rumänien und Tschechien, 2001 ins Baltikum (Estland, Lettland, Litauen) und 2004 erneut nach Ungarn. Eine vollständige Aufstellung der untersuchten Reden, Stellungnahmen und Pressekonferenzen findet sich im Quellenverzeichnis.

Bedeutung der Analyse von Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten im Forschungsdesign

Der Staatspräsident ist in Frankreich aufgrund seiner Stellung im institutionellen System und aufgrund seiner umfassenden Kompetenzen in der Außenpolitik die entscheidende Instanz für Formulierung und Vermittlung der Europapolitik. Politische Kommunikation folgt in Frankreich im wesentlichen einer *Top-down*-Logik, d.h. die führenden politischen Akteure, allen voran der Staatspräsident, bestimmen die politische Agenda, deren Themen dann hauptsächlich über die Medien an die Bevölkerung übermittelt werden.¹⁰⁴

Eine Konzentration auf die Äußerungen Jacques Chiracs erscheint daher gerechtfertigt, auch wenn sie notwendigerweise andere Meinungen außen vor lässt. Allerdings ist die Position des Staatspräsidenten in der Außen- und Europapolitik auch in ihrer Außenwirkung so dominant, dass andere Stimmen zumeist im Verhältnis zu oder als Reaktion auf seine Äußerungen interpretiert werden müssten. Wenn es bei einer europapolitischen Frage innerhalb der französischen politischen Klasse eine grundlegende Abweichung von der Position des Staatspräsidenten gibt, die für die vorliegende Analyse wesentlich ist, wird im folgenden darauf hingewiesen. Ansonsten wird davon ausgegangen, dass die Aussagen des Staatspräsidenten als entscheidend angenommen werden können und auch in der französischen Gesellschaft entsprechend wahrgenommen werden.

Eine Analyse von Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten rechtfertigt sich in einer Untersuchung zu Frankreich nicht nur aus den oben genannten Gründen der grundsätzlich notwendigen Einbeziehung des Vermittlungsaspekts bei einer wissenschaftlichen Betrachtung von Politik. Über diesen Aspekt hinaus ist für Frankreich die besondere Rolle des Diskurses

¹⁰⁴ Vgl. Raupp (2007), a.a.O., S. 59ff. Vgl. zur Gestaltung der Europapolitik in der V. Republik auch Teil B, Kap. III.

im öffentlichen und besonders im politischen Leben zu berücksichtigen. Zwar sind, wie Röseberg formuliert, Kulturen allgemein zu definieren als „Diskursgemeinschaften [...], in denen bestimmte Stile, Formen und Inhalte verbindend wirken.“¹⁰⁵ Für Frankreich gilt jedoch in besonderer Weise folgende Feststellung:

„Der politische Diskurs ist in Frankreich Teil des politischen Handelns: Politik als Stil und Stil als Aktion. Dies erklärt, warum eine nur auf ‚Fakten‘ konzentrierte politikwissenschaftliche Analyse französische Außenpolitik nur bedingt erfassen kann.“¹⁰⁶

Dementsprechend nehmen die Äußerungen Jacques Chiracs als herausragender Repräsentant des offiziellen Diskurses und erster Akteur der Außen- und Europapolitik in der vorliegenden Darstellung eine entscheidende Rolle ein. Noch aus einem weiteren Grund ist die Einbeziehung des politischen Diskurses als Komponente der Analyse für die vorliegende Arbeit unerlässlich. Im Diskurs manifestiert sich die politische Kultur eines Landes, d.h. mit Hilfe einer Untersuchung von Teilen dieses Diskurses, im vorliegenden Fall die Äußerungen des Staatspräsidenten, können die einzelnen Elemente einer politischen Kultur sichtbar gemacht werden. Serge Berstein formuliert diesen Zusammenhang wie folgt:

„[...] la culture politique s’exprime par un certain nombre de moyens qui sont les formes principales par lesquelles elle se manifeste ordinairement et est le plus souvent perçue. Avant tout, par un discours spécifique à chacune des cultures politiques, discours qui renvoie à tout un univers implicite et qui permet d’emblée à tous ceux qui sont partie prenante de cette culture de se reconnaître. Vocabulaire propre, mots clés indispensables constituent ainsi une forme de langage codé qui renseigne d’emblée sur l’appartenance de ceux qui les emploient et évoquent, sans qu’il soit besoin d’explicitier davantage tous les autres éléments de la culture politique concernée.“¹⁰⁷

Um seine (Europa-)Politik zu begründen und zu legitimieren, muss der französische Staatspräsident in seinen Äußerungen auf Versatzstücke der politischen Kultur zurückgreifen. Wie in den vorangegangenen Definitionsabschnitten zur politischen Kultur erläutert, kann er Unterstützung für seine Politik nur erlangen, wenn sein Begründungsdiskurs für eine bestimmte Entscheidung anknüpft an bereits vorhandene allgemein geteilte Haltungen und Einstellungen. Es geht daher in der vorliegenden Arbeit nicht um eine Diskursanalyse beispielsweise im Sinne einer inhaltsanalytischen Codierung oder einer computergestützten

¹⁰⁵ Röseberg (2001), a.a.O., S. 12.

¹⁰⁶ Ingo Kolboom/Hans Stark (2005): „Frankreich in der Welt. Weltpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 365-383, hier S. 365.

¹⁰⁷ Serge Berstein (1992): „Enjeux. L’historien et la culture politique“, in: *Vingtième siècle. Revue d’histoire*, n° 35, juillet/septembre 1992, S. 67-77, hier S. 71.

quantitativen Untersuchung von Texten.¹⁰⁸ Die vorliegende Untersuchung greift bei der Analyse der Äußerungen Jacques Chiracs auf das oben entwickelte Kategorienschema zurück und ist damit in der Lage zu berücksichtigen, aus welcher Quelle der Diskurs sich speist, wo er seine konstitutiven Elemente findet. Ein solches Vorgehen ist angesichts der Hypothese, von der die vorliegende Arbeit ausgeht, geboten: Die neuere Entwicklung der europäischen Integration widersprach wesentlichen Elementen der französischen politischen Kultur. Daher hätte sich letztere wandeln und den neuen Realitäten anpassen müssen. Eine solche Anpassungsleistung hätte vom politischen Führungspersonal initiiert und vorangetrieben werden müssen, damit sie auch in breiten Schichten der Gesellschaft hätte ankommen können. Zu diesem Zweck hätte über den öffentlichen Diskurs so lange die veränderte Wirklichkeit plausibel und an die etablierten Wahrnehmungsmuster und Denkkategorien anknüpfend vermittelt werden müssen, bis sie Eingang in eben diesen Bestand von Wahrnehmungsmustern, die politische Kultur, gefunden hätte. Ob diese Leistung in Frankreich erfolgreich unternommen wurde, ist im folgenden Gegenstand der empirischen Analyse.

4.2.3 Presse

Kulturwissenschaftliche Medienanalyse

Das oben dargelegte Verständnis von Kommunikation als wesentlichem Bestandteil von Politik erfordert für die vorliegende Analyse die Einbeziehung von Medien als weiterer Untersuchungsebene neben Umfragedaten und den Reden des Staatspräsidenten. Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung und Vermittlung von Politik und gleichzeitig als konstitutive Elemente für die Vermittlung und Fortschreibung der politischen Kultur. Sie sind „ein bedeutender Faktor der Konstitution von Mensch und Gesellschaft, [...] Gegenstand und Instrument von gesellschaftlichen Konflikten und nehmen Einfluss auf die Erfahrungsmöglichkeiten der Subjekte, auf deren Selbstverständnis, deren Deutungsmuster und deren Weltbild.“¹⁰⁹ Für eine analytische Umsetzung des oben erläuterten Verständnisses von politischer Kultur als Kommunikations- und Medienkultur ist eine Einbeziehung von

¹⁰⁸ Vgl. für die zahlreichen unterschiedlichen Ansätze im Bereich der Diskursanalyse z.B. Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöfer (Hg.) (2001): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*, Opladen sowie Dies. (2004) (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2: Forschungspraxis*, 2. Aufl., Wiesbaden sowie Reiner Keller/Wilhelm Viehöfer (2010): „Diskurs/Diskursanalyse“, in: Nohlen/Schultze (Hg.) (2010), a.a.O., S. 174-176.

¹⁰⁹ Günter Helmes/Werber Köster (Hg.) (2002): *Texte zur Medientheorie*, Stuttgart, S. 15, zitiert nach Krause, Peter (2004): „Medienanalyse als kulturwissenschaftlicher Zugang zum Politischen“, in: Schwelling (Hg.) (2004), a.a.O., S. 83-105, hier S. 83.

Medien in das Forschungsdesign daher unerlässlich. Krause formuliert diese Notwendigkeit für eine umfassende Untersuchung der politischen Kommunikationsprozesse wie folgt:

„Es gibt ohne Frage verschiedene Möglichkeiten und Methoden, sich dem Politischen zu nähern. Aber wenn man davon ausgeht, dass Politik im weitesten Sinn auf Kommunikation angewiesen ist, ergibt sich daraus zwingend, dass man sich auch den Kommunikationsmitteln, und das heißt für moderne Gesellschaften den Massenmedien und deren Inhalten, zuwenden muss, um Politik zu analysieren. In den Medien findet man sicher nicht die Antwort auf alle Fragen, aber ohne eine kritische Analyse der Massenmedien ist ein adäquates Verständnis einer modernen Gesellschaft und der in ihr stattfindenden politisch-gesellschaftlichen Prozesse nicht möglich.“¹¹⁰

Entsprechend wichtig ist die Rolle, die den Medien im Analyserahmen der vorliegenden Untersuchung zugemessen wird. Es geht dabei nicht um eine quantitative, nur auf die Texte selbst bezogene Medienanalyse. Vielmehr wird die Untersuchung der Zeitungsartikel eingeordnet in einen sozio-kulturellen und politischen Kontext, der es erlaubt, „gesellschaftlich relevante Kommunikationsprozesse in größerer Komplexität zu erfassen und zu verstehen, als dies eine ausschließlich quantitative Medienanalyse leisten kann.“¹¹¹ Die ausgewählten Artikel werden nicht als „geschlossene Einheiten“¹¹² angesehen, sondern dienen mit dazu, die politische Kommunikation in Frankreich zu erschließen. Dem kulturwissenschaftlichen Ansatz zur Medienanalyse von Krause entsprechend werden die Presseartikel gemäß der folgenden Herangehensweise in die Untersuchung eingebunden:

„Zum einen lassen sie [die Medien] sich als Spiegel der in einer Gesellschaft vorhandenen individuellen und kollektiven Wünsche und Vorstellungen, der Werte, Meinungen und politischen Überzeugungen verstehen. Sie stehen nicht außerhalb der Welt, sondern sind Teil der Gesellschaft, in der sie wirken, und nehmen die in ihr vorhandenen Dispositionen und Tendenzen, Themen und Gedanken, Hoffnungen und Ängste auf und verarbeiten diese zu mediengerechten Inhalten und Formaten, um sie wiederum dem Leser, Zuhörer und Zuschauer als Buch, Zeitung, Film, Radio- und Fernsehsendung anzubieten. Und ähnlich wie in einem Kreislauf nehmen die Medien wiederum die Reaktionen auf diese Präsentationen auf, um sie zu neuen Medieninhalten zu verarbeiten. So entsteht ein sich wechselseitig beeinflussendes System der Kommunikation, das in der modernen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt.“¹¹³

Charakterisierung der ausgewerteten Tageszeitungen

Um den genannten Ansprüchen an eine kulturwissenschaftliche Medienanalyse gerecht werden zu können, wurden für die Zwecke der vorliegenden Arbeit drei der bedeutendsten nationalen französischen Tageszeitungen ausgewählt, die in ihrer Haltung ein breites

¹¹⁰ Krause (2004), a.a.O., S. 102.

¹¹¹ Ebd., S. 103.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd., S. 85. Vgl. auch ebd., S. 96.

politisches Spektrum der gesellschaftlichen Mitte abdecken: *Le Figaro*, *Le Monde* und *Libération*.¹¹⁴ Alle drei Zeitungen erscheinen in Paris, sind also Teil der Hauptstadtpresse, die für das ganze Land ein Monopol auf die Verbreitung der wichtigsten Informationen beansprucht. Angesichts des Themas der vorliegenden Arbeit erscheint eine Konzentration auf die nationale Presse geboten, da nur sie die internationale Politik umfangreich abdeckt und mit ihren Analysen im ganzen Land zur Kenntnis genommen wird.¹¹⁵ Allen drei analysierten Zeitungen gemeinsam ist, dass sie in den letzten Jahren mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Wie die französische Presse insgesamt überleben sie nur dank umfangreicher staatlicher Subventionen u.a. in Form von Steuervergünstigungen und günstigen Konditionen für den Versand und beim Druckpapier.

Le Figaro

Le Figaro wurde bereits 1826 gegründet. Nach liberalen Anfängen und einer populistisch-antiparlamentarischen Phase in den 1920er Jahren kehrte das Blatt – unter neuer Leitung – in den 1930er Jahren wieder zu seinen liberal-bürgerlichen Positionen zurück, kritisierte Kommunisten und Faschisten, und war nach dem Zweiten Weltkrieg eine der wenigen französischen Zeitungen, die weiter erscheinen durften. Politisch ist das Blatt heute im liberal-konservativen Spektrum einzuordnen. Es erscheint in einer Auflage von etwa 400.000 Exemplaren.¹¹⁶ Der *Figaro* zeichnet sich inhaltlich vor allem durch einen umfangreichen Wirtschaftsteil aus. Der heutige Eigentümer Serge Dassault, im Hauptberuf Flugzeugbauer, erwartet von seiner Zeitung nach eigenen Angaben die Verbreitung unternehmerfreundlicher Ideen. Die Auslandsnachrichten fallen weniger umfangreich aus als der innenpolitische Teil.

Le Monde

Die 1944 gegründete Abendzeitung *Le Monde* ist in ihrer politischen Ausrichtung als linksliberal anzusehen und erscheint in einer Auflage von rund 400.000 Exemplaren.

¹¹⁴ Für die folgenden Einordnungen der einzelnen Zeitungen vgl. u.a. Stefan Woltersdorff (2001): „Die französische Presse zwischen Globalisierungsdruck und Selbstbehauptung“, in: Thomas Weber/Stefan Woltersdorff (Hg.) (2001): *Wegweiser durch die französische Medienlandschaft*, Marburg, S. 31-66; Günter Liehr: „Massenmedien in Frankreich“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel (Hg.) (2008), a.a.O., S. 601-610 sowie Isabelle Bourgeois: „Medien: Industriepolitik für den Standort Frankreich“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 302-322 und Medard Ritzenhofen (2006): „Kein Ruhmesblatt. Frankreichs Tagespresse in der Dauerkrise“, in: *Dokumente* 4/2006, S. 46-52.

¹¹⁵ Außerhalb von Paris erscheinen zahlreiche regionale Zeitungen. Die beiden wichtigsten sind die auflagenstärkste französische Tageszeitung *Ouest-France* sowie die *Dernières Nouvelles d'Alsace*. Überregionale Zeitungen wie in Deutschland die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die *Süddeutsche Zeitung* gibt es in Frankreich nicht.

¹¹⁶ Die Zahlenangaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf das Jahr 2010. Quelle: OJD – Association pour le contrôle de la diffusion des médias, www.ojd.com, Zugriff 21.04.2011.

Bemerkenswert ist, dass sich in *Le Monde* die Auslandsnachrichten vor dem Inlandsteil finden und dass es außerdem keinen eigenen Wirtschaftsteil gibt, sondern die Wirtschaftsnachrichten im Politikteil mit behandelt werden. *Le Monde* leistet sich ein großes Korrespondentennetz weltweit. Im Rahmen einer inhaltlichen Neuausrichtung Mitte der 1990er Jahre öffnete sich die Zeitung, auch unter dem Druck großer finanzieller Probleme, für gesellschaftliche Themen und lockerte ihr Erscheinungsbild durch Farbfotographien und neue Beilagen auf. Auch an *Le Monde* hält ein französischer Großindustrieller große Finanzanteile (17,3%): Jean-Luc Lagardère, hauptsächlich in der Rüstungsindustrie aktiv, und über „Hachette Filipacchi Médias“ einer der größten Zeitungsverleger Frankreichs. Zu 52% gehörte *Le Monde* bis 2010 den Redakteuren. Nach massiven Finanzproblemen durch eine gewagte Expansionspolitik und einen gleichzeitigen Rückgang der Verkaufsauflage übernahm im Juni/Juli 2010 ein Investorentrio die Zeitung.¹¹⁷ Pierre Bergé, Eigentümer des Modeimperiums Yves Saint-Laurent, Xavier Niel, Medienunternehmer und Mathieu Pigasse, Chef der Investmentbank Lazard Europe, setzten 110 Millionen Euro ein und garantierten der Belegschaft als bisherigem Mehrheitseigentümer weiterhin eine Sperrminorität, um die redaktionelle Unabhängigkeit sicherzustellen. Im Februar 2011 wurde Eric Israelewicz zum neuen Chefredakteur gewählt.¹¹⁸

Libération

Libération, 1973 u.a. von Jean-Paul Sartre gegründet und in den Anfangsjahren auch geleitet, ist im Vergleich zu den beiden anderen untersuchten Zeitungen politisch weiter links einzuordnen. Gründungsprinzipien wie der Verzicht auf Werbung, die Unabhängigkeit von Banken durch die Zeichnung von Anteilen durch die Redakteure oder die egalitäre Binnenstruktur der Redaktion wurden inzwischen aufgegeben. Spätestens als *Libération* in Folge von finanziellen Schwierigkeiten im Jahr 2006 mehrheitlich vom Bankier Edouard de Rothschild übernommen wurde, hatte sie sich von den Grundsätzen, auf deren Basis sie entstanden war, weit entfernt. Dennoch unterscheidet sich *Libération* in ihrem journalistischen Stil weiterhin deutlich von den älteren Zeitungen wie *Le Figaro* oder *Le Monde*, vergleichbar mit der *tageszeitung (taz)* in Deutschland, bei deren Gründung *Libération* Pate stand. *Libération* erscheint in einer Auflage von etwa 160.000 Exemplaren. Ähnlich wie in *Le Monde* spielt auch in *Libération* die Berichterstattung über Themen aus

¹¹⁷ Vgl. Frédérique Roussel: „Le Monde’ vers un tournant capital“, *Libération* 12.4.2010; Dies.: „110 millions pour refaire ‚le Monde‘“, *Libération* 29.6.2010 sowie Johannes Willms: „Klares Votum“, *Süddeutsche Zeitung* 28.6.2010.

¹¹⁸ Vgl. Frédérique Roussel: „Monsieur tout ‚le Monde‘“, *Libération* 11.2.2011.

dem Wirtschaftsbereich eine vergleichsweise geringe Rolle. Privilegiert werden stattdessen bürgernahe und zum Teil alternative und unangepasste Themen.

Korpusbestimmung

Das untersuchte Korpus an Presseartikeln stammt aus den Dossiers der Bibliothek des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg zu den Themen „EU-Erweiterung“ / „Frankreich und die Osterweiterung“ sowie „Frankreich und Europa“ / „Frankreich und die EU“. Aus der Dokumentation des Pressearchivs wurden hauptsächlich die Artikel in die Untersuchung einbezogen, die sich konkret auf eines der untersuchten europapolitischen Ereignisse wie beispielsweise einen EU-Gipfel beziehen. Weiterhin finden Artikel Berücksichtigung, die grundsätzliche Bewertungen der französischen Europapolitik zum Thema haben, auch wenn sie zeitlich nicht im unmittelbaren Zusammenhang zu einem europapolitischen Ereignis stehen. Eine vollständige Aufstellung der verwendeten Artikel findet sich im Quellenverzeichnis. Die Berücksichtigung der drei Zeitungen im Verlauf der Analyse richtet sich danach, ob die untersuchten europapolitischen Ereignisse in der Berichterstattung abgedeckt werden. Aus unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen in den drei Zeitungen kann sich daher ergeben, dass in den der Presseberichterstattung gewidmeten Kapiteln des Hauptteils bei einzelnen Ereignissen nicht alle drei Zeitungen zitiert werden.

Bedeutung der Medienanalyse im Forschungsdesign

Die ausgewählten Tageszeitungen erhalten in der vorliegenden Analyse ihre Bedeutung zum einen durch ihre Funktion als Kommunikationsmittel für Akteure des öffentlichen Raumes, die auf diesem Wege ihre Standpunkte verbreiten und um Zustimmung und Unterstützung dafür werben können. Im vorliegenden Fall liegt der Fokus daher auf der Wiedergabe der europapolitischen Äußerungen und Positionsbestimmungen von Staatspräsident Chirac. Durch eine über die rein deskriptive Wiedergabe hinausgehende Bewertung und Kommentierung der Politik Chiracs übernehmen die untersuchten Zeitungen jedoch auch eine eigene aktive Rolle und gestalten durch ihre Berichterstattung die politische Agenda mit - zum einen durch die kritische Begleitung des Politikgeschehens in Frankreich, zum anderen aber auch durch ihre Themenauswahl und Schwerpunktsetzung. Von Bedeutung ist beim letztgenannten Aspekt sowohl, dass bestimmte Themen aufgegriffen werden als auch die

Tatsache, dass andere Bereiche keine Berücksichtigung finden.¹¹⁹ Im für die vorliegende Untersuchung verwendeten Korpus ist beispielsweise auffällig, dass in *Libération* insgesamt deutlich weniger Artikel zum Thema EU-Osterweiterung zu finden sind als in den beiden anderen analysierten Zeitungen. *Libération* veröffentlicht über die Abdeckung wichtiger europapolitischer Ereignisse wie Gipfeltreffen hinaus im wesentlichen nur Meinungsartikel, während *Le Monde* und *Le Figaro* deutlich mehr Hintergrundberichterstattung und Rahmeninformationen bieten. *Le Monde* gibt außerdem auffällig oft und mehr als *Le Figaro* und *Libération* der Sichtweise der Kandidatenländer Raum und Stimme. *Le Figaro* öffnet mehr als die beiden anderen Zeitungen bei bedeutsamen europäischen Themen seine Seiten für umfangreiche Debatten mit zahlreichen Beiträgen von Politikern und Nicht-Politikern.¹²⁰ Den französischen Lesern wird durch die Zeitungsanalysen in vielen Fällen eine ergänzende oder abweichende Perspektive zur Darstellung eines Politikereignisses durch den Staatspräsidenten angeboten. Auf diese Weise tragen die Zeitungen entscheidend zur Meinungsbildung in Frankreich bei. Interessant ist die Medienanalyse in ihrer Auswirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich besonders dann, wenn sie sich in ihrer Einschätzung deutlich von den Aussagen des Staatspräsidenten unterscheidet.

Unterschiedliche Bewertung politischer Entscheidungen durch Politiker und Medien

Die Gegenüberstellung von Bewertungen durch an der Europapolitik beteiligte Politiker und Analysten in den Medien bringt zwangsläufig unterschiedliche Interpretationen zu Tage, wie auch Weidenfeld und Giering am Beispiel des Amsterdamer Vertrages deutlich machen:

„Die Analyse eines Vertragswerks wie das von Amsterdam steht dabei vor dem Dilemma, welcher Maßstab als Erfolgsindikator anzusetzen ist. Folgt man den Politikern und Regierungsbeamten, die an der Aushandlung des Vertrages beteiligt waren, so stellt sich der Vertrag als einer der großen Erfolge der Integrationsgeschichte und vor allem der jeweiligen nationalen Europapolitik dar. [...] Diese positive Einschätzung der beteiligten Akteure richtet sich an den pragmatischen Kriterien des politisch Machbaren – also des berühmten ‚kleinsten gemeinsamen Nenners‘ der Mitgliedsstaaten – im Verhandlungsprozess aus. Die Regierungen und Gemeinschaftsorgane haben im Verlauf der Regierungskonferenz die von ihnen präferierten Reformoptionen lanciert und dann im ‚End-game‘ während des Gipfels von

¹¹⁹ Vgl. zum sogenannten „Tagesordnungs-Effekt“ u.a. Hans Mathias Kepplinger/Elisabeth Noelle-Neumann (2003): „Wirkung der Massenmedien“, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hg.): *Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation*, 2. Aufl., Frankfurt/Main, S. 597-647, bes. S. 612ff. und Friederike von Gross (2008): „Agenda-Setting“, in: Uwe Sander/Friederike von Gross/Kai-Uwe Hugger (Hg.): *Handbuch Medienpädagogik*, Wiesbaden, S. 282-285.

¹²⁰ Die Debattenbeiträge, beispielsweise zur Europäischen Verfassung, finden in der Analyse der vorliegenden Arbeit nur Erwähnung, um den allgemeinen Kontext zu erläutern, in dem eine europapolitische Frage in Frankreich diskutiert wird. Eingang in die ausführliche Analyse finden diese Artikel nicht, da sie, wie Gastbeiträge, nicht immer die offizielle editoriale Leitlinie des Blattes widerspiegeln, in dem sie erscheinen und in den meisten Fällen persönliche Meinungsäußerungen sind. Daher sind sie für die hier untersuchte Fragestellung nicht von primärem Interesse.

Amsterdam versucht, ihre Interessen durchzusetzen und die von ihnen nicht erwünschten Regelungen so weit wie möglich zu verhindern. Dieses ‚Spiel‘ hat wie üblich zu einem Ergebnis geführt, mit dem jeder zufrieden sein kann, das aber in der Summe eine umfangreiche Paket- und Kompromisslösung zwischen scheinbar gegensätzlichen Stellungen bedeutet und sich wenig an funktionalen Kriterien orientiert. Ganz anders stellt sich hingegen das Medienecho dar. [Sowohl in der deutschen als auch] in der internationalen Presse wurde der Vertrag von Amsterdam eher als mittelmäßiger Reformversuch eingestuft.“¹²¹

Diese am Beispiel von Amsterdam geschilderte Diskrepanz muss im folgenden immer berücksichtigt werden. Sie ist konstitutiv für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit, denn beide Interpretationen, die der beteiligten Politiker und die der Presse, richten sich an die französische Gesellschaft und bilden die Grundlage für deren eigene Einschätzung der europapolitischen Fakten. Wie eine im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte qualitative Umfrage ergab, ist das Vertrauen der Menschen in eine objektive Vermittlung durch journalistische Berichterstattung europaweit deutlich größer als in die Vermittlung durch das politische Personal:

„Spontanément, le personnel politique national, jugé partial et reflétant la position des partis, est souvent écarté du rôle de médiateur. Ce rejet s’avère quasi-unanime, quel que soit le type d’acteur politique considéré. [...] Les journalistes, considérés comme objectifs et compétents, sont les mieux placés pour tenir la fonction de médiateurs. Il s’établit un quasi-consensus en leur faveur – à condition qu’il s’agisse de professionnels, crédibles, respectés, reconnus pour leur objectivité (à l’inverse d’ailleurs ‚des médias‘ décriés pour le sensationnalisme dans certains pays à presse populaire) – et dotés à la fois du charisme et de la ‚proximité humaine‘ nécessaires.“¹²²

Inwieweit sich eine solche Ausgangslage in der Haltung der Gesellschaft niederschlägt und eventuell dauerhaft festsetzt und welche Konsequenzen sich daraus für die generelle Bewertung der Europapolitik ergeben, sind einige der Fragen, die es im folgenden zu beantworten gilt.

5. Aufbau der Arbeit

Vorgehensweise bei der empirischen Analyse

Die drei Analyseebenen Umfragedaten, Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten sowie Medienanalyse werden für die folgende empirische Untersuchung zusammengeführt. Es geht darum, eventuelle Widersprüche zwischen der von Präsident Chirac gestalteten

¹²¹ Werner Weidenfeld/Claus Giering (1998): „Die Europäische Union nach Amsterdam – Bilanz und Perspektive“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (1998): *Amsterdam in der Analyse: Strategien für Europa*, Gütersloh 1998, S. 19-87, hier S. 21f.

¹²² Perceptions de l’Union européenne. Attitudes et attentes à son égard, Etude qualitative auprès du public des 15 Etats membres et de 9 pays candidats à l’adhésion, Rapport général, Etude réalisée par OPTEM S.A.R.L. pour la Commission Européenne, Juin 2001, S. 168.

Europapolitik im Hinblick auf die Osterweiterung auf der einen und der französischen außenpolitischen Kultur auf der anderen Seite aufzudecken. Daher muss die faktische Politik zum einen ihrer Vermittlung durch den Staatspräsidenten gegenübergestellt und zum anderen ihre Rezeption und Wahrnehmung durch die Gesellschaft untersucht werden. Auf allen drei Analyseebenen wird nach Elementen der außenpolitischen Kultur gesucht, um deutlich zu machen, wie mit deren Hilfe Politik vermittelt wird bzw. wie auf diese in der Wahrnehmung und Bewertung der Politik Chiracs Bezug genommen wird, um Zustimmung oder Ablehnung zu begründen. Zur Bestimmung der Versatzstücke der außenpolitischen Kultur dienen die oben entwickelten Kategorien, nach denen in den Primärtexten und in den Umfragedaten gesucht wird. Die mit den einzelnen Analyseebenen verbundenen Inhalte (Frieden etc.) finden sich in den Diskursen der untersuchten Primärtexten als Topoi¹²³, Konzepte oder Motive wieder. Je nachdem, welche Topoi aufgefunden werden können, lassen sich unterschiedliche Rückbindungen an das analytische Instrumentarium des Kategorienschemas vornehmen und damit Übereinstimmungen oder Widersprüche zwischen den Analyseebenen feststellen und erklären. Besonders die Vermittlung der potentiell negativen Folgen der Osterweiterung für Frankreich stellte, wie oben angedeutet, eine Herausforderung dar, da wesentliche Elemente des französischen Selbstverständnisses in Europa berührt waren. Vom Verhältnis zwischen positiven und negativen Aspekten der Osterweiterung hing am Ende das Gesamtbild ab, das sich in der französischen Gesellschaft festsetzte und manifestierte. Da die Hypothese der vorliegenden Untersuchung lautet, dass die Vermittlung nicht gelungen ist, ist davon auszugehen, dass es die französische Politik nicht geschafft hat, eine schließlich positive Balance zwischen Vor- und Nachteilen zu schaffen. Für die Mehrheit der Franzosen überwogen am Ende die Nachteile der Osterweiterung. Die einzelnen Schritte hin zu dieser dominierenden Einstellung sollen in der vorliegenden Untersuchung nachvollzogen werden.

¹²³ Der Begriff Topoi wird hier verwendet im Sinne von Drews/Gerhard/Link, die diese definieren als „kulturelle Stereotypen [...], die kollektiv tradiert und benutzt werden.“ Axel Drews/Ute Gerhard/Jürgen Link (1985): „Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie“, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL)*, 1. Sonderheft Forschungsreferate, S. 256-375, hier S. 265. Vgl. auch Jürgen Link (1982): „Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert“, in: *kultuRRévolution* 1/1982, S. 6-21.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen kann der Ansatz der vorliegenden Arbeit wie folgt skizziert werden:

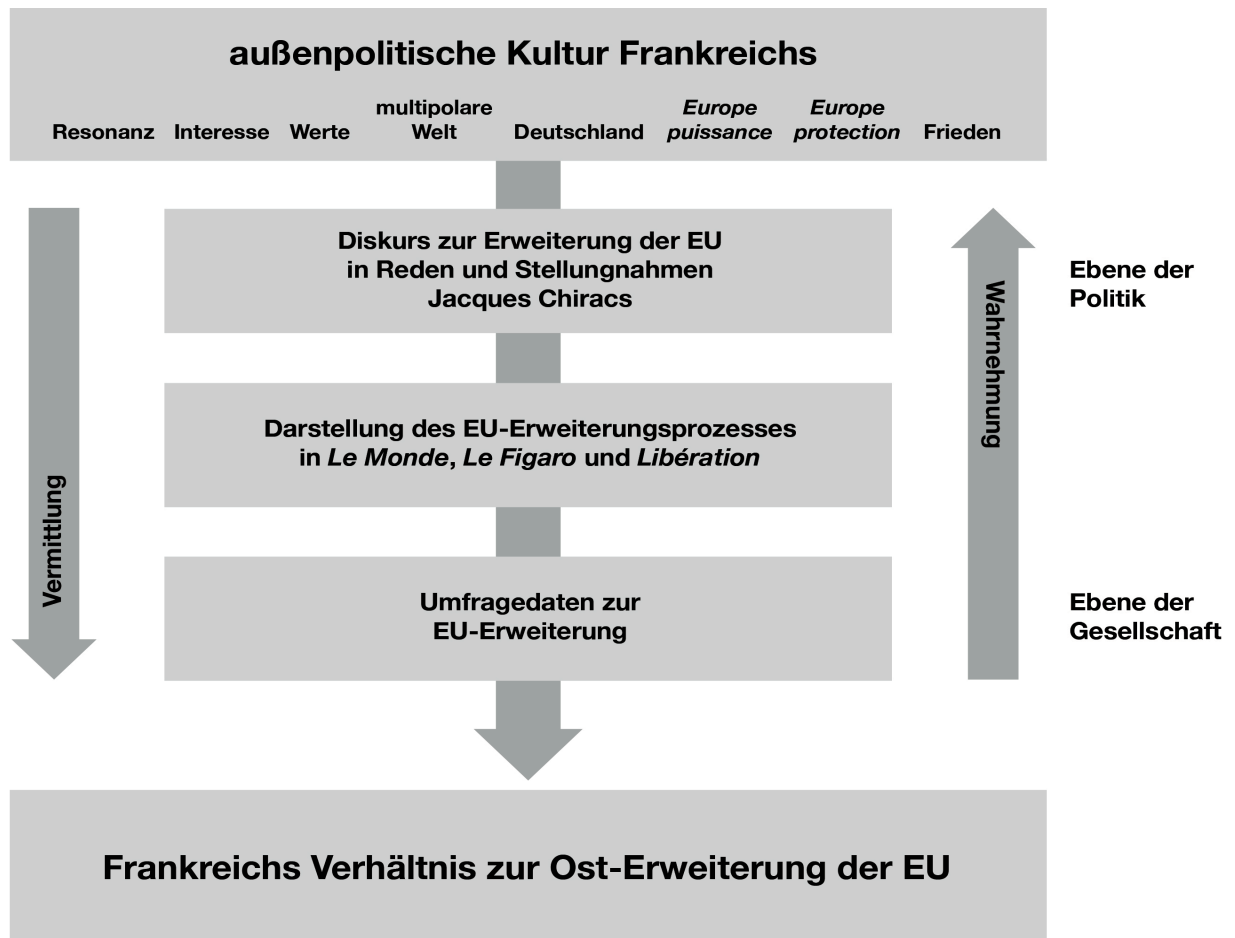


Abb. 2: Darstellung des Forschungsvorhabens

Untersuchungszeitraum und Gliederung der Untersuchung

Die Realisierung der Osterweiterung war der bestimmende Hintergrund für die Europapolitik während der beiden Präsidentschaftsmandate von Jacques Chirac in Frankreich zwischen 1995 und 2007. Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf der großen Osterweiterung des Jahres 2004. Die grundsätzliche Entscheidung der EU für die Ostweiterung erfolgte auf dem Kopenhagener Gipfel bereits 1993, aber die Schritte zur konkreten Umsetzung der dort getroffenen Entscheidung und die Ostweiterung selbst fielen in die beiden Amtszeiten Chiracs. Nach dem gescheiterten Referendum vom 29. Mai 2005 gingen von Frankreich keine wesentlichen europapolitischen Initiativen mehr aus. Nach einer gewissen lähmenden Schockwirkung konzentrierten sich die Hoffnungen auf europäischen Fortschritt bald auf den potentiellen Nachfolger bzw. die potentielle Nachfolgerin Chiracs. Der Endpunkt der Untersuchung ist daher das Verfassungsreferendum. Die Zeit ab Juni 2005 findet, abgesehen von den unmittelbaren Reaktionen auf das gescheiterte Referendum, nur noch in einem kursorischen Über- und Ausblick Berücksichtigung.

Die Chronologie der Osterweiterung gibt die Gliederung des Hauptteils der vorliegenden Arbeit vor. Ansatzpunkte für eine vertiefte Untersuchung sind die entscheidenden Schritte auf dem Weg zur Osterweiterung. Zu nennen sind daher

- der Europäische Rat von Cannes unter französischer Ratspräsidentschaft im Juni und der Europäische Rat von Madrid im Dezember 1995
- die Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages 1996/97 und der Amsterdamer Vertrag
- der Kölner Gipfel 1999 mit den Beschlüssen zur Agenda 2000
- Gipfel und Vertrag von Nizza 2000 unter französischer Ratspräsidentschaft
- der Europäische Rat von Laeken 2001 mit dem Beginn des Verfassungsprozesses
- der Europäische Rat von Brüssel 2002 mit der Regelung zur Zukunft der Agrarsubventionen nach deutsch-französischer Kompromissfindung
- der Abschluss der Beitrittsverhandlungen beim Europäischen Rat von Kopenhagen 2002
- die EU-internen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Militäreinsatz gegen den Irak 2003
- die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages mit zehn Staaten in Athen 2003
- der Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Staaten 2004

- Debatte und Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich 2005.¹²⁴

Die Schwerpunktlegung auf Europäischen Ratstreffen und Regierungskonferenzen bietet den Vorteil einer umfassend vorhandenen Dokumentation sowohl in Form von Primärtexten als auch durch punktuelle Analysen. Die Positionen der einzelnen Teilnehmer werden für den spezifischen Anlass in offiziellen Papieren sowie in Reden und Stellungnahmen der beteiligten Politiker konkret und präzise formuliert und bieten so eine gute Grundlage für eine weitergehende Analyse. Gleiches gilt für die Ebene der französischen Bevölkerung: Anstehende oder gerade beendete Regierungskonferenzen mit wichtigen Entscheidungen sind Anlass sowohl für die Erhebung von Umfragedaten als auch für eine umfangreiche Vor- und Nachbereitung im Rahmen der Presseberichterstattung. Die chronologische Nachverfolgung der Ratstreffen und Regierungskonferenzen hin zur Osterweiterung bietet außerdem die Möglichkeit, die Entwicklung der offiziellen französischen Position und ihre Rezeption und Bewertung in der Bevölkerung Schritt für Schritt nachzuvollziehen.¹²⁵

Die im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Europäischen Ratstreffen werden nicht in ihrer Gesamtheit analysiert. Vielmehr stehen jeweils die Aspekte der einzelnen Gipfel im Zentrum, die mit der Erweiterung konkret verbunden sind. Zumeist erfolgt zu Beginn der Untersuchung eines Ratstreffens eine überblicksartige Einführung in Themen und Ergebnisse des Gipfels, ohne dass jedoch notwendigerweise alle Einzelpunkte der Agenda erwähnt werden. Auch bei den Stellungnahmen Jacques Chiracs zu den Ergebnissen der Ratstreffen und bei der Beurteilung in der Presse werden die Punkte herausgegriffen, die sich auf das zentrale Thema der vorliegenden Arbeit, die Osterweiterung, beziehen. Neben den Regierungskonferenzen finden auch andere europapolitisch bedeutsame Ereignisse und Entwicklungen Berücksichtigung, jedoch teilweise weniger ausführlich als die Ratstreffen.

Vor dem Hintergrund der Vorüberlegungen ergibt sich folgender Aufbau der Arbeit: In Teil B werden die bisher nur angerissenen inhaltlichen Grundlagen der Analyse vertieft. In Kapitel III geht es um die institutionelle Verankerung der Europapolitik in der V. Republik und um ihre Gestaltung durch die Präsidenten de Gaulle, Pompidou, Giscard d'Estaing und Mitterrand. Weiterhin wird die Entwicklung von Jacques Chiracs Haltung zur europäischen Integration vor seiner Übernahme des Präsidentenamtes thematisiert. Kapitel IV befasst sich,

¹²⁴ Auf die genannten Ereignisse konzentriert sich die vorliegende Untersuchung. Die Entwicklungen zwischen diesen Eckdaten müssen natürlich mit berücksichtigt werden. Ihre Darstellung erfolgt jedoch nicht in der gleichen Ausführlichkeit wie die der genannten Daten.

¹²⁵ Vgl. auch Stahl (2006), a.a.O., S. 61.

dem Schwerpunkt der Arbeit entsprechend, genauer mit der französischen Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa im Vorfeld der EU-Osterweiterung. Kapitel V beschäftigt sich mit der Definition der oben bereits allgemein dargestellten Konzepte der allgemeinen politischen und der außenpolitischen Kultur für Frankreich. Kapitel III bis V dienen dazu, die Grundlagen zu verdeutlichen, auf denen Jacques Chirac ab 1995 seine Politik gestaltet. Im Hauptteil der Analyse wird so erkennbar, welche Traditionen Chirac fortführt und wo er eigene Akzente setzt. Nach diesen Vorarbeiten folgt in Teil C der Hauptteil der vorliegenden Arbeit – die empirische Analyse der auf die Osterweiterung bezogenen Aspekte der Europapolitik Jacques Chiracs zwischen 1995 und 2005. In Teil D werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und bewertet. Teil E beinhaltet das Quellenverzeichnis.

Teil B: Inhaltliche Grundlagen

Um zu einem genaueren Verständnis der in Teil A dargestellten Problematik zu gelangen, soll im folgenden Kapitel III zunächst grundsätzlich auf das Verhältnis Frankreichs zu Europa näher eingegangen werden. Erst dann kann ersichtlich werden, welche Rolle die Osterweiterung für Frankreichs Europapolitik spielt und warum Frankreich, wie aus den vorstehenden Ausführungen bereits deutlich wurde, mit den mit der Osterweiterung verbundenen Veränderungen größere Schwierigkeiten hatte als andere EU-Staaten. Die Darstellung der konkreten Gestaltung der französischen Europapolitik im Rahmen der Institutionen der V. Republik begründet außerdem ausführlicher als bisher die Konzentration der vorliegenden Analyse auf den Staatspräsidenten. Die Entwicklung von Jacques Chiracs Haltung zur europäischen Integration vor seiner Übernahme des Präsidentenamtes wird in diesem Zusammenhang ebenfalls dargestellt. Kapitel IV geht, dem thematischen Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit entsprechend, nach der allgemeinen Darstellung der Grundlagen der französischen Europapolitik in Kapitel III, stärker auf das französische Verhältnis zu Mittel- und Osteuropa vor und nach 1989 ein. Kapitel V füllt die für die vorliegende Untersuchung grundlegenden Konzepte der allgemeinen politischen und der außenpolitischen Kultur für Frankreich mit Inhalt. Auf diese Weise wird die Herleitung der Analysekategorien ausführlich begründet und nachvollzogen.

Kapitel III: Frankreich und Europa

1. Tradition mit Widersprüchen

Die Idee Europa ist ganz wesentlich französisch, denn das früh zentralisierte Königreich Frankreich bediente sich der Idee einer europäischen Konföderation, um sich dem Universalanspruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu entziehen.¹²⁶ Es lässt sich ein Bogen schlagen von mittelalterlichen französischen Denkern, die nicht der Idee der vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation inspirierten Universalmonarchie verhaftet waren, über die Politiker und Philosophen des 17. und 18. Jahrhunderts bis hin zu Alphonse de Lamartines „Manifeste à l'Europe“ oder Victor Hugos Plädoyer für die „Vereinigten Staaten von Europa“ im 19. Jahrhundert. In der Folge des Ersten Weltkrieges entstanden, wurde die paneuropäische Bewegung der 1920er Jahre auch von wichtigen

¹²⁶ Vgl. für einen ausführlichen Überblick mit zahlreichen Verweisen zum Verhältnis Frankreichs zu Europa Ingo Kolboom (1993a): „Europa denken: Frankreich in Europa“, in: Ders./Weisenfeld (Hg.) (1993), a.a.O., S. 19-50 sowie die Mitschriften zu seinen Vorlesungen zu diesem Thema.

französischen Persönlichkeiten wie Romain Rolland, Aristide Briand oder Edouard Herriot mitgetragen und weiterentwickelt. Angesichts der Pervertierung der Europa-Idee durch die Nationalsozialisten entwickelten Gruppen der französischen *Résistance* bereits während des Zweiten Weltkrieges wieder Projekte für eine friedliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.¹²⁷ Nach 1945 legten in der IV. Republik die „großen Europäer“ Jean Monnet und Robert Schuman mit dem Europarat, der Montanunion und den Römischen Verträgen wichtige Grundsteine. De Gaulle integrierte diese Grundlagen, entgegen anderslautender Befürchtungen nicht zuletzt in Deutschland, nach 1958 auch in das Gefüge der neuen V. Republik, zumal de Gaulle, in vorausseilender Erkenntnis des Verlusts der Kolonien und Algeriens, Europa als neues Handlungsforum französischer Weltpolitik entdeckt hatte.

Innerhalb der Außenpolitik der V. Republik war die europäische Integration dementsprechend seit 1958 ein zentraler Bezugspunkt. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Europa war in den mittlerweile über fünfzig Jahren des Bestehens sowohl der V. Republik als auch der europäischen Integration im Rahmen von EG und EU jedoch selten konfliktfrei. Seit den Zeiten de Gaulles besteht ein Grundwiderspruch zwischen dem französischen Ziel, ein möglichst unabhängiges und starkes Europa aufzubauen und der gleichzeitigen Weigerung, entscheidende Kompetenzen an die europäischen Strukturen abzugeben. Hintergrund dieser spezifisch französischen Problematik ist der Konflikt „zwischen einer auf die Französische Revolution zurückgehenden Staatskonzeption, in der Souveränität nur national legitimiert sein kann, und der Teilung von Souveränitätsrechten“ im Rahmen von integrierten Strukturen.¹²⁸ Die grundsätzliche französische Präferenz für intergouvernementale gegenüber supranationalen Lösungen ist der institutionelle Ausdruck dieses Widerspruchs. Die europäische Integration ist daher bis über die Jahrtausendwende hinaus eine französische Erfolgsgeschichte, denn wesentliche, die Souveränität der Nationalstaaten berührende Bereiche, besonders Sicherheit und Verteidigung, sind nach wie vor nicht vergemeinschaftet, sondern unterliegen intergouvernementalen Verfahren unter Federführung des Rates der

¹²⁷ Vgl. zu Integrationsansätzen vor 1950 Walter Lipgens (1968): *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. Eine Dokumentation*, München sowie im Überblick Reiner Marcowitz (2008): „50 Jahre Römische Verträge: Rückblick und Ausblick“, in: Koopmann/Martens (2008), a.a.O., S. 21-37, bes. S. 21ff.

¹²⁸ Sauder, Axel (1995): „Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, Opladen, S. 153-173, hier S. 158. Vgl. hierzu auch Elsenhans, Hartmut (1989): „Frankreichs Sonderstellung in der Weltpolitik und der internationalen Arbeitsteilung oder die List des nicht eingelösten Anspruchs“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1989*, Opladen, S. 49-65.

Staats- und Regierungschefs.¹²⁹

2. Französische Europapolitik seit 1958

Die bisher nur angerissene Betrachtung der französischen Politik in Europa soll in den nächsten Abschnitten vertieft werden. Im folgenden geht es sowohl um die institutionellen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen französischer Europapolitik als auch um ihre inhaltliche Ausgestaltung unter den Präsidenten de Gaulle, Pompidou, Giscard d'Estaing und Mitterrand.

2.1 Verfassungsrechtliche Vorgaben – und die Verfassungswirklichkeit: Die Europapolitik als Teil der *domaine réservé* des Staatspräsidenten¹³⁰

Die französische Außen- und Europapolitik wird fast ausschließlich vom Staatspräsidenten getragen und nach außen repräsentiert. Sie gehört damit zur *domaine réservé* der Außen- und Verteidigungspolitik, die sich jeder Präsident der V. Republik bisher vorbehalten hat, obwohl eine solche *domaine réservé* in der Verfassung explizit nicht zu finden ist. Der Verfassungstext vom 4. Oktober 1958 definiert die Rolle des Staatspräsidenten als Garanten der nationalen Unabhängigkeit, der Integrität des Staatsgebietes und des Respekts von Verträgen (Art. 5). Der Präsident ist außerdem Chef der bewaffneten Verbände (Art. 15). Er kann einen völkerrechtlichen Vertrag dem französischen Volk zur Abstimmung per Referendum stellen (Art. 11), akkreditiert die französischen Diplomaten und empfängt die Akkreditierungsschreiben ausländischer Botschafter (Art. 14) und verhandelt und ratifiziert internationale Verträge (Art. 52). Laut Artikel 20 und 21 der Verfassung stehen auch dem Premierminister als Regierungschef Kompetenzen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu. Er ist verantwortlich für die nationale Verteidigung und kann über die Armee verfügen.

Der Widerspruch, der sich in der Kompetenzverteilung für die Außen- und Sicherheitspolitik im Verfassungstext zu ergeben scheint, ist in der Verfassungswirklichkeit der V. Republik in der Tradition von de Gaulles Interpretation der Verfassung zugunsten des Präsidenten der

¹²⁹ In anderen wichtigen Bereichen hat sich die französische Position bewegt und der Abgabe von Souveränität zugestimmt, beispielsweise in der Währungspolitik. Diese Bereiche haben aber zum einen nicht die gleiche Bedeutung für die Definition des französischen (außenpolitischen) Selbstverständnisses wie Sicherheit und Verteidigung. Zum anderen profitiert Frankreich in vergemeinschafteten Politikbereichen von der gemeinsamen Lösung von Problemen, an denen es als einzelner Nationalstaat gescheitert ist.

¹³⁰ Vgl. zu den Ausführungen im folgenden Abschnitt u.a. Adolf Kimmel (2005): „Der Verfassungstext und die lebenden Verfassungen“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 247-267 sowie das Kapitel „Une politique étrangère élyséenne“, in Maurice Vaïsse (2009): *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris, S. 15ff.

Republik aufgelöst worden. Alle Präsidenten haben die Außen- und Sicherheitspolitik als ihren Einflussbereich betrachtet. Der Präsident entscheidet über einen eventuellen Einsatz der nuklearen *force de frappe* und repräsentiert Frankreich auf internationalen Gipfeltreffen. Bei gleichen Mehrheiten stellt die Diskrepanz zwischen Verfassungstext und –wirklichkeit kaum ein Problem dar, da die von de Gaulle eingeführte Praxis von der politischen Klasse akzeptiert wird. In Zeiten der Kohabitation können sich dagegen Schwierigkeiten in der Kompetenzverteilung ergeben.

Sonderfall Kohabitation

Existiert in der Nationalversammlung eine dem Staatspräsidenten politisch entsprechende Mehrheit, kann dieser, wie oben beschrieben, in der politischen Praxis eine über seine im Verfassungstext festgeschriebenen Kompetenzen hinausgehende Rolle spielen. Die Situation stellt sich anders dar, wenn eine der politischen Ausrichtung des Präsidenten nicht entsprechende Mehrheit die Nationalversammlung dominiert und auch den Premierminister stellt.¹³¹ In diesen Zeiten der Kohabitation (*Cohabitation*) agieren der Premierminister und seine Regierung in der Innenpolitik weitgehend unabhängig vom Staatspräsidenten. Letzterem bleiben der wöchentliche Vorsitz im Ministerrat, die Ernennung in wichtige militärische und zivile Staatsämter sowie die Unterzeichnung von im Ministerrat beschlossenen Verordnungen. In begrenztem Umfang kann der Staatspräsident auch mit diesen Mitteln Politik gestalten. Er präsentiert sich in Zeiten der Kohabitation jedoch stärker als unabhängiger Schiedsrichter und Vermittler, der über Reden und Stellungnahmen Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen sucht.

In der Außen- und Verteidigungspolitik verbleiben dem Präsidenten während einer Kohabitation dagegen deutlich mehr Kompetenzen. Hier müssen sich Premierminister und Präsident in der Politikgestaltung abstimmen. Der Staatspräsident behält die Einsatzbefugnis über die Atomstreitmacht. Zu wichtigen europäischen Gipfeln reisen zumeist sowohl Präsident als auch Premierminister. Da die großen Linien der Außenpolitik in Frankreich parteiübergreifend geteilt werden, haben die bisherigen Kohabitationen inhaltlich nie zu größeren Konflikten geführt. Außerdem ist den jeweiligen Premierministern nicht an einer ernsthaften Schwächung der Position des Staatspräsidenten gelegen, da fast alle Regierungschefs für ihre politische Zukunft selbst Ambitionen auf das höchste Staatsamt

¹³¹ Vgl. für die folgenden Ausführungen u.a. Kimmel (2005), a.a.O., S. 247-267 und Robert Elgie (2001): „Cohabitation’: Divided Government French-Style“, in: Ders. (Hg.) (2001): *Divided Government in Comparative Perspective*, Oxford/New York, S. 106-126.

hegen. Auch in Kohabitations-Zeiten kommt dem Staatspräsidenten also v.a. in der Außen- und damit auch in der Europapolitik eine entscheidende Rolle zu.¹³²

Im Untersuchungszeitraum gelten die Bedingungen der Kohabitation für die Zeit zwischen 1997 und 2002. Staatspräsident Chiracs Plan, im Jahr 1997 durch die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung seine bürgerliche Mehrheit zu stabilisieren, scheitert. Chirac ist daher gezwungen, für eine volle Legislaturperiode mit dem Sozialisten Lionel Jospin als Premierminister einer Regierung der pluralen Linken (*gauche plurielle*) zusammenzuarbeiten.

2.2 Umsetzung französischer Europapolitik im Rahmen der Institutionen der V. Republik

In der konkreten Umsetzung französischer Europapolitik spielt das beim Premierminister angesiedelte *Secrétariat général du Comité interministériel* (SGCI) eine wichtige Rolle.¹³³ 1948 zur Koordination der französischen Positionen bei der Umsetzung des Marshall-Plans und später aller europäischen Verhandlungen gegründet, war es über Jahrzehnte eine wichtige Instanz bei der internen Abstimmung europapolitischer Entscheidungen zwischen den einzelnen französischen Ministerien. 2005 wurde das SGCI in *Secrétariat général pour les Affaires européennes* (SGAE) umbenannt, bleibt jedoch in seiner Funktion „à l’interface à la fois des différentes administrations françaises et entre Paris et Bruxelles“¹³⁴. Generalsekretäre, also Leiter des *Secrétariat*, sind zumeist einflussreiche und erfahrene Persönlichkeiten, die häufig eine enge Verbindung zum Staatspräsidenten haben. Die Rolle, welche der Premierminister als Dienstherr des *Secrétariat* in der Gestaltung der Europapolitik spielen kann, hängt wesentlich davon ab, inwieweit er sich im Zusammenspiel zwischen seinem eigenen Haus, dem Elysée und dem Außen- und Europaministerium durchsetzen kann.

Der Außen- und gegebenenfalls ein Europaminister¹³⁵ arbeiten bei der Gestaltung der französischen Europapolitik in Zeiten gleicher Mehrheiten eng mit dem Staatspräsidenten zusammen und setzen die von ihm bestimmte Politik um. Bei einer Kohabitation werden sie

¹³² Die Verkürzung der Amtszeit des Staatspräsidenten von sieben auf fünf Jahre, initiiert von Jacques Chirac und beschlossen durch ein Referendum im Jahr 2000, synchronisiert die Präsidentenwahl mit den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Wahrscheinlichkeit, dass in die Nationalversammlung eine der politischen Ausrichtung des Präsidenten entsprechende Mehrheit gewählt wird, wächst mit der zeitlichen Nähe der beiden Wahlen. Dieser Mechanismus vergrößert im Zweifelsfall Machtfülle und Einfluss des Präsidenten.

¹³³ Vgl. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 95ff.

¹³⁴ Ebd., S. 96.

¹³⁵ Dieses Amt wurde zum ersten Mal unter Mitterrand eingerichtet. Zumeist ist der französische Europaminister ein dem Außenministerium unterstellter *ministre délégué*. Vgl. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 38: „La nécessité d’un ministre de l’Europe est justifiée par la multiplicité et la fréquence des réunions à Paris, Bruxelles et dans les autres capitales européennes.“

Teil der oben skizzierten Abstimmung zwischen Präsident und Regierung. In diesem Kontext kann es nur eine starke Persönlichkeit am Quai d'Orsay schaffen, gegenüber der präsidentiellen Dominanz eigene Akzente zu setzen und sich einen eigenen Gestaltungsspielraum zu verschaffen. Unter Jacques Chirac gelang dies beispielsweise dem sozialistischen Kohabitations-Außenminister Hubert Védrine.¹³⁶ Die Parteien haben in der Verfassung der V. Republik eine vor dem Hintergrund der Erfahrungen der IV. Republik zu sehende schwache Stellung – „[ils] concourent à l'expression du suffrage“, bestimmt Artikel 4.¹³⁷ Ihre direkten Wirkungsmöglichkeiten im Bereich der Außenpolitik sind aus diesem Grund, und weil die Außenpolitik eines Staates traditionell ein Reservat der gouvernementalen Exekutive ist, gering. Indirekt können die außenpolitischen Vorstellungen einer Partei verwirklicht werden, wenn ein aus der Gruppierung hervorgegangener Politiker ein leitendes Amt der Exekutive, im Idealfall das Amt des Staatspräsidenten, innehat.¹³⁸

Das französische Parlament besitzt kaum Kompetenzen in der Außenpolitik.¹³⁹ Bei der Ratifizierung internationaler Verträge und Abkommen stimmt das Parlament zwar ab (Art. 53), wird aber erst zu einem so späten Zeitpunkt hinzugezogen, dass es sich nicht mehr um eine Entscheidungsbeteiligung, sondern nur noch um eine nachträgliche Diskussion des bereits Entschiedenen handeln kann. Der Staatspräsident kann außerdem die Ratifikation durch das Parlament umgehen, indem er, wie beim EWG-Beitritt Großbritanniens 1972, beim Maastricht-Vertrag 1992 und bei der Europäischen Verfassung 2005 geschehen, europäische Verträge den Franzosen per Referendum zur Abstimmung vorlegt. Parlamentarische Debatten über außenpolitische Themen dienen dem Meinungsaustausch, haben jedoch kaum Einfluss auf die Politik der Regierung. Auslandseinsätze der französischen Streitkräfte unterliegen erst seit 2008 der Zustimmungspflicht des Parlaments, sofern ihre Dauer vier Monate übersteigt. Entsprechend Artikel 88.4 der Verfassung wird das Parlament von der Regierung frühzeitig

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 40f.

¹³⁷ Vgl. dazu u.a. Ruß, Sabine/Schild, Joachim et al. (Hg.) (2000): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*, Opladen. In Deutschland wird den Parteien im Grundgesetz eine im Vergleich zu Frankreich deutlich größere Bedeutung zugemessen, vgl. Art. 21GG.

¹³⁸ Vgl. zu diesem Aspekt auch Ulrich Druwe/Dörte Hahlbohm/Alex Singer (1998): *Internationale Politik*, 2. leicht veränderte Aufl., Neuried, bes. S. 119ff. Ein Präsidentschaftskandidat kann heute in Frankreich nur Erfolg haben, wenn er sich in seinem Wahlkampf auf den Apparat und die Unterstützung einer der wichtigen Parteien stützen kann. Zwischen Präsidentschaftskandidaten und ihren jeweiligen Parteien besteht also ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis, da sie nur miteinander ihren politischen Einfluss maximieren können. Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Joachim Schild (2005b): „Politische Parteien und Parteiensystem im Wandel“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 268-285.

¹³⁹ Vgl. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 74ff.

über europapolitische Entscheidungen informiert.¹⁴⁰ Mit dem Lissabon-Vertrag kommt den nationalen Parlamenten außerdem die Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu sowie die Möglichkeit, im Falle eines mutmaßlichen Verstoßes den Europäischen Gerichtshof anzurufen.¹⁴¹

Insgesamt ergibt sich für die Gestaltung der französischen Außen- und Europapolitik das Bild eines pyramidalen Entscheidungssystems, an dessen Spitze der Staatspräsident steht. Anne Dulphy fasst die strukturellen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen für die „Präsidentialisierung“ der französischen Außenpolitik folgendermaßen zusammen:

„[...] le Parlement n'est ni consulté ni associé aux décisions; le gouvernement est dirigé par un Premier ministre choisi en fonction de sa fidélité, dont le rôle est d'autant plus subordonné que les ‚grandes questions nationales‘ sont gérées par l'entourage du chef de l'Etat, ce cabinet de conseillers et d'experts, constitué à l'Elysée, qui est au centre du processus décisionnel.“¹⁴²

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen erscheint die für die vorliegende Untersuchung vorgesehene Konzentration auf den Staatspräsidenten gerechtfertigt.¹⁴³ Die Bestimmung der großen Linien der Politik erfolgt im wesentlichen im Elysée-Palast im engen Umkreis des Präsidenten:

„Die durch die wenigen Entscheidungsträger getroffenen Beschlüsse erfolgen in der Regel ohne gesellschaftliche Debatte. Die Außenpolitik, der gesamte diplomatische Apparat der V. Republik, ist nach außen gerichtet und zielt auf die Beeinflussung anderer Regierungen. Die konkrete Politik wird nur in wichtigen Fällen durch die Regierung, und – noch seltener – durch den Staatspräsidenten für die eigenen Staatsbürger begründet. Diese Begründungen erfolgen fast immer post-faktisch [...]: Die öffentliche Meinung ist in Bezug auf Außenpolitik reaktiv und kann sich nur an den *faits accomplis* der Außenpolitik ‚reiben‘. Das Entscheidene und Geschehene kann nur z.T. im Parlament, schon eher über die Medien herausgefordert

¹⁴⁰ „Le Gouvernement soumet à l'Assemblée nationale et au Sénat, dès leur transmission au Conseil de l'Union européenne, les projets ou propositions d'actes des Communautés européennes et de l'Union européenne comportant des dispositions de nature législative. Il peut également leur soumettre les autres projets ou propositions d'actes ainsi que tout document émanant d'une institution de l'Union européenne. Selon des modalités fixées par le règlement de chaque assemblée, des résolutions peuvent être votées, le cas échéant en dehors des sessions, sur les projets, propositions ou documents mentionnés à l'aliéna précédent.“

¹⁴¹ Vgl. „Protokoll (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union“ zum Lissabon-Vertrag.

¹⁴² Anne Dulphy (1994): *La politique extérieure de la France depuis 1945*, Paris, S. 51.

¹⁴³ Vgl. für einen ähnlichen Ansatz Sabine Jung (1999): *Europa, made in France*, Baden-Baden, bes. S. 47: „Da das Interesse dieser Arbeit jedoch einzig europapolitischen Fragen und damit einem Bereich gilt, der dem Einfluss des Premierministers und seines Kabinetts weitgehend entzogen ist, erschien es vertretbar, sowohl ihn als auch die jeweiligen Außenminister nicht als eigenständige Akteure zu behandeln. Denn auch die Außenminister können in erster Linie als Sprachrohr des Präsidenten gelten.“

werden.“¹⁴⁴

Von dieser Aufgabenteilung geht auch Maurice Vaïsse in seiner Überblicksdarstellung der französischen Außenpolitik seit 1958 aus:

„Au fond, on pourrait résumer le partage des tâches comme suit: au président et à son entourage, la conception générale de la politique étrangère; au corps diplomatique, l’administration des Affaires étrangères, la gestion quotidienne dans laquelle certains aspects pèsent de plus en plus lourd: les questions économiques et culturelles en particulier. L’omnipotence élyséenne dans le domaine de la politique étrangère n’est pas limitée par un contrôle parlementaire et est au contraire renforcée par le lien traditionnel sous la V^e République avec ‚la monarchie nucléaire’, c’est-à-dire la concentration dans la personne du président de la République du rôle principal dans la politique de défense [...] La présidentialisation du pouvoir qui fait tout dépendre de l’Elysée, la proximité entre le président et les hommes qu’il nomme au Quai d’Orsay concourent à une situation de monarchie absolue dans le domaine de la politique étrangère, d’autant plus que – contrairement à ce qui se passe dans les autres démocraties occidentales – le contrôle parlementaire est restreint. Un autre facteur joue dans le même sens: c’est l’importance du lien entre politique étrangère et défense, spécificité de la V^e République.“¹⁴⁵

2.3 Die großen Linien französischer Außen- und Europapolitik 1958-1995

Eine detaillierte Analyse der Außen- und Europapolitik der einzelnen französischen Staatspräsidenten kann und soll hier nicht geleistet werden.¹⁴⁶ Vielmehr geht es an dieser Stelle darum, die großen Linien von fast 40 Jahren französischer Außen- und Europapolitik so unterschiedlicher Präsidenten wie Charles de Gaulle, Georges Pompidou, Valéry Giscard d’Estaing und François Mitterrand zusammenzufassen. Herausragendes Merkmal der französischen Außen- und Europapolitik seit 1958 ist dabei ihre große Kontinuität, trotz unterschiedlicher Akzente der einzelnen Präsidenten.

¹⁴⁴ Stahl (2006), a.a.O., S. 111. Vgl. auch die Einschätzung von Bossuat: „Les présidents de la République ont rarement pris la décision de soumettre au peuple leur politique européenne. Les débats parlementaires sont les moyens de favoriser l’émergence d’un consensus en faveur ou non de certaines formes d’unité au moment de la ratification des traités créant l’OECE, en 1948, la CECA en 1951, la CED en 1954, Euratom et la CEE en 1957 et, plus récemment, l’Acte unique européen, Amsterdam et Nice. Le peuple français a eu à se prononcer, en 1972, sur l’adhésion de la Grande-Bretagne, du Danemark, de l’Irlande et de la Norvège aux Communautés. Mais le grand moment a été le référendum du 20 septembre 1992 sur le traité de Maastricht qui s’est terminé par une victoire de la relance européenne par 51,05% des votes contre 48,95%. Un autre grand moment a été celui du référendum sur le projet de Constitution européenne soumis au peuple français le 29 mai 2005 et rejeté par lui.“ Gérard Bossuat (2007): „La culture politique des dirigeants français face au défi de la construction européenne (1943-2005)“, in: Bitsch/Loth/Barthel (Hg.) (2007), a.a.O., S. 7-26, hier S. 22.

¹⁴⁵ Vaïsse (2009), a.a.O., S. 16 und 74. Das einführende Kapitel in Vaïsses Überblicksdarstellung heißt entsprechend „Une politique étrangère élyséenne“.

¹⁴⁶ Vgl. für eine detaillierte Darstellung der Politik der einzelnen Präsidenten die entsprechenden Monographien, die zahlreich vorliegen, u.a. Grosser (1984), a.a.O.; Wichard Woyke (1987): *Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand*, Opladen; Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (2004), *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden und Dies. (2005): „Frankreich in der Europäischen Union“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 384-401 sowie Vaïsse (2009), a.a.O. Auch die Ausführungen in den folgenden Abschnitten beziehen sich im wesentlichen auf diese Quellen.

Veränderte Dimensionen bei gleichem Anspruch: Vom globalen Spieler ...

Unter der Führung aller genannten Präsidenten nutzte und bewahrte Frankreich seine Attribute, die es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem globalen politischen und wirtschaftlichen Akteur werden ließen: Die Territorien in Übersee, privilegierte Beziehungen zu zahlreichen ehemaligen Kolonien besonders in Afrika, inklusive militärischer Handels- und Beistandsabkommen, weltweite kulturelle, und damit zumindest indirekt immer auch politische Präsenz durch die Strukturen und Organe der Frankophonie, Ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat, Atommacht-Status und nicht zuletzt Mitglied des bis 1990 formal bestehenden Alliierten Kontrollrats und damit verantwortlich „für Berlin und Deutschland als Ganzes“ bis zur Wiedervereinigung. Diese konkreten Faktoren wurden kombiniert mit einer schwieriger zu fassenden, aber immer präsenten ideologischen, politisch-kulturellen Basis: der Überzeugung von einer u.a. in der Revolution von 1789 begründeten weltweiten zivilisatorischen Mission Frankreichs.

Auf dieser Grundlage beanspruchte Frankreich eine Führungsrolle auch bei der europäischen Integration, die es insbesondere in Zusammenarbeit mit Deutschland aktiv voranbrachte. Dass Frankreichs Europapolitik immer auch Deutschlandpolitik war, hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in unterschiedlicher Weise gezeigt: Ging es Frankreich zunächst darum, West-Deutschland fest in das westliche Bündnis einzubinden, um militärische Bedrohungen auszuschließen und damit auch die offene „Deutsche Frage“ unter Kontrolle zu behalten¹⁴⁷, verschob sich der Akzent im Laufe der Jahre hin zu einer konstruktiven Zusammenarbeit für den weiteren Aufbau Europas. Der Gedanke der Einbindung Deutschlands blieb bis in die 1980er Jahre weiterhin präsent, als Frankreich neutralistische Tendenzen in der Bundesrepublik auszumachen meinte und besonders im Umfeld der deutschen Wiedervereinigung, als François Mitterrand seine Zustimmung zu dieser mehr oder weniger direkt von deutschen Zusagen im Hinblick auf die WWU abhängig machte. Die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses ist jedoch insgesamt die große Erfolgsgeschichte innerhalb der europäischen Integrationsbemühungen und stellt für alle französischen Präsidenten ein unumgängliches Element ihrer Außenpolitik dar.

Die Basis der Europapolitik der V. Republik stammt, wie der Rahmen der gesamten Außenpolitik, wesentlich von Charles de Gaulle. Die von ihm formulierten Zielsetzungen sind für die französische Europapolitik auch am Ende der Präsidentschaft François Mitterrands weiterhin gültig: Es geht – wie schon angedeutet – u.a. darum, mit einer Führungsposition in

¹⁴⁷ Vgl. Ernst Weisenfeld (1986): *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München.

Europa den französischen weltweiten Einflussverlust nach dem Ende des Kolonialreiches bzw. des Kalten Krieges und in Folge der Globalisierung auszugleichen, um die Umsetzung politischer Projekte, die im Rahmen des Nationalstaates nicht mehr möglich sind, sowie um die Institutionalisierung einer v.a. sicherheits- und verteidigungspolitischen europäischen Unabhängigkeit von den USA.

Frankreich war seit den Anfängen der europäischen Integration grundsätzlich skeptisch gegenüber der Aufnahme neuer Mitglieder, wie sich nach de Gaulles Veto gegenüber Großbritannien auch bei der Süderweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal sowie bei der Aufnahme von Österreich, Finnland und Schweden gezeigt hatte.¹⁴⁸ Frankreich fürchtete jeweils um seine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und um das Funktionieren der europäischen Strukturen als Ganzes. Es forderte daher stets institutionelle Veränderungen im Sinne einer Vertiefung der Integration als Voraussetzung für seine Zustimmung zur Erweiterung. Bis in die 1990er Jahre hinein hatte diese französische Strategie auch Erfolg: Präsident Pompidou stimmte der Aufnahme Großbritanniens, Dänemarks und Irlands zum Jahr 1972 zu, nachdem auf dem Haager Gipfel im Dezember 1969 entscheidende Fragen zur Agrarpolitik und zur Finanzierung der Gemeinschaft gelöst waren. Vor dem Beitritt Spaniens und Portugals im Januar 1986 wurde die Einheitliche Europäische Akte beschlossen, durch die insbesondere im Hinblick auf den Binnenmarkt entscheidende Integrationsfortschritte möglich wurden. Angesichts der Perspektive der Norderweiterung bestand Frankreich Anfang der 1990er Jahre vor einer Zustimmung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zunächst auf einem Abschluss des Maastricht-Ratifizierungsverfahrens. Im Dezember 1992 stimmte Präsident Mitterrand jedoch, obwohl die von ihm formulierte Voraussetzung nicht gegeben ist, der Norderweiterung zu, die zum Jahr 1995 Schweden, Finnland und Österreich umfasste.¹⁴⁹ Damit gab Frankreich in der Erweiterungsfrage zum ersten Mal seine harte Haltung, die auf einer Vertiefung vor der Aufnahme neuer Mitglieder besteht, auf. Jean-Pierre Froehly macht dafür u.a. folgenden Grund aus:

¹⁴⁸ Vgl. zu diesem Punkt u.a. Guérin-Sendelbach (1999), a.a.O., S. 180ff. und zur Norderweiterung Joachim Schild (1995): „La France, l’Allemagne et l’élargissement de l’Union européenne aux pays de l’AEE“, in: CIRAC/DFI/DGAP/IFRI (Hg.) (1995): *Agir pour l’Europe. Les relations franco-allemandes dans l’après-guerre froide*, Paris, S. 115-133. Vgl. auch Philippe Moreau Defarges’ Einschätzung: „Pour la France, chaque élargissement éloigne l’Europe unie existante de son Europe à elle, celle des années 50 et 60. Certes, dans les années 80, la France soutient les élargissements méditerranéens (Grèce, Espagne, Portugal), mais la Méditerranée, le Sud sont dans son domaine, dans son aire de civilisation.“ Philippe Moreau Defarges (1995): „La France et l’Union européenne, entre le traité de Maastricht et la conférence intergouvernementale de 1996“, in: CIRAC/DFI/DGAP/IFRI (Hg.) (1995), a.a.O., S. 347-358, hier S. 350.

¹⁴⁹ In Norwegen hatte die Bevölkerung den Beitritt in zwei Referenden abgelehnt. In der Schweiz hatte die Regierung das Beitritts-gesuch nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) durch die Bevölkerung zurückgezogen.

„Unter der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit für den Vertrag von Maastricht zu mobilisieren, der zu diesem Zeitpunkt durch das dänische ‚Nein‘ ins Wanken geraten war, erschien die ‚Norderweiterung‘ in der Kosten-Nutzen-Rechnung als willkommene Möglichkeit, der EU neuen Elan zu geben.“¹⁵⁰

Vor der Osterweiterung betonte Frankreich wieder sehr deutlich die Reihenfolge seiner Prioritäten Vertiefung vor Erweiterung, konnte sich jedoch auch in diesem Fall nur sehr eingeschränkt durchsetzen, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird.

Außerhalb Europas tritt Frankreich als Schutzmacht, Gendarm und Wirtschaftskraft in seinen ehemaligen Kolonien im Maghreb und im subsaharischen Afrika auf und engagiert sich im Nahen und Mittleren Osten mit einer hauptsächlich den arabischen Ländern zugewandten Politik. Auch wenn es fest eingebunden ist in die Strukturen der Europäischen Union, gilt de Gaulles Betonung der nationalen Unabhängigkeit als Grundlage der angestrebten Größe und Strahlkraft nach außen auch unter seinen Nachfolgern. Symbolisch stehen hierfür die Aufrechterhaltung der *force de frappe* als unabhängiges Verteidigungsdispositif und, bis zur Präsidentschaft Nicolas Sarkozys, die französische Haltung zur NATO.¹⁵¹

... zur europäischen „mittleren Weltmacht“

Trotz aller Kontinuitäten war das Land zum Ende der zweiten Amtszeit Mitterrands jedoch nicht mehr das Frankreich de Gaulles.¹⁵² Mitte der 1990er Jahre war Frankreich eine „mittlere Weltmacht“¹⁵³. Dieses scheinbar paradoxe Konzept steht für die Tatsache, dass Frankreich weiterhin ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bei den Problemen der Weltgemeinschaft beansprucht und diesen Anspruch mit Hilfe seiner oben genannten Attribute auch umzusetzen versucht. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten Frankreichs sind jedoch im Vergleich zu seiner Rolle als imperiale Macht und zur Zeit des Kalten Krieges deutlich reduziert. Besonders die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks haben die Rahmenbedingungen der

¹⁵⁰ Froehly (2000), a.a.O., S. 37-44, hier S. 39.

¹⁵¹ Vgl. zur französischen Verteidigungspolitik und zum französischen Verhältnis zur NATO u.a. Laurent Dechâtre/Sabine Domke (2010): „USA und EU in der NATO – Welche Rolle können Deutschland und Frankreich bei der Erneuerung der Beziehungen spielen?“, in: Claire Demesmay/Katrin Sold (Hg.) (2010): *Frankreich-Themen 2010*, Baden-Baden, S. 45-48; das Kapitel „Ami, allié, non-aligné“, in: Vaïsse (2009), a.a.O., S. 170-227; Michael Meimeth (2005): „Sicherheits- und Verteidigungspolitik im neuen Umfeld“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 402-417 sowie Maull, Hanns W./Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.) (1997): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen.

¹⁵² Vgl. zu diesem Aspekt auch Ziebur (1995), a.a.O.

¹⁵³ Vgl. Kolboom/Stark (2005), a.a.O., S. 366 sowie Ingo Kolboom (1989a): „Frankreich in der Welt oder: der letzte Mohikaner in Europa?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1989*, Opladen, S. 29-47. Vgl. zum Konzept der „Mittelmacht mit weltweiten Interessen“ auch Uterwedde (2003), a.a.O., bes. S. 319ff. und Vaïsse (2009), a.a.O., S. 569ff. sowie Stark (2004a), a.a.O.

französischen Außenpolitik nachhaltig verändert. Der besondere Platz, den Frankreich im Ost-West-Gefüge in Zeiten des Kalten Krieges einnehmen konnte, ist nicht mehr vorhanden:

„Plutôt que de se positionner face aux deux blocs, jeu dont elle [la France] avait bien maîtrisé l'équation inégalitaire, elle doit dorénavant se distinguer du seul qui reste, au risque de dévoiler ses vulnérabilités et ses insuffisances. L'ordre de Yalta, que de Gaulle et Mitterrand disaient vouloir ‚dépasser‘, finissait par paraître avoir été bien favorable à une diplomatie française dont le leitmotiv était de s'en plaindre.“¹⁵⁴

Frankreich war spätestens durch die Veränderungen 1989/90 nicht nur endgültig eine mittlere Weltmacht, sondern auch eine dezidiert europäische Mittelmacht geworden. Europa wurde immer mehr zum bevorzugten Aktionsfeld, in dem Frankreich die größte Gestaltungsmacht verblieb.¹⁵⁵ Die tatsächliche Bedeutung der Position Frankreichs in der Welt wurde trotz eines realen Einflussverlusts durch eine an de Gaulle anknüpfende Rhetorik weiter überhöht. Veränderte objektive Bedingungen der weltweiten Politikgestaltung wurden von einem wenig gewandelten Diskurs begleitet und vermittelt. Die Kluft, die sich zwischen weltweitem Anspruch und nur noch begrenzten Mitteln zu dessen Einlösung auftat, wurde durch eine Fortführung des Großmachtdiskurses noch einige Zeit verdeckt, war jedoch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert deutlich zu erkennen. Die Phase des Übergangs, der „nécessaire transition de quelques décennies entre l'authentique puissance passée de l'hexagone et la réévaluation inéluctable de sa réelle puissance actuelle“¹⁵⁶, schien spätestens zu Beginn der Präsidentschaft Jacques Chiracs Mitte der 1990er Jahre beendet.

¹⁵⁴ Ghassan Salamé (1998): „Globalisme et régionalisme dans la politique mitterrandienne de l'après-guerre froide“, in Samy Cohen (Hg.) (1998): *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris, S. 225-249, hier S. 229. Vgl. auch Stanley Hoffmanns ähnliche Einschätzung: „La bipolarité – coopérative à Yalta, conflictuelle par la suite – avait réduit la marge de manœuvre de la France. C'est pourquoi ‚surmonter Yalta‘, dépasser Yalta, fut un espoir constant et, sous de Gaulle, un objectif important dont la réalisation devait permettre d'élargir le champ d'action des puissances moyennes et rendre possible la reconstitution d'une Europe d'acteurs et non pas d'objets de la politique d'autrui. Le paradoxe est le suivant: dans un conflit bipolaire tempéré par le désir des deux Grands d'éviter une guerre qui ne manquerait pas de devenir nucléaire, dans une Europe dont la division semblait assurée de la sorte, la France trouva, en fait, des possibilités de manœuvre et d'initiative considérables.“ Hoffmann (1990), a.a.O., hier S. 503.

¹⁵⁵ Robert Picht beschrieb diese Entwicklung bereits 1991: „Politische Erneuerung ist [...] nur durch eine Neubestimmung der Rolle Frankreichs in der Welt und eine Neuordnung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte möglich. Dies zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit an den aus den Vorgängen der Jahre 1990/91 hervorgehenden Schwachpunkten französischer Außenpolitik, wie an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Auch Frankreich ist an einem Wendepunkt angelangt, wo die alten Denk- und Verhaltensmuster nicht mehr greifen. Auch hier geht eine Epoche zu Ende, die de Gaulle wie kein anderer geprägt hat. Nicht erst ab 1993 heißt der Horizont französischer Politik, Wirtschaft und damit auch der persönlichen Lebenserwartungen einer wachsenden Zahl von Menschen Europa.“ Robert Picht (1991): „Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, S. 9-31, hier S. 30. Vgl. zu Kontinuität und Wandel in der französischen Außenpolitik und der wachsenden Rolle Europas für Frankreich auch Vaïsse (2009), a.a.O., S. 553ff.

¹⁵⁶ Dulphy (1994), a.a.O., S. 115.

3. Jacques Chirac und Europa

Sowohl inhaltlich als auch institutionell sind mit den vorangegangenen Abschnitten die Grundlagen beschrieben und die Rahmenbedingungen abgesteckt, an denen sich Jacques Chirac bei der Übernahme des Präsidentenamtes für die Gestaltung seiner Europapolitik orientieren konnte bzw. musste. Zum Abschluss der einführenden Darstellung des französischen Verhältnisses zur europäischen Integration soll im folgenden noch Jacques Chiracs politischer Werdegang in Bezug auf das Thema Europa skizziert werden, als Hintergrund für die Analyse von Chiracs Politik im Hauptteil der vorliegenden Arbeit.

3.1 Kurzaufsatz der politischen Karriere¹⁵⁷

Jacques Chiracs politische Karriere begann bereits unter Georges Pompidou. Während dessen Amtszeiten als Premierminister unter Präsident de Gaulle (1962-68) und als Staatspräsident (1969-1974) übte Chirac unterschiedliche Funktionen aus. Unter anderem war er Staatssekretär für Beschäftigungsfragen, Haushalts-Staatssekretär, Minister für die Beziehungen zum Parlament, Landwirtschaftsminister und Innenminister.¹⁵⁸ Von 1974 bis 1976 war er Premierminister unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing. 1976 übernahm Chirac den Vorsitz der unter seiner Führung neu gegründeten Sammlungsbewegung „Rassemblement pour la République“ und verschaffte sich damit eine wichtige Machtbasis für seine weiteren politischen Ambitionen. Chirac erweiterte seinen politischen Spielraum noch, als er sich 1977 bei den Wahlen zum neu geschaffenen Bürgermeisteramt von Paris durchsetzen konnte. Von 1986 bis 1988 übernahm Chirac erneut das Amt des Premierministers, dieses Mal unter Staatspräsident Mitterrand in der ersten Kohabitation in der Geschichte der V. Republik. Sowohl 1981 als auch 1988 trat Chirac bei den Präsidentschaftswahlen an, erreichte 1981 jedoch nicht den zweiten Durchgang – sein bürgerlicher Konkurrent war Valéry Giscard d'Estaing – und unterlag 1988 deutlich dem Amtsinhaber Mitterrand. Nachdem die bürgerliche Rechte bereits bei den Parlamentswahlen

¹⁵⁷ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf folgende Quellen: Jacques Chirac (2009): *Chaque pas doit être un but. Mémoires*, Paris; Franz-Olivier Giesbert (1987): *Jacques Chirac*, Paris; Ders. (2006): *La Tragédie du président. Scènes de la vie politique 1986-2006*, Paris; Philippe Madelin (2002): *Jacques Chirac. Une biographie*, Paris sowie das Sonderheft der Zeitschrift *L'Histoire*: „L'énigme Chirac. 40 ans de vie politique“, Oktober 2006.

¹⁵⁸ Parallel zu seiner Regierungsarbeit war Chirac bereits seit 1964 Mitglied der *Commission de développement économique et régional* im Limousin und außerdem seit 1965 *Conseiller municipal* in Saint-Féréole in der Corrèze. 1967 kandidierte er außerdem in der Corrèze für die Nationalversammlung und es gelang ihm, einen traditionell linken Wahlkreis für die Gaullisten zu gewinnen. Chirac konnte sein Abgeordnetenmandat jedoch nicht antreten, da er unmittelbar nach dem Parlamentswahlen im neuen Kabinett Pompidou zum Staatssekretär für Beschäftigungsfragen ernannt wurde.

1993 einen Erdrutschsieg erlangt hatte und eine überwältigende Mehrheit in der Nationalversammlung erringen konnte, gelang Jacques Chirac im dritten Anlauf auch der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Gegen Lionel Jospin, den Kandidaten der Sozialistischen Partei, konnte er sich am 7. Mai 1995 mit knapp 53% der Stimmen durchsetzen und wurde damit zum fünften Präsidenten der V. Republik gewählt.

3.2 Entwicklung von Jacques Chiracs Haltung zur europäischen Integration – Vom „Appel de Cochin“ zum Europäer

Im ersten Band seiner 2009 erschienenen Autobiographie bezeichnet sich Jacques Chirac selbst als Vernunfteuropäer, als „Européen de raison“¹⁵⁹. Was er darunter versteht, verdeutlicht die folgende Passage:

„Fallait-il laisser l’Europe s’accomplir à n’importe quelle condition, au nom d’un idéalisme qui n’eût pas de freins? Ou considérer tout au contraire que le meilleur service à lui rendre était de faire en sorte qu’elle s’élabore de part et d’autre avec lucidité, prudence et réalisme? C’est à cette dernière approche, la plus pragmatique, et la seule viable, que les gaullistes se sont toujours identifiés. Pour eux, l’Europe est une nécessité sans être un dogme, une conquête exigeante et non une solution magique à tous les problèmes du moment. C’est à tort qu’on a parfois mis en doute mes propres convictions dans ce domaine et caricaturé mes prises de position en me présentant comme une sorte de converti malgré lui, rallié par la force des choses à une cause à laquelle il ne croyait pas. La vérité est que j’ai été dès l’origine un européen, non de passion, mais de raison, préoccupé, dès que j’en ai eu la charge, de défendre les intérêts français à l’intérieur de l’Union tout en m’évertuant à faire progresser celle-ci vers un fonctionnement plus responsable et cohérent. Deux objectifs souvent difficiles à concilier et qu’on ne peut atteindre sans évolution ni adaptation permanentes. Mais par-delà les réserves et les mises en garde qu’il m’est arrivé d’exprimer, l’enjeu m’a toujours paru d’une telle importance pour l’essor de notre pays comme pour la stabilité du continent, à l’heure des grands ensembles internationaux, que je n’ai jamais économisé mes efforts pour permettre à la Communauté européenne de s’affirmer autant qu’elle le pouvait.“¹⁶⁰

Aus dieser Selbst-Charakterisierung wird deutlich, dass Jacques Chirac die europäische Integration zwar wichtig nimmt, dass sie aber keinen herausragenden Platz auf der Liste seiner politischen Prioritäten einnimmt und auch kein Herzensprojekt für ihn ist. Die Verteidigung französischer Interessen ist in der Europapolitik für Chirac mindestens so wichtig wie die Weiterentwicklung der Integration. Chiracs Herangehensweise an Europa ist nüchtern und pragmatisch. Als großer und zuweilen visionärer Europäer wie beispielsweise François Mitterrand in seiner zweiten Amtszeit als Präsident kann er nicht bezeichnet

¹⁵⁹ Chirac (2009), a.a.O., Kapitel 9, S. 141-156.

¹⁶⁰ Ebd., S. 146f.

werden.¹⁶¹ Dennoch hat Europa im Verlauf der langen Karriere Chiracs eine bedeutende Rolle gespielt und ihn seit seinen ersten politischen Erfahrungen begleitet.

Orientierung an de Gaulle und Pompidou

Auch wenn Europa für Chirac keine Herzensangelegenheit darstellte, war er sich von Beginn seiner politischen Karriere an der Bedeutung der Integration im Rahmen der Gemeinschaften bewusst. Er orientierte sich, seiner politischen Herkunft und Sozialisation entsprechend, an den Präsidenten de Gaulle und Pompidou.¹⁶² Grundsätzlich erkannte Chirac die Notwendigkeit und den Sinn der europäischen Integration an als Mittel und Weg für die europäischen Staaten, angesichts der Dominanz der beiden Supermächte eine eigenständige und unabhängige Position aufrecht erhalten zu können. Die Fortführung der Integration war für Chirac jedoch nur akzeptabel, wenn sie sich weiterhin auf weitgehend intergouvernementale Strukturen beschränkte, mit den Nationalstaaten und damit den nationalen Regierungen als wichtigster Entscheidungsinstanz. Den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 stand Chirac folglich sehr kritisch gegenüber.¹⁶³ Es kam zu einer scharfen Auseinandersetzung innerhalb des bürgerlichen Lagers zwischen der UDF, Partei des Präsidenten Giscard d'Estaing, welche die Direktwahl zum Europäischen Parlament unterstützte, und Chiracs RPR, der zu großen Teilen dagegen war. Chirac verfasste vom Krankenbett aus, das er nach einem Autounfall hüten musste, einen deutlichen Appell gegen die Position des Staatspräsidenten und der UDF. Nach dem Krankenhaus, in dem Chirac sich befand, wird dieser Aufruf „Appel de Cochin“ genannt. Chiracs

¹⁶¹ Vgl. beispielsweise Moïsi: „François Mitterrand restera avant tout dans l'histoire comme un grand Européen. Quels que puissent être le mystère, les ambiguïtés, sinon les contradictions d'un homme paradoxal et secret, qui se comparait lui-même à un héros de roman, on ne pourra lui retirer le mérite d'avoir été sincèrement et profondément européen.“ Dominique Moïsi (1995): „De Mitterrand à Chirac“, in: *Politique étrangère*, 4/1995, S. 849-855, hier S. 849.

¹⁶² Wie sehr Chirac sich in den ersten Jahren seines politischen Lebens am Gaullismus orientierte, zeigt auch folgende Passage aus einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: „Europa kann in der Tat nur existieren, insoweit es in einer auf der Welt einzigartigen Vielfalt den Genius unserer Völker und unserer Nationen zusammenschließt, die zwar ihre Daseinsbegründung auf die gleichen geistigen und sittlichen Quellen zurückführen, jedoch im Laufe der Geschichte ihre eigene Persönlichkeit behauptet haben. Es kann kein Europa ohne Nationen geben, und Europa selbst ist nicht eine Nation, in die einzugehen wir vorgeben könnten. Wir würden dabei unsere Identität verlieren und Europa würde seiner Seele beraubt. [...] Nur an die Gewalt zu glauben, ist Schwäche. Unsere Stärke ist der Glaube an das Überleben der Nationen, die unabhängig von ihrem spezifischen Gewicht in der Welt die ihrer Würde und Ehre entsprechende Spannkraft uneingeschränkt beibehalten haben, denn die Nationen sind in stärkerem Maße mehr als Ideologien, tiefgreifende Realitäten der Geschichte, und es handelt sich dabei um Realitäten, die zäher und dauerhafter sind als die Reiche selbst.“ „Europäische Perspektiven“, Vortrag gehalten in Bonn am 11. Oktober 1978, Übersetzung aus dem Französischen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, S. 8f.

¹⁶³ Vgl. Principaux extraits de l'intervention de Jacques Chirac à l'Assemblée nationale, Débat sur l'Europe, 15 juin 1977, Archives de l'UMP. Sofern nicht anders angegeben, stammen die zitierten Reden Jacques Chiracs aus der Zeit vor seiner Präsidentschaft aus dem Archiv der UMP und wurden für die vorliegende Arbeit zur Verfügung gestellt. Vgl. auch Vaïsse (2009), a.a.O., S. 124.

Positionsbestimmung war stark beeinflusst von seinen beiden Beratern Marie-France Garaud und Pierre Juillet. Wortwahl und Formulierung kritisierten ungewohnt deutlich den bürgerlichen Partner UDF. Inwieweit der „Appel“ tatsächlich auf Chiracs Initiative zurückging und seine eigene Haltung widerspiegelte oder eher dem Einfluss seiner Berater auf einen durch Medikamenteneinfluss geschwächten Parteiführer zuzuschreiben war, lässt sich nicht abschließend entscheiden. Chiracs spätere europapolitische Positionen wurden jedoch immer auch am „Appel de Cochin“ gemessen.¹⁶⁴ Grundtenor des Aufrufs war die Befürchtung, dass durch die von der französischen Staatsführung unter Präsident Giscard d'Estaing mitgetragenen nächsten Schritte der europäischen Integration für die Nationalstaaten entscheidende Gestaltungsspielräume verloren gehen würden. Chiracs Appel endete mit ungewöhnlich scharfer direkter Kritik an der Außenpolitik des Staatspräsidenten und der Regierung:

„[...] nous disons NON. Non à la politique de supranationalité. Non à l'asservissement économique. Non à l'effacement international de la France. Favorables à l'organisation européenne, oui, nous le sommes pleinement. Nous voulons, autant que d'autres, que se fasse l'Europe. Mais une Europe européenne, où la France conduise son destin de grande nation. Nous disons non à une France vassale dans un empire de marchands, non à une France qui démissionne aujourd'hui pour s'effacer demain. [...] Comme toujours quand il s'agit de l'abaissement de la France, le parti de l'étranger est à l'œuvre avec sa voix paisible et rassurante. Français, ne l'écoutez pas. C'est l'engourdissement qui précède la paix de la mort. Mais comme toujours quand il s'agit de l'honneur de la France, partout des hommes vont se lever pour combattre les partisans du renoncement et les auxiliaires de la décadence. Avec gravité et résolution, je vous appelle dans un grand rassemblement de l'espérance, à un nouveau combat, celui pour la France de toujours dans l'Europe de demain.“¹⁶⁵

¹⁶⁴ In seiner Autobiographie distanziert sich Chirac besonders von der Wortwahl des „Appels“: „[...] le 26 novembre, je suis victime d'un grave accident de voiture, en Corrèze, qui me contraint à suspendre mes activités pendant plusieurs semaines. Transporté d'urgence à Paris, à l'hôpital Cochin, pour y être opéré d'une jambe, souffrant beaucoup, je suis trop affaibli pour prêter visiblement attention, dans les jours qui suivent, à ce qui se dit et se passe autour de moi. Je reçois quelques visistes, dont celle de Marie-France Garaud venue me soumettre la dernière mouture, rédigée par Pierre Juillet, de mon discours sur l'Europe. Faute de pouvoir le prononcer, je consens, sous leur pression commune, à ce que le texte soit publié sous forme d'appel. En réalité, dans l'état de fièvre et de fatigue où je me trouve, je ne suis pas en mesure de juger du bien-fondé d'une telle initiative. C'est en toute confiance et de guerre lasse, il faut bien le dire, que je donne mon accord à Marie-France Garaud et Pierre Juillet pour que soit lancé cet 'appel' revue et corrigé de leurs soins, sans que j'aie même eu la capacité de le relire. Il leur était aisé, dans ces conditions, de me forcer la main. L'appel dit de Cochin porte à l'évidence la marque de Pierre Juillet, inséparable comme toujours de celle de Marie-France Garaud. Même si son contenu reflète, pour l'essentiel, mes convictions, le style comporte des outrances, des formules abusives qu'en d'autres circonstances je n'aurais sans doute pas accepté de reprendre à mon compte.“ Chirac (2009), a.a.O., S. 251f. Nach dem schlechten Ergebnis der Europawahlen 1979 für den RPR trennte sich Jacques Chirac von seinen langjährigen Beratern Marie-France Garaud und Pierre Juillet. Vgl. ebd., S. 253f.

¹⁶⁵ „Nous disons non à la politique de supranationalité. Non à l'asservissement économique. Non à l'effacement international de la France“, Appel de Cochin, 6 décembre 1978, Archives de l'UMP.

Wenige Jahre nach der ersten Direktwahl modifizierte Chirac seine Meinung zum Europäischen Parlament und erkannte dessen Bedeutung grundsätzlich an.¹⁶⁶ Die herausgehobene Bedeutung des Europäischen Rates, also des Gremiums der Staats- und Regierungschefs, und damit die französische Präferenz intergouvernementaler Integrationsstrukturen blieb davon jedoch unbenommen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Nicht nur was die internen Funktionsmechanismen Europas anging, sondern auch bei den inhaltlichen Schwerpunkten seiner Europapolitik orientierte sich Chirac Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre an de Gaulle und Pompidou. Beispielsweise befürwortete Chirac wie seine beiden Amtsvorgänger ein unabhängiges „europäisches“ Europa mit eigenen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen.¹⁶⁷ Außer der Notwendigkeit der europäischen Abstimmung und Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen betonte Chirac zu Beginn der 1980er Jahre besonders die wirtschaftlichen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft.¹⁶⁸ Ein thematischer Schwerpunkt, der sich seit den Anfängen seiner politischen Karriere durch Chiracs europäisches Engagement zieht, ist die Gemeinsame Agrarpolitik. Durch seine engen Beziehungen zur ländlichen Corrèze und seine Erfahrungen als Landwirtschaftsminister wurden für Chirac von Beginn an die Interessen der Bauern ein wichtiges Element seiner

¹⁶⁶ Vgl. z.B. „Die europäische Politik - Vorstellungen der R.P.R.“, Jacques Chirac, Vorsitzender des „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris, am 17.10.1983 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1984, S. 49f.

¹⁶⁷ Vgl. Chiracs Aussagen in Sankt Augustin zu diesem Thema: „Es ist höchste Zeit zu reagieren. Die westeuropäischen Nationen müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und sich die Mittel geben, schnell und entschlossen zu handeln, wenn immer und wo immer es erforderlich ist. Zunächst müsste ein entschiedener Schritt getan werden, die Außenpolitiker aufeinander abzustimmen, so dass ihr diplomatisches Vorgehen auch tatsächlich Einfluss auf die Ereignisse nimmt. Dann müssten die Mittel geschaffen werden, gemeinsam mit der erforderlichen Wirksamkeit einzugreifen, wenn ihre lebenswichtigen Interessen oder die Sicherheit ihrer Bürger bedroht werden. Manchen werden diese Anregungen vielleicht zu ehrgeizig vorkommen. Ich fürchte aber, dass die auf uns zukommenden Ereignisse ihnen Unrecht geben. Wir sollten jedoch nicht abwarten, dass sie eintreten, um uns darauf vorzubereiten, ihnen entgegenzuwirken. Das ist unser Ehrgeiz: Europa muss sein Schicksal in den Griff nehmen unter Berücksichtigung seiner Bündnisse und der eigenen Persönlichkeit seiner verschiedenen Nationen. Geben wir uns jedoch keinen Illusionen hin: ein Werk dieses Ausmaßes kann nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Aber die Zeit drängt: Wenn Europa zuviel Zeit verliert, den ihm gebührenden Platz im rauen internationalen Wettbewerb nicht rechtzeitig behauptet, sich nicht die Mittel verschafft, seine Sicherheit zu stärken und sich nach außen hin anhören und achten zu lassen, wird es unwiederbringlich von den Ereignissen überrollt werden.“ „Die europäische Politik - Vorstellungen der R.P.R.“, Jacques Chirac, Vorsitzender des „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris, am 17.10.1983 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1984, S. 34f. Vgl. auch Jacques Chirac (1984): *Oui à l'Europe*, Paris, S. 65ff.

¹⁶⁸ Vgl. „Die europäische Politik - Vorstellungen der R.P.R.“, Jacques Chirac, Vorsitzender des „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris, am 17.10.1983 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1984, S. 27.

Politik.¹⁶⁹ Auch im Europäischen Rat der Agrarminister vertrat er vehement die französischen Landwirte und setzte sich für den Erhalt von deren Lebens- und Arbeitsmodell ein. Im Gegensatz zu den in Brüssel diskutierten Produktionsquoten für bestimmte Erzeugnisse hielt Chirac eine Steigerung der Produktion für sinnvoll, um die Unabhängigkeit Frankreichs und Europas von Lebensmittelimporten zu garantieren und beide stattdessen zu Exporteuren werden zu lassen.¹⁷⁰ Angesichts der Perspektive einer Süderweiterung der EU um Spanien und Portugal und einer daraus möglicherweise erwachsenden Konkurrenz für französische Landwirte, Fischer und Winzer ergriff Chirac deutlich Partei für seine Landsleute und lehnte die Erweiterung ab. Erst wenn die Gemeinschaft sich inhaltlich und institutionell vorbereitet habe und es Garantien und Schutzklauseln für die französischen Erzeuger gebe, könne die Erweiterung durchgeführt werden, so Chirac beispielsweise bei einem Vortrag in Perpignan im Juni 1984¹⁷¹. Der RPR enthielt sich schließlich bei der Abstimmung über die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft in der französischen Nationalversammlung der Stimme. Da nur die Kommunistische Partei dagegen stimmte, war der Weg für die Süderweiterung der EG trotz aller französischer Bedenken frei.¹⁷²

Einheitliche Europäische Akte und Maastricht-Vertrag

Als Kohabitations-Premierminister unter Präsident Mitterrand zwischen 1986 und 1988 kam Jacques Chirac die Aufgabe zu, die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte in Frankreich durchzuführen. Zum ersten Mal war er in der sich aus seinem Amt ergebenden

¹⁶⁹ Als ersten Berührungspunkt mit der Agrarpolitik nennt Chirac sein im Rahmen des ENA-Studiums absolviertes Praktikum an der Präfektur von Grenoble. Vgl. Chirac (2009), a.a.O., S. 66f. Vgl. auch folgende Aussage Chiracs: „Mon intérêt pour les questions agricoles ne datait pas du jour de ma nomination à la tête du ministère concerné. Très jeune, j’ai été émerveillé par la richesse et la beauté des campagnes françaises telles que je les découvrais lors de mes vacances d’été en Corrèze. La vue d’une terre bien entretenue, d’un bel animal dans une cour de ferme, fruit de la symbiose la plus parfaite entre l’œuvre de la nature et le travail de l’homme, me captivait. J’y trouvais d’inépuisables leçons de vie. Mes premiers contacts avec le monde paysan remontent à cette époque-là. Un monde auquel je me suis toujours senti rattaché, depuis lors, par des liens amicaux et chaleureux, dont témoigne, encore aujourd’hui, chacune de mes visites au Salon de l’Agriculture.“ Ebd., S. 150.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 151f.

¹⁷¹ Discours prononcé par M. Jacques Chirac à Perpignan le 4 juin 1984, Archives de l’UMP. Vgl. auch die Argumentation in *Oui à l’Europe*, ebenfalls aus dem Jahr 1984, S. 54ff. Chirac führt dort wirtschaftliche, finanzielle, politische und strukturelle Probleme sowohl der Gemeinschaft als auch der aktuellen Mitglieds- und der Kandidatenländer an, die ihn zu der Schlussfolgerung bringen, im Sinne aller Beteiligten sei es besser, Spanien und Portugal zunächst nur eine Kooperation im politischen Bereich, Konsultationen in verteidigungspolitischen Fragen und eine projektbezogene Zusammenarbeit bei Technologie und Industrie anzubieten und sie nicht als vollwertige Mitglieder in die Gemeinschaft aufzunehmen. Vgl. auch Chiracs Aussage in seiner Autobiographie: „Même si chacun a vocation, de tout évidence, à intégrer le Marché commun, il n’en est pas moins vrai que l’adhésion à l’Europe des Neuf de trois partenaires supplémentaires [la Grèce, l’Espagne et le Portugal] ne peut qu’entraîner, dans l’immédiat, des bouleversements préjudiciables à l’équilibre économique des pays déjà membres.“ Chirac (2009), a.a.O., S. 212f. Vgl. ähnlich ebd., S. 250f.

¹⁷² Vgl. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 131ff.

Pflicht, sich konkret und konstruktiv für Europa zu engagieren.¹⁷³ Noch stärker stellte sich diese Herausforderung für Jacques Chirac im Vorfeld des Referendums zum Maastricht-Vertrag 1991/1992. Der RPR stand vor einer Zerreißprobe. Große Teile der Partei, angeführt von Charles Pasqua und Philippe Séguin, lehnten den Vertrag ab, da er in ihren Augen wesentliche Teile der französischen Souveränität und Unabhängigkeit und damit konstitutive Elemente des nationalen Selbstverständnisses in Frage stellte.¹⁷⁴ Jacques Chirac sprach sich aus Gründen der Staatsräson und der internationalen Verantwortung Frankreichs für den Vertrag aus – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund seiner Ambitionen auf das Präsidentenamt für das Jahr 1995: Ein Politiker, der einen für den Fortschritt Europas so bedeutenen Vertrag wie Maastricht ablehnte, hätte Frankreich als Präsident nicht auf der internationalen Bühne vertreten können. Da Präsident Mitterrand mit Ausnahme der Kommunisten und der linken Souveränisten um Jean-Pierre Chevènement auf die Zustimmung der Mehrheit der linken Politiker und der linken Wählerschaft zu Maastricht rechnen konnte, hing der Ausgang der Abstimmung maßgeblich von der Position des RPR und seiner Anhänger ab. Nachdem eine RPR-interne Abstimmung am 20. September eine knappe Mehrheit für die Annahme des Maastricht-Vertrages ergeben und sich Chirac damit mit seiner Minderheits-Position durchgesetzt hatte, stellte er sein Amt als Vorsitzender zur Verfügung.¹⁷⁵ Die Partei sprach ihm jedoch trotz der vorausgegangenen heftigen Diskussionen das Vertrauen aus. Allerdings spalteten sich die Maastricht-Gegner vom RPR ab und traten bei den Parlamentswahlen 1993 mit einer eigenen Liste an. Bei der Ratifizierung von Maastricht in der Nationalversammlung enthielten sich die RPR-Abgeordneten bis auf wenige Ausnahmen der Stimme. Auch wenn seine Partei damit geschwächt aus der Maastricht-Debatte hervorging, hatte Chirac persönlich an Statur und an Einfluss gewonnen – sowohl auf der nationalen Ebene im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 1995 als auch international

¹⁷³ Vgl. dazu Chiracs grundsätzliches Bekenntnis zu Europa in seinem Redebeitrag in der Debatte in der Nationalversammlung vor der Abstimmung über den Vertrag: Assemblée nationale: „Acte unique“, Jeudi 20 novembre 1986, Archives de l'UMP.

¹⁷⁴ Zu den Argumenten der Maastricht-Gegner vgl. u.a. Georges-Henri Soutou (1993): „Die Opposition gegen Maastricht – Beweggründe und Argumente nach den Erfahrungen von 1993“, in: Kolboom/Weisenfeld (Hg.) (1993), a.a.O., S. 87-97. Auch Jacques Chiracs frühere enge Beraterin Marie-France Garaud gehörte zu den führenden Maastricht-Gegnern in den Reihen der Gaullisten. Die UDF war für den Vertrag, außer einer Gruppe um Philippe de Villiers. Die Kommunisten und der *Front National* lehnten Maastricht ab.

¹⁷⁵ Vgl. Discours prononcé par M. Jacques Chirac au Conseil national du R.P.R., Mercredi 23 septembre 1992, Archives de l'UMP.

durch seinen Einsatz für den Fortschritt der europäischen Integration.¹⁷⁶

Präsidentenwahlkampf 1995

Der französische Präsidentenwahlkampf im Jahr 1995 war in Bezug auf Europa noch von den Spaltungen der gesamten französischen Wählerschaft und besonders des bürgerlichen Lagers bei der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht geprägt.¹⁷⁷ Europäische Themen fanden außer in Form von allgemeinen Bekenntnissen zur positiven Bedeutung der europäischen Integration für Frankreich daher kaum statt.¹⁷⁸ Chirac konzentrierte sich im Wahlkampf auf die Wirtschaftspolitik, auf die europäische Verteidigung sowie auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Er sprach sich für deutlichere europäische Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten aus. Für Irritationen sorgten Chiracs wirtschaftspolitische Ziele für Frankreich, da die Umsetzung seiner Prioritäten, insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, kaum kompatibel erschien mit der Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages im Hinblick auf die WWU.

¹⁷⁶ Vgl. zu Chiracs Haltung zu Maastricht auch die Einschätzung von Dominique Chagnollaud: „Il est clair que Jacques Chirac en appelant à voter ‚oui‘ a finalement plus évité le piège de la cassure complète de la droite que manifesté sa complète adhésion à ce qu’il avait considéré dans le journal *Le Monde* dès le traité connu, comme une ‚simple étape‘. Dans la course-poursuite après Maastricht, Jacques Chirac a constamment essayé de devancer l’obstacle en minimisant l’importance du traité et en valorisant dans le calendrier l’étape suivante... à savoir les élections législatives qui permettraient, une fois gagnées, d’appliquer, entre autres, le fameux texte. Ce jeu sur le temps a constitué une dimension essentielle du débat. *In fine*, si le Président du RPR n’a pu résoudre la partition interne de son mouvement, il a démontré qu’il en était pour le moment le seul fédérateur.“, Dominique Chagnollaud: „Maastricht en France“, in: *Politiques*, n°5 hors série 1993, S. 11-15, hier S. 14. Kursivsetzung im Original.

¹⁷⁷ Vgl. Chiracs Aufruf zur Geschlossenheit bei seiner Rede im Rahmen des Europawahlkampfes in Rennes am 2. Juni 1994: „Je le rappelle, le débat sur le Traité de Maastricht est derrière nous. Nous nous sommes expliqués loyalement, comme il convenait, avant que le peuple ne décide. Il nous appartient maintenant, sans ressasser des querelles inutiles, tous ensemble, de tirer le meilleur des dispositions de ce traité et, le cas échéant, de le faire évoluer dans le sens des intérêts de la France et de l’Europe. A cette tribune, je veux redire combien l’union de la majorité est essentielle et qu’elle est pour moi, pour reprendre une expression fameuse, une ardente obligation.“ Discours prononcé pendant la campagne des élections européennes, Rennes 2 juin 1994, Archives de l’UMP. Die Stimmungslage innerhalb des bürgerlichen Lagers ist auch ein Jahr später, bei den Präsidentenwahlen, noch nicht wesentlich verändert. Dass die Konfliktlinien von Maastricht innerhalb der französischen politischen Klasse und der Bevölkerung 1995 noch fortbestanden, zeigte sich u.a. auch an der aufgeregten Debatte, die Chirac zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen verursachte, als er angab, dass er sehr wahrscheinlich als Präsident die Ergebnisse der Regierungskonferenz 1996 den Franzosen per Referendum zur Abstimmung vorlegen würde. Die Sozialisten warfen Chirac daraufhin vor, auf diese Weise die Stimmen der Maastricht-Gegner gewinnen zu wollen.

¹⁷⁸ Vgl. zum Präsidentenwahlkampf allgemein u.a. Joseph Szarka (1996): „The Winning of the 1995 French Presidential Election“, in: *West European Politics*, Vol. 19, No. 1 (January 1996), S. 151-167; Robert Elgie (Hg.) (1996): *Electing the French President. The 1995 Presidential Election*, London/New York; Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hg.) (1995): *Le vote de crise. Comprendre la présidentielle de 1995*, Paris sowie Adolf Kimmel (1997): „Frankreich nach der Präsidentenwahl 1995: Rückkehr zum Gaullismus?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1996*, Opladen, S. 9-22.

Eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik hielt Chirac angesichts der veränderten Weltlage seit 1989 für notwendiger denn je. Er sprach sich für eine auf der WEU basierende europäische Verteidigungsstruktur aus, die sowohl über Mittel zur Konfliktprävention als auch über Interventionsmöglichkeiten verfügen sollte. Die Beziehungen zu den USA sollten durch eine neue transatlantische Charta auf eine neue Grundlage gestellt werden. International sprach sich Chirac für eine aktive politische Rolle der EU bei der Gestaltung eines Friedensprozesses im Nahen Osten aus. Weiterhin sah Chirac Frankreich als Inspirator einer europäischen Mittelmeerpolitik und schlug den Abschluss eines Stabilitätspakts für diese Region bis zum Ende des Jahrtausends vor. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sollte unbedingt intergouvernemental organisiert bleiben, nach außen jedoch von einem Hohen Repräsentanten oder einem Generalsekretär verkörpert und vertreten werden, so Chirac.

Der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU stand Jacques Chirac grundsätzlich positiv gegenüber. Seine Ausführungen im Wahlprogramm zur internationalen Politik („Au nom de la grandeur de la France“) begann er ausdrücklich mit einem Verweis auf die Ereignisse von 1989 und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Europa:

„Avons-nous pris toute la mesure des conséquences de la chute du mur de Berlin et du réveil de l'Europe de la liberté? L'Europe des pères fondateurs a vécu, après avoir joué son rôle dans la période de la guerre froide. Une autre Europe doit être imaginée, avec une nouvelle architecture et de nouvelles ambitions. La grande Europe, celle qu'évoquait le général de Gaulle, n'est plus un rêve. L'élargissement, en faveur duquel je me suis toujours prononcé, est légitime au titre de la solidarité qui unit les nations du continent; il est nécessaire pour y garantir une paix durable.“¹⁷⁹

Auch in seinen Wahlkampfreden des Jahres 1995 stellte Chirac die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten als unumgänglich dar:

„[...] la construction européenne, cantonnée à l'Ouest du continent par la Guerre froide, doit impérativement et très rapidement s'étendre à l'Est. C'est un devoir moral et politique à l'égard de peuples qui, après avoir tant souffert, aspirent à revenir dans la famille européenne. C'est aussi une condition essentielle de la paix sur notre continent.“¹⁸⁰

Gleichzeitig warnte er jedoch davor, dass die EU durch die Erweiterung eine reine Freihandelszone werden und ihre bisherige Identität verlieren könne. Chirac sprach sich daher für eine Reform der institutionellen Struktur der EU als Voraussetzung für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder aus, mit dem vorrangigen Ziel einer Stärkung des Rates der Staats- und Regierungschefs. Chirac schlug in seinem Wahlprogramm außerdem die

¹⁷⁹ „La France pour tous“, S. 34, Archives de l'UMP.

¹⁸⁰ Discours sur l'Europe et la politique étrangère, campagne électorale pour l'élection présidentielle 1995, 16 mars 1995, Archives de l'UMP.

Einsetzung eines Präsidenten des Europäischen Rates mit dreijähriger Amtszeit vor, der die EU weltweit politisch repräsentieren, ihre Interessen vertreten und die Gestaltung ihrer Identität befördern könne. Der Rat solle, nach Chiracs Meinung, auch befugt sein, die Kommission zu kontrollieren. Diese solle zukünftig verkleinert werden, klare Mandate von Seiten des Rats erhalten und sowohl dem Europäischen Parlament als auch dem Rat gegenüber verantwortlich sein. Chirac trat weiterhin für eine Vereinfachung der Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments sowie für eine Anpassung der Zahl seiner Abgeordneten nach der Erweiterung ein. Er sprach sich jedoch auch, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, für eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungsprozesse aus. Die Erweiterung müsse nach Chiracs Einschätzung zwangsläufig zu einer Einführung von differenzierter Zusammenarbeit führen, zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, als normaler Form der Kooperation.¹⁸¹ Auch bei den Abstimmungsmodalitäten im Ministerrat und im Rat der Staats- und Regierungschefs sah Chirac durch die anstehende Erweiterung notwendige Veränderungen auf die EU zukommen. Damit die großen Staaten in ihren wesentlichen Zielen voranschreiten könnten, ohne von Ad-hoc-Koalitionen (*coalitions de circonstances*) kleiner Staaten daran gehindert zu werden, sprach er sich für die Einführung einer doppelten Mehrheit, also für die Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen der Mitgliedsstaaten bei Abstimmungen im Rat aus. Das Vetorecht einzelner Staaten, wie es im Luxemburger Kompromiss aus dem Jahr 1966 für sogenannte vitale Interessen festgehalten ist, bliebe, so Chirac, von einer solchen Regelung unberührt. Auch die Prinzipien der GAP wollte Chirac durch die Erweiterung nicht in Frage gestellt sehen:

„L’Union doit également marquer sans ambiguïté son attachement à la politique agricole commune, à nouveau remise en cause par certains dans la perspective du futur élargissement. Je dis clairement que je n’accepterai aucune atteinte à la préférence communautaire et à la vocation exportatrice de l’agriculture européenne.“¹⁸²

3.3 Fazit

Wie aus den oben angeführten Positionsbestimmungen Jacques Chiracs vor seiner Übernahme des Präsidentenamtes hervorgeht, zeigte Chirac ein instrumentelles Verständnis von Europa: Europa musste französischen Interessen dienen, um von Frankreich unterstützt zu werden. Im Idealfall waren französische Interessen gleichzusetzen mit europäischen Interessen – was gut

¹⁸¹ Vgl. zu diesem Punkt auch Christian Lequesne (1995): „Die europäische Politik von Jacques Chirac: Auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/1995*, S. 28-33, hier S. 32.

¹⁸² Discours sur l’Europe et la politique étrangère, campagne électorale pour l’élection présidentielle 1995, 16 mars 1995, Archives de l’UMP.

war für Frankreich, war auch gut für Europa. Inhaltlich orientierte sich Chirac in den wichtigsten Fragen und in der Prioritätensetzung vor allem zu Beginn seiner politischen Karriere deutlich an gaullistischen Positionen. Er präferierte klar die intergouvernementale Integrationsmethode, lehnte Mehrheitsentscheidungen ab und setzte politische Schwerpunkte bei der Wirtschafts- und v.a. bei der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie beim Aufbau europäischer Verteidigungsstrukturen. Auch die Zurückhaltung gegenüber Erweiterungen der Gemeinschaft übernahm er von de Gaulle, wie sich besonders bei der Süderweiterung um Spanien und Portugal zeigte. Die in diesem Kontext verwendeten Argumente gegen die Aufnahme neuer Mitglieder tauchten bei der Diskussion um die Osterweiterung zum Teil fast identisch wieder auf (Konkurrenz für Frankreich besonders im Agrarbereich, nicht ausreichende Vorbereitung der Gemeinschaft/Union etc.), worauf im Hauptteil der Arbeit noch einzugehen sein wird.

Im Laufe seiner politischen Karriere ließ sich eine Entwicklung in Chiracs europapolitischen Positionen hin zu einer pro-europäischen Haltung erkennen, wenn sie auch, wie er selbst angibt, mehr auf rationalen Gründen als auf einer tiefen Überzeugung basierte. Diese Veränderung zeigte sich beispielsweise in Bezug auf das Europäische Parlament, dessen Direktwahl Chirac zunächst vehement bekämpfte, das er aber im Laufe der Jahre anzuerkennen lernte. Bilanzierend kann daher festgehalten werden, dass sich Chiracs Verhältnis zu Europa hin zu einem konstant konstruktiven Engagement gewandelt hat, je stärker er in Regierungsverantwortung eingebunden war und je weniger er nur als Parteipolitiker agierte. Dieses konstruktive Engagement setzte er zum Teil auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durch, wie sich am deutlichsten an seiner Positionierung zum Maastricht-Vertrag zeigte. Chirac setzte 1992 seine eigene politische Zukunft aufs Spiel, indem er sich gegen eine Mehrheit seiner Partei stellte und riskierte, von dieser dafür abgestraft zu werden, wenn sich die Mehrheitsposition beim Referendum durchgesetzt hätte. Ohne Chiracs klare Positionierung wäre die Abstimmung jedoch wahrscheinlich negativ ausgefallen. Seit dem „Appel de Cochin“ war also bei Chiracs europapolitischen Positionen eine enorme Entwicklung zu beobachten.¹⁸³ Inhaltlich blieb Chiracs Haltung zu einzelnen Aspekten der europäischen Einigung nach seiner grundsätzlichen Wandlung hin zu einer positiven Einstellung weitgehend konstant, wie sich v.a. in seinem Programm für die Präsidentschaftswahlen 1995 zeigte. Die dort erwähnten Punkte, die sich auf Europa bezogen, wie beispielsweise im institutionellen Bereich der Wunsch nach einer Stärkung des

¹⁸³ Vgl. zur Entwicklung von Chiracs Haltung zu Europa auch Jean-François Gribinski (1997): „Jacques Chirac et l'Europe: une politique ‚réaliste‘“, in: *Relations internationales et stratégiques*, Numéro spécial: La politique étrangère du président Chirac, n° 25, printemps 1997, S. 66-81, bes. S. 66-70.

Europäischen Rates oder nach Einbindung der nationalen Parlamente oder inhaltlich die Konzentration auf Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung sowie die Agrarpolitik fanden sich auch in den zitierten Stellungnahmen Chiracs aus früheren Jahren. Wie sich diese Entwicklung während Chiracs zwölf Jahren im Präsidentenamt fortsetzte, wird im folgenden Gegenstand der Analyse sein.

Kapitel IV: Frankreichs Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa vor und nach 1989

Trotz der Betonung der weitgehenden Kontinuität in der französischen Außen- und Europapolitik in den vorstehenden Teilen stellten die Ereignisse von 1989 und den folgenden Jahren einen wichtigen Einschnitt dar. Wie bereits erwähnt, wurden wesentliche Grundlagen der französischen Positionierung und Rolle in der weltweiten Politik in Frage gestellt. Seinen institutionellen Niederschlag auf europäischer Ebene fand das Ende des Kalten Krieges in der EU-Osterweiterung, deren Untersuchung im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht. Eine Analyse der französischen Positionen zur Erweiterung der EU um die acht mittel- und osteuropäischen Staaten 2004 erfordert daher zuvor eine Einordnung in einen größeren historischen Kontext. Vor dem Hintergrund der Beziehungen Frankreichs zu den neuen EU-Mitgliedern vor 2004 und verschiedener französischer Initiativen zu deren europäischer Einbindung vor dem Beitritt zur Union werden die französische Politik und die Einstellungen in der Gesellschaft zu diesem Thema während der Präsidentschaft Chiracs besser verständlich.¹⁸⁴

1. Frankreich und der Osten Europas bis 1989

Die Beziehungen Frankreichs zu den Staaten in Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert haben ihren Ursprung in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg.¹⁸⁵ In den Versailler Verträgen wurden die Grenzen neuer Kleinstaaten festgelegt, nachdem das Habsburger Imperium untergegangen war. Frankreich begann bereits ab 1919, ein Netz von Allianzen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten zu knüpfen, beispielsweise mit den Staaten der *Petite*

¹⁸⁴ Eine umfassende Darstellung der französischen Ostpolitik müsste selbstverständlich den franko-sowjetischen bzw. franko-russischen Beziehungen großen Raum geben. Da das Interesse der vorliegenden Arbeit sich jedoch auf die kleineren ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten richtet, soll in der folgenden Untersuchung darauf verzichtet werden. Im Vergleich zur NATO-Osterweiterung waren die russischen Interessen und Bedenken gegenüber der EU-Osterweiterung außerdem deutlich geringer, so dass auch aus diesen Grund auf eine ausführliche Darstellung des Verhältnisses Frankreichs zur Sowjetunion und zu Russland verzichtet werden kann. An Stellen, wo diese Thematik dennoch eine Rolle spielt, wird darauf verwiesen. Für eine ausführliche Darstellung der Beziehungen Frankreich – UdSSR/Russland vgl. z.B. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 229ff.

¹⁸⁵ Vgl. zu den folgenden Ausführungen u.a. Jean-Christophe Romer/Thomas Schreiber (1995): „La France et l’Europe centrale“, in: *Politique étrangère*, 4/1995, S. 917-925.

Entente (Jugoslawien, Tschechoslowakei und Rumänien). Diese Verbindungen hielten jedoch den Entwicklungen der 1930er Jahre nicht stand und auch nach dem Zweiten Weltkrieg bestand von Seiten des NATO-Gründungsmitglieds Frankreich kein großes Interesse an einem Wiederaufleben der Beziehungen mit diesen Staaten, die nunmehr Ostblock-Staaten waren. Erst mit der Rückkehr de Gaulles an die Macht 1958 und seiner aktiven Ostpolitik änderte sich die französische Position.¹⁸⁶ De Gaulle gestaltete seine Politik auf der Grundlage seiner Überzeugung von der dauerhaften Existenz der Nationen im Gegensatz zu Ideologien und Regimen. Gleichzeitig ging es ihm darum, die amerikanisch-sowjetische Dominanz herauszufordern und die politische Entspannung in Europa zu befördern.¹⁸⁷ Zu Beginn der 1970er Jahre verlor Frankreich angesichts der dominanten Ostpolitik der Bundesrepublik unter Bundeskanzler Willy Brandt an Einfluss. Die Präsidenten Pompidou und Giscard führten dennoch die unter de Gaulle etablierten Kontakte besonders zu Polen, Rumänien und Jugoslawien fort, was sich in gegenseitigen Besuchen auf hoher und höchster politischer Ebene sowie v.a. bei Rumänien in einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen äußerte.¹⁸⁸

François Mitterrand bemühte sich vor dem Hintergrund der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 um die Entwicklung einer kohärenten Ostpolitik, zum Teil auch im Rahmen des KSZE-Prozesses. Die Umsetzung dieser Zielsetzung in konkrete Politik blieb jedoch hinter den proklamierten Intentionen zurück, abgesehen davon, dass die Prioritäten Mitterrands eher bei den Staaten der Dritten Welt lagen als im Osten Europas. Im Zuge des sich abzeichnenden Zusammenbruchs des Warschauer Paktes engagierte sich Frankreich für das Projekt PHARE, mit dem der Übergang Polens und Ungarns und später auch anderer Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft unterstützt werden sollte. Die Gründung der Europäischen Wiederaufbau- und Entwicklungsbank (*Banque européenne pour la reconstruction et le développement*, BERD) war ebenfalls eine französische Initiative, die noch im Herbst 1989 eingeleitet und hauptsächlich von Jacques Attali betrieben wurde.¹⁸⁹ Das Fazit, das Romer/Schreiber für die französische Ostpolitik Ende der 1980er Jahre zogen, war jedoch eindeutig negativ:

¹⁸⁶ Vgl. zu diesem Punkt u.a. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 245ff.

¹⁸⁷ Vgl. u.a. Weisenfeld (1966), a.a.O., S. 144ff. sowie Romer/Schreiber (1995), a.a.O., S. 917ff.

¹⁸⁸ Vgl. u.a. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 258ff. Die besonderen Beziehungen Frankreichs zu Rumänien sind auch vor dem Hintergrund der Verbundenheit der beiden Länder durch die Frankophonie zu sehen.

¹⁸⁹ Ihre ersten Kredite konnte die Bank aufgrund von Uneinigkeit zwischen Frankreich, den USA und Großbritannien über die genaue Definition ihrer Rolle und Aufgabe nicht vor 1991 vergeben. Vgl. hierzu und zur Rolle Frankreichs im PHARE-Programm Stark (1992), a.a.O. Vgl. zur BERD ausführlich Lequesne, Christian (1994): „Commerce et aide économique: les instruments d’une politique“, in: Françoise de la Serre/Christian Lequesne/Jacques Rupnik (1994): *L’Union européenne: ouverture à l’Est?*, Paris, S. 43-79, hier S. 72ff.

„Vingt-cinq ans de mauvais choix, de faux pas, de décisions parfois contradictoires, les illusions et la frilosité des décideurs politiques et économiques, publics et privés, entraînent inévitablement un recul de l'influence française, même dans les pays réputés les plus francophiles.“¹⁹⁰

2. Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa zu Beginn der 1990er Jahre

In den Jahren 1991 und 1992 schloss Frankreich mit zahlreichen ost- und mitteleuropäischen Staaten Freundschafts- und Kooperationsverträge ab, die, ohne konkrete Zusagen, in einigen Fällen auch die Zusicherung Frankreichs enthielten, sich in Brüssel für einen schnellen EG-Beitritt der Partner einzusetzen. Aus Angst vor einem möglichen unkontrollierten Zerfall der Sowjetunion mit nicht absehbaren Auswirkungen auf ihre Atomwaffen unterstützte Präsident Mitterrand trotz deutlicher Auflösungserscheinungen jedoch auch lange die Moskauer Zentralmacht. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten beispielsweise wurden von Paris zunächst nicht unterstützt, um Moskau nicht zu schwächen.¹⁹¹

Die französische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten war zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht sehr weit entwickelt. Besonders im Vergleich zu Deutschland war das französische wirtschaftliche Engagement schwach.¹⁹² Ab 1991 war eine Steigerung der französischen Wirtschaftsaktivitäten zu beobachten, aber „[t]rotz der beschriebenen Trendwende spielt[e] die französische Wirtschaft [Anfang der 1990er Jahre] in Osteuropa nur eine untergeordnete Rolle, und umgekehrt ha[tt]en die osteuropäischen Staaten keine wesentliche Bedeutung in der wirtschaftspolitischen Planung Frankreichs.“¹⁹³ Jacques Rupnik resümierte daher im Jahr 1995 wie folgt: „[...] au lieu de présenter l'ouverture à l'Est comme une chance, on a préféré rassurer tel ou tel lobby sur l'existence d'une menace exagérée et fictive...“¹⁹⁴. Frankreich setzte sich 1992/93 innerhalb der EU am stärksten dafür ein, den Binnenmarkt gegenüber Importen aus Mittel- und Osteuropa abzuschotten, um die Interessen v.a. des französischen Agrarsektors zu schützen. Als Ergebnis der zögerlichen bis ablehnenden Haltung Frankreichs sowohl in politischen als auch in wirtschaftlichen Fragen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern setzte sich dort zu Beginn der 1990er

¹⁹⁰ Romer/Schreiber (1995), a.a.O., S. 921.

¹⁹¹ Vgl. zu den Aspekten dieses Abschnitts u.a. Vaïsse (2009), a.a.O., S. 276ff.

¹⁹² Ende 1990 belegte Frankreich beispielsweise im Handel mit Osteuropa nur den siebten Platz, hinter der Bundesrepublik, Japan, den USA, Österreich, Italien und Finnland.

¹⁹³ Stark (1992), a.a.O., S. 118. Vgl. ebd. und Christian Deubner (1999): „Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989 bis 1997“, in: *Politische Studien*, Heft 363, 50. Jg., Januar/Februar 1999, S. 89-121, bes. S. 96 auch für die anderen Aspekte dieses Abschnitts. Vgl. außerdem Jacques Rupnik (1995): „Paris et l' 'autre Europe'“, in: *Politique internationale*, n° 67, Printemps 1995, S. 227-235, hier S. 229f. und Cliff Gulvin (1996): „The French Economy and the End of the Cold War“, in: Chafer/Jenkins (Hg.) (1996), a.a.O., S. 115-125.

¹⁹⁴ Rupnik (1995), a.a.O., S. 230.

Jahre ein Bild von Frankreich als einem der EU-Erweiterung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehenden Land fest.¹⁹⁵ Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte sich die wirtschaftliche Präsenz Frankreichs in Mittel- und Osteuropa deutlich verbessert. Sie blieb allerdings weiterhin deutlich hinter dem deutschen Engagement zurück. Vor allem mit dem dichten Netz der deutschen mittelständischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa konnte die französische Industrie, die zumeist nur durch ihre größten Vertreter präsent war, nicht konkurrieren. Thibaut de Champris resümierte daher auch noch 2004, dass der französische wirtschaftliche Einsatz in Mittel- und Osteuropa „mit dem deutschen Engagement im Osten nicht wirklich zu vergleichen [sei].“ Die französische Wirtschaft habe sich „im Osten nämlich sehr spät, oftmals zu spät engagiert.“¹⁹⁶

3. Französische Initiativen zur Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten vor deren EU-Beitritt

Mitterrands Konföderationsprojekt

Angesichts der gewaltigen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er Jahre galt François Mitterrands Sorge einem möglichen Wiederaufleben alter Nationalismen und in der Folge aufkommenden Grenzstreitigkeiten und Konflikten über Minderheitenfragen, vergleichbar mit der europäischen Situation vor dem ersten Weltkrieg 1913 bzw. beim Abschluss des Versailler Vertrages 1919.¹⁹⁷ Mitterrands von der Geschichte bestimmte Lesart der Ereignisse von 1989 bis 1991 war jedoch nicht dazu geeignet, alle Dimensionen des Übergangs zur Demokratie mit der gleichzeitigen Rückbesinnung auf alte nationale Identitäten in den ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten zu erfassen.¹⁹⁸

Trotz oder gerade wegen seines *réflexe conservateur* angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen in Europa war Mitterrand der erste Staatsmann, der versuchte, eine

¹⁹⁵ Vgl. ebd. Zum Aspekt der Handelsbarrieren gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. auch Thorsten Hickmann: „Europa vom Atlantik zum Ural“. Wie unterstützen Frankreich und Deutschland die Reformstaaten?, in: *Dokumente* 6/1994, S. 485-488. Vgl. auch die Einschätzung von Susanne Nies: „Frankreichs politische Abwesenheit in Osteuropa in den 1990er Jahren muss als politischer Fehler betrachtet werden. Ein Mehr an Interesse und Kooperation hätte einerseits verhindert, dass Frankreich durch die amerikanische Brille wahrgenommen würde, und dieses andererseits mit den Problemen aber auch Chancen in Mittelosteuropa vertraut gemacht.“ Nies (2004), a.a.O., hier S. 15.

¹⁹⁶ de Champris (2004), a.a.O., hier S. 26.

¹⁹⁷ „Déjà l'écllosion d'aspirations trop longtemps bridées réveille partout de vieilles tensions. On a l'impression qu'est en train de se reconstituer en plus mal, en moins ordonné, la carte politique d'avant 1914 ou de 1919. La logique de l'émiettement et de la division risque de l'emporter sur celle de la réconciliation et du rassemblement. [...] L'Europe manque encore cruellement d'une vision d'ensemble d'elle-même.“ Allocution de clôture de Monsieur François Mitterrand, Président de la République française, in: *Assises de la Confédération européenne. Prague, juin 1991*, Préface de Roland Dumas, La Tour d'Aigues 1991, S. 128-154, hier S. 134f.

¹⁹⁸ Vgl. zu dieser Thematik u.a. Jacques Rupnik (1998): „La France de Mitterrand et les pays de l'Europe du Centre-Est“, in Cohen (Hg) (1998), a.a.O., S. 189-216, bes. S. 205ff. Vgl. außerdem Bernard Lecomte: „François Mitterrand et l'Europe de l'Est: le grand malentendu“, in: *Commentaire* n°75, Automne 1996, S. 577-583.

gesamteuropäische Antwort darauf zu geben. In seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 formulierte Mitterrand sein Projekt einer „Europäischen Konföderation“¹⁹⁹. Mitterrands Projekt scheiterte jedoch bereits im Vorfeld der ersten Zusammenkunft von Vertretern aus Politik und Gesellschaft der interessierten Staaten²⁰⁰ im Juni 1991 in Prag, da es eine Einbeziehung der Sowjetunion, aber keine Mitwirkung der USA vorsah. Eine solche Ausrichtung entsprach nicht den Interessen der erst kürzlich aus dem sowjetischen Einflussbereich herausgetretenen Staaten, die sich klar nach Westen und damit besonders auch in Richtung der USA orientieren wollten. Unmittelbar vor Eröffnung des ersten Treffens in Prag äußerte Mitterrand auf Radio France Internationale darüber hinaus noch die Einschätzung, dass es noch Jahrzehnte dauern werde, bis an eine EU-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten gedacht werden könne.²⁰¹

Balladurs Stabilitätspakt

Mit seinem Vorschlag zur Gründung eines Europäischen Stabilitätspakts im Juni 1993 griff Premierminister Balladur einige Elemente von Mitterrands Konföderationsidee auf, darunter den gesamteuropäischen Ansatz. Balladurs Projekt war insgesamt jedoch durchdachter und realistischer.²⁰² Balladur schlug die Abhaltung einer „Europäischen Konferenz“ mit 40 Teilnehmern (einschließlich USA und Kanada) vor, in deren Rahmen Grundsätze zu Grenzen und der Frage der Minderheiten erarbeitet werden sollten. Auf dieser Grundlage sollten möglichst viele bilaterale vertragliche Regelungen besonders zwischen mittel- und osteuropäischen Staaten zu diesen Fragen entstehen. Der Stabilitätspakt sollte diese Regelungen zusammenfassen und festschreiben, die Überwachung der KSZE obliegen.²⁰³ Der Stabilitätspakt wurde als erste „Gemeinsame Aktion“ im Rahmen der GASP vom

¹⁹⁹ Vœux du Président aux Français, Dimanche 31 décembre 1989, abgedruckt in: François Mitterrand (1995): *Discours 1981 – 1995*, Paris, S. 322-324. Vgl. zur Konföderationsinitiative auch Pierre Favier/Michel Martin-Roland (1996): *La décennie Mitterrand. Tome 3: Les défis (1988-1991)*, Paris, S. 223ff.; Michael Meimeth/Christoph Neßhöver (1997): „Die gesamteuropäische Dimension französischer Sicherheitspolitik: Mitterrands Konföderationsprojekt und Balladurs Stabilitätspakt“, in: Maull/Meimeth/Neßhöver (Hg.) (1997), a.a.O., S. 149-171 sowie Kolboom (1990), a.a.O.

²⁰⁰ Unter den Teilnehmern waren beispielsweise Madeleine Albright, Robert Badinter, Egon Bahr, Karl Carstens, Ralf Dahrendorf, Maurice Faure, Timothy Garton Ash, Stanley Hoffmann, Kardinal Koenig, Gyorgy Konrad, Loïc Le Floch-Prigent, Tadeusz Mazowiecki, Melina Mercouri, Cees Nooteboom, Athanase Papandropoulos, Walter Scheel, Gyorgy Soros, Rudolf von Thadden und Simone Veil.

²⁰¹ Vgl. Rupnik (1995), a.a.O., bes. S. 228.

²⁰² Abgedruckt in Kolboom/Weisenfeld (Hg.) (1993), a.a.O., S. 180-186. Vgl. zum Stabilitätspakt und den Ausführungen in diesem Abschnitt u.a. Weisenfeld (1993), a.a.O., Vaïsse (2009), a.a.O., S. 281f. und Meimeth/Neßhöver (1997), a.a.O.

²⁰³ Romer/Schreiber (1995, a.a.O., S. 922) rücken Balladurs Ansatz einer „diplomatie préventive“ in die Nähe von Briands Initiativen zur Friedensbewahrung aus den 1920er Jahren.

Europäischen Rat in Brüssel vom Dezember 1993 beschlossen. Die Bilanz der Abschlusskonferenz im März 1995 war jedoch nur ein Teilerfolg: Als einziges konkretes Resultat der Initiative Balladurs konnte ein Vertrag zwischen der Slowakei und Ungarn gewertet werden, in dem den etwa 600.000 Mitgliedern der magyarischen Minderheit in der Slowakei ein Autonomiestatus zugestanden und Ungarn gleichzeitig die Anerkennung der gemeinsamen Grenze bestätigt wurde.²⁰⁴

Das Weimarer Dreieck²⁰⁵

Nach der endgültigen Bestätigung der polnisch-deutschen Grenze im November 1990 im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und dem Abschluss von Freundschafts- und Solidaritätsverträgen zwischen Polen und Deutschland sowie zwischen Polen und Frankreich (Juni 1991) schlossen sich die drei Staaten auch über die bilaterale Ebene hinaus zusammen. Bei einem Treffen der Außenminister wurde 1991 das später nach dem Tagungsort benannte Weimarer Dreieck ins Leben gerufen.²⁰⁶ Polen wollte eine „dépendance asymétrique“²⁰⁷ gegenüber Deutschland vermeiden und stattdessen Sicherheitsgarantien erhalten. Das Dreieck erleichterte es Polen außerdem, sich bereits vor seinem Beitritt zur EU stärker in Richtung Westen zu orientieren. Für Frankreich hatte das Weimarer Dreieck den Vorteil, dass es von Deutschlands privilegierter Stellung in Mittel- und Osteuropa zumindest indirekt profitieren konnte, indem es sich gemeinsam mit Deutschland dort engagierte. Außerdem wurde durch ein gemeinsames Auftreten für Frankreich die Gefahr einer deutschen Dominanz in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und indirekt damit auch in der EU abgemildert.²⁰⁸ Deutschland war sehr daran

²⁰⁴ 52 Staaten haben teilgenommen und insgesamt 100 Verträge, Abkommen und gemeinsame Erklärungen geschlossen. Eine Vielzahl der Verträge, die in den Stabilitätspakt eingebracht wurden, war jedoch bereits unabhängig von der Pariser Initiative ausgehandelt worden. Weiterhin war bei vielen Vereinbarungen einer der Vertragspartner ein EU-Mitgliedsstaat. Diese Verträge entsprachen nicht der ursprünglichen Absicht Balladurs von direkter Verständigung zwischen mittel- und osteuropäischen Staaten.

²⁰⁵ Vgl. zum Weimarer Dreieck u.a. Valérie Guérin-Sendelbach (1993): „Das deutsch-französische Bündnis und der dritte Partner – Ein Dreieck Paris-Bonn-Warschau?“, in: Kolboom/Weisenfeld (Hg.) (1993), a.a.O., S. 187-201, die Artikel zum Themenschwerpunkt Weimarer Dreieck in *Dokumente* 3/2002 sowie Ingo Kolboom (2009): „Le ‚Triangle de Weimar‘ et la ‚double ouverture‘ euro-atlantique de la Pologne“, in: *Etudes internationales*. Numéro spécial: Les relations transatlantiques dans la période de l’après-guerre froide, Vol. XL, n°2, juin 2009, S. 261-275 und ders. (2010): „Deutschland-Frankreich-Polen: Aktuelle Erinnerungen an das ‚Weimarer Dreieck‘ 1991-2010“, in: Lothar Albertin (Hg.) (2010): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand*, Tübingen, S. 85-113.

²⁰⁶ Vgl. Kolboom (2009), a.a.O., S. 262ff. und Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter (2000): *Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration*, Bonn, S. 27ff.

²⁰⁷ Kolboom (2009), a.a.O., S. 264.

²⁰⁸ Vgl. Deubner (1999), a.a.O., S. 103f. und Axel Sauder (1994): „Trilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Polen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland“, in: *Dokumente* 6/1994, S. 471-478, hier S. 473 sowie Kolboom (2009), a.a.O., S. 266f.

gelegen, jenseits seiner Ostgrenze, die ab 1989 „die Außengrenze aller westlichen Integrationszusammenhänge“²⁰⁹ darstellte, einen politisch und wirtschaftlich stabilen Raum zu schaffen. Gegenüber Polen fühlte Deutschland außerdem eine aus der Geschichte resultierende besondere Verpflichtung.²¹⁰ Vorgesehen waren zunächst jährliche Konsultationen auf der Ebene der Außenminister, abwechselnd in den drei Ländern. 1993 fand in Danzig die erste Zusammenkunft der Staatschefs statt, die auf Bestreben Polens 1998 als Weimarer Gipfel institutionalisiert wurde. Außerdem finden inzwischen regelmäßige Zusammenkünfte verschiedener Minister (Verteidigung, Justiz, Soziales) und der Parlamente statt und es gibt Kooperationen auf regionaler Ebene. Die Zivilgesellschaft ist ebenfalls einbezogen, gefördert u.a. durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW).

4. Zwischenfazit

Eine Gesamtbetrachtung der dargestellten Beziehungen Frankreichs zu den mittel- und osteuropäischen Staaten besonders seit 1989 und der französischen Initiativen zu ihrer europäischen Einbindung vor der EU-Osterweiterung führt zu folgenden Schlussfolgerungen: Ein wichtiger Gedanke hinter allen französischen politischen Maßnahmen war der Wunsch nach Schaffung oder Erhaltung größtmöglicher Stabilität in Europa sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Sinne. Diese Überlegung war besonders präsent in François Mitterrands Politik. Eine auf die Bewahrung von Stabilität und damit am *Status quo* orientierte Politik war jedoch den gewaltigen Umwälzungen, die in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre stattfanden, nicht angemessen und ließ Frankreichs Politik rückwärtsgewandt und zögerlich erscheinen. Erst mit dem Amtsantritt der Kohabitations-Regierung 1993 änderte sich dieses Bild und Frankreich nahm eine konstruktivere Rolle ein.

Die Bewertung von Frankreichs Ostpolitik zu Beginn der 1990er Jahre kann nicht losgelöst von seiner Beziehung zu Deutschland erfolgen. Auch vor dem Fall der Mauer wurde Frankreichs Ostpolitik wesentlich bestimmt durch sein Verhältnis zum östlichen Nachbarn

²⁰⁹ Sauder (1994), a.a.O., S. 472.

²¹⁰ Ingo Kolboom definiert die Funktion des Weimarer Dreiecks vor der EU-Osterweiterung wie folgt: „Idéalement parlant, la coopération ‚triangulaire‘ devait (et doit) inciter la France et l’Allemagne à considérer les problèmes centre-européens comme une affaire commune nécessitant un comportement solidaire. De son côté, le Triangle de Weimar était censé avoir une fonction de laboratoire de contrôle, de médiation et d’imagination dans l’antichambre de l’élargissement et, plus encore, dans le processus d’élargissement même, constituant ainsi à ses débuts une sorte de relais entre la vieille Europe représentée par le *linchpin* franco-allemand et la nouvelle Europe dont la Pologne se considère comme le chef de file; une nouvelle Europe dont la fièvre européenne était accompagnée par une double présence américaine: l’américanophilie des élites économiques, culturelles et politiques, ainsi qu’une présence anglo-américaine accrue sur place dans tous les domaines.“ Kolboom (2009), a.a.O., S. 267. Kursivsetzung im Original.

und durch die sich in Deutschland in besonderer Weise abbildenden Rahmenbedingungen des Kalten Krieges. Mit der sich abzeichnenden Wiedervereinigung kamen in Frankreich Befürchtungen auf, Deutschland könne sich, innerhalb oder sogar außerhalb der europäischen Integrationsstrukturen, in seiner ehemaligen Einflusszone in Mitteleuropa wieder eine hegemoniale Stellung verschaffen wollen und als Folge in Europa eine Dominanz ausüben, der kein anderer EG-Staat etwas entgegenzusetzen hätte. Sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht war Frankreich bemüht, dies zu verhindern. Viele Elemente und Initiativen der französischen Ostpolitik nach 1989 waren daher als Bestreben zu verstehen, einen (potentiell übermächtigen) deutschen Einfluss einzuschränken oder, wie beispielsweise mit Hilfe des Weimarer Dreiecks, ihn zumindest auszubalancieren.

Außer Deutschlands Position veränderte sich mit dem Ende des Kalten Krieges auch die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa. Deren militärische Präsenz war als Gegengewicht zur zerfallenden UdSSR nicht mehr notwendig, allerdings zeigte besonders der Jugoslawien-Krieg zu Beginn der 1990er Jahre, dass die Europäer selbst nicht in der Lage waren, alleine die sicherheitspolitische Verantwortung für ihren Kontinent zu tragen. Hinzu kam die große Bedeutung, welche die neuen mittel- und osteuropäischen Demokratien vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen den Sicherheitsgarantien der USA zumaßen und immer noch zumessen. Beides widerspricht der französischen Konzeption eines *Europe puissance*, das eine eigene Verteidigungsidentität entwickelt, für seine Sicherheit selbst verantwortlich ist und mit den USA als gleichberechtigter Partner zusammenarbeitet. Die Problematik der ungeklärten Rolle der USA und der unterschiedlichen Auffassung, die Frankreich und die mittel- und osteuropäischen Staaten von deren Gestaltung haben, hatte für die französische Ostpolitik zu Beginn der 1990er Jahre neben den bereits genannten Faktoren ebenfalls eine große Bedeutung.²¹¹ Wie sich vor dem Hintergrund der genannten Schwierigkeiten und dem Grundsatz der französischen Europapolitik, dass einer Erweiterung immer eine Vertiefung der Integrationsstrukturen vorausgehen muss, die französische Haltung im Verlauf der einzelnen Schritte hin zur Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten entwickelt hat, ist Gegenstand der Analysen des Hauptteils.

²¹¹ Vgl. zu diesem Punkt auch die Einschätzung von Meimeth und Neßhöver: „Wie in anderen Bereichen der französischen Sicherheitspolitik – etwa der NATO- oder der Deutschlandpolitik –, konnte Paris auch auf der Ebene gesamteuropäischer Sicherheitsbemühungen das zunehmend akute Dilemma zwischen nationalem Autonomiestreben und Führungsansprüchen einerseits und den Kooperationszwängen europäischer Integration und atlantischer Verflechtungen andererseits nicht überzeugend auflösen.“ Meimeth/Neßhöver (1997), a.a.O., S. 171. Vgl. außerdem den Abschnitt „Das lange politische Gedächtnis oder: Die ‚amerikanische Dimension‘ des Weimarer Dreiecks“, in Kolboom (2010), a.a.O., S. 97ff.

Kapitel V: Politische Kultur und außenpolitische Kultur in Frankreich

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Fallstudie zu Frankreich. Um die in Teil A allgemein dargestellten Konzepte der politischen und der außenpolitischen Kultur für die Analyse der französischen Europapolitik nutzbar zu machen, müssen die generellen Definitionen für Frankreich noch mit Inhalt gefüllt werden. Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich daher u.a. mit folgenden Fragen: Was sind die konstituierenden Elemente der französischen politischen Kultur in der V. Republik? Wie sind sie entstanden und was sind aktuelle Entwicklungstendenzen? Wie stellt sich die außenpolitische Kultur der V. Republik dar? Sind Brüche zu beobachten oder überwiegen Kontinuitäten? Festzuhalten ist bereits vorab, dass für Frankreich, wie für die meisten Staaten, nicht von einer einzigen homogenen politischen Kultur gesprochen werden kann. Vielmehr setzt sich diese aus unterschiedlichen Teilelementen und Strömungen zusammen. Zeitweilig dominiert eine von ihnen, wie beispielsweise das republikanische Modell.

1. Das republikanische Modell

Einer der prägenden Ausgangspunkte für die Herausbildung der gegenwärtigen politischen Kultur Frankreichs war die Französische Revolution. Mehrere Strömungen, deren Gesamtheit die französische politische Kultur ausmacht, sind in ihrer Entstehung mit dem Jahr 1789 verbunden.²¹² Auch das republikanische Modell, das sich in der III. Republik (1871-1940) als dominante politische Kultur etablierte, bezog sich auf die 1789 durchgesetzte Forderung des französischen Volkes nach Anerkennung als Souverän und formulierte den Aufbau eines diesen neuen Bedingungen entsprechenden republikanischen Regimes als zentrale Zielsetzung.²¹³

Ideelle Referenzen des republikanischen Modells waren die philosophischen Grundlagen der Aufklärung und des Positivismus: Der Mensch als vernunftbegabtes Wesen, befreit vom

²¹² Zu nennen wären hier beispielsweise eine traditionalistische konter-revolutionäre Strömung, die Ideale der die Revolution stützenden liberalen Bewegungen sowie demokratische Tendenzen, deren Vertreter die Ergebnisse der Revolution noch weiter fortschreiben wollten.

²¹³ Vgl. zum republikanischen Modell u.a. Serge Berstein/Odile Rudelle (Hg.) (1992): *Le Modèle républicain*, Paris; Serge Berstein (Hg.) (2003): *Les cultures politiques en France*, 2. Aufl., Paris, bes. S. 119ff.; Serge Berstein/Michel Winock (Hg.) (2004): *La République recommencée. De 1914 à nos jours*, Paris. Vgl. auch Hoffmann (1963), a.a.O. sowie das Kapitel „Paradoxes d’une ‚société bloquée‘. La marche vers la crise (1914-1936)“, in: Ingo Kolboom (1988): *La revanche des patrons. Le patronat français face au Front populaire*, Paris, S. 39ff. und S. 73 und Ders. (1989b): „Wie modern war die Dritte Republik? Von der ‚Zerstörung der republikanischen Synthese‘ zur Revision der ‚blockierten Gesellschaft‘“, in: Hartmut Elsenhans (Hg.) (1989): *Frankreich – Europa – Weltpolitik: Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag*, Opladen, S. 61-72. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Quellen.

metaphysischen Ballast der Religion, war endlich angekommen in einem Zeitalter des Fortschritts und der Wissenschaft und konnte auf dieser Grundlage die Organisation seiner Gesellschaft selbst in die Hand nehmen. Die laizistische Schule, wie sie unter Jules Ferry in den 1880er Jahren eingeführt wurde, war die wichtigste Vermittlungsinstanz für die Prinzipien und die Weltsicht des republikanischen Modells. Ihre Einrichtung und die damit zugleich erfolgende Zurückdrängung des Einflusses der Kirche auf die Schulausbildung waren bedeutende Schritte im Prozess der Etablierung des republikanischen Modells in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Wichtigste parteipolitische Strömung des republikanischen Modells war der *Radicalisme*. Im Bereich der staatlichen Institutionen stellte das republikanische Modell die Bewahrung der individuellen Freiheit in den Mittelpunkt. Zu diesem Zweck setzten sich in der institutionellen Praxis die Nationalversammlung und der Senat als dominierende Institutionen durch. Auch in sozialer Hinsicht stellte das republikanische Modell eine Synthese dar, zwischen der Verantwortung des einzelnen und dem nur bei Bedarf korrigierenden Eingreifen des Staates, der sich sozialpolitisch ansonsten zurückhielt. Der Solidarismus, hauptsächlich vertreten von Léon Bourgeois, fasste die Grundlagen und Zielsetzungen der Sozialpolitik der III. Republik zusammen: Angestrebt wurde eine Gesellschaft von selbständigen Eigentümern kleiner Betriebe, deren Unabhängigkeit durch ihre Besitztümer garantiert wurde. Diese Ausrichtung auf den traditionellen Mittelstand entsprach der sozialen und ideologischen Dominanz dieser Klasse in der französischen Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Außenpolitisch war die republikanische Kultur gekennzeichnet durch einen aus dem Erbe der Revolution übernommenen Patriotismus. Dieser Patriotismus war zwar die Grundlage für die Errichtung des französischen Kolonialreiches. Er verstand sich jedoch nicht primär als erobernd und dominierend²¹⁴, sondern als Träger einer zivilisatorischen Mission mit dem Ziel der Verbreitung der französischen Kultur.

Mit den Folgen des Ersten Weltkrieges begann eine dauerhafte Krise des republikanischen Modells, das nicht mehr geeignet schien, adäquate Lösungen für die Probleme und Antworten auf die Bedürfnisse der französischen Gesellschaft zu finden.²¹⁵ Das autoritäre Vichy-Regime als Gegenmodell zur republikanischen Kultur entfernte selbst den Namen Republik aus seiner Bezeichnung des französischen Staates. Die Gründung der IV. Republik im Jahr 1946 bedeutete zwar eine Rückkehr zur republikanischen Staatsform mit den entsprechenden

²¹⁴ Idealtypisch dargestellt in der staatsbürgerlichen „Bibel“ der III. Republik: *Le Tour de la France par Deux Enfants* von G. Bruno (Pseudonym von Augustine Fouillée, geb. Tuillerie), 1. Aufl. Paris 1877.

²¹⁵ Vgl. „La rupture des équilibres 1914-1939“, in: Berstein/Winock (Hg.) (2004), a.a.O., S. 13ff. sowie Kolboom (1988), a.a.O., S. 71 und Ders. (1989), a.a.O.

Institutionen.²¹⁶ Allerdings konnte das republikanische Modell nicht mehr die gleiche Dominanz entfalten wie in der in Diskredit gefallenen III. Republik. Insbesondere im sozialen Bereich kamen neue Fragen auf, bei deren Beantwortung sich die mittelständisch geprägte republikanische Kultur starker Konkurrenz ausgesetzt sah. Diese entstammte besonders dem marxistischen Lager, kam aber auch von Seiten eines nunmehr interventionistischen Staates, der mit Sozialversicherung und Planwirtschaft *à la française* ein staatlich gesteuertes Sozial- und Wirtschaftsmodell einführte. Auch die wirtschaftliche Situation der beginnenden *Trente Glorieuses* entsprach nicht mehr den Bedingungen, unter denen das republikanische Modell seine volle Strahlkraft entfalten konnte. Die politische Schwäche und kurze Lebensdauer der Regierungen und die Unfähigkeit der Institutionen, die Algerienfrage zu lösen, führten schließlich zum Ende der IV. Republik.²¹⁷

Die V. Republik führt in ihrer politischen Kultur wichtige ideologische Elemente der republikanischen Kultur der letzten Jahrzehnte des 19. und der ersten des 20. Jahrhunderts fort.²¹⁸ In einigen Bereichen brach sie jedoch radikal mit den Grundprinzipien des Republikanismus, wie er zu Zeiten der III. Republik verstanden wurde. Vor allem der Gaullismus brachte neue Elemente ein und prägt bis heute entscheidend das Bild der politischen Kultur der V. Republik. Diese ist daher zu kennzeichnen als Synthese zwischen traditionellen Elementen des republikanischen Modells und Elementen eines Nationalismus' gaullistischer Prägung. De Gaulles politische Vorstellungen, die er ab 1958 in der Verfassung der V. Republik umsetzen konnte, bedeuteten besonders durch die Dominanz der Exekutive und die damit einhergehende Abwertung von Nationalversammlung und Senat eine Abkehr von den Traditionen der vorangegangenen französischen Republiken. Im Verlauf der Amtszeiten de Gaulles als Staatspräsident, und fortgesetzt unter seinem Nachfolger Pompidou, fand diese neue Ausgestaltung des Regimes jedoch breite Zustimmung und Anerkennung in der französischen Bevölkerung. Auch politische Gegner de Gaulles übernahmen als seine Nachfolger im Präsidentenamt die durch den General geprägte grundsätzliche Ausrichtung der Institutionen und der Verfassungspraxis, so dass von einem Übergang der Vorstellungen de Gaulles von politisch einer bestimmten Gruppe zuzuordnenden Ideen (*référence partisane*) hin zu einem Teil des politisch-kulturellen

²¹⁶ Vgl. dazu auch Kolboom (1993a), a.a.O., hier S. 25f.

²¹⁷ Vgl. „Effondrement et replâtrage du modèle républicain 1940-1962“, in: Berstein/Winock (Hg.) (2004), a.a.O., S. 155ff.

²¹⁸ Vgl. „Le modèle V^e République depuis 1962“, in: ebd., S. 321ff.

Allgemeinguts (*référence patrimoniale*) der V. Republik des ausgehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts gesprochen werden kann.²¹⁹

2. Politische und außenpolitische Kultur der V. Republik

Grundlagen und Prinzipien

Für die V. Republik lassen sich folgende Aspekte der dominanten politischen Kultur festhalten: Wesentliches Element ist die große Bedeutung des starken (Zentral-)Staates. Anders als beispielsweise in Deutschland ging in Frankreich die Existenz des Staates der Nationenbildung voraus und hat dementsprechend großen Einfluss genommen auf die Entstehung des französischen Selbstverständnisses.²²⁰ Dem Staat wird seit 1944 auch bei der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts eine wichtige Rolle zugeschrieben. Er besitzt einen „Lenkungsanspruch gegenüber der Wirtschaft“²²¹ und außerdem, an die Tradition des Colbertismus anknüpfend, eine wichtige Funktion bei der Förderung der nationalen Industrie. Weiterhin wird der Staat als Garant des Gemeinwohls und des innergesellschaftlichen sozialen Ausgleichs gesehen. Entsprechend positiv ist die Einstellung der meisten Franzosen zum *service public*, in dessen Rahmen der Staat Aufgaben beispielsweise in Bildungs- und Erziehungsfragen, in der Gesundheits- oder Beschäftigungspolitik sowie im Transportwesen wahrnimmt.

Mit der starken Stellung des Staates einher geht ein auf die Revolution von 1789 zur ckweisendes Misstrauen gegenüber Zwischengewalten, beispielsweise in Form von Gebietskörperschaften, Parteien, Gewerkschaften oder Interessengruppen. Dezentralisierungstendenzen zugunsten der Regionen und Départements haben den Zentralismus in bestimmten Bereichen zwar etwas abgeschwächt, insgesamt bleibt er jedoch dominant.²²² Die Ablehnung von Zwischengewalten zeigt sich nicht nur in der überragenden Rolle des Zentralstaates. Die schwache Stellung von Parteien, Gewerkschaften und Interessengruppen erklärt sich auch aus dem ebenfalls aus der Revolution übernommenen Gedanken der Gleichheit (* galit *), der keinen Raum für Gruppen- oder gar Einzelinteressen lässt. Im Idealbild besteht die französische Gesellschaft aus gleichberechtigten Individuen, deren Interessen in einer *volonté générale* zusammenfinden, die wiederum durch den

²¹⁹ Vgl. Berstein (Hg.) (2003), a.a.O., S. 160 sowie Ders. (2002): *Chef de l'Etat. L'histoire vivante des 22 présidents   l'épreuve du pouvoir*, Paris, S. 162ff.

²²⁰ Vgl. dazu u.a. Röseberg (2001), a.a.O., S. 37ff.

²²¹ Henrik Uterwedde (2005): „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 173-191, hier S. 173.

²²² Vgl. dazu u.a. Vincent Hoffmann-Martinot (2009): „Kann die Französische Republik sich dezentralisieren?“, in: Schild/Uterwedde (Hg.) (2009), a.a.O., S. 117-138.

republikanischen Zentralstaat repräsentiert und umgesetzt wird.²²³

Trotz der prinzipiell positiven Einschätzung der Rolle des Staates in Frankreich ist das Verhältnis der Franzosen zu ihrem Staat aber widersprüchlich. Wie jede Autorität ruft auch der dominante Staat Widerstand und Protest gegen bestimmte Entscheidungen oder Entwicklungsrichtungen hervor. Konflikte zwischen einzelnen Bürgern und dem Staat können jedoch wegen der weitgehend fehlenden gesellschaftlichen Zwischenkräfte kaum kanalisiert werden. Proteste werden in Frankreich daher häufig öffentlichkeitswirksam auf der Straße, zumeist in Form von Großdemonstrationen oder Streiks ausgetragen und tragen z.T. anarchistische Züge. Marieluse Christadler fasst das schwierige Verhältnis der Franzosen zum Staat wie folgt zusammen:

„In Frankreich hat der Staat die Nation geschaffen und sie durch Sprache, Verwaltung und Bildungswesen zu einem homogenen sozialen Körper vereinheitlicht; er hat die Strukturen des Landes, seine politischen und gesellschaftlichen Organisationsformen geprägt, und zwar so, dass diese wiederum die Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Angesichts dieser Bedeutung des Staates für die politische Kultur Frankreichs versteht man, dass die Franzosen auf das ‚französische Modell‘ nicht ohne weiteres verzichten möchten. Selbst wenn sie in Protestaktionen die Politik des Staates bekämpfen, bleiben sie auf ihn fixiert.“²²⁴

Das Führungspersonal der wichtigen Institutionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft rekrutiert sich im wesentlichen aus den Elitehochschulen und weist daher eine große Homogenität auf. Auch das französische Selbstverständnis und die politische Kultur der V. Republik werden auf diese Weise weitgehend ungebrochen weitervermittelt.²²⁵

Der auf die Französische Revolution zurückgehende Links-Rechts-Gegensatz ist bis heute konstitutiv für das politische Leben in Frankreich und stellt ein weiteres wichtiges Element

²²³ Vgl. zu den im vorstehenden Teil erläuterten Aspekten u.a. Richard Münch (2005): „Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 19-44. Vgl. auch die Einschätzung von Yves Mény: „Die jahrhundertelange Vorherrschaft des Staates und die Unterdrückung organisierter Gruppen sind nicht dazu angetan, eine Bündelung der Interessen zu fördern. [...] Der republikanische, d.h. konventionelle Diskurs beharrt folglich auf dem Gegensatz zwischen Gemeinwohl (übergeordnet und edel) und Privatinteressen (immer persönlich, egoistisch und deshalb im Widerspruch zum Gemeinwohl). Diese sprachliche Dichotomie und wertemäßige Hierarchie wird durch institutionelle Strukturen verstärkt, die seit jeher vorgeben, das Gemeinwohl zu definieren und zu vertreten: die Regierung natürlich, aber allgemeiner auch die politisch-administrativen Institutionen. Die Führungsgruppen der Staatsverwaltung (*Grands corps*) und insbesondere die mächtigsten unter ihnen – Finanzaufsichtsbehörde, Rechnungshof, Staatsrat sowie die Elitehochschulen Ponts et Chaussées, Ecole polytechnique und Ecole nationale d’administration (ENA), deren Absolventen in diese hochrangigen Institutionen gelangen – haben sich im Laufe der Zeit angemaßt, dieses Gemeinwohl zu definieren. [...] Der Diskurs über das Gemeinwohl genießt eine große Legitimität, weil er den Wertvorstellungen der Republik entspricht, stark institutionalisiert ist und von den Eliten, die zugleich sein Verkünder und Nutznießer sind, kontinuierlich unterstützt wird. Die Interessengruppen hingegen leiden gleichzeitig unter ideologischem Misskredit und institutioneller Schwäche.“ Yves Mény (2005): „Interessengruppen in Frankreich. Von Pluralismus keine Spur“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 286-301, hier S. 287f.

²²⁴ Christadler (2005), a.a.O., hier S. 236.

²²⁵ Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Mény (2005), a.a.O.

der politischen Kultur dar. Diese Tatsache spiegelt sich auch im Parteiensystem der V. Republik wieder. Die lange Zeit das politische Leben prägende sogenannte *quadrille bipolaire* mit der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei auf der Linken sowie der UDF und den Gaullisten auf der Rechten als jeweils dominierende Gruppierungen existiert zwar nicht mehr. Auf beiden Seiten des Spektrums haben sich die politischen Kräfte in zahlreiche Einzelparteien aufgesplittert. Versuche, die politische Mitte dauerhaft parteipolitisch zu besetzen, wie zuletzt von François Bayrou und seinem Zusammenschluss „Modem“ (*Mouvement démocratique*), sind in der V. Republik jedoch bisher immer gescheitert.²²⁶

*Herausforderungen der französischen politischen Kultur*²²⁷

Wesentliche Definitionselemente der französischen politischen Kultur werden seit mehreren Jahrzehnten und in zunehmendem Maße durch innerfranzösische und internationale Entwicklungen herausgefordert. Im Inneren zeigt sich, dass das der Selbstdefinition der französischen Nation zugrundeliegende Bild einer egalitären Gesellschaft immer weniger der Realität entspricht. Viele Einwanderer und ihre Nachkommen insbesondere maghrebischer Herkunft identifizieren sich beispielsweise nicht mit der auf Gleichheit und universeller Gültigkeit ihrer Grundsätze bedachten Republik und sind dementsprechend nicht bereit, die von der Republik als Voraussetzung für die Geltung der Gleichheit geforderte Assimilationsleistung zu erbringen. Die traditionellen Vermittlungsinstanzen der republikanischen Werte wie die inzwischen abgeschaffte Wehrpflicht, das Schulwesen oder die Arbeitswelt (Fabriken etc.) erreichen längst nicht mehr alle Franzosen. Die laizistische französische Republik muss sich außerdem mit dem Islam auseinandersetzen, der Religion

²²⁶ Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Michael Erbe (2008): „Les Gauches, les Droites: zwei französische ‚Völker‘“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel (Hg.) (2008), a.a.O., S. 543-549 sowie Schild (2005b), a.a.O.

²²⁷ Vgl. zu den Herausforderungen der politischen Kultur u.a. Jürg Altwegg (2008): „Politische Kultur der V. Republik“, in: Kolboom/Kotschi/Reichel (Hg.) (2008), a.a.O., S. 564-568 und Christadler (2005), a.a.O., sowie zur politischen Kultur allgemein Bellers (1999), a.a.O., S. 100ff. und Picht (1990), a.a.O., S. 222-227. Vgl. außerdem Philippe Moreau Defarges' Einschätzung: „La France apparaît confrontée à l'usure et à l'impuissance des principaux ingrédients de son modèle. Ainsi l'Etat-providence, cœur du consensus national édifié dans l'enthousiasme de la Libération, porté par le réveil démographique de la France, la croissance des ‚trente glorieuses‘ et le plein emploi, est-il frappé de plein fouet par l'incertitude économique, le chômage et le vieillissement de la population. Quant à l'Etat colbertiste, guide de l'ambition technologique française, il se révèle comme archaïque par l'insuffisance de ses moyens, notamment industriels et financiers, l'amplification de la compétition, l'internationalisation des grandes entreprises et de privatisation. L'école républicaine, creuset de l'identité française, ne connaissant que des individus, se trouve menacée par les revendications communautaristes et d'abord islamiques (affaires du voile ou du foulard). L'Etat jacobin, gardien de l'unité et de la souveraineté françaises, est mis en cause tant par le bas – décentralisation, régionalisation – que par le haut – multiplication des liens juridiques internationaux et surtout européens. Enfin la marque gaullienne – l'indépendance nationale –, la France bénéficiant du rang de vainqueur à l'issue de la Seconde Guerre mondiale et, en premier lieu, de la division de l'Allemagne, résiste mal à l'écroulement de l'antagonisme Est-Ouest et aux transformations de ce qui était le Tiers-Monde dans les années 60.“ Moreau Defarges (1996a), a.a.O., S. 43.

von mehr als fünf Millionen Menschen in Frankreich. Identitätsfragen stellen sich daher in Frankreich mit neuer Dringlichkeit und brechen sich häufig gewaltsam Bahn, wie beispielsweise bei den Unruhen in den Pariser Vorstädten im Herbst 2005.²²⁸ Als weiteres konstitutives Element der politischen Kultur ist auch das französische Verständnis der Rolle des Staates in Wirtschaftsfragen und die u.a. daraus resultierende französische Ablehnung des weltweit dominanten Wirtschaftsliberalismus in Zeiten der Globalisierung immer schwieriger aufrecht zu erhalten. Auch die fortschreitende europäische Integration stellt wichtige Elemente der französischen politischen Kultur in Frage, wie unten noch weiter ausgeführt wird.

*Die französische außenpolitische Kultur*²²⁹

Wesentliches Ziel französischer Außenpolitik ist die Wahrung des Ranges Frankreichs in der Welt, seiner Strahlkraft (*rayonnement*) und seiner Größe (*grandeur*). Häufig ist die mit diesen Attributen verbundene Politik stark symbolisch aufgeladen – in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt mit dem Ziel, den realen Einflussverlust des Landes durch das Ende der Kolonialzeit, das Ende des Kalten Krieges und die Globalisierung rhetorisch zu verschleiern. Frankreich sieht sich selbst als Vormacht demokratischer Ideale in der Welt und verbindet sein internationales Auftreten mit dem Bestreben, die französische und damit die demokratische bzw. republikanische Zivilisation zu verbreiten. Diese heute nur noch rhetorisch präsente Idee war in früheren Jahrhunderten auch die konzeptionelle Basis für territoriale Eroberungen und prägendes Element des französischen Kolonialismus. In ihren Grundlagen knüpft diese Idee an den Nationalismus aus der Zeit der Französischen Revolution mit seiner zivilisatorischen Mission an.²³⁰ Die normative Ausrichtung der Außenpolitik an den Idealen von 1789 spielt auch in der V. Republik noch eine wichtige Rolle, verbunden mit einer statusbetonten theoretischen Fundierung der französischen internationalen Präsenz. Frankreich definiert sich selbst über seine Stellung als ehemalige Großmacht, Siegermacht des Zweiten Weltkrieges und Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Daraus abgeleitet wird ein weltweiter

²²⁸ Vgl. zu diesen Aspekten Sabine Ruß (2009): „‘Equité, parité, diversité’ oder: Wie die Republik ‚Gleichheit‘ definiert“, in: Schild/Uterwedde (Hg.) (2009), a.a.O., S. 65-86 sowie Inga Berthold (2007): *Immigration und Integration in Frankreich. Historische, politische und gesellschaftliche Aspekte vor dem Hintergrund der Unruhen in den Banlieues im Herbst 2005*, Saarbrücken.

²²⁹ Vgl. zu den im folgenden Abschnitt erwähnten Aspekten u.a. Vaïsse (2009), a.a.O., Bellers (1999), a.a.O. und Kolboom/Stark (2005 und 2011), a.a.O.

²³⁰ Dieser französische Universalismus ist kein Novum der Revolution, sondern knüpft *ex negativo* an den katholischen Messianismus und Universalismus des *Ancien Régime* an (Frankreich als „*filie aînée de l’Eglise*“). Vgl. Serge Arnaut/Michel Guillon/Albert Salon (2002): *Les défis de la Francophonie. Pour une mondialisation humaniste*, Paris, S. 15ff.

Geltungsanspruch für die französische Politik, der den Realitäten heute jedoch nur noch bedingt entspricht.²³¹

Multilaterale Einbindung

Frankreich engagiert sich im Rahmen der UNO, der NATO, der OSZE und den europäischen Institutionen, ist also bereit, sich in internationale Strukturen einzubinden. Dies gilt jedoch nur, solange es dennoch ein möglichst großes Maß an Unabhängigkeit bewahren kann. Daher liegt die französische Präferenz bei der europäischen Integration bereits seit deren Beginn klar bei intergouvernementalen Strukturen. Supranationalen Integrationsritten wird nur zugestimmt, wenn Frankreich im Gegenzug einen eindeutigen Vorteil für sich verbuchen kann. Seine Beteiligung an der europäischen Integration ist für Frankreich immer auch der Versuch, das nationale Interesse in den internationalen Raum zu verlängern. Europa wird zum „Resonanzkörper für Frankreichs weltpolitische Stimme“²³².

*Militärische und sicherheitspolitische Unabhängigkeit*²³³

Wie wichtig die Bewahrung seiner Unabhängigkeit für Frankreich auch im militärischen Sinne ist, zeigt sich an seiner Haltung zur NATO. Nachdem de Gaulle 1966 die integrierten Militärstrukturen verlassen hatte, um nicht dem dominanten Einfluss der USA unterworfen zu sein, veränderte erst Nicolas Sarkozy diesen Grundsatz der französischen Außen- und Sicherheitspolitik.²³⁴ Besonders unter den Bedingungen des Kalten Krieges waren sowohl der Rückzug Frankreichs aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO als auch der Aufbau der *force de frappe* Ausdruck des französischen Wunsches nach Unabhängigkeit von den beiden Großmächten. Auch im 21. Jahrhundert legt Frankreich Wert auf seine Unabhängigkeit, was sich beispielsweise in seinem Eintreten für eine multipolare Welt ausdrückt. Diesem Konzept, das sich v.a. gegen eine zu starke Dominanz der Vereinigten Staaten richtet, entsprechend, steht Frankreich multilateralen Verfahren in der internationalen Politik positiv gegenüber. Im Rahmen der UN ist Frankreich daher offen für den Einsatz französischer Truppen, beispielsweise gegen massive Menschenrechtsverletzungen oder im

²³¹ Vgl. dazu Kolboom (1989), a.a.O., sowie Elsenhans (1989), a.a.O.

²³² Kolboom/Stark (2005), a.a.O., S. 370.

²³³ Vgl. zu den im folgenden Abschnitt erwähnten Aspekten u.a. Michael Meimeth (2005): „Sicherheits- und Verteidigungspolitik im neuen Umfeld“, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.) (2005), a.a.O., S. 402-417 sowie das Kapitel „Ami, allié, non-aligné“, in Vaïsse (2009), a.a.O., S. 170-227.

²³⁴ Auch wenn Jacques Chirac in den ersten Jahren seiner ersten Amtszeit zunächst eine Politik der Wiederannäherung an die NATO betrieb, hat sich das Verhältnis zur NATO erst unter Sarkozy vollständig gewandelt. Im Jahr 2009 ist Frankreich in die integrierten Strukturen zurückgekehrt. Vgl. u.a. Dominique David (2008): „France/OTAN. La dernière marche“, in: *Politique étrangère* 2/2008, S. 429-441.

Sinne der Durchsetzung des Völkerrechts. Frankreich beansprucht bei multilateralem Engagement häufig die Führungsrolle für sich, was auch in diesem Punkt das Streben nach der Bewahrung seiner Unabhängigkeit deutlich werden lässt. Hier zeigt sich außerdem auch wieder eine Verbindung zur normativen Fundierung der französischen Außenpolitik mit ihrer Orientierung an den Idealen von 1789.²³⁵

3. Französische politische Kultur und europäische Integration

Die französische Europapolitik wird seit den Anfängen der Integration von einem Grundwiderspruch geprägt: Frankreich wünscht sich ein starkes und handlungsfähiges Europa, ist jedoch nur in sehr eingeschränktem Maße bereit, zur Verwirklichung dieses Ziels eigene Souveränität abzugeben. Dieser Widerspruch findet sich wieder bei einer vergleichenden Betrachtung der Grundelemente der französischen politischen Kultur auf der einen und der Funktionsmechanismen und Prinzipien der europäischen Integration auf der anderen Seite. Paul Magnette spricht sogar von einer regelrechten Gegensätzlichkeit zwischen der nationalen französischen und der europäischen Ebene:

„Le lien entre la crise française et le rejet de l’Europe est double. L’Europe symbolise tout ce qui a du mal à s’intégrer dans la culture politique française: le libéralisme, une certaine ouverture à l’autre, une certaine modernité, le marché et le droit préférés à la ‚grande politique‘. En fait, tout ce qui est l’antithèse de la culture politique française.“²³⁶

Vor dem Hintergrund der oben stehenden Ausführungen zur politischen Kultur in Frankreich lassen sich mehrere Punkte herausarbeiten, in denen das nationale französische Selbstverständnis und die europäischen Integrationsstrukturen auf unterschiedlichen Grundlagen stehen.

Unteilbare nationale Souveränität und fehlende Kompromisskultur

Die französische politische Kultur geht ihrem Selbstverständnis nach vom Volk als einzigem Träger der Souveränität aus. Diese Souveränität ist nicht teilbar. Der Rahmen, in dem sie ausgeübt wird, ist der Nationalstaat. Eine teilweise Abgabe der nationalen Souveränität an eine höhere Ebene wird in der französischen politischen Kultur als Schwächung des nationalen politischen Willens angesehen, wie beispielsweise Thierry Chopin konstatiert:

²³⁵ Vgl. zur französischen *diplomatie multilatérale* Vaïsse (2009), a.a.O., S. 487-521, mit zahlreichen weiteren Verweisen.

²³⁶ Paul Magnette: „L’Europe symbolise tout ce qui a du mal à s’intégrer dans la culture politique française“, *Propos recueillis par Thomas Ferenczi et Jean-Pierre Stroobants, Le Monde* 9.4.2006. Paul Magnette war 2006 Direktor des Institut d’études européennes der Université libre de Bruxelles und Dozent am Institut d’études politiques in Paris.

„[...] pour un esprit formé par l'héritage républicain, tout transfert de fonctions de souveraineté à l'échelle supranationale est assimilé à une perte d'autonomie et de volonté politique nationale. Dans cette perspective, les transferts de compétence semblent mettre en cause le cadre de l'Etat lui-même en opérant un partage et une division de la souveraineté.“²³⁷

Gérard Bossuat argumentiert ähnlich:

„Les responsables politiques français au pouvoir, sauf Robert Schuman et René Pleven, ont toujours hésité à proposer clairement le partage de la souveraineté nationale. Les présidents de la République réputés ‚européens‘, Giscard d'Estaing et Mitterrand, ont pris des dispositions pour relancer ou approfondir les institutions existantes; ils n'ont pas fait un acte de rupture en faveur de la souveraineté communautaire européenne qui signifierait l'affaiblissement de l'autorité de l'Etat et, pensent-ils, le délitement de la nation, la fin peut-être des valeurs de 1789. Le poids de la culture et de l'histoire joue.“²³⁸

Die französische Tradition des Zentralstaates ist die institutionelle Abbildung der unteilbaren nationalen Souveränität. Im Gegensatz zu föderalen Staaten, wie beispielsweise der Bundesrepublik, wird die politische Macht in Frankreich nicht zwischen verschiedenen gleichberechtigten Autoritäten auf unterschiedlichen Ebenen aufgeteilt. Damit entfällt auch die in Deutschland beispielsweise in Verhandlungen zwischen Bund und Ländern notwendige Suche nach Kompromissen als prägendes Element der politischen Praxis. Im Rahmen der EU existieren dagegen mehrere gleichberechtigte Institutionen, deren Aufgaben sich zwar unterscheiden, durch deren Zusammenwirken jedoch politisches Handeln erst möglich und wirksam wird. Durch diesen Mechanismus, in dem neben den z.T. unterschiedlichen Positionen der einzelnen europäischen Institutionen auch noch die heterogenen Interessen der mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen sind, ist eine Kultur des Kompromisses wesentlicher Bestandteil des politischen Tagesgeschäfts in Brüssel und Straßburg. Auch hier besteht also ein Gegensatz zwischen der politischen Praxis in Frankreich und derjenigen der EU. Das Aushandeln einer für alle tragbaren Position zwischen verschiedenen gleichberechtigten Akteuren gehört nicht zu den üblichen Verfahrensweisen der französischen Politik. An deren Stelle steht vielmehr ein übergeordneter Schiedsrichter, der zwischen zwei Positionen entscheidet, sei es abstrakt in Form von Gesetzen, sei es in der Person des Staatspräsidenten. Pascal Lamy sieht daher sogar eine dezidierte Ablehnung einer Kultur des Kompromisses als Element der französischen politischen Kultur:

„La culture politique française est mal à l'aise avec l'idée de compromis, trop souvent connotée à la compromission. [...] Nous avons, depuis toujours, le culte de la loi comme

²³⁷ Thierry Chopin (2005): *La culture politique française face à l'Europe*, Questions d'Europe – Les Policy Papers de la Fondation Robert Schumann, n° 6, Oktober 2005. Vgl. zu diesem Punkt ebenfalls das Interview mit Paul Magnette (FN 236).

²³⁸ Bossuat (2007), a.a.O., S. 14.

instrument prédominant de la puissance publique et la culture de l'arbitrage comme mode d'élaboration et de représentation de la décision publique – l'arbitrage contre la coalition ou le consensus. Le système institutionnel s'apparente à un système pyramidal hiérarchisé, sacralisé, confiant la décision au chef plutôt qu'au système délibératif – ce dont les institutions de la V^e République sont la parfaite incarnation. Dans ce modèle, le compromis n'a pas de valeur. On préférera toujours la présentation d'une décision comme fruit d'un rapport de forces où il y a un ‚gagnant‘ et un ‚perdant‘. Un premier ministre passant à la télévision pour annoncer le succès d'un compromis ne sera pas forcément bien reçu!“²³⁹

Rolle des Staates

Die Europäische Union (EU) ist ein Gebilde *sui generis*.²⁴⁰ Die Funktionsmechanismen und Ziele eines Nationalstaates lassen sich also nicht einfach auf sie übertragen. Die Erwartung, dass dies möglich sei, wird jedoch in Frankreich geweckt von einer quer durch die Parteien verwendeten Argumentationsweise, welche die Europäische Union quasi als Verlängerung Frankreichs darstellt. Das Ziel einer Union von 27 Staaten kann jedoch nicht die Vertretung der Interessen nur eines dieser Staaten sein, und dass sich alle anderen 26 Staaten immer der französischen Haltung anschließen, ist so gut wie ausgeschlossen. Enttäuschungen bei den französischen Bürgern sind also vorprogrammiert, wenn ihnen die politische Führung ein Bild von Europa als größerem Frankreich als Zielsetzung der französischen Europapolitik präsentiert. Da die EU kein Staat ist, kann sie auch nicht die hohen Erwartungen erfüllen, welche die Franzosen aus ihrer nationalen Erfahrung heraus an den Staat richten. Französische Traditionen und die europäische Realität können daher auch in diesem Punkt nicht in Einklang gebracht werden, wie Pascal Lamy ebenfalls feststellt:

„[...] l'Europe n'est pas un Etat. Et les Français, là aussi, sont victimes de ce syndrome étatique. Ils ont tendance à considérer que construire l'Europe c'est construire un Etat européen, une ‚grande France‘ qui va régler les problèmes.“²⁴¹

Die zentrale Rolle des Staates ist auch für einen weiteren Bestandteil der politischen Kultur in Frankreich von Bedeutung: die Ablehnung des Liberalismus als grundlegendem Funktionsprinzip der Wirtschaft. In Frankreich dominiert auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch ein von Staaten bestimmtes Bild der internationalen Wirtschaft. Die Globalisierung, in deren Folge die Staaten immer mehr an Gestaltungskraft einbüßen, wird

²³⁹ „Leçon de social-démocratie“, Entretien avec Pascal Lamy, Propos recueillis par Alain Frachon, *Le Monde* 2, 27.08.2005. Der Sozialist Pascal Lamy war Kabinettschef von Jacques Delors während dessen Amtszeit als Präsident der Europäischen Kommission. Nach einer Zeit bei Crédit lyonnais kehrte Lamy 2002 als Handelskommissar nach Brüssel zurück. Seit 2005 ist er Generaldirektor der Welthandelsorganisation.

²⁴⁰ Vgl. u.a. Jürgen Mittag (2008): *Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart*, Münster, bes. S. 9-20.

²⁴¹ „Leçon de social-démocratie“, Entretien avec Pascal Lamy, Propos recueillis par Alain Frachon, *Le Monde* 2, 27.08.2005.

u.a. aus diesem Grund in Frankreich in erster Linie als negative Entwicklung und als Zwang betrachtet. Die Chancen, die sich durch die zunehmende weltweite Vernetzung auch der französischen Wirtschaft und den französischen Verbrauchern bieten, werden erst in zweiter Linie gesehen. Die Europäische Union soll daher, in den Augen vieler Franzosen, als Bollwerk dienen, um die nationalen Ökonomien gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Dies kann jedoch nur bedingt gelingen. Die Union stellt selbst einen integrierten Binnenmarkt dar und ist durch ihre Wirtschaftskraft einer der wichtigsten Akteure weltweit. Es kann ihr daher nicht um ein Verhindern der Globalisierung gehen, sondern darum, diese, ihren eigenen wirtschaftlichen und sozialen Prinzipien entsprechend, aktiv und konstruktiv mitzugestalten. Dies ist in Frankreich nur schwer zu vermitteln. Die großen Proteste, die beispielsweise im Kontext der Verfassungsdebatte 2005 die von EU-Kommissar Frits Bolkestein eingebrachte Dienstleistungsrichtlinie in Frankreich hervorrief, zeigten, wie kritisch die Mehrheit der Franzosen Liberalisierungstendenzen gegenübersteht und wie sehr sie die Errungenschaften des staatlich gesteuerten französischen Sozialmodells durch solche Tendenzen gefährdet sieht. Dass eine Liberalisierung gerade im Dienstleistungsbereich, in dem Frankreich stark ist, für ihr Land auch Chancen eröffnet, sehen viele Franzosen nicht, wie die Affäre um den „polnischen Klempner“ im Jahr der Bolkestein-Richtlinie deutlich machte. Die politische Führung hat in diesem Fall für Frankreich positive Aspekte auch nicht vermittelt, sondern sich, im Gegenteil, die Position der Kritiker zu eigen gemacht und sich für deutliche Änderungen der Richtlinie eingesetzt.²⁴²

Französisches Sendungsbewusstsein und Europe puissance²⁴³

Ähnlich problematisch wie die beschriebene Übertragung wirtschafts- und sozialpolitischer Aufgaben vom Nationalstaat auf die EU ist der Versuch, französische außenpolitische Ziele mit Hilfe der EU zu erreichen. Hier kommt ein weiteres Element der französischen (außen-)politischen Kultur zur Geltung, nämlich das auf den Idealen von 1789 basierende weltweite Sendungsbewusstsein der französischen Republik. Auch hier vermitteln französische Politiker gerne den Eindruck, französische Ziele könnten auf die EU übertragen und auf diese Weise besser erreicht werden. Seinen eigenen Traditionen entsprechend strebt Frankreich daher auch

²⁴² Vgl. Amandine Crespy/Giulia Sandry (2009): „Eine ‚Infizierung durch die Linke‘? Der Europadiskurs in Frankreich seit 2000 am Beispiel der Bolkestein-Richtlinie“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2008*, S. 97-116 sowie Nicolas Baverez (2007): „Le plombier polonais“, in: Jérôme Garcin (Hg.) (2007): *Nouvelles mythologies*, Paris, S.25-29. Die Dienstleistungsrichtlinie wird im unmittelbaren Kontext des Verfassungsreferendums im Jahr 2005 noch ausführlicher behandelt. Vgl. die Analyse zum Jahr 2005 in Teil C.

²⁴³ Vgl. zu den im folgenden Abschnitt erwähnten Aspekten u.a. Chopin (2005), a.a.O. sowie Kolboom/Stark (2005), a.a.O.

für Europa die Rolle einer international einflussreichen und weltweit agierenden Macht an, die zu diesem Zweck auch mit den notwendigen militärischen Mitteln ausgestattet werden soll. Dieses Konzept des *Europe puissance* wird jedoch bei weitem nicht von allen anderen EU-Mitgliedsstaaten geteilt. Besonders in der erweiterten Union ist die französische Zielsetzung nicht mehr mehrheitsfähig. Einige der „alten“ EU-Staaten, insbesondere aber die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa sehen ihre Sicherheitsinteressen weltweit durch die NATO bereits sehr gut vertreten und erkennen daher keine Notwendigkeit, im europäischen Rahmen weitere Strukturen aufzubauen. Frankreich geht es aber gerade darum, sich in Europa von den USA unabhängig zu machen, was im Rahmen der NATO nicht möglich ist. Die Rolle, die Frankreich der EU international zudenkt, scheint in einer Union der 27 Staaten schwierig zu verwirklichen. Damit ergibt sich für ein weiteres Element der französischen politischen Kultur ein Widerspruch zu den europäischen Realitäten.

Fazit und Schlussfolgerungen

Thierry Chopin spricht für das Verhältnis der französischen politischen Kultur zur europäischen Integration insgesamt von einem „tropisme hexagonal“, der im Europa des 21. Jahrhunderts nicht mehr haltbar sei:

„Il est donc essentiel de souligner ici que l'Europe ne se construit plus comme une transposition du ‚modèle français‘ à une échelle plus grande: l'Europe ne se construit plus comme un ‚jardin à la française‘, pourrait-on dire. [...] [Il faudrait réduire] le décalage ressenti par la France vis-à-vis de la réalité communautaire, et [lui permettre] d'y prendre toute sa place. Alors même que la France a subi de profondes transformations depuis deux décennies et que l'ouverture internationale l'a conduit à de nombreuses adaptations, notre pays semble parfois figé dans des représentations de lui-même qui le placent en décalage avec son environnement européen. Il nous semble qu'en ‚persévérant dans son être‘, la France approfondira un malaise qui l'empêchera de jouer pleinement son rôle dans l'Europe telle qu'elle est et dans le monde tel qu'il évolue.“²⁴⁴

Chopin sieht also die grundsätzliche Gefahr eines dauerhaften Missverhältnisses zwischen Frankreich und Europa und schlussfolgert daher, dass es für die Zukunft Frankreichs in Europa und in der Welt unbedingt notwendig sei, die Wahrnehmung der Franzosen zu internationalen Themen und besonders zu Europa stärker zu beachten. Nur wenn die französischen Politiker an bestehende Wahrnehmungsmuster anknüpfen, können sie die veränderten Bedingungen für Politikgestaltung im internationalen Rahmen auch nach innen überzeugend vermitteln, so Chopin:

²⁴⁴ Chopin (2005), a.a.O., S. 8.

„[Il faut] mieux prendre en compte l'importance des représentations dans le débat public et [...] s'appuyer sur le cadre de perception des Français pour avoir une chance de le faire évoluer. Ne pas entamer cette réflexion risque d'entraîner la prolongation d'un malaise latent qui empêcherait la France de jouer pleinement son rôle dans l'Europe telle qu'elle est. C'est aussi peut-être une condition *sine qua non* pour rompre avec le doute que les Français nourrissent quant à leur avenir en Europe et dans le monde en mutation.“²⁴⁵

Je größer und damit auch heterogener die Europäische Union wird, desto deutlicher treten die beschriebenen Gegensätze und Unvereinbarkeiten zwischen der französischen politischen Kultur und der europäischen Integration zu Tage. In einer kleinen Gemeinschaft konnten daraus resultierende Schwierigkeiten zum Teil noch umgangen und häufig im Sinne Frankreichs gelöst werden. In einer größeren Union ist dies immer weniger möglich. Im Sinne dieser Feststellung unternimmt die vorliegende Arbeit eine Untersuchung der bestehenden französischen Wahrnehmungsmuster zu Europa und prüft ihre Validität unter den veränderten Bedingungen der europäischen Integration.

²⁴⁵ Ebd., S. 9. Kursivsetzung im Original.

Teil C: Empirische Analyse

Kapitel VI: Die ersten Amtsmonate von Jacques Chirac als französischer Staatspräsident (1995)

Mit seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Mai 1995 übernahm Jacques Chirac von seinem Vorgänger François Mitterrand noch für einige Wochen die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union, die Frankreich im ersten Halbjahr 1995 innehatte. Europa erhielt daher von Beginn seiner Amtszeit an einen wichtigen Platz auf der politischen Agenda Chiracs. Das noch von Präsident Mitterrand und Premierminister Balladur formulierte Programm der Ratspräsidentschaft war, der bis zur Wahl Chiracs bestehenden Kohabitations-Situation entsprechend, sehr allgemeingültig und enthielt keine weitreichenden Zielsetzungen. Die Übernahme des Präsidentenamtes während der französischen Ratspräsidentschaft durch Jacques Chirac hatte dementsprechend keine großen Veränderungen in deren Ausrichtung zur Folge. Schwerpunkte des französischen Programms für den EU-Vorsitz waren u.a. die Durchführung des Weißbuchs der Kommission zu Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung, die Weiterentwicklung von Europol, neue Initiativen im audiovisuellen Bereich, die Unterzeichnung des Stabilitätspaktes sowie eine Stärkung der europäischen Mittelmeerpolitik als Ausgleich zur Osterweiterung, insbesondere durch die Vorbereitung der geplanten Konferenz von Barcelona.²⁴⁶ Die Tatkraft der französischen Ratspräsidentschaft war durch das Zusammenfallen mit dem französischen Präsidentschaftswahlkampf und den anschließenden Lokalwahlen von Beginn an beeinträchtigt. Vom 11. April bis zum 21. Mai fanden beispielsweise wegen des Präsidentschaftswahlkampfes keine europäischen Ratssitzungen statt.²⁴⁷ Außerdem musste sich der französische Ratsvorsitz mit den neuen Bedingungen einer Union der 15 nach dem Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands zum 1. Januar 1995 auseinandersetzen und Veränderungen durch den Amtsantritt der neuen Kommission unter Führung von Jacques Santer Ende Januar berücksichtigen.

²⁴⁶ Vgl. Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1996): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1996): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1995/96*, Bonn/Berlin, S. 307-314, hier S. 307. Vgl. auch François Mitterrand: „Présentation au Parlement européen du programme de la présidence française de l’Union européenne“, Strasbourg, 17 janvier 1995, abgedruckt in: Mitterrand (1996), a.a.O., S. 143-162, hier S. 144f.

²⁴⁷ Das Zusammenfallen von europäischer Führungsverantwortung und nationalen Wahlen in Frankreich war umso unglücklicher, als auch die vorangegangene deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 zu großen Teilen in die Wahlkampfphase zu den Bundestagswahlen im Oktober gefallen war. Vgl. zu den vor dem dargestellten Hintergrund geringen Erwartungen an die französische Präsidentschaft z.B. Jean Quatremer: „Paris, la tête ailleurs“, *Libération* 2.1.1995; Philippe Lemaître: „L’Europe des Quinze va étudier son élargissement à l’Est“, *Le Monde* 3.1.1995 sowie Jean Quatremer: „Le statu quo de la France à la tête de l’Union européenne“, *Libération* 12.4.1995 und Baudouin Bollaert: „Présidence française: feu orange“, *Le Figaro* 6.4.1995.

1. Erste europapolitische Grundsatzentscheidungen des neuen Staatspräsidenten Chirac und der Europäische Rat von Cannes

Pro-europäische neue Regierung und Fortsetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Bereits die Wahl Alain Juppés zum Premierminister war eine erste europapolitische Richtungsentscheidung Jacques Chiracs. Bei den ausländischen Partnern Frankreichs wurde sie nach den positiven Erfahrungen mit Juppé als Außenminister unter Premierminister Balladur in der Kohabitations-Regierung begrüßt. Juppé galt als Anwalt einer vergleichsweise liberalen und pro-europäischen Politik und als Befürworter der Wirtschafts- und Währungsunion.²⁴⁸ In Juppés Regierung waren mit den Ministern für Äußeres und Verteidigung, Hervé de Charette (UDF) und Charles Millon (UDF), sowie dem Europaminister Michel Barnier (RPR) außerdem weitere pro-europäische Kräfte vertreten.²⁴⁹ Chirac bestätigte weiterhin die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und seine Absicht einer Fortführung der französischen Politik in Europa durch eine Einladung an Bundeskanzler Kohl nach Straßburg unmittelbar nach den französischen Präsidentschaftswahlen.²⁵⁰ In den ersten Monaten seiner Präsidentschaft erwog Chirac in der Europapolitik auch eine Annäherung an Großbritannien.²⁵¹ Spätestens mit den beginnenden Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996 beugte er sich jedoch, wie alle seine

²⁴⁸ Hätte sich Chirac bei der Wahl seines Premierministers beispielsweise für den dem Maastricht-Vertrag ablehnend gegenüberstehenden Philippe Séguin entschieden, der schließlich Präsident der Nationalversammlung wurde, wäre das europapolitische Signal ein deutlich anderes gewesen. Vgl. dazu Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1995): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1995): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95*, Bonn/Berlin, S. 305-312, hier S. 307f. Christian Lequesne sprach bei Chirac von einem „Dilemma“, da er dazu gezwungen war, die verschiedenen Prioritäten der ihn unterstützenden Politiker in seiner Politik zu berücksichtigen: „Einerseits gibt es diejenigen, die – wie der Premierminister Alain Juppé oder der frühere Präsident Valéry Giscard d’Estaing – die zukünftige Bestimmung Frankreichs innerhalb einer ‚Macht Europa‘ sehen, die mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wäre (Währung, Verteidigung), um seine Stabilität und seinen Rang innerhalb eines weltweiten Wettbewerbs zu sichern. Andererseits gibt es diejenigen, die – wie der Präsident der Nationalversammlung Philippe Séguin – bemüht sind, die Integrationssymbolik eines republikanischen Staates zu schützen [...]“. Lequesne (1995), a.a.O., hier S. 28.

²⁴⁹ Zur Entscheidung für Juppé vgl. „Le couple Chirac-Juppé“, *Le Monde* 19.5.1995. Zur Zusammensetzung der Regierung vgl. außerdem Olivier Biffaud/Thierry Brehier: „Le gouvernement de M. Juppé porte la marque de M. Chirac“, *Le Monde* 20.5.1995. Vgl. auch de la Serre/Lequesne (1996), a.a.O., S. 309f. und Berstein (2002), a.a.O., S. 249ff.

²⁵⁰ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et M. Helmut Kohl, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, 18.5.1995. Vgl. auch „M. Chirac réaffirme auprès de M. Kohl les engagements de la France“, *Le Monde* 20.5.1995.

²⁵¹ Vgl. Chiracs Aussage bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem britischen Premierminister John Major nach ihrem Treffen in London: „L’Europe étant ce qu’elle est, la qualité de la relation franco-allemande est essentielle pour la faire progresser. La relation franco-allemande est donc nécessaire pour la construction européenne mais elle n’est pas suffisante. Nous ne ferons pas l’Europe sans l’Angleterre. Il est donc essentiel de comprendre les problèmes spécifiques de l’Angleterre. Je pense que la France peut jouer un rôle pour trouver la synergie indispensable à la construction européenne entre l’ensemble des pays de l’Union et notamment entre l’Angleterre, l’Allemagne et la France.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. John Major, Premier ministre du Royaume-Uni, London 30.10.1995.

Vorgänger im Präsidentenamt, der Erkenntnis, dass ein mit ehrgeizigen Zielen verbundenes französisches Engagement in Europa nur in der Zusammenarbeit mit Deutschland gelingen konnte.²⁵² Für Unruhe bei den europäischen Partnern Frankreichs sorgte zu Beginn der Präsidentschaft Chiracs dessen Entscheidung zur Wiederaufnahme der Atomtests im Südpazifik. Chirac sah sich innerhalb der EU und im Europäischen Parlament scharfer Kritik ausgesetzt, verteidigte seine Entscheidung aber mit der notwendigen Wahrung französischer Interessen. Statt der ursprünglich geplanten acht wurden zwar nur sechs Tests durchgeführt und Chirac betonte auch seinen Willen, im Herbst 1996 das Atomwaffenteststop-Abkommen zu unterzeichnen. Auf der internationalen Bühne hatte Chirac dennoch einen schlechten Start. Die UNO verabschiedete sogar eine gegen Frankreich gerichtete Resolution, die auch von einigen europäischen Ländern unterstützt wurde.²⁵³

Der Europäische Rat von Cannes

Nach einem informellen Abendessen im Elysée-Palast mit den europäischen Staats- und Regierungschefs am 9. Juni²⁵⁴ war der Europäische Rat von Cannes am 26. und 27. Juni 1995 das erste europapolitische Großereignis in der Verantwortung des neuen Staatspräsidenten.

²⁵² Vgl. Chiracs Aussage bei seinem Treffen mit Helmut Kohl am 25. Oktober, bei dem u.a. eine deutsch-französische Arbeitsgruppe zur Erarbeitung gemeinsamer deutsch-französischer Positionen für die Regierungskonferenz eingesetzt wurde: „Alors, j’ai voulu faire le point avec le chancelier et je voudrais dire à ceux qui doutent qu’ils sont dans l’erreur et à ceux qui font confiance à la solidité inébranlable de la volonté commune française et allemande de poursuivre dans la voie de la construction de l’Europe, dire à ceux-là qu’ils ont raison. Vous savez, je suis sûr que l’histoire conservera de cette période cet effort considérable qui a été fait en Europe pour organiser les choses de façon à permettre la stabilité, la paix et le progrès économique et social. Et cette politique n’est pas possible sans un accord profond, pas un accord verbal, pas un accord superficiel, mais un accord profond entre la France et l’Allemagne.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, chancelier allemand, 25.10.1995. Vgl. auch Werner Link (2008): „Integration und Differenzierung in Europa unter französisch-deutscher Führung“, in: Ingo Kolboom/Andreas Ruppert (Hg.): *Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren*, Lage, S. 89-101.

²⁵³ Vgl. zur UN-Abstimmung „UNO-Vollversammlung fordert Ende aller Atomtests“, *Süddeutsche Zeitung* 14.12.1995. Vgl. zur Frage der Atomtests außerdem Müller-Brandeck-Bocquet (2004), a.a.O., S. 168f.; Patrick Jarreau (1995): *La France de Chirac*, Paris, S. 170ff. sowie Jolyon Howorth (1996): „A testing time for the pursuit of grandeur“, in: John T.S. Keeler/Martin A. Shain (Hg.) (1996): *Chirac’s Challenge. Liberalization, Europeanization and Malaise in France*, New York, S. 383-396. Vgl. für die mehrheitlich ablehnende Haltung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Débat faisant suite au discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République au Parlement européen, Straßburg 11.7.1995.

²⁵⁴ Das informelle Treffen diente dem Austausch von Standpunkten insbesondere zum Krieg in Jugoslawien sowie zur Vorbereitung des G7-Treffens in Halifax/Kanada und des EU-Gipfels von Cannes. Die Zusammenkunft war außerdem Ersatz für die traditionellen Besuche des amtierenden EU-Ratspräsidenten in allen Hauptstädten der Mitgliedsländer, die Chirac aus Zeitgründen in den wenigen Wochen seiner Präsidentschaft nicht verwirklichen konnte. Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Jacques Santer, Président de la Commission européenne à l’issue du dîner en l’honneur des Chefs d’Etat et de gouvernement de l’Union européenne, Palais de l’Elysée 9.6.1995. Vgl. außerdem „Jacques Chirac reçoit les dirigeants de l’Union européenne à l’Elysée“, *Le Monde* 10.6.1995 und Henri de Bresson : „Seize couverts à l’Elysée pour un séminaire européen“, *Le Monde* 12.6.1995 sowie Jean Quatremer: „Chirac invite l’Europe à l’Elysée“, *Libération* 25.5.1995. Vgl. auch ders.: „Dîner de baptême européen pour Chirac“, *Libération* 10./11.6.1995.

Die Konferenz bildete zugleich den Abschluss der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Am zweiten Gipfeltag von Cannes waren, im Rahmen des Strukturierten Dialogs, die Staats- und Regierungschefs sowie die Außenminister der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas, einschließlich der baltischen Staaten, sowie Maltas und Zyperns zu einem gemeinsamen Mittagessen und einer Arbeitssitzung mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten geladen.

Vorberichterstattung in der Presse

Im Vorfeld des Gipfels von Cannes erhofften sich viele Analysten eine Klärung der europapolitischen Positionen des neuen Staatspräsidenten Chirac.²⁵⁵ Besonders seine Aussagen aus dem Wahlkampf zur Wirtschafts- und Sozialpolitik hatten in Bezug auf Europa Fragen aufgeworfen wegen möglicher Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien als Folge ihrer Umsetzung. Vor der Zusammenkunft von Cannes war besonders die Berichterstattung in *Le Monde* bemerkenswert, denn die Zeitung veröffentlichte unmittelbar vor dem Ratstreffen mehrere Artikel über Haltung und Erwartungen der mittel- und osteuropäischen Staaten in Bezug auf den Gipfel und allgemeiner in Bezug auf die EU. Auf diese Weise wurden die zentralen Herausforderungen der Erweiterung, an deren Lösung die Staats- und Regierungschefs in Cannes arbeiten wollten, auch aus einer anderen als der westeuropäischen Perspektive sehr deutlich. Wie *Le Monde* berichtete, forderten Vertreter der Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa vom anstehenden Europäischen Rat in Cannes feste Zusagen bezüglich Kriterien, Zeitplan und Vorgehensweise für die Beitrittsverhandlungen.²⁵⁶ Die in Cannes geführten Diskussionen über die Erweiterung bzw. die dafür notwendigen institutionellen Reformen sollten den Rahmen abstecken für die konkreten Verhandlungen bei der Regierungskonferenz 1996. Für die mittel- und osteuropäischen Länder war daher ein konstruktiver Ausgang der Verhandlungen von großer Bedeutung. Die Aussicht auf eine Verwirklichung dieser Perspektive beurteilte Daniel Vernet in *Le Monde* allerdings skeptisch:

²⁵⁵ Vgl. z.B. Lequesne (1995), a.a.O. oder Cohen-Tanugi, Laurent (1995): „La politique européenne à l’heure des choix“, in: *Politique étrangère* 4/1995, S. 857-864.

²⁵⁶ Vgl. auch das Interview mit dem tschechischen Präsidenten Vaclav Havel: „L’élargissement de l’Union à l’Est n’est pas une œuvre de charité“, *Le Monde* 23.6.1995, in dem dieser sich wie folgt äußerte: „L’élargissement est dans l’intérêt de l’Europe entière. Nous ne souhaitons pas qu’il soit considéré comme une œuvre de charité. C’est un défi qui a été lancé à l’Europe. Pour la première fois dans son histoire, elle a la possibilité d’édifier son ordre interne selon les principes de la coopération politique et économique sur un pied d’égalité. [...] Nous ne voulons aucune subvention au détriment des autres, nous ne voulons que notre part du gâteau commun. Nous voulons que nos produits, qui cherchent de nouveaux débouchés après l’effondrement du marché artificiel de l’ancien bloc soviétique, aient un accès normal aux marchés européens. Nous voulons tout simplement être un membre légitime de la famille des démocraties européennes, y compris sur le plan économique. J’estime que les craintes sur le coût de l’intégration des pays d’Europe centrale et orientale ne sont que des prétextes pour camoufler l’absence de volonté politique d’élargir l’Union européenne.“

„Que ce soit pour la réforme des institutions, de la PAC ou des fonds structurels, le risque existe que les PECO deviennent un enjeu du débat interne à l'Union européenne; ils seront les boucs émissaires s'il y a des réformes impopulaires; et s'il n'y a pas de réforme, ils resteront à la porte de l'UE. C'est pourquoi leurs dirigeants veulent rentrer de Cannes avec une ‚feuille de route‘ claire, qui fixe les objectifs et écarte les faux espoirs.“²⁵⁷

Die Art der Berichterstattung in *Le Monde* entsprach einer allgemeinen Tendenz der französischen Hauptstadtpresse, während des Erweiterungsprozesses nicht nur die französische Haltung dazu darzustellen, sondern auch den Positionen und Wahrnehmungen der mittel- und osteuropäischen Staaten Raum zu geben.²⁵⁸ Auf diese Weise konnte Druck auf die französischen, aber auch die anderen europäischen Politiker ausgeübt werden, zu konstruktiven Ergebnissen bei der Gestaltung des Erweiterungsprozesses zu gelangen. Außerdem wurden mögliche Gegenpositionen oder abweichende Einschätzungen im Vergleich zu den offiziellen Stellungnahmen und Positionen französischer/westeuropäischer Politiker sichtbar. Die Befürchtungen der mittel- und osteuropäischen Länder, die Erweiterung könne eventuell noch lange nur ein Versprechen der Westeuropäer bleiben, erschien zum Zeitpunkt des Gipfels von Cannes durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Das vage Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU, das, wie die Aufnahmebedingungen für die Kandidatenländer, beim Gipfel von Kopenhagen 1993 beschlossen worden war, konnte flexibel interpretiert und theoretisch durchaus auch dazu benutzt werden, die Erweiterung aufzuschieben. Weiterhin lag die Priorität der EU zunächst eindeutig auf der Reform ihrer Institutionen und damit auf der Integrationsvertiefung und nicht auf einer erneuten Erweiterung, nachdem gerade erst drei neue Mitgliedsstaaten aufgenommen worden waren. Die Staats- und Regierungschefs der mittel- und osteuropäischen Staaten standen daher vor der Schwierigkeit, ihren Bürgern große Anstrengungen und Einschränkungen für die Erfüllung der EU-Beitrittskriterien abverlangen zu müssen, ohne ein konkretes Datum für die Verwirklichung der Perspektive der EU-Mitgliedschaft angeben zu können. Weitreichende Ergebnisse des Gipfels von Cannes hätten dazu beitragen können, diese schwierige Situation, beispielsweise durch die Nennung eines konkreten Beitrittsdatums, aufzulösen. Die Beschlüsse, auf die sich die Staats- und Regierungschefs in Cannes einigen konnten, erfüllten diese Erwartungen jedoch nicht.

²⁵⁷ Daniel Vernet: „Les Etats ex-communistes demandent à l'Union européenne de préciser les conditions de l'adhésion“, *Le Monde* 23.6.1995.

²⁵⁸ Vgl. im Umfeld von Cannes z.B. auch Pierre Bocev: „Union européenne: un guide pour l'adhésion“, *Le Figaro* 11.4.1995 und „Les conditions de l'ouverture à l'Est“, *Le Figaro* 7.6.1995 oder das Interview mit dem polnischen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski „L'adhésion de la Pologne en 2000 est réaliste“ in *Le Figaro* 20.9.1995 sowie den Leitartikel „Mittteleuropa cap à l'ouest“ in *Le Monde* 1./2.10.1995.

Inhalte und Ergebnisse des Gipfels von Cannes

Nach einer Diskussion über mehrere Monate gelang unmittelbar vor dem Gipfel von Cannes im Kreis der EU-Außenminister eine Einigung über die finanzielle Unterstützung der EU für Mittel- und Osteuropa, die Mittelmeerstaaten sowie die Entwicklungsländer. Die Staats- und Regierungschefs bestätigten in Cannes den gefundenen Kompromiss. Für den Zeitraum 1995 bis 1999 sollten demnach im Rahmen der Heranführungsmaßnahmen für die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa insgesamt 6,693 Milliarden ECU zur Verfügung stehen. Für die Mittelmeerländer waren 4,685 Milliarden ECU vorgesehen.²⁵⁹ Die Summe der für die AKP-Staaten im Rahmen des 8. Europäischen Entwicklungsfonds bereitgestellten Mittel betrug rund 13,3 Milliarden ECU und war damit nur ein eingeschränkter Erfolg, denn die Union der 15 brachte nicht mehr Mittel auf als die Union der 12.²⁶⁰

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussionen beim Gipfel von Cannes war die Vorbereitung der Regierungskonferenz zur Institutionenreform im Vorfeld der Erweiterung. Am 2. Juni hatte sich in Messina eine vom Europäischen Rat zu diesem Zweck eingesetzte Reflexionsgruppe konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Der Europäische Rat von Cannes erneuerte den Auftrag der Reflexionsgruppe, „im Hinblick auf die künftige Erweiterung der Union Optionen für die institutionellen Fragen aus[zuarbeiten, die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel und der Vereinbarung von Ioannina genannt [worden waren] (Stimmengewichtung, Schwelle für Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit, Anzahl der Kommissionsmitglieder sowie sonstige Maßnahmen, die als erforderlich erachtet w[urden, um die Arbeit der Institutionen zu erleichtern und deren effizientes Funktionieren im Hinblick auf die Erweiterung zu gewährleisten).“ Weiterhin wurde festgehalten, dass die assoziierten Länder „in ihrer Eigenschaft als künftige Mitglieder

²⁵⁹ Zahlen nach: Europäischer Rat, Tagung am 26./27. Juni 1995 in Cannes, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil A, Kapitel II: Außenbeziehungen, Ziffer 8.

²⁶⁰ Bei seiner Pressekonferenz mit dem Kommissionspräsidenten nach dem gemeinsamen Abendessen mit allen EU-Staats- und Regierungschefs hatte Chirac noch formuliert, dass die französische Präsidentschaft eine Reduzierung der Summe des Entwicklungsfonds nicht akzeptieren könne: „La Présidence française a fait des propositions et ne saurait en aucun cas accepter une diminution du montant du VIIIe FED par rapport aux chiffres qui ont été ceux du FED précédent [...]“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Jacques Santer, Président de la Commission européenne à l'issue du dîner en l'honneur des Chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Palais de l'Elysée 9.6.1995. Vgl. auch die Pressekonferenz von Chirac beim G7-Treffen in Halifax: „Le problème est que la France considère que l'on devrait augmenter le montant du huitième FED par rapport au septième et que la quasi totalité des autres pays de l'Union européenne considère qu'il faudrait le diminuer. [...] Moi j'ai pris une position tout à fait simple: je suis Président à Cannes et donc je peux donner mon point de vue. Si nous n'avons pas trouvé un accord convenable qui respecte le maintien de l'effort du huitième FED par rapport au septième, et bien il faudra qu'on le dise publiquement et que chacun prenne ses responsabilités à l'occasion de la séance plénière du Sommet de Cannes.“ Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République au Centre de conférence international de presse, Halifax 15.6.1995.

der Union über den Fortgang der Beratungen der Regierungskonferenz umfassend informiert werden [sollten].“²⁶¹

Der Strukturierte Dialog wurde in Cannes in einer ersten Bilanz positiv bewertet, wie auch die Fortschritte bei der Vorbereitung der Erweiterung insgesamt.²⁶² Der Rat bekräftigte erneut die zeitliche Rahmensetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Malta und Zypern, deren Beginn sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz erfolgen sollte. Weiterhin wurden das Weißbuch der Kommission über die Integration der assoziierten Länder in den Binnenmarkt gebilligt²⁶³ und die Kommission aufgefordert, bis zum nächsten Gipfel einen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung des Weißbuchs vorzulegen.²⁶⁴ Der Rat von Cannes bekräftigte die bereits bei der Tagung in Essen geäußerte Einschätzung, dass „die Vorbereitung der assoziierten Staaten auf ihre Integration in den Binnenmarkt der wesentliche Bestandteil der [wirtschaftlichen] Strategie zur Vorbereitung auf den Beitritt [sei].“ Das Weißbuch sollte im Rahmen dieser Vorbereitung „zur Orientierung und Unterstützung der von den assoziierten Staaten bereits unternommenen Bemühungen dienen, indem es die Maßnahmen, deren Durchführung von der Kommission als wesentlich für die Integration in den Binnenmarkt erachtet [wurde], sowie die hierzu erforderlichen Strukturen [beschrieb].“ Den Schwerpunkten der französischen Ratspräsidentschaft entsprechend war, als Kontrapunkt zur Vorbereitung der Osterweiterung, beim Gipfel von Cannes auch die Mittelmeerpolitik ein wichtiges Thema. Hierzu hielten die Schlussfolgerungen der französischen Präsidentschaft fest:

„[D]ie Europäische Union [ist] entschlossen, ein dauerhaftes Schema für die Beziehungen zu den anderen Mittelmeerländern im Zeichen der Partnerschaft festzulegen. Eine ehrgeizige Kooperationspolitik im Süden ist das Gegenstück zur Politik der Öffnung nach Osten und verleiht den außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union ihre geopolitische Geschlossenheit.“²⁶⁵

²⁶¹ Beide Zitate aus: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil A, Kapitel IV: Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996.

²⁶² Während der französischen Ratspräsidentschaft fanden im Rahmen des Strukturierten Dialogs Treffen der Minister für Kulturfragen (Februar 1995), der Minister für Kultur/Audiovisuelle Fragen (April 1995) und Forschung (Juni 1995) statt sowie Zusammenkünfte der Außenminister (April 1995) und der Binnenmarktminister, der Wirtschafts- und der Finanzminister (Mai 1995). Vgl. Barbara Lippert (1995): „Mittel- und Osteuropa/GUS“ in: Weidenfeld/Wessels (Hg.) (1995), a.a.O., S. 229-234, hier S. 231f. Außerdem wurden Assoziierungsabkommen mit den drei baltischen Staaten geschlossen.

²⁶³ Das „Weißbuch Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union“ basierte auf Konsultationen der Kommission mit Vertretern der assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten und wurde im Mai 1995 von der Kommission vorgelegt. Vgl. ebd., S. 229f.

²⁶⁴ Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil A, Kapitel II: Außenbeziehungen, Ziffer 1.

²⁶⁵ Schlussfolgerungen des Vorsitzes, I. Allgemeine Einführung. Vgl. zu diesem Punkt auch de la Serre/Lequesne (1995), a.a.O., S. 310.

Neben den bereits erwähnten Bereichen sprachen die Staats- und Regierungschefs in Cannes auch über die Wirtschafts- und Währungsunion. Das Datum für den Beginn der dritten Stufe wurde noch nicht endgültig festgelegt, womit theoretisch die im Maastricht-Vertrag festgehaltene Option 1997 weiterhin möglich blieb. 1999 war angesichts des Vorbereitungsstands in den für eine Teilnahme in Frage kommenden EU-Staaten jedoch zum Zeitpunkt der Zusammenkunft von Cannes deutlich wahrscheinlicher. Über den Namen der neuen gemeinsamen Währung wurde ebenfalls nicht entschieden.²⁶⁶ Für 14 prioritäre transeuropäische Infrastrukturprojekte, die beim Europäischen Rat in Essen 1994 beschlossen worden waren, wurden beim Zusammentreffen in Cannes für 1995 und 1996 rund 500 Millionen ECU als Finanzierung bereitgestellt. Die Staats- und Regierungschefs erhofften sich von der Verwirklichung der Infrastrukturprojekte auch Impulse für den Arbeitsmarkt. Ein Fortschritt in diesem Punkt war, nach dem langen Stillstand im Anschluss an die grundsätzliche Entscheidung in Essen, als Erfolg zu werten. Für die französische Seite enttäuschend war jedoch, dass die Verteilung der Mittel nicht primär die Projekte berücksichtigte, die für Frankreich große Bedeutung hatten, wie beispielsweise den TGV Est. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen in Cannes weiterhin eine „Initiative“ zum Jugoslawien-Krieg, die Jacques Chirac gemeinsam mit dem neuen Vermittler der EU für Jugoslawien, Carl Bildt, der Presse vorstellte.²⁶⁷

Bewertung des Gipfels von Cannes durch Jacques Chirac

In seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Kommissionspräsidenten Jacques Santer am Ende des Gipfels betonte Chirac den historischen Charakter, den er diesem Treffen beimaß:

„C’était l’époque où existait le mur de Berlin, ensuite on s’est à nouveau élargi à douze, et je trouve tout à fait extraordinaire en si peu d’années, quand on y réfléchit aujourd’hui nous étions vingt-six chefs d’Etat et de gouvernement pour la première fois dans l’histoire de l’Europe depuis très longtemps autour d’une même table [...] avec une ferme volonté de reconstituer ensemble la famille européenne. C’est la première fois au fond que cela se passait; et que cela se soit passé à Cannes et en France par conséquent, est quelque chose, je trouve, de profondément émouvant; moi cela m’a ému de voir ces vingt-six chefs d’Etat et de gouvernement qui sont, ou qui ont vocation à être dans les années qui viennent, membres

²⁶⁶ Allerdings teilte der deutsche Finanzminister Theo Waigel unmittelbar nach dem Gipfel von Cannes am Rande der Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der CDU in Berlin mit, dass die neue Währung EURO heißen solle. Vgl. „Euromark, eurofranc, eurolire?“, *Le Monde* 30.6.1995.

²⁶⁷ Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Carl Bildt, à l’issue du dîner des Chefs d’Etat et de gouvernement du Sommet européen, Cannes 26.6.1996 und Claire Tréan: „Les Européens veulent appliquer une ‚politique claire et ferme‘ en Bosnie“, *Le Monde* 28.6.1995.

d'une construction européenne unie, c'est quelque chose d'extraordinaire au sens authentique du terme dans l'histoire de notre continent, cela méritait d'être souligné."²⁶⁸

Chirac ging davon aus, dass im Laufe der kommenden zehn Jahre der gesamte europäische Kontinent in organisierten Strukturen vereint sein könne:

„[...] on peut imaginer que dans les dix ans qui viennent l'Europe sera entièrement réunie dans des structures qui renforcent sa cohérence et qui affirment son identité, phénomène historique considérable [...].“

Der französische Präsident sprach sich explizit für einen möglichst schnellen Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU aus und befürwortete einen gleichzeitigen Verhandlungsbeginn mit Zypern und Malta:

„Je pense qu'il faut que le plus rapidement possible ces pays, qui sont un peu actuellement dans le no man's land européen, rejoignent la famille européenne même si cela pose quelques problèmes techniques. Il doit y avoir une volonté politique d'accueil de ces pays. Et donc le plus vite sera le mieux.“

Befragt nach EU-internen institutionellen Reformen im Vorfeld einer Erweiterung blieb Chirac vage. Er forderte mehr Macht und mehr politische Verantwortung für den Rat sowie eine Neugestaltung der Entscheidungsmodalitäten unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen der einzelnen Staaten für die Festlegung ihres Stimmengewichts. Grundsätzlich hielt Chirac eine Reform für unerlässlich, da, seiner Ansicht nach, bereits für eine Union der 15 die bestehenden Institutionen nicht mehr angemessen seien. Bilanzierend fasste Chirac seine Zielsetzung für Europa auf der Grundlage der Diskussionen und Beschlüsse von Cannes wie folgt zusammen:

„Donc une grande Europe, qui ne soit pas simplement une zone de libre échange, mais qui ait de solides politiques communes, notamment dans le domaine de la défense, dans le domaine des affaires étrangères, dans le domaine monétaire et enfin une Europe qui s'affirme haut et fort sur la scène internationale, c'est-à-dire une Europe qui ait une identité, car on ne peut pas vivre sans une identité.“

Analyse der ersten Auftritte von Staatspräsident Chirac auf der europäischen Bühne - Bewertung der Bilanz von Cannes

Bereits beim Gipfeltreffen von Cannes als erstem europapolitisches Großereignis der Präsidentschaft Chiracs wurde deutlich, dass die Osterweiterung der entscheidende Horizont für fast alle europapolitischen Entscheidungen der beiden Amtszeiten Chiracs sein würde. Die wichtigsten Themen von Cannes hatten direkt oder indirekt mit der Erweiterung zu tun: Die

²⁶⁸ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jacques Santer, Président de la Commission Européenne à l'issue du Conseil européen de Cannes, Cannes 27.6.1995. Die folgenden Zitate beziehen sich ebenfalls auf diese Pressekonferenz.

Regierungskonferenz wurde vorbereitet, die ab 1996 entscheidende institutionelle Weichen für die Aufnahme von zehn oder mehr neuen Mitgliedsstaaten stellen sollte. Mit den beschlossenen finanziellen Hilfen für die mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten wurde deren Vorbereitung auf einen möglichen Beitritt unterstützt. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich gemacht, dass die Maßnahmen zugunsten Mittel- und Osteuropas ausbalanciert werden sollten durch Hilfen für die Mittelmeerstaaten und dass auch die internationale Rolle der EU bei der Entwicklungszusammenarbeit durch die anstehende Osterweiterung nicht vernachlässigt werden sollte.

Der von Frankreich angestrebte Ausgleich der Osterweiterung durch eine aktivere Mittelmeerpolitik der EU spiegelte sich in den in Cannes beschlossenen finanziellen Mitteln. Frankreich hatte damit einen seiner wichtigsten Tagesordnungspunkte zu einem Ergebnis geführt.²⁶⁹ Die Entscheidung über den Europäischen Entwicklungsfonds und die Bedeutung, die Chirac als Ratspräsident dieser bereits im Vorfeld beigemessen hatte, entsprachen dem Selbstverständnis und der geopolitischen Ausrichtung der französischen Außenpolitik mit einer besonderen Beziehung zu Entwicklungsländern besonders in Afrika.²⁷⁰ Das Ergebnis des Ratstreffens konnte in diesem Punkt daher als Erfolg für Frankreich gewertet werden, auch wenn der beschlossene Betrag aus französischer Sicht höher hätte ausfallen sollen. Der insgesamt positiven Bewertung von Cannes durch Präsident Chirac in seiner Pressekonferenz war aus französischer Sicht zuzustimmen. Aus einer europäischen Perspektive blieben die Ergebnisse der französischen Ratspräsidentschaft jedoch hinter den Erwartungen zurück und

²⁶⁹ Die Bedeutung der Mittelmeerpolitik für die französische Ratspräsidentschaft ließ sich auch daran ablesen, dass die Darstellung der Position der Europäischen Union zur Europa-Mittelmeer-Konferenz von Barcelona fast die Hälfte der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Cannes einnahm. Auch bei seiner Rede anlässlich der Botschafterkonferenz am 31. August 1995 ging Chirac auf die Mittelmeerpolitik der EU ein und begründete diese explizit mit einem Ausgleichsdenken angesichts der anstehenden Osterweiterung: „Notre volonté de voir l'Europe assumer des responsabilités politiques à la hauteur de ses engagements financiers dans un Proche-Orient où, pas à pas, progresse la paix, notre souhait d'affirmer entre les pays du Maghreb et ceux de l'Union européenne une relation privilégiée, appellent une étroite concertation entre les trois présidences méditerranéennes successives de l'Europe. La France y est d'autant plus attachée qu'elle y voit aussi le moyen de préserver l'équilibre de l'Union à l'approche d'un nouvel élargissement.“ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Occasion de la réunion des Ambassadeurs, Palais de l'Élysée 31.8.1995. Die Verknüpfung der Themen Osterweiterung und Mittelmeerpolitik stellte Chirac auch beim informellen Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs auf Mallorca im September her. Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, Réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Mallorca 23.9.1995. Außerdem suchte er den Schulterschluss mit den anderen Mittelmeeranrainern in der EU beispielsweise bei seinem Staatsbesuch in Spanien Anfang Oktober. Vgl. Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République devant la communauté française, Madrid 10.10.1995. Die euro-mediterrane Konferenz von Barcelona beschloss auf der Basis der Ergebnisse von Cannes eine Partnerschaft zwischen EU und den Mittelmeeranrainern auf den Gebieten Sicherheit, Handel und kultureller Austausch. Im Bereich Handel wurde die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 angestrebt. Vgl. dazu u.a. de la Serre/Lequesne (1996), a.a.O., S. 313.

²⁷⁰ Vgl. zu diesem Thema auch Chiracs Aussagen beim G7-Gipfel im kanadischen Halifax unmittelbar vor dem Gipfel von Cannes: Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République au Centre de conférence international de presse, Halifax 15.6.1995.

konnten in einigen Bereichen nicht die notwendigen Fortschritte bringen: Die Vereinbarung über die Hilfen für die Entwicklungsländer war kostspielig, die Fortschritte bei den Infrastrukturprojekten gering, konkrete Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion wurden verschoben und bezüglich der Institutionenreform wurde nur über das weitere Vorgehen, nicht aber über Inhalte entschieden.

Kontinuität im französischen Europadiskurs

Chiracs Diskurs zu Europa, der sich an seinen Äußerungen nach dem Gipfel von Cannes zum ersten Mal ablesen ließ, setzte sich zu Beginn seiner Präsidentschaft aus traditionellen Elementen der französischen Haltung zu Europa zusammen. Daher lassen sich viele Topoi auffinden, die auf die für die vorliegende Arbeit entwickelten Analysekategorien in Chiracs Stellungnahmen verweisen. Frankreichs traditionelles Beharren auf einer der Erweiterung vorangehenden Vertiefung der Integration durch eine Reform der Institutionen zielte darauf ab, die Handlungsfähigkeit der EU auch mit über 20 Mitgliedsstaaten zu erhalten. Nur dann sei eine effektive Vertretung und Durchsetzung französischer Interessen sowohl in der Union selbst als auch mit deren Hilfe auf globaler Ebene gewährleistet, so Chirac. Angesprochen war damit explizit die Kategorie Interesse, aber auch Aspekte der Kategorien Resonanz, *Europe puissance* und multipolare Welt wurden berührt. Im oben angeführten Zitat Chiracs zum Abschluss des Gipfels von Cannes wurden alle Elemente zusammengefasst. Ziel sei es, so Chiracs Aussage, die Verwässerung der erweiterten EU in einer reinen Freihandelszone zu verhindern („une grande Europe, qui ne soit pas simplement une zone de libre échange“). Statt dessen gehe es darum, die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen Verteidigung sowie Außen- und Währungspolitik zu erhalten bzw. aufzubauen und der Union damit eine wichtige Rolle im weltweiten Machtgefüge zu verschaffen („une grande Europe [...] qui ait de solides politiques communes, notamment dans le domaine de la défense, dans le domaine des affaires étrangères, dans le domaine monétaire et enfin une Europe qui s’affirme haut et fort sur la scène internationale“). Ohne dass das Konzept der multipolaren Welt explizit genannt wurde, spielte Chirac hier darauf an und skizzierte die von ihm gewünschte Rolle Europas als einen der wichtigsten Pole, sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht. Wenn diese Voraussetzung erfüllt sei, könne Frankreich mit Hilfe Europas auch seine eigene internationale Rolle stärken und seine Interessen in den genannten Politikbereichen zur Geltung bringen, so der Präsident.

Chirac hielt mit Verweisen auf ein *Europe puissance* an einer in Frankreich traditionell mit Europa verbundenen Zielsetzung fest.²⁷¹ Neu an Chiracs Herangehensweise war zu Beginn seiner Präsidentschaft der Versuch, eine europäische Verteidigung komplementär zur NATO und nicht im Gegensatz zu dieser zu konzipieren. Dementsprechend bemühte er sich um die Konstituierung eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO, der, wie oben zitiert, von der WEU gebildet werden sollte. Im Zusammenhang mit diesem Ansatz Chiracs kehrte Frankreich in die nicht-integrierten militärischen Instanzen der NATO zurück. Diese Entscheidung stellte eine deutliche Modifizierung der französischen Position dar, berührte allerdings nicht die grundlegende Zielsetzung, aus der EU einen eigenständigen militärischen und verteidigungspolitischen Akteur zu machen.²⁷² Wie bei den Politikgehalten fanden sich im Jahr 1995 auch zur Institutionenreform bei Chirac hauptsächlich traditionelle Forderungen der französischen Europapolitik. Chirac wollte den Europäischen Rat stärken und die nationalen Parlamente mehr als bisher in die europäische Politikgestaltung einbeziehen („un renforcement de la capacité de décision du Conseil“ bzw. „cela signifie aussi un renforcement des Parlements nationaux“). Beide Punkte verwiesen eindeutig auf die traditionell intergouvernemental ausgerichtete französische Europakonzeption mit dem Rat der Staats- und Regierungschefs als wichtigster Instanz und mit einer bedeutenden Rolle der Nationalstaaten.

In Bezug auf die Erweiterung blieben Chiracs Aussagen zu Beginn seines Präsidentschaftsmandats weitgehend unbestimmt. Auch wenn sie insgesamt positiver und offener war als Mitterrands Haltung, ging Chiracs Position über ein grundsätzliches Einverständnis mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten 1995 noch nicht hinaus. Dieses Einverständnis basierte hauptsächlich auf dem Gedanken der Versöhnung und Einigung des Kontinents durch die Erweiterung der EU und auf deren Betrachtung als moralische Verpflichtung gegenüber den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes („une ferme volonté de reconstituer ensemble la famille européenne“; „c’est quelque chose d’extraordinaire au sens authentique du terme dans l’histoire de notre continent“ bzw. „il faut que le plus rapidement possible ces pays [...] rejoignent la famille européenne“). Eine

²⁷¹ Der Verweis auf ein *Europe puissance* tauchte auch in Chiracs Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg zum Abschluss der Ratspräsidentschaft wieder auf. Chirac forderte hier einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie explizit den Aufbau eines europäischen Pfeilers der NATO unter Einbeziehung der Westeuropäischen Union: „Grâce à sa politique extérieure et de sécurité commune, grâce aussi au rôle de l’Union de l’Europe occidentale, un véritable pilier européen doit se développer au sein d’une Alliance atlantique renouvée et rééquilibrée.“ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé devant le Parlement européen à Strasbourg, 11.7.1995. Vgl. auch Débat faisant suite au discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République au Parlement européen, 11.7.1995.

²⁷² Vgl. zu diesem Aspekt u.a. de la Serre/Lequesne (1996), a.a.O., S. 311f.

Festlegung einer bestimmten Zahl von Ländern, die zunächst beitreten sollten oder eine Präferenz für bestimmte Staaten war 1995 noch nicht Bestandteil der französischen Position.²⁷³

In einer vorläufigen Bilanz kann festgehalten werden, dass Chirac bei seinem ersten großen europapolitischen Auftritt als Staatspräsident auf Kontinuität setzte und die großen Linien der Politik seiner Amtsvorgänger fortführte. Sowohl was die Politikinhalte anging als auch bezogen auf deren Vermittlung fanden sich bei Chirac, abgesehen von seiner Haltung zur NATO, zunächst keine großen Neuerungen. Einen anderen, offeneren Akzent setzte er im Vergleich zu François Mitterrand in seinen Äußerungen zur Erweiterung. Mit konkreten politischen Schritten war dies jedoch zu Beginn von Chiracs Amtszeit noch nicht verknüpft und blieb daher vorerst unverbindlich.

2. Bewertung der ersten europapolitischen Schritte Chiracs in der Presse

Die Gipfelergebnisse von Cannes

Die Bewertungen des Ergebnisse von Cannes in der französischen Presse waren aufgrund der vielen nicht vollständig oder in enttäuschender Weise gelösten Fragen insgesamt zurückhaltend. In der Analyse wird bei einer Gegenüberstellung der Pressebewertung mit den Aussagen Jacques Chiracs eine deutliche Diskrepanz zwischen Erwartungen und Ergebnis des Gipfels von Cannes sichtbar. Chiracs durchgehend positive Präsentation der Ergebnisse, die das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht berücksichtigte, wurde in der Presse deutlich kritisiert.

In *Le Monde* wurden bei der Bilanz des Gipfels besonders die verpassten Möglichkeiten einer (Wieder-)Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern bedauert.²⁷⁴ Mit den großen Infrastrukturprojekten, die sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken sollten, sei beispielsweise ein den Alltag der Bürger betreffendes Thema nach fast einem Jahr Stillstand zwar langsam wieder in Gang, aber nicht entscheidend voran gebracht worden, so die nüchterne Analyse. Auch bei der Wirtschafts- und Währungsunion hätte ein stärkeres Signal in Richtung der europäischen Gesellschaften ausgehen können, wenn beispielsweise über den

²⁷³ Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte im Juli 1995 den ersten mittel- und osteuropäischen Staaten, darunter Polen, einen Beitritt zum Jahr 2000 in Aussicht gestellt. Vgl. z.B. Pierre Bocev: „Une ‚longue transition‘ en perspective“, *Le Figaro* 20.09.1995. Zum Ende des Jahres 1995 drängte Deutschland darauf, Tschechien, Ungarn und Polen im Erweiterungsprozess zu bevorzugen und diesen drei Staaten einen schnellen EU-Beitritt zu ermöglichen. Der Europäische Rat von Madrid beschloss jedoch, zunächst keine der Bewerberstaaten gesondert zu behandeln, sondern alle von gleichen Startbedingungen ausgehen zu lassen. Vgl. u.a. Pierre Bocev/Baudouin Bollaert: „Europe: les vertiges de l’élargissement“, *Le Figaro* 18.12.1995. Siehe auch unten Abschnitt 5, S. 145ff.

²⁷⁴ Vgl. „Cannes en clair-obscur“, *Le Monde* 29.6.1995.

Namen der neuen Währung entschieden worden wäre und sie damit von einem technokratischen Prozess mehr zu einem den Alltag der Bürger betreffenden Vorgang hätte werden können, so *Le Monde* weiter. Jacques Chirac als Ratspräsident sei sich, nach der Einschätzung in *Le Monde*, des Defizits durchaus bewusst gewesen, das in der EU bezüglich ihrer Bürgernähe bestehe, habe in Cannes jedoch keine überzeugende Gegenstrategie aufweisen können:

„Les exercices d’explication simplifiée auxquels s’est livré Jacques Chirac en fin de sommet partent de l’intuition qu’une partie des maux dont souffre l’Europe vient de ce qu’elle ne fait pas l’effort de se faire comprendre. C’est juste, mais cela n’empêchera pas que l’incompréhension naisse de ces différends non résolus, de cette marche trop hésitante de l’Union vers les objectifs qu’elle s’est fixés, qui donnent le sentiment d’un manque d’élan de la part des gouvernants.“²⁷⁵

Chiracs Stil und die Art und Weise seiner Präsentation der Ergebnisse von Cannes waren Objekt noch weitergehender Kritik. In ihrer Bilanz von Cannes für *Le Monde* äußerte Claire Tréan die Einschätzung, dass mehr als die konkreten Ergebnisse des Gipfels, inklusive einiger begrüßenswerter Klarstellungen bei den Positionen Chiracs, dessen rhetorische Strategie zur Vermittlung Europas in Erinnerung bleiben werde:

„M. Chirac n’a pas de doctrine européenne; plus exactement, il a l’air d’improviser en marchant, mais avec une fougue qui semble avoir forcé la conviction de ses partenaires. La doctrine européenne de M. Chirac, c’est l’optimisme. Chargé, en tant que président en exercice de l’Union, de dresser le catalogue des succès, des demi-échecs et des échecs de Cannes, il s’est livré à un exercice de pédagogie élémentaire, affichant une sereine confiance en la construction européenne sur un thème assez simple: ça va mieux qu’avant, c’est encore difficile, ça ira encore mieux la prochaine fois. [...] l’essentiel du message de Cannes, c’est qu’il faut en finir avec le langage incompréhensible des spécialistes et des diplomates. Lui [Chirac] veut faire comprendre l’Europe dans les chaumières, parler aux gens de leurs problèmes. C’est par le biais des ‚taurillons broutards du plateau de Millevaches‘ qu’il aborde la question des fluctuations monétaires, c’est-à-dire par les perturbations qu’elles provoquent dans les exportations françaises de veau vers l’Italie. Bref, c’est une Europe simple et non hostile qu’a défendue à Cannes Jacques Chirac. Ce qui ne va évidemment pas sans simplisme

²⁷⁵ Ebd.

ni sans démagogie.“²⁷⁶

Auch *Libération* identifizierte, wie *Le Monde*, Chiracs Stil bzw. die Kritik daran als grundsätzliches Problem des Gipfels von Cannes. Gilles Bresson gab die Irritation besonders der nordischen Staaten wieder, die sich verwundert zeigten angesichts von Chiracs „manière cavalière“ de résumer les interventions de ses interlocuteurs avant de tirer ses propres conclusions“²⁷⁷ und nannte, neben den bereits zitierten Rindern aus der Corrèze, weitere Beispiele für verbale Zusammenstöße.

Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft in der Presse

Im Nachklang des Gipfels von Cannes und im Umfeld des Nationalfeiertags wurde grundsätzliche Kritik an Chirac und an der Regierung Juppé laut. Die Erfüllung der wirtschafts- und sozialpolitischen Versprechen aus dem Wahlkampf erwies sich in der praktischen Politik als zunehmend schwierig.²⁷⁸ Außerdem mussten weiterhin die Spaltungen innerhalb der bürgerlichen Mehrheit und insbesondere innerhalb des RPR bei der Gestaltung der Regierungspolitik berücksichtigt werden. Neben der Wirtschaftspolitik standen Mitte 1995 besonders Maßnahmen gegen illegale Einwanderung im Fokus. In diesem Zusammenhang wurde auch die erneute französische Bitte um eine Verschiebung des Inkrafttretens des Schengener Abkommens diskutiert und in einen größeren Zusammenhang

²⁷⁶ Millevaches ist ein Hochplateau in Jacques Chiracs Heimat, der Corrèze, die er lange Zeit auf lokaler Ebene als Mandatsträger vertreten hat (*Conseiller municipal*, Präsident des *Conseil général* der Corrèze, Abgeordneter in der Nationalversammlung). Vgl. für die oben erwähnte Äußerung Chiracs seine Pressekonferenz mit Kommissionspräsident Santer zum Abschluss des Gipfels von Cannes: „Je lui [au Premier ministre italien] ai indiqué par exemple que sur le plateau de Millevaches où nous avons l’habitude d’exporter ce que nous appelons des veaux d’Italie, le nom est bien choisi, c’est-à-dire des jeunes ‚broutards‘ vers l’Italie depuis toujours, les ateliers italiens finissant ces taurillons, et bien cette année nous ne pourrions pas exporter à cause de la dévaluation de la lire et que c’était un certain nombre de paysans qui avaient travaillé beaucoup et qui étaient ruinés alors on vient de prendre des mesures particulières pour pouvoir compenser les effets de ces distorsions monétaires mais c’est malsain, c’est tout à fait malsain. J’aurais pu citer d’autres exemples que les taurillons limousins mais ils m’étaient particulièrement chers.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jacques Santer, Président de la Commission Européenne à l’issue du Conseil européen de Cannes, Cannes 27.6.1995. Der Rinderzüchter aus der Corrèze tauchte auch in einem Artikel in *Libération* auf. Eine verbale Auseinandersetzung mit dem italienischen Premierminister Dini wurde dort wie folgt wiedergegeben: „Autre envolée de Jacques Chirac sur les désordres monétaires et les dévaluations de la lire: ‚Vous comprenez, M. Dini, les paysans de Corrèze n’arrivent plus à vendre leurs veaux en Italie. Ça ne peut plus durer.‘ Et l’autre de rétorquer: ‚Ce n’est pas le lieu pour parler des veaux corréziens.‘“ Gilles Bresson: „Chirac, de la fougue à l’emballement“, *Libération* 28.6.1995.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Vgl. unten Abschnitt 4, S. 141 ff.

der Europapolitik insgesamt gestellt.²⁷⁹ *Le Monde* beklagte die Diskrepanz zwischen der Rhetorik des Staatspräsidenten, die ein bürgernahes Europa fordere, und seiner Weigerung, einem der größten Symbole in dieser Hinsicht zuzustimmen – der Abschaffung der Grenzkontrollen im Rahmen der Umsetzung von Schengen. Weiterhin wurde das Fehlen eines französischen Beitrags zur Institutionenreform kritisiert. Frankreichs Europapolitik bewege sich unter Chirac in Richtung der britischen Auffassung von Europa, so die Einschätzung in *Le Monde*:

„Derrière la proclamation du maintien des objectifs majeurs – mise en place de la monnaie unique, réforme des institutions de l’Union en vue de son élargissement – apparaît une ligne qui pourrait être qualifiée, sinon d’„eurosceptique“ à la britannique, du moins d’„eurofrileuse“.“²⁸⁰

Die Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft insgesamt fiel in der Presse ebenfalls eher negativ aus. Baudouin Bollaert erkannte in seiner Analyse für *Le Figaro*²⁸¹ zwar an, dass die Einigung auf die Finanzmittel für Mittel- und Osteuropa, den Mittelmeerraum sowie die AKP-Staaten ein gutes Ergebnis darstelle. Weiterhin gestand er zu, dass die Zeiträume, in denen tatsächlich gearbeitet werden konnte, die also nicht gestört wurden durch den französischen Wahlkampf, die Anpassung der Institutionen an fünfzehn statt zwölf Mitglieder oder die Eingewöhnungsschwierigkeiten der neuen Kommission, gut genutzt wurden. In vielen Politikbereichen, wie beispielsweise beim Schengener Abkommen, der Vorbereitung der Regierungskonferenz und der WWU könne die französische Politik jedoch, so Bollaert, nicht nur positiv bewertet werden. Erfolge sah Bollaert eher in weniger spektakulären Ergebnissen der Ratspräsidentschaft, beispielsweise im audiovisuellen Bereich, bei den Themen Infrastruktur und Telekommunikation, in der Landwirtschafts- und Fischereipolitik, bei Energie- und Umweltfragen sowie in den Außenbeziehungen durch die Unterzeichnung

²⁷⁹ Vor dem Hintergrund mehrerer Terroranschläge islamischer Fundamentalisten der algerischen GIA (*Groupe islamique armé*) und einer aus französischer Sicht zu laxen Drogenpolitik der Niederlande hatte Präsident Chirac die Grenzkontrollen verschärft und damit die Anwendung des Schengener Abkommens verschoben. Vgl. Medard Ritzenhofen (1995): „An allen Fronten. Atomtests, Terror, Sparzwänge bedrängen den neuen Präsidenten“, in: *Dokumente* 6/1995, S. 444-447.

²⁸⁰ „L’Europe de M. Chirac“, *Le Monde* 30.6.1995. Ein späterer Artikel in *Le Monde* argumentierte ähnlich: „Annonce de la date de 1999, au lieu de 1997, pour le passage à la monnaie unique; retard sur l’entrée en vigueur de la Convention de Schengen; hésitations sur l’évolution de France Télécom et volonté de définir un statut français des services publics, plutôt que des normes européennes par domaine concerné (transports, énergie, télécommunications etc.): le pouvoir multiplie les signes de méfiance devant les processus européens déjà engagés. La reprise des essais nucléaires a montré, en outre, que la cohésion des Quinze et, spécifiquement, l’entente avec l’Allemagne sur les questions de défense n’est pas prioritaire pour les nouveaux dirigeants français.“ Patrick Jarreau: „La périlleuse gymnastique de Jacques Chirac“, *Le Monde* 14.7.1995.“ Vgl. zum Auseinanderklaffen von Wahlkampfversprechen und tatsächlicher Politik auch Thierry Brehier: „MM. Chirac et Juppé veulent prouver leur volonté réformatrice“, *Le Monde* 24.8.1995.

²⁸¹ Baudouin Bollaert: „Europe: quand la France ressasse son bilan... Retour sur une présidence en dents de scie“, *Le Figaro* 13.7.1995.

eines Handelsabkommens mit der Ukraine und den Abschluss der Verhandlungen zur Zollunion mit der Türkei.

Die Irritationen über den Stil des französischen Staatspräsidenten setzten sich im Verlauf des Jahres 1995 fort. Besonders bei den europäischen Partnern, aber auch in den Reihen der französischen Opposition, provozierten einige Äußerungen und der Handlungsstil Chiracs Verwunderung und zum Teil sogar Verärgerung. Nathalie Dubois kommentierte in *Libération* die Wirkung von Chiracs Auftreten, das Ungestüm („impétuosité“) seiner „diplomatie à la hussarde“, seinen „style musclé, direct, voire arrogant“ folgendermaßen:

„Quatre mois après son investiture, le nouvel hôte de l’Elysée a largement contribué à transformer la scène politique européenne en ring de catch où la France se collette chaque jour avec l’un ou l’autre de ses partenaires de l’Union. [...] prises de bec et escarmouches diplomatiques se succèdent entre Paris et ses partenaires, au gré des polémiques sur l’arme nucléaire, sur le laxisme néerlandais à l’égard de la drogue, l’incapacité de nos voisins à contrôler leurs frontières ou l’inacceptable faiblesse de la lire italienne qui pénalise les éleveurs de veaux corréziens.“²⁸²

3. Stand der öffentlichen Meinung zu Europa zum Zeitpunkt der französischen Ratspräsidentschaft

Im Frühjahr 1995 befanden sich einige Werte der französischen öffentlichen Meinung zu Europa in einer Negativbewegung. Die Sichtbarkeit und Bewertung Europas in Frankreich hatte einen Dämpfer erfahren, weil der äußerst populäre EU-Kommissionspräsident Jacques Delors auf eine Kandidatur für die Sozialistische Partei bei den französischen Präsidentschaftswahlen verzichtet hatte. Außerdem wirkten in Frankreich quer durch die politischen Lager die Spaltungen der Maastricht-Debatte noch nach. Der neue Staatspräsident Jacques Chirac stand daher in diesem Politikbereich vom Zeitpunkt seiner Amtsübernahme an vor einer großen Herausforderung.

Europawahlen 1994

Bereits eine Analyse der Europawahlen 1994 zeigte, dass das Thema Europa auch zwei Jahre nach der breiten Debatte um den Maastricht-Vertrag in Frankreich weiterhin Konfliktstoff barg. Frankreich war nicht das einzige Land, in dem sich die europaskeptische bis europakritische Haltung von Teilen der Bevölkerung in den Ergebnissen der Europawahlen niederschlug. Dennoch stellte Gérard Grunberg im Nachklang der Europawahlen 1994 einige französische Besonderheiten fest:

²⁸² Nathalie Dubois: „Chirac inquiète ses partenaires“, *Libération* 22.9.1995. Vgl. mit ähnlichen Aussagen Anne Fulda: „Il agace.“ Le franc-parler de Chirac exaspère certains de ses interlocuteurs“, *Le Figaro* 23./24.9.1995.

„La France est le seul pays de l'Union européenne où l'on constate une forte proportion de personnes qui à la fois estiment que leur pays n'a pas profité de l'Europe et que la faute en revient à l'Union européenne elle-même; le seul pays aussi où l'offre politique anti-européenne a été aussi nombreuse et aussi diversifiée et enfin le seul où les scores obtenus par les listes anti-européennes ont été aussi élevés.“²⁸³

Insgesamt 39% der Wähler gaben in Frankreich bei den Europawahlen anti-europäischen Listen ihre Stimme.²⁸⁴ Neben den direkt auf die europäische Integration zurückzuführenden Wahlmotiven, die Gérard Grunberg erkennen konnte, machten die hohen Stimmenanteile für Parteien des rechten und linken Randes die Europawahlen auch zu einer Protestwahl gegen die traditionelle politische Klasse Frankreichs. Die UDF-RPR-Liste erhielt 25,5%, die PS-Liste 14,5% der Stimmen. Besonders die Sozialisten verloren deutliche 9% Stimmen gegenüber den Europawahlen 1989, aber auch die gemeinsame Liste von RPR und UDF musste Verluste hinnehmen.²⁸⁵

Eine SOFRES-Umfrage für den *Figaro* vom Juni 1994 ließ hinter dem Ergebnis der Europawahlen grundsätzliche Einstellungen der Franzosen zu Europa erkennen. Laut dieser Umfrage waren 27% der Franzosen der Meinung, Frankreich profitiere von der europäischen Integration. 24% waren der Ansicht, dies sei nicht der Fall und 39% hatten keine Meinung. Eine genauere Analyse ergab, dass die Wähler der pro-europäischen Listen bei den Europawahlen (PS-Liste „Europe solidaire“, Liste „Energie radicale“ von Bernard Tapie, Listen der Ökologiebewegung sowie in geringerem Ausmaß auch die RPR-UDF-Liste) mit jeweils deutlicher Mehrheit hauptsächlich die Vorteile der EU-Mitgliedschaft Frankreichs sahen. Die Wähler der anti-europäischen Listen waren wesentlich pessimistischer, was die Bedeutung der Europäischen Union für Frankreich anging. Diese Aufteilung der französischen Wählerschaft deckte sich in hohem Maße mit dem Abstimmungsverhalten der Franzosen beim Maastricht-Vertrag – wer 1992 mit Nein gestimmt hatte, wählte auch 1994 bei den Europawahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine europaskeptische Liste. Gérard Grunberg fasste daher in seiner Analyse die „europäische Dimension“ der Europawahlen in Frankreich folgendermaßen zusammen:

„Le clivage européen a traversé le clivage gauche-droite comme il l'avait fait lors du référendum de 1992. L'examen du vote européen de 1994 selon la famille politique et la préférence partisane des différents électors le confirme [...]. La question européenne a [...]

²⁸³ Gérard Grunberg (1995): „Les élections européennes en France“, in: SOFRES: *L'état de l'opinion 1995*, Paris, S. 81-100, hier S. 83.

²⁸⁴ Darunter fielen in Grunbergs Analyse die souveränistischen Listen auf der Rechten und der Linken von Philippe de Villiers „Majorité pour l'autre Europe“ (12,3%) und Jean-Pierre Chevènement „l'Autre politique“ (2,5%), die Listen der Kommunistischen Partei (7%) und des Front National (10,5%) sowie die Liste der Traditionalistenpartei Chasse, Pêche, Nature et Tradition (4%).

²⁸⁵ Vgl. de la Serre/Lequesne (1995), a.a.O., S. 305f.

divisé la gauche, la droite et en son sein le RPR. Il y a bien une continuité entre le vote référendaire et le vote des élections européennes. Ainsi, 71% des partisans du oui en 1992 ont voté pour une liste pro-européenne en 1994, tandis que symétriquement 71% des partisans du non ont voté pour une liste anti-européenne.²⁸⁶

Eurobarometer

Das Eurobarometer 43²⁸⁷, dessen Daten im April und Mai 1995 erhoben wurden, bestätigte die Analysen Gérard Grunbergs. Im Vergleich zu den Daten der Umfrage zuvor (Datenerhebung im Herbst 1994) war die Netto-Befürwortung der EU-Mitgliedschaft Frankreichs um vier Punkte gesunken.²⁸⁸ Bereits seit dem Frühjahr 1993 war als Trend zu erkennen, dass der Anteil der Befragten, die Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft Frankreichs sahen, etwa so groß war wie der Anteil derjenigen, die keine Vorteile sahen (44% sahen Vorteile, 38% sahen keine).²⁸⁹ Die Zustimmung zur europäischen Vereinigung war aber insgesamt noch deutlich vorhanden: 71% waren dafür und nur 22% explizit dagegen.²⁹⁰ Auch die EU-Mitgliedschaft Frankreichs wurde mehrheitlich positiv gesehen: 53% der Befragten Franzosen sahen sie als eine gute Sache, 12% als eine schlechte.²⁹¹

Bezüglich der französischen Ratspräsidentschaft verzeichnete das Eurobarometer 41% Zustimmung auf die Frage, ob die Franzosen „in letzter Zeit etwas in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen über die französische Ratspräsidentschaft gehört oder gelesen“ hatten. Dies war einer der niedrigsten Werte, den das Eurobarometer seit der britischen Ratspräsidentschaft 1986 ermitteln konnte. Eine mögliche Erklärung hierfür wäre, dass eine Ratspräsidentschaft in einem großen Mitgliedsstaat wie Frankreich weniger Bedeutung hat als in kleinen und dementsprechend ein geringeres Medienecho findet. Dennoch beurteilten 64% der befragten Franzosen die Bedeutung der Ratspräsidentschaft als sehr wichtig oder wichtig. Zur Unkenntnis der Ratspräsidentschaft passte auch die Tatsache, dass sich in Frankreich nur 36% der Befragten über die EU informiert fühlten, gegenüber 62%, die dieses Gefühl nicht

²⁸⁶ Grunberg (1995), a.a.O., S. 88ff.

²⁸⁷ Eurobarometer 43, Herbst 1995, Datenerhebung im April und Mai 1995, Europäische Kommission.

²⁸⁸ Netto-Werte errechnen sich aus der Differenz der negativen und positiven Antworten.

²⁸⁹ Wortlaut der Umfrage: „Tout bien considéré, estimez-vous que la France a bénéficié ou non de son appartenance à l'Union Européenne?“ Hier macht besonders ein längerwährender Vergleich die Dimension der Negativentwicklung deutlich: Im Frühjahr 1987 sahen noch 60% der Franzosen Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft, nur 20% sahen keine.

²⁹⁰ „D'une façon générale, êtes-vous pour ou contre les efforts qui sont faits pour unifier l'Europe?“

²⁹¹ „D'une façon générale, pensez-vous que le fait pour la France de faire partie de l'Union Européenne est une bonne chose, une mauvaise chose ou une chose ni bonne, ni mauvaise?“

hatten. Mehr Informationen wünschten sich daher 73% der Franzosen, während 24% ihr damaliger Kenntnisstand ausreichte.²⁹²

Die Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden zum 1. Januar 1995 hatte nach Meinung einer großen Mehrheit der Franzosen positive Auswirkungen sowohl auf die EU als Ganzes (63% vs. 10% für negative Auswirkungen) als auch positive Effekte für Frankreich (49% vs. 13% für negative Effekte). Auf die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der EU werde sie sich nach Ansicht von 49% der Franzosen die Erweiterung ebenfalls positiv auswirken (14% befürchteten negative Auswirkungen). Für sie selbst sahen die meisten Franzosen (61%) keine Veränderung durch die Erweiterung (25% sahen positive, 7% negative Effekte).²⁹³

Zwischenfazit

Jacques Chirac sah sich bei seiner Übernahme des Präsidentenamtes einer gespaltenen öffentlichen Meinung zu Europa gegenüber. Die Verwerfungen, die das Maastricht-Referendum in der politischen Landschaft hinterlassen hatte, waren noch deutlich erkennbar und wirkten sich auch auf das Ergebnis der Europawahlen 1994 aus. Die Franzosen standen der europäischen Einigung zu diesem Zeitpunkt nicht grundsätzlich und auch nicht mehrheitlich ablehnend gegenüber. Ein großer Teil der Gesellschaft konnte die Bedeutung der EU für Frankreich jedoch entweder nicht einschätzen oder sah neben positiven Auswirkungen der Integration auch deutliche Nachteile für Frankreich. Diese Einschätzung beruhte zum Teil auf einem großen Informationsdefizit zu Europa, das in Frankreich, wie in anderen europäischen Ländern auch, Mitte der 1990er Jahre festzustellen war. Jacques Chirac war sich der schwierigen Situation durchaus bewusst. Bereits in seinem Wahlkampf hatte er sich für eine Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern ausgesprochen. Auch als Staatspräsident betonte er frühzeitig diese Notwendigkeit. Ob Chirac in dieser Frage in der Umsetzung seiner Politik in den ersten Wochen und Monaten seiner Präsidentschaft erfolgreich war und ob er die gute Gelegenheit der Ratspräsidentschaft nutzen konnte, um das Thema Europa in den Vordergrund zu stellen und positiv zu präsentieren, wird die Analyse von später erhobenen Umfragedaten zeigen. Nach dem Ende der Ratspräsidentschaft zeichneten sich bei der Vermittlung des Themas Europa größere Schwierigkeiten für die französische politische Führung ab. Im Herbst 1995 mussten viele der sozialpolitischen

²⁹² „Parmi les propositions suivantes, quelle est celle qui est la plus proche de votre opinion? J’ai réellement besoin d’en savoir beaucoup plus sur l’Union Européenne./J’aimerais avoir quelques informations supplémentaires sur l’Union Européenne./En ce qui me concerne, je suis satisfait de ce que je connais déjà.“

²⁹³ „L’Autriche, la Finlande et la Suède ont rejoint l’Union Européenne le premier janvier 1995. Tout bien considéré, pensez-vous que cela aura des effets positifs, négatifs ou aucun effet sur l’Union Européenne/la France/notre compétitivité mondiale/les gens comme vous?“

Wahlkampfversprechen aus europapolitischen Gründen zurückgenommen werden, denn es galt, die Maastricht-Kriterien einzuhalten.

4. Einhaltung der Konvergenzkriterien oder Bekämpfung der *fracture sociale*?

Chiracs Klarstellung zum Respekt der Maastricht-Kriterien

Wesentliches Element der Wahlkampagne von Jacques Chirac war das Versprechen, die soziale Spaltung, die *fracture sociale*, in Frankreich zu bekämpfen. Dieses Versprechen war, neben dem Wunsch nach Veränderung nach 14 Jahren Mitterrand, für viele Wähler der entscheidende Grund, für Chirac zu stimmen. 1995 war eine Krisenwahl: Die französische Gesellschaft war gespalten, große Teile der Bevölkerung verunsichert durch Massenarbeitslosigkeit, drohende Verarmung und soziale Ausgrenzung (*exclusion*). Die hohe Anzahl an Stimmen im ersten Wahlgang für Kandidaten des linken und des rechten Rands (etwa 38%) spiegelte diese gesellschaftliche Fragmentierung wider und zeigte gleichzeitig das geringe Vertrauen eines großen Teils der Wähler in die Problemlösungsfähigkeiten der etablierten Parteien. Von den Kandidaten der großen Parteien schien Chirac die Wünsche und Erwartungen der Wähler am besten in sein Programm aufgenommen zu haben. Umso stärker stand er nach seinem Erfolg im zweiten Wahlgang unter dem Druck, seine Versprechen im wirtschaftlich-sozialen Bereich auch einzulösen.²⁹⁴

Während die französischen Wähler Chiracs Wahlprogramm honorierten, lösten seine wirtschaftspolitischen Pläne und die damit verbundenen haushalterischen Konsequenzen bei Frankreichs europäischen Partnern Misstrauen aus. Die von Chirac angekündigten ausgabenintensiven Maßnahmen weckten Zweifel an ihrer Kompatibilität mit den Konvergenzkriterien, zu deren Einhaltung sich Frankreich unter Mitterrand verpflichtet hatte. Die Unsicherheiten aus dem Wahlkampf bezüglich eines klaren Bekenntnisses Chiracs zur WWU und den Konvergenzkriterien schienen sich nach seiner Übernahme des Präsidentenamtes zunächst zu bestätigen. Regierungserklärung und Haushaltsentwurf des Premierministers, die dieser respektive am 23. Mai und am 22. Juni der Nationalversammlung präsentierte, standen zwar unter der Prämisse, sowohl die Wahlkampfversprechen als auch die

²⁹⁴ Vgl. Erik Izraelewicz: „Les choix économiques de Chirac“, *Le Monde* 10.5.1995. Vgl. auch Daniel Colard (1995): „Präsidentchaftswahl in Frankreich. Chiracs Erfolg im dritten Anlauf“, in: *Dokumente* 3/1995, S. 185-189 und Henrik Uterwedde (1995a): „Eine neue Wende in der Wirtschaftspolitik? Optionen und Spielräume des neuen Präsidenten“, in ebd., S. 190-195 sowie de la Serre/Lequesne (1996), a.a.O., S. 310f. Vgl. außerdem Henrik Uterwedde (1995): „Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen: Chancen und Grenzen des Wandels“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/1995*, S. 3-10 und Philippe Méchet (1997): „Jacques Chirac, l’humeur et l’opinion“, in: *SOFRES: L’état de l’opinion 1997*, Paris, S. 9-30, bes. den Abschnitt „Un Président pour le changement“, S. 18ff.

Konvergenzkriterien erfüllen zu wollen.²⁹⁵ Die Priorität der Bekämpfung der *fracture sociale* in Frankreich blieb jedoch für die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung Juppé richtungsweisend.²⁹⁶

Nach einer ersten positiven Äußerung beim Europäischen Gipfeltreffen in Cannes im Juni 1995 und einer weiteren Ende September²⁹⁷ bekannte sich Chirac schließlich am 26. Oktober 1995 in einem Fernsehinterview bei France 2 auch öffentlich klar zur WWU und zu ihren Kriterien und kündigte konkrete Maßnahmen an, um diese für Frankreich zu erfüllen:

„J'ai dit, tout au long de ma campagne, que la France vivait au-dessus de ses moyens et qu'il était indispensable de réduire nos déficits pour réduire le chômage. Lequel était à l'origine de tous les problèmes sociaux et notamment de la fracture sociale auxquels nous sommes confrontés. Je n'ai pas changé d'avis. Mais vous avez peut-être raison en disant que j'ai sous-estimé l'ampleur du problème. Il faut aujourd'hui faire un réajustement. [...] On ne peut pas être une grande puissance et avoir des déficits. La maîtrise des déficits est une nécessité si l'on veut être maître de son destin, si on ne veut pas être entre les mains de ses partenaires ou de ses créiteurs. Or, moi, je suis le garant de l'indépendance nationale et l'indépendance nationale, cela exige la maîtrise des déficits.“²⁹⁸

Nach der Klarstellung Chiracs ließen auch weitere Äußerungen der Regierung Juppé und des Staatspräsidenten die eindeutige französische Positionierung zur WWU erkennen. Die Regierung ließ sich nicht auf u.a. aus Deutschland geäußerte Vorschläge zu einer Aufweichung des WWU-Kalenders und besonders einer Verschiebung des Stichjahres 1999 ein.²⁹⁹ Weiterhin unterstützte Frankreich die Initiative des deutschen Finanzministers Waigel zu einem Stabilitätspakt, der wirtschafts- und finanzpolitische Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten der WWU auch nach Inkrafttreten von deren dritter Stufe beinhalten würde.³⁰⁰ Im Dezember bekräftigte Chirac in einem Interview mit dem *Time Magazine* seine Überzeugung von der positiven Bedeutung der WWU für die beteiligten Staaten. Allerdings begründete er das französische Engagement für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien bei

²⁹⁵ Für den Wortlaut der Regierungserklärung vgl. „Mon programme tient en un seul mot: l'emploi“, *Le Monde*, 25.5.1995.

²⁹⁶ Vgl. u.a. Thierry Brehier: „MM. Chirac et Juppé veulent prouver leur volonté réformatrice“, *Le Monde* 24.8.1995.

²⁹⁷ Vgl. „Paris confirme son engagement pour 1999“, *Le Monde* 29.9.1995 und Chiracs Aussagen beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs auf Mallorca: Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, Réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Mallorca 23.9.1995.

²⁹⁸ „M. Jacques Chirac, Président de la République, répond aux questions de M. Alain Duhamel à l'émission de France 2 Invité spécial“, Palais de l'Élysée, 26.10.1995. Ähnliche Aussagen fanden sich auch an anderer Stelle des Interviews. Vgl. außerdem „Jacques Chirac se donne deux ans pour réduire les déficits publics“, *Le Monde* 28.10.1995.

²⁹⁹ Vgl. dazu z.B. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, Chancelier allemand, Bonn 25.10.1995.

³⁰⁰ Vgl. de la Serre/Lequesne (1996), a.a.O., S. 310f.

dieser Gelegenheit mit im wesentlichen auf Frankreich bezogenen Argumenten. Die europäische Ebene blieb weitgehend unerwähnt:

„[...] moi, je ne suis pas un idéologue, je suis un pragmatique. La monnaie unique, qu'est-ce que c'est? C'est simplement la forme achevée de la stabilité du change. Or la France a toujours affirmé la nécessité de changes stables. La monnaie unique, derrière les passions et les polémiques des campagnes, c'est en réalité tout simplement le retour à des changes fixes, ce qui, à nos yeux, est une nécessité. Cela ne met pas du tout en cause la souveraineté de la France.“³⁰¹

Die französische Bevölkerung reagierte auf die Chiracs finanziellen Wahlkampfversprechen entgegenstehende Ankündigung einer strengen Haushaltspolitik mit Protest, u.a. in Form massiver Streikbewegungen im Dezember 1995. Für mehrere Wochen war das öffentliche Leben in Frankreich deutlich beeinträchtigt. Der gesamte öffentliche Dienst und besonders das Transportwesen waren betroffen. Lehrer und Studenten beteiligten sich ebenfalls an den Protesten. Obwohl sie deutliche Einschränkungen erdulden mussten, reagierten die Franzosen mehrheitlich verständnisvoll und mit Sympathie für die Streikenden.³⁰² In den europäischen Partnerländern Frankreichs wurden Zweifel laut, ob die französische Regierung auch angesichts des massiven Drucks von der Straße ihr Bekenntnis zu den Maastricht-Kriterien

³⁰¹ Vgl. Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République accordée au Time Magazine, Numéro daté du 4 décembre 1995, Palais de l'Elysée, zitiert nach der französischen Übersetzung auf www.elysee.fr. Ähnlich national bezogen argumentierte Chirac beim deutsch-französischen Gipfel in Baden-Baden am 7. Dezember 1995: „Pour la réduction des déficits, ce n'est pas une politique motivée par le traité de Maastricht ou telle ou telle contrainte qui nous serait imposée de l'extérieur. C'est une politique dont la seule motivation est d'adapter les structures de notre pays à un véritable combat contre le chômage et pour le retour à la cohésion sociale, sans laquelle la France ne pourra pas prétendre à être une grande nation et assumer son progrès pour l'ensemble de ses enfants, sans laquelle elle ne pourra pas répondre aux légitimes ambitions des jeunes de notre pays.“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Baden-Baden 7.12.1995.

³⁰² Bereits im Laufe des Sommers hatte sich ein Auseinanderklaffen zwischen den Wahlkampfversprechen Chiracs und der Politik der Regierung Juppé gezeigt. Vgl. z.B. Jean-Louis Andréani: „La fin du rêve“, *Le Monde* 29.8.1995. Vgl. zum Zusammenhang zwischen Maastricht und den Protesten im Dezember 1995 auch „Maastricht responsable de la crise?“, *Libération* 8.12.1995 sowie Jacques Fleury: „Le débat sur les accords de Maastricht est relancé“, *Le Figaro* 8.12.1995. Vgl. zu den Dezember-Streiks auch Alain Duhamel (1996): „Les premiers pas du nouveau septennat“, in: SOFRES: *L'état de l'opinion 1996*, Paris, S. 13-32 und bes. Olivier Duhamel/Philippe Méchet (1996): „Une grève d'opinion“, in: ebd., S. 33-47 sowie Medard Ritzenhofen (1996): „Viel Lärm um nichts? Trotz langer Streiks – die Reform bleibt auf dem Tisch“, in: *Dokumente* 1/1996, S. 4-7.

aufrecht erhalten könne.³⁰³

In der französischen Presse wurde die Klarstellung Chiracs positiv bewertet. Jean-Marie Colombani schrieb beispielsweise in *Le Monde* zur „autocritique“ Chiracs:

„M. Chirac est un créateur d’incertitudes; mais il occupe un poste qui lui fait l’obligation de donner du sens, et au moins du sens, au destin du pays. Cette contradiction n’est guère tenable, sauf à être bien secondé à la tête du gouvernement, ce qui n’a pas été le cas jusqu’à présent. Le chef de l’Etat a donc eu le mérite d’indiquer une direction claire: le redressement financier et l’intégration européenne. Celle-ci sera sans doute socialement douloureuse et porteuse de plus d’impopularité encore. Il s’agit aussi d’une clarification sous contrainte: celle des marchés. Mais au moins la fonction présidentielle sera-t-elle désormais assumée.“³⁰⁴

Fallende Umfragewerte als Konsequenz der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionierung Chiracs

Trotz der in wesentlichen Teilen auf Frankreich bezogenen Argumentation Jacques Chiracs zur Wirtschafts- und Währungsunion sahen viele Franzosen in den zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien ergriffenen Maßnahmen mehr die kurzfristigen negativen Auswirkungen für sie selbst als den langfristigen Sinn der Stabilisierung von Haushalt und Währung. Chirac wurde für den Bruch seiner Wahlkampfversprechen zur Bekämpfung der *fracture sociale* in der öffentlichen Meinung abgestraft wie noch kein Präsident der V. Republik vor ihm.³⁰⁵

Chirac startete mit guten Umfragewerten in seine erste Amtszeit: Wenige Wochen nach der Präsidentschaftswahl gaben 64% der Franzosen im monatlichen *Figaro-Magazine/SOFRES*-Barometer an, dem neuen Amtsinhaber die Lösung der anstehenden Probleme zuzutrauen. 32% hatten kein Vertrauen zum neuen Präsidenten. Chiracs Wahlkampf mit seiner Betonung sozialer Themen hatte bei vielen Franzosen Hoffnung auf Veränderungen geweckt. In einer SOFRES-Umfrage gaben Ende Mai 1995 81% der Befragten an, sich Veränderungen besonders in der Sozialpolitik zu wünschen.³⁰⁶ 72% sprachen sich darüber hinaus auch für eine veränderte Wirtschaftspolitik aus. Die Außenpolitik stand dagegen in der Ansicht einer

³⁰³ Vgl. „La situation en France suscite de plus en plus d’inquiétude en Europe“, *Le Monde* 5.12.1995 und zwei Artikel in *Le Figaro* unter der Überschrift „Les grèves en France vues de l’étranger“ vom 8.12.1995: Jacques Duplouch: „Londres: volée de bois vert“ und Laurent Mossu: „La Suisse inquiète pour l’Europe“. Vgl. auch Philippe Moreau Defarges Einschätzung der Streikbewegung: „[...] la France doute d’elle-même: en 1983, elle s’est convertie à la religion du ‚franc fort‘; le bilan de treize ans d’efforts se révèle très contrasté (certes, les prix sont maîtrisés, la balance commerciale dégage des excédents, mais le taux de chômage est parmi les plus élevés de l’Union, et l’on assiste à un dérapage des déficits publics.). Surtout, au cours de l’automne 1995, les grèves massives des services publics soulignent de façon dramatique la gravité du malaise social et condamnent à l’incertitude, sinon la perspective même de la monnaie unique, tout au moins le calendrier et les modalités de sa réalisation; les exigences de rigueur monétaire et financière du traité de Maastricht (critères de convergence) apparaissent quasiment inaccessibles pour une France en plein désarroi.“ Philippe Moreau Defarges (1996a): „La France, province de l’Union européenne?“, in: *Politique étrangère* 1/1996, S. 37-48, hier S. 38.

³⁰⁴ Jean-Marie Colombani: „L’autocritique“, *Le Monde* 28.10.1995.

³⁰⁵ Für die in diesem Abschnitt verwendeten Zahlen siehe Duhamel (1996), a.a.O.

³⁰⁶ Vgl. ebd. S. 19ff. Vgl. für ähnliche Zahlen Méchet (1997), a.a.O., bes. S. 14ff.

Mehrheit der Franzosen im Zeichen von Kontinuität: Hier wünschten sich nur 33% große Veränderungen, gegenüber 50% der Befragten, die eine Fortführung der bisherigen Politik befürworteten. Im Dezember 1995 stürzte die Zahl derjenigen, die Vertrauen in Chirac äußerten, auf 39% ab. 59% der Befragten sahen dagegen in Chirac nicht denjenigen, der die Probleme Frankreichs lösen werde. Diese Entwicklung fand sich in allen Gesellschaftsschichten und besonders auch in zwei Gruppen, die entscheidend zu Chiracs Wahlerfolg beigetragen hatten: bei jungen Menschen und bei Angestellten der unteren Lohngruppen.³⁰⁷ Die Entwicklung der Zustimmungswerte für Premierminister Juppé sah ähnlich aus wie die des Staatspräsidenten. Auch Juppé schlug damit fast alle Niedrigrekorde der V. Republik.³⁰⁸ Die Proteste gegen die Politik Jacques Chiracs und der Regierung Juppé im Dezember 1995 richteten sich hauptsächlich gegen innenpolitische Entscheidungen und Maßnahmen v.a. im Sozialbereich.³⁰⁹ Dennoch war die Europapolitik des neuen Staatspräsidenten durch die direkte Verbindung der Haushaltspolitik mit den Maastricht-Kriterien indirekt ebenfalls betroffen und durch die enorme Protestwelle mit einer schwierigen Hypothek belastet. Für die Bewertung der Außenpolitik des neuen Präsidenten ebenfalls von Bedeutung war die Ablehnung der Wiederaufnahme der Atomtests durch eine Mehrheit der Franzosen. Viele der Befragten gaben in einer SOFRES-Umfrage für *Le Monde* Anfang September an, Schaden für das internationale Ansehen Frankreichs und für die internationalen Beziehungen insgesamt zu fürchten.³¹⁰ Durch seine Entscheidung für die Atomtests verlor Chirac die Unterstützung vieler Franzosen für seine Außenpolitik: „Du coup, la confiance en Jacques Chirac en ce qui concerne la politique extérieure, forte au départ, se fissure brusquement.“³¹¹

Jacques Chirac selbst schien sich zunächst keine größeren Sorgen zu machen angesichts des Einbruchs seiner Popularitätswerte. Im Interview bei France 2 äußerte er sich im Oktober 1995 zu diesem Thema wie folgt:

³⁰⁷ Besonders hohe Vertrauenseinbrüche hatte Chirac zu verzeichnen bei den jungen Wählern (- 34 Punkte), bei älteren Franzosen (- 29 Punkte), bei Angestellten und Arbeitern (- 37 bzw. - 36 Punkte), bei Anhängern der Ökologiebewegung (- 35 Punkte) sowie bei Wählern des Front national (- 33 Punkte). Vgl. ebd., S. 17ff.

³⁰⁸ Vgl. ebd. Nur Edith Cresson hatte mit 26% Zustimmung als Premierministerin unter François Mitterrand nach sieben Monaten im Amt schlechtere Umfragewerte vorzuweisen als Alain Juppé im Dezember 1995, als er nur noch bei 37% der Franzosen auf Zustimmung stieß.

³⁰⁹ Vgl. dazu auch die Einschätzung von Philippe Méchet: „C’est ce qui handicape le plus Jacques Chirac lorsqu’il prend ses fonctions à l’Elysée. Résoudre la fracture sociale et sortir la France du marasme économique nécessitent le long terme et des réformes d’ampleur. L’opinion attend des signes immédiats du nouveau Président et ne voit pas dans l’action de son Premier ministre l’application des orientations de campagne. Le style du Président est bien perçu, son action laisse plus sceptique.“ Ebd., S. 18.

³¹⁰ Vgl. Duhamel (1996), a.a.O.

³¹¹ Ebd., S. 25.

„Je n'ai pas été élu pour être populaire et mon action n'a pas pour objectif de soigner ma popularité. Mon action a pour objectif de redresser une situation difficile. Nous avons des atouts majeurs, nous avons des faiblesses majeures. Mon ambition, c'est de valoriser nos atouts et de réduire nos faiblesses, et je le ferai. Alors naturellement il y faut du courage, naturellement il y faut du temps : j'ai les deux, et naturellement c'est impopulaire, au moins au début, je l'espère.“³¹²

5. Der Europäische Rat von Madrid

Deutsch-französische Abstimmung im Vorfeld

Im Herbst 1995 wurde in Frankreich immer deutlichere Kritik daran laut, dass Präsident Chirac und die Regierung Juppé keine eigenen Vorschläge zur institutionellen Gestaltung der EU in die Diskussion einbrachten. „Un silence qui devient assourdissant et peut se révéler destructeur“, beobachtete beispielsweise Alain Duhamel und forderte eine politische Initiative, mit der Frankreich seiner Führungsrolle in Europa wieder gerecht werde.³¹³

Den Anspruch einer aktiveren Politik in Europa schien Chirac zum Ende des Jahres 1995 erfüllen zu wollen. Nachdem bei einem Treffen zwischen Kohl und Chirac am 25. Oktober 1995 in Bonn die Einsetzung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung gemeinsamer Positionen für die Regierungskonferenz beschlossen worden war, stand auch beim nächsten Zusammentreffen der beiden Politiker am 7. Dezember 1995 in Baden-Baden die Abstimmung im Vorfeld der Regierungskonferenz im Mittelpunkt. Kohl und Chirac formulierten bei dieser Gelegenheit einen Brief an den amtierenden spanischen EU-Ratspräsidenten Felipe Gonzalez, um vor dem Europäischen Rat von Madrid deutsch-französische Vorschläge zur Vorbereitung der anstehenden Regierungskonferenz einzubringen.³¹⁴ Die Erweiterung definierten sie in diesem Brief als eine der anstehenden Herausforderungen für die EU und bezeichneten institutionelle Reformen als unabdingbare

³¹² „M. Jacques Chirac, Président de la République, répond aux questions de M. Alain Duhamel à l'émission de France 2 Invité spécial“, Palais de l'Élysée, 26.10.1995.

³¹³ Alain Duhamel: „Europe: un silence français“, *Libération* 6.10.1995.

³¹⁴ Vgl. Henri de Bresson: „Jacques Chirac et Helmut Kohl se rencontrent à Baden-Baden. Confrontés aux craintes de leurs opinions publiques, les deux dirigeants doivent réaffirmer leur volonté de travailler ensemble pour préserver la crédibilité de leur projet européen“, *Le Monde* 7.12.1995.

Voraussetzung für ihren Erfolg.³¹⁵ Thema des deutsch-französischen Gipfels war auch die Zusammenarbeit der EU mit den Beitrittskandidatenländern. Kohl und Chirac sprachen sich für ein Signal an die Länder von Seiten der EU aus, verlangten von diesen jedoch auch eigene Anstrengungen im Sinne ihrer Annäherung an die EU.³¹⁶

Inhalte und Ergebnisse des Europäischen Rates

Themen des Europäischen Rates von Madrid am 15. und 16. Dezember 1995 waren Beschäftigungsfragen, die einheitliche Währung, die Regierungskonferenz sowie die Erweiterung. Als Datum für die Eröffnung der Regierungskonferenz wurde der 29. März 1996 festgelegt.³¹⁷ Im Rahmen des Gipfels von Madrid fand erneut ein Zusammentreffen mit den Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister der assoziierten Staaten (mittel- und osteuropäische Länder, baltische Staaten, Malta, Zypern) statt. Bezüglich des Erweiterungsprozesses, der als „politische Notwendigkeit und zugleich [...] historische Chance für Europa“³¹⁸ bezeichnet wurde, hielten die Schlussfolgerungen des Rates von Madrid fest, dass eine Intensivierung der Heranführungsstrategie besonders in den Bereichen Marktwirtschaft und Verwaltungsstrukturen sowie bei der Schaffung stabiler wirtschaftlicher und monetärer Rahmenbedingungen erfolgen müsse. Die Kommission wurde daher aufgefordert, ihre Bewertung der Folgen der Erweiterung für verschiedene

³¹⁵ Gemeinsamer Brief des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den Vorsitzenden des Europäischen Rates vom 6. Dezember 1995, in Auszügen abgedruckt in Wichard Woyke (2000): *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder tritt*, Opladen, S. 226-228. Chirac und Kohl sprachen sich beide für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat aus, allerdings verbunden mit einer Neugewichtung der Stimmenzahl der einzelnen Mitgliedsstaaten. Weiterhin regten sie an, über die Ernennung, die Zusammensetzung und die Aufgaben der Kommission nachzudenken, damit diese auch in einem erweiterten Europa der ihr zugedachten Rolle gerecht werden könne. Die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament sollte nach dem Willen von Chirac und Kohl ebenfalls auf den Prüfstand kommen und einfacher und transparenter werden. Kohl und Chirac befürworteten explizit Formen verstärkter Zusammenarbeit in Bereichen, in denen nicht alle Mitgliedsstaaten einer erweiterten Union im gleichen Tempo kooperieren können.

³¹⁶ Vgl. ebd.

³¹⁷ Europäischer Rat Madrid 15./16. Dezember 1995, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil A, Einleitung. Vgl. auch Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn, II. Dokumente: Grundlagentexte zur Regierungskonferenz, Dokument 2: Bericht der Reflexionsgruppe vom 5. Dezember 1995 (Auszüge), S. 107-114.

³¹⁸ Auch Chirac betonte in seiner Pressekonferenz am Ende des Gipfels ausführlich das Friedensmotiv als Begründung für die europäische Integration. Seiner Ansicht nach müsse Europa Mitte der 1990er Jahre im sozialen Bereich eine ähnlich große Bedeutung für seine Bürger bekommen wie nach dem Zweiten Weltkrieg für die Garantie von Frieden auf dem Kontinent: „Vous savez, quand on a lancé l'idée européenne au lendemain de la guerre, il y a eu une grande adhésion des peuples, parce qu'ils ont vu dans cette idée la possibilité de la paix. Aujourd'hui, nous avons vécu en paix longtemps, alors on ne se rend pas compte que la paix est un état précaire et que l'Europe est le meilleur rempart contre la guerre, l'intolérance et la violence. Mais, également, l'Europe a pour nécessité d'intégrer beaucoup plus qu'elle ne le fait la dimension humaine des problèmes qui s'y posent. Il faut que les citoyens aient conscience que l'Europe ce n'est pas seulement la paix, c'est aussi grâce à la stabilité, grâce à la coopération, grâce au dialogue, c'est aussi le progrès social.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Madrid, 16.12.1995.

Gemeinschaftspolitiken, besonders die Agrar- und Strukturpolitik, fortzuführen und zu vertiefen und einen Bericht zum künftigen Finanzrahmen der EU ab 2000 unter Berücksichtigung der Erweiterungsperspektive vorzulegen. Der Rat betonte seine Absicht, die Beitrittsverhandlungen mit allen geeigneten Staaten gleichzeitig mit Malta und Zypern aufzunehmen, also sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz. Die ersten Staaten könnten demnach Anfang 1998 damit beginnen, mit der EU die Bedingungen ihres Beitritts zu diskutieren.³¹⁹ Dieser Beschluss entsprach der französischen Position, die sich für gleiche Startbedingungen aller Beitrittskandidaten aussprach und den Fortschritt der Verhandlungen von der Situation und den Anstrengungen der einzelnen Länder abhängig machen wollte.³²⁰ Die Fortführung des Strukturierten Dialogs bewerteten die Staats- und Regierungschefs positiv. Im zweiten Halbjahr 1995 hatten wie vorgesehen zahlreiche Ministertagungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den assoziierten Ländern stattgefunden und gute Ergebnisse bei der beiderseitigen Annäherung und bei der Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen gebracht.³²¹

Pressebewertung

Die Pressebewertung des Europäischen Rates von Madrid war insgesamt positiver als die Berichterstattung zum Gipfel von Cannes. Auch Chirac selbst stand nicht so deutlich in der Kritik wie in seiner Rolle als Ratspräsident. Einige Kritikpunkte, die bereits in Cannes angebracht worden waren, wurden jedoch auch in Bezug auf Madrid fortgeführt, beispielsweise die weiterhin fehlenden konkreten Schritte zur Vorbereitung der Erweiterung. Damit zusammenhängend blieb als Hypothek für die EU die Aussicht auf schwierige Verhandlungen zur Institutionenreform bei der 1996 beginnenden Regierungskonferenz. Bei diesem Thema fand sich wieder die Diskrepanz zwischen Chiracs optimistischen Äußerungen

³¹⁹ Europäischer Rat Madrid 15./16. Dezember 1995, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil A, Kapitel III: Ein weltoffenes Europa im Zeichen von Stabilität, Sicherheit, Freiheit und Solidarität, Unterkapitel A: Erweiterung. Deutschland hatte im Vorfeld des Gipfels sehr darauf gedrängt, als ersten Staaten Polen, Tschechien und Ungarn eine deutliche und zeitnahe Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Vgl. zur erstmaligen Festlegung eines „Wunschtermins“ für die Aufnahme der ersten neuen Mitglieder durch den Rat Barbara Lippert (1996): „Mittel- und Osteuropa“, in: Weidenfeld/Wessels (Hg.) (1996), a.a.O., S. 227-234.

³²⁰ Vgl. Chiracs Aussage am Ende des Gipfels: „Enfin, nous avons parlé de l'élargissement. Vous savez ce que nous avons dit. C'est-à-dire que tous les pays candidats étaient sur un pied d'égalité pour ce qui concerne la candidature. Naturellement, les suites données à cette candidature dépendent de la situation et des efforts de chaque pays. [...] [I]l a été admis que les PECO auraient vocation à engager le processus [de négociation] en même temps que Chypre et Malte, c'est-à-dire: tout le monde a vocation à commencer six mois après la fin de la conférence intergouvernementale.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Madrid, 16.12.1995.

³²¹ Vgl. Europäischer Rat Madrid 15./16. Dezember 1995, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage 6: Erweiterung. Vgl. auch Lippert (1996), a.a.O., S. 231f.

zu Verlauf und Ausgang der Konferenz und deutlich zurückhaltenderen Prognosen in der Presse.

Pierre Bocev und Baudouin Bollaert sprachen in ihrer Berichterstattung zu Madrid für *Le Figaro* von Schwindelgefühlen angesichts der Erweiterung („Europe: les vertiges de l’élargissement“³²²), die darin bestünden, dass zwar eine grundsätzliche Einigung gefunden worden sei, die alle beitrittswilligen Staaten von gleichen Startbedingungen ausgehen lasse, dass aber die konkrete inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Vorbeitrittsphase weiterhin unklar bleibe. Beispielsweise fehlten den beiden Journalisten beim Gipfel konkrete Angaben zu Anwendungsbereichen und Dauer möglicher Übergangsphasen vor der vollen Mitwirkung der mittel- und osteuropäischen Länder an bestimmten Gemeinschaftspolitiken. Der Gipfel insgesamt wurde in *Le Figaro* positiv bewertet, da er in allen wichtigen Bereichen, die angesprochen wurden, wenn auch keine inhaltlich überragenden, so doch prozedurale Ergebnisse erzielt habe (Festlegung des Zeitrahmens für die weitere Umsetzung der WWU und Festlegung des Namens der gemeinsamen Währung, Bestimmung des Eröffnungsdatums für die Regierungskonferenz, Beschluss zur weiteren Vorgehensweise im Erweiterungsprozess, Lancierung von Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik). Herausgehoben wurden Chiracs Insistieren auf den positiven Effekten der WWU für Frankreich und auf Frankreichs Willen, innerhalb der gesetzten Fristen daran mitzuwirken sowie der „discours très européen“ des französischen Staatspräsidenten zum Thema der Harmonisierung der Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten beim Kampf gegen den Drogenhandel. Henri de Bresson sah in *Le Monde* ebenfalls gute Ergebnisse des Gipfels, insbesondere im klaren Bekenntnis zur Währungsunion. Im Hinblick auf die Regierungskonferenz und die angestrebte Institutionenreform war er jedoch skeptisch:

„Il fallait couper court à un vent d’euro-pessimisme ravivé par les dissonances sur la future monnaie européenne, les politiques de rigueur, les déboires de l’Europe en Yougoslavie, voire la polémique sur les essais nucléaires français: Le Conseil européen de Madrid [...] n’a pas eu réponse à tout. Mais il aura au moins remis en lumière l’intention des Quinze de mener à bout l’intégration de leurs marchés en tenant le rendez-vous fixé par le traité de Maastricht avec la monnaie commune. Il a également réaffirmé que rien ne se fera si l’on ne tient pas compte de la dimension sociale de cette intégration. [...] Ces progrès ne peuvent cependant cacher les nouvelles tourmentes qui pointent à l’horizon. Sur la réforme des institutions, les Quinze savent qu’ils ne couperont pas à des décisions s’ils veulent pouvoir procéder à l’intégration progressive du reste du continent. Ils n’ont pu cependant que se mettre d’accord sur une procédure pour la Conférence qui s’ouvrira à Turin le 29 mars prochain. Sur les objectifs, ils sont restés extrêmement généraux [...]. Entre des pays comme l’Allemagne et la France, qui ont une ambition pour eux-mêmes et pour l’Europe, les petits pays qui redoutent de perdre

³²² *Le Figaro*, 18.12.1995. Vgl. außerdem Philippe Lemaître: „Les Quinze s’entendent sur la procédure d’élargissement à l’Est“, *Le Monde* 19.12.1995.

leur âme, et la Grande-Bretagne, toujours pas convaincue de la nécessité d'un projet politique pour cette Europe, les débats sont programmés pour les mois à venir."³²³

6. Bilanz der ersten Amtsmonate von Staatspräsident Chirac

In der Analyse des ersten halben Jahres von Jacques Chiracs Zeit als französischer Staatspräsident sind in Bezug auf seine Europapolitik zwei wesentliche Punkte festzuhalten. Erstens dominierte sowohl in der faktischen Politik als auch in ihrer Vermittlung die Kontinuität im Vergleich zur französischen Politik vor 1995. Zweitens wurde von Seiten der Presse von Beginn der Präsidentschaft Chiracs an ein Auseinanderklaffen zwischen dieser Politik und ihrer Vermittlung auf der einen und der europäischen Realität auf der anderen Seite konstatiert. Abgesehen von der Unzufriedenheit mit Chirac und seinem Premierminister, die v.a. innenpolitische Gründe hatte, zeigten die für das Jahr 1995 ausgewerteten Umfragedaten, dass Europa in Frankreich noch immer ein schwieriges Thema war, das die Gesellschaft auch drei Jahre nach Maastricht weiterhin spaltete. Das durch die Maastricht-Debatte beschädigte Image Europas in Frankreich konnte sich durch die ersten politischen Schritte und Initiativen Chiracs als Staatspräsident nicht verbessern – im Gegenteil zogen viele Franzosen eine direkte Verbindung zwischen den weitgehend abstrakten europäischen Verpflichtungen ihres Landes zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien und sie unmittelbar betreffenden Einschnitten im Sozialsystem.

Weiterhin ergab sich aus einer ersten Betrachtung der Presseberichterstattung im Vergleich mit den Einlassungen des Staatspräsidenten ein Unterschied, der auch von der Presse selbst thematisiert wurde. Während Chirac, beispielsweise nach dem Gipfel von Cannes, auch über die faktischen Ergebnisse der Zusammenkunft berichtete, lag der Schwerpunkt seiner Äußerungen zur Osterweiterung auf deren historischer Einordnung und auf der Betonung ihrer historischen Bedeutung für die EU und den gesamten europäischen Kontinent. In der Presse dominierte dagegen eine nüchternere und deutlicher faktenbezogene Berichterstattung. Dass hier auch Versäumnisse und ungelöste Probleme thematisiert wurden, während der amtierende Ratspräsident in erster Linie die Erfolge der unter seiner Leitung stehenden Konferenz bzw. Präsidentschaft betonen musste, war verständlich. Die Presseberichterstattung sah jedoch in Chiracs Rhetorik ein grundsätzlicheres Problem, da er gerade bei schwierigen Fragen klare Festlegungen häufig vermeide durch die Verwendung bildreicher Sprache mit zum Teil simplifizierenden Elementen. Dieser Stil werde, nach

³²³ Henri de Bresson: „Le sommet de Madrid a remis l'Europe en route, mais de nouveaux conflits sont prévisibles“, *Le Monde* 19.12.1995.

Einschätzung der Presse, der Bedeutung der behandelten Probleme bei einigen Gelegenheiten nicht gerecht und sei daher kritikwürdig.

Auffallend an Chiracs Darstellungen seiner europäischen Politik, und auch dies wurde in der Presse thematisiert, war neben seinen wenig konkreten Äußerungen zur Osterweiterung die Tatsache, dass sich der französische Staatspräsident der Distanz zwischen der EU und einer großen Zahl ihrer Bürger durchaus bewusst war und dieses Problem auch häufig ansprach. Allerdings zeigte er sich, so die mehrheitliche Beurteilung in der Presse, in seiner konkreten Politikgestaltung nicht in der Lage, hier eine deutliche Verbesserung herbeizuführen. Im folgenden wird daher zu beobachten sein, ob dieses Problem im Laufe der Jahre nach 1995 weiter bestand. Außerdem wird weiter zu untersuchen sein, ob sich Chiracs Einlassungen zur Osterweiterung mit der Einleitung der ersten Schritte zu deren Verwirklichung konkretisierten oder ob weiterhin der zwar wichtige, aber eher abstrakte Friedens- und Versöhnungsaspekt dominierte.

Wie in der praktischen Politik waren die ersten Monate Chiracs als Staatspräsident auch auf der Diskursebene von Kontinuität im Vergleich zu seinen Vorgängern geprägt. Die wichtigsten Grundbegriffe, in denen Europa in Frankreich gedacht wurde, führte Chirac fort. Seine Rhetorik zur EU-Osterweiterung war in den ersten Monaten seiner Amtszeit dominiert vom Friedens- und Versöhnungsmotiv. Außer im Zusammenhang mit der anstehenden Institutionenreform fanden sich kaum konkrete Stellungnahmen des Staatspräsidenten zum weiteren Vorgehen im Erweiterungsprozess. Dies war verständlich vor dem Hintergrund, dass im Jahr 1995 andere Themen, besonders die Währungsunion, viel Raum auf der europäischen Agenda einnahmen. Im folgenden wird daher zu beobachten sein, ob und wie sich die Schwerpunkte in Chiracs europapolitischem Diskurs mit dem Fortschreiten des Erweiterungsprozesses möglicherweise verschoben.

Kapitel VII: Die Osterweiterung im Fokus französischer Europapolitik (1996)

Wichtigstes europapolitisches Ereignis des Jahres 1996 war die Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages, die am 29. März in Turin eröffnet wurde. Sie sollte die EU-Institutionen und ihre Funktionsweise den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen und die Weichen für die geplante Erweiterung stellen. Für Frankreich bestand die übergeordnete Zielsetzung für die Regierungskonferenz v.a. darin, die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten und sich auch nach der Erweiterung einen wichtigen Einfluss auf europäische Entscheidungen zu sichern. Im September 1996 reiste Jacques Chirac nach Polen und besuchte damit den ersten der potentiellen neuen Mitgliedsstaaten der EU aus Mittel- und

Osteuropa. Er äußerte sich sehr optimistisch zur Beitrittsperspektive Polens und stellte deren Verwirklichung bereits für das Jahr 2000 in Aussicht. Gegenstand des folgenden Kapitels ist daher die Frage, wie die beiden von Chirac verfolgten Ziele, die Reform der EU-Institutionen unter Wahrung des französischen Einflusses und der Wunsch nach einem schnellen Beitritt der ersten Staaten aus Mittel- und Osteuropa zur EU, im Jahr 1996 zusammengeführt werden konnten und wie sich dies in Chiracs Europadiskurs und dessen Rezeption niedergeschlagen hat.

1. Europa in der französischen Presse zu Beginn des Jahres 1996

Die Diskussionen aus dem Herbst 1995 über die nicht wahrgenommene Führungsrolle Frankreichs in Europa setzten sich auch zu Beginn des Jahres 1996 fort. Vor dem Hintergrund der großen Streikbewegungen und sozialen Unruhen in den letzten Monaten des Jahres 1995 sowie angesichts der Perspektive der für die Zukunft Europas äußerst wichtigen anstehenden Regierungskonferenz formulierten verschiedene Journalisten zu Beginn des Jahres 1996 den Wunsch nach einer eindeutigen Positionsbestimmung der Regierung und besonders des Staatspräsidenten zu Europa.³²⁴

Libération trug beispielsweise Kritik aus allen politischen Lagern an der passiven Haltung Chiracs zusammen und entwarf ein Szenario, demzufolge die Verwirklichung der Währungsunion zu den angestrebten Fristen wegen der schlechten Wirtschaftsdaten auch in Frankreich kaum realistisch sei.³²⁵ Alain Duhamel hatte in *Libération* angesichts der Heftigkeit einer erneuten Debatte über die Maastricht-Kriterien sogar folgenden Eindruck: „[...] la France se partage entre eurocritiques, eurosceptiques et europhobes.“³²⁶ Europaminister Michel Barnier bemühte sich durch Auftritte in verschiedenen Regionen Frankreichs, die Vermittlung der Europapolitik des Staatspräsidenten zu verbessern. Jacques Fleury stellte für *Le Figaro* jedoch am Beispiel von Barniers Besuchs in der Region Rhône-Alpes eine deutliche Kluft zwischen der politischen Klasse und großer Teile der Gesellschaft in Bezug auf die europäische Integration fest:

„Ce qui frappe, en suivant le ministre dans son périple dans la région Rhône-Alpes, c’est le déphasage existant entre le débat lancé dans les instances politiques parisiennes sur la nécessité de modifier le calendrier menant à la naissance de la monnaie unique, et les interrogations émanant directement du terrain. Ici, la question n’est plus de savoir si la future

³²⁴ Vgl. als einige der ersten Artikel den Leitartikel und die Bewertung der Neujahrsansprache von Jacques Chirac in *Le Monde* vom 2. Januar 1996: „Les bonnes intentions de Jacques Chirac“ und „Jacques Chirac appelle à renouer avec l’espérance et la confiance“.

³²⁵ Vanessa Schneider: „Come-back de l’Europe dans le débat politique“, *Libération* 8.1.1996 und Pascal Riché: „Le moral des Français plombe Maastricht“, *Libération* 11.1.1996.

³²⁶ Alain Duhamel: „Le deuxième siège de Maastricht“, *Libération* 26.1.1996.

monnaie doit être mise en place au 1^{er} janvier 1999 ou plus tard, si son unité doit s'appeler l'euro ou l'écu. Toutes les questions portent sur la simplification des textes européens en vigueur, sur le maintien des aides de Bruxelles à l'agriculture, sur l'extension des fonds structurels de développement ou sur les difficultés de l'élargissement de l'Union.³²⁷

Auch *Le Monde* wies im Zusammenhang mit der Forderung nach einer engagierteren Europapolitik auf das Problem ihrer Vermittlung hin:

„[...] il manque encore une vision globale de l'avenir européen, une vision partagée et surtout expliquée aux opinions, qui ne comprennent plus grand-chose aux débats byzantins sur la monnaie unique et ses critères, sur l'intergouvernemental et le supranational, sur l'écheveau des procédures qui font de l'Europe un facile bouc émissaire. Le président de la République a montré au cours des derniers mois qu'il ne pensait pas la politique de la France en dehors de la ‚dimension‘ européenne. Cette conviction ne suffit pas. [...] Jusqu'à maintenant, Jacques Chirac s'est borné à placer quelques touches éparses, dans les domaines politique, monétaire, économique, militaire, etc., lançant même des signaux contradictoires. L'ouverture de la conférence intergouvernementale est une bonne occasion de montrer que la France a une grande politique européenne. Tout laisse à penser qu'il [Jacques Chirac] va la saisir. Il est grand temps.³²⁸

Nach mehreren Wochen Berichterstattung über die innerfranzösischen Diskussionen forderte *Le Figaro* Ende Januar 1996 Chirac direkt auf, die vorherrschende „Kakophonie“ zu beenden:

„[...] le temps est venu pour le chef de l'Etat de fixer le cap européen de la France. De proposer une synthèse, sa synthèse. [...] Certes, depuis des mois, le président de la République n'a cessé de souligner avec force son engagement européen et l'importance du couple franco-allemand. Depuis des mois, il a affiché son souci de ‚remettre l'homme au cœur des préoccupations européennes‘. Depuis des mois, aussi, il a écouté. Il a reçu des personnalités politiques de tous bords [...]. Il a rencontré à plusieurs reprises le chancelier Kohl, mais aussi ses autres partenaires européens. Mais, aujourd'hui, il doit faire plus. Alors que le débat reprend de la vigueur et vient même troubler les rangs du gouvernement, il appartient au chef de l'Etat de clarifier la position française, de mettre fin à la véritable cacophonie qui s'est développée depuis quelques semaines. [...] Seul Jacques Chirac peut aujourd'hui permettre d'y voir plus clair, peut tracer une ligne directrice, dissiper les malentendus.³²⁹

Am 20. Februar 1996, unmittelbar vor einer Debatte in der Nationalversammlung zur Wirtschafts- und Währungsunion, erschien in *Le Figaro* eine erste Antwort des Präsidenten und der Regierung: „Europe: le texte confidentiel qui fixe les grandes orientations françaises“.

³²⁷ Jacques Fleury: „Barnier: sortir le débat de la ‚clandestinité‘“, *Le Figaro* 30.1.1996. Vgl. auch Ders.: „Une campagne d'explication“, *Le Figaro* 17.10.1996. Baudouin Bollaert erkannte bei einer späteren Analyse der Informationskampagne im *Figaro* das Bemühen der Regierung um eine Verbesserung der Vermittlung Europas durchaus an. Gleichzeitig bemerkte er jedoch, dass auch in Frankreich nicht nur die Europa-Gegner europäische Entscheidungen für ihre Zwecke nutzten: „Il y a un peu du pompier pyromane dans cette attitude. L'équipe au pouvoir ne s'est pas privée, dans le passé, d'utiliser l'Europe et Bruxelles comme bouc émissaire des difficultés françaises. Parfois à juste titre. Mais, le plus souvent, par facilité ou opportunisme...“ Baudouin Bollaert: „Un ‚dialogue‘ pour l'Europe“, *Le Figaro* 22.10.1996.

³²⁸ „En attendant l'Europe“, *Le Monde* 13.2.1996.

³²⁹ Anne Fulda: „Jacques Chirac: le temps de la synthèse“, *Le Figaro* 30.1.1996. Kursivsetzung im Original. Vgl. auch Thierry Portes: „La majorité à la recherche d'alternatives“, *Le Figaro* 27./28.1.1996.

Der Text enthielt die wichtigsten Positionsbestimmungen Frankreichs für die anstehende Regierungskonferenz.³³⁰ Laut Jean-Michel Thénards Einschätzung in *Libération* ging die Bedeutung des Textes aber über eine reine Aufzählung der französischen Positionen nicht hinaus und war damit keine hinreichende Antwort auf die Unklarheiten in der europäischen Politik des Staatspräsidenten:

„Le Président doit donc reprendre son ouvrage. Il compte s’y employer avant le 29 mars sous une forme à déterminer [...]. Cette intervention présidentielle est d’autant plus urgente que le débat en France sur l’Europe est devenu cacophonique. La crise sociale de décembre, le brutal ralentissement de l’activité économique et les 19 millions de chômeurs de l’Union ont non seulement ravivé les interrogations sur les critères, le calendrier et le bien-fondé de la monnaie unique mais aussi et surtout sur le sens de la construction européenne.“³³¹

Auch *Le Monde* vermisste in dem in *Le Figaro* veröffentlichten Papier eine eigene französische Haltung:

„Ce texte expose une position ‚centriste‘: un peu de fédéralisme dans les domaines de compétence traditionnels de l’Union, mais simple coopération intergouvernementale quand il s’agit de politique étrangère et de défense. Paris se situe ainsi à mi-chemin entre ce que souhaitent l’Allemagne, qui penche pour une vraie évolution fédérale, et la Grande-Bretagne, réticente à toute nouvelle délégation de souveraineté.“³³²

Le Monde kritisierte außerdem, wie *Libération*, den technokratischen Charakter der europapolitischen Vorschläge Chiracs, die nicht dazu geeignet schienen, die Franzosen von Europa zu überzeugen:

„Si elles étaient retenues par la Conférence intergouvernementale, ces propositions permettraient d’améliorer le fonctionnement de l’UE. Mais répondent-elles au souci des hommes politiques qui ont interpellé le président de la République et aux préoccupations de l’opinion politique obnubilée par le chômage? Sans doute pas. Elles sont trop ‚techniques‘ pour susciter l’enthousiasme qui manque cruellement aux Européens. On attend aussi du chef de l’Etat une vision dépassant le bricolage institutionnel.“³³³

³³⁰ Vgl. „Une note de l’Elysée largement diffusée“, *Le Monde* 21.2.1996. Für eine detaillierte Darstellung der französischen Positionen für die Regierungskonferenz s.u., S. 165ff.

³³¹ Jean-Michel Thénard: „La majorité discute en attendant le verbe présidentiel“, *Libération* 21.2.1996.

³³² „M. Chirac défend une vision ‚centriste‘ de l’Europe“, *Le Monde* 21.2.1996.

³³³ „Encore un effort européen, M. Chirac!“, *Le Monde* 21.2.1996. Vgl. auch Philippe Lemaître: „Jacques Chirac en pédagogue de l’Union“, *Le Monde* 22.2.1996: „Son intention [celle de Jacques Chirac] semble [...] pédagogique: illustrer, à l’intention des Français, le calendrier européen, expliquer comment il s’articule, au-delà des décisions sur la monnaie unique. [...] D’ici à 1998, l’Union a devant elle deux grandes échéances, l’Union monétaire et la CIG, guère parlantes pour l’opinion. D’où la nécessité de prendre des initiatives sur le terrain de l’emploi.“

2. Das europäische Sozialmodell als Thema französischer Europapolitik

Chirac war also aufgefordert, seine Haltung zu Europa zu präzisieren und sie den Franzosen deutlicher zu vermitteln. Im März 1996 reagierte er auf diese Erwartungen und bemühte sich um eine Klärung seiner Position. In einem Gastbeitrag für *Libération* und einem Memorandum, das vor dem Europäischen Rat von Turin allen europäischen Partnern zugeht, skizzierte Chirac seine Prioritäten für die Regierungskonferenz und brachte gleichzeitig das Thema Sozialpolitik auf die europäische Agenda. Dieses stellte im engeren Sinne keinen Gegenstand der Regierungskonferenz dar, war jedoch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage der meisten EU-Staaten und der Auflagen der Maastricht-Kriterien von hoher Aktualität und fand entsprechendes Echo.

„*Pour un modèle social européen*“

In seinem Gastbeitrag für *Libération* vom 25. März 1996 forderte Chirac unter der Titel „*Pour un modèle social européen*“ eine neue Begründung für Europa in einem großen politischen Projekt:

„Depuis la guerre, la construction européenne a été – et demeure – le garant de la réconciliation et de la paix. Mais, dans un paysage nouveau, après les bouleversements qu’a connu notre continent à la fin des années 1980, l’Europe a besoin d’un grand projet politique. [...] Ce projet est urgent et nécessaire, car l’Union doit se renforcer avant d’accueillir de nouveaux membres. Soyons fidèles à l’enseignement du Général de Gaulle et de Georges Pompidou: pour pouvoir s’élargir, l’Europe doit d’abord s’approfondir tout en respectant la souveraineté de ses Etats. Ce projet repose sur une architecture européenne renouée, sur l’union monétaire et sur une beaucoup plus forte prise en compte des aspirations sociales et culturelles des peuples.“

Ziel der von Chirac vorgeschlagenen Reformen war ein Europa, das intern gestärkt werden müsse, um dann auch weltweit eine bedeutende Rolle spielen zu können: „Mon ambition est que l’Union s’affirme peu à peu comme un pôle actif et puissant, à l’égal des Etats-Unis, dans un monde du XXIème siècle qui, nous le voyons bien, sera un monde multipolaire.“

Im Vorfeld der Regierungskonferenz führte Chirac mit der Veröffentlichung eines „Memorandums für ein europäisches Sozialmodell“ seine Initiative im sozialpolitischen Bereich weiter aus.³³⁴ Das Memorandum ging allen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zu. Es wurde beim Turiner Gipfel thematisiert, war jedoch im Anschluss nicht expliziter

³³⁴ Zuvor hatte Premierminister Juppé die wesentlichen Punkte des Memorandums bereits im Ministerrat und vor dem Nationalrat des RPR präsentiert. Vgl. Thierry Portes: „Juppé veut un ‚modèle social européen‘“, *Le Figaro* 25.3.1996 und Nicole Gauthier: „Le gouvernement rejoint l’Europe sociale“, *Libération* 27.3.1996.

Gegenstand der Regierungskonferenz.³³⁵ Chiracs Vorstellung war ein Europa, das seine Bürger erreiche und für diese keine abstrakte Einheit bleibe, die sich nur mit Wirtschafts- und Finanzfragen beschäftige, den Alltag und die Sorgen der Bevölkerungen aber scheinbar weitgehend ignoriere. Statt dessen solle Europa zukünftig auch im Bereich der Sozialpolitik positiv wahrgenommen werden, so Chirac:

„L'Europe doit redevenir synonyme de progrès social. Elle doit imposer cette idée simple: nous vivons et nous vivrons mieux au sein d'une Europe forte et unie que sans elle. Si nous n'affirmons pas sa dimension sociale et humaine, les peuples n'auront pas envie de s'engager dans cette grande aventure collective.“

Der französische Präsident hob die Vorteile des europäischen Sozialmodells hervor, das zwar angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft ein Trumpf sei, gleichzeitig von dieser jedoch auch ernsthaft bedroht werde. Um dieser Situation zu begegnen, sprach sich Chirac dafür aus, innerhalb der EU-Politik Prioritäten zu setzen in den Bereichen Arbeitsplatzbeschaffung und –erhalt, bei der Förderung von Informationstechnologien, der Umsetzung der bereits beschlossenen transeuropäischen Infrastrukturprojekte sowie in der Forschung. Außerdem forderte er einen entschlossenen europäischen Kampf gegen Sozialdumping insbesondere im Dienstleistungsbereich (*service public*).³³⁶ Chirac verknüpfte seine Ausführungen zur Sozialpolitik explizit mit der anstehenden großen Erweiterungsrunde der EU. Er betonte die französische Unterstützung des Erweiterungsprozesses, legte aber großen Wert darauf, dass dieser nicht zu einer Orientierung nach unten im Bereich der Sozialpolitik und der sozialen Standards in Europa führen dürfe:

„Historique, politique, l'élargissement de l'Union européenne a aussi une dimension sociale. La France dit oui, avec conviction et chaleur, à l'élargissement de l'Union européenne. Le continent européen va enfin retrouver son unité. Faisons de cette réconciliation une chance pour nos sociétés. Ensemble, nous avons commencé à préparer l'adhésion des pays candidats. Dès à présent, la dimension sociale et humaine doit être au cœur de ce processus d'adhésion.“

³³⁵ Vgl. die Aussage von Chirac in seiner Pressekonferenz nach dem Rat von Turin: „J'ai également présenté au Conseil le mémorandum français, sur le modèle social européen [...]. Il a été bien accueilli et a fait l'objet d'une discussion au cours du déjeuner. [...] Concernant le modèle social européen, il ne s'agit pas d'un élément qui s'intègre dans la Conférence, pas plus d'ailleurs que les problèmes de l'emploi. Mais j'ai toujours affirmé, et nous affirmons tous, que les difficultés étant aujourd'hui celles que nous connaissons, nous ne pouvons pas traiter uniquement des problèmes institutionnels, de défense ou de l'économie et de la monnaie sans traiter en même temps – même s'il s'agit d'une procédure parallèle – des problèmes sociaux qui sont, d'une part l'emploi et, d'autre part, les conséquences sur la tradition sociale et humaniste européenne de la mondialisation de l'économie. Je dois dire que nous sommes arrivés, sur tous ces points, à un accord.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République à l'issue du Conseil européen, Turin 29.3.1996.

³³⁶ Neben der primär auf den Arbeitsmarkt bezogenen Dimension beinhaltete das Memorandum Chiracs weitere sozialpolitische Komponenten. Chirac sah Handlungsbedarf und –möglichkeiten für Europa bei Angeboten für Jugendliche besonders in der Ausbildung, aber auch beispielsweise in Form eines europäischen Freiwilligendienstes, beim Kampf gegen Drogenhandel und –missbrauch, bei der Verringerung von sozialer Ausgrenzung, von Armut und ihren Folgen sowie allgemein beim Einsatz für die Rechte der europäischen Bürger.

Une idée simple doit présider à l'élargissement : il nous appartient de susciter, dans le respect des traditions nationales, la consolidation du dialogue social. La construction de la grande Europe, qui a été longtemps un rêve inaccessible et qui est aujourd'hui notre projet commun, ne doit pas conduire à un profil bas en matière d'exigence humaine.³³⁷

Pressebewertung

Libération bewertete die Positionsbestimmung Chiracs durchweg positiv.³³⁸ Für Serge July beispielsweise war die Haltung des französischen Staatspräsidenten überzeugend und konsequent:

„Quoi qu'il [Jacques Chirac] ait pu dire ou penser auparavant, et le florilège serait abondant, il est aujourd'hui un Européen déterminé, un bâtisseur ambitieux de la puissance européenne [...]. Jacques Chirac n'est pas spécialement un adepte des débats métaphysiques, que ce soit sur l'Europe ou sur toute autre question. Mais, si ce pragmatique slalome entre les dogmes, le cap n'en est pas moins très fermement européen. [...] Chirac l'Européen prend le relais de Giscard et de Mitterrand. La conversion est achevée: ce sera une fois encore plus d'Europe.“³³⁹

Auch Pierre Haski sah, ebenfalls in *Libération*, eine positive Entwicklung der Europapolitik innerhalb der zehn ersten Monate der Präsidentschaft Chiracs:

„A son entrée à l'Elysée, il y a dix mois, un grand voile de mystère entourait les convictions européennes de Jacques Chirac aux yeux des partenaires de la France au sein de l'Union européenne. [...] Voici donc, après près d'un an d'exercice du pouvoir, les habits neufs européens du président Chirac: un texte programmatique destiné à mettre fin à ce doute à quelques jours de la Conférence intergouvernementale (CIG). Comme si cette échéance-clé avait contraint le chef de l'Etat à clarifier ses choix, tant par rapport à un parcours personnel sinueux, que vis-à-vis d'un début de septennat déroutant. Comme si, également, la marge de

³³⁷ Vgl. für alle Zitate: Contribution de M. Jacques Chirac, Président de la République à destination des Gouvernements des pays membres de l'Union européenne: Mémoire pour un modèle social européen, 27.3.1996. Vgl. auch Jacques Chirac: „Pour un modèle social européen“, Tribune publiée dans *Libération*, 25.3.1996. Bei seiner Rede vor der Conférence internationale du travail in Genf am 11.6.1996 kam Chirac erneut auf den sozialen Aspekt der Erweiterung zu sprechen: „Dans les pays aujourd'hui en transition, notamment ceux d'Europe centrale et orientale, ne peut-on imaginer, et souhaiter, que l'enracinement des libertés et le développement de l'économie de marché s'accompagnent de la mise en place d'une démocratie sociale fondée sur les mêmes principes? L'émergence de partenaires sociaux forts, le développement de relations professionnelles fondées sur la négociation collective et l'adaptation des législations sociales sont aujourd'hui nécessaires pour atténuer les effets profonds, sur des sociétés entières, du passage à l'économie de marché. Mieux associer les travailleurs à ces mutations, c'est consolider la démocratie dans des pays où elle demeure fragile. Ces orientations doivent notamment s'imposer dans tous les pays qui souhaitent adhérer à l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle j'ai fait de la dimension sociale de l'élargissement l'un des points majeurs du mémorandum sur l'Europe sociale que j'ai présenté, le 29 mars dernier à Turin, à tous nos partenaires de l'Union.“ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République devant la Conférence Internationale du Travail, Genf 11.6.1996.

³³⁸ Die positive Einschätzung in *Libération* erstaunte insofern, als die politische Linke, beispielsweise die Sozialistische Partei, die Äußerungen Chiracs deutlich negativer beurteilte. Vgl. „L'Europe version Delors“, *Le Figaro* 25.3.1996 und Pascal Virot: „Chirac européen gêne la gauche“, *Libération* 26.3.1996.

³³⁹ Serge July: „Profession de foi“, *Libération* 25.3.1996.

manœuvre d'un chef de l'Etat français à l'heure de la mondialisation ne lui laissait guère d'autre choix que de se couler dans le moule intégrateur de ses prédécesseurs.³⁴⁰

In *Le Figaro* wurde die französische Betonung des sozialen Aspekts der europäischen Integration ebenfalls begrüßt. Auch wenn nicht garantiert sei, dass die Positionierung des Staatspräsidenten und der Regierung volle Unterstützung aus den Partnerländern erhalte, sei die französische Initiative auf jeden Fall dazu geeignet, eine Diskussion zum Thema anzustoßen, so die Analyse.³⁴¹ Ähnlich äußerte sich Baudouin Bollaert, ebenfalls in *Le Figaro*:

„[...] l'idée-force [...] paraît claire: sauver le système de protection sociale à l'européenne – moyennant les adaptations nécessaires – face à un double danger: d'une part les excès du libre-échange à tout-va. D'autre part, le dumping social induit par l'adhésion prochaine dans l'Union européenne des pays de l'Est dont les PIB réunis équivalent à celui des Pays-Bas. Le mémorandum français sera-t-il autre chose qu'une noble incantation à l'usage d'abord national? Certains partenaires de la France seront certes intéressés. Mais, en Europe, les efforts en la matière ont toujours connu plus d'échecs que de succès.“³⁴²

In einem weiteren Artikel in *Le Figaro* sah Bollaert den Gastbeitrag Chiracs in *Libération* über seine unmittelbare Wirkung hinaus als Komplettierung eines kohärenten französischen Projekts für Europa. Bollaert bezeichnete Chiracs Beitrag als weiteres Element einer europäischen „Doktrin“ nach der außenpolitischen Grundsatzrede Chiracs im Präsidentschaftswahlkampf (14.3.1995), dem Fernsehinterview mit dem klaren Bekenntnis zur Währungsunion (26.10.1995) sowie den deutsch-französischen Vorschlägen (Dezember 1995) und den im *Figaro* veröffentlichten französischen Orientierungen für die Regierungskonferenz (20.2.1996, s.o.). Bollaert bewertete die französische Positionierung außerdem als lange überfälligen Beitrag zur Zukunftsdiskussion der EU.³⁴³

In *Le Monde* betrachtete Alain Frachon den Vorstoß des Präsidenten vor allem vor dem Hintergrund seiner Wirkung auf die französische öffentliche Meinung:

„Ce n'est pas seulement un projet de fond. C'est la seule manière de ‚vendre‘ l'Europe à des opinions souvent sceptiques, que l'euro laisse méfiantes ou indifférentes et pour lesquelles la conférence intergouvernementale (CIG) qui s'ouvre à Turin le 29 mars, afin de réformer les institutions de l'Union, n'est qu'un sigle de plus inventé par la technocratie bruxelloise.“³⁴⁴

³⁴⁰ Pierre Haski: „Les habits neufs d'un président gaulliste“, *Libération* 25.3.1996. Vgl. auch Nicole Gauthier: „Le gouvernement rejoint l'Europe sociale“, *Libération* 27.3.1996.

³⁴¹ Yves Messarovich: „La voix française“, *Le Figaro* 25.3.1996.

³⁴² Baudouin Bollaert: „Au-delà de l'incantation...“, *Le Figaro* 25.3.1996.

³⁴³ Baudouin Bollaert: „Chirac verrouille la ‚doctrine‘ française“, *Le Figaro* 26.3.1996.

³⁴⁴ Alain Frachon: „Comment concilier la lutte pour l'emploi et l'union monétaire?“, *Le Monde* 26.3.1996.

Zu den Erfolgsaussichten der französischen Initiative äußerte sich Frachon eher skeptisch und legte hier den Akzent insbesondere auf die absehbaren Schwierigkeiten bei dem Versuch, eine aktive Sozialpolitik auf den Weg zu bringen und gleichzeitig weiter an den strengen Maastricht-Kriterien festzuhalten.

Einordnung und Bewertung der Initiative Chiracs

Die Positionierung Chiracs im sozialen Bereich unmittelbar vor Beginn der Regierungskonferenz war zu großen Teilen aus innenpolitischen Motiven zu erklären. Vorausgegangen waren die großen Streikbewegungen im Dezember 1995, harte Diskussionen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Juppé und der Rücktritt des wesentlich für die geplanten Reformen verantwortlichen Wirtschaftsministers Alain Madelin. Nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch bei seinen europäischen Partnern wurde in den Diskussionen über die Ursachen der französischen Krise eine Verbindung hergestellt zwischen Frankreichs Verpflichtung zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien und den Schwierigkeiten der Regierung und des Staatspräsidenten, die Wahlkampfversprechen im sozialen Bereich zu erfüllen (Stichwort *fracture sociale*).³⁴⁵ Mit seinem forcierten Eintreten für ein europäisches Engagement in der Sozialpolitik versuchte Chirac, diesen Konflikt aufzulösen bzw. ihm zumindest offensiv zu begegnen. Außerdem reagierte der französische Staatspräsident auf die Forderungen nach einer grundsätzlichen Klarstellung seiner europapolitischen Positionen.

Offenbar gelang es Chirac mit seinen Forderungen nach der Bewahrung des europäischen Sozialmodells und nach einer aktiven Sozialpolitik auf europäischer Ebene, zahlreiche seiner Kritiker zu überzeugen. Im Vergleich zur seit dem Amtsantritt Chiracs geäußerten Kritik an seiner Europapolitik bzw. an der fehlenden Definition einer solchen, präsentierte sich das Bild des französischen Staatspräsidenten in der Presse im Umfeld der Regierungskonferenz deutlich gewandelt. Chiracs Positionierung für die Verhandlungen zur Reform der EU-Institutionen sowie besonders sein Einsatz für sozialpolitische Belange fanden in der Presse insgesamt ein sehr positives Echo. Der Präsident hatte mit der Sozialpolitik ein Thema aufgegriffen, das im täglichen Leben der Franzosen eine deutlich größere Rolle spielte als beispielsweise die Reform der EU-Institutionen und präsentierte damit zum einen sich selbst als Anwalt der Bedürfnisse der Franzosen, zum anderen aber auch Europa als mögliche

³⁴⁵ Vgl. z.B. Jean-Michel Thénard: „Chirac en campagne contre la fracture européenne“, *Libération* 25.3.1996. Vgl. zu den Protestbewegungen auch Andrea Szukala (1997): „Frankreich“, in: Rudolf Hrbek (Hg.) (1997): *Die Reform der Europäischen Union: Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz*, Baden-Baden, S. 77-88, hier S. 80ff.

Instanz für die Lösung von Problemen, die im eigenen Land zunehmend schwierig zu behandeln waren.

Die Haltung der Franzosen zu dieser Frage war im Frühjahr 1996 noch zwiespältig. Sie sprachen sich zwar mehrheitlich dafür aus, eher die Sozialsysteme auf europäischer Ebene zu harmonisieren als um jeden Preis das französische Modell zu verteidigen. Ob eine solche Harmonisierung jedoch einen Erhalt der französischen Standards garantieren könne oder eher zu einer Orientierung nach unten führen werde, dessen waren sich die Franzosen nicht sicher. In einer vom Institut Louis Harris für die Zeitschrift *Profession Politique* (n° 179, 19.4.1996) durchgeführten Umfrage zu Chiracs europäischen Initiativen im sozialen Bereich waren 35% der Befragten der Ansicht, dass die europäische Einigung negative Auswirkungen auf die französischen sozialen Errungenschaften haben werde. 30% glaubten an positive, 24% an keine Auswirkungen.³⁴⁶ Gleichzeitig gaben 61% der Befragten an, dass ein soziales Europa für sie eine Harmonisierung der Sozialsysteme in den einzelnen europäischen Staaten, inklusive Frankreichs, bedeute. Nur 31% definierten ein soziales Europa als Verteidigung der französischen Errungenschaften gegenüber den anderen europäischen Ländern.³⁴⁷

Europe protection

Mit seiner sozialpolitischen Initiative griff Chirac Anfang 1996 auf das bis dahin in seiner Politik noch wenig präsenste Konzept *Europe protection* zurück. Er reagierte damit auf das im Leben vieler Franzosen sehr wichtige Thema Arbeitslosigkeit und zeigte sich empfänglich für die sozialen und wirtschaftlichen Sorgen seiner Landsleute. Europa solle in der Sozialpolitik als zusätzliche Ebene der Politikgestaltung wahrgenommen werden, die, neben dem Nationalstaat, ebenfalls eine Schutzfunktion für seine Bürger wahrnehme, so Chirac. Auf diese Weise versuchte Chirac, das negative Bild von Europa, das im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich durch die mit den Maastricht-Kriterien verknüpften Haushaltsmaßnahmen entstanden war, positiv zu korrigieren und seine eigene Position im Meinungsbild großer Teile der Gesellschaft wieder zu verbessern.

Chirac erkannte mit seinem Vorstoß an, dass Mitte der 1990er Jahre neue Begründungen für die Fortführung der europäischen Einigung gefunden werden mussten, um die Menschen für ihre Unterstützung zu gewinnen. Das für die Gründungszeit der Integration und auch lange

³⁴⁶ „Selon vous, la construction européenne aura-t-elle plutôt des effets positifs, plutôt des effets négatifs, ou pas vraiment d’effet sur les acquis sociaux en France?“

³⁴⁷ „Pour vous, l’Europe sociale, cela devrait être d’abord la défense des acquis sociaux français face aux systèmes sociaux des autres pays européens/ou l’harmonisation des systèmes sociaux des différents pays européens, France incluse?“

danach gültige Friedensmotiv reichte als Begründung nicht mehr aus. Explizit formulierte Chirac daher die Notwendigkeit eines neuen politischen Projekts. Dessen Schwerpunkte legten mit dem Ziel der Schaffung demokratischerer und effizienterer Institutionen, der gemeinsamen Währung sowie der Sozial- und Kulturpolitik einen deutlichen Akzent auf Nähe zu den täglichen Erfahrungen und Bedürfnissen der Bürger. Chirac schien also erkannt zu haben, dass sich nur auf diese Weise die notwendige Unterstützung für eine Fortführung der europäischen Integration erreichen ließ.³⁴⁸ Während die Reaktionen in der Presse auf Chiracs Vorstoß durchweg positiv waren, zeigten sich die Franzosen allerdings in der ersten zitierten Umfrage noch zurückhaltend.

In Bezug auf die Erweiterung wies Chirac im Zusammenhang mit seiner sozialpolitischen Initiative auf mögliche Schwierigkeiten hin, die sich durch den potentiellen Beitritt mittel- und osteuropäischer Transformationsstaaten ergeben könnten. Mit der Einführung der „sozialen Dimension der Erweiterung“ und seiner Ablehnung von Sozialdumping brachte Chirac bereits zu einem frühen Zeitpunkt mögliche Gründe für eine Zurückhaltung Frankreichs bei bestimmten Aspekten der Erweiterung in die Diskussion. Bei diesem Thema zeigt sich, dass die Analysekatoren zur französischen Sicht auf Europa sowohl positive als auch negative Seiten beinhalten können. In Bezug auf Frankreich, seine interne politische Situation und seine Interessen in Europa ist die Kategorie *Europe protection* positiv zu deuten: Europa unterstütze die französischen Bemühungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und zur Sanierung des Sozialstaates, so Chiracs Argumentation. Es stelle eine zusätzliche Ebene der Politikgestaltung dar, die von den nationalen Politikern genutzt werden könne und von der ihrerseits auch ergänzende Impulse ausgehen sollten. Bezogen auf die Erweiterung ist die Kategorie dagegen negativ zu deuten. Die mit ihr verbundenen Inhalte wurden von Chirac zur Beschreibung dessen genutzt, was im Zusammenhang mit der Erweiterung nicht eintreten dürfe: Sozialdumping und das Absenken von Standards unter das französische Niveau müssten vermieden werden. Im folgenden wird daher zu beobachten sein, ob und wie das Argument mit dem Fortschreiten des Erweiterungsprozesses weiter verwendet wurde. Festzuhalten ist zunächst, dass der Staatspräsident beim ersten konkreten Thema, das mit der Erweiterung verbunden war und das über eine symbolische Ebene

³⁴⁸ „L'idée européenne, pour parler au cœur des hommes et des femmes, doit susciter le désir, la confiance, l'espérance. Tel n'est pas le cas aujourd'hui. Les peuples ont le sentiment que l'Europe ignore leurs préoccupations quotidiennes, qu'elle se limite à des projets élaborés dans le secret des bureaux, qu'elle est source de contrainte et non motif d'espoir. Dès avant mon élection, j'avais souhaité réconcilier les Français sur l'Europe et les réconcilier avec l'Europe. [...] pour réussir, les gouvernements devront définir un véritable modèle social européen, qui seul permettra d'entraîner l'indispensable adhésion des peuples.“, Jacques Chirac: „Pour un modèle social européen“, Tribune publiée dans *Libération*, 25.3.1996.

hinausging, eine zurückhaltende bis ablehnende Haltung einnahm. Bereits bei der Analyse der Diskussionen zur Institutionenreform im Rahmen der Regierungskonferenz ergibt sich die Gelegenheit zu überprüfen, ob Chirac für Frankreich dort ebenfalls eine defensive Position in Bezug auf die Erweiterung vertrat.

3. Die Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages

Aufgaben und Ziele der Regierungskonferenz

Der Maastrichter Vertrag enthielt in Artikel N (2) die Vorgabe, im Jahr 1996 eine Regierungskonferenz einzuberufen, um strittig und offen gebliebene Probleme zu behandeln und um im EU-Vertrag gefundene vorläufige Lösungen in einigen Fällen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Zielsetzung war, so die Formulierung im Maastrichter Vertrag, „die Wirksamkeit der Mechanismen und Organe der Gemeinschaft sicherzustellen.“³⁴⁹ Beim Europäischen Rat von Turin am 29. März 1996 wurden die Regierungskonferenz eröffnet sowie ihr Mandat und Arbeitsprogramm von den Staats- und Regierungschefs beschlossen.³⁵⁰ Drei Bereiche standen im Zentrum: eine bürgernähere Union³⁵¹, die Institutionen in einer demokratischeren und effizienteren Union³⁵² sowie größere Handlungsfähigkeit der Union nach außen³⁵³. Die Anforderungen an die Regierungskonferenz waren seit Maastricht durch interne und externe Faktoren ständig gewachsen, so dass die Mitgliedsstaaten bei den Verhandlungen vor großen Herausforderungen standen.³⁵⁴

Die Beschlüsse der Regierungskonferenz sollten auch die Weichen stellen für die Erweiterung der EU um die assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten. Explizit thematisiert wurde

³⁴⁹ Titel I, Art. B [Ziele der Union] des Vertrages über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 1. Januar 1995, zitiert nach Thomas Läufer (Bearb.) (1996): *Europäische Union – Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

³⁵⁰ Für eine ausführliche Darstellung von Mandat und Arbeitsprogramm der Regierungskonferenz vgl. Europäisches Parlament, Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz“ (1996): *Weißbuch über die Regierungskonferenz 1996, Band II: Aufzeichnung über die Positionen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996*, Luxemburg, bes. S. 13-17.

³⁵¹ Hier ging es um Weiterentwicklungen der Zusammenarbeit in den Feldern Inneres und Justiz, gemeinsame Initiativen in der Beschäftigungspolitik, Fortschritte im Bereich der Dienstleistungen und der Umweltpolitik sowie die verstärkte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips im Sinne einer Herstellung größerer Transparenz über die Unionspolitiken. Vgl. Europäischer Rat Turin, 29. März 1996, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

³⁵² Die wichtigsten Themen in diesem Bereich waren demokratischere und effizientere Institutionen: Prüfung einer möglichen Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, Rolle und Kompetenzen des EP, Einbeziehung der nationalen Parlamente, mögliche Ausdehnung des Anwendungsbereichs für Mehrheitsentscheidungen im Rat, Stimmengewichtung, Zusammensetzung und Größe der Kommission, Stellung und Arbeitsweise des Europäischen Gerichtshofes und des Europäischen Rechnungshofes und verstärkte Zusammenarbeit. Vgl. ebd.

³⁵³ Hier standen die Anpassung von Entscheidungsverfahren und Finanzierung an die neuen weltweiten Herausforderungen der EU, eine Stärkung der GASP sowie die Definition des Verhältnisses zwischen WEU und EU im Vordergrund. Vgl. ebd.

³⁵⁴ Für die verschiedenen Aspekte des gewachsenen Reformdrucks vgl. Weidenfeld/Giering (1998), a.a.O., hier S. 22ff.

die Erweiterung in den Vorbereitungsdokumenten zur Regierungskonferenz kaum.³⁵⁵ Die zeitliche Verknüpfung eines erfolgreichen Abschlusses der Regierungskonferenz mit dem Beginn von Beitrittsverhandlungen sechs Monate später brachte die Beitrittsperspektiven der assoziierten Staaten jedoch in direkte Abhängigkeit vom Ausgang der Konferenz. Von den Entscheidungen der Konferenz hing außerdem ab, wie die im Zusammenhang mit der Erweiterung zu lösenden Probleme u.a. in den Bereichen Agrar- und Strukturpolitik oder beim künftigen Finanzrahmen der EU angegangen werden konnten. Die Perspektive der EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie um Malta und Zypern spielte besonders bei den angestrebten institutionellen Reformen der EU im Hintergrund eine entscheidende Rolle. Neben der wachsenden Zahl der Mitgliedsstaaten musste auch deren immer größere werdende Heterogenität berücksichtigt werden. Zunehmend wichtig wurden daher Flexibilisierungskonzepte und die Schaffung von Möglichkeiten für Gruppen von Staaten, mit bestimmten Integrationsschritten voranzugehen, ohne auf die Mitwirkung aller anderen Mitglieder warten zu müssen.³⁵⁶ Die EU hatte das Kriterium ihrer eigenen Erweiterungsfähigkeit, das unter anderem eine Institutionenreform beinhaltete, neben den von den potentiellen neuen Mitgliedern zu erfüllenden Kopenhagener Kriterien als Voraussetzung für einen Beginn der Erweiterung festgehalten. Ein positiver Ausgang der Regierungskonferenz war also für die Zukunft der EU von großer Bedeutung.

Erwartungen an die Regierungskonferenz

Die Erwartungen vor dem Beginn der Regierungskonferenz waren gedämpft. In der Wissenschaft bestand Einigkeit darüber, dass sich die EU reformieren müsse, um angesichts zukünftiger Herausforderungen, besonders der Osterweiterung mit der großen Zahl von Bewerberstaaten, handlungsfähig zu bleiben. Die umfangreiche Agenda der Regierungskonferenz sowie die vertraglich festgelegte einstimmige Abstimmung über ihre Ergebnisse und die notwendige Ratifizierung eines eventuellen neuen Vertrages in allen Mitgliedsstaaten stellten nach Meinung vieler Analysten jedoch hohe Hürden für

³⁵⁵ Vgl. Karlheinz Neunreither (1998): „Der Vertrag von Amsterdam als Zwischenetappe auf dem Weg zur EU-Osterweiterung“, in Romain Kirt (Hg.) (1998): *Der Vertrag von Amsterdam – Ein Vertrag für alle Bürger. Analysen und Kommentare*, Wien, S. 157-176, hier S. 157: „Die beiden herausragenden Politikprojekte der EU, sozusagen ihre Großbaustellen, sind seit einigen Jahren ohne Zweifel der Übergang zu einer einheitlichen Währung und die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa. Beide Mega-Themen standen jedoch nicht auf der offiziellen Tagesordnung der Amsterdamer Vertragsrevision, sie gehörten vielmehr zu der ‚hidden agenda‘, den wichtigen Dingen, die im Raum stehen und ihre Schatten werfen, die aber andernorts zu regeln sind.“ Vgl. auch Heinz Kramer (1997): „Erweiterung: auf dem Weg zu einer EU-27“, in: Hrbek (Hg.) (1997), a.a.O., S. 299-308, hier S. 304.

³⁵⁶ Vgl. ebd., S. 304 und Werner Weidenfeld (1996): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1995/96“, in: Ders./Wessels (Hg.) (1996), a.a.O., S. 13-24.

entscheidende Fortschritte dar.³⁵⁷ Viele Hoffnungen ruhten wie üblich auf einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich.³⁵⁸ Als problematisch wurde die im Vergleich zu allen anderen Mitgliedsstaaten im Hinblick auf weitere Integrationsschritte sehr zurückhaltende Position Großbritanniens angesehen. Der Abschluss der Regierungskonferenz sollte daher zwar zügig, d.h. etwa nach einem Jahr, aber möglichst erst nach den Parlamentswahlen in Großbritannien im Mai 1997 erfolgen, denn beide britischen Oppositionsparteien (*Labour Party* und Liberale) wurden als verhandlungs- und kompromissbereiter eingeschätzt als die regierenden Konservativen.³⁵⁹

Auch in der französischen Presse waren die Erwartungen an die Konferenz niedrig. Baudouin Bollaert verwies beispielsweise in *Le Figaro* auf den großen Umfang der während der Regierungskonferenz zu behandelnden Themen und die aus diesem Grund zu erwartenden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass entscheidende Bereiche wie die Zukunft der Strukturpolitik oder die finanziellen Perspektiven der Union für das neue Jahrtausend nicht auf der Agenda stünden. Bollaert wies weiterhin darauf hin, dass das wichtigste Thema der Positionsbestimmung Chiracs, die Sozialpolitik, ebenfalls nicht zu den Diskussionspunkten der Konferenz gehöre. Im größeren Kontext der Regierungskonferenz relativierte Bollaert somit sein Lob für das Memorandum Chiracs. Er machte deutlich, dass durch die Veröffentlichung unmittelbar vor dem Gipfel von Turin zwar das wichtige Thema Sozialpolitik von Frankreich besetzt werden konnte, dass es aber keinen Beitrag zur Regierungskonferenz im engeren Sinne darstelle. Außer den Passagen zum europäischen Sozialmodell konnte Bollaert keine neuen Vorschläge oder Ideen Chiracs in seinem Memorandum identifizieren.³⁶⁰ Angesichts seiner pessimistischen Einschätzung der Erfolgsaussichten der Regierungskonferenz fragte Bollaert in einer weiteren Analyse nach möglichen Konsequenzen eines Scheiterns der Vertiefung der Integration auf die geplante Erweiterung:

³⁵⁷ Vgl. u.a. Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn, S. 7, 10, 20f. und 98f. sowie Rudolf Hrbek (1997): „Vorwort“, in: Ders. (Hg.) (1997), a.a.O., S. 9-12, hier S. 10f. und die Einschätzung von Philippe Moreau Defarges (1996): „Avant même [son] ouverture, cette CIG est perçue comme un non-événement. Il est clair que ses débats ne porteront pas sur les perspectives d’avenir mais se limiteront à des aspects institutionnels [...]“, in: „L’Union européenne tétanisée“, *Politique étrangère* 1/1996, S. 19-22, hier S. 19.

³⁵⁸ Vgl. u.a. Otto Schmuck (1996): „Die Regierungskonferenz 1996/1997: Reformbedarf, Rechtsgrundlagen, Tagesordnung, Erwartungen“ in: Jopp/Schmuck (Hg.) (1996), a.a.O., S. 9-22, hier S. 21.

³⁵⁹ Vgl. u.a. Andreas Maurer (1996): „Reformziel Effizienzsteigerung und Demokratisierung: Die Weiterentwicklung der Entscheidungsmechanismen“, in: Jopp/Schmuck (Hg.) (1996), a.a.O., S. 23-40, hier S. 39 und Hrbek (Hg.) (1997), a.a.O., S. 10.

³⁶⁰ Baudouin Bollaert: „Chirac ‚verrouille‘ la doctrine française“, *Le Figaro* 26.3.1996.

„Faute de résultats probants, la France prendra-t-elle le risque de bloquer l’élargissement? Apparemment non. Mais le processus parallèle de la monnaie unique pourrait servir de substitut pour permettre d’aller de l’avant.“³⁶¹

Philippe Lemaître zog in *Le Monde* ebenfalls eine Verbindung zwischen den Erfolgsaussichten der Regierungskonferenz und der Weiterentwicklung der Währungsunion. Seiner Ansicht nach konnten die Verhandlungen der Regierungskonferenz erst in ihre entscheidende konstruktive Phase treten, wenn klar war, dass das Datum 1999 für den Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion gehalten werden könne. Weiterhin sah Lemaître in den anstehenden, aber terminlich noch nicht genau festgelegten Neuwahlen in Großbritannien ein Hindernis für ein Vorankommen der Konferenz, da sämtliche Entscheidungen der britischen Regierung nur unter Vorbehalt getroffen werden konnten.³⁶²

3.1 Französische Positionen für die Regierungskonferenz

Institutionelle und verfahrenstechnische Weiterentwicklungen

Die französischen Positionen für die Regierungskonferenz ließen sich folgendermaßen zusammenfassen³⁶³: Frankreich war für eine Neuordnung der Stimmengewichtung im Ministerrat mit der Einführung einer doppelten Mehrheit, die Bevölkerungszahlen sowie finanzielle und wirtschaftliche Faktoren berücksichtigen sollte. Außerdem wünschte es sich eine Verkleinerung der Kommission auf zehn bis zwölf Kommissare entsprechend der wichtigsten Ressorts, so dass nicht mehr jedes Land ständig einen Vertreter entsenden würde. Darüber hinaus sollte die Kommission stärker als bisher klare und imperative Mandate von Seiten des Rates erhalten und diesem gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Bei der Einrichtung von Mehrheitsentscheidungen gab sich Frankreich traditionell zurückhaltend. Voraussetzung müsse die Reform der Stimmengewichtung im Rat sein, so die Position. In einigen Politikbereichen, wie beispielsweise bei institutionellen oder steuerrechtlichen Fragen

³⁶¹ Baudouin Bollaert: „Le ‚parnier garni‘ de la France“, *Le Figaro* 29.3.1996.

³⁶² Philippe Lemaître: „L’Union européenne se donne un an pour rénover ses institutions“, *Le Monde* 29.3.1996. Für weitere skeptische Einschätzungen der Erfolgchancen der Regierungskonferenz vgl. z.B. auch Henri de Bresson/Claire Tréan: „Des visions divergentes sur tous les sujets“, *Le Monde* 26.3.1996 oder Henri de Bresson: „Plus qu’en d’autres domaines encore, le poids des traditions nationales“, *Le Monde* 29.3.1996.

³⁶³ Die Ausführungen im folgenden Abschnitt stützen sich auf Melanie Piepenschneider (1996):

Regierungskonferenz 1996. Synopse der Reformvorschläge zur Europäischen Union, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung (Bereich Forschung und Beratung, Internationale Politik), 2. überarbeitete und aktualisierte Aufl., Sankt Augustin; Europäisches Parlament, Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz“ (1996), a.a.O., S. 92-100; Sascha Meinert (1998): „Synopse über die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten in der Regierungskonferenz“, Dokument auf der CD-Rom zu Weidenfeld (Hg.) (1998), a.a.O. und „Europe: le texte confidentiel qui fixe les grandes orientations françaises“, *Le Figaro* 20.2.1996. Die französische Regierung präsentierte ihre Positionen außerdem am 13.3.1996 vor der Nationalversammlung. Vgl. hierzu Regierungserklärung von Michel Barnier, Staatsminister für Europaangelegenheiten, vor der Französischen Nationalversammlung am 13. März 1996 (Auszüge), abgedruckt in: Jopp/Schmuck (Hg.) (1996), a.a.O., S. 150-155.

und bei Teilen der Innen- und Justizpolitik waren Mehrheitsentscheidungen für Frankreich jedoch auch dann noch kategorisch ausgeschlossen. Frankreich sprach sich außerdem grundsätzlich für die Beibehaltung der Möglichkeit eines aufschiebenden nationalen Vetos aus. Allerdings fanden sich in den französischen Einlassungen zum Thema Abstimmungsmodalitäten erstaunliche Zugeständnisse, beispielsweise im Hinblick auf die GASP, wo Frankreich bei Grundsatzentscheidungen zwar die Einstimmigkeit beibehalten wollte, bei deren Umsetzung aber bereit war, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren.³⁶⁴ In Bezug auf das Europäische Parlament war Frankreich für eine Begrenzung der Anzahl der Sitze auch nach der Erweiterung. Weiterhin war Frankreich bereit, einer Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens zuzustimmen, sofern dieses nicht zu einer veränderten Machtbalance zwischen den einzelnen Organen der EU führen würde. Nicht einverstanden war Frankreich mit einer Stärkung des Europäischen Parlaments im legislativen Bereich. Statt dessen sprach es sich für eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente in EU-Entscheidungsverfahren und für die Einrichtung eines Hohen Parlamentarischen Rates aus nationalen Abgeordneten aus, der zur Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips konsultiert werden sollte.

Ebenfalls einrichten wollte Frankreich das Amt eines Hohen Repräsentanten der GASP, der vom Rat der Staats- und Regierungschefs für drei bis fünf Jahre ernannt werden sollte.³⁶⁵ Frankreich sprach sich außerdem für die Schaffung einer Planungs- und Analyseeinheit für die GASP beim Sekretariat des Rates aus. Im Bereich Verteidigung befürwortete Frankreich die Perspektive einer eigenständigen EU-Politik durch die Eingliederung der WEU und daher auch eine bessere Verankerung des Ziels einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im EU-Vertrag sowie die Ausdehnung der Leitlinienkompetenz des Europäischen Rates auf die WEU. Darüber hinaus wünschte sich Frankreich einen weiteren Ausbau der militärischen Fähigkeiten der WEU und die Intensivierung der europäischen Rüstungskooperation. Eine politische Solidaritätsklausel sollte als erster Schritt hin zu einer militärischen Beistandsverpflichtung formuliert werden. Besonders im zweiten Pfeiler war Frankreich auch für Flexibilitätsklauseln, um Ad-hoc-Koalitionen größerer Staaten außerhalb der Strukturen und Verfahren der GASP zu vermeiden, die sich zusammenschließen könnten, um nicht von

³⁶⁴ Laut der Einschätzung von Szukala lag diese Haltung in der Tatsache begründet, dass Frankreich einerseits Angst vor Politikblockaden und einem Stagnieren des Integrationsprozesses insgesamt hatte und dass es andererseits durchaus auch anerkannte, dass europäische Politik auf Dauer mit der Einstimmigkeitsregel nicht zu machen sein würde. Vgl. Szukala (1997), a.a.O., S. 87f.

³⁶⁵ Diese Idee hatte Jacques Chirac bereits im Präsidentschaftswahlkampf 1995 formuliert.

Verzögerungen innerhalb der Union beispielsweise durch Bedenken kleinerer Staaten aufgehalten zu werden.³⁶⁶

Die übergeordnete französische Zielsetzung für die Regierungskonferenz lautete:

„Cette Conférence n’est qu’une étape, mais une étape importante dans le projet européen de la France, qui vise avant tout à rapprocher l’Europe des citoyens et à replacer l’homme au cœur de la construction européenne. L’Europe est aujourd’hui perçue comme trop éloignée des attentes quotidiennes des Européens. Elle doit apporter des réponses à leurs principales préoccupations: l’emploi, la paix, l’environnement et la sécurité.“³⁶⁷

Vorbereitung der Erweiterung

Neben der Wiederannäherung zwischen Europa und seinen Bürgern ging es Frankreich bei der geplanten Institutionenreform v.a. auch um die Vorbereitung der Erweiterung. Dieser Aspekt stand u.a. bei einer Rede Chiracs vor beiden Kammern des britischen Parlaments während eines Staatsbesuchs in Großbritannien im Mai 1996 im Mittelpunkt. Bei dieser Gelegenheit betonte Chirac auch die weitgehende Übereinstimmung der französischen und der britischen Positionen zur Institutionenreform im Rahmen der Regierungskonferenz:

„[...] la conférence intergouvernementale doit également réformer les institutions européennes dans la perspective du prochain élargissement. La France et le Royaume-Uni ont, dans ce domaine aussi, des positions qui sont largement convergentes.³⁶⁸ [...] Même si, c’est vrai, nous avons des divergences de vue sur certains problèmes, la France et le Royaume-Uni doivent travailler ensemble au succès de cette Conférence pour la rénovation de l’architecture européenne. [...] C’est ainsi, et ainsi seulement, que l’Europe pourra s’engager dans la voie de l’élargissement. A Londres comme à Paris, nous appelons de nos vœux l’entrée dans l’Union européenne des pays d’Europe centrale et orientale, longtemps séparés de nous par le rideau de fer. Ils ont à présent retrouvé la liberté et la démocratie. Aidons-les à rejoindre notre Union, pour sceller la réconciliation de notre continent. C’est notre devoir historique, même si nous savons bien que cette entreprise prendra du temps.“³⁶⁹

³⁶⁶ Vgl. zu diesem Aspekt Mathias Jopp (1996): „Reformziel Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU“, in: Jopp/Schmuck (Hg.) (1996), a.a.O., S. 41-58, hier S. 55f. und Valérie Guérin-Sendelbach (1997a): „Französische Reformvorschläge zur Regierungskonferenz. Perspektiven nach Dublin“, in: *Dokumente* 1/1997, S. 13-20, hier S. 18.

³⁶⁷ „Europe: le texte confidentiel qui fixe les grandes orientations françaises“, *Le Figaro* 20.2.1996. In seiner Pressekonferenz nach Abschluss des Gipfels von Turin zeigte sich Chirac zufrieden mit der Eröffnung der Regierungskonferenz und mit dem Mandat, das der Europäische Rat für sie verabschiedet hatte. In den festgehaltenen Diskussionspunkten fand er zahlreiche der französischen Prioritäten wieder, darunter die Rolle der nationalen Parlamente, die eventuelle Schaffung eines Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit sowie die Fragen der Stimmengewichtung im Rat und der Größe und Zusammensetzung der Kommission. Besonders zufrieden war Chirac damit, dass auch das von ihm eingebrachte Thema der ultraperipheren Regionen und ihres Status innerhalb der EU in die Agenda der Regierungskonferenz aufgenommen worden war. Hier ging es u.a. um die französischen Übersee-Departements und –Territorien. Äußerungen Chiracs zur Bedeutung der Regierungskonferenz für die Vorbereitung der Erweiterung fanden sich bei dieser Gelegenheit nicht. Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République à l’issue du Conseil européen, Turin 29.3.1996.

³⁶⁸ Chirac nannte explizit die Stärkung des Rates, die Reform der Kommission, die Rolle der nationalen Parlamente und die Möglichkeit zu verstärkter Zusammenarbeit.

³⁶⁹ Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République devant les deux chambres réunies du Parlement britannique, Palais de Westminster, 15.5.1996.

In seiner Rede bei der Botschafterkonferenz am 29. August 1996³⁷⁰ schlug Chirac zur Begleitung des Erweiterungsprozesses die Einberufung einer „Europäischen Konferenz“ vor, als informelles Forum der EU-Mitglieder sowie aller potentiellen Beitrittskandidaten. In diesem Rahmen, der über den Strukturierten Dialog hinausginge, sollten alle Themen von gemeinsamem Interesse behandelt werden können, so Chiracs Vorstellung:

„L’élargissement prendra du temps. Les négociations avec chacun des pays candidats progresseront à leur rythme propre, en tenant compte des critères à respecter. Pour conserver la cohérence de ce processus, la France a fait une proposition [...]. Il s’agit de convoquer une Conférence qui rassemblerait les Quinze et tous les pays candidats. Cette Conférence ne constituerait pas un acte ou un cadre de négociation, mais elle offrirait un forum de concertation et de dialogue politique où pourraient être traités tous les sujets d’intérêt commun.³⁷¹ Cette Europe démocratique, progressivement élargie, réconciliée dans son histoire et dans sa géographie, peut aujourd’hui construire, pour la première fois depuis quatre générations, un espace de paix et de sécurité accepté par tous les Etats du continent, parce que bâti par tous. Voilà l’autre enjeu diplomatique majeur des prochains mois, sur lequel les dirigeants européens seront jugés par les générations à venir. Et là nous n’avons pas le droit à l’erreur.“³⁷²

Bewertung und Einordnung der französischen Positionen für die Regierungskonferenz

Die französischen Positionen für die Regierungskonferenz bestätigten die große Kontinuität in der französischen Europapolitik: Zu Zugeständnissen in Richtung einer stärkeren Integration, beispielsweise durch die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, war Frankreich nur bereit, wenn es auf andere Weise seinen Einfluss auf diese Entscheidungen weiterhin sichern konnte. Wichtigstes Organ im europäischen Institutionengefüge blieb für Frankreich der Rat der Staats- und Regierungschefs. Entsprechend der Logik des französischen Systems mit der Dominanz der Exekutive und innerhalb dieser des Staatspräsidenten wäre es für Frankreich

³⁷⁰ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République à l’occasion de la réception des ambassadeurs, Palais de l’Elysée 29.8.1996.

³⁷¹ Bei der Pressekonferenz am Ende des Besuchs des britischen Premierministers John Major in Bordeaux präzisierte Chirac noch einmal seine mit einer europäischen Konferenz verbundenen Vorstellungen und Intentionen: „J’ai proposé une Conférence européenne, – se substituant à la réunion avec les représentants des onze nations candidats qui a lieu, généralement, après le Conseil dans des conditions qui ne sont pas tout à fait satisfaisantes – une Conférence pour que l’on puisse examiner avec plus de calme et de sérénité, avec nos futurs partenaires, l’évolution des choses. Il ne s’agit pas du tout naturellement d’une conférence destinée à se substituer au processus d’entrée dans l’Union, bien entendu, mais simplement d’une conférence de dialogue.“
Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. John Major, Premier ministre du Royaume-Uni, Bordeaux 8.11.1996. Ein solches Forum böte außerdem, so Chirac, den Vorteil einer möglichen Einbeziehung der Türkei, so dass diese sich nicht, wie im Falle des Strukturierten Dialogs, gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten zurückgesetzt fühlen müsse.

³⁷² Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République à l’occasion de la réception des ambassadeurs, Palais de l’Elysée 29.8.1996. Die Idee einer Europäischen Konferenz hatte der französische Außenminister Hervé de Charette bereits im Februar 1996 bei einem Vortrag vor dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag erwähnt. Vgl. Lucas Delattre: „M. de Charette propose une conférence régulière avec les pays de l’Est“, *Le Monde* 24.2.1996.

auch in Europa nicht akzeptabel, wenn eine andere Institution als die Vertretung der Staats- und Regierungschefs die wesentlichen Entscheidungen treffen würde. Aus diesen Gründen bestand Frankreich u.a. auf einer Reform der Stimmengewichtung im Rat und setzte sich sehr dafür ein, diesem, auch gegenüber der Kommission, mehr Einfluss zu verschaffen. Das nationale Veto als letzte Absicherung blieb für Frankreich außerdem nicht verhandelbar. Einer Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens des Europäischen Parlaments war Frankreich grundsätzlich bereit zuzustimmen – wenn gleichzeitig auch die nationalen Parlamente stärker in den europäischen Entscheidungsprozess einbezogen würden und sich die Machtbalance zwischen den europäischen Institutionen nicht verschiebe.

Eine Anwendung der für die vorliegende Arbeit entwickelten Analysekategorien auf die französische Positionsbestimmung vor der Regierungskonferenz bestätigt die oben erwähnte Kontinuität. Zahlreiche der traditionellen französischen Konzepte fanden sich auch in Chiracs Zielsetzungen für die Konferenz wieder. Es ging erneut um die Sicherung der Handlungsfähigkeit Europas im Inneren und nach außen, als Voraussetzung für eine erfolgreiche französische Interessenvertretung durch die und in der Union (Kategorien Interesse und Resonanz). Es ging weiterhin um den Aufbau Europas als Pol einer multipolaren Welt, symbolisiert u.a. durch den Wunsch nach Schaffung eines Hohen Repräsentanten für die GASP. Die auf diese Weise angestrebte Stärkung der GASP würde es Frankreich erlauben, mit Hilfe von Europa sein eigenes Streben nach weltweitem Einfluss umzusetzen (Kategorie multipolare Welt).³⁷³ Mit der von Frankreich gewünschten eigenen europäischen Verteidigung brachte Chirac außerdem das Motiv einer größeren Unabhängigkeit von den USA ein. Angesprochen ist damit im Analyserahmen die Kategorie *Europe puissance*.

Die weitgehend den französischen Traditionen entsprechende Aufstellung Frankreichs vor der Regierungskonferenz hätte, wenn die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden Annahmen stimmen, weitreichende Zustimmung sowohl in der französischen Presse als auch in der Bevölkerung finden müssen. Die Positionsbestimmungen durch Chirac entsprachen in ihren Intentionen und Zielsetzungen dem, was seit den Anfangsjahren der V. Republik europapolitischer Konsens in Frankreich war. Ob diese Vermutung zutrifft, wird sich im weiteren Verlauf der Analyse an der Pressebewertung der französischen Positionen für die Regierungskonferenz sowie an deren Beurteilung in der öffentlichen Meinung ablesen lassen.

³⁷³ Vgl. auch Guérin-Sendelbach (1997a): „Wie Frankreich für sich eine internationale Rolle beansprucht, so will es auch die Ausstrahlung und Präsenz Europas in der Welt als Gegengewicht zu den USA und Asien sicherstellen.“, a.a.O., S. 14.

Die Erweiterung als wichtiger Faktor im Hintergrund der geplanten Institutionenreform

Ein wesentlicher Aspekt der Regierungskonferenz, den damit auch die französische Europapolitik zu berücksichtigen hatte, war die Vorbereitung auf die Erweiterung. Chirac zog die Verbindung zwischen Erweiterung und Institutionenreform häufig und formulierte sie sogar als unumgängliches Junktim. Es blieb jedoch zumeist bei allgemeinen Formulierungen im Sinne von: „[...] la conférence intergouvernementale doit également réformer les institutions européennes dans la perspective du prochain élargissement“ (London, 15.5.1996, s.o.) oder „[...] comment peut-on imaginer que l’Europe, qui fonctionne mal à 15 avec des institutions conçues pour 6, pourrait éviter la paralysie lorsqu’elle comptera 25 ou 30 membres?“ (Botschafterempfang, 29.8.1996, s.o.)

Die anstehende Erweiterung war jedoch hinter den institutionellen Vorschläge Chiracs häufig präsent, auch wenn sie nicht explizit thematisiert wurde: Im Zusammenhang mit der Institutionenreform war das vorrangige Ziel Frankreichs, seine Einflussmöglichkeiten auch in einer größeren Union zu bewahren bzw. eventuell sogar noch auszubauen. Vor diesem Hintergrund war beispielsweise der französische Wunsch nach einer Berücksichtigung von Bevölkerungszahlen und wirtschaftlichen Faktoren bei der Neugewichtung der Stimmen im Rat zu sehen – alle potentiellen neuen Mitgliedsländer waren wirtschaftlich schwach und, außer Polen, auch von ihren Bevölkerungszahlen her den kleinen Staaten in der EU zuzuordnen. Der Vorschlag zur Einsetzung eines Hohen Repräsentanten der GASP diente für Frankreich neben der grundsätzlichen Stärkung des Politikbereichs auch der Absicherung gegen eine mögliche Schwächung der weltweiten Stellung der EU durch einen oder mehrere hintereinander amtierende Ratspräsidenten aus kleinen EU-Ländern. Der Hohe Repräsentant, so wie er von Frankreich gewünscht war, käme wahrscheinlich aus einem der großen EU-Staaten und könnte somit eine schwache Ratspräsidentschaft nach außen hin ausgleichen und ergänzen. Der französische Einsatz für die Einrichtung von Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit diente ebenfalls dem französischen Interesse an einer handlungsfähigen Union auch mit 25 oder mehr Mitgliedern und sollte insbesondere verhindern, dass Frankreich selbst in seinen Absichten, die es in oder mit der EU verfolgte, behindert würde.

Eine erneute Betrachtung der Analysekatégorien vor diesem Hintergrund macht, wie bereits bei Chiracs sozialpolitischer Initiative, deutlich, dass Frankreich in Bezug auf die Erweiterung in konkreten politischen Fragen eine zurückhaltende und zögerliche Haltung einnahm. Die oben in Bezug auf Frankreich positiv interpretierten Kategorien ließen sich in Bezug auf die Erweiterung wieder nur negativ deuten. Die Sicherstellung einer erfolgreichen französischen

Interessenvertretung in und durch Europa erschien dominant gegenüber dem Wunsch nach Integrationsfortschritten für die EU insgesamt. Es ging Frankreich v.a. darum, seine eigene Position zu sichern und zu stärken. Gesamteuropäische Interessen folgten erst an zweiter Stelle. Die Tatsache, dass in einer erweiterten Union die französischen Prioritäten nur noch eine Position unter mehr als zwanzig sein würden und nicht mehr die gleiche Stellung beanspruchen könnten wie in einer kleineren Gemeinschaft, blieb dabei außen vor. Im Kontext der französischen Interessenabsicherung standen auch die Forderungen nach der Schaffung von Möglichkeiten zu verstärkter Zusammenarbeit. Dieser Wunsch wurde auch von anderen großen Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise Deutschland, formuliert und hatte angesichts der in einer erweiterten Union zu erwartenden Heterogenität auch seine Berechtigung. Dennoch erweckte er bei den potentiellen Kandidaten für einen EU-Beitritt den Verdacht, in einigen Bereichen von Beginn ihrer Zugehörigkeit an nur Mitglieder zweiter Klasse zu sein. Chiracs Streben nach dem Aufbau europäischer Verteidigungsstrukturen widersprach ebenfalls den Prioritäten der Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa. Einige von ihnen verhandelten Mitte der 1990er Jahre bereits über einen Beitritt zur NATO und sahen in deren Strukturen, unter der Führung der USA, die beste Garantie für ihre Sicherheit. Europäische Strukturen hatten für sie daher keine Priorität. Die Kategorie *Europe puissance* war daher 1996 im Zusammenhang mit der Erweiterung ähnlich negativ zu sehen wie *Europe protection*.

In diesen Kontext passte auch Chiracs Betonung von Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Großbritannien besonders bei den institutionellen Fragen der Regierungskonferenz. Sie führte zu der Annahme, Chirac könne es bei einer Annäherung an Großbritannien in diesem Punkt auch darum gehen, gemeinsam mit den integrationsskeptischen Briten wesentliche neue Integrationsschritte und auch die Erweiterung eventuell zu verzögern. Auch wenn sich diese Vermutung nicht beweisen ließ, passten Chiracs Äußerungen während seines Großbritannien-Besuchs zur insgesamt zurückhaltenden Position, die er für Frankreich in Bezug auf die als Vorbereitung der Erweiterung notwendigen Institutionenreformen einnahm.

Mit der Anregung einer gesamteuropäischen Konferenz der EU-Mitglieder und der Beitrittskandidaten brachte Frankreich eine Initiative in die Diskussion ein, die in gewisser Weise die Konföderationsidee Mitterrands und wichtige Gedanken des Stabilitätspaktes von Balladur wieder aufnahm. In Chiracs Vorschlag hatte eine solche Konferenz jedoch die Aufgabe, den Erweiterungsprozess konstruktiv zu begleiten. Mitterrands Idee konnte sich, im Gegensatz dazu, nie ganz von dem Verdacht befreien, ihr Ziel sei es, den Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU wenn nicht ganz zu verhindern, so doch erheblich zu

verzögern. Chirac bestätigte in seiner Positionierung Frankreichs für die Regierungskonferenz also seine grundsätzlich offene und positive Haltung zur Erweiterung, die gerade im Vergleich zu seinem Amtsvorgänger deutlich wurde. Besonders rhetorisch war ein deutlicher Unterschied zwischen Mitterrand und Chirac auszumachen. Auch für Chirac mussten jedoch vor einer Zustimmung zu konkreten Schritten in Richtung der mittel- und osteuropäischen Staaten bestimmte Bedingungen im französischen Sinne erfüllt sein. Inwieweit sich die positive Rhetorik und die faktischen Forderungen im Laufe des Erweiterungsprozesses zusammenführen ließen, wird daher im folgenden zu untersuchen sein.

3.2 Pressebewertung der Regierungskonferenz

Kritik an der nicht ausreichenden Berücksichtigung der Erweiterungsperspektive

Die französische Presse trennte ihre Beurteilung der französischen Positionen für die Regierungskonferenz deutlich von ihrem kurz zuvor erteilten Lob für Chiracs europäische sozialpolitische Vorschläge. Die Euphorie über die sozialpolitische Initiative Chiracs wich einer gewissen Ernüchterung bei der Betrachtung der Realitäten der Regierungskonferenz. Wie schon beim Europäischen Rat von Cannes ergab sich eine deutliche Differenz zwischen der optimistischen und voluntaristischen Rhetorik Chiracs, der vor Turin mit seinem Engagement in der Sozialpolitik eine große, auch in der Presse beachtete und gelobte Initiative gestartet hatte, und den in der Folge eher pessimistischen Verweisen in der Presse beispielsweise auf nicht berücksichtigte konkrete Politikbereiche bei den Verhandlungen zur Zukunft der EU. Zwar unterstützte die französische Presse mehrheitlich die französische Positionierung. Große Chancen für eine umfassende Verwirklichung der französischen Ziele sahen die Journalisten jedoch angesichts der zahlreichen schwierigen Fragen und Konfliktlinien nicht. Sie kritisierten vor allem, dass die Bedeutung der Regierungskonferenz für die Vorbereitung der Erweiterung nicht genügend thematisiert wurde und dass entscheidende Politikbereiche (Agrar- und Strukturpolitik) aus den Verhandlungen ausgeklammert waren. Die Verbindung zwischen der Regierungskonferenz und der Erweiterung wurde in der Presse insgesamt wesentlich deutlicher gezogen als bei Chirac.

Le Monde gab mit einem großen Bericht u.a. aus Prag und Budapest neben der Darstellung der französischen Position im Kontext der Regierungskonferenz auch wieder den potentiellen Kandidatenländern Raum und Stimme. Unter der Überschrift „L'Est compte sur la CIG pour préparer l'élargissement de l'Union européenne“³⁷⁴ wurde über die Hoffnungen und Erwartungen der assoziierten Staaten berichtet. Da sich der Zeitpunkt für den Beginn der

³⁷⁴ Yves-Michel Riols, *Le Monde* 30.3.1996.

konkreten Verhandlungen nach dem Abschluss der Regierungskonferenz richtete, war ein erfolgreicher Verlauf der Konferenz mit dem angestrebten Abschlussdatum Mitte 1997 für die mittel- und osteuropäischen Staaten von großer Bedeutung. Aufgrund der bereits erfolgten Annäherung zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten und der EU im Rahmen der Assoziationsabkommen und des Strukturierten Dialogs sowie der immer wieder betonten „Berufung“ der Länder, der EU beizutreten, zweifelten diese nicht an der grundsätzlichen Absicht der EU, sich zu erweitern. Das „wann“ und die Benennung der ersten Kandidaten blieben für sie jedoch weiterhin offen. *Le Monde* berichtete weiter von den strukturellen und inhaltlichen Vorbereitungen der einzelnen Regierungen in Mittel- und Osteuropa auf die konkreten Beitrittsverhandlungen und betonte die Bedeutung der Beibehaltung des angestrebten Zeitplans, um den Enthusiasmus der Bevölkerungen in den potentiellen neuen Mitgliedsstaaten nicht zu enttäuschen.³⁷⁵ Im Juli 1996 thematisierte *Le Monde* außerdem in einer ganzseitigen Reportage die Beitrittsperspektive Polens.³⁷⁶ Auch wenn er einige polnische Reformen, besonders im wirtschaftlichen Bereich, als noch nicht ausreichend ansah, kam Philippe Lemaître in seinem Bericht insgesamt zu dem Schluss, das der Zeitpunkt 2000 für eine EU-Beitritt Polens durchaus realistisch sein könne – vorausgesetzt, die EU schließe die Regierungskonferenz in den angestrebten Fristen und mit brauchbaren Ergebnissen ab und es gelänge ihr, insbesondere die Bereiche Agrarpolitik und Strukturfonds im Hinblick auf die Erweiterung neu zu gestalten.

Durch die ausführliche Darstellung der Position der assoziierten Länder wurden deren schwierige Situation und gleichzeitig ihre hohen Erwartungen an die Regierungskonferenz deutlich: Nicht nur war der Beginn der Verhandlungen zeitlich an das Ende der Regierungskonferenz geknüpft. Mit der Frage der Erweiterungsfähigkeit der Union sahen sich die assoziierten Länder darüber hinaus auch einem Kriterium gegenüber, das sie nicht selbst

³⁷⁵ Ergänzt wurde die Berichterstattung über die Position der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Regierungskonferenz durch Artikel über die schwierige politische Lage in der Slowakei unter Premierminister Meciar, über einen Konflikt zwischen Italien und Slowenien über Enteignungen nach dem Zweiten Weltkrieg und ein daraus folgendes Veto Italiens gegen ein Assoziationsabkommen Sloweniens mit der EU sowie über die problematische Geldpolitik in Rumänien. Vgl. Yves-Michel Riols: „L'isolement croissant de la Slovaquie de Vladimir Meciar“, Christophe Châtelot: „La Roumanie pratique un ambigu contrôle des changes“ und „Le veto italien contre le ‚bon élève‘ slovène“, alle in *Le Monde* 30.3.1996.

³⁷⁶ Philippe Lemaître: „La Pologne aux portes de l'Union européenne“, *Le Monde* 12.7.1996.

beeinflussen konnten.³⁷⁷ Durch die Berichterstattung v.a. in *Le Monde* wurde somit wieder Druck auf die im Verlauf der Regierungskonferenz verhandelnden Parteien aufgebaut, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Sinne der potentiellen zukünftigen EU-Mitglieder gute Ergebnisse zu erzielen.

Übereinstimmung mit dem Staatspräsidenten bei grundsätzlichen Positionen französischer Europapolitik

Neben aller Kritik fanden sich auch einige Punkte, bei denen die Positionen des Staatspräsidenten von der Presse unterstützt wurden. Jean Quatremer betrachtete beispielsweise in seiner Analyse in *Libération* eine Neugewichtung der Stimmen im Rat als unabdingbare Voraussetzung für eine Auswertung von Mehrheitsentscheidungen.³⁷⁸ Anhand eines „Albtraumszenarios“ illustrierte Quatremer die Notwendigkeit einer Reform der Stimmenverteilung, um zu vermeiden, dass ein „Mikro-Staat“ wie Malta die Entscheidungsfindung der Union komplett blockieren könne. Quatremer unterstützte weiterhin Chiracs Eintreten für die Möglichkeit zur verstärkten Kooperation zwischen einzelnen EU-Staaten. Nur auf diese Weise könne, Quatremers Einschätzung nach, die notwendige Führung innerhalb einer erweiterten Union gewährleistet und ihr weltweiter Einfluss gesichert werden. Indem eine EU mit variabler Geometrie geschaffen werde, deren harter Kern grundsätzlich allen Staaten offenstehe, könne, so Quatremer, das für ihr Funktionieren notwendige „Direktorium“ der EU entstehen, ohne dass es, aus Angst vor Protesten kleinerer Mitgliedsstaaten, als solches bezeichnet werden müsse. Quatremer forderte außerdem eine Reform des Systems der Ratspräsidentschaften, um zu verhindern, dass durch eine Abfolge von Präsidentschaften kleiner und damit weniger einflussreicher Staaten die Rolle der EU in der Welt geschwächt werden könnte. Auch bei diesem Punkt fand sich also eine Übereinstimmung zwischen der Positionierung Chiracs und der Bewertung durch *Libération*. Bemerkenswert ist außerdem, dass das Konzept des *Europe puissance* in Frankreich quer durch die politischen Lager Konsens ist, also auch von einer linken Zeitung wie *Libération* offensiv als Zielsetzung für die EU-Reformen vertreten wurde.

³⁷⁷ Vgl. hierzu auch Weidenfeld (1996), a.a.O., S. 17ff.: „Zunehmend zeichnet sich ab, dass nicht die Reformfähigkeit der MOE-Staaten, sondern die Anpassungsfähigkeit der EU zu einem entscheidenden Hindernis für einen Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten wird. [...] [Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben] nicht nur keine klare Perspektive [...], wann und wie sie der EU beitreten können, sondern [wissen] überdies nicht [...], in welcher Union sie eines Tages Mitglied sein könnten. [...] Längst ist der Beitritt der MOE-Staaten nicht mehr nur eine Frage des Anpassungsstandes der einzelnen Länder, sondern berührt die grundsätzliche Frage der Reform- und Erweiterungsfähigkeit der Union selbst. Innerhalb der EU, aber auch in Mittel- und Osteuropa wächst die Skepsis, ob die Union in absehbarer Zeit die Handlungsfähigkeit eines „Europa der 27“ garantieren kann.“

³⁷⁸ Jean Quatremer: „L’effroi des grands de l’Union à l’approche des petits“, *Libération* 26.3.1996.

Ähnlich wie Quatremer in *Libération* sprach sich auch Daniel Vernet in *Le Monde* für ein europäisches „Direktorium“ aus. Ein solches sei, auch wenn es so nicht genannt werden dürfe, für die Führung der EU, besonders angesichts der anstehenden Erweiterung, unerlässlich, so Vernet:

„Personne n’ose en parler ouvertement, mais tout le monde y pense. Au moins dans les ‚grands‘ Etats de l’Union européenne. On trouve des périphrases; on imagine des figures géométriques de plus en plus contournées: noyau dur, cercles concentriques, ensembles modulables... Mais il s’agit en fait de créer un ‚directoire‘, afin que l’Europe soit dirigée à l’intérieur et respectée à l’extérieur. Ceux qui ont employé publiquement l’expression se sont fait taper sur les doigts. [...] En privé, les responsables français, allemands ou britanniques n’ont pas les mêmes pudeurs. Ils ne craignent pas d’appeler les choses par leur nom, bien conscients que l’Union européenne, a fortiori une Union élargie à vingt ou vingt-cinq, ne pourra faire face au risque de dilution si les trois puissances au moins ne prennent pas en main ses destinées. C’est en filigrane l’enjeu de la conférence intergouvernementale [...].“³⁷⁹

Auch der Einrichtung eines Hohen Repräsentanten für die GASP stand Vernet positiv gegenüber und sah, selbst wenn der Vorschlag nicht direkt oder nicht vollständig umgesetzt werden sollte, darin eine gute Möglichkeit, die Bestrebungen für eine gemeinsame Außenpolitik der EU insgesamt nach vorne zu bringen.³⁸⁰

Hinsichtlich der Frage, wie europäische Führung und Handlungsfähigkeit in einem erweiterten Europa garantiert werden sollten, zeigte sich also eine Übereinstimmung zwischen Politik und Presse, die entsprechend den der Arbeit zugrundeliegenden Annahmen auch zu erwarten war: Es war und ist Konsens in Frankreich, sich für ein aktives Europa einzusetzen, das sich im Sinne Frankreichs verwendet bzw. verwenden lässt. Ein solches Europa setzt klare Führungsstrukturen voraus. Die Presse ging in diesem Punkt sogar noch weiter als der Staatspräsident, in dem sie dessen diplomatische Formulierung aufschlüsselte und die Konsequenzen ihrer Umsetzung mit dem Begriff „Direktorium“ direkt benannte. Die Politik, nicht nur in Frankreich, vermied, wie geschildert, diesen Terminus, um Konflikte mit kleineren EU-Staaten zu vermeiden, die aus einem solchen wie auch immer gearteten Führungsgremium ausgeschlossen wären. Die erwartete Übereinstimmung zwischen den Positionen des Staatspräsidenten und den Einschätzungen in der Presse fand sich ebenfalls bei dem Wunsch nach einem Hohen Repräsentanten für die GASP. Die Begründung fiel ähnlich aus wie bei der verstärkten Zusammenarbeit: Um die Wahrung der französischen Interessen mit Hilfe von Europa zu garantieren, müsse Europa stark genug sein, um seine Interessen artikulieren und vertreten können. Chiracs Forderungen nach Einrichtung der entsprechenden

³⁷⁹ Daniel Vernet: „Plaidoyers pour un directoire européen“, *Le Monde* 16.3.1996.

³⁸⁰ Vgl. Daniel Vernet: „Un certain M. PESC“ und „L’Europe d’une seule voix“, beide in *Le Monde* 28.3.1996.

Strukturen wurde auch von der Presse unterstützt. An einem schwachen Europa, das auch ein schwacher Vertreter bzw. ein schwaches Vehikel für die Vertretung französischer Intentionen und Forderungen wäre, konnte Frankreich kein Interesse haben, das machte die Presseberichterstattung zum Auftakt der Regierungskonferenz in Übereinstimmung mit der französischen politischen Führung deutlich.

Die Konvergenzen zwischen den Positionen, die Chirac für Frankreich bei der Eröffnung der Regierungskonferenz einbrachte, und der Presseberichterstattung darüber bezogen sich, wie erwartet, auf die in Frankreichs außenpolitischer Kultur konsensuellen Punkte: Europa wurde als ein Weg und ein Forum für die Vertretung französischer Interessen gesehen, das auch in Zukunft eine zusätzliche politische Ebene bleiben sollte, mit deren Hilfe der Frankreich weltweit agieren könne. Damit dies auch in einer erweiterten EU möglich bleibe, müssten deren Institutionen reformiert werden. In den Vorschlägen des Staatspräsidenten sah die französische Presse mehrheitlich sinnvolle Initiativen in dieser Richtung und stand daher dahinter. Die in der Analyse von Chiracs Positionierung vor der Regierungskonferenz identifizierten Kategorien Interesse, Resonanz, multipolare Welt und *Europe puissance* waren dementsprechend auch in der Presseberichterstattung zur Regierungskonferenz wiederzufinden.

Divergenzen zwischen der Position des Staatspräsidenten und der Presseberichterstattung fanden sich hauptsächlich zur Vorbereitung der Erweiterung, deren Bedeutung nach Einschätzung zahlreicher Journalisten von Chirac nicht ausreichend und vor allem nicht direkt genug angesprochen wurde. Die Presseberichterstattung wies somit genau auf den in Chiracs Positionsbestimmungen und Äußerungen problematischen Punkt hin: In seine politischen Forderungen hatte Chirac die Perspektive der Erweiterung durchaus bereits integriert, in seinen Diskurs zu Europa dagegen noch nicht ausreichend. Ob sich der Hinweis auf diese Diskrepanz auch in der Beurteilung des weiteren Fortgangs der Regierungskonferenz wiederfand oder ob die Grundlage der Kritik durch eine Änderung des Diskurses des Staatspräsidenten zwischenzeitlich entfallen war, wird im folgenden eine der zu untersuchenden Fragestellungen sein.

3.3 Umfragedaten zur Regierungskonferenz

Der *Figaro* veröffentlichte am 6.3.1996 eine von SOFRES durchgeführte repräsentative Umfrage zu einigen Aspekten der anstehenden Regierungskonferenz.³⁸¹ Auch die

³⁸¹ „Europe: la monnaie unique divise les Français“, Un sondage Figaro-Sofres avant la conférence intergouvernementale du 29 mars à Turin, *Le Figaro* 6.3.1996.

Eurobarometer-Umfragen 43 bis 45 behandelten mehrere Themen der Regierungskonferenz.³⁸² Die Ergebnisse der Umfragen ließen Rückschlüsse darauf zu, wie im Frühjahr 1996 nach Meinung der Europäer die Zukunft der EU aussehen sollte und welche Politikfelder im Rahmen der Regierungskonferenz angesprochen werden sollten.

Allgemeine Einschätzungen der europäischen Integration

In der SOFRES-Umfrage gaben 54% der Befragten an, die Konsequenzen der europäischen Integration nicht zu fürchten, gegenüber 39%, die Befürchtungen hegten. Diese Werte hatten sich gegenüber vorangegangenen Umfragen wieder zum Positiven stabilisiert: Im Juni 1994 lagen Optimisten und Ängstliche gleichauf bei jeweils 46%.³⁸³ Insgesamt zeigte sich eine Mehrheit der Franzosen mit dem aktuellen Tempo der europäischen Integration zufrieden (43%). Nur 28% wünschten sich eine schneller Vorgehensweise. 20% ging es bereits zum damaligen Zeitpunkt zu schnell. Der Anteil derjenigen, die sich ein schnelleres Voranschreiten wünschten, hatte sich seit 1984 fast halbiert, wie der Rückgriff auf frühere Erhebungen zeigt (48% in 1984, 36% in 1989, 32% in 1991, 30% in 1994). Die Zahl der Bremser und der Verfechter des *Status quo* hatte sich dagegen jeweils deutlich gesteigert (von 9% auf 20% bzw. von 26% auf 43%).³⁸⁴ Jacques Chiracs europäisches Engagement wurde anerkannt – hinter Jacques Delors nahm er den zweiten Platz ein bei der Frage nach dem Politiker, der sich am meisten für Europa einsetze.³⁸⁵

Regierungskonferenz: institutionelle Fragen

Frankreich lag mit 37% der Befragten, die angaben, die anstehende Regierungskonferenz durch Berichterstattung in den Medien bereits wahrgenommen zu haben, im Eurobarometer 43 über dem EU-Durchschnitt (31% Wahrnehmung). 60% der Franzosen gaben jedoch im Frühjahr 1995 an, noch nicht von der Regierungskonferenz gehört zu haben. Präsender als die Regierungskonferenz insgesamt war den Franzosen die Diskussion eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“. Hier gaben 53% an, dem Thema bereits begegnet zu sein (43% waren

³⁸² Eurobarometer 43, Herbst 1995, Datenerhebung April und Mai 1995, Europäische Kommission; Eurobarometer 44, Frühjahr 1996, Datenerhebung Mitte November bis Mitte Dezember 1995, Europäische Kommission und Eurobarometer 45, Dezember 1996, Datenerhebung Februar und März sowie April und Mai 1996, Europäische Kommission.

³⁸³ „Vous-même, dans laquelle de ces deux catégories vous rangez-vous? Parmi ceux qui craignent les conséquences de la construction européenne / Parmi ceux qui ne craignent pas les conséquences de la construction européenne.“

³⁸⁴ „Vous-même, souhaitez-vous que le mouvement d’unification de l’Europe soit accéléré, ralenti ou continué comme il est actuellement?“

³⁸⁵ „Parmi les personnalités suivantes, quelle est celle qui vous paraît la plus favorable à l’Europe?“ Zur Auswahl standen neben Delors und Chirac noch Lionel Jospin, Edouard Balladur, Valéry Giscard d’Estaing, Raymond Barre, Simone Veil, Philippe Séguin, Michel Rocard und Alain Juppé.

ihm nicht begegnet). In dieser Frage lag Frankreich zusammen mit Dänemark an der Spitze der EU-15.³⁸⁶ Die Franzosen waren auch zu 72% der Meinung, dass ihr Land sich an verstärkter Integration beteiligen sollte. Nur 9% sprachen sich dagegen aus. Dass diese verstärkte Integration durchaus die Form eines Europas der zwei Geschwindigkeiten annehmen könne, fanden 49% der Franzosen, 37% waren dagegen.³⁸⁷

Institutionell zeigten sich die Franzosen gleichzeitig aufgeschlossen für eine grundsätzliche Verstärkung der europäischen Integration. 60% konnten sich eine gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat verantwortliche Europäische Regierung vorstellen (17% konnten es sich nicht vorstellen).³⁸⁸ Auch einer Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlaments standen 54% der Franzosen positiv gegenüber. Auf eine Frage zur Stimmengewichtung im Rat im Eurobarometer 44 sprach sich mit 43% der Franzosen eine Mehrheit für ein System aus, das jedem Land, unabhängig von Größe und Bevölkerungszahl eine Stimme zusprechen würde. 19% waren für eine Stimmenverteilung proportional zur Bevölkerung und 29% befürworteten eine Berücksichtigung der Bevölkerungszahl zusammen mit anderen Faktoren. Für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen sprachen sich laut der SOFRES-Umfrage in Frankreich 47% der Befragten aus, 38% waren dagegen.³⁸⁹

Regierungskonferenz: inhaltliche Fragen

Auch bei der möglichen Verlagerung von Kompetenzen für bestimmte Politikbereiche auf die europäische Ebene waren die Franzosen mehrheitlich offen.³⁹⁰ 50% und mehr sprachen sich für eine europäische Politik bei der Truppenentsendung ins Ausland (58%), im Umweltbereich (58%), bei Einwanderung (56%) und Außenpolitik (51%) sowie im Bereich

³⁸⁶ „Au cours de ces 3 derniers mois/récemment, avez-vous entendu ou lu quelque chose sur la Conférence intergouvernementale prévue pour 1996, afin d'examiner et de réviser le Traité de Maastricht? / une ‚Europe à deux vitesses‘ qui implique que certains Etats Membres progressent plus rapidement que d'autres vers une plus grande intégration européenne?“

³⁸⁷ „En ce qui concerne cette idée d'une ‚EUROPE A DEUX VITESSES‘, laquelle des options suivantes se rapproche le plus de la vôtre? Les pays qui sont prêts à intensifier le développement d'une politique européenne commune dans certains domaines importants devraient commencer à le faire, sans attendre les autres pays. Ou les pays qui sont prêts à intensifier le développement d'une politique européenne commune dans certains domaines importants devraient attendre que tous les Etats Membres de l'Union Européenne soient prêts à le faire.“

³⁸⁸ „Etes-vous pour ou contre la formation, pour l'Union Européenne, d'un Gouvernement Européen responsable devant le Parlement Européen et devant le Conseil Européen?“

³⁸⁹ „A partir de fin mars, une Conférence intergouvernementale va réunir les gouvernements des quinze Etats membres pour réformer les institutions européennes. Parmi les réformes envisagées, certains proposent que les décisions soient prises à la majorité et non plus à l'unanimité, comme c'est le cas aujourd'hui. Vous-même, estimez-vous que cette réforme serait une bonne chose car elle permettrait à l'Europe d'avancer plus vite / cette réforme serait une mauvaise chose car des décisions pourraient être prises contre l'avis de certains Etats?“

³⁹⁰ „Dans chacun des domaines suivants, comment doit-on, selon vous, prendre les décisions? Il y a une coopération entre les gouvernements des pays de la Communauté mais chaque pays conduit sa propre politique / Une politique commune est mise en place pour tous les pays de la Communauté.“

Telekommunikation (50%) aus. Wirtschafts- (54%), Sozial- (55%) und Kulturpolitik (57%) sowie Ausbildungsfragen (60%) wollte eine Mehrheit der befragten Franzosen lieber national geregelt sehen. Die Eurobarometer-Daten bestätigten diese Präferenzsetzung. Die französischen Zahlen entsprachen damit einer aus den Eurobarometern ablesbaren EU-weiten Tendenz, derzufolge eine Mehrheit der Bevölkerung internationale Fragen und interne Probleme mit länderübergreifender Dimension eher auf EU-Ebene geregelt sehen wollte, während kulturelle, soziale und im engeren Sinne innenpolitische Fragen einer Mehrheit nach auf der Ebene der Nationalstaaten behandelt werden sollten.

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestätigten die Ergebnisse des Eurobarometers 45 allerdings die besondere Relevanz des Themas auch auf europäischer Ebene. 88% der Franzosen waren der Meinung, dass die Entwicklung gemeinsamer Programme zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein vorrangiges Ziel der EU sein sollte. Nur 9% waren anderer Meinung. 62% befürworteten eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf europäischer, 34% auf nationaler Ebene. 83% der Franzosen waren überdies damit einverstanden, dass die EU sich aktiv darum bemühen sollte, ihren Bürgern die Möglichkeit zu schaffen, überall in der Union einen Arbeitsplatz zu finden. Mit diesem Wert lag Frankreich an der Spitze der EU-15. 61% der Franzosen gaben an, Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer zu haben. 68% hielten es für wahrscheinlich, dass eine solche Verlagerung eintreten werde. Vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer mit geringeren Lohnkosten fürchteten sich ebenfalls 61% der Franzosen. Dass eine solche Entwicklung eintreten werde, hielten 62% für wahrscheinlich.

Erweiterung

Im Hinblick auf die unmittelbare Zukunft der EU, für welche die Weichen bei der Regierungskonferenz gestellt werden sollten, wünschte sich eine deutliche Mehrheit der Franzosen (61%) eine stärkere Zusammenarbeit in der bestehenden Union. 14% sprachen sich für eine Beibehaltung des *Status quo* sowohl bei der Größe als auch bei der Intensität der Zusammenarbeit in der EU aus. Nur 12% wünschten sich den Beitritt neuer EU-Mitglieder.³⁹¹ Bis auf den Wert für den *Status quo* verschoben sich diese Angaben bis zum Frühjahr 1996 zuungunsten der Erweiterung. Im Eurobarometer 45 waren 63% der Franzosen für mehr Zusammenarbeit in der bestehenden EU und nur noch 8% für die Aufnahme neuer Mitgliedsländer. Der französische Trend bei diesem Thema entsprach dem der gesamten EU.

³⁹¹ „Laquelle de ces 3 possibilités choisiriez-vous pour l’avenir immédiat de l’UE? Veuillez donner une seule réponse. Que l’UE reste telle qu’elle est / Que les pays membres actuels agissent davantage ensemble dans le cadre de l’UE actuelle / Qu’il y ait de nouveaux pays membres.“

Bezüglich der Osterweiterung der EU ergab sich weiterhin aus dem Eurobarometer 43, dass im Frühjahr 1995 51% der Franzosen in den Medien eine Diskussion über die zukünftige Mitgliedschaft von Ländern Mittel- und Osteuropas wahrgenommen hatten. 46% hatten eine solche Diskussion nicht wahrgenommen. Mit diesen Werten lag Frankreich in etwa im EU-Durchschnitt (53% vs. 41%).³⁹² 50% der Franzosen erwarteten, dass 2010 weitere Staaten der EU beigetreten sein würden, darunter auch Staaten aus Mittel- und Osteuropa. 36% gingen nicht davon aus. Dieser negative Wert war der höchste in der gesamten EU.³⁹³ Auch bei der Zustimmungsrates zur Erweiterung lag Frankreich, wie aus dem Eurobarometer 45 abzulesen war, gemeinsam mit Luxemburg und Österreich in der Schlussgruppe der EU-15. In diesen drei Ländern reagierten jeweils nur 29% positiv auf die Aussicht einer Erweiterung der EU. In Deutschland waren es 35%, beim Spitzenreiter Niederlande 57%. Zur generellen Skepsis gegenüber der Erweiterung passte die Haltung von 50% der Franzosen, die der Meinung waren, dass die Kosten für die Unterstützung strukturschwacher Regionen der EU durch eine mögliche Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten nicht steigen dürften. Nur 16% der Franzosen waren bereit, höhere Ausgaben zu akzeptieren.

Auswertung

Die Auswertung der betrachteten Umfragedaten bestätigt die bereits bei der Analyse der Presseberichterstattung beobachtete Tendenz: Positionsbestimmungen des Präsidenten, die auf Elementen der außenpolitischen Kultur in Bezug auf Europa basierten, waren Konsens auch bei einer Mehrheit der französischen Gesellschaft und fanden entsprechende Zustimmung. Dies war 1996 beispielsweise der Fall bei allen Elementen einer möglichen Institutionenreform, die einen Erhalt oder Gewinn an Handlungsfähigkeit für Europa bedeuteten und gleichzeitig Frankreichs Gestaltungsmöglichkeiten bewahren bzw. stärken würden: verstärkte Zusammenarbeit, Stärkung der GASP, Aufbau einer europäischen Verteidigung etc. Die bei diesen Themen eingebrachten Reformvorschläge Chiracs betrachteten große Teile der Bevölkerung für die Verwirklichung französischer Ziele in Europa als sinnvoll. Eine Mehrheit der Franzosen war zu diesem Zweck auch bereit zu

³⁹² „Au cours de ces 3 derniers mois/récemment, avez-vous entendu ou lu quelque chose sur des discussions concernant la future adhésion des pays d'Europe Centrale et de l'Est?“ Auch ein Jahr später blieben die Werte mit 52% zu 44% in etwa gleich und in der Nähe des EU-Durchschnitts. Vgl. EB 45.

³⁹³ „Essayons d'imaginer l'Europe de l'an 2010. Pensez-vous que les choses suivantes seront devenues une réalité ou non? 1. D'autres pays européens, tels la Hongrie, la Pologne, la République tchèque ou la Slovaquie seront devenus membres de l'Union Européenne? [...]“

akzeptieren, dass Entscheidungen per Mehrheitsbeschluss getroffen würden.³⁹⁴ Ein europäisches Engagement wurde also mehrheitlich gerade in solchen Politikbereichen gewünscht, die Auswirkungen auf Frankreichs Stellung weltweit hatten. Bei diesen Themen wurde Europa offensichtlich als gute Möglichkeit wahrgenommen, Frankreichs Einfluss zu bewahren oder zu stärken. Auch wenn eine große Zahl der Franzosen einigen Aspekten der europäischen Integration durchaus skeptisch gegenüberstand (vgl. die Angaben zum gewünschten Tempo der Integration und die hohe Zahl derjenigen, die mit der EU Befürchtungen verbanden), waren die Zustimmungswerte zu einem nach außen sichtbaren Engagement der EU, durch das auch Frankreich entsprechend wirken könnte, eindeutig.

Die Topoi und Konzepte, die in Chiracs Positionierung für die institutionelle und inhaltliche Weiterentwicklung der EU identifiziert wurden, und die auch in der zustimmenden Presseberichterstattung auftauchten, lassen sich ebenfalls anwenden in der Deutung der Haltung einer Mehrheit der Franzosen mit Hilfe der Analysekatoren. Eine offensive Vertretung französischer Interessen in und durch Europa (Kategorie Interesse), eine Verlängerung des französischen Einflusses in den internationalen Raum mit Hilfe der europäischen Integration (Kategorie Resonanz), die Positionierung Europas als einflussreichen und handlungsfähigen Pol einer multipolaren Welt (Kategorie multipolare Welt) sowie der Aufbau eigenständiger europäischer Strukturen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Kategorie *Europe puissance*) waren Ziele französischer Europapolitik, die vom überwiegenden Teil der französischen Gesellschaft geteilt wurden. Entsprechend hießen die Franzosen mehrheitlich die von Chirac vorgenommene Aufstellung Frankreichs für die Regierungskonferenz gut. In diesem Punkt fand sich vor der Regierungskonferenz also eine Übereinstimmung zwischen allen drei Untersuchungsebenen der vorliegenden Arbeit.

Neben den bereits genannten Punkten der Übereinstimmung machte die Betrachtung der öffentlichen Meinung außerdem deutlich, dass Chirac mit seiner sozialpolitischen Initiative und seinem Einsatz für mehr Bürgernähe der EU richtig zu liegen schien. Hier entsprach seine Politik einem Bedürfnis der Franzosen. Besonders die Arbeitslosigkeit als eine der größten Sorgen vieler Franzosen wurde als potentiellles Aktionsfeld für europäische Politik in den Umfragen explizit genannt. Gleichzeitig wurden jedoch Befürchtungen laut, innerhalb der EU könnten Arbeitsplätze aus Frankreich weg verlagert werden. Beim Thema

³⁹⁴ Einschränkung muss allerdings hier angemerkt werden, dass in den vorliegenden Umfragen nicht unmittelbar abgefragt wurde, ob gleichzeitig bestimmte Sicherungsmechanismen eingebaut werden sollten, damit Frankreich in wichtigen Fragen nicht überstimmt werden könne (Stimmengewichtung, Beibehaltung des nationalen Vetos o.ä.).

Firmenverlagerungen zogen viele Franzosen mit der Frage des Lohnniveaus eine Verbindung zur anstehenden Osterweiterung. Der Staatspräsident versuchte mit seinem Eintreten gegen Sozialdumping diese Befürchtungen bereits frühzeitig aufzugreifen und sich als Verteidiger des französischen Niveaus an Sozialleistungen zu präsentieren. Dennoch waren im Frühjahr 1996, also nach der Vorstellung der sozialpolitischen Initiative Chiracs, deutlich mehr als 60% der befragten Franzosen der Meinung, dass Firmen- und Arbeitsplatzverlagerungen eintreten würden, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen in Frankreich. Die Franzosen blieben demnach also grundsätzlich davon überzeugt, dass Europa im Bereich der Sozialpolitik eine zusätzliche Politikebene darstellen könne. Diese Annahme entsprach der traditionellen Verwendung des Konzepts *Europe protection*. In Verbindung mit der Erweiterung funktionierte dessen positive Interpretation jedoch nicht mehr. Angesichts der defensiven und zurückhaltenden Verknüpfung, die Chirac selbst zwischen der Erweiterung und seiner sozialpolitischen Initiative geäußert hatte (Stichwort „soziale Dimension der Erweiterung“), verwundert dies nicht. Die Kategorie *Europe protection* zeigte sich daher auch bei der Analyse der Umfragedaten sowohl von ihrer positiven als auch von ihrer negativen Seite.³⁹⁵

Das Thema Erweiterung spielte bei Beschäftigungsfragen für die Franzosen also im Hintergrund eine wichtige Rolle. Insgesamt war die Erweiterung in der französischen Bevölkerung zum Zeitpunkt der Eröffnung der Regierungskonferenz jedoch noch wenig präsent. Dies war in anderen EU-Ländern nicht wesentlich anders, allerdings waren in Frankreich neben dem geringen Informationsgrad auch die allgemeinen Zustimmungswerte zur Erweiterung besonders niedrig. Diese Ausgangslage ließ vermuten, dass eine Mehrheit der Franzosen die konkreten Auswirkungen der anstehenden Erweiterung auf Institutionen und Funktionsweise der EU im Jahr 1996 noch kaum abschätzen konnte. Die Politik, wie am Beispiel des Staatspräsidenten gezeigt, thematisierte die Verbindung zwischen Erweiterung und Institutionenreform bei der Regierungskonferenz nicht. Die Presseberichterstattung trug hier deutlich mehr zu einer Erklärung der Zusammenhänge bei.

³⁹⁵ Vgl. zum Aspekt *Europe protection* auch Jean-Pierre Rioux' Kommentar einer CSA-Umfrage für *La Croix*: „[...] la question qui mobilise le plus [les Français], à 81% des Français consultés, est l'attente d'une Europe sociale, celle qui garantira les mêmes droits aux salariés dans tous les pays de l'Union. Pour tout dire, on veut très massivement une Europe bouclier contre les concurrences sauvages du reste du monde, avec ses mains-d'œuvre exogènes exploitées à bas prix ou ses émigrés démunis toquant impérieusement à la porte du vieux continent. [...] [Les Français veulent] surtout une Europe enfin sociale, résolument protectrice, une 'Europe-cocon', une vache à lait où l'Etat-Providence à la française trouvera non seulement les moyens matériels de sa survie mais aussi la confirmation morale de l'exemplarité qu'il revendique encore.“ Jean-Pierre Rioux (1996): „Maastricht, et après?“, in: *L'Histoire*, n° 201, juillet/août 1996, S. 108/109.

4. Reise nach Polen

Vom 11. bis zum 13. September 1996 reiste Chirac zu einem Staatsbesuch nach Polen. Er eröffnete damit eine Reihe von Besuchen in mittel- und osteuropäischen Ländern, die der EU beitreten wollten.³⁹⁶ In Polen führte Chirac Gespräche mit Präsident Aleksander Kwasniewski und sprach vor beiden Kammern des Parlaments. Weiterhin traf Chirac mit in Polen lebenden Franzosen sowie mit polnischen und französischen Wirtschaftsvertretern zusammen. Der Polen-Besuch Chiracs bot für die vorliegende Untersuchung die Möglichkeit, zum ersten Mal in Chiracs Amtszeit die Analysekategorien zur französischen Sicht auf Europa in einem Kontext anzuwenden, der sehr viel direkter als alle Stellungnahmen des Präsidenten in Frankreich mit der Erweiterung in Berührung stand.

Äußerungen von Präsident Chirac

Vor den beiden Kammern des polnischen Parlaments sprach sich Jacques Chirac explizit für einen schnellen Beitritt Polens sowohl zur NATO als auch zur EU aus. Der Beitrittsprozess zur NATO könne und solle nach Chiracs Einschätzung bereits 1997 beginnen. Auch für den EU-Beitritt nannte der französische Präsident in Warschau zum ersten Mal ein konkretes mögliches Datum und betonte die französische und auch seine persönliche Unterstützung für diesen Schritt:

„Dans un peu plus d'un an, les négociations d'adhésion [à l'Union européenne] devraient s'engager. Je souhaite que, dès l'an 2000, la Pologne ait rejoint notre Union. Si vous me permettez d'évoquer un souvenir personnel, je fus, en 1989, le premier responsable politique d'Europe occidentale à plaider sans réserve pour l'adhésion de votre pays à la Communauté. Telle est aujourd'hui, bien entendu, la position de la France. Notre devoir, notre intérêt, notre amitié nous commandent de vous aider à nous rejoindre, dès les prochaines années. La Pologne y sera le partenaire naturel de la France, sa sœur de l'Est.“³⁹⁷

Beim Abendessen mit dem polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski bestätigte Chirac das mögliche Datum 2000 für den EU-Beitritt Polens. Gleichzeitig betonte er die Perspektiven einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen, die er sich davon versprach:

„La France est résolument engagée en faveur de votre adhésion à l'Union européenne. Elle souhaite vous y accueillir dès l'an 2000, avec cet enthousiasme, cette chaleur, cette confiance qui marquent, depuis toujours, nos relations. Cet élargissement est une nécessité historique. Il

³⁹⁶ Im Frühjahr 1997 folgten Reisen des Präsidenten nach Ungarn, Rumänien und Tschechien.

³⁹⁷ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République prononcé devant la Diète et le Sénat polonais réunis, Warschau 12.9.1996. Mit der ausdrücklichen Betonung seiner seit 1989 vorhandenen persönlichen Unterstützung der Erweiterung schloss Chirac auch die gemeinsame Pressekonferenz mit dem polnischen Staatspräsidenten. Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Warschau 12.9.1996.

est aussi une chance pour tout notre continent. Au sein de l'Union élargie, la Pologne et la France pourront travailler ensemble à l'édification de cette Europe-puissance qui doit occuper toute sa place sur la scène internationale; à la construction de cette Europe des hommes, une Europe généreuse qui affirme son modèle social pour mieux relever les défis de la mondialisation. Nous partageons une conviction: l'Europe doit être bien davantage qu'un vaste marché. Elle doit être demain cet espace de solidarité politique, seul capable d'assurer la stabilité et la prospérité de notre continent, en même temps que son rayonnement dans le monde. Elle doit être aussi cet espace de solidarité humaine qui ne laisse personne au bord du chemin.³⁹⁸

Chirac war, neben Helmut Kohl, einer der wenigen westeuropäischen Staatsmänner, die zu diesem frühen Zeitpunkt eine Aussage darüber trafen, wann konkret einzelne mittel- und osteuropäische Staaten möglicherweise der EU beitreten könnten. Er bestätigte mit dieser Festlegung seine im Vergleich zum zögerlichen Auftreten seines Amtsvorgängers Mitterrand wesentlich offenere Einstellung zur Erweiterung.³⁹⁹ Zur Beschreibung des größeren weltpolitischen Kontextes, in den er die Erweiterung einordnete, rekurrierte Chirac auf das mit einer moralischen und historischen Komponente verbundene Friedensmotiv. Die EU solle, wie traditionell im französischen Europadiskurs, in Chiracs Darstellung mehr sein als ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluss. Vielmehr ging es ihm auch in Polen um die Gestaltung einer effektiven und handlungsfähigen Union, deren Wirken weltweit ausstrahlen solle. Die erfolgreiche Umsetzung von Reformen innerhalb der Europäischen Union blieb für Chirac daher eine Vorbedingung für die Erweiterung. Dies sei, so Chirac, sowohl im Interesse der bisherigen Mitglieder der EU als auch im Sinne der potentiellen Kandidaten:

„Pour pouvoir s'élargir, l'Union doit d'abord s'approfondir. C'est l'intérêt des pays candidats, c'est votre intérêt à vous, Polonais, que d'entrer dans une Union forte et efficace, une Europe-puissance qui ne soit pas une simple zone de libre échange.“⁴⁰⁰

³⁹⁸ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Warschau 12.9.1996. Bei der Pressekonferenz nach dem informellen EU-Gipfel in Dublin am 5.10.1996 bekräftigte Chirac seine in Warschau geäußerte Einschätzung, dass Polen möglicherweise bereits im Jahr 2000 der EU beitreten könne: „Pour le moment, je m'en tiens très exactement à ce que j'ai dit qui est ma position, celle de la France, pour ce qui concerne l'adhésion de la Pologne, c'est-à-dire que je souhaite que cette adhésion soit possible pour l'an 2000 et qu'en tous les cas, la France fera tout pour faciliter cette adhésion, dans ces conditions.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République à l'issue du Conseil européen, Dublin 5.10.1996.

³⁹⁹ Vgl. auch die Beurteilung des Abgrenzungsbedürfnisses Chiracs durch Pascal Boniface: „[...] en déclarant aux Polonais [...] que la France était favorable à leur entrée dans l'Union européenne et dans l'Otan avant l'an 2000, le président Chirac fait preuve d'habileté tactique. Peu importe que matériellement cela soit difficile: l'intendance suivra, ou ne suivra pas, ce n'est plus son affaire. Il aura fait montre de compréhension à l'égard de ces pays, alors que François Mitterrand passait pour insensible à leurs revendications.“ Pascal Boniface (1997): „Avantages et limites du volontarisme en politique étrangère“, in: *Relations internationales et stratégiques*, Numéro spécial: La politique étrangère du président Chirac, n° 25, printemps 1997, S. 19-26, hier S. 21.

⁴⁰⁰ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République prononcé devant la Diète et le Sénat polonais réunis, Warschau 12.9.1996.

Vor dem Hintergrund der europäischen Zukunftsperspektive Polens befürwortete der französische Präsident eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf allen Ebenen: beim politischen Dialog, im wirtschaftlichen Austausch und bei der kulturellen Zusammenarbeit. Besonders bei der wirtschaftlichen Kooperation sah Chirac noch deutlichen Verbesserungsbedarf, auch wenn Frankreich zum Zeitpunkt des Besuches bereits der viertgrößte Handelspartner und der drittgrößte ausländische Investor in Polen war. Hier versprach sich Chirac besonders große Fortschritte vom EU-Betritt Polens. Eine Bedrohung der französischen Landwirtschaft durch den EU-Beitritt Polens mit seinem sehr großen landwirtschaftlichen Sektor sah Chirac nicht. Im Gegenteil erhoffte er sich von einem agrarisch geprägten Land wie Polen Unterstützung für die französische Vorstellung von der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer und weltweiter Ebene:

„C'est à tort qu'on présente comme concurrentes nos productions agricoles. Ensemble, ils devront préserver la politique agricole commune. Ensemble, ils devront porter l'ambition exportatrice de l'Europe à la hauteur des besoins alimentaires de la population mondiale qui croissent considérablement. Ensemble, ils devront apporter leur contribution à l'aide au développement des pays pauvres. La France plaide pour que les principaux donateurs ne relâchent pas leur effort. Et votre soutien nous sera précieux.“⁴⁰¹

An Chiracs Äußerungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik zeigte sich die große Bedeutung, die Frankreich der Vertretung seiner Interessen in der und durch die EU beimisst. Dass die von Chirac geforderte Beibehaltung der Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit der Erweiterung um zahlreiche agrarisch geprägte mittel- und osteuropäische Länder, darunter Polen, kaum möglich sein würde, ohne den EU-Haushalt zu sprengen, wurde von Chirac nicht erwähnt.⁴⁰² Hier fand sich daher, wie bereits an anderer Stelle, eine eindeutige

⁴⁰¹ Discours de M. Jacques Chirac. Président de la République lors du déjeuner avec les hommes d'affaires français et polonais à Varsovie, Warschau 12.9.1996.

⁴⁰² Vgl. zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik im Zusammenhang mit der Osterweiterung auch folgende Aussage Chiracs bei seiner Ansprache zum 50jährigen Bestehen des französischen Bauernverbandes FNSEA am 14. März 1996: „C'est dans le cadre d'une Europe renforcée, stabilisée, capable de défendre ses acquis, que nous préparerons l'ouverture des marchés aux pays de l'Est européen. Cela demandera du temps, des transitions, et beaucoup de pragmatisme. Nous ne devons pas laisser se défaire ce qui a été construit. Nous ne devons pas nous engager dans une course à la productivité qui, à l'Est, ruinerait le tissu rural et introduirait une concurrence déloyale au sein de l'Union européenne. Bien au contraire, c'est un modèle équilibré, comparable à celui que nous avons bâti chez nous, que nous devons proposer à nos nouveaux partenaires. C'est un défi politique. Ce sera la condition de l'ouverture à l'Est, et c'est dès aujourd'hui que nous devons nous y préparer.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du 50e anniversaire de la FNSEA, Palais des Congrès, Paris 14.3.1996. Vgl. dagegen die Ausführungen Werner Weidenfelds zu diesem Punkt: „Wenn auch über den Reformbedarf der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) weiter Uneinigkeit besteht, haben vier unabhängige Studien, die Anfang 1995 vorgelegt wurden, erste Empfehlungen und Optionen eines weiteren Vorgehens aufgezeichnet. Die Gutachten sind sich darin einig, dass das GAP-Modell in keinem Fall auf die Staaten Osteuropas übertragen werden kann, sondern vielmehr – auch ohne den Druck der Osterweiterung – durch die Stärkung marktwirtschaftlicher Elemente durchgreifend reformiert werden muss.“ Weidenfeld (1996), a.a.O., S. 19.

Prioritätensetzung Chiracs bei der Wahrung französischer Interessen vor der Beförderung des gesamteuropäischen Integrationsfortschrittes.

Auswertung

Die oben angeführten Zitate aus den Auftritten Chiracs in Polen ließen einen sehr expliziten Gebrauch der traditionellen französischen Europa-Topoi erkennen: Neben dem mehrfach erwähnten Ziel eines *Europe puissance* wurden mit den Analysekatégorien Resonanz, multipolare Welt und Interesse verbundene Themen angesprochen. Das von Chirac skizzierte Europa würde es Frankreich erlauben, diese wesentlichen Elemente seines Verständnisses der europäischen Integration zur Geltung zu bringen. Im französischen Sinne wurden die genannten Konzepte positiv verwendet: Eine Erweiterung unter den mit ihnen verbundenen Voraussetzungen wäre kompatibel mit der traditionellen französischen Sicht auf Europa. Zum einen war jedoch fraglich, ob sich Frankreich mit seinen Vorstellungen innerhalb der EU würde durchsetzen können. Zum anderen war das Signal, das Chirac an Polen sandte, widersprüchlich. Bei einer oberflächlichen Betrachtung von Chiracs Aussagen ging Frankreich scheinbar sehr offen auf Polen zu und unterstützte dessen EU-Ambitionen. Eine Analyse von Chiracs Positionierung anhand der oben genannten Kategorien machte jedoch deutlich, dass die französische Sicht auf Europa deutlich im Vordergrund stand. Ein Beitritt Polens zur EU sollte im französischen Verständnis der Beitritt erst dann erfolgen, wenn die EU weitgehend nach französischen Vorstellungen weiterentwickelt und reformiert worden sei. Der französische Einfluss auf die anstehenden Veränderungen und auf die Funktionsweise der erweiterten Union sollte in jedem Fall gewahrt bleiben. An Polen erging zwar das Angebot, die zukünftige Union gemeinsam zu gestalten. Dass diese Gestaltung nach französischen Vorgaben erfolgen sollte, wurde jedoch implizit vorausgesetzt. Frankreichs Bestreben, auch in einem erweiterten Europa weiterhin Führungsverantwortung zu tragen und durch die im Rahmen der Regierungskonferenz zu beschließende Institutionenreform die Voraussetzungen dafür zu schaffen, wurde hier deutlich. Erneut trat der Gegensatz zwischen positiver Rhetorik und klaren Vorbedingungen für den Verlauf des Erweiterungsprozesses bei Chirac klar hervor.

Presseberichterstattung

Die Presseberichterstattung zu Chiracs Besuch in Polen stellte besonders seine ungewöhnliche konkrete Aussage Chiracs zum möglichen EU-Beitrittsdatum Polens heraus. Jan Krauze und

Henri de Bresson sahen in *Le Monde* diese Positionierung als wichtige Neuerung in der französischen Haltung zur Erweiterung:

„S’adressant aux deux chambres du Parlement polonais, le président de la République s’est en effet distingué de la longue cohorte des visiteurs occidentaux y compris français qui évitaient soigneusement de parler d’une date concrète. Que cette date, relativement proche et déjà mentionnée par le chancelier Kohl, soit donnée par le président français est d’autant plus appréciable, vu de Varsovie, que la France a longtemps été soupçonnée d’un certain manque d’empressement.“⁴⁰³

Auch in anderen Aspekten des französischen Auftreten gegenüber Mittel- und Osteuropa sahen Krauze und de Bresson Veränderungen:

„Des paroles pas vraiment nouvelles, mais prononcées avec une conviction qui devrait satisfaire tous ceux, assez nombreux en Pologne, qui regrettent que la France ait manqué jusqu’à présent d’audace, voire de ‚générosité‘ dans sa vision de l’Europe.“⁴⁰⁴

Ein Leitartikel zum Polen-Besuch Chiracs in *Le Monde* erklärte die positive Haltung des Präsidenten zu einem frühen EU- und NATO-Beitritt Polens sowohl mit der aktuellen politischen Lage in Europa als auch mit einem Abgrenzungsbedürfnis sowohl gegenüber seinem Amtsvorgänger als auch gegenüber Deutschland:

„Les liens historiques, évoqués avec une charge sentimentale souvent démentie par les faits, n’expliquent pas, seuls, la prise de position sans équivoque du chef de l’Etat. La tiédeur de son prédécesseur face à l’élargissement de l’Union européenne vers l’Est et le zèle mis par les Allemands à apparaître comme les meilleurs avocats de la Pologne à l’Ouest jouent un rôle dans la ferveur présidentielle. Jacques Chirac n’a pas toujours été un partisan de l’ouverture communautaire, en particulier quand il craignait pour les intérêts de ses chers agriculteurs menacés par les productions méditerranéennes. Mais les conditions et les candidats ont changé depuis les années 80 et il est vrai qu’il a été parmi les premiers sinon ‚le premier‘, comme il l’a déclaré avec une certaine coquetterie à la Diète de Varsovie à plaider pour l’accueil des pays socialistes.“⁴⁰⁵

Wie realistisch Chiracs Vorstellungen und Zusagen zu einem möglichen frühen Zeitpunkt der ersten EU-Beitritte von Staaten aus Mittel- und Osteuropa sein konnten, blieb in den zitierten Presseanalysen offen. Die Diskrepanz zwischen Diskurs und konkreter Politik wurde wie schon bei anderer Gelegenheit erneut aufgezeigt („une charge sentimentale souvent démentie par les faits“), auch wenn Chiracs persönliche Überzeugungen durchaus für glaubwürdig gehalten wurden. Es blieben auch in der Bewertung der Polenreise die Zweifel an einem Abschluss der Regierungskonferenz, der die nötigen institutionellen Voraussetzungen

⁴⁰³ Jan Krauze/Henri de Bresson: „M. Chirac prône à Varsovie l’entrée de la Pologne dans l’Union européenne ‚dès l’an 2000‘“, *Le Monde* 13.9.1996.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ „Vive la Pologne, Monsieur!“, *Le Monde* 13.9.1996.

schaffen würde, um aus Chiracs Versprechen Wirklichkeit werden zu lassen. Hier müsse zum politischen Willen, den Chirac in Warschau zum Ausdruck gebracht habe, auch die pragmatische Lösung integrationstechnischer Fragen kommen, so die Analyse in *Le Monde*. Diesbezüglich waren die Journalisten eher skeptisch. Im Nachklang des Besuches berichtete *Le Monde* außerdem von der überraschten Reaktion in Brüssel auf die Aussage Chiracs zu 2000 als möglichem Datum für einen EU-Beitritt Polens. In Anbetracht der potentiellen Dauer der Beitrittsverhandlungen hielt die Europäische Kommission eher das Jahr 2002 für realistisch.⁴⁰⁶

Chiracs Bemühungen um eine Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen wurden in der Presse gewürdigt. Mit ihrem Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Aspekten setzten die Journalisten in ihren Analysen allerdings einen in konkreter Politik verhafteten Gegenakzent zu Chiracs stärker von historischen und moralischen Dimensionen dominierten Ausführungen. Daraus ergab sich eine unterschiedliche Interpretation einiger der bei Chirac identifizierten Vermittlungskonzepte. Chirac bezog sich beispielsweise bei mit dem Thema französische Interessen verbundenen Äußerungen v.a. auf die EU und sah einen Schwerpunkt seiner Politik in der Bewahrung von Mechanismen und institutionellen Voraussetzungen zur Durchsetzung französischer Prioritäten. Die Presseberichterstattung lenkte dagegen mit ihrem ökonomischen Schwerpunkt den Blick auch darauf, dass französische Interessen genauso in der Zusammenarbeit mit Polen, konkret im Ausbau der Wirtschaftskooperation, wahrgenommen und gefördert werden könnten. Außerdem tauchten in der Pressebewertung von Chiracs Polenreise neu auch mit der Kategorie Deutschland verbundene Aspekte auf: Die Möglichkeiten, die sich durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs boten, sollten nicht alleine Deutschland überlassen werden. *Le Monde* identifizierte dieses Motiv hinter einigen Stellungnahmen Chiracs in Polen und wies damit auf ein wichtiges Element der französischen Haltung zur Osterweiterung hin, das allerdings 1996 im Diskurs des Staatspräsidenten (noch) nicht explizit genannt wurde.

⁴⁰⁶ „2002 plutôt que 2000 pour l’adhésion de la Pologne“, *Le Monde* 16.9.1996. Weitere Analysen in *Le Monde* beschäftigten sich im Zusammenhang mit Chiracs Reise mit der aktuellen politischen Lage in Polen sowie mit den wirtschaftlichen Aspekten von Chiracs Staatsbesuch und wiesen besonders auf den Verbesserungsbedarf in den ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hin: Jan Krauze: „M. Chirac veut donner un coup de fouet à la présence économique française en Pologne“, *Le Monde* 11.9.1996 und Ders.: „Jacques Chirac en Pologne, le pays des lendemains calmes“, *Le Monde* 12.9.1996. Zur wirtschaftlichen Lage in Polen erschien im Rahmen der Berichterstattung ein weiterer Artikel in *Le Monde*: Françoise Lazare: „Varsovie accumule des résultats économiques impressionnants“, *Le Monde* 13.9.1996.

5. Zwischenfazit und Bilanz des Jahres 1996

Im Jahr 1996 stand die Erweiterung durch die Eröffnung der Regierungskonferenz und Chiracs Polen-Reise stärker im Mittelpunkt der französischen (Europa-)Politik als zu Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten. Einige Punkte der Bilanz nach den ersten Amtsmonaten Chiracs lassen sich jedoch auch in der Bewertung des Jahres 1996 wieder aufgreifen. Auch 1996 stand im wesentlichen im Zeichen von Kontinuität, sowohl was die faktische Politik als auch was den sie begleitenden Diskurs des Staatspräsidenten anging. Die französische Positionierung für die Regierungskonferenz entsprach traditionellen Grundlagen französischer Europapolitik. Auch in der Vermittlung der französischen Haltung griff Chirac auf bekannte und akzeptierte Konzepte zurück. Verändert hatte sich für Chirac im Vergleich zu seinen Amtsvorgängern, dass er bei jedem europapolitischen Schritt die anstehende Erweiterung als unmittelbare Perspektive mit bedenken musste. Dieser Aufgabe wurde er auch durchaus gerecht, ohne es jedoch immer direkt zu thematisieren. Beispielsweise schwang die Aussicht auf eine mehr als zwanzig Mitglieder umfassende Union bei Chiracs Darstellung der französischen Positionen zur Institutionenreform immer mit, auch wenn sie nicht bei jedem der dort genannten Punkte explizit angeführt wurde.

Bei einer genauen Betrachtung der Aussagen Chiracs wurde allerdings deutlich, dass wesentliche Aspekte der Erweiterung mit Hilfe der traditionellen französischen Vermittlungsmotive zu Europa nur negativ beschrieben werden konnten: Die Erweiterung dürfe NICHT dazu führen, dass Europa zu einer reinen Freihandelszone werde, durch welche Frankreich seine politischen Interessen weltweit nicht mehr adäquat vertreten könne und durch welche seine mit Hilfe Europas potenzierte Ausstrahlungskraft nicht mehr entsprechend zur Geltung käme, so Chirac. Auch die EU selbst könne in diesem Fall nicht mehr die von Frankreich gewünschte aktive globale Rolle spielen. Die Erweiterung dürfe weiterhin NICHT den Aufbau eigenständiger europäischer Verteidigungsstrukturen gefährden und auch NICHT die Absenkung sozialer Standards zur Folge haben. Bei einer Anwendung der Analysekatoren auf diese Aussagen wird deutlich, dass mit den Kategorien Resonanz, Interesse, multipolare Welt, *Europe puissance* und *Europe protection* und Deutschland wesentliche Definitionselemente der französischen Europapolitik durch die Erweiterungsperspektive berührt wurden. Gleichzeitig zeigte sich, dass die (potentiellen) Folgen der Erweiterung mit den Grundlagen der französischen Haltung zu Europa offenbar nur schwer in Einklang zu bringen waren. Diese Tatsache erklärte den zurückhaltenden Diskurs des Staatspräsidenten in den ersten Jahren seiner Amtszeit. Allerdings ließ sie für die

Weiterentwicklung der europäischen Integration die Frage offen, wie Frankreich mit den aufgezeigten Widersprüchen umgehen würde, wenn sich die Erweiterung konkretisierte und zu einzelnen der genannten Punkte Verhandlungen anstünden, beispielsweise im Rahmen der Regierungskonferenz im Jahr 1997. Jean-François Gribinski betrachtete dementsprechend eine Klärung der französischen Haltung als unerlässlich sowohl für Frankreichs zukünftige europäische Rolle als auch für die Weiterentwicklung der EU selbst:

„Il est urgent que l'actuelle politique française prenne conscience à quel point il est vain de vouloir à tout prix tenter de concilier l'inconciliable, et à quel point certaines concessions s'imposent aujourd'hui, fussent-elles égratigner le dogme gaulliste. Et ce ne sont pas les quelques réformettes institutionnelles que la France pose aujourd'hui en préalable à l'élargissement, sacrifiant une fois encore le fond à la forme, qui pourront résoudre un dilemme crucial. Car si l'actuelle politique est vaine, elle est surtout dangereuse. Les enjeux d'une telle prise de conscience dépassent en effet largement la seule idée de puissance. A défaut, c'est l'Union européenne elle-même, dans l'incapacité de supporter le poids des élargissements, qui pourrait implorer, et disparaître avec elle une aventure quarantenaire.“⁴⁰⁷

In Bezug auf die Presseberichterstattung fanden sich 1996 ebenfalls Kontinuitäten im Vergleich zum Vorjahr. Weiterhin wurde durch eine umfangreiche Darstellung der Position der mittel- und osteuropäischen Länder anlässlich entscheidender europapolitischer Ereignisse eine Art Gegenposition zur offiziellen französischen Haltung präsentiert. Dies zeugte von Interesse sowohl an der Lage der potentiellen Beitrittskandidaten selbst als auch an einem konstruktiven Fortgang der europäischen Integration. Diese beiden Punkte wurden durch die Berichterstattung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Franzosen wurden damit in die Lage versetzt, in den offiziellen Stellungnahmen der Politik fehlende Aspekte auszumachen. Insgesamt hatte sich das Bild des Staatspräsidenten in Bezug auf seine Europapolitik in der Presse gebessert. Besonders Chiracs sozialpolitische Initiative hatte ihm viel Kredit eingebracht. Auch in der Presse war Ende 1995/Anfang 1996 deutlich gefordert worden, Chirac müsse seinem proklamierten Wunsch nach einem bürgernäheren Europa Taten folgen lassen. Es blieb jedoch im Hinblick auf die Erweiterung dabei, dass die Journalisten bei Chirac eine z.T. idealisierende und zu wenig konkrete Darstellung kritisierten. Das bereits in der Bilanz des Jahres 1995 festgestellte Auseinanderklaffen zwischen den europäischen Realitäten und ihrer Darstellung durch Chirac blieb auch 1996, gerade was die Erweiterung anging, einer der Hauptkritikpunkte der Presse am Staatspräsidenten.

⁴⁰⁷ Jean-François Gribinski (1997): „Jacques Chirac et l'Europe: une politique ‚réaliste‘“, in: *Relations internationales et stratégiques*, Numéro spécial: La politique étrangère du président Chirac, n° 25, printemps 1997, S. 66-81, hier S. 81.

In der öffentlichen Meinung, wie sie im Verlauf des Jahres 1996 gemessen wurde, spiegelte sich ebenfalls diese Widersprüchlichkeit in Bezug auf die Erweiterungsperspektive. Grundsätzliches Problem blieb zunächst der geringe Informationsgrad der Franzosen zu Europa allgemein und damit auch zur Erweiterung. Auch in anderen EU-Staaten fand sich ein ähnliches Informationsdefizit, aber in Frankreich verband es sich mit einer außergewöhnlich hohen und konstanten Ablehnung der Aufnahme weiterer Staaten in die Union. Dementsprechend waren die Franzosen empfänglich für den zurückhaltenden bzw. erweiterungsskeptischen Erweiterungsdiskurs des Staatspräsidenten. Chiracs Argumentation im Zusammenhang mit seiner sozialpolitischen Initiative beispielsweise fand in den zitierten Umfragen ihren Niederschlag: Europa wurde als zusätzliche schützende Politikebene im Sozialbereich positiv gesehen und akzeptiert. Diese Konstellation war im französischen Sinne, erschien jedoch gefährdet durch die Erweiterung mit Dumpinglöhnen und Firmenverlagerungen als möglicher Konsequenz. In Verbindung mit dem oben bereits angeführten Informationsdefizit führte diese Wahrnehmung dazu, dass die Franzosen der Argumentation ihres Präsidenten mehrheitlich folgten und sich damit in Frankreich eine Skepsis gegenüber der Erweiterung weiter etablieren konnte.

Im Jahr 1997 boten nicht nur Fortgang und Abschluss der Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages eine gute Möglichkeit, die Entwicklung der französischen Haltung zur Erweiterung auf allen drei Untersuchungsebenen weiter zu verfolgen. Auch die drei Reisen Jacques Chiracs nach Ungarn, Rumänien und in die Tschechische Republik eröffneten, in Fortsetzung der anhand der Polen-Reise bereits gewonnenen Erkenntnisse, neue Perspektiven auf die untersuchte Thematik.

Kapitel VIII: Einigung über den Vertrag von Amsterdam (1997)

In den ersten Monaten des Jahres 1997 besuchte Jacques Chirac Ungarn (16. und 17. Januar), Rumänien (21. und 22. Februar) und die Tschechische Republik (2. und 3. April). Neben Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ging es bei den Gesprächen auch um die Beitrittsperspektiven der drei Länder zu EU und NATO. Wichtige Voraussetzung für die EU-Erweiterung war, nicht nur aus französischer Sicht, die Reform der bestehenden Institutionen der Union. Der Europäische Rat von Amsterdam, bei dem die Staats- und Regierungschefs sich im Juni 1997 auf einen Nachfolgevertrag für Maastricht einigten und damit die Regierungskonferenz beschlossen, brachte allerdings in diesem Punkt nicht den notwendigen Durchbruch. Für Frankreich stand das Ratstreffen von Amsterdam unter besonderen Vorzeichen. Staatspräsident Chirac löste im April die Nationalversammlung vorzeitig auf, um

seine dort vorhandene Mehrheit im Hinblick auf schwierige anstehende Entscheidungen zu stabilisieren bzw. zu vergrößern. Statt dessen ging aus den Parlamentswahlen Ende Mai/Anfang Juni jedoch eine oppositionelle linke Mehrheit hervor. Neuer Premierminister in der ersten auf eine gesamte Legislaturperiode ausgelegten Kohabitation in der Geschichte der V. Republik wurde der Sozialist Lionel Jospin. Mit ihm und seiner neuen Regierung musste sich Chirac vor und während des Amsterdamer Gipfels zu den französischen Positionen kurzfristig abstimmen.

Im Juli veröffentlichte die Kommission in der „Agenda 2000“ ihre Beurteilungen der assoziierten Staaten sowie grundsätzliche Betrachtungen zu den finanziellen Perspektiven der EU und zur Zukunft der Struktur- und Agrarpolitik. Auf dieser Grundlage beschloss der Rat der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1997 in Luxemburg, zunächst mit sechs Staaten Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufzunehmen: mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, Slowenien und der Tschechischen Republik. Obwohl wichtige Fragen zur Zukunft der Union noch nicht entschieden waren und als sogenannte *Leftovers* von Amsterdam die europäische Politik auch nach der Regierungskonferenz weiter begleiteten, trat die Erweiterung damit in die Phase ihrer konkreten Umsetzung.

1. Reisen nach Ungarn, Rumänien und in die Tschechische Republik

Bei seinen Besuchen in Ungarn, Rumänien und der Tschechischen Republik in den ersten Monaten des Jahres 1997 absolvierte Präsident Chirac jeweils ein ähnliches Programm. Er traf mit den Staats- und Regierungschefs der drei Länder zusammen, sprach vor den Parlamenten und tauschte sich mit Wirtschaftsvertretern sowie mit in den drei Ländern lebenden Franzosen aus. In Rumänien diskutierte er außerdem mit Studentinnen und Studenten der frankophonen Studiengänge der Universität Bukarest. Insgesamt blieb Chirac bei seiner optimistischen und offenen Haltung gegenüber Mittel- und Osteuropa. Zum Zeitpunkt seiner Reisen konnte er auch noch auf einen im Hinblick auf den Beginn der Erweiterung guten und konstruktiven Ausgang der Regierungskonferenz hoffen.

Die EU-Osterweiterung als Friedensgarantie

In allen drei Ländern betonte Jacques Chirac in seinen Reden die Bedeutung der EU-Osterweiterung als Friedensgarantie für den europäischen Kontinent. Das Friedensmotiv nahm damit eine wichtige Rolle in Chiracs Ausführungen ein. In Budapest erwähnte Chirac dieses Argument in Kombination mit dem Ziel der Stärkung der Position Europas in der globalisierten Welt vor in Ungarn lebenden Franzosen :

„[...] même si elle [l'intégration de la Hongrie dans la construction européenne] exige des disciplines, elle correspond à une nécessité pour deux raisons. D'abord parce que c'est le seul moyen d'assurer durablement la paix sur notre continent que de le construire ensemble dans un système qui, par définition, élimine toute tentation ou toute tentative de violence. Et deuxièmement, parce que c'est le seul moyen d'appartenir à ce qui devient de plus en plus multipolaire et où l'Europe, une Europe de cinq cents millions d'habitants pourra réellement compter.“⁴⁰⁸

In Rumänien tauchte das Friedensmotiv während der Diskussion Chiracs mit Studentinnen und Studenten der Bukarester Universität auf:

„L'avantage principal [d'une Europe élargie et unique] c'est la paix. L'Europe s'est battue pendant des siècles, elle a perdu ses enfants et son génie de façon stupide. La création de la construction européenne permettra enfin d'avoir une situation où l'on ne pourra plus se battre puisqu'on s'est obligé à parler en permanence, il vaut mieux parler que de se battre et c'est cela le grand avantage de l'Europe.“⁴⁰⁹

In Prag äußerte er sich ähnlich:

„Vous savez que la France, comme tous les pays européens souhaite la paix en Europe. C'est pour cela que nous avons engagé le processus de construction européenne, et c'est pour cela que nous voulons élargir l'Union européenne, parce que pour nous c'est un gage de paix, d'intégrité territoriale, d'indépendance et de démocratie pour les pays qui la composent.“⁴¹⁰

Unterstützung der Beitrittsgesuche zur EU

Vor dem Hintergrund der friedensgarantierenden Funktion der Osterweiterung unterstützte Jacques Chirac während seiner Staatsbesuche in Ungarn, Rumänien und Tschechien die EU-Beitrittsgesuche aller drei Länder, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. In seiner Rede vor dem ungarischen Parlament betonte der französische Präsident die französische und seine persönliche Unterstützung für einen schnellen EU-Beitritt Ungarns:

„Oui, la Hongrie adhérera bientôt à l'Union européenne, une Union renforcée et élargie qui doit être le socle de la réconciliation de notre continent et de la paix pour l'avenir. Oui, la Hongrie entrera bientôt dans l'Alliance atlantique, une Alliance renouvée et élargie, facteur essentiel de la nouvelle architecture européenne de sécurité et de paix. L'année 1997 sera une année décisive pour l'élargissement de l'Union européenne. Je fus, je crois, le premier dirigeant politique européen à plaider, dès 1989, pour l'entrée des pays de l'Europe centrale et orientale dans la Communauté. Cette idée était alors fort critiquée et je n'ai pas changé d'avis: la France soutient chaleureusement votre entrée dans l'Union.“⁴¹¹

⁴⁰⁸ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant la communauté française, Budapest 16.1.1997.

⁴⁰⁹ Dialogue de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec les professeurs et étudiants des filières francophones de l'université de Bucarest, Bukarest 22.2.1997.

⁴¹⁰ Point de presse commun de Monsieur Vaclav Havel, Président de la République tchèque et de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République française au Château de Prague 2.4.1997.

⁴¹¹ Discours prononcé par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République au parlement de Hongrie, Budapest 16.1.1997.

Wie zuvor in Polen stellte Chirac auch Ungarn einen EU-Beitritt bereits zum Jahr 2000 in Aussicht:

„Et je le dis ici comme je l’ai dit à Varsovie: je souhaite que votre pays adhère à l’Union européenne dès l’année 2000. La France fera tout pour que cette date soit respectée. Certains disent: ‚C’est trop court, nous n’y arriverons pas.‘ C’est oublier toutes ces années durant lesquelles vous n’avez, nous n’avons que trop attendu. C’est oublier aussi qu’un calendrier est avant tout affaire de volonté politique. Le processus d’élargissement s’ouvrira six mois après la conclusion de la Conférence intergouvernementale, c’est-à-dire, nous l’espérons, et je le répète, nous le voulons, dès la fin de cette année. Nous examinerons alors les avis de la Commission européenne. La Hongrie sera dans le groupe des pays avec lesquels les premières négociations s’engageront, elle qui avait anticipé, avant même 1989, le mouvement des réformes. Si chacun fait les efforts nécessaires, et à condition de prévoir les étapes et les transitions, ces négociations aboutiront très vite, nous en avons l’expérience.“⁴¹²

Auf eine Frage in der Pressekonferenz zum Abschluss des Staatsbesuches, ob Chirac mit seinem Optimismus bezüglich des Datums der ersten Beitritte mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU keine falschen Hoffnungen schüre, besonders angesichts der deutlich zurückhaltenderen Position der Kommission, verwies Chirac auf die Notwendigkeit eines politischen Willens und auf die gemeinsame Position Deutschlands und Frankreichs in dieser Frage:

„Je ne souhaite pas avoir provoqué de faux espoirs en parlant de l’an 2000. Je vous signale que cet objectif a été également retenu et affirmé par le Chancelier allemand. Ce n’est pas un hasard d’ailleurs. Là, comme ailleurs, la politique franco-allemande a une grande cohésion. Vous savez, il faut avoir des ambitions, il faut avoir une volonté. Si nous avons l’ambition d’arriver en l’an 2000 et la volonté de le faire, il y a de fortes chances pour qu’on réussisse.“⁴¹³

Auch in Bukarest erwähnte Chirac seine seit 1989 vorhandene Überzeugung von der Notwendigkeit einer Erweiterung der Europäischen Union. Chirac legte sich für Rumänien auf kein konkretes anzustrebendes Beitrittsdatum fest, betonte jedoch die grundsätzliche französische Unterstützung für die rumänische Annäherung an EU und NATO:

„La position de la France a été claire et elle a été finalement adoptée: tous les pays candidats doivent être placés sur un pied d’égalité. Bien sûr, le rythme et l’aboutissement des pourparlers dépendront de toute une série de critères objectifs, dont nous devons débattre ensemble, avec le concours de la Commission européenne. C’est aussi avec vous que nous fixerons la date la plus propice à votre adhésion. La France, vous le savez, souhaite que cette adhésion puisse intervenir le plus rapidement possible, c’est votre intérêt, c’est l’intérêt de la France et c’est l’intérêt de l’Europe. [...] Vous pouvez compter sur l’appui de la France. Si vous le souhaitez, elle vous apportera tout son concours pour vous permettre de surmonter

⁴¹² Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République devant les hommes d’affaires hongrois et français, Budapest 17.1.1997.

⁴¹³ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gyula Horn, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 17.1.1997.

telles ou telles de vos difficultés. Au sein de l'Union européenne, comme au sein de l'Alliance atlantique, la France veut être votre avocat, votre amical avocat.⁴¹⁴

Auf eine direkte Frage bei einer Diskussion mit Studenten und Professoren der frankophonen Studiengänge der Universität Bukarest präzisierte Chirac die Gründe der französischen Unterstützung eines rumänischen EU-Beitritts wie folgt:

„Je pense que [l'intégration de la Roumanie dans l'Union européenne] est aussi l'intérêt de la France et de l'Europe bien sûr – de l'Europe, parce qu'elle doit être le plus large possible, si elle veut être la garante de la paix et du développement - , mais surtout de la France. La France souhaite, je le disais tout à l'heure ou hier, être plus présente dans l'Europe centrale et orientale. Or, sur qui peut-elle compter, pour être plus présente en Europe centrale et orientale? Sur la Roumanie. De même que la Roumanie a tout intérêt à avoir un interlocuteur privilégié dans l'Europe occidentale. Et pour la Roumanie, cet interlocuteur privilégié, c'est la France. Nous avons donc un intérêt commun au-delà du cœur, un intérêt commun à pouvoir nous appuyer l'un sur l'autre, au sein d'une Europe qui se construit et où nous représentons une large part des idéaux et de la civilisation latine.“⁴¹⁵

Auch in der Tschechischen Republik legte Chirac Wert darauf, seine persönliche frühzeitige Unterstützung für eine Osterweiterung der EU zu betonen.⁴¹⁶ Seine Argumentation in Prag ähnelte den Ausführungen in Budapest:

„Aujourd'hui, l'Union européenne et l'Alliance atlantique vous ouvrent leurs portes et leurs bras. Je suis venu à Prague pour vous renouveler notre soutien sans réserve à la démarche qui est la vôtre. Soyez assuré, Monsieur le Président, que la France se tient à vos côtés. Elle plaidera, lors du sommet de l'Alliance à Madrid, en juillet prochain, en faveur de l'engagement des négociations d'adhésion de la République tchèque à l'OTAN. [...] Au sein de l'Union européenne, nous ne ménagerons aucun effort pour que la Conférence intergouvernementale aboutisse [...] dès le mois de juin. Assurée de mieux fonctionner à l'intérieur et de mieux agir à l'extérieur, l'Union pourra ainsi engager, dès le début de 1998, les négociations d'élargissement. La République tchèque sera l'un des premiers Etats à la rejoindre, je le souhaite et je l'espère. La France souhaite en effet que ce soit dès l'an 2000. Voilà pourquoi je m'adresse d'ores et déjà à vous, non pas comme à un pays candidat, mais

⁴¹⁴ Discours prononcé par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant les deux chambres réunies du parlement roumain, Bukarest 21.2.1997. Für einen möglichen NATO-Beitritt Rumäniens nannte Chirac das Jahr 1999 als anzustrebendes Datum.

⁴¹⁵ Dialogue de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec les professeurs et les étudiants des filières francophones de l'université de Bucarest, Bukarest 22.2.1997. Vgl. auch die Aussage Chiracs vor in Rumänien lebenden Franzosen: „[...] il est de l'intérêt de la France d'avoir une relation privilégiée avec un pays de culture latine et qui soit pour une large part francophone à l'Est, et de l'intérêt de la Roumanie d'avoir un lien privilégié à l'Ouest avec un pays pour lequel elle a une tentation, des liens spontanés et naturels.“ Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, lors de la rencontre avec la communauté française, Bukarest 22.2.1997.

⁴¹⁶ Vgl. Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le forum des hommes d'affaires tchèques et français, Prag 3.4.1997.

comme à un pays partenaire.“⁴¹⁷

Die Analysen in der Presse zu den Staatsbesuchen Jacques Chiracs in Ungarn, Rumänien und Tschechien betonten wie beim Polen-Besuch 1996 die deutliche Positionsveränderung Frankreichs im Vergleich zur zögerlichen Haltung Mitterrands. Alain Frachon und Pascale Robert-Diard interpretierten in *Le Monde* Chiracs Erwähnung des Jahres 2000 als mögliches erstes Beitrittsdatum für Ungarn zum einen als Gleichbehandlung mit Polen („Jacques Chirac ne peut promettre moins à Budapest qu’à Varsovie.“) und zum anderen als Geste der Beruhigung für die mittel- und osteuropäischen Bewerberländer, die angesichts der internen Schwierigkeiten der EU an der Verwirklichung der Beitrittsperspektive zu zweifeln begonnen hätten.⁴¹⁸ Claire Tréan kommentierte Chiracs Unterstützung für einen möglichen EU-Beitritt Tschechiens bereits zum Jahr 2000 in *Le Monde* wie folgt:

„Le long purgatoire que François Mitterrand avait eu l’imprudence d’annoncer aux pays d’Europe centrale s’émancipant du communisme n’aurait ainsi duré qu’une dizaine d’années, et en disant, jeudi au Parlement, son admiration pour la rapidité et l’ampleur des progrès accomplis par la République tchèque, M. Chirac voulait sans doute effacer le souvenir de la sombre prédiction de son prédécesseur. [...] Toute ambiguïté est donc levée quant au souhait de la France de voir Prague intégrer aussi vite que possible ces deux structures occidentales [Union européenne et OTAN]. Cela fait disparaître le motif majeur du malaise qui bridait les relations entre les deux pays sous le précédent septennat.“⁴¹⁹

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Jacques Chirac strebte einen Ausbau der Beziehungen zwischen Frankreich und allen drei von ihm besuchten Ländern an. Mit Ungarn solle beispielsweise, gegründet auf dem zwischen beiden Ländern 1991 geschlossenen Freundschaftsvertrag, eine Partnerschaft in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Technologie aufgebaut werden, so der Präsident.⁴²⁰ Verbesserungsmöglichkeiten sah Chirac v.a. in den Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn. Es ging ihm u.a. um eine Intensivierung des Handels zwischen beiden Ländern,

⁴¹⁷ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par son Excellence Monsieur Vaclav Havel, Président de la République tchèque, Prag 2.4.1997. Auch vor der französischen Gemeinde in Tschechien bekräftigte Chirac die französische Unterstützung für einen frühen EU-Beitritt Tschechiens. Vgl. Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant la communauté française au Rudolfinum, Prag 2.4.1997. Ähnlich äußerte er sich außerdem in einem Interview mit dem Magazin *Tyden* unmittelbar vor seiner Reise in die Tschechische Republik. Vgl. Interview de Monsieur Jacques Chirac par Nicolas Arpagian du magazine *Tyden*, Palais de l’Elysée 31.3.1997.

⁴¹⁸ Alain Frachon/Pascale Robert-Diard: „M. Chirac plaide pour l’intégration de la Hongrie à l’Union européenne et à l’OTAN dès l’an 2000“, *Le Monde* 17.1.1997.

⁴¹⁹ Claire Tréan: „Paris souhaite que la République tchèque intègre le plus rapidement possible l’OTAN et l’UE“, *Le Monde* 4.4.1997.

⁴²⁰ Vgl. Alain Frachon/Pascale Robert-Diard: „M. Chirac plaide pour l’intégration de la Hongrie à l’Union européenne et à l’OTAN dès l’an 2000“, *Le Monde* 17.1.1997.

beispielsweise durch eine stärkere Berücksichtigung französischer Unternehmen beim Abschluss großer Handelsabkommen durch den ungarischen Staat und durch die Schaffung einer stabilen und vorhersehbaren Umgebung sowie günstiger finanzieller und legislativer Rahmenbedingungen für französische Investoren. Im Bereich der Landwirtschaft setzte Chirac wie in Polen auf eine zukünftige Zusammenarbeit mit Ungarn im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik.⁴²¹ Auf die Schwierigkeiten, die in diesem Bereich mit der Erweiterung verbunden waren, ging Chirac, zumindest öffentlich, nicht ein, wie auch Alain Frachon und Pascale Robert-Diard in *Le Monde* festhielten: „Sans qu'elle soit publiquement évoquée par M. Chirac, la question, éminemment sensible, de l'application de la Politique agricole commune (PAC) à la Hongrie sera au cœur des pourparlers.“⁴²²

Auch in Rumänien forderte Chirac, wie in Warschau und Budapest auch, die Regierung auf, bessere Rahmenbedingungen für französische Investoren zu schaffen und appellierte an französische Unternehmen, diese dann auch zu nutzen.⁴²³ Von einer erfolgreichen Durchführung der angestrebten Reformprogramme der rumänischen Regierung hänge, so die Einschätzung in *Le Monde*, auch ab, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen des Landes zu Frankreich entwickeln würden. Henri de Bresson und Christophe Châtelot waren mit Staatspräsident Chirac einer Meinung, dass wirtschaftliche Kontakte ein wichtiges Element in einer Strategie zur Stärkung des französischen Einflusses in Mittel- und Osteuropa seien. Die *Monde*-Journalisten sahen aber, wie Chirac, noch große strukturelle Probleme in Rumänien, die geplante Investitionen auch französischer Unternehmen zum Teil verhinderten.⁴²⁴ U.a. aus diesem Grund ging beispielsweise Christophe Châtelot in *Le Monde* daher wie der Staatspräsident davon aus, dass sich der Abstand Rumäniens beispielsweise zu Tschechien oder Polen auch in den zeitlichen Dimensionen für einen möglichen EU- und NATO-Beitritt des Landes niederschlagen werde:

„Nous avons perdu sept ans’, regrettait récemment le président Constantinescu, conscient du risque que court son pays de rater le train de l’élargissement de l’OTAN et de l’Union européenne. La Roumanie entre enfin dans la course, mais avec plusieurs longueurs de retard qu’il sera difficile de rattraper sur ses ‚ex-pays frères’ et aujourd’hui concurrents.“⁴²⁵

⁴²¹ Vgl. ebd.

⁴²² Vgl. ebd. und Alain Frachon/Pascale Robert-Diard: „M. Chirac veut développer les échanges franco-hongrois“, *Le Monde* 18.1.1997.

⁴²³ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République devant les hommes d'affaires, Bukarest 22.2.1997.

⁴²⁴ Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „M. Chirac appelle les entreprises françaises à s'engager en Roumanie“, *Le Monde* 26.2.1997.

⁴²⁵ Christophe Châtelot: „La Roumanie s'engage avec retard dans un douloureux programme de restructurations“, *Le Monde* 21.2.1997. Vgl. auch Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „Jacques Chirac espère voir la Roumanie intégrer l'OTAN en 1999“, *Le Monde* 24.2.1997.

In der Tschechischen Republik forderte Jacques Chirac die französischen Unternehmer zu verstärkten Anstrengungen besonders bei anstehenden großen Privatisierungsmaßnahmen auf, um Frankreich ökonomisch deutlicher in der Tschechischen Republik zu plazieren. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Tschechischen Republik liege, so Chirac, im Interesse beider Länder und solle daher die Grundlage einer umfassenden Partnerschaft bilden.⁴²⁶

Weitere Aspekte der Staatsbesuche Chiracs

Rumänien bot Chirac zur Vorbereitung der Herausforderung EU-Beitritt die Teilnahme an der von Frankreich vorgeschlagenen Europäischen Konferenz mit allen Beitrittskandidaten an. Desweiteren offerierte er eine „brüderliche Kooperation“ (*coopération fraternelle*) zwischen Frankreich und Rumänien, aufbauend auf den bereits bestehenden Forschungs- und Kulturbeziehungen sowie der großen Zahl in Frankreich lebender Rumänen. In diesem Zusammenhang betonte Chirac die wichtige Rolle zahlreicher rumänische Künstler und Intellektueller in Frankreich und hob die Bedeutung der rumänischen Zugehörigkeit zur Frankophonie und die damit einhergehende wichtige Rolle des Französischen in Rumänien hervor. Mehrfach verwies Chirac während seines Besuches auf die über mehrere Jahrhunderte gewachsenen rumänisch-französischen Beziehungen und die gemeinsamen romanischen Wurzeln der beiden Länder. Als Kontrapunkt zu Chiracs Betonung der Kulturbeziehungen zwischen Frankreich und Rumänien und seinen Verweis auf die zahlreichen berühmten rumänischen Immigranten in Frankreich berichtete *Le Monde* von der weniger ruhmreichen Wirklichkeit der französischen Haltung zu nicht berühmten Rumänen, die nach Frankreich einwandern wollten. Rumänien werde aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage zwar als ein Land mit hohem Migrationsrisiko angesehen. Die politische Lage werde jedoch als so stabil betrachtet, dass Rumänen in Frankreich in der Regel kein Asyl gewährt werde. Besonders seit der Amtsübernahme von Innenminister Debré, der das Problem im Rahmen von Chiracs Reise mit seinem rumänischen Amtskollegen besprach, hatte es eine große Zahl an Rückführungen von ausgewiesenen Rumänen in ihr Heimatland gegeben.⁴²⁷ Mehrere Artikel in *Le Monde* verwiesen außerdem auf die Schwierigkeiten für Rumänen, ein Visum für

⁴²⁶ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le forum des hommes d'affaires tchèques et français, Prag 3.4.1997.

⁴²⁷ Christophe Châtelot/Pascale Robert-Diard: „Selon que les Roumains sont célèbres ou inconnus...“, *Le Monde* 24.2.1997.

Frankreich zu bekommen. Ungarn, Polen und Tschechen brauchten im Gegensatz zu den Rumänen kein Visum mehr für eine Einreise in den Schengen-Raum.⁴²⁸

Vor den beiden Kammern des tschechischen Parlaments führte Chirac aus, wie er sich für die Zukunft die politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Tschechien bilateral, aber auch im Rahmen der EU wünsche und vorstelle. Chirac ging davon aus, dass Tschechien und Frankreich sich einig seien in ihrer Vorstellung der zukünftigen Gestalt und Funktionsweise der EU:

„La République tchèque a [...] vocation à adhérer à l'Union européenne. [...] C'est pourquoi je veux, dès aujourd'hui, parler avec vous de notre projet commun, comme je pourrais le faire à Bonn, à Bruxelles ou à Madrid. Des institutions plus démocratiques et plus efficaces; une monnaie unique qui sera l'autre grande monnaie du monde; un modèle social qui doit être affirmé et développé; une Europe-puissance qui tiennent toute sa place dans le monde multipolaire de demain: telles sont les grandes lignes de ce projet.“⁴²⁹

Die Journalisten waren sich in ihrer Bewertung dieses Aspekts von Chiracs Ausführungen nicht sicher, ob der Dialog mit Prag so einfach verlaufen werde, wie Jacques Chirac es angesichts seiner mehrfach formulierten Annahme von geteilten Europavorstellungen zwischen Tschechien und Frankreich erwarte:

„[...] le dialogue entre ‚partenaires‘ européens, que Jacques Chirac a voulu inaugurer avant l'heure avec les dirigeants tchèques, reste un dialogue difficile. La République tchèque, de son côté, n'est pas, en effet dépourvue d'ambiguïté: ce partenaire nouveau de la famille européenne est d'une certaine manière un partenaire sceptique vis-à-vis de l'Europe, ou du moins à l'égard de la vision qu'on en défend à Paris. [...] Pour les Tchèques, la priorité des priorités est l'entrée dans l'OTAN. Vaclav Havel s'est efforcé, mercredi, d'expliquer à son homologue français que cette importance attachée aux questions de sécurité est un sentiment profond partagé par l'ensemble de la société tchèque, et pas seulement une option atlantiste de ses dirigeants. [...] un pays ayant connu de tels traumatismes historiques [1938/1948/1968] a aujourd'hui tendance à se tourner d'abord vers ceux qu'il perçoit comme la garantie la plus fiable, à savoir les Etats-Unis. [...] Prague est encore très loin de devenir un allié de la France dans l'affirmation d'une identité européenne de défense.“⁴³⁰

Eine weitere übergreifende *Monde*-Analyse der Staatsbesuche Chiracs in Mittel- und Osteuropa verwies im Hinblick auf den Einsatz und den Enthusiasmus des französischen Staatspräsidenten für eine schnelle Osterweiterung ebenfalls darauf, dass die Bewerberstaaten

⁴²⁸ Vgl. Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „Jacques Chirac espère voir la Roumanie intégrer l'OTAN en 1999“, *Le Monde* 24.2.1997 und Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Le président roumain prend Jacques Chirac au mot“, *Le Monde* 25.2.1997.

⁴²⁹ Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant les parlementaires et sénateurs tchèques, Prag 3.4.1997.

⁴³⁰ Claire Tréan: „Paris souhaite que la République tchèque intègre le plus rapidement l'OTAN et l'UE“, *Le Monde* 4.4.1997.

als EU-Mitglieder möglicherweise nicht in allen Bereichen die Auffassungen Chiracs teilen würden:

„[...] il faut aussi savoir qu’Hongrois, Polonais et Tchèques ont une conception de l’Europe un tantinet différente de celle que promeuvent le chef de l’Etat et, dans une moindre mesure, le chancelier [allemand]. M. Chirac a sans doute eu raison de réaffirmer à Budapest l’importance qu’il accorde à la défense d’un ‚modèle social’ européen. Mais un tel discours, au mieux, tombe à plat dans cette partie de l’Europe. Déjà déficitaires dans leurs échanges avec l’UE, les Européens de l’Est n’ont aucune envie de se voir corseter dans une série de réglementations qui les pénaliseraient plus encore. Ils sont, sur ce sujet, de sensibilité plus ‚britannique’ que continentale. Les réactions sont les mêmes au chapitre de la défense. Dans la partie orientale de l’Europe, l’obsession chiraquienne de ‚ne pas humilier la Russie’ fait un four et le désir d’ ‚européaniser’ l’OTAN laisse plus que méfiant. Chacun a dans les gènes, la-bàs, toutes les raisons de douter des bonnes intentions de Moscou et encore plus des garanties de sécurité offertes par les pays de l’Europe de l’Ouest... En somme, on y compte plus sur le couple Bill Clinton – Madeleine Albright (l’émigrée de l’ancienne Tchécoslovaquie) que sur l’euro-corps. On peut le regretter, pas l’ignorer.“⁴³¹

Auswertung: Traditionelle französische Vorstellungen...

Die Bewertung von Chiracs Besuchen in Ungarn, Rumänien und der Tschechischen Republik fällt im Hinblick auf die anstehende EU-Erweiterung ähnlich aus wie die Bilanz seiner Polen-Reise im Jahr 1996. Auch in Budapest, Bukarest und in Prag verwies Chirac häufig auf das Friedensmotiv als Begründung für die europäische Einigung und als Rechtfertigung der Osterweiterung der Union. In Chiracs Äußerungen fanden sich jedoch über das Friedensmotiv hinaus auch wieder einige der anderen französischen Vermittlungskonzepte zu Europa. Mehrfach erwähnte Chirac seine Vision einer multipolaren Welt, in der Europa nur dann die von Frankreich gewünschte bedeutende Rolle spielen könne, wenn es mit funktionierenden Integrationsstrukturen ausgestattet sei und eine gemeinsame Politik vertrete.⁴³² Auch der Wunsch nach der Gewährleistung der Vertretung französischer Interessen in einer erweiterten Union schien an mehreren Stellen wieder durch. Wie in Polen lassen sich in Ungarn und der Tschechischen Republik also die Analysekategorien Interesse, Resonanz, multipolare Welt und *Europe puissance* in den Äußerungen des Präsidenten nachweisen. Mit Chiracs vor dem tschechischen Parlament geäußerten Verweis auf das europäische Sozialmodell („un modèle

⁴³¹ „M. Chirac, l’Europe et l’Est“, *Le Monde* 20.1.1997.

⁴³² Vgl. z.B. neben den bereits erwähnten Zitaten auch die Aussage von Chirac bei seiner Begegnung mit ungarischen und französischen Wirtschaftsvertretern: „Si nous voulons être, et cela doit être notre ambition, dans les vingt ans, dans les trente ans qui viennent, le premier pôle mondial de développement, de création, de paix, de puissance, nous devons être rassemblés, réunis, nous ne le ferons pas seuls et divisés. C’est une Europe construite, notamment sur le plan économique qui pourra nous donner les moyens d’être ce pôle de puissance auquel nous avons vocation à accéder. Pour cela, bien sûr, il faut là encore nous élargir au niveau du continent.“ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le forum des hommes d’affaires tchèques et français, Prag 3.4.1997.

social qui doit être affirmé et développé“⁴³³) ist außerdem die Kategorie *Europe protection* präsent.

In Rumänien erwähnte Chirac deutlicher als bei anderen Gelegenheiten, dass es auch ein direktes Interesse Frankreichs an der Osterweiterung geben könne. Wenn Frankreich seinen Einfluss in Mittel- und Osteuropa vergrößern wolle, besonders im wirtschaftlichen Bereich, brauche es dort Partner, so Chirac.⁴³³ Dass zu diesem Zweck gerade Rumänien ausgewählt wurde, war kein Zufall. Zwischen den beiden romanischen Ländern Rumänien und Frankreich bestehen lange und enge Bindungen, u.a. auch innerhalb der Frankophonie, der Rumänien 1993 beiträt. Frankreich war daher in den 1990er Jahren in Rumänien deutlich präsenter und konnte einfacher und stärker Einfluss ausüben als beispielsweise in Ländern, die an Deutschland grenzten. Auch die französische Sprache spielt in Rumänien eine größere Rolle als in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas.⁴³⁴ Chirac konnte sich also sicher sein, mit seinem Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit mit Rumänien in Frankreich auf Unterstützung zu stoßen. Außerdem war es für ihn leichter, sich positiv zur Osterweiterung zu äußern in einem Land, für das diese Perspektive aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung noch mit keinem konkreten Datum verbunden war. Der in Rumänien erkennbare positive Diskurs, der deutlich machte, dass auch Frankreich von der Osterweiterung profitieren könne, fand sich bis dahin selten bei Chirac und v.a. kaum, zumindest nicht in der Ausführlichkeit und Konkretheit wie in Bukarest, bei entsprechenden Stellungnahmen Chiracs in Frankreich.

... im Gegensatz zu den neuen europäischen Realitäten

In Chiracs Ausführungen in Ungarn und der Tschechischen Republik fand sich in Bezug auf die Osterweiterung ein ähnlicher Gegensatz wie bei seinen Stellungnahmen in Polen: Um Europa weltweit das nötige geographische, politische und wirtschaftliche Gewicht zu geben, das es brauchte, um einer der bedeutenden Akteure einer neuen Weltordnung zu werden, waren die mittel- und osteuropäischen Staaten Chirac in der EU willkommen. Die Strukturen, zu denen sie beitreten würden, sollten jedoch vorab noch im kleineren Kreis der bisherigen Mitglieder festgelegt werden, damit Frankreich noch den gewünschten Einfluss auf diese Entscheidungen ausüben und seine Führungsposition auch für die Zukunft sichern konnte.

⁴³³ Vgl. z.B. die oben angeführten Zitate oder Chiracs Aussage bei der Zusammenkunft mit Wirtschaftsvertretern: „La France a besoin de la Roumanie dans l'Europe centrale et orientale pour ne pas y être isolée.“ Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République devant les hommes d'affaires, Bukarest 22.2.1997.

⁴³⁴ Vgl. Josephine Uhlemann (2001): *Frankreich in Rumänien. Ein kulturhistorischer Abriss*, Wissenschaftliche Abschlussarbeit TU Dresden.

Wie in Polen ging Chirac auch in Ungarn und Tschechien davon aus, dass die potentiellen neuen Mitgliedsstaaten der EU Frankreichs Vorstellungen von deren Strukturen und Funktionsweisen teilen würden. In Budapest formulierte er beispielsweise nach der Aufzählung der für Frankreich wichtigsten Punkte für die Gestaltung der Zukunft der Union (Verwirklichung der Währungsunion, erfolgreicher Abschluss der Regierungskonferenz mit Beschluss einer Institutionenreform, Erhalt des europäischen Sozialmodells): „Telle est l’Union européenne que nous voulons. Tel est l’acquis que nous voulons partager avec vous.“⁴³⁵ In Prag nannte Chirac die wichtigsten Punkte bei der Reform der EU-Institutionen (Rolle des Rates und der Kommission, Einbeziehung der nationalen Parlamente, Schaffung der Möglichkeit zu verstärkter Kooperation) und kam zu dem Schluss: „[...] voilà le minimum indispensable pour que l’Union élargie soit en état de fonctionner. C’est votre intérêt, comme c’est le nôtre.“⁴³⁶ Wie aus dieser Haltung deutlich wurde, schienen Frankreichs Beziehungen zu den Bewerberstaaten während der Reisen 1996 und 1997 mehr von einer paternalistischen Sichtweise als von einer Partnerschaft auf Augenhöhe geprägt zu sein. Im Hintergrund der Bemühungen um eine Annäherung der Positionen Frankreichs und der Bewerberstaaten war außerdem das Motiv zu erkennen, privilegierte Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa nicht alleine Deutschland zu überlassen. Auch Frankreich war daran interessiert, seinen Einfluss in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes zu stärken und sich für seine Politik in der EU potentielle Verbündete für die Zukunft zu sichern.

Die Analysekategorien zur französischen Sicht auf Europa lassen sich also bei der Betrachtung der Reisen nach Ungarn und in die Tschechischen Republik v.a. in einem für Frankreich positiven Sinne nachweisen. Unklar blieben jedoch in Chiracs Äußerungen die Umsetzbarkeit seiner Vorstellungen im Zusammenhang mit der Osterweiterung sowie die Kompatibilität seiner Ideen und Prioritäten mit den Vorstellungen der potentiellen Beitrittskandidaten. In der Presseberichterstattung über die Reisen 1997 fand sich daher mehrfach Kritik an Chiracs Annahme, die potentiellen neuen EU-Mitglieder würden ohne Zweifel bereit sein, die französische Europa-Vision zu teilen. Verschiedene Journalisten wiesen darauf hin, dass besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen die NATO und damit die USA für die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes eine ungleich größere Bedeutung hätten als französische Vorstellungen von einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Aufbau einer solchen ist im Rahmen des *Europe*

⁴³⁵ Discours prononcé par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République au parlement de Hongrie, Budapest 16.1.1997.

⁴³⁶ Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant les parlementaires et sénateurs tchèques, Prag 3.4.1997.

puissance-Konzepts jedoch essentieller Bestandteil der französischen Europapolitik. Verständigungsschwierigkeiten zwischen Frankreich und den Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa schienen daher in dieser Frage vorprogrammiert. Die an anderer Stelle bereits festgestellte Doppeldeutigkeit der französischen Vermittlungskonzepte zu Europa – positiv für Frankreich, aber negativ für die Bewerberstaaten und z.T. auch für das gesamteuropäische Interesse – wurde also auch von der französischen Presse gesehen und thematisiert.

In den Äußerungen Jacques Chiracs in Rumänien war im Vergleich zur Analyse seiner Staatsbesuche in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik ein anderer Akzent auszumachen. Es bleibt in der Bewertung insgesamt jedoch auch hier bei den bereits identifizierten Widersprüchen im französischen Verhältnis zur Osterweiterung: Je abstrakter die Perspektive der Erweiterung sich darstellte, desto offener und positiver waren Haltung und Diskurs des Staatspräsidenten. Je stärker die Erweiterungsperspektive sich konkretisierte, desto deutlicher stand der Wunsch nach der Durchsetzung französischer Interessen und Prioritäten auch in einer größeren Union im Vordergrund.

2. Auflösung der Nationalversammlung und vorgezogene Neuwahlen – „Et puis, il y a l'Europe“

Am 21. April 1997 löste Staatspräsident Chirac die Nationalversammlung vorzeitig auf. Vorgezogene Neuwahlen wurden angesetzt für den 25. Mai und den 1. Juni. In einer Fernsehansprache am Abend des 21. April begründete Chirac seine Entscheidung mit dem Wunsch nach klarer Rückendeckung der Gesellschaft für die in den nächsten fünf Jahren durchzuführenden Reformen („l'adhésion, clairement exprimée, du peuple français“⁴³⁷). Zu diesem Zweck wolle er auch in der Nationalversammlung klare Mehrheitsverhältnisse schaffen und sich dort ebenfalls einen deutlichen und zahlenstarken Rückhalt für seine Vorhaben sichern. Neben innenpolitischen Reformvorhaben spielte auch Europa eine wichtige Rolle bei Chiracs Entscheidung. Für die anstehenden Herausforderungen auf europäischer Ebene und die mit ihrer Umsetzung verbundenen schwierigen Verhandlungen wolle er sich ebenfalls die Rückendeckung der Franzosen sichern, so der Präsident. Der mit

⁴³⁷ Allocution télévisée de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, Palais de l'Élysée 21.4.1997.

Europa verbundene Teil seiner Begründung für die Parlamentsauflösung lautete wie folgt⁴³⁸:

„Et puis, il y a l'Europe. Elle impose parfois des contraintes, c'est vrai. Mais, ne l'oublions jamais, depuis un demi-siècle, pour nos vieilles nations qui se sont tant combattues, l'Europe, c'est la paix. Aujourd'hui, dans un monde qui s'organise et se transforme toujours plus vite, l'Europe nous apportera un supplément de prospérité et de sécurité, tout simplement parce que l'Europe c'est l'union et que l'union fait la force. Or, d'importantes décisions seront prises au cours des tout prochains mois: Le passage à la monnaie unique [...]. La réforme des institutions européennes [...]. L'élargissement de l'Union aux jeunes démocraties [...]. La réforme de l'Alliance atlantique [...]. Et surtout, ce qui me tient le plus à cœur, une Union européenne au service des hommes. [...] Tout cela va donner lieu à des négociations difficiles. Pour aborder ces échéances en position de force, pour construire une Europe respectueuse du génie des Nations qui la composent et capable de rivaliser avec les grands ensembles mondiaux, votre adhésion et votre soutien sont essentiels.“

In der zitierten Passage lassen sich in verdichteter Form mehrere der für die vorliegende Arbeit entwickelten Analysekatoren nachweisen: Eine wesentliche Begründung der europäischen Integration lag Chirac zufolge in ihrer Friedensgarantie („l'Europe, c'est la paix“, Kategorie Frieden). Europa bringe Frankreich zusätzlichen Wohlstand und zusätzliche Sicherheit und stehe im Dienste seiner Bürger („un supplément de prospérité et de sécurité“, „une Union européenne au service des hommes“, Kategorie *Europe protection*). Ziel der anstehenden Reformen sei die Schaffung eines starken Europa, das weltweit eine wichtige Rolle spielen und seine Interessen adäquat vertreten könne („une Europe [...] capable de rivaliser avec les grands ensembles mondiaux“, Kategorie multipolare Welt, indirekt auch Kategorien Resonanz, Interesse und *Europe puissance*). Chirac bestätigte in seiner Begründung für die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung mit der Verwendung traditioneller Vermittlungskonzepte die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende These eines weitgehend unveränderten Europabildes und Europadiskurses in Frankreich auch im Vorfeld der von Chirac selbst angesprochenen großen Herausforderungen und Neuerungen.

Europapolitische Auswirkungen der Kohabitation

Chiracs mit der Parlamentsauflösung verbundene Rechnung ging nicht auf. Die Franzosen wählten eine linke Mehrheit in die Nationalversammlung. Neuer Premierminister wurde der

⁴³⁸ Ebd. In einem Gastbeitrag für vierzehn große regionale Tageszeitungen rechtfertigte Chirac am 7. Mai erneut seine Entscheidung für Neuwahlen. Die Argumentation war ähnlich wie in der Fernsehansprache, die europäische Komponente nahm hier allerdings deutlich weniger Raum ein. Der Staatspräsident wollte eine lange Wahlkampfperiode mit dem unvermeidlichen weitgehenden Stillstand des politischen Lebens verhindern, aus einer innenpolitisch starken Situation heraus in die Verhandlungen über die Zukunft der europäischen Integration gehen können und außerdem in Frankreich für die kommenden fünf Jahre eine stabile politische Lage schaffen, um effizient arbeiten zu können. Er bat daher um Vertrauen in seine Reformpolitik. „Un élan partagé“, Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, publiée par le groupement des 14 grands quotidiens régionaux, 7.5.1997.

Sozialist Lionel Jospin.⁴³⁹ Der Regierungswechsel in Frankreich hatte auch direkte Auswirkungen auf die Europapolitik, denn der Staatspräsident musste sich unmittelbar vor dem Gipfel von Amsterdam in eine Kohabitations-Situation einfinden und die französische Position mit seinem neuen Premierminister koordinieren.⁴⁴⁰ Bereits unmittelbar nach dem Amtsantritt Jospins wurde ein Konflikt zwischen Präsident und Premierminister befürchtet, aufgrund der ablehnenden Haltung Jospins zum Wachstums- und Stabilitätspakt im Wahlkampf. Die neue sozialistische Regierung bestand auf einer Erweiterung des Paktes um sozial- und v.a. beschäftigungspolitische Aspekte. Chirac war bezüglich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes jedoch für Frankreich seit dem EU-Gipfel von Dublin im Dezember 1996 im Wort und auch Deutschland war verärgert über Jospins Forderungen.⁴⁴¹

Noch vor Amsterdam konnte jedoch mit der Ergänzung des neuen Vertrages um ein Beschäftigungskapitel ein Kompromiss gefunden werden, nicht zuletzt, weil Chirac Jospins Haltung schließlich doch noch unterstützte und der deutsche Bundeskanzler Kohl ebenfalls bereit war, Jospins Forderung zuzustimmen, um den Stabilitätspakt nicht grundsätzlich zu gefährden.⁴⁴² Für Chirac war es insofern nicht schwer, sich Jospins Forderungen anzuschließen, als sie seinem eigenen sozialpolitischen Engagement auf europäischer Ebene entsprachen. Jospins Vorstoß und Chiracs Reaktion darauf zeigten die parteienübergreifende

⁴³⁹ Für eine detaillierte Analyse der Ausgangssituation Chiracs und des Verlaufs der beiden Wahlgänge zur Nationalversammlung vgl. Philippe Méchet (1998): „Le retour inattendu de la gauche“, in: SOFRES: *L'état de l'opinion 1998*, S. 23-47. Vgl. außerdem Medard Ritzenhofen (1997): „Der Triumph der Linken. Jacques Chirac wird bei den vorgezogenen Neuwahlen abgestraft“, in: *Dokumente 3/1997*, S. 180-185. Für die genauen Ergebnisse der Parlamentswahlen vgl. ebd., S. 186. Vgl. weiterhin Lothar Albertin (1997): „Herausforderungen: Steht Frankreich sich selbst im Wege?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, S. 9-35 sowie Wolfgang Asholt (1998): „Frankreich zwischen Aufbruch und Stagnation“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998*, S. 9-32. Vgl. außerdem das Dossier „Wie geht es nach den Wahlen weiter?“, in: *Dokumente 4/1997*, S. 268-308 sowie die ausführliche Analyse von Patrick Jarreau (1997): *Chirac, la malédiction*, Paris.

⁴⁴⁰ Vgl. z.B. das Pressestatement von Chirac nach einem Treffen mit dem amtierenden EU-Ratspräsidenten, dem niederländischen Ministerpräsidenten Kok, in dem Chirac sich bemühte, den Initiativen der neuen Regierung im sozialen Bereich sein eigenes Engagement gegenüberzustellen: „[...] la France [...] entend que l'euro puisse être mis en œuvre dès le 1^{er} janvier 1999. Partageant ce point de vue, cela suppose que nous examinions à Amsterdam, d'une part le pacte de stabilité et de croissance qui, je l'espère, pourra être entériné à Amsterdam et d'autre part les modalités sociales et de coordination des politiques économiques sur lesquelles – à juste titre – le Gouvernement français vient de mettre l'accent. Vous savez que c'est une thèse que la France défend déjà depuis deux ans, notamment lorsque j'ai déposé le mémorandum sur le modèle social européen, et j'ai relayé auprès du Président de l'Union [Kok] les soucis, les préoccupations et les demandes du Gouvernement français sur ce dernier point.“, Point presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République lors de la rencontre avec Monsieur Wim Kok, Premier Ministre du Royaume des Pays-Bas, Palais de l'Élysée 10.6.1997. Vgl. auch Point presse conjoint de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Tony Blair, Premier Ministre du Royaume-Uni, Palais de l'Élysée 11.6.1997.

⁴⁴¹ Vgl. Guérin-Sendelbach (1997), a.a.O. und Henri de Bresson: „L'Europe autrement“, *Le Monde* 2.6.1997.

⁴⁴² Vgl. zur Position Jospins u.a. Henrik Uterwedde (1997): *Wohin steuert Frankreich? Der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin*, Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 7, Juli 1997, Deutsch-französisches Institut Ludwigsburg, bes. S. 10f. Vgl. auch Henri de Bresson: „Helmut Kohl définit les limites des concessions possibles à la France“, *Le Monde* 16.6.1997 sowie Philippe Lemaître: „L'examen européen de Lionel Jospin“ und „Vers un compromis sur les demandes françaises en faveur de l'emploi“, beide in *Le Monde* 17.6.1997.

Gültigkeit der Grundlagen der französischen Europapolitik: Das Ziel, Europa als Schutzschild gegen Bedrohungen von außen zu präsentieren und als zusätzliche Politikebene zur Erhaltung französischer Errungenschaften in diesem Falle im Sozialbereich (Kategorie *Europe protection*), konnte von einem konservativen Staatspräsidenten und einem sozialistischen Premierminister gemeinsam vertreten werden. Die Zusammenkunft von Amsterdam schien Chirac in seiner Einschätzung zu bestätigen, dass es in der Europapolitik keine großen Abstimmungsschwierigkeiten mit Jospin geben werde. Entsprechend positiv beurteilte Chirac die Zusammenarbeit mit Jospin in der Pressekonferenz nach dem Gipfel:

„La requête, ferme, du Premier ministre et du Gouvernement dans le domaine de la croissance de l'emploi et du progrès social, donc de la coordination des politiques économiques, était pour moi un souci déjà ancien. [...] Donc, la préoccupation du gouvernement s'intégrait parfaitement dans la mienne, c'est-à-dire la préoccupation totale de la France qui, sur ce point, je crois qu'on peut le dire, en tous cas chez ses responsables, est unanime, pour que soit davantage pris en compte l'aspect humain de la construction européenne. [...] Alors, l'occasion du changement de gouvernement a été sans aucun doute une bonne occasion et a montré à nos partenaires que, vraiment, il y avait une continuité dans la volonté française et un vrai problème. Nous [Lionel Jospin et moi] n'avons pas eu de difficulté.“⁴⁴³

Die Beurteilungen der Zusammenarbeit zwischen Chirac und Jospin beim Amsterdamer Gipfel in der Presse waren ebenfalls weitgehend positiv.⁴⁴⁴ Beim NATO-Gipfel im Juli wurde Chirac direkt auf mögliche Schwierigkeiten in der Außenpolitik durch die Kohabitation angesprochen. Der Präsident sah jedoch weiterhin keine Probleme, denn: „ce n'est pas dans la tradition républicaine française que la cohabitation complique les choses dans le domaine des affaires étrangères.“⁴⁴⁵ Insgesamt ging er von einer „konstruktiven Kohabitation“ aus:

„Dans nos institutions, dans la Constitution, dans leur pratique, il y a des rôles à peu près définis entre le Président de la République et le Gouvernement. Le Président de la République ayant, notamment, des responsabilités pour ce qui concerne tous les grands aspects essentiels de la vie internationale et interne de la Nation. Nous avons pour objectif d'assurer ce que je disais tout à l'heure, à la fois un renforcement de la cohésion nationale, sociale et une adaptation, une modernisation de notre pays qui est indispensable et qui ne peut s'obtenir que par un retour à plus de liberté des uns et des autres, notamment dans le domaine économique. Si ces objectifs sont bien ceux du Gouvernement, alors il n'y aura pas de problème,

⁴⁴³ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 18.6.1997.

⁴⁴⁴ Vgl. z.B. Paul Guilbert: „Duo à la française“, *Le Figaro* 17.6.1997, Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac, dans un restaurant d'Amsterdam“, *Le Monde* 17.6.1997 oder Paul Guilbert: „La France d'une seule voix“, *Le Figaro* 18.6.1997. Vgl. auch die Schilderung von Pascale Robert-Diard: „La déférence du premier ministre à l'égard du chef de l'Etat n'a eu d'égale que la courtoisie du président à l'égard du chef du gouvernement. Après deux journées passées côte à côte dans la salle du Conseil européen, dans les déjeuners et dîners officiels, Jacques Chirac et Lionel Jospin ont tenu à répéter, lors de leur conférence de presse conjointe, le message diffusé tant bien que mal par leur entourage tout au long de ce sommet: il n'y a qu'une seule voix française.“, Pascale Robert-Diard: „Gaffes ministérielles et courtoisie présidentielle“, *Le Monde* 19.6.1997.

⁴⁴⁵ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet de l'Alliance atlantique, Madrid 9.7.1997.

naturellement il le fera à sa manière, avec ses convictions et sa différence par rapport à l'ancien Gouvernement. Je respecte cela. Dans cette hypothèse, naturellement, ce serait, puisque vous voulez que je la caractérise, une ‚cohabitation constructive‘.⁴⁴⁶

3. Europäischer Rat von Amsterdam

Beim Europäischen Rat von Amsterdam am 16. und 17. Juni 1997 fand die Regierungskonferenz zur Reform des Maastricht-Vertrages ihren Abschluss. Wesentliche Teile der Konferenz wurden von anderen Themen als der Institutionenreform dominiert, darunter die BSE-Krise und vor allem die Wirtschafts- und Währungsunion.⁴⁴⁷ Daher waren auch nach der Regierungskonferenz noch zahlreiche wichtige Fragen zur zukünftigen institutionellen Gestalt der EU offen, die als sogenannte *Leftovers* von Amsterdam die Diskussionen über die Fortentwicklung der europäischen Integration weiter bestimmten.⁴⁴⁸ Die Staats- und Regierungschefs einigten sich in Amsterdam dennoch auf einen Vertragsentwurf in der Nachfolge von Maastricht. Mit dem Ende der Regierungskonferenz wurde gleichzeitig formal der Weg frei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas sowie mit Zypern.⁴⁴⁹ Beschlossen wurde, dass die Kommission bis Juli 1997 Stellungnahmen zu den einzelnen Beitrittsanträgen vorlegen und einen umfassenden Bericht zur Zukunft besonders der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturpolitik in einer erweiterten Union sowie der finanziellen Gesamtperspektive der EU nach 1999 erstellen solle. Beim EU-Gipfel in Luxemburg im Dezember solle dann der Rat auf der Grundlage der von der Kommission vorgelegten Dokumente darüber entscheiden, mit welchen der assoziierten Länder Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden könnten.⁴⁵⁰

3.1 Reformbeschlüsse von Amsterdam in institutionellen und verfahrenstechnischen Fragen

Institutionell wurde durch den Amsterdamer Vertrag besonders der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs gestärkt. Er erhielt beispielsweise bedeutende Kompetenzen in Bezug auf die WEU und in der Beschäftigungspolitik und die letztinstanzliche

⁴⁴⁶ Intervention télévisée de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, Palais de l'Élysée 14.7.1997.

⁴⁴⁷ In Amsterdam wurden konkrete Schritte beschlossen, die den Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion zum 1.1.1999 ermöglichten. Außerdem wurde, auf französische Initiative, zum Thema Wachstum und Beschäftigung eine den Stabilitäts- und Wachstumspakt ergänzende Entschließung angenommen. Vgl. Europäischer Rat Amsterdam, 16./17.6.1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁴⁴⁸ Zum Verlauf der Regierungskonferenz vgl. Weidenfeld/Giering (1998), a.a.O., hier S. 30ff.

⁴⁴⁹ Malta hatte wie Zypern bereits 1990 einen Antrag auf Mitgliedschaft damals noch in der EG gestellt, diesen jedoch im November 1996 zunächst suspendiert und war daher nicht in der Gruppe derjenigen Staaten, mit denen als erste Verhandlungen geführt wurden. Malta erneuerte sein Beitrittsgesuch zur EU 1998.

⁴⁵⁰ Vgl. Europäischer Rat Amsterdam, 16./17.6.1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

Entscheidungsbefugnis bei einem nationalen Veto zu einer Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit bei der Flexibilisierung oder in der GASP. Der Ministerrat behielt seine wichtige Legislativfunktion und übernahm durch die Aufwertung seines Generalsekretärs zum Hohen Vertreter wichtige Aufgaben in der GASP.

Die im Hinblick auf die Erweiterung notwendige Reform der Kommission konnte in Amsterdam nur in Teilen verwirklicht werden. Als provisorische Regelung wurde beschlossen, dass, wenn in einer ersten Welle weniger als sechs Staaten beitreten würden, die großen Mitgliedsstaaten zugunsten dieser auf ihren zweiten Kommissar verzichten sollten, so dass die Kommission insgesamt aus nicht mehr als 20 Kommissaren bestehen würde. Als Voraussetzung für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung müsse jedoch vorab die Stimmengewichtung im Rat zugunsten der großen Staaten neu geregelt sein, so die Übereinkunft. Falls absehbar sei, dass mehr als sechs Staaten der EU neu beitreten und damit die Zahl von 20 Kommissaren nicht mehr ausreichen würde, müsse spätestens ein Jahr vor diesem Zeitpunkt eine neue Regierungskonferenz einberufen werden mit dem Ziel einer grundlegenden Reform der EU-Institutionen. Der Kommissionspräsident wurde durch die Beschlüsse von Amsterdam in seinen Kompetenzen, u.a. bei der Auswahl der Kommissare und der Vergabe der einzelnen Ressorts, gestärkt.

Für das Europäische Parlament brachte der Amsterdamer Vertrag eine Ausweitung seiner Kompetenzen. Das Parlament erhielt das Recht, den Kommissionspräsidenten nach seinem Vorschlag durch den Rat zu bestätigen und sah sein Mitentscheidungsrecht deutlich erweitert auf über zwanzig neue Bereiche. Ein legislatives Initiativrecht bekam es jedoch weiterhin nicht. Die Zahl der Sitze im Parlament wurde mit 700 ungeachtet möglicher Erweiterungen festgeschrieben. Daher ergab sich wie bei der Kommission und der Stimmengewichtung im Rat auch hier vor der Erweiterung die Notwendigkeit einer erneuten Reform, um die Zusammensetzung und den Repräsentationsschlüssel des Parlaments festzulegen.⁴⁵¹ Die nationalen Parlamente erhielten auch durch den Amsterdamer Vertrag keine institutionelle Repräsentation in Brüssel, wie es v.a. die französische Seite gefordert hatte. Allerdings einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, sie intensiver und schneller zu unterrichten und die COSAC, die „Konferenz der für gemeinschaftliche Angelegenheiten zuständigen Parlamentsorgane“, zu stärken.⁴⁵²

⁴⁵¹ Ähnliche Probleme brachte die Erweiterung auch für den Europäischen Gerichtshof, den Rechnungshof, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen mit sich.

⁴⁵² Für eine ausführliche Darstellung der Änderungen bei den einzelnen Institutionen vgl. Weidenfeld/Giering (1998), a.a.O., S. 65ff.

Entscheidungsverfahren und Abstimmungsmodalitäten

Wesentliche Teile der dritten Säule des Maastrichter Vertrages aus den Bereichen Innen- und Justizpolitik wurden im Vertrag von Amsterdam vergemeinschaftet, allerdings mit zahlreichen Ausnahmeregelungen für einzelne Staaten. Neu an den Beschlüssen von Amsterdam waren Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Zusammenarbeit, wenn einige Staaten in bestimmten Bereichen der Integration vorangehen wollten. Hiermit reagierte die EU auf die spätestens angesichts der anstehenden Erweiterung zu erwartende zunehmende Heterogenität in den Interessenlagen der einzelnen Mitglieder sowie das weitere Auseinanderdriften in den Handlungsmöglichkeiten beispielsweise zwischen kleinen und großen oder alten und (potentiellen) neuen Mitgliedsstaaten.⁴⁵³ Die Vielzahl der Entscheidungsverfahren in der EU wurde nicht wesentlich reduziert und bei den vergemeinschafteten Politikbereichen blieb die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit unter dem Vorbehalt eines möglichen nationalen Vetos. Besonders Deutschland legte bei der Frage der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen eine deutliche Zurückhaltung an den Tag. U.a. Frankreich deutete diese Haltung als Ausdruck des unbedingten deutschen Wunsches nach einer schnellen Verwirklichung der Erweiterung, notfalls auch ohne vorhergehende umfassende Institutionenreform.

Bewertung der Ergebnisse von Amsterdam vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung

Wesentliche Teile der Ergebnisse von Amsterdam entsprachen nicht den Anforderungen, die an die Regierungskonferenz gestellt worden waren. Entscheidende Schritte bei den institutionellen Reformen wurden verschoben und auch in der GASP wurden durch die nur leicht aufgeweichte Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips keine wesentlichen Fortschritte erreicht.⁴⁵⁴ Der Vertrag von Amsterdam war zwar eine logische Fortschreibung und Weiterentwicklung seiner Vorgängerdokumente. Einer der entscheidenden Punkte, die Vorbereitung der Institutionen der Union und ihrer Entscheidungsverfahren und –abläufe auf

⁴⁵³ Einschränkend wurde in der Bewertung von Amsterdam durch die Forschung vorgebracht, dass bei der Vergemeinschaftung von Inhalten der Innen- und Justizpolitik noch die demokratische Kontrolle durch das Europaparlament ausgebaut werden müsse und dass bei verstärkter Zusammenarbeit kein Vorbehalt einstimmiger Zustimmung Voraussetzung sein dürfe. Vgl. Werner Weidenfeld (1997): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1996/97“, in: Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (1997): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97*, Bonn/Berlin, S. 13-26, hier S. 20.

⁴⁵⁴ Sowohl die neu eingeführte konstruktive Enthaltung bei Beschlüssen zur GASP als auch die Möglichkeit, Durchführungsmaßnahmen zum Teil mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen, wurden durch die Beibehaltung eines nationalen Vetos konterkariert. Vgl. Weidenfeld/Giering (1998), a.a.O., S. 53.

die anstehende große Erweiterung, wurde in Amsterdam jedoch im wesentlichen aufgeschoben. Die nüchterne Bilanz von Werner Weidenfeld lautete daher:

„Nach einer halbherzigen Reform ihrer Institutionen kann die Europäische Union [...] kaum die nächste Erweiterungsrunde ohne Lähmungserscheinungen überstehen. Darum ist ein weiterer Reformanlauf unumgänglich, wenn die Handlungs- und Erweiterungsfähigkeit der Union nicht im Reformstau stecken bleiben soll. [...] Das Stückwerk von Amsterdam verlangt nach einer Komplettierung. Der Weg nach einem ‚Maastricht III‘ ist damit vorgezeichnet, will eine sich erweiternde Union das notwendige Minimum an Handlungsfähigkeit wahren. Das Fazit von Amsterdam kann daher nur lauten: Fortsetzung folgt.“⁴⁵⁵

Bewertung der Ergebnisse von Amsterdam aus französischer Sicht

In seinen gemeinsamen Pressekonferenzen mit Premierminister Jospin im Laufe und am Ende des Gipfels zeigte sich Chirac zufrieden mit den Beschlüssen von Amsterdam, auch wenn er sich in einigen Fragen weitergehende Beschlüsse gewünscht hätte. Beispielsweise hätte Chirac gerne die Frage der Stimmengewichtung im Rat geregelt, konnte sich hier jedoch nicht gegen eine Mehrheit besonders kleinerer Staaten durchsetzen. Die Verschiebung der endgültigen Regelung dieser Frage hielt Chirac allerdings nicht für dramatisch: „[...] finalement nous avons décidé de reporter le choix du système, qui n’a d’ailleurs rien d’urgent puisque c’est à partir de l’élargissement, de façon à pouvoir en parler de manière plus approfondie.“⁴⁵⁶

Auch in der Außen- und Verteidigungspolitik hätte sich Chirac weitergehende Entscheidungen gewünscht („on a fait un pas, pas un pas considérable“). Im Hinblick auf die französischen Ambitionen, die sich mit einer europäischen Verteidigungspolitik verbanden, waren die Festlegungen von Amsterdam in der Tat nicht ausreichend. Die Beschlüsse zum Verhältnis WEU-EU und zur Einsetzung eines Hohen Vertreters als Repräsentant der EU nach außen entsprachen zwar in ihrem Ansatz den französischen Vorstellungen („un premier

⁴⁵⁵ Weidenfeld (1997), a.a.O., S. 20f. In einer weiteren Analyse sprach Weidenfeld von „Vertragskosmetik“ und von einem „Sammelsurium an Neuregelungen und Verbesserungen im Detail, das aber insgesamt keinen substantiellen Sprung nach vorn bedeute[...].“ Werner Weidenfeld (1997a): „Europas neues Gesicht“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 1-6, hier S. 2. Vgl. außerdem Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1998a): „Vers l’élargissement de l’Union: intégration ou implosion?“, in: Dies. (1998b): *Quelle Union pour quelle Europe? L’après-traité d’Amsterdam*, Brüssel, S. 125-156, bes. S. 136ff.

⁴⁵⁶ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 18.6.1997.

pas dans la bonne direction“).⁴⁵⁷ Zweifel an der Form, in der das Amt des Hohen Vertreters laut Vertragsentwurf ausgestaltet sein sollte, ließen sich jedoch heraushören, wenn Chirac auf die Frage, ob sich eine Persönlichkeit mit ausreichendem politischem Gewicht für das neue Amt finden lassen werde, antwortete: „Je le souhaite. On n’a pas prononcé de nom. Mais je souhaite que se soit quelqu’un qui ait la capacité de nous représenter, d’être reçu, de pouvoir développer nos arguments et défendre nos intérêts.“ Frankreich hatte sich einen wichtigen Politiker als Hohen Vertreter vorgestellt. Nach den Beschlüssen von Amsterdam fielen dessen Aufgaben und Kompetenzen jedoch schmäler aus als im ursprünglichen französischen Vorschlag und das Profil war damit eher auf einen erfahrenen Beamten zugeschnitten.⁴⁵⁸ Frankreich musste in Amsterdam konstatieren, dass es mit seinen Wünschen nach dem Aufbau Europas als internationalem globalen Akteur im Sinne des *Europe puissance*-Konzepts im Kreis der EU-Staaten relativ isoliert war. Diese Situation war besonders problematisch vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Scheiterns der Annäherungspolitik Chiracs an die NATO.⁴⁵⁹

Das Gipfelergebnis bei der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen hielt Chirac, im Gegensatz zu einigen seiner Kollegen, für sinnvoll und zunächst ausreichend. Vor allem die Beibehaltung des nationalen Vetos auch in Bereichen, die nach Amsterdam neu in die Domäne von Mehrheitsentscheidungen fielen, war wichtig für Frankreich. Auch mit dem Kompromiss zur Reform der Kommission zeigte Chirac sich einverstanden:

⁴⁵⁷ Die WEU wurde zwar nicht, wie es einige Staaten, darunter Frankreich und Deutschland, gewünscht hatten, vollständig in die EU integriert. Die institutionellen Beziehungen zwischen den beiden Organisationen sollten jedoch intensiviert werden und eine spätere Integration der WEU in die EU blieb möglich. Neu waren die Überführung der Petersberg-Aufgaben (humanitäre und Evakuierungsmissionen, friedenserhaltende Maßnahmen, Krisenmanagement) in den EU-Vertrag und die Möglichkeit der Inanspruchnahme der WEU durch die EU für gemeinsame Aktionen im Rahmen der GASP. Der Generalsekretär des Rates übernahm zusätzlich das Amt des Hohen Vertreters für die GASP, wurde jedoch nicht mit so umfassenden Kompetenzen ausgestattet wie Frankreich sich dies gewünscht hatte. Vgl. Weidenfeld/Giering (1998), a.a.O., S. 45ff. und Franco Algeri (1998): „Die Reform der GASP – Anleitung zu begrenztem gemeinsamem Handeln“, in: Weidenfeld (Hg.) (1998), a.a.O., S. 89-120, hier S. 100.

⁴⁵⁸ Vgl. auch die Einschätzung von Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1997): „Frankreich“, in: Weidenfeld/Wessels (Hg.) (1997), a.a.O., S. 313-320, hier S. 316: „In Anbetracht des stark politischen Profils des ‚Monsieur oder Madame GASP‘ und den Risiken der institutionellen Konkurrenz, die dies für die Präsidentschaft des Rates und die Kommission mit sich bringen würde, haben nur wenige Staaten [den französischen] Vorschlag unterstützt. Die Debatten, die der französische Vorschlag innerhalb der Regierungskonferenz ausgelöst hat, haben letztendlich zu einer Formel geführt, die Frankreich ursprünglich vermeiden wollte: die Funktionen eines hohen Vertreters für die GASP einem Beamten anzuvertrauen, in dem Fall dem Generalsekretär des Rates.“

⁴⁵⁹ Nachdem die USA sich nicht bereit zeigten, wie von Chirac gefordert, das Südkommando der NATO einem Europäer zu übertragen, erklärte Frankreich im Oktober 1997 die Verhandlungen über eine Rückkehr des Landes in die integrierten Strukturen der NATO für beendet. Vgl. u.a. Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1998c): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1998): *Jahrbuch der europäischen Integration 1997/1998*, Bonn/Berlin, S. 331-338, hier S. 336f. und Gilles Andréani (1998): „Den Fuß in der Tür. Frankreich und das Atlantische Bündnis“, in: *Internationale Politik* 7/1998, S. 27-32 sowie Jean-Pierre Froehly (1998): „NATO und Rüstungsindustrie: ESVI am Scheideweg?“, in: *Dokumente* 5/1998, S. 375-382.

„Ce sont des choses qu’il faut faire d’ailleurs par étapes, rien n’est pire que la précipitation qui conduit généralement à faire des erreurs et on est obligé ensuite de les reprendre. Donc, je trouve que l’on a fait quelque chose que plusieurs de nos collègues ont trouvé insuffisant, mais cela est de la théorie. C’est de la théorie. Ce qui est important, c’est de progresser et donc de faire des choses raisonnablement, je crois que cela a été le cas.“⁴⁶⁰

Im Vorfeld der Verhandlungen von Amsterdam hatte sich Frankreich noch gegen eine provisorische Regelung zur Größe der Kommission eingesetzt. Statt dessen zielte die französische Position auf eine Verkleinerung des Gremiums bereits im Amsterdamer Vertrag und eine gleichzeitige Stimmenneugewichtung. Sowohl kleine als auch große EU-Staaten hatten jedoch den französischen Vorschlag abgelehnt: Die kleinen Staaten aus Angst vor einem doppelten Einflussverlust, wenn gleichzeitig auch die Stimmengewichtung im Rat neu geregelt würde und einige große Staaten, darunter Deutschland und Großbritannien, weil sie nicht bereit waren, auf die Garantie zumindest eines Kommissars zu verzichten.⁴⁶¹

Zufrieden war Chirac mit der begrenzten Erweiterung des Kooperationsverfahrens und vor allem mit der gleichzeitigen Aufwertung der nationalen Parlamente, wenn letztere auch nicht so weit ging wie von Frankreich gefordert. Weiterhin erwähnte Chirac als positive Beschlüsse die Betonung des Subsidiaritätsprinzips sowie besonders die Schaffung der Möglichkeit zu verstärkter Zusammenarbeit auf der Grundlage von Mehrheitsentscheidungen, sofern kein Land ein „nationales Interesse“ geltend mache und ein Veto einlege. Im Sinne Frankreichs waren außerdem die Beschlüsse zu Gebieten in Randlagen, Inseln und überseeischen Gebieten der EU (Sonderrechte v.a. in den Bereichen Zoll und Steuern gegenüber dem Gemeinschaftsrecht), zum Schutz des *service public* und zur dauerhaften Anerkennung Straßburgs als Sitz des Europäischen Parlaments.⁴⁶² Der Amsterdamer Vertrag solle im Oktober unterzeichnet und in Frankreich wahrscheinlich auf dem Parlamentsweg ratifiziert werden, so Chirac bei der Pressekonferenz.

Als Gesamtfazit von Amsterdam blieb für die französischen Interessen hinsichtlich der Neugestaltung der institutionellen Struktur der EU eine negative Bilanz.⁴⁶³ Trotz der überwiegend positiven Darstellung durch Jacques Chirac entsprachen wesentliche Ergebnisse der Regierungskonferenz zur Institutionenreform, wie sie sich im Amsterdamer Vertrag wiederfanden, nicht den Positionen, mit denen Frankreich in die Verhandlungen gegangen

⁴⁶⁰ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 18.6.1997.

⁴⁶¹ Vgl. de la Serre/Lequesne (1997), a.a.O., S. 314f.

⁴⁶² Point de presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 17.6.1997 und Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 18.6.1997.

⁴⁶³ Vgl. zu diesem Punkt auch Müller-Brandeck-Bocquet (2004), a.a.O., S. 180ff.

war. Chiracs geringe Ambitionen in Bezug auf die Erweiterungsvorbereitung bzw. seine Zufriedenheit mit wenig umfangreichen Ergebnissen standen in deutlichem Gegensatz zu seiner offenen Rhetorik während der Reisen nach Mittel- und Osteuropa. Auch wenn Chirac mit dem in Amsterdam Erreichten die Aufnahme erster neuer Mitglieder für machbar hielt, entsprachen die Ergebnisse von Amsterdam in keiner Weise der von ihm als Voraussetzung für die Erweiterung gewünschten und versprochenen umfassenden Reform.⁴⁶⁴

3.2 Pressebewertung der Beschlüsse von Amsterdam

Die französische Presse zeigte sich daher deutlich weniger zufrieden mit den Ergebnissen von Amsterdam als der Staatspräsident. Pierre Bocev sprach in *Le Figaro* von bescheidenen Resultaten („le bilan est modeste“), auch wenn die wichtigsten vorgesehenen Ziele, eine Revision von Maastricht und die Möglichkeit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit assoziierten Ländern, formal erreicht worden seien. Bocev wies darauf hin, dass eigentlich keine Erweiterung ohne vorangegangene Institutionenreform mehr durchgeführt werden sollte und dass daher weitere Reformen unumgänglich seien:

„Les Quinze s'étaient pourtant juré de ne pas répéter l'erreur commise au moment des dernières adhésions en 1995, de l'Autriche, la Suède et la Finlande. Ces trois pays avaient alors été admis sans que l'on modifie le vieux moteur institutionnel datant de 1957 et déjà menacé d'asphyxie. [...] Le prochain rendez-vous institutionnel sera donc crucial. Il coïncidera avec l'arrivée des premiers nouveaux adhérents, dans l'espoir inavoué qu'il ne sera plus possible, alors, de ne rien faire.“⁴⁶⁵

Das von französischer Seite in Amsterdam sehr offensiv vertretene Kapitel zur Beschäftigungspolitik hatte, nach Bocevs Einschätzung, eher symbolischen als praktischen Wert („un ‚chapitre sur l'emploi‘ sans doute plus symbolique qu'efficace“). Bocev bedauerte außerdem die zahlreichen Ausnahmen und Einschränkungen bei den neu vergemeinschafteten Bereichen des dritten Pfeilers (Inneres und Justiz) und sah dies als verpasste Gelegenheit, Europa wieder näher an seine Bürger heranzubringen. Auch die Reformen im zweiten Pfeiler (Außen- und Sicherheitspolitik) waren nach Bocevs Ansicht nicht ausreichend, um das französische Ziel einer Union mit weltweiter Bedeutung, die auf Augenhöhe mit den USA agieren kann, zu verwirklichen. Bocevs Gesamtfazit der Ergebnisse von Amsterdam fiel

⁴⁶⁴ Zwischenzeitlich stand jedoch die gesamte Institutionenreform auf der Kippe, da die niederländische Präsidentschaft bereit war, diese um mehrere Jahre bis zur tatsächlichen ersten Erweiterungsrunde zu verschieben. Gegen diesen Vorschlag hatte sich besonders Frankreich gewehrt und im Falle seiner Annahme mit einer Blockade der gesamten Regierungskonferenz gedroht. Dieser Punkt musste Chirac also, bei aller Kritik, zugute gehalten werden. Vgl. Henri de Bresson: „Les Quinze peinent à s'entendre sur la réforme des institutions“, *Le Monde* 18.6.1997.

⁴⁶⁵ Pierre Bocev: „Les Quinze ouvrent la porte à l'Europe de l'Est“, *Le Figaro* 19.6.1997.

daher negativ aus: „Un peu partout, les exigences nationales sont telles que la position commune frise le plus petit dénominateur commun.“⁴⁶⁶

Philippe Lemaître kritisierte in *Le Monde* deutlich die Haltung besonders Jacques Chiracs und Helmut Kohls, die darauf ziele, entgegen früherer Aussagen trotz unzureichender Gipfelergebnisse möglichst schnell mit der Aufnahme erster Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa zu beginnen:

„La Conférence intergouvernementale (CIG), lancée en mars 1996 à Turin, en Italie, et dont l’objet était de réviser le traité de Maastricht dans la perspective de l’élargissement aux pays d’Europe centrale, s’est en effet achevée sur un échec. Les Quinze, qui au fil des mois avaient déjà sensiblement réduit leurs ambitions, se sont révélés incapables de réformer les institutions de l’Union européenne. A Madrid, en décembre 1995, les chefs d’Etat et de gouvernement avaient annoncé que les négociations d’élargissement débuteraient six mois après la conclusion de la CIG, et en fonction de ses résultats. ‚Pas question d’accueillir de nouveaux membres tant que le mécanisme de prise de décision n’aura pas été revu en profondeur’, proclamait-t-on partout dans l’Union, et notamment en France. Cependant, même si les résultats en cause sont clairement insuffisants, voire sur certains point inexistant, il ressort nettement des déclarations des participants, en particulier de Jacques Chirac et d’Helmut Kohl, qu’ils n’ont aucunement l’intention de retarder le processus devant conduire à l’adhésion de trois ou quatre pays d’Europe centrale au début du siècle prochain.“⁴⁶⁷

Natalie Nougayrède und Daniel Vernet spiegelten, ebenfalls in *Le Monde*, die Ernüchterung der potentiellen Beitrittskandidatenländer angesichts der Ergebnisse von Amsterdam wider. Die Regierungen der mittel-und osteuropäischen Länder warnten vor der Enttäuschung der öffentlichen Meinung in ihren Staaten, sollte die Erweiterung nicht entschlossen vorangetrieben werden, wie die beiden *Monde*-Autoren berichteten:

„[...] les difficultés internes de l’Union, dont l’impossibilité de procéder à des changements institutionnels en profondeur ne constitue qu’un aspect, risquent de l’emporter sur le désir d’accueillir de nouveaux membres. [...] En mettant plus l’accent sur les obstacles à l’élargissement que sur l’appartenance historique des anciens pays communistes à l’Europe, les Quinze risquent de provoquer un choc en retour et de déstabiliser des démocraties encore fragiles.“⁴⁶⁸

Insgesamt befürchteten Nougayrède und Vernet negative Auswirkungen der Resultate von Amsterdam auf den Fortgang der Erweiterung:

⁴⁶⁶ Ebd.

⁴⁶⁷ Philippe Lemaître: „Le ‚moteur’ franco-allemand de l’Europe connaît des ratés“, *Le Monde* 19.6.1997. Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen Henri de Bresson und Alain Franco in ihrer Analyse unter dem eindeutigen Titel „Les Quinze ont échoué à réformer les institutions de l’Union“, *Le Monde* 19.6.1997.

⁴⁶⁸ Natalie Nougayrède/Daniel Vernet: „Les Européens de l’Est perplexes après Amsterdam“, *Le Monde* 28.6.1997.

„L'inquiétude est pourtant là. En dépit des assurances données par Helmut Kohl et Jacques Chirac, des doutes subsistent. [...] Le sommet d'Amsterdam a déclenché un nouveau suspense sur le rythme de l'élargissement.“⁴⁶⁹

Die Gesamtbewertung der Gipfelbeschlüsse in der Presse stellte die negativen Aspekte des Ergebnisses von Amsterdam wesentlich deutlicher heraus als der Staatspräsident. Abgesehen davon, dass Frankreich wichtige Positionen nicht durchsetzen konnte, ging es in der Pressebewertung auch um das übergeordnete Ziel der Anpassung der EU an ihre zukünftigen Herausforderungen und um die Aufrechterhaltung einer realistischen Beitrittsperspektive für die mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten. Die Versäumnisse der Regierungskonferenz und des Amsterdamer Vertrages bei der Vorbereitung der Erweiterung wurden daher sehr deutlich gemacht. Neben der inhaltlichen Einschätzung der Beschlüsse von Amsterdam war auch deren Vermittlung durch die Staats- und Regierungschefs Objekt von Kritik. Besonders Jacques Chirac und Helmut Kohl wurden hier herausgegriffen. Beide hatten optimistische Aussagen zu den ersten möglichen Aufnahmen von Bewerberstaaten getroffen, die im deutlichen Gegensatz standen zu Reichweite und Umfang der Amsterdamer Beschlüsse, die eher eine zögerliche Haltung widerspiegeln. Mehrere Analysen wiesen daher kritisch auf den rhetorischen Spagat hin, zu dem die diplomatische Verteidigung der Arbeit des Rates vor dem Hintergrund ihrer früheren Äußerungen besonders Kohl und Chirac zwingen.

3.3 Umfragedaten im zeitlichen Umfeld des Amsterdamer Gipfels

Wie die oben stehenden Ausführungen zeigten, erhielt die französische Öffentlichkeit in einigen Punkten entgegengesetzte Analysen der Ergebnisse von Amsterdam. Während der Präsident eine überwiegend positive Bilanz zog, sowohl aus nationaler Sicht als auch im Hinblick auf die Erweiterung, sah die Presse besonders die Erweiterungsvorbereitung als gescheitert an. Die positive Bewertung durch Chirac war sicherlich zu großen Teilen auch diplomatischen Zwängen zuzuschreiben, denn er hatte das Ergebnis des Gipfels schließlich mitverhandelt. Dieses entsprach jedoch in wichtigen Teilen weder seinen Ambitionen für Frankreich im Hinblick auf eine Sicherung von möglichst großem Einfluss in einer größeren Union, noch seinen Zusagen an die mittel- und osteuropäischen Staaten zu den Vorleistungen der EU vor ihrer Erweiterung. In den Eurobarometer-Umfragen des Jahres 1997 spiegelte sich die Widersprüchlichkeit der Ergebnisse von Amsterdam und ihrer Bewertung durch den Präsidenten und die Presse nur zum Teil wider. Ein Grund hierfür war der geringe Informationsgrad der Franzosen zu den laufenden europäischen Entwicklungen.

⁴⁶⁹ Ebd.

Wie das Eurobarometer 47⁴⁷⁰ feststellte, fühlten sich in Frankreich 79% der Befragten zum Zeitpunkt des Beschlusses des Amsterdamer Vertrages nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut über die EU informiert. 75% hatten ein großes bis sehr großes Bedürfnis nach mehr Information. Nur 22% waren mit ihrem damaligen Wissensstand zufrieden.⁴⁷¹ Ende 1997 fragte das Eurobarometer 48⁴⁷² Kenntnisse über aktuelle Themen der Europapolitik ab, die im Laufe des Jahres auch ein breites Medienecho gefunden hatten. Die Anfang des Jahres von einer Mehrheit der Franzosen geäußerte Einschätzung ihres geringen Wissensstandes zu Europa bestätigte sich hier. Nur 39% der Franzosen gaben Ende 1997 an, bereits etwas vom Amsterdamer Vertrag gehört zu haben. 57% war der Vertrag nicht bekannt. Mit diesen, auf den ersten Blick sehr niedrigen Werten lag Frankreich allerdings noch über dem EU-Durchschnitt (34% zu 58%).⁴⁷³

Eine fundierte Beurteilung der Ergebnisse von Amsterdam war für einen Großteil der Franzosen also gar nicht möglich. Dennoch zeigten die Eurobarometer-Ergebnisse in einigen Punkten Übereinstimmungen zwischen der Politik des Staatspräsidenten und der öffentlichen Meinung in Frankreich. Besonders bei Themen, von denen sich auch der französische Präsident mehr Bürgernähe der EU versprach, fanden sich Mehrheiten für europäische Regelungen. Beispielsweise waren 57% der Franzosen mit EU-Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einverstanden. Die Relevanz des Themas ließ sich daran ablesen, dass in Frankreich nur 50% der Beschäftigten keine oder nur eine geringe Gefahr sahen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. 44% sahen diese Gefahr dagegen mittelschwer, groß oder zu 100% wahrscheinlich.⁴⁷⁴ Frankreich hob sich mit dieser pessimistischen Einschätzung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, gemeinsam mit Spanien, deutlich von den anderen EU-Ländern ab (EB 47). In den Bereichen Justiz und Inneres waren in Frankreich 77% bei der Drogenbekämpfung, 61% bei der Einwanderungspolitik und 55% bei der Asylpolitik für europäische Maßnahmen. Größere Zustimmungsraten fanden sich nur in den Niederlanden. Im Bereich Internationale Politik waren 77% für eine Regelung der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf europäischer Ebene. 72% sprachen sich für eine gemeinsame

⁴⁷⁰ Eurobarometer 47, Oktober 1997, Datenerhebung Februar bis Juni 1997, Europäische Kommission.

⁴⁷¹ „Parmi les propositions suivantes, quelle est celle qui est la plus proche de votre opinion? J’ai réellement besoin d’en savoir beaucoup plus sur l’Union européenne/J’aimerais avoir quelques informations supplémentaires sur l’Union européenne/En ce qui me concerne, je suis satisfait de ce que je connais déjà/Ne sais pas“

⁴⁷² Eurobarometer 48, März 1998, Datenerhebung Oktober und November 1997, Europäische Kommission.

⁴⁷³ „Avez-vous entendu parler du Traité d’Amsterdam sur l’Union européenne qui a été conclu en juin dernier par les chefs d’Etat et de Gouvernement des 15 Etats membres de l’Union européenne?“

⁴⁷⁴ „A votre avis, quelle est la probabilité que vous perdiez votre emploi dans les prochaines années? 0% - Aucun risque/25% - Faible risque/50% - Risque moyen/75% - Risque élevé/100% - Certitude/Ne sais pas“

Außen- und 54% für eine gemeinsame Verteidigungspolitik aus.⁴⁷⁵ Die letzten beiden Werte waren im Vergleich zum Frühjahr 1995 (77% für eine gemeinsame Außen- und 59% für eine gemeinsame Verteidigungspolitik) zwar gesunken, lagen aber weiterhin deutlich über 50% und zeigten die ungebrochene Zustimmung einer Mehrheit der befragten Franzosen zum Konzept eines *Europe puissance* (EB 47). Auch bei den mit der Kategorie *Europe protection* verbundenen Themen Drogenbekämpfung und (illegale) Einwanderung fand sich in der französischen Gesellschaft erneut eine große Übereinstimmung mit der Politik des Staatspräsidenten.

4. Die Agenda 2000 und weitere Schritte zur Vorbereitung der Erweiterung

Am 16. Juli 1997 veröffentlichte die Europäische Kommission die sogenannte „Agenda 2000“ zum Finanzrahmen der EU nach 1999 sowie zur Zukunft der Landwirtschafts- und Strukturpolitik vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung. Außerdem gab die Kommission Empfehlungen (*avis*) zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den assoziierten Staaten ab. In einem ersten Schritt sprach sie sich für die Aufnahme von Verhandlungen mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland aus. Die Verhandlungen mit Zypern sollten ebenfalls beginnen, wie bereits 1994 festgelegt.⁴⁷⁶ Der französische Vorschlag einer Europäischen Konferenz mit allen Mitglieds- und allen Bewerberstaaten wurde befürwortet, um die Kohärenz des gesamten Beitrittsprozesses trotz der Herauslösung von zunächst sechs Staaten zu garantieren.

Mit ihrer Entscheidung gegen eine gleichzeitige Aufnahme von Verhandlungen mit allen beitrittswilligen Staaten vertrat die Kommission einen pragmatischen Ansatz, der auf der einen Seite lange Verhandlungen mit einzelnen Staaten aufgrund eines verfrühten Beginns vermeiden helfen sollte. Auf der anderen Seite ging es auch darum, keinen Zwang entstehen zu lassen, im Sinne eines gleichzeitigen Abschlusses der Verhandlungen mit allen oder

⁴⁷⁵ Die zitierten Werte bezogen sich auf die folgende Frage: „Il y a des personnes qui pensent que certains domaines d'action devraient être décidés par le gouvernement français tandis que d'autres domaines devraient être décidés en commun au sein de l'Union européenne. Parmi les domaines d'action politiques suivants, quels sont ceux qui, selon vous, devraient être décidés par le gouvernement français et ceux où les décisions devraient être prises en commun au sein de l'Union européenne? La défense/La protection de l'environnement/La monnaie/La coopération avec les pays en voie de développement/La santé et la sécurité sociale/Les règles de base en matière de radio, de télévision et de presse/Les droits des travailleurs vis-à-vis de leurs employeurs/La politique d'immigration/La lutte contre le chômage/L'agriculture et la politique de la pêche/Aider les régions qui ont des difficultés économiques/L'enseignement/La recherche scientifique et technologique/Les taux de TVA (Taxe sur la Valeur Ajoutée)/La politique étrangère à l'égard des pays extérieurs à l'Union européenne/La politique culturelle/Les règles en matière d'asile politique/La lutte contre la drogue“

⁴⁷⁶ Vgl. zur Agenda 2000 und ihrer Rolle bei der Vorbereitung des Beitrittsprozesses auch Barbara Lippert (1997): „Mittel- und Osteuropa“, in: Weidenfeld/Wessels (Hg.) (1997), a.a.O., S. 231-240. Vgl. zur Agenda insgesamt auch Europäische Kommission (1999): *Agenda 2000. Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union*, Brüssel.

möglichst vielen der Bewerberstaaten auch nicht ausreichend vorbereitete Staaten trotzdem in die Union aufzunehmen. Weiterhin gingen von der Auswahl der ersten sechs Staaten zwei Signale aus: Zum einen verwies die Aufnahme Sloweniens in die erste Gruppe auf die grundsätzliche Bereitschaft der Union, auch die Staaten des westlichen Balkans aufzunehmen. Ähnliches galt zum anderen mit der Auswahl Estlands als eines der ersten Kandidatenländer für die baltischen Staaten. Auch für die mit der Erweiterung verbundenen finanziellen Fragen war die Strategie der Kommission von Vorteil. Wenn nicht alle Bewerberstaaten gleichzeitig in Verhandlungen eintreten und demnach wahrscheinlich nicht alle zum selben Zeitpunkt beitreten würden, könnte auch die Reform der finanziellen Fragen Stück für Stück umgesetzt werden, so der Hintergrund. Die Kosten der Erweiterung fielen nach dem Konzept der Kommission über einen längeren Zeitraum an. Eine eilige oder gar überstürzte Reform des Finanzrahmens insgesamt und einzelner gemeinsamer Politiken konnte so vermieden werden.⁴⁷⁷

Sowohl bei den Strukturfonds als auch bei der Agrarpolitik gingen die Vorschläge der Kommission daher zunächst über moderate Änderungen der bestehenden Systeme nicht hinaus, um bestimmte Konfliktpunkte zwischen den Mitgliedsstaaten zu umgehen. Beispielsweise wurde einer Forderung Spaniens Rechnung getragen mit der Festlegung, dass auch Länder, die sich für die dritte Stufe der Währungsunion qualifizierten, weiterhin Strukturhilfen erhalten könnten. In der Agrarpolitik wurde das Grundprinzip der Subventionierung des Marktes beibehalten, auch wenn eine Verlagerung von Stützpreisen für Agrarprodukte hin zu direkten Einkommenshilfen für Landwirte vorgesehen war. Der Schutz und die Pflege des ländlichen Raumes erhielten darüber hinaus eine größere Bedeutung als in der bis dahin gültigen und hauptsächlich auf die landwirtschaftliche Produktion bezogenen Politik. Sowohl bei der Struktur- als auch bei der Agrarpolitik waren jedoch trotz des Kompromisscharakters der Agenda in der Umsetzung Verteilungskonflikte zwischen den Mitgliedsstaaten vorprogrammiert. Die EU wurde in der Agenda insgesamt zu einer strengen Haushaltsdisziplin verpflichtet. Die bestehende Obergrenze für die EU-Eigenmittel könne, so die Planung der Kommission, auch angesichts der anstehenden Kosten für die Erweiterung, bei 1,27% des gesamten Bruttoinlandsprodukts der 15 Mitgliedsstaaten belassen werden. Eine verbesserte Berechnung der Beiträge der einzelnen Staaten im Sinne einer größeren Gerechtigkeit zwischen den Mitgliedern sei allerdings vorgesehen.⁴⁷⁸

⁴⁷⁷ Vgl. für die Bewertung der Position der Kommission u.a. de la Serre/Lequesne (1998a), a.a.O., bes. S. 128ff.

⁴⁷⁸ Vgl. Lippert (1997), a.a.O., S. 235ff. und Weidenfeld (1997), a.a.O., S. 22.

Bewertung der Agenda 2000 aus französischer Sicht

Bei einem Staatsbesuch in Belgien äußerte Chirac seine Zufriedenheit mit den Empfehlungen der Kommission. Er kritisierte allerdings die Herauslösung Estlands aus der Gruppe der baltischen Staaten und sprach sich aus politischen Gründen für einen gemeinsamen Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens aus.⁴⁷⁹ Der Ausgangspunkt der Kommission, alle Bewerberstaaten von gleichen Startbedingungen ausgehen zu lassen, entsprach zwar der französischen Position. Allerdings wollte Frankreich in der Folge auch mit allen Bewerbern und nicht nur mit sechs Ländern Verhandlungen aufnehmen. Hier hatte die französische Haltung also eine Wandlung erfahren, die u.a. damit zu erklären war, dass Jacques Chirac nicht in einen noch größeren Gegensatz zu Deutschland geraten wollte, als es in der Einschätzung der Erweiterung ohnehin bereits der Fall war. Außerdem war eine schrittweise Durchführung der Erweiterung aus finanziellen Gründen durchaus im Sinne Frankreichs.⁴⁸⁰ Die ersten Beitritte erwartete Chirac, entgegen seiner zuvor mehrfach geäußerten Einschätzung, nach den Ausführungen der Kommission nicht mehr für 2000:

„Alors, en ce qui concerne l’an 2000, c’est une position que le chancelier fédéral allemand et moi-même avons prise. Nous avons indiqué, il y a un an, que nous souhaitons – c’était un souhait – l’élargissement au premiers dès l’an 2000 et nous pensions notamment, l’un comme l’autre, à la Hongrie, à la Pologne et à la République tchèque. C’est le propos qu’a tenu le chancelier, c’est le propos que j’ai tenu, mais c’était naturellement en terme d’objectif. La Commission nous parle de 2002 ou 2003. Je souhaite que la Commission pêche par excès, même si nous, nous péchons à l’inverse et que ce soit au milieu. Le plus vite sera le mieux...“⁴⁸¹

Le Monde bewertete die Entscheidung der Kommission für eine „dosierte Erweiterung“ insgesamt positiv, sah jedoch damit die französische Position gleicher Startbedingungen für alle potentiellen Kandidaten sowie die Versprechen Chiracs zum Jahr 2000 als mögliches Datum für die ersten Beitritte als hinfällig an:

„Paris aurait souhaité que les onze candidats se retrouvent ensemble sur la ligne de départ. Ce souci d’égalité se traduira sans doute par une ‚photo de famille‘, en décembre, au conseil européen de Luxembourg. Mais personne ne sera dupe. Certains ont plus de chances que d’autres d’entrer dans la famille européenne, mais certainement pas en l’an 2000 comme Jacques Chirac l’a généreusement promis au cours de ses tournées est-européennes. Plutôt vers 2005. Car les ‚vieux‘ européens comme les prétendants ont à parcourir un long chemin de réformes avant que l’UE puisse passer de quinze à vingt et un membres sans perdre son identité.“⁴⁸²

⁴⁷⁹ Vgl. Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Jean-Luc Dehaene, Premier ministre du Royaume de Belgique, Brüssel 16.7.1997.

⁴⁸⁰ Vgl. u.a. de la Serre/Lequesne (1998a), a.a.O., bes. S. 131ff.

⁴⁸¹ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Jacques Santer, Président de la Commission européenne, Brüssel 17.7.1997.

⁴⁸² „Un élargissement dosé“, *Le Monde* 17.7.1997.

In der Berichterstattung zur Agenda 2000 in der französischen Presse wurde v.a. das Thema der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihrer Zukunft vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung herausgehoben.⁴⁸³ Ein direkter Bezug zur französischen Landwirtschaft und den Konsequenzen, die einer Erweiterung für diese mitbringen könnte, wurde nicht immer explizit hergestellt, aber durch eine ausführliche Darstellung der Situation in den Bewerberstaaten in Mittel- und Osteuropa implizit deutlich. Hier unterschied sich die Presseberichterstattung deutlich von den Aussagen Chiracs, der die zukünftigen Mitglieder der EU als Partner Frankreichs in der Gemeinsamen Agrarpolitik sah. Mögliche Probleme bei der Verwirklichung einer Reform der Landwirtschaftspolitik thematisierte Chirac nur insofern, dass er nicht bereit sei, Nachteile für Frankreich zu akzeptieren. Inwieweit diese Perspektive realistisch sein konnte, blieb angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft in Mittel- und Osteuropa, wie sie in der Presse dargestellt wurde, offen. Auch die Vertreter der französischen Landwirte zeigten sich, im Gegensatz zum Staatspräsidenten, beunruhigt von der Aussicht auf Realisierung der in der Agenda 2000 angestrebten Reform.⁴⁸⁴ Der Gegensatz zwischen dem offenen Diskurs gegenüber den mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten und dem tatsächlichen Verhalten Frankreichs in der Vorbereitung des Erweiterungsprozesses wurde im Verlauf des Jahres 1997 immer größer. Besonders das Thema Gemeinsame Agrarpolitik war hierfür ein gutes Beispiel und barg im Zusammenhang mit der Erweiterung mehr Konfliktstoff als von Chirac, zumindest öffentlich, zugegeben. In diesem Punkt setzte die Presseberichterstattung, wie bereits bei mehreren Gelegenheiten, einen realistischen Kontrapunkt zu Chiracs Visionen von einer harmonischen Zusammenarbeit Frankreichs mit den potentiellen neuen EU-Mitgliedern im Agrarsektor - zu für Frankreich weiterhin vorteilhaften Bedingungen.

⁴⁸³ Vgl. z.B. Pierre Bocev: „Agriculture et aide structurelle, les ‚deux mamelles‘ de la Commission“, *Le Figaro* 16.7.1997; Natalie Nougayrède: „Les agricultures d’Europe centrale sont peu compétitives et manquent de capitaux“, *Le Monde* 17.7.1997; Marcel Scotto: „La Pologne demande des dérogations importantes, avant son adhésion, pour endiguer le chômage dans les campagnes“, *Le Monde* 17.7.1997 oder Marc Paolini/Eric Revel: „L’Union se prépare à un débat difficile sur son élargissement“, *Le Figaro* 17.7.1997. Paolini und Revel sahen die Perspektiven für die französische Landwirtschaft im Rahmen der angestrebten Agrarreform vergleichsweise positiv.

⁴⁸⁴ „M. Le Pensec redoute un ‚démantèlement‘ de la PAC“, *Le Monde* 18.7.1997. Louis Le Pensec war 1997/98 französischer Landwirtschafts- und Fischereiminister. Zitiert wurden außerdem Luc Guyau, der Präsident des französischen Bauernverbandes FNSEA sowie Jacques Laigneau und François Dufour von den Interessenverbänden *Coordination rurale* und *Confédération paysanne*.

Vor dem Europäischen Rat von Luxemburg

Im Herbst 1997 setzten sich die Diskussionen über den Zusammenhang zwischen Institutionenreform, Erweiterung und Agenda 2000 fort. Mit dem Näherrücken des für die Eröffnung der Erweiterungsverhandlungen mit den ersten Staaten entscheidenden Termins beim Europäischen Rat in Luxemburg im Dezember traten die Widersprüche, die sich u.a. aus den Versäumnissen von Amsterdam ergaben, immer deutlicher zutage. Am 15. September veröffentlichten Belgien, Italien und Frankreich eine Erklärung, in der sie festhielten, dass für sie vor der Erweiterung eine Institutionenreform unumgänglich sei. Die Erklärung wurde als Zusatzprotokoll dem Amsterdamer Vertrag beigefügt. Die rechtlich nicht bindende Erklärung stieß bei einigen der europäischen Partner, darunter Deutschland, wegen ihrer Konditionalität auf Ablehnung und ließ Befürchtungen laut werden, auf diese Weise solle die Osterweiterung auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden.⁴⁸⁵ *Libération* bewertete die Erklärung als Eingeständnis der französischen Regierung, in Abstimmung mit Chirac, dass der Europäische Rat von Amsterdam gescheitert sei, und befürchtete negative Konsequenzen für die EU und besonders für ihre Erweiterung:

„Le gouvernement français en convient désormais officiellement: le Conseil européen d’Amsterdam des 16 et 17 juin dernier a été un grave échec et, si l’on ne corrige pas le tir, il pourrait se révéler fatal pour l’avenir de l’Union européenne. [...] Paris, Rome et Bruxelles laissent planer [...] la menace d’une prise en otage des pays de l’Est au cas où l’Union refuserait de remettre sur le métier la réforme institutionnelle.“⁴⁸⁶

Auch wenn sicherlich weder Chirac noch die Regierung Quatremers Bewertung in dieser Deutlichkeit gefolgt wären, machte Frankreich mit seiner Unterzeichnung der Erklärung Belgiens und Italiens zu einer weiterhin notwendigen Reform der Institutionen der EU vor der Erweiterung klar, dass eine entscheidende seiner Forderungen in Amsterdam nicht erfüllt worden sei und weiter aufrecht erhalten werden müsse. Frankreich stellte noch weitere Bedingungen, als es sich in der Vorbereitung des Luxemburger Gipfels neben der institutionellen Reform auch noch für eine Klärung einiger in der Agenda 2000 enthaltenen Punkte vor der Erweiterung aussprach. Insbesondere ging es Frankreich um die Erzielung eines Grundkonsenses über den allgemeinen Finanzrahmen der Union nach 1999 sowie über die Zukunft der Agrar- und der Strukturpolitik. Weiterhin wünschte Frankreich eine getrennte Aufführung der laufenden Kosten der EU und der explizit der Erweiterung zuzuordnenden

⁴⁸⁵ Daher auch das besondere Interesse Polens am Weimarer Dreieck. Warschau hoffte, auf diesem Wege eventuell den EU-Beitritt des Landes beschleunigen zu können, wenn es auf gesamteuropäischer Ebene Verzögerungen gäbe.

⁴⁸⁶ Jean Quatremer: „Lionel Jospin s’amende sur l’Europe“, *Libération* 19.9.1997.

Kosten in der EU-Haushaltsplanung.⁴⁸⁷ Diese Forderungen waren zwar sinnvoll, widersprachen jedoch den Vorstellungen anderer EU-Länder, darunter Deutschland, die den Erweiterungsprozess ohne weitere Verzögerung eröffnen wollten. Daher war die Durchsetzung der französischen Position vor dem Luxemburger Gipfel nicht sehr wahrscheinlich.

Auch die Diskussion der von Frankreich eingebrachten Idee einer Europäischen Konferenz konnte als Zeichen dafür gesehen werden, dass Frankreichs Einfluss auf die Gestaltung des Erweiterungsprozesses geringer war als vom Staatspräsidenten dargestellt. Mit seinem mehrfach eingebrachten Vorschlag einer Europäischen Konferenz mit allen EU-Mitgliedern und allen Bewerberstaaten konnte sich Frankreich im Rahmen der Erweiterungsvorbereitung zwar durchsetzen. Uneinigkeit bestand in diesem Zusammenhang im Kreis der 15 jedoch zunächst über die Frage, ob die Türkei zu dieser Konferenz eingeladen werden sollte. Während Frankreich und Großbritannien sich dafür aussprachen, waren Deutschland und Griechenland dagegen.⁴⁸⁸ Im November gab Deutschland seinen Widerstand auf, so dass eine erste Konferenz wie geplant für das Frühjahr 1998 angedacht werden konnte. Die Europäische Konferenz war von Frankreich als Zeichen seiner Offenheit für enge Kooperation mit den aufzunehmenden Bewerberstaaten intendiert und explizit auch an die Türkei gerichtet. Durch die kontroverse Diskussion der Türkei-Frage und durch ihre Anklänge an Mitterrands Konföderationskonzept stand Chiracs Konferenz-Idee jedoch von Beginn an unter der Einschränkung, die französischen Erwartungen möglicherweise nicht erfüllen zu können.⁴⁸⁹

⁴⁸⁷ Vgl. u.a. Philippe Lemaître: „Les Quinze réfléchissent aux conditions de l’élargissement de l’Europe à l’Est“, *Le Monde* 26./27.10.1997.

⁴⁸⁸ Vgl. Philippe Lemaître: „L’Union s’oriente vers un élargissement minimal à l’Est“, *Le Monde* 28.10.1997.

⁴⁸⁹ Vgl. dazu beispielsweise die Einschätzung von Daniel Vernet: „Quel devait être l’ordre du jour de cette conférence? [...] La France a proposé une série de thèmes qui rappellent étrangement le projet de Confédération lancé en 1989 par François Mitterrand et torpillé en 1991 par ceux-là mêmes auxquels il était destiné, c’est-à-dire les Etats d’Europe centrale. Ceux-ci avaient soulevé deux objections: l’absence des Etats-Unis et la présence de la Russie, d’une part; le soupçon qu’il s’agissait d’une interminable salle d’attente. La conférence européenne permanente apparaît certes moins ambitieuse, mais ce n’est pas le moindre paradoxe que, pour encadrer l’élargissement, les Quinze ressortent une idée destinée l’ajourner.“ Daniel Vernet: „Les contradictions de la Grande Europe“, *Le Monde* 19.11.1997. Vgl. auch Lippert (1997), a.a.O., S. 237f.

5. Europäischer Rat von Luxemburg

Ergebnisse des Luxemburger Gipfels

Trotz vieler noch offenen Fragen wurde beim Europäischen Rat in Luxemburg am 12. und 13. Dezember 1997 der Erweiterungsprozess der EU offiziell eingeleitet.⁴⁹⁰ Als Voraussetzungen für seine erfolgreiche Durchführung wurden in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes die ausreichende Vorbereitung sowohl der Bewerberstaaten als auch der Union selbst genannt. Das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU war also auch nach Amsterdam weiterhin gültig.⁴⁹¹ Auf der Grundlage der Bewertungen der Bewerberstaaten durch die Kommission wurde beschlossen, im Frühjahr 1998 im Rahmen von bilateralen Regierungskonferenzen zunächst mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die Vorbereitung von Verhandlungen mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien sollte parallel hierzu beschleunigt werden, so der Rat. Wie von Frankreich gewünscht, umfasste der Beitrittsprozess zu Beginn also alle zehn mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zypern. Verhandlungen wurden, entsprechend den Empfehlungen der Kommission, aber nur mit den am weitesten fortgeschrittenen Staaten aufgenommen. Es wurde deutlich festgehalten, dass nicht notwendigerweise alle Verhandlungen zum gleichen Zeitpunkt abgeschlossen sein müssten. Im Zuge des Erweiterungsprozesses sollte die Heranführungsstrategie an die Union intensiviert werden, so der Rat weiter. Unter anderem sollten in sogenannten Beitrittspartnerschaften für jeden einzelnen Bewerberstaat Anforderungen, Ziele und Fortschritte festgehalten und die finanzielle Heranführungshilfe deutlich erhöht werden. An einzelnen Gemeinschaftspolitiken und Einrichtungen der EU sollten die Bewerber auch bereits vor ihrem formellen Beitritt mitwirken können. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Kommission den Rat regelmäßig über die Fortschritte aller Bewerberländer informieren sollte. Auf der Basis dieser Berichte sollte der Rat dann über die Weiterentwicklung der Verhandlungen bzw. über die Eröffnung von Verhandlungen mit weiteren Staaten entscheiden.

⁴⁹⁰ Für die folgenden Ausführungen vgl. Europäischer Rat Luxemburg, 12. und 13. Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, „Einleitung“ und „Die Erweiterung der Europäischen Union“ sowie Lippert (1997), a.a.O., S. 231-240.

⁴⁹¹ Vgl. zu diesem Aspekt auch Janning, Josef/Giering, Claus (1997): „Mythos der Erweiterungsfähigkeit. Die EU vor ihrer ersten Osterweiterung“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 31-38.

Der französische Vorschlag einer Europäischen Konferenz mit allen Mitgliedern und allen Bewerbern um eine Mitgliedschaft wurde offiziell aufgenommen. Die Konferenz zu allen Themen von gemeinsamem Interesse (Außen- und Sicherheitspolitik, Justiz und Inneres, Wirtschaft und regionale Zusammenarbeit) sollte zum ersten Mal im März 1998 in London stattfinden, so der Beschluss.⁴⁹² Anschließend sollten einmal jährlich die Staats- und Regierungschefs mit dem Kommissionspräsidenten und einmal jährlich die Außenminister zusammentreffen. Für die ersten Konsultationen in London wurden Zypern, die mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie die Türkei eingeladen. Mit der Türkei zeichneten sich jedoch bereits beim Luxemburger Gipfel Schwierigkeiten ab. Die Türkei war verärgert darüber, dass ihre Vertreter, im Gegensatz zu allen anderen Bewerberstaaten, nicht zu einem gemeinsamen Mittagessen eingeladen wurden und sah dies als Zeichen dafür, dass die EU den Beitritt der Türkei weiter verzögern wolle. Während die luxemburgische Präsidentschaft die Haltung der Türkei insbesondere in Menschenrechtsfragen offen kritisierte, setzte sich Chirac weiter für die europäischen Ambitionen der Türkei ein und befürwortete sehr die türkische Teilnahme an der Europäischen Konferenz. Unmittelbar nach dem Luxemburger Gipfel erklärte die Türkei jedoch den politischen Dialog mit der EU für beendet und stellte eine Verhärtung ihrer Position gegenüber Zypern in Aussicht.

Bewertung der Gipfelergebnisse aus französischer Sicht

Formal fanden sich in den Schlussfolgerungen des luxemburgischen Ratsvorsitzes einige wichtige Punkte der französischen Position zur Erweiterung wieder: Durchführung einer Institutionenreform sowie Klärung der finanziellen Aspekte der Agenda 2000 vor der Aufnahme der ersten neuen Mitglieder, gleiche Startbedingungen für alle Bewerber entsprechend dem „Regatta-Prinzip“, Zusammenkunft aller Bewerber mit den EU-Mitgliedern im Rahmen einer Europäischen Konferenz, Erhalt des europäischen Landwirtschaftsmodells in seinen Grundsätzen.⁴⁹³ Alle genannten Punkte standen jedoch bereits seit längerem auf der europäischen Agenda, ohne dass eine Lösung für sie gefunden werden konnte. Auch Chirac musste daher einräumen, dass sowohl bei der

⁴⁹² Die Idee einer Europäischen Konferenz wurde auch in der Forschung positiv bewertet als Möglichkeit, um „Reformrückschläge“ bei den in der ersten Runde der Beitrittsverhandlungen nicht berücksichtigten Staaten zu verhindern und um allen Bewerbern eine klare Beitrittsperspektive zu bieten. Vgl. Weidenfeld (1997), a.a.O., S. 21f.

⁴⁹³ „Die Union hat den Willen, das derzeitige europäische Landwirtschaftsmodell weiter zu entwickeln und sich dabei um eine bessere interne und externe Wettbewerbsfähigkeit zu bemühen.“, Europäischer Rat Luxemburg, 12. und 13. Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, „Gemeinsame Agrarpolitik“.

Institutionenreform als auch bei der Frage der Finanzen die Beschlüsse von Luxemburg nicht so weit gingen, wie Frankreich es gerne gehabt hätte:

„La France avait insisté sur une ou deux conditions qui ont été, je crois, heureusement retenues. D’abord la réaffirmation, ce n’est pas nouveau, qu’il y avait un préalable: avant les premières prochaines adhésions, il devra y avoir une réforme institutionnelle. Donc, cela a été confirmé. Pour tout dire, on l’avait déjà dit à Amsterdam. Cela a été confirmé de façon peut-être un peu plus claire. Deuxièmement, on a fixé les principes concernant la méthode de travail pour élaborer le nouveau cadre financier. Pour dire la vérité, nous aurions, nous, préféré qu’on aille un peu plus dans le détail, qu’on soit un peu plus précis. Mais d’autres, et notamment nos voisins espagnols, avaient des raisons à faire valoir pour que l’on prenne le temps de la réflexion; et c’est donc ce qui a été décidé.“⁴⁹⁴

Zunächst hielt Chirac die Beschlüsse zu den Finanzfragen jedoch noch für ausreichend, um den Erweiterungsprozess einzuleiten:

„Le cadre financier existe. Ce n’est pas le problème de financement qui va, aujourd’hui, empêcher l’évolution normale des procédures d’adhésion. Donc, il y a de ce point de vue aucun problème, nous avons même pris des dispositions importantes, puisque pour des dépenses de pré-adhésions des sommes considérables ont été prévues, qui représentent à elles-seules deux fois le montant du plan MARSHALL.“⁴⁹⁵

Der Beschluss zur Eröffnung der ersten Beitrittsverhandlungen wurde also in Luxemburg trotz einiger für Frankreich nicht zufriedenstellender Ergebnisse gefasst. Im Gegensatz zu Chiracs Einschätzung fiel die Bilanz des Leitartikels in *Le Monde* zum Luxemburger Gipfel im Hinblick auf die Zukunftsperspektive einer erweiterten Union dementsprechend weitgehend negativ aus:

„Cette nouvelle Europe, chacun le pressent déjà, pourra fonctionner à fonction qu’au-delà des intérêts nationaux, émerge progressivement dans l’Union européenne un sentiment d’appartenance à un projet commun, économique mais aussi politique. A condition aussi que chaque Européen découvre que cette Union peut lui apporter un peu plus pour la défense de ses intérêts, pour la prise en compte de ses préoccupations en matière d’emploi et de sécurité. [...] Mais, [...] les Européens vont devoir encore déployer beaucoup d’efforts pour préciser leurs ambitions s’ils ne veulent pas risquer d’enterrer l’Europe avec l’élargissement.“⁴⁹⁶

Die Presseberichterstattung stützte in Bezug auf die Erweiterung die Position Chiracs, die auf einer Vorab-Klärung der angesprochenen Fragen bestand, äußerte jedoch große Zweifel daran, dass sich Frankreich durchsetzen könne, insbesondere, da hier u.a. mit Deutschland ein Dissens bestehe. Chirac betonte in seiner gewohnt positiven Darstellung die vom Rat

⁴⁹⁴ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et M. Hubert Védrine, Ministre des Affaires étrangères, à l’issue du Conseil européen, Luxemburg 13.12.1997.

⁴⁹⁵ Ebd.

⁴⁹⁶ „L’Europe manque de souffle“, *Le Monde* 16.12.1997. Vgl. auch Baudouin Bollaert/Pierre Bocev: „La ‚grande Europe‘ est sur les rails“, *Le Figaro* 15.12.1997.

aufgenommenen französischen Wünsche, geriet aber bei einigen Punkten in die Defensive, weil er seine Position nicht vollständig verwirklicht sah. In der Presse überwogen dagegen deutlich die negativen Prognosen, die davon ausgingen, dass die französischen Prioritäten und Forderungen keine entscheidende Rolle im Erweiterungsprozess spielen würden. Den europäischen Realitäten und auch den Interessen Frankreichs im Hinblick auf die Erweiterung sei nicht ausreichend Rechnung getragen worden, so der Tenor der Berichterstattung im Umfeld des Luxemburger Gipfels.

Zunehmende französische Zurückhaltung und drohender Einflussverlust auf den Erweiterungsprozess

Im Diskurs Chiracs war eine immer größer werdende Zurückhaltung im Hinblick auf den Erweiterungsprozess auszumachen, je näher dessen tatsächlicher Beginn rückte. Erhoffte sich der Staatspräsident während seiner Reisen nach Mittel- und Osteuropa in den ersten Monaten des Jahres noch, dort neue Partner für eine Zusammenarbeit in der Gemeinsamen Agrarpolitik zu finden, betonte er gegen Ende 1997 vor allem, dass die Prinzipien der GAP sich nicht zum Nachteil Frankreichs – und zum Vorteil der neuen mittel- und osteuropäischen Mitglieder, so der Gedanke hinter dieser Forderung – ändern dürften. Auch die optimistische Zusage für erste mögliche Beitritte zum Jahr 2000 wurde von Chirac nicht mehr wiederholt.⁴⁹⁷ Bei der Gestaltung der Europäischen Konferenz setzte sich Chirac außerdem sehr stark für die Türkei ein und machte damit deutlich, dass er deren Ansprüche auf eine EU-Mitgliedschaft genauso ernst nehme wie die Beitrittsgesuche aus Mittel- und Osteuropa. In seiner Unterstützung für die Türkei v.a. aus geopolitischen und strategischen Gründen war sich Chirac einig mit Großbritannien, Österreich und Spanien. Griechenland, die nordischen Länder und auch Deutschland standen den türkischen Ambitionen wesentlich zurückhaltender gegenüber. Chirac legte auch in Luxemburg Wert darauf, die historische Bedeutung der Eröffnung des Erweiterungsprozesses zu betonen:

„Mesdames, Messieurs, cette réunion du Conseil avait tout de même quelque chose d’un peu émouvant [...] puisque l’unification de l’Europe a fait un pas important supplémentaire avec le nouvel élargissement qui a été décidé, au bénéfice – dans des conditions qui vont s’étaler dans

⁴⁹⁷ Direkt angesprochen auf seine Aussagen zu einem möglichen Beitritt Polens zur EU bereits zum Jahr 2000, musste Chirac einräumen, dass diese Frist möglicherweise nicht zu halten sein werde: „Sur la date de l’entrée de la Pologne, nous sommes tout à fait incapables d’en parler précisément. C’est vrai que le Chancelier Kohl et moi-même, je le dis parce que c’est chronologiquement ce qui s’est passé, avons évoqué l’un et l’autre, à Varsovie, la possibilité, notre souhait, de voir la Pologne entrer pour l’an 2000. Peut-être avons-nous été optimistes. C’est vrai. Mais tout sera fait de part et d’autre pour que la Pologne puisse nous rejoindre le plus rapidement possible.“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et M. Hubert Védrine, Ministre des Affaires étrangères, à l’issue du Conseil européen, Luxembourg 13.12.1997.

le temps, naturellement – de dix pays plus Chypre et avant, je l’espère, que le reste de l’Europe puisse nous rejoindre et nous permettre de former ainsi une vraie famille, un continent uni, seul en mesure d’assurer la paix qui nous a fait tant défaut pendant des siècles.⁴⁹⁸

Dieser Aspekt wurde auch in der Pressebewertung von Luxemburg gewürdigt. Allerdings dominierten die Einigung über den Euro-Rat mit Großbritannien und die Türkei-Frage große Teile der Berichterstattung nach dem Gipfel. Die Eröffnung des Erweiterungsprozesses stand für viele Analysten im Schatten der beiden anderen großen Themen und wurde mehr oder weniger nur als formaler Akt zur Umsetzung der Empfehlung der Kommission gesehen.⁴⁹⁹ Das eher abstrakte, von Chirac regelmäßig und auch bei seiner Bewertung des Luxemburger Gipfels wieder verwendete Friedens- und Versöhnungsmotiv für die Erweiterung hatte weiterhin Bedeutung, trat jedoch mit dem Beginn der Verhandlungen zu den ersten Beitritten hinter konkretere Fragen (Finanzierung, Agrarpolitik etc.) zurück. Im Hinblick auf diese Fragen verfolgte Frankreich hauptsächlich negative Argumentationslinien und machte v.a. deutlich, was die Erweiterung nicht zur Folge haben dürfe. Mit dieser defensiven Haltung stieß Chirac im Kreis der anderen EU-Staaten jedoch spätestens beim Luxemburger Gipfel an seine Grenzen und gab auch gegenüber den Bewerberstaaten ein anderes Bild ab als während seiner Besuche in Mittel- und Osteuropa 1996 und 1997. Die französischen Hinweise auf die großen Veränderungen, welche die Erweiterung mit sich bringen werde und die daraus abgeleiteten Forderungen seien durchaus sinnvoll und notwendig, so auch der mehrheitliche Tenor in der Presse. Frankreich könne diese Positionen jedoch im Kreis der EU nicht durchsetzen und drohe, an Einfluss auf den Fortgang des Erweiterungsprozesses zu verlieren.

6. Umfragedaten im Umfeld des Luxemburger Gipfels

In der Pressekonferenz nach dem Luxemburger Gipfel wurden Präsident Chirac und Premierminister Jospin von einem Journalisten auf europaskeptische Strömungen in Frankreich angesprochen, die in Zukunft verstärkt auch der Erweiterung kritisch gegenüber stehen könnten. Weder Chirac noch Jospin sahen hier jedoch Handlungsbedarf und verwiesen statt dessen auf ihre gemeinsame Arbeit zur Vertretung der französischen Interessen in

⁴⁹⁸ Ebd.

⁴⁹⁹ Vgl. z.B. „Les Quinze d’accord sur l’Euro-X et décident de s’ouvrir à l’Est“ und Baudouin Bollaert/Pierre Bocev: „Le coup de poker turc“ und Dies.: „Quand Blair caricature Major“, alle in *Le Figaro* 13./14.12.1997 oder Henri de Bresson: „L’Europe et ses futurs nouveaux membres“, *Le Monde* 14./15.12.1997. Vgl. weiterhin Henri de Bresson: „L’Union européenne va s’élargir à l’Est“ und Nicole Pope: „Les Turcs ne cachent pas leur amertume et menacent de suspendre le dialogue avec Bruxelles“, beide in *Le Monde* 16.12.1997.

Europa sowie auf die ihrer Ansicht nach allgemein geteilte positive Bewertung von Europa als Friedensgarantie.⁵⁰⁰

Die Betrachtung von Umfragedaten aus dem letzten Drittel des Jahres 1997 legt, im Gegensatz zur Einschätzung von Präsident und Premierminister, allerdings nahe, dass es zu diesem Zeitpunkt in Frankreich sehr wohl notwendig war, sich mit euro-skeptischen Strömungen, gerade auch im Hinblick auf die Erweiterung, auseinanderzusetzen. Auch wenn die bei der Pressekonferenz in Luxemburg gestellte Frage sich mehr auf die politische Klasse bezog, lässt sich bei der Betrachtung der Ergebnisse des Eurobarometers 48⁵⁰¹ für die französische Gesellschaft daran anknüpfen. Auf die Ankündigung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den ersten mittel- und osteuropäischen Staaten und Zypern reagierte die französische Öffentlichkeit mit einer deutlichen Veränderung ihrer Haltung zu diesen Ländern. Die Zustimmungsraten sanken, bis auf den Wert für Zypern, für alle Länder (Tschechien, Estland, Ungarn und Slowenien) um 4% bzw. bei Polen sogar um 6%.⁵⁰² Diese Tendenz entsprach der allgemein unterdurchschnittlichen französischen Zustimmung zu den Bewerberländern. Auch der Aufnahme von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa in Frankreich standen die Franzosen mehrheitlich sehr skeptisch gegenüber. Nur 8% der Befragten waren für eine Aufnahme ohne Einschränkungen. Für eine Aufnahme mit Einschränkungen sprachen sich 63% aus. 26% wollten keine osteuropäischen Arbeitnehmer aufnehmen. Eine ähnlich zurückhaltende Einstellung ließ sich jedoch auch gegenüber Arbeitnehmern aus Ländern des südlichen Mittelmeerraumes feststellen.⁵⁰³ Daher ergänzte die Einstellung einer Mehrheit der Franzosen zu Mittel- und Osteuropäern zwar auf der einen Seite ihre allgemeine Skepsis gegenüber der Erweiterung. Auf der anderen Seite musste sie jedoch auch in den größeren Kontext der Angst um den Verlust von Arbeitsplätzen eingeordnet werden. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung waren 1997 sowohl innen- als auch

⁵⁰⁰ Vgl. die Aussage von Chirac: „Il y a fort heureusement un courant euro-sceptique, parce que s’il n’y en avait pas, cela voudrait dire que tout le monde serait unanime, ce qui permettrait de douter de la démocratie. Mais ce courant euro-sceptique est un courant tout à fait minoritaire, et le courant „euro-positif“ l’emporte à l’évidence très largement. Et par conséquent, tout en tenant compte de l’opinion de chacun, en la respectant, je peux vous dire que nous poursuivrons dans le sens de la construction européenne. [...] C’est la garantie de la paix.“
Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et M. Hubert Védrine, Ministre des Affaires étrangères, à l’issue du Conseil européen, Luxemburg 13.12.1997.

⁵⁰¹ Eurobarometer 48, März 1998, Datenerhebung Oktober und November 1997, Europäische Kommission.

⁵⁰² „Plusieurs pays ont demandé à adhérer à l’Union européenne. Pour chacun des pays suivants, seriez-vous favorable ou défavorable à ce qu’à l’avenir il fasse partie de l’Union européenne?“

⁵⁰³ Bezüglich der Arbeitnehmer aus südlichen Mittelmeerländern erklärten 8% der Franzosen, diese ohne und 61% sie mit Einschränkungen in Frankreich aufnehmen zu wollen. 29% wollten sie gar nicht aufnehmen. Die zugehörigen Fragen lauteten: „Estimez-vous qu’il faudrait si des personnes venant de divers pays du Sud de la Méditerranée souhaitent travailler ici, dans l’Union européenne les accueillir sans restrictions/les accueillir, mais avec des restrictions/ne pas les accueillir/ne sais pas“ bzw. „Et en ce qui concerne des personnes venant d’Europe de l’Est et désirant travailler à l’Ouest?“ mit identischen Antwortoptionen.

europapolitisch sehr wichtige Themen. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für diese Bereiche spiegelte sich daher auch in der Wahrnehmung von europäischen Initiativen. 73% der Franzosen gaben an, vom EU-Beschäftigungsgipfel im November 1997 in Luxemburg gehört zu haben.⁵⁰⁴ Der Unterschied beispielsweise zum Kenntnisstand über den Amsterdamer Vertrag (39%), dem immerhin eine mehr als einjährige Regierungskonferenz vorausgegangen war, war bemerkenswert. Die Bedeutung des Themas Beschäftigung unterstrich auch die Tatsache, dass es sich 77% der Franzosen als vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments wünschten.⁵⁰⁵

Zwei Kennzeichen der französischen öffentlichen Meinung zu Europa blieben also auch 1997 konstant: der allgemein niedrige Informationsstand und die deutliche Skepsis gegenüber der anstehenden Erweiterung. Christian Deubner sah hier erheblichen Handlungsbedarf für die französische politische Führung, sowohl im Hinblick auf die Erweiterung als auch im Sinne der französischen Politik selbst:

„Es bleibt also in Frankreich – wie übrigens auch in Deutschland – eine intensive Überzeugungsarbeit gegenüber Interessengruppen und Bevölkerung zu leisten, um für die nunmehr mitgetragene Osterweiterungspolitik den wünschenswerten breiten Konsens zu erreichen. Ohne diesen bleibt die Linie der Regierung an dieser Flanke innenpolitisch gefährdet und damit kann auch die französische Verhandlungslinie für Brüssel noch keine volle Stabilität gewinnen.“⁵⁰⁶

Eine ähnliche Forderung formulierte Roland Freudenstein für die gesamte EU:

„[Es ist] höchste Zeit, den Nutzen der Osterweiterung in der öffentlichen Debatte stärker zu betonen. Dieser Nutzen lässt sich natürlich ebensowenig quantifizieren wie die ‚Kosten‘. Aber es liegt auf der Hand, dass die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas neben ihren bekannten Mängeln in der Infrastruktur auch eine neue Wachstumsdynamik in die Union bringen, dass sie die demographische Bilanz in der Bevölkerung verbessern, dass sie aber auch die Debatte um die europäischen Werte durchaus mit ihren Erfahrungen der Jahre vor wie auch nach der Wende von 1989 bereichern können – ganz abgesehen von ihrer positiven Rolle als wichtige Investitions- und Absatzmärkte angesichts der weltwirtschaftlichen Konkurrenzlage.“⁵⁰⁷

⁵⁰⁴ Ergebnis einer Flash Eurobarometer-Umfrage (Nr. 60), die von EOS Gallup Europe im Auftrag der Generaldirektion X der Europäischen Kommission in Form von Telefoninterviews in der Zeit vom 24. bis 26. November 1997 durchgeführt wurde.

⁵⁰⁵ „Voici une liste. Veuillez me dire sur lequel, ou lesquels, de ces domaines politiques le Parlement européen devrait particulièrement mettre l’accent pour défendre vos intérêts. Citez m’en trois au maximum: La politique étrangère et de sécurité/La protection de l’environnement et du consommateur/L’emploi/La coopération avec les pays en voie de développement, le Tiers-Monde/La lutte contre le cancer et le SIDA/L’enseignement et la politique culturelle/La recherche scientifique et technologique/La lutte contre le trafic de drogue et la criminalité/La politique sociale/La politique d’immigration/Les droits de l’homme dans le monde entier/Ne sais pas“

⁵⁰⁶ Deubner (1999), a.a.O., S. 108.

⁵⁰⁷ Roland Freudenstein (1997): „Nachdenken über den Europa-Begriff. Integrationsmotivation einst und jetzt“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 43-49, hier S. 48.

7. Bilanz des Jahres 1997

Zwiespältiger Stand des Erweiterungsprozesses

Durch den Beschluss des Luxemburger Gipfels, mit sechs Staaten Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, trat der Erweiterungsprozess der EU in eine neue Phase. Nach zahlreichen vorgeschalteten Schritten wurde die Erweiterungsperspektive sowohl für die Bewerberstaaten als auch für die EU selbst konkret. Die Vorbereitung der EU besonders im institutionellen Bereich auf ihre Vergrößerung um eine große Zahl von neuen Staaten war allerdings durch die nur teilweise den Erfordernissen entsprechende Reform des Amsterdamer Vertrages nicht vollständig gelungen. Das Jahr 1997 endete somit zwiespältig: Auf der einen Seite stand der Erfolg des möglichen Beginns erster Beitrittsverhandlungen, der v.a. von den enormen Reformanstrengungen der mittel- und osteuropäischen Staaten zeugte. Auf der anderen Seite blieben nach den Erfahrungen von Amsterdam jedoch Zweifel daran, ob es den alten EU-Mitgliedsstaaten gelingen würde, vor dem Beitritt neuer Länder die weiterhin notwendigen Reformschritte ihrer Gemeinschaft zu unternehmen. Die Gefahr einer handlungsunfähigen Union stand im Raum, falls keine Reformen beschlossen und umgesetzt würden.

In Richtung der Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa sandten die EU-Staaten mit ihrer Annahme der Vorschläge der Kommission zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit zunächst sechs Staaten problematische Signale.⁵⁰⁸ Zum einen sahen sich die Regierungen derjenigen Staaten, die es nicht in die erste Kandidatengruppe geschafft hatten, großen Schwierigkeiten ausgesetzt, ihren Bevölkerungen weitere Anstrengungen im Hinblick auf den EU-Beitritt plausibel zu machen, da die bisherigen Bemühungen nicht belohnt worden waren. Zum anderen unterminierte die EU mit dem Auseinanderreißen sowohl der Visegrad-Staaten⁵⁰⁹ als auch der baltischen Länder ihre eigenen Bemühungen um eine Stärkung der regionalen Kooperation der Bewerberländer untereinander. Der Freude über den Beginn der konkreten Phase des Beitrittsprozesses für sechs Staaten stand daher die Gefahr gegenüber, dass die für die schwierige Transformation nötige Unterstützung der Bevölkerungen in den Staaten, die nicht für die erste Gruppe ausgewählt worden waren, nachlassen könnte.

Französische Widersprüche in Bezug auf die Erweiterung

Die Zwiespältigkeit der Gesamtlage in der EU spiegelte sich auch in der französischen Position zur Erweiterung, wie sie in diesem Kapitel dargestellt wurde. Zu Beginn des Jahres 1997 dominierte noch die optimistische und offene Haltung Frankreichs, wie sie von Jacques

⁵⁰⁸ Vgl. zu diesem Punkt auch de la Serre/Lequesne (1998a), a.a.O.

⁵⁰⁹ 1991 gegründete Initiative zur regionalen Zusammenarbeit zwischen Polen, Ungarn, Tschechien; ab 1993 unter Einschluss auch der Slowakei.

Chirac seit seinem Amtsantritt vertreten wurde. Besonders bei seinen Besuchen in Ungarn, Rumänien und der Tschechischen Republik unterstrich der Staatspräsident diese Einstellung, u.a. mit der Bestätigung des bereits in Polen geäußerten Datums 2000 als möglichem Beitrittsjahr auch für Ungarn und Tschechien. Chirac blieb zunächst bei dieser Aussage, auch wenn sowohl von Seiten der Europäischen Kommission als auch in der Presse Zweifel an ihrer Umsetzbarkeit geäußert wurden. Chirac sah zu diesem Zeitpunkt auch keine Probleme in einzelnen Politikbereichen, denen Frankreich durch die Erweiterung gegenüberstehen könnte. Vielmehr ging er in seinen öffentlichen Äußerungen davon aus, dass für sein Land wesentliche Elemente der europäischen Zusammenarbeit, wie beispielsweise die Gemeinsame Agrarpolitik, in ihren (für Frankreich vorteilhaften) Prinzipien unangetastet bleiben und dass sich in zahlreichen Politikbereichen mit den neuen Mitgliedsstaaten neue Kooperationsmöglichkeiten (zu französischen Bedingungen) ergeben würden. Auch hier wurden jedoch bereits in der ersten Jahreshälfte in der Presse Bedenken laut, ob Frankreich diese Vorstellungen im Erweiterungsprozess und in einer erweiterten Union würde durchsetzen können.

Mit den Beschlüssen von Amsterdam sollte eigentlich eine der wesentlichen französischen Vorbedingungen für die Erweiterung, die umfassende Reform der EU-Institutionen und – Funktionsmechanismen, realisiert werden. Die nur zum Teil erfolgreiche Umsetzung dieses Ziels, die in Amsterdam jedoch mit Zustimmung Frankreichs verabschiedet wurde, war ein erster Hinweis darauf, dass die Durchsetzung französischer Positionen im Laufe des Erweiterungsprozesses möglicherweise nicht so reibungslos verlaufen würde wie von Chirac vorgesehen. Weitere Indizien in dieser Richtung waren die Diskussionen über die französische Idee der Europäischen Konferenz und die sich aus der im Juli veröffentlichten Agenda 2000 ergebenden Debatten u.a. über die finanziellen Aspekte der Erweiterung und besonders über die Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang veränderte sich die französische Position zur Erweiterung. Die französische Einschätzung des Erweiterungsprozesses wurde realistischer, damit aber gleichzeitig auch zurückhaltender und in Teilen skeptischer. Beispielsweise proklamierte Jacques Chirac ab Mitte 1997 nicht mehr das Jahr 2000 als mögliches Datum für die Aufnahme der ersten neuen Mitglieder und formulierte deutlicher als bis dahin französische Forderungen, v.a. in Bezug auf die Finanzen und die Agrarpolitik. Problematisch an der veränderten französischen Haltung war, dass Frankreich in einigen Punkten in einen Gegensatz zu anderen EU-Ländern, allen voran Deutschland, geriet, die, ungeachtet der noch vorhandenen Schwierigkeiten und offenen Fragen, den Erweiterungsprozess so schnell wie möglich einleiten und umsetzen wollten. In einer der

wichtigsten Zukunftsfragen der EU bestand also in einigen Aspekten Uneinigkeit zwischen den traditionellen europäischen Führungsnationen Deutschland und Frankreich. Eine solche Situation war für das Fortschreiten der Integration in ihrer Geschichte nie zuträglich.

Fortgesetzte französische Schwierigkeiten mit der Erweiterungsperspektive sowohl bei der politischen Führung als auch in der Gesellschaft

Bei einer Gesamtbetrachtung des Jahres 1997 bestätigt sich die Einschätzung, dass Frankreich, trotz einer grundsätzlich offenen Haltung, große Schwierigkeiten damit hatte, seine Europapolitik und ihre Vermittlung mit den Herausforderungen der Erweiterung und den durch diese geschaffenen neuen Bedingungen im Rahmen der EU in Einklang zu bringen. Mit den ersten konkreten Schritten des Erweiterungsprozesses und den damit verbundenen Diskussionen über einzelne Politikbereiche und finanzielle Fragen traten die Widersprüche der französischen Positionierung deutlicher zutage als in den bisher untersuchten Jahren, in denen die Erweiterung noch eine weitgehend abstrakte Perspektive war. Wie in diesem Kapitel deutlich wurde, ließen sich die Analysekatoren zur französischen Europapolitik in Bezug auf die Erweiterung weitgehend nur in negativer Ausprägung nachweisen. In Chiracs Äußerungen wurden die mit den Kategorien verbundenen Topoi also hauptsächlich dazu verwendet darzustellen, was nicht eintreten dürfe als Konsequenz der Aufnahme neuer Staaten in die EU. Die Presseberichterstattung machte, wie auch bereits in den Jahren zuvor, auch 1997 vielfach auf den Gegensatz zwischen französischen europapolitischen Traditionen und der neuen Gegenwart in Europa deutlich. Die französische Politik, allen voran Jacques Chirac, hatte für eine Auflösung dieses Gegensatzes scheinbar weiterhin keine Mittel.

Besondere Bedeutung gewann diese Problematik vor dem Hintergrund der auch 1997 weiterhin dramatisch schlechten Zustimmungswerte der französischen Öffentlichkeit zur anstehenden Erweiterung. In Verbindung mit dem allgemein schlechten Informationsgrad der Franzosen zur europäischen Integration ergab sich hier eine große Herausforderung für die Politik.⁵¹⁰ Die Äußerungen von Staatspräsident und Premierminister nach dem Europäischen

⁵¹⁰ Vgl. dazu auch die Einschätzung von András Inotai und Krisztina Vida (1998): „[Es] wurden unterschiedliche Befürchtungen geäußert, die immer mehr zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Meinung über die Osterweiterung werden: Dazu gehören die innere Sicherheit, einschließlich der Sicherheit der Arbeitsplätze; die Umverteilung der EU-Transfers; die Reform der EU-Institutionen und der Stimmgewichtung; und schließlich – und wahrscheinlich vor allem – die zunehmende Angst vor der rasch wachsenden Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter mittelosteuropäischer Volkswirtschaften. Die Befürchtungen abzubauen ist eine gemeinsame Aufgabe, die die EU, die Mitgliedstaaten und die Kandidatenstaaten in einer gemeinsamen Anstrengung unverzüglich in Angriff nehmen müssen [...]“, in: „Mittel- und Osteuropa“, in: Weidenfeld/Wessels (Hg.) (1998), a.a.O., S. 245-252, hier S. 252.

Rat von Luxemburg ließen jedoch daran zweifeln, ob die französische Führung sich Ende 1997 dieser Problematik bewusst war.

Kapitel IX: Auf dem Weg zu einer größeren Union: Der Beginn der Beitrittsverhandlungen (1998)

1998 war im Erweiterungsprozess der EU ein wichtiges Jahr. Am 31. März wurden Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern aufgenommen. Ein erster konkreter Schritt hin zu einer Vergrößerung der EU war damit getan. Außerdem kamen im März bei der ersten Tagung der von Frankreich angeregten Europäischen Konferenz alle EU-Mitgliedsstaaten und alle Bewerberstaaten bis auf die Türkei in London zusammen. Parallel zum Erweiterungsprozess gingen 1998 die Diskussionen über die Reform der Institutionen sowie über die Agenda 2000 weiter. Eine abschließende Lösung für beide Themen wurde jedoch auch bei den Ratstreffen in Cardiff im Juni und in Wien im Dezember nicht gefunden. Allerdings einigten sich die Staats- und Regierungschefs zumindest für die noch unklaren Punkte der Agenda 2000 darauf, dass bis zum Europäischen Rat von Köln im Frühjahr 1999 eine Übereinkunft erzielt werden solle. Frankreichs Haltung war in diesem Zusammenhang im Streit um die Neuregelung der Agrarpolitik von besonderer Bedeutung, denn Staatspräsident Chirac war nicht bereit, Teile der GAP-Finanzierung zurück in die Nationalstaaten zu verlagern, wie es beispielsweise Deutschland vorgeschlagen hatte. Frankreich machte im Laufe des Jahres 1998 als eines der letzten EU-Länder den Weg frei für die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages. Nachdem die französische Verfassung zunächst in einigen Punkten geändert werden musste, nahmen Nationalversammlung und Senat den entsprechenden Gesetzesentwurf im Dezember 1998 mehrheitlich an, so dass im Januar 1999 der Kongress über die Ratifizierung des

Amsterdamer Vertrages abstimmen konnte.⁵¹¹ Von Bedeutung für den Erweiterungsprozess insgesamt und besonders für die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Kontext war 1998 außerdem der Regierungswechsel in Deutschland, wo nach den Bundestagswahlen im Oktober eine rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer an die Macht kam.

1. Die französische Haltung zur Erweiterung in den ersten Monaten des Jahres 1998

Jacques Chirac hatte seine Haltung zur EU-Erweiterung, wie sie sich in Stellungnahmen gegen Ende des Jahres 1997 darstellte, auch Anfang 1998 nicht wesentlich modifiziert. Frankreich befürwortete weiterhin grundsätzlich die Aufnahme von Staaten aus Mittel- und Osteuropa. Allerdings blieben auch die Vorbedingungen, die für Frankreich vor der tatsächlichen Aufnahme erster neuer Mitglieder erfüllt sein mussten, bestehen: eine Reform der Institutionen sowie die Klärung der wichtigsten Fragen der Agenda 2000 in einer für Frankreich akzeptablen Weise. Das Grunddilemma in der französischen Position – auf der einen Seite der Wunsch nach schneller Aufnahme der ersten neuen Mitglieder, auf der anderen das Beharren auf schwierig zu erfüllenden Vorbedingungen – setzte sich also fort.

Institutionenreform als Voraussetzung der Erweiterung

Besonders die Reform der Institutionen wurde von Chirac Anfang 1998 bei mehreren Gelegenheiten erneut als unumgänglich bezeichnet. Das französische Junktim zwischen Institutionenreform und Erweiterung fand sich in mehreren Reden Chiracs während seines Staatsbesuchs in Österreich im Februar, beispielsweise beim Staatsbankett in der Wiener Hofburg:

„Le processus d’élargissement sera difficile, l’effort d’adaptation de ces pays est immense. Nous les y aiderons. Mais nous, pays membres, devons aussi nous adapter, notamment en réformant les institutions européennes, ce qui est un préalable indispensable à l’élargissement si nous voulons que la communauté continue de fonctionner.“⁵¹²

⁵¹¹ In drei Bereichen sah der *Conseil constitutionnel* durch den im Amsterdamer Vertrag vorgesehenen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen und Kodezisionsverfahren mit dem Europäischen Parlament potentiell die Ausübung der französischen nationalen Souveränität in Gefahr und verlangte daher eine Verfassungsänderung: bei der Personenfreizügigkeit, bei der Einwanderungs- und bei der Asylpolitik: „L’ampleur et les modalités du transfert des compétences autorisées par le traité d’Amsterdam dans de telles matières pourraient affecter les conditions essentielles d’exercice de la souveraineté nationale.“, zitiert nach Nicole Gauthier: „Europe: une révision de la Constitution s’impose“, *Libération* 1.1.1998. Zusätzlichen Auftrieb erhielt die französische Debatte zu Amsterdam durch ihre Überschneidung mit der Diskussion über ein von Innenminister Chevènement eingebrachtes und heftig umstrittenes neues Einwanderungsgesetz, das thematische Verbindungen aufwies zu den in der Entscheidung des *Conseil constitutionnel* angesprochenen Punkten.

⁵¹² Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par M. Thomas Klestil, Président de la République fédérale d’Autriche, Wien 11.2.1998.

Ähnlich äußerte sich Chirac auch vor der österreichischen Handelskammer und in seiner Pressekonferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler Klima.⁵¹³ Chirac sah keine grundsätzlichen Probleme bei der Umsetzung der französischen Forderung nach einer Institutionenreform und auch keine übergroße Eile bei der Lösung der beiden größten Diskussionspunkte, der Größe der Kommission und der Stimmengewichtung. In der Pressekonferenz mit dem österreichischen Kanzler Klima stellte er dazu fest:

„[...] ces sujets [la composition de la Commission et la pondération des voix] sont souvent un peu délicats. Il convient de les discuter et de les approfondir d'abord, je dirais, dans le secret du cabinet avant d'ouvrir des débats. Nous en avons pour plusieurs années encore, enfin au moins deux ou trois ans, avant que le problème ne se pose concrètement et bien donnons-nous sereinement le temps de la réflexion.“⁵¹⁴

Kurz nach seiner Wien-Reise bekräftigte Chirac in Polen bei einer Zusammenkunft des Weimarer Dreiecks jedoch seinen Wunsch nach einer möglichst schnellen Aufnahme der ersten neuen Mitgliedsstaaten, den er auch während seiner Reisen nach Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1996 und 1997 geäußert hatte. In Poznan nannte Chirac zwar kein konkretes Datum mehr, wie zuvor noch das Jahr 2000, bestätigte jedoch grundsätzlich seine früheren Aussagen:

„Nous souhaitons, l'ensemble des quinze européens, une entrée aussi rapide que possible de la Pologne dans l'Union européenne et, aussi, l'entrée de la Pologne comme il a été décidé récemment dans l'OTAN.“⁵¹⁵

Damit bestand der Widerspruch der französischen Haltung zur Erweiterung zwischen dem Wunsch nach einer schnellen Aufnahme der ersten Staaten und dem Insistieren auf der Institutionenreform als Vorbedingung auch 1998 fort. Angesichts der weiterhin nicht aufgelösten Interessengegensätze innerhalb der EU in Bezug auf die Institutionenreform blieb offen, wie die beiden französischen Forderungen gleichzeitig umgesetzt werden sollten.

Traditionelle Vermittlungsmuster

Eine genauere Betrachtung der Aussagen Chiracs zur Erweiterung zeigt, dass sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1998 die bisher verwendeten Vermittlungs- und

⁵¹³ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à la chambre économique fédérale d'Autriche, Wien 12.2.1998 und Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Viktor Klima, chancelier de la République d'Autriche, Wien 12.2.1998.

⁵¹⁴ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Viktor Klima, chancelier de la République d'Autriche, Wien 12.2.1998.

⁵¹⁵ Der deutsche Bundeskanzler Kohl äußerte sich ebenfalls in diesem Sinne. Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Poznan 21.2.1998.

Begründungsmuster zur Osterweiterung wiederfinden ließen. Rahmgebend war erneut das Friedens- und Versöhnungsmotiv. Sowohl in Frankreich als auch bei seiner Österreich-Reise stellte Chirac mit der Analysekategorie Frieden verbundene Aspekte als zentrale Motivation für die Osterweiterung der EU dar. Bereits in seinen Neujahrswünschen an das diplomatische Korps ging Chirac auf diesen Aspekt ein:

„Renforcée, l’Union va [...] engager, dans quelques semaines, son élargissement le plus ambitieux. Progressivement, c’est toute la famille européenne, forte de près de 500 millions de femmes et d’hommes, qui va enfin se rassembler. Pour la première fois dans l’histoire, cette union de nos nations, respectueuse de leurs diversités, ne s’écrit pas dans le sang. Autour de l’entente franco-allemande, elle établit pour toujours la paix. Elle confirme le retour de l’Europe en tant qu’acteur essentiel sur la scène du monde.“⁵¹⁶

Im Kontext des 35. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 23. Januar 1998 erwähnte Chirac ebenfalls die historische und moralische Dimension der EU-Osterweiterung, indem er eine Verbindung zwischen dieser und der deutschen Wiedervereinigung zog:

„C’est la communauté de vision et d’objectifs entre l’Allemagne et la France qui a rendu possible la construction européenne. A chaque étape, c’est la volonté commune de nos deux pays qui a réalisé cet édifice. [...] Demain, c’est elle qui rendra possible l’élargissement, qui est, pour l’Union européenne, l’accomplissement d’un devoir historique et moral, un défi et une chance. [...] la mission historique de la réconciliation franco-allemande ne s’est pas épuisée avec la fin de la guerre froide. Cette mission est double: la première est d’achever la tâche engagée le 9 novembre 1989 avec la chute du mur de Berlin, qui est l’unité de l’Europe élargie. La seconde est le renforcement moral, politique et institutionnel de la construction européenne. Cette double mission, l’Allemagne et la France doivent l’accomplir ensemble.“⁵¹⁷

Auch beim bereits erwähnten Staatsbankett in der Wiener Hofburg fand sich dieser Aspekt in Chiracs Rede:

„Bientôt, l’Europe va s’élargir. Le mois prochain, nous engagerons les négociations d’adhésion avec de nouveaux pays européens. La chute du mur de Berlin a donné le signal de la liberté à l’Est de notre continent. Dans cette accélération de l’Histoire, qui a vu, en quelques semaines, la moitié d’un continent renaître à la démocratie, les peuples ont identifié leur liberté retrouvée avec l’appartenance à l’Union européenne. Nous n’avons pas le droit de les décevoir.“⁵¹⁸

Neben der Kategorie Frieden ließ sich 1998 in Chiracs Reden auch wieder die Kategorie multipolare Welt nachweisen in Form der von Chirac formulierten Zielsetzung, Europa als

⁵¹⁶ Discours de Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l’Elysée 7.1.1998.

⁵¹⁷ „Pourquoi j’ai soutenu l’unité allemande“: tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, parue dans „Bild-Zeitung“, 24.1.1998.

⁵¹⁸ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par M. Thomas Klestil, Président de la République fédérale d’Autriche, Wien 11.2.1998.

einen der zentralen Pole einer solchen multipolaren Welt aufzubauen und in seiner Argumentation, aus dieser Intention die Begründung für eine Vergrößerung der EU abzuleiten. Mehrmals betonte Chirac in seinen Reden Anfang 1998 das Argument der Größe einer erweiterten EU und ihren sich daraus ergebenden weltweiten Status.⁵¹⁹ Frankreich war also auch 1998 weiterhin daran gelegen, Europa als Pol einer multipolaren Welt aufzubauen (Kategorie multipolare Welt) und durch ein starkes und einflussreiches Europa seine eigenen Interessen weltweit besser vertreten und wahrnehmen zu können als es ihm alleine möglich wäre (Kategorien Resonanz und Interesse).

In Österreich verband Chirac das Argument der vorteilhaften Größe einer erweiterten Union für ihr weltweites Auftreten auch wieder mit wirtschaftlichen Aspekten, die in dem Satz zusammengefasst wurden: „Un marché de près de 500 millions de consommateurs s’ouvrira peu à peu à toutes nos entreprises.“⁵²⁰ Im Vergleich beispielsweise zum Friedens- und Versöhnungsmotiv spielten die wirtschaftlichen Seiten der Erweiterung jedoch auch Anfang 1998 in den Stellungnahmen Chiracs eine untergeordnete Rolle. Es blieb offen, warum Chirac das Argument der wirtschaftlichen Vorteile, die von der Osterweiterung für Frankreich zu erwarten waren, nicht viel häufiger als bisher beobachtet auch in Frankreich selbst verwendete. Sowohl in Österreich als auch bei seinen Reisen nach Polen, Ungarn, Rumänien und Tschechien erläuterte er diesen Aspekt vor in den jeweiligen Ländern präsenten Wirtschaftsvertretern, also vor einem Publikum, das die von Chirac genannten Vorteile und Chancen bereits kannte und zu nutzen wusste. Mit der Kategorie Interesse verbundene Inhalte waren demnach auch weiterhin in Chiracs Verwendung in Bezug auf die Erweiterung weder eindeutig positiv noch eindeutig negativ zu deuten. Chirac hätte bei den erwähnten Gelegenheiten 1998 wesentlich expliziter in einem Sinne argumentieren können, der die für die französische Wirtschaft zu erwartenden Vorteile durch die Osterweiterung hätte deutlich werden lassen.

Ausblenden von potentiellen Schwierigkeiten

Mit der weltweiten Verantwortung Europas, die von Frankreich gewünscht wird, ist in der französischen Vorstellung immer auch eine sicherheits- und verteidigungspolitische Komponente verbunden. Das dahinterstehende Konzept eines *Europe puissance* war

⁵¹⁹ Vgl. Discours de Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l’Elysée 7.1.1998 und Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par M. Thomas Klestil, Président de la République fédérale d’Autriche, Wien 11.2.1998.

⁵²⁰ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à la chambre économique fédérale d’Autriche, Wien 12.2.1998.

allerdings, wie bereits mehrfach festgestellt, im Zusammenhang mit der Erweiterung problematisch. In der Pressekonferenz nach der bereits angesprochenen Zusammenkunft des Weimarer Dreiecks in Poznan erklärte Chirac, wie zuvor auch Kohl, dass er Bedenken über eine zu starke Orientierung Polens an den Vereinigten Staaten nicht teile:

„Nous sommes un monde qui évolue vers la constitution d'un certain nombre de grands pôles qui sont des pôles de puissance économique, politique, culturelle, monétaire et c'est cela qui se dessine actuellement et qui caractérisera les cinquante ans à venir. Et à ce titre, la Pologne est dans le pôle européen naturellement, et étant dans le pôle européen, elle sera européenne. Ce qui ne veut pas dire que le pôle européen ne doit pas avoir ou n'aura pas, bien sûr, des relations extrêmement amicales et d'allié avec le pôle américain. N'oubliez pas que l'Europe des quinze aujourd'hui est déjà la première puissance économique du monde. Qu'elle est une puissance culturelle considérable. Que demain avec l'euro, elle sera une puissance monétaire de premier plan. L'euro aura, au moins, la valeur et l'importance du dollar et, par conséquent, le pôle européen qui se constitue et qui est heureux - et c'est dans la nature des choses - d'accueillir la Pologne et, petit à petit, par l'élargissement, le reste des pays européens sera européen, point final, et entretiendra naturellement les meilleures relations avec un des autres pôles que constitueront les Etats-Unis.“⁵²¹

Nach der gescheiterten Annäherung an die NATO konzentrierte sich Chirac seit 1997 im Bereich Sicherheit und Verteidigung wieder stärker auf die europäischen Strukturen.⁵²² Die Frage nach der atlantischen Orientierung Polens auf der Pressekonferenz in Poznan ergänzte die Hinweise auf mögliche Interessensunterschiede zwischen Frankreich und den potentiellen neuen Mitgliedsstaaten innerhalb der EU, die bereits im Zuge der Reisen nach Ungarn und in die Tschechische Republik im Jahr 1997 in der Presse erwähnt worden waren. Chirac sah diese Problematik 1998, wie auch in den Jahren zuvor, nicht. Er ging weiterhin davon aus, dass sich die potentiellen neuen EU-Mitglieder nach ihrer Aufnahme in die Union den Gegebenheiten, die sie dort vorfänden, anschließen würden und dass damit Frankreichs Führungsanspruch selbstverständlich gewahrt bleibe und nicht herausgefordert werde. Die Kategorie *Europe puissance* lässt sich im direkten Bezug auf die Erweiterung also wieder nur in einem für Frankreich vorteilhaften Sinne nachweisen. Mögliche andere Präferenzen der potentiellen neuen EU-Mitglieder beispielsweise im Sicherheits- und Verteidigungsbereich

⁵²¹ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Poznan 21.2.1998.

⁵²² Der französisch-britische Gipfel von Saint-Malo war der erste Schritt hin zu einer Neubelebung und Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen. U.a. auf dieser Basis, die auch die Schaffung von Einsatzkapazitäten der EU in den Bereichen Krisenmanagement und friedenserhaltende Missionen vorsah, wurden im Verlauf des Jahres 1999 auf EU-Ebene entsprechende Beschlüsse gefasst. Vgl. u.a. Maxime Lefebvre (2004): „Ist ein politisches Europa noch möglich?“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 2/2004, S. 31-52 sowie Michael Meimeth (2003): „Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Offene Fragen und verdeckte Widersprüche“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4/2003, S. 21-30 und Andréani (1998), a.a.O.

spielten in den Überlegungen Chiracs im Hinblick auf eine erweiterte Union erneut scheinbar keine Rolle.

2. Die Europäische Konferenz in London und die Eröffnung der ersten Beitrittsverhandlungen

Am 12. März 1998 fand in London zum ersten Mal die von Frankreich angeregte Europäische Konferenz zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den Bewerbern um einen Aufnahme in die Union statt. Trotz der französischen Bemühungen⁵²³ hatte die Türkei ihre Teilnahme abgesagt aus Verärgerung darüber, dass sie, nach Ansicht ihrer politischen Führung, weiterhin keine klare Beitrittsperspektive erhielt. Themen der Konferenz waren u.a. der gemeinsame Kampf auf europäischer Ebene gegen die organisierte Kriminalität, gegen Drogenhandel und – missbrauch und für den Umweltschutz. Für das weitere Vorgehen war ein Treffen auf der Ebene der Außenminister noch 1998 vorgesehen und eine erneute Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Jahr 1999.

Optimismus beim Präsidenten

Der französische Präsident präsentierte sich in London auf der Basis seiner langjährigen europapolitischen Erfahrung als überzeugter Anhänger und persönlicher Unterstützer der Erweiterung. Die französische Forderung nach einer vorausgehenden Institutionenreform tauchte auch in London auf – und wurde mit dem bei Chirac üblichen Optimismus für realisierbar erklärt. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Jospin nach der Konferenz äußerte sich Chirac wie folgt zur Perspektive einer Union von 26 Staaten:

„J’ai connu l’Europe quand elle était à six, et quand on a fait le premier élargissement j’entendais alors tout le monde dire: ‚c’est impossible que cela fonctionne à neuf‘. Je l’avais même pensé moi-même, pour ne rien vous cacher. Je me suis aperçu à quel point je m’étais trompé. Chaque fois qu’il y a eu un élargissement, on a dit: ‚ça ne peut pas marcher‘. Je reconnais que, cette fois-ci, on est arrivé à un point où je pense que ça ne pourrait plus marcher sans une modification des institutions. On est arrivé, je crois, au terme de la capacité de nos institutions à fonctionner à quinze, et on ne peut pas aller plus loin. Donc, et c’est la position de la France, nous avons, avant l’entrée effective de tel ou tel pays, l’obligation de modifier les institutions. [...] Mais naturellement que l’Europe peut fonctionner à vingt-six, et j’irai jusqu’à dire qu’elle doit fonctionner à vingt-six! Vous savez, nous avons beaucoup souffert de la coupure de l’Europe en deux. Les ‚Yalta‘, ça ne marche pas. Donc, la vocation

⁵²³ Vgl. z.B. Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors du dîner offert en l’honneur de son excellence M. Suleyman Demirel, Président de la République de Turquie, Palais de l’Elysée 19.2.1998.

évidente de l'Europe, c'est de couvrir la totalité de son territoire. Ce sera donc même plus de vingt-six.⁵²⁴

Chiracs Stellungnahmen auf der Europäischen Konferenz enthielten keine wesentlichen neuen Elemente im Hinblick auf den Fortgang des Erweiterungsprozesses mit den aktuellen Bewerberstaaten. In dieser Form noch nicht aufgetaucht war allerdings Chiracs Hinweis auf die gesamteuropäische Zielrichtung der Erweiterung, inklusive der Türkei und der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Zu dieser Vision eines den gesamten Kontinent umfassenden integrierten Europa erklärte Chirac in London weiter:

„La construction européenne est une œuvre de longue haleine mais qui a pour vocation de rassembler l'ensemble de l'Europe et, selon nous, avec en plus la Turquie, la Turquie étant considérée comme européenne. C'est sa vocation. [...] c'est l'ensemble de l'Europe qui a vocation à être rassemblé dans l'Union européenne, c'est pourquoi je dis que vingt-six c'est une étape. Il y a eu six, il y a eu neuf, il y a eu quinze, il y aura vingt-six et puis il y aura le reste, tous. Personne n'est exclu de ce processus. C'est l'intérêt de tout le monde, parce que c'est l'intérêt de la paix et du développement économique et social.“⁵²⁵

Organisatorisch wäre diese Vision des französischen Staatspräsidenten nach einer entsprechenden Reform der EU-Institutionen durchaus zu realisieren gewesen. Ob die genannten Länder in absehbarer Zeit die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen hätten verwirklichen können, war eine andere Frage. Chiracs Äußerungen in London hatten jedoch wahrscheinlich auch eher einen deklamatorischen Wert, der sich aus der historischen Dimension der Konferenz ergab. Außerdem zielte Chirac auf die Türkei, deren Absage für London er bedauerte und für deren EU-Beitritt er sich weiterhin einsetzte. Mit seiner Aussage zur grundsätzlichen Offenheit der EU („Personne n'est exclu de ce processus.“) sandte er somit auch ein Signal an Ankara sowie an seine türkei-skeptischeren EU-Kollegen.

In London dominierte wieder die offene Haltung Chiracs zur Erweiterung, die in seinen ersten Amtsmonaten und besonders auch während seiner Reisen nach Polen, Ungarn, Rumänien und die Tschechische Republik zu beobachten gewesen war. Ähnlich unverbindlich wie Chiracs Äußerungen bei diesen Gelegenheiten fielen auch seine Stellungnahmen in London aus. Sie standen damit in einem Gegensatz zur deutlich kritischeren Positionierung Chiracs zu

⁵²⁴ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères, à l'issue de la conférence européenne, London 12.3.1998.

⁵²⁵ Ebd. Chirac wiederholte seine gesamteuropäische Vision auch bei seinem Staatsbesuch in Bosnien-Herzegowina am 7.4.1998: „Vous avez vocation à rejoindre demain la grande famille européenne, car cette famille, je le répète, c'est la vôtre, comme elle est celle de tous les peuples de l'ancienne Yougoslavie.“ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa visite officielle en Bosnie-Herzégovie, Sarajewo 7.4.1998.

konkreten Fragen der Erweiterung im Zuge der Regierungskonferenz und während des gesamten Jahres 1997. Chiracs Haltung erklärte sich jedoch aus dem symbolischen Charakter der Konferenz, bei der wenig kontroverse Themen besprochen und keine wichtigen Entscheidungen getroffen wurden. Es bestätigt sich also die bereits an anderer Stelle festgehaltene Beobachtung, dass der französische Diskurs zur Erweiterung umso offener war, je abstrakter die Perspektive der Aufnahme der neuen Mitglieder sich darstellte. Je näher die Umsetzung rückte und je konkreter die Themen wurden, die in diesem Zusammenhang z.T. kontrovers diskutiert werden mussten, desto zurückhaltender wurde die Haltung des französischen Präsidenten.

Skepsis in der Presse

In der Presse wurde die Londoner Konferenz zwar überwiegend als wichtiger Schritt hin zur Verwirklichung der nächsten Erweiterungsrunde gesehen, die Bedeutung der Zusammenkunft jedoch skeptisch betrachtet. Die Abwesenheit der Türkei dominierte die Berichterstattung in *Le Monde*. Philippe Lemaître beispielsweise sah durch die türkische Blockadehaltung das gesamte Konzept der Konferenz gefährdet.⁵²⁶ Auch Nicole Pope betrachtete in ihrer Analyse in *Le Monde* die Zielsetzung der Europäischen Konferenz durch die Abwesenheit der Türkei bereits vor der Eröffnung des Zusammentreffens in London gescheitert:

„L’absence de la Turquie à l’ouverture de la Conférence européenne de Londres est paradoxale si l’on se souvient que le concept même de cette conférence avait été développé en grande partie pour lui permettre de prendre sa place dans le processus d’élargissement de l’Union sans pour autant l’inclure sur la liste officielle des candidats. Le stratagème n’a visiblement pas atteint son but.“⁵²⁷

Die Presse wertete die Konferenz stark als rein symbolischen Akt – von größerer Wichtigkeit sei, so die vorherrschende Analyse, die anstehende Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit den ersten Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern).⁵²⁸ Baudouin Bollaert hielt in *Le Figaro* im Hinblick auf die unmittelbar anstehende und auf zukünftige Erweiterungen nach Osten ein Forum wie die Konferenz für sinnvoll, auch wenn er in einer zu großen Ausdehnung der EU ein Risiko sah:

„[...] cette enceinte où l’on pourra parler de tous les sujets, sauf des négociations d’adhésion, devrait permettre de réduire les fractures au sein du Vieux Continent avant de s’ouvrir, un jour peut-être, aux exclus de l’ex-Yougoslavie... L’élargissement de l’UE s’annonce comme un exercice aussi salutaire que périlleux. Salutaire parce que Staline n’a plus d’héritiers et que les satellites de l’ex-Urss aspirent à rejoindre la famille communautaire; périlleux parce

⁵²⁶ Philippe Lemaître: „L’élargissement de l’Europe s’engage laborieusement“, *Le Monde* 12.3.1998.

⁵²⁷ Nicole Pope: „Ankara attend un geste des Européens“, *Le Monde* 12.3.1998.

⁵²⁸ Vgl. z.B. Philippe Lemaître: „L’élargissement de l’Europe s’engage laborieusement“, *Le Monde* 12.3.1998.

qu'une Union élargie risque de ployer sous le nombre et que l'Europe, au cours de son Histoire, n'a jamais su définir ses frontières orientales.⁵²⁹

Bollaert wies deutlich darauf hin, dass ein entscheidender Unterschied zwischen der jetzt anstehenden und den vorangegangenen Erweiterungen der EU im Fehlen einer bisher den Erweiterungen immer vorausgegangenen Institutionenreform bestehe und betrachtete dies als potentielle Schwächung der EU. Eine Lösung sah er angesichts der nicht ausreichenden Ergebnisse von Amsterdam und angesichts der großen Zahl der potentiellen neuen EU-Mitglieder bis zu einer umfassenden Reform nur in Formen verstärkter Zusammenarbeit. Dass die Verwirklichung der französischen Forderung nach einer Institutionenreform auch zu diesem Zeitpunkt weiterhin nicht absehbar war, wurde insgesamt in der Presse deutlich kritischer gesehen als vom Staatspräsidenten. Auch in der Berichterstattung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen in der Presse überwog die Skepsis.

Die Berichterstattung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen in der Presse

Le Monde berichtete ausführlich über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Staaten am 30. und 31. März 1998. Neben der Vermittlung der Fakten zu den Beitrittspartnerschaften und dem weiteren Verlauf des Verhandlungsprozesses spielte v.a. die Zypern-Frage eine Rolle.⁵³⁰ Außerdem wurden die durchweg positiven und erwartungsvollen Reaktionen der mittel- und osteuropäischen Staaten auf die sich konkretisierende Beitrittsperspektive dargestellt.⁵³¹ Mit der Abbildung dieser Haltung setzte *Le Monde* wieder einen deutlichen Kontrapunkt zu den Schwierigkeiten der EU, ihre Institutionen und Entscheidungsmechanismen den bevorstehenden Herausforderungen anzupassen: Im Angesicht der historischen Bedeutung der Osterweiterung, die auch Chirac immer wieder betone, beschäftigte sich die EU vorwiegend mit Verfahrensfragen – und schaffe es vorerst nicht, eine Lösung zu finden, die sowohl im Interesse der alten wie im Sinne der potentiellen neuen Mitgliedsstaaten wäre. Mit der in einer erweiterten Union potentiell grundsätzlichen Schwierigkeit, dieses gemeinsame Interesse zu finden, beschäftigte sich Henri de Bresson im

⁵²⁹ Baudouin Bollaert: „Elargir sans affaiblir“, *Le Figaro* 12.3.1998.

⁵³⁰ Mit Zypern wurden Verhandlungen eröffnet, obwohl eine Lösung für die in einen griechischen und einen türkischen Teil geteilte Insel nicht in Sicht war und obwohl der Konflikt um Zypern auch die Annäherung der Türkei an die EU gefährden konnte. Frankreich, das zunächst gegen die Aufnahme der Verhandlungen mit Zypern war, schloss sich auf einem Außenministertreffen in Edinburgh der Mehrheitsmeinung in der EU an. Vgl. u.a. Patrice de Beer/Philippe Lemaître: „Paris accepte l'ouverture de négociations sur l'adhésion de Chypre à l'UE“, *Le Monde* 17.3.1998 und Henri de Bresson: „La question de Chypre gêne l'ouverture des négociations d'élargissement de l'UE“, *Le Monde* 2.4.1998. Vgl. außerdem Philippe Lemaître: „Bruxelles dicte ses conditions aux pays candidats à l'Union“ und Henri de Bresson: „Les Européens face à l'imbroglio chypriote“, beide in *Le Monde* 31.3.1998.

⁵³¹ Vgl. Henri de Bresson/Philippe Lemaître: „Les Quinze ont lancé solennellement le processus d'élargissement de l'Union européenne à l'Est“, *Le Monde* 1.4.1998.

Nachklang zur Eröffnung der Verhandlungen in *Le Monde*. Er widmete sich der Frage einer Neudefinition Europas nach der Erweiterung und sah in diesem Punkt die größten Debatten und Schwierigkeiten auf die EU zukommen:

„Après l’effondrement du monde soviétique, l’élargissement a d’abord été affaire de morale. Bien d’autres considérations stratégiques sont venues, depuis, modifier les termes du débat. [...] L’enjeu, alors que s’ouvrent ces négociations, n’est plus de savoir comment on va s’y prendre pour intégrer les nouveaux pays, ni combien de temps cela va durer. Il est bien de définir une vision politique pour ce nouvel ensemble en gestation, d’orienter les politiques de l’Union européenne pour lui donner une cohérence et un horizon.“

De Bresson zeichnete die verschiedenen potentiellen Konfliktfelder der Erweiterung nach: Netto-Empfänger gegen Netto-Zahler, Priorität auf wirtschaftlicher oder auf politischer Integration, potentielle neue gegen alte Mitgliedsstaaten, und sah insgesamt schwierige Zeiten auf die EU zukommen:

„Le débat ne fait que commencer. [...] Le dernier élargissement, qui avait conduit à l’adhésion de la Suède, de la Finlande et de l’Autriche, a ouvert plus de questions qu’il n’a apporté de réponses. Les nouvelles négociations s’ouvrent en fait dans une situation de grand flou. [...] Ce serait le pire service à rendre à tous que de laisser miroiter aux démocraties de l’Est une intégration sur un projet aussi peu défini. [...] Il s’agit, pour les nouvelles démocraties de l’Est, de sortir de l’isolement dans lequel elles se sont souvent senties replongées depuis l’éclatement de l’ex-empire soviétique. Et il s’agit d’éviter qu’elles ne soient tentées, une fois entrées dans la future Union, de remettre en cause des règles du jeu qu’elles n’auraient accepté que facticement. Les difficultés des élargissement passés, pas toujours bien acceptés par les populations, incitent en tout cas à la réflexion.“⁵³²

Zu diesen und anderen Zukunftsfragen der EU äußerte sich Jacques Chirac Mitte April 1998 in einer großen Pressekonferenz zu Europa.

3. Chiracs Pressekonferenz zu Europa

Am 16. April 1998 lud Chirac zu einer Pressekonferenz zu Europa in den Elysée-Palast. Es ging um eine grundsätzliche Klarstellung seiner Position zu den aktuellen Entwicklungen in Europa, besonders im Währungsbereich. Auch die Erweiterung spielte eine wichtige Rolle. Neben der europäischen Aktualität standen auch innenpolitische Motivationen hinter der Initiative des Präsidenten. Die Pressekonferenz fand unmittelbar vor einer Debatte in der Nationalversammlung zur Währungsunion mit einer Erklärung von Premierminister Jospin statt. Mit seiner Intervention lag Chirac daher zeitlich vor der Erklärung Jospins vor der Nationalversammlung – ein während Kohabitations-Zeiten nicht zu vernachlässigender Aspekt. Ein Jahr nach der Parlamentsauflösung musste der Präsident versuchen, seine

⁵³² Beide Zitate aus Henri de Bresson: „Elargir pour quelle Europe?“, *Le Monde* 3.4.1998.

Autorität zu bestätigen, wozu ihm ein europäisches Thema eine gute Möglichkeit bot. Außerdem konnte er durch eine klare Positionsbestimmung im Hinblick auf die Europawahlen 1999 dem *Front National* wichtige Gelegenheiten zur Profilierung nehmen. Und schließlich war die Qualifikation Frankreichs für den Euro, deren endgültige Bestätigung beim Gipfel Anfang Mai erfolgen sollte, eine Chance, die Regierung Juppé und ihre Verdienste in diesem Bereich noch einmal zu loben und in Erinnerung zu bringen.⁵³³ Einige Kommentare in der Presse im Vorfeld von Chiracs Äußerung hoben diese innenpolitischen Aspekte besonders hervor, auch wenn die Journalisten durchaus anerkannten, dass die Kommissionsempfehlungen zu den ersten Euro-Teilnehmerstaaten⁵³⁴ und der anstehenden Sondergipfels zum Euro Chiracs Initiative auch aus inhaltlichen Gründen rechtfertigten.⁵³⁵ Die Klarstellung Chiracs zu seinen europapolitischen Positionen war in ihrer Form ungewöhnlich, da der Präsident selten auf das Instrument der Pressekonferenz zurückgriff.⁵³⁶ Auch aus diesem Grund verdiente Chiracs Klarstellung seiner europapolitischen Haltung besondere Beachtung.⁵³⁷

Jacques Chiracs Europavision

Inhaltlich fand sich in Chiracs Äußerungen während der Pressekonferenz wenig Neues und auch die Konzepte, auf die Chirac zur Vermittlung seiner Vorstellungen zurückgriff, entstammten dem traditionellen Bestand der außenpolitischen Kultur Frankreichs in Bezug auf Europa. Das bei Chirac so gut wie immer auftauchende Friedensmotiv als Begründung für die europäische Einigung fand sich auch hier (Kategorie Frieden). Die Erweiterung wurde vom Präsidenten als historische Aufgabe und moralische Verpflichtung gesehen sowie als einzige Möglichkeit, in Europa dauerhaft Frieden und Demokratie zu bewahren. Die mit der Aufnahme erster Beitrittsverhandlungen in eine konkrete Phase getretene Erweiterung

⁵³³ Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s’exprimera sur l’Europe avant Lionel Jospin“, *Le Monde* 16.4.1998.

⁵³⁴ Bei einer Sondertagung des Rates in Brüssel vom 1. bis zum 3. Mai 1998 entschieden die Staats- und Regierungschefs, dass Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland zum gegebenen Zeitpunkt die Kriterien für die Einführung der einheitlichen Währung am 1. Januar 1999 erfüllten. Vgl. u.a. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 30/S. 353: „Sondertagung des Rates der Europäischen Union“, Bonn, 11.5.1998.

⁵³⁵ Vgl. Bruno Sezec: „Le ‚cadraage‘ européen de Jacques Chirac“, *Le Figaro* 15.4.1998. Vgl. auch Baudouin Bollaert: „Les ‚mamelles‘ de l’Union“, ebd., Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s’exprimera sur l’Europe avant Lionel Jospin“ und Henri de Bresson: „Monnaie unique, élargissement: l’Union en phase de mutation“, beide in *Le Monde* 16.4.1998 sowie Henri de Bresson/Philippe Lemaître/Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s’exprime sur l’Europe avant le débat à l’Assemblée nationale“, *Le Monde* 17.4.1998.

⁵³⁶ Außer im Ausland und nach wichtigen Gipfeltreffen hatte Chirac in seiner Amtszeit erst zweimal große Pressekonferenzen abgehalten: am 13. Juni 1995, um die Wiederaufnahme der französischen Atomtests bekanntzugeben und am 14. Juli 1995 zum Nationalfeiertag. Nach 1995 griff Chirac am Nationalfeiertag wieder auf das klassische Instrument des Fernsehinterviews zurück.

⁵³⁷ Vgl. zu diesem Aspekt z.B. Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s’exprimera sur l’Europe avant Lionel Jospin“, *Le Monde* 16.4.1998.

identifizierte Chirac als eines der wichtigsten europäischen Ereignisse des Jahres 1998, neben der Euro-Einführung und der Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam:

„[...] l'élargissement [c'est] l'accomplissement d'un dessein historique: réaliser enfin l'unité de l'Europe, de tous les Européens, dans l'espace qu'ont défini la géographie, l'histoire et la civilisation européenne. C'est un devoir moral en faveur des peuples que la dictature communiste avait interdits d'Europe. C'est aussi une absolue nécessité si l'on veut enraciner sur notre continent à la fois la paix et la démocratie.“⁵³⁸

Chirac wiederholte außerdem die französische Position, nach der es keine Erweiterung ohne vorhergehende Institutionenreform geben könne. Europa war und blieb in Chiracs Darstellung eine Möglichkeit für Frankreich, seine Handlungsspielräume in den internationalen Raum zu verlängern und damit Europa als zusätzliche politische Ebene für die Vertretung französischer Interessen einzuspannen (Kategorien Interesse, Resonanz und multipolare Welt). Chirac formulierte dieses klassische Argument französischer Europapolitik in seiner Pressekonferenz sehr explizit:

„L'Europe, qui a été longtemps notre horizon, est désormais notre vie quotidienne. Grâce à elle, nous seront plus forts, chez nous comme sur la scène internationale. [...] Voilà mon ambition et c'est pourquoi [...] je vous indiquais ma conviction: l'Europe, je le répète, ce sera une France plus forte et plus moderne.“

Dass die für Frankreich vorteilhafte Verwendung Europas als zusätzliche Ebene zur Politikgestaltung auch durch die Erweiterung nicht gefährdet werden dürfe, wurde sehr deutlich, als Chirac in der Pressekonferenz auf einer den französischen Interessen entsprechenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beharrte:

„La réforme de la politique agricole commune n'a pas seulement pour objet de la rendre compatible avec le monde moderne, de la rendre compatible avec l'élargissement à des pays qui ont des terres agricoles potentielles importantes, mais aussi compatible [...] avec l'Organisation mondiale du commerce. [...] il y a donc une date butoir [...]. Alors dans cet esprit, la Commission a fait ses propositions. [...] Ces propositions de baisse des prix ne sont pas acceptables en l'état, les baisses sont beaucoup trop importantes, et c'est particulièrement inadapté en ce qui concerne la France dans le domaine bovin, dans le domaine laitier et d'ailleurs aussi dans le domaine des oléagineux. Il ne faut pas oublier que la France représente, à elle toute seule, la moitié de la production européenne et que l'on ne peut pas imaginer qu'elle soit traitée à la légère ou par des gens qui connaîtraient mal ces problèmes. Deuxièmement, cette réforme ne tient pas compte de ce qui est pour nous un élément essentiel, c'est l'affirmation de la vocation exportatrice de l'Europe en matière agricole. C'est un point essentiel. Je sais qu'aujourd'hui on dit que les agriculteurs doivent tenir compte de l'environnement etc. C'est très bien, mais les agriculteurs ne sont pas des jardiniers au profit

⁵³⁸ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur le thème de l'Europe, Palais de l'Élysée 16.4.1998.

des intérêts de citoyens en quête de rêves. Ce sont des producteurs et donc il faut en avoir conscience.“⁵³⁹

Eine grundsätzliche Änderung der Prinzipien der GAP hätte ein wesentliches Element der französischen Europapolitik gefährdet und Chirac hätte große Schwierigkeiten gehabt, diese Veränderung gegenüber der französischen Bevölkerung und besonders gegenüber den Landwirten überzeugend zu vermitteln. Zumindest mit den traditionellen französischen Vermittlungskonzepten zu Europa wäre dies nur schwer möglich gewesen. Mit der Kategorie Interesse verbundene Motive fanden daher in Bezug auf die GAP im Zusammenhang mit der Erweiterung bei Chirac wieder nur negative Verwendung.

Pressebewertung

Auch wenn die überwiegend innenpolitisch verortete Motivation für Chiracs Pressekonferenz in der gesamten Presseberichterstattung durchschien, wurde gleichzeitig die Initiative des Staatspräsidenten angesichts der anstehenden europäischen Herausforderungen begrüßt. Ein ernsthaftes Interesse Chiracs an einem konstruktiven Fortschreiten der europäischen Einigung wurde von der Presse mehrheitlich anerkannt. Anne Fulda konstatierte in *Le Figaro* in einer grundsätzlichen Bewertung der Haltung Chiracs zur europäischen Integration klare europäische Überzeugungen des Präsidenten, auch wenn sie ihn weiterhin eher als „Européen de raison, un Européen pragmatique“ denn als wirklichen Herzenseuropäer sah:

„Et il faut bien constater que le chef de l'Etat, que l'on a souvent jugé changeant, voire fluctuant dans ses convictions européennes, fait preuve, depuis qu'il est élu, d'une constance, voire même d'un prosélytisme proprement étonnants. Devenu l'ardent avocat d'une cause qu'il a autrefois combattue, il souhaite faire de l'euro ,la grande affaire de son septennat'.“⁵⁴⁰

Auch Eric Zemmour lobte, in seinem Kommentar zu Chiracs Pressekonferenz in *Le Figaro*, in einer ähnlichen Bewertung wie Fulda, den politischen Mut des Staatspräsidenten, sich trotz Kohabitation und starken Gegenwinds auch aus den eigenen Reihen deutlich zu seinem europäischen Engagement zu bekennen:

„Jacques Chirac a dissous l'Assemblée nationale au nom de l'Europe. Il a sacrifié sa majorité parlementaire sur l'autel de l'Europe. Mais il ne varie pas. Hier, comme il y a un an, le Président a délivré un discours européen, sans nuance ni hésitation. [...] En un mois, entre son

⁵³⁹ Ebd. Ähnlich äußerte sich Chirac noch einmal im Oktober zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa rencontre avec la profession agricole, Aurillac 2.10.1998.

⁵⁴⁰ Anne Fulda: „Jacques Chirac: au nom de l'Europe“, *Le Figaro* 16.4.1998. Kursivsetzung im Original.

discours musclé contre le Front national⁵⁴¹ – ‚parti raciste et xénophobe‘ – et son intervention farouchement européenne d’hier, Jacques Chirac a écrit son destin de président. Pour le meilleur ou pour le pire. Il a choisi son terrain, sa campagne et ses électeurs. Pour sa réélection ou son échec final. Il a brûlé ses vaisseaux. Et contraint la droite à le faire avec lui.⁵⁴²

Weiterhin wurde in der Bewertung von Chiracs Pressekonferenz mehrfach auf sein Engagement für eine bürgernähere europäische Integration verwiesen. Ein solches Engagement und eine positive Darstellung Europas, die den Schwerpunkt auf Chancen und nicht auf Gefahren und Risiken legte, war seit Chiracs Amtsantritt von der Presse gefordert worden. Chirac war dieser Aufforderung vor 1998 nur teilweise nachgekommen, beispielsweise in seinem sozialpolitischen Memorandum aus dem Jahr 1996. Nach Ansicht der Analysten in *Le Monde* wandte sich Chirac in seiner Pressekonferenz besonders gegen die Euroskeptiker, denen er entgegenhielt, dass er ihre Ängste und Befürchtungen zwar verstehe, dass diese aber nicht gerechtfertigt seien, da Europa keine Bedrohung, sondern im Gegenteil eine Chance darstelle. In diesem Zusammenhang charakterisierten Pascale Robert-Diard und Claire Tréan Chiracs Europaprojekt als pragmatisch und am täglichen Leben der Franzosen orientiert. Damit sei es für viele Franzosen besser annehmbar als beispielsweise die großen Visionen François Mitterrands, so Robert-Diard und Tréan:

„A l’inverse de son prédécesseur, Jacques Chirac plaide moins pour un grand dessein historique que pour une Europe pragmatique, ‚quotidienne‘, dit-il, et qui n’avance que sous contrôle des Etats souverains. C’est son aspect le plus rassurant. L’idée européenne de François Mitterrand donnait à beaucoup le sentiment d’une avancée à l’aveugle, d’un engrenage inéluctable vers un objectif non avoué dont ils ne voulaient pas: celui du fédéralisme.“⁵⁴³

Der Grad an Übereinstimmung zwischen Staatspräsident und Presse sowie das Lob, welches Chirac von den Journalisten erhielt, waren außergewöhnlich. Nur *Libération* hob sich in diesem Punkt mit einer kritischeren Einschätzung ab. Gilles Bresson vermisste in seiner Bewertung von Chiracs Auftritt Schwung in dessen Rede („Une prestation sans souffle“) und stellte in seiner Berichterstattung das Eingehen Chiracs auf die Ängste und Befürchtungen der

⁵⁴¹ Chiracs Rede war vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich bei den Regionalwahlen im März 1998 fünf Spitzenkandidaten der gemäßigten Rechten, alle Politiker der UDF, mit Hilfe der Stimmen von Mandatsträgern des *Front National* zu Regionalratspräsidenten wählen ließen. Dies führte zu einer Grundsatzdebatte innerhalb der bürgerlichen Rechten über den Umgang mit dem *Front National*. Vgl. Joachim Schild (1998): *Front National – Spaltpilz für die bürgerliche Rechte*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-französischen Instituts Ludwigsburg, April 1998; Medard Ritzenhofen (1998): „Chirac punktet, Jospin gewinnt. Zur politischen Lage im Kontext der Regionalwahlen“, in: *Dokumente 2/1998*, S. 92-96 sowie Jürg Altwegg (1998): „Der Triumph der Nouvelle Droite“, in: *Dokumente 3/1998*, S. 208-216.

⁵⁴² Eric Zemmour: „Les vaisseaux brûlés“, *Le Figaro* 17.4.1998. Kursivsetzung im Original.

⁵⁴³ Pascale Robert-Diard/Claire Tréan: „Jacques Chirac plaide pour une Europe des nations“, *Le Monde* 18.4.1998. Kursivsetzung im Original.

Franzosen in Bezug auf Europa in den Vordergrund.⁵⁴⁴ Im Hinblick auf die fast durchweg ungewöhnlich positive Berichterstattung zu Chiracs Auftritt ist jedoch anzumerken, dass ein wesentlicher Kritikpunkt der sonstigen europapolitischen Berichterstattung in diesem Falle wegfiel, da die Erweiterung aus Aktualitätsgründen keine dominante Rolle in der Pressekonferenz spielte. Die mangelnde Vorbereitung der EU auf die Aufnahme neuer Mitglieder stand daher bei dieser Gelegenheit nicht im Zentrum der Pressebewertung.

In der zweiten Jahreshälfte trat das Thema Erweiterungsvorbereitung der EU wieder stärker in den Vordergrund. Sowohl der Europäische Rat von Cardiff als auch der Europäische Rat von Wien hatten u.a. zur Aufgabe, die Institutionenreform der EU weiter voranzutreiben. Mit der Eröffnung der ersten Kapitel in den Beitrittsverhandlungen im November wurde außerdem erneut deutlich, dass der Erweiterungsprozess fortschritt, während bei den EU-Reformen weiterhin überwiegend Stillstand herrschte.

4. Weiterentwicklungen im Erweiterungsprozess und bei der Reform der EU-Institutionen in der zweiten Jahreshälfte 1998

4.1 Europäischer Rat von Cardiff

Die Tagung des Europäischen Rates in Cardiff am 15. und 16. Juni 1998 führte im wesentlichen die Zielsetzungen und Beschlüsse der Gipfel von Amsterdam und Luxemburg weiter. Wichtigste Themen waren die Wirtschafts- und Währungsunion, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und weitere Schritte zur Schaffung einer bürgernahen Union in den Bereichen Umwelt sowie Justiz und Inneres. Außerdem wurde über die Zukunft der EU debattiert, v.a. über die Anwendung des Amsterdamer Vertrages, über die Agenda 2000 und über die Erweiterung. Bezüglich der Agenda 2000 wurde eine Zwischenbilanz der Diskussionen gezogen. Als Ziel wurde formuliert, die Agenda noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 anzunehmen. Daher wurde beschlossen, dass die Arbeiten an der Agenda intensiviert werden solle, um bereits beim nächsten Ratstreffen in Wien im Dezember deutliche Fortschritte nachweisen zu können. Eine Gesamteinigung solle möglichst bis März 1999 erzielt werden. Weiterhin wurde in den Schlussfolgerungen des Rates festgehalten, dass nach der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages möglichst frühzeitig entschieden werden solle, wie und wann die im Vertrag nicht gelösten institutionellen Fragen geregelt werden sollten. Zur Erweiterung bestätigte der Rat im wesentlichen die Beschlüsse von Luxemburg und zog eine erste positive Zwischenbilanz der

⁵⁴⁴ Gilles Bresson: „Chirac: n’ayez pas peur de l’Europe“, *Libération* 17.4.1998.

am 31. März 1998 eröffneten Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien.⁵⁴⁵

Bewertung der Ergebnisse durch Chirac

Chirac zeigte sich in seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Jospin zufrieden mit den Ergebnissen des Gipfels. Er betonte besonders die Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen und das Festhalten an einem Europa der Nationalstaaten als Zukunftsperspektive der EU.⁵⁴⁶ Angesichts der vagen Ergebnisse des Gipfels zur Agenda 2000 und zur Erweiterung wurde Chirac nach möglichen negativen Einflüssen langsamer Verhandlungen über die Agenda auf den Erweiterungsprozess gefragt. Chirac sah solche Einflüsse nicht:

„Ce processus [de réflexion sur l’Agenda 2000] n’a aucun rapport avec le processus de négociation pour l’élargissement et, par conséquent, il n’est pas du tout susceptible de retarder l’élargissement. Nous souhaitons tous d’ailleurs, aussi bien Européens des Quinze que candidats, que l’élargissement se fasse le plus vite possible. Pour le moment, les travaux ont été engagés – vous savez, ce qu’on appelle l’examen de l’acquis communautaire, en anglais ‚screening‘ – est en train de se faire, cela a beaucoup progressé, avec les pays candidats. Cet exercice va se poursuivre par la négociation qui sera commencée; je souhaite qu’elle le soit le plus vite possible. Je ne suis pas en mesure de me substituer à la Commission, ni aux efforts que les pays eux-mêmes feront pour fixer une date, mais nous souhaitons tous que l’élargissement ait lieu le plus vite possible.“⁵⁴⁷

Beim Botschafterempfang am 26. August wiederholte Chirac seine Einschätzung, dass zwischen der Agenda 2000, der Reform der Institutionen und der Erweiterung kein Zusammenhang hergestellt werden dürfe, der die Erweiterung verzögern würde:

„Les négociations de l’Agenda 2000 et la réforme des institutions seront difficiles. Leur aboutissement est le préalable incontournable au prochain élargissement. Mais elles ne doivent en aucun cas servir de prétexte à en retarder l’échéance. Je le redis avec force: la France souhaite que puisse intervenir, dès que possible, l’adhésion de tous les pays candidats qui rempliront les conditions fixées par les traités. L’élargissement est un devoir moral et il est aussi une chance pour l’Europe. Les difficultés réelles qui devront être surmontées ne doivent pas nous faire perdre de vue l’intérêt à long terme de l’Union: constituer un ensemble démocratique, pacifique, puissant, prospère, de 500 millions de femmes et d’hommes. Le premier de la planète.“⁵⁴⁸

⁵⁴⁵ Vgl. Europäischer Rat Cardiff 15. und 16. Juni 1998, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁵⁴⁶ Vgl. für die französischen Positionen zu den Diskussionen in Cardiff auch den Gemeinsamen Brief Jacques Chiracs mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl an den amtierenden EU-Ratspräsidenten Tony Blair: Lettre commune du Chancelier fédéral de la République fédérale d’Allemagne et du Président de la République française au Président en exercice du Conseil européen, M. Tony Blair, Bonn et Paris, le 9 juin 1998.

⁵⁴⁷ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République française, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Cardiff 16.6.1998.

⁵⁴⁸ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la réception des Ambassadeurs, Palais de l’Elysée 26.8.1998.

EXKURS: Regierungswechsel in Bonn

Nach den Bundestagswahlen vom September 1998 bekamen Jacques Chirac und Lionel Jospin auf europäischer und bilateraler Ebene mit Gerhard Schröder als deutschem Bundeskanzler einen neuen Kooperations- und Ansprechpartner. Das deutsch-französische Verhältnis war bei Schröders Amtsantritt noch belastet vom Konflikt um die Bestimmung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank im Frühjahr 1998. Jacques Chirac war nicht bereit gewesen, dem u.a. von den Zentralbankchefs und von Deutschland unterstützten niederländischen Kandidaten Wim Duisenberg zuzustimmen und hatte überraschend den französischen Notenbankpräsidenten Jean-Claude Trichet als Alternative ins Spiel gebracht. Hintergrund für Chiracs Position war zum einen die Zielsetzung, für Frankreich zumindest einen gewissen Einfluss auf die ungeliebte, weil untrennbar mit einem starken stabilitätsorientierten deutschen Einfluss verbundene und französischen Traditionen entgegenstehende Institution EZB zu sichern. Zum anderen ging es Chirac im innerfranzösischen Zusammenhang jedoch auch darum, gegenüber Premier Jospin seine europapolitische Autorität zu demonstrieren und gegenüber der euroskeptischen Fraktion des RPR seine Durchsetzungskraft auf europäischer Ebene zu beweisen. Der Kompromiss, den Chirac auf europäischer Ebene schließlich mit dem Argument erzwang, über den EZB-Präsidenten hätten die Staats- und Regierungschefs und nicht die Zentralbankchefs zu entscheiden, sah vor, dass Duisenberg nach der Hälfte seiner achtjährigen Amtszeit aus persönlichen Gründen zurücktreten und den Weg für Trichet freimachen würde. Im deutsch-französischen Verhältnis hinterließ der Konflikt deutliche Spuren.⁵⁴⁹

Mit der Wahl Gerhard Schröders zum neuen deutschen Bundeskanzler Ende Oktober 1998 und dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung ergab sich für die deutsch-französischen Beziehungen eine neue Situation, die auch als „Chance zum Neubeginn“ gedeutet wurde⁵⁵⁰. U.a. beim Thema Wirtschafts- und Währungsunion näherten sich die deutschen und die französischen Positionen deutlich an. Bei den Fragen der Agenda 2000 und der Finanzen der EU verstärkten sich die deutsch-französischen Dissonanzen dagegen eher noch. Die Regierung Schröder stellte deutlicher als Helmut Kohl eine Trennung zwischen ihrer europäischen Verantwortung und den nationalen deutschen Interessen in den Mittelpunkt

⁵⁴⁹ Vgl. u.a. Jean-Pierre Froehly (1999): „Geänderte Rollenverteilung in der Außenpolitik. Mehr Pragmatismus und dezentrales Handeln“, in: *Dokumente* 1/1999, S. 18-22 und Hans Stark (1999): „Frankreich-Deutschland – die schwierige ‚relance‘“, in: *Dokumente* 3/1999, S. 184-192. Vgl. außerdem Medard Ritzenhofen (1998a): „Prestige und Staatsräson. Chiracs unvermeidlicher Europoker“, in: *Dokumente* 3/1998, S. 180-184 sowie de la Serre/Lequesne (1998c), a.a.O., S. 334.

⁵⁵⁰ Vgl. Joachim Schild/Henrik Uterwedde (1998): *Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-französischen Instituts Ludwigsburg, November 1998.

ihrer Politik. Deutschland war nicht mehr bereit, europäische Integrationsfortschritte im Zweifelsfall durch eine Aufstockung seines finanziellen Beitrags zu ermöglichen, sondern forderte im Gegenteil eine Senkung des deutschen Nettobeitrags durch eine gerechtere Gestaltung des EU-Budgets. Vor allem im Zusammenhang mit der Osterweiterung führte diese neue deutsche Haltung zu Diskussionen, weil die Regierung Schröder von ihren europäischen Partnern ein deutliches Engagement verlangte. Dies betraf beispielsweise den britischen Beitragsrabatt, die vorteilhafte Behandlung Spaniens bei den Kohäsionsfonds oder die französischen Privilegien bei der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der Stabilisierungsgedanke, der die Politik Helmut Kohls im Hinblick auf die Osterweiterung dominiert hatte, wich bei Gerhard Schröder einem stärker auf Kosten-Nutzen-Denken bezogenen Ansatz, auch wenn Deutschlands Rolle als Befürworter und Förderer einer schnellen Osterweiterung grundsätzlich nicht in Frage gestellt wurde. Allerdings betonte die neue deutsche Regierung, wie Frankreich, bereits in ihren Koalitionsvereinbarungen die Notwendigkeit einer der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten vorausgehenden Institutionenreform.⁵⁵¹

4.2 Die Eröffnung der ersten Kapitel der Beitrittsverhandlungen

Im Umfeld der Eröffnung der ersten Kapitel in den Beitrittsverhandlungen im Rahmen einer Außenministerkonferenz berichtete die französische Presse ausführlich. Der Tenor der Berichterstattung wurde bereits aus einigen Titeln deutlich: „Union européenne: l’ouverture à l’est piétine“ (*Le Figaro* 6.11.1998), „Adhésion des pays de l’Est: le défi fait hésiter les Quinze“ (*Le Figaro* 10.11.1998) oder „La perspective d’un élargissement rapide de l’Union européenne s’éloigne“ (*Le Monde* 10.11.1998). Sowohl die Position der EU und ihre noch nicht ausreichende Vorbereitung auf die Erweiterung als auch die Situation in den Kandidatenländern wurden thematisiert. Die Berichterstattung stand damit wieder in einem deutlichen Gegensatz zu den optimistischen und gleichzeitig unbestimmt bleibenden Äußerungen Chiracs, wie sie oben zitiert wurden.

Pierre Bocev stellte in *Le Figaro* die zahlreichen Reformanstrengungen dar, die von der EU vor einer Erweiterung noch unternommen werden müssten (Institutionenreform, Agenda 2000 etc.) sowie die Schwierigkeiten, welche die Unterteilung der potentiellen Beitrittskandidaten in mehrere Gruppen mit sich bringe. Die unterschiedlichen Positionen und Präferenzen der

⁵⁵¹ Vgl. für eine Einschätzung der neuen deutschen Haltung z.B. William E. Paterson/Charlie Jeffery (1999): „Deutschland, Frankreich – und Großbritannien? Eine britische Sicht deutscher Europa-Politik“, in: *Internationale Politik* 11/99, S. 19-27 sowie Hans-Peter Schwarz (1999): „Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent“, in: *Internationale Politik* 11/99, S. 1-10 und Stark (1999), a.a.O. Vgl. außerdem die Beiträge im Dossier „Bonn-Paris: Wie geht es weiter?“, in: *Dokumente* 6/1998, S. 444-470.

Mitgliedsstaaten in Bezug auf den Erweiterungsprozess insgesamt und auf die Reihenfolge der aufzunehmenden Staaten ließen aus seiner Sicht erste Beitritte zum Jahr 2003 ausgeschlossen erscheinen. Jean-Louis Validire analysierte, ebenfalls in *Le Figaro*, ergänzend soziale und wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung. Stichworte waren hier beispielsweise Lohn- und Sozialdumping sowie die großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den aktuellen und den potentiellen EU-Mitgliedsstaaten.⁵⁵²

Auch Philippe Lemaître wies in *Le Monde* auf die zahlreichen noch offenen Punkte hin, die vor der Erweiterung gelöst sein müssten. Wie Pierre Bocev in *Le Figaro* sah auch Lemaître angesichts der Vielfalt der Positionen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zu diesen Fragen keine schnelle und gleichzeitig gute Lösung für die Zukunft der Union:

„La lecture des derniers ‚avis‘ de la Commission fait bien comprendre qu’il ne suffit pas de négocier pour opérer les rattrapages nécessaires et que la marche forcée, plus ou moins imposée par Bruxelles n’a pas de sens. Le Royaume-Uni, les pays scandinaves, veulent aller vite. Mais les pays du Sud traînent des pieds. En dépit d’une sympathie sincère pour les pays candidats, la France, au-delà du discours officiel, est réticente et désabusée. ‚*Le vrai problème, c’est le nombre*‘, constate-t-on à Paris, où l’on est conscient que la réforme des institutions, telle qu’elle avait été projetée à Amsterdam, même si elle se fait, ne pourra pas avoir d’effet magique et sera insuffisante pour redonner à l’Union la capacité de décider. L’Europe élargie est-elle condamnée à devenir un vaste ensemble paralysé?“⁵⁵³

Philippe Lemaître ging in seiner Analyse weiterhin auf die unterschiedlichen Positionen der EU-Mitglieder zur Erweiterung ein, v.a. auf die geänderte Einstellung Deutschlands unter dem neuen Bundeskanzler Schröder. Die neue deutsche Haltung komme Frankreich durchaus entgegen, trotz früherer gegenteiliger Aussagen Chiracs in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, so Bocev:

„L’adhésion, initialement prévue par Bruxelles – simple hypothèse de travail – pour le 1^{er} janvier 2003, devrait plus vraisemblablement avoir lieu vers 2006 ou 2007. Telle est la conséquence de l’infléchissement de l’attitude de l’Allemagne, révélé le 24 octobre au sommet de Pörtlach par Gerhard Schröder, le nouveau chancelier. Un changement de cap spectaculaire qui est perçu avec compréhension en France. Peu importe s’il met en relief le caractère désinvolte des déclarations faites il n’y a pas si longtemps par Jacques Chirac (comme par Helmut Kohl) à Varsovie et à Budapest sur une entrée probable dès l’an 2000!“⁵⁵⁴

⁵⁵² Pierre Bocev: „Adhésion des pays de l’Est: le défi fait hésiter les Quinze“ und Jean-Louis Validire: „Un fossé social énorme“, beide in *Le Figaro* 10.11.1998.

⁵⁵³ Philippe Lemaître: „La perspective d’un élargissement rapide de l’Union européenne s’éloigne“, *Le Monde* 10.11.1998. Kursivsetzung im Original.

⁵⁵⁴ Ebd.

Jean Quatremer beschäftigte sich in *Libération* ebenfalls mit den Auswirkungen der geänderten deutschen Haltung. Für ihn hatte mit der Klarstellung des deutschen Bundeskanzlers Schröder zu den Schwierigkeiten der Erweiterung eine Phase der Heuchelei, an der auch Chirac maßgeblich beteiligt gewesen sei, ein Ende:

„L’élargissement de l’Union européenne? En dehors des Nordiques, personne n’ose plus avancer de date antérieure à 2006. Pourtant, il y a peu, en 1997, Jacques Chirac battait les campagnes de l’Est en promettant à ces pays qu’ils pourraient adhérer à l’Union d’ici à l’an 2000. Il n’était pas le seul à caresser dans le sens du poil les anciennes démocraties populaires soucieuses d’intégrer au plus vite le parapluie économique communautaire. Son partenaire d’alors, Helmut Kohl, tenait à peu près le même langage, comme la grande majorité des chancelleries européennes. La palme de la prudence revenait alors à la Commission, qui pariait sur janvier 2003 pour les premières adhésions... Seuls les Etats du Sud et l’Irlande, qui craignaient de faire les frais financiers de cet élargissement à des régions plus défavorisées qu’eux-mêmes, ne partageaient pas cet enthousiasme, mais sans oser le crier sur les toits. [...] Aujourd’hui, le ton a changé, ou, plutôt, l’hypocrisie a cessé.“⁵⁵⁵

Le Monde ging in diesem Zusammenhang auch auf Frankreichs ablehnende Haltung zu Vorschlägen der Kommission ein, Verhandlungen eventuell schon 1999 auch mit Lettland, Litauen, der Slowakei und Malta, das seinen Beitrittsantrag erneuert hatte, aufzunehmen. Frankreich gehe es hier, neben der Befürchtung, dass die EU sich zu viel zumute, auch darum, die dann letzten beiden verbleibenden potentiellen Kandidaten aus Osteuropa, Rumänien und Bulgarien, nicht zu isolieren, so die Analyse.⁵⁵⁶

4.3 Europäischer Rat von Wien

Beim deutsch-französischen Gipfel in Potsdam, dem ersten mit dem neuen deutschen Bundeskanzler Schröder, waren sowohl die Agenda 2000 als auch die Erweiterung wichtige Themen. Frankreich und Deutschland waren beide entschlossen, während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 die Verhandlungen über die Agenda 2000 abzuschließen und damit eine wichtige Voraussetzung für die Erweiterung zu schaffen. Uneinigkeit gab es zwischen Frankreich und Deutschland noch bezüglich der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Deutschland drängte auf eine Umgestaltung dieses kostenintensiven Politikbereichs, um seine mit der EU verbundene finanzielle Belastung verringern zu können. Frankreich war bei der Agrarpolitik jedoch nicht bereit, auf seine traditionellen Privilegien zu verzichten. Auffällig beim Potsdamer Gipfel war die Zurückhaltung aller drei Politiker, Chirac, Schröder und Jospin, bei der Definition eines

⁵⁵⁵ Jean Quatremer: „L’Union grince à l’élargissement“, *Libération* 11.11.1998.

⁵⁵⁶ Vgl. Philippe Lemaître: „Les Quinze limitent à six candidats les négociations d’élargissement de l’Union“, *Le Monde* 11.11.1998.

Zeitplans für die Erweiterung. Eine solche zögerliche Haltung entsprach bei weitem nicht mehr den früheren optimistischen Aussagen von Chirac und Bundeskanzler Kohl. Jacques Chirac schränkte seinen Optimismus aus den Jahren 1995/96 in Potsdam wie folgt ein:

„Ce qui est exact [...] c'est que l'on voit bien, au fur et à mesure où le temps passe, que les procédures risquent d'être un peu plus longues que prévu. Parce que ce sont des problèmes complexes, économiques, sociaux, et que les procédures seront probablement un peu plus longues que prévu mais cela ne met en rien en cause notre volonté commune d'élargir le plus vite possible, c'est-à-dire de faire entrer les pays prêts à entrer le plus rapidement possible.“⁵⁵⁷

Wie bereits vor dem Europäischen Rat von Cardiff formulierten Deutschland und Frankreich auch vor dem Gipfel von Wien im Dezember 1998 Themenvorschläge und Diskussionspunkte in einem Brief an die amtierende österreichische Ratspräsidentschaft. Der Brief griff zahlreiche Themen des deutsch-französischen Gipfeltreffens in Potsdam wieder auf. Beide Länder betonten ihre Bereitschaft, die finanziellen, strukturellen und landwirtschaftlichen Fragen der Agenda 2000 bei einem außerordentlichen Gipfel im März 1999 zu lösen. Daher wünschten sich Schröder und Chirac bereits beim Wiener Gipfel deutliche Fortschritte und die Festlegung von Optionen sowie eine erkennbare Kompromissbereitschaft aller Beteiligten. Beide waren der Ansicht, dass die bisher vorliegenden Elemente einer Reform der GAP unbedingt verbesserungswürdig seien und sprachen sich, besonders vor dem Hintergrund der Erweiterung, für eine gerechtere Verteilung der finanziellen Beiträge zur EU aus. Die mit sechs Ländern aufgenommenen Erweiterungsverhandlungen bewerteten sie insgesamt positiv. Neue Verhandlungen sollten jedoch zunächst nicht begonnen werden, so Schröder und Chirac:

„L'élargissement de l'Union européenne vers l'Europe centrale et du sud-est, est pour assurer durablement la paix et la stabilité en Europe, une tâche historique que nous devons réussir. Nous nous réjouissons que des progrès satisfaisants aient été accomplis dans le processus d'élargissement depuis le Conseil européen de Luxembourg de décembre 1997 et qu'un large consensus se soit dégagé parmi les pays membres en ce qui concerne les aides pré-adhésion. Le processus d'adhésion doit être poursuivi avec détermination et réalisme. Nous pensons qu'aucune décision ne doit être prise au Conseil européen de Vienne sur la question du démarrage de négociations avec d'autres pays candidats à l'adhésion.“⁵⁵⁸

Für Chirac und Schröder waren weiterhin die in Amsterdam nicht gelösten institutionellen Fragen, vor allem die Größe der Kommission sowie die Stimmengewichtung und die

⁵⁵⁷ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schröder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Potsdam 1.12.1998.

⁵⁵⁸ Lettre commune du Chancelier fédéral de la République fédérale d'Allemagne et du Président de la République française au Président en exercice du Conseil européen et Chancelier fédéral de la République d'Autriche, M. Viktor Klima, Bonn et Paris, le 8 décembre 1998.

Ausweitung des Anwendungsbereichs von Mehrheitsentscheidungen im Rat, unbedingt vor der Erweiterung zu regeln.

Ergebnisse des Europäischen Rates von Wien

In einer „Wiener Strategie für Europa“ definierten die Staats- und Regierungschefs beim Ratstreffen am 11. und 12. Dezember 1998 vier Bereiche, in denen schnelle europäische Initiativen notwendig seien und die außerdem die Möglichkeit böten, Europa seinen Bürgern näher zu bringen (Förderung der Beschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der Stabilität; Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität; Reform der Politiken und Institutionen der Union sowie Förderung von Stabilität und Wohlstand in Europa und weltweit).⁵⁵⁹

Zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Agenda 2000 konnten in Wien nicht endgültig geklärt werden. Daher wurde zunächst nur ein Zeitplan festgehalten, der vorsah, über die Agenda als Gesamtpaket beim Europäischen Rat von Brüssel im März 1999 Einigung zu erzielen. Vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 sollte die Agenda verabschiedet sein, so der Beschluss. Jacques Chirac bestand auf der französischen Position, die eine Stabilisierung der Netto-Ausgaben beinhaltete sowie bezüglich der EU-Eigenmittel eine Deckelung bei 1,27% des BIP, um einer Kostenexplosion vorzubeugen. Weiterhin sollten alle Mitglieder die Erweiterung mitfinanzieren und Lösungen für anstehende Probleme im Geiste des *Acquis communautaire* suchen, so Chirac. Daher lehne Frankreich eine von Deutschland vorgeschlagene Kofinanzierung der GAP ab, auch wenn es das Anliegen Deutschlands, seinen finanziellen Beitrag zu reduzieren, verstehe, so der Präsident:

„Alors, s’agissant de l’Agenda 2000, du cofinancement de la politique agricole, j’ai indiqué tout à l’heure que la France, au nom des principes, indépendamment d’autres considérations, ne considèrerait pas que cela puisse être une solution. Elle considère que ça ne peut pas être une solution dans la mesure où ce n’est conforme ni à l’esprit ni à l’acquis communautaire. Il y a d’autres moyens, probablement, de modifier des choses qui pourraient devoir l’être dans ce domaine, mais pas le cofinancement. Telle est notre position dans cette discussion.“⁵⁶⁰

Mit dem Verlauf der ersten Beitrittsverhandlungen und den Fortschritten weiterer potentieller Beitrittskandidaten zeigten sich die Staats- und Regierungschefs zufrieden. Für im Amsterdamer Vertrag nicht geregelte institutionelle Neuerungen im Hinblick auf die Erweiterung sollten beim Europäischen Rat von Köln Zeitplan und Vorgehensweise festgelegt

⁵⁵⁹ Vgl. Europäischer Rat Wien, 11. und 12. Dezember 1998, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, auch für die folgenden Ausführungen in diesem Abschnitt.

⁵⁶⁰ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Wien 12.12.1998.

werden. Wie schon beim deutsch-französischen Gipfel in Potsdam wehrten sowohl Chirac als auch Jospin auch in Wien die Frage nach einem möglichen konkreten Datum für erste Beitritte ab, Chirac mit folgenden Worten:

„Il y a, aujourd'hui, au sein des Quinze de l'Union une volonté clairement affirmée de tout faire pour que l'adhésion soit le plus rapide possible, en fonction de la situation de chacun des Etats candidats. Mais cela pose un problème économique, et d'ailleurs je ne crois pas que ce soit l'intérêt des Etats candidats d'entrer trop vite, car, à ce moment-là, le choc et les conséquences économiques, et donc sociales, risqueraient d'être excessifs. Donc, on ne peut pas encore citer de date. Enfin, c'est tout de même dans les tout prochains temps. [...] Vous savez, c'est notre intérêt à tous que, d'une part l'élargissement se fasse le plus vite possible, mais d'autre part qu'il se fasse le mieux possible. Cela suppose un effort de la part des Quinze. Mais cela suppose aussi, et parallèlement, un effort de la part de chacun des pays candidats.

Bewertung der Weiterentwicklung des Erweiterungsprozesses in der zweiten Jahreshälfte 1998

An den grundsätzlichen Gegebenheiten im Hinblick auf die Erweiterung hatte sich in der zweiten Jahreshälfte 1998 nichts geändert. Auf EU-Ebene stand weiterhin die Institutionenreform aus, an der die Staats- und Regierungschefs bei zwei Ratstreffen gearbeitet hatten. Der Erweiterungsprozess hatte nichtsdestoweniger begonnen und schritt zeitlich und inhaltlich wie geplant voran.

Optimistische Rhetorik und Zurückhaltung in Sachfragen

Jacques Chiracs Haltung war im Vergleich zum Vorjahr und zu den ersten Monaten 1998 weitgehend konstant geblieben, ebenso wie die von ihm verwendeten dominierenden Vermittlungskonzepte. Zielsetzung von Chiracs Politik blieb eine schnelle Verwirklichung der Erweiterung unter für Frankreich vorteilhaften bzw. zumindest akzeptablen Bedingungen. Dazu gehörten neben der Institutionenreform und einer Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik auch weiterhin einige Punkte, die durch die Erweiterung NICHT eintreten dürften. Beispielsweise dürfe die Union nicht verwässert werden, sondern müsse im Gegenteil ihre Strukturen und Ziele eindeutiger definieren („Mais l'élargissement ne doit pas se traduire par une dilution de l'Union. Il exige une clarification du projet européen qui passe par la mise en œuvre effective de la subsidiarité et la réforme des institutions.“⁵⁶²) und die Vertretung französischer Interessen, besonders in der Agrarpolitik, müsse weiterhin sichergestellt sein, so der Präsident.

⁵⁶¹ Ebd.

⁵⁶² Message du Président de la République à l'occasion de la journée de l'Europe, 9.5.1998.

Chirac sah, trotz ihres konditionalen Zusammenhangs, sowohl eine inhaltliche als auch eine zeitliche Trennung zwischen dem Erweiterungsprozess, d.h. hauptsächlich den Vorbereitungen der Bewerberstaaten, auf der einen Seite und der Anpassung von Strukturen und Entscheidungsmechanismen der EU auf der anderen. Der Abschluss der Institutionenreform müsse nach Chiracs Ansicht zwar vor der Aufnahme der ersten neuen Staaten liegen. Bis dahin könnten in der Einschätzung des französischen Staatspräsidenten beide Prozesse jedoch durchaus parallel laufen. Daher zeigte er sich wenig beunruhigt durch die Tatsache, dass die Beitrittsverhandlungen zügig vorangingen, der Abschluss der Institutionenreform jedoch noch nicht absehbar war. Die Sichtweise Chiracs mit einer strikten Trennung zwischen den Verhandlungen zur Institutionenreform und zur Agenda 2000 erschien angesichts der engen Verbindung zwischen den einzelnen Prozessen mehr konstruiert als realistisch. Auf diese Weise konnte Chirac jedoch rhetorisch eine Trennung vollziehen zwischen der grundsätzlich offenen Haltung Frankreichs gegenüber der Erweiterung auf der einen und seiner zurückhaltenderen Positionierung zu den konkret im Vorfeld der Erweiterung zu klärenden Sachfragen auf der anderen Seite. Trotz seines scheinbar ungebrochenen Optimismus, der weiterhin von einem positiven Verlauf des Beitrittsprozesses ausging, wurde Chirac, was einen möglichen Zeitplan für die Erweiterung anging, im Laufe des Jahres 1998 deutlich zurückhaltender. Auch aus Kreisen der Kommission und von Seiten der österreichischen Ratspräsidentschaft wurden zunehmend Zweifel daran laut, dass die einzelnen Schritte des Beitrittsprozesses so schnell abgeschlossen werden könnten, dass damit erste Beitritte zum Jahr 2002 oder 2003, wie von der Kommission als Arbeitshypothese ausgegeben, möglich sein würden.⁵⁶³

Kritisches Hinterfragen der französischen Position in der Presse

Die Presseberichterstattung war ebenfalls mehrheitlich skeptisch bezüglich einer schnellen Aufnahme der ersten Bewerberstaaten in die EU. Begründet wurden die pessimistischen Prognosen mit dem schlechten Stand der Vorbereitungen der EU, der unter anderem auf die großen Unterschiede in Positionen und Präferenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten zurückzuführen sei. Im Gegensatz zu den Äußerungen des Staatspräsidenten, der öffentlich weiterhin eine positive Haltung vertrat, sahen mehrere Analysten in der Presse hinter den Stellungnahmen Chiracs eine zunehmend zögerliche Einstellung zu einem Beitrittsprozess, der weiterhin nicht in allen Aspekten im Sinne Frankreichs verlaufe. Frankreich war

⁵⁶³ Vgl. z.B. Philippe Lemaître: „L’Union européenne essaie de faire patienter les pays candidats à l’adhésion“, *Le Monde* 12./13.7.1998.

beispielsweise ursprünglich nicht dafür gewesen, die ersten Kapitel der Beitrittsverhandlungen vor dem vollständigen Abschluss des *Screenings* des *Acquis communautaire* zu eröffnen, hatte sich in diesem Punkt aber der Kommission sowie der Mehrheit der anderen EU-Mitglieder und dem Druck der Kandidatenländer gebeugt. Frankreich hatte sich auch deutlich gegen den Vorschlag der Kommission ausgesprochen, mit weiteren Staaten Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. Die Neuausrichtung der deutschen Position zur Erweiterung, die der Regierungswechsel zu Gerhard Schröder mit sich brachte, und die ebenfalls zurückhaltender war als die optimistischen Aussagen und Versprechungen Helmut Kohls, komme daher, so die Einschätzung der Presse, Jacques Chirac durchaus entgegen, auch wenn sich der französische offizielle Diskurs nicht grundsätzlich geändert habe („En dépit d’une sympathie sincère pour les pays candidats, la France, au-delà du discours officiel, est réticente et désabusée.“⁵⁶⁴) Diese Verschiebung in der französischen Position, die sich aus einigen Aussagen Chiracs zumindest zwischen den Zeilen ablesen ließ, wurde in der Presse nicht nur kritisch gesehen. Einige Kommentatoren begrüßten im Gegenteil die Änderung der französischen Haltung als Schritt hin zu einer realistischeren Sicht auf die Erweiterung. Was die offiziellen Stellungnahmen anging, blieb es für Frankreich jedoch auch 1998 bei dem Gegensatz zwischen einem positiven und offenen Diskurs der Erweiterung und den Beitrittskandidaten gegenüber, der sich allerdings in einigen Punkten nicht mit der tatsächlichen Politik Chiracs deckte, wie beispielsweise bei der Institutionenreform oder der Reform der Agrarpolitik. Die Pressebewertung des Verlaufs des Erweiterungsprozesses wies auf diesen Widerspruch deutlich hin, indem sie zum einen die Aussagen Chiracs kritisch auf ihren Wirklichkeitsbezug hinterfragte und in dem sie zum anderen die Entwicklungen hin zur Erweiterung durch eine faktenreiche und ausgewogene Berichterstattung begleitete. Die Unentschlossenheit in der französischen Haltung, die sich aus den genannten Gegensätzen ableiten ließ, spiegelte sich auch in der Einstellung der französischen Gesellschaft zur Erweiterung wider.

5. Umfragedaten 1998

Die grundsätzlichen Zustimmungswerte zur EU hatten sich im Frühjahr 1998 in Frankreich nicht wesentlich verändert. 50% der Franzosen erachteten die EU-Mitgliedschaft Frankreichs als sinnvoll, gegenüber 13%, die sie ablehnten, wie das Eurobarometer 49⁵⁶⁵ ermittelte.⁵⁶⁶

⁵⁶⁴ Philippe Lemaître: „La perspective d’un élargissement rapide de l’Union européenne s’éloigne“, *Le Monde* 10.11.1998.

⁵⁶⁵ Eurobarometer 49, September 1998, Datenerhebung im April und Mai 1998, Europäische Kommission.

Dass Frankreich Vorteile habe durch seine Mitgliedschaft, sahen 46% der Franzosen (gegenüber 31%).⁵⁶⁷ Die Einschätzung, dass Frankreich von seiner EU-Mitgliedschaft profitiere, teilten Ende 1998 53% der Franzosen, während der Anteil derjenigen, die keine Vorteile erkannten, auf 27% sank.⁵⁶⁸

In Bezug auf die anstehende Erweiterung waren für Frankreich im Eurobarometer 49 zum Teil widersprüchliche Ergebnisse abzulesen. Insgesamt befürworteten im Frühjahr 1998 35% der Franzosen die Erweiterung. 22% waren zu diesem Thema unentschlossen. Mit diesen Werten lag Frankreich zwar immer noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt (44%), aber die Zustimmung war im Vergleich zum Herbst 1997 um sieben Prozentpunkte gestiegen. Auch die Zustimmung zu den einzelnen Bewerberländern war in diesem Zeitraum überdurchschnittlich gewachsen: + 11% für Zypern, + 9% für Tschechien, + 11% für Estland, + 9% für Ungarn, + 8% für Polen und + 10% für Slowenien.⁵⁶⁹ Das Eurobarometer nannte außerdem acht Beitrittskriterien für die Bewerberländer und ließ die Bevölkerungen der Mitgliedsländer deren Bedeutung bewerten.⁵⁷⁰ Die Franzosen nahmen die genannten Kriterien gemeinsam mit den Österreichern und den Niederländern am wichtigsten (87% der Befragten). Am bedeutsamsten eingeschätzt wurden in Frankreich die Achtung der Menschenrechte (98%), die Bekämpfung von Kriminalität und Drogen (94%) sowie der Umweltschutz (93%). Die im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedern sehr hohen Werte zu den einzelnen Kriterien bestätigten sich in der Eurobarometer-Umfrage 50 im Herbst 1998.

Neben der unentschlossenen Haltung der Franzosen zur Erweiterung bestand das allgemeine Informationsdefizit der Franzosen zur EU auch 1998 fort. Im Eurobarometer 49 sahen sich nur 21% der Franzosen ausreichend informiert. Insgesamt 76% wünschten sich viel mehr

⁵⁶⁶ „D’une façon générale, pensez-vous que le fait pour la France de faire partie de l’Union européenne est une bonne chose/une mauvaise chose/une chose ni bonne, ni mauvaise/ne sais pas“

⁵⁶⁷ „Tout bien considéré, estimez-vous que la France a bénéficié ou non de son appartenance à l’Union européenne?“

⁵⁶⁸ Eurobarometer 50, März 1999, Datenerhebung im Oktober und November 1998, Europäische Kommission.

⁵⁶⁹ „Plusieurs pays ont demandé à adhérer à l’Union européenne. Pour chacun des pays suivants, seriez-vous favorable ou défavorable à ce qu’à l’avenir il fasse partie de l’Union européenne?“

⁵⁷⁰ „Pour chacun des critères suivants, pourriez-vous me dire s’il vous semble important ou pas pour décider si un pays peut devenir membre de l’Union européenne ou non? 1. Ce pays doit respecter les Droits de l’Homme et les principes démocratiques, 2. Son niveau de développement économique doit être proche de celui des autres Etats membres, 3. Il doit accepter l’ensemble de ce qui a déjà été décidé et mis en œuvre tout au long de la construction européenne, 4. Son entrée ne doit pas coûter cher aux pays qui sont déjà membres, 5. Il doit être prêt à faire passer l’intérêt de l’Union européenne avant le sein, 6. Il doit lutter contre le crime organisé et le trafic de drogue, 7. Il doit protéger l’environnement, 8. Il doit pouvoir payer sa part du budget de l’Union européenne“

(32%) oder ein paar mehr Informationen (44%).⁵⁷¹ Auf der Prioritätenliste der Bereiche, zu denen die Franzosen mehr Informationen wollten, standen die Themen „Rechte als Bürger Europas“ und „Beschäftigung“ ganz vorne, mit jeweils 52% Zustimmung vor der „gemeinsamen Währung“ mit 47%. 26% der Franzosen wollten außerdem gerne mehr Informationen über die Arbeitsweise der europäischen Institutionen. Die anstehende Erweiterung gehörte nicht zu den herausragenden Themen, zu denen die Franzosen mehr wissen wollten.⁵⁷²

6. Zwischenfazit am Ende des Jahre 1998

Das Jahr 1998 setzte die bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres erkennbare Tendenz einer zunehmenden französischen Zurückhaltung bezüglich der Erweiterung fort, die deutlich im Kontrast stand zu den fast euphorischen Äußerungen der Jahre zuvor, besonders bei Chiracs Besuchen in den potentiellen Kandidatenländern. Es schien, als hätte die Perspektive des tatsächlichen Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder, wie sie sich in der Eröffnung der ersten Verhandlungen zeigte, zu einer Ernüchterung geführt und die Unterstützung deutlich abflauen lassen. Die schwierigen Verhandlungen über die finanziellen Aspekte der Agenda 2000 und besonders auch über die Agrarpolitik, die bei allen europäischen Zusammenkünften des Jahres auf der Tagesordnung standen, erforderten von Frankreich zunehmend einen Spagat zwischen seiner grundsätzlich positiven Einstellung zur Erweiterung auf der einen und der geringen Bereitschaft zu Konzessionen in bestimmten Politikbereichen auf der anderen Seite. Chirac musste sich beispielsweise bewusst sein, dass seine harte Position zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Dauer nicht zu halten sein würde. Er war jedoch zunächst, aufgrund der wichtigen Rolle des Themas in der französischen Europapolitik, wegen der starken landwirtschaftlichen Lobby in Frankreich und auch wegen seiner persönlicher Verbundenheit mit dem Politikfeld zumindest öffentlich nicht willens, im gesamteuropäischen Interesse von französischen Forderungen abzurücken.

⁵⁷¹ „Parmi les propositions suivantes, quelle est celle qui est la plus proche de votre opinion? J'ai réellement besoin d'en savoir beaucoup plus sur l'Union européenne/J'aimerais avoir quelques informations supplémentaires sur l'Union européenne/En ce qui me concerne, je suis satisfait de ce que je connais déjà/Ne sais pas“

⁵⁷² „Sur quels thèmes ou domaines d'action de l'Union européenne souhaiteriez-vous avoir plus d'informations? Les pays et les citoyens de l'Union européenne/La monnaie européenne/L'élargissement de l'Union européenne à de nouveaux pays/Vos droits en tant que citoyen européen/Le fonctionnement des institutions européennes/La politique étrangère-Les relations extérieures/Le marché unique européen/La politique en faveur de l'emploi/La politique agricole, la politique de la pêche/La politique de coopération et d'aide au développement, l'aide humanitaire/La politique en matière d'environnement et de sécurité nucléaire/La politique scientifique, de recherche et de développement/La politique régionale, l'aide aux régions les moins favorisées/Les mesures en faveur de l'éducation, de la formation et de la jeunesse/La politique audiovisuelle/La politique culturelle/La politique des consommateurs/La santé et les affaires sociales/Ne sais pas“

Nach der Ernüchterung des Amsterdamer Vertrages, in dem Frankreich einige wichtige Positionen nicht hatte durchsetzen können, bewegte sich 1998 auch der Erweiterungsprozess in Teilen in eine Richtung, die Frankreichs Vorstellungen zuwiderlief. Die von Frankreich initiierte Europäische Konferenz war aufgrund der Abwesenheit der Türkei nur ein Teilerfolg. Die Kommission und einige Mitgliedsstaaten, darunter bis zur Wahl Gerhard Schröders auch Deutschland, drängten auf eine weitere Beschleunigung des Erweiterungsprozesses, indem die Verhandlungen mit den ersten sechs Staaten ohne Abschluss des *Screenings* eröffnet wurden und gleichzeitig bereits eine Ausweitung des Kreises der Staaten, mit denen verhandelt wurde, als Option auftauchte. Frankreich betonte dagegen weiterhin die Bedeutung einer umfassenden Vorbereitung der Union, v.a. durch die Institutionenreform, bevor die ersten Staaten aufgenommen werden könnten. Chirac hielt vor dem Hintergrund der zunehmenden Schwierigkeiten der Verhandlungen zu diesem Thema seine Voraussage, im Jahr 2000 könnten die ersten neuen Mitglieder der EU beitreten, nicht mehr für realistisch, äußerte aber auch keine neue Prognose. Konstruktive Impulse für den Erweiterungsprozess gingen 1998 von Frankreich nicht aus. Eher erschien das Land zunehmend als Bremser, der vor der Aufnahme neuer Mitglieder in die Gemeinschaft seinen eigenen Besitzstand sichern wollte.

Zwischenfazit 1995 – 1998: Die Osterweiterung als abstrakte Perspektive im Hintergrund der französischen Europapolitik

Als Jacques Chirac im Mai 1995 zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, hatten die Vorbereitungen zur größten Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union bereits begonnen. Dennoch war die Erweiterung noch eine weitgehend abstrakte Zukunftsperspektive, vor allem für die europäischen Bürger und damit auch für die Franzosen. Bis Ende 1998 änderte sich am letzten Punkt nicht viel, zumal sich einige Aspekte der Verhandlungen im Vorfeld der Erweiterung als schwierig zu regeln erwiesen und noch kein konkretes Datum für die Aufnahme der ersten neuen Länder absehbar war. Im Mittelpunkt der europäischen Politik und auch der öffentlichen Wahrnehmung stand stärker die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, deren erste Mitglieder im Mai 1998 benannt wurden. Aus diesem Grund konnte es sich der französische Präsident erlauben, die Erweiterung noch nicht ins Zentrum seines Europadiskurses zu stellen, auch wenn sie im Hintergrund der Politikgestaltung bereits präsent war und wesentliche Entscheidungen der ersten Amtsjahre Chiracs bestimmte.

Der Gegensatz zwischen der Präsenz der Erweiterungsperspektive im politischen Handeln und der Abwesenheit dieses Themas im Europadiskurs wurde im Verlauf der ersten untersuchten Phase der Jahre 1995 bis 1998 immer problematischer. Zunehmend wurde deutlich, dass Frankreich zwar auf der einen Seite einen sehr offenen Diskurs gegenüber den Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa führte, auf der anderen Seite aber im Rahmen der konkreten Verhandlungen zur Vorbereitung von deren Aufnahme in die EU auf umfangreichen Vorbedingungen bestand und mit harten Verhandlungspositionen in die Diskussionen ging. Es zeichnete sich dennoch ab, dass Frankreich den Erweiterungsprozess nicht im gewünschten Maße beeinflussen und bestimmen konnte und statt dessen deutliche Abstriche bei einigen seiner Positionen z.B. im Verlauf der Regierungskonferenz zur Institutionenreform oder bei der Gestaltung der Europäischen Konferenz machen musste. Die Begründung einzelner europapolitischer Entscheidungen wurde für Chirac ohne eine offensive Einbeziehung der Erweiterung immer schwieriger. In den ersten untersuchten Amtsjahren Chiracs fand eine solche Einbeziehung weitgehend nur negativ statt, d.h. die Argumentation Chiracs stellte in den Mittelpunkt, was durch die Erweiterung alles nicht eintreten dürfe. Bei einer Betrachtung der in der vorliegenden Arbeit verwendeten Analysekatoren fiel die negative Verwendung in Bezug auf die Erweiterung vor allem bei mit folgenden Kategorien verbundenen Inhalten auf:

- **Interesse:** Die Erweiterung durfte in der Argumentation Chiracs nicht dazu führen, dass die Vertretung und Durchsetzung französischer Interessen in und durch Europa gefährdet würde. Hier ging es um eine entsprechende institutionelle Repräsentation und um Entscheidungsverfahren, die Frankreichs Einfluss sichern sollten. Gleichmaßen waren jedoch auch bestimmte Politikbereiche angesprochen. Dies galt in besonderem Maße für die Gemeinsame Agrarpolitik, deren für Frankreich vorteilhafte Grundprinzipien auf keinen Fall verändert werden sollten. In diesem Punkt war Frankreich bis Ende 1998 nicht zu einem Kompromiss bereit und bestand damit auf einer im Grunde unerfüllbaren Bedingung für die Umsetzung des Erweiterungsprozesses.
- **Resonanz:** Frankreichs Europapolitik hat nicht nur zum Ziel, die Interessen des Landes im Rahmen der europäischen Institutionen durchzusetzen, sondern strebt auch eine Verlängerung der französischen Wirkungs- und Strahlkraft über den nationalen und auch über den europäischen Rahmen hinaus an. Dieses in der Kategorie Resonanz zusammengefasste Streben kann nur umgesetzt werden, wenn die EU entsprechend aufgestellt ist. Daher galt es für Frankreich, im Zusammenhang mit der Erweiterung

auf jeden Fall eine Verwässerung der Union zu verhindern. Eine solche Verwässerung hätte möglicherweise bei einer Aufnahme neuer Mitgliedsländer ohne die entsprechenden Vorbereitungen bei den Institutionen und den Entscheidungsverfahren gedroht. Daher betonte Chirac immer wieder die Notwendigkeit einer umfassenden Institutionenreform vor der Aufnahme der ersten neuen Mitgliedsstaaten. In Amsterdam stimmte er jedoch einem diesen Aspekt nicht ausreichend berücksichtigenden Kompromiss zu.

- *Europe protection*: Jacques Chirac führte im Zusammenhang mit seiner sozialpolitischen Initiative die „soziale Dimension der Erweiterung“ ein, die für ihn darin bestand, dass die in der EU-15 bestehenden Sozialstandards durch die Erweiterung auf keinen Fall eine Veränderung nach unten erfahren durften. Sowohl gegen Steuer- als auch gegen Sozialdumping wollte Chiracs im Sinne der Europäer in den alten Mitgliedsstaaten vor der Erweiterung Sicherheitsgarantien eingerichtet sehen.

In einen positiven Zusammenhang mit der Erweiterung gestellt wurden dagegen in den ersten Amtsjahren Jacques Chiracs v.a. mit folgenden Analysekatogorien verbundene Motive und Konzepte:

- *Frieden*: Das Friedens- und Versöhnungsmotiv tauchte in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft in Chiracs Äußerungen zur Erweiterung mit Abstand am häufigsten auf. Die Erweiterung wurde präsentiert als historische Chance zur Wiedervereinigung des Kontinents und als Verpflichtung der westeuropäischen Länder gegenüber Mittel- und Osteuropa.
- *Deutschland*: Mit der Kategorie Deutschland verbundene Aspekte tauchten in Chiracs Reden und Stellungnahmen in den Jahren 1995 bis 1998 nur indirekt auf. Häufig ließen sie sich nachweisen, wenn es darum ging, Deutschland nicht alleine den Aufbau privilegierter Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten zu überlassen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Polen-Besuch Chiracs. Grundsätzlich ergab sich daraus zumeist eine positive Verwendung von mit der Kategorie Deutschland zusammenhängenden Motiven.
- *multipolare Welt*: Jacques Chirac beschrieb in seinen Stellungnahmen häufig die Vorteile, die eine Erweiterung der Union für deren weltweites Gewicht und ihren Einfluss auf die internationale Politik und Wirtschaft mit sich bringe. Diese Entwicklung komme dem französischen Ziel entgegen, Europa als einen der

wichtigsten Pole einer multipolaren Welt aufzubauen, so der Präsident. Allerdings stand die positive Verwendung dieses Konzepts in Bezug auf die Erweiterung bei Chirac unter dem Vorbehalt, dass Europa stark und handlungsfähig sein müsse und es sich nicht um einen einer Freihandelszone ähnelnden Zusammenschluss handeln dürfe. Diese Bedenken verbanden sich daher mit den im Zusammenhang mit der Kategorie Resonanz dargestellten französischen Schwierigkeiten mit der Erweiterungsperspektive.

- *Europe puissance*: Auch die Verwendung von mit der Kategorie *Europe puissance* verbunden Inhalten fiel in Bezug auf die Erweiterung zwiespältig aus. Die militärische und sicherheitspolitische Komponente, die hinter diesem Konzept steht, ist für Frankreich ein wesentlicher Teil des globalen Akteurs, als den es die sieht. In dieser Hinsicht war es von Vorteil, dass sich die Union vergrößerte und auch Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes mit einbezog. Allerdings wurde beispielsweise bei den Reisen Chiracs in einige der Bewerberstaaten darauf hingewiesen, dass diese sich in der Sicherheitspolitik deutlich stärker an der NATO und damit an den USA orientierten als an der EU. Daher blieb der Vorteil, den Frankreich aus der Erweiterung in diesem Bereich ziehen wollte, unter dem Vorbehalt der Kooperation der anderen, v.a. der neuen Mitgliedsstaaten.

Die Anwendung der Analysekatoren auf die ersten Amtsjahre Jacques Chiracs machte deutlich, dass zwischen wesentlichen Aspekten der traditionellen französischen Europakonzeption, wie sie in den Kategorien festgehalten ist, und den Entwicklungen hin zur Erweiterung Inkompatibilität oder zumindest Vereinbarkeitsprobleme bestanden. Das Friedens- und Versöhnungsmotiv war das einzige Konzept, das in Bezug auf die Erweiterung uneingeschränkt positiv verwendet wurde. Gleichzeitig gehört es zu der unverbindlichsten und abstraktesten der hier verwendeten Kategorien. Konzepte wie *Europe protection* und *Europe puissance* oder die Frage der Vertretung französischer Interessen in einer erweiterten Union erschienen dagegen deutlich zwiespältiger oder sogar negativ. Dies war umso problematischer als die von diesen Kategorien berührten Bereiche konkrete Fragen betrafen, die im weiteren Verlauf des Erweiterungsprozesses diskutiert und verhandelt werden mussten. Eine Neuausrichtung der Vermittlung Europas im Zusammenhang der Erweiterung war bei Chirac im den ersten Jahren seiner Präsidentschaft nicht zu erkennen.

In der öffentlichen Meinung in Frankreich spiegelte sich die Positionierung Chiracs zur Erweiterung wider. Grundsätzlich waren die Franzosen mehrheitlich von den Vorzügen der

europäischen Integration und den Vorteilen, die Frankreich davon habe, überzeugt und unterstützten auch das europäische Engagement Chiracs. Besonders viel Zustimmung fanden Aspekte der Europapolitik des Präsidenten, die sich auf die in der vorliegenden Analyse verwendeten Analysekategorien bezogen. Dazu gehörten beispielsweise europapolitische Positionen und Entscheidungen, die der Wahrung und Vertretung französischer Interessen in Europa dienten oder die sich auf die Stärkung der internationalen Rolle der EU und der damit verbundenen Ausstrahlungsmöglichkeiten auch für Frankreich bezogen. Schwierigere Akzeptanz fanden dagegen die sozialen Aspekte von Chiracs Politik. Rein auf Frankreich bezogen hieß eine Mehrheit der Franzosen Chiracs Initiativen in diesem Bereich gut. Sobald jedoch der Aspekt der Erweiterung ins Spiel kam, sank die Zustimmung der Franzosen. Die Erweiterung war der problematischste Teil in der französischen öffentlichen Meinung zu Europa in den ersten untersuchten Jahren der Präsidentschaft Jacques Chiracs. Zum einen bestand ein erhebliches Informationsdefizit über Ablauf und Konsequenzen der Aufnahme der neuen Mitglieder. Zum anderen ließ sich aber in Frankreich auch eine überdurchschnittliche Ablehnung der Erweiterung messen. Diese beruhte sicherlich zum Teil auf fehlendem Wissen über die Auswirkungen der Erweiterung. Zum Teil war sie jedoch, wie die Umfragedaten zeigten, auch mit der Angst vor einem Status- und Einflussverlust für Frankreich in der EU verbunden. Jacques Chirac wirkte mit seinen Äußerungen zur Erweiterung diesen Befürchtungen nicht entgegen, sondern verstärkte sie in einigen Aspekten sogar noch, beispielsweise in der Sozialpolitik. Auch die Taktik des Präsidenten, die problematischen Aspekte der Erweiterung in seinen Stellungnahmen zu vermeiden oder zu leugnen, trug nicht dazu bei, ein objektives Bild von einer EU der potentiell 27 Staaten zu vermitteln und mögliche Bedenken dagegen zu zerstreuen. Auch wenn keine direkte Auswirkung von Chiracs Politik auf das Meinungsbild der Franzosen zu einzelnen Fragen nachgewiesen werden kann, erscheint der Zusammenhang zwischen den beiden Untersuchungsebenen für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit von konstitutiver Bedeutung.

Die Presseberichterstattung der Jahre 1995 bis 1998 wies in vielen Fällen auf die nicht ausreichende Berücksichtigung der Erweiterungsperspektive in Chiracs Europadiskurs hin. Nach zum Teil deutlicher Kritik an der fehlenden Klarheit von Chiracs Positionierung zu Europa fand der Präsident nach seiner sozialpolitischen Initiative für seine Politik zwar durchaus Unterstützung in der Presse. Ausgenommen davon war jedoch Chiracs Vermittlung der Erweiterung. Hier blieb es bei der Forderung nach größerer Deutlichkeit, die sich in unterschiedlicher Form in allen drei berücksichtigten Zeitungen wiederfand.

Als Fazit der ersten vier untersuchten Amtsjahre Jacques Chiracs in Bezug auf die Europapolitik ist zunächst festzuhalten, dass sowohl in der Politikgestaltung als auch in ihrer Vermittlung die Kontinuität mit seinen Amtsvorgängern dominierte. Problematisch, besonders was die Vermittlung anging, war der Aspekt der Osterweiterung, den Chirac als erster französischer Präsident als wesentlichen Faktor seiner Europapolitik berücksichtigen musste. Durch die ausschließliche Konzentration auf die traditionellen Vermittlungskonzepte gelang es Chirac nicht, die neuen Gegebenheiten mit den bis dahin gültigen Schwerpunkten und Zielen französischer Europapolitik zu verbinden. Seine Argumentation konnte daher in diesem Punkt nicht überzeugen. Diese Tatsache schlug sich nieder sowohl in kritischen Bewertungen in der Presse als auch in negativen Umfrageergebnissen zur Erweiterung. Im Verlauf des hier untersuchten Zeitraums spitzte sich die Problematik der Diskrepanz zwischen Europapolitik und Europadiskurs des Präsidenten immer weiter zu. Mit dem Fortschreiten des Erweiterungsprozesses war eine weitere Verschärfung zu erwarten, da die Klärung bisher noch offener und für Frankreich entscheidender Fragen anstanden. Besonders die Reform der Agrarpolitik und institutionelle Neuregelungen bargen Konfliktstoff.

Kapitel X: Einigung über die Agenda 2000 auf dem Weg zu einer neuen Erweiterungsstrategie (1999)

Das Jahr 1999 begann mit einem der bedeutendsten Schritte in der Geschichte der europäischen Integration: Zum 1. Januar wurde in elf EU-Ländern der Euro als offizielle Währung eingeführt. Noch nicht als Geldscheine und Münzen, aber als europäische Währung im internationalen Finanzsystem. Die Wirtschafts- und Währungsunion war Wirklichkeit geworden. Im März ratifizierte Frankreich als letzter der EU-Mitgliedsstaaten den Amsterdamer Vertrag, der somit zum 1. Mai 1999 in Kraft treten konnte.

Zentraler Bezugspunkt bei zahlreichen Zusammenkünften im EU-Rahmen im Jahr 1999 war der Kosovo-Krieg. Die internationale Gemeinschaft musste gegen den serbischen Präsidenten Milosevic eingreifen. Im Gegensatz zu den kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien in der ersten Hälfte der 1990er Jahre trat die EU im Kosovo mit einer gemeinsamen Position und zu entschiedenem Handeln entschlossen auf. Die Europäer waren jedoch erneut auf militärische Unterstützung durch die USA angewiesen. Die sich aus dieser Situation ergebenden Fragen überschneiden sich mit Diskussionen über eine Reform und eine neue strategische Ausrichtung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Bemühen der Europäer, unter Führung Frankreichs und Großbritanniens und in einigen

Punkten auch Deutschlands, eigene Kapazitäten in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung und in der Außenpolitik aufzubauen.

Der Kosovo-Krieg spielte auch für die im Jahr 1999 beschlossenen Schritte hin zur EU-Erweiterung eine wichtige Rolle. In seiner Folge änderte sich die Erweiterungsstrategie der EU in wesentlichen Punkten.⁵⁷³ Die neue Kommission Prodi mit dem für die Erweiterung zuständigen deutschen Kommissar Günter Verheugen⁵⁷⁴ vergrößerte den Kreis der Staaten, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt wurden, auf alle acht Bewerberländer aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern und bezog in ihre neue Gesamtphilosophie auch die Balkanstaaten mit ein. In Vorbereitung der Erweiterung um die bereits assoziierten Staaten wurden in den ersten Monaten des Jahres 1999 die Diskussionen über die noch offenen Punkte der Agenda 2000 fortgeführt, also v.a. über die Frage der finanziellen Gesamtperspektive der EU bis 2006 sowie über die Neuregelung der Agrar- und Strukturpolitik. Unter deutscher Ratspräsidentschaft gelang es, alle Positionen zu einem konstruktiven Kompromiss zusammenzuführen, so dass die Agenda 2000 als Gesamtpaket verabschiedet werden konnte.

1. Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages in Frankreich

Am 18. Januar 1999 kamen die französischen Abgeordneten und Senatoren im Rahmen des Kongresses in Versailles zusammen, um über die für die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages notwendige Verfassungsänderung abzustimmen. Nachdem beide Parlamentskammern getrennt der Änderung bereits im Dezember 1998 zugestimmt hatten (insgesamt 708 Ja- gegen 100 Nein-Stimmen), war der positive Ausgang des Votums auch im Kongress sicher. 758 Abgeordnete und Senatoren stimmten für die Verfassungsänderung, 111

⁵⁷³ Der Kosovo-Krieg kann hier nicht umfassend behandelt werden. Seine Auswirkungen auf die Erweiterungsstrategie der EU werden im Rahmen der Untersuchung der finnischen Ratspräsidentschaft berücksichtigt. Als weiterer Aspekt des Krieges soll in Bezug auf die EU-Erweiterung nicht unerwähnt bleiben, dass Chirac im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Kosovo mehrmals betonte, dass sich an diesem Beispiel die große Bedeutung der EU als Friedensgarantie zeige: Wer eine Perspektive in der EU sehe und anstrebe, diese zu verwirklichen, werde keinen Krieg aus nationalistischen Gründen oder zur Regelung von Minderheitenfragen führen, so Chirac. Vgl. z.B. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet des chefs d'Etat et de gouvernement du G7-G8 à Cologne, Köln 20.6.1999.

⁵⁷⁴ Unter Romano Prodi gab es zum ersten Mal einen nur für die Erweiterung zuständigen Kommissar. Zuvor waren die mit der Aufnahme neuer Mitglieder verbundenen Aufgaben als Querschnittsaufgabe von allen Generaldirektionen gemeinsam bearbeitet und von einer *Task Force* unter dem Kommissar für Außenbeziehungen geleitet und koordiniert worden.

dagegen.⁵⁷⁵ Trotz dieses klaren Votums setzte sich in den ersten Wochen des Jahres 1999 die Debatte aus dem Vorjahr über mögliche negative Konsequenzen des Amsterdamer Vertrages für Frankreich und besonders für die volle Ausübung seiner nationalen Souveränität fort. Im Zuge dieser Debatte erreichten die Abgeordneten und Senatoren, dass ihnen im neuen Artikel 88 (4) der Verfassung ein Prüfungsrecht für alle Projekte der EU, die legislative Bestimmungen enthalten, garantiert wurde.⁵⁷⁶ Zuvor galt dieses Prüfungsrecht nur für Projekte der EG. Im Zuge der Ratifizierungsdebatte im März fügte die Regierung Jospin dem Gesetzesvorschlag außerdem einen zweiten Absatz hinzu, der Frankreichs Forderung nach einer Institutionenreform vor der Umsetzung der Erweiterung festhielt. Unter anderem der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing hatte eine solche außergewöhnliche Ergänzung verlangt. Am 3. März stimmte schließlich die Nationalversammlung mit 447 Ja- gegen 75 Nein-Stimmen für den Gesetzesentwurf zur Ratifizierung von Amsterdam.⁵⁷⁷ Am 16. März folgte der Senat mit 271 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen.⁵⁷⁸

Jacques Chiracs Debattenbeitrag

Jacques Chirac wandte sich Anfang März in einer europapolitischen Botschaft an die Abgeordneten und Senatoren.⁵⁷⁹ Nach der langen und kontroversen Debatte im Vorfeld der Ratifizierung von Amsterdam sah Jacques Chirac vor den Europawahlen die Notwendigkeit einer klaren überparteilichen Positionsbestimmung seinerseits. Auch sieben Jahre nach dem

⁵⁷⁵ Für die Verfassungsänderung stimmten: *Parti socialiste* (mehrheitlich), *Radicaux de gauche*, *Verts*, RPR (mehrheitlich), UDF (mehrheitlich), DL sowie Abgeordnete und Senatoren verschiedener weiterer kleiner Gruppierungen. Gegen die Verfassungsänderung stimmten: PCF (mehrheitlich), das MDC von Jean-Pierre Chevènement, 43 RPR-Abgeordnete, 5 Sozialisten, 2 UDF-Abgeordnete, der Souveränist und Präsident des *Mouvement pour la France*, Philippe de Villiers, sowie auch hier Abgeordnete und Senatoren verschiedener weiterer kleiner Gruppierungen. Dazu kamen 14 Enthaltungen. 11 Abgeordnete und 5 Senatoren nahmen nicht an der Abstimmung teil, darunter Valéry Giscard d'Estaing. Vgl. Sophie Huet/Sophie Roquelle: „Des parlementaires lassés de réviser la Constitution“, *Le Figaro* 19.1.1999 und „Cent onze parlementaires ont voté contre“, *Le Monde* 20.1.1999.

⁵⁷⁶ Vgl. für einige Stimmen in der Debatte z.B. François Léotard: „Pour une France fédérale dans une Europe fédérale“, *Le Monde* 14.1.1999; Marie-Claude Beaudeau/Jean-François Care et al.: „Notre France d'abord“, *Libération* 14.1.1999; Albert Chambon: „Vers une Europe américaine“, Michel Charasse: „Gouverner enfin à Bruxelles“ und Alain Peyrefitte: „Quelques perplexités“, alle in *Le Figaro* 18.1.1999 und Charles Pasqua: „Non à l'euroland, oui à l'Europe“, *Le Monde* 19.1.1999.

⁵⁷⁷ Die Ja-Stimmen stammten aus den Parteien PS, UDF, RPR und DL. Mit Nein stimmten Abgeordnete von PCF, MDC, Grünen, RPR, UDF und DL. Vgl. Sophie Huet: „Les députés ont franchi le seuil d'Amsterdam“, *Le Figaro* 4.3.1999.

⁵⁷⁸ Olivier Pognon: „Le Sénat vers Amsterdam, sans enthousiasme“, *Le Figaro* 17.3.1999. Vgl. zum gesamten Ratifizierungsprozess auch Françoise de la Serre/Christian Lequesne (1999): „Frankreich“, in Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1999): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/1999*, Bonn/Berlin, S. 343-350, hier S. 343f.

⁵⁷⁹ Message au Parlement de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de l'ouverture du débat sur la ratification du Traité d'Amsterdam, 2.3.1999. Chiracs Botschaft wurde in der Nationalversammlung von deren stellvertretendem Präsidenten Raymond Forni und im Senat von dessen Präsident Christian Poncelet verlesen, da es bis 2008 dem französischen Staatspräsidenten nicht gestattet war, selbst vor dem Parlament zu sprechen. Erst Nicolas Sarkozy hat diese Verfassungsbestimmung geändert.

Maastricht-Referendum spaltete Europa die französische politische Landschaft, besonders auf Seiten der bürgerlichen Rechten. Die Bildung der anti-europäischen Liste Pasqua-de Villiers und die Zerstrittenheit der Parteien der bürgerlichen Rechten insgesamt im Vorfeld der Europawahlen ließen im Chirac nahestehenden Teil des politischen Spektrums ein schlechtes Ergebnis bei der Abstimmung im Juni befürchten. Chirac griff daher zum außergewöhnlichen und selten eingesetzten Mittel der präsidentiellen Botschaft an die beiden Parlamentskammern, um den Parlamentariern und gleichzeitig der Öffentlichkeit seine Vision von Europa deutlich zu machen. Chiracs Argumente waren allerdings nicht neu, sondern bedienten sich der bekannten Vermittlungskonzepte zu Europa.

Chirac skizzierte zunächst den Verlauf der europäischen Einigung seit den 1950er Jahren und betonte die konstruktive Rolle französischer Politiker bei der Gestaltung der einzelnen Integrationsschritte. Mit diesem Hinweis auf den parteienübergreifenden europapolitischen Konsens in Frankreich verstellte er, vor dem Hintergrund der Kohabitation, den Weg für Kritik am Zustand der europäischen Integration – an deren Entwicklung hatten sowohl konservative Politiker als auch Vertreter der aktuellen Regierungsparteien wichtigen Anteil, so Chiracs implizite Aussage. Für die 1990er Jahre und das neue Jahrtausend sah der Staatspräsident mehrere wichtige Aufgaben, die Europa auf die veränderte Weltlage einstellen und gleichzeitig die Erweiterung möglich machen sollten: die Verhandlungen über die Agenda 2000, die weitere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten nach der Euro-Einführung, die Institutionenreform sowie die Schaffung größerer Bürgernähe u.a. durch eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente und eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Unter diesen Voraussetzungen sei Europa bereit zur Aufnahme neuer Mitglieder, so Chirac:

„Cette tâche accomplie, il faudra solder définitivement les déchirures de l’Histoire, donner à l’Union ses véritables frontières, lui permettre d’accueillir, dès qu’ils seront prêts, les peuples sans lesquels elle demeurerait inaccomplie. Pendant près d’un demi-siècle, ces peuples sont restés interdits d’Europe. L’espoir de nous rejoindre les a soutenus dans leur combat pour la liberté et la démocratie. Nous n’avons pas le droit de les décevoir.“⁵⁸⁰

Die Erweiterung wurde von Chirac, wie bereits bei vielen anderen Gelegenheiten, aus dem Friedens- und Versöhnungsmotiv begründet (Kategorie Frieden). Verweise auf mögliche andere Motive für die Erweiterung fanden sich nicht. Es blieb außerdem bei der Forderung nach inneren Reformen der EU, besonders im Hinblick auf die Agenda 2000 und die Institutionen, bevor die Union neue Mitglieder aufnehmen könne.

⁵⁸⁰ Ebd.

Chirac sprach sich in seiner Botschaft an Abgeordnete und Senatoren auch wieder für ein sozialpolitisches Engagement auf europäischer Ebene aus und wünschte sich ein aktiveres Auftreten der Union bei internationalen Fragen und Konflikten, also sowohl eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als auch die Weiterentwicklung einer europäischen Verteidigung. Durch die auf diese Weise entstehenden Schutzfunktionen der EU im Inneren und nach außen könne die Zustimmung der Bürger zu Europa erworben werden, so Chiracs Einschätzung. Der Staatspräsident sah die EU insgesamt als Möglichkeit für die Nationalstaaten, aus einer Position der Stärke heraus der zunehmenden Globalisierung zu begegnen. In der von ihm beschriebenen Gestalt biete die EU Frankreich die Möglichkeit zur Verwirklichung seiner weltweiten Ambitionen und sei dem Land daher von großem Nutzen, so der Staatspräsident:

„Le destin de la France n’a jamais été de se replier sur son hexagone. Il est au contraire de se projeter vers l’extérieur et de faire vivre et partager ses idéaux. Cette identité française, à laquelle nous sommes tous si profondément attachés, a, aujourd’hui et pour les temps qui viennent, besoin de l’espace européen pour s’exprimer, pour essaimer, pour évoluer. Loin d’être incompatible avec l’idée de la Nation, l’Europe est le lieu politique et spirituel où cette idée peut respirer et s’enrichir avec le plus de force. [...] Pour mieux servir les Français, je veux bâtir une Europe humaine et puissante. Etre ambitieux pour la France, c’est aussi être ambitieux pour l’Europe.“⁵⁸¹

Die Analysekategorien Interesse, Resonanz, multipolare Welt, *Europe puissance* sowie *Europe protection* lassen sich demzufolge ebenfalls wieder in Chiracs grundsätzlicher europapolitischer Positionierung identifizieren und zeugen von der großen Kontinuität seiner Politik. Wie auch bei anderer Gelegenheit führte Chirac in seiner Botschaft an die Abgeordneten und Senatoren aus, dass für ihn die Reformen der EU neben der Vorbereitung auf die Erweiterung auch notwendig seien, um die Verwirklichung französischer Vorstellungen in der EU weiterhin zu ermöglichen. Wenn Frankreich durch die Union seine weltweiten Ambitionen realisieren können solle, müsse die EU in den Bereichen Außen- und Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik gestärkt und zu einem bedeutenden Akteur der entstehenden multipolaren Welt ausgebaut werden. Frankreich solle durch die EU über den nationalen Raum hinaus verlängert werden und finde in der EU eine zusätzliche politische Ebene, u.a. in der Sozialpolitik, so Chiracs Ausführungen. Eine Einbeziehung der Erweiterung in die französische Europakonzeption fand also nur in Form der Nennung von bestimmten Voraussetzungen statt, die erfüllt sein müssten, damit Frankreich der Aufnahme neuer Mitglieder zustimmen könne.

⁵⁸¹ Ebd.

In der Presse wurde die Intervention Chiracs im Rahmen der Ratifizierungsdebatte überwiegend bewertet als Illustration seiner Rolle in der Europapolitik im allgemeinen und besonders im Hinblick auf die Europawahlen im Juni. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Verhandlungen in Europa zur Agenda 2000 und angesichts der schwachen Rolle Europas im Kosovokrieg erhalte die Positionsbestimmung des Staatspräsidenten ihre Bedeutung, so beispielsweise die Analyse von Sophie Huet und Sophie Roquelle in *Le Figaro*:

„L’initiative surprise du président de la République intervient alors que la construction européenne connaît quelques ratés. Les négociations sur l’Agenda 2000 sont bloquées, la réforme de la PAC met à mal le couple franco-allemand et les tentatives d’imposer la paix au Kosovo ont montré que la capacité militaire et diplomatique de l’Europe reste à démontrer. Enfin, le président a sûrement à l’esprit la campagne pour les élections européennes du 13 juin prochain, dans laquelle les partis de droite ne cessent de se déchirer. D’où sa volonté de se situer au-dessus des partis par un message solennel au Parlement. Le président veut aussi par ce geste incarner la continuité sur l’Europe.“⁵⁸²

Ähnlich urteilten Cécile Chambraud und Jean-Louis Saux in *Le Monde*:

„Pour le chef de l’Etat, il s’agissait à la fois, mardi, de réaffirmer son engagement européen et d’inscrire sa démarche dans la continuité de l’action de ses prédécesseurs. [...] Cette intervention devait souligner le rôle que revendique M. Chirac en matière de politique européenne et la référence qu’il entend représenter, là aussi, pour la droite, sans qu’il puisse être accusé, à plus de trois mois des élections du 13 juin, de se mêler directement de la campagne électorale.“⁵⁸³

Trotz der zahlreichen innenpolitischen Implikationen von Chiracs Positionsbestimmung vor den Europawahlen schienen seine Argumente - wie auch die der wahlkämpfenden pro-europäischen Parteien - bei einem großen Teil der französischen Wähler nicht zu verfangen, wie die Betrachtung der öffentlichen Meinung des Frühjahres 1999 zeigt.

2. Europawahlen und Umfragedaten im Frühjahr 1999

Wahlen zum Europäischen Parlament

Trotz der wichtigen europapolitischen Ereignisse in den ersten Monaten des Jahres mit der Euro-Einführung und der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages stießen die Wahlen zum

⁵⁸² Sophie Huet/Sophie Roquelle: „Chirac s’engage dans le débat d’Amsterdam“, *Le Figaro* 2.3.1999.

⁵⁸³ Cécile Chambraud/Jean-Louis Saux: „Jacques Chirac se porte à la tête des européens de la droite“, *Le Monde* 3.3.1999. Auch die Analyse in *Libération* sah Chiracs Botschaft vor allem vor dem Hintergrund der Spaltungen innerhalb der bürgerlichen Rechten vor den Europawahlen. Vgl. Gilles Bresson: „Chirac vend son Europe à la droite“, *Libération* 3.3.1999.

Europäischen Parlament im Juni 1999 in Frankreich nur auf geringes Interesse.⁵⁸⁴ Lediglich 47% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, 5,8% weniger als 1994. Die ehemals die französische Parteienlandschaft dominierenden Formationen PCF, PS, UDF und RPR kamen zusammen nur auf 51% der Stimmen. Allerdings war das Wahlergebnis für die regierende Linke insgesamt ein Erfolg. Die drei Listen der Regierungsparteien (gemeinsame Liste PS - MDC - PRG; *Les Verts*; offene Liste der PCF) konnten gemeinsam 38,5% der Stimmen auf sich vereinigen, wohingegen die gemäßigte Rechte nur auf 35,1% der Stimmen kam (Liste *Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe*; gemeinsame Liste RPR – DL; Liste UDF). Die Oppositionsparteien der gemäßigten Rechten und auch Jacques Chirac gingen deutlich geschwächt aus den Europawahlen hervor.⁵⁸⁵ Der Staatspräsident konnte seinen Führungsanspruch im bürgerlichen Lager nicht in Stimmengewinne umsetzen. Eine gemeinsame Strategie der gemäßigten Rechten mit dem Ziel des Rückgewinns der Regierungsmacht von der Linken war nicht zu erkennen. Bei den Europawahlen erreichte sogar die anti-europäische Liste *Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe* von Charles Pasqua (ehemals RPR) und Philippe de Villiers (ehemals UDF) mit 13,1% ein besseres Ergebnis als die gemeinsame Liste von RPR und *Démocratie libérale* (12,7%).

IFOP-Umfragereihe

An den Ergebnissen von im Umfeld der Europawahlen durchgeführten Umfragen ließ sich ablesen, welchen Niederschlag die Diskussionen um die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages und die Erweiterung in den ersten Monaten des Jahres 1999 in der französischen öffentlichen Meinung gefunden hatten. Das IFOP führte für France 2, Europe 1, *Le Figaro* und *Le Nouvel Observateur* im Mai und Juni eine Umfragereihe durch. In drei Wellen fragte das IFOP nach den Motivationen der Franzosen für die Abstimmung bei den Europawahlen und nach ihrer Einstellung zur europäischen Integration im allgemeinen.⁵⁸⁶ Fast alle befragten

⁵⁸⁴ Vgl. für die folgenden Angaben u.a. Joachim Schild (1999): *Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung*, Aktuelle Frankreich-Analysen des DFI, Ludwigsburg und de la Serre/Lequesne (1999), a.a.O., S. 344ff. sowie Medard Ritzenhofen (1999b): „Frankreich wählt Europa. Eine Weichenstellung für die nationale Politik“, in: *Dokumente* 4/1999, S. 268-273.

⁵⁸⁵ Chiracs RPR war bereits im Vorfeld der Wahlen durch interne Richtungsdiskussionen und den Rücktritt des Vorsitzenden Philippe Séguin, der damit auch nicht mehr als Spitzenkandidat für die Europawahlen zur Verfügung stand, deutlich geschwächt worden. Vgl. zur Situation der bürgerlichen Rechten u.a. Medard Ritzenhofen (1999a): „Zwischen Kosovo und Korsika. Einigkeit an der Staatsspitze, Dissonanzen innerhalb der Lager“, in: *Dokumente* 3/1999, S. 180-183.

⁵⁸⁶ Baromètre des élections européennes. Sondage IFOP – France 2 – Europe 1 – Le Figaro – Le Nouvel Observateur: 1. Computer Assisted Telephone Interviews au domicile des personnes interrogées les 30 avril et 3 mai 1999; 2. Vague 2: Computer Assisted Telephone Interviews au domicile des personnes interrogées les 14 et 15 mai 1999; 3. Vague 3: Interviews par téléphone au domicile des personnes interrogées les 28 et 29 mai 1999.

Franzosen zogen eine Verbindung zwischen den Europawahlen und der Bewertung der innerfranzösischen politischen Situation. So gaben fast gleich viele Franzosen an, entweder ihr Vertrauen (43%) oder ihr Misstrauen (46%) gegenüber der Regierung Jospin ausdrücken zu wollen.⁵⁸⁷ Die Werte von Chirac bei der identisch formulierten Frage waren nur geringfügig besser. 46% wollten ihm gegenüber ihr Vertrauen und 45% ihr Misstrauen ausdrücken.⁵⁸⁸ Die Verbindung der Europawahlen mit französischen innenpolitischen Aspekten kam überdeutlich zum Vorschein. Sie wurde noch klarer bei der Betrachtung einer expliziten Frage nach diesem Zusammenhang: 46% erklärten, sie würden am 13. Juni über die aktuellen Probleme in Frankreich abstimmen. Nur 39% wollten sich mit ihrer Stimme zu den aktuellen Themen der europäischen Integration äußern. Weitere 14% gaben an, das entscheidende Motiv bei ihrer Abstimmung sei der Kosovo-Krieg.⁵⁸⁹

Die Bewertung des aktuellen Stands der europäischen Integration war bei der Mehrheit der befragten Franzosen negativ. 44% der Befragten gaben an, mit ihrer Abstimmung am 13. Juni eher ihr Vertrauen gegenüber der EU zum Ausdruck bringen zu wollen. 54% dagegen wollten ihrem Misstrauen Ausdruck verleihen.⁵⁹⁰ Allerdings fanden auch 53% der Befragten, dass sich Europa seit Maastricht grundsätzlich in eine gute Richtung entwickelt habe. 42% sahen die Entwicklung eher negativ.⁵⁹¹ Besonders in den Bereichen Umweltschutz (74%), Wirtschaftswachstum (60%), Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen (59%) sowie bei der Bewahrung des Friedens in Europa (55%) sah eine Mehrheit der Befragten positive Auswirkungen der europäischen Integration. Die Einschätzung zwischen positiven und negativen Auswirkungen war nicht eindeutig bei den Themen Lösung der Kosovo-Frage (48% für positive gegen 43% für negative Auswirkungen) und soziale Schutzmechanismen

⁵⁸⁷ „A l’occasion des Elections Européennes du 13 juin 1999, souhaitez-vous exprimer par votre vote plutôt votre confiance à l’égard du gouvernement de Lionel Jospin/plutôt votre méfiance à l’égard du gouvernement de Lionel Jospin?“, Frage in allen drei Umfragen. Die oben zitierten Werte stammen aus Umfrage 1. Die Werte der Umfragewellen 2 und 3 waren ähnlich wie in Welle 1: 42% Vertrauen zu 47% Misstrauen bzw. 44% Vertrauen zu 46% Misstrauen.

⁵⁸⁸ „A l’occasion des Elections Européennes du 13 juin 1999, souhaitez-vous exprimer par votre vote plutôt votre confiance à l’égard de Jacques Chirac/plutôt votre méfiance à l’égard de Jacques Chirac?“ In der ersten Befragungswelle fehlte die Frage. Werte in Welle 3: 49% wollten ihr Vertrauen, 42% ihr Misstrauen ausdrücken.

⁵⁸⁹ „Au moment de voter pour les Election Européennes du 13 juin prochain, qu’est-ce qui comptera le plus dans votre choix? Les problèmes de la France, actuellement/Les enjeux de la construction européenne/L’affaire du Kosovo“, Frage in Umfrage 2 und 3. Die zitierten Werte beziehen sich auf Umfrage 2. Werte für Umfrage 3: 47% stimmten über aktuelle Probleme in Frankreich ab, 38% zu den aktuellen Themen der europäischen Integration, 14% über den Kosovo-Krieg.

⁵⁹⁰ „A l’occasion des Elections Européennes du 13 juin 1999, souhaitez-vous exprimer par votre vote plutôt votre confiance à l’égard de l’Europe telle qu’elle se construit actuellement/plutôt votre méfiance à l’égard l’Europe telle qu’elle se construit actuellement?“, Frage in allen drei Umfragen. Zitierte Werte aus Umfrage 1. Werte für Umfrage 2: 40% Vertrauen gegen 58% Misstrauen. Werte für Umfrage 3: 45% Vertrauen gegen 53% Misstrauen.

⁵⁹¹ „Depuis la ratification du traité de Maastricht, diriez-vous que l’Union Européenne va plutôt dans la bonne direction/plutôt dans la mauvaise direction?“, Frage in Umfrage 1.

(47% gegen 46%). Deutlich mehr negative als positive Auswirkungen der europäischen Integration sah eine Mehrheit der Befragten beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (57% negative Meinungen gegen 36% positive), bei der Kontrolle der Einwanderung (57% vs. 36%), bei Senkung der Steuerlast (59% vs. 30%) sowie für die Zukunft der Landwirtschaft (68% vs. 27%).⁵⁹²

Insgesamt waren die Franzosen zu 54% für mehr Europa (41% für weniger Europa) und zeigten sich auch aufgeschlossen für weitreichende institutionelle Reformen. 72% wären beispielsweise mit der Schaffung einer europäischen Armee einverstanden (26% nicht einverstanden), 69% würden die Annahme einer europäischen Verfassung begrüßen (28% nicht) und 51% würden der Direktwahl eines europäischen Präsidenten zustimmen (46% nicht).⁵⁹³

Nachwahlbefragungen

Die Tendenzen der Umfragenreihe vor den Wahlen wurden durch eine Befragung unmittelbar nach dem Urnengang in ihren großen Linien bestätigt.⁵⁹⁴ 42% der befragten Franzosen sagten auch nach der Wahl, sie hätten durch ihre Abstimmung ihr Misstrauen gegenüber der Regierung Jospin, 36% ihr Misstrauen gegenüber dem Staatspräsidenten zum Ausdruck bringen wollen. Für 30% bzw. für 32% war ihre Abstimmung Ausdruck ihres Vertrauens in

⁵⁹² „En ce qui concerne chacun des domaines suivants, diriez-vous que l'action de l'Union Européenne a plutôt des effets positifs/plutôt des effets négatifs/ni des effets positifs, ni des effets négatifs“; Antwortmöglichkeiten waren: „La protection de l'environnement/La croissance économique/La formation et l'éducation des jeunes/La paix en Europe/La résolution du conflit au Kosovo/La protection sociale/La baisse du chômage/Le contrôle de l'immigration/La baisse des impôts/L'avenir de l'agriculture“, Frage in Umfrage 1. Zahlreiche dieser Bereiche wollte eine Mehrheit der befragten Franzosen auch gar nicht auf europäischer Ebene, sondern lieber im Zuständigkeitsbereich des französischen Staates geregelt sehen. Auf europäischer Ebene gut aufgehoben sahen die Franzosen mehrheitlich die Bewahrung des Friedens in Europa (17% für nationale französische vs. 82% für europäische Kompetenz) und den Umweltschutz (40% vs. 59%). Unentschieden, was die bessere Ebene zur Problemlösung anging, waren die Franzosen bei den Themen Wirtschaftswachstum (44% vs. 54%), Einwanderungskontrolle (52% vs. 46%) sowie bei der Zukunft der Landwirtschaft (52% vs. 46%). Den französischen Staat als kompetente Instanz bevorzugte eine Mehrheit der Franzosen bei der Senkung der Arbeitslosigkeit (59% vs. 39%), der Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen (64% für nationale französische vs. 34% für europäische Kompetenz), der Senkung der Steuerlast (70% vs. 27%) sowie bei den sozialen Schutzmechanismen (75% vs. 24%). Die zugehörige Frage lautete: „Et pour chacun des domaines suivants, que préférez-vous? Qu'il soit de la compétence de l'Etat français/Qu'il soit de la compétence de l'Europe“.

Antwortmöglichkeiten waren: „La paix en Europe/La protection de l'environnement/La croissance économique/Le contrôle de l'immigration/L'avenir de l'agriculture/La baisse du chômage/La formation et l'éducation des jeunes/La baisse des impôts/La protection sociale“, Frage in Umfrage 2.

⁵⁹³ „Certains disent qu'il faut qu'il y ait plus d'Europe; d'autres disent qu'il faut qu'il y ait moins d'Europe. Vous personnellement, que préférez-vous? Plus d'Europe / Moins d'Europe“, Frage in Umfrage 2.

⁵⁹⁴ Elections européennes: Les motivations des électeurs. Sondage IFOP – France 2 – Europe 1 – *Le Figaro – Le Nouvel Observateur*. Vgl. für ähnliche Ergebnisse die Auswertung einer SOFRES-Umfrage in Philippe Méchet (2000): „Européennes 1999: entre démobilisation et dispersion“, in: SOFRES: *L'Etat de l'Opinion 2000*, Paris, S. 11-31.

den Premierminister bzw. den Staatspräsidenten.⁵⁹⁵ Die Vertrauenswerte waren damit für beide Politiker im Vergleich zur Vorwahlbefragung deutlich nach unten gegangen. Bei der Frage nach einer Beurteilung der Entwicklung der Europäischen Union insgesamt war eine ähnliche Negativtendenz zu beobachten. Während 38% der Befragten angaben, ihrer Meinung nach entwickle sich die EU seit Maastricht in eine gute Richtung, waren mit 37% fast ebenso viele der Meinung, die Richtung sei eher schlecht.⁵⁹⁶ Die positiven Bewertungen waren auch hier deutlich eingebrochen. 44% der Franzosen gaben außerdem an, zuerst über französische Probleme abgestimmt zu haben. Nur bei 37% bezog sich die Stimmabgabe primär auf die Herausforderungen der europäischen Einigung.⁵⁹⁷ Als Wunsch für die zukünftige Entwicklung der EU nannten deutliche 41% ein Europa der Nationalstaaten gegenüber 29%, die ein föderales Europa bevorzugen würden. Allerdings hatten zu dieser Frage auch 30% der Befragten keine Meinung.⁵⁹⁸

Auswertung

Dass bei Europawahlen auch die nationale politische Situation eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle spielt, ist keine neue Erkenntnis. Aufschlussreich bei der Betrachtung der Äußerungen der Franzosen zu ihrer Wahlentscheidung des Jahres 1999 war jedoch, dass die politischen Anstrengungen des Staatspräsidenten und auch der Regierung im Hinblick auf die Vermittlung Europas kein sehr großes Echo zu finden schienen. Chirac bemühte sich seit der Vorlage seines sozialpolitischen Memorandums aus dem Jahr 1996 um europäische Initiativen im sozial- und beschäftigungspolitischen Bereich mit dem erklärten Ziel, auf diese Weise Europa seinen Bürgern näher bringen zu wollen. Auf europäischer Ebene war er mit diesem Betreiben auch erfolgreich – das Thema Sozial- und Beschäftigungspolitik stand nicht zuletzt dank der französischen Anstöße regelmäßig auf der Agenda der Europäischen Ratsreffen. Bei den Franzosen stießen die europäischen Anstrengungen jedoch noch auf ein zwiespältiges Echo. Auch wenn die Bemühungen der EU anerkannt und ihre Fortführung und Intensivierung gewünscht wurde, waren die Franzosen nicht eindeutig davon überzeugt, dass Europa die bessere Instanz zur Lösung der Beschäftigungsproblematik sei. Chiracs Zielsetzung der Schaffung einer bürgernäheren Union wurde von den Franzosen nur zum Teil

⁵⁹⁵ „Des deux possibilités suivantes, quelle est celle qui se rapproche le plus de votre état d’esprit? J’ai voulu exprimer ma confiance à l’égard du gouvernement Lionel Jospin/à l’égard du président de la République; J’ai voulu exprimer ma méfiance à l’égard du gouvernement Lionel Jospin/à l’égard du président de la République“

⁵⁹⁶ „Depuis la ratification du traité de Maastricht, pensez-vous que l’Union Européenne va plutôt dans la bonne direction/plutôt dans la mauvaise direction?“

⁵⁹⁷ „Finalement, qu’est-ce qui a le plus compté dans votre choix aujourd’hui? Les problèmes de la France/Les enjeux de la construction européenne“

⁵⁹⁸ „Pour l’avenir, quelle Europe préférez-vous? Plutôt une Europe fédérale/Plutôt une Europe des Etats“

gesehen und unterstützt. Auch der mit seinem Memorandum eingeleitete Versuch Chiracs, in der Sozial- und Beschäftigungspolitik eine zusätzliche politische Ebene neben dem Nationalstaat zu etablieren, schien weiterhin nicht durchschlagend erfolgreich zu sein. Besser funktionierte diese Strategie bei den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, wie auch an Umfragen zu Beginn von Chiracs Präsidentschaft bereits abzulesen war.

Wie die zitierten Umfragen zeigten, waren die Franzosen Anfang 1999 zu großen Teilen skeptisch, was die Entwicklungsrichtung der europäischen Integration anging. Sie schienen jedoch offen zu sein für Veränderungen sowohl im organisatorischen als auch im inhaltlichen Bereich, um auf diese Weise möglicherweise ein Europa zu schaffen, das ihren Bedürfnissen mehr entsprechen würde. Die Forderung der französischen politischen Führung nach einer Institutionenreform beispielsweise wurde bis hin zur Schaffung einer europäischen Verfassung unterstützt, ebenso weitere Anstrengungen zur stärkeren Zusammenarbeit u.a. im Sicherheits- und Verteidigungsbereich. Die einzige wirklich deutliche Übereinstimmung zwischen dem Staatspräsidenten und einer Mehrheit der Befragten zu Zustand und Sinn der europäischen Integration im Jahr 1999 ergab sich bei der Betrachtung Europas als Friedensgarantie. Mit seiner immer wiederkehrenden Betonung dieses Aspekts traf Chirac die Einschätzungen und Empfindungen eines großen Teils der Franzosen.

Insgesamt fiel die Bewertung der europapolitischen Prioritäten des Präsidenten durch eine Mehrheit der Bevölkerung jedoch kritisch bis negativ aus. Die Vermittlung der Intentionen, die Chirac mit seiner Politik verband, war offensichtlich für einen großen Teil der in den Umfragen berücksichtigten Franzosen nicht überzeugend oder kam bei ihnen nicht in der von Chirac gewünschten Form an. Die Europawahlen konnten demnach nicht als erfolgreicher Test für eine an den Wünschen und Interessen der Franzosen orientierte Europapolitik des Staatspräsidenten bzw. für deren Vermittlung angesehen werden. Philippe Méchet kam in seiner Analyse der Europawahlen für den SOFRES-Jahresbericht 2000 zu einer ähnlichen Bewertung:

„Un débat de campagne recentré sur le climat politique national, des enjeux européens jugés peu mobilisateurs, une offre politique éclatée; autant d'ingrédients suffisants pour encourager l'abstention et inciter les électeurs à se laisser guider dans leurs choix davantage en fonction de leur humeur que de leur opinion.“⁵⁹⁹

Das Meinungsbild zur europäischen Integration und zur Europapolitik in Frankreich, wie es sich im Ergebnis der Europawahlen und in den zitierten Umfragedaten darstellte, war eine schlechte Ausgangslage für die innerhalb der EU anstehenden großen Reformen und

⁵⁹⁹ Méchet (2000), a.a.O., S. 11.

Veränderungen. Wenn die Franzosen bereits dem noch nicht erweiterten Europa, in dem Frankreich seinen Einfluss noch in vollem Ausmaß ausüben kann, derart skeptisch gegenüberstanden, erschien die Perspektive der Erweiterung umso schwieriger. Die mit ihr einhergehenden Veränderungen erforderten in jedem Fall auch Kompromisse von Seiten der alten Mitgliedsstaaten. Wie die französische Politik und insbesondere der Staatspräsident ihre Vermittlungsanstrengungen dem anpassten und ob sie mit ihren Anstrengungen Erfolg hatten, wird im folgenden zu untersuchen sein.

3. Fortführung der Vorbereitung der EU-Erweiterung unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999

3.1 Einigung über die Agenda 2000

Wie 1998 beschlossen, war eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999, eine Einigung über die Agenda 2000 herbeizuführen. Zu diesem Zweck berief die Regierung Schröder mehrere Zusammenkünfte auf der Ebene der EU-Staats- und Regierungschefs ein. Die Ausgangslage war angesichts der Positionen der einzelnen Mitgliedsstaaten schwierig: Frankreich bestand auf einer für die französischen Bauern weiterhin vorteilhaften Regelung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Deutschland wollte seinen finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt reduzieren. Spanien und Portugal war es wichtig sicherzustellen, dass sie trotz ihres Status' als Euro-Länder weiterhin Mittel aus den Strukturfonds bekommen konnten. Großbritannien schließlich hatte kein großes Interesse daran, auf die von Margaret Thatcher ausgehandelte Rückerstattung eines Teils seines Beitrags zum EU-Haushalt zu verzichten.

Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs auf dem Petersberg bei Bonn

Zur Vorbereitung der anvisierten Einigung über die noch offenen Fragen der Agenda 2000 beim EU-Gipfel vom März in Berlin trafen die Staats- und Regierungschefs der EU am 26. Februar zu informellen Beratungen auf dem Petersberg bei Bonn zusammen. Für Frankreich waren bei den Verhandlungen zur Agenda besonders vier Punkte wichtig⁶⁰⁰: Frankreich wollte Anstrengungen und Kompromissbereitschaft von allen Beteiligten sehen („que l'effort soit équitablement reparti“). Am Ende sollte über ein Gesamtpaket entschieden werden, d.h. Frankreich wandte sich gegen die Herauslösung einzelner Fragen, besonders der Agrarpolitik, aus der Diskussion („il y a un seul paquet ensemble“). Weiterhin wollte Frankreich den

⁶⁰⁰ Vgl. für die folgenden Ausführungen Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue de la réunion informelle des chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Petersberg 26.2.1999.

bisherigen Stand des *Acquis communautaire* und die Prinzipien der Union gewahrt sehen und war daher nicht bereit, über Regelungen wie beispielsweise die von Deutschland vorgeschlagene nationale Kofinanzierung in der Agrarpolitik zu reden. Eine teilweise Rückverlagerung dieses vollständig vergemeinschafteten Bereichs in die Verantwortung der Nationalstaaten lehnte Frankreich kategorisch ab („le refus des formules qui sont contraires aux principes de l’Union et à l’acquis communautaire“). Schließlich setzte sich Frankreich auch sehr dafür ein, dass die Gesamtausgaben der EU konstant blieben, trotz der Perspektive der Erweiterung („la dépense doit être stabilisée“). Mit dem Stand der Agrarverhandlungen zum Zeitpunkt der Bonner Zusammenkunft war Jacques Chirac nicht einverstanden und sah noch großen Nachbesserungsbedarf bis zu einer für Frankreich akzeptablen Lösung. Als spezifisch deutsch-französischen Konflikt betrachtete Chirac diese Frage jedoch nicht, auch wenn die deutschen und französischen Hauptinteressen (Senkung des deutschen finanziellen Beitrags zum EU-Haushalt bzw. Beibehaltung der Grundprinzipien der Agrarpolitik ohne nationale Kofinanzierung) sich entgegenstanden und eine Lösung deutliche Kompromissbereitschaft von mindestens einer Seite erforderte.

Europäischer Rat von Berlin

Beim Europäischen Rat von Berlin Ende März gelang eine Einigung zu den strittigen Fragen der Agenda 2000, die in großen Teilen im französischen Sinne war, aber dennoch auch von den anderen Beteiligten akzeptiert werden konnte.⁶⁰¹ Eine Lösung wurde u.a. dadurch möglich, dass Gerhard Schröder als amtierender Ratspräsident eine vermittelnde Moderatorenfunktion einnehmen musste und die deutschen Interessen weniger offensiv vertreten konnte als sonst. Das deutsch-französische Verhältnis war jedoch durch Jacques Chiracs unnachgiebige Haltung einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt.⁶⁰² Auch wenn das Ergebnis der Diskussionen nicht die überzeugende Reform darstellte, die angesichts der

⁶⁰¹ Vgl. für die folgenden Ausführungen Europäischer Rat in Berlin, 24. und 25. März 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Teil I – Agenda 2000 und de la Serre/Lequesne (1999), a.a.O., S. 346ff sowie Stark (1999), a.a.O. und Europäische Kommission (1999): *Agenda 2000. Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union*, Brüssel.

⁶⁰² Vgl. auch die Einschätzung Daniel Vernets: „Es ist Gerhard Schröder bei den Verhandlungen über die Agenda 2000 nicht wirklich gelungen, eine substantielle Minderung des deutschen Beitrags zum Gemeinschaftshaushalt zu erreichen. Doch selbst seine Kritiker halten ihm zugute, dass er es beim Europäischen Rat im März 1999 vorgezogen hat, Konzessionen zu machen, um die Finanzverfassung der Union zu retten, anstatt einen schnellen innenpolitischen Erfolg auf Kosten Europas zu erringen. Er hat sich damit seine Meriten als Europäer und Staatsmann erworben, wenngleich auch nur nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem französischen Staatspräsidenten, die zwischen den beiden Männern ihre Spuren hinterlassen hat.“ Daniel Vernet (1999): „Kluge Ausschöpfung begrenzter Souveränität. Die Europa-Politik der rot-grünen Koalition“, in: *Internationale Politik* 11/99, S. 11-18, hier S. 12. Kursivsetzung im Original.

Herausforderungen der Erweiterung notwendig gewesen wäre, war ein wichtiger Schritt hin zur Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU getan.

Die Beschlüsse von Berlin hielten fest, dass es in der Agrarpolitik keine Kofinanzierung durch die Mitgliedsstaaten geben werde, womit eine der Hauptforderungen Frankreichs erfüllt war. Die finanziellen Mittel für die Agrarpolitik sollten nach Beschluss des Rates durchschnittlich 40,5 Milliarden Euro (zuzüglich finanzieller Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums und für Veterinärmaßnahmen) nicht überschreiten. Damit wurden die Kosten stabilisiert, wie es Frankreichs Position entsprach. Um diese Stabilisierung zu erreichen, wurden die Reform der Milchsektors auf das Jahr 2006 verschoben und der Interventionspreis für Getreide um 15% gesenkt. Weiterhin wurde vereinbart, dass im Rindfleischmarkt Interventionskäufe grundsätzlich möglich seien. Eine wesentliche Verkleinerung des Agrarhaushalts bedeuteten die Berliner Beschlüsse nicht, da die Verluste der Landwirte durch die gesenkten Garantiepreise für Fleisch, Getreide und Milch durch eine Erhöhung der direkten Einkommenshilfen ausgeglichen wurden. Weitere Reformen der Agrarpolitik waren also vor der Erweiterung unumgänglich. Im Bereich der Strukturfonds reduzierten die Staats- und Regierungschefs auf dem Berliner Gipfel die Zahl der Zielregionen auf drei und übernahmen damit die ursprünglichen Vorschläge der Kommission in der Agenda 2000. Auf diese Weise sollten die Effizienz der Strukturhilfen erhöht und der Perspektive einer Diversifizierung der regionalen Bedürfnisse in einer erweiterten Union Rechnung getragen werden. Insgesamt wurden für den Zeitraum 2000 bis 2006 für Struktur- und Kohäsionsfonds Mittel in Höhe von 213 Milliarden Euro bewilligt.

Die Eigenmittel-Obergrenze der Union blieb laut den Berliner Beschlüssen auch für die anstehende Finanzperiode bei 1,27% des Bruttosozialproduktes, wodurch, wie von Frankreich gewünscht, das EU-Budget insgesamt ebenso stabil gehalten wurde wie die Agrarausgaben. Der finanzielle Beitrag Deutschlands, Österreichs, der Niederlande und Schwedens zum EU-Haushalt wurde leicht reduziert, der „Rabatt“ für Großbritannien grundsätzlich beibehalten. Bei der Erstellung der Finanziellen Vorausschau bis zum Jahr 2006 ging der Europäische Rat als Arbeitshypothese von ersten Beitritten neuer Mitgliedsstaaten zur EU ab 2002 aus. Die Kosten für die bestehende EU und für die Beitritte neuer Staaten wurden weiterhin getrennt aufgeführt. Als Finanzrahmen für die gesamten Beitrittskosten wurden in der Agenda 2000 45,4 Milliarden Euro veranschlagt. Dazu kamen Heranführungskosten von jährlich 3,12 Milliarden Euro für die Jahre 2000 bis 2006. Diese setzten sich zusammen aus 1,56 Milliarden Euro für die Fortführung des PHARE-Programms sowie 520 Millionen Euro für das agrarpolitische Programm SAPARD und 1,04 Milliarden Euro für das strukturpolitische

Programm ISPA. SAPARD und ISPA waren neue Instrumente, mit deren Hilfe die Bewerberstaaten auf die eigenverantwortliche Verwaltung von Mitteln aus dem Agrarhaushalt und den Strukturfonds vorbereitet werden sollten. Der Rat sandte in den Schlussfolgerungen des deutschen Vorsitzes ein positives Signal an die potentiellen neuen EU-Mitglieder:

„Angesichts des Ergebnisses bezüglich der Agenda 2000 am 24./25. März möchte der Europäische Rat den derzeit in Beitrittsverhandlungen stehenden Ländern die Botschaft zukommen lassen, dass Grund zur Zuversicht gegeben ist. Die Erweiterung bleibt eine historische Priorität für die Europäische Union. Die Beitrittsverhandlungen werden – für jedes Land im jeweils erreichbaren Tempo – so zügig wie möglich fortgesetzt. [...]“⁶⁰³

Neben der Einigung über die Agenda 2000 ernannten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Berlin Romano Prodi zum neuen Kommissionspräsidenten und vereinbarten, dass die neue Kommission möglichst zum Januar 2000 ihre Arbeit aufnehmen solle.⁶⁰⁴

Bewertung der Einigung über die Agenda 2000 aus französischer Sicht

Obwohl Jacques Chirac wichtige Ziele durchsetzen konnte, war das Berliner Ergebnis aus finanzieller Sicht nicht nur vorteilhaft für Frankreich. Die Reform der Strukturfonds hatte für einige französische Regionen negative Auswirkungen. Außerdem verschlechterte sich insgesamt der französische Nettosaldo, u.a. wegen der Änderungen in den Eigenmittelbeiträgen der Mitgliedsstaaten und weil der britische „Rabatt“ nicht vollständig abgeschafft wurde. De la Serre und Lequesne bilanzierten daher, dass „Frankreich [mit den Berliner Vereinbarungen] einen hohen finanziellen Tribut beim Ausgleich der erreichten Konzessionen im Agrarsektor [zahle].“⁶⁰⁵ Jacques Chirac zeigte sich trotz der oben genannten Einschränkungen angesichts der Berücksichtigung zahlreicher französischer Forderungen mit den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs sehr zufrieden:

„Je suis content de cet accord. Le gouvernement était satisfait de cet accord. Nous nous sommes tous battus pour arriver à la fois à maintenir la dépense à un niveau supportable, et donc à freiner les dérives qui risquaient de se produire. [...] Nous étions également contents de pouvoir refaire en quelque sorte le ‚paquet‘ agricole qui ne nous satisfaisait pas. Oui, nous sommes contents. Mais je crois que tout le monde avait des raisons d’être satisfait pour une raison ou pour une autre. Nous étions très attentifs à maintenir au moins le principe de la stabilisation de la dépense. Elle n’est pas tout à fait stabilisée, mais, enfin, le pire a été évité.“

⁶⁰³ Europäischer Rat in Berlin, 24. und 25. März 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁶⁰⁴ Die Kommission unter der Leitung von Jacques Santer war am 15. März aufgrund von Beschuldigungen betreffend Betrug, Missmanagement und Nepotismus, die von einem Ausschuss unabhängiger Sachverständiger erhoben worden waren, zurückgetreten.

⁶⁰⁵ De la Serre/Lequesne (1999), a.a.O., hier S. 348. Vgl. zu den deutsch-französischen Unstimmigkeiten im Umfeld der Entscheidung zur Agenda 2000 auch Medard Ritzenhofen (1999): „Europa zwischen Berlin und Balkan. Der Krieg im Kosovo überschattet die ‚Agenda 2000‘“, in: *Dokumente 2/1999*, S. 96-99.

Cela était à nos yeux extrêmement important. J'ajoute que l'affaire agricole était aussi capital.⁶⁰⁶

Die grundsätzliche Beibehaltung des britischen „Rabatts“, die Absenkung der Haushaltsbeiträge für Deutschland, Österreich, die Niederlande und Schweden sowie die auf spanischen Druck beschlossene Erhöhung der Mittel für die Strukturfonds von geplanten 210 auf 213 Milliarden Euro entsprachen nicht den ursprünglichen Positionen Frankreichs. Chirac hatte diesen Punkten jedoch zugestimmt im Sinne eines Kompromisses, der den Beschluss eines Gesamtpakets für alle finanziellen Fragen ermöglichte. Besonders im Vergleich zu den Ergebnissen des Rates der Agrarminister am 11. März erkannte Chirac bedeutende Fortschritte im französischen Sinne. Trotz der sichtbaren Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland im Vorfeld des Berliner Gipfels sah Chirac auch weiterhin keine Störungen des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern. Das Auftauchen einzelner Reibungspunkte führte er darauf zurück, dass die neue Regierung unter Gerhard Schröder auf EU-Ebene einige rhetorische und konzeptionelle Markierungen habe setzen wollen, um ihre Positionen zu verdeutlichen und sich von der Vorgängerregierung abzusetzen. Eine Gefährdung des Erweiterungsprozesses sah Chirac in den Beschlüssen besonders zur Agrarpolitik nicht, auch wenn die Regelung einiger wichtiger Punkte aufgeschoben wurde:

„[...] l'élargissement est un objectif qui est clairement réaffirmé, il n'y a aucun doute dans notre esprit. Les travaux de la Commission se développent normalement. Nous aurons en Finlande, à la fin de l'année, un Conseil pour faire le point des conditions d'accès à l'Union de la part des pays candidats déclarés et de ceux qui viendront s'y ajouter. La réforme du lait viendra en son temps et ce n'est pas elle qui va retarder l'élargissement. Chacun sait que lorsque, par exemple, la Pologne va entrer, il faudra effectivement faire une réforme notamment dans le domaine des quotas, puisque la Pologne n'est pas en mesure d'accepter le système des quotas. En attendant, nous avons pris des dispositions pour différer une réforme qui n'est pas urgente, qui était coûteuse, et qui risquait de poser beaucoup de problèmes aux producteurs laitiers français et européens.“⁶⁰⁷

3.2 Europäischer Rat von Köln

Angesichts eines zufriedenstellenden Verlaufs des Erweiterungsprozesses beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat von Köln im Juni 1999, dass noch im Laufe des Jahres alle Kapitel der mit den ersten sechs Staaten bereits begonnenen Verhandlungen eröffnet werden sollten.⁶⁰⁸ Weiterhin sollte unter finnischer Präsidentschaft im

⁶⁰⁶ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Pierre Moscovici, ministre délégué chargé des Affaires européennes, à l'issue du Conseil extraordinaire des chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Berlin 26.3.1999.

⁶⁰⁷ Ebd.

⁶⁰⁸ Vgl. zu den folgenden Ausführungen Europäischer Rat in Köln, 3. und 4. Juni 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

zweiten Halbjahr geprüft werden, ob mit weiteren Ländern Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Vor dem Hintergrund der Dynamik des Prozesses beschlossen die Staats- und Regierungschefs außerdem, in Vorbereitung der sich konkretisierenden Erweiterung, für das Jahr 2000 eine neue Regierungskonferenz einzuberufen. Diese solle sich mit der Institutionenreform befassen und vorrangig die *Leftovers* von Amsterdam, also die nicht abschließend diskutierten Themen Größe und Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewichtung im Rat sowie Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, behandeln, so der Beschluss. Zum Ende des Jahres 2000 sollten endgültige Ergebnisse vorliegen, die es erlauben würden, neue Mitglieder in eine reformierte Institutionen- und Entscheidungsstruktur zu integrieren.

Die Staats- und Regierungschefs ernannten im Rahmen ihrer Zusammenkunft Javier Solana zum ersten Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und verabschiedeten eine Erklärung zur Europäischen Verteidigung. Deren Weiterentwicklung erhielt eine neue Bedeutung vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges. Außerdem beschloss der Rat die Formulierung einer Europäischen Grundrechtecharta. In Fortsetzung der Ratsreffen von Turin, Luxemburg und Cardiff befasste sich die Konferenz in Köln auch mit Beschäftigungsfragen und Themen der Wirtschaftspolitik. Zur Förderung der Beschäftigung in Europa einigte sich der Rat auf einen Europäischen Beschäftigungspakt mit den drei Säulen Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Weiterentwicklung der bereits beschlossenen Koordinierten Beschäftigungsstrategie sowie strukturelle Reformen und Modernisierung von Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten.

Bewertung der Ergebnisse des Ratstreffens durch Jacques Chirac und in der Presse

Chirac äußerte sich sehr zufrieden zu den Ergebnissen der Kölner Zusammenkunft. Die drei wichtigsten Elemente der Beschlüsse entsprachen französischen Prioritäten: die Zielsetzung einer Weiterentwicklung der Europäischen Verteidigung, der Beschluss zur Einberufung einer neuen Regierungskonferenz zu den Punkten, deren Klärung Frankreich im „Protokoll über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung“ gemeinsam mit Italien und Belgien als Voraussetzung für die Erweiterung benannt hatte und die Verabschiedung des Europäischen Beschäftigungspaktes, der französische Initiativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik fortführte. Die Entwicklungsrichtung der EU, die sich in Köln abzeichnete, entsprach Chiracs Vorstellungen, wie er in seiner Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels erklärte:

„Vous observerez que ce qui caractérise l’effort des Européens aujourd’hui, et en particulier des Français, notamment des responsables qui assument le destin de nos enfants et de nos petits enfants, c’est la volonté d’avoir ou de laisser aux générations futures une Europe,

d'abord, qui soit plus présente dans le monde, une Europe qui soit plus exigeante pour elle-même, et qui en particulier, n'accepte pas les dérives de la nature de celles que l'on a vues au Kosovo, qui ne permette plus la répétition des choses épouvantables que l'on a pu observer au cours de ce siècle, beaucoup en raison de la faiblesse de nos démocraties et qui étaient des atteintes inacceptables, ignominieuses aux Droits de l'homme, l'idée que nous nous faisons de la dignité de la personne humaine. Et donc une Europe plus morale, qui mette au cœur de ses comportements le respect d'un certain nombre de principes qui fondent une morale républicaine, pour ce qui concerne la France, une morale partagée pour ce qui concerne l'ensemble de l'Europe. Et aussi une Europe à la fois plus forte et plus concrète.⁶⁰⁹

Im Gegensatz zum französischen Staatspräsidenten bewertete Daniel Vernet in *Le Monde* die Vorbereitungen der EU auf ihre Erweiterung als nicht ausreichend. Insbesondere bei der Reform der Institutionen und der Finanzen der EU schätzte er die Entwicklungen seit den ersten Beschlüssen zur Erweiterung sehr kritisch ein. Außerdem sah Vernet neue Schwierigkeiten auf Europa zukommen, wenn einige mittel- und osteuropäische Staaten in die EU aufgenommen würden, andere, besonders aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber weiterhin ausgeschlossen blieben:

„L'Union européenne [...] n'a pas achevé son adaptation à la présence de 15, 20, voire 25 Etats membres. Le Conseil européen de Berlin, en mars, n'a décidé qu'une réforme minimaliste des finances communautaires en considérant que le prochain élargissement n'aurait guère lieu avant l'échéance budgétaire de 2005. Pour la réforme des institutions, on se contentera aussi de faire le minimum lors de la prochaine Conférence intergouvernementale qui pourrait avoir lieu l'année prochaine [...]. Autrement dit, on terminera, si tout va bien, à la fin de l'an 2000, sous présidence française. Ce que l'on aurait dû faire à Amsterdam en 1997. L'Union européenne se propose donc tout doucement d'accueillir vers le milieu de la prochaine décennie quelques pays d'Europe centrale et orientale, les plus méritants, les plus développés, les plus stables, les moins exposés. Cette prudence est compréhensible mais elle laisse entier le problème des autres pays, ceux qui ont le plus souffert des guerres yougoslaves parce qu'ils sont les plus fragiles et ceux où les petits progrès accomplis depuis quelques années ont été ruinés par la crise.“⁶¹⁰

Auswertung

Die Verhandlungen zur Agenda 2000 verdeutlichten einige der Schwierigkeiten der EU bei der Vorbereitung auf ihre Erweiterung. Die Interessen einer immer größeren und gleichzeitig immer heterogeneren Gemeinschaft zusammenzuführen, stellte die eingespielten und erprobten Mechanismen und Funktionsweisen der EU vor große Herausforderungen. Eine zunehmende Differenzierung des Integrationsprozesses zeichnete sich als mögliche Antwort

⁶⁰⁹ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du Conseil européen de Cologne, Köln 4.6.1999.

⁶¹⁰ Daniel Vernet: „L'Union européenne n'a pas achevé son adaptation avant son élargissement“, *Le Monde* 12.6.1999.

auf dieses Problem immer deutlicher ab.⁶¹¹ Die französische Verhandlungsposition für die Agenda 2000 bestand auf der Bewahrung von Privilegien besonders für die Landwirte und war in diesem Punkt wenig kompromissbereit. Die wesentlichen französischen Forderungen konnte Chirac bei den Ratstreffen von Petersberg, Köln und Berlin durchsetzen, wenn auch auf Kosten von deutlichen Belastungen im deutsch-französischen Verhältnis.⁶¹² Die harte Haltung Chiracs entsprach dem französischen Bestreben, vor der Erweiterung möglichst viele Punkte zu regeln, die mit einer größeren Anzahl von Mitgliedsstaaten schwieriger zu diskutieren sein und noch mehr Kompromissbereitschaft auch von Frankreich erfordern würden. Da die Agrarpolitik einer der wesentlichen Pfeiler der französischen Europapolitik war und Frankreich im Verhältnis zu anderen EU-Staaten überdurchschnittlich von ihr profitierte, war das französische Interesse nachvollziehbar, möglichst viele Privilegien in diesem Bereich auch über den Zeitpunkt der ersten Erweiterung hinaus festzuschreiben. Einen Erfolg in dieser Frage konnte die französische politische Führung in Frankreich auch sehr gut vermitteln – es ging um die Wahrung elementarer französischer Interessen in Europa und um die Sicherung bedeutender finanzieller Vorteile. Ein Durchsetzen Chiracs in diesem Punkt erschien für die Haltung vieler Franzosen zu Europa auch wichtig – wie die zitierten Umfragen zeigten, war die Zukunft der Landwirtschaft eine Frage, über die ein großer Teil der Gesellschaft besorgt war und für deren Lösung sie sowohl Europa als auch die französische Regierung und den Staatspräsidenten am Zug sah.

Zu den Auswirkungen der Beschlüsse der Ratstreffen von Köln und Berlin auf die anstehende Osterweiterung äußerte sich Chirac nur auf direkte Nachfrage. Auch wenn die Verhandlungen zur Agenda 2000 ausdrücklich in Vorbereitung auf die anstehende Erweiterung geführt wurden, zog Chirac in seiner Bewertung der Ergebnisse wie auch in den Jahren zuvor keine direkte Verbindung zwischen den beiden Punkten. Seiner Ansicht nach hatten die

⁶¹¹ Vgl. zu diesem Aspekt auch Werner Weidenfeld (2000): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1999/2000“, in: Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (2000): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, Bonn/Berlin, S. 13-24, bes. S. 22.

⁶¹² Vgl. zu diesem Punkt auch die Analyse von Paterson und Jeffery, die feststellten, dass generell „die konkreten Implikationen der Osterweiterung für die bisherigen EU-Mitgliedstaaten zu genaueren Vorstellungen von nationalen Interessen und Besitzständen geführt [hätten]“ und speziell zum deutsch-französischen Verhältnis in diesem Zusammenhang konstatierten: „Wenn Kohl Europäer war, ‚weil er es musste‘, lagen Frankreich und französische Sensibilitäten stets im Zentrum seiner Betrachtungsweise. Wenn Schröder Europäer ist, ‚weil er es will‘, ist auch das deutsch-französische Verhältnis für Deutschland nur Teil eines Kosten-Nutzen-Kalküls. Wie man im ‚vehementen‘ Streit zwischen Deutschland und Frankreich über die Agrarreform im Rahmen der Verhandlungen über die Agenda 2000 beobachten konnte, können die Kosten im Prinzip auch auf Frankreich verlagert werden. Dies stellt klar, wie weit das deutsch-französische Verhältnis durch die mit der Osterweiterung verbundene Verschiebung des geopolitischen Schwerpunkts der EU nach Nordosten strapaziert worden ist und noch werden kann [...]“. William E. Paterson/Charlie Jeffery (1999): „Deutschland, Frankreich – und Großbritannien? Eine britische Sicht deutscher Europa-Politik“, in: *Internationale Politik* 11/99, S. 19-27, hier S. 22f. Kursivsetzung im Original. Vgl. zu diesem Thema ebenfalls Ritzenhofen (1999), a.a.O.

beschlossenen Reformen keine aufschiebende oder gar hinderliche Wirkung auf die Erweiterung. Die Pressebewertung war in diesem Punkt wesentlich kritischer. Zum einen wurden die einzelnen Teilaspekte der Agenda 2000 detaillierter ausgeführt und erläutert als vom Staatspräsidenten und es wurde expliziter auf die möglichen Folgen einer unzureichenden Reform, besonders in der Agrarpolitik, hingewiesen. Zum anderen waren auch die Urteile über die dann tatsächlich nicht weit genug gehenden Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs deutlich negativer als die Einschätzungen von Chirac. Während der Staatspräsident den Erfolg für die französische Verhandlungsposition betonte, lag der Schwerpunkt in der Presse stärker auf den potentiell negativen Auswirkungen der Beschlüsse sowohl auf die EU im Zustand des Jahres 1999 als auch im besonderen auf eine eventuell erweiterte Union. Der Gegensatz zwischen Chiracs offenem Diskurs gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten und seiner harten Verhandlungsposition im Vorfeld der Aufnahme neuer Mitglieder trat in der Presseberichterstattung deutlich hervor. Der Staatspräsident selbst thematisierte diesen seit Beginn seiner Präsidentschaft beobachteten Widerspruch nicht. Allen Solidaritäts- und Willkommensbotschaften zum Trotz überwog in den Verhandlungen zur Agenda 2000 bei Chirac eindeutig das Ziel der Wahrung französischer Interessen und des Zufriedenstellens einer wichtigen Wählergruppe – der französischen Landwirte. Eine offene und positive Haltung zur Erweiterung wurde in der französischen Gesellschaft so sicherlich nicht gefördert. Es erfolgte also bei Chirac weiterhin keine Anpassung an die sich abzeichnenden neuen europäischen Realitäten – weder auf der Ebene der praktischen Politik noch auf der des sie begleitenden Diskurses.

4. Europäischer Rat von Helsinki unter finnischer Ratspräsidentschaft

Beim Ratstreffen der Staats- und Regierungschefs in Helsinki am 10. und 11. Dezember 1999 war die Erweiterung einer der wichtigsten Punkte auf der Agenda. Den Empfehlungen der Kommission vom Oktober entsprechend wurde eine neue Phase des Erweiterungsprozesses eingeleitet mit dem Beschluss, Verhandlungen über einen Beitritt auch mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta aufzunehmen.⁶¹³ Aus Gründen der Stabilitätssicherung und als Anerkennung der Unterstützung für die alliierten Kräfte im Kosovo-Krieg wurde somit die Zahl der in den Erweiterungsprozess einbezogenen Staaten

⁶¹³ Vgl. für die folgenden Ausführungen und Zitate Europäischer Rat Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Einleitung und I. Vorbereitung der Erweiterung.

deutlich erhöht.⁶¹⁴ Die Fortschritte der Entwicklungen in den beitrtrittswilligen Ländern, mit denen bereits verhandelt wurde, wurden vom Rat wahrgenommen und begrüßt. Gleichzeitig wies er darauf hin, „dass einige beitrtrittswillige Länder nicht in der Lage sein [würden], allen Kopenhagener Kriterien auf mittlere Sicht gerecht zu werden.“ Dennoch blieb es bei der gleichberechtigten Teilnahme aller Länder am Beitrittsprozess. Alle hatten weiterhin die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln und Staaten, die eventuell bereits seit längerem verhandelten, noch zu überholen. Auch der Türkei wurde noch einmal explizit bestätigt, dass sie „auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrtrittswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll[e].“ Damit wurde ihr offiziell der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt, wenn auch noch keine Verhandlungen für ihre Aufnahme in die Union vorgesehen waren.

Die Union selbst beabsichtigte, ihre eigenen Vorbereitungen auf die Erweiterung so zu gestalten, dass sie ab Ende 2002 in der Lage wäre, neue Mitglieder aufzunehmen. Frankreich setzte sich daher zum Ziel, die geplante Regierungskonferenz zur endgültigen Institutionenreform vor der Erweiterung unter französischer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 zu einem konstruktiven Ende zu bringen. Mit der Reform der Arbeitsweise des Rates sollte bereits im Vorfeld der Regierungskonferenz begonnen werden. Hierzu verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs in Helsinki einige Empfehlungen, u.a. zum Verhältnis zwischen Europäischem Rat und dem Rat ‚Allgemeine Angelegenheiten‘, zur Rolle des Generalsekretärs/Hohen Vertreters oder zu einer Reduzierung der Ratsformationen.⁶¹⁵ Im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft beabsichtigte Frankreich, neben der erfolgreichen Beendigung der Regierungskonferenz zur Institutionenreform, auch die Einberufung einer Tagung der Europäischen Konferenz mit allen EU-Mitgliedern und allen beitrtrittswilligen Staaten.

⁶¹⁴ Eine entsprechende Anpassung der Erweiterungsstrategie war auch von zahlreichen Analysten gefordert worden, beispielsweise von Daniel Vernet in *Le Monde*: „Deux considérations au moins poussent à revoir la politique d’élargissement. La première est d’ordre moral: même si l’Union européenne ne doit pas être une association de bienfaisance, elle a une dette envers des pays dont les Occidentaux se sont servis comme des porte-avions et dont la guerre a entravé un développement déjà précaire. La seconde est stratégique: aujourd’hui comme hier, la stabilité des Balkans est une condition de la stabilité européenne. [...] Pour tous ceux qui réfléchissent à la configuration de l’Europe d’après la guerre (du Kosovo), il est clair qu’on ne peut pas continuer comme avant. Mais personne ne sait comment prendre en compte la situation nouvelle, sans détruire ce qui a été acquis. Le Kosovo a aggravé le dilemme de tous les élargissements précédents.“ Daniel Vernet: „L’élargissement de l’Europe après le Kosovo“, *Le Monde* 25./26.7.1999. Neben der Eröffnung konkreter EU-Beitrittsperspektiven für einige Staaten der Region in einem kurz- bis mittelfristigen zeitlichen Rahmen hatte die EU im Juni 1999 mit den Staaten des ehemaligen Jugoslawien und weiteren Ländern der Region einen Stabilitätspakt abgeschlossen, der auf eine längerfristige Heranführung an die EU abzielte.

⁶¹⁵ Vgl. Anlagen zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Helsinki 10. und 11. Dezember 1999, Anlage III: Ein effizienter Rat für eine erweiterte Union. Reformleitlinien und Empfehlungen für Maßnahmen.

Neben der Einleitung einer neuen Phase im Erweiterungsprozess traf der Europäische Rat von Helsinki auch wichtige Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.⁶¹⁶ Spätestens zum Jahr 2003 solle die EU, nach den Beschlüssen des Rates von Helsinki, in der Lage sein, innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte im Umfang von 50.000 bis 60.000 Personen bereitzustellen und für Einsätze von mindestens einem Jahr verlegen zu können. Zur politischen und strategischen Leitung dieser Operationen wurde die Schaffung neuer politischer und militärischer Gremien und Strukturen vorgesehen. Außerdem sollten Regelungen zur Abstimmung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO erarbeitet werden, wenn die EU Einsätze der oben beschriebenen Art übernehme. Auch in der nichtmilitärischen Krisenbewältigung wollte die EU laut Ratsbeschluss ihre Kapazitäten und Einsatzmittel ausbauen.⁶¹⁷ Im wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Bereich verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten fortzuführen und zu intensivieren und auch die Praxis der Formulierung beschäftigungspolitischer Leitlinien fortzusetzen.⁶¹⁸

Bewertung der Ergebnisse von Helsinki durch Jacques Chirac

Jacques Chirac zeigte sich bei seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Jospin sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Gipfels von Helsinki.⁶¹⁹ Die Fortschritte bei der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entsprachen einer seit langer Zeit bestehenden Priorität Frankreichs.⁶²⁰ Auch mit den Ergebnissen zum Thema Erweiterung war Chirac einverstanden:

⁶¹⁶ Vgl. für diesen Abschnitt Europäischer Rat Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, II. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Anlage IV: Berichte des Vorsitzes an den Europäischen Rat (Helsinki) über die ‚Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik‘ und über die ‚Nichtmilitärische Krisenbewältigung der Europäischen Union‘.

⁶¹⁷ Europäischer Rat Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, II. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

⁶¹⁸ Zu den genannten und weiteren Punkten aus den Bereichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vgl. Europäischer Rat Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, III. Eine wettbewerbsfähige, beschäftigungswirksame, nachhaltige Wirtschaft.

⁶¹⁹ Vgl. für den folgenden Abschnitt und die Zitate Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre: Conseil européen, Helsinki 11.12.1999.

⁶²⁰ Frankreich hatte im Vorfeld des Gipfels sowohl mit Großbritannien als auch mit Deutschland gemeinsame Initiativen ergriffen und Vorschläge zur Weiterentwicklung und Gestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebracht. Vgl. Sommet franco-britannique: Déclaration sur la défense européenne, London 25.11.1999 und Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Tony Blair, Premier ministre du Royaume uni, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, lors du sommet franco-britannique, London 25.11.1999 sowie Conseil franco-allemand de défense et de sécurité: Déclaration de Paris, 30.11.1999 und Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin, Premier ministre lors des 74e Consultations franco-allemandes, Palais de l'Elysée 30.11.1999.

„Nous avons pour la première fois aujourd’hui une rencontre avec les treize pays candidats. L’Union confirme ainsi sa vocation à rassembler l’ensemble de la famille européenne. Nous ne sommes pas au bout du chemin, naturellement, nous poursuivrons cet effort, mais c’est là tout de même une étape importante et nous sommes heureux en particulier de la décision, qui a été confirmée, d’un traitement à égalité des six pays nouveaux, notamment que les conditions de négociation entre la Bulgarie, la Lettonie, la Lituanie, Malte, la Roumanie et la Slovaquie soient tout à fait identiques.“

Ebenfalls zum Thema Erweiterung hob Chirac seine Befriedigung darüber hervor, dass, dank des griechischen Einlenkens in dieser Frage, auch der Türkei eine Perspektive eröffnet werden konnte. Auf eine in diesem Zusammenhang gestellte Frage nach den Grenzen Europas antwortete Chirac dass, seiner Ansicht nach, die europäischen Integrationsstrukturen grundsätzlich den gesamten Kontinent umfassen könnten:

„La Turquie, par son histoire, et pas seulement par sa géographie, et par ses ambitions, est européenne. Les limites de l’Europe, c’est une question un peu abstraite. Dans l’état actuel des choses, nous avons un progrès qui concerne le continent européen. Nous verrons, petit à petit, dans quelles conditions les pays qui ne sont pas encore candidats pourront l’être.“

Unmittelbar nach dem Gipfel von Helsinki eröffnete Chirac am 14. Dezember das neue Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg. Im Rahmen seiner Rede zu diesem Anlass fasste er noch einmal die Herausforderungen zusammen, welche die Erweiterung der Union seiner Einschätzung nach mit sich bringe:

„Les Européens doivent désormais apprendre à réconcilier leur histoire et leur géographie. Pendant quarante ans, l’Union européenne n’a pas eu à dessiner ses frontières: elles lui étaient imposées par les chars du pacte de Varsovie, le long du rideau de fer. En s’ouvrant à 13 pays candidats, qui seront plus tard rejoints par ceux, je l’espère, des Balkans occidentaux, l’Union affirme sa vocation à rassembler toute la famille européenne. Grande ambition. J’invite ceux qui reprochent aux dirigeants européens de manquer parfois de courage et d’ambition à réfléchir quelques instants au défi que représente l’intégration progressive, et indispensable, dans l’Union de quelque 200 millions d’hommes et de femmes appartenant à une vingtaine de pays. Avant d’ouvrir sa porte, l’Union devra réformer ses institutions. Le chantier que nous avons engagé à Helsinki est nécessaire. Mais nous savons déjà qu’il ne constitue qu’une étape. Nous devons approfondir nos réflexions sur les conséquences à long terme de ces élargissements. Et le défi est considérable: comment faire vivre une communauté de peuples aussi différents par leur niveau de vie mais aussi par leur expérience de la construction européenne? Comment le faire, tout en poursuivant l’approfondissement indispensable de nos politiques communes? Ne faut-il pas réfléchir à une mise en œuvre plus flexible de nos progrès, comme nous l’avons déjà fait avec Schengen, puis avec l’euro?“⁶²¹

⁶²¹ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé à l’occasion de l’inauguration du nouveau bâtiment du Parlement européen, Straßburg 14.12.1999.

Pressebewertung der neue Erweiterungsstrategie der EU

Die veränderte Strategie der Union, die auf gleichzeitige Verhandlungen mit allen mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie mit Malta und Zypern zielte, war Mitte Oktober Thema in der französischen Presse.⁶²² Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte die Kommission ihre neuen Stellungnahmen (*avis*) zu den Bewerberstaaten. *Le Monde* zeichnete den Verlauf des Erweiterungsprozesses bis 1999 nach, erläuterte die Bedeutung der Strategieänderung der Kommission und zeigte die Schwierigkeiten auf, mit denen einzelne Länder trotz der ihnen gebotenen Perspektive noch zu kämpfen hatten. Der Erweiterungsprozess glich, der Analyse von Laurent Zecchini zufolge, immer mehr einem Spagat: Um Frieden und Stabilität in Europa zu erhalten und den mittel- und osteuropäischen Staaten eine Aussicht zu bieten, an der sie ihre Modernisierungsanstrengungen ausrichten und ihren Bürgern vermitteln können, müsse die EU an der Erweiterung festhalten und die Zahl der einbezogenen Länder erhöhen. Gleichzeitig werde durch dieses Vorgehen der Erweiterungsprozess immer schwieriger und vielfältiger, so dass die Gefahr bestehe, dass durch zu vage Zusagen den Bewerberstaaten gegenüber deren Reformeifer erlahme. Auf der anderen Seite wüchsen mit dem Fortschreiten des Prozesses auch in den Mitgliedsstaaten der EU die Zweifel an der Erweiterung. Auch diesem Problem müsse dringend begegnet werden, so Zecchini. Die neue Strategie der Kommission Prodi betrachtete Zecchini als für die Lösung der geschilderten Probleme nicht geeignet und kritisierte außerdem den Umgang der Staats- und Regierungschefs mit dem Thema Erweiterung:

„ [...] l'élan européen lui-même semble parfois faire défaut. En Autriche, mais aussi en Allemagne, en Belgique, en France, en République tchèque, et peut-être même en Pologne, on aurait aujourd'hui du mal à faire émerger une majorité favorable à l'élargissement de l'Europe. Ce repli sur soi a des origines différentes: les pays riches craignent une compétition déloyale de la part d'Etats bénéficiant d'une main-d'œuvre bon marché, alors que les plus pauvres redoutent de se faire 'voler' les subventions européennes auxquelles ils sont habitués. Les Etats nés de l'éclatement de l'ancien bloc de l'Est auraient tort de ne pas convoiter les largesses de la politique agricole commune. Mais la nouvelle stratégie de la Commission européenne ne lève pas toutes les incertitudes, notamment s'agissant du calendrier d'adhésion de ce vaste groupe de douze ou treize Etats. [...] c'est le flou qui prédomine, même si l'on sait que les pays les mieux préparés devraient rejoindre l'Union à partir de 2002. [...] les chefs d'Etat et de gouvernement des Quinze auraient tout intérêt à rappeler à ce vaste vivier de postulants que l'appartenance à l'Europe signifie des devoirs et des efforts, et pas simplement des droits. Sauf à risquer de perdre ce pari du grand écart de l'élargissement de l'Europe.“⁶²³

⁶²² Vgl. zuvor bereits Philippe Lemaître: „Une ‚nouvelle philosophie‘ pour l'élargissement de l'UE“, *Le Monde* 3.9.1999 und Ders.: „Les Quinze accélèrent l'élargissement de l'Union“, *Le Monde* 7.9.1999.

⁶²³ Laurent Zecchini: „Le grand écart de l'élargissement de l'Europe“, *Le Monde* 16.10.1999.

Bewertung der Ergebnisse der finnischen Ratspräsidentschaft

Die Berichterstattung in der Presse nach dem Gipfel von Helsinki schenkte der Zuerkennung des vollständigen Kandidatenstatus⁶²⁴ an die Türkei große Aufmerksamkeit. Die Einschätzung dieses Schrittes war überwiegend skeptisch.⁶²⁴ Weiterhin schien in mehreren Artikeln die Frage auf, ob die EU sich mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit weiteren Staaten ohne ausreichende Vorbereitung durch eine umfassende Institutionenreform nicht übernehme und womöglich ihr eigenes Scheitern herbeiführe. Jean Quatremer sah in *Libération* die 15 EU-Staaten von einem Schwindel ergriffen („comme pris de vertige“) und trotzdem eine Entscheidung treffend, deren Folgen die bestehenden Strukturen nicht auffangen könnten:

„Le problème est que ce ‚grand élargissement‘ qui modifiera profondément la physionomie de l’UE, s’est fait sous la pression des événements et non à la suite d’un minimum de réflexion. A Helsinki, les Quinze se sont à nouveau voilé la face en renvoyant à plus tard, sauf surprise de dernière minute, la remise à plat d’un système institutionnel menacé d’asphyxie.“⁶²⁵

Quatremer sah die Gründe für diesen Verlauf der Entscheidungen u.a. in einem nicht funktionierenden deutsch-französischen Paar, dessen beide Mitglieder seiner Ansicht nach zu sehr mit innenpolitischen Fragestellungen beschäftigt seien. Quatremers Einschätzung nach sei versäumt worden, über Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten nachzudenken, die diesen Sicherheit und Stabilität böten und die EU organisatorisch und finanziell nicht überfordern würden. Da er die Agenda der angedachten Regierungskonferenz für nicht weitreichend genug hielt, fiel seine Prognose für die Zukunft der EU sehr pessimistisch aus:

„Aucun argument sérieux n’est avancé pour défendre cette ‚petite‘ CIG si ce n’est celui du temps: aller au-delà d’Amsterdam obligerait les Quinze à négocier durant plus d’une année, retardant autant l’élargissement. On en reste pantois: n’est-il pas plus urgent de consolider la maison européenne afin d’éviter qu’elle ne s’effondre sous le poids des invités, même si cela prend du temps? Il est vrai que les gouvernements font semblant de croire que cinq ou dix membres de plus ne compliqueront pas davantage une future réforme du Traité... [...] Helsinki, début de la fin?“⁶²⁶

Auch Baudouin Bollaert fragte in *Le Figaro* nach möglichen fatalen Folgen einer schlecht vorbereiteten Erweiterung für die EU. „L’Europe peut-elle mourir?“⁶²⁷ lautete programmatisch bereits der Titel seines Leitartikels. Bollaert sprach, wie Quatremer, von

⁶²⁴ Vgl. z.B. Nicole Pope: „Le long chemin de la Turquie vers le statut de pays candidat“, *Le Monde* 11.12.1999 oder „En France, la candidature de la Turquie à l’UE est critiquée à gauche comme à droite“ und Daniel Vernet: „L’Europe, future puissance proche-orientale?“, beide in *Le Monde* 16.12.1999 sowie Alain Duhamel: „La Turquie menace l’Europe“, *Libération* 17.12.1999.

⁶²⁵ Jean Quatremer: „La maison européenne s’agrandit à Helsinki“, *Libération* 11./12.12.1999.

⁶²⁶ Ebd.

⁶²⁷ Baudouin Bollaert: „L’Europe peut-elle mourir?“, *Le Figaro* 13.12.1999.

Schwindelgefühlen („vertige“), die der Fortgang des Erweiterungsprozesses hervorruft. Die EU sei ihren Verpflichtungen zur Vorbereitung der Erweiterung nicht nachgekommen, so Bollaert:

„Si ce processus donne aujourd’hui le vertige, c’est que les Quinze n’y semblent pas mieux préparés que les pays candidats... On attendait du couple franco-allemand et de ses partenaires qu’ils répondent à une double obligation: externe, d’abord, en ne fermant pas la porte aux nouvelles démocraties de l’Est; interne, ensuite, en réformant un système conçu au départ pour six pays. Ils n’ont rassuré ni sur le premier ni sur le second point.“⁶²⁸

Die möglichen Folgen der mangelnden Vorbereitung sah Bollaert ähnlich dramatisch wie Quatremer:

„Les Quinze vont lancer l’an prochain la réforme tant attendue de leurs institutions dans l’espoir de réussir à Nice, sous présidence française, ce qu’ils avaient raté à Amsterdam. Mais tous n’ont pas les mêmes ambitions et l’UE pourrait devenir une sorte d’ONU ou d’OSCE sans système de décision efficace. Faute de volonté politique, le danger est réel de la voir se diluer dans une vaste zone de libre-échange, l’Otan plaquant sa structure militaire sur l’ensemble. Ce serait la revanche posthume de MacMillan sur De Gaulle et Adenauer. L’Union peut-elle mourir? Une course de vitesse s’engage, en réalité, entre ce projet intégrateur qu’est la monnaie unique et ce projet désintégrateur qu’est l’élargissement.“⁶²⁹

Auswertung

Bei der Bewertung des Gipfels von Helsinki mit den wichtigen Beschlüssen zur Erweiterung fand Jacques Chirac wieder zurück zu seinen bekannten rhetorischen Mustern in Bezug auf die anstehende Aufnahme neuer Mitglieder in die EU. Deutlich wurde der Gegensatz zwischen der Zusammenkunft in Finnland, bei der im Erweiterungsbereich zwar eine strategische Neuausrichtung beschlossen, aber keine konkreten Politikfelder verhandelt wurden, und den Treffen der Staats- und Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft, bei denen konkrete französische Interessen zur Debatte standen. Ging es um das Grundsätzliche der Osterweiterung, pflegte Chirac seinen offenen und positiven Diskurs mit den bereits häufig zitierten Motiven der Versöhnung des Kontinents und der Friedensgarantie durch die europäische Einigung. Standen dagegen Politikbereiche zur Verhandlung an, bei denen die Osterweiterung eventuell Nachteile für Frankreich bringen könnte, fehlten positive Konzepte zu deren Vermittlung. Statt dessen dominierte die harte Vertretung französischer Interessen Chiracs Äußerungen. Die Analysekategorien ließen sich damit erneut weitestgehend nur in ihrer negativen Ausprägung nachweisen. Dies galt besonders für die Kategorie Interesse. Chirac erwähnte auch in Finnland die Notwendigkeit einer vor der Erweiterung

⁶²⁸ Ebd.

⁶²⁹ Ebd.

durchzusetzenden Institutionenreform der EU und formulierte damit eine der wichtigsten Aufgaben der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000. Aus Chiracs Sichtweise bestand grundsätzlich kein Grund, an der Umsetzung dieses Erfordernisses zu zweifeln, auch wenn er deutlicher als bei anderen Gelegenheiten die Schwierigkeiten des Erweiterungsprozesses benannte.

An der Umsetzbarkeit der Institutionenreform unter französischer Präsidentschaft hatten die Analysten in der Presse dagegen deutlich größere Zweifel. Ihre Kritik an den Beschlüssen von Helsinki richtete sich an alle Staats- und Regierungschefs der EU, aber von der französischen Presse wurde natürlich der französische Präsident im besonderen angesprochen. Außerdem wurde mehrfach explizit das schlechte Funktionieren des deutsch-französischen Paares als einer der Gründe für die aus Sicht zahlreicher Journalisten nicht ausreichend durchdachte neue Erweiterungsstrategie genannt. Während Chirac die Ausweitung der Verhandlungen auf weitere Staaten begrüßte, u.a. weil auf diese Weise auch Rumänien einbezogen wurde, sah die Mehrzahl der Pressebewertungen zu Helsinki diesen Schritt aufgrund mangelnder Vorbereitung sehr negativ. Mit ihren Warnungen vor den Schwierigkeiten, denen sich die EU gegenübersehen könne, wenn sie neue Staaten aufnehme, ohne sich zuvor entsprechend reformiert zu haben, nahmen einige der zitierten Artikel eine deutliche Gegenposition zu den Aussagen des Staatspräsidenten ein: Chirac sprach davon, dass die EU vor der Erweiterung reformiert werden müsse, um durch die Aufnahme neuer Staaten nicht zu einer reinen Freihandelszone zu werden. Diese Gefahr war für ihn jedoch nicht real, da er von einem erfolgreichen Abschluss der Institutionenreform unter seinem Ratsvorsitz ausging. Hingegen sagten einige der Analysten in der Presse voraus, dass genau das eintreten werde, was Chirac nicht beabsichtige – nämlich die Verwässerung oder gar die Auflösung der EU, weil es unter den gegebenen Bedingungen nicht gelingen könne, die erforderliche weitreichende Reform durchzuführen. Die Franzosen sahen sich also mit zwei gegensätzlichen Analysen konfrontiert, was die Bedeutung der Beschlüsse von Helsinki für die Weiterentwicklung der europäischen Integration anging. Dass sie unter diesen Umständen Schwierigkeiten hatten, den Erweiterungsprozess objektiv zu beurteilen und ihm vorurteilsfrei zu begegnen, war verständlich. Ihre Zurückhaltung in dieser Frage zeigte sich auch in den Eurobarometer-Umfragen des Jahres 1999.

5. Umfragedaten 1999

Auf die Frage im Eurobarometer 51⁶³⁰ nach Ängsten der Bürger in Bezug auf den europäischen Einigungsprozess nannten die Franzosen v.a. die Angst vor der Verlegung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Produktionskosten (76%), vor Schwierigkeiten für die Bauern (72%) sowie vor dem Wegfall von Sozialleistungen (67%).⁶³¹ Mit diesen Prioritäten in ihren Befürchtungen stimmten die Franzosen mit zahlreichen anderen EU-Bürgern überein.⁶³² Dennoch ließ sich angesichts der allgemeinen Erweiterungsskepsis in Frankreich auch bei den genannten Ängsten, besonders bei der Befürchtung, dass Arbeitsplätze verlagert würden, und bei den Bedenken, was die Zukunft der Bauern anging, eine deutliche Verbindung zur anstehenden Aufnahme neuer Mitglieder ziehen. Hinzu kam, dass sich auch 60% der befragten Franzosen Sorgen über die Kosten der Erweiterung machten. Im Frühjahr 1999 befürworteten nur 33% der Franzosen den Beitritt von neuen Ländern zur EU. Im EU-weiten Vergleich waren die Zustimmungswerte zu dieser Frage nur in Österreich mit 29% noch niedriger. Der Spitzenreiter Dänemark erreichte 62% Zustimmung.⁶³³ Bei der Frage nach der Bedeutung der in Kopenhagen entwickelten Erweiterungskriterien lag Frankreich dagegen vorne: 90% der Befragten hielten deren

⁶³⁰ Eurobarometer 51, Juli 1999, Datenerhebung im März und April 1999, Europäische Kommission.

⁶³¹ Weniger Angst hatten die Franzosen vor dem Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens, vor dem Ende der nationalen Währungen, vor den Kosten der Erweiterung, vor einem Rückgang der Subventionszahlungen durch die EU, vor dem Verlust der nationalen Identität und Kultur, vor steigenden Ausgaben der reichen für andere Länder, vor dem Rückgang der Verwendung des Französischen sowie vor einem Machtverlust der kleineren Länder. Die Frage lautete: „Certains personnes peuvent avoir des craintes face à l'Europe qui se construit, l'Union européenne. Voici une liste de choses que certains disent craindre. Pour chacune d'entre elles, voulez-vous me dire si – personnellement – vous la craignez actuellement ou pas?“. Antwortoptionen: „Une perte de pouvoir pour les plus petits pays membres/Un renforcement du trafic de drogue et du crime international organisé/Que notre langue soit de moins en moins utilisée/Que les pays les plus riches payent plus pour les autres/Que l'arrivée de nouveaux pays dans l'Union européenne coûte trop d'argent aux pays membres/La perte d'avantages sociaux/La perte de notre identité et de notre culture nationale/La fin du Franc/Le transfert d'emplois vers des pays où l'on produit moins cher/Plus de difficultés pour les agriculteurs/Moins de subventions de l'Union européenne pour la France“

⁶³² Die Verlagerung von Arbeitsplätzen befürchteten insgesamt die meisten EU-Bürger (61%), vor dem Anstieg des Drogenhandels und der internationalen Kriminalität (57%), den Schwierigkeiten für die Bauern (56%), dem Wegfall von Sozialleistungen (53%) sowie der Abschaffung des Franc (51%).

⁶³³ Durchschnittswerte aus den Antworten auf folgende Frage: „Pour chacun des pays suivants, seriez-vous favorable ou défavorable à ce qu'à l'avenir il fasse partie de l'Union européenne? République tchèque/Slovaquie/Pologne/Hongrie/Roumanie/Slovénie/Estonie/Lettonie/Lituanie/Bulgarie/Chypre/Malte/Suisse/Norvège/Turquie“

Beachtung durch die Bewerberstaaten für wichtig.⁶³⁴ Das Eurobarometer 52, dessen Daten im Oktober und November 1999 erhoben wurden, bestätigte die beschriebenen Tendenzen im französischen Meinungsbild.⁶³⁵

6. Zwischenfazit zum Ende des Jahres 1999

Das Jahr 1999 stellte einige entscheidende Weichen für das Fortschreiten des Erweiterungsprozesses der EU. Die finanziellen Fragen waren für den Zeitraum bis 2006 geklärt. Mit der Agrarpolitik und den Strukturfonds waren zwei wesentliche Politikbereiche zumindest vorübergehend neu gestaltet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet worden, so dass eine Aufnahme neuer EU-Mitglieder möglich wurde. Außerdem wurde beim Gipfel von Helsinki eine Änderung der Gesamtstrategie zur Erweiterung beschlossen, derzufolge der Türkei ein Kandidatenstatus zuerkannt wurde und mit allen mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie mit Malta und Zypern Verhandlungen aufgenommen werden konnten. Aus französischer Sicht waren alle genannten Beschlüsse weitgehend positiv: Der Kompromiss zur Agenda 2000 berücksichtigte zahlreiche französische Forderungen und auch die Ausweitung des Kreises der verhandelnden Staaten u.a. auf Rumänien war im französischen Sinne. Offen blieb das Problem der Institutionenreform, mit der sich die EU auch organisatorisch auf die Zusammenarbeit zwischen 25 oder mehr Mitgliedsstaaten vorbereiten musste. Unter anderem dieses Punktes wollte sich die französische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 annehmen. Während Staatspräsident Chirac die Erfolgsaussichten dieses Projekts als sehr gut einschätzte, war die französische Presse deutlich skeptischer.

Die Franzosen hatten sich noch nicht überzeugen lassen von dem neuen Europa, das sich hinter den angestoßenen Reformen und Veränderungen abzeichnete. Dass die Europawahlen zu innenpolitischen Meinungsäußerungen missbraucht wurden und daher kein Gradmesser für europäische Überzeugungen in der Bevölkerung waren, war nicht neu und kein ausschließlich französisches Phänomen. Allerdings zeigten auch die ausgewerteten Umfragedaten bei einem großen Teil der befragten Franzosen erhebliche Skepsis und Zweifel an dem von ihrer

⁶³⁴ „Pour chacun des critères suivants, pourriez-vous me dire s’il vous semble important ou pas pour décider si un pays peut devenir membre de l’Union européenne ou non? Ce pays doit respecter les Droits de l’Homme et les principes démocratiques/Son niveau de développement économique doit être proche de celui des autres Etats membres/Il doit accepter l’ensemble de ce qui a déjà été décidé et mis en œuvre tout au long de la construction européenne/Son entrée ne doit pas coûter cher aux pays qui sont déjà membres/Il doit être prêt à faire passer l’intérêt de l’Union européenne avant le sien/Il doit lutter contre le crime organisé et le trafic de drogue/Il doit protéger l’environnement/Il doit pouvoir payer sa part du budget de l’Union européenne“

⁶³⁵ Eurobarometer 52, April 2000, Datenerhebung im Oktober und November 1999, Europäische Kommission. Mit 34% Zustimmung zum Beitritt neuer Mitglieder lag Frankreich in der zweiten Jahreshälfte 1999 im EU-Vergleich sogar auf dem letzten Platz.

politischen Führung vorangetriebenen europäischen Projekt. Besonders im Hinblick auf die Erweiterung blieben die Franzosen in ganz Europa am zurückhaltendsten. Hier war, besonders vor dem Hintergrund der neuen Erweiterungsstrategie der Kommission Prodi, noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies galt nicht nur, aber im besonderen für die französische Politik. Ob sie dazu in der Lage und willens war, bzw. ob sie dieses Vermittlungsproblem als dringlich erkannte – jenseits der Beschwörung von Versöhnungsvisionen und der Zusammenführung der europäischen Familie – blieb am Ende des Jahres 1999 offen. Die von Präsident Chirac verwendeten Vermittlungskonzepte ließen keine wesentliche Veränderung in der Kommunikationsstrategie zu Europa und besonders zur Erweiterung erkennen. Im Vordergrund stand die Sicherung französischer Interessen, was sich im Jahr 1999 besonders auf die Gemeinsame Agrarpolitik bezog. Die zugehörige Analysekategorie Interesse ließ sich daher in Chiracs Äußerungen und Einschätzungen zur Agrarreform nur in Bezug auf Frankreich in einem positiven Sinne nachweisen. Im Zusammenhang mit der Erweiterung erhielt die Kategorie einen negativen Klang, da Frankreich bei der GAP-Reform nur sehr eingeschränkt kompromissbereit war und damit die Vorbereitung der EU auf die Erweiterung deutlich erschwerte. Konstant blieb im Jahr 1999 auch das häufige Auftreten der Kategorie Frieden in Chiracs Ausführungen zur Erweiterung. Die damit verbundenen Motive waren für ihn weiterhin eine der wichtigsten Begründungen für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder. In diesem Punkt stimmte Chirac mit einer Mehrheit der Franzosen überein, die ebenfalls die Bedeutung des Friedensaspekts der europäischen Integration anerkannten und unterstützten. Der Gegensatz in der französischen Haltung zur Erweiterung zwischen grundsätzlicher Offenheit auf der einen und der deutlichen und wenig kompromissbereiten Vertretung nationaler Interessen in konkreten Verhandlungen auf der anderen Seite setzte sich demnach auch 1999 fort. Eine neue Begründung der europäischen Integration und v.a. der französischen Rolle darin fand sich dagegen nicht, obwohl die Beschlüsse von Helsinki einen in der Entwicklung der EU noch nicht dagewesenen Einschnitt bedeuten und einer konzeptionellen und strategischen Unterfütterung bedurft hätten.⁶³⁶

Eine EU mit 25 und mehr Mitgliedern, inklusive möglicherweise der Türkei, hätte nichts mehr gemein mit einer Gemeinschaft von sechs, neun oder zwölf Ländern, deren Zusammenschluss seine Wurzeln in der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und der Situation im Kalten Krieg hatte. Die am Horizont des Jahres 1999 deutlich aufscheinende, fast den

⁶³⁶ Vgl. zu diesem Aspekt der Beschlüsse von Helsinki auch Werner Weidenfeld (2000a): „Erweiterung ohne Ende? Europa als Stabilitätsraum strukturieren“, in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 1-10.

gesamten Kontinent umfassende Union würde so viele unterschiedliche Staaten mit verschiedener Größe, verschiedenen Interessen, verschiedener Leistungsfähigkeit, verschiedenen Vorstellungen von Europa und verschiedenen Erfahrungen vereinen, dass die Definition eines neuen Motivs für die Fortführung der Integration in dieser Form dringend notwendig gewesen wäre. Dass die Staats- und Regierungschefs es unterließen, ein solches zu formulieren, den Erweiterungsprozess aber dennoch fortsetzten und sogar beschleunigten, ließ nichts Gutes erwarten für die Akzeptanz dieses Vorgehens bei den Bürgerinnen und Bürgern der Union. Auch die Pressebewertungen der europäischen Politik des Jahres 1999 hoben diesen Aspekt negativ hervor und kritisierten v.a. eine unzureichende Zusammenarbeit des deutsch-französischen Paares. Vor der französischen Politik lagen daher für das Jahr 2000 besondere Herausforderungen: Die neue Erweiterungsstrategie musste einer sowieso schon sehr skeptischen Gesellschaft vermittelt werden. Gleichzeitig verantwortete Frankreich in seiner Ratspräsidentschaft den entscheidenden Schritt der lange ausstehenden Institutionenreform. Wie Jacques Chirac diese Anforderungen anging, wird eine der wichtigsten Fragen bei der Analyse des Jahres 2000 sein.

Kapitel XI: Französische Ratspräsidentschaft und Vertrag von Nizza (2000)

Im Jahr 2000 stand die EU nach der Euro-Einführung und vor der Erweiterung an einem entscheidenden Punkt ihrer Entwicklung. Fragen nach ihrer zukünftigen Gestalt und ihrer Finalität erhielten daher zunehmend Bedeutung und führten zu einer Zukunftsdebatte mit einer großen Bandbreite an Vorstellungen zur mittel- und langfristigen Weiterentwicklung der EU.⁶³⁷ Einig waren sich die Entwürfe darin, dass grundsätzliche Veränderungen nötig seien,

⁶³⁷ Vgl. zu diesem Thema speziell aus deutsch-französischer Perspektive u.a. Joachim Schild (2000): *Über Nizza hinaus. Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-französischen Instituts, Ludwigsburg oder Jean-Louis Arnaud (2000): *Die Franzosen und Europa: Der Stand der Europadebatte in Frankreich bei Eröffnung der französischen Ratspräsidentschaft*, Notre Europe - Studien und Forschungen, Nr. 10, Paris. Vgl. außerdem Stefan Krauß (2000): „Europäische Verfassungsdebatte zwischen Deutschland und Frankreich“, in: Rill (Hg.) (2000), a.a.O., S. 45-60. Vgl. für einige der wichtigsten deutsch-französischen Beiträge zur europäischen Zukunftsdebatte „Jacques Delors critique la stratégie d'élargissement de l'Union“, Entretien au *Monde*, Propos recueillis par Eric Le Boucher et Laurent Zecchini, *Le Monde* 19.1.2000; Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin (gekürzt), in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 100ff. Vgl. zu den französischen Reaktionen auf Fischers Rede auch sein Streitgespräch mit dem französischen linken Souveränisten Jean-Pierre Chevènement, abgedruckt in *Le Monde* vom 21.06.2000 und in der *ZEIT* vom selben Tag; vgl. für den Entwurf einer europäischen Verfassung durch eine Gruppe von RPR-Abgeordneten um Alain Juppé „Gaymard: ‚L'Europe a besoin d'une Charte fondamentale‘“, Propos recueillis par Anne Fulda, *Le Figaro* 4.5.2000, Raphaëlle Bacqué: „Alain Juppé travaille les thèmes européens“, *Le Monde* 6.5.2000 sowie aus dem Arbeitskreis um Juppé Ali Magoudi/Jérôme Monod: „Pour une Europe toute neuve, mode d'emploi“, *Le Monde* 6.5.2000 und für einen weiteren Verfassungsentwurf „Appel de Strasbourg de François Bayrou et Daniel Cohn-Bendit: ‚Pour que l'Europe devienne une démocratie‘“, *Le Monde* 14.6.2000.

dass die EU nicht auf der Basis eines einfachen „Weiter so wie bisher“ fortbestehen könne. Auch Jacques Chirac beteiligte sich mit seinem Konzept der Pioniergruppen, das er erstmals in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag im Juni 2000 vorstellte, an den Diskussionen. Alle Vorschläge und Ideen für die Zukunft der Union bezogen sich auf die Zeit nach dem Europäischen Rat von Nizza im Dezember 2000. Im Rahmen einer Regierungskonferenz, die im Februar eröffnet wurde und in Nizza ihren Abschluss finden sollte, mussten zunächst die Weichen gestellt werden für die unmittelbare Weiterentwicklung der Integrationsstrukturen im Hinblick auf die anstehende Erweiterung. Es oblag der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000, die Regierungskonferenz beim Europäischen Rat von Nizza im Dezember zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Die Vorbereitung der erweiterten Union wurde immer wichtiger, denn gleichzeitig mit der Regierungskonferenz wurden im Februar Beitrittsverhandlungen mit den sechs Staaten eröffnet, für die dieser Schritt beim Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 beschlossen worden war (Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei).

1. Europäische Ratstreffen von Lissabon und Santa Maria da Feira unter portugiesischer Ratspräsidentschaft

Der Schwerpunkt der Beratungen bei der Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon am 23. und 24. März lag, wie bereits bei anderen Frühjahrstagungen, auf der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.⁶³⁸ Die Staats- und Regierungschefs definierten für die EU ein „neues strategisches Ziel“ für das nächste Jahrzehnt, das darin bestehen sollte, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen [...]“. Mit Hilfe der später im öffentlichen Sprachgebrauch so genannten „Lissabon-Strategie“ sollte dieses Ziel erreicht werden, so der Beschluss. Die Erweiterung war kein Thema des Ratstreffens. Auf die kritische Frage, warum die Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa nicht in die neuen strategischen Überlegungen der EU einbezogen worden seien, reagierte Jacques Chirac wie folgt:

„[...] Il n’y a, en ce qui concerne l’élargissement, aucun problème particulier aujourd’hui. Les décisions d’Helsinki sont très claires. Tout simplement, aujourd’hui, nous faisons un Conseil, ici, sur les problèmes sociaux et les problèmes économiques et l’innovation. On ne parlait pas d’élargissement. Il ne faudrait pas donner au fait que nous n’avons pas approfondi ces problèmes ici et maintenant un sens que cela n’a pas du tout.“⁶³⁹

⁶³⁸ Vgl. Europäischer Rat Lissabon, 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁶³⁹ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l’issue du Conseil extraordinaire des chefs d’Etat et de Gouvernement de l’Union européenne, Lissabon 24.3.2000.

Mit dem Ergebnis des Ratstreffens insgesamt war Frankreich zufrieden, denn die Diskussionen über die Fortschreibung der sozial- und wirtschaftspolitischen Kooperation innerhalb der EU waren auch ein Ergebnis der französischen Anstöße in diesen Bereichen. Die Beschlüsse entsprachen in ihren großen Linien französischen Prioritäten und bildeten eine gute Vorbereitung für die französische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr.⁶⁴⁰

Beim Europäischen Rat von Santa Maria da Feira im Juni 2000 war die Fortsetzung der Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Union eines der wichtigsten Themen.⁶⁴¹ In diesem Kontext wurde beschlossen, dass neben den *Leftovers* von Amsterdam auch das Thema der verstärkten Zusammenarbeit im Laufe der Regierungskonferenz besprochen werden sollte. Unter anderem Deutschland und Frankreich setzten sich dafür ein, weil beide Länder die im Amsterdamer Vertrag festgeschriebenen Regelungen mit zahlreichen Veto-Möglichkeiten als nicht sehr praktikabel erachteten. Da eine differenzierte Integration mit der Perspektive der Erweiterung v.a. für die großen Mitgliedsstaaten immer wichtiger wurde, war es besonders für Frankreich und Deutschland von Bedeutung, die Mechanismen für ihre Anwendung effizient zu gestalten, wie auch Jacques Chirac betonte:

„Vous voyez bien que l’élargissement conduit tout naturellement à l’organisation d’une Europe composée de pays dont la culture européenne, le niveau de vie, les problèmes économiques ou sociaux sont très différents. Cela conduit obligatoirement, si l’on ne veut pas que l’Europe tombe en panne, si l’on ne veut pas qu’elle soit tirée vers le bas par un ensemble qu’elle ne serait pas capable de tirer vers le haut, qu’il y ait un certain nombre de pays, naturellement un nombre, par définition ouvert de pays qui se mettent d’accord pour progresser, montrer le chemin, éclairer la voie. C’est par les coopérations renforcées que ce mouvement peut tout naturellement se faire. [...]“⁶⁴²

Der Erweiterungsprozess wurde in den Schlussfolgerungen des portugiesischen Vorsitzes ausdrücklich als „Priorität“ der Union bezeichnet. Nachdem die Verhandlungen mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta im Februar 2000 eröffnet worden waren, zeigte sich der Rat im Juni zufrieden mit den Verhandlungsfortschritten mit den jetzt zwölf Bewerberländern. Die EU-Staats- und Regierungschefs forderten jedoch weitere Anstrengungen besonders bei der Reform von Verwaltungs- und Justizstrukturen im Hinblick auf Übernahme und Umsetzung des *Acquis communautaire*. Explizit wurde die Bedeutung einer guten Vermittlung der Erweiterung in die europäischen Gesellschaften hinein erwähnt:

⁶⁴⁰ Vgl. ebd. und außerdem Henrik Uterwedde (2000): „Frankreichs Vision vom Wirtschafts- und Sozialraum Europa“, in: *Dokumente* 4/2000, S. 292-298.

⁶⁴¹ Vgl. Europäischer Rat Santa Maria da Feira, 19. und 20. Juni 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁶⁴² Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre à l’issue du Conseil européen, Santa Maria da Feira 20.6.2000.

„Der Europäische Rat weist darauf hin, wie wichtig es ist, eine kontinuierliche Unterstützung für die Erweiterung zu gewährleisten, und dass es zu diesem Zweck erforderlich ist, die Öffentlichkeit in den Mitgliedsstaaten wie auch in den Beitrittsländern in geeigneter Weise zu informieren.“⁶⁴³

2. Im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft

Traditionelle Elemente französischer Europapolitik als Schwerpunkte des Programms für die Ratspräsidentschaft

Bereits in den ersten Monaten des Jahres 2000 ließen sich aus Äußerungen Jacques Chiracs bei verschiedenen Gelegenheiten die Prioritäten für den im zweiten Halbjahr anstehenden französischen EU-Ratsvorsitz ablesen. Chirac sprach zu diesem Thema beispielsweise beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps⁶⁴⁴, vor den Bürgermeistern der Region Savoyen in Chambéry⁶⁴⁵ sowie vor dem Komitee der Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der WEU und dem *Institut des Hautes Etudes de la Défense Nationale*⁶⁴⁶. Beim französisch-spanischen Gipfeltreffen in Santander am 23. Mai formulierte Chirac als Leitmotiv der französischen Ratspräsidentschaft: „[...] la nécessité de prendre, sous présidence française, les mesures nécessaires pour éviter que l'Europe ne soit dans l'incapacité de prendre les initiatives nécessaires, notamment après l'élargissement.“ Einen „accord minimal qui ne permettrait pas à l'Union de fonctionner efficacement après son élargissement“ war Chirac nicht bereit zu akzeptieren.⁶⁴⁷

Eines der Hauptthemen der französischen Ratspräsidentschaft war durch den europäischen Kalender vorgegeben: Frankreich sollte auf dem Gipfel von Nizza die Regierungskonferenz zur Institutionenreform zu einem konstruktiven Ende führen. Diese Aufgabe entsprach einer Priorität der französischen Politik und war für Frankreich Voraussetzung für die Erweiterung. Auch die anderen Schwerpunkte der französischen Ratspräsidentschaft standen in der Kontinuität französischer Europapolitik. Mit den Themen Sozialpolitik und Bürgernähe, die im Rahmen der Ratspräsidentschaft sehr in den Vordergrund gerückt wurden, griff Chirac Fragen auf, die eine direkte Verbindung zum Alltag der Franzosen hatten und bei denen sie konkrete Forderungen an die Europäische Union richteten. Hier ging es beispielsweise um

⁶⁴³ Europäischer Rat Santa Maria da Feira, 19. und 20. Juni 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁶⁴⁴ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 4.1.2000.

⁶⁴⁵ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réunion des maires de la Savoie, Chambéry 4.5.2000.

⁶⁴⁶ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le comité des Présidents de l'Assemblée parlementaire de l'UEO et les auditeurs de l'IHEDN, Palais de l'Élysée 30.5.2000.

⁶⁴⁷ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Jose Maria Aznar, Président du Gouvernement du Royaume d'Espagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du XIIIe Sommet franco-espagnol, Santander 23.5.2000.

Fortschritte im sozialen Bereich, im Umweltschutz, beim Kampf gegen illegale Einwanderung, Drogenhandel, Geldwäsche und Kriminalität im allgemeinen, sowie im Gesundheitsbereich, bei der Lebensmittelsicherheit, in Fragen von Kultur und Ausbildung sowie bei der Förderung von Sprachenvielfalt. Auch die Zielsetzung, Europa als Pol einer multipolaren Welt aufzubauen und auf diese Weise Frankreich weiterhin weltweite Einflussmöglichkeiten zu verschaffen, fand sich in den Schwerpunkten der Ratspräsidentschaft wieder. Der Verwirklichung dieses Ziels diene der von Frankreich angestrebte Ausbau der verteidigungspolitischen und militärischen Kapazitäten der EU. Vor dem Hintergrund des Tankerunglücks der „Erika“ vor der französischen Atlantik-Küste stand auch die Sicherheit auf den Meeren auf der Agenda.⁶⁴⁸ Die gemeinsame Wertebasis, auf der diese Elemente gründeten, sollte ihren Niederschlag finden in der Europäischen Grundrechtecharta.

Kontinuität auch bei den Vermittlungskonzepten

Nicht nur bei den inhaltlichen Schwerpunkten, auch bei den Mustern zu ihrer Vermittlung knüpfte Chirac bei der Präsentation des Programms der Ratspräsidentschaft an französische Traditionen an. Die aufgeführten inhaltlichen Prioritäten lassen sich den für die vorliegende Arbeit entwickelten Analysekatégorien zuordnen. Die Betonung der Zielsetzung eines bürgernahen Europa u.a. mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Kriminalitätsbekämpfung sowie Gesundheits- und Verbraucherschutzpolitik verwies auf die Kategorie *Europe protection*. Chirac griff, wie bereits mehrfach während seiner Amtszeit, Fragen aus dem unmittelbaren Alltag der Franzosen auf und präsentierte Europa als zusätzliche politische (Schutz-)Ebene bei der Behandlung dieser Themen. Einerseits entsprach Chiracs Vorgehen einem tatsächlichen Bedürfnis vieler Franzosen, wie sich bereits in mehreren zitierten Umfragen gezeigt hatte. Andererseits fand sich auch wieder die in der französischen Europapolitik übliche Instrumentalisierung der EU für innenpolitische Zwecke, die Erweiterung der Möglichkeiten des Nationalstaates über die Grenzen des Hexagons hinaus.⁶⁴⁹ Ein direkter Bezug zur Erweiterung wurde bei der Verwendung der von mit der Kategorie *Europe protection* verbundenen Themen im Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft,

⁶⁴⁸ Vgl. Naufrage de l'Erika: Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, au Croisic. Le Croisic/Loire-Atlantique, 20.01.2000.

⁶⁴⁹ Vgl. zu diesem Aspekt auch Deloche-Gaudez/Lequesne: „Das Ziel des Staatspräsidenten wie der Regierung ist es, diese Themen, denen die französischen Bürger in ihren Forderungen an Europa Priorität zumessen, in den Vordergrund zu rücken. Diese interne Instrumentalisierung der EU-Präsidentschaft ist nicht neu; sie ist Teil der politisch-administrativen Tradition Frankreichs.“, in: Françoise Deloche-Gaudez/Christian Lequesne (2000): „Frankreich“, in Weidenfeld/ Wessels (Hg.) (2000), a.a.O., S. 329-336, hier S. 334.

anders als bei anderer Gelegenheit, nicht hergestellt. Eine Verbindung hätte höchstens gezogen werden können durch eine Verknüpfung beispielsweise der Themen Kriminalität und Einwanderung mit potentiellen Gefahren, die sich aus der Situation in den Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa ergeben könnten.

Mit Chiracs Ausführungen zu den Plänen der französischen Ratspräsidentschaft im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kamen weitere Analysekatégorien zum Tragen. Chiracs Definition der weltpolitischen Rolle Europas, die ihm vorschwebte, lässt sich in Zusammenhang bringen mit der Kategorie multipolare Welt. Eine solche multipolare Welt bilde den Rahmen, innerhalb dessen sich Europa positionieren solle, so der Präsident. Chiracs weitere Ausführungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik verwiesen darüber hinaus noch auf die Kategorie *Europe puissance*:

„Nous devons nous fixer pour ambition de faire de l'Europe un acteur politique de premier plan dans le monde de demain, et nous devons faire en sorte que ce projet réponde à une large ambition populaire. Europe puissance? Europe politique? Au-delà de la formule, il s'agit de répondre à une nécessité: jouer un rôle majeur pour la paix dans le monde. [...] Ma vision de l'Europe, celle de la France, est fondée sur une certaine vision européenne du monde. L'intérêt de la France est de voir l'Europe et ses idées occuper toute leur place dans le monde. Loin d'affaiblir nos souverainetés dans cette entreprise, nous allons leur donner les moyens de s'affirmer encore davantage. L'union, la solidarité, la défense de valeurs et d'intérêts communs, telles sont les voies qui permettront aux sociétés européennes de s'épanouir au XXI^e siècle. Tels sont les fondements d'une politique étrangère et de défense commune.“⁶⁵⁰

Der Kontext der beiden Kategorien multipolare Welt und *Europe puissance* erlaubte außerdem eine inhaltliche Verknüpfung mit dem Ziel der Verlängerung Frankreichs in den internationalen Raum und damit im Analyserahmen mit der Kategorie Resonanz. So deutlich wie selten formulierte Chirac diesen Zusammenhang in Chambéry, wo er Europa explizit als „formidable amplificateur de puissance“ bezeichnete, das den Raum des für den Nationalstaat Möglichen erweitere („étend le champ du possible“) und einen Hebel darstelle, mit dessen Hilfe zusätzliche Energien generiert würden und weiterreichendes öffentliches Handeln möglich werde („un levier qui démultiplie nos énergies et permet à l'action publique d'être plus efficace dans un monde globalisé“).⁶⁵¹ Das Ziel der Verlängerung Frankreichs in den

⁶⁵⁰ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le comité des Présidents de l'Assemblée parlementaire de l'UEO et les auditeurs de l'IHEDN, Palais de l'Elysée 30.5.2000.

⁶⁵¹ „L'Europe est en effet un formidable amplificateur de puissance. Elle ouvre de nouveaux territoires à notre économie, à notre modèle social, à notre culture. Elle constitue un levier qui démultiplie nos énergies et permet à l'action publique d'être plus efficace dans un monde globalisé. Elle étend le champ du possible. Elle nous a permis de conquérir une capacité d'agir que nous n'exercerions pas sans elle. L'Europe a créé un nouvel espace, un espace de plus de 350 millions d'habitants, la première puissance économique et commerciale du monde. Cet espace est désormais aussi le nôtre. Il nous revient de le faire vivre avec tous nos partenaires.“ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réunion des maires de la Savoie, Chambéry 4.5.2000.

internationalen Raum bezog sich also zum einen auf die Außenpolitik und die Verwirklichung von Frankreichs weltpolitischen Ambitionen. Zum anderen traf sich das Konzept der außenpolitischen Resonanz aber auch mit innenpolitischen Aspekten und damit mit dem im Zusammenhang mit *Europe protection* bereits beschriebenen Ziel der Etablierung einer zusätzlichen schützenden Politikebene. Damit die Union die von Chirac formulierten Ziele im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch umsetzen könne, sprach sich der französische Präsident für eine Stärkung der operationellen militärischen Kapazitäten der EU aus und plädierte für eine Gestaltung dieses Politikbereichs als verstärkte Kooperation, so dass einzelne Staaten, wie Frankreich und Deutschland, vorangehen könnten.⁶⁵²

Außer den konkreten Vorhaben für die französische Ratspräsidentschaft fanden sich in den zitierten Reden Chiracs auch grundsätzliche Aussagen zur französischen Sicht auf Europa. Beispielsweise benannte Chirac in Chambéry die Bereiche, in denen Frankreich, seiner Einschätzung nach, durch die europäische Einigung am meisten profitiere. An erster Stelle stand für ihn die Garantie von Frieden und Versöhnung auf dem Kontinent. Außerdem führte Chirac die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs an, bei der die europäische Integration ebenfalls eine entscheidende Rolle spiele. Weiterhin bestand eine Verbindung aller genannten Kategorien zu dem übergeordneten Ziel einer effektiven Vertretung französischer Interessen in der und durch die EU. Es handelte sich sowohl um außen- als auch um innenpolitische Interessen und bezog sich außerdem auch wesentlich auf die wirtschaftlichen Chancen, die sich durch die europäische Integration für Frankreich ergaben („L’Europe a créé un nouvel espace, un espace de plus de 350 millions d’habitants, la première puissance économique et commerciale du monde. Cet espace est désormais aussi le nôtre. Il nous revient de le faire vivre avec tous nos partenaires.“, Rede in Chambéry, s.o.). Um einen Fortbestand der beschriebenen Bestandteile der französischen Europavision auch nach der Erweiterung zu sichern, müssten die Institutionen und Funktionsweisen der EU reformiert werden, so Chirac. In Chambéry formulierte er explizit den Zusammenhang zwischen der Institutionenreform als Priorität der französischen Ratspräsidentschaft und dem Bestreben, auf diese Weise den französischen Einfluss auch in einer größeren Union zu sichern: „Dans la difficile négociation qui s’est ouverte, il faut créer les conditions pour que l’Europe de demain soit capable de prendre les décisions qu’attendent nos concitoyens. Il faut aussi préserver notre capacité à peser dans une Union plus vaste.“ (Rede in Chambéry, s.o.)

Auffällig an der skizzierten Schwerpunktsetzung der französischen Ratspräsidentschaft war, dass die Erweiterung nur eine geringe Rolle zu spielen schien. Zwar stand mit der

⁶⁵² Vgl. ebd.

Institutionenreform ein wesentlich mit der geplanten Vergrößerung der Union verbundener Aspekt im Mittelpunkt der französischen Ziele für das zweite Halbjahr 2000. Die Reform diente jedoch, wie gezeigt, nicht nur der Vorbereitung der EU auf die Aufnahme neuer Mitglieder, sondern in mindestens ebenso großem Maße der Absicherung des französischen Einflusses in einer Gemeinschaft von mehr als zwanzig Staaten.

Weder das französische Bild von Europa noch die Wege zu dessen Vermittlung hatten sich in der ersten Hälfte des Jahres 2000 wesentlich gewandelt. Die Erweiterung wurde zwar als Notwendigkeit und als Verpflichtung verstanden und in die Aussagen zur Zukunft der EU miteinbezogen. Allerdings herrschte weiterhin der Eindruck vor, dass im Zweifelsfall die Wahrung französischen Einflusses wichtiger war als ein gesamteuropäischer Fortschritt und eine angemessene Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung. Die letzten beiden Punkte fielen jedoch im zweiten Halbjahr 2000 in die Verantwortung Frankreichs als Inhaberin der Ratspräsidentschaft. Anhand der Prioritätensetzung der französischen Politik, wie sie sich in den zitierten Aussagen Jacques Chiracs darstellte, ließ sich zunächst nicht erkennen, wie sich während des französischen EU-Vorsitzes die nationalen Interessen und die notwendige Weiterentwicklung der Integration im Hinblick auf die Erweiterung vereinbaren lassen würden. Auch die Presseberichterstattung im Vorfeld der Ratspräsidentschaft thematisierte diese Problematik.

Pressebewertung: Hohe Erwartungen und Skepsis bezüglich ihrer Umsetzbarkeit

Die Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft in der Presse waren aufgrund der Bedeutung der zu bewältigenden Aufgaben für den Fortgang der europäischen Integration hoch. Dem gegenüber stand jedoch eine große Skepsis der Journalisten, was die Möglichkeiten zur Verwirklichung der französischen Ambitionen anging. In ihrer Bewertung der Rede Chiracs in Chambéry skizzierten Henri de Bresson und Daniel Vernet in *Le Monde* die schwierige Ausgangsposition der französischen Ratspräsidentschaft:

„Incertitudes sur l’avenir de l’euro, hésitations sur l’ampleur des réformes à faire pour garantir le fonctionnement d’une Union européenne (UE) élargie, faiblesse récurrente des institutions actuelles: l’Europe aborde le nouveau millénaire dans une de ces phases de doute dont on se demande à chaque fois si elle se remettra. Confrontés à la mondialisation, les Quinze ne se résolvent que difficilement à remettre en cause la prééminence de l’Etat-nation, conscients de ses limites, mais paralysés devant l’enjeu. [...] Et l’élargissement, présenté il n’y a pas si longtemps encore comme la nouvelle frontière, suscite des résistances croissantes: les riches démocraties de l’Ouest s’interrogent sur leur capacité politique à intégrer des pays si différents d’elles, qui peinent malgré tous leurs efforts à se hausser au niveau exigé pour rejoindre la troupe. [...] La présidence française de l’Union [...] arrive donc à un moment particulièrement sensible. Les faux pas auraient des conséquences désastreuses. [...] Or la France aborde cette présidence dans un contexte très différent des précédentes. Le coude-à-

coude franco-allemand ne joue plus le même rôle qu'avant. Le jeu européen est devenu plus ouvert. La tâche n'en sera pas facilitée, au moment où il faudra montrer sa force de conviction pour surmonter les blocages.⁶⁵³

Zu den europäischen Schwierigkeiten und Herausforderungen kam innerhalb der französischen Führung noch erschwerend die Kohabitations-Situation hinzu, in der, zwei Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen, weder der Amtsinhaber Chirac noch sein potentieller Herausforderer Jospin eine Bühne wie die Ratspräsidentschaft ohne innenpolitische Hintergedanken betreten konnten.⁶⁵⁴

Jean Quatremer war in *Libération* in seiner Bewertung der Erfolgsaussichten der Ratspräsidentschaft ebenfalls skeptisch. Auch er sah mögliche Schwierigkeiten auf die französische Führung zukommen aufgrund der innenpolitischen Konstellation und aufgrund der unterschiedlichen Herausforderungen, denen sich die Ratspräsidentschaft stellen musste:

„Il est clair que, depuis 1995 [année de la dernière présidence française de l'UE], Allemands et Français ont pris conscience que l'élargissement constituait un danger mortel pour le projet européen s'il ne s'accompagne pas d'un approfondissement radical de l'Union. Le problème est que la France n'a pas les coudées franches pour mener ce débat, les contraintes de la cohabitation l'obligeant à la prudence, les locataires de l'Elysée et de Matignon ayant chacun en vue les élections de 2002. En cela, la présidence française de l'an 2000 n'est pas sans rappeler celle de 1995. La difficulté de sa tâche est de devoir, à la fois, participer au grand débat sur l'Europe des trente, et, dans l'immédiat, mener à bon port la conférence intergouvernementale (CIG) chargée de réformer les institutions communautaires.“⁶⁵⁵

Aus den angeführten Zitaten wird deutlich, dass die Presseberichterstattung im Vorfeld der Ratspräsidentschaft die schwierige innerfranzösische und europäische Lage anerkannte, in der Frankreich im zweiten Halbjahr 2000 den EU-Vorsitz übernahm. Gleichzeitig wiesen die Analysen jedoch auch deutlich darauf hin, dass sich die europäischen Politiker trotz schwieriger Rahmenbedingungen den anstehenden Herausforderungen stellen müssten, um die Zukunft der EU nicht zu gefährden. Nicht nur Frankreich hatte Schwierigkeiten mit den enormen Veränderungen, die in Europa anstanden. Allerdings kam der französischen Führung aufgrund des Ratsvorsitzes im Jahr 2000 eine besondere Verantwortung zu. Die meisten Presseanalysen waren jedoch nicht davon überzeugt, dass die französische Herangehensweise an die Führungsaufgabe in der EU die Integration entscheidend voranbringen könne.

⁶⁵³ Henri de Bresson/Daniel Vernet: „Une Europe qui doute, à la veille de la présidence française de l'Union“, *Le Monde* 6.5.2000.

⁶⁵⁴ Vgl. zur *Cohabitations*-Problematik im Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft ebd. sowie u.a. Pascale Robert-Diard: „Cohabitation-compétition avant l'échéance du 1^{er} juillet“, *Le Monde* 6.5.2000, Judith Weintraub: „Jospin veut occuper le terrain“, *Le Figaro* 9.5.2000 sowie Gilles Bresson/Judith Perrignon: „Concurrence au sommet pour l'Europe“, *Libération* 9.5.2000 und Sophie Huet: „La France en quête d'une relance européenne“, *Le Figaro* 9.5.2000.

⁶⁵⁵ Jean Quatremer: „La France mène le bal européen“, *Libération* 1./2.7.2000.

Problematisierung der französischen Themensetzung

Neben der grundsätzlichen Einschätzung der Erfolgchancen der französischen Ratspräsidentschaft befasste sich eine weitere Analyse in *Le Monde* mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der französische Führung für den EU-Vorsitz. Die Konzentration auf das Thema eines bürgernahen Europas sah Laurent Zecchini in diesem Zusammenhang v.a. als Teil einer Kommunikationsstrategie, um die zunehmende Kluft zwischen Europa und den Franzosen zu überbrücken. Zu diesem Zweck eigneten sich alltagsverbundene Themen deutlich besser als abstrakte Bereiche wie beispielsweise die Institutionenreform, so Zecchini. Letztere sei jedoch für die Weiterentwicklung Europas von ungleich größerer Bedeutung. In der Präsentation der Prioritäten für die Ratspräsidentschaft ergebe sich daraus eine gewisse Schiefelage zwischen den vom Staatspräsidenten und vom Premierminister in ihrem öffentlichen Diskurs herausgehobenen Themen und den für die Zukunft der EU und auch für den Erfolg der Ratspräsidentschaft entscheidenden Punkten, so Zecchini weiter. Er unterstützte grundsätzlich die Strategie der französischen politischen Führung, sah die Vermittlungsprobleme, die sich in ihr widerspiegeln, jedoch als Zeichen der insgesamt ungeklärten Situation der EU vor der anstehenden Erweiterung:

„Si M. Chirac s’est fait l’avocat d’une ‚Europe citoyenne‘ proche des gens et intelligible [à Chambéry], c’est parce que les dossiers qui attendent la France ne le sont guère: la défense européenne, l’élargissement de l’Union à l’Europe centrale et orientale, la réforme des institutions qui en est la condition *sine qua non*, sont des enjeux essentiels pour l’avenir de la Communauté, mais aussi des dossiers austères. [...] Il est [...] urgent de mieux ‚communiquer‘ sur l’Europe, en mettant en avant ce que M. Chirac appelle l’*‚Europe des hommes‘*: c’est en parlant du dialogue social, de la sécurité alimentaire, de l’environnement, de l’immigration et de la culture, que l’on peut espérer éclairer le caractère indispensable de la réforme des institutions. Cette pédagogie est d’autant plus nécessaire que, dans tous les pays de l’Union, les gouvernants ne font pas mystère de leurs doutes quant au devenir de l’Europe. L’époque n’est plus au militantisme des pionniers de la construction européenne, et le modèle institutionnel qui leur a servi de carnet de route doit être revu et corrigé. Nul ne sait exactement qui devra faire quoi dans une Union qui comptera un jour plus de trente membres. La décision de l’élargissement a été bâclée dans l’euphorie d’une perspective continentale remodelée par la chute du mur de Berlin, reconnaissent un nombre croissant de responsables européens. Mais il est trop tard pour revenir en arrière.“⁶⁵⁶

Auch Henri de Bressons Analyse der Parlamentsdebatte zur Ratspräsidentschaft am 9. Mai kam zu dem Schluss, dass in der von Präsident und Regierung festgelegten Agenda aufgrund

⁶⁵⁶ Laurent Zecchini: „Comment sortir du malaise et du ‚déficit démocratique‘?“, *Le Monde* 10.5.2000. Kursivsetzung im Original.

ihrer Konzentration auf Themen aus dem Bereich Bürgernähe eine umfassende Vision fehle, mit der den anstehenden europäischen Herausforderungen begegnet werden könne:

„[...] rarement s’est exprimée avec autant de force qu’au cours du débat que l’Assemblée nationale a consacré mardi 9 mai à l’Europe, un tel sentiment d’impuissance sur la manière de se sortir du ‚*paradoxe*‘ souligné par Alain Juppé d’une Union européenne qui vient tout juste de se doter d’une monnaie unique et apparaît plus que jamais en panne. L’explication est sans doute que chacun pressent que le moment est venu de faire le bond qualitatif qui permettra à l’Union européenne de survivre en trouvant une dimension politique pleine et entière au-dessus des nations mais que personne ne trouve encore réellement le courage d’en tirer les conclusions. [...] Le programme de la présidence française de l’Union, soigneusement concocté par les services du premier ministre et de la présidence de la République, est un catalogue de bonnes intentions pour promouvoir le modèle social européen, rapprocher l’Union du citoyen en faisant progresser les politiques communes en matière de défense, de sécurité alimentaire, de lutte contre la pollution, contre la grande criminalité. Mais il y manque une vraie volonté de vouloir ouvrir la voie vers quelque chose de véritablement nouveau.“⁶⁵⁷

Jacques Chiracs Engagement für ein bürgernahes Europa wurde, wie bereits in den Jahren zuvor, von der Presse anerkannt und für richtig und wichtig befunden. Angesichts der anstehenden großen Veränderungen reiche dieser eher defensive Aspekt (Europa als Schutz z.B. vor negativen Auswirkungen der Globalisierung) als zentrale Zielsetzung der französischen Europapolitik aber nicht aus, so das Fazit der Presseanalysen. Vielmehr müsse eine weitergehende und über die Tagespolitik hinausreichende offensive Vision angestrebt werden, die allerdings dann nicht nur aus französischer, sondern aus gesamteuropäischer Sicht definiert werden müsse. In ihren Zweifeln daran, ob dies Jacques Chirac und Lionel Jospin gelingen könne, stimmten die Journalisten überein mit den oben dargestellten Ergebnissen der Analyse von Chiracs Präsentation der Schwerpunkte für die Ratspräsidentschaft: Die traditionellen französischen Denk- und Vermittlungskonzepte zu Europa reichten offenbar nicht mehr aus, um die europäische Wirklichkeit des Jahres 2000 zu erfassen und waren noch weniger dazu geeignet, eine konstruktive und weiterführende Zukunftsvision zu gestalten.⁶⁵⁸

⁶⁵⁷ Henri de Bresson: „Gauche et droite hésitent à sauter le pas de l’Europe politique“, *Le Monde* 11.5.2000. Kursivsetzung im Original.

⁶⁵⁸ Vgl. zu diesem Punkt auch Sylvie Goulard: „On peut reconnaître au gouvernement français actuel le mérite d’avoir contribué à réorienter l’action de l’Union vers les préoccupations concrètes des populations, l’emploi notamment. [...] d’une manière générale, les gouvernements nationaux perçoivent mal ces attentes. Les hommes politiques se risquent rarement à exposer les analyses de long termes qui permettent d’expliquer l’intérêt de la construction européenne. Souvent, ils ‚instrumentalisent‘ l’Europe. Il aura fallu le naufrage de l’Erika pour que soit envisagé un traitement européen des questions d’environnement maritime. A froid, la bonne volonté communautaire fait souvent défaut. Les discours politiques mettent l’accent sur l’intérêt national, rarement sur l’existence objective d’intérêts communautaires, et encore moins sur la nécessité d’une approche globale [...].“ Sylvie Goulard (2000a): „La France ‚pratiquante non croyante‘? Les vrais enjeux d’une présidence modeste“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 343-357, hier S. 347.

Erweiterung

Le Monde gab aus Anlass der französischen Ratspräsidentschaft wieder den mittel- und osteuropäischen Staaten Raum und stellte deren Einschätzungen der französischen Positionierung zu Beginn des zweiten Halbjahres 2000 dar.⁶⁵⁹ Jan Krauze berichtete, dass sich besonders Polen enttäuscht zeige von dem vergleichsweise geringen Raum, den die Erweiterung im Rahmen der französischen Agenda für die Ratspräsidentschaft einnehme. Die mittel- und osteuropäischen Staaten fürchteten außerdem im Falle eines Scheiterns der Institutionenreform beim Europäischen Rat von Nizza eine Verschiebung ihrer Beitritte. Diese Befürchtung sei gerade vor der französischen Ratspräsidentschaft virulent, da besonders die französischen Politiker immer wieder die unauflösliche Verbindung zwischen diesen beiden Prozessen betont hätten, so Krauze. Mittel- und osteuropäische Politiker forderten daher im Juli 2000 eine Beschleunigung des Erweiterungsprozesses im allgemeinen und hofften weiterhin auf ein konkretes Datum für ihren Beitritt. In der Bevölkerung der Beitrittskandidaten wuchsen die Zweifel am politischen Willen der EU-Staaten, die Erweiterung zügig durchzuführen, wie Krauze anhand von Umfragedaten und Aussagen osteuropäischer Politiker belegte. Ein Bericht mit einem ähnlichen Tenor fand sich zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft auch in *Le Figaro*. Pierre Bocev konzentrierte sich wie Krauze in *Le Monde* auf Polen und berichtete ebenfalls sowohl von den großen Erwartungen des Landes an die EU als auch von der Enttäuschung angesichts des zumindest nach außen durchscheinenden geringen Stellenwertes der Erweiterung im Programm der Ratspräsidentschaft.⁶⁶⁰ Diese Feststellung entspricht der oben dargestellten Analyse des Programms der Ratspräsidentschaft anhand der Analysekatégorien.

3. Jacques Chiracs Staatsbesuch in Deutschland

Vom 25. bis zum 27. Juni 2000 besuchte Jacques Chirac Deutschland. Die Reise diente neben der Präsentation der französischen Prioritäten für die Ratspräsidentschaft auch der Bekräftigung der Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für beide Länder und für Europa. In einer programmatischen Rede vor dem Deutschen Bundestag, die er als Antwort auf Joschka Fischers Humboldt-Rede vom Mai verstand, skizzierte Chirac seine Vorstellungen von der künftigen Gestalt der EU. Teil seiner Vision war das Konzept der Pioniergruppen, die in einzelnen Integrationsbereichen vorangehen sollten.

⁶⁵⁹ Jan Krauze (avec Martin Plichta à Prague): „Les pays de l’Est craignent d’être les ‚otages‘ des désaccords entre les Quinze“, *Le Monde* 1.7.2000.

⁶⁶⁰ Pierre Bocev: „La Pologne se sent incomprise par l’Union“, *Le Figaro* 4.7.2000.

ZDF-Interview

Zu Beginn seines Staatsbesuchs in Deutschland gab Jacques Chirac gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder dem ZDF ein Interview, in dessen Verlauf er die aus seiner Sicht anstehenden Herausforderungen in der EU benannte und erläuterte, wie er als Ratspräsident damit umgehen und darauf reagieren wolle.⁶⁶¹ Seine Prioritäten in Bezug auf Europa formulierte Chirac gleich zu Beginn des Interviews:

„Pour moi l'Europe, c'est la paix, l'enracinement de la démocratie, le progrès économique et social. Cela consiste aussi à relever un grand défi, qui est l'élargissement, et il faut faire tout cela sans s'arrêter, il faut être ambitieux pour l'Europe. Mon ambition, ce à quoi je suis résolu, c'est, grâce à l'entente et à l'amitié franco-allemande, à ce moteur franco-allemand, de progresser et de poursuivre cette grande aventure européenne.“

Herausragendes Thema der Ratspräsidentschaft werde, so Chiracs Aussage, die Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung sein, insbesondere durch die Institutionenreform:

„Vous me demandez quels sont les grands défis [de la présidence française]? Le premier c'est d'éviter que l'Europe ne tombe pas, je dirais, un peu en panne. Il y a un risque. Nos institutions marchaient bien pour 6, 10, 15. L'élargissement, qui est un grand défi, qui consiste à enraciner la paix et la démocratie dans toute l'Europe, va rendre cette gestion beaucoup plus difficile. Ma priorité est de relever ce défi et donc de trouver le moyen d'aller de l'avant pour la construction européenne. Je suis résolu à le faire. Et avec le moteur franco-allemand, nous le ferons.“

Was den Zeitpunkt der Aufnahme der ersten Staaten aus Mittel- und Osteuropa anging, legte sich Chirac, entgegen seiner früheren Aussagen besonders zu Polen, Ungarn und Tschechien, nicht mehr fest. Der Grad seiner Zurückhaltung war im Vergleich zu Aussagen aus dem Jahr 1998 noch einmal gestiegen. Chirac nahm nicht nur die (berechtigten) Zweifel einiger europäischer Institutionen am von ihm ursprünglich anvisierten Datum 2000 zur Kenntnis. Er sprach zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft auch deutlicher als zuvor aus, dass der politische Wille der EU alleine nicht reichen werde, um die Erweiterung zu verwirklichen. Diesen Willen ergänzen müssten die entsprechenden Anstrengungen und Weiterentwicklungen der Bewerberstaaten, so Chirac, sonst sei eine Aufnahme neuer Länder schädlich sowohl für die Kandidaten als auch für die EU als Ganzes:

„Ce n'est pas une décision politique. Devenir membre de l'Union, c'est avoir fait tous les progrès, les réformes nécessaires, adopter les règles du jeu pour entrer dans le club. Si toutes les réformes n'ont pas été faites, alors le résultat est très mauvais pour le pays candidat, et peut avoir des conséquences politiques graves pour l'Union. Donc je ne peux pas répondre à

⁶⁶¹ Vgl. für die folgenden Ausführungen und Zitate Interview conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerard Schroöder [sic], Chancelier de la République d'Allemagne, à la Z.D.F., Hannover 25.6.2000.

cette question⁶⁶² autrement qu'en disant: le plus vite possible, dès que la Pologne sera prête et le plus vite possible.“

Gerhard Schröder teilte die Haltung des französischen Staatspräsidenten und sah ebenfalls eine Hauptverantwortung bei der Schaffung der Voraussetzungen für ihren Beitritt bei den mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten selbst. Beide Politiker gingen außerdem davon aus, dass die Kandidaten nach und nach der EU beitreten würden, entsprechend ihrer Fortschritte bei den Vorbereitungen. Eine große Beitrittschwelle mit allen Staaten, die bereits Verhandlungen führten, schloss Chirac kategorisch aus:

„Il est évident, je le répète, que pour entrer dans l'Union, il faut pouvoir le faire, il faut pouvoir adopter les règles du jeu, et donc il faut être prêt, il faut avoir fait soi-même les réformes indispensables. Les pays entreront donc au fur et à mesure de leur capacité à entrer. Il n'y a aucune chance qu'ils rentrent tous ensemble. Ce que nous avons en revanche décidé [...] c'est que tous les pays étaient sur la même ligne, qu'il n'y avait pas a priori des pays qui devaient entrer avant d'autres, et donc que ceux qui sont prêts entrent et les autres se préparent à entrer.“

Als mittelfristige Perspektive der erweiterten Union sahen Chirac und Schröder die Möglichkeit einer europäischen Verfassung, in der insbesondere die Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen EU-Institutionen sowie zwischen der EU und den Nationalstaaten oder anderen politischen Ebenen geregelt werden sollte. Diese Aufgabe sollte nach der französischen EU-Präsidentschaft in einem Zeitrahmen von ein bis zwei Jahren angegangen werden, so Schröder und Chirac.⁶⁶³ Trotz der Eröffnung der Perspektive einer möglichen europäischen Verfassung war die Union der Zukunft für Chirac weiterhin eindeutig ein Zusammenschluss von Staaten und kein rein supranationales Gebilde. Chiracs Auffassung nach war letzteres auch nicht erstrebenswert. Im Gegenteil sah er den immer engeren Zusammenschluss der Nationalstaaten als Chance für diese, ihr Potential und ihre Identität zu bewahren und zu stärken:

„Je ne vois rien dans le processus de construction européenne qui mette en cause l'identité et la force des nations. En revanche je suis tout à fait certain que dans le monde tel qu'il évolue, la seule chance pour les nations de conserver leur identité et leur force, c'est de s'unir. Il y a un vieux proverbe qui dit ‚l'union fait la force‘. Dans un monde multipolaire, qui de plus en plus s'affirme, ce n'est pas chacun de nos pays qui pourra exister de façon forte, c'est notre Union. De même que nous devons avoir de l'audace et ne pas s'enfermer en permanence dans

⁶⁶² „[...] Concrètement, quand est-ce que la Pologne deviendra membre de l'Union?“

⁶⁶³ Vgl. zu diesem Punkt auch Chiracs Aussage bei einer Diskussionsveranstaltung an der Humboldt-Universität: „Or qui fait quoi, cela veut dire avoir un cadre, c'est en quelque sorte une constitution européenne. Le mot n'est peut-être pas le bon pour les juristes, je n'en sais rien et je n'ouvrirai pas là dessus naturellement un débat qui relève des experts en matière de droit. Mais il faut une règle: qui fait quoi. Et cela, c'est une forme de constitution. C'est nécessaire, et rapidement.“ Dialogue de M. Jacques Chirac, Président de la République avec des jeunes, des étudiants et des intellectuels de l'université Humboldt en Allemagne, Berlin 26.6.2000.

les raisonnements d’hier ou d’avant-hier, il ne faut pas avoir peur, il faut aller de l’avant. Et enfin, et ça c’est un problème essentiel, il faut de la proximité. Et l’un des défauts qui a été reconnu à l’Union dans le passé, c’est probablement de ne pas avoir suffisamment tenu compte des préoccupations des Européens, de nos concitoyens. Et donc nous faisons maintenant un effort important pour renforcer la proximité. L’union, l’audace et la proximité sont les trois vertus qui nous permettront d’exister tous ensemble, individuellement, chaque nation, et collectivement, l’ensemble de l’Union.“

„*Notre Europe*“ – Jacques Chiracs Rede vor dem Deutschen Bundestag

Am 27. Juni sprach Chirac vor dem Deutschen Bundestag und erläuterte auch dort seine Vorstellungen von der zukünftigen Gestalt und den zukünftigen Aufgaben Europas.⁶⁶⁴ Chirac stellte sich bei seinen Ausführungen explizit in die Nachfolge der Europapolitik von General de Gaulle, indem er in seiner Rede von einem Zitat de Gaulles ausging, mit dem dieser während seines Deutschlandbesuchs 1962 die europapolitischen Ziele der deutsch-französischen Freundschaft beschrieben hatte: Stärke und Wohlstand sowie Frieden und Fortschritt, gegründet auf einer geteilten Wertebasis. Diese Motive hätten als Basis der europäischen Einigung weiterhin Gültigkeit, so Chirac. Chirac benannte rückblickend zunächst die Leistungen der EU in den von de Gaulle erwähnten Bereichen in den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration und wandte sich dann den Herausforderungen für die Zukunft zu, an deren Gestaltung er während der Ratspräsidentschaft mitwirken wolle. Wichtigste Referenz in der EU blieben für Chirac die Nationalstaaten. Daher sprach er sich auch in Berlin gegen einen europäischen Superstaat („super Etat européen“) und für eine stärkere Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sowie die Einbeziehung der nationalen Parlamente aus. Die Entscheidungsmechanismen des von Chirac angestrebten *Europe puissance* sollten, so der Staatspräsident, stärker auf Mehrheitsentscheidungen ausgerichtet sein, die das relative Gewicht der einzelnen Mitgliedsstaaten widerspiegeln.

Als erste große Herausforderung für die Zukunft der EU nannte Chirac die Erweiterung, die er begrüße, wenn sie unter bestimmten Bedingungen stattfände:

„Ma première conviction est que l’élargissement de l’Union européenne est une grande ambition légitime et nécessaire. Il est en marche. Ce sera difficile, pour les pays candidats comme pour les Etats membres. Mais, demain, nous serons trente et plus représentés à Bruxelles, à Strasbourg, à Luxembourg. C’est un accomplissement! Pour la paix et la démocratie, enracinées sur notre continent et qui donnent tout son sens à notre aventure commune. Pour les pays candidats, soutenus dans leur combat pour la liberté par l’espoir de nous rejoindre. Pour l’Union elle-même qui en sera plus forte, politiquement et économiquement. Mais, pour autant, l’exigence est claire. L’élargissement ne sera pas une fuite en avant. Nous ne laisserons pas se défaire le projet européen auquel vous et nous, avec

⁶⁶⁴ Vgl. für die folgenden Ausführungen und Zitate Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Bundestag, Berlin 27.6.2000.

nos partenaires, avons, depuis près d'un demi-siècle, consacré tant de volonté et tant d'énergie. Et qui, en retour, nous a tant apporté, non seulement la paix, mais aussi le succès économique, et donc le progrès social. Qui s'est avéré, pour nous tous, un formidable multiplicateur de puissance. Notre Union ne sera plus tout à fait la même demain. Mais elle ne connaîtra ni dilution, ni retour en arrière. Notre responsabilité est d'y veiller.⁶⁶⁵

Damit die Möglichkeit zur konstruktiven Impulsgebung und Weiterentwicklung auch in einer erweiterten Union nicht verlorengelange, setzte sich Chirac in Berlin nachdrücklich für die Ausweitung der Möglichkeiten verstärkter Kooperation ein. In seiner Rede vor dem Bundestag erläuterte er in diesem Zusammenhang zum ersten Mal sein Konzept der Pioniergruppen:

„Rassemblés avec l'Allemagne et la France, ils [les pays qui souhaitent aller plus loin ou plus vite] pourraient se constituer en un ‚groupe pionnier‘. Ce groupe ouvrirait la voie en s'appuyant sur la nouvelle procédure de coopération renforcée définie par la CIG et en nouant, si nécessaire, des coopérations hors traité, mais sans jamais remettre en cause la cohérence et l'acquis de l'Union. C'est de cette façon, naturellement, que se dégagera la composition du ‚groupe pionnier‘. Non pas sur une base arbitraire, mais par la volonté des pays qui décideront de participer à l'ensemble des coopérations renforcées. Je souhaite ainsi que, dès l'an prochain, le ‚groupe pionnier‘ puisse s'atteler, notamment, à une meilleure coordination des politiques économiques, à un renforcement de la politique de défense et de sécurité et à une plus grande efficacité dans la lutte contre la criminalité. Faut-il que ces Etats concluent entre eux un nouveau traité et se dotent d'institutions sophistiquées? Je ne le crois pas. Soyons conscients que ce serait ajouter un niveau supplémentaire à une Europe qui en compte déjà beaucoup! Et évitons de figer des divisions de l'Europe alors que notre seul objectif est de préserver une capacité d'impulsion. Il faudrait plutôt envisager un mécanisme de coordination souple, un secrétariat chargé de veiller à la cohérence des positions et des politiques des membres de ce groupe pionnier, qui devrait rester naturellement ouvert à tous

⁶⁶⁵ Bei seiner Pressekonferenz im Rahmen des Berlin-Besuchs antwortete Chirac auf eine Frage, ob die von ihm angestrebten umfangreichen institutionellen Reformen eventuell die Erweiterung verzögern könnten, dass er diese Gefahr nicht sehe. Er betonte bei dieser Gelegenheit, wie bereits im ZDF-Interview, erneut die Eigenverantwortung der Kandidatenländer für den Zeitpunkt ihres Beitritts zur EU: „Je voudrais rappeler que l'élargissement, ce n'est pas une décision politique. Ce n'est pas une décision prise par les Quinze, pour des raisons politiques, de dire tel pays va entrer, ou tel autre va attendre. Nous avons pris en réalité une décision qui va mettre tous les pays qui sont candidats sur la même ligne, et tous progressent ensemble. L'élargissement, c'est le résultat à la fois d'une volonté politique d'élargir, qui est celle des Quinze, qui, elle, reste sans changement, et d'une capacité essentiellement économique et sociale des pays candidats à faire les réformes et à accepter les règles du jeu qu'impose l'adhésion. Et, par conséquent, il n'y a pas lieu de prévoir un retard quelconque. Il me serait difficile de vous dire exactement pour tel ou tel pays quand le juge, c'est-à-dire la Commission avec les responsables de ces pays, donnera un feu vert au Conseil européen pour l'admission de tel ou tel pays. Donc, il n'y a rien de nouveau pour cela, mais c'est un effort des deux côtés.“ Conférence de presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'Office fédéral de presse, Berlin 27.6.2000.

ceux qui souhaitent le rejoindre.⁶⁶⁶

Den Mechanismus der Pioniergruppen sah Chirac als Möglichkeit, nach der Regierungskonferenz von Nizza in der Umsetzungsphase der dort angestrebten Beschlüsse zur Institutionenreform Erweiterung und Vertiefung der Union parallel voranzutreiben. Nach einer Übergangsphase hielt Chirac jedoch einen weiteren grundsätzlichen Schritt bei der institutionellen Gestaltung der EU für sinnvoll und notwendig. Daher sprach er sich auch in Berlin für die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung aus. In dieser sollte insbesondere die Kompetenzverteilung innerhalb der Union deutlich festgeschrieben werden. Außerdem sollte die Redaktion einer Verfassung Anlass sein, über die geographischen Grenzen Europas nachzudenken, die vertraglichen Grundlagen der Union klarer und verständlicher zu gestalten sowie den Status der Grundrechtecharta zu bestimmen, so Chirac. Die Ausarbeitung der Verfassung könne, so Chirac weiter, beispielsweise von einem Weisenrat oder einem Konvent übernommen werden. Als Grundlage allen Fortschritts in der europäischen Integration sah Chirac die deutsch-französische Zusammenarbeit. Für deren Fortführung und Intensivierung sprach sich Chirac zum Abschluss seiner Berliner Rede deutlich aus:

„[...] pour que la construction européenne avance, c’est d’abord l’amitié franco-allemande que nous devons approfondir sans cesse. [...] retrouvons le souffle, l’élan fondateur! L’ardente nécessité de notre dialogue! [...] Ce que l’Allemagne et la France ont vécu et subi dans l’Histoire ne ressemble à rien d’autre. Mieux qu’aucune nation, elles saisissent le sens profond de la paix et du projet européen. Elles seules, en forçant le cours des choses, pouvaient, en Europe, lancer le signal du rassemblement. Ensemble, au rythme de leurs retrouvailles et de la volonté de leurs peuples, elles ont fait progresser l’idée européenne. Elles seules peuvent accomplir les gestes qui porteront l’Europe plus loin, dans ses ambitions, dans ses frontières comme dans les cœurs. Qui feront de l’Union ce grand espace de paix, de droits et de libertés, ce foyer de l’esprit digne de son héritage, cette terre que nos citoyens aimeront habiter, cultiver, faire rayonner ensemble.“

⁶⁶⁶ Vgl. eine weitere Äußerung Chiracs zu den Pioniergruppen bei seiner Pressekonferenz in Berlin: „Je crois que nous ne pourrons pas éviter, et ce ne serait pas raisonnable, que, dans l’Europe élargie, il y ait un groupe qui puisse avoir une capacité d’impulsion, un groupe ouvert naturellement. Que chacun pourra librement rejoindre. Un groupe, je l’ai dit, qui ne remettra pas en cause, dans des coopérations renforcées, l’acquis de l’Union et ses règles essentielles, mais un groupe qui puisse donner, je le répète, l’impulsion qui s’impose, sans pour autant obliger des Etats qui, pour une raison ou pour une autre, ne souhaiteraient pas participer, à le faire. Cela, c’est le groupe pionnier ouvert. C’est le principe. Alors, je ne dis pas du tout que, parallèlement, des coopérations ne puissent pas avoir lieu dans des domaines précis. On a évoqué par exemple une coopération entre les pays du nord pour avoir une politique nordique mieux organisée, pourquoi pas. Je crois qu’il faut être pragmatique dans toutes ces choses. Il ne faut pas, et c’est une tentation à laquelle nous succombons trop souvent en France, c’est notre esprit cartésien, il ne faut pas vouloir faire un carcan. Nous allons discuter, nous allons élaborer tout cela en commun, mais il faut être pragmatique.“ Conférence de presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l’Office fédéral de presse, Berlin 27.6.2000.

Pressebewertung von Chiracs Aussagen in Berlin

Viele Bewertungen der Berliner Rede Chiracs in der französischen Presse betonten vor allem ihre innerfranzösische Wirkung, da sich Mitglieder der Regierung Jospin, darunter der Europaminister Pierre Moscovici, öffentlich von den Ausführungen Chiracs distanziert hatten und sich damit ein erster europapolitischer Konflikt innerhalb der Kohabitation abzeichnete. Raphaëlle Bacqué, Henri de Bresson und Pascale Robert-Diard werteten in *Le Monde* die öffentliche Kritik am Staatspräsidenten als Tabubruch und wiesen darauf hin, dass zum ersten Mal ein Minister erkläre, der Präsident spreche im Rahmen eines Staatsbesuchs nur für sich selbst und nicht für sein Land. Die Sprecherin des Elysée-Palastes betonte dementsprechend auch, dass es sich um eine offizielle Äußerung des Staatspräsidenten gehandelt habe.⁶⁶⁷ Auch der Leitartikel in *Le Monde* zur Berliner Rede Chiracs legte den Schwerpunkt auf den Konflikt zwischen Jospin und Chirac. Im Gegensatz zu Premierminister Jospin und seiner Regierung, die, nach Einschätzung des Kommentars, eher zurückhaltend seien, was langfristige Festlegungen oder Visionen angingen und die auch zögerlich auf Chiracs Vorschläge reagierten, habe der Staatspräsident die Gelegenheit ergriffen, Frankreich gegenüber den Initiativen aus Deutschland zu positionieren. Der proklamierte Konsens zwischen den beiden Spitzen der französischen Exekutive scheine vor Beginn der Ratspräsidentschaft nicht vollständig vorhanden zu sein, so die Bewertung in *Le Monde*:

„En politique étrangère, *la France parle d'une seule voix*’, comme vient de le rappeler l’Elysée, mais elle ne tient pas toujours le même discours. Ainsi Lionel Jospin n’a-t-il pas caché [...] le peu d’enthousiasme que lui inspirent les idées exprimées par Jacques Chirac devant le Bundestag. [...] On peut comprendre, au-delà des jeux tactiques de la cohabitation, que le premier ministre soit d’abord soucieux de réussir la présidence française de l’Union [...] et qu’il ne veuille pas compliquer une négociation déjà très délicate par des considérations à plus long terme sur la *finalité*’ de l’Europe. Mais cet ‚euro-minimalisme’ n’apparaît pas comme la meilleure façon de redynamiser la construction européenne. Pour sa part, Jacques Chirac a choisi de situer la présidence française dans une perspective plus vaste. Le débat était ouvert. La position de la France était attendue. Le président de la République a eu l’habileté de saisir l’occasion. Lionel Jospin est sans doute convaincu qu’on ne peut pas faire rêver avec l’Europe. Mais en abandonnant ce terrain à Jacques Chirac, il commettrait une erreur stratégique.“⁶⁶⁸

Auch *Le Figaro* sah die Unstimmigkeiten nach Chiracs Berliner Rede als möglichen Auftakt zu grundsätzlichen Schwierigkeiten im Verlauf der Ratspräsidentschaft:

⁶⁶⁷ Raphaëlle Bacqué/Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Premier ‚couac’ sur l’Europe dans la cohabitation“, *Le Monde* 01.07.2000. Vgl. auch Baudouin Bollaert: „Le chantier de la présidence française“, *Le Figaro* 1./2.7.2000.

⁶⁶⁸ „Dissonance sur l’Europe“, *Le Monde* 1.7.2000. Kursivsetzung im Original.

„Ce combat franco-français ne fait que commencer. Institutionnellement, le président de la République va occuper une place prééminente sur la scène européenne dans les six prochains mois. Aucun sommet important ne se tiendra sans lui, aucune décision ne sera prise sans son accord. Pour compenser ce handicap, on fait valoir dans l'entourage du chef du gouvernement que la plupart des rencontres internationales qui figurent au menu de la présidence française se dérouleront entre ministres, autrement dit en l'absence de Jacques Chirac. Bref, on décline au niveau européen l'antienne de Lionel Jospin au niveau national: ‚Certains parlent, d'autres agissent.‘⁶⁶⁹

Ähnliche Bewertungen, die auch noch weitere Reaktionen französischer Politiker auf die Auseinandersetzung zwischen Chirac und Jospin einbezogen, fanden sich in *Libération*. Deren Kommentatoren sahen den Staatspräsidenten zu Beginn der Ratspräsidentschaft im internen Profilierungsduell mit dem Premierminister ebenfalls im Vorteil. Eric Aeschimann bilanzierte die Diskussionen zur Berliner Rede beispielsweise wie folgt:

„Le chef de l'Etat vient de créer l'europhilie de circonstance, tout comme il avait inventé la dissolution de confort, puis le quinquennat de convenance personnelle. [...] sur le plan purement tactique, la percée chiraquienne constitue une sérieuse alerte pour le Premier ministre, en ce qu'elle révèle les limites de son équation politique, singulièrement en ce qui concerne les sujets diplomatiques. Face au tournoi des propositions de l'Elysée, le Premier ministre, depuis trois ans, aime à mettre en avant le sérieux de son travail, sur le thème ‚moi, je ne promets que ce que je sais pouvoir tenir‘. Problème: en matière de politique étrangère, Matignon n'est pas maître d'œuvre et ne peut opposer les actes gouvernementaux aux discours présidentiels. Contraint par la cohabitation, Jospin doit se soumettre et laisser Chirac occuper le premier plan. [...] Certes, ni les zigzags de Chirac, ni l'euro-prudence de Jospin ne sont des nouveautés. Pourtant, tout se passe comme si, à chaque fois, ce dernier se laissait surprendre. Mieux: au lieu de laisser le discours du Bundestag quitter le devant de l'actualité, il lui a donné une nouvelle vigueur en faisant sonner la charge par son ministre aux Affaires européennes. Et c'est peut-être là le véritable nœud de l'affaire. Car cette vivacité de réaction trahit surtout l'obsession du Premier ministre d'étouffer dans l'œuf les initiatives de Jacques Chirac. Une obsession qui l'amène, parfois, à tomber tout seul dans le piège tendu par son adversaire.“⁶⁷⁰

Laurent Zecchini konzentrierte sich in einer Analyse für *Le Monde* auf die von Chirac vorgeschlagenen Pioniergruppen und besonders auf das ebenfalls in den Vorschlägen des Präsidenten enthaltene zugehörige „Sekretariat“. Für Zecchini war Chiracs Initiative eine Möglichkeit, im institutionellen Bereich auf die Herausforderung der Erweiterung zu reagieren und die bestehende „Lähmung“ („sclérose“) der Institutionen zu überwinden. Allerdings zielt Chiracs Vorschlag, so Zecchini, klar auf eine Teilung Europas in Zusammenschlüsse, die in unterschiedlicher Geschwindigkeit vorangingen. Dieser Aspekt

⁶⁶⁹ Judith Weintraub: „Premier jour, premier accroc à la cohabitation“, *Le Figaro* 1./2.7.2000.

⁶⁷⁰ Eric Aeschimann: „Droit dans ses bottes face aux zigzags du Président“, *Libération* 3.7.2000. Vgl. auch Gilles Bresson/Nathalie Dubois: „Ping-pong entre l'Elysée et Matignon“, *Libération* 1./2.7.2000 und Thomas Lebègue: „Jospin terre à terre“, *Libération* 3.7.2000.

beunruhige zahlreiche der anderen europäischen Länder, weil sie entweder in der größeren Geschwindigkeit nicht fortschreiten könnten, wie beispielsweise die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa, oder es nicht wollten, wie beispielsweise Großbritannien. Außerdem müssten grundsätzliche Fragen zur Zukunft der Integration geklärt werden, bevor in einem zweiten Schritt eine europäische Verfassung ins Auge gefasst werden könne. Chiracs Zielsetzung sei daher nicht vollständig zu erkennen, so Zecchinis Analyse:

„Envisager un ‚secrétariat‘ au sein de l’Union européenne, c’est faire resurgir le spectre de ces ‚directoires‘ qui inquiétaient si fort les ‚petits‘ pays de la Communauté; c’est préparer le terrain à une Europe élitiste qui reléguerait dans une sorte de purgatoire les plus économiquement faibles et ceux qui doivent gérer une opinion fortement eurosceptique. [...] Où donc se placerait ce secrétariat, sinon dans une position supracommunautaire réduisant l’autorité de la Commission européenne et celle du Parlement européen? Parler de ‚*Constitution de l’Europe*‘, c’est en outre mettre la charrue devant les bœufs: un tel texte fondamental à l’échelle du Vieux Continent suppose au préalable un large accord politique, encore très hypothétique. L’Europe de Jacques Chirac a sa logique, bien sûr. Mais, outre qu’elle n’a rien à voir avec celle prônée par M. Fischer, sa dimension communautaire ne va pas de soi.“⁶⁷¹

Auswertung

In der Bewertung von Jacques Chiracs Äußerungen während seines Deutschland-Besuchs sind zwei Aspekte hervorzuheben, die auch in den Pressekommentaren bereits anklangen: Chiracs substantieller Beitrag zur Zukunftsdebatte der Union und eine negative Veränderung der französischen Position zur Erweiterung.

Chiracs Konzept der Pioniergruppen

Mit seiner Berliner Rede wurde Chirac der Verantwortung der europäischen Führungsnation Frankreich gerecht, indem er einen Beitrag leistete zu den Diskussionen über die Weiterentwicklung und die Finalität der Integration. Dass dabei auch innenpolitische Aspekte eine Rolle spielten, zeigten die Bewertungen in der Presse. Im Kontext der Kohabitation musste Chirac die Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem Premierminister gestalten, jedoch gleichzeitig seinen Gestaltungsspielraum als informeller Chef der Außen- und Europapolitik bewahren und inhaltlich besetzen. Die heftige Reaktion aus der Regierung auf Chiracs Rede vor dem Bundestag war eine in der Geschichte der V. Republik auch während Kohabitationszeiten nie dagewesene Distanzierung des amtierenden Premierministers vom Staatspräsidenten. Sie zeugte von der Bedeutung der Europapolitik auch im

⁶⁷¹ Laurent Zecchini: „Jacques Chirac l’Européen?“, *Le Monde* 5.7.2000. Kursivsetzung im Original.

innerfranzösischen Kontext und von der im Hintergrund bereits präsenten Perspektive der nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002.

Inhaltlich bedeutete Chiracs Konzept der Pioniergruppen eine klare Stärkung des intergouvernementalen Charakters der Integration. Vor allem das den Pioniergruppen zugeordnete Sekretariat würde als privilegierte Koordinationsinstanz zwischen den Mitgliedsstaaten die Autorität der supranationalen europäischen Institutionen zum Teil untergraben. Im Gegensatz zu Joschka Fischers Vorstellungen sah Chiracs Konzept keine vertragliche Bindung der in der Integration vorangehenden Staaten in Form einer „Föderation von Nationalstaaten“ vor. Die führenden EU-Staaten sollten sich nicht grundsätzlich als harter Kern der Union konstituieren, sondern zu einzelnen Themen in unterschiedlicher Zusammensetzung kooperieren. Chirac und auch die Regierung Jospin lehnten die von Joschka Fischer und auch von Jacques Delors befürwortete Bildung einer kleineren Union in der Union u.a. deswegen ab, weil sie fürchteten, in einer solchen kleinen Gemeinschaft einer zu großen deutschen Dominanz ausgesetzt zu sein.⁶⁷² Außerdem sprachen sie sich gegen eine Vergrößerung der Zahl der europäischen institutionellen Ebenen aus und wollten Doppelstrukturen vermeiden. Diese Gefahr bestand jedoch auch bei Chiracs Vorschlag, denn die Bildung von unterschiedlichen Kooperationsgruppen je nach Politikbereich wäre möglicherweise noch schwieriger zu überblicken und außerdem aus Gründen demokratischer Legitimität noch problematischer als die Neugründung einer Föderation. Grundsätzlich fügte sich Chiracs Konzept der Pioniergruppen jedoch gut in die Diskussion über differenzierte Integrationsmuster in einer erweiterten Union ein.

Bemerkenswert war, dass sich der französische Staatspräsident für eine europäische Verfassung aussprach. Auch wenn es Chirac mehr um eine formale Ordnung und eine klarere Darstellung der vertraglichen Grundlagen der Integration ging als um eine Entwicklung hin zu einem föderalen Zusammenschluss, war es für einen gaullistischen Politiker ungewöhnlich, dieses Thema für sich zu besetzen und offensiv zu vertreten. Durch die Offenheit Chiracs für die Verfassungsfrage und seine Initiative zur Weiterentwicklung der EU ging vom Berliner Staatsbesuch des französischen Präsidenten auch ein Signal des wiedergefundenen deutsch-französischen Schulterschlusses im Sinne der Fortentwicklung der europäischen Integration aus. Besonders im Hinblick auf die in Nizza anstehenden schwierigen Verhandlungen zur

⁶⁷² Vgl. für die Vorstellungen Fischers und Delors': „Jacques Delors critique la stratégie d'élargissement de l'Union“, Entretien au *Monde*, Propos recueillis par Eric Le Boucher et Laurent Zecchini, *Le Monde* 19.1.2000; Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin (gekürzt), in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 100ff.

Institutionenreform war diese Entwicklung von Bedeutung. Im Gegensatz zu den Diskussionen in Amsterdam im Jahr 1997 gingen Deutschland und Frankreich im Jahr 2000 mit weitgehend übereinstimmenden Positionen in die Gespräche zum Abschluss der Regierungskonferenz. Im Vorfeld zwischen den beiden Ländern noch nicht endgültig geklärt war die Frage der künftigen Stimmengewichtung im Rat. Es blieb offen, ob die größere deutsche Bevölkerung sich in einer unterschiedlichen Stimmenzahl im Vergleich zu Frankreich niederschlagen sollte.

Verhärtung der französischen Position zur Erweiterung

Aus den Berliner Äußerungen Chiracs während des Staatsbesuchs ließ sich eine grundsätzlich integrationsfreundliche Haltung ablesen. Der zweite wichtige Aspekt der Deutschlandreise war jedoch eine nochmalige Verhärtung der französischen Position im Hinblick auf die Erweiterung im Vergleich zur bereits im Verlauf der Jahre 1997 und 1998 beobachteten zunehmenden Zurückhaltung. Chiracs Konzept der Pioniergruppen war, wie erwähnt, eine weitere Variante von zahlreichen Vorschlägen für differenzierte Integration im Kontext der Zukunftsdebatte der EU. Dass in einer Union von über zwanzig Staaten die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern potentiell so groß werden würden, dass nicht immer alle Länder an allen Integrationsschritten teilnehmen könnten oder wollten, war eine logische Begleiterscheinung der Erweiterung. Dennoch sandte Chirac mit seinem Konzept ein Signal an die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa. Er machte deutlich, dass diese nach französischen Vorstellungen mit ihrer Zugehörigkeit zur EU nicht von Beginn an automatisch an allen Integrationsbereichen beteiligt sein würden. Bereits vorhandene Befürchtungen in den Kandidatenländern, nur als Mitglieder zweiter Klasse in die EU aufgenommen zu werden, erhielten so neue Nahrung.⁶⁷³

Verstärkt wurde dieser Eindruck noch dadurch, dass Chirac in seinen Äußerungen in Berlin einen großen Teil der Verantwortung für die Verwirklichung der Erweiterung an die Bewerberländern delegierte, wenn er betonte, dass es nicht allein auf den politischen Willen

⁶⁷³ Vgl. auch die Einschätzung dieses Aspekts durch Françoise de la Serre: „[...] dans la perspective d’une Europe élargie, il ne faut pas sous-estimer le facteur de division, porteur d’un sentiment d’exclusion, que peut représenter la coopération renforcée et qui est perçu comme tel par les candidats.“ Françoise de la Serre (2000): „Les coopérations renforcées: quel avenir?“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 455-465, hier S. 461. Vgl. auch Sylvie Goulards Bewertung: „Même si l’UE a déjà pratiqué la flexibilité (accords de Schengen, UEM, divers *opting-out*), il paraît toujours préférable d’envisager une Union qui progresse au même rythme: les nouvelles lignes de partage d’une flexibilité informelle pourraient avoir des conséquences sur la crédibilité de la PESC, sur l’intégrité de la zone euro, ou encore sur le fonctionnement de la Commission ou de la Cour de justice des Communautés européennes (CJCE), sans parler des frustrations des pays candidats s’ils avaient le sentiment qu’une autre Europe dont ils sont exclus est en train de se mettre en place.“ Goulard (2000a), a.a.O., S. 356f. Kursivsetzung im Original.

der aktuellen EU-Staaten ankomme, sondern vielmehr auf die Erfüllung der Kriterien durch die Bewerberländer. Das Kriterium der Erweiterungsfähigkeit der EU, das in Kopenhagen gleichzeitig mit den Aufnahmekriterien für die Bewerberländer festgeschrieben wurde und auf dessen Erfüllung u.a. die in der Regierungskonferenz diskutierte Institutionenreform zielte, spielte dagegen scheinbar nur noch eine untergeordnete Rolle. Vor dem Hintergrund der zahlreichen mit der Institutionenreform verbundenen Schwierigkeiten und offenen Fragen sah Chirac diese Argumentation möglicherweise als Weg, um den Druck auf die französische Präsidentschaft zu senken, ein weitreichendes Ergebnis bei der Institutionenreform erzielen zu müssen.⁶⁷⁴ Dennoch war in Berlin eine deutliche Abkehr von der bis dahin demonstrierten offenen französischen Haltung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten zu erkennen. Statt um die Zusammenführung der europäischen Familie ging es plötzlich hauptsächlich um die nüchterne Erfüllung von Kriterien.

Die Berliner Äußerungen Chiracs stellten einen weiteren Schritt dar hin zu einer nur noch am Rande hinter unpräzisen Aussagen zur Erweiterung als Friedensgarantie oder moralischer Verpflichtung verschleierte Zurückhaltung und Skepsis gegenüber einer Union von weit über zwanzig Staaten. Deutlicher als sonst machte Chirac auch klar, dass die Erweiterung die bestehenden Errungenschaften der europäischen Integration nicht gefährden dürfe, beispielsweise durch eine Verwässerung der Union oder durch Rückschritte im Vergleich zum bisher Erreichten. Frankreich sah Chirac (zusammen mit Deutschland) in der

⁶⁷⁴ Vgl. zu diesem Punkt auch Laurent Zecchini: „A l’Elysée, on se livre à une [...] pédagogie de l’échec, tout en s’évertuant à souligner qu’au-delà de la réforme des institutions bien des progrès seront enregistrés sur les *„sujets de société“*. L’entourage de Jacques Chirac explique que ce ne serait pas une catastrophe si la conférence intergouvernementale devait se prolonger... six mois ou un an après Nice, dans la mesure où, *„techniquement, l’Europe est prête à accueillir les pays candidats à la date prévue“*. Un échec, ajoute-t-on de source présidentielle, provoquerait un tel choc parmi les Quinze que l’on réussira forcément plus tard.“ Laurent Zecchini: „Institutions européennes: le grand marchandage“, *Le Monde* 13.10.2000. Kursivsetzung im Original. Auch Sylvie Goulard konstatierte bescheidene Ziele der französischen Ratspräsidentschaft in Bezug auf die Institutionenreform. Angesichts der Bedeutung der zu diskutierenden Fragen hielt sie einen solchen Ansatz nicht für grundsätzlich schlecht, stellte jedoch die Frage, ob er den Herausforderungen der Erweiterung angemessen begegne: „La perspective d’une conclusion de la CIG au sommet de Nice des 7 et 8 décembre prochains a incité la France, soutenue par un certain nombre d’Etats-membres, à *„ne pas charger la barque“* pour reprendre la formule d’Hubert Védrine. Un certain nombre d’arguments peuvent justifier cette approche: tout d’abord, la *„méthode communautaire“* a toujours consisté à avancer à *„petits pas“*. L’ampleur des élargissements à venir comme l’hétérogénéité des candidats peuvent justifier plus encore une réforme par étapes. La conférence intergouvernementale en cours ne prétend pas régler tous les problèmes qui se poseront dans une Union à 30 Etats-membres, mais préparer l’adhésion des candidats qui pourront être prêts d’ici deux à trois ans. Les autorités françaises ont aussi entendu tirer la leçon des échecs précédents. [...] Il s’agit donc moins de déplorer l’absence de *„grande initiative à la française“* que de regarder si, objectivement, ce *„réalisme“* est à la hauteur de l’enjeu que représente l’élargissement.“ Goulard (2000a), a.a.O., hier S. 345f. Kursivsetzung im Original.

Verantwortung, um potentielle negativen Konsequenzen der Erweiterung zu verhindern.⁶⁷⁵ Eine offene und konstruktive Haltung zur Erweiterung hätte anders ausgesehen. Auch für seine anstehende Rolle als Ratspräsident, die zwischen den unterschiedlichen Prioritäten der Mitgliedsstaaten im Sinne eines größtmöglichen gesamteuropäischen Fortschritts ausgleichen und moderieren sollte, positionierte sich Chirac ungewöhnlich deutlich mit einer, zumindest dem äußeren Anschein nach, wenig kompromissbereiten Haltung.

4. Stand der öffentlichen Meinung zu Europa am Beginn der französischen Ratspräsidentschaft

Grundsätzliche Zustimmung zur europäischen Integration

Im Frühjahr 2000 hielten 49% der im Eurobarometer 53⁶⁷⁶ befragten Franzosen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, gegenüber 14%, die ihr negativ gegenüberstanden. 49% der Befragten glaubten außerdem, dass Frankreich durch seine EU-Mitgliedschaft Vorteile habe, gegen 29%, die nicht dieser Meinung waren. Diese Zahlen bedeuteten keine wesentlichen Veränderungen zu den vorangegangenen Umfragen. Eine deutliche Mehrheit der Franzosen stand also der europäischen Integration weiterhin positiv gegenüber. Eine neue Eurobarometer-Frage erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Image der Europäischen Union bei ihren Bürgern.⁶⁷⁷ 49% der befragten Franzosen sahen die EU sehr oder ziemlich positiv, 29% weder positiv noch negativ und 17% ziemlich negativ oder sehr negativ. Damit lag Frankreich in etwa im EU-Durchschnitt. 50% der Befragten dachten außerdem, dass die EU-Integration ihres Landes für sie persönlich genauso viele Vor- wie Nachteile zur Folge habe.⁶⁷⁸ Dennoch, oder gerade deshalb, wünschten sich viele Franzosen, dass der europäische Aufbau schneller vorangehen solle.⁶⁷⁹ Insgesamt 77% der befragten Franzosen wünschten sich, dass die EU in fünf Jahren in ihrem täglichen Leben

⁶⁷⁵ „Nous ne laisserons pas se défaire le projet européen auquel vous et nous, avec nos partenaires, avons, depuis près d'un demi-siècle, consacré tant de volonté et tant d'énergie. Et qui, en retour, nous a tant apporté, non seulement la paix, mais aussi le succès économique, et donc le progrès social. Qui s'est avéré, pour nous tous, un formidable multiplicateur de puissance. Notre Union ne sera plus tout à fait la même demain. Mais elle ne connaîtra ni dilution, ni retour en arrière. Notre responsabilité est d'y veiller.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Bundestag, Berlin 27.6.2000.

⁶⁷⁶ Eurobarometer 53, Oktober 2000, Datenerhebung im April und Mai 2000, Europäische Kommission.

⁶⁷⁷ Die genaue Frage lautete: „Im Allgemeinen flößt Ihnen die Europäische Union ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Image ein?“

⁶⁷⁸ „Ihrer Meinung nach hat die EU-Mitgliedschaft Frankreichs für Sie persönlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile zur Folge?“

⁶⁷⁹ Vgl. die Werte zum „Euro-Dynamometer“ im Eurobarometer 53: Der Wert für die gewünschte Geschwindigkeit der Integration lag über dem für die empfundene.

dieselbe (30%) oder eine größere Rolle (47%) spielen sollte als zum Zeitpunkt der Umfrage im Frühjahr 2000.⁶⁸⁰

Fortgesetzte Skepsis gegenüber der Erweiterung

Die Zustimmung der Europäer zur Erweiterung war insgesamt weiterhin gering und variierte stark sowohl zwischen den EU-Ländern als auch in der Bewertung der einzelnen potentiellen neuen Mitglieder. Die insgesamt größte Zustimmung hätte ein Beitritt Norwegens bzw. der Schweiz erfahren (70 bzw. 69% im EU-Durchschnitt). Unter den Kandidatenländern der Luxemburg- und der Helsinki-Gruppe lag Malta in der Bewertung durch die EU-Staaten vorne (50% Zustimmung) vor Ungarn (46%), Polen und Zypern (je 44%). Auch in Frankreich erhielten Malta und Ungarn die meiste Unterstützung (jeweils 32%). Im Durchschnitt erhielten die Beitrittsgesuche der 13 aktuellen Bewerberländer (inklusive der Türkei) in Frankreich EU-weit weiterhin die geringste Zustimmung mit nur 26% (gegenüber 38% im EU-Durchschnitt). Insgesamt war die Rate an „Weiß nicht“-Antworten auf die Frage nach der Unterstützung der Erweiterung noch hoch, so dass die Eurobarometer-Analysten davon ausgingen, dass „sich eine öffentliche Meinung über die Erweiterung noch nicht herausgebildet [habe].“ Was die Entscheidungsfindung in einer erweiterten Union – und damit eines der Themen der laufenden Regierungskonferenz – anging, waren die Franzosen entschlossener als der EU-Durchschnitt für die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen. 50% der Franzosen waren für diese Option (45% im EU-Durchschnitt), 36% für einstimmige Abstimmungen (38% EU-weit).⁶⁸¹

Inhaltliche Erwartungen an die europäische Integration

Die Bedeutung der europäischen Integration sahen die meisten durch CSA befragten Franzosen in der Friedensbewahrung (55%). Danach folgten die Verteidigung der Menschenrechte (42%), die Bildung eines Gegengewichts zu den USA (36%), ein

⁶⁸⁰ Ähnliche Ergebnisse wie das Eurobarometer 53 erzielte eine Mitte Juni von CSA für *Libération* und France 3 durchgeführte Umfrage. Der CSA-Umfrage zufolge bezeichneten sich 59% der befragten Franzosen gegenüber der europäischen Integration als „enthusiastisch“ (12%) oder zumindest „dafür“ (47%). 41% waren ihr gegenüber skeptisch (35%) oder dagegen (6%). Ähnlich wie das Eurobarometer ergab auch die CSA-Studie, dass eine Mehrheit der Franzosen für eine Beschleunigung der Integration war (70% gegen 25%, die eher eine Verlangsamung wünschten). *Sondage exclusif réalisé par CSA pour Libération et France 3 (France Europe Express)*. Ergebnisse abgedruckt in *Libération* vom 26. Juni.

⁶⁸¹ Die genaue Frage lautete: „Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird die Anzahl der Mitgliedstaaten von 15 bis über 25 ansteigen. Sollten, Ihrer Meinung nach, EU-Entscheidungen einstimmig oder durch die Mehrheit der Mitgliedstaaten getroffen werden?“

Wirtschafts- und Sozialmodell (35%) und Umweltschutzfragen (27%).⁶⁸² Im Bereich Umweltpolitik trauten, vor dem Hintergrund des Unglücks der „Erika“ vor der bretonischen Küste, sogar 59% der Franzosen der EU eine effizientere Problemlösung zu als der nationalen Regierung (38%). Auch in der Steuerpolitik lag die europäische Ebene in der Einschätzung der Franzosen vor der nationalen (52 vs. 42%). In Fragen der Lebensmittelsicherheit (41% für europäische, 54% für nationale Regelung), der Justiz (41% vs. 52%) und der sozialen Schutzmechanismen (21% vs. 76%) vertrauten die Franzosen jedoch mehrheitlich ihrer nationalen Regierung und nicht in gleichem Maße der EU.

Im Hinblick auf die anstehende französische Ratspräsidentschaft hatten die durch CSA befragten Franzosen folgende Erwartungen: 96% von ihnen wünschten sich die Festlegung konkreter Zielsetzungen für die Senkung der Arbeitslosenquote. 61% sprachen sich für die Schaffung von Möglichkeiten verstärkter Kooperation aus (37% waren dagegen). 67% befürworteten Mehrheitsentscheidungen (30% waren dagegen). Der Wahl eines europäischen Präsidenten würden, CSA zufolge, 66% der Befragten positiv gegenüberstehen. 32% lehnten sie ab. Auch IFOP fragte nach der möglichen Wahl eines europäischen Präsidenten.⁶⁸³ Für eine solche institutionelle Reform sprachen sich hier 54% der Franzosen aus. Allerdings waren auch 41% dagegen. Wenn es einen europäischen Präsidenten geben sollte, wünschten sich deutliche 73% seine Direktwahl durch die europäischen Bürger. Nur 23% wollten seine Wahl durch das Europäische Parlament.⁶⁸⁴

Eine potentielle europäische Verfassung als neues Umfragethema

Neben den bereits genannten Bereichen fragte das Eurobarometer 53 auch die Unterstützung für eine potentielle europäische Verfassung ab. Der Begriff Verfassung wurde dabei verstanden als „grundlegende[s] Dokument, das die verschiedenen bestehenden Verträge kodifiziert.“ Durchschnittlich 70% der gesamten befragten EU-Bürger waren für eine Verfassung, nur 6% dagegen (24% hatten keine Meinung). In Frankreich lag die Zustimmungsrate mit 75% sogar noch über dem EU-Durchschnitt.⁶⁸⁵ Auch hier waren 6%

⁶⁸² Jeweils weniger als ein Viertel der Befragten sahen in Europa primär eine Garantie, um zu große soziale Ungerechtigkeit zu vermeiden (23%), einen Raum zur Integration unterschiedlicher Völker (22%), eine geteilte Kultur (15%), die Ablehnung von Ländern mit extremistischen Ministern in ihren Regierungen (14%) oder einen gemeinsamen europäischen Präsidenten (13%).

⁶⁸³ „Vous personnellement, seriez-vous tout à fait favorable, plutôt favorable, plutôt pas favorable ou pas favorable du tout à l'élection d'un Président de l'Europe?“ Frage aus der Umfrage „Les Français et l'Europe politique“, Sondage IFOP-*Le Journal du Dimanche* publié dans *Le Journal du Dimanche* le 2 juillet 2000.

⁶⁸⁴ „Si l'Europe devait avoir un Président, vous préféreriez qu'il soit élu au suffrage universel par les citoyens de l'Union européenne / qu'il soit élu par le Parlement européen?“

⁶⁸⁵ Nur in den Niederlanden (88%), in Italien (84%) sowie in Griechenland (82%) fanden sich noch höhere Zustimmungswerte. In allen EU-Ländern wurde der Vorschlag von einer Mehrheit begrüßt.

gegen eine Verfassung. Die IFOP-Umfrage für das *Journal du Dimanche* erhielt ähnlich hohe Zustimmungswerte für eine europäische Verfassung⁶⁸⁶: 68% der Befragten waren „tout à fait favorable“ oder „plutôt favorable“, was diese Frage anging. Die Negativwerte waren bei IFOP allerdings höher als beim Eurobarometer: Insgesamt 28% waren „plutôt pas favorable“ oder „pas favorable du tout“. Nur 4% äußerten bei IFOP keine Meinung, gegenüber 19% beim Eurobarometer. Möglicherweise waren einige der beim Eurobarometer Unentschlossenen bei IFOP ins negative Lager gewandert.

Auswertung des Stands der öffentlichen Meinung

Das Bild der öffentlichen Meinung zu Europa im Vorfeld der französischen Ratspräsidentschaft war zwiespältig. Die Mehrheit der Franzosen war weiterhin pro-europäisch eingestellt und befürwortete sogar explizit weitere Integrationsschritte beispielsweise bei der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen oder der Wahl eines europäischen Präsidenten bis hin zu einer europäischen Verfassung.⁶⁸⁷ Bei den positiven Reaktionen auf eine mögliche europäische Verfassung war zum Zeitpunkt der Datenerhebung der zitierten Fragen allerdings zu berücksichtigen, dass das Verfassungskonzept noch sehr unbestimmt bzw. in vielen verschiedenen Interpretationen verwendet wurde. Während einige Politiker und Wissenschaftler von einer Verfassung im engeren Sinne als Grundlage eines föderalen Gebildes sprachen, verstanden andere darunter nur eine neue und klarere Ordnung der bereits bestehenden vertraglichen Grundlagen der europäischen Einigung. Auch wenn die mehrheitliche Zustimmung zu einer europäischen Verfassung, die sich aus den Umfragen ergab, für Frankreich mit seiner intergouvernementalen europapolitischen Tradition bemerkenswert war, standen die positiven Werte im Frühjahr 2000 daher noch unter dem Vorbehalt der begrifflichen und konzeptionellen Unklarheit.

Mit seinen Prioritäten für die französische Ratspräsidentschaft traf Jacques Chirac bei den Franzosen in zahlreichen Punkten auf Zustimmung. Grundsätzlich teilte weiterhin eine große Zahl von Franzosen die auch vom Präsidenten immer wieder angebrachte Begründung Europas aus seiner friedens- und stabilitätssichernden Funktion. Weiterhin stand mit der Arbeitslosigkeit ein Thema oben auf der Agenda der Franzosen, für das sich Chirac auch auf europäischer Ebene fortlaufend einsetzte. In diesem Bereich war Chiracs Bemühen um eine

⁶⁸⁶ „Vous personnellement, seriez-vous tout à fait favorable, plutôt favorable, plutôt pas favorable ou pas favorable du tout à l’adoption d’une constitution européenne?“

⁶⁸⁷ Bei den Antworten auf die Frage nach dem Wahlmodus zur Bestimmung eines potentiellen europäischen Präsidenten schienen bei der klaren Präferenz einer Direktwahl gegenüber einer Wahl durch das Parlament deutlich die französischen verfassungsrechtlichen Prägungen durch.

positive Darstellung der europäischen Integration unter Rückgriff auf das *Europe protection*-Konzept erfolgreich. Auch auf die Umweltpolitik ließ sich diese Feststellung übertragen. Allerdings wurde Europa nicht in allen von Chirac mit dem Konzept *Europe protection* angesprochenen Feldern von den Franzosen als zusätzliche politische Ebene anerkannt. Wie die oben zitierten Umfragen zeigten, sah eine Mehrheit der Franzosen beispielweise in der Lebensmittelsicherheit, der Justiz oder bei sozialen Schutzmechanismen im allgemeinen eher den Nationalstaat als die europäische Ebene als kompetent und zuständig an. Chirac lag also mit seiner Schwerpunktsetzung auf der Schaffung von mehr Bürgernähe in Europa richtig, um die Unterstützung für die Integration in Frankreich stabil zu halten bzw. in einigen Bereichen noch zu steigern. Dies wurde auch von der Presse so gesehen, wie die oben analysierten Artikel gezeigt haben. Hier findet sich also wieder eine Übereinstimmung zwischen allen drei Untersuchungsebenen der vorliegenden Arbeit. Die Presse wies allerdings auch darauf hin, dass die Schaffung von mehr Bürgernähe zwar ein wichtiges Thema im laufenden Integrationsprozess sei, dass für dessen Fortschreiten jedoch die anstehende Institutionenreform und besonders die Erweiterungsperspektive von größerer Bedeutung seien.

Zur Erweiterung fanden sich in Frankreich auch im Frühjahr 2000 sehr niedrige Zustimmungswerte. Das bereits mehrfach konstatierte Defizit in der Vermittlung einer weiterreichenden europäischen Zukunftsperspektive durch die französische politische Führung und besonders den Staatspräsidenten, spiegelte sich also weiterhin deutlich in den Umfragedaten. Ob aus Unwissenheit oder aus Ablehnung – die Aussicht auf eine große Teile des Kontinents umfassende Europäische Union hatten die Franzosen mehrheitlich noch nicht in ihr Europabild integriert. Mehrere Analysen in der Presse wiesen auf das Vermittlungsproblem hin. Die Untersuchung der Stellungnahmen von Jacques Chirac in der ersten Jahreshälfte 2000 hatte dies ebenfalls deutlich gemacht: Aufzufinden waren nur die traditionellen französischen Vermittlungskategorien zu Europa, mit denen die neuen europäischen Realitäten nur schwierig zu erfassen waren. Dazu kam die sich immer weiter verhärtende französische Position gegenüber möglichen Zugeständnissen bei einzelnen Politikbereichen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung besprochen wurden.

Das Meinungsbild in der französischen Gesellschaft zu Europa zum Zeitpunkt der Übernahme der Ratspräsidentschaft überraschte insgesamt nicht. Es ergänzte die schwierige Ausgangslage für einen erfolgreichen Abschluss der Regierungskonferenz in Nizza. Zum Ausmaß der dort zu lösenden, für die Zukunft der EU entscheidenden Fragen und der auch sehr auf die Wahrung französischer Interessen bedachten Haltung der französischen Führung kam eine

öffentliche Meinung, die dem nächsten entscheidenden Schritt der Integration, der Erweiterung, mehrheitlich skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Da die französische Politik dies nicht unbeachtet lassen konnte, ergab sich eine problematische Konstellation. Es erschien fraglich, ob die französische Ratspräsidentschaft den Herausforderungen von Nizza gewachsen und in der Lage war, ein konstruktives Ergebnis zustandezubringen.⁶⁸⁸

5. Französische Ratspräsidentschaft

Informeller EU-Gipfel von Biarritz

Am 13. und 14. Oktober 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs zu einem informellen EU-Gipfel in Biarritz zusammen. Hauptthema waren die sich aus den Amsterdamer *Leftovers* ergebenden Fragen der anstehenden Institutionenreform. Es gelang den Staats- und Regierungschefs nicht, eine endgültige Einigung zu finden.⁶⁸⁹ Wesentliche Punkte blieben daher offen und mussten in Nizza endgültig diskutiert werden. Die Bewertung des Gipfels durch Chirac war, trotz der zahlreichen noch ungeklärten Fragen, insgesamt positiv und optimistisch: „Au total, de vrais progrès ont été constatés. Nous sommes tous déterminés à parvenir à un accord substantiel [...] à Nice afin de permettre une véritable réforme des institutions de l’Union indispensable à l’élargissement.“⁶⁹⁰

Paul Guilbert sah in *Le Figaro* in den Äußerungen und dem gemeinsamen Auftreten vor der Presse beim informellen Gipfel von Biarritz die geteilte Erkenntnis von Staatspräsident und Premierminister, dass der Gipfel von Nizza im Dezember auch in ihrem jeweiligen eigenen Interesse ein Erfolg werden müsse. Besonders die Haltung Jospins habe sich in diese

⁶⁸⁸ Vgl. zu diesem Punkt auch Sylvie Goulard: „Les citoyens européens aspirent aujourd’hui à influencer le processus de décision européen. Ils contestent l’Europe telle qu’elle se fait. Pourtant, si les hommes politiques nationaux sont prompts à évoquer l’eurosepticisme pour refuser plus d’intégration, ils ne s’embarrassent guère des doutes de leurs concitoyens face à l’élargissement. Pour ouvrir l’Union à de nouveaux membres, les gouvernants européens ont raisonné en fonction de considérations politiques ou stratégiques qui ont leur logique mais sont très éloignées des préoccupations des citoyens. [...] Il est [...] gênant, après avoir pris la décision de doubler le nombre des Etats-membres, d’en nier la portée ou d’en minimiser les conséquences, comme semblent le faire un grand nombre d’Etats-membres qui croient possible le statu quo. Elle implique des réformes institutionnelles et financières radicales ainsi qu’une action de fond auprès des opinions des Etats-membres pour les convaincre de ses mérites. Faute du soutien des citoyens et des parlements nationaux qui seront consultés in fine sur les adhésions, le processus de stabilisation de l’Europe centrale et orientale serait un trompe-l’œil. Nous aurions alors fait miroiter aux futurs candidats, eux-mêmes engagés dans des réformes difficiles, l’illusion de l’adhésion.“ Goulard (2000a), a.a.O., S. 346.

⁶⁸⁹ Aus aktuellem Anlass spielten in Biarritz aber auch die Entwicklungen im Nahen Osten und in Jugoslawien eine wichtige Rolle. Der jugoslawische Präsident Kostunica war am 14. Oktober Gast des Gipfels. Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Vojislav Kostunica, Président de la République fédérale de Yougoslavie, Biarritz 14.10.2000.

⁶⁹⁰ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, de M. Romano Prodi, Président de la Commission européenne et de M. Javier Solana, Haut représentant pour la Politique extérieure et de Sécurité commune de l’Union européenne à l’occasion du Conseil européen informel, Biarritz 14.10.2000.

Richtung entwickelt, so Guilbert.⁶⁹¹ Im Umfeld des Gipfels von Biarritz wurde allerdings auch Kritik an der Verhandlungsführung der französischen Präsidentschaft laut. Besonders von kleineren Staaten wurden einige Positionen Frankreichs als arrogant empfunden und als Versuch, möglichst viele Vorteile für die großen Staaten im Rahmen der in Nizza zu beschließenden Institutionenreform festzuschreiben. Pierre Bocev berichtete in *Le Figaro* von den Verstimmungen in einigen EU-Staaten. Auch im Verlauf einer Debatte im Europaparlament zum Gipfel von Biarritz fanden die Kritikpunkte an Frankreich deutliche Erwähnung. Die französische Präsidentschaft sei mehr französisch als präsidentiell, zitierte Bocev ein Mitglied einer Verhandlungsdelegation. Er verwies auch auf die von französischer Seite heruntergespielten Auseinandersetzungen in Biarritz besonders zwischen kleinen und großen Staaten über die Themen Kommissionszusammensetzung und Stimmengewichtung und blickte daher skeptisch auf den Gipfel von Nizza: „Il faudra attendre le sommet de Nice pour savoir si tout le monde est prêt à faire des concessions, ou bien si Biarritz a laissé dans les esprits des plaies durables.“⁶⁹²

Jean Quatremer schrieb die Schwierigkeiten der französischen Ratspräsidentschaft, die sich beim informellen Treffen in Biarritz gezeigt hatten, einem grundsätzlichen Problem der französischen Politik mit Europa zu. Seiner Ansicht nach erweckten die französischen Führungspersonlichkeiten den Eindruck, keine klare Vorstellung davon zu haben, in welche Richtung sich die EU weiterentwickeln solle. In gewissem Maße sei diese Unklarheit auf die mit der Kohabitation verbundenen Schwierigkeiten zurückzuführen, so Quatremer. Er sah jedoch ein umfassenderes Problem:

„La vacuité conceptuelle apparente du pouvoir en matière européenne est en réalité révélatrice d’un non-dit: les autorités françaises se défont de l’Europe. On peut même affirmer qu’elles ne veulent à aucun prix de la Fédération européenne prônée par Joschka Fischer, que cette vision leur fait profondément horreur. Mais elle ne veulent pas l’avouer, du moins en public. Car en privé, sous couvert de l’anonymat, nos élites dirigeantes n’hésitent pas à appeler un chat un chat [...] pour Paris, l’avenir est la simple coopération entre gouvernements, sans recours au vote à la majorité. Au-delà des mots, les actes du gouvernement français montrent qu’il ne souhaite pas aller plus loin dans la construction communautaire. Déjà, il a le plus grand mal à admettre qu’il est tenu de respecter certaines contraintes induites par la monnaie unique: le projet de budget 2001, par exemple, viole clairement les engagements pris à Bruxelles de réduire le déficit budgétaire. Plus gravement, alors qu’elle plaide officiellement pour un traité de Nice ambitieux, la France bloque dans plusieurs domaines importants l’abandon du droit de veto et préfère porter ses efforts sur la réduction de taille de la Commission et la ‚répondération des voix‘ au sein du Conseil des ministres entre grands et petits pays, afin de donner toute leur place aux premiers. Or, s’il y a bien une chose qu’a montrée un demi-siècle de construction communautaire, c’est que rien n’aurait été possible

⁶⁹¹ Paul Guilbert: „Europe et cohabitation“, *Le Figaro* 16.10.2000.

⁶⁹² Pierre Bocev: „Paris sous le feu des critiques“, *Le Figaro* 25.10.2000.

sans le vote à la majorité qualifiée. Et sans un déséquilibre savamment entretenu au profit des petits pays. La volonté française d'assurer une domination des grands Etats, pour tout dire de mettre en place un ‚directoire‘, c'est prendre un billet simple pour un éclatement programmé de l'Union. Mais cela les dirigeants français ont choisi de l'ignorer. Autrement dit, la France a bien une politique européenne: simplement, elle est eurosceptique, plus proche de Londres que de Berlin. On comprend que ça ne soit pas facile à avouer.⁶⁹³

Vorbereitung des Europäischen Rates von Nizza

Zwischen dem informellen Ratstreffen in Biarritz und dem Europäischen Rat von Nizza führte Chirac zahlreiche vorbereitende Gespräche mit Staats- und Regierungschefs im Rahmen einer Rundreise durch die europäischen Hauptstädte, um so mögliche Kompromisslinien für die noch offenen Fragen auszuloten.⁶⁹⁴ Bei den deutsch-französischen Konsultationen in Vittel am 10. November bekräftigten beide Seiten ihren Willen, Nizza zu einem erfolgreichen Abschluss führen zu wollen und zu entsprechenden Anstrengungen bereit zu sein. Weiterhin bestätigten Chirac und Schröder ihre Haltung zur EU-Erweiterung: Die Union solle ihre Reformen fortführen mit dem Ziel, ab 2003 für neue Mitglieder aufnahmebereit zu sein. Die Bewerberstaaten müssten bis zu diesem Zeitpunkt jedoch ihrerseits die notwendigen Anstrengungen unternehmen, denn nur bei der Erfüllung der in Kopenhagen beschlossenen Kriterien sei ein Beitritt zur EU möglich, wie Chirac erneut betonte:

„La France s'est attachée, pendant sa Présidence, à faire progresser le plus possible les négociations [avec les pays candidats]. Mais, en accord sans réserve avec notre partenaire allemand, dans des conditions qui soient là encore sérieuses et raisonnables, c'est-à-dire en respectant les engagements pris à Helsinki: ouverture de la porte au 1^{er} janvier 2003 mais acceptation des pays qui auraient fait les efforts nécessaires et qui auront d'ici-là fait les efforts nécessaires pour pouvoir accepter la règle du jeu. Il ne serait d'ailleurs satisfaisant pour personne, ni pour l'Union, ni pour ces pays, que d'entrer de façon prématurée.“⁶⁹⁵

Die Stellungnahmen Chiracs bei den einzelnen Etappen seiner Rundreise ließen erkennen, bei welchen Themen vor dem Gipfel von Nizza noch das meiste Konfliktpotential bzw. der

⁶⁹³ Jean Quatremer: „Hypocrisies françaises sur l'Europe“, *Libération* 11.10.2000.

⁶⁹⁴ 22. November: Belgien, Luxemburg; 24. November: Griechenland; 27. November: Dänemark, Finnland; 28. November: Schweden, Österreich; 29. November: Spanien; 30. November: Portugal, Irland, Großbritannien; 1. Dezember: Italien; 2. Dezember: Niederlande, Deutschland.

⁶⁹⁵ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, lors des 76e Consultations franco-allemandes, Vittel 10.11.2000.

meiste Diskussionsbedarf vorhanden war.⁶⁹⁶ Einigkeit bestand bereits seit der informellen Zusammenkunft in Biarritz über die Europäische Grundrechtecharta. Chiracs eigener Einschätzung nach herrschte außerdem weitgehend Konsens über die Ausweitung des Anwendungsbereichs für Mehrheitsentscheidungen sowie über den Ausbau der Möglichkeiten zu verstärkter Kooperation. Schwieriger stellten sich im Vorfeld von Nizza noch die Fragen der Zusammensetzung der Kommission und der Stimmengewichtung im Rat dar. Einige EU-Staaten (Luxemburg, Dänemark, Schweden, Portugal, Griechenland) waren nicht bereit, von der Formel „ein Kommissar pro Land“ abzuweichen. Obwohl die Kommissare nicht als Vertreter ihres Landes in die Kommission entsandt werden, hätten es besonders kleinen EU-Staaten als erheblichen Einflussverlust interpretiert, wenn sie in der Liste der Herkunftsländer der Kommissare nicht mehr erschienen wären.⁶⁹⁷ Frankreich sprach sich dagegen für eine

⁶⁹⁶ Vgl. dazu auch Schild (2000), a.a.O. sowie die folgenden Pressekonferenzen Chiracs: Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Brüssel 22.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jean-Claude Juncker, Premier ministre du Grand-Duché de Luxembourg, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Luxemburg 22.11.2000; Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Constantinos Costas Simitis, Premier ministre de la République hellénique à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Athen 24.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Poul Nyrup Rasmussen, Premier ministre du Royaume du Danemark à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Kopenhagen 27.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Paavo Lipponen, Premier ministre de la République de Finlande, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Helsinki 27.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de Mme Tarja Halonen, Présidente de la République de Finlande, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Helsinki 27.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Goran Persson, Premier ministre du Royaume de Suède, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Stockholm 28.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Wolfgang Schäussel, Chancelier fédéral de la République d'Autriche, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Wien 28.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jose Maria Aznar, Président du Royaume d'Espagne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Madrid 29.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Tony Blair, Premier ministre du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, London 30.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Antonio Manuel de Oliveira Guterres, Premier ministre du Portugal, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Lissabon 30.11.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Giuliano Amato, Président de la République italienne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Rom 1.12.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier fédéral de la République fédérale d'Allemagne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Hannover 2.12.2000; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Wim Kok, Premier ministre des Pays-Bas, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Den Haag 2.12.2000.

⁶⁹⁷ Vgl. zu diesem Punkt auch die Einschätzung von Ingolf Pernice: „[...] die Mitglieder der Kommission [sind] zwar nicht Vertreter der Mitgliedstaaten, denen sie entstammen. Doch bilden sie das Bindeglied zwischen europäischer Institution und politischer Kultur bzw. realer Politik ihrer Heimat und tragen so, ebenso wie die Mischung der Herkunft der Kommissionsbeamten, zur Wirksamkeit des Prozesses der Vorabklärung des europäischen öffentlichen Interesses bei. Jedes Modell, in dem einzelne Mitgliedstaaten ohne Mitglied in der Kommission bleiben oder nur einen Posten für einen ‚Juniorkommissar‘ oder ‚Staatssekretär‘ erhalten, ist mit dieser Funktion der Kommission schwer vereinbar.“ Ingolf Pernice (2000): „Die Notwendigkeit institutioneller Reformen. Aussichten für die Regierungskonferenz“, in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 11-20, hier S. 13.

Begrenzung der Zahl der Kommissare auf 10 oder 12 aus, entsprechend der zu vergebenden Ressorts, mit einem gestärkten Kommissionspräsidenten an der Spitze und einem Rotationsprinzip für die Vertretung der einzelnen Staaten durch einen Kommissar. Mit diesem Vorschlag war der französische Präsident jedoch weitgehend isoliert.

Auch bei der Stimmengewichtung im Rat zeichnete sich ein Konflikt zwischen kleinen und großen Mitgliedsstaaten ab. Nach dem Beitritt der bis auf Polen kleinen Kandidatenländern aus dem Mittelmeerraum und aus Mittel- und Osteuropa hätten die kleinen Staaten eine Stimmenmehrheit gegenüber den wenigen großen Staaten bilden können, was von letzteren nicht gewünscht wurde. Auf der anderen Seite wollten sich die kleinen Staaten auch nicht von einem wie auch immer gearteten Direktorium großer Staaten dominieren lassen. Chirac fand daher besonders bei den kleinen Mitgliedsstaaten kaum Unterstützung für seinen Vorschlag, der nur eine Anpassung des geltenden Systems mit einer Aufwertung der größeren Staaten vorsah. Mehrere andere Staaten bevorzugten ein grundsätzlich neues System mit doppelten Mehrheiten und unter Einbeziehung der Bevölkerungsgrößen als Entscheidungsgrundlage. Besonders die großen Staaten wollten die Stimmengewichtung im Rat an die Zusammensetzung der Kommission koppeln. Nur wenn sie bei der Stimmengewichtung einen entsprechenden Ausgleich erhalten hätten, wären sie bereit gewesen, auf ihren zweiten Kommissar zu verzichten. Auch zwischen Frankreich und Deutschland bestand weiterhin Uneinigkeit über die Stimmengewichtung. Deutschland war für eine Berücksichtigung seiner größeren Bevölkerung, während Frankreich besonders aus historischen Gründen - Frankreich und Deutschland als gleichberechtigte Gründungspartner der europäischen Einigung - für eine Fortsetzung der Gleichbehandlung der beiden Länder plädierte. Chirac äußerte jedoch bei mehreren Gelegenheiten während seiner Rundreise durch die europäischen Hauptstädte, dass er nicht davon ausgehe, dass an dieser Frage eine Einigung in Nizza scheitern werde. Chirac betonte außerdem mehrfach, dass er eine den anstehenden Herausforderungen nicht entsprechende kleine Kompromisslösung bei der Institutionenreform nicht akzeptieren und statt dessen in Nizza eher ein Scheitern verkünden würde.⁶⁹⁸

Die Presseberichterstattung zu Chiracs europäischer Rundreise erkannte das Bemühen des Staatspräsidenten an, vor Nizza die potentiellen Konfliktpunkte zu identifizieren und mögliche Lösungsvorschläge bereits anzudiskutieren. Der allgemeine Tenor in *Le Monde* und

⁶⁹⁸ Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Brüssel 22.11.2000 sowie Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Wim Kok, Premier ministre des Pays-Bas, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Den Haag 2.12.2000.

Le Figaro lautete jedoch, dass es trotz Chiracs Anstrengungen sehr schwierig sein werde, in Nizza zu einer konstruktiven und den Herausforderungen angemessenen Einigung zu kommen, da noch zu viele Vorbehalte und unverrückbare nationale Positionen der einzelnen Mitgliedsstaaten bestünden.⁶⁹⁹

Die Road Map der Kommission zum Fortgang des Erweiterungsprozesses

Am 8. November 2000 veröffentlichte die Kommission ihre neuesten Fortschrittsberichte zu den Bewerberstaaten. Im Rahmen eines *Road Map* getauften Strategiepapiers empfahl die Kommission den Abschluss der Beitrittsverhandlungen zum Ende des ersten Halbjahres 2002 mit allen Staaten außer Bulgarien und Rumänien. Auf diese Weise sollten die neuen Mitglieder bereits an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen können. Die Kommission sprach sich für eine Straffung des Erweiterungsprozesses und für den Beginn von Verhandlungen auch über schwierigere Themen aus. Für die auf Frankreich folgenden drei Ratspräsidentschaften sollten die jeweils abzuschließenden Kapitel der Verhandlungen im Vorfeld klar festgelegt werden. Die schwierigsten Themen sollten als letzte behandelt werden. Die politischen Beitrittskriterien erfüllten bereits alle 12 Staaten, mit denen verhandelt wurde. Schwächen konstatierte die Kommission insbesondere noch bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen und beim Ausbau des Justizwesens, sowie bei der Korruptionsbekämpfung und dem Kampf gegen Frauen- und Kinderhandel. Insgesamt am weitesten fortgeschritten in ihrem Transformationsprozess in Vorbereitung auf den EU-Beitritt waren, den Berichten der Kommission zufolge, Zypern und Malta sowie Estland, Ungarn und Polen. Die türkischen Fortschritte bei wirtschaftlichen und politischen Reformen erschienen der Kommission noch nicht ausreichend, um konkrete Beitrittsverhandlungen aufnehmen zu können. Daher sollte der Türkei zunächst eine Beitrittspartnerschaft angeboten werden.

Jacques Chirac war nicht einverstanden mit der Empfehlung der Kommission, die Verhandlungen mit den Bewerberstaaten bereits im Laufe des Jahres 2002 abzuschließen. Er sah darin einen Gegensatz zu den Beschlüssen des Europäischen Rates von Helsinki, der festgelegt hatte, dass die Union zum 1. Januar 2003 erweiterungsfähig sein würde. Außerdem glaubte er nicht, dass einer der Kandidatenstaaten vor diesem Datum abschließend vorbereitet

⁶⁹⁹ Vgl. Luc de Barochez: „Chirac plaide la cause de la réforme“, *Le Figaro* 28.11.2000; Joëlle Stolz/Antoine Jacob: „La Suède et l’Autriche refusent la réduction du nombre de commissaires européens“, *Le Monde* 30.11.2000; Luc de Barochez: „Chirac désamorce les conflits avant Nice“, *Le Figaro* 30.11.2000; Raphaëlle Bacqué: „Le président Chirac achève son marathon de préparation du sommet de Nice“, *Le Monde* 2.12.2000 sowie Jean de Belot: „Le rendez-vous de Nice“, *Le Figaro* 2./3.12.2000.

sein würde. Eine Aufnahme eines nicht vollständig vorbereiteten Landes, eventuell aus politischen Gründen und unter Missachtung eines Teils der Kopenhagener Kriterien, wäre, nach Chiracs Ansicht, jedoch schädlich sowohl für dieses Land als auch für die EU als Ganzes.⁷⁰⁰

Vorberichterstattung zu Nizza in der französischen Presse

Bereits zu ihrer Eröffnung waren die Einschätzungen in der Presse zu den Erfolgsaussichten der Regierungskonferenz skeptisch. Jean Quatremer begründete im Februar in *Libération* beispielsweise seine geringen Erwartungen mit der hinter den zu behandelnden technischen Themen aufscheinenden grundsätzlichen Frage nach der Zukunft der Union und der damit verbundenen Komplexität der zu diskutierenden Punkte:

„Il ne faut pas se tromper sur l'importance de l'enjeu: au-delà des questions techniques, la CIG pose en réalité la question de confiance aux Quinze: souhaitent-ils se donner les moyens de poursuivre leur intégration? La réponse est, pour l'instant, plus que douteuse, des pays comme la Suède, le Danemark ou la Grande-Bretagne ne cachant pas leurs réserves. Plus inquiétant: le moteur franco-allemand, absolument nécessaire pour forcer l'accord, ne fonctionne plus depuis le départ de François Mitterrand et de Helmut Kohl. La preuve: pour la première fois, l'ouverture d'une CIG n'a pas été précédée d'une initiative commune...“⁷⁰¹

Auch Pierre Bocev wies im Februar in *Le Figaro* darauf hin, dass die Regierungskonferenz, die er als „diplomatische Trapeznummer“ bezeichnete, die entscheidenden Zukunftsfragen der EU bewusst ausklammere und sich nur auf die Amsterdamer *Leftovers* konzentriere. Auch Bocevs Erwartungen an die Konferenz waren daher gering.⁷⁰² Unmittelbar vor dem Abschluss der Konferenz in Nizza waren die Berichte in der Presse weiterhin von Skepsis geprägt. In der Vorberichterstattung zum Gipfel von Nizza wurde außerdem deutlich, dass das Ergebnis des Zusammentreffens der Staats- und Regierungschefs die Bewertung der gesamten französischen Ratspräsidentschaft bestimmen würde. Jean de Belot zog Anfang Dezember in *Le Figaro* eine bis dahin insgesamt positive Bilanz des französischen Vorsitzes, war jedoch skeptisch in Bezug auf den Gipfel von Nizza:

„Parce que les enjeux du sommet de Nice [...] sont primordiaux, parce que l'Europe a besoin d'une relance, parce que la France est l'un des moteurs traditionnels de la construction communautaire, le scénario qui va se jouer d'ici à dimanche prochain est tout simplement capital. Nice peut n'accoucher que d'un accord à minima, mais la rencontre peut, au contraire, dessiner ce que sera l'Europe de la décennie à venir. Et relancer le processus. [...] Malgré le

⁷⁰⁰ Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Brüssel 22.11.2000.

⁷⁰¹ Jean Quatremer: „L'Europe à la recherche d'un mode d'emploi“, *Libération* 14.2.2000.

⁷⁰² Pierre Bocev: „Numéro de trapèze diplomatique pour les Quinze“, *Le Figaro* 14.2.2000.

handicap de la cohabitation, la présidence française n'a certes pas à rougir du travail réalisé depuis juillet. Un accord inattendu sur la fiscalité, des avancées en matière sociale, un dispositif commun sur la sécurité maritime, la poursuite du processus en matière militaire, la charte des droits fondamentaux, même si elle n'est pas obligatoire, et, surtout, la façon dont tous ont suivi le choix du président de la République en matière de farines animales: le bilan est sérieux. Mais un mandat de six mois est évidemment trop court pour avancer sur tous les fronts. [...] Le sommet déterminera bien sûr le degré de réussite de la présidence française. Mais à Nice, c'est l'Europe qui a rendez-vous avec elle-même.⁷⁰³

Ähnlich argumentierte Laurent Zecchini in *Le Monde*:

„Somme toute un bilan présidentiel passable, si d'aventure, le ‚verre‘ de la réforme des institutions européennes devait apparaître plutôt à moitié vide qu'à moitié pleine. Seulement voilà: il s'agirait d'un trompe-l'œil. Car c'est le toilettage indispensable d'institutions qui n'ont pas été conçues pour un nombre sans cesse croissant d'Etats membres qui fera toute la différence. Le sort qui sera réservé aux trois ‚reliquats‘ d'Amsterdam [...] et à l'assouplissement des ‚coopérations renforcées‘, sujets sur lesquels la Conférence intergouvernementale (CIG) s'efforce depuis de longs mois de dégager des consensus, éclipsera tout le reste. On peut donc s'attendre à beaucoup d'habileté pour présenter le meilleur profil des résultats du sommet de Nice.⁷⁰⁴

Libération war insgesamt deutlich kritischer als *Le Monde* und *Le Figaro*, was die Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft vor Nizza anging. Die Rahmenbedingungen der Kohabitation, aber auch eine grundsätzliche Unentschlossenheit der französischen Führung über den Fortgang der europäischen Integration sowie formale Unzulänglichkeiten wurden beispielsweise von Jacques Amalric als Hauptgründe für seine Einschätzung genannt:

„La cohabitation est souvent un boulet. Mais elle peut aussi, parfois, servir d'excuse facile. Tel est sans doute le cas pour la présidence française de l'Union européenne, qui subit depuis hier soir à Nice l'épreuve du feu communautaire. [...] Quoi qu'on puisse en dire sur les deux rives de la Seine, [l']ambivalence résolument irrésolue des deux têtes de l'exécutif explique bien mieux que les servitudes de la cohabitation le médiocre bilan de la présidence française. [...] la présidence française aura sans doute moins souffert de la cohabitation qu'elle n'aura été marquée par des travers bien français: indécision sur le long terme de l'aventure européenne quant au fond et quant à la forme, arrogance, désinvolture et obstination, mal compensées sur la fin par de la précipitation.⁷⁰⁵

Der Vorwurf, die französische Präsidentschaft agiere arrogant, der bereits nach dem informellen Gipfel von Biarritz aufgekommen war, wurde von *Libération* im Vorfeld von Nizza durch eine Zusammenstellung entsprechender Aussagen von Vertretern mehrerer EU-Länder wieder aufgegriffen.⁷⁰⁶ Insgesamt kamen auch die Analysen in *Libération* zu dem

⁷⁰³ Jean de Belot: „Le rendez-vous de Nice“, *Le Figaro* 2./3.12.2000.

⁷⁰⁴ Laurent Zecchini: „Europe: la France achève son mandat sans cocorico“, *Le Monde Economie*, 5.12.2000.

⁷⁰⁵ Jacques Amalric: „Indécision“, *Libération* 7.12.2000.

⁷⁰⁶ Nathalie Dubois (avec Olivier Truc à Stockholm): „Haro sur ‚l'arrogance française‘. Les critiques pleuvent sur la présidence de Paris“, *Libération* 7.12.2000.

Schluss, dass ein Erfolg oder ein Misserfolg beim Gipfel von Nizza entscheidend sein würde für eine Gesamtbewertung der unter französischer Führung erreichten Fortschritte.

Zwischenfazit

Vor dem Gipfel von Nizza befand sich die französische Ratspräsidentschaft an einem schwierigen Punkt. Wesentliche Fragen der laufenden Regierungskonferenz waren noch nicht geklärt und mussten daher unter Zeit- und Ergebnisdruck in Nizza eine Lösung finden. Aufgrund der immer noch deutlich unterschiedlichen Positionen der einzelnen EU-Staaten und der weiterhin auch von Frankreich in einigen Punkten vertretenen wenig kompromissbereiten Linie stellte Nizza eine Herausforderung für alle Beteiligten, aber besonders für die französische Ratspräsidentschaft dar.

Nach der von vielen Seiten positiv begrüßten Rede Jacques Chiracs vor dem Deutschen Bundestag hatte der französische Präsident in der europäischen Tagespolitik wieder an Kredit eingebüßt. Kritisiert wurde eine Diskrepanz, die im Verlauf der Untersuchung in ähnlicher Form in Bezug auf die Erweiterung bereits mehrfach zu beobachten gewesen war: Solange sich Chirac ohne bestimmten Anlass bzw. ohne Sachzwänge äußern konnte, verwendete er seinen offenen und positiven Diskurs, der ihn als überzeugten Europäer erscheinen ließ. Sobald es jedoch stärker um bestimmte Politikinhalt und damit um konkrete Interessen Frankreichs ging, griff Chirac auf eine wesentlich zurückhaltendere Sprache zurück und wirkte dementsprechend auch weniger überzeugend. Es ging jedoch in der Kritik an der französischen Ratspräsidentschaft nicht nur um einen Mangel an Überzeugungskraft, sondern darüber hinaus um die grundsätzliche französische Herangehensweise an den EU-Vorsitz und an die europäische Integration im allgemeinen. In der Presse wurden, wie oben dargestellt, sowohl das Fehlen einer langfristigen Vision für die Zukunft der EU als auch eine gewisse Konzeptlosigkeit gegenüber der anstehenden Herausforderung der Erweiterung und besonders eine zum Teil arrogante Haltung gegenüber den anderen europäischen Staaten problematisiert. Einige der Schwierigkeiten der französischen Präsidentschaft waren sicherlich der Kohabitation zuzuschreiben, zumal die Ratspräsidentschaft nicht vollkommen unabhängig von den im Jahr 2002 anstehenden Präsidentschaftswahlen zu sehen war. Sowohl der Staatspräsident als auch der Premierminister als wahrscheinliche Konkurrenten um das höchste Staatsamt mussten den Ratsvorsitz auch dazu nutzen, sich zu profilieren. Dies geschah jedoch zum Teil auf Kosten des gesamteuropäischen Interesses. Der Wunsch nach Wahrung französischer Vorrechte und Einflussmöglichkeiten auch in einer erweiterten Union war bereits seit längerem zu beobachten, hatte sich allerdings im Vorfeld von Nizza noch

einmal zugespitzt. Nicht nur für das Fortschreiten der Integration, auch für das europäische Image Frankreichs war die Zusammenkunft an der Côte d'Azur im Dezember 2000 also entscheidend.⁷⁰⁷

6. Europäischer Rat von Nizza

Der Gipfel von Nizza Anfang Dezember 2000 ging als der bis dahin längste der europäischen Geschichte in die EU-Annalen ein. Erst in den frühen Morgenstunden des 11. Dezember konnten die Staats- und Regierungschefs nach mehr als vier Tagen und Nächten Diskussion ein Kompromissergebnis präsentieren. Nationale Interessen hatten im Verlauf der Verhandlungen eine große Rolle gespielt, auch bei der französischen Präsidentschaft. Aus diesem Grund entsprachen die gefundenen Lösungen für die Hauptthemen des Gipfels kaum dem, was sich die beteiligten Politiker vorgenommen hatten und was für die Zukunft der EU notwendig gewesen wäre. Formal hatte der Gipfel von Nizza die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU geschaffen. Dem Anspruch der umfassenden Vorbereitung von Institutionenstruktur und Entscheidungsverfahren auf eine Union von 27 Staaten wurden die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs jedoch nicht gerecht. Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit hatte nicht den Erfordernissen entsprechend funktioniert. In einigen Fragen wie beispielsweise der Reform der Kommission oder der Stimmengewichtung im Rat waren Deutschland und Frankreich nicht, wie sonst häufig, zur Findung eines bilateralen Vorab-Kompromisses in der Lage gewesen, der dann von den anderen Staaten hätte übernommen werden können. Der Grund für diese Situation lag paradoxerweise in der Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich – beide Staaten standen in Nizza in den genannten Fragen als große Staaten mit einer gemeinsamen Position der abweichenden Haltung der kleinen Ländern gegenüber. Auch in anderen Fragen, beispielsweise bei der verstärkten Zusammenarbeit, konnten sich Deutschland und Frankreich trotz Einigkeit untereinander nicht gegen eine ablehnende Front der anderen Staaten

⁷⁰⁷ Jacques Chirac stand zusätzlich auch innenpolitisch unter starkem Druck, da ihm die Verwicklung in illegale Parteienfinanzierung während seiner Zeit als Premierminister und Bürgermeister von Paris vorgeworfen wurde. Chirac war zwar für die Dauer seiner Präsidentschaft durch eine vom Verfassungsrat garantierte Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt, politisch aber dennoch angegriffen. Durch die Verwicklung des ehemaligen Finanzministers Dominique Strauss-Kahn, einem engen Vertrauten von Lionel Jospin, in die Affäre, war auch der Premierminister von dem Skandal indirekt betroffen. Beide Politiker der französischen Führung waren damit unmittelbar vor dem wichtigen Gipfel von Nizza innenpolitisch beschädigt. Darüber hinaus war das Klima zwischen beiden durch die Auseinandersetzungen um den Parteispendenskandal belastet. Diese Ausgangslage war einer souveränen und konstruktiven Verhandlungsführung in Nizza nicht zuträglich. Andererseits war ein gutes Ergebnis des Ratstreffens sowohl für Chirac als auch für Jospin innen- und außenpolitisch von großer Bedeutung. Vgl. zu diesem Thema u.a. Medard Ritzenhofen (2000): „Nach dem Hoch der Klimaturz. Skandale und Zwistigkeiten lähmen Innen- und Europapolitik“, in: *Dokumente* 6/2000, S. 452-456.

durchsetzen. In Nizza zeigte sich also bereits vor dem Vollzug der Aufnahme neuer Staaten, dass die deutsch-französische Führungsrolle in einer erweiterten Union nicht mehr automatisch garantiert sein würde.⁷⁰⁸

6.1 Ergebnisse

Erweiterung

Nachdem unmittelbar vor dem Ratstreffen am 7. Dezember eine Tagung der Europäischen Konferenz mit allen EU-Mitglieds- und allen Bewerberstaaten stattgefunden hatte, spielte die anstehende Erweiterung auch bei fast allen Beschlüssen im Rahmen des eigentlichen Gipfels eine wichtige Rolle. Bereits in den ersten Absätzen der Schlussfolgerungen betonte der französische Ratsvorsitz die „historische Bedeutung des Erweiterungsprozesses“ und die „politische Priorität“, die der Rat einem erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses beimaß.⁷⁰⁹ Für das konkrete Fortschreiten der Erweiterungsverhandlungen blieb der Grundsatz der Differenzierung entscheidend, d.h. alle Staaten fanden grundsätzlich gleiche Bedingungen vor und wurden nur anhand ihrer eigenen Leistungen bewertet. Für die nächsten 18 Monate wurde ein Fahrplan festgelegt, der sich auf Beschlüsse des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und die *Road Map*-Strategie der Kommission stützte. Der Fahrplan sah vor, dass die Union, wie bereits beim Rat von Helsinki beschlossen, ab Ende 2002 erweiterungsfähig sein und die neuen Mitgliedsstaaten nach Möglichkeit bereits an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen sollten. Mit dem Fortschritt der Verhandlungen und dem Stand der Vorbereitungen in den Kandidatenländern bis zum Ende des Jahres 2000 war der Europäische Rat von Nizza insgesamt zufrieden. Besonderes Augenmerk lag noch auf dem Ausbau der Verwaltungskapazitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie auf dem neu eingerichteten wirtschafts- und finanzpolitischen Dialog mit den Bewerberstaaten. Auch die Weiterentwicklung der Heranführungsstrategie für die Türkei wurde in den Schlussfolgerungen des französischen Vorsitzes ausdrücklich begrüßt.

Als erste konkrete Abbildung der Gestalt der erweiterten Union in einem offiziellen Dokument wurde dem Vertrag von Nizza ein „Protokoll über die Erweiterung“ beigelegt. Dieses Protokoll hob das „Protokoll über die Organe“, das dem Amsterdamer Vertrag beigelegt war, auf, und hielt Stimmengewichtung und Sitzverteilung für die erweiterte Union

⁷⁰⁸ Vgl. zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in Nizza auch Joachim Schild (2001): *„Den Rhein vertiefen und erweitern?“ – Deutsch-französische Beziehungen nach dem Nizza-Gipfel*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-französischen Instituts Ludwigsburg sowie Ulrike Guérot (2001): *„Nizza – Zur Genese eines unnötigen Psychodramas“*, in: *Dokumente* 1/2001, S. 13-21.

⁷⁰⁹ Vgl. für den folgenden Abschnitt und die Zitate Europäischer Rat Nizza, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7., 8. und 9. Dezember 2000.

fest. Einbezogen in die Darstellung der zukünftigen Zusammensetzung der Gemeinschaftsorgane und –institutionen wurden die zwölf Staaten, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, allerdings nicht die Türkei. Die Abfassung dieses Dokuments war, neben protokollarischen Aspekten, als Signal an die Kandidatenländer zu werten und wurde von diesen auch so verstanden.⁷¹⁰

*Institutionenreform*⁷¹¹

Beim Thema Institutionenreform sahen die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen von Nizza wie folgt aus:

- Kommission: Von 2005 an sollten die großen EU-Staaten auf ihren zweiten Kommissar verzichten. Über die definitive Größe und Gestalt des Gremiums solle jedoch erst entschieden werden, wenn sich die EU auf 27 Mitglieder erweitert habe, so die Staats- und Regierungschefs. Mehr als 27 Kommissare solle die Kommission, unabhängig von der Zahl der EU-Staaten, nie umfassen. Statt dessen solle ein Rotationsverfahren unter Berücksichtigung demographischer und geographischer Aspekte eingeführt werden, dessen genaue Funktionsweise aber noch ausgearbeitet werden müsse. Eine endgültige Regelung dieser Frage wurde also aufgeschoben und musste zum entsprechenden Zeitpunkt einstimmig entschieden werden. Um die Handlungsfähigkeit der Kommission bis zu diesem Zeitpunkt sicherzustellen, wurde die Rolle des Kommissionspräsidenten gestärkt. Dieser werde zukünftig mit qualifizierter Mehrheit, statt bisher einstimmig, vom Europäischen Rat ernannt und erhalte mehr Kompetenzen bei der Berufung, der Aufgabenzuweisung und der Entlassung der Kommissare, so der Beschluss. Kommissionspräsident und Kommissare müssten vom Europäischen Parlament bestätigt werden, so der Rat weiter. Die Kommission wurde insgesamt durch die Beschlüsse von Nizza aufgewertet. Allerdings wurde ihre Bedeutung gleichzeitig durch die Tendenz zum Ausbau intergouvernementaler Strukturen beispielsweise in der GASP oder bei der verstärkten Zusammenarbeit auch wieder eingeschränkt.

⁷¹⁰ Vgl. zur Wahrnehmung und Diskussion der Konferenz von Nizza in den Beitrittskandidatenländern ausführlich Janis A. Emmanouilidis (2001): „Nizza aus der Beitrittsperspektive“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 263-304.

⁷¹¹ Vgl. für die folgenden Ausführungen Werner Weidenfeld (2001): „Die Bilanz der Europäischen Integration 2000/2001“, in Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (2001): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*, Bonn/Berlin, S. 13-24 und Claus Giering (2001): „Die institutionellen Reformen von Nizza – Anforderungen, Ergebnisse und Konsequenzen“, in: Weidenfeld (Hg.) (2001), a.a.O., S. 51-144 sowie Guérot (2001), a.a.O.

- **Stimmengewichtung:** Bei der Stimmengewichtung einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Neuregelung, die allen Staaten mehr Stimmen zumaß, große Länder jedoch prozentual stärker aufwertete als kleine. Die großen Staaten wurden damit entschädigt für die Aufgabe ihres zweiten Kommissars. Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien erhielten demnach je 29 Stimmen, Spanien und Polen je 27, die Niederlande 13, Belgien 12 und Luxemburg 4. Die anderen Beitrittskandidaten neben Polen wurden entsprechend in das System eingepasst. Die französische Präsidentschaft behandelte jedoch in dieser Frage die Kandidatenländer nicht gleichberechtigt mit den EU-Mitgliedern. Lettland, Slowenien und Estland sowie Malta wurden die Stimmen nicht entsprechend ihrer Bevölkerungsgröße zugeteilt. Claus Giering vermutete hinter Chiracs Haltung „Sorge über eine möglicherweise destruktive Haltung der neuen Mitglieder“, zweifelte jedoch gleichzeitig daran, „ob dies der richtige Weg [sei], um [die] Integrationsbereitschaft [der neuen Mitglieder] zu stärken.“ Er sah in Chiracs Verhandlungsführung „zum Teil kaum nachvollziehbare [...] Entscheidungen zwischen Demagogie und Demographie“, mit denen „bereits erste Keile zwischen alte und neue Mitgliedsstaaten getrieben“ würden.⁷¹²

Frankreich hatte sich mit seinem Bestreben durchsetzen können, die französische Stimmenzahl nicht von der deutschen abzukoppeln, obwohl ein erheblicher Unterschied in der Bevölkerungsgröße bestand. Aufgrund des komplizierten neuen Systems zur Berechnung von Mehrheiten blieb Deutschland jedoch trotzdem eine Möglichkeit, sein demographisches Plus einzubringen. Laut den Bestimmungen von Nizza konnte jeder Staat überprüfen lassen, ob bei einer Abstimmung der Mehrheit der Staaten auch mindestens 62% der EU-Bevölkerung entsprachen. Eine Mehrheit war laut Nizza demnach nur noch gegeben, wenn eine Mehrheit der Stimmen (74%), eine Mehrheit der Staaten (über 50%) und eine Mehrheit der Bevölkerung (über 62%) zusammenkamen. Dieses komplizierte Berechnungssystem stellte einen deutlichen Rückschritt gegenüber dem vorher gültigen Verfahren dar. Sein erklärtes Ziel der Gleichbehandlung mit Deutschland hatte Frankreich also nur teilweise erreicht und sah sich außerdem Kritik ausgesetzt, weil zunächst Polen, trotz annähernd gleich großer Bevölkerungszahl, weniger Stimmen erhalten sollte als Spanien. Erst durch

⁷¹² Giering (2001), a.a.O., S. 79.

deutsche Vermittlung konnte diese Frage gelöst werden.⁷¹³

- Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen: Bei der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen war in Nizza der erforderliche Durchbruch nicht gelungen. Zu viele Staaten hatten bei einzelnen Themen auf der Beibehaltung eines nationalen Vetos bestanden. Frankreich war bei der Handelspolitik nicht bereit, auf einstimmige Abstimmungen zu verzichten. Ähnlich kompromisslos zeigten sich Großbritannien in der Sozialpolitik, Großbritannien und Luxemburg in der Steuerpolitik, Deutschland in der Asyl- und Einwanderungspolitik sowie Spanien in der Strukturpolitik.⁷¹⁴ Wie dieser Punkt in einer Union mit noch mehr Mitgliedern und damit noch mehr Einzelinteressen gelöst werden sollte, blieb in Nizza genauso offen wie die Frage, wie die erweiterte Union in allen genannten Themen immer Einstimmigkeit erreichen sollte. Die Blockade einzelner Politikbereiche war daher bereits absehbar.⁷¹⁵
- Verstärkte Zusammenarbeit: Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf acht Staaten als Mindestzahl für den Beschluss einer verstärkten Zusammenarbeit in einem Politikbereich. Eine Zustimmung der Mehrheit der EU-Mitglieder sei nicht mehr notwendig, so der Beschluss. Bei einzelnen Themen aus der ersten und der dritten Säule solle das Vetorecht in der gemeinsamen Zusammenarbeit entfallen, so der Rat weiter. Weiterhin eröffneten die Bestimmungen von Nizza die Möglichkeit zu verstärkter Zusammenarbeit auch im Bereich GASP. Hier blieb das Vetorecht

⁷¹³ Bei seiner Bilanz der Ratspräsidentschaft vor dem Europäischen Parlament kam Chirac auf diesen Punkt zu sprechen und sah sich dem Spott der Parlamentarier ausgesetzt, als er behauptete, die ursprünglich festgehaltene unterschiedliche Stimmzahl sei auf einen Tipfehler eines Protokollanten zurückzuführen. Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement européen au terme de la présidence française de l'Union européenne, suivi de ses réponses aux interventions des Présidents des groupes parlementaires, Straßburg 12.12.2000. Vgl. zur deutsch-französischen Uneinigkeit auch die Bewertung von Werner Weidenfeld: „Trotz aller Prä-Nizza-Visionen hat der Europäische Rat in Nizza erneut ein typisches Merkmal europäischer Politik aufgezeigt: Immer wenn es an die Substanz geht, brechen nationale Verhaltensmuster und historische Traditionslinien wieder auf. Besonders die Prestigefrage zwischen Frankreich und Deutschland ließ das Führungstandem außer Takt geraten. Und sofort brachen alle denkbaren Konflikte auf: die Kleinen gegen die Großen, die Kleinen und auch die Großen jeweils untereinander, die ‚alten‘ gegen die ‚neuen‘ Mitgliedsstaaten. Bei den Verhandlungen um das Entscheidungsprozedere und die Zusammensetzung der Institutionen wurde also einmal mehr die Dramatisierung der Machtfrage deutlich.“, in: „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die europäische Integration nach Nizza“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 19-49, hier S. 26f.

⁷¹⁴ Vgl. die Kommentierung der Folgen der französischen Blockadehaltung bei Giering: „Das wohl abstruseste Beispiel für die intergouvernementale Verhandlungslogik und die Früchte, die das Beharren auf spezifische nationale Interessen tragen kann, ist sicherlich die *Gemeinsame Handelspolitik* nach Art. 133 EGV-N. In Amsterdam hatte man noch einen Absatz 5 eingefügt, nach dem eine Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen auf den im internationalen Handelsrecht immer gewichtigeren Bereich der Dienstleistungen und des geistigen Eigentums durch einen einstimmigen Beschluss möglich wäre. Aufgrund des Widerstands Frankreichs gegen eine generelle Übertragung wurden durch diese Klausel drei neue, sehr lange Absätze eingefügt, die in kaum mehr nachvollziehbarer Art und Weise diese Bereiche neu regeln. [...] Dadurch fand hier inhaltlich, aber vor allem bezüglich der Transparenz der Vertragsregelungen ein Rückschritt statt.“, Giering (2001), a.a.O., S. 96f. Kursivsetzung im Original.

⁷¹⁵ Vgl. zu den Bestimmungen in den einzelnen Politikbereichen Giering (2001), a.a.O., S. 87ff.

allerdings bestehen und verteidigungspolitische Fragen wurden ausgenommen. Aufgrund zahlreicher Hürden für ihre Anwendung war nach Nizza nicht mit einem deutlichen Anstieg der verstärkten Kooperationen zu rechnen.⁷¹⁶

- Sitzverteilung im Europäischen Parlament: Die Sitzverteilung im Europäischen Parlament wurde nach folgendem Schlüssel geregelt: Deutschland erhielt mit 99 die meisten Sitze im Parlament, das im Hinblick auf die Erweiterung um die zwölf Staaten, mit denen Verhandlungen geführt wurden, auf 732 Abgeordnete vergrößert wurde. Großbritannien, Frankreich und Italien konnten entsprechend der Beschlüsse von Nizza 74 Abgeordnete entsenden, die anderen Staaten entsprechend weniger bis hin zu Luxemburg mit sechs Parlamentariern. Auch die Beitrittskandidaten wurden in dem Schlüssel bereits berücksichtigt, allerdings wie bereits bei der Stimmengewichtung im Rat nicht gleichberechtigt mit den alten EU-Staaten. Ungarn und die Tschechische Republik erhielten beispielsweise nur 20 Sitze, obwohl sie mehr Einwohner hatten als Portugal, Griechenland und Belgien, die aber jeweils 22 Sitze zugesprochen bekamen. Die fragwürdige Begründung der französischen Ratspräsidentschaft für diese Ungleichbehandlung lautete, dass die neuen Staaten nicht die gleichen Rechte beanspruchen könnten wie die alten EU-Mitglieder.⁷¹⁷
- Erklärung zur Zukunft der Union: Dem Vertrag von Nizza beigelegt wurde eine „Erklärung zur Zukunft der Union“, in der die Staats- und Regierungschefs festhielten, dass 2004 erneut eine Regierungskonferenz einberufen werden solle. Hauptthemen sollten die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, der Status der Grundrechtecharta, eine Vereinfachung der Verträge sowie eine Diskussion zur Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Architektur sein. Diese Agenda machte deutlich, dass für die Zukunft der Europäischen Union Fragen zu klären sein würden, die über eine technische Neugestaltung der Institutionenstruktur hinausgingen. In Sachen Effizienz, Transparenz und Legitimität waren in Nizza noch nicht die notwendigen Schritte

⁷¹⁶ Vgl. ausführlich zur verstärkten Zusammenarbeit Josef Janning (2001): „Zweiter Anlauf – Die ‚verstärkte Zusammenarbeit‘ im Vertrag von Nizza“, in: Weidenfeld (Hg.) (2001), a.a.O., S. 145-159.

⁷¹⁷ „[...] traditionnellement, et cela peut s’expliquer, les pays qui ont la plus grande ancienneté bénéficient d’un avantage, parce qu’ils ont beaucoup apporté, dans l’Histoire, à la construction européenne.“ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, Président de la Commission européenne à l’issue du Conseil européen, Nizza 11.12.2000.

unternommen worden, um die EU auf ihre Rolle im 21. Jahrhundert vorzubereiten. Es bestand im Gegenteil weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.⁷¹⁸

Weitere Themen

Beim Thema Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, im Verlauf des Jahres 2001 deutliche Fortschritte anzustreben, die auf eine möglichst schnelle Einsatzfähigkeit der EU zielen sollten. Außerdem wurde die Europäische Sozialagenda in Nizza verabschiedet.⁷¹⁹ Im Rahmen des Themenkomplexes eines bürgernahen Europa diskutierten die Staats- und Regierungschefs den Bereich Lebensmittelsicherheit und die zu deren Garantie angestrebte Schaffung einer zuständigen europäischen Behörde, die Stärkung der Sicherheit auf See, den Umweltschutz, das Europa der Kultur sowie die bereits bei früheren Gipfeln thematisierten Gebiete in äußerster Randlage, die besonders gefördert werden sollten. Der Europäische Rat bilanzierte außerdem die Ergebnisse der französischen Präsidentschaft für die EU-Mittelmeer-Partnerschaft und den westlichen Balkan. In beiden Außenbeziehungen wurden Fortschritte erzielt. Schließlich wurde in Nizza die Charta der Grundrechte proklamiert, auch wenn sie, u.a. auf Druck Großbritanniens, zunächst rechtlich nicht bindend war.

Präsentation der Ergebnisse von Nizza durch Jacques Chirac

Jacques Chirac äußerte sich in mehreren Pressekonferenzen zum Verlauf und zu den Ergebnissen von Nizza. In seiner Pressekonferenz nach der Europäischen Konferenz mit den Beitrittskandidaten vor Beginn des eigentlichen EU-Gipfels betonte Chirac den von allen Beteiligten geteilten Willen, die Erweiterung durch die in Nizza zu beschließenden institutionellen Reformen gut vorzubereiten. Auf diese Weise solle der 1. Januar 2003 als frühester anvisierter Termin für eine mögliche Aufnahme der ersten neuen Mitglieder eingehalten werden können, so Chirac. Die Erweiterung präsentierte er bei dieser Gelegenheit v.a. in ihrer historischen Bedeutung:

„[...] à l’origine, il y a eu l’accord fondamental, après tant de temps consacré à la division et aux guerres, il y a eu l’accord fondamental entre la France et l’Allemagne. La réconciliation qui a conduit à l’Europe des Six, dont l’ambition était de sceller cette réconciliation. Puis, celle-ci s’est élargie tout naturellement, cette Europe des Six, avec toutes les difficultés que cela comportait mais avec la détermination de le faire et finalement dans un temps

⁷¹⁸ Werner Weidenfeld sah daher in der Erklärung zur Zukunft der Union „möglicherweise [...] sogar de[n] wichtigste[n] Beschluss von Nizza“. Werner Weidenfeld (2001a): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die europäische Integration nach Nizza“, in: Ders. (Hg.) (2001), a.a.O., S. 19-49, hier S. 28.

⁷¹⁹ Vgl. für den genauen Wortlaut der Agenda: Europäischer Rat Nizza, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7., 8. und 9. Dezember 2000, Anlage I: Europäische Sozialagenda.

relativement rapide. Et puis, il y a eu la tombée du mur de Berlin avec l'effacement de cette fracture inacceptable qui avait coupé l'Europe en deux et la poursuite de l'élargissement qui continue. [...] Voilà le chemin que nous continuons à parcourir. Ce n'est jamais facile de faire un effort vers la raison. Mais j'avais le sentiment ce matin que tous les orateurs [...] exprimaient, autant par l'esprit que par le cœur, une vraie détermination à participer à cette grande ambition, c'est-à-dire la réunion de la famille européenne.⁷²⁰

In der Abschlusspressekonferenz am Morgen des 11. Dezember zeigte sich Chirac sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Nizzaer Gipfels und ging davon aus, dass die Zusammenkunft aufgrund ihrer Leistungen in die EU-Geschichte eingehen werde: „[...] vous verrez que ce Sommet de Nice restera dans l'histoire de l'Europe comme un grand Sommet par l'ampleur et la complexité des problèmes qui ont été réglés.“⁷²¹ Der französische Präsident bilanzierte in seinen einführenden Worten das Erreichte in den wesentlichen Fragen der Institutionenreform, deren Gesamtergebnis er als „résultat convenable, mieux que convenable d'ailleurs, un bon résultat“ charakterisierte. Im einzelnen präsentierte Chirac das Verhandlungsergebnis zur Kommission als zufriedenstellend, auch wenn die ursprüngliche französische Position zum Thema eine andere war. Bei der Frage der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen erkannte Chirac Schwächen des Ergebnisses durchaus an und erwähnte auch, dass u.a. die Kommission sich hier weiterreichende Beschlüsse gewünscht hätte. Dennoch stellten die Entscheidungen von Nizza für ihn substantielle und bedeutsame Fortschritte dar („des progrès significatifs, [...] des progrès substantiels“). Chirac ging auch auf die französische Weigerung ein, in der Handelspolitik von der Einstimmigkeit abzuweichen:

„Des progrès significatifs ont été faits dans le domaine du vote à la majorité. Oh, je sais bien que tout n'a pas été fait mais ces choses-là évoluent avec une sage et nécessaire lenteur. J'entends parfois certains dire: ‚ah! On n'a pas suffisamment d'ambition, il n'y a qu'à faire ceci, il n'y a qu'à faire cela!‘ Mais faire l'Europe c'est naturellement obtenir d'un certain nombre de chefs d'Etat et de gouvernement, en liaison avec la Commission, des progrès mais c'est aussi faire ratifier ces progrès par les populations. Alors, ceux qui prétendent confondre hâte et précipitation, font du bien mauvais travail, dans la mesure où ce qui n'est pas accepté par les populations conduit à un rejet de l'Europe. Et on ne fera pas l'Europe sans les Européens. Je prends un exemple [...]. Nous avons, dans notre tradition, une identité culturelle qui nous conduit à être très attentifs à conserver nos libertés de manœuvre. Alors, naturellement, certains de nos partenaires disent: mais, enfin, c'est ridicule. Non, ce n'est pas ridicule, c'est notre culture. Et si l'on veut la bousculer, le seul résultat, ensuite, c'est l'idée

⁷²⁰ Beide Zitate aus Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, Président de la Commission européenne à l'issue de la Conférence européenne, Nizza 7.12.2000.

⁷²¹ Dieses und die folgenden Zitate stammen aus Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, Président de la Commission européenne à l'issue du Conseil européen, Nizza 11.12.2000.

européenne qui sera repoussée. Donc, la construction européenne, c'est tout un art, c'est l'art du possible.“

Im Hinblick auf die Neugewichtung der Stimmen im Rat äußerte sich Chirac zufrieden v.a. darüber, dass dem französischen Wunsch nach Aufwertung der größeren Staaten Rechnung getragen wurde:

„[...] notamment dans le cadre de l'élargissement, il était indispensable de retrouver une repondération qui donne tout de même un peu plus la place qui doit être la leur aux pays les plus peuplés. Non pas du tout que ces pays soient plus importants que les autres, naturellement [...], mais simplement parce que c'est tout de même une exigence de la démocratie que l'on tienne au moins un peu compte de la population.“

Mit den Regelungen zur verstärkten Zusammenarbeit sei ebenfalls einem französischen Wunsch entsprochen worden, so Chirac:

„[...] nous tenions beaucoup à pouvoir mettre en œuvre des coopérations renforcées parce qu'avec une Europe à 27 on ne peut pas exclure, naturellement, l'hypothèse dans laquelle les gens ne soient pas toujours aussi motivés qu'on le souhaiterait. Et les coopérations renforcées donneront la possibilité à l'Europe d'avoir une sorte de moteur, d'entraînement, qui montrera la voie et qui convaincra les autres de suivre et de s'associer. Naturellement, il va de soi que ces coopérations renforcées obéissent à deux règles. La première, c'est qu'elles sont ouvertes, toujours, et à tous, et la deuxième c'est qu'elles respectent intégralement l'acquis communautaire, cela va de soi.“

Zur Frage der Stimmengewichtung gab es mehrere Nachfragen im Laufe der Pressekonferenz. Chirac erläuterte die Einschätzung der französischen Präsidentschaft, dass ältere Mitgliedsstaaten der EU gegenüber neuen Mitgliedern bevorteilt werden sollten. Weiterhin äußerte er sich ausführlich zu der Frage, warum Belgien in der Stimmengewichtung schlechter gestellt werde als die Niederlande, Frankreich und Deutschland aber gleich behandelt würden, obwohl in beiden Fällen ein Unterschied in den Bevölkerungszahlen bestand:

„Au lendemain de la guerre, nous avons pu, enfin certains hommes de vision, mesurer combien les affrontements avaient été douloureux, absurdes et combien il fallait faire la paix, vraiment. Et cela a été la réconciliation entre la France et l'Allemagne. Il a été décidé d'effacer tout ce qu'un passé trop lourd avait accumulé entre nos deux pays et, à partir du moment où cette décision a été prise, il est évident que l'on ne pouvait le faire que sur un pied de stricte égalité. Ce n'était plus une question démographique ou de puissance économique ou militaire. C'était deux peuples égaux en tout et qui entendaient se retrouver. Et c'est ce qui s'est passé. Alors, pour garantir cet enracinement de la paix, on a appelé le Bénélux, l'Italie pour, ensemble, faire l'Europe de la paix. Et cela a été l'Europe des six. Et puis cette Europe s'est élargie. Alors, évidemment, les problèmes démographiques se sont posés et je comprends parfaitement qu'entre la Belgique et les Pays-Bas, des différences peuvent intervenir. Mais ceci n'est pas de nature à modifier le pacte fondamental entre la France et l'Allemagne. D'ailleurs, la France avait déjà environ dix millions d'habitants de moins que

l'Allemagne de l'ouest de l'époque au moment de la réconciliation et au moment de la création de l'Europe. Donc c'est un phénomène d'une autre nature. Voilà pourquoi j'ai toujours dit que ce problème ne créerait pas de difficultés entre l'Allemagne et la France.⁷²²

Auswertung

Jacques Chiracs Verhandlungsführung und seine Präsentation der Ergebnisse von Nizza waren in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Wie bereits aus seinen Äußerungen im Vorfeld des Gipfels abzulesen war, agierte Chirac in Nizza mindestens ebenso sehr als französischer Staatspräsident wie als europäischer Ratsvorsitzender. Mehrfach verließ er die moderierende und vermittelnde Rolle des Ratspräsidenten, der dafür Sorge trägt, dass am Ende der Verhandlungen ein für alle Beteiligten akzeptabler Kompromiss steht. Chiracs Haltung erklärte sich zu einem gewissen Maße damit, dass es bei den während des Gipfels diskutierten Fragen nicht nur um technische Details ging, sondern auch um wesentliche Machtfragen, bei denen er für Frankreich das nationale Interesse nicht aus den Augen verlieren durfte. Auch andere Staaten waren in entscheidenden Fragen für ein im gesamteuropäischen Sinne weiterreichendes Ergebnis nicht von ihren nationalen Interessen abgewichen. Dennoch war Chiracs Verhalten im europäischen Rahmen ungewöhnlich. Gerhard Schröder hatte beispielsweise im Jahr 1999 als Ratspräsident beim vorrangigen deutschen Ziel einer Reduzierung des finanziellen Beitrages zum EU-Budget zurückgesteckt, um eine Einigung über die schwierigsten Fragen der Agenda 2000 zu ermöglichen. Besonders Chiracs Akzeptanz oder sogar Förderung von Ergebnissen, die den alten EU-Staaten deutliche

⁷²² Im Gegensatz zu Chirac äußerte sich Kommissionspräsident Prodi im Verlauf der Pressekonferenz wesentlich deutlicher zu den Versäumnissen bzw. den schlechten Kompromissen von Nizza. Zum Gesamtergebnis bemerkte er: „Je crois que nous pouvons nous satisfaire des résultats obtenus. C'est vrai que les ambitions de la Commission étaient élevées. Alors, c'est vrai que nous sommes un tout petit peu déçus parce que nous aurions voulu en faire plus. Mais ce qui a été décidé relève d'une grande importance. Pourquoi? Parce que les conditions existent maintenant. Conditions qui permettront de lancer le processus d'élargissement et nous pourrons même le faire dans le cadres d'un calendrier conforme à nos intentions, peut-être même plus rapide.“ Besonders in Bezug auf die nicht gelungene wesentliche Auswertung von Mehrheitsentscheidungen ist Prodis Kritik deutlich: „Je ne peut que noter [...] un certain regret. En effet, l'extension des votes à la majorité qualifiée ne s'est pas faite dans certains secteurs pourtant essentiels de notre vie politique. Mais on nous a opposé certains veto insurmontables sur lesquels nous n'avons même pas pu discuter, ceci malgré la bonne volonté de beaucoup.“ Ähnlich äußert sich Prodi zur neu festgelegten Stimmengewichtung im Rat, auch wenn sie seiner Meinung nach funktional durchaus einen Fortschritt darstellt: „Question: Monsieur le Président de la République, Monsieur le Président de la Commission, est-ce que vous pourriez nous dire si, avec le système des voix au Conseil qui sera maintenant installé, le système sera très compréhensible pour les citoyens européens? [...] M. Romano Prodi: La réponse est non. C'est vrai que c'est difficilement compréhensible, c'est vrai que c'est compliqué. Nous avons voulu pour cela un système beaucoup plus simple, celui de la double majorité. Mais, là-dessus, il n'y a pas eu d'accord. Cependant, ce système fonctionnera. Il fonctionnera. Pourquoi? Parce qu'il permet tout de même d'exprimer une volonté d'une manière efficace. Je regrette qu'il ne soit pas compréhensible, parce qu'une des grandes fonctions de l'Europe est précisément cela, c'est d'être transparente immédiatement devant ces citoyens. Cependant, et par la situation précédente, d'un point de vue opérationnel, c'est un progrès.“ Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, Président de la Commission européenne à l'issue du Conseil européen, Nizza 11.12.2000.

Vorteile gegenüber den potentiellen neuen Mitgliedern einräumten, war nur schwer verständlich. Bereits das Insistieren der französischen Führung auf einer weiteren Gleichbehandlung mit Deutschland bei der Stimmengewichtung war in seiner Unnachgiebigkeit schwer nachvollziehbar und mit der Begründung Chiracs aus Gründen der europäischen Tradition gegenüber anderen EU-Staaten, die eine Ungleichbehandlung hinnehmen mussten, nicht vermittelbar. Hier spielte Chirac seine Machtposition als Ratspräsident aus, um eine für Frankreich vorteilhafte Lösung durchzusetzen. Gesamteuropäische Interessen wurden im Vergleich dazu hintenangestellt.⁷²³

Nicht nur bei der Stimmengewichtung, sondern auch bei anderen wichtigen Fragen, die in Nizza diskutiert wurden, war die französische Position wesentlich in die Beschlüsse des Gipfels eingeflossen. Bei der verstärkten Zusammenarbeit konnte Frankreich insofern mit der Regelung von Nizza zufrieden sein, als das Verfahren zu ihrer Anwendung vereinfacht wurde. Zahlreiche Einschränkungen blieben jedoch bestehen, so dass, wie oben erwähnt, auch dieser Punkt nur als Teilerfolg gewertet werden konnte. Mit der Handelspolitik war ein für Frankreich bedeutender Bereich nicht in die Mehrheitsabstimmungen einbezogen worden. Frankreich reihte sich damit ein in eine Gruppe von Staaten, die sich alle aus einem spezifischen nationalen Interesse heraus für einzelne Politikfelder ein Vetorecht bewahren wollten. Für alle diese Staaten galt daher die Feststellung, dass nationale Interessen über das europäische Interesse an einem Fortschreiten der Integration gestellt wurden. Jacques Chirac musste sich jedoch für Frankreich auch hier den Vorwurf gefallen lassen, seiner Aufgabe als Ratspräsident nicht gerecht geworden zu sein, sowohl wegen des wenig vorbildhaften Charakters seines eigenen Verhaltens als auch wegen seiner gescheiterten Überzeugungsarbeit gegenüber den anderen Staaten. Im Zusammenhang mit dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit war in diesem Punkt außerdem interessant, dass Chirac seine Rechtfertigung für die französische Weigerung, vom Prinzip der Einstimmigkeit abzuweichen, mit der notwendigen Akzeptanz politischer Entscheidungen durch die Bevölkerung begründete. Er bezog sich in seiner auf die französische „exception culturelle“ bezogenen Argumentation explizit auf politisch-kulturelle Faktoren. Chiracs Haltung lag die Erkenntnis zugrunde, dass politische Entscheidungen Anknüpfungspunkte in den nationalen

⁷²³ Wie Joachim Schild darstellte, hätte es durchaus Gründe geben können für eine Beibehaltung der deutsch-französischen Parität, wenn beispielsweise argumentiert worden wäre, dass die Repräsentation des demographischen Gewichts der einzelnen Staaten durch die Sitzverteilung im Europäischen Parlament abgedeckt würde. Im Rat ginge es in einer solchen Lösung um eine Repräsentation der Staaten, und es müsste ein „machtausgleichender Faktor“ wirksam werden. Mit Frankreichs Insistieren auf einer Gleichbehandlung aus historischen Gründen und seiner gleichzeitigen Hinnahme von Ungleichbehandlungen in anderen Fällen war eine solche Argumentation in Nizza jedoch hinfällig. Vgl. Schild (2001), a.a.O.

Traditionen eines Landes finden müssten, da sie sonst nicht vermittelbar seien und keine Akzeptanz fänden.⁷²⁴

Der Verweis auf die öffentliche Meinung, die bei so weitreichenden Entscheidungen wie in Nizza berücksichtigt werden müsse, war neu bei Chirac. Wie die Umfragedaten gezeigt haben, war eine solche Rücksichtnahme berechtigt und angebracht. Allerdings war Chiracs Verweis im beschriebenen Kontext problematisch, denn gerade in der schwierigen Situation des Gipfels von Nizza hätte es vom französischen EU-Vorsitz weniger einer Rücksichtnahme auf nationale Einzelinteressen bedurft als einer aktiven Überzeugungsarbeit sowohl in Richtung der Franzosen als auch in Richtung der anderen auf nationale Interessen insistierende Staaten, um u.a. im Bereich der Mehrheitsentscheidungen ein überzeugenderes Ergebnis abliefern zu können. Es war zu vermuten, dass bei der französischen Führung auch die bereits erwähnten Hintergedanken zur Präsidentschaftswahl 2002 eine Rolle spielten. Dennoch ist die Aussage Chiracs für die vorliegende Arbeit insofern interessant, als sie vermuten lässt, dass auch Frankreichs zögerliche Haltung in Bezug auf die Erweiterung möglicherweise mit einem von Chirac erkannten Vermittlungsproblem zusammenhing. Die Schwierigkeiten bei der Anpassung des französischen Europadenkens an die neuen Bedingungen einer vergrößerten Union dürften ihm nicht entgangen sein. Um hier nicht auf Ablehnung in der Bevölkerung zu treffen, formulierte der Präsident daher vorsichtig und um eine Schonung der nationalen Empfindlichkeiten bemüht. Angebracht wäre jedoch sowohl beim Thema Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen als auch in Bezug auf die Erweiterung eine offensivere Vermittlungsstrategie gewesen, die versucht hätte, den nationalen Interpretationsrahmen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Nur so wäre ein Fortschreiten der europäischen Integration mit der dafür notwendigen französischen Unterstützung ermöglicht worden. Nur so hätte aber auch Frankreich seine Wahrnehmungsmuster der Realität des 21. Jahrhunderts anpassen können. Ein Schritt in diese

⁷²⁴ Ähnlich argumentierte Chirac bei der Präsentation der Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft vor dem Europaparlament am 12. Dezember: „J’ai été frappé à maintes reprises, dans la construction européenne et notamment dans les discussions de Nice, par l’affirmation de tel ou tel chef d’Etat ou de gouvernement, me disant, bien sûr, on pourrait aller dans cette direction mais il se trouve que l’opinion publique, chez moi, ne l’acceptera pas. [...] Je ne citerai personne, naturellement, mais tel ou tel chef d’Etat ou de gouvernement sur des problèmes délicats, le disent, avec juste raison. Et ils sont les mieux à même de l’apprécier en tant que représentants démocratiquement désignés de leur peuple, d’apprécier ce qui est supportable ou pas supportable par leur opinion publique. Alors, faire l’Europe le plus vite possible, c’est très bien mais si l’on doit buter sur un refus qui met tout en cause et qui conduit à ce que tout s’arrête, cela n’est pas bien du tout. [...] Il appartient aux gouvernements, démocratiquement désignés par leurs peuples pour les conduire, de voir quelles sont les limites qu’ils peuvent franchir ou non et le rythme qu’ils peuvent accepter dans un ensemble.“ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement européen au terme de la présidence française de l’Union européenne, suivi de ses réponses aux interventions des Présidents des groupes parlementaires, Straßburg 12.12.2000.

Richtung war Ende 2000 in den Vermittlungsstrategien der französischen Führung jedoch noch nicht zu erkennen. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die Präsentation der Ergebnisse von Nizza durch den französischen Staatspräsidenten angesichts des Erreichten ein deutlich zu positives Bild zeichnete. Diese Einschätzung wurde auch in der Pressebewertung sehr deutlich.

6.2 Pressebewertung

Nach dem Gipfel von Nizza überwog in der Presseberichterstattung die Enttäuschung über die mageren Ergebnisse der Zusammenkunft. Auch die Ratspräsidentschaft insgesamt wurde in zahlreichen Analysen angesichts von Nizza als gescheitert betrachtet. Die Bewertung des zweiten Halbjahres 2000 wurde in einigen Artikeln außerdem zum Anlass genommen für eine grundsätzliche Betrachtung der französischen Haltung zu Europa und der Europapolitik von Präsident und Premierminister.

Kritik an Versäumnissen des Gipfels von Nizza und zwiespältige Bilanz der Ratspräsidentschaft

Die Kritik der Presse an den Ergebnissen des Gipfels von Nizza und an der Leistung der französischen Ratspräsidentschaft war eindeutig: Weder genügten die in Nizza beschlossene Institutionenreform den Ansprüchen, die Präsident und Premierminister an ihren EU-Vorsitz formuliert hätten, noch bereiteten sie die Union in angemessener Weise auf die immer näherrückende Erweiterung vor. Der Gegensatz zwischen den positiven Einschätzungen des Staatspräsidenten zum Ergebnis von Nizza und dem Urteil in der Presse hätte kaum größer sein können. Die Art der französischen Verhandlungsführung wurde von den Journalisten ebenso deutlich kritisiert wie das Verhandlungsergebnis. Sowohl die kompromisslose französische Vertretung eigener Interessen als auch besonders die z.T. herablassende, z.T. missachtende Behandlung der europäischen Institutionen und anderer EU-Staaten im Verlauf der Gipfel-Diskussionen wurden als inakzeptabel und schädlich für Frankreichs Ansehen und Stellung in Europa bewertet. Diese Einschätzung setzte frühere Darstellungen fort, in denen die französische Haltung und ihre Wahrnehmung als arrogant durch die europäischen Partner in der Presse bereits kritisch thematisiert worden waren.

Pierre Bocev sah in *Le Figaro* den „Schatten von Nizza“ („l'ombre de Nice“) über der gesamten französischen Ratspräsidentschaft. Das Ergebnis des Europäischen Rates von Nizza liege, so Bocev, nicht weit entfernt von dem Minimalkompromiss, den sowohl der Premierminister als auch der Staatspräsident im Vorfeld des Gipfels als nicht akzeptabel

abgelehnt hätten. Außerdem sei aus den französischen Bemühungen, unbedingt die Parität mit Deutschland zu wahren, so die Meinung Bocevs, nicht Frankreich sondern die Bundesrepublik deutlich gestärkt hervorgegangen. Neben den für alle Beteiligten schwierigen Fragen und der komplizierten Ausgangslage vor der Zusammenkunft in Nizza sah Bocev den nicht nur in Frankreich zu beobachtenden Mangel an Enthusiasmus für die europäische Sache, aber v.a. auch die Haltung der französischen Führung als Hauptgründe dafür, dass die Bilanz der französischen Präsidentschaft negativ ausfalle. In einzelnen Politikbereichen seien durchaus Fortschritte erreicht worden, so Bocev. Insgesamt sei aber ein Scheitern zu konstatieren, das v.a. wegen der Art der französischen Verhandlungsführung auch langfristig negative Auswirkungen für Frankreichs Stellung in Europa haben könne:

„[...] la France a réussi à s’aliéner une quantité impressionnante d’acteurs du drame. Les pays candidats d’Europe de l’Est d’abord, lorsque Jacques Chirac a, par exemple, proposé de donner moins de voix à la Pologne qu’à l’Espagne. Les ‚petits’ Etats membres qui sont sortis douchés du sommet de Biarritz. La Commission, dont le président a été traité par-dessus la jambe par le chef de l’Etat. Le Parlement de Strasbourg enfin, dont le nombre de sièges, sans consultation aucune, a servi de monnaie d’échange contre les droits de vote convoités au Conseil.“⁷²⁵

Auch Paul Guilbert sah, ebenfalls in *Le Figaro*, die eigenen Ansprüche der französischen Ratspräsidentschaft durch das Ergebnis von Nizza nicht erfüllt:

„Sans juger les résultats de Nice à l’aune de ce ‚rabais’ que la présidence française caracolante s’était juré de refuser, on conviendra que le niveau ‚d’ambition’ proclamé par celle-ci n’a pas été atteint. [...] Ce qui a le plus frappé les acteurs et les observateurs, au cours de la longue négociation [...] c’est la distorsion entre la volonté d’aboutir et l’incapacité de céder.“⁷²⁶

Libération sprach in ihrer Bewertung der französischen Ratspräsidentschaft von einem „verpöschten Mandat“ („mandat gâché“). In einigen technischen Fragen oder bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könne die Ratspräsidentschaft durchaus als positiv bewertet werden, so Jean Quatremer. Er führte diese Erfolge jedoch in erster Linie auf den effizienten französischen Verwaltungsapparat mit erfahrenen Beamten auch in Brüssel sowie auf Einzelleistungen einiger Minister zurück. Was die politische Bilanz des zweiten Halbjahres 2000 anging, und damit den hauptsächlich von Staatspräsident und Premierminister zu verantwortenden Teil der Ratspräsidentschaft, sprach Quatremer von einem Scheitern („échec“). Nicht nur habe der Gipfel von Nizza nicht das erforderliche Ergebnis gebracht, noch dazu habe sich auch das deutsch-französische

⁷²⁵ Pierre Bocev: „L’ombre de Nice sur la présidence française“, *Le Figaro* 30./31.12.2000. Kursivsetzung im Original.

⁷²⁶ Paul Guilbert: „Nice: les ‚rabais’ de la France“, *Le Figaro* 11.12.2000.

Verhältnis verschlechtert und weitere europäische Partner, besonders unter den kleineren Staaten, seien nachhaltig verärgert worden, so Quatremer.⁷²⁷

In einer weiteren Analyse ging Quatremer auf die innenpolitischen Bedingungen der Ratspräsidentschaft ein und identifizierte die Kohabitations-Situation und die 2002 anstehenden Präsidentschaftswahlen als größte Hemmnisse für eine ambitionierte französische Europapolitik. Ein europäisches Projekt sei bei Jospin gar nicht erkennbar, das des Staatspräsidenten bleibe unklar. Die Folgen dieser Situation hätten sich, laut Quatremers Analyse, in Nizza gezeigt und drohten auch weiterhin die französische Position in Europa deutlich zu schwächen:

„Le résultat de cette absence de projet politique dans un cas, allié à un projet confus dans l'autre, s'est concrétisé dans le fiasco de Nice, où le couple Chirac-Jospin n'a même pas pu défendre les intérêts français immédiats [...]. Une Europe élargie à 27 membres, une Union à l'échelle du continent mériterait mieux que le désintérêt à peine poli manifesté depuis 1997 par les dirigeants français. Tout se passe comme si, incapables de réévaluer leurs rapports avec une Allemagne unifiée et terrifiées par la perspective de l'élargissement, les élites politiques françaises préféreraient pratiquer la politique de l'autruche. Les reproches d'arrogance faits à la France par ses partenaires au cours de cette présidence ne font que manifester cet état de fait: ce trait de caractère est devenu d'autant plus insupportable qu'il n'est plus placé au service d'une ambition.“⁷²⁸

Laurent Zecchini zog für *Le Monde* ebenfalls eine gemischte Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft mit einem eindeutig negativen Fazit des Gipfels von Nizza:

„Que la critique soit ou non méritée, le constat s'impose: la France achève dans quelques jours sa présidence de l'Union européenne avec une réputation ternie auprès de ses partenaires. Si elle n'a pas à rougir du bilan qualitatif de ce mandat semestriel – lequel supporte la comparaison avec de précédentes présidences –, celui-ci est à coup sûr largement gâché par le bilan politique déplorable du sommet de Nice. Il est peut-être légitime, comme le fait le Quai d'Orsay dans une note de plus de huit pages, de dresser minutieusement la liste des actions entreprises et des résultats obtenus par la France, mais c'est là une approche de comptable qui dissimule l'essentiel. Paris avait tout misé sur un résultat positif de la conférence intergouvernementale (CIG) chargée de réformer les institutions européennes, et cette quête, devenue quasi obsessionnelle, a été poursuivie au prix de lourds sacrifices diplomatiques, en passant sous silence des enjeux essentiels quant à l'avenir et au futur fonctionnement de la ‚grande Europe‘, et au risque de faire paraître comme secondaires les résultats positifs obtenus avant et après Nice: si l'arbre a tendance à cacher la forêt, les dirigeants politiques français en sont largement responsables.“

Neben dem Schaden, den das zu Beginn der Ratspräsidentschaft gerade wieder in Schwung gekommene deutsch-französische Paar genommen habe, sah Zecchini als Ergebnis der

⁷²⁷ Jean Quatremer: „Comment Paris a gâché son mandat européen. Malgré des réussites techniques, ce semestre restera un fiasco politique“, *Libération* 27.12.2000.

⁷²⁸ Jean Quatremer: „La cohabitation de tous les maux“, *Libération* 27.12.2000. Vgl. auch den Leitartikel „Illusion“ von Gérard Dupuy in dieser *Libération*-Ausgabe.

französischen Verhandlungsführung auch eine mangelnde Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung:

„[...] tout porte à croire que le mécanisme de fonctionnement institutionnel qui a fait l'objet d'un compromis minimaliste des Quinze n'est pas à la hauteur des défis posés par l'élargissement et qu'il réunit – au contraire – bien des ingrédients d'une paralysie de la construction européenne. Celle-ci n'est certes pas inéluctable, mais le prestige et l'influence politique de la France pour la combattre seront à coup sûr amoindris par l'impression négative qu'elle a laissée auprès de ses partenaires, qu'ils soient membres de l'Union – singulièrement en Allemagne –, ou candidats à la rejoindre, comme la Pologne.“⁷²⁹

Grundsätzliche Kritik an der französischen Politik in Europa

Auch andere Bewertungen in der Presse wiesen über die Thematisierung der Versäumnisse von Nizza hinaus deutlich auf die im Verlauf der vorliegenden Analyse bereits mehrfach identifizierten französischen Schwierigkeiten mit den neuen Gegebenheiten in Europa hin. Besonders im Hinblick auf die Erweiterung und die Perspektive einer größeren Union sahen die Journalisten Schwierigkeiten auf Frankreich zukommen. Weder habe Frankreich diese Aussicht bereits in seine Europakonzeption integriert, noch habe sich die französische Führung in Nizza gegenüber den potentiellen neuen Mitgliedsstaaten so verhalten, als wolle sie künftig mit ihnen in einer Gemeinschaft zusammenarbeiten, so der Tenor der Analysen in der Presse.

Daniel Vernet sah in *Le Monde* im Verlauf und in den Ergebnissen von Nizza eine grundsätzliche Veränderung der französischen Position in Europa. Die EU sei nicht mehr ein „jardin à la française“ – ein Bild für die Organisations- und Verwaltungsprinzipien der Union, die in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens nach französischem Vorbild gestaltet worden waren und von Frankreich entsprechend gut zur Verwirklichung seiner Ziele genutzt werden konnten. Vernet sah die Entwicklungsrichtung der Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr von diesen Grundlinien, sondern stärker von angelsächsischen Prinzipien geleitet. Weiterhin sah er Deutschland in einer immer bedeutenderen Rolle. Der französische Einfluss und die französische Gestaltungskraft waren für Vernet dagegen deutlich geringer geworden, was sich auch in Nizza gezeigt habe. Als Beispiel nannte er die Frage der Stimmengewichtung zwischen Polen und Spanien, die letztlich nur durch deutsche Vermittlung zu einem Ergebnis gebracht werden konnte. Dieser Vorgang war für Vernet bezeichnend sowohl für die Schwierigkeiten, die Frankreich mit der Perspektive der

⁷²⁹ Beide Zitate aus Laurent Zecchini: „La présidence française de l'Union européenne a été gâchée par les ratés politiques de Nice“, *Le Monde* 29.12.2000. Kursivsetzung im Original.

Osterweiterung habe als auch für den im Gesamten zu beobachtenden Einflussverlust französischer Ideen in Europa:

„L’incident est significatif du malaise français par rapport à l’élargissement de l’Union vers une Europe centrale et orientale dont on ne méconnaît pas l’importance pour l’avenir du continent, mais qu’on a trop vite tendance à classer dans une zone d’influence allemande, au moins économiquement, au risque de voir l’évolution que l’on redoute accélérée par les craintes mêmes qu’elle inspire. L’hégémonie intellectuelle que la France a exercée sur l’intégration européenne, de Jean Monnet à Jacques Delors, appartient certainement au passé. Jusqu’à la chute du mur de Berlin, la France cherchait dans l’Europe une réaffirmation, l’Allemagne une réhabilitation. La seconde a largement obtenu ce qu’elle souhaitait; la première est toujours à la recherche du multiplicateur d’influence qu’un ensemble plus vaste pourrait donner à ses ambitions. L’ironie de l’histoire veut qu’elle se reconnaisse de moins en moins dans la construction européenne au moment où – l’Europe de la défense en témoigne – elle a réussi à convaincre quelques-uns de ses partenaires de la légitimité de ses vues. L’Europe pourrait ainsi devenir un acteur international, conformément aux vœux traditionnels de tous les dirigeants français depuis de Gaulle au moins, au moment où la France cesserait d’en être l’inspiratrice.“⁷³⁰

In einer ähnlich grundsätzlichen Betrachtung der französischen Ratspräsidentschaft analysierte Philippe Lemaître den französischen Verhandlungsstil innerhalb der EU in den Jahren vor Nizza. Den Gipfel von Nizza sah er als Kulminationspunkt einer Unzufriedenheit der europäischen Partner mit der französischen Art und Weise, nationale Interessen in Europa weitgehend ohne Kompromissbereitschaft durchzusetzen:

„C’était du jamais-vu dans un Conseil européen depuis que l’institution a été inventée en 1974 par Valéry Giscard d’Estaing. Dans les couloirs de ces mauvaises nuits niçoises, les critiques fusaient de toutes parts, sur tous sujets, avec une animosité rare, celle des gens qui en ont par-dessus la tête d’être maltraités par un des leurs, dont ils estiment que plus rien ne justifie l’arrogance.“

Lemaître nannte als Beispiele für von nationalen Interessen geleitete französische Politik seit Amsterdam die Verhandlungen über die Agenda 2000, als Frankreich den deutschen Wunsch nach einer Beitragsreduzierung zur EU zwar zur Kenntnis genommen habe, aber nicht darauf eingegangen sei, sowie die Diskussionen über eine den Anforderungen der Erweiterung gewachsene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Vergleich zu früheren, gaullistisch inspirierten Positionsbestimmungen Frankreichs, die im Kreis der anderen EU-Staaten auch nicht unbedingt auf Gegenliebe gestoßen seien, sah Lemaître, ähnlich wie Vernet, einen entscheidenden Unterschied darin, dass Frankreich zu Beginn des 21. Jahrhunderts kaum mehr konstruktive und seinem Führungsanspruch entsprechende Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU beisteuere. Besonders während der Ratspräsidentschaft sei, so die

⁷³⁰ Daniel Vernet: „Europe, la fin du ‚jardin à la française‘“, *Le Monde* 15.12.2000. Vgl. dazu auch Schild: (2001), a.a.O., S. 6ff.

Analyse Lemaîtres, die Diskrepanz zwischen französischer Rhetorik und Politik in Europa sehr deutlich zu Tage getreten:

„A Nice aujourd’hui, comme à Berlin en mars 1999 ou à Biarritz en octobre 2000, sous la présidence française, [les] partenaires n’ont donc que modérément apprécié le style des Français, et notamment celui de leur président. Sa réputation d’homme sympathique ne l’a pas empêché, lors du dernier sommet – d’ailleurs relayé par le premier ministre –, de bousculer les Belges, lesquels ont fait de la résistance, et de traiter avec désinvolture à plusieurs reprises Romano Prodi, le président de la Commission. Plus grave, alors que la France plaide pour une Commission forte, on pourrait dresser un volumineux bêtisier en reprenant les propos agressifs, méprisants que tiennent, presque systématiquement, bon nombre de fonctionnaires parisiens à propos du collège européen, au point de mettre souvent dans l’embarras leurs collègues bruxellois. Les petits pays de l’Union ne sont souvent pas mieux servis dans les commentaires, sans même parler des pays candidats. Bref, les Français n’ont guère la manière, mais il est vrai que ce n’est pas fondamentalement nouveau. Ce qui rend ces travers insupportables, c’est qu’ils vont de pair avec une vraie carence intellectuelle. [...] On en est là, c’est-à-dire dans l’impasse et avec une influence grandement entamée.“⁷³¹

Zwischenfazit

Das in den Presseanalysen festgestellte Fehlen einer konstruktiven französischen Europavision sowie das Herausheben der defensiven Strategie, französische Interessen zu bewahren und trotz Reform möglichst wenig am französischen Status’ im europäischen Gefüge zu ändern, passt zu den bisherigen Ergebnissen der Anwendung der Analysekatoren auf die französische Europapolitik. Auch in der Presse wurde zum Ende des Jahres 2000 eine weitgehend defensive Herangehensweise an die Erweiterung und die sich daraus ergebenden neuen Bedingungen in Europa festgestellt, die daraus resultierte, dass nur traditionelle Konzepte zur Beschreibung und Vermittlung Europas verwendet wurden. Mit deren Hilfe war jedoch der gewandelte europäische Kontext nur schwer zu erfassen und noch weniger aktiv zu gestalten. Wie bereits gezeigt, lassen sich aus diesem Grund viele der Analysekatoren in Bezug auf die anstehende Erweiterung nur in ihrer negativen Ausprägung auffinden. Die Auswirkungen der sich aus dieser Konstellation ergebenden Problematik zeigten sich in Nizza und wurden von der Presse deutlich wahrgenommen und kritisiert.

Auch nach der französischen Ratspräsidentschaft und dem Gipfel von Nizza blieb es dabei, dass die Presseberichterstattung häufig einen Kontrapunkt setzte zur politischen Führung und besonders zum Staatspräsidenten bei der Darstellung und Bewertung europapolitischer Themen. Auch wenn man die im Theorieteil der vorliegenden Arbeit herausgearbeitete Tatsache berücksichtigt, dass ein politisches Resultat von an seiner Aushandlung beteiligten

⁷³¹ Beide Zitate aus Philippe Lemaître: „Europe: l’arrogance française en procès“, *Le Monde* 20.12.2000.

Politikern immer positiver dargestellt werden wird als von neutralen Journalisten, deren Aufgabe es ist, Politik zu bewerten und kritisch zu hinterfragen, war zwischen den Einschätzungen Chiracs zu europäischen Themen und ihrer Bewertung in der Presse auffallend häufig eine sehr deutliche Diskrepanz zu erkennen.

6.3 Umfragedaten im Umfeld der französischen Ratspräsidentschaft

Wie das Eurobarometer 54 (Umfragezeitraum November/Dezember 2000, Veröffentlichung im April 2001) feststellte, war der französische EU-Vorsitz des Jahres 2000 deutlich stärker ins Bewusstsein der Franzosen vorgezogen als die beiden vorangegangenen Ratspräsidentschaften. Auf die Frage nach Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft gaben 2000 52% der Befragten an, von der Ratspräsidentschaft zu wissen und 69%, sie für wichtig zu halten. Beide Werte lagen deutlich höher als 1989, als 43% von der Ratspräsidentschaft gehört hatten und 64% sie für wichtig hielten. Gegenüber 1995 war die Steigerung noch deutlicher: damals war der französische EU-Vorsitz nur 41% der Franzosen bekannt, auch wenn ebenfalls 64% antworteten, er sei von Bedeutung. Im EU-Vergleich lag Frankreich mit den Werten für alle drei Jahre jedoch weiterhin im unteren Drittel.⁷³² Die Öffentlichkeitsarbeit der französischen politischen Führung im Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft schien also 2000 mehr Wirkung gezeigt zu haben als in den Jahren zuvor. Der höhere Bekanntheitsgrad des EU-Vorsitzes ihres Landes bei den Franzosen hing aber auch sicherlich mit der breiten Diskussion zusammen, die sich zur Europäischen Verfassung im Laufe des Jahres ergeben hatte. Auch der Gipfel von Nizza zum Abschluss der Ratspräsidentschaft hatte, nicht zuletzt durch die kontroversen inhaltlichen Diskussion, die dort geführt wurden, und durch die nicht unumstrittene Rolle der französischen Präsidentschaft ein größeres Echo gefunden als ein EU-Ratstreffen unter weniger schwierigen Bedingungen.

Die allgemeinen Zustimmungswerte der Franzosen zur europäischen Integration hatten sich im zweiten Halbjahr 2000 im Vergleich zum Eurobarometer 53 nicht wesentlich verändert. 48% der Befragten des Eurobarometer 54 sahen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache an, 15% als eine schlechte (EB 53: 49% vs. 14%). 46% waren der Meinung, Frankreich habe Vorteile durch die EU. 32% sahen dies nicht so (EB 53: 49% vs. 29%). Die Ratspräsidentschaft hatte also weder zu einem deutlich positiveren noch zu einem deutlich negativeren Europa-Bild in Frankreich geführt. Insofern muss die oben geäußerte

⁷³² Zum Vergleich: In Finnland war im zweiten Halbjahr 1999 87% der Befragten die Ratspräsidentschaft ihres Landes bewusst.

Einschätzung zur Öffentlichkeitsarbeit der französischen Führung wieder ein Stück weit relativiert werden: Die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Ratspräsidentschaft alleine sagt nicht viel aus über die Meinung der Franzosen dazu. Einen Erfolg in der Vermittlung Europas hätten Präsident Chirac und Premierminister Jospin verzeichnen können, wenn sich die Zustimmungswerte zur Integration gegen Ende des französischen Vorsitzes deutlich gesteigert hätten. Dies war jedoch offensichtlich nicht gelungen. Stattdessen gehörten die Franzosen weiterhin zu den Europäern mit den meisten Zukunftsängsten.

In Frankreich gaben die meisten Befragten aus einer Liste von elf Vorschlägen⁷³³ die Themen Arbeitsplatzverlagerungen, Schwierigkeiten für die Landwirte sowie eine möglicherweise kostspielige Erweiterung der EU als Ursachen von Befürchtungen im Hinblick auf Europa an. Im Vergleich zum Frühjahr 1999, als diese Frage zum letzten Mal gestellt worden war, hatten im Jahr 2000 vor den ersten beiden Punkten weniger Menschen in Frankreich Angst (73%, d.h. – 3 Prozentpunkte für die Arbeitsplatzverlagerungen bzw. 68%, d.h. – 4 Prozent bei den potentiellen Schwierigkeiten für die Landwirte). Die Zahl derjenigen, die befürchteten, die Erweiterung könne sehr kostspielig werden, war dagegen um 5 Punkte auf 65% angestiegen und hatte damit die Angst vor dem Wegfall von Sozialleistungen vom dritten Platz in der „Rangliste der Ängste“ verdrängt. Nur in Frankreich und in den Niederlanden fand sich der Kostenaspekt unter den drei am häufigsten genannten Ängsten. Beim „durchschnittlichen Angstniveau“ insgesamt⁷³⁴ lag Frankreich mit 59% gleichauf mit Finnland auf dem zweiten Platz hinter Griechenland (67%). Der EU-Durchschnitt lag bei 51%.

Bezüglich der Erweiterung war das Eurobarometer 54 das erste, das explizit danach fragte, ob die EU weitere Länder aufnehmen solle oder nicht.⁷³⁵ Insgesamt waren 44% der EU-Bürger dafür und 35% dagegen, wobei auch bei dieser Frage, wie beim Thema Erweiterung häufig zu beobachten, ein großer Prozentsatz an Unentschlossenen blieb (21%). Die Zustimmungswerte in Frankreich blieben mit 35% deutlich unter dem Durchschnitt. Besonders die 50%-Quote an ablehnenden Einstellungen zur Erweiterung hob Frankreich jedoch im negativen Sinne aus den EU-Staaten heraus. Nur in Österreich fanden sich ebenfalls so viele negative Meinungen.

⁷³³ Antwortmöglichkeiten waren: Die Verlegung von Arbeitsplätzen in Länder, die geringere Produktionskosten haben/Mehr Schwierigkeiten für unsere Bauern/Das Ende der nationalen Währungen/Ein Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens/Der Beitritt anderer Länder zur Europäischen Union wird die Mitgliedsstaaten zu viel Geld kosten/Der Wegfall von Sozialleistungen/Weniger Subventionen von der Europäischen Union für unser Land/Der Verlust unserer nationalen Identität und Kultur/Reichere Länder zahlen mehr für andere/Unsere Sprache wird immer weniger verwendet/Ein Machtverlust der kleineren Mitgliedsstaaten.

⁷³⁴ Angst vor dem Aufbau Europas. Durchschnittswert für ‚% derzeit Ängste‘ – Antworten für 11 Punkte je Mitgliedstaat.

⁷³⁵ „Was halten Sie von folgender Aussage: Die Europäische Union sollte erweitert werden und weitere Länder aufnehmen. Sind Sie dafür oder dagegen?“

Die Zustimmungswerte zu den einzelnen Bewerberländern haben sich im Vergleich zum Eurobarometer 53 nicht wesentlich verändert. Frankreich blieb mit seinem Durchschnittswert von 26% auf dem letzten Platz. Als Konsequenz der Erweiterung fragte das Eurobarometer 54 auch nach der Präferenz zwischen Mehrheitsbeschlüssen und einstimmigen Entscheidungen in einer erweiterten EU. Hier hatte sich insgesamt und auch in Frankreich eine Verschiebung hin zu dem Wunsch nach mehr Mehrheitsentscheidungen ergeben: In Frankreich waren jetzt 5% mehr, also 55% dafür, gegenüber 31%, die weiterhin die Einstimmigkeit vorzogen.

7. Bilanz des Jahres 2000 und der französischen Ratspräsidentschaft

Die wichtigsten europäischen Themen des Jahres 2000 standen exemplarisch für die Schwierigkeiten der EU, Erweiterung und Vertiefung der Integrationsstrukturen miteinander zu vereinbaren und gleichzeitig voranzubringen. Der Erweiterungsprozess schritt fort und ließ eine Vergrößerung der Union um eine zweistellige Zahl von Staaten wahrscheinlich werden. Mit der Regierungskonferenz zur Institutionenreform versuchten die europäischen Politiker, diesen Schritt vorzubereiten, um die Handlungsfähigkeit der Union auch mit über zwanzig Mitgliedern sicherzustellen. Eine Vertiefung der Integration mit nur einigen der EU-Staaten erschien in diesem Kontext als Variante zu einer möglicherweise nur stockenden Weiterentwicklung der gesamten EU, die aufgrund der absehbaren Heterogenität ihrer Mitglieder alle Einzelinteressen kaum noch auf einen gemeinsamen Nenner bringen konnte. Hinter der Zukunftsdebatte über die Finalität der Union, zu der im Laufe des Jahres zahlreiche hochrangige europäische Politiker beitrugen, standen daher grundsätzliche Fragen zur weiteren Entwicklung der Integration.

Zwiespältige Bewertung der französischen Ratspräsidentschaft und des Gipfels von Nizza

Frankreich kam im Jahr 2000 durch die Übernahme der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr eine besondere Rolle zu. Am Ende des Jahres war bilanzierend festzuhalten, dass es seiner Verantwortung nur in Teilen gerecht geworden war. Die beiden wichtigsten Prioritäten der Ratspräsidentschaft – die erfolgreiche Durchführung der Institutionenreform und die Schaffung von mehr Bürgernähe – zeigten das große Panorama, in dem sich die französische Europapolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts bewegen musste. Die Institutionenreform war eine von außen vorgegebene Aufgabe der Präsidentschaft, gleichzeitig aber auch eine der Vorbedingungen, die Frankreich seit längerem für die Aufnahme neuer Staaten in die EU formulierte. Während das erste wichtige Thema der Ratspräsidentschaft also eher eine gesamteuropäische Bedeutung hatte, bezog sich das Streben nach mehr Bürgernähe stärker

auf die Rückbindung der französischen Europapolitik in Frankreich selbst und zielte auf eine bessere Verankerung der Integration im Bewusstsein und in der Wahrnehmung der Franzosen. Bei den mit dem Thema Bürgernähe verbundenen Politikbereichen konnte die französische Präsidentschaft Erfolge verbuchen, so dass der französische Vorsitz in diesem Punkt als gelungen bewertet werden konnte. Die Institutionenreform wurde beim Europäischen Rat von Nizza ebenfalls zu Ende geführt. Hier musste die Bewertung, wie oben bereits ausgeführt, aufgrund der sehr deutlich auf die Bewahrung nationaler Interessen bedachten französischen Verhandlungsführung und die ebenfalls wenig kompromissbereite Haltung anderer EU-Staaten wesentlich kritischer ausfallen. Der negative Eindruck, den Frankreich in Nizza hinterlassen hatte, trat umso schärfer hervor vor dem Hintergrund der konstruktiven und offenen Europavision Jacques Chiracs, die er vor dem Deutschen Bundestag präsentiert hatte. Diese Vision spielte in der praktischen Politik der Ratspräsidentschaft keine Rolle mehr und war auch im französischen Auftreten in Nizza nicht wiederzufinden.

Die französische Haltung, die sich in Nizza gezeigt hatte, war v.a. in ihren Bezügen zur anstehenden Erweiterung problematisch. Die z.T. herablassende und im Vergleich zu den alten EU-Staaten mit unterschiedlichen Maßstäben messende Behandlung der Beitrittskandidaten durch den französischen EU-Vorsitz in für die Zukunft entscheidenden Machtfragen zeugte von den grundsätzlichen Schwierigkeiten Frankreichs mit der Perspektive der Erweiterung. Diese traten im Verlauf des Erweiterungsprozesses immer dann offen zutage, wenn es, wie auch bei der Agenda 2000, um konkrete Entscheidungen ging, die von Frankreich ein Entgegenkommen oder einen Verzicht auf Privilegien erforderten. Frankreich war in Nizza eindeutig darauf bedacht, seine eigene Machtposition in der EU zu bewahren und sich Verbündete in einer größeren Gemeinschaft zu sichern. Gleichzeitig sollte die deutsche Position, die in der französischen Wahrnehmung durch die Osterweiterung in vieler Hinsicht gestärkt wurde, eingegrenzt werden. Durch sein Auftreten erreichte Frankreich in Nizza jedoch schließlich das Gegenteil des Gewünschten. Deutschlands Position wurde statt geschwächt noch weiter gestärkt:

- Erstens konnte die Bundesrepublik durch das komplizierte Berechnungssystem bei der Stimmengewichtung im Rat auch nach Nizza ihr demographisches Gewicht in die Entscheidungsfindung einbringen, obwohl Frankreich dies durch die Verhinderung der Abkoppelung seiner Stimmenzahl von der deutschen hatte vermeiden wollen.
- Zweitens erhielt Deutschland in Nizza auch im Europaparlament eine im Vergleich zu allen anderen Staaten größere Zahl von Abgeordneten und dementsprechend größeren Einfluss.

- Drittens wurde Deutschland durch die z.T. ungeschickte französische Verhandlungsführung in die Rolle des Anwalts der Interessen der Kandidatenländer gedrängt, beispielsweise in der Frage der Spanien und Polen zuerkannten Stimmzahl im Rat. Eine solche Annäherung zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Ländern hatte Frankreich eigentlich verhindern wollen – nicht zuletzt über die Konstruktion des Weimarer Dreiecks. Frankreich selbst hatte dagegen Sympathien bei den Kandidatenländern verspielt und stattdessen die Grundlage für Konfliktlinien in der erweiterten Union geschaffen.

Offene Fragen besonders im Hinblick auf die Erweiterung

Beim französischen Präsidenten war kaum Bewegung zu konstatieren in seinen europapolitischen Prioritäten und deren Vermittlung. Nach wie vor konnten ausschließlich traditionelle Vermittlungskonzepte in den europapolitischen Äußerungen Jacques Chiracs nachgewiesen werden. Eine Entwicklung hin zu einer Öffnung vor dem Hintergrund der Erweiterungsperspektive war weiterhin nicht zu erkennen. Die Presseberichterstattung forderte auch im Jahr 2000 eine solche Anpassung von Politik und Diskurs an die neuen Realitäten ein. Nachdrücklich wiesen die Analysen nach dem Gipfel von Nizza auf die Notwendigkeit einer teilweisen Neudefinition der französischen Europapolitik unter Anerkennung der neuen Rahmenbedingungen hin. Nachdem in der Bundestagsrede Chiracs ein solcher Ansatz zu erkennen gewesen war, wurde er in der Folge nicht weiter entwickelt und v.a. nicht in praktische Politik umgesetzt.⁷³⁶

Noch weniger erkennbar als das des Staatspräsidenten war im Jahr 2000 das Europakonzept des Premierministers. Jospin gab an, sich während der Ratspräsidentschaft auf Sachfragen konzentrieren zu wollen und verzichtete zunächst auf einen Beitrag zur Zukunftsdebatte der

⁷³⁶ Vgl. beispielsweise auch die Einschätzung von Joachim Schild: „Jedenfalls klaffte in jüngerer Zeit eine Lücke zwischen dem europäischen Führungsanspruch Frankreichs und seiner Fähigkeit, überzeugende Vorschläge zur zukünftigen Entwicklung und Gestalt der EU zu präsentieren und dafür Partner und Mitstreiter zu gewinnen.“ Schild: (2001), a.a.O., S. 8f. Henrik Uterweddes Analyse war dagegen deutlich optimistischer. Vgl. Henrik Uterwedde (2000a): „Neues Jahrhundert, erneuertes Frankreich?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2000*, Opladen, S. 7-29, bes. S. 25ff.

Europäischen Union.⁷³⁷ Insgesamt blieben am Ende des Jahres viele Fragen zur Weiterentwicklung der französischen Europapolitik offen. Die Chance für eine klare Positionierung auch und gerade im Hinblick auf die Erweiterung, die sich mit der Ratspräsidentschaft geboten hätte, hatten weder Chirac noch Jospin genutzt. Die ungeklärte Lage spiegelte sich auch in den Umfragedaten. Die französische öffentliche Meinung blieb in der gesamten EU auch 2000 mit Abstand am skeptischsten gegenüber der Erweiterung. Mit ihrer auf nationale Interessen pochenden Politik während der Ratspräsidentschaft und besonders in Nizza hatte die französische Führung nicht dazu beigetragen, an dieser Situation etwas zu ändern. Die Kluft zwischen der Entwicklung der EU und den Vorstellungen einer Mehrheit der Franzosen von der Zukunft der europäischen Integration wurde immer größer. Diese Diskrepanz wurde umso problematischer, je näher die Verwirklichung der von den Franzosen mehrheitlich abgelehnten Perspektive der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU rückte.

⁷³⁷ Mit einer programmatischen Rede zu Europa im *Centre d'Accueil de la Presse Etrangère* in Paris vor französischen und ausländischen Journalisten sowie Mitgliedern der MJS, der Jugendorganisation der Sozialistischen Partei, lieferte Jospin erst am 28. Mai 2001 seinen lange erwarteten Beitrag zur Zukunftsdebatte der Europäischen Union. Unter der Überschrift „L'avenir de l'Europe élargie“ meldete sich Jospin schließlich zu Wort. Er legte den Schwerpunkt auf Politikinhalte, die, seiner Ansicht nach, mindestens ebenso wichtig seien wie institutionelle Fragen. Jospin setzte sich u.a. mit einer möglichen Überdehnung der Union auseinander, mit der Frage der Bewahrung einer europäischen Identität unter dem Druck der Globalisierung, mit der zukünftigen Rolle der Nationalstaaten sowie mit den Möglichkeiten zur Schaffung einer stärkeren Identifikation der Bürger mit Europa. Alle institutionellen Festlegungen sollten in einem Verfassungstext festgehalten. Einen harten Kern von Staaten, die bei der Integration vorangehen, wie ihn beispielsweise Chirac mit seiner Pioniergruppe vorschwebte, lehnte Jospin ab. Die einzige Differenzierung, die er für sinnvoll hielt, sollte in Form von verstärkter Zusammenarbeit funktionieren. Vgl. zu Jospins Rede u.a. Jean-Pierre Froehly (2001): „Staaten- oder Bürgerunion? Frankreich und die ‚Föderalisierung‘ Europas“, in: *Dokumente* 3/2001, S. 208-213. Vgl. zum innenpolitischen französischen Kontext u.a. Jean Quatremer: „Des eurodéputés socialistes orphelins“, *Libération* 25.1.2001; Alain Duhamel: „L'eurosilence de Jospin“, *Libération* 9.2.2001; François Loncle/Pervenche Berès: „M. Jospin, c'est à vous de jouer!“, *Le Figaro* 26.2.2001; Elsa Freyssenet: „Europe: les silences de Jospin gênent le PS“, *Le Figaro* 4.5.2001. Vgl. außerdem Jean Quatremer: „L'Allemagne pousse son avantage“, Eric Aeschmann: „Europe: l'arlésienne Jospin“ und Renaud Dely: „Le PS embarrassé par le silence de Matignon“, alle in *Libération* 7.5.2001 sowie Elsa Freyssenet: „Jospin toujours muet sur la réforme des institutions“, *Le Figaro* 8.5.2001 sowie weiterhin Henri de Bresson: „Ne pas laisser le champ libre aux Allemands... et à Jacques Chirac“, *Le Monde* 25.5.2001.

Kapitel XII: Einleitung des europäischen Verfassungsprozesses vor dem Hintergrund einer neuen weltpolitischen Lage nach den Anschlägen des 11. September 2001

Das Jahr 2001 stand im europäischen Rahmen zunächst im Zeichen der Nachbereitung des Gipfels von Nizza und seiner Beschlüsse. Auch die deutsch-französischen Beziehungen bedurften nach den schwierigen Verhandlungen in Nizza eines neuen Anstoßes. Bei einem informellen Treffen im elsässischen Blaesheim beschlossen daher der französische Staatspräsident, der Premierminister und der deutsche Bundeskanzler, sich in Zukunft alle sechs bis acht Wochen zu einer informellen Begegnung zusammenzufinden, um über aktuelle Fragen von gemeinsamem Interesse zu sprechen. Der nach dem Tagungsort benannte Blaesheim-Prozess war damit angestoßen.⁷³⁸

Der Vertrag von Nizza wurde am 26. Februar 2001 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet und musste in der Folge von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. In Frankreich debattierte am 5. Juni die Nationalversammlung über den Vertrag. Trotz Ablehnung durch die Europagegner auf der Linken und der Rechten und Enthaltungen u.a. von UDF und Grünen ratifizierte Frankreich am 12. Juni den Nizza-Vertrag als eines der ersten Länder in der EU.⁷³⁹ Die Iren lehnten, ebenfalls im Juni, den Nizza-Vertrag in einer Volksabstimmung mehrheitlich ab.⁷⁴⁰ Sein Inkrafttreten war damit zunächst nicht möglich und auch die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten drohte sich bis zu einer eventuellen erneuten

⁷³⁸ Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin, Premier ministre lors de la rencontre informelle franco-allemande, Blaesheim 31.1.2001. In einem Interview mit den *Dernières Nouvelles d'Alsace* betonte Chirac am 5. Februar die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gerade auch in einem erweiterten Europa: „L'attelage franco-allemand est indispensable à la construction européenne. Si la France et l'Allemagne tirent à hue et à dia, l'Europe n'avancera pas. Ce n'est pas du tout l'affirmation de je ne sais quel directoire franco-allemand qui s'imposera à l'Europe, c'est une simple constatation. Si nos deux pays s'entendent, il n'y a pas de frein au progrès de l'Europe. S'ils s'opposent, il y a un risque sérieux de blocage. Ce sera encore plus vrai après l'élargissement.“ Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, aux *Dernières Nouvelles d'Alsace*, Palais de l'Élysée 5.2.2001.

⁷³⁹ Die Mehrheit der Abgeordneten von RPR und PS waren für den von ihren politischen Leitfiguren Chirac und Jospin ausgehandelten Vertrag. Die europafreundliche UDF enthielt sich bei der Abstimmung über den Vertrag mehrheitlich, da sie zwar den Vertrag nicht guthieß, ihre Stimmen aber nicht gemeinsam mit den Europagegnern abgeben wollte. Die Mehrheit der kommunistischen Abgeordneten enthielt sich ebenfalls. Die Gruppe der Euroskeptiker, die den Vertrag ablehnten, setzte sich im wesentlichen zusammen aus den Unterstützern von Jean-Pierre Chevènement und Charles Pasqua. Vgl. zur Debatte in der Nationalversammlung u.a. Sophie Roquelle: „A l'Assemblée, le traité de Nice fait bouger les lignes“ und Guillaume Tabard: „Divisée, l'UDF préfère s'abstenir“, beide in *Le Figaro* 5.6.2001, Elie Barth: Les députés se prononcent sur la ratification du traité européen de Nice“, *Le Monde* 6.6.2001, und Sophie Roquelle: „Les députés s'apprentent à ratifier sans enthousiasme le traité de Nice“, *Le Figaro* 6.6.2001.

⁷⁴⁰ Viele Iren sahen durch die Entwicklungen im Bereich der ESVP (Schnelle Eingreiftruppe etc.) bei einem Inkrafttreten von Nizza ihre Neutralität in Gefahr. Außerdem befürchteten sie nach der Osterweiterung wirtschaftliche Probleme durch den Wegfall von EU-Subventionen. Deutliche 54,26% der irischen Wähler stimmten gegen den Vertrag, 45,74% dafür. Allerdings lag die Wahlbeteiligung nur bei 24,6%. Vgl. u.a. „Nein zu Nizza ist keine Gefahr“, *Süddeutsche Zeitung* 9./10.6.2001.

Abstimmung in Irland oder einer anderen Lösung zu verzögern. Die europäischen Staats- und Regierungschefs waren sich jedoch darüber einig, dass eine Neuverhandlung des Vertrages von Nizza ausgeschlossen sei und dass sowohl die gesetzten Fristen oder Zieldaten für die Ratifizierung des Vertrages als auch die für die Erweiterung nicht in Frage gestellt werden dürften.⁷⁴¹ Im Hinblick auf deren Vorbereitung und die in diesem Zusammenhang notwendige weitere Reform der europäischen Institutionen beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat von Laeken im Dezember, dass die Vorbereitung auf die für 2004 geplante neue Regierungskonferenz durch einen Konvent unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing erarbeitet werden solle.

Die Entscheidung über die Einsetzung des Konvents erfolgte bereits vor dem Hintergrund einer veränderten Weltlage nach den Terroranschlägen gegen die Vereinigten Staaten am 11. September. Für die Europäische Union ergaben sich aus der neuen Situation Konsequenzen zum einen, weil ihre Mitgliedsstaaten sich mit den USA solidarisch erklärten und die westliche Welt gemeinsam gegen die Taliban als mutmaßliche Drahtzieher der Anschläge in Afghanistan in den Krieg zog. Zum anderen erforderte die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus auch in Europa neue Antworten, sowohl in der Terrorabwehr und -prävention als auch im größeren Rahmen der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während diese Fragen 2001 nur andiskutiert wurden, bestimmten sie 2002 wesentlich die politische Agenda, u.a. weil sich die Vereinigten Staaten im Rahmen ihres Anti-Terror-Kampfes, entgegen der Einschätzung einer Mehrheit der EU-Staaten, zu einem Militäreinsatz auch gegen den Irak Saddam Husseins entschlossen.

1. Die Bilanz von Nizza in der Diskussion

Äußerungen von Jacques Chirac

Zu Beginn des Jahres 2001 bilanzierte Chirac bei mehreren Gelegenheiten rückblickend die Ergebnisse des Gipfels von Nizza, der französischen Ratspräsidentschaft und der europäischen Politik im allgemeinen. Bereits in den Neujahrswünschen an verschiedene Gruppen der Gesellschaft waren diese Themen und besonders der Gipfel von Nizza Teil der Rückschau auf das Jahr 2000. Im Vergleich zu den Äußerungen Chiracs unmittelbar nach dem Ende der Verhandlungen beim Gipfel von Nizza waren die Bewertungen des

⁷⁴¹ Vgl. Laurent Zecchini: „Les Quinze excluent une renégociation du traité de Nice“, *Le Monde* 13.6.2001. Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder äußern auch bei deutsch-französischen Konsultationen in Freiburg nach dem gescheiterten irischen Referendum die Auffassung, die Erweiterung dürfe durch die irische Haltung auf keinen Fall verzögert werden. Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue des 77e consultations franco-allemandes, Freiburg 12.6.2001.

Staatspräsidenten zu Beginn des Jahres 2001 - mit etwas mehr Abstand zu den schwierigen Sitzungen - stärker davon geprägt, die Resultate des Gipfels in den größeren Rahmen der französischen Europapolitik einzuordnen. Vor diesem Hintergrund fiel Chiracs Urteil durchweg positiv aus. Ein Vergleich des in Nizza Erreichten mit den Prioritäten französischer Europapolitik, wie sie in den hier verwendeten Analysekatégorien definiert wurden, zeigt, dass Chiracs Analyse durchaus ihre Berechtigung hatte. Aus gesamteuropäischer Perspektive war die Bewertung dagegen deutlich negativer.

Europe puissance und multipolare Welt

Vor dem diplomatischen Korps bilanzierte Chirac die gesamte Entwicklung der EU im Jahr 2000 und konstatierte in wesentlichen Bereichen Fortschritte im französischen Sinne.⁷⁴² Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hatte mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee ein in den Verträgen festgeschriebenes Organ bekommen und die Mitgliedsstaaten hatten sich verpflichtet, ab 2003 eine schnelle Eingreiftruppe von bis zu 60000 Mann für Militäreinsätze stellen zu können. Die neue internationale Rolle, die sich damit für die EU abzeichne, werde beispielsweise in Russland, in den USA oder in Asien bereits mit Interesse beobachtet, so Chirac. Der Verwirklichung der wichtigen Position Europas in einer multipolaren Welt, die der französische Staatspräsident sich wünschte, waren die Staats- und Regierungschefs mit ihren Beschlüssen seit Ende 1999 ein Stück näher gekommen.⁷⁴³ Angesprochen waren somit die Kategorien multipolare Welt und *Europe puissance*.

Weitere Kategorien

Mit der Proklamierung der Europäischen Grundrechtecharta erhielt die Wertegemeinschaft, als welche Frankreich die EU betrachtet, ihre Festschreibung in einem offiziellen Dokument, auch wenn dessen rechtlicher Status in Nizza noch nicht endgültig geklärt werden konnte. Frankreichs wertebasierte Außenpolitik erhielt damit auch auf europäischer Ebene ihren Ausdruck. Somit ließ sich auf die Interpretation der Ergebnisse von Nizza auch die bislang noch selten identifizierte Kategorie Werte anwenden.⁷⁴⁴

⁷⁴² Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 4.1.2001.

⁷⁴³ Vgl. zu diesem Punkt auch Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, en réponse aux vœux des armées, Palais de l'Élysée 5.1.2001.

⁷⁴⁴ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 4.1.2001.

Auch im wirtschaftlichen Bereich und bei der Bewahrung seines Sozialmodells hatte Europa Fortschritte gemacht. Besonders durch die Einführung des Euro und die damit gewährleistete Stabilität im Wirtschafts- und Finanzsektor profitierten die EU-Staaten von ihrer Mitgliedschaft in der Union, so Chiracs Analyse. Die Weiterentwicklungen in der Bürgernähe der EU, die Frankreich während seiner Präsidentschaft mit vorangetrieben hatte, hob Chirac ebenfalls positiv hervor. Beim Thema Bürgernähe sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprachen die Beschlüsse von Nizza der französischen Praxis, Politikbereiche, die auf der Ebene des einzelnen Nationalstaats nicht mehr bewältigt werden können, zum Teil auf Europa zu übertragen. Eine zusätzliche politische Ebene wurde durch die Beschlüsse von Nizza beispielsweise erreichbar im Kampf gegen Risiken im Lebensmittelbereich (BSE etc.) oder bei der Garantie der Meeressicherheit. Die Kategorie *Europe protection* ließ sich bei der Bewertung von Chiracs Äußerungen zu den Ergebnissen von Nizza also ebenfalls anwenden. Mit der Institutionenreform sicherte sich Frankreich außerdem grundsätzlich die Möglichkeit zur Vertretung seiner Interessen auch in einer erweiterten EU, da die Beschlüsse von Nizza keine wesentliche Entscheidung ohne französische Zustimmung getroffen zuließen (Kategorie Interesse).⁷⁴⁵

Beinahe das vollständige Set der Analysekatoren, die für die wesentlichen Grundlagen der französischen Europapolitik stehen, ließ sich also in der Bewertung des Nizzaer Gipfels durch Jacques Chirac auffinden. Aus einer rein französischen Sicht war daher dem Staatspräsidenten zuzustimmen, der Nizza als Erfolg ansah. Wurden allerdings neben den französischen Interessen auch europäische Aspekte berücksichtigt, besonders die Vorbereitung der EU auf die Erweiterung, musste dieses Urteil relativiert werden.

Erweiterung

Bei den Neujahrswünschen an die Regierung wertete Chirac die Beschlüsse von Nizza besonders im Hinblick auf die Erweiterung als Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft:

„La France vient d’achever son mandat à la présidence de l’Union européenne. Les autorités françaises [...] ont su se rassembler pour accomplir cette mission dans des conditions difficiles et les meilleures possibles. L’étendue des réformes réalisées ou engagées [...] a témoigné de la capacité de la France à faire progresser [...] la construction européenne. Grâce à l’adoption du traité de Nice, l’Europe a réussi là où elle avait échoué trois ans auparavant, préparant ainsi le chemin à une union élargie qui achèvera de tirer un trait sur les divisions nées des guerres et du totalitarisme.“⁷⁴⁶

⁷⁴⁵ Vgl. ebd.

⁷⁴⁶ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la présentation des vœux du Gouvernement, Palais de l’Elysée 3.1.2001.

Mit seinem Verweis auf die Ursprünge der europäischen Integration im Zusammenhang mit der Erweiterung lässt sich in Chiracs Äußerungen, wie bei den meisten Gelegenheiten, bei denen er sich zum Thema äußerte, auch Anfang 2001 wieder die Kategorie Frieden nachweisen. Ähnlich wie bei den Neujahrgrüßen an die Regierung äußerte sich Chirac vor dem diplomatischen Korps. Hier betonte er neben der Charakterisierung von Nizza als Erfolg im Hinblick auf die Erweiterung besonders die grundsätzlich positive Einstellung Frankreichs zur Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten:

„Au-delà des polémiques ou des interrogations, je le répète: le traité conclu est le meilleur accord possible compte tenu des contraintes qui existaient. Il répond à notre première préoccupation: conserver à l'Union sa capacité de décider, après que l'Europe aura procédé à un élargissement sans précédent. Nous avons ainsi rempli nos engagements. Et je me réjouis que les pays candidats aient bien accueilli les résultats de Nice. [...] nous attendons avec impatience ces peuples qui vont nous rejoindre. Ils se préparent avec détermination à l'adhésion. Notre concours ne leur fera pas défaut.“⁷⁴⁷

In der Corrèze bezeichnete Chirac die Erweiterung in seinen Neujahrgrüßen ebenfalls als entscheidenden Hintergrund für die Entscheidungen von Nizza. Gleichzeitig zeichnete er ein Bild von den französischen Ambitionen für die Weiterentwicklung der EU, in dem einige der bereits an anderer Stelle identifizierten Kategorien erneut auftauchten (Frieden, multipolare Welt, *Europe puissance*, *Europe protection*, Werte):

„Le Sommet de Nice, et c'est ce qu'il faut en retenir, a été l'occasion d'affirmer une volonté commune d'élargir l'Europe, de parachever son unité par-delà des fractures de l'histoire, d'enraciner ainsi la démocratie et la paix sur notre continent. Mais si nous voulons construire une puissance capable de faire jeu égal avec la puissance américaine, capable de réguler la mondialisation, de promouvoir un modèle social, de faire vivre un ensemble de valeurs, une conception des femmes et des hommes dans la société, dans le travail, alors nous devons donner à l'Europe un souffle, une ambition. Il s'agit de dépasser la seule défense des intérêts particuliers, quelques légitimes qu'ils soient. Il s'agit de se porter en avant et de rêver ensemble.“⁷⁴⁸

Im Interview mit den *Dernières Nouvelles d'Alsace* Anfang Februar verteidigte Chirac die unter französischer Führung erzielten Ergebnisse von Nizza gegen seiner Ansicht nach ungerechtfertigte Vorwürfe („un procès injuste“). Er betonte erneut die Schaffung der Voraussetzungen für die Erweiterung durch die Institutionenreform als wichtigstes Resultat des Gipfels. Chiracs Einschätzung nach müsse auf die damit erfolgte technische Vorbereitung der EU jedoch eine breite Debatte über die gemeinsamen europäischen Ambitionen und Ziele

⁷⁴⁷ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 4.1.2001.

⁷⁴⁸ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République: Vœux aux Corrèziens, Tulle 13.1.2001.

einer erweiterten EU folgen, unter Einbeziehung auch der Öffentlichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten:

„ [...] il faut démocratiser le débat européen qui trop souvent a été limité à des cercles de fonctionnaires, d'intellectuels, de politiques. Il faut le démocratiser comme on voit se démocratiser, aujourd'hui, le débat sur la mondialisation. Car l'Europe est bien l'affaire de tous. [...] Ce qui est important, c'est d'approfondir en élargissant, tout en respectant l'identité de chacun. Et surtout que les peuples y soient vraiment associés. Nous sommes arrivés au moment où c'est à eux de manifester leur volonté. Les peuples sont bien conscients que la paix est essentielle et que le meilleur moyen de la garantir au niveau de notre continent, c'est l'intégration européenne. On voit bien, quand on évoque l'Histoire ou qu'on regarde aujourd'hui les Balkans, le danger de la parcellisation de l'Europe. Les peuples européens veulent aussi la démocratie. Ils ne veulent plus revoir de régimes autoritaires. [...] Il faut donc enraciner la démocratie. Et le seul moyen, c'est de le faire dans le cadre d'une Europe élargie et solide.“⁷⁴⁹

Auch anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages von Nizza durch die Staats- und Regierungschefs am 26. Februar hob Chirac die französische Leistung bei seinem Zustandekommen und seine essentielle Funktion als Vorbereitung der Erweiterung hervor:

„[...] je ne partage nullement le sentiment de ceux pour qui ‚l'esprit européen‘ n'aurait pas soufflé à Nice. Bien sûr, les chefs d'Etat et de gouvernement ont veillé, dans les débats, à leurs intérêts nationaux et il n'y a rien de choquant à cela puisque nul ne remet en cause l'existence de nos Nations. Bien sûr, la négociation a été parfois difficile. Ce n'est pas anormal puisqu'il s'agissait de revoir des équilibres d'influence inchangés depuis plus de quarante ans et destinés à durer des années encore. Mais il est tout aussi vrai que les Etats membres ont accepté de faire les efforts nécessaires au nom d'intérêts supérieurs, ceux de la poursuite de l'aventure européenne et de l'élargissement. [...] L'objectif de cette CIG n'était pas de refondre l'architecture de l'Union mais de trouver des réponses aux questions

⁷⁴⁹ Vgl. Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, aux *Dernières Nouvelles d'Alsace*, Palais de l'Elysée 5.2.2001. Die von Chirac angesprochene breite Debatte entsprach einem Beschluss der Staats- und Regierungschefs, die sich im Vorfeld des nächsten Schrittes der EU-Reform eine unionsweite offene Diskussion über Ziele, Finalität und Struktur der EU wünschten. Diese Debatte wurde offiziell am 7. März eingeleitet. In Frankreich wurde sie am 11. April von Staatspräsident und Premierminister gemeinsam angestoßen. Auf nationaler Ebene waren die Abgeordneten und Senatoren, die Minister und alle sonstigen mit Europa befassten Akteure aufgefordert, die Diskussion in ihren jeweiligen Bereichen anzuleiten und zu führen. Auf regionaler Ebene sollte die Initiative bei den Präfekten liegen. Eine u.a. aus Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten zusammengestellte Gruppe aus zehn Experten sollte als privilegierte Ansprechpartner für die zu organisierenden Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Neben übergreifenden Fragen zur zukünftigen Gestalt der EU spielten auch die Euro-Einführung und die Erweiterung eine wichtige Rolle im Rahmen der Kampagne. Am Europatag stellten sich beispielsweise die Kandidatenländer bei verschiedenen Veranstaltungen in ganz Frankreich vor. Vgl. Communiqué de presse commun du Palais de l'Elysée et de l'Hôtel Matignon, relatif à l'ouverture d'un débat sur l'avenir de l'Union européenne, 11.4.2001. Zum Europatag am 9. Mai eröffnete Chirac zusätzlich ein Diskussionsforum zum Thema auf der Internetseite des Staatspräsidenten. Vgl. Message de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de l'ouverture du ‚Forum sur l'avenir de l'Union européenne‘ du site internet de la présidence de la République, 9.5.2001. Vgl. allgemein zur Debatte Henri de Bresson: „L'Elysée et Matignon appellent les Français à se mobiliser dans le débat sur le projet européen“, *Le Monde* 13.4.2001 sowie Henri de Bresson/Daniel Vernet: „Les Européens lancent un débat public sur l'avenir de l'Union“, *Le Monde* 16.4.2001 und Baudouin Bollaert: „Quel projet européen pour la France?“, *Le Figaro* 17.4.2001. Vgl. auch Henri de Bresson (avec Caroline Garcia et Aurore Gorius): „L'avenir de l'Europe en débat dans les régions“, *Le Monde* 4.7.2001 und Luc de Barochez: „La France lance un débat sur l'Europe“, *Le Figaro* 13.7.2001.

institutionnelles nécessaires pour remplir nos engagements envers les candidats, sans défaire l'Union. Et ces réponses, nous les avons très largement trouvées. Au total [...] c'est un traité cohérent et équilibré que vous allez signer. Parce qu'il est, comme tout accord européen, le fruit d'un compromis, il ne répond pas, bien sûr, aux ambitions de certains. Mais c'est le meilleur traité possible compte tenu des contraintes qui existaient et il permettra à l'Europe de demain de continuer à fonctionner avec efficacité. [...] nous pourrons vraiment considérer que Nice est le traité de l'élargissement et qu'en conséquence nous avons rempli notre contrat.⁷⁵⁰

Wie die angeführten Zitate zeigen, betonte Chirac bei mehreren Gelegenheiten zu Beginn des Jahres 2001 die positive französische Einstellung zur Erweiterung und die vorbereitenden Leistungen, die Frankreich während der Ratspräsidentschaft 2000 erbracht habe. Er unterstrich besonders, dass es gelungen sei, die Entscheidungsfähigkeit auch einer erweiterten EU zu garantieren. Vor dem Hintergrund der Beschlüsse von Nizza zur Stimmengewichtung, zur Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen sowie zur Möglichkeit verstärkter Kooperation muss Chiracs Urteil v.a. so verstanden werden, dass er damit zufrieden war, die französischen Einflussmöglichkeiten innerhalb der Entscheidungsverfahren auch bei 20 oder mehr EU-Mitgliedern bewahrt zu haben. Eine solche Interpretation wird gestützt von der Tatsache, dass Chirac neben der gelungenen Vorbereitung der Erweiterung auch Wert darauf legte hervorzuheben, dass die Union einen weiteren Entwicklungsschritt vornehmen müsse, um den Ambitionen, die Frankreich mit der EU verbinde, gerecht werden zu können. Dies wurde besonders bei Chiracs Äußerung in der Corrèze deutlich („construire une puissance capable de faire jeu égal avec la puissance américaine, capable de réguler la mondialisation, de promouvoir un modèle social, de faire vivre un ensemble de valeurs“, s.o.). Zunächst seien mit den Beschlüssen von Nizza die Voraussetzungen für die Erweiterung geschaffen geworden. Diese diene der Sicherung von Frieden und Demokratie auf dem Kontinent und sei eine historische und moralische Verpflichtung. Nizza sei jedoch nur eine Zwischentappe, denn um auch in einer erweiterten Union die genannten französischen Prioritäten (Verlängerung Frankreichs in den internationalen Raum, Aufbau eines Gegengewichts zu den USA, weltweite Vertretung französischer Interessen über die europäische Ebene etc.) umsetzen zu können, bedürfe es in der Folge weiterer Schritte, so Chirac. Diese Argumentationsweise deckt sich mit der im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten Beobachtung, dass die verwendeten Analysekatoren zur französischen Sicht auf Europa auf eine erweiterte Union nur negativ anwendbar sind. Damit die europäischen Strukturen auch nach der Aufnahme neuer Mitglieder wieder zu den

⁷⁵⁰ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la signature du Traité de Nice, Nizza 26.2.2001.

französischen Denk- und Wahrnehmungsmustern passen würden, müssten diese Strukturen entsprechend angepasst werden. Nicht die französische Sicht auf Europa müsse sich wandeln, sondern Europa müsse so gestaltet sein, dass es mit Frankreichs Vision kompatibel sei, so lautet die aus den Äußerungen Chiracs ableitbare Schlussfolgerung. Auf der Basis einer solchen aus nationaler Perspektive entwickelten Haltung konnte sich jedoch kaum eine konstruktive französische Rolle in einer erweiterten Union herausbilden.

Aus einzelnen Analysen, die zu Beginn des Jahres 2001 in der Presse erschienen und sich rückblickend mit der französischen Ratspräsidentschaft beschäftigten, ergab sich ebenfalls eine Infragestellung der Interpretation von Nizza durch den Staatspräsidenten. Den Presseanalysen wurden nicht die französischen Interessen in Europa zugrundegelegt, sondern die Frage, ob Europa im Vorfeld der Erweiterung einen Schritt vorangekommen sei und die Weichen für seine Zukunft stellen konnte. Die Differenz zwischen Präsident und Presse, die sich aus diesen unterschiedlichen Ansätzen ergab und die bereits in der Analyse des Jahres 2000 deutlich wurde, zeigte sich auch 2001.

Pressebewertung

Zu Beginn des Jahres 2001 fanden sich in der Presse, nach der umfassenden Berichterstattung im Dezember 2000, noch einzelne Kommentare und Bewertungen zur französischen Ratspräsidentschaft und besonders zu Nizza. Alain Duhamel beispielsweise kam in *Libération* in seiner Bewertung des Gipfelergebnisses von Nizza, das er als „Fiasko“ bezeichnete, zu deutlich anderen Ergebnissen als der Staatspräsident in seiner Nachbetrachtung. Duhamel hob zwar die Erfolge der französischen Ratspräsidentschaft in einzelnen Teilbereichen hervor, sah jedoch das wesentliche Ziel in Nizza verfehlt und befürchtete langfristige negative Auswirkungen auf Europa:

„Nice n’a pas vu émerger de volonté collective, l’Europe n’est pas du tout en état de marche avant son élargissement, et de surcroît la présidence française s’est montrée maladroite. [...] Nice est un mauvais traité. Aucune volonté d’aboutir a émergé. Plus: c’est la conception britannique et scandinave de l’Europe-marché qui progresse. L’Allemagne sort de l’épreuve plus populaire que la France, laquelle s’est aliéné les ‚petites‘ nations et les pays candidats. Lionel Jospin souhaite que la ‚nouvelle France‘ ait une ‚grande ambition européenne‘: tant mieux. Mais celle-ci passe par un changement radical de méthode et devra commencer par la reconquête d’une autorité fissuré.“⁷⁵¹

Laurent Cohen-Tanugi kritisierte in einer Analyse in *Le Monde* den Bruch des französischen Versprechens, keinen schlechten Kompromiss bei der Institutionenreform in Nizza und statt

⁷⁵¹ Alain Duhamel: „Le fiasco de Nice“, *Libération* 5.1.2001.

dessen eher ein Scheitern zu akzeptieren.⁷⁵² Er sah jedoch die Schuld für das Scheitern in Nizza nicht alleine bei der französischen Ratspräsidentschaft. Vielmehr beobachtete er das grundsätzliche Fehlen eines gemeinsamen politischen Willens der EU-Mitgliedsstaaten, die EU voranzubringen („l’absence croissante d’ambition véritablement commune à quinze qui sous-tend la paralysie actuelle“). Die Ursprünge der fortschreitenden „Dekonstruktion“ der EU sah Cohen-Tanugi u.a. in den geopolitischen Verwerfungen, die sich in der Folge der Ereignisse von 1989 in Europa ergeben hätten. Auf diese Entwicklungen habe der Vertrag von Maastricht noch keine Antworten geben können. Er habe jedoch, so Cohen-Tanugi, durch zahlreiche Ausnahmen beispielsweise für Großbritannien und Dänemark zur Herausbildung einer Kompromisskultur um jeden Preis beigetragen, die den Gemeinschaftsgeist zerstört und zur schwierigen Situation geführt habe, in der sich die Union nach Nizza befinde. Die Erweiterungsstrategie sah Cohen-Tanugi grundsätzlich kritisch und bemängelte auch den fehlenden französischen Einfluss auf deren Gestaltung:

„[...] Paris n’était manifestement pas en mesure d’influer sur la stratégie dominante, mais éminemment discutable, de réunification du continent. En effet, alors que l’Ostpolitik européenne aurait dû viser à favoriser le plus rapidement possible l’intégration de l’Europe centrale et orientale aux systèmes de sécurité, d’économie de marché et d’Etat de droit de l’Union et de l’Alliance atlantique, selon les modalités institutionnelles *ad hoc* préservant notamment le cheminement propre de l’Union, la fuite en avant du ‚*tout élargissement*‘ commencée à Lisbonne dès juin 1992 a produit le résultat exactement inverse: une intégration de l’Est différée par des critères d’adhésion très exigeants et souvent inadaptés aux besoins de ces pays, et néanmoins une perspective inéluctable de déstructuration d’une UE devenue littéralement ‚sans frontières‘ tout en se révélant incapable de se renforcer.“

Cohen-Tanugis sah in seiner Analyse schlechte Aussichten für die weitere Entwicklung der EU, wenn sich nicht einige Staaten innerhalb der Gemeinschaft in einem ehrgeizigen neuen Projekt zusammenfänden und der Union eine neue Inspiration gäben:

„[...] il est une seule question qui vaille: le projet communautaire défini par les traités de Rome et de Maastricht reste-t-il désirable et réaliste pour l’Europe du XXI^e siècle? Si la réponse est affirmative, il est urgent de repenser l’Europe comme elle va avec les Etats membres qui partagent cette analyse, et que ceux-ci fassent de cet aggiornamento leur priorité commune. Dans le cas contraire, autant enterrer dignement le projet de Jean Monnet et de Robert Schuman, et passer à autre chose.“

Jean Quatremer führte in *Libération* in seiner Berichterstattung zur Unterzeichnung des Nizza-Vertrages noch einmal die Schwachpunkte der Übereinkunft im institutionellen

⁷⁵² Laurent Cohen-Tanugi: „Europe: une ambition qui s’érode sans cesse“, *Le Monde* 17.1.2001. Auch die folgenden beiden Zitate in diesem Abschnitt beziehen sich auf diesen Artikel. Kursivsetzungen in Zitaten sind bereits im Original vorhanden.

Bereich auf. Er hoffte jedoch, dass das schlechte Ergebnis von Nizza auch positive Folgen haben könne, wenn alle Beteiligten daraus lernten:

„Cet échec du traité de Nice n'est cependant pas entièrement négatif: tel un électrochoc, il a lancé un véritable débat sur l'avenir de l'Union, qui débouchera, en 2004, sur un processus constitutionnel. Il marque aussi la fin d'une méthode, celle d'une négociation entre Etats: la prochaine Conférence intergouvernementale (CIG) se fera avec les représentants élus des peuples, sans doute sous forme d'une ‚convention‘. Enfin, il a fait prendre conscience au couple franco-allemand que leurs relations étaient en lambeaux et que, sans accord entre eux, l'Europe risquait l'embolie.“⁷⁵³

Es blieb auch im Jahr 2001 bei der bereits häufig beobachteten Diskrepanz zwischen der Bewertung eines europapolitischen Ereignisses durch den Präsidenten auf der einen und die Presse auf der anderen Seite. Erneut ließ sich bei der Untersuchung der ersten Monate des Jahres 2001 auch wieder der Gegensatz zwischen der im wesentlichen auf die französischen Interessen gerichteten Darstellung des Präsidenten und einer stärker die gesamteuropäische Perspektive miteinbeziehende Bewertung in der Presse konstatieren. Die mit dieser Diskrepanz verbundene Problematik blieb damit bestehen und verschärfte sich in dem Maße, wie der Erweiterungsprozess voranschritt.

2. Schwedische Ratspräsidentschaft - Europäischer Rat von Göteborg

Beim Ratstreffen in Göteborg am 15. und 16. Juni war die Erweiterung eines der zentralen Themen im Rahmen der Diskussionen zur Zukunft Europas.⁷⁵⁴ Die Schlussfolgerungen des schwedischen Ratsvorsitzes formulierten explizit, dass der Erweiterungsprozess „unumkehrbar“ sei. Der Rat schloss sich damit dem Beschluss des Rates Allgemeine Angelegenheiten an, der am 11. Juni entschieden hatte, dass der Erweiterungsprozess durch die irische Ablehnung des Nizza-Vertrages nicht verzögert werden dürfe. Auch Jacques Chirac sprach sich ausdrücklich dafür aus, den Erweiterungsprozess zügig zu einem Abschluss zu führen, trotz der Ablehnung des Nizza-Vertrages in Irland:

„Nous avons naturellement manifesté notre respect à l'égard de la position de nos amis irlandais et à l'égard du vote du peuple irlandais. Mais nous avons également réaffirmé avec beaucoup de clarté, comme l'avaient fait les ministres il y a deux ou trois jours au dernier Conseil des affaires générales, notre refus unanime de rouvrir le Traité de Nice, notre volonté de poursuivre les procédures de ratification du Traité de Nice dans les délais prévus, et vous

⁷⁵³ Jean Quatremer: „Les Quinze persistent et signent le traité de Nice“, *Libération* 26.2.2001.

⁷⁵⁴ Vgl. für die folgenden Ausführungen, wenn nicht anders angegeben, Europäischer Rat Göteborg, 15. und 16. Juni 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

savez que pour la France c'est maintenant très proche, notre détermination à ce que l'élargissement ne subisse aucun retard.⁷⁵⁵

Mit einigen Bewerberländern waren zum Zeitpunkt des Ratstreffens von Göteborg bereits zwei Drittel der Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen. Auch mit einigen Staaten aus der Helsinki-Gruppe sollten bis Ende Juni, also nach etwas mehr als einem Jahr, bereits alle Kapitel eröffnet sein. Angesichts dieser Dynamik wurden die Bewerberländer vom Europäischen Rat aufgefordert, entsprechende Anstrengungen bei der Übernahme, der Anwendung und der Durchsetzung des Besitzstandes zu unternehmen, insbesondere bei der Reform der Verwaltungsstrukturen, des Rechtssystems und des öffentlichen Dienstes. Minderheitenfragen waren ein weiterer Punkt, an dem einige Bewerberstaaten ihre Anstrengungen noch nachbessern mussten. Auch Jacques Chirac lobte die Arbeit der schwedischen Ratspräsidentschaft für das Fortschreiten des Erweiterungsprozesses und unterstrich die Bedeutung der Qualifizierung des Prozesses als „unumkehrbar“ besonders für die Kandidatenländer:

„L'élargissement a été en effet au cœur de nos travaux à Göteborg et je dois dire que la présidence suédoise a fait dans ce domaine comme dans les autres un travail tout à fait remarquable. Elle a clôturé un nombre considérable de chapitres de négociations et, au fond, je crois qu'on pourra dire qu'à Göteborg a été clairement affirmé le caractère définitif, irréversible, de l'élargissement. Je crois que cela sera l'une des dates-repères de l'histoire de l'Union européenne, de ce point de vue. Et cela nous a permis d'adresser un message très clair et fort aux pays candidats [...]. Ils ont parfaitement compris, ils ont parfaitement intégré cette dimension de nos travaux de Göteborg qui, pour eux, évidemment, revêt une importance tout à fait particulière, car n'étant pas toujours initiés aux détails des réflexions de l'Union, ils avaient été inquiets ces derniers temps, avec les résultats du référendum irlandais.“⁷⁵⁶

Der Europäische Rat von Göteborg bekräftigte das Grundprinzip der Differenzierung, nach dem alle Bewerberstaaten nur entsprechend ihrer Leistungen beurteilt wurden und sich der Zeitpunkt ihres Beitritts allein danach bestimmte. Auch der Zeitplan, an dem sich die Verhandlungen ausrichteten, wurde in Göteborg bestätigt: Bis Ende 2002 sollten die Verhandlungen abgeschlossen sein, so dass die Teilnahme der neuen Mitglieder an der Europawahl 2004 ermöglicht würde. Erste Zielsetzungen der EU im wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Bereich sollten die Kandidatenländer bereits vor ihrem Beitritt auf ihre nationalen Politiken übertragen. Bezüglich der Türkei sah der Europäische Rat zwar Fortschritte, aber auch immer noch Defizite besonders in Menschenrechtsfragen. Daher

⁷⁵⁵ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères à l'issue du Conseil européen, Göteborg 16.6.2001.

⁷⁵⁶ Ebd.

forderte der Rat die Türkei zu konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Prioritäten der Beitrittspartnerschaft auf. Im Vorfeld des Ratstreffens konnte eine drohende Blockadehaltung Spaniens abgewendet werden. Spanien befürchtete große Einbußen bei den Mitteln aus Strukturfonds, die es in der EU-15 erhielt, wenn mit der Erweiterung eine große Zahl strukturschwächerer Staaten Mitglied der EU würden. Die anderen EU-Länder gingen zwar auf die konkreten Forderungen Spaniens nicht ein, versprachen jedoch, seine Befürchtungen zu berücksichtigen, so dass Spanien den Fortgang des Erweiterungsprozesses nicht blockierte.⁷⁵⁷

Nach der Debatte über die verschiedenen Zukunftsvisionen für die EU und den harten Verhandlungen über Grundsatzfragen der Integration kehrte mit der schwedischen Ratspräsidentschaft im Erweiterungsprozess wieder ein Stück mehr Alltag ein. Während dank einer engagierten schwedischen Politik am Ende des ersten Halbjahres 2001 große Fortschritte bei der Heranführung der Kandidatenländer an die EU verzeichnet werden konnten, waren von Seiten der alten EU-Staaten noch nicht alle Vorbehalte ausgeräumt, wie sich beispielsweise an der Haltung Spaniens zur Fortführung der Strukturfonds zeigte. Das Insistieren auf der Wahrung nationaler Interessen auch in einer vergrößerten Union, das bereits die Verhandlungen in Nizza geprägt hatte, setzte sich auch 2001 in einigen Bereichen fort. In Jacques Chiracs Ausführungen dominierte im Verlauf der schwedischen Präsidentschaft wieder ein offener Diskurs zur Erweiterung. Diese Feststellung verwundert vor dem Hintergrund der bisherigen Untersuchungsergebnisse nicht, da in Göteborg im Zusammenhang mit der Erweiterung keine Themen auf der Agenda standen, die wesentliche französische Interessen direkt berührt hätten. Chirac konnte daher wieder die grundsätzliche Offenheit Frankreichs für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder betonen. Der Beitrittsprozess verlief mit dem weiterhin im Vordergrund stehenden Prinzip der Differenzierung und der grundsätzlichen Gleichbehandlung aller Bewerberstaaten auch im französischen Sinne, so dass Chiracs Haltung durchaus ihre Berechtigung hatte.

3. Umfragedaten in der ersten Jahreshälfte 2001

In der zweiten Januarhälfte 2001 wurden im Rahmen einer großen qualitativen Umfrage durch das Institut OPTEM im Auftrag der Europäischen Kommission die Bürger der 15 EU-Mitgliedsstaaten sowie aus neun der Beitrittskandidatenländer zu ihrer Wahrnehmung der EU,

⁷⁵⁷ Vgl. Laurent Zecchini: „Les Quinze excluent une renégociation du traité de Nice“, *Le Monde* 13.6.2001. Vgl. auch das Interview mit dem spanischen Außenminister Josep Pique in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9./10.6.2001: „Spanien will nicht ewig Zuschüsse von der EU“.

zu ihrer Einstellung zur Integration sowie zu den Erwartungen an die Union befragt.⁷⁵⁸ Das Eurobarometer 55 erhob seine Daten im April und Mai 2001.⁷⁵⁹ Aus beiden Umfragen ließ sich für Frankreich ein Bild von der Perzeption und Einschätzung der europäischen Integration nach der französischen Ratspräsidentschaft und den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza ablesen.

Allgemeine Einstellung zur europäischen Integration

Die allgemeine Einstellung der Franzosen zur europäischen Integration blieb im Frühjahr 2001 mehrheitlich positiv. 49% der Franzosen befürworteten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU (13% nicht) und 47% sahen darin Vorteile für Frankreich (28% nicht).⁷⁶⁰ Für sich persönlich sahen die meisten der befragten Franzosen (53%) genau so viele Vorteile wie Nachteile durch die europäische Integration. 18% sahen deutlich mehr Vorteile und 14% deutlich mehr Nachteile. Beim Image der EU hatte sich in Frankreich eine leichte Verschiebung ins Negative ergeben.⁷⁶¹ Im Vergleich zum Frühjahr 2000 sahen ein Jahr später mit 47% zwei Prozent weniger die EU als sehr oder ziemlich positiv an. 34% und damit 5% mehr als im Jahr 2000 standen der EU neutral gegenüber und 16% (gegenüber 17% im Jahr 2000) sahen sie ziemlich oder sehr negativ. Woran diese Verschiebung gelegen haben könnte, ging aus den Eurobarometer-Daten nicht hervor. Möglicherweise spielte hier das negative Bild des Gipfels von Nizza, das auch in der Presse deutlich widergespiegelt wurde, eine Rolle.

Die OPTEM-Umfrage kam zu ähnlichen Ergebnissen wie das Eurobarometer. Auch die qualitative Befragung der Franzosen ergab in Bezug auf die europäische Integration ein grundsätzlich, wenn auch nicht durchweg positives Bild:

„Les attitudes des Français à l’égard de l’Union Européenne sont marquées par une ambivalence: adhésion assez générale au dessein noble d’union destinée à rapprocher les pays européens, et à les renforcer face aux Etats-Unis, mais sentiment de faiblesse des réalisations et de lenteur d’avancement dans un contexte de désaccords récurrents entre les Etats membres, amenant à douter fortement qu’il y ait vraiment ‚une politique européenne‘“. (S. 66)

⁷⁵⁸ Perceptions de l’Union européenne. Attitudes et attentes à son égard, Etude qualitative auprès du public des 15 Etats membres et de 9 pays candidats à l’adhésion, Rapport général, Etude réalisée par OPTEM S.A.R.L. pour la Commission Européenne, Juin 2001.

⁷⁵⁹ Eurobarometer 55, Oktober 2001, Umfragen: April-Mai 2001, Europäische Kommission.

⁷⁶⁰ Vgl. Eurobarometer 55. Mit diesen Werten lag Frankreich im EU-Durchschnitt (48% Befürworter und 13% Gegner der EU-Mitgliedschaft ihres Landes; 45% sahen darin Vorteile, 30% nicht).

⁷⁶¹ „Haben Sie von der Europäischen Union generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild?“

Die Ursprünge und Gründungsmotive der europäischen Integration waren, so die Ergebnisse der OPTEM-Befragung, in Frankreich sehr gut bekannt:

„Les origines de l’Union Européenne apparaissent [...] dans les premiers propos des interviewés et, en l’occurrence, les perceptions sont dépourvues d’ambiguïté. Au sortir de la deuxième guerre mondiale, il s’agissait de créer une entente entre la France et l’Allemagne, dans un but politique au sens le plus noble du terme, en mettant en œuvre les moyens économiques aptes, en outre, à renforcer les pays européens à la fois pour se protéger du bloc soviétique en pleine période de guerre froide, et pour ‚contrer’ les Etats-Unis.“ (S. 66)

In Bezug auf den aktuellen Stand der Integration zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellte die OPTEM-Umfrage dagegen einen von den Franzosen z.T. auch selbst eingeräumten schlechten Informationsgrad fest. Inhaltlich wussten viele Franzosen nur ungefähr, worin die Zuständigkeiten und die Politik der EU bestanden („Toute une série de sujets évoqués ça et là, sur lesquels les interviewés savent peu de choses mais qui donnent le sentiment que l’action communautaire est susceptible de s’exercer dans tous les domaines.“, S. 66) und auch was Institutionen und Verfahrensweisen anging, war das Ergebnis von OPTEM bezeichnend:

„En ce qui concerne les institutions, on a vu qu’on soupçonnait leur existence plutôt qu’on ne les connaissait. Les explorations complémentaires sur ce sujet confirment la grande incertitude qui règne dans la plupart des esprits. [...] En résumé, la méconnaissance et la confusion sont impressionnantes à propos d’un système institutionnel ‚sans tête’ et donc désincarné.“ (S. 67)

Aus der OPTEM-Befragung ging weiterhin eine Kritik der Franzosen an den ihnen zugänglichen Informationen zur europäischen Integration hervor. Als wichtigste Informationsquellen wurden hauptsächlich die Medien, besonders Fernsehen und Printmedien, die Schule, sowie in einigen Fällen Besuche in europäischen Institutionen genannt. Die durch diese Quellen erhältliche Information wurde als nicht hilfreich betrachtet („dans l’ensemble rébarbatif et inefficace, faute de ligne directrice qui permettrait d’en comprendre le sens et la portée“, S. 67). Es bestand jedoch ein Bedarf an Information, wie OPTEM feststellte:

„Cependant, des attentes réelles s’expriment à l’égard d’une information européenne différente, de vulgarisation, transparente et accessible: sur le fonctionnement institutionnel; sur les règles communes et les règles spécifiques à chaque pays; ou sur les bénéfices de la construction européenne pour le citoyen.“ (S. 67)

Mit diesem Wunsch waren die oben genannten Instanzen (Medien etc.) angesprochen. Die Erwartung einer besseren Vermittlung Europas und europäischer Politik richtete sich jedoch genauso an die nationalen Politiker, die bei den wichtigsten Informationsquellen nicht einmal genannt wurden. Dass die OPTEM-Befragung unmittelbar nach der sechsmonatigen

französischen Ratspräsidentschaft zu einem solchen Ergebnis kam, bedeutete für die französische politische Führung, dass ihre Vermittlungsversuche und ihre politischen Anstrengungen zur Förderung der Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern in Frankreich weitgehend als gescheitert betrachtet werden mussten.

Erweiterung

In Bezug auf die Erweiterung bildete Frankreich, gemeinsam mit Österreich, im Frühjahr 2001 weiterhin das Schlusslicht bei den Zustimmungswerten. Während laut Eurobarometer (S. 53ff.) im EU-Durchschnitt 43% der Befragten die Erweiterung befürworteten, waren es in Frankreich nur 35%. Der Erweiterung ablehnend gegenüber standen dagegen in Frankreich 47% der Befragten, im EU-Durchschnitt nur 35%. Der Anteil der Erweiterungsgegner hatte sich in Frankreich im Vergleich zum Herbst 2000 allerdings immerhin um drei Prozentpunkte verringert. Das Eurobarometer stellte fest, dass es bei den Befragten einen deutlichen Zusammenhang zwischen der generellen Befürwortung der EU-Mitgliedschaft ihres Landes und der Befürwortung der Erweiterung gab: Wer die EU-Mitgliedschaft seines Landes positiv sah, stand meistens auch der Erweiterung offen gegenüber. Angesichts der allgemeinen Zustimmung zur Integration in Frankreich erstaunte daher die deutliche Ablehnung der Erweiterung umso mehr. Andererseits bot die Erkenntnis des Eurobarometers über den Zusammenhang zwischen allgemeiner Zustimmung zur EU und Zustimmung zur Erweiterung der französischen Regierung und dem Präsidenten einen guten Hebel, um die negative Einstellung eines großen Teils der Gesellschaft zu ändern. Laut den Analysen von Eurobarometer war dies auch mit Hilfe von europäischen Themen möglich, die nicht direkt mit der Erweiterung in Verbindung standen.

Die Haltung der Franzosen zur Erweiterung veränderte sich, wenn die zugehörige Frage anders gestellt wurde. Das Eurobarometer 55 differenzierte folgendermaßen: „Welche der drei Möglichkeiten würden Sie für die nahe Zukunft der EU vorziehen? a) Die Europäische Union sollte bei der Erweiterung alle Staaten aufnehmen, die ihr beitreten möchten. b) Die Europäische Union sollte bei der Erweiterung nur einige der Staaten aufnehmen, die ihr beitreten möchten c) Die Europäische Union sollte überhaupt nicht um weitere Staaten erweitert werden; Keine der genannten (spontane Antwort) / Weiß nicht“. Bei dieser Fragestellung gaben im Frühjahr 2001 43% der befragten Franzosen zur Antwort, die EU solle für einige Staaten offen sein. 18% fanden, es sollten alle Bewerberstaaten aufgenommen werden und 23% waren der Ansicht, die EU solle gar keine zusätzlichen Staaten aufnehmen. Auch wenn die Zahl derjenigen, die grundsätzlich gegen eine Erweiterung waren, mit 23%

sehr hoch war und sich ähnlich nur noch in Österreich und Belgien fand, milderte die veränderte Fragestellung die in anderen Umfragen festgestellte harte ablehnende Haltung der Franzosen deutlich ab. Frankreich näherte sich sogar dem EU-Durchschnitt an⁷⁶², was bei der anders formulierten Erweiterungsfrage nie der Fall war. Was den Fortgang des Erweiterungsprozesses anging, waren 54% der Franzosen dafür, das aktuelle Tempo beizubehalten. 22% wünschten sich allerdings auch eine Beschleunigung. 17% der Befragten hatten hier keine Meinung.⁷⁶³ An persönliche Konsequenzen der Erweiterung für ihr Leben glaubten nur wenige Franzosen. 79% gingen davon aus, dass die Aufnahme neuer Staaten in die EU keine Auswirkungen auf ihr persönliches Leben haben werde. Die meisten anderen EU-Bürger sahen dies ähnlich (EU-15: 68%).

Auch im Frühjahr 2001 blieb die mangelnde Information der EU-Bürger ein großes Problem im Zusammenhang mit der Erweiterung. Auf die Frage, ob sie sich eher gut oder eher schlecht über die Erweiterung informiert fühlten, antworteten im EU-Durchschnitt 78%, sich nicht sehr gut oder überhaupt nicht informiert zu fühlen. Nur 18% gaben an, sich gut oder sehr gut informiert zu fühlen. Für Frankreich sahen die Zahlen ähnlich aus: 75% fühlten sich schlecht und nur 22% gut informiert. Dieses Ergebnis ergänzte das Gefühl eines allgemeinen Informationsdefizits zur EU, das die Franzosen bei sich diagnostizierten. Auf einer Skala von 1 bis 10 situieren sie sich bei einem Wert von 3,87 (EU-Durchschnitt 3,97).

Die OPTEM-Umfrage stellte in Bezug auf die Erweiterung in Frankreich eine grundsätzliche Offenheit v.a. aus moralischen Gründen fest („une sorte de devoir moral d’accueillir des pays qui font historiquement et culturellement partie intégrante de la Grande Europe“, S. 158). Gleichzeitig äußerten jedoch die meisten Befragten zahlreiche Ängste und Befürchtungen im Zusammenhang mit der anstehenden Erweiterung. Genannt wurden beispielsweise Ängste vor wirtschaftlichen und sozialen Problemen aufgrund des Entwicklungsrückstandes der mittel- und osteuropäischen Länder und vor einer Rückentwicklung des bisherigen Integrationsstandes in der EU aus der Notwendigkeit heraus, sich den neuen Mitgliedsstaaten anzupassen sowie die Befürchtung einer zusätzlichen Verkomplizierung der Verwaltungs- und Funktionsmechanismen der EU. Einige der Befragten sahen durchaus auch Chancen für die französische Wirtschaft durch die Öffnung neuer Märkte. Als weiteren Vorteil der Erweiterung nannten zahlreiche Befragte ein größeres Gewicht der EU weltweit. Das Fazit der OPTEM-Umfrage zur Erweiterung blieb für Frankreich jedoch zwiespältig:

⁷⁶² 44% für die Aufnahme einiger und 21% für die Aufnahme aller Staaten; 16% gegen die Aufnahme weiterer Länder.

⁷⁶³ Bis auf Griechenland, Italien und Portugal überzog in allen EU-Ländern die Zahl derjenigen, die keine Veränderung beim Fortgang des Erweiterungsprozesses wünschten.

„Globalement, la nécessité inéluctable de l'élargissement n'est pas contestée, mais tous insistent sur la grande prudence qu'il faut avoir dans la définition des étapes successives et dans le respect des critères économiques, sociaux, démocratiques ou de respect des droits de l'homme.“ (S. 158)

Auswertung

Der Widerspruch zwischen der grundsätzlich positiven Einstellung der Franzosen zu Europa und ihrer deutlichen Ablehnung der Erweiterung sowie besonders die Ergebnisse der qualitativen OPTEM-Befragung bestätigen einige wichtige Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit.

Orientierung an den Anfängen der europäischen Integration

Die Anfänge der europäischen Integration waren den Franzosen deutlich besser bekannt als der aktuelle Zustand des Jahres 2001. Die Beurteilung der aktuellen Entwicklungen erfolgte daher zu großen Teilen vor dem Hintergrund der Gründungsbedingungen. Diese waren für Frankreich positiv und auch die Integration wurde dementsprechend grundsätzlich positiv beurteilt. Einige der neueren Entwicklungen konnten jedoch mit den veralteten Wahrnehmungsmustern nicht mehr erfasst werden. Dementsprechend bestanden in einigen Bereichen enorme Verständnisprobleme. Diese der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Situation erklärt die Schwierigkeiten der Franzosen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen in Europa einzustellen und ist ein Faktor bei der Suche nach dem Grund für die mehrheitliche Ablehnung der Erweiterung durch die Franzosen. Die OPTEM-Befragung bestätigte also die für die vorliegende Arbeit formulierte Hypothese eines erheblichen französischen Vermittlungsproblems zu Europa, da Vermittlungs- und Wahrnehmungsmuster den u.a. durch die Erweiterung wesentlich veränderten Rahmenbedingungen nicht angepasst wurden. Mehrere der für die vorliegende Analyse verwendeten Vermittlungs- und Wahrnehmungsmuster zu Europa fanden sich in den gegenüber OPTEM genannten Gründungsmotiven der europäischen Integration wieder: U.a. ging es in den 1950er Jahren darum, die deutsch-französische Aussöhnung voranzubringen (Kategorie Deutschland), die Wirtschaftskraft der zusammengeschlossenen Länder zu stärken (Kategorie Interesse) sowie darum, sich gemeinsam in der Weltlage des Kalten Krieges zu positionieren, in der Einschätzung der Franzosen v.a. gegenüber den USA (Kategorie *Europe puissance*). Die Prägung dieser Kategorien über Jahrzehnte hinweg wurde in der OPTEM-Umfrage deutlich. Dass allgemeiner nationale politisch-kulturelle Faktoren bei der Wahrnehmung auch der europäischen Politik eine Rolle spielten, zeigte sich in den oben dargestellten Umfragedaten u.a. an den Verständnisschwierigkeiten des europäischen Institutionengefüges.

Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, widerspricht sein eher föderaler und auf Kompromisse ausgelegter Charakter den Grundlagen der französischen zentralistischen Republik. Explizit wurde dieser Gegensatz durch die befragten Franzosen formuliert, wenn sie beklagten, die EU sei „kopflös“ („sans tête“) und werde durch niemanden verkörpert. Die Gewohnheit der Franzosen, ihren zentralistisch organisierten Staat durch den direkt gewählten Staatspräsidenten auch personell identifizieren zu können, schien hier deutlich durch.

Erweiterung

Neben den bereits genannten Punkten wurde auch die ebenfalls bereits mehrfach konstatierte mangelhafte Vermittlung Europas in Frankreich durch die zitierten Umfrageergebnisse bestätigt. Selbst eine Gelegenheit wie die sechsmonatige Ratspräsidentschaft konnte in Frankreich nicht zu einer wesentlichen Änderung dieser Situation beitragen. Interesse an mehr Information zu Europa bestand durchaus, wie OPTEM ermittelte, aber offensichtlich wurde dieser Bedarf in Frankreich von der Politik nicht ausreichend bedient. Im Hinblick auf die Erweiterung erwies sich diese Situation im Jahr 2001 als besonders problematisch. Weiterhin lehnte eine deutliche Mehrheit der Franzosen die Aufnahme neuer Staaten in die EU ab und verweigerte damit die Zustimmung zu einem der wichtigsten Zukunftsschritte der Union. Wie aus den durch die OPTEM-Befragung ermittelten Ängsten und Befürchtungen erkennbar wurde, überwogen diese in der Einschätzung der Franzosen deutlich gegenüber den Chancen und positiven Folgen der Erweiterung. Dies verwunderte nicht angesichts der im Verlauf der vorliegenden Untersuchung festgestellten Vermittlungsstrategie des Staatspräsidenten, der ebenfalls stärker auf die Risiken und Gefahren als auf zusätzliche Möglichkeiten verwies. Dass die Argumentation Chiracs zur Erweiterung bei den Franzosen ankam, zeigte sich auch daran, dass diese seiner Interpretation der Erweiterung als moralischer Verpflichtung folgten. Die positiveren Umfragewerte, die sich in Frankreich ergaben, wenn die Frage nach der Erweiterung anders gestellt wurde, wie im Eurobarometer geschehen, zeigte, dass es durchaus möglich war, die Franzosen für diese Perspektive zu gewinnen. Es bedurfte jedoch einer deutlich intensiveren und andere Schwerpunkte setzenden Vermittlungsarbeit besonders durch die Politik. Diese bereits zu Beginn des Erweiterungsprozesses gültige Beobachtung musste auch im Jahr 2001 weiterhin aufrecht erhalten werden. Eine Veränderung wurde umso dringlicher notwendig, je näher die Verwirklichung der Aufnahme der ersten neuen Mitglieder rückte.

4. Reise ins Baltikum

Vom 26. bis zum 28.7.2001 besuchte Jacques Chirac Litauen, Lettland und Estland. Es war der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten seit 1992, als François Mitterrand unmittelbar nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten dorthin gereist war. Zielsetzungen der Reise Chiracs waren, nach seiner eigenen Darstellung, zum einen die Betonung der Bedeutung, die Frankreich dem Baltikum beimaß, unmittelbar vor dem anstehenden Beitritt der drei Länder zur EU. Zum anderen verstand sich der französische Präsident aber auch wieder als Vertreter und Anwalt der französischen Wirtschaft. Die Rolle französischer Unternehmen im Baltikum war, wie in den mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern, noch nicht sehr stark. Mit seinem Besuch in Litauen, Lettland und Estland, bei dem er auch von Wirtschaftsvertretern begleitet wurde, wollte Chirac einen neuen Impuls für eine stärkere wirtschaftliche Kooperation mit den drei Staaten geben.⁷⁶⁴

Französische Unterstützung für den EU-Beitritt der baltischen Staaten

Wichtigstes Thema der Gespräche und Reden Chiracs war der bevorstehende Beitritt der drei baltischen Staaten zur EU. Estland war am weitesten fortgeschritten in seinen Reformanstrengungen, aber auch Lettland und Litauen hatten zu diesem Zeitpunkt gute Chancen, zur ersten Gruppe von neuen Mitgliedsstaaten zu gehören. Chirac ging davon aus, dass alle drei baltischen Staaten zu einem Zeitpunkt in die EU aufgenommen werden könnten, der es ihnen erlauben würde, an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilzunehmen. Chirac ermutigte daher die drei Länder, ihre Reformanstrengungen zur Erfüllung der Beitrittsbedingungen fortzusetzen und betonte mehrfach, dass Frankreich ihre

⁷⁶⁴ Vgl. z.B. Chiracs Aussage beim Staatsbankett beim litauischen Präsidenten Adamkus: „L'état de nos relations économiques et commerciales ne saurait nous satisfaire. J'appelle les entrepreneurs et investisseurs français à se faire une idée neuve de la Lituanie, à voir les promesses de son développement. Je voudrais que ma visite marque le point de départ de nouvelles coopérations.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. le Président de la République de Lituanie et Mme Valdas Adamkus, Wilna 26.7.2001. Vgl. auch die Ausführungen Chiracs vor lettischen und französischen Wirtschaftsvertretern in Riga: Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du déjeuner offert par le Premier ministre letton et de la rencontre avec les communautés d'affaires française et lettone, Riga 27.7.2001. Vgl. auch Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, Tallinn 28.7.2001 und Chiracs Aussage beim Staatsbankett beim estnischen Präsidenten Meri: Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par le Président de la République d'Estonie et Mme Helle Meri, Tallinn 28.7.2001.

schnelle Aufnahme in die EU begrüßen würde.⁷⁶⁵ Wie bei seinen Besuchen in mittel- und osteuropäischen Staaten hob Chirac auch im Baltikum seine persönliche Unterstützung für die EU-Osterweiterung hervor, die er als einer der ersten europäischen Politiker bereits im Jahr 1989 geäußert habe.⁷⁶⁶ Die grundsätzliche französische Haltung zur anstehenden Erweiterung stellte Chirac bei einer Begegnung mit französischen und lettischen Wirtschaftsvertretern in Riga dar:

„Ma conviction est que cet élargissement va profiter à tous. Qu’il sera bénéfique bien sûr pour les pays candidats à l’adhésion [...] mais aussi pour l’Union européenne. Voilà pourquoi la France a toujours soutenu l’élargissement, les engagements des pays membres à l’égard des candidats et le calendrier fixé. C’est un devoir moral pour les Etats de l’Union de vous accueillir. C’est aussi parce que l’Europe incarnait pour vous la liberté, la démocratie, la prospérité, la paix que vous avez reconquis si brillamment votre souveraineté. Nous allons ensemble bénéficier de ce surcroît de dynamisme que nous promet l’élargissement.“⁷⁶⁷

Vor dem lettischen Parlament, der Saeima, stellte Chirac die Osterweiterung der EU außerdem in ihren historischen Kontext:

„Ici, dans les pays baltes [...] l’élargissement de l’Union européenne prend toute sa dimension historique. La France et l’Allemagne, qui ont engagé la construction européenne, l’ont fait d’abord pour enraciner la paix au lendemain des terribles affrontements qui avaient endeuillé et traumatisé des générations d’Européens. Nous avons dû surmonter des antagonismes ancrés au plus profond de chacun de nos peuples. Il fallait de la vision et du courage pour entreprendre un tel rapprochement et pour parler le langage de la raison à des hommes et des femmes qui s’étaient tant battus et qui avaient tant souffert. Mais l’œuvre demeurerait inachevée. Il restait à l’est de notre continent, séparée de nous, empêchée de nous rejoindre et subissant la répression et la domination étrangères, une part essentielle de la famille européenne. En ce sens, l’adhésion des trois nations baltes à l’Union tournera définitivement

⁷⁶⁵ Vgl. z.B. die Aussage Chiracs beim Empfang der französischen Gemeinde in Litauen: „Je me réjouis que les trois pays baltes, et notamment la Lituanie, aient pu faire les efforts indispensables pour être parmi les premiers dans l’adhésion. Et la France ne ménagera pas ses efforts, naturellement, pour soutenir ce qu’ont fait les trois pays baltes et pour les accueillir avec joie dans l’Union européenne, je l’espère, dès la fin de 2002, si les derniers problèmes peuvent être résolus, de façon à ce que, dès 2004, ces pays puissent élire leurs représentants au Parlement européen comme les Quinze d’aujourd’hui.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la réception de la communauté française de Lituanie, Wilna 26.7.2001. Vgl. auch die Rede Chiracs vor der Universität in Wilna: Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001.

⁷⁶⁶ Vgl. z.B. die Äußerung Chiracs beim Staatsbankett beim litauischen Präsidenten Adamkus: „En 1989, quand tomba le mur de la honte, j’ai plaidé, parmi les tous premiers, je crois, pour l’entrée des pays d’Europe centrale et orientale dans l’Union européenne. Leur rêve d’Europe les avait fait espérer. Ce rêve les avait fait tenir. L’idéal européen s’adressait tout naturellement à eux.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par M. le Président de la République de Lituanie et Mme Valdas Adamkus, Wilna 26.7.2001.

⁷⁶⁷ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du déjeuner offert par le Premier ministre letton et de la rencontre avec les communautés d’affaires française et lettone, Riga 27.7.2001. Vgl. zur moralischen Dimension der Erweiterung auch Chiracs Aussage beim Staatsbankett bei der lettischen Präsidentin Freiberga: „Oui, nous, membres de l’Union, avons le devoir moral d’accueillir des peuples aux yeux desquels l’Europe incarnait l’espérance et qui se sont libérés pour ensuite la rejoindre. C’est toujours ma conviction, sans cesse réaffirmée depuis la chute du Mur.“ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion du dîner d’Etat offert en son honneur par la Présidente de la République lettone et M. Imants Freibergs, Riga 27.7.2001.

la page de la Seconde Guerre mondiale, avec les épisodes tragiques qui l'avaient précédée, avec l'impitoyable et cruel partage de l'Europe entériné à Yalta. Ce n'est pas seulement votre pays qui rejoint l'Europe; c'est l'Europe qui retrouve les siens.⁷⁶⁸

Ängste und Befürchtungen der baltischen Staaten in Bezug auf ihren EU-Beitritt

Chirac ging während seiner Reise auch auf Befürchtungen ein, die ihm in den baltischen Ländern angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts zugetragen wurden. Der französische Präsident versuchte, diese Ängste zu entkräften und zeichnete ein durchweg positives Bild der EU-Integration. Möglicherweise vor dem Hintergrund des Verlaufs des Gipfels von Nizza bestand im Baltikum beispielsweise die Befürchtung, als kleine Staaten in der EU dem Willen der großen Länder unterworfen zu sein. Chirac vertrat dagegen die Auffassung, dass sich in der EU Koalitionen entlang geteilter Interessen bildeten und dass sich zu bestimmten Themen zumeist sowohl kleine als auch große Länder zusammenfänden. Chirac verwies in diesem Zusammenhang auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die mit Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten bereits eine gemeinsame Anstrengung gleichwertiger großer und kleiner Staaten gewesen sei. Dieses Prinzip der Gleichbewertung aller Mitglieder habe die Union in ihrer Weiterentwicklung immer beibehalten und werde dies auch gegenüber den potentiellen neuen Mitgliedern tun, so Chirac.⁷⁶⁹

Für eher gerechtfertigt hielt Chirac die Befürchtungen der baltischen Staaten vor den Bestimmungen der europäischen Bürokratie. Dieses Argument konnte Chirac nachvollziehen, sah jedoch in einer gewissen Bürokratisierung die Voraussetzung für das Funktionieren der Integrationsstrukturen. Er sagte daher den Kandidatenländern voraus, dass auch sie in diesem Punkt zu einer positiveren Einstellung kommen würden:

„Alors, il y a une autre critique que j'ai vue. On nous dit: ah, on va être obligé d'obéir à la technocratie de Bruxelles. J'ai lu ça dans un journal lituanien. Je le comprends, naturellement, et en plus c'est vrai. Vous savez, nous aussi, nous sommes agacés par cela. Comment,

⁷⁶⁸ Propos introductifs de M. Jacques Chirac, Président de la République, suivis d'un débat à la Saeima (Parlement letton), Riga 27.7.2001.

⁷⁶⁹ Vgl. beispielsweise die Ausführungen Chiracs bei der Pressekonferenz mit dem litauischen Präsidenten Adamkus zu diesem Thema: Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001. Vgl. auch die Äußerungen Chiracs in seiner Rede vor der Universität in Wilna: „Jamais, jamais, dans l'histoire de notre communauté, il n'y a eu une différence entre les petits et les grands pays. Tout simplement parce que les discussions se font en fonction des intérêts et que les intérêts, il n'y a pas les intérêts des grands pays d'un côté et les intérêts des petits pays de l'autre, il y a des intérêts différents entre les pays, qui conduisent toujours à ce qu'il y ait dans les discussions entre majorité et minorité, d'un côté quelques grands pays et quelques petits pays, et, de l'autre, quelques grands pays et quelques petits pays. On n'a jamais vu un diktat des grands pays. Cela n'existe pas, dans toute l'histoire de l'Europe. Tout simplement parce que c'est impossible. Ce n'est donc pas un argument qui doit être retenu. Il est irréaliste.“ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001. Bei seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit dem estnischen Präsidenten Meri äußert sich Chirac noch einmal ähnlich zum Thema. Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, Tallinn 28.7.2001.

pourquoi, est-ce qu'il faut que l'on obéisse ou que l'on se plie à la volonté exprimée par les technocrates de Bruxelles? Oui, parfois on a tort, parfois on a raison, peu importe, c'est le prix à payer pour que le système fonctionne. Et vous savez, au total, le prix est très faible par rapport aux services rendus et donc, croyez-moi, ces craintes ne sont pas fondées.⁷⁷⁰

Weiterhin versuchte Chirac, in den baltischen Ländern Befürchtungen zu zerstreuen, ein EU-Beitritt bedeute eine Aufgabe ihrer gerade erst wieder zurückgewonnenen nationalen Souveränität und ihrer Identität. In diesem Zusammenhang verwies der französische Präsident auf seine Rede vor dem Deutschen Bundestag, in der er seine Vision eines Zusammenschlusses von Nationalstaaten vorgestellt habe. Diese Organisationsform garantiere den Fortbestand der Nationalstaaten und bedeute dennoch einen Fortschritt für Europa, so Chirac beispielsweise vor der Universität in Wilna. Eine Aufgabe der nationalen Identität sei auch nicht im Interesse Frankreichs, so Chirac:

„[...] dans le grand débat qui s'ouvre, j'ai proposé que l'Union se constitue en une Fédération d'Etats-nations. Il y aura, dans l'Europe de demain, davantage d'éléments de nature fédérale, mais fondés sur la libre volonté de ces grands acteurs de l'histoire des peuples que sont et demeureront nos nations. Et cette Fédération d'Etats-nations reposera sur une Constitution déclinant les valeurs de l'Europe et la répartition des compétences dans l'Union. [...] Nous n'avons aucune intention de perdre notre identité. Et nous comprenons parfaitement qu'il en soit de même pour vous.⁷⁷¹

Ähnlich äußerte sich Chirac vor dem Parlament in Riga:

„[...] il faut que nous n'acceptons non pas de perdre notre souveraineté, mais de transférer une part de notre souveraineté à l'ensemble européen pour que cette part, là où c'est utile, puisse permettre d'être plus efficaces pour régler les problèmes du monde d'aujourd'hui et de demain. Et c'est ce que j'ai voulu exprimer, notamment dans un discours il y a quelque temps devant le Parlement allemand à Berlin, en parlant de Fédération d'Etats-nations. Fédération parce qu'il est exact que nous devons librement transférer à l'Europe certaines parties de notre souveraineté pour être efficaces, selon le vieux principe que l'union fait la force. Mais d'Etats-nations, pour bien marquer que nous entendons construire une Europe où chaque Etat, chaque Nation, expression de chaque peuple, gardera son identité, sa réalité. Voilà l'idée que la France se fait de l'Europe de demain.⁷⁷²

Im Interview mit der lettischen Tageszeitung *DIENA* wurde Chirac auf die niedrigen Zustimmungswerte der Franzosen zur Erweiterung in den Eurobarometer-Umfragen angesprochen. Chirac gestand eine nicht ausreichende Kommunikation zum Thema teilweise zu, sah aber die Umfrageergebnisse grundsätzlich als nicht dramatisch an:

⁷⁷⁰ Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001.

⁷⁷¹ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001.

⁷⁷² Propos introductifs de M. Jacques Chirac, Président de la République, suivis d'un débat à la Saeima (Parlement letton), Riga 27.7.2001.

„Je crois qu’il ne faut pas tirer d’enseignements définitifs de ces sondages et considérer que les Français seraient peu enthousiastes vis-à-vis de l’élargissement. C’est d’abord - me semble-t-il - un problème d’information, qui n’est pas spécifique d’ailleurs à la France. Les négociations ont bien avancé mais elles ne sont pas encore entrées dans leur phase finale; lorsque ce sera le cas, il y aura évidemment dans tous les pays membres et chez les candidats une mobilisation plus forte de l’opinion et j’en suis convaincu une meilleure compréhension de la nécessité de réaliser ce grand projet de réunification de la famille européenne. Il faut néanmoins dès maintenant intensifier notre communication sur l’Europe de demain et je sais que la Commission a lancé un programme en ce sens, en liaison avec les Etats membres. Le débat lancé en France, dans les régions, sur l’avenir de l’Union permet également de sensibiliser davantage nos concitoyens à l’importance de ces négociations pour le futur du continent.“⁷⁷³

EU-Erweiterung und NATO-Erweiterung

Neben der Kandidatur für einen EU-Beitritt strebten die baltischen Staaten auch eine Aufnahme in die NATO an. Über diese Frage sollte beim NATO-Gipfel im Herbst 2002 entschieden werden. Aufgrund der zeitlichen Nähe der beiden potentiellen Aufnahmen in EU und NATO waren ein möglicher Zusammenhang zwischen beiden Prozessen und die französische Haltung zu beiden Entwicklungen häufig Gegenstand von Chiracs Gesprächen im Baltikum. Chirac verwies mehrfach darauf, dass er grundsätzlich dem Wunsch der baltischen Staaten nach einem Beitritt zum nordatlantischen Bündnis positiv gegenüberstehe. Er betonte, dass es im Ermessen jedes souveränen Staates liege, seine Bündnispartner frei zu wählen, dass er das Sicherheitsbedürfnis der baltischen Staaten nachvollziehen könne und daher ihre Entscheidung für die NATO respektiere.⁷⁷⁴ Chirac betonte jedoch auch, dass die NATO-Osterweiterung sich nicht gegen andere Staaten richten und keine neuen Teilungslinien in Europa entstehen lassen dürfe. Mit dieser Aussage zielte er insbesondere darauf ab, dass ein gutes Verhältnis zwischen der NATO und Russland weiterhin garantiert sein müsse. In seiner Pressekonferenz mit dem litauischen Präsidenten Adamkus äußerte sich Chirac daher wie folgt zu einem möglichen NATO-Beitritt der baltischen Staaten:

„L’Alliance atlantique s’est engagé dans un processus d’élargissement, c’est un processus qui correspond à l’évolution de notre continent et, à l’évidence, ce processus a vocation à se poursuivre et les trois pays baltes ont vocation à s’intégrer dans ce processus, je ne vois pas qui pourrait leur contester ce droit. Or les pays baltes, tous les trois, ont choisi librement la solution de s’intégrer à l’OTAN. C’est une aspiration, c’est la leur, et donc elle est légitime, et

⁷⁷³ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien *DIENA*, Palais de l’Elysée, publiée le 27 juillet 2001.

⁷⁷⁴ Vgl. z.B. die Aussage Chiracs bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem litauischen Präsidenten Adamkus: „J’ai eu l’occasion de dire au Président que je considérais qu’il s’agissait là d’une décision qui relevait essentiellement de la volonté de la Lituanie et qu’il était évidemment normal de décider souverainement du système d’alliance auquel elle souhaite appartenir. C’est un principe du droit international.“ Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001.

la France ne peut que comprendre et donc accueillir favorablement cette position des trois pays, Lituanie, Lettonie, Estonie. Chaque pays [...] doit pouvoir décider souverainement du système d'alliance auquel il veut appartenir. Ça, c'est un principe du droit international, un principe que personne ne peut contester. [...] Alors, bien entendu, l'élargissement de l'OTAN ne doit pas avoir pour conséquence ou pour résultat de créer une nouvelle ligne de fracture dans l'Europe et, à partir de là, les choses doivent être faites avec suffisamment de clarté, de diplomatie, de contact, pour que personne, et notamment pas la Russie, ne ressente comme une agression une décision de cette nature. Mais ce n'est pas une agression, c'est simplement un choix fait par ces trois pays et donc, je le répète, la France ne peut que comprendre et accueillir favorablement cette position.⁷⁷⁵

Chirac machte, trotz seines Verständnisses für den baltischen Wunsch nach einem NATO-Beitritt, deutlich, dass auch die EU für die Sicherheit ihrer zukünftigen Mitglieder garantieren werde. Dies gelte umso mehr, je stärker die Union ihre eigenständige Außen- und Sicherheits- sowie ihre Verteidigungspolitik ausbaue. Dieses Argument tauchte in den Äußerungen Chiracs mehrfach auf, beispielsweise in einem Interview mit der litauischen Tageszeitung *Lietuvos Rytas*: „Je soutiens l'aspiration légitime de la Lituanie à intégrer les structures de sécurité euro-atlantiques, mais je souhaite aussi rappeler l'attachement français à la mise en place de la politique européenne de sécurité et de défense.“⁷⁷⁶ Die Journalisten von *Lietuvos Rytas* fragten explizit nach möglichen Konsequenzen einer atlantischen Ausrichtung Litauens auf die französische Unterstützung für einen EU-Beitritt des Landes. Chirac verneinte die Existenz eines solchen Zusammenhangs:

„Question: La Lituanie entretient des rapports étroits avec les Etats-Unis, et souhaite vivement entrer dans l'OTAN. Est-ce contradictoire avec une entrée dans l'Union européenne? Cela peut-il freiner le soutien politique que la France apporte à la Lituanie?

Le Président: Non, ce n'est pas du tout contradictoire et n'aurait pas de conséquence sur le soutien que la France peut apporter à la Lituanie. Certains mal informés craignent que le choix de la Lituanie en faveur de l'OTAN soit incompatible avec la démarche européenne en matière de défense. Ce n'est pas le cas. On peut, on doit, être fidèle à l'Alliance atlantique et favorable en même temps au développement des capacités européennes en matière de défense.“⁷⁷⁷

⁷⁷⁵ Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001. Vgl. auch das Interview Chiracs mit der lettischen Tageszeitung *DIENA*: Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien *DIENA*, Palais de l'Élysée, publiée le 27 juillet 2001 und Chiracs Aussage vor dem lettischen Parlament im Verlauf der Diskussion mit den Abgeordneten: Propos introductifs de M. Jacques Chirac, Président de la République, suivis d'un débat à la Saeima (Parlement letton), Riga 27.7.2001. Vgl. außerdem Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, Tallinn 28.7.2001.

⁷⁷⁶ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien *Lietuvos Rytas*, Palais de l'Élysée, publiée le 26 juillet 2001. Auch bei der Veranstaltung „Bonjour l'Estonie“ in Tallin äußert sich Chirac ähnlich. Vgl. Dialogue entre M. Jacques Chirac, Président de la République, M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, et les participants à la manifestation „Bonjour l'Estonie“, Tallinn 28.7.2001.

⁷⁷⁷ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien *Lietuvos Rytas*, Palais de l'Élysée, publiée le 26 juillet 2001.

Mehrfach wies Chirac darauf hin, dass die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder bei der NATO deutlich mehr eine politische Entscheidung sei als die EU-Erweiterung, für die klare Kriterien definiert worden seien, die von den Kandidaten erfüllt werden müssten.⁷⁷⁸

Allgemeine Aussagen Chiracs zur europäischen Integration

Im Verlauf seiner Reise kam Chirac bei mehreren Gelegenheiten auf die Grundprinzipien zu sprechen, auf denen seiner Ansicht nach die Europäische Union aufbaue. Als Gründungsmotiv, aus dem die gesamte europäische Einigung entstanden sei und das als Rechtfertigung ihrer Existenz weiterhin Gültigkeit habe, nannte er die Friedenssicherung. Weiterhin garantiere die EU auch die Demokratie und damit den Respekt der Menschenrechte und stehe für politische Stabilität, im Sinne von stabilen Völkern, Nationen und Grenzen. Darüber hinaus nannte Chirac die wirtschaftliche und soziale Ebene, auf der die EU es ihren Mitgliedsstaaten erlaube, ihre Interessen gemeinsam kraftvoll zu vertreten. Ein weiteres Argument, mit dem Chirac die europäische Integration begründete, war die Rolle Europas angesichts der fortschreitenden Globalisierung. Chirac nahm damit ein Motiv auf, das er wenige Tage vor seiner Baltikum-Reise beim G8-Gipfel in Genua sehr stark betont hatte.⁷⁷⁹ Er verwies auf die Stärke, die eine erweiterte Union von rund 500 Millionen Einwohnern ihren Bürgern biete und auf ihre Möglichkeiten zur Bewahrung essentieller Errungenschaften der europäischen Staaten. Bei seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit dem litauischen Präsidenten Adamkus argumentierte Chirac beispielsweise wie folgt:

„[...] nous voyons bien que le monde aujourd’hui est marqué par ces phénomènes de mondialisation. [...] Et, naturellement, cette mondialisation qui apporte beaucoup de choses, qui nous apportera beaucoup de progrès, notamment parce qu’elle facilite le commerce, les échanges et qu’aujourd’hui la richesse vient des échanges, cette mondialisation comporte aussi des dangers. [...] il faut lutter contre ces dangers et ce n’est pas chacun de nos petits pays qui luttera contre les dangers. C’est ensemble, une Europe de 500 millions d’habitants qui peut affirmer et sauvegarder un modèle européen humain, c’est-à-dire un modèle social, un modèle économique, un modèle culturel respectueux des valeurs qui sont les nôtres, c’est ensemble, dans le cadre de cette Europe que nous pourrions sauvegarder un modèle humain européen. Nous ne le ferons pas individuellement. Individuellement, nous serons balayés.

⁷⁷⁸ Vgl. z.B. Chiracs Aussage im Interview mit der lettischen Tageszeitung *DIENA*: „L’élargissement de l’Union européenne et celui de l’OTAN sont deux processus distincts par leur finalité, leurs modalités et leur calendrier. Tandis que des critères d’appréciation techniques entrent nécessairement en ligne de compte dans les décisions de l’Union européenne, je pense notamment à l’intégration de l’acquis communautaire par les pays candidats, les décisions de l’OTAN sont de nature plus politique.“ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien *DIENA*, Palais de l’Elysée, publiée le 27 juillet 2001.

⁷⁷⁹ Vgl. Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue de la réunion du G7, Genua 20.7.2001 und Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue de la réunion du G8, Genua 22.7.2001.

Donc, la sécurité des personnes, c'est bien la construction d'une Europe solidaire qui sait défendre ses intérêts.⁷⁸⁰

Wirtschaftliche Aspekte der Reise ins Baltikum

Neben politischen Fragen sollte Chiracs Reise auch der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den baltischen Staaten und Frankreich dienen. Ähnlich wie bei anderen Reisen in mittel- und osteuropäische Staaten tauchte auch in Litauen, Lettland und Estland wieder ein wirtschaftspolitisches Argument Chiracs für die EU-Osterweiterung auf, das er in Frankreich selbst so gut wie nie verwendete. Die Ostweiterung werde nicht nur für die neuen Mitglieder, sondern auch für die alten und für die EU als Ganzes positive wirtschaftliche Auswirkungen haben, so Chirac z.B. in seiner Rede vor der Universität von Wilna:

„L'extension du grand marché et la politique de cohésion vont profiter à tous, anciens et nouveaux membres. Les avantages tirés de leur adhésion par l'Espagne, le Portugal ou la Grèce ont rejailli sur l'ensemble de l'Europe. L'augmentation rapide de leur niveau de vie s'est traduite, en effet, par une croissance et des importations plus fortes.“⁷⁸¹

Auch bei seiner Begegnung mit französischen und lettischen Wirtschaftsvertretern in Riga hob Chirac die wirtschaftlichen Vorteile hervor, welche die EU-Osterweiterung mit sich bringen werde:

„Pour nos entreprises, pour nos emplois, quelle promesse que ce grand marché de 500 millions de personnes! La suppression des frontières et des obstacles à l'échange entre 27 pays va renforcer l'Europe, premier marché du monde, et permettre de libérer des réserves de croissance grâce à une demande plus grande et une offre plus compétitive. C'est la grande chance de l'Europe de demain. [...] Nos concitoyens ne mesurent pas toujours les enjeux de l'élargissement. L'élargissement apportera une contribution essentielle au développement de notre continent. L'importance des populations qui vont nous rejoindre et la haute qualité de formation dans les pays candidats, bien supérieure à celle des économies émergentes, seront des atouts essentiels pour la croissance européenne.“⁷⁸²

⁷⁸⁰ Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001. In ähnlicher Form tauchte diese Begründung der europäischen Integration auch in Chiracs Rede vor der Universität in Wilna auf. Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001. Vgl. außerdem eine weitere Erwähnung des Themas mit nahezu identischer Darstellung im Verlauf der Diskussion Chiracs mit lettischen Parlamentariern, Propos introductifs de M. Jacques Chirac, Président de la République, suivis d'un débat à la Saeima (Parlement letton), Riga 27.7.2001. Vgl. weiterhin Dialogue entre M. Jacques Chirac, Président de la République, M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, et les participants à la manifestation 'Bonjour l'Estonie', Tallinn 28.7.2001.

⁷⁸¹ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001.

⁷⁸² Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du déjeuner offert par le Premier ministre letton et de la rencontre avec les communautés d'affaires française et lettone, Riga 27.7.2001.

Auswertung

Im Vergleich zu den vorangegangenen Reisen Chiracs in mittel- und osteuropäische Länder war im Baltikum eine im Vergleich zu 1996 und 1997 insgesamt vorsichtigere, zurückhaltendere Argumentation des Präsidenten auffällig. Im Gegensatz zum Enthusiasmus, mit dem Chirac sich v.a. in Polen, in Ungarn und in der Tschechischen Republik zur bevorstehenden Erweiterung geäußert hatte, war seine Haltung im Sommer 2001 deutlich gedämpfter. Chirac vertrat zwar auch in Estland, Lettland und Litauen eine grundsätzlich offene Haltung zur potentiellen Aufnahme der Staaten in die EU. Er betonte jedoch auch, wie zuvor bereits in den Diskussionen um die Agenda 2000 und in Nizza, die Bedeutung der Beitrittskriterien.

Die Erweiterung als moralische Verpflichtung und historische Notwendigkeit

Die allgemeinen Begründungen für die Erweiterung, die Chirac im Baltikum verwendete, bezogen sich hauptsächlich auf den historischen Kontext und die daraus erwachsende moralische Verpflichtung der alten EU-Länder, ihre Strukturen auch für die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes zu öffnen. In diesem Zusammenhang tauchten im Baltikum auch Familienmetaphern auf, die das moralische Argument zusätzlich unterstützten („une part essentielle de la famille européenne“; „Ce n'est pas seulement votre pays qui rejoint l'Europe; c'est l'Europe qui retrouve les siens.“; „ce grand projet de réunification de la famille européenne“; Zitate aus den oben genannten Äußerungen Chiracs). Der positive und gleichzeitig unbestimmte Aspekt der Erweiterung, wie er in der Kategorie Frieden zusammengefasst wird, war also auch im Baltikum in Chiracs Diskurs präsent.

Vorteile für Frankreich durch die Erweiterung

Neben der historischen Begründung und dem aus Chiracs Sicht gerechtfertigten Wunsch der baltischen Staaten nach einem Beitritt zur EU fanden sich in den Ausführungen des Staatspräsidenten in Estland, Lettland und Litauen auch Verweise auf Vorteile durch die Erweiterung für Frankreich und die EU als Ganzes. Wie in Mittel- und Osteuropa verwendete Chirac das Argument steigender wirtschaftlicher Chancen durch eine Vergrößerung des Binnenmarktes. Dieser Punkt, der im Hinblick auf die französische Wirtschaft eine große Berechtigung hatte, fand in Frankreich selbst weiterhin kaum Anwendung. Darüber hinaus sprach Chirac im Baltikum auch die Rolle einer erweiterten Union vor dem Hintergrund der Globalisierung an. Dieses Argument bezog sich sowohl auf das französische Ziel, Europa als

starken Pol in einer multipolaren Welt zu positionieren als auch auf die in Frankreich wichtige Schutzfunktion Europas, wie sie in der Kategorie *Europe protection* zusammengefasst ist. Der Globalisierungsaspekt war in der französischen Europapolitik nicht neu, wurde jedoch von Chirac im Baltikum explizit mit der Erweiterung in Zusammenhang gebracht.

Im Gegensatz zu den Reisen nach Polen, Ungarn und in die Tschechische Republik, in deren Verlauf Chirac wesentlich direkter versucht hatte, den Kandidatenländern den Beitritt zu einer nach französischen Vorstellungen gestalteten Union nahezubringen, argumentierte er im Baltikum indirekter und damit für die Kandidatenländer akzeptabler: Der Aufbau Europas als wichtiger Machtpol einer multipolaren Welt und als Schutz gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung sei zwar ein wesentlicher Bestandteil der französischen Herangehensweise an Europa, so Chirac. Die dahinterstehende Zielsetzung könne jedoch von den baltischen Staaten und anderen Beitrittskandidaten genauso mitgetragen werden. Eine gemeinsame Aufstellung der Europäer sei angesichts der großen Herausforderungen der Globalisierung auch in ihrem Interesse. Indem Chirac die französischen Zielsetzungen nicht explizit in den Vordergrund seiner Argumentation stellte, wirkte diese deutlich überzeugender als in den Jahren zuvor, als den mittel- und osteuropäischen Staaten in einer paternalistischen Art und Weise klargemacht werden sollte, dass ihre Interessen gut vertreten seien, wenn sie sich in der EU Frankreichs Vorstellungen anschlossen. Bemerkenswert an Chiracs Argumentation zu den wirtschaftlichen Vorteilen, die auch Frankreich von der EU-Osterweiterung haben werde, war sein Vergleich mit der Aufnahme Spaniens, Portugals und Griechenlands in die EG. Chirac hatte sich in den 1980er Jahren entschieden gegen die Aufnahme v.a. der iberischen Staaten ausgesprochen aus Angst vor Billigkonkurrenz für die französische Landwirtschaft und vor Wanderungsbewegungen billiger Arbeitskräfte. Deutlich wurde somit zum einen die Entwicklung der Einstellung Jacques Chiracs zur europäischen Integration. In Bezug zur Osterweiterung trug der Vergleich zur Süderweiterung jedoch nicht zur Klärung von Chiracs Position bei, da er selbst zuweilen ähnliche Argumente wie gegen die Aufnahme Spaniens und Portugals auch bezüglich der mittel- und osteuropäischen Staaten benutzte, beispielsweise in seinen Äußerungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik.

Unterschiedliche Erfahrungs- und Erwartungshorizonte

Neu an der Reise ins Baltikum im Vergleich zu vorangegangenen Staatsbesuchen in Mittel- und Osteuropa war die ausführliche Thematisierung von Ängsten der Kandidatenländer in Bezug auf ihren EU-Beitritt. Auch wenn Chirac auf die ihm gegenüber geäußerten Befürchtungen einging und sie zu entkräften versuchte, hinterließ er durch seine Äußerungen

den Eindruck, die Sorgen der Beitrittskandidaten nicht vollkommen ernst zu nehmen. Chirac war zwar im Recht mit seiner Feststellung, dass in der Geschichte der europäischen Integration kaum je Konflikte zwischen kleinen und großen Staaten aufgetreten seien. Gerade vor dem Hintergrund des Gipfels von Nizza hatten die Befürchtungen der kleinen Staaten jedoch ihre Berechtigung. Bei dieser Gelegenheit hatte Chirac als Ratsvorsitzender mit seiner Verhandlungsführung nicht nur nicht dazu beigetragen, den Interessensgegensatz zwischen kleinen und großen Staaten zu entschärfen. Im Gegenteil hatte er durch seine Ungleichbehandlung von alten EU-Mitgliedern und Kandidaten neue Konfliktlinien geschaffen. Angemessener als eine Verneinung der Wahrnehmung der Kandidatenländer wäre daher im Baltikum ein Eingeständnis von Versäumnissen und des schlechten Verlaufs von Nizza gewesen, verbunden mit der Versicherung, sich in Zukunft darum zu bemühen, solche Situationen zu vermeiden. Eine tatsächliche Übereinstimmung zwischen der französischen Position und den Prioritäten der Bewerberländer fand sich in der Sorge um die Wahrung der eigenen nationalen Identität. In diesem Punkt war Chiracs Argumentation von einer Teilung statt einer Abgabe von Souveränität überzeugend. Frankreichs Präferenz für eine intergouvernementale Kooperation ließ sich gut vereinbaren mit den Wünschen der mittel- und osteuropäischen Staaten, ihre gerade wiedergewonnene nationale Eigenständigkeit nicht sofort wieder an die EU abzugeben. Hier ließen sich daher potentielle Koalitionen für zukünftige Entscheidungen innerhalb der erweiterten EU erkennen.

Ungelöst blieb dagegen die Frage der Komplementarität zwischen der NATO und den europäischen Verteidigungsstrukturen. In diesem Punkt erwartete Chirac von den baltischen Staaten wie von den mittel- und osteuropäischen Staaten, die er bereits besucht hatte, ein klares Bekenntnis zur europäischen Verteidigung, auch wenn er den Wunsch der neuen Demokratien nach einem schnellen Beitritt zur NATO anerkannte. Die Priorität der baltischen Staaten lag in diesem Bereich jedoch eindeutig bei der NATO. Darüber hinaus konnte Chiracs Verweis auf die Notwendigkeit, die Zukunftsstrategie der NATO auch mit Rücksicht auf Russland zu gestalten, in den Ländern, die sich gerade erst aus dem Einflussbereich der Sowjetunion befreit hatten, nicht auf positives Echo stoßen. Die Frage, wie sich vor diesem unterschiedlichen Erfahrungs- und Erwartungshorizont die Zusammenarbeit in einer erweiterten Union in den Bereichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten sollte, blieb nach Chiracs Reise ins Baltikum weiter offen. Problematisch an Chiracs Äußerungen im Zusammenhang mit dieser Reise war außerdem seine scheinbar geringe Bereitschaft, aus den schlechten Umfragewerten zur Erweiterung in Frankreich Konsequenzen zu ziehen. Eine deutliche Intensivierung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit verschob er auf den

Zeitpunkt der tatsächlichen Aufnahme der ersten neuen Staaten. Angesichts der seit längerem konstanten und im Vergleich zu den anderen EU-Staaten viel ausgeprägteren negativen Haltung der Franzosen zur Erweiterung war jedoch zu befürchten, dass ein umfassender Meinungsumschwung dann nicht mehr zu erreichen sein würde.

Fazit der Baltikumreise

Als Fazit blieb am Ende der Analyse der Baltikumreise Chiracs festzuhalten, dass der französische Diskurs zur Erweiterung realistischer geworden war. Weder wurden unhaltbare Versprechungen gemacht noch die französischen Interessen so offensiv geäußert, dass es für die Bewerberstaaten einer Einladung zu einer Mitgliedschaft zweiter Klasse gleichgekommen wäre. Es blieb jedoch weiterhin unklar, wie sich wesentliche Grundlagen der französischen Europapolitik in einer erweiterten Union umsetzen lassen sollten ohne ein größeres Maß an Kompromissbereitschaft von Seiten Frankreichs und ohne dessen Bereitschaft, auch den Bedürfnissen und Prioritäten der neuen Mitglieder Rechnung zu tragen. Eine Offenheit in dieser Richtung war bei Jacques Chirac auch in Estland, Lettland und Litauen nicht zu erkennen.

EXKURS: Die Anschläge des 11. September 2001

Am 11. September steuerten islamistische Terroristen zwei Flüge in die Türme des World Trade Centers in New York. Mehrere Tausend Menschen starben. Nicht nur die USA waren tief verwundet. Die gesamte westliche Welt fühlte sich angegriffen und erklärte sich solidarisch mit den Vereinigten Staaten. Der UNO-Sicherheitsrat erkannte in der Resolution 1368 das Recht der USA auf einen Gegenschlag an. Die NATO rief zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Art. 5 aus. Auch die Europäische Union erklärte auf einem außerordentlichen Ratsreffen den Kampf gegen den Terrorismus zu einem ihrer prioritären Ziele und beschloss Maßnahmen im europäischen Rahmen.⁷⁸³ Jacques Chirac reiste als erster ausländischer Staatsoberhaupt nach den Anschlägen zu Beratungen mit US-Präsident Bush und UN-Generalsekretär Kofi Annan in die USA. Weiterhin unternahm Chirac, vor dem Hintergrund der traditionellen französischen *politique arabe*, Reisen nach Ägypten sowie in arabische Länder im Maghreb und auf der arabischen Halbinsel, um zu verdeutlichen, dass es sich bei den militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan nicht um einen Kampf des

⁷⁸³ Vgl. Conclusions et plan d'action du Conseil européen extraordinaire du 21 septembre 2001, Bruxelles und Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Hubert Védrine à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 21.9.2001.

christlichen Westens gegen den Islam handele.⁷⁸⁴ In der Folge des 11. September veränderten sich wesentliche Parameter der Weltpolitik. Die vor allem in der westlichen Welt vorherrschende Vorstellung, nach dem Ende des Kalten Krieges habe sich endgültig die westlich-liberale Demokratie als politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell durchgesetzt, wurde jäh widerlegt. Der Kampf gegen den Terrorismus wurde fester Bestandteil der Außenpolitik aller westlichen Staaten. Die USA begannen Kriege zunächst gegen Afghanistan, wo die Drahtzieher der Anschläge auf das World Trade Center vermutet wurden, und dann gegen Saddam Hussein im Irak. Während Frankreich sich an den Auseinandersetzungen in Afghanistan noch beteiligte, ergab sich im Jahr 2003 aus den amerikanischen Angriffsplanungen auf den Irak einer der größten diplomatischen Konflikte zwischen Frankreich und den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

5. Umfragedaten aus der zweiten Jahreshälfte 2001

Auswirkungen des 11. September auf das Meinungsbild der Europäer

Die Auswirkungen der Anschläge des 11. September schlugen sich auch in den Umfragedaten des Eurobarometer 56 nieder, die im Oktober und November 2001 erhoben wurden.⁷⁸⁵ Wenige Wochen nach den Terrorangriffen und unmittelbar nach dem Beginn des Krieges in Afghanistan war bei den Europäern ein gesteigertes Angstniveau zu beobachten, das sich besonders auf kriegerische Auseinandersetzungen und Terrorismus bezog.⁷⁸⁶ Gleichzeitig befürchteten viele Europäer eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ihrer Länder

⁷⁸⁴ Vgl. u.a. Medard Ritzenhofen (2001): „Der Krieg und die Cohabitation. Alle gegen den Terrorismus, jeder für sich“, in: *Dokumente* 6/2001, S. 450-453. Anfang Oktober 2001 nahm Jacques Chirac in Montpellier an einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der französischen Debatte zur Zukunft Europas teil. Bei dieser Gelegenheit zog Chirac u.a. aus den Anschlägen des 11. September Schlüsse für die Bedeutung und die Rolle der EU in der veränderten Welt. Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, au forum régional sur l’avenir de l’Europe, suivi d’un dialogue, Montpellier 4.10.2001. Vgl. zu den Auswirkungen des 11. September auf die Wahrnehmung der EU auch Chiracs Aussage in seinen Neujahrswünschen an die Franzosen für das Jahr 2002: „Cette Europe, nous la regardons autrement depuis les terribles événements qui ont touché l’Amérique au cœur le 11 septembre dernier. Dans un monde où les foyers de haine et d’incompréhension sont nombreux, où les inégalités se creusent, où le sentiment d’injustice est si présent, nous mesurons davantage combien il importe que l’Europe s’affirme, qu’elle relaie et amplifie l’action des nations, qu’elle participe en tant que telle aux évolutions du monde.“ Vœux aux Français de M. Jacques Chirac, Président de la République, Palais de l’Elysée 31.12.2001.

⁷⁸⁵ Eurobarometer 56, April 2002, Umfragen: Oktober-November 2001, Europäische Kommission.

⁷⁸⁶ Im Vergleich zum Herbst 2000 war europaweit ein Anstieg von 19 Prozentpunkten zu beobachten bei der Angst vor einem Weltkrieg, ein Anstieg von 17 Prozentpunkten bei der Angst vor Verbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, ein Anstieg von 16 Prozentpunkten bei der Angst vor einem Atomkrieg in Europa, ein Anstieg von 12 Prozentpunkten bei der Angst vor Terrorismus und ein Anstieg von 11 Prozentpunkten bei der Angst vor einem konventionellen Krieg in Europa. 86% der Europäer gaben an, Angst vor Terrorismus zu haben.

mit Auswirkungen auch auf die Beschäftigungslage.⁷⁸⁷ Für den Schutz gegen die potentiellen negativen Konsequenzen des 11. September sahen die Europäer mehrheitlich ihre nationalen Regierungen und Parlamente als wichtigste Instanz, aber auch die Zustimmungswerte zur EU stiegen in diesem Zusammenhang an. 54% der Europäer gaben an, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU zu befürworten. Dies bedeutete einen Anstieg um sechs Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2001. In Frankreich war in diesem Punkt keine deutliche Veränderung zu beobachten. 50% der Befragten hielten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, 13% für eine schlechte (EB 55 vom Frühjahr 2001: 49% vs. 13%). Ein positiver Trend war dagegen bei der Frage nach Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft zu beobachten. Hier stieg der Anteil der Franzosen, die Vorteile sahen, um sechs Prozentpunkte auf 53%. Gleichzeitig sank die Zahl derjenigen, die Nachteile beobachteten, von 28% auf 25%. Diese Entwicklung entsprach einer EU-weiten Tendenz.⁷⁸⁸ Den Auswirkungen des 11. September zuzuschreiben war sicherlich auch die Tatsache, dass 91% der Befragten es als wichtigste Aufgabe der EU ansahen, Frieden und Sicherheit in Europa zu bewahren, noch vor dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (90%), gegen das organisierte Verbrechen/den Drogenhandel (89%) oder gegen Armut und soziale Ausgrenzung (89%). Auch die Franzosen setzten diese Themen ganz oben auf die europäische Agenda.⁷⁸⁹

Zukunftsthemen der EU

Bezüglich des Verfassungsprozesses und der Erweiterung der EU, den beiden wichtigsten Zukunftsthemen, die beim Europäischen Rat von Laeken im Dezember besprochen werden sollten, war das Meinungsbild der Franzosen nicht eindeutig. Die Verfassung wurde unterstützt, die Erweiterung weiterhin abgelehnt. Nach der europaweiten Informationskampagne zur Zukunft der EU war die Zustimmung zum Projekt einer Europäischen Verfassung im EU-Durchschnitt um fünf Prozentpunkte auf 67% gestiegen. 10% waren in der gesamten EU der Ansicht, die EU solle keine Verfassung haben, 23% hatten dazu keine Meinung. Auch in Frankreich ließ sich eine deutliche Zustimmung messen. 67% der befragten Franzosen waren für eine Verfassung, nur 9% dagegen.

⁷⁸⁷ Befragt nach ihren Erwartungen für die Wirtschaft ihres Landes im kommenden Jahr, gaben 16% der Europäer an, eine Verbesserung zu erwarten. 39% gingen von einer Verschlechterung aus. Daraus ergab sich eine Nettobilanz der „besser“-Antworten minus der „schlechter“-Antworten von -23. In den Jahren 1999 und 2000 lag diese Bilanz jeweils bei Null. Die Franzosen erwarteten zu 21% eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 2002. 36% gingen von einer Verschlechterung aus, 33% von gleich bleibenden Bedingungen.

⁷⁸⁸ EU-weit sahen 52% der Befragten Vorteile für ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft. Dies war der höchste gemessene Wert seit 1991 und bedeutete einen Anstieg um sieben Prozentpunkte seit dem Frühjahr 2001.

⁷⁸⁹ Bewahrung von Frieden und Sicherheit: 94%; Kampf gegen Arbeitslosigkeit: 94%; Kampf gegen Verbrechen und Drogen: 93%.

Zur Erweiterung maß das Eurobarometer 56 mit 51% EU-weit zum ersten Mal eine absolute Mehrheit für die Aufnahme neuer EU-Staaten.⁷⁹⁰ Im Vergleich zum Frühjahr 2001 bedeutete dieser Wert einen Anstieg um acht Prozentpunkte. In Frankreich waren allerdings weiterhin nur 39% der Befragten für die Erweiterung und 46% dagegen. Der Anteil der Erweiterungsbefürworter war zwar im Vergleich zum Frühjahr 2001 um vier Prozentpunkte gestiegen. Dennoch war Frankreich immer noch das einzige Land der EU, in dem mehr Menschen die Erweiterung ablehnten als befürworteten. Außerdem wies Frankreich mit 35% den mit Abstand höchsten Wert derjenigen auf, die überhaupt keine neuen Länder mehr in die EU aufnehmen wollten (EU-Durchschnitt 20%). Frankreich gehörte damit zusammen mit Belgien und Italien zu einer Gruppe von Ländern, deren Haltung zur Erweiterung sich im Vergleich zur vorangegangenen Befragung negativ verändert hatte. Informationsstand und Interesse an der Erweiterung waren in Frankreich weiterhin gering. 75% der Befragten gaben im Herbst 2001 an, sich nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut über die Erweiterung informiert zu fühlen. 24% fühlten sich sehr gut oder gut informiert. 56% der Franzosen hatten kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört, 44% nicht. 33% suchten allerdings auch nicht nach solchen Informationen, da sie sich nicht für die Erweiterung interessierten.

Im Vorfeld des Europäischen Rates von Laeken bestand damit das grundsätzliche Problem einer Mehrheit der Franzosen mit der Erweiterungsperspektive fort. Für die Erweiterung, im Jahr 2001 eines der wichtigsten Themen der europäischen Politik, zeigte eine große Zahl der Befragten des Eurobarometer kein großes Interesse und legte eine deutlich ablehnende Meinung an den Tag. Die Franzosen hoben sich in Bezug auf die Erweiterung, anders als bei anderen europäischen Themen, in negativer Hinsicht weiterhin deutlich ab von den anderen EU-Bürgern. Die französische Politik hatte noch kein Mittel gefunden, um hier effektiv gegenzusteuern und auch die große Europa-Informationskampagne des Jahres 2001 hatte in diesem Punkt keine wesentlichen Veränderungen bringen können. Der Zeitkorridor bis zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit den ersten Bewerberstaaten wurde immer enger, denn in Laeken einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Einhaltung des Zieldatums 31. Dezember 2002. Anzeichen für einen Meinungsumschwung zur Erweiterung in Frankreich waren nicht zu erkennen, so dass gegen Ende des Jahres 2001 immer mehr zu befürchten war, dass eines der wichtigsten Projekte der EU-Integration seit ihrem Bestehen, die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Union, gegen die dominante

⁷⁹⁰ 30% waren dagegen, 19% hatten keine Meinung.

Haltung in der Bevölkerung eines der wichtigsten Mitgliedsstaaten durchgeführt werden würde.

6. Europäischer Rat von Laeken

6.1 Inhalte und Ergebnisse

Ziel des Europäischen Rates von Laeken am 14. und 15. Dezember 2001 war eine „Impuls[gebung] zur Verstärkung der Integrationsdynamik“ angesichts der Herausforderungen - Einführung der Euro-Münzen und -Scheine zum 1. Januar 2002, näherrückende Erweiterung, Zukunftsdebatte - denen sich die EU gegenüber[sah].⁷⁹¹ Der Rat verabschiedete die „Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union“, in der die Ergebnisse der unionsweiten Debatte zusammengeführt und die nächsten Schritte zur Weiterentwicklung der EU dargestellt wurden.⁷⁹² Als Ergebnis der unionsweiten Debatte wurde festgehalten, dass die EU sowohl im Inneren als auch nach außen hin Anstrengungen im Hinblick auf mehr Effizienz und Transparenz sowie auf eine Neudefinition ihre Rolle in einer veränderten Welt unternehmen müsse. Als mögliche formale Lösung der aufgeworfenen Fragen wurde der Vorschlag einer Zusammenführung der Reformanstrengungen in einer Europäischen Verfassung aufgenommen. Ein Konvent unter Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing solle ab März 2002 diesen Schritt vorbereiten und innerhalb eines Jahres ein Abschlussdokument vorbereiten, das zu den einzelnen diskutierten Fragen verschiedene Optionen aufzeigen oder Empfehlungen aussprechen würde, so der Beschluss. Im Jahr 2004 solle eine Regierungskonferenz auf dieser Arbeitsgrundlage über die vorzunehmenden Reformschritte entscheiden.⁷⁹³

Die Erklärung von Laeken zur Zukunft der EU war im französischen Sinne, da der Konvent ein sehr breites Mandat erhielt und somit in großer Offenheit die nächsten Reformschritte der EU vorbereiten konnte. Die vorgesehene Einbeziehung der Zivilgesellschaft entsprach ebenso französischen Wünschen wie die Zielsetzung, im Endergebnis auf eine Europäische Verfassung hinzuarbeiten. Frankreich konnte sich weiterhin durchsetzen mit seinem

⁷⁹¹ Vgl. Europäischer Rat Laeken, 14. und 15. Dezember 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitizes.

⁷⁹² Vgl. ebd., Anlage I: Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union.

⁷⁹³ Der Konvent setzte sich zusammen aus Vertretern der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und der Kommission sowie aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments. Die Kandidatenländer sollten ebenfalls am Konvent beteiligt werden. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, die europäischen Sozialpartner sowie der Ausschuss der Regionen entsandten Beobachter. Der Europäische Bürgerbeauftragte hatte ebenfalls Beobachterstatus. Der Präsident des Gerichtshofes und der Präsident des Rechnungshofs konnten sich auf Einladung des Präsidenten vor dem Konvent äußern. In einem die Arbeit des Konvents begleitenden Forum hatten Organisationen, welche die Zivilgesellschaft repräsentierten, die Möglichkeit, Standpunkte und Vorschläge einzubringen. In organisatorischen Fragen wurde der Konvent von einem Sekretariat unterstützt.

Vorschlag des Konventspräsidenten. Jacques Chirac bezeichnete den Konvent in der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen als „véritable exercice de refondation de l'Union“ und hoffte auf die Beantwortung „essentieller Fragen“ für die Zukunft der Integration:

„[...] quelle vision de l'Europe avons-nous pour demain et pour après-demain? Quelles sont les valeurs qui fondent cette Europe? Comment s'assurer du fonctionnement transparent, démocratique, décentralisé de l'Union européenne?“⁷⁹⁴

Erweiterung

Zur Erweiterung setzten sich die Staats- und Regierungschefs in Laeken zum Ziel, den vorgesehenen Zeitplan einzuhalten, um den neuen Mitgliedern die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 zu ermöglichen. Der Rat stimmte mit der Einschätzung der Kommission überein, dass wahrscheinlich alle Kandidatenländer außer Bulgarien und Rumänien bis Ende 2002 ihre Verhandlungen abgeschlossen haben würden, so dass die EU in einem ersten Schritt zehn neue Staaten aufnehmen könnte. Defizite bestanden in den Kandidatenländern hauptsächlich noch bei der Reform ihrer Verwaltungs- und Justizstrukturen. Der Türkei wurden Fortschritte bescheinigt und sie wurde ermutigt, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Die Entscheidung zur möglichen Aufnahme von zehn der Beitrittskandidaten zum frühestmöglichen Zeitpunkt war zwar im Sinne Frankreichs, da trotz der großen Zahl von Staaten dem Prinzip der Differenzierung weiterhin Rechnung getragen werden sollte. Allerdings blieben mit Bulgarien und Rumänien zwei Länder, die Frankreich besonders unterstützte, als einzige Bewerber aus Mittel- und Osteuropa zunächst wahrscheinlich vom Beitritt ausgeschlossen. Frankreich hatte daher bereits im Vorfeld des Ratstreffens darauf gedrängt und Chirac setzte sich auch weiterhin sehr dafür ein, dass die Anstrengungen der beiden Länder auch zukünftig unterstützt würden und dass für sie weiterhin eine klare Beitrittsperspektive gelten müsse:

„[...] la conclusion à laquelle le Conseil est arrivé est très exactement celle que nous souhaitons. Il n'y a pas de décision de ‚big bang‘ tel qu'à un moment donné certains l'avaient envisagé. Les conclusions réaffirment le principe de différenciation, c'est-à-dire à chacun selon ses mérites, et vous savez que c'était un principe auquel la France était très attachée. Les conclusions énoncent une évidence: si les négociations se poursuivent au rythme actuel et, c'est un ajout important, si le rythme des réformes dans les Etats candidats se maintient, alors, naturellement, les dix pays cités ou tout ou partie d'entre eux pourraient être prêts pour rentrer en 2004. Et, entre nous, nous le souhaitons naturellement. Ce n'est pas là une novation, je dirais même que c'est un souhait. Pour le moment, la preuve n'en est pas encore apportée. Alors, j'ajoute que, comme nous le souhaitons, le Conseil européen par ailleurs

⁷⁹⁴ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères, Laeken 15.12.2001.

demande qu'un effort particulier soit fait pour la Roumanie et la Bulgarie. Pour avoir eu des entretiens, aujourd'hui, avec le Premier ministre roumain et avec le Premier ministre bulgare, nous avons pu mesurer à quel point ces deux pays avaient été sensibles au fait qu'une certaine procédure ne soit pas de nature, en quelque sorte, à les humilier.⁷⁹⁵

Die Kommission hatte mit ihrer Empfehlung, zehn Länder, also Malta und Zypern sowie acht mittel- und osteuropäische Staaten, aufnehmen zu wollen, die Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen berücksichtigt. Sie hatte jedoch auch eine politische Entscheidung getroffen, da v.a. Polen noch nicht in allen Bereichen die Anforderungen erfüllte, allerdings aus politischen Gründen nicht von der ersten Erweiterungsrunde ausgeschlossen werden konnte. Der französische Außenminister Védrine war daher nicht einverstanden mit der Entscheidung der Kommission und argumentierte, dass es keinen großen Unterschied machen würde, bei einer so großen Erweiterungsrunde noch zwei zusätzliche Länder einzuschließen und dass, wenn eine politische Entscheidung zugunsten Polens getroffen werden könne, eine solche auch für Rumänien und Bulgarien möglich sein müsse.⁷⁹⁶

6.2 Pressebewertung

Neben der Berichterstattung zu Zielen und Ergebnissen des Europäischen Rates von Laeken nahmen zur Jahreswende 2001/2002 einige Journalisten den entscheidenden Entwicklungsschritt, den die EU mit der Einleitung ihres Verfassungsprozesses gegangen war, zum Anlass für grundsätzliche Betrachtungen zum Stand der Integration und zur französischen Europapolitik.

Vor- und Nachberichterstattung zum Gipfel von Laeken

Die Presseberichterstattung im Vorfeld des Gipfels von Laeken konzentrierte sich auf den Vorstoß des französischen Außenministers zugunsten Rumäniens und Bulgariens und unterstützte mehrheitlich dessen politische Lesart der Kommissionsempfehlung. Jean Quatremer beurteilte die Empfehlung in *Libération* beispielsweise folgendermaßen:

„En effet, mardi dernier, lors de la publication de ses rapports annuels sur l'état des négociations d'élargissement [...], Bruxelles a ouvertement plaidé pour un ‚big bang‘, c'est-à-dire une adhésion groupée de dix candidats sur douze, qui rompt avec la rhétorique classique selon laquelle chaque candidature est examinée selon ses mérites propres. Or, à la lecture des

⁷⁹⁵ Ebd. Vgl. für ähnliche Aussagen Chiracs im Vorfeld des Ratstreffens von Laeken: Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue des 78es consultations franco-allemandes, Nantes 23.11.2001 und Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, Palais de l'Elysée 3.12.2001.

⁷⁹⁶ Vgl. u.a. Jean Quatremer: „Védrine plaide pour Sofia et Bucarest“, *Libération* 20.11.2001 und die weiteren im folgenden Abschnitt zitierten Artikel.

rapports, il est clair que la plupart des pays de l'Est sont encore loin d'être prêts à adhérer, en particulier la Pologne, et que la Commission a fait un choix politique.⁷⁹⁷

Pierre Bocev sah in *Le Figaro* die Empfehlung der Kommission ebenfalls als politische Entscheidung, hielt einen Beitritt Rumäniens und Bulgariens gemeinsam mit den anderen Kandidaten jedoch auch nicht für sinnvoll:

„[La] prise de position inattendue [d'Hubert Védrine] équivalait implicitement à une remise en question de la stratégie d'élargissement de la Commission européenne. [...] La France paraît mettre en doute la dialectique de la Commission, vu la certaine flexibilité politique qu'elle implique pour faire abstraction des retards de la Pologne. [...] ce qui vaut pour les uns doit aussi valoir pour les autres. Sauf que, si Varsovie est loin des autres, Sofia et Bucarest sont à des années-lumières.“⁷⁹⁸

In einer weiteren Analyse machte Bocev deutlich, dass Frankreich durch seinen Außenminister Zweifel am Verlauf des Erweiterungsprozesses geäußert habe, die durchaus auch von anderer Seite geteilt, bisher aber nicht geäußert würden. Wie die Entscheidung für Rumänien und Bulgarien in Laeken ausgehen werde, war daher aus Bocevs Sicht noch offen:

„Hubert Védrine n'a pas nommé la Pologne, mais lorsqu'il affirme qu' *il y a des pays parmi les dix qui ne sont pas tout à fait prêts, et pour lesquels on va faire un effort particulier d'une façon ou d'une autre*, on sait à qui il pense. Pour la France, il s'agit de mettre au moins symboliquement le ‚holà‘ à ce qu'elle soupçonne être un certain laxisme de la part de la Commission européenne. Les réactions ne se sont pas fait attendre. Bucarest et Sofia sont ravis, on les comprend. En revanche, Prague ou Budapest récusent toute idée de devoir attendre les retardataires. Quant aux Polonais, ils affirment officiellement qu'Hubert Védrine ne vise pas à retarder l'élargissement. Mais, en privé, ils ne sont pas les seuls à avoir des doutes. Günter Verheugen a beau se retrancher derrière son rapport annuel sur l'état des préparatifs pour affirmer que la Roumanie et la Bulgarie ne peuvent *absolument pas* être du premier lot, le débat est loin d'être clos.“⁷⁹⁹

Le Figaro berichtete neben der Schilderung der EU-internen Diskussionen auch über den Vorbereitungsstand auf die Erweiterung in Bulgarien und Rumänien sowie über die enttäuschten und zweifelnden Reaktionen in den weiter fortgeschrittenen Bewerberstaaten auf die französische Initiative.⁸⁰⁰ Weiterhin stellte *Le Figaro* in einer ausführlichen Analyse finanzielle Fragen dar, die mit der Erweiterung in Zusammenhang standen.⁸⁰¹

⁷⁹⁷ Ebd. Kursivsetzung im Original.

⁷⁹⁸ Pierre Bocev: „L'élargissement selon Hubert Védrine“, *Le Figaro* 20.11.2001. Vgl. auch „La France pousse à l'adhésion à l'UE de la Bulgarie et de la Roumanie“, *Le Monde* 21.11.2001.

⁷⁹⁹ Pierre Bocev: „Paris brouille les cartes de l'élargissement“, *Le Figaro* 30.11.2001. Kursivsetzung im Original.

⁸⁰⁰ Arielle Thedrel: „Un premier pas pour Bucarest“, Laure Mandeville: „Sofia propose une ‚nouvelle tactique‘“ und Stéphane Kovacs: „L'Europe de l'Est saisie d'un doute“, alle in *Le Figaro* 30.11.2001.

⁸⁰¹ Françoise Pons: „Comment les Quinze se partageront la facture de l'élargissement“, *Le Figaro* 26.11.2001.

Im Nachklang zum Gipfel von Laeken gab *Le Figaro économie* im Januar 2002 eine Übersicht über den Stand der Beitrittsverhandlungen und die Perspektiven ihrer Fortführung für das Jahr 2002. Paul Mentré stellte besonders die wirtschaftliche Lage der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern dar und gab Hinweise darauf, welche Bereiche bei ihrer Aufnahme in die EU problematisch werden könnten. Baudouin Bollaert konzentrierte sich in einer Analyse auf Polen und berichtete ausführlich über den dortigen Stand der Reformen und noch vorhandenen Schwierigkeiten, besonders im Bereich der Landwirtschaft. Ein weiterer Artikel beschäftigte sich mit den schwierigen Kapiteln Gemeinsame Agrarpolitik, Strukturhilfen und Budgetfragen, die im weiteren Verlauf der Verhandlungen noch anstanden.⁸⁰²

Grundsätzliche Analysen zum Stand der europäischen Integration und zur französischen Europapolitik zur Jahreswende 2001/2002

Arnaud Leparmentier nahm in *Le Monde* den französischen Vorstoß zugunsten von Bulgarien und Rumänien zum Anlass für eine kritische Betrachtung des gesamten Erweiterungsprozesses.⁸⁰³ Durch Védrines Initiative werde sehr deutlich, wie sehr die Erweiterung der EU eine Flucht nach vorne sei, auf die weder die Kandidatenländer noch die EU zum Zeitpunkt ihres Vollzuges ausreichend vorbereitet sein würden und die damit das gesamte bisherige Einigungswerk gefährden könne, so Leparmentiers Einschätzung. Er analysierte als großen Fehler im Vorfeld der Erweiterung, dass die Institutionen weder in Amsterdam noch in Nizza ausreichend reformiert worden seien, um die EU auf die Aufnahme einer so großen Zahl neuer Mitglieder vorzubereiten. Bereits mit dem Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs sei die Integrationsgemeinschaft aufgelöst worden, da Schweden sich gegen den Euro entschieden habe und sich alle drei Länder aufgrund ihrer Tradition als neutrale Staaten nicht am Aufbau einer europäischen Verteidigung beteiligten. Damit sei ein „Europa à la carte“ in greifbare Nähe gerückt und der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder hätte nicht mehr abgelehnt werden können. Der daraus entstandene Zwang sei jedoch öffentlich nicht als solcher artikuliert worden, so dass sich die Situation habe ergeben können, vor der die EU Ende 2001 stehe. Leparmentier sah Frankreich hier in einer besonderen Verantwortung:

⁸⁰² Paul Mentré: „Les Quinze confrontés à la nouvelle équation de l’élargissement“; Baudouin Bollaert: „Sur un air de polonaise...“ und „Les dossiers difficiles vont être ouverts“, alle in *Le Figaro* 7.1.2002.

⁸⁰³ Arnaud Leparmentier: „Qui osera dire non à l’élargissement de l’Europe?“, *Le Monde* 25./26.11.2001. Die Ausführungen und Zitate im folgenden Abschnitt beziehen sich alle auf diesen Artikel. Kursivsetzungen im Original.

„Seule la France aurait pu briser le ‚politiquement correct‘ sur l’élargissement. Mais elle est isolée, l’Allemagne veut accueillir ses voisins et les pays du Nord préfèrent une Europe molle. Surtout, la France ‚eurofrileuse‘ de Jacques Chirac et de Lionel Jospin ne semble plus tenir elle-même à l’approfondissement. Les Quinze continuent donc d’imposer l’*omerta* sur le sujet. Certains dirigeants se dédouanent en étalant leurs états d’âme en privé, d’autres font comme si de rien n’était. Les Irlandais ont été le seul peuple consulté par référendum sur le traité de Nice et ils ont dit ‚non‘. Mais l’on s’est empressé d’expliquer que l’élargissement n’avait rien à voir avec leur vote. Les sujets d’inquiétude s’accumulent pourtant dans l’opinion.“

Eine Lösung für die schwierige Situation der EU sah Leparmentier nur in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Ein solches sei auch immer wieder angedacht worden – angefangen von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble über Joschka Fischer und Jacques Chirac – eine Umsetzung sei jedoch nicht möglich, da sonst den neuen Mitgliedern bereits zum Zeitpunkt ihres Beitritts signalisiert würde, sie seien EU-Mitglieder zweiter Klasse. Die Folge sei, so Leparmentiers Analyse, dass niemand in der EU das Thema zum aktuellen Zeitpunkt offen anspreche, aber viele im Stillen auf eine Lösung in diesem Sinne hofften. Für die Entwicklung der EU insgesamt waren die Aussichten Leparmentiers daher pessimistisch:

„Alors, à Bruxelles, tel commissaire rêve secrètement d’un second ‚non‘ irlandais qui forcerait à ouvrir les yeux. Tel autre espère que la conférence intergouvernementale – qui doit réformer les institutions européennes en 2004 – permettra d’aborder enfin le sujet. Autant d’espoirs qui supposent que, à un moment ou à un autre, quelqu’un ait le courage de d’exiger une vraie réforme des institutions européennes, quitte à arrêter le train de l’élargissement. Comme si tous s’accommodaient du glissement vers une Europe zone de libre échange, et de la victoire britannique sur une vision naguère franco-allemande, laissée en déshérence.“

Europe puissance und erweiterte Union

Alain Frachon hatte bereits im Juli in *Le Monde* den Europadiskurs Védrines analysiert und daraus grundsätzliche Schlüsse für das französische Verhältnis zu Europa gezogen.⁸⁰⁴

Frachons Analyse konzentrierte sich auf das Konzept eines *Europe puissance*, das Védrine offensiv vertrete und das ein Allgemeingut der französischen Europapolitik darstelle:

„Outre la paix sur le Vieux Continent et un marché commun, l’Europe, pour la France, doit aussi être une puissance parmi les autres sur la scène internationale. Elle doit amplifier une ambition française, dont elle serait le coefficient multiplicateur, afin qu’une nouvelle puissance puisse parler d’égal à égal avec les autres Grands. De de Gaulle à Chirac, en passant par Giscard d’Estaing et Mitterrand, la diplomatie française affirme s’être battue pour cette Europe-puissance.“

⁸⁰⁴ Alain Frachon: „Europe: la manière Védrine“, *Le Monde* 7.7.2001. Die Ausführungen und Zitate im folgenden Abschnitt beziehen sich alle auf diesen Artikel. Kursivsetzungen im Original.

Allerdings werde dieses Konzept von den Partnerstaaten in Europa nicht, wie in Frankreich, als eines der wichtigsten Ziele der europäischen Integration angesehen, so Frachon weiter:

„[...] la notion, le désir d’une Europe-puissance est d’abord une idée française, approuvée, vantée d’un bout à l’autre du spectre politique hexagonal, mais très inégalement partagée chez nos partenaires. [...] Le désir d’Europe-puissance n’anime pas les Quinze avec la même intensité. Il implique que, dans certains domaines au moins, touchant à la diplomatie et à la sécurité, on défende des positions distinctes des Etats-Unis. Or chez nombre des quatorze partenaires de la France, pareille aspiration n’existe pas. Pour des raisons historiques, certains se méfient de la notion même de puissance; d’autres sont de tradition neutraliste; d’autres encore, nombreux, sont pleinement épanouis dans une relation de dépendance stratégique aux Etats-Unis; les uns et les autres ne veulent pas dépasser l’ensemble économique-commercial qui a été formé.“

Besonders dieser in der französischen Herangehensweise immer implizit vorhandene Wunsch, in Europa einen Gegenpol zu den USA aufzubauen, könne, so Frachons Analyse, im Zuge der Erweiterung für Frankreichs Ambitionen hinsichtlich eines starken Europa problematisch werden:

„Pour la plupart [des quatorze partenaires de la France] l’alliance stratégique avec les Etats-Unis, la grande communauté de valeurs qui reste partagée avec ces derniers et l’économie de marché fondent une identité occidentale dans laquelle ils se reconnaissent. Et c’est encore plus vrai de ceux des pays d’Europe centrale qui s’apprêtent à rejoindre l’Union. Pour la Pologne, la Hongrie, la République tchèque, l’entrée dans l’Union se fait parallèlement à leur arrivée dans l’OTAN (ou presque), et elle signe ce qui est pour eux une réalité géostratégique, politique, idéologique et morale: leur appartenance, enfin reconnue, au camp occidental. Aucun d’entre eux n’a de désir d’Europe-puissance au sens où celle-ci signifierait un affaiblissement de l’alliance stratégique avec les Etats-Unis. Dès lors, comment faire pour que l’élargissement n’ébranle un peu plus l’idée d’Europe-puissance? [...] Optimiste, [Hubert Védrine] table sur un mécanisme progressif d’*européanisation* des nouveaux membres.“

Frachons Problematisierung des *Europe puissance*-Konzepts vor dem Hintergrund der Erweiterung deckt sich mit wesentlichen Erkenntnissen, die im bisherigen Verlauf der vorliegenden Analyse herausgearbeitet wurden. Bei einer unveränderten französischen Haltung waren in diesem Punkt in einer erweiterten Union Konflikte vorprogrammiert. Bereits im Jahr 2003 wurde dies im Zusammenhang mit der Irak-Krise sehr deutlich.

Grundsätzliche Schwierigkeiten im französischen Verhältnis zu Europa

In *Le Monde* stellte im Januar 2002 eine an den Gipfel von Laeken angebundene Analyse die grundsätzliche Frage: „La France est-elle encore européenne?“⁸⁰⁵ Laurent Zecchini vermisste

⁸⁰⁵ Laurent Zecchini: „La France est-elle encore européenne?“, *Le Monde* 9.1.2002. Kursivsetzungen in den Zitaten im Original.

bei den Führungsnationen, und besonders bei Frankreich, zunehmend die erforderliche Initiativkraft für ein Fortschreiten der Integration:

„Historiquement, la France occupe une place particulière en Europe: depuis Jean Monnet et Robert Schuman, c'est elle qui a le plus souvent joué le rôle de défricheur de la construction européenne. Or, aujourd'hui, elle semble avoir abdiqué cette responsabilité. Des beaux restes d'influence lui permettent d'imposer Valéry Giscard d'Estaing à la tête de la convention sur l'avenir de l'Europe, mais, placée en position d'assumer le leadership européen après les événements du 11 septembre, dans la lutte contre le terrorisme et la guerre en Afghanistan, elle semble aux abonnés absents. L'aventure historique de l'euro et la nécessité de mobiliser l'opinion européenne? C'est presque elle qui en fait le moins. Les peurs de l'élargissement? Au moment où il faudrait tenir le langage de la solidarité, elle accrédite de facto l'idée qu'il s'agit d'un drame et d'une contrainte.“

Zecchini sah eine seiner Ansicht nach bedenkliche Tendenz der französischen Politiker, die europäischen Institutionen über rhetorische Floskeln hinaus kaum zu unterstützen bzw. sogar offen zu kritisieren. Er deutete dieses Verhalten als Zeichen eines insgesamt fehlenden Ehrgeizes für die europäische Einigung, was sich zum Teil noch auf die Maastricht-Abstimmung zurückführen lasse. Zunehmend ergebe sich aus dieser Situation jedoch auch eine Diskrepanz zwischen der französischen Europapolitik und dem sie begleitenden Diskurs, so Zecchini:

„Cette perte d'ambition de la France pour l'Europe est issue pour une part des leçons de l'âpre campagne du référendum pour la ratification du traité de Maastricht, en 1992. Celle-ci ayant opposé les Français, leur dirigeants en ont tiré la conclusion que l'Europe est un sujet de division. Alors qu'on aurait pu expliquer en quoi l'Europe exerce une influence grandissante dans le vie de chacun, établir des ponts entre la dimension européenne et la dimension nationale, le débat européen a été escamoté. L'Europe a rarement été présentée comme une chance, et souvent comme un bouc émissaire. Dans les enceintes internationales, la France ne donne pas le sentiment de jouer le jeu collectif de l'Europe, rendant ainsi quelque peu dérisoires ses appels répétés en faveur d'une ‚*Europe-puissance*‘. Au fond, à l'exception du Proche-Orient et des Balkans, elle n'a pas vraiment compris que, dans un monde de plus en plus globalisé, la ‚*voix de la France*‘ ne pourrait se faire entendre que si elle choisit d'être forte en Europe.“

Das Gewicht und der Einfluss Frankreichs in Europa litten unter diesen Diskrepanzen, so Zecchinis weitere Analyse. Deutschland und Großbritannien verstünden es unter den gegebenen neuen Umständen in Europa besser, ihre Positionen zu behaupten und ihre Interessen zu vertreten:

„L'Europe, certes, est devenue plus compliquée, et la France n'est pas la seule à se montrer incapable d'en présenter une vision et un projet. S'ajoutent à cela le fait que l'évolution de la construction et des institutions européennes, ainsi que la globalisation des échanges internationaux, ne vont pas dans le sens d'une évolution ‚à la française‘. Le temps n'est plus où la Commission européenne était dominée par la France, qu'il s'agisse de son inspiration, de ses méthodes et de sa langue de travail. Davantage que d'autres pays européens, la France est, par ailleurs, l'héritière d'un modèle politique et administratif centralisé, où l'Etat de

tradition colbertiste joue un rôle prépondérant: en France, la mise en commun ne va pas de soi. Tout s'est bien passé tant que l'Europe a évolué peu ou prou au rythme des idées françaises. Aujourd'hui, la mise en œuvre de l'Europe politique met à l'épreuve la capacité des élites politiques françaises à accepter que la spécificité hexagonale puisse se fonder dans un ensemble communautaire aux contours de plus en plus flous.“

Ähnlich kritisch urteilte im Februar 2002 auch Jean Quatremer in *Libération* über das Verhältnis der französischen Politiker zu Europa.⁸⁰⁶ Für die großen Herausforderungen, vor denen die EU stehe, sah er die französische Politik nicht gut gerüstet:

„Il est vrai que l'Europe n'a jamais suscité l'enthousiasme de nos élites, mis à part quelques franc-tireurs marginalisés. Pourquoi une telle incapacité à penser l'Europe? Pourquoi un tel déphasage avec la réalité politique – l'action des autorités gouvernementales françaises est étroitement bornée par le cadre européen – et sociologique – les sondages montrent de façon récurrente que les Français sont en faveur d'une accélération de la construction communautaire?“

Quatremer kritisierte nicht nur die Politiker, sondern auch seine eigene Zunft der Journalisten. Die geringe Präsenz französischer Journalisten in Brüssel („même les Suisses sont plus nombreux“) und der kleine Teil, den die Berichterstattung zu Europa in der französischen Presse insgesamt einnehme, waren für ihn zwar einige der Gründe für die schlechte Vermittlung Europas in Frankreich, aber ebensowenig wie das Argument der Komplexität europäischer Themen entscheidend:

„La vraie raison de ce silence est ailleurs: les élites françaises ne se sont jamais résolues à la perte du leadership français dans le monde. Il suffit de se promener dans les couloirs du Quai d'Orsay pour être transporté de deux siècles dans le passé: les modes de pensée du XIX^e, une époque où la France seule comptait, dominant encore largement la diplomatie hexagonale, ce qui explique, au demeurant, ses erreurs d'analyse (rappelons simplement les guerres de Yougoslavie). L'effondrement de l'influence française, à la suite de la Seconde Guerre mondiale, a été un traumatisme jamais réellement surmonté. L'anesthésie gaullienne a prolongé le rêve d'une France autonome, puissance militaire, diplomatique et politique. Il revient à François Mitterrand, seul, d'avoir tiré les leçons du contre-choc de la relance ratée de 1981: sans l'Europe, la France pèse peu et surtout ne peut rien. L'Europe, voilà le multiplicateur de puissance. Mais, en même temps, elle contraint l'action publique, la France n'étant plus qu'un rouage – important certes – d'une machine complexe. Et cela peu de monde est prêt à l'admettre publiquement, par peur qu'on ne sait quoi.“

7. Zwischenfazit am Ende des Jahres 2001

Die EU vor entscheidenden Zukunftsfragen

Das Jahr 2001 brachte im europäischen Rahmen mehrere wichtige neue Entwicklungen. Als Konsequenz der nicht ausreichenden Ergebnisse des Europäischen Rates von Nizza und der schwierigen Umständen ihres Zustandekommens entschlossen sich die Staats- und

⁸⁰⁶ Jean Quatremer: „Elites françaises, les pisse-froid de l'Europe“, *Libération* 18.2.2002.

Regierungschefs beim Gipfel in Laeken, die Vorbereitung der nächsten Reformschritte der EU mit dem Konvent einem neuen Gremium zu überantworten. Dies bedeutete den Versuch einer Abkehr von der Methode der Regierungskonferenzen mit abschließenden Diskussionen der Staats- und Regierungschefs, die in Nizza offensichtlich an ihre Grenzen gestoßen war. Neben der methodischen Neuerung beinhalteten die Beschlüsse von Laeken jedoch auch einen qualitativen inhaltlichen Sprung, denn erklärte Zielsetzung des Konvents war die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung. Auch im Hinblick auf das zweite wichtige Zukunftsthema der EU, die Erweiterung, fanden im Jahr 2001 wesentliche Weiterentwicklungen statt. Mit ihrer Entscheidung, die Verhandlungen mit allen zehn Bewerberstaaten außer Rumänien und Bulgarien möglichst zum 31. Dezember 2002 abzuschließen und damit eine große Erweiterungsrunde anzustreben, folgten die Staats- und Regierungschefs der auch politisch motivierten Empfehlung der Kommission und wichen vom bis dahin gültigen Prinzip der Differenzierung ab. Die Annäherung an eine „Big bang“-Erweiterung bedeutete eine Abkehr von der bis dahin verfolgten Strategie der getrennten Bewertung der Fortschritte der einzelnen Kandidatenländer.

Neben der Bewältigung ihrer internen Herausforderungen musste sich die EU im Jahr 2001 durch die Folgen der Anschläge des 11. September auch international deutlicher positionieren als zuvor. Damit einher gingen Diskussionen über die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die sich im Laufe des Jahres 2002 und besonders 2003 im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg noch deutlich zuspitzten. Mit der Einsatzbereitschaft der EU für Operationen zur Krisenbewältigung, die der Europäische Rat von Laeken im Dezember konstatieren konnte, war ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der genannten Politikfelder verwirklicht worden. Frankreich sah sich daher zunächst in seinem Bestreben nach einer Stärkung der europäischen Strukturen bestätigt. Gerade vor dem Hintergrund der Erweiterungsperspektive blieben jedoch die im Verlauf der Untersuchung festgestellten (potentiellen) Unstimmigkeiten in diesem Bereich bestehen. Auch hier brachten die Jahre 2002 und 2003 eine Verschärfung der EU-internen Konflikte mit sich.

Fortgesetzte Widersprüche in der französischen Europapolitik

Für Frankreich fiel das Fazit des Jahres 2001 nicht eindeutig aus. Der Nachklang des nicht überzeugenden Gipfels von Nizza war noch deutlich und beeinflusste sowohl die Optionen für die Zukunftsgestaltung der EU (s.o.) als auch das Bild Frankreichs in Europa. Die französische Selbstwahrnehmung, wie sie sich in den Äußerungen Jacques Chiracs zu Beginn des Jahres 2001 widerspiegelte, war von Verlauf und Ergebnissen des Gipfels nicht

wesentlich beeinflusst. Chirac sah Frankreich weiterhin in einer europäischen Führungsrolle und betrachtete seine Aufgaben in Nizza auch rückblickend als erfolgreich erfüllt. Die Feststellung aus dem Jahr 2000, dass in der französischen Bewertung von Nizza die nationale Perspektive gegenüber der gesamteuropäischen deutlich überwog, blieb daher auch 2001 gültig.

Auch der weitere Verlauf des Jahres 2001 war geprägt von einer Fortsetzung der Widersprüche in der französischen Europapolitik, besonders im Hinblick auf die Erweiterung. Anhand der Baltikum-Reise Chiracs wurde dies sehr deutlich. Chirac hatte zwar seine Einstellung, wie sie sich in seinen Äußerungen in Estland, Lettland und Litauen widerspiegelte, insofern im Vergleich zu seinen Besuchen in mittel- und osteuropäischen Staaten modifiziert, dass er keine unrealistischen Versprechen mehr machte und auch nicht die französische Vorstellung von Europa explizit als Idealbild präsentierte, dem sich die neuen Mitgliedsstaaten anzupassen hätten. Die Inkompatibilitäten zwischen der französischen Sicht auf Europa und den durch die Erweiterung geschaffenen neuen Realitäten blieben jedoch bestehen, wie die Analyse von Chiracs Reise anhand der für die vorliegende Arbeit entwickelten Kategorien zeigte. Die Sicherstellung französischer Interessen blieb ebenso im Fokus des Präsidenten wie der Aufbau europäischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen entsprechend dem *Europe puissance*-Konzept. Beide Punkte waren in ihrer Absolutheit nicht mit den neuen Gegebenheiten einer erweiterten Union vereinbar. Kompromisse auch von französischer Seite waren notwendig. Die Bereitschaft dazu war jedoch im Verlauf des Jahres 2001 nicht zu erkennen.

Ergänzt wurden die Schwierigkeiten Frankreichs mit der Erweiterungsperspektive im Jahr 2001 dadurch, dass die Entscheidung für eine gemeinsame Aufnahme von zehn neuen Staaten nicht der französischen Strategie entsprach, die sehr viel Wert auf Differenzierung legte. Chirac bemühte sich zwar darum, das Ergebnis von Laeken nicht als Schritt hin zu einer „Big bang“-Erweiterung zu präsentieren.⁸⁰⁷ Tatsächlich zeichnete sich diese Entwicklung jedoch immer stärker ab. Darüber hinaus blieb trotz der großen Zahl an Staaten, die gemeinsam aufgenommen werden sollten, mit Rumänien ein Land außen vor, für das sich Frankreich aus

⁸⁰⁷ „[...] la conclusion à laquelle le Conseil est arrivé est très exactement celle que nous souhaitons. Il n’y a pas de décision de ‚big bang‘ tel qu’à un moment donné certains l’avaient envisagé. Les conclusions réaffirment le principe de différenciation, c’est-à-dire à chacun selon ses mérites, et vous savez que c’était un principe auquel la France était très attachée. Les conclusions énoncent une évidence: si les négociations se poursuivent au rythme actuel et, c’est un ajout important, si le rythme des réformes dans les Etats candidats se maintient, alors, naturellement, les dix pays cités ou tout ou partie d’entre eux pourraient être prêts pour rentrer en 2004.“
Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères, Laeken 15.12.2001.

den bekannten Gründen besonders eingesetzt hatte. Die bereits zuvor beobachtete Tendenz, dass der Erweiterungsprozess in wichtigen Punkten nicht nach französischen Vorstellungen verlief, bestätigte sich damit erneut.

Grundsätzliche französische Probleme mit Europa?

Je stärker die Erweiterung in den Fokus rückte, desto deutlicher wurden die französischen Schwierigkeiten mit dem sich abzeichnenden neuen Europa und desto häufiger wurde dies auch in der Presse als grundsätzliches Problem thematisiert. Nicht erst seit Nizza wurden fehlende französische Visionen und eine diesen entsprechende und der französischen Führungsrolle angemessene konstruktive Europapolitik eingefordert. Chiracs Beitrag zur europäischen Zukunftsdebatte vor dem Deutschen Bundestag hatte in der praktischen Politik keine Fortsetzung gefunden und die Rolle des Premierministers war, der Kohabitation geschuldet, gering. Die Pressebewertung der Europapolitik des Jahres 2001 fiel daher überwiegend negativ aus.

Wie wichtig ein offensiver Umgang mit Europa und seinen Zukunftsoptionen gewesen wäre, zeigten auch im Jahr 2001 die Umfragedaten. Es blieb bei der problematischen Konstellation, dass eine Mehrheit der Franzosen grundsätzlich die europäische Integration unterstützte, die Erweiterung aber entschieden ablehnte. Die ausgewertete OPTEM-Befragung bestätigte einige der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden Annahmen. Aus ihren Ergebnissen ging deutlich hervor, dass die Franzosen zu großen Teilen mit der europäischen Integration Motive aus deren Gründungszeit verbanden und dass zu den aktuellen Entwicklungen ein erhebliches Informationsdefizit bestand. U.a. daraus ließ sich die ablehnende Haltung vieler Franzosen zu bestimmten Neuerungen in den Integrationsstrukturen erklären. Es blieb damit auch 2001 eine der wichtigsten Aufgaben der französischen Politik, das neue Europa zu vermitteln und die Franzosen davon zu überzeugen. Ansätze in dieser Richtung waren jedoch nicht zu erkennen. Im Gegenteil verwies Jacques Chirac, wie oben dargestellt, während seiner Baltikumsreise diese Aufgabe auf einen späteren Zeitpunkt. Es blieb die Frage, ob die notwendige Überzeugungsarbeit dann noch würde greifen können. Dies galt umso mehr, als im Jahr 2002 die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu einem Ergebnis geführt werden musste, das die anvisierte baldige Aufnahme von bis zu zehn neuen Staaten in die EU ermöglichen würde. Eines der für die französische Politik im Zusammenhang mit der Erweiterung schwierigsten Themen erhielt somit wieder einen prominenten Platz auf der europäischen Agenda. Die Umsetzbarkeit des in Laeken angestrebten Zeitplans zur Erweiterung hing in hohem Maße

von Frankreich ab. Zusätzlich erschwert wurde diese Situation noch dadurch, dass 2002 Präsidentschaftswahlen anstanden und die mächtige Agrarlobby nicht verprellt werden durfte.

Kapitel XIII: Von Kopenhagen nach Kopenhagen: Der Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen für acht mittel- und osteuropäische Länder, Malta und Zypern (2002)

Für den Erweiterungsprozess der EU war das Jahr 2002 von großer Bedeutung, da beim Gipfel von Kopenhagen im Dezember die Beitrittsverhandlungen mit acht mittel- und osteuropäischen Ländern sowie mit Malta und Zypern abgeschlossen werden konnten. Der Weg für eine Aufnahme dieser Länder in die EU war somit frei. Ein zehnjähriger Prozess, der 1993 bei einem europäischen Ratstreffen in Kopenhagen begonnen hatte, fand 2002, wieder in der dänischen Hauptstadt, seinen Abschluss. Möglich wurde dies nach einer zwischen Deutschland und Frankreich ausgehandelten Einigung über die Reform der Agrarpolitik. Der Kompromiss sah eine Beibehaltung des Systems der Direktzahlungen an die Landwirte vor. Allerdings wurden die Kosten der Agrarpolitik gedeckelt.

Deutschland und Frankreich waren entschlossen, das Jahr 2002 zur Vorbereitung einer noch weiteren Vertiefung ihrer Beziehungen zu nutzen. Der 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages im Januar 2003 sollte Anlass für eine Art neuen Gründungspakt der deutsch-französischen Zusammenarbeit sein. Gleichzeitig entwickelten Deutschland und Frankreich gemeinsame Positionen für die Diskussionen im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, um angesichts der sich konkretisierenden Erweiterungsperspektive ihrer Führungsrolle in Europa wieder gerecht zu werden.⁸⁰⁸ Zur Vorbereitung der anstehenden wichtigen Entscheidungen beschlossen Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder im Juli, in der zweiten Jahreshälfte monatlich zusammenzukommen, d.h. die Intensität der Zusammenarbeit im Vergleich zum Blaesheim-Prozess noch einmal zu erhöhen. Außerdem wurden drei Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen Osterweiterung (insbesondere im Hinblick auf die notwendige Kompromissfindung bei der GAP-Reform), EU-Konvent und ESVP eingesetzt.⁸⁰⁹

⁸⁰⁸ Auf die Arbeit des Konvents kann im Kontext der vorliegenden Arbeit nicht näher eingegangen werden. Die deutsch-französischen Beiträge sind abgedruckt in *Dokumente* 2/2003, S. 37-46. Vgl. außerdem u.a. Ulrike Guérot/Kirsty Hughes/Maxime Lefebvre/Tjark Egenhoff (2003): *France, Germany and the UK in the Convention. Common interests or pulling in different directions?*, European Policy Institute Network Working Paper No. 7, Brüssel, Juli 2003 und Müller-Brandeck-Bocquet (2004), a.a.O., S. 237ff.

⁸⁰⁹ Deutsch-französischer Gipfel von Schwerin 30.7.2002. Vgl. hierzu u.a. auch Wolfram Vogel (2002): *Frankreichs Europapolitik nach der Wahl – Perspektiven für Deutschland und Europa*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg.

Im Verlauf des gesamten Jahres 2002 waren Nachwirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu beobachten. Innerhalb der EU erhielten die Diskussionen über eine Stärkung und einen Ausbau der ESVP eine neue Bedeutung. Beim Ratstreffen in Sevilla im Juni hielten die Staats- und Regierungschefs fest, dass der „Europäische Rat [...] entschlossen [sei], die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung des Terrorismus auszubauen, und [sich] bewusst [sei], welche Bedeutung dem Beitrag der GASP, einschließlich der ESVP, hierbei zukomm[e ...].“⁸¹⁰ Weiterhin begannen 2002 die Diskussionen über einen möglichen militärischen Einsatz gegen den Irak, der von den USA für den internationalen Terrorismus mit verantwortlich gemacht und mit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon in Verbindung gebracht wurde. Jacques Chirac nahm in dieser Frage von Beginn der Diskussionen an eine zurückhaltende Position ein. Der Präsident war nicht prinzipiell gegen ein militärisches Eingreifen, verwies allerdings auf die alleinige Zuständigkeit des UN-Sicherheitsrates für diese Entscheidung. In seiner Analyse stimmte Präsident Chirac mit dem deutschen Bundeskanzler Schröder überein. Schröder schloss allerdings einen Militärschlag grundsätzlich aus.⁸¹¹

⁸¹⁰ Vgl. Europäischer Rat Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, I. Die Zukunft der Union, ESVP und Anlage V für die genannte Erklärung. Vgl. außerdem Chiracs Aussagen u.a. bei den folgenden Gelegenheiten: Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, en réponse aux vœux des armées, Palais de l’Elysée 4.1.2002 und Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l’Elysée 4.1.2002.

⁸¹¹ Vgl. zu diesem Thema u.a. Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien „International Herald Tribune“, Palais de l’Elysée 20.3.2002; Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. George Walker Bush, Président des Etats-Unis d’Amérique, à l’issue de leur entretien, Palais de l’Elysée 26.5.2002; Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne à l’issue des 79es consultations franco-allemandes, Schwerin 30.7.2002; Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, à l’issue du dîner informel, Hannover 7.9.2002; Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au „New York Times“, Palais de l’Elysée 9.9.2002; Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue du sommet de l’ASEM IV, Kopenhagen 24.9.2002; Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne à l’issue de leur dîner informel, Palais de l’Elysée 2.10.2002; Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à „Future TV“ et à „Radio Orient“, 16.10.2002; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Hosni Mubarak, Président de la République arabe d’Egypte, Alexandria 16.10.2002; Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Anders Fogh Rasmussen, Premier ministre du Danemark, Palais de l’Elysée 22.10.2002; Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Silvio Berlusconi, Président du Conseil des ministres de la République italienne, Rom 7.11.2002; Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Kofi Annan, Secrétaire général de l’Organisation des Nations Unies, à l’issue de leur entretien, Palais de l’Elysée 25.11.2002 sowie Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, Storkow 4.12.2002. Vgl. weiterhin Klaus Wurpts (2002): „Frankreich und der ‚Krieg gegen den Terrorismus‘“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 65-71 und Craig Kennedy/Marshall M. Bouton (2002): „Die wahre Kluft im transatlantischen Verhältnis“, in: *Internationale Politik* 11/2002, S. 45-52.

1. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich

Die erste Hälfte des Jahres 2002 war in Frankreich vom Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampf dominiert.⁸¹² Zum ersten Mal wurde der neue Präsident nur noch für fünf statt für sieben Jahre gewählt, nachdem im Jahr 2000 in einem Referendum eine Mehrheit der Franzosen der Verkürzung der Amtszeit zugestimmt hatte. Die Amtszeit des Staatspräsidenten wurde durch die neue Regelung mit der Legislaturperiode des Parlaments synchronisiert.⁸¹³ Nach dem Schock des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen, in dem Jacques Chirac wegen der zersplitterten linken Wählerschaft überraschend dem rechtsextremen *Front National*-Kandidaten Jean-Marie Le Pen und nicht wie erwartet Lionel Jospin gegenüberstand, wurde Chirac im zweiten Durchgang triumphal wiedergewählt.⁸¹⁴ Der Erfolg seiner neu gegründeten Sammlungsbewegung *Union pour la Majorité Présidentielle* (UMP)⁸¹⁵ bei den folgenden Parlamentswahlen verschaffte Chirac für seine zweite Amtszeit eine breite Machtbasis und umfangreiche politische Gestaltungsmöglichkeiten.⁸¹⁶ Nach fünf Jahren Blockade durch die Kohabitation gaben die Franzosen mit ihrem Wahlverhalten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 dem Wunsch nach Stabilität, nach klaren

⁸¹² Vgl. Joachim Schild (2001a): „Frankreich im Vorwahlkampf“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2001*, Opladen, S. 9-29.

⁸¹³ Die Verfassungsänderung ging auf eine Anregung Jacques Chiracs zurück, obwohl er sich in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft auch mehrmals gegen ein *Quinquennat* ausgesprochen hatte. Vgl. Interview télévisée accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à M. Patrick Poivre d'Arvor et M. Claude Sérillon à propos de la réforme de la durée du mandat présidentiel, Palais de l'Élysée 5.6.2000. Vgl. außerdem Elgie (2001), a.a.O.

⁸¹⁴ Nach nur 19,88% der Stimmen im ersten Wahlgang - das schwächste Ergebnis eines künftigen Präsidenten in der Geschichte der V. Republik - erreichte Jacques Chirac im zweiten Wahldurchgang 82,21% der Stimmen. Lionel Jospin kam im ersten Durchgang nur auf 16,18%, Jean-Marie Le Pen auf 16,86%. Vgl. zum Präsidentschaftswahlkampf die Artikel im Dossier „Vor den Präsidentschaftswahlen“ in: *Dokumente 2/2002*, S. 6-40. Vgl. für die angegebenen Zahlen *Dokumente 3/2002*, S. 15.

⁸¹⁵ Die UMP entstand zwei Tage nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen durch die Umbenennung des Wahlbündnisses *Union en Mouvement* (UEM). Ziel war zunächst der Sieg bei den Parlamentswahlen. Dieses Vorhaben gelang. Längerfristig strebten die Initiatoren unter der Führung von Alain Juppé und dem Chirac-Vertrauten Jérôme Monod des nach den Präsidentschaftswahlen in *Union pour un Mouvement Populaire* umbenannten Zusammenschlusses die Bildung einer Einheitspartei zur Sammlung des Mitte-Rechts-Spektrums des Parteiensystems an. Zunächst bestand die UMP im wesentlichen aus dem neo-gaullistischen RPR und der kleinen zentristischen Partei *Démocratie libérale* (DL), aus der Chiracs neuer Premierminister Raffarin hervorging. Auch Teile der UDF schlossen sich der UMP an. Trotz der Namensänderung blieb die UMP zunächst klar auf den Präsidenten und auf die Unterstützung seiner Politik ausgerichtet. Vgl. zur UMP u.a. Wolfram Vogel (2002a): „UMP: Vom strategischen Bündnis zur Einheitspartei?“, in: *dfi aktuell 3/2002*, Ludwigsburg, S. 2f.

⁸¹⁶ Mit 399 von 577 Sitzen für die Rechte, davon 369 für Abgeordnete der UMP, konnte Chirac in der Nationalversammlung auf eine Zweidrittelmehrheit zurückgreifen. Darüber hinaus konnte er sich auch auf eine absolute Mehrheit im Senat stützen und hatte mit Jean-Pierre Raffarin einen loyalen Premierminister an seiner Seite. Auch weitere entscheidende Schaltstellen der Republik (Verfassungsrat, oberste Medienbehörde, Präfekturen etc.) waren mit Gefolgsleuten des neuen Präsidenten besetzt. Jacques Chirac verfügte damit im Jahr 2002 über die größte Machtfülle, die je ein Präsident der V. Republik hatte. Vgl. u.a. Medard Ritzenhofen (2002a): „Sonnenkönig und Provinzbaron. Auf Jacques Chirac und Jean-Pierre Raffarin kommt es an“, in: *Dokumente 4/2002*, S. 6-13. Vgl. für die angegebenen Zahlen ebd., S. 14ff.

Gestaltungsmehrheiten und nach ergebnisorientierter Politik Ausdruck. Auch in der Außen- und Europapolitik hatte Chirac nach seiner Wiederwahl wieder deutlich mehr Gestaltungsfreiheit als während der Kohabitation. Allerdings konnte die Kohabitation auch nicht mehr als Entschuldigung dafür dienen, dass Entscheidungen nicht oder nur zögerlich getroffen wurden, wie es bei einigen Gelegenheiten zwischen 1997 und 2002 der Fall war.⁸¹⁷

Jacques Chiracs Programm für den Präsidentschaftswahlkampf - Schwerpunkt innere Sicherheit

Im Zentrum des Wahlprogramms von Chirac für die Präsidentschaftswahlen 2002 standen die Wirtschaftspolitik und v.a. das Thema innere Sicherheit.⁸¹⁸ Mit einer Null-Toleranz-Strategie gegenüber jeglicher Art von Straftat („impunité zéro“) wollte er den Franzosen ein Gefühl der Sicherheit zurückgeben. Dies sollte unter anderem mit Hilfe eines direkt dem Staatspräsidenten unterstellten Rates für Innere Sicherheit und einem gleichnamigen Ministerium sowie durch die Vollendung der Justizreform mit dem Ziel einer effizienteren und schnelleren Bearbeitung von Straftaten erreicht werden. Im auf die Außenpolitik bezogenen Teil des Wahlprogramms nannte Chirac als vorrangiges Ziel, internationale Konflikte beispielsweise im Nahen Osten zu lösen. Besonders vor dem Hintergrund des 11. September war dies für ihn von Bedeutung. Zu diesem Zweck wollte Chirac die finanzielle Ausstattung der Streitkräfte verbessern, damit diese solidarisch mit den Verbündeten Frankreichs im Kampf gegen den internationalen Terrorismus einsetzbar wären. Der Kampf gegen den Terrorismus dürfe jedoch nicht zu einem Kampf der Kulturen werden, sondern müsse, wie die gesamte französische Außenpolitik, von moralischen Prinzipien geleitet sein, so Chirac. Die Globalisierung wollte er menschlicher gestalten und beherrschbar halten („humaniser et maîtriser la mondialisation“) durch die Unterstützung der Entwicklungsländer, durch die Förderung des Prinzips der Nachhaltigkeit besonders im Umweltschutz sowie durch die Intensivierung der Beziehungen im Rahmen der internationalen Frankophonie.

⁸¹⁷ Vgl. zu diesem Punkt z.B. Claire Tréan: „En politique étrangère, enfin seul“, *Le Monde* 24.6.2002 und Daniel Vernet (2002): „Nach den Wahlen in Frankreich“, in: *Internationale Politik* 7/2002, S. 60-62 sowie Sabine von Oppeln (2002): „Die Kohabitation ist besiegt – was nun? Frankreich nach den Parlamentswahlen“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 18-24.

⁸¹⁸ Vgl. Chiracs Wahlprogramm „Mon engagement pour la France: La France en grand – La France ensemble“. Quelle: Archives de l'UMP.

1.1 Europa in Chiracs Präsidentschaftswahlkampf

Für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union formulierte Jacques Chirac in seinem Wahlprogramm vier prioritäre Zielsetzungen⁸¹⁹: Die Erweiterung solle vollendet werden, um Frieden und Demokratie in Europa zu sichern und die Auswirkungen des Kalten Krieges auszulöschen. In einer Europäischen Verfassung solle ein Integrationsmodell festgeschrieben werden, das es den Nationalstaaten erlaube, ihre Souveränität zu behalten und gleichzeitig die europäischen Institutionen zu demokratisieren. Die Verfassung solle in einem europaweiten Referendum angenommen werden. Außerdem solle zukünftig ein EU-Präsident vom Europäischen Rat gewählt werden. Frankreich solle bei der Umsetzung dieser Prioritäten eine wichtige und konstruktive Rolle spielen, so Chirac („une France de l’initiative sera plus grande et plus forte dans l’Union qu’une France du veto“).⁸²⁰

Während des Wahlkampfes präsentierte Chirac seine europapolitischen Vorstellungen ausführlich im Rahmen einer Rede in Straßburg am 6. März 2002.⁸²¹ Sein persönliches Projekt für Europa, das er bei dieser Gelegenheit vorstellte, bestand aus drei Elementen: einem starken Europa, das weltweit eine Rolle spielen solle („une Europe forte qui pèse dans les affaires du monde“); einem menschlichen und dynamischen Europa, das Sicherheit und Wohlstand für die Franzosen garantiere („une Europe humaine et dynamique pour la prospérité et la sécurité des Français“) und einem demokratischen und effizienten Europa („démocratique et efficace“). Eine nähere Betrachtung der Straßburger Rede macht deutlich, dass sich in Chiracs Präsidentschaftswahlkampf die im Verlauf der Analyse herausgearbeiteten traditionellen französischen Vermittlungs- und Wahrnehmungskonzepte zu Europa wiederfanden.

⁸¹⁹ Europa war, wie bei seinen wichtigsten Konkurrenten, kein bestimmendes Thema in Jacques Chiracs Wahlprogramm. In negativer Form war Europa im Wahlkampf präsent durch die europafeindlichen Äußerungen der Souveränisten auf der Linken und der Rechten, Jean-Pierre Chevènement, Charles Pasqua und Jean-Marie Le Pen. Der Einzug Le Pens in den zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen brachte für die großen Parteien daher die bittere Erkenntnis, dass mit der Propagierung eines Austritts aus der Europäischen Union 20% der Wählerstimmen gewonnen werden konnten. Vgl. zu diesen Aspekten u.a. Medard Ritzenhofen (2002a): „Der Schock als Chance, der Triumph als Trompe-l’Œil. Die paradoxe Präsidentschaftswahl“, in: *Dokumente* 3/2002, S. 6-14. Ulrike Guérot (2002a): „Schwaches Frankreich – Rückschritte in der Europapolitik?“, in: *Dokumente* 3/2002, S. 21-23 und Vogel (2002), a.a.O.

⁸²⁰ Jacques Chirac: „Mon engagement pour la France: La France en grand – La France ensemble“. Quelle: Archives de l’UMP, S. 20.

⁸²¹ Discours de M. Jacques Chirac à Strasbourg (campagne électorale pour l’élection présidentielle), 6.3.2002. Alle Zitate und Ausführungen in den folgenden Abschnitten beziehen sich auf diese Quelle.

Allgemeine Aussagen zu Europa

Die wichtigste Begründung der europäischen Integration lag für Chirac in ihrer Funktion als Friedenssicherung und in ihren Gründungsprinzipien und -werten:

„Le message de l'Europe trouve sa source dans son histoire. Mais c'est un message moderne. Un message que le monde veut entendre. Car le monde a besoin d'Europe. De cette voix qui exprime les vertus de la paix parce qu'elle a trop connu la guerre; la voix d'une Europe qui a appris que le droit sans la force c'est l'impuissance, mais qui sait aussi que la force sans le droit, c'est l'injustice. Cette voix est devenue indispensable à l'harmonie du monde. Nous Français, nous nous retrouvons dans ces valeurs éthiques, dans ce message que nous avons souvent inspiré. C'est notre fierté. Je suis convaincu que le projet européen peut ainsi redevenir un idéal pour les jeunes, comme il l'était, dans un monde différent, pour la jeunesse française de l'après-guerre.“

Das Friedensmotiv nahm also auch im Jahr 2002 eine bedeutende Rolle in Chiracs Europadiskurs ein. Der Präsident sah Europa an einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung, zwischen großen Erfolgen wie der Euro-Einführung und einer grundlegenden Herausforderung durch die anstehende Erweiterung:

„L'élargissement à dix nouveaux pays, puis d'autres, constitue en effet un moment décisif après un demi-siècle d'existence. Cet élargissement, nous ne le subissons pas. Nous l'appelons de nos vœux. Parce que nous devons accueillir des peuples que l'Histoire a si longtemps interdits de liberté. Parce que notre continent ne pouvait demeurer divisé sans que renaissent à nos portes de nouvelles menaces. Parce que cette unité retrouvée est une véritable chance pour l'Europe. Mais l'élargissement est aussi un défi. Chacun sait qu'il pourrait, si nous n'y prenons garde, donner un coup d'arrêt au projet inspiré de Jean Monnet et Robert Schuman. Un coup d'arrêt au rêve des fondateurs de susciter la renaissance d'une Europe que les deux conflits mondiaux avaient effacée. Ce projet a magistralement joué son rôle, et la prospérité est venue de surcroît. L'enjeu est donc immense. Aujourd'hui, cette histoire européenne nous oblige. Nous avons la responsabilité de ne pas laisser se défaire l'œuvre accomplie, une œuvre dont la France a tant bénéficié.“

Chirac bestätigte damit auch im Wahlkampf 2002 die grundsätzlich offene Haltung Frankreichs zur Erweiterung der Union, die sich v.a. aus historischen und moralischen Gründen ergab (Kategorie Frieden). Gleichzeitig wies er jedoch auch wieder auf die Herausforderungen hin, die mit der Erweiterung verbunden seien und deren Lösung sich nicht zu Lasten Frankreichs auswirken dürfe („ne pas laisser se défaire l'œuvre accomplie, une œuvre dont la France a tant bénéficié“). Die französische Interessenvertretung in der EU und der Nutzen, den Frankreich aus der europäischen Integration ziehe, müssten auch in einer größeren Union gewährleistet bleiben, so Chirac. Explizit erwähnte Chirac das Europa Jean Monnets und Robert Schumans als weiterhin gültiges Modell, das durch die Erweiterung nicht in Frage gestellt werden dürfe. Damit wurde deutlich, wie wenig sich der französische

Europadiskurs des Jahres 2002 und seine Referenzen seit den 1950er Jahren weiterentwickelt hatten. Das Europa des Jahres 2002 war jedoch weit entfernt von der kleinen Gründungsgemeinschaft der Inspiratoren Monnet und Schuman. Der bereits bei zahlreichen Gelegenheiten beobachtete Gegensatz zwischen dem französischen Diskurs zu Europa und den Realitäten des 21. Jahrhunderts bestand damit in Chiracs Wahlkampfaußerungen 2002 ebenso fort wie die zwiespältige Haltung zur Erweiterung.

„Une Europe forte qui pèse dans les affaires du monde“

Im Hinblick auf die Zukunft der EU nannte Chirac als erstes Ziel die Schaffung einer aktiven und sichtbaren EU-Außenpolitik, um Europa als Pol einer multipolaren Welt aufzustellen. Die EU solle besonders gegenüber den USA ihrer Bedeutung entsprechend auftreten können, so Chirac:

„Et dans un monde où s'affirme la puissance considérable des Etats-Unis d'Amérique, n'est-il pas souhaitable que s'établisse un dialogue véritable, plus équilibré, plus exigeant, entre Américains et Européens? Un dialogue qui renforce les chances de réussite de nos objectifs communs fondamentaux? Nous serons toujours des alliés fiables et responsables, mais nous ne devons pas être des alliés aveugles. N'est-il pas nécessaire également que l'Europe s'affirme et développe sa relation avec les grands pays émergents qui seront demain de grandes puissances? Voilà pourquoi je souhaite que l'Europe devienne l'un des grands acteurs d'un monde qui doit être multipolaire et plus harmonieux.“

Damit die EU die von Chirac formulierten Zielsetzungen im außenpolitischen Bereich umsetzen könne, setzte sich der französische Präsident für eine Stärkung der Stellung des Hohen Repräsentanten für die GASP ein und für den Ausbau und die Anwendung von Möglichkeiten zu verstärkter Kooperation in diesem Politikbereich. Auch die militärischen Kapazitäten der EU sowie die Zusammenarbeit der nationalen Rüstungsindustrien sollten ausgebaut werden, so Chirac. Sowohl in Zusammenarbeit mit der NATO als auch unabhängig von dieser solle die EU in Zukunft ihre internationale Verantwortung wahrnehmen können, so der Präsident weiter. Frankreich sah Chirac in diesem Bereich innerhalb der EU in einer Vorreiter- und Initiatorenrolle:

„Comme toujours, la construction européenne progressera par l'effort de tous et par l'initiative de quelques-uns. Ce fut vrai dans les domaines économique, commercial et monétaire. Cela le sera encore davantage dans le domaine de la politique étrangère et de la sécurité. L'ambition d'une Europe-puissance est d'abord une ambition française. Cette ambition, nous devons la faire partager et je souhaite que la France, avec ses principaux partenaires, en soit le moteur.“

Die in diesem Abschnitt beschriebenen außenpolitischen Ziele, die Chirac in Zukunft für die EU verwirklichen wollte, beziehen sich im Analyse Rahmen der vorliegenden Arbeit auf die

Kategorien multipolare Welt, *Europe puissance* und Resonanz. Die Schlagwörter multipolare Welt und *Europe puissance* wurden von Chirac sogar ausdrücklich genannt. Die mit den genannten Kategorien verbundene Abgrenzung von den USA und das Streben nach einer weltweiten Rolle für die EU sind traditionelle Themen der französischen Europapolitik. Deren Umsetzung sollte, wie Chiracs institutionelle Vorschläge deutlich machten, in der Verantwortung des Rates der Staats- und Regierungschefs verbleiben und damit nicht vergemeinschaftet werden. Chirac legte darüber hinaus noch Wert darauf, im außenpolitischen Bereich Möglichkeiten zu verstärkter Zusammenarbeit zu schaffen, um die Handlungsfähigkeit der EU, und damit auch Frankreichs innerhalb der EU, zu gewährleisten. Bei den genannten Themen bewegte sich Chiracs Wahlkampfprogramm somit vollständig im Rahmen der traditionellen Schwerpunkte französischer Europapolitik.

„*Une Europe humaine et dynamique*“

Das zweite Element von Chiracs Europavision – das menschliche und dynamische Europa – deckte die Zielsetzungen des Präsidenten in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie seine Ideen für mehr Bürgernähe ab. Chirac setzte sich für eine Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung in Europa in arbeitsrechtlichen Fragen ein und sprach sich außerdem für eine europäische Wirtschaftspolitik aus. Diese solle im wesentlichen aus einer Ergänzung zur Geldpolitik der Europäischen Zentralbank („affirmer la gouvernance économique de l’Europe“), aus einer Steuerharmonisierung („une véritable harmonisation fiscale européenne“) und aus einer weitergehenden Integration der Märkte in Europa („favoriser l’intégration de nos marchés européens“) bestehen, so der Präsident. Der letzte Punkt schließe sowohl Finanz- als auch Dienstleistungsmärkte ein, dürfe allerdings das französische Modell des *service public* nicht grundsätzlich in Frage stellen, so Chirac weiter. Chirac sprach sich außerdem dafür aus, große Industrie- und Technikprojekte auf europäischer Ebene zu lancieren und zu fördern sowie dafür, den europäischen Austausch im Bildungsbereich weiterzuentwickeln. Weiterhin gehörte für Chirac zu einem menschlichen und dynamischen Europa der Einsatz der Union für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 sprach sich Chirac für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz ein, die mit der Schaffung des europäischen Haftbefehls bereits begonnen wurde.

Die genannten Punkte aus Chiracs europapolitischem Wahlprogramm lassen sich im Analyserahmen der vorliegenden Arbeit unter der Kategorie *Europe protection* zusammenfassen und damit ebenfalls den traditionellen französischen Vermittlungskonzepten

zuordnen. Europa wurde als Schutz präsentiert gegen negative Auswirkungen der Globalisierung und als zusätzliche politische Ebene, mit deren Hilfe diese beherrscht werden konnten. Sowohl im Bereich innere Sicherheit als auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen ergänzte die Europäische Union in dieser Rolle die Aufgaben des französischen Staates. Entscheidende nationale französische Errungenschaften durften jedoch dadurch nicht in Frage gestellt werden, wie der Verweis auf den *service public* deutlich machte. Chirac bezog im Wahlkampf mit der Kategorie *Europe protection* verbundene Aussagen nicht, wie bei anderen Gelegenheiten, explizit auf die Erweiterung. Dennoch wurde klar, dass es zwar um eine Harmonisierung von Standards und Regeln im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich ging, diese aber nicht zu einer Absenkung des französischen Niveaus führen durfte. Die Angst vor einer solchen Entwicklung hatte Chirac bei anderen Anlässen mit der Erweiterungsperspektive verbunden. Durch den Verweis auf den *service public* war der Bezug im Wahlkampf zumindest indirekt auch präsent.

„*Une Europe démocratique et efficace*“

Chiracs Ausführungen zum dritten Teil seiner Europavision bezogen sich auf die anstehenden Reformen im institutionellen Bereich und besonders auf die Arbeiten des Konvents. Chirac nannte vier prioritäre Punkte, die Frankreich im Rahmen der Neugestaltung der Integrationsstrukturen gerne verwirklicht sehen wollte:

- Erstens sollten die nationalen Parlamente stärker in die Entscheidungen auf europäischer Ebene eingebunden werden, um die demokratische Legitimität der Union zu stärken. Im Rahmen einer nicht näher definierten Instanz auf europäischer Ebene sollten die nationalen Abgeordneten auch über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wachen. Neben den nationalen Parlamenten solle auch das Europaparlament durch eine Ausdehnung des Kodezisionsverfahrens gestärkt werden. Außerdem solle zukünftig in Frankreich, so der Wunsch Chiracs, die Europawahl auf der Basis von regionalen Wahlkreisen stattfinden, damit die Wähler einen besseren Bezug zu den EP-Abgeordneten und damit zur EU insgesamt aufbauen könnten.
- Zweitens wollte Chirac die gesamte europäische Integration transparenter und für die Bürger verständlicher gestalten. Zu diesem Zweck sollte die von ihm auch bei anderer Gelegenheit unterstützte Europäische Verfassung ausgearbeitet werden, die neben einer Vereinfachung der Vertragstexte, der Festlegung der Kompetenzverteilung und der Festschreibung der Grundrechtecharta, in Chiracs Worten auch die europäische Identität zum Ausdruck bringen sollte: „En un mot, elle [la Constitution] exprimera

l'identité européenne.“ Insbesondere wollte Chirac durch die Verfassung eine bessere Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erreichen, d.h. die EU solle sich nur um die Bereiche kümmern, die nicht von den Nationalstaaten besser geregelt werden könnten, andererseits aber auch die ihr vollständig übertragenen Aufgaben entsprechend wahrnehmen. Vor allem die beiden integrierten Politikbereiche Struktur- und Agrarpolitik müssten daher, so Chiracs Ansicht, auf europäischer Ebene verankert bleiben und dürften nicht renationalisiert werden.

- Als dritten Punkt sprach sich Chirac für eine Verkleinerung der Kommission aus. Sie solle zwar im institutionellen Gefüge der EU eine starke Rolle behalten. Die politische Führung („leadership politique“) der Union sah Chirac jedoch eindeutig beim Europäischen Rat angesiedelt: „C'est à lui que doit revenir la responsabilité globale de la marche de l'Union, la définition des orientations et du programme de travail, la mise en cohérence des acteurs communautaires et gouvernementaux.“ Mit der Erweiterung war das Konzept der rotierenden Ratspräsidentschaften für Chirac nicht mehr sinnvoll. Statt dessen sprach er sich für die Einsetzung eines EU-Präsidenten aus, der vom Europäischen Rat gewählt und die Europäische Union nach außen repräsentieren und nach innen stabilisieren würde. Die Arbeit des Präsidenten würde in Chiracs Vorstellung unterstützt von einem reformierten Rat.
- Als vierten Punkt seiner institutionellen Ideen wiederholte Chirac seinen bereits in Berlin präsentierten Vorschlag zur Einrichtung von Pioniergruppen. Bei der Umsetzung dieses Konzepts solle die deutsch-französische Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielen, so Chirac.

Chiracs institutionelle Vorstellungen für die Zukunft der EU orientierten sich wie die bereits dargestellten Teile seiner Programmatik ebenfalls weitgehend an den Traditionen französischer Europapolitik. Zielsetzung war eine Union, in der weiterhin die Nationalstaaten, vertreten durch die Staats- und Regierungschefs, die entscheidende Instanz wären und deren supranationale Institutionen wie das Parlament oder die Kommission nur dann aufgewertet werden dürften, wenn gleichzeitig auch die Kompetenzen des Rates gestärkt würden. Das intergouvernementale Integrationsmodell war also für Frankreich weiterhin im Grundsatz nicht verhandelbar, obwohl Chirac als neues Element der französischen Europapolitik sehr klar eine Europäische Verfassung unterstützte. Allerdings bestand das Verfassungskonzept in Chiracs Sichtweise eher in einer Neuordnung der bestehenden Verträge als in einer Konstituierung der Union im föderalen Sinne. Wesentliche Elemente der für Frankreich

bewährten und vorteilhaften Integrationsgeschichte sowohl institutionell (intergouvernementales Integrationsmodell) als auch inhaltlich (Agrarpolitik) sollten durch die Verfassung für die Zukunft festgeschrieben werden. Mit seinem Vorschlag, einen europäischen Präsidenten wählen zu lassen, griff Chirac eine Idee aus seiner Präsidentschaftswahlkampagne des Jahres 1995 wieder auf. Sie diene, wie die anderen institutionellen Punkte, der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Union und der Vergrößerung ihrer Sichtbarkeit nach außen und ordnete sich damit ein in die traditionell für Frankreich mit der Integration verbundenen Zielsetzungen.

Wie während seines ersten Präsidentschaftswahlkampfes musste sich Chirac auch 2002 darum bemühen, eine in europapolitischen Fragen schnell gespaltene Anhängerschaft hinter seinen Vorstellungen zu vereinen. Chiracs Vorschläge bedienten daher sowohl stärker föderalistisch eingestellte Pro-Europäer (Verfassung mit Stärkung der Kommission und mehr Macht für das Parlament, mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und Wahl eines europäischen Präsidenten) als auch die Souveränisten in seiner Partei und unter seinen Wählern (französische Nation muss erhalten bleiben inklusive ihrer Kultur und ihres öffentlichen Dienstes; Nation weiterhin als unumgängliche Realität). Der grundsätzlichen Notwendigkeit einer besseren Vermittlung Europas sowohl bei seiner eigenen Anhängerschaft als auch darüber hinaus war sich Chirac bewusst:

„Nous devons [...] toujours mieux expliquer à nos concitoyens tout ce que l'Union leur apporte déjà, tout ce qu'elle leur garantit, comment elle leur permet de mieux vivre. Cet effort d'explication, nous l'avons mené, et avec quel succès, pour l'euro. Il nous faut maintenant multiplier les campagnes d'information pour mieux faire comprendre le projet européen dans son ensemble. Avec l'élargissement puis l'adoption de la Constitution européenne, nous aurons, dans les prochaines années, deux occasions incomparables de développer cette nécessaire pédagogie.“

Im bisher untersuchten Zeitraum waren auf ähnliche Bekenntnisse keine wesentlichen kommunikativen Anstrengungen gefolgt. Deren Notwendigkeit stieg jedoch mit der Bedeutung der Veränderungen, die in Europa anstanden. Chirac nannte für die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen beispielhaft die Erweiterung und den Verfassungsprozess. Inwieweit er sein Ziel einer besseren Vermittlung Europas im Verlauf seiner zweiten Amtszeit umsetzen konnte, wird daher im folgenden Gegenstand der Analyse sein.

Gemeinsame Agrarpolitik

In Ussel in der Corrèze sprach Chirac während des Präsidentschaftswahlkampfes über die Entwicklung der ländlichen Regionen und widmete sich in diesem Zusammenhang auch der

Gemeinsamen Agrarpolitik.⁸²² Die Agrarpolitik der sozialistischen Regierung während der fünf Kohabitations-Jahre hielt Chirac für verfehlt und setzte ihr sein Projekt einer voluntaristischen und ausgewogenen Agrarpolitik entgegen, die wirtschaftlich stark sei und gleichzeitig eine ökologische Verantwortung wahrnehme. Auf europäischer Ebene ging es Chirac vor allem um die Verhinderung eines immer stärkeren Preisverfalls im Agrarbereich. Um die Einkünfte der Landwirte zu garantieren, sprach er sich gegen eine zu starke Verlagerung der Agrarmittel von Direkthilfen hin zu Geldern für ländliche Entwicklung aus. Jede Tendenz zur Renationalisierung der Agrarpolitik lehnte Chirac grundsätzlich ab:

„Il n’a y aucune fatalité au démantèlement de la PAC. Il serait pour le moins étonnant que l’Europe de demain ne puisse se construire que sur les cendres de la principale politique commune qui existe aujourd’hui. Et il serait tout aussi paradoxal que les prix agricoles doivent être de plus en plus bas alors que nous demandons aux agriculteurs toujours plus de progrès en matière sanitaire et environnementale ce qui, bien sûr, a un coût pour les agriculteurs. [...] Si nous devons rechercher tous les moyens de dépenser mieux parce que nos contraintes budgétaires demeurent fortes, nous devons considérer aussi qu’il est irréaliste de croire que l’on peut arrêter de soutenir notre agriculture. Fondamentalement, c’est le ‚mythe du prix mondial‘ qui doit être rediscuté car c’est de ce choix que découle aujourd’hui la mise en cause de la PAC. Le débat sur les aides à l’agriculture sera alors pris dans le bon sens sans nous laisser enfermer dans la prétendue nécessité de transférer le financement du ‚1er pilier‘, celui des ‚organisations de marché‘, au profit du ‚développement rural‘, que l’on appelle aussi le ‚2ème pilier‘ depuis les accords de Berlin. [...] Je suis pour le ‚développement rural‘ mais pas pour le ‚tout développement rural‘ si nous voulons que notre agriculture demeure forte économiquement. Par construction, du fait du cofinancement qui lui est lié, l’option du ‚tout développement rural‘ nous conduirait droit à la renationalisation de la PAC. Et par expérience, à l’image de ce qui s’est fait en France ces dernières années, cette option est aussi celle de la ‚fonctionnarisation‘ de l’agriculture qui paralyse les initiatives et nivelle les ambitions et les perspectives de revenu, quels que soient les efforts et les mérites des agriculteurs. Cette évolution n’est pas acceptable.“

Mit dem Thema Agrarpolitik sprach Jacques Chirac eines der grundlegenden Elemente französischer Europapolitik an und machte gleichzeitig die französische Position zu einem der wichtigsten Themen des Jahres 2002 auf europäischer Ebene deutlich. Vor dem Abschluss der Erweiterungsverhandlungen musste eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beschlossen werden. Die Kompromissfindung in diesem Punkt hing entscheidend von Frankreich ab. In der Corrèze, Chiracs landwirtschaftlich geprägter Heimatregion, in der er seine politische Sozialisation nicht zuletzt im agrarischen Milieu erfahren hatte, präsentierte Chirac die französische Position in dieser Frage den Anforderungen des Wahlkampfes entsprechend national bestimmt und in ihren Grundsätzen nicht verhandelbar. Veränderungen in Richtung einer weniger auf Direkthilfen ausgerichteten Politik unter Einbeziehung der einzelnen EU-

⁸²² Discours de M. Jacques Chirac sur le développement des territoires ruraux (campagne électorale pour l’élection présidentielle), Ussel 13.4.2002.

Staaten durch eine Form der Kofinanzierung, wie sie vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung beispielsweise von Deutschland gefordert wurde, lehnte Chirac strikt ab. Bei diesem Thema blieb die französische Haltung, zumindest in ihrer Darstellung während des Wahlkampfes, also rein am nationalen Interesse orientiert. Ein gesamteuropäischer Fortschritt bzw. die Ermöglichung der Erweiterung schienen nur von zweitrangiger Bedeutung. Mit der Kategorie Interesse verbundene Inhalte, die durch die Agrarpolitik angesprochen wurde, waren in Chiracs Diskurs weiterhin nur aus französischer Sicht definiert. In Bezug auf die Erweiterung blieb es durch die deutlich ausgedrückte fehlende Kompromissbereitschaft und die Weigerung, auf die potentiellen neuen Mitgliedsstaaten zuzugehen, bei einer negativen französischen Einstellung. Mit dieser harten Haltung ging Frankreich in die anstehende europäische Debatte um die Agrarreform. Es war jedoch klar, dass Frankreich sich bewegen musste, damit die Reform und damit die Erweiterung realisiert werden konnten. Chiracs Aussagen im Wahlkampf zu diesem Thema waren also bereits zum Zeitpunkt ihrer Verkündung nicht realistisch. Da Chirac sich dessen bewusst sein musste, wurde sein Vorsatz, sich um eine bessere Vermittlung der EU bemühen zu wollen, von diesem Teil seiner Wahlkampfprogrammatik bereits konterkariert und in Frage gestellt. Chiracs Strategie war vor dem Hintergrund seiner innenpolitischen Situation verständlich. Aufrichtig und ehrlich gegenüber seinen Wählern war sie jedoch nicht und auch das Signal an die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa war negativ und einem guten Fortgang des Erweiterungsprozesses nicht zuträglich.

1.2 Nach dem ersten Wahlgang

Vor dem ersten Wahlgang spielte die Programmatik Le Pens keine Rolle in den europapolitischen Positionen seiner Gegner. Erst nach dem Erfolg Le Pens reagierte Chirac bei seinen Auftritten zwischen den beiden Wahlgängen auch auf Le Pens Forderung nach einem Austritt Frankreichs aus der EU, beispielsweise in Rennes:

„Tous, nous voulons dire notre refus de quitter l'Europe, car l'Europe c'est la paix, l'Europe c'est la démocratie, l'Europe c'est la liberté, l'Europe c'est la prospérité. [...] Ensemble, nous devons nous engager pour la République, pour la France, pour l'Europe, pour une France forte et solidaire dans une Europe puissante. Une Europe qui nous aide à garantir nos valeurs, mais aussi nos intérêts, notre niveau de vie, nos emplois. [...] La France a vocation à être le moteur de l'Europe. De grands rendez-vous nous attendent, notamment la réforme des institutions et l'élargissement de l'Union. Pour réussir ces rendez-vous, la France doit être puissante, unie, reconnue. Elle doit pouvoir faire entendre sa voix. C'est ainsi que nous pourrions poursuivre la construction d'une Europe proche des citoyens. Une Europe sociale. Une Europe de l'éducation, de la recherche, de la culture. Une Europe de la sécurité. Une Europe soutenant une agriculture écologiquement responsable et économiquement forte. Une

Europe attentive à la politique de la pêche. Bref, une Europe respectueuse des travailleurs de la terre et de la mer.⁸²³

Auch bei seiner Wahlkampf-Abschlusskundgebung in Villepinte bei Paris wies Chirac die Forderung Le Pens nach einem Austritt aus der EU deutlich zurück und betonte statt dessen die Vorteile, die Frankreich aus seiner EU-Mitgliedschaft ziehe:

„Comment peut-on prétendre veiller aux intérêts de la France et des Français et vouloir quitter l’Union européenne? L’Europe, c’est l’emploi. Plus de deux tiers de nos exportations vont vers elle. Le travail d’un Français sur quatre dépend d’elle. Quitter l’Union européenne, ce serait détruire des millions d’emplois. Ce serait briser la dynamique de notre économie. Ce serait porter une atteinte irréparable au revenu de nos agriculteurs. N’oublions pas les bienfaits de la politique agricole commune, sur laquelle s’est bâtie la capacité exportatrice de notre industrie agro-alimentaire qui est aujourd’hui au premier rang dans le monde. Grâce à l’euro, nous vendons plus facilement nos produits et nos services à l’extérieur. Nous évitons la concurrence déloyale que créaient les dévaluations étrangères. Nous bénéficions d’une monnaie stable et de taux d’intérêt bas. Renoncer à l’euro, ce ne serait pas retrouver la souveraineté, mais renouer avec la faiblesse, avec la dépendance, avec l’inflation, avec l’instabilité monétaire, qui ont été notre mal pendant plusieurs décennies. L’Europe est une force pour la France. Elle accroît notre protection dans tous les domaines. Elle accroît nos marges de manœuvre. Elle nous ouvre des débouchés. L’Europe, c’est la paix. Grâce à elle, notre continent a définitivement rompu avec les luttes fratricides qui ont ruiné et endeuillé notre pays dans la première moitié du XXème siècle. Tous ceux qui ont vécu ces déchirements, ces tragédies, connaissent le prix de la paix. Tous les enjeux du monde moderne nous ramènent vers l’Europe. La mondialisation, qui nous impose de nous regrouper car c’est le seul moyen d’être forts face aux autres grandes puissances économiques. L’environnement, qui nécessite une action collective, car la pollution ne s’arrête pas aux frontières. La sécurité alimentaire, qui implique la mise en place de standards communs. La lutte contre le terrorisme et les grands trafics internationaux. La maîtrise de l’immigration clandestine. La gestion de l’énergie. Le développement de la recherche. La création des grandes infrastructures et des grands projets, Ariane, Airbus, Galileo. Partout, les solutions relèvent d’une politique aux dimensions de notre continent. Refuser l’Europe, c’est jouer contre la France.“⁸²⁴

Unter dem Druck des von Le Pen errungenen Erfolges im ersten Wahlgang war eine Modifikation in Chiracs Äußerungen zu Europa zu beobachten. Chirac setzte sich zwar nicht im einzelnen inhaltlich mit der FN-Programmatik auseinander. Er formulierte jedoch seine klare Ablehnung eines EU-Austritts und konzentrierte sich beispielsweise in Villepinte

⁸²³ Discours de M. Jacques Chirac à Rennes (campagne électorale pour l’élection présidentielle), 23.4.2002.

⁸²⁴ Discours de M. Jacques Chirac à Villepinte (campagne électorale pour l’élection présidentielle), 2.5.2002.

Vgl. auch Chiracs Aussagen in Lyon zu den Vorteilen der französischen EU-Mitgliedschaft: „L’ambition française doit se déployer en Europe et par l’Europe. L’Europe est notre nouvelle frontière. Il appartient à la France de porter le rêve européen. J’ai fait depuis longtemps le choix de l’ouverture de la France. L’Europe nous protège. Elle nous stimule. Elle nous ouvre de nouvelles perspectives. Elle est un rempart naturel contre les chocs de la mondialisation. Sans l’Europe, nous aurions plus de chômeurs, moins d’activité, moins d’investissements. Sans l’Europe, nous aurions moins de sécurité face à tous les risques. Sans l’Europe, nos perspectives de développement seraient plus étroites.“ Discours de M. Jacques Chirac à Lyon (campagne électorale pour l’élection présidentielle), 25.4.2002.

deutlicher als bei anderen Gelegenheiten auf die Vorteile, die Frankreich durch seine EU-Mitgliedschaft habe. Die zitierte Passage aus der Abschlusskundgebung des Wahlkampfes verweist in verdichteter Form noch einmal auf mehrere der für die vorliegende Arbeit verwendeten Analysekatoren zu Europa:

- Kategorie Interesse: Europa sichere Arbeitsplätze, sei wichtig für die französische Wirtschaft insgesamt und besonders für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung, so Chirac. Der Euro stärke darüber hinaus auch Frankreichs Position in der internationalen Wirtschaft.
- Kategorie *Europe protection*: Europa biete eine über den französischen Staat hinausgehende Schutzfunktion u.a. in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, beim Kampf gegen den Terrorismus und gegen internationale Kriminalität sowie bei der Bewältigung der illegalen Einwanderung.
- Kategorie multipolare Welt: Nur gemeinsam könnten die europäischen Staaten angesichts der Globalisierung bestehen, besonders im wirtschaftlichen Bereich.
- Kategorie Frieden: Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte der 20. Jahrhunderts garantiere die europäische Integration seit den 1950er Jahren das friedliche Zusammenleben auf dem Kontinent, so der Präsident.

Es blieb beim traditionellen französischen Diskurs zu Europa. Neue Elemente fanden keinen Eingang in Chiracs Ausführungen, in deren Mittelpunkt die Vorteile seiner EU-Mitgliedschaft für Frankreich standen. Möglicherweise problematische Punkte wie die Erweiterung oder die Arbeit des Konvents wurden angesprochen, aber nicht weiter diskutiert, um das Thema Europa nicht mit negativen Aspekten zu belasten. Im Vordergrund stand die dem zweiten Wahlgang geschuldete klare Abgrenzung zur destruktiven Europa-Programmatik Le Pens.

In einigen Pressebewertungen wurde nach dem ersten Wahlgang die Option eines möglichen EU-Austritts Frankreich, wie sie von Le Pen formuliert wurde, in bezug auf ihre tatsächliche Umsetzbarkeit und ihren Sinn hin diskutiert. Baudouin Bollaert beispielsweise hielt diese Option in *Le Figaro* nicht für praktikabel. Er räumte jedoch einen Einflussverlust Frankreichs in der EU ein, der nur durch ein Umdenken der politischen Führung zu beheben sei. Die traditionelle französische Herangehensweise an die europäische Integration sei, so die Analyse Bollaerts, den tatsächlichen Gegebenheiten in Brüssel nicht mehr angemessen. Insbesondere die Erweiterung werde diese Situation eher weiter verschärfen als beheben, so dass es für die französische Politik dringend notwendig sei, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen, so Bollaert:

„L’Europe s’est longtemps construite ‚à la française’. [...] Puis, le vent a tourné. Le ‚modèle français’ avait certes été ébranlé par l’entrée de la Grande-Bretagne dans la CEE en 1973, mais les coups les plus durs viendront après. Ils lui seront portés par la conjugaison des élargissements successifs, de la grande déferlante de l’économie libérale, de la chute du communisme et de la réunification allemande. L’Europe, de jardin à la française aux senteurs jacobines, est devenu un jardin à l’anglaise avec des lobbyistes plein ses plates-bandes... On comprend le désenchantement qui a pu gagner un certain nombre de Français. A Bruxelles, ville pourtant à 80% francophone, la langue de Shakespeare a pris le pas sur celle de Molière aux sièges de la Commission, du Conseil et du Parlement européens. Et ce n’est pas l’arrivée prochaine d’une dizaine de nouveaux Etats membres qui va arranger les choses. Comme l’usage de notre langue, l’influence de nos représentants dans les institutions communautaires semble décliner à mesure que l’Union s’élargit.“⁸²⁵

Bollaerts Analyse kam zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie die obige Untersuchung von Chiracs zentralen europapolitischen Wahlkampfreden: Die französische Sicht auf Europa bezog sich weiterhin weitgehend auf die Bedingungen der Anfänge der Integration und hatte sich seither, im Gegensatz zu den europäischen Realitäten, kaum weiterentwickelt. Wie bereits bei zahlreichen anderen Gelegenheiten fand sich also auch hier wieder ein deutlicher Kontrast zwischen den Äußerungen Chiracs und ihrer Bewertung in der Presse.

Die Europapolitik war sicher nicht der entscheidende Faktor für das überragende Ergebnis, das Chirac im zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen erringen konnte. Dennoch beeinflusste die Diskussion über die anti-europäischen Positionen Le Pens nicht nur Chiracs Diskurs, sondern auch die Wahrnehmung der Franzosen. Florence Deloche-Gaudez und Christian Lequesne waren in ihrer Analyse des Themas Europa im Präsidentschaftswahlkampf der Ansicht, dass Le Pens radikale Forderung nach einem EU-Austritt Frankreichs dazu beigetragen habe, bei zahlreichen Franzosen ein positiveres Meinungsbild zu Europa zu entwickeln:

„Durch [die] radikale Ansicht Le Pens konnten sich die Franzosen zwischen den beiden Wahlrunden der Präsidentschaftswahl ernsthaft Gedanken machen, was ein Austritt Frankreichs aus der EU tatsächlich bedeuten würde und welche Vorteile Frankreich wiederum dank seiner Mitgliedschaft von mehr als einem halben Jahrhundert genießen konnte. In gewisser Weise hatte es Le Pen ermöglicht, sich über die Vorteile der gemeinsamen Währung gegenüber der Abwertung des Franc in der Vergangenheit klar zu werden und sich vorzustellen, welche Folgen eine Abschaffung der Grenzzölle für die Verbraucher bzw. eine Aufhebung jeglicher Unterstützung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Regionalpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs hätten. Dies sind zahlreiche Vorteile, die die Mehrheit der Franzosen plötzlich doch zu schätzen weiß.“⁸²⁶

⁸²⁵ Baudouin Bollaert: „L’irréversibilité de l’Europe“, *Le Figaro* 29.4.2002. Kursivsetzung im Original. Vgl. außerdem Arnaud Leparmentier: „L’Europe peut décider de la mise en quarantaine d’un Etat“, *Le Monde* 30.4.2002.

⁸²⁶ Florence Deloche-Gaudez/Christian Lequesne (2002): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2002): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002*, Bonn/Berlin, S. 325-332, hier S. 327f.

Auch ein Leitartikel in *Le Monde* nach dem zweiten Wahlgang kam zu dem Schluss, dass vielen grundsätzlich europafreundlichen Franzosen die Vorzüge Europas und die Notwendigkeit eines aktiven Bekenntnisses zur europäischen Integration durch ein Schockerlebnis wie der Erfolg Le Pens noch einmal vollständig bewusst geworden seien. Gleichzeitig wurde jedoch auch Kritik an der Vernachlässigung des Themas Europa durch die demokratischen Präsidentschaftskandidaten geäußert:

„En votant massivement contre Jean-Marie Le Pen et les thèses xénophobes du Front national, les Français ont aussi montré, dimanche 5 mai, qu'ils étaient moins fermés à l'Europe que les résultats du premier tour de l'élection présidentielle auraient pu le laisser croire. Les jeunes qui se sont mobilisés dans la rue, les abstentionnistes qui ont trouvé le chemin des bureaux de vote ont dit aussi qu'ils n'attendaient rien du repliement sur soi, de l'exaltation mythique des frontières, qu'elles soient dirigées contre l'immigrant ou contre la libre circulation des marchandises, des idées et des hommes au sein d'une nouvelle communauté, en construction depuis près de cinquante ans sous le nom d'aujourd'hui d'Union européenne. Sans doute l'Europe a-t-elle été la grande absente de la campagne électorale, comme si les candidats des forces démocratiques n'osaient pas aborder le sujet, à cause soit de la tiédeur de leurs convictions, soit des préventions supposées d'un électorat traumatisé par les directives tatillonnes de Bruxelles. Il aura fallu attendre le traumatisme du 21 avril pour que, face à un candidat prônant l'abandon de l'euro, on redécouvre que l'Europe n'avait pas seulement des inconvénients, que – pour ne citer que cet exemple – près de la moitié du revenu des agriculteurs français provenait de la politique agricole commune.“⁸²⁷

Wichtiges Thema in der französischen Presse nach dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen waren auch die Reaktionen im Ausland, besonders bei den europäischen Partnern, auf die Ereignisse in Frankreich. Neben der Erleichterung über das deutliche Ergebnis gegen Le Pen am 5. Mai verdeutlichten die französischen Kommentatoren auch die Besorgnis über das Resultat des ersten Wahlganges, das Schäden am Bild Frankreichs in den europäischen Hauptstädten hinterlassen habe. Es bleibe außerdem, so der Tenor mehrerer Artikel in der Presse, in Europa eine gewisse Unsicherheit über den zukünftigen europapolitischen Kurs Frankreichs, besonders angesichts der anstehenden wichtigen Entscheidungen zur Verfassung und zur Erweiterung. Luc de Barochez beispielsweise fasste die Einschätzungen in den europäischen Partnerländern Frankreichs in *Le Figaro* wie folgt zusammen:

„Qu'ils soient de droite ou de gauche, les dirigeants européens s'interrogent sur la direction que va prendre la politique française, en particulier à l'égard de la construction européenne et de l'élargissement de l'Union. Le soulagement issu du second tour contraste avec l'inquiétude que le score de Jean-Marie Le Pen avait suscitée quinze jours auparavant. [...] Principal élément de satisfaction pour nos voisins, la France reste, au moins formellement, engagée dans l'Europe. [...] Pourtant, le jugement porté par nos partenaires est mitigé. Le score de l'extrême droite, confirmé au second tour, a porté à l'image de la France une atteinte durable.

⁸²⁷ „De la France à l'Europe“, *Le Monde* 7.5.2002.

Beaucoup d'Européens ont vu dans le résultat de dimanche non pas une victoire de Chirac, mais un plébiscite pour la République. [...] le message sorti de la présidentielle française a une nette tonalité eurosceptique. La France, traditionnellement moteur de l'Europe. Pourrait-elle en devenir un frein? Des rendez-vous cruciaux sont programmés dans les années qui viennent, avec l'élargissement de l'Union à l'Europe centrale et orientale, la rédaction d'un traité constitutionnel européen sous la houlette de Valéry Giscard d'Estaing, la définition d'un nouveau cadre budgétaire et la réforme de la politique agricole commune. Une France plus préoccupée de ses intérêts propres et immédiats sera-t-elle en mesure de jouer un rôle central dans ces débats? La question se pose dans les chancelleries. En outre, les diplomates européens attendent avec intérêt de voir comment le nouveau gouvernement pourra concilier la baisse des impôts, que Chirac a promise aux électeurs, avec le retour à l'équilibre budgétaire en 2004, auquel la France s'est engagée en mars au sommet de Barcelone.⁸²⁸

1.3 Zwischenfazit

Bilanzierend ist zum europapolitischen Teil von Chiracs Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2002 festzuhalten, dass er sich weitgehend auf traditionelle Elemente französischer Politik beschränkte und kaum neue Aspekte einbrachte. Die Analyse seines Wahlprogramms und der Äußerungen Chiracs im Wahlkampf mit Hilfe der Kategorien zeigte, dass sich seine Programmatik im wesentlichen auf Themen und Motive stützte, die seit Beginn der V. Republik fester Bestandteil der französischen Sicht auf Europa waren. Die Erweiterung wurde u.a. im Wahlprogramm als entscheidender Horizont für die Gestaltung europäischer Politik bezeichnet, spielte jedoch über diese allgemeine Aussage hinaus keine wichtige Rolle in Chiracs Äußerungen. Angesichts der negativen Einstellung großer Teile der Franzosen zur Erweiterung war dies in einer Wahlkampfsituation in gewissem Maße verständlich. Andererseits wäre die Auseinandersetzung mit Le Pens negativer Haltung zur EU eine gute Gelegenheit gewesen, das Thema Europa offensiv anzugehen und auch schwierigere Aspekte zu diskutieren. In der Presse wurde dieses Versäumnis deutlich thematisiert und ein erneuerter Diskurs zu Europa eingefordert. Erneut war also von Chirac eine Möglichkeit nicht genutzt worden, sein häufig erwähntes Bestreben nach einer besseren Vermittlung seiner Europapolitik umzusetzen. Die Kluft zwischen der europäischen Realität, in der der Erweiterungsprozess voranschritt und der Präsentation Europas in den Äußerungen Jacques Chiracs vergrößerte sich in der ersten Hälfte des Jahres 2002 weiter.

Ähnlich wie nach seiner ersten Wahl 1995 war außerdem auch zu Beginn der zweiten Amtszeit Chiracs der Widerspruch zwischen seinen Wahlkampfversprechen zu Steuersenkungen und Abgabekürzungen auf der einen und den Verpflichtungen des

⁸²⁸ Luc de Barochez: „L'Europe respire mais reste prudente“, *Le Figaro* 7.5.2002.

Stabilitätspakts auf der anderen Seite problematisch.⁸²⁹ Bereits unmittelbar nach der Konstituierung der neuen Regierung Raffarin kam es zu Konflikten mit der Europäischen Kommission, da aus Frankreich die Ankündigung bekannt wurde, die ursprünglich für das Jahr 2004 anvisierte Haushaltskonsolidierung um drei Jahre zu verschieben. Somit waren weitere Verstöße Frankreichs gegen den Stabilitätspakt vorprogrammiert.⁸³⁰ Der neue Außenminister Dominique de Villepin bemühte sich in den ersten Amtswochen der neuen Regierung um eine Beruhigung der europäischen Partner. Dies gelang jedoch nur teilweise.⁸³¹ Im Laufe des Jahres verschärften sich die Diskussionen über diesen Punkt noch, denn Deutschland und Frankreich sprachen sich beide dafür aus, den Stabilitätspakt für Interpretationen zu öffnen und flexibel zu handhaben, was den Pakt und auch die WWU entscheidender Grundelemente beraubt hätte.⁸³²

2. Die öffentliche Meinung in Frankreich zum Zeitpunkt der Wiederwahl Chiracs

Umfragedaten im Umfeld der Präsidentschaftswahlen machten deutlich, dass die Franzosen weiterhin mehrheitlich für die europäische Integration waren. Eine Präsentation von deren Vorteilen, wie sie Chirac zwischen den beiden Präsidentschaftswahlgängen vorgenommen hatte, traf daher auf Zustimmung. Die Erweiterung blieb jedoch auch 2002 ein schwieriger

⁸²⁹ Chiracs Wahlprogramm sah vor, die Einkommenssteuer noch im Jahr 2002 um fünf Prozent und die Steuerbelastung insgesamt bis zum Jahr 2007 um 33 Prozent zu senken. Vgl. zu diesem Punkt u.a. Medard Ritzenhofen (2002b): „Keine baguette magique, nur kleine Brötchen. Raffarin übt sich in Realismus, Europa wartet auf Chirac“, in: *Dokumente* 5/2002, S. 6-10.

⁸³⁰ Vgl. z.B. Jean Quatremer: „Les promesses de Chirac: boulet européen de Raffarin“, *Libération* 17.5.2002, Arnaud Leparmentier: „Bruxelles s’interroge sur la politique européenne du gouvernement français“, *Le Monde* 25.5.2002 oder „M. Raffarin anti-européen?“, *Le Monde* 26.7.2002. Vgl. auch die Einschätzung von Henrik Uterwedde: „Trotz aller wichtiger Signale des Präsidenten im Hinblick auf die Fortentwicklung der EU hat er sich bislang nicht eben durch europapolitische Konstanz ausgezeichnet. Chiracs Wahlversprechen sind nicht zu finanzieren, ohne die – noch im März von ihm selbst bekräftigte – Rückkehr zu stabilen öffentlichen Finanzen zu gefährden. Dieser leichtfertige Umgang mit europäischen Selbstverpflichtungen Frankreichs und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist kein gutes Zeichen. Auch Chiracs Haltung in der Agrarpolitik wird knochenhart sein und notwendige Reformen äußerst schwierig gestalten. In einer Zeit, in der die Regierung Chirac ohnehin unter dem Primat der Innenpolitik stehen wird, deutet dies auf einen schwierigen Partner Frankreich hin – und auf stürmische Zeiten in Europa.“; Henrik Uterwedde (2002): „Nach der Wahl: Primat der Innenpolitik?“, in: *dfi aktuell* 3/2002, Ludwigsburg, S. 1.

⁸³¹ Vgl. z.B. Laurent Zecchini: „Paris réaffirme les ambitions européennes de la France“, *Le Monde* 15.5.2002. Vgl. auch die Einschätzung von Daniel Vernet: „Les partenaires de la France tentent d’interpréter les signaux qui ont été envoyés à propos de l’Europe depuis la victoire de Jacques Chirac. Ils constatent que la plupart laissent craindre une défense étroite d’intérêts nationaux, voire corporatistes, sans ce grand dessein européen qu’ils prêtent volontiers à la France. Ils espèrent encore être démentis.“ Daniel Vernet: „M. Raffarin déçoit les attentes sur l’Europe“, *Le Monde* 6.7.2002. Vgl. außerdem „Les engagements de Chirac à l’épreuve de l’Europe“ und Arnaud Leparmentier: „Paris face aux promesses électorales de M. Chirac“, beide in *Le Monde* 20.6.2002.

⁸³² Vgl. dazu u.a. Chiracs Aussagen bei folgenden Anlässen: Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue du Sommet Union européenne / Amérique latine et Caraïbes, Madrid 17.5.2002; Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schröder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, à l’issue de leur dîner, Palais de l’Elysée 14.10.2002 und Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Silvio Berlusconi, Président du Conseil de la République italienne, Rom 7.11.2002. Vgl. auch Elke Thiel (2002): *Muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt geändert werden?*, SWP-Aktuell 49, November 2002, Berlin.

Punkt. Die Franzosen lehnten die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten weiterhin mehrheitlich ab. Durch seine Vernachlässigung problematischer europäischer Themen während des Wahlkampfes hatte Chirac nicht dazu beigetragen, an dieser Situation etwas zu ändern.

Allgemeine Einstellung zur europäischen Integration

Laut Eurobarometer 57 vom Frühjahr 2002⁸³³ befürworteten in Frankreich 47% der Befragten die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU, 14% waren dagegen. Die Zahl der Befürworter war damit im Vergleich zum Herbst 2001 um 3 Prozentpunkte zurückgegangen.⁸³⁴ 49% der Befragten fanden, dass Frankreich Vorteile erlangt habe durch seine EU-Mitgliedschaft, vier Prozent weniger als im Herbst 2001. 27% sahen keine Vorteile.⁸³⁵ Bei beiden Fragen lagen die französischen Zustimmungswerte unter dem EU-Durchschnitt.⁸³⁶

Das Eurobarometer fragte auch nach der persönlichen Bedeutung der EU für ihre Bürger. Unter insgesamt 13 möglichen Aussagen⁸³⁷ fanden sich in Frankreich der Euro (55%), die Freiheit überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können (52%) und kulturelle Vielfalt (35%) auf den ersten drei Plätzen. Frankreich war das einzige Land, in dem der EU bei der Bewahrung der kulturellen Vielfalt eine so wichtige Rolle eingeräumt wurde. Die von Chirac häufig betonte Friedensgarantie lag bei den Prioritäten der Franzosen erst an vierter Stelle mit 34% Zustimmung. Am wenigsten verbanden die Franzosen mit der EU Bürokratie (13%) und soziale Absicherung (10%). Die wichtigsten Assoziationen der Franzosen zur EU waren also positiv. Befragt nach ihren persönlichen Gefühlen gegenüber der EU gaben die Franzosen an erster und zweiter Stelle ebenfalls zwei positive Antworten, am häufigsten Hoffnung (45%), gefolgt von Vertrauen (27%). Jeweils 25% standen der EU aber auch mit Sorge oder Misstrauen gegenüber.⁸³⁸

⁸³³ Eurobarometer 57, Frühjahr 2002, Ausgabe: 21. Oktober 2002, Umfragen: 29. März – 1. Mai 2002, Europäische Kommission.

⁸³⁴ „D’une façon générale, pensez-vous que le fait pour la France de faire partie de l’Union européenne est une bonne chose / une mauvaise chose / une chose ni bonne, ni mauvaise / ne sais pas“

⁸³⁵ „Tout bien considéré, estimez-vous que la France a bénéficié ou non de son appartenance à l’Union européenne? Bénéficié / Pas bénéficié / Ne sais pas“

⁸³⁶ EU-weit befürworteten im Durchschnitt 53% der Befragten die Mitgliedschaft ihres Landes, 11% bewerteten sie als schlecht. 51% der Befragten sahen Vorteile für ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft, 26% sahen keine.

⁸³⁷ „Que représente l’Union européenne pour vous personnellement?“ Die Auswahlantworten waren: Die Freiheit, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können; Der Euro; Frieden; Mehr Mitsprache in der Welt; Kulturelle Vielfalt; Wirtschaftlicher Wohlstand; Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der EU; Geldverschwendung; Bürokratie; Mehr Kriminalität; Soziale Absicherung; Arbeitslosigkeit; Verlust unserer kulturellen Identität; Weiß nicht; Andere (spontan).

⁸³⁸ „L’Union européenne vous donne-t-elle un sentiment d’ / de ...?“ Weitere Antwortmöglichkeiten neben den von den Franzosen genannten waren Gleichgültigkeit, Misstrauen, Begeisterung oder Ablehnung.

Explizit negative Gefühle verbanden die Franzosen mehrheitlich nicht mit der EU, aber immerhin ein Viertel assoziierte nicht nur positive Aspekte. Worin die Sorgen der Franzosen bestanden, ließ sich zum Teil aus der Frage nach den Ängsten der Unionsbürger ableiten.⁸³⁹ Hier nannten die Franzosen als für sie wichtigste Aspekte die Angst vor höherer Arbeitslosigkeit (77%), vor mehr Drogen und Kriminalität (75%) sowie vor dem Wegfall von Sozialleistungen (66%). Ohne dass er ausdrücklich thematisiert wurde, konnte bei diesen Themen ein indirekter Zusammenhang zur Erweiterung hergestellt werden. In Chiracs Diskurs zur Erweiterung gehörten sie zu den Punkten, die im Rahmen von mit der Kategorie *Europe protection* zusammenhängenden Aussagen negativ dargestellt wurden als Bereiche, die sich auf keinen Fall in einem für Frankreich nachteiligen Sinne verändern dürften. Das Interesse an der europäischen Integration war in Frankreich 2002 insgesamt gering.⁸⁴⁰ 80% der Befragten gaben an, Nachrichten über die Europäische Union überhaupt keine (30%) oder nur wenig Aufmerksamkeit (50%) zu schenken. Große Aufmerksamkeit erhielten diese Nachrichten in Frankreich nur von 19% der Befragten. Mit diesen Werten lag Frankreich etwa im EU-15-Durchschnitt (30% keine, 50% wenig, 20% viel Aufmerksamkeit).

Fortgesetzte Skepsis gegenüber der Erweiterung

Bezüglich der Erweiterung blieb die französische Skepsis auch im Frühjahr 2002 bestehen. Nur 17% betrachteten die Erweiterung als Priorität der Aktivitäten der EU, 75% sahen die Erweiterung nicht als vorrangige EU-Aufgabe.⁸⁴¹ Erneut war Frankreich außerdem das einzige EU-Land, in dem die Zahl der Gegner der Erweiterung mit 47% größer war als die

⁸³⁹ „Certaines personnes peuvent avoir des craintes concernant l'Europe qui se construit, l'Union européenne. Voici une liste des choses que certains disent craindre. Pour chacune d'entre elles, pouvez-vous me dire si, personnellement, vous la craignez actuellement, ou pas?“ Die Optionen lauteten: Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens / Höhere Arbeitslosigkeit / Wegfall von Sozialleistungen / Entscheidungen, die von den großen Mitgliedsländern erzwungen werden / Eine Wirtschaftskrise / Der Verlust unserer nationalen Identität und Kultur / Unser Land wird nicht mehr wirklich existieren. Bis auf den Verlust nationaler Identität und Kultur (47%) sowie das Verschwinden Frankreichs (42%) fanden alle anderen Antwortmöglichkeiten mehr als 50% Zustimmung bei den Franzosen. Die EU war also für die Franzosen mit zahlreichen Ängsten verbunden.

⁸⁴⁰ „En général, quelle attention accordez-vous aux informations (aux nouvelles) sur l'Union européenne? Beaucoup d'attention / Un peu d'attention / Pas d'attention du tout / Ne sais pas“

⁸⁴¹ „Je vais maintenant vous citer un certain nombre d'actions que pourrait poursuivre l'Union européenne. Pour chacune d'entre elles, pourriez-vous me dire si, à votre avis, elle doit être une priorité ou pas? Accueillir de nouveaux pays membres / Etre plus proche des citoyens européens, par exemple en les informant davantage sur l'Union européenne, ses politiques et ses institutions et organes / Réussir la mise en place de la monnaie unique européenne, l'euro / Lutter contre la pauvreté et l'exclusion sociale / Protéger l'environnement / Gaarantir la qualité des produits alimentaires / Protéger les consommateurs et garantir la qualité des autres produits / Lutter contre le chômage / Réformer les institutions de l'Union européenne et leur fonctionnement / Lutter contre le crime organisé et le trafic de drogue / Affirmer l'importance politique et diplomatique de l'Union européenne dans le monde / Préserver la paix et la sécurité en Europe / Garantir les droits de l'individu et le respect des principes démocratiques en Europe / La lutte contre le terrorisme / S'attaquer aux défis posés par le vieillissement de la population“

Zahl der Befürworter (40%). EU-weit waren 50% der Befragten für die Erweiterung. In keinem Land außer Frankreich überstieg die Zahl der Erweiterungsgegner die 40%-Marke.⁸⁴² Wie in allen EU-Ländern ging die französische Präferenz hin zu einer Erweiterung nur um einige der beitriftswilligen Länder.⁸⁴³ Allerdings war Frankreich gemeinsam mit Schweden das einzige Land, in dem ein Drittel der Befragten (33%) der Meinung waren, die EU solle um gar keine weiteren Länder mehr erweitert werden. Konkret befragt nach den aktuellen 13 Bewerberländern waren nur 25% der Franzosen für deren Beitritt. Der EU-Durchschnitt lag hier bei 39%. Beim Spitzenreiter Schweden waren 60% für eine Aufnahme der 13 Länder, die 2002 über einen Kandidatenstatus verfügten. Die Ablehnung der Erweiterung insgesamt fand sich auch bei einer Aufschlüsselung auf die einzelnen Kandidatenländer wieder. Nur Polen (33%), Ungarn (30%) und Malta (30%) erreichten 30% oder mehr Zustimmung. Auch bei den von der französischen politischen Führung sehr protegierten Ländern Rumänien und Bulgarien fanden sich in der französischen Bevölkerung nur 23% bzw. 25% Zustimmung für ihren EU-Beitritt.⁸⁴⁴

Erwartete Auswirkungen der Erweiterung auf Frankreich und auf die EU

Zu den Auswirkungen der Erweiterung auf Frankreich in der EU sowie auf die Politik der EU

⁸⁴² „Quelle est votre opinion sur chacune des propositions suivantes ? Veuillez me dire, pour chaque proposition, si vous êtes pour ou si vous êtes contre. Une Union Monétaire européenne avec une seule monnaie, l'euro / Une politique étrangère commune vis-à-vis des autres pays / Une politique de sécurité et de défense commune des pays membres de l'Union européenne / L'élargissement de l'Union européenne à de nouveaux pays / le fait que l'Union européenne soit responsable des affaires qui ne peuvent pas être efficacement réglées par les gouvernements nationaux, régionaux et locaux / La démission du Président de la Commission européenne et des Commissaires européens s'ils n'ont pas la confiance d'une majorité du Parlement européen / Apprendre aux enfants, à l'école, la façon dont les institutions de l'Union européenne fonctionnent“

⁸⁴³ „Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft Europas würden Sie bevorzugen? a) Die Europäische Union sollte um alle Länder, die beitreten möchten, erweitert werden. b) Die Europäische Union sollte nur um einige Länder, die beitreten möchten, erweitert werden. c) Die Europäische Union sollte um keine weiteren Länder erweitert werden. Keine dieser Möglichkeiten (nur falls spontan genannt). Weiß nicht.“

⁸⁴⁴ „Pour chacun des pays suivants, seriez-vous favorable ou défavorable à ce qu'à l'avenir il fasse partie de l'Union européenne?“ Die Werte für die einzelnen Kandidatenländer lauteten (Zustimmung/Ablehnung): Tschechische Republik (26%/56%), Slowakei (23%/59%), Polen (33%/51%), Ungarn (30%/53%), Rumänien (23%/60%), Slowenien (21%/60%), Estland (22%/59%), Lettland (22%/59%), Litauen (21%/60%), Bulgarien (25%/57%), Zypern (27%/55%), Malta (30%/52%), Türkei (19%/64%). Interessant waren die Vergleichswerte für einige andere Länder, die zum Zeitpunkt der Umfrage (noch) keinen Kandidatenstatus besaßen (Zustimmung/Ablehnung: Schweiz (64%/24%), Norwegen (62%/24%), Bosnien-Herzegowina (19%/64%), Kroatien (22%/62%), Mazedonien (19%/64%), Jugoslawien (20%/63%), Island (50%/36%), Albanien (19%/63%).

und ihre weltweite Rolle hatten die Franzosen eine differenzierte Meinung.⁸⁴⁵ 44% der Franzosen erwarteten durch die Erweiterung einen Zuwachs an Frieden und Sicherheit in Europa. Genau so viele der Befragten sahen diese Auswirkung jedoch nicht. Ähnlich unentschieden waren die Befragten hinsichtlich der Stellung Frankreichs in einer erweiterten Union. 47% befürchteten einen Bedeutungsverlust, 43% nicht. 59% der Franzosen rechneten mit höheren Kosten für ihr Land (23% rechneten nicht damit). Nur 27% der Franzosen stimmten der Aussage zu, dass den Kandidatenländern bereits vor ihrem Beitritt finanziell geholfen werden müsse (59% stimmten nicht zu). Gleichzeitig rechneten 51% der Befragten damit, dass für ihr eigenes Land durch die Erweiterung weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden (26% rechneten damit nicht).

Mögliche Schwierigkeiten in Folge der Erweiterung sahen die Franzosen besonders bei der Entscheidungsfindung und im Beschäftigungsbereich. 73% der Befragten gingen davon aus, dass die Entscheidungsfindung in einer erweiterten EU schwieriger werden würde (18% sahen diese Gefahr nicht). 49% der Franzosen rechneten mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich (36% nicht). Andererseits sahen große Teile der befragten Franzosen auch positive Aspekte der Erweiterung, beispielsweise durch eine größere Rolle in der Welt für die EU (60% Zustimmung vs. 28% Nicht-Zustimmung) oder durch eine vielfältigere Kultur (64% Zustimmung vs. 24% Nicht-Zustimmung). Wie ihre politische Führung erachteten die Franzosen mit einer deutlichen Mehrheit (57% vs. 17%) eine institutionelle Reform der EU vor ihrer Erweiterung als notwendig. 51% der Franzosen wünschten sich auch in einer erweiterten EU die Beibehaltung eines Vetorechts, um die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten. Nur 28% der Befragten waren bereit, auf das Vetorecht zu verzichten, um die EU leistungsfähiger zu machen. In allen EU-Ländern war eine Mehrheit der Befragten dafür, das Vetorecht beizubehalten. Die Prozentzahlen derjenigen, die sich dafür aussprachen, lagen in einigen Ländern auch deutlich über den

⁸⁴⁵ „En pensant à l'élargissement de l'Union européenne à de nouveaux pays d'Europe, êtes-vous plutôt d'accord ou plutôt pas d'accord avec chacune des propositions suivantes? 1. Plus l'Union européenne aura de pays membres, plus la paix et la sécurité en Europe seront garanties. 2. L'élargissement ne coûtera pas plus cher aux pays déjà membres comme la France. 3. Après l'élargissement à de nouveaux pays, la France aura moins d'importance en Europe. 4. Plus il y aura de pays membres, plus il y aura de chômage en France. 5. L'Union européenne devrait aider financièrement les futurs Etats membres même avant leur adhésion. 6. Quand d'autres pays l'auront rejointe, la France recevra moins d'aides financières de l'Union européenne. 7. Avec plus de pays membres, il sera plus difficile de prendre des décisions à l'échelle européenne. 8. Plus l'Union européenne aura de pays membres, plus elle sera importante dans le monde. 9. Avec plus de pays membres, l'Europe sera plus riche sur le plan culturel. 10. Il faut que l'Union européenne réforme le fonctionnement de ses institutions avant d'accueillir de nouveaux membres.“

Werten für Frankreich.⁸⁴⁶ 80% der Franzosen gaben im Frühjahr 2002 an, sich nicht sehr gut (49%) oder überhaupt nicht gut (31%) über die Erweiterung informiert zu fühlen. Nur 18% fühlten sich sehr gut oder gut informiert. Im Vergleich zum Herbst 2001 hatte die Zahl derjenigen, die sich nicht sehr gut informiert fühlen, um 6% zugenommen. Die Zahl der Gutinformierten war gleichzeitig um 5% gesunken.⁸⁴⁷

Zwischenfazit

Das paradoxe Bild, das sich aus der Betrachtung der Einstellung der Franzosen zur europäischen Integration ergibt, setzte sich im Jahr 2002 fort: Grundsätzlich war eine deutliche Mehrheit der Franzosen dafür und erkannte die Vorteile der französischen EU-Mitgliedschaft für ihr Land und für sie persönlich an. Gleichzeitig hoben sich die Franzosen weiterhin konstant negativ von allen anderen EU-Bürgern ab in ihrer dezidierten Ablehnung der Erweiterung. Besonders die harte Haltung eines Drittels der Befragten, die jegliche Aufnahme von neuen Mitgliedern in die EU verweigerten, war bedenklich. Problematisch war weiterhin das geringe Interesse an europäischen Themen und der u.a. daraus resultierende schlechte Informationsstand besonders auch zur Erweiterung. Entsprechend unentschlossen waren die befragten Franzosen, was die konkreten Auswirkungen der Erweiterung anging. Negative Aspekte, besonders Befürchtungen über steigende Kosten bzw. geringeren finanziellen Nutzen für ihr eigenes Land standen deutlich im Vordergrund.

Das französische Meinungsbild im Frühjahr 2002 ließ sich als Spiegelbild der Darstellung der Erweiterung durch die französische Politik sehen, wie sie aus den Äußerungen Jacques Chiracs herausgearbeitet wurde. Auch Chirac betonte wesentlich deutlicher die Nachteile und Kosten im Vergleich zu Vorteilen und Chancen der Erweiterung. Für den Präsidenten wurde die beschriebene Situation immer problematischer, je weiter der Erweiterungsprozess voranschritt. Im Jahr 2002 stand die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik als entscheidender Schritt für den Abschluss der Erweiterungsvorbereitungen an. Im europäischen Sinne musste Chirac einem Kompromiss zustimmen. Mit seiner bisherigen Strategie konnte er dies jedoch in Frankreich kaum vermitteln. Da er stets betonte, die Erweiterung dürfe nicht zu Lasten französischer Interessen gehen und besonders die

⁸⁴⁶ „Dans l’Union européenne, pour les décisions les plus importantes ou les plus sensibles, chaque Etat membre dispose d’un droit de veto. Autrement dit, tout pays peut bloquer une telle décision, même si les autres pays la soutiennent. ce droit de veto devrait... Etre conservé pour préserver les intérêts nationaux / Etre abandonné pour rendre l’Union européenne plus efficace / Ne sais pas“

⁸⁴⁷ „Dans quelle mesure vous sentez-vous bien informé à propos de l’élargissement, c’est-à-dire l’entrée de nouveaux pays dans l’Union européenne. Vous sentez-vous très bien informé / bien informé / pas très bien informé / pas bien informé du tout / ne sais pas“

Errungenschaften der GAP nicht gefährden, hätte eine Zustimmung zu einem Agrarkompromiss einen deutlichen Bruch in seiner Politik bedeutet und erheblicher Kommunikationsanstrengungen bedurft.

3. Fortschritte im Erweiterungsprozess unter spanischer Ratspräsidentschaft

Der Punkt, an dem sich Chirac der oben beschriebenen Herausforderung stellen musste, rückte im Verlauf des Jahres 2002 näher, denn die Schlussfolgerungen des spanischen Ratsvorsitzes zum Europäischen Rat von Sevilla am 21. und 22. Juni hielten fest, dass die Beitrittsverhandlungen auf der Basis der im ersten Halbjahr 2002 erreichten Fortschritte „in ihre Schlussphase [eintreten würden]“.⁸⁴⁸ Bei der Reform von Verwaltung und Justiz müssten die Bewerberstaaten zwar noch weitere Fortschritte nachweisen. Grundsätzlich gehe der Rat jedoch davon aus, dass „die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Malta, Ungarn, Polen, der Slowakischen Republik, Litauen, Lettland, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien bis Ende 2002 [abgeschlossen werden könnten], falls diese Länder bereit [seien].“ Zeitlich wurde eine Unterzeichnung der Beitrittsverträge im Frühjahr 2003 angestrebt, so dass die geplante Teilnahme der neuen Mitglieder an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 möglich würde. Zypern solle in die EU aufgenommen werden, auch wenn die Insel weiterhin nicht wiedervereinigt sei. Die EU fördere und unterstütze jedoch weiterhin Bemühungen zur Überwindung der Teilung, da sie grundsätzlich „den Beitritt einer wiedervereinigten Insel [bevorzuge].“ Bulgarien und Rumänien wurden große Fortschritte bei der Vorbereitung ihres EU-Beitritts bescheinigt. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, beim Ratstreffen in Kopenhagen im Dezember die Heranführungsstrategien und Zeitpläne zu aktualisieren und den bis dahin vorhandenen Reformschritten entsprechend anzupassen. Die Türkei wurde ebenfalls für ihre Reformanstrengungen gelobt. Allerdings blieben die Zusagen, die ihr gegenüber getroffen wurden, deutlich unbestimmter als die Äußerungen zu Rumänien

⁸⁴⁸ Vgl. für die folgenden Ausführungen Europäischer Rat Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Vgl. zum Stand des Erweiterungsprozesses auch „Rede des Mitglieds der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, zum Stand der Erweiterungsverhandlungen vor dem Europäischen Parlament am 12. Juni 2002 in Straßburg“, in gekürzter Form abgedruckt in: *Internationale Politik* 8/2002, S. 84-88.

und Bulgarien, was den weiteren Beitrittsprozess anging.⁸⁴⁹

In Vorbereitung auf die Erweiterung und im Rahmen der grundsätzlichen Diskussion über die Zukunft der EU verständigten sich die Staats- und Regierungschefs in Sevilla auf erste Reformschritte zur Organisation und Arbeitsweise des Europäischen Rates und des Rates. Die beschlossenen Maßnahmen waren ohne Änderung der Verträge möglich und sollten daher bereits im zweiten Halbjahr 2002 wirksam werden.⁸⁵⁰ Das Inkrafttreten des Vertrages von Nizza war nach der Tagung von Sevilla ein Stück näher gerückt, da die irische Regierung eine Nationale Erklärung einbrachte, in der auf irische Vorbehalte gegenüber Nizza, besonders im Bereich der GASP, eingegangen wurde. Die Erklärung sollte der irischen Ratifizierungsurkunde beigefügt werden. Die irische Regierung wollte auf diese Weise die Voraussetzungen für eine Annahme des Vertrages von Nizza durch die Iren im zweiten Anlauf schaffen. Wäre dies gescheitert, wäre auch der Zeitplan für die Erweiterung in Gefahr geraten.⁸⁵¹

Während Chirac in seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel von Sevilla mit den Beschlüssen zufrieden war und sich auch davon überzeugt zeigte, dass sich die deutsch-französischen Unstimmigkeiten zur Reform der GAP nach dem deutschen Bundestags-Wahlkampf lösen lassen würden⁸⁵², schätzte die Pressebewertung diesen Punkt bedeutsamer ein. Neben der Problematik des engen Zeitplans, der sich daraus ergab, dass eine Entscheidung erst nach der Formierung einer neuen deutschen Regierung getroffen werden konnte, sahen einige Journalisten auch inhaltlich wesentlich größere Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich als von Chirac eingeräumt. Arnaud Leparmentier und Laurent Zecchini sprachen in *Le Monde* von einer „Polemik“, die vom deutschen Bundeskanzler Schröder wieder aufgegriffen worden sei („Le chancelier Schröder relance la polémique avec Paris sur la PAC“) und verwiesen auf die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich

⁸⁴⁹ „Der Europäische Rat begrüßt die vor kurzem in der Türkei beschlossenen Reformen. Er ermutigt und unterstützt vorbehaltlos die Anstrengungen der Türkei, den in ihrer Beitrittspartnerschaft festgelegten Prioritäten gerecht zu werden. Die Durchführung der erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Reformen wird die Aussichten der Türkei auf einen Beitritt gemäß denselben Grundsätzen und Kriterien, wie sie für die anderen beitriftswilligen Länder gelten, verbessern. Je nachdem, wie sich die Lage zwischen der Tagung des Europäischen Rates in Sevilla und der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen entwickelt, könnten aufgrund des regelmäßigen Berichts, den die Kommission im Oktober 2002 im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Helsinki und Laeken vorlegen wird, in Kopenhagen neue Beschlüsse in Bezug auf die nächste Phase der Bewerbung der Türkei gefasst werden.“, Europäischer Rat Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁸⁵⁰ Für Details vgl. Europäischer Rat Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage I: Regeln für die Organisation der Beratungen des Europäischen Rates und Anlage II: Maßnahmen betreffend die Struktur und die Arbeitsweise des Rates.

⁸⁵¹ Am 19. Oktober stimmten die Iren in einem zweiten Referendum mehrheitlich für den Nizza-Vertrag, der damit von allen EU-Staaten ratifiziert war und in Kraft treten konnte.

⁸⁵² Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Séville, 22.6.2002.

beim Berliner Gipfel zur Agenda 2000, die erneut aufzuleben scheine.⁸⁵³ Auch ein Leitartikel in *Le Monde* sah nur geringe Aussichten auf eine schnelle und gute Lösung der anstehenden Fragen aufgrund der fehlenden französischen Kompromissbereitschaft in Richtung einer europäisch sinnvollen Lösung:

„[...] sur [la] question [de la politique agricole], la volonté de la France, de Jacques Chirac, de rester fidèle à une politique agricole commune qui est une politique de subvention à la production, de soutien à un productivisme effréné, ne laisse pas d'inquiéter. Cette ‚subventionnite‘ ruine les agricultures de l’Afrique; appliquée, comme le veut la France, aux pays qui vont rejoindre l’Europe communautaire, elle ruinera l’Union. L’autre grand sujet [du sommet] sera celui des conditions budgétaires du maintien d’un euro solide, autrement dit l’observation par les Quinze d’un pacte de stabilité qui les engage à avoir d’ici à 2004 des finances publiques à l’équilibre. Et là aussi ne rassure guère cette manière quelque peu désinvolte de l’Elysée de jouer avec les règles – c’est-à-dire avec l’euro – en laissant entendre que la France pourrait ne pas respecter le rendez-vous de 2004. L’ensemble constitue une partition hésitante, timorée, conservatrice, là où l’on souhaitait un engagement européen à la mesure de la liberté politique qui est aujourd’hui celle de Jacques Chirac.“⁸⁵⁴

4. Dänische Ratspräsidentschaft

Die dänische Ratspräsidentschaft hatte sich zum Ziel gesetzt, wie geplant die Beitrittsverhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Kandidatenländern abzuschließen. Damit dies gelingen konnte, musste beim Gipfel in Brüssel im Oktober zunächst eine Einigung über finanzielle Fragen, insbesondere im Agrarbereich, erzielt werden. Problematisch war in dieser Frage besonders die französische Weigerung, vor 2006 über eine Neuregelung der Finanzierung der Agrarpolitik zu sprechen. Die Diskussion über dieses Thema zog sich bereits durch das ganze Jahr 2002, nachdem die Kommission Ende Januar eine Einbeziehung der neuen Mitgliedsstaaten in das System der Direktzahlungen vorgeschlagen hatte. Frankreich unterstützte diesen Vorschlag. Deutschland, die Niederlande, Großbritannien und Schweden waren dagegen, da ihre Reformidee für die Agrarpolitik – im Sinne einer Reduzierung ihrer Beiträge zum EU-Haushalt – unter anderem eine Abschaffung

⁸⁵³ Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „A six mois de l’élargissement, les Quinze piétinent toujours“, *Le Monde* 25.6.2002: „Les Quinze n’avaient pas prévu d’aborder [à Séville] les dossiers politiquement brûlants de la dernière phase des négociations d’élargissement. Le plus épineux concerne les propositions financières que vont faire les Quinze aux candidats, en particulier en matière agricole. A trois mois des élections allemandes, alors que le Chancelier Schröder est en difficulté, le ton monte entre Berlin et Paris. Le chancelier social-démocrate affirme qu’il ne veut pas engager son pays, premier contributeur au budget européen, dans une aventure ruineuse. Il insiste pour rouvrir les discussions sans plus tarder sur la réforme de la Politique agricole commune (PAC) à l’occasion de la révision, prévue pour cette année, du montant des aides agricoles accordées dans le plan de financement 2000-2006. Jacques Chirac, qui s’était violemment affronté au chancelier lors de l’élaboration de ce plan au sommet de Berlin en 1999, ne veut pas en entendre parler. [...] Tout cela renvoie les décisions au-delà de la formation du gouvernement allemand issu des élections de septembre, au plus tôt début novembre. Autant dire que le calendrier risque d’être embouteillé sérieusement à l’approche du Sommet de Copenhague en décembre.“

⁸⁵⁴ „Le test européen“, *Le Monde* 18.6.2002.

der Direktzahlungen vorsah.⁸⁵⁵ Im Juli präsentierte EU-Agrarkommissar Franz Fischler seine Reformvorschläge.⁸⁵⁶ Diese sahen vor, die Subventionen für die europäischen Landwirte von der Produktion bestimmter Produkte und von Produktionsmengen abzukoppeln und statt dessen stärker mit Aufgaben im Umweltschutz und im Bereich der Pflege des ländlichen Raumes zu verbinden. Auf diese Weise wollte Fischler die Direktzahlungen an die Landwirte innerhalb von sieben Jahren um 20 Prozent verringern. Das eingesparte Geld sollte der Förderung des ländlichen Raumes zugute kommen. Frankreich war strikt gegen die Kürzung der Direktzahlungen und ihre Abkoppelung von der Produktion. Negative Auswirkungen wurden v.a. für die zahlreichen französischen Kleinbetriebe befürchtet. Auch Deutschland kritisierte einige der Reformvorschläge Fischlers, u.a. die geplante Obergrenze für Direktzahlungen an Großbetriebe von 300000 Euro, die vor allem Unternehmen in Ostdeutschland betroffen hätte. Außerdem entsprachen die Vorschläge der Kommission nicht dem vorrangigen deutschen Wunsch nach einer Verringerung der Kosten für die Agrarpolitik insgesamt.⁸⁵⁷ Unmittelbar vor dem Brüsseler Gipfel gelang es Deutschland und Frankreich dennoch, einen Kompromiss für eine Reform der Agrarpolitik zu finden, so dass der Weg frei wurde für eine Einigung auch im Kreis der 15.

4.1 Deutsch-französischer Kompromiss zur Agrarpolitik

Im Vorfeld der Diskussionen über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik machte Jacques Chirac im Verlauf des traditionellen Fernseh-Interviews zum Nationalfeiertag am 14. Juli noch einmal seine strikte Weigerung deutlich, die in Berlin beschlossenen Regelungen vor 2006 zu ändern. Er sei durchaus bereit, bei der für die Zeit nach 2006 festzulegenden Lösung die Interessen der Nettozahler zu berücksichtigen und sehe die Notwendigkeit, auch die Interessen der neuen EU-Mitglieder einzubeziehen. Eine vorgezogene Neuregelung lehne er jedoch klar ab, besonders die u.a. von Deutschland in die Diskussion gebrachten Renationalisierungstendenzen:

⁸⁵⁵ Vgl. hierzu u.a. Philippe Gélie: „Elargissement: le temps des marchandages“, *Le Figaro* 9./10.2.2002 und Laurent Zecchini: „Premières escarmouches entre les Quinze sur la facture de l’élargissement“, *Le Monde* 12.2.2002.

⁸⁵⁶ Vgl. dazu „Vorstellung der Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik durch das Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Landwirtschaft, Franz Fischler, vor dem Agrarausschuss des Europäischen Parlaments am 10. Juli 2002 in Brüssel“, abgedruckt in: *Internationale Politik* 8/2002, S. 116-120 und u.a. Klaus Wurpts (2002a): „Stichwort: Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“, in: *Dokumente* 5/2002, S. 22f.

⁸⁵⁷ Vgl. für die deutsche Position u.a. „Position der deutschen Bundesregierung zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik vom 27. Februar 2002“, abgedruckt in *Internationale Politik* 8/2002, S. 68-72 sowie Gerhard Schröder: „Die Erweiterung muss bezahlbar sein“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 16.6.2002.

„Nous avons maintenant une longue pratique de nos divergences. Il n’y aura pas de crise européenne. Il y aura une solution qui sera élaborée le moment venu, c’est-à-dire avant 2006, décidée à partir de 2006 tenant compte à la fois des intérêts des Quinze mais également des intérêts des Dix qui vont entrer et auxquels on ne pourra naturellement pas refuser, contrairement à ce que pensent certains, les aides à l’agriculture. Et dans un contexte général qui répondra, je l’espère, aux exigences de nos amis allemands que je peux comprendre, ou hollandais, de diminuer le caractère très positif de leur contribution à l’Union européenne, mais il y a d’autres volets dont on peut parler. Il y a le volet de la cohésion sociale, il y a bien d’autres volets. [...] je ne sacrifierai pas la capacité française à être le premier exportateur mondial de produits agricoles transformés et le deuxième exportateur mondial de produits agricoles, avec tout ce que cela représente comme activités et aussi comme puissance, je ne le sacrifierai pas pour des raisons qui ne me paraissent pas justifiées.“⁸⁵⁸

Beim Botschafterempfang im August äußerte sich Chirac ähnlich kategorisch:

„L’élargissement, la France l’appelle de ses vœux car il y va de l’enracinement de la paix et de la démocratie sur tout le continent européen. Nous devons maintenant tenir les délais. L’Union sera au rendez-vous. Elle devra présenter aux candidats, au plus tard en novembre, ses propositions financières détaillées, en particulier celles concernant les aides directes agricoles. Les règles du jeu sont claires. Elles sont conformes à un principe qui a présidé à toutes les adhésions: dans leur intérêt, comme dans celui de l’Union, les candidats reprennent l’intégralité de l’acquis communautaire. Je n’accepterai donc pas que l’élargissement serve de prétexte à une réforme anticipée de la PAC, réforme qui ne peut avoir lieu qu’en 2006, conformément au contrat solennellement conclu à Berlin. La France est prête à discuter mais le débat ne peut se tenir qu’avec les nouveaux membres.“⁸⁵⁹

Deutschland stand wie kein anderer EU-Staat gegenüber den Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa im Wort und war daher fast gezwungen, einen Schritt auf Chirac zuzugehen. Der französische Präsident hatte außerdem durch die Einbeziehung der Strukturpolitik in die Finanzdiskussion die Mittelmeerländer in die Debatten geholt. Auch diese verlangten eine Beibehaltung des hohen Ausgabenniveaus, unterstützten also die französische Position, gegen die Sparwünsche der Nettozahler. Weiterhin war Chirac nicht bereit, einer Kürzung der Agrarsubventionen bei gleichzeitiger Beibehaltung des britischen Rabatts zuzustimmen.

⁸⁵⁸ Interview télévisée accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la Fête nationale, Palais de l’Elysée 14.7.2002.

⁸⁵⁹ Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la réception des Ambassadeurs, Palais de l’Elysée 29.8.2002. Vgl. außerdem Chiracs Äußerung beim Besuch des dänischen EU-Ratspräsidenten Rasmussen in Paris im Vorfeld des Brüsseler Gipfels: „Sur l’élargissement, bien entendu, la France a fait connaître son sentiment, vous le connaissez, et a tenu à apporter une contribution à la recherche d’un compromis acceptable pour l’ensemble des Quinze mais aussi des pays candidats. Chacun comprend que nous devons tous faire un effort, notamment sur le plan financier, pour maintenir l’ensemble des dépenses européennes dans un plafonnement acceptable pour tous. Dans ce contexte, la France a renouvelé sa conviction qu’on ne pouvait pas remettre en cause la politique agricole commune avant 2006 mais qu’au-delà, on devait naturellement rechercher des solutions acceptables par tous, d’une part par le plafonnement des dépenses et, d’autre part, par l’examen de toutes les dépenses, c’est-à-dire non seulement les dépenses agricoles mais également les dépenses des fonds structurels ou celles liées au chèque britannique, qui a aujourd’hui moins de justification qu’hier.“ Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Anders Fogh Rasmussen, Premier ministre du Danemark, Palais de l’Elysée 22.10.2002.

Angesichts der scheinbar unnachgiebigen Haltung Chiracs, wie sie sich in den zitierten Äußerungen darstellte, und der zusätzlichen Aspekte, die er im Vorfeld des Brüsseler Gipfels in die Diskussionen einbrachte, war die Tatsache, dass ein Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland gefunden werden konnte, überraschend, auch wenn eine deutsch-französische Arbeitsgruppe bereits seit Juli auf eine Kompromissfindung hingearbeitet hatte. Der zwischen Deutschland und Frankreich gefundene Kompromiss sah vor, dass das sogenannte „Phasing in“ bei den Einkommenshilfen aus Brüssel für die neuen Mitgliedsstaaten ab 2004 beginnen solle. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 würden die Agrarausgaben der Union gedeckelt, wobei allerdings ein Inflationsausgleich mit eingerechnet werde. Am Gesamtbetrag, der für den Agrarbereich ausgegeben werde, solle sich nichts ändern, er werde aber auf 25 statt bisher 15 Staaten aufgeteilt.⁸⁶⁰ Eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Erweiterung war genommen. Allerdings stellte der deutsch-französische Kompromiss nur eine Umgestaltung der bestehenden Politik dar und keine grundlegende Neuorientierung der Prioritäten, wie sie angesichts der Erweiterung notwendig gewesen wäre. Bis 2013 müssten entsprechend der Einigung zwischen Schröder und Chirac weiterhin wesentliche Teile des EU-Budgets für die Agrarpolitik aufgewendet werden. Wichtigen zukunftsgerichteten Politikbereichen stünde dagegen deutlich weniger Geld zur Verfügung, wie auch Ulrike Guérot in ihrer Analyse betonte:

„Richtig ist, dass der Fahrplan der Osterweiterung nun eingehalten werden kann. Gezeigt hat der Beschluss sicherlich auch, dass Deutschland und Frankreich in Zeiten akuten Handlungsdrucks immer noch zu einem gewissen Krisenmanagement in europäischen Angelegenheiten fähig sind. Aber in dieser Einigung den glanzvollen Neubeginn des deutsch-französischen Tandems zu sehen, ist sicherlich überzogen. [...] beim Streit zwischen Frankreich und Deutschland [geht es] um die Frage, welches Europa beide wollen und wofür in Europa in den nächsten Jahren Geld ausgegeben werden soll. Derzeit werden ca. 1,09% des vorgesehenen Haushaltsplafonds von 1,27% des EU-BIP ausgeschöpft. Insoweit ist, zumindest bis 2006, erst einmal Geld vorhanden, um wie bisher in der GAP zu verfahren. Nur gibt es dann keine haushaltspolitischen Spielräume mehr für neue Aufgaben der EU, sei es für den Aufbau einer europäischen Verteidigung, Infrastruktur- oder Hochtechnologieprojekte oder den zukünftigen gemeinsamen Grenzschutz. Frankreich und Deutschland haben eine große Verantwortung für die zukünftige Finanzverfassung und damit auch für die politische Verfasstheit der Europäischen Union. Es geht darum, ob eine moderne und erweiterte Union weiterhin knapp 50% ihres Haushalts für die Einkommenssicherung von durchschnittlich nur 5% der Bevölkerung ausgeben kann, oder ob das Geld nicht besser Zukunftsaufgaben zufließen sollte.“⁸⁶¹

⁸⁶⁰ Vgl. Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue de leur entretien, Brüssel 24.10.2002.

⁸⁶¹ Ulrike Guérot (2002c): „Annäherung in der Agrarpolitik. Trägt der deutsch-französische Kompromiss?“, in: *Internationale Politik* 11/2002, S. 53-56, hier S. 54f. Vgl. auch Aude Carasco (2008): „Unterschiedliche Rhythmen. Eine realitätsferne Reform im Brennpunkt der Kritik“, in: *Dokumente* 1/2008, S. 27-29.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen Zukunftsfrage für die Europäische Union machte Chiracs Argumentation auch sehr deutlich, dass er beim Thema Agrarpolitik im Zweifelsfall das nationale französische Interesse höher gewichtete als einen gesamteuropäischen Fortschritt. Er sah in den mit der Erweiterung zusammenhängenden Gründen für eine Reform der GAP keine ausreichenden Argumente für eine Veränderung des bestehenden Modells („je ne sacrifierai pas la capacité française à être le premier exportateur mondial de produits agricoles transformés et le deuxième exportateur mondial de produits agricoles, avec tout ce que cela représente comme activités et aussi comme puissance, je ne le sacrifierai pas pour des raisons qui ne me paraissent pas justifiées“, Interview am 14. Juli, s.o.) und erwartete von den potentiellen neuen EU-Mitgliedern, dass sie sich den vorhandenen Gegebenheiten anpassten. Die auch aus objektiver Sicht gerechtfertigte Argumentation anderer EU-Staaten, u.a. Deutschlands, die eine Reform der GAP forderten, um die mit der Erweiterung verbundenen Belastungen des EU-Haushalts beherrschbar zu halten, bezeichnete Chirac als „Vorwand“, um die in Berlin 1999 getroffenen Vereinbarungen vor dem vereinbarten Termin zu modifizieren („Je n’accepterai donc pas que l’élargissement serve de prétexte à une réforme anticipée de la PAC, réforme qui ne peut avoir lieu qu’en 2006, conformément au contrat solennellement conclu à Berlin.“, Rede beim Botschafterempfang, s.o.).

Bezogen auf die Analysekategorien der vorliegenden Arbeit bestätigte Chirac mit seiner Position das bereits mehrfach beobachtete Auftauchen der Kategorie Interesse rein im französischen Sinne, wenn es um die Agrarpolitik ging. Dementsprechend kam in Bezug auf die Erweiterung erneut nur die negative Facette der Kategorie zur Geltung. Auch wenn Jacques Chirac sich vor dem Brüsseler Gipfel also vermeintlich kompromissbereit gezeigt hatte, konnte er tatsächlich eine harte Position durchsetzen, die im wesentlichen französische nationale Interessen widerspiegelte. Konstruktiv im Sinne einer zukunftsorientierten Politik war diese Haltung jedoch nicht, abgesehen von den negativen Signalen, die Chirac in der Agrarfrage an die Beitrittskandidatenländer sandte. Trotz der Klärung des entscheidenden Punktes durch Deutschland und Frankreich sahen daher auch die Analysten in der Presse vor dem Brüsseler Gipfel noch zahlreiche offene Fragen in Bezug auf die Erweiterung und ihre Finanzierung.

Einschätzung der Erfolgsaussichten des Brüsseler Gipfels in der Presse

Im Vorfeld des Brüsseler Gipfels berichtete die französische Presse besonders über die Unsicherheiten, die sowohl auf Seiten der Kandidaten als auch auf Seiten der EU mit der näherrückenden Erweiterung weiterhin verbunden waren. Baudouin Bollaert sah in *Le Figaro*

Defizite bei der Vorbereitung sowohl auf der Seite der Kandidatenländer als auch bei den alten EU-Staaten:

„A mesure que ce vaste élargissement approche, les inquiétudes grandissent. Car personne n'est vraiment prêt: ni les actuels Etats membres, ni les pays candidats. On objectera que les nécessités politiques, historiques et morales doivent l'emporter sur les comptes d'apothicaire, que la construction européenne en a vu d'autres et que les négociations d'adhésion ont quand même permis des avancées significatives... Il reste que le choc sera dur à amortir.“⁸⁶²

Bollaert zeigte das Spektrum auf, in dem sich die Diskussionen über die Erweiterung vor dem Brüsseler Gipfel bewegten: zwischen den politischen, historischen und moralischen Notwendigkeiten und Verpflichtungen auf der einen und den wesentlich unattraktiveren buchhalterischen Zwängen auf der anderen Seite. Auf die Argumentation Jacques Chiracs zur Erweiterung angewendet, dominierten beim französischen Präsidenten eindeutig die erstgenannten Aspekte. In der Präsentation der Erweiterung als historische Chance und moralische Verpflichtung konnte er die französische Position wesentlich überzeugender darstellen als bei der Diskussion von Haushalts- und Finanzfragen. Bollaerts Darstellung ließ durchblicken, dass auch andere Verantwortliche in Europa die Erweiterung ähnlich wie Chirac lieber in ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung sähen als konkrete Fragen ihrer Finanzierung zu diskutieren. Aus diesem Grund werde die Erweiterung umgesetzt, obwohl weder die Kandidaten noch die EU ausreichend darauf vorbereitet seien, so Bollaert. Die auch von Chirac mit Vorliebe verwendeten Argumente (Geschichte, Moral etc.) seien mehr oder weniger „Totschlagargumente“ gegenüber einer kleinlichen „Pfennigfuchserrechnung“, die sich um eine realistische Darstellung der Kosten bemühe. Dennoch warnte Bollaert bei einer Verwirklichung dieser Perspektive ohne ausreichende Vorbereitung vor einem „Schock“. Auch Chiracs bevorzugte Argumentation führe, laut der Darstellung von Bollaert, zu dieser Schockwirkung und diskreditierte sich damit selbst.

Auch für Arnaud Leparmentier stellten die noch ungeklärten finanziellen Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung einen der großen Unsicherheitsfaktoren des Projekts dar, wie er in *Le Monde* ausführte. Er kritisierte deutlich die mangelnde Diskussionsbereitschaft über die Konsequenzen der Erweiterung für den Haushalt der EU und den statt dessen sowohl von den europäischen Institutionen als auch von den Mitgliedsstaaten an den Tag gelegten unbedingten Willen, die Erweiterung auf jeden Fall im angestrebten Zeitplan durchzuziehen:

„Ces sujets [financiers] auraient dû être traités de front avec l'élargissement. Commission et Etats membres ont refusé d'en parler: c'eût été ouvrir la boîte de Pandore. L'élargissement aurait été pris en otage par la fixation du budget européen pour la période 2007-2013, la

⁸⁶² Baudouin Bollaert: „Ombres sur l'élargissement“, *Le Figaro* 23.9.2002.

réforme de la PAC, de la politique structurelle. La grande empoignade ne commencera qu'en 2004, quand la Commission présentera ses premières propositions. L'élargissement s'organise par ailleurs sans connaître les conclusions de la Convention sur l'avenir de l'Europe. L'état d'esprit actuel est plus au libre échange qu'à la générosité. [...] La bataille sera rude, chacun voulant défendre ses intérêts. Les Espagnols veulent garder leurs fonds structurels; les Allemands ne veulent pas payer un sou de plus et veulent faire des économies sur la PAC. Les Français, qui craignent que la PAC soit la grande victime de la réforme, estiment qu'elle doit toucher à toutes les politiques et que tout le monde doit payer.⁸⁶³

Auch Pierre Bocev und Philippe Gélie verwiesen in *Le Figaro* auf diesen Punkt:

„La Commission est [...] sur la défensive pour avoir donné son feu vert à l'adhésion des dix pays, tout en pointant du doigt une impressionnante liste de difficultés à surmonter. [...] Mais elle était soumise au mandat défini par les chefs d'Etat et de gouvernement des Quinze. Malgré quelques arrière-pensées, aucun d'eux n'envisage de s'opposer à l'entrée de l'un ou l'autre des postulants. [...] Aux Quinze maintenant de faire leur devoirs. [...] Tous éléments pris en compte, et notamment les versements des ‚nouveaux‘ au budget, Bruxelles propose un débours net d'à peine 10 milliards d'euros pour 2004-2006. Mesquinerie, jugent les postulants. Les ‚contributeurs nets‘ comme l'Allemagne s'agrippent au porte-monnaie. Et la France complique encore la donne en s'arc-boutant sur l'intangibilité de la PAC d'ici à 2006. Les zizanies entre les Quinze seront mises à plat au sommet de Bruxelles [...].⁸⁶⁴

Weitere Analysen in *Le Figaro* wiesen darauf hin, dass einige Verhandlungskapitel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten trotz weiterhin bestehender Schwierigkeiten geschlossen worden seien, z.B. im Bereich Korruptionsbekämpfung und Grenzkontrollen⁸⁶⁵. Pierre Bocev und Philippe Gélie hoben besonders die Problematik der Gemeinsamen Agrarpolitik hervor:

„Au moment même où la Commission européenne juge donc dix pays prêts à l'échéance de 2004, il leur reste du pain sur la planche. Et le boulet et de taille: l'élargissement fera augmenter le nombre d'agriculteurs de 120% et les surfaces en culture de 42%. Quant au prix à payer pour les Quinze, la Commission se veut rassurante en envisageant une facture supplémentaire de 8,3 milliards d'euros pour 2004-2006. Les contributeurs nets aux coffres bruxellois contestent ces chiffres et exigent dès avant l'adhésion une révision de la PAC qui englutit aujourd'hui 40% du budget commun. La France refuse à cor et à cri. Une cacophonie qui en dit long sur les arrière-pensées qui accompagnent l'œuvre ‚historique‘ de l'unification du continent.⁸⁶⁶

Die beiden Journalisten waren unmittelbar vor der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel entsprechend pessimistisch, was die Erfolgsaussichten einer Einigung über die finanziellen Fragen der Erweiterung anging und machten deutlich, dass hinter den Diskussionen über die

⁸⁶³ Arnaud Leparmentier: „Une Europe à vingt-cinq: l'élargissement se fera à moindre coût“, *Le Monde* 10.10.2002.

⁸⁶⁴ Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Bruxelles lance la réunification du continent“, *Le Figaro* 10.10.2002. Kursivsetzung im Original.

⁸⁶⁵ Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Un océan de corruption et de trafics“, *Le Figaro* 10.10.2002.

⁸⁶⁶ Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Les pièges et contraintes de la politique agricole commune“, *Le Figaro* 10.10.2002. Kursivsetzung im Original.

Agrarpolitik grundsätzlichere Fragen zur künftigen strategischen Ausrichtung der EU stünden. Dass in Bezug auf die französische „heilige Kuh“ („vache sacrée“) der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgerechnet Jacques Chirac kompromissbereit sein sollte, glaubten Bocev und Gélie nicht:

„[...] les fermiers de l’Hexagone sont les premiers bénéficiaires [de la PAC]. Depuis qu’il a été ministre de l’Agriculture au début de sa carrière, le président de la République est viscéralement attaché à ces avantages acquis. Et ne recule devant rien, comme il l’a amplement prouvé sur le parquet européen.“

Die französische Verhandlungsposition schätzten sie daher insgesamt als schwierig ein:

„[...] d’une part, Paris ne veut entendre parler de rien avant 2006, échéance du cadre financier en vigueur. D’autre part, la France refuse que l’agriculture devienne, selon les termes de Dominique de Villepin, la ‚seule variable d’ajustement de l’élargissement‘. D’où l’idée de Jacques Chirac d’une ‚maîtrise globale de la dépense‘ communautaire, non limitée à la PAC. C’est pour cela qu’il a introduit deux autres variables dans le débat: les ‚fonds structurels‘, auxquels s’accroche l’Espagne, et le ‚chèque britannique‘, rabais budgétaire accordé en 1984, dont la seule mention fait frémir Londres. Passablement exaspérée par cette innovation française, la présidence danoise se borne à expliquer que ce n’est pas elle qui soulèvera la question. Il ne restait à Bertel Haarder, le ministre des Affaires européennes, qu’à appeler à l’ ‚esprit de compromis‘ de tout le monde. Sans trop oser y croire.“⁸⁶⁷

Die Darstellungen in der Presse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik setzten einen deutlich anderen Akzent als die Äußerungen Jacques Chiracs zu diesem Thema. Die zitierten Journalisten sahen hinter Chiracs Haltung nicht wie der Präsident vor allem das Erlangen von Vorteilen für Frankreich, sondern legten den Akzent deutlich stärker auf die zu befürchtenden Nachteile für die ganze EU. Pierre Bocev und Philippe Gélie kritisierten die Schizophrenie nicht nur der französischen Haltung, die darin bestehe, die historische Bedeutung der Erweiterung zu beschwören, gleichzeitig aber nicht bereit zu sein, von eigenen Errungenschaften und Privilegien abzurücken, um diese unter guten Bedingungen verwirklichen zu können. Wie im Verlauf der vorliegenden Untersuchung bereits häufig beobachtet, bestand auch in der Frage der Reform der Agrarpolitik und allgemeiner beim Thema der Finanzierung der Erweiterung ein Gegensatz zwischen der Argumentation des Staatspräsidenten und ihrer Analyse in der Presse: Während Jacques Chirac die Umsetzung der Erweiterung bei gleichzeitiger Beibehaltung der französischen Privilegien in der Agrarpolitik zum Ziel hatte, hielten die Presseanalysen die Durchsetzung beider Aspekte dieses Ziels nicht für möglich. Entweder müsse sich Frankreich bewegen und in einer Gesamtdiskussion über die Finanzierung der Erweiterung seinen Beitrag leisten, oder die

⁸⁶⁷ Beide Zitate aus Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Sommet de tous les dangers à Bruxelles“, *Le Figaro* 24.10.2002. Kursivsetzung im Original.

Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten drohe aufgrund der vielen nicht geklärten Fragen zu einer Entscheidung mit noch nicht absehbaren schwierigen Folgen zu werden, so die Analysen. Weder Jacques Chirac noch die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs schienen sich jedoch von dieser Art Warnungen beeindrucken zu lassen, wie sich an den Ergebnissen des Brüsseler Gipfels ablesen ließ.

4.2 Europäischer Rat von Brüssel

Bei seinem Treffen in Brüssel am 24. und 25. Oktober 2002 beschloss der Europäische Rat, „spätestens bis Anfang November den Bewerberländern Verhandlungspositionen zu allen noch offenen Fragen vorzulegen, damit im Dezember auf der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen die Erweiterungsverhandlungen mit den ersten Ländern abgeschlossen werden können.“⁸⁶⁸ Der Rat sah bei Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakischen Republik und Slowenien die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben, dass im April 2003 in Athen ein Vertrag über den Beitritt zur EU unterzeichnet werden könne. Der Rat folgte damit den Empfehlungen der Kommission zur Aufnahme der zehn genannten Länder.⁸⁶⁹ Auch die Vorgehensweise gegenüber Bulgarien und Rumänien, die bei der Erweiterungsrunde nicht berücksichtigt wurden, wurde in Brüssel festgelegt. Für beide Länder wurde als mögliches Datum für einen EU-Beitritt das Jahr 2007 anvisiert. Im institutionellen Bereich einigte sich der Europäische Rat von Brüssel auf Übergangsregelungen zur Stimmengewichtung im Rat und zur Sitzverteilung im Europäischen Parlament bis zum Inkrafttreten der im Nizza-Vertrag festgelegten Bestimmungen zum 1. Januar 2005.⁸⁷⁰

In Bezug auf die mit der Erweiterung verbundenen finanziellen Fragen hielten die Schlussfolgerungen des dänischen Ratsvorsitzes als Grundsatz fest, dass die „vom Europäischen Rat in Berlin festgelegte Obergrenze für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Erweiterung für 2004-2006 [...] eingehalten werden [müsse].“ Weiterhin wurden als grundlegende Prinzipien Haushaltsdisziplin und Ausgabeneffizienz genannt, auch für die Finanzplanung über 2007 hinaus. Die Ausgabenobergrenze wurde den Vereinbarungen von

⁸⁶⁸ Vgl. für die Ausführungen in diesem Abschnitt, wenn nicht anders angegeben: Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 24. und 25. Oktober 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

⁸⁶⁹ Die Kommission hatte diese Einschätzung Anfang Oktober in ihren turnusgemäß erstellten Berichten über die Fortschritte der Beitrittskandidaten formuliert. Vgl. Barbara Lippert (2003): „Erweiterungspolitik der Europäischen Union“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2003): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Bonn/Berlin, S. 417-430, hier S. 417f.

⁸⁷⁰ Vgl. Europäischer Rat Kopenhagen, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage I: Beratungsergebnisse des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen), Institutionelle Fragen.

Berlin zur Agenda 2000 entsprechend festgelegt. Die Verteilung der Mittel wurde jedoch insbesondere im Agrarbereich modifiziert. Die Kandidatenländer hatten sehr viel Wert darauf gelegt, in das System der Direktzahlungen einbezogen zu werden, um sich erstens in politischer Hinsicht nicht als Mitglieder zweiter Klasse fühlen zu müssen und um zweitens wirtschaftlich gleiche Wettbewerbsbedingungen zu haben. Frankreich unterstützte diese Position, da auf diese Weise gleichzeitig das für französische Landwirte vorteilhafte bestehende System der Direktzahlungen fortgeschrieben würde. Deutschland, die Niederlande und Großbritannien waren jedoch dagegen, da sie ihren finanziellen Beitrag zur EU grundsätzlich reduzieren und zu diesem Zweck u.a. die Agrarpolitik reformieren wollten. In der deutsch-französischen Einigung war der Kompromiss bereits vorgezeichnet, auf den sich dann auch der Brüsseler Gipfel verständigen konnte: Die Direktzahlungen in den Beitrittsländern sollten bis 2013 schrittweise eingeführt, die Gesamtausgaben im Agrarbereich jedoch bis auf einen einprozentigen Inflationsausgleich pro Jahr auf dem Niveau von 2006 bleiben.⁸⁷¹ Die Gesamtkosten für dieses Modell würden unter dem in Berlin vereinbarten Maximum bleiben, das für erweiterungsbedingte Ausgaben aufgewendet werden durfte. Aus diesem Grund lehnten die Beitrittskandidaten den Brüsseler Beschluss zunächst ab, da sie die in Berlin vereinbarte Obergrenze bei den Ausgaben voll ausschöpfen wollten. Ein endgültiger Beschluss über das mit der Erweiterung verbundene Finanzpaket musste daher beim Kopenhagener Gipfel im Dezember getroffen werden.⁸⁷² Die Rückerstattung eines Teils seiner Beiträge zum EU-Haushalt an Großbritannien blieb gegen den ausdrücklichen Willen Frankreichs zunächst bestehen.⁸⁷³

⁸⁷¹ Die Verhandlungen zwischen den Staats- und Regierungschefs gerieten zwischenzeitlich noch einmal ins Stocken, als sich herausstellte, dass Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac bei ihrer Kompromissfindung von unterschiedlichen Zahlen ausgegangen waren. Während Schröder die „tatsächlichen Ausgaben“ von jährlich 39,4 Milliarden Euro zugrunde legte, ging Chirac von 45,3 Milliarden Euro aus, der in der EU-Agrarleitlinie als absolute Obergrenze aller bäuerlichen Subventionen definierten Summe. Chirac konnte sich im Europäischen Rat schließlich durchsetzen. Im Gegenzug stimmte er zu, den Inflationsausgleich bei 1% statt, wie von ihm gewünscht, bei 1,5% anzusetzen. Für Deutschland wurde der Kompromiss durch dieses Missverständnis und seine Auflösung im Sinne Chiracs deutlich teurer als zunächst von Schröder verkündet.

⁸⁷² Zur Wahrnehmung der Diskussionen innerhalb der EU in den mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern vgl. z.B. Georges Mink/Laure Neumayer (2002): „Contagion anti-européenne en Europe centrale“, in: *Politique étrangère* 3/2002, S. 665-681.

⁸⁷³ Vgl. Chiracs Aussage zu diesem Thema bei seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel: „Il est tout à fait évident que la maîtrise des dépenses doit concerner l'ensemble des dépenses. Et l'ensemble des dépenses, cela veut dire pour l'essentiel, en dehors des dépenses agricoles, les dépenses relatives aux fonds structurels et les dépenses particulières, la plus importante étant le chèque britannique dont chacun voit bien qu'il n'a plus aujourd'hui la signification qu'il pouvait avoir lorsqu'il a été décidé et qu'il conduit à une situation particulièrement choquante puisque, grâce à ce chèque britannique qui date, je ne sais pas, de 15 ans, grâce à ce chèque, l'Angleterre va être dispensée de payer les deux tiers des dépenses dues à l'élargissement. Ce qui est évidemment une situation qui n'est pas convenable et que rien ne justifie.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 25.10.2002.

Nach der Einigung in Brüssel

In ihrer Bewertung der Ergebnisse des Brüsseler Gipfels betonten mehrere Analysen in der französischen Presse die Bedeutung der vorausgegangenen deutsch-französischen Einigung zur Agrarpolitik. Aus Luc de Barochez' Sicht beruhte die Zusammenarbeit zwischen Chirac und Schröder auf einer pragmatischen Basis:

„En matière agricole, il y a eu une bonne dose de pragmatisme derrière l'accord de Bruxelles. Les autorités françaises savaient bien qu'avec l'élargissement, la politique agricole commune (PAC) ne pourrait pas continuer comme avant. Pour sauver l'essentiel, il convenait de réduire la voilure. Et du côté de Berlin, la nécessité de mettre la main au portefeuille pour financer en partie un élargissement tellement prometteur pour l'économie allemande s'est imposée.“⁸⁷⁴

Arnaud Leparmentier, Jean-Pierre Stroobants und Laurent Zecchini betonten in ihrer Analyse des Brüsseler Gipfels in *Le Monde* ebenfalls die wichtige Rolle des deutsch-französischen Kompromisses für die Einigung im Kreis der 15:

„A l'issue du sommet de Bruxelles [...] le président Jacques Chirac a dû constater qu'un accord franco-allemand ne suffisait pas à emporter l'adhésion immédiate de tous les partenaires. La veille, Français et Allemands s'étaient mis d'accord pour régler leur querelle agricole, levant le dernier obstacle à l'élargissement de l'Union. Dans la délégation française, on pavoisait à l'idée que, une fois de plus, le ‚moteur‘ franco-allemand allait être ‚irrésistible‘, comme l'assurait un diplomate français. Fort de cet accord, Paris allait pouvoir faire plier les Britanniques et les Espagnols, les premiers sur leur ‚chèque‘, les seconds sur les avantages qu'ils retirent des aides régionales. Ce scénario n'a été que partiellement vérifié. La dynamique franco-allemande est effectivement relancée, et c'est grâce à elle que le sommet de Bruxelles, que tout le monde disait voué à l'échec, a atteint son objectif: les Quinze se sont mis d'accord sur une proposition financière aux pays candidats, et pourront clore les négociations d'adhésion lors du sommet de Copenhague, mi-décembre. En revanche, Français et Allemands ont dû renoncer à une partie de leurs ambitions, et le sommet que l'on pensait bouclé rapidement a duré jusqu'en fin d'après-midi: ils n'ont pu convaincre leurs partenaires de s'engager eux aussi à faire, le moment venu, des efforts pour faire face au coût de l'élargissement.“⁸⁷⁵

Pierre Bocev interpretierte in *Le Figaro* den deutsch-französischen Kompromiss und die darauf basierende Einigung im Kreis der 15 als Sieg für den französischen Präsidenten und seine Europakonzeption:

„Un point central de la négociation a été l'acceptation, par l'Allemagne et les autres, de la base de calcul voulue par la France pour les chiffres de la période 2007-2013. Ayant engrangé ce ‚butin‘, selon la formule d'un diplomate, Jacques Chirac voyait validée la pérennisation jusqu'en 2013 de la PAC ‚à la française‘. Il pouvait alors lâcher sur ce qui apparaît dans la rétrospective comme une exigence tactique et accepter, pour cette fois, la suppression d'un

⁸⁷⁴ Luc de Barochez: „Le fracassant retour du couple franco-allemand“, *Le Figaro* 26./27.10.2002.

⁸⁷⁵ Arnaud Leparmentier/Jean-Pierre Stroobants/Laurent Zecchini: „Les Quinze entérinent leurs propositions financières pour permettre l'élargissement de l'UE“, *Le Monde* 27./28.10.2002. Kursivsetzung im Original.

paragraphe qui, à l'horizon de la prochaine discussion financière en 2006, incluait le ‚*chèque*‘ britannique dans le grand marchandage.“⁸⁷⁶

Das Gesamtergebnis von Brüssel bewertete Bocev positiv, auch wenn auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember noch einige Fragen geklärt werden müssten und besonders die Türkei-Frage die dortige Agenda zu dominieren drohe:

„Ce qui est acquis, et ce n'est pas peu, c'est que l'élargissement concernera bien dix pays en 2004, que la négociation sera bouclée dans sept semaines au sommet de Copenhague et que les Quinze ont les moyens de le financer sans accroître la charge fiscale pour le contribuable européen. Y compris sur le délicat dossier de la Politique agricole commune. Ce n'est pas pour autant que le rendez-vous de Copenhague sera de tout repos: soutenue vigoureusement par les Etats-Unis, la Turquie frappe à la porte de l'Union avec une insistance tous les jours accrue. La controverse enfle au même rythme parmi les Quinze pour savoir s'il convient de fixer dès le 13 décembre une date pour l'ouverture des négociations d'adhésion, quarante ans après les premières promesses faites aux Turcs.“⁸⁷⁷

In *Le Monde* unternahm Nicolas Bourcier unmittelbar nach dem Europäischen Rat von Brüssel eine grundsätzliche Analyse der anstehenden Erweiterung unter dem Titel: „Ce que l'élargissement va changer en France“⁸⁷⁸. Bourcier ging davon aus, dass die Erweiterung in Frankreich kein Katastrophenszenario auslösen werde, besonders, was den Arbeitsmarkt angehe, und dass die Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der neuen Mitglieder deutlich größer sein würden als in den alten EU-Ländern. Unter letzteren werde die Erweiterung hauptsächlich Auswirkungen auf Deutschland und Österreich als direkte Nachbarn der neuen EU-Staaten haben, so Bourciers Analyse. Das Risiko von Firmenverlagerungen hielt er für gering und den Kosten der Erweiterung, die Frankreich mit zu tragen habe, stellte er den Ausgleich durch zu erwartende enorme wirtschaftliche Vorteile gegenüber. Bezüglich möglicher Migrationsbewegungen von Osten nach Westen nach der Erweiterung der EU verwies Bourcier auf die wiederum besonders im Hinblick auf Deutschland und Österreich als direkte Nachbarn vereinbarten Übergangsregelungen, die den westeuropäischen Arbeitsmarkt vorübergehend schützen sollten. Befürchtungen für Frankreich seien also, Bourciers Analyse zufolge, auch in diesem Bereich nicht angebracht, zumal im Gegenteil Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa in einigen Sektoren des französischen Arbeitsmarktes sogar sinnvoll eingesetzt werden könnten. Die größten Auswirkungen werde die Erweiterung auf die französische Landwirtschaft haben, so Bourcier, da sich die finanziellen Mittel, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für Frankreich zur Verfügung stünden, verringern

⁸⁷⁶ Pierre Bocev: „Les Quinze prêts à financer les Vingt-Cinq“, *Le Figaro* 26./27.10.2002. Kursivsetzung im Original.

⁸⁷⁷ Ebd.

⁸⁷⁸ *Le Monde* 24.10.2002.

würden. In welchem Ausmaß hänge von der Art der Reform ab, die für die GAP beschlossen werde, so Bourcier. Einen dramatischen Einbruch für die französischen Landwirte befürchte er jedoch nicht. Bei den französischen Politikern vermisste Bourcier eine Auseinandersetzung mit den in seinem Artikel angesprochenen Fragen:

„Elargir, et après? Va-t-on voir arriver en France de nouvelles vagues d’immigration d’Europe de l’Est mettant à mal un marché du travail déjà fragile? Les entreprises françaises iront-elles délocaliser leur production sur les terres de ce nouvel éden à la main-d’œuvre bon marché? L’agriculture est-elle menacée? Autant de questions auxquelles les politiciens français n’ont jusqu’à présent répondu que par le silence.“

Nach dem Brüsseler Gipfel waren die Analysen in der Presse im Vergleich zur Vorberichterstattung insgesamt pragmatischer und weniger kritisch. Gegenüber den weiterhin offenen Fragen überwog die Betonung der Bedeutung einer Einigung unter wiedergefundener Führung Deutschlands und Frankreichs. Jacques Chiracs Strategie war nur zum Teil aufgegangen: Zwar hatte er im wesentlichen eine Beibehaltung des *Status quo* in der Agrarpolitik erreicht. Die anderen Punkte der Finanzdiskussion, wie die Strukturfonds und besonders die britische Rückerstattung wurden jedoch nicht im gleichen Maße in die Verhandlungen einbezogen wie die Agrarmittel. Möglicherweise waren Chiracs Forderungen diesbezüglich jedoch zum Teil Verhandlungsmasse, wie auch Pierre Bocev vermutete. Eine umfassende Analyse der positiven und negativen Aspekte der Erweiterung, für deren Realisierung nach den Brüsseler Beschlüssen der Weg endgültig frei war, fehlte von Seiten Jacques Chiracs weiterhin. Er beschränkte sich auch in Brüssel darauf, seine grundsätzliche Unterstützung für die Erweiterung zu betonen und gleichzeitig für Frankreich möglichst viele Vorteile und Privilegien, die es in der EU-15 genoss, auch für die erweiterte Union zu sichern. Einer Darstellung wie die von Bourcier in *Le Monde* kam angesichts dieser Haltung Chiracs für die öffentliche Meinungsbildung in Frankreich eine umso größere Rolle zu. Vor dem Hintergrund des in Umfragen immer wieder auftauchenden Informationsdefizits der Bürger in bezug auf die Erweiterung wäre eine umfassende Aufklärung von Politikerseite dringend notwendig gewesen, wie es Bourcier auch selbst formulierte.

4.3 Europäischer Rat von Kopenhagen

Beim Europäischen Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 konnten die Beitrittsverhandlungen mit acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit Zypern und Malta abgeschlossen werden. Damit erreichte die EU ihr 1993 ebenfalls in Kopenhagen festgelegtes Ziel, „das Vermächtnis von Konflikten und Spaltungen in Europa zu

überwinden“, wie es die dänische Ratspräsidentschaft formulierte.⁸⁷⁹ Sie erklärte weiterhin die Beschlüsse von Kopenhagen zu einem „beispiellose[n] historische[n] Ereignis“, das „die gemeinsame Entschlossenheit der Völker Europas [bezeuge], sich in einer Union zusammenzufinden, die zur treibenden Kraft für Frieden, Demokratie, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent geworden [sei].“ Zum 1. Mai 2004 sollten Estland, Lettland, Litauen, Malta Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern Mitglied der Europäischen Union werden. Der Beitrittsvertrag sollten die Staats- und Regierungschefs am 16. April 2003 in Athen unterzeichnen. Die Zukunftsaussichten für die erweiterte Union, die von der dänischen Ratspräsidentschaft formuliert wurden, waren optimistisch: „Die jetzige Erweiterung bildet die Grundlage für eine Union, die über gute Aussichten auf ein nachhaltiges Wachstum verfügt und bei der Konsolidierung von Stabilität, Frieden und Demokratie in Europa und darüber hinaus eine bedeutende Rolle spielen kann.“ Für Bulgarien und Rumänien wurde an der Zielsetzung eines Beitritts zum Jahr 2007 festgehalten. Die Heranführungshilfen wurden deutlich verstärkt und die Beitrittspartnerschaften überarbeitet, um die Bemühungen der beiden Länder optimal zu begleiten und zu unterstützen. An der nächsten Regierungskonferenz sollten beide Länder als Beobachter teilnehmen. Für die Türkei wurde, u.a. auf deutsche und französische Initiative, festgelegt, dass der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Basis einer Empfehlung der Kommission überprüfen solle, ob die Türkei in politischer Hinsicht die Kopenhagener Kriterien erfülle. Wenn dies der Fall sei, sollten Beitrittsverhandlungen eröffnet werden. Im institutionellen Bereich beschloss der Europäische Rat, dass einige der Regelungen von Nizza bereits zum 1. November 2004 in Kraft treten sollten, um die neuen Mitgliedsstaaten so schnell und so umfassend wie möglich zu integrieren. Beispielsweise gelte ab dem 1.11. eine neue Stimmengewichtung im Rat. Ebenfalls zu diesem Datum solle außerdem eine neue Kommission ihr Amt zu den Bedingungen des Nizza-Vertrages antreten. An der nächsten Regierungskonferenz sollten die neuen EU-Staaten bereits uneingeschränkt teilnehmen. Nach harten Verhandlungen insbesondere mit Polen gelang es in Kopenhagen, einen Kompromiss über die mit der Erweiterung verbundenen finanziellen Fragen zu finden. Bis 2013 sollten die Agrar-Direktzahlungen für die neuen Mitglieder 100% des EU-Niveaus erreichen. Bis dahin würden die Beihilfen schrittweise angehoben. Als Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Kandidaten beschlossen die Staats- und Regierungschefs, dass die Steigerungsquoten (bis 35% des EU-Niveaus im Jahr 2006) aus Mitteln für die

⁸⁷⁹ Vgl. für die folgenden Ausführungen Europäischer Rat Kopenhagen, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

Entwicklung des ländlichen Raumes aufgestockt werden könnten. Für die Strukturpolitik standen laut den Beschlüssen von Kopenhagen 21,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Weitere Mittel erhielten einzelne der Kandidatenländer für bestimmte Übergangsmaßnahmen sowie zum Haushaltsausgleich, damit sie nicht von Beginn ihrer Mitgliedschaft an zu Nettozahlern würden. Letzteres wäre für Malta, Slowenien, Tschechien und Zypern der Fall gewesen, da die neuen Mitglieder ab Mai 2004 ihre monatlichen Beiträge an die EU hätten leisten müssen, ihre Transferzahlungen (Direktzahlungen, Struktur- und Kohäsionsfonds etc.) aber erst im folgenden Haushaltsjahr überwiesen worden wären. Als Gesamtsumme für mit der Erweiterung verbundene Ausgaben wurden 40,85 Milliarden Euro festgelegt.⁸⁸⁰

Jacques Chirac zu den Beschlüssen von Kopenhagen

In seiner Pressekonferenz zum Kopenhagener Gipfel betonte Chirac die historische Bedeutung der Beschlüsse zur Erweiterung:

„C’est un moment un peu émouvant, en tous les cas pour ceux qui, à un titre ou à un autre, ont participé à l’histoire de ces dernières années, notamment depuis la chute du mur de Berlin. C’est un moment émouvant que de voir un nouveau pas important franchi dans la direction de l’union de l’Europe. Nous ne sommes pas, naturellement, au terme de notre processus mais nous avons franchi aujourd’hui une étape essentielle. Et on ne peut s’empêcher au fond de penser, ce soir, à toutes les victimes des guerres du XXème siècle, si nombreuses, des morts si absurdes, et on ne peut pas s’empêcher non plus de penser à toutes les victimes de l’antisémitisme, du racisme, de toutes ces catastrophes qui ont marqué notre continent en raison de ses divisions, de ses conflits d’intérêts, de la folie des hommes, de l’incapacité à se maîtriser. Et en voyant ce soir ces vingt-cinq nations [...] on ne pouvait pas s’empêcher d’avoir une vraie émotion, une vraie émotion.“⁸⁸¹

Chirac erklärte weiterhin die grundsätzliche Offenheit der EU für die Aufnahme weiterer Staaten. Neben Bulgarien, Rumänien und der Türkei könnten dies, seiner Einschätzung nach, grundsätzlich auch die Staaten des westlichen Balkans sein, auch wenn diese im Jahr 2002 noch weit von einer möglichen Qualifikation für die EU entfernt seien.⁸⁸² Was die Funktionsweise der erweiterten EU anging, ging Chirac davon aus, dass verstärkte Zusammenarbeit eine verbreitete Form der Fortführung der Integration werden würde. Chirac selbst stand dem sehr positiv gegenüber und hoffte, dass das Prinzip über den Konvent auch

⁸⁸⁰ Für eine genaue Aufstellung der Kosten und ihre Verteilung auf die Rubriken Landwirtschaft, Strukturpolitische Maßnahmen, Interne Politikbereiche und zusätzliche Ausgaben für die Übergangszeit, Verwaltungsausgaben sowie Rubrik X (besondere Cashflow-Fazilität und vorübergehender Haushaltsausgleich) vgl. Europäischer Rat Kopenhagen, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Anlage I: Haushalts- und Finanzfragen.

⁸⁸¹ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue du Conseil européen de Copenhague, 13.12.2002. Die folgenden Zitate in diesem Abschnitt beziehen sich ebenfalls auf diese Quelle.

⁸⁸² „Nous ne voulons fermer la porte à personne. Nous souhaitons que l’Union soit une Union européenne et nous pensons que toute l’Europe a vocation à y participer.“

Eingang in die Europäische Verfassung finden würde. Chirac sprach sich bei der Pressekonferenz deutlich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus, sobald diese die Kopenhagener Kriterien erfülle.

Pressebewertung

Der Abschluss der Beitrittsverhandlungen und die damit unmittelbar bevorstehende Aufnahme zehn neuer Staaten in die Europäische Union war rund um den Gipfel von Kopenhagen Anlass für eine umfangreiche Berichterstattung in der französischen Presse. *Le Monde* widmete sich der anstehenden EU-Erweiterung beispielsweise in einer Sonderausgabe ihrer Wirtschaftsbeilage.⁸⁸³ Die Journalisten aller drei untersuchten Zeitungen würdigten die historische und politische Dimension der Wiedervereinigung des Kontinents, wie beispielsweise Arnaud Leparmentier und Laurent Zecchini in *Le Monde*:

„En fêtant sa réunification à Copenhague, l'Europe a rendez-vous avec l'Histoire. Treize ans après la chute du mur de Berlin et la fin de la guerre froide, l'Union s'élargit aux pays restés pendant quarante ans de l'autre côté du ‚rideau de fer‘. [...] L'élargissement, vu du côté des Quinze, était un devoir historique: les Allemands répètent à l'envi que, sans Solidarité en Pologne et la ‚Révolution de velours‘ à Prague, ils n'auraient pu être réunifiés. Pour les Quinze, ce processus, qui s'effectue parallèlement à celui de l'Alliance atlantique, permet de stabiliser politiquement le continent européen, alors que la guerre de Yougoslavie a rappelé que la paix n'était pas acquise.“⁸⁸⁴

Die journalistischen Analysen verschwiegen jedoch nicht die mit der Vergrößerung der EU verbundenen Schwierigkeiten und Herausforderungen und benannten außerdem klar die noch offenen Fragen einer Union der 25.

⁸⁸³ *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002. Neben allgemeinen Einschätzungen des Erweiterungsprozesses beschäftigten sich Artikel des Dossiers beispielsweise mit den wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der neuen EU-Mitglieder aber auch zwischen dieser Gruppe und der EU-15, mit besonderen Aspekten der Entwicklung in einzelnen Ländern oder mit einzelnen Politikbereichen. Vgl. Alain Beuve-Méry: „Des postulants inégaux en quête de convergence“; Martin Plichta: „Le ‚petit miracle‘ économique slovaque“; Philippe Rusin: „Mutation à marches forcées pour le poids lourd polonais“; Jan Krauze: „Lepper, le faux symbole de la Pologne du refus“; Antoine Jacob: „La Finlande subit la concurrence balte mais en tire aussi des avantages“; Martin Plichta: „Les jeunes Tchèques veulent profiter pleinement de la liberté et du capitalisme“; Annie Kahn: „Une politique de recherche élargie avant l'heure“; alle in *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002. Im *Figaro* beschäftigen sich neben den im folgenden zitierten weitere Analysen zu Kopenhagen mit den letzten Etappen der Finanzverhandlungen, insbesondere mit Polen, sowie mit den Beschlüssen zur Türkei: Pierre Bocev: „Ultimes tractations pour satisfaire Varsovie“ und Philippe Gélie: „La Turquie sur les rails européens“, beide in *Le Figaro* 14./15.12.2002.

⁸⁸⁴ Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „Une nouvelle Europe unifiée est scellée à Copenhague“, *Le Monde* 13.12.2002. Kursivsetzung im Original. Zur historischen Dimension der Beschlüsse von Kopenhagen vgl. auch Daniel Vernet: „Les retrouvailles, après la fracture de Yalta et plus de quarante ans de ‚rideau de fer‘“, *Le Monde* 13.12.2002.

Offene Fragen und Herausforderungen einer EU der 25

Mit dem Verweis auf die erfolgreiche Integration von Spanien und Portugal Ende der 1980er Jahre und auf die im *Acquis communautaire* festgeschriebenen sozialen Rechte versuchte Marie-Béatrice Baudet in *Le Monde économie* u.a. in Frankreich virulenten Ängsten vor einer Absenkung der Sozialstandards in der EU durch die Osterweiterung zu begegnen. Die schwierige Lage der neuen EU-Länder in Mittel- und Osteuropa bei der Arbeitslosigkeit, den sozialen Schutzmechanismen oder den Arbeitsbedingungen beschönigte sie nicht. Den im Westen daraus abgeleiteten Befürchtungen stellte sie jedoch auch positive Aspekte der Situation in Mittel- und Osteuropa gegenüber, die von der EU besonders im Rahmen der Strukturförderung unterstützt werden sollten, um die zu erwartenden Schwierigkeiten der neuen EU-Länder möglichst gering zu halten:

„Les pays candidats ne manquent pas d’atouts, d’ailleurs: une croissance économique qui nécessitera tous les bras disponibles et devrait attirer pas mal d’investissements étrangers, une population active plutôt qualifiée, un système éducatif de bon niveau, etc. Pour que la machine ne se grippe pas, il faudra évidemment l’aider, et faire preuve de solidarité. Comme avec l’Espagne, le Portugal et la Grèce, principaux bénéficiaires des fonds structurels. Les dix pays qui intégreront l’Union en mai 2004 le seront également.“⁸⁸⁵

Ähnlich argumentierte Catherine Rollot in Bezug auf Befürchtungen hinsichtlich großer Migrationsbewegungen von Ost nach West. Wie beim EU-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands hielt sie die Ängste gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern für übertrieben:

„L’Union européenne (UE) aime à se faire peur. A la veille de l’élargissement aux pays d’Europe centrale et orientale (PECO), elle grelotte à l’idée d’une vague déferlante de migrations. Cette hantise n’est pas nouvelle. Lors des discussions autour de l’adhésion de l’Espagne, du Portugal ou de la Grèce, la crainte de voir les travailleurs de ces pays ‚envahir‘ les marchés des pays les plus industrialisés était grande. Cet afflux de main-d’œuvre ne s’est jamais produit. [...] Un chiffre: la proportion des immigrants en provenance des PECO représente 0,2% de la main d’œuvre de l’Union. Le pourcentage reste donc modeste, voire négligeable, avec des disparités fortes selon les pays. Environ 80% des immigrés des PECO résident en Autriche et en Allemagne. En France, la proportion d’étrangers venant des PECO est dérisoire et en diminution. De 58378 lors du recensement en 1990, elle plafonnait, neuf ans plus tard, à 53847 personnes. [...] Le scénario-catastrophe n’a pas eu lieu et apparaît [non plus] crédible pour le futur [...]. Les différentes estimations des flux annuels Est-Ouest à dater de 2004 semblent elles aussi s’accorder sur l’impact modéré de l’élargissement.“

Auch wenn Rollot einräumte, dass es Faktoren im Umfeld der Osterweiterung gebe, die das von ihr gezeichnete Bild verändern könnten (illegale Einwanderung, mögliche

⁸⁸⁵ Marie-Béatrice Baudet: „Le tableau social pourrait perdre petit à petit de sa grisaille“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

Minderheitenkonflikte in Mittel- und Osteuropa mit entsprechenden Flüchtlingsbewegungen), hielt sie insgesamt eine vorsichtig optimistische Sichtweise für angebrachter als Panik verursachende Spekulationen.⁸⁸⁶

Beide zitierten Artikel aus dem *Monde économie*-Dossier beschäftigten sich mit Themen, die sich im Analyserahmen der vorliegenden Arbeit der Kategorie *Europe protection* zuordnen lassen. Sowohl bei der Angst vor einer Absenkung von Sozialstandards als auch bei den Befürchtungen, es könne zu massiven Migrationsbewegungen von Ost nach West kommen, ging es um eine Schutzfunktion des Staates, die möglicherweise durch die Auswirkungen der Osterweiterung gefährdet sein könnte. In ihrer positiven Anwendung beinhaltet die Kategorie *Europe protection* die Übertragung von Teilen der nationalstaatlichen Aufgaben auf die europäische Ebene. In einer negativen Verwendung wurden mit der Kategorie verbundene Inhalte von Jacques Chirac auf die Erweiterung bezogen, um deutlich zu machen, was diese nicht zur Folge haben dürfe. Die beiden Analysen in *Le Monde économie* griffen diese negative Verwendung der Kategorie auf, entkräfteten jedoch die damit verbundenen Argumente: Den nicht nur in Frankreich vorhandenen Ängsten vor Sozialdumping stellte Baudet mit der Verpflichtung zu europäischer Solidarität ein positives Konzept gegenüber, das im französischen politischen Denken Tradition hat. Außerdem verwies sie neben den Risiken, die sich aus der wirtschaftlich schwierigen Situation der Kandidatenländer ergeben könnten, genauso deutlich auf die Chancen, die darin für die Ökonomien der alten EU-Länder zu finden seien. Rollot stützte sich in ihrer Darstellung auf nüchterne Zahlen, die belegten, dass die Ängste vor massiven Migrationsbewegungen keine Grundlage hatten. Beide Ansätze waren überzeugender als die Vorgehensweise des Staatspräsidenten. Chirac beschränkte sich zumeist darauf, die vermeintlichen Bedrohungen durch die Erweiterung zu nennen und zu betonen, dass ihr Eintreten vermieden werden müsse, ohne jedoch konkrete Wege und Mittel zu nennen, um dies zu erreichen.

Finanzielle Fragen

Nicolas-Jean Brehon beschäftigte sich mit den finanziellen Fragen der Erweiterung.⁸⁸⁷ Eine Betrachtung der Verhandlungen und Entscheidungen zu diesem Thema bis 2002 führte ihn zu dem Schluss, dass die wirklichen Kosten der Erweiterung noch nicht abzusehen seien, aber tendenziell steigen würden:

⁸⁸⁶ Catherine Rollot: „La déferlante migratoire n’aura pas lieu“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

⁸⁸⁷ Nicolas-Jean Brehon: „L’élargissement est plus que jamais une affaire de gros sous“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

„[...] personne ne se risque à évaluer les dépenses après 2006. Le Conseil européen s'est seulement engagé à maintenir le plafond des dépenses agricoles (hors développement rural) à vingt-cinq à ce qu'il aurait dû être en 2006 à quinze. Mais il y a trop d'incertitudes sur les dépenses réellement consommées par les adhérents, l'effet des dépenses européennes sur la croissance économique des nouveaux entrants, et les futures perspectives financières. Une chose est sûre, c'est que la dépense sera fortement croissante. A politiques constantes et sur la base des prévisions faites en 1999, on peut estimer le coût budgétaire brut de l'élargissement en 2008 à 25 milliards d'euros par an (en crédits d'engagement), soit, pour la France, une charge annuelle de 2,7 milliards d'euros.“

Mit der schwierigsten Finanzfrage im Zusammenhang mit der Erweiterung, der Agrarpolitik, beschäftigte sich Arnaud Leparmentier.⁸⁸⁸ Er machte deutlich, dass es keine zwei Geschwindigkeiten in der Gemeinsamen Agrarpolitik zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten geben werde. Alle würden von den finanziellen Mitteln profitieren, wenn auch in den ersten Jahren nach der Erweiterung noch auf unterschiedlichen Niveaus. Auf mittlere Sicht werde sich das Niveau der Unterstützung für die Landwirte absenken, so Leparmentiers Analyse des deutsch-französischen Kompromisses und der daran angelehnten Beschlüsse des Brüsseler Gipfels vom Oktober:

„[...] si, en 2013, il n'y aura qu'une seule PAC, l'Union va sans doute devoir baisser le niveau des aides directes aux agriculteurs dans toute l'Union. C'est une des conséquences de l'accord intervenu fin octobre, juste avant le sommet de Bruxelles, entre le président français Jacques Chirac et le chancelier allemand Gerhard Schröder. Entériné par les Quinze, il prévoit de stabiliser jusqu'en 2013 les aides agricoles traditionnelles, qui croîtront alors de 1% par an. Ce taux d'indexation, inférieur à l'inflation, signifie, en termes réels, une baisse de la dépense agricole. Et dans cette enveloppe, il va falloir trouver des marges des manœuvre pour financer la montée en puissance des aides agricoles aux dix nouveaux Etats membres et les réformes de la politique du sucre et du lait, qui devraient être annoncées début 2003. Puisque ces politiques sont fondées sur les quotas, c'est donc le consommateur qui paie l'addition via des prix artificiellement élevés.“

Bei der Finanzierung der Erweiterung und speziell der Gemeinsamen Agrarpolitik ging es um zentrale Interessen Frankreichs in Europa. Auch hier fand sich der Gegensatz zwischen dem Diskurs des Staatspräsidenten und der Herangehensweise der Journalisten: Jacques Chirac beschränkte sich darauf, die Wahrung französischer Interessen auch in einer erweiterten Union einzufordern, ohne die Umsetzbarkeit dieser Forderung zu berücksichtigen und ohne die gleichermaßen legitimen Interessen der anderen EU-Staaten mit einzubeziehen. Die Analysen von Brehon und Leparmentier berücksichtigten dagegen diese Faktoren und lieferten darüber hinaus Zahlen und Fakten, die es ihren Lesern erlaubten, sich auf dieser Basis selbst ein Bild von der Situation zu machen.

⁸⁸⁸ Arnaud Leparmentier: „La PAC, le dossier qui fâche déjà“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

Zunehmende Heterogenität

Laurent Zecchini widmete sich in seiner Analyse den Problemen, die sich aus der Heterogenität der erweiterten Union ergeben könnten.⁸⁸⁹ Seiner Ansicht nach werde es kaum noch möglich sein, in einer vergrößerten Gemeinschaft die „Alchemie“ herzustellen, die in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens die Union getragen und vorgebracht habe. Zu disparat und heterogen seien die Interessen, die von den alten und neuen Mitgliedern mit der EU verbunden würden, wie sich, so Zecchinis Analyse, bereits während der Beitrittsverhandlungen gezeigt habe:

„La longue phase des négociations d’adhésion a montré, d’autre part, que les Etats membres et les pays candidats n’ont pas les mêmes priorités dans leur approche de l’élargissement. Pour les premiers, la vocation de cet exercice est de renforcer l’unité du continent européen en créant une zone de stabilité et de prospérité qui bénéficiera à tous. A Copenhague, nul doute que cette nouvelle ère, conséquence de la fin de la guerre froide, sera saluée avec lyrisme. Les pays candidats, qui ont dû consentir de lourds sacrifices, en termes de coûts sociaux, pour mettre leurs économies en état d’affronter la concurrence du marché unique, entendent recueillir les dividendes de leur adhésion. Ce n’est pas leur faire injure que de constater que, si l’approche de certains d’entre eux est d’abord un réflexe d’indépendance et de sécurité, tous ont une vision assez mercantile de l’UE. Celle-ci est compréhensible de la part de pays qui ont vécu les frustrations et les carences d’économies socialistes planifiées. C’est aussi pour cette raison que, sortant d’un carcan, ils ne souhaitent pas se précipiter dans un modèle d’intégration trop rigide.“

Auch bei den Diskussionen über die finanzielle Ausstattung der EU im Zusammenhang mit der Erweiterung seien die unterschiedlichen Herangehensweisen der alten und neuen Mitglieder an das Projekt EU deutlich geworden, so Zecchini:

„Leur vision de l’Europe [celle des PECO], à l’anglo-saxonne, est d’abord celle d’un vaste zone de libre-échange. L’adhésion, pour eux, est le plus sûr moyen d’accéder à un développement et à un mieux-être trop longtemps interdits. Rien d’étonnant donc si, jusqu’à la veille du rendez-vous de Copenhague, leurs représentants ont tenté d’arracher d’ultimes concessions financières aux Quinze. En quelques semaines, c’est toute la philosophie de l’élargissement, avec ses contradictions, qui s’est exprimée dans les tractations de Bruxelles: d’un côté, des pays candidats qui exigeaient de bénéficier des mêmes avantages que les membres du ‚club‘ et qui, non sans raison, dénonçaient le statut de ‚citoyens européens de seconde zone‘ qui leur est réservée; de l’autre, les Quinze, prolixes à se féliciter de la générosité de leur démarche, mais les mains serrées sur leur portefeuille, et le regard fixé sur la courbe de leur déficit budgétaire. Au nom de la vertueuse orthodoxie imposée par le non-dépassement du plafond des perspectives financières du budget européen jusqu’à 2006, fixé lors du sommet de Berlin de mars 1999, les seconds sont restés sourds aux demandes des premiers. Ils leur ont expliqué que l’état de leurs économies, l’absence d’infrastructures

⁸⁸⁹ Laurent Zecchini: „Une difficile alchimie communautaire à 25 Etats“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

administratives et financières limitent leur capacité d'absorption' des aides communautaires, en particulier agricoles. De part et d'autre, la tension est montée."⁸⁹⁰

Die beiden vorstehenden Artikel, die sich mit der zunehmenden Heterogenität einer Union der 25 beschäftigten, machten, ohne es explizit zu formulieren, deutlich, dass Chiracs Vision von einer erweiterten Union, in der die gleichen Regeln und Mechanismen gelten und die gleichen Prioritäten bestehen würden wie in der kleineren Gemeinschaft, nicht der Wirklichkeit entsprach. Statt dessen müsse es darum gehen, neue Wege der Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen alten und neuen EU-Staaten zu finden. Dieses Thema fand bei Chirac in den bisher untersuchten Stellungnahmen keine Berücksichtigung. Dieser wichtige Punkt für die künftige Rolle Frankreichs in der erweiterten Union wurde den Franzosen also ebenfalls durch die Presse, nicht aber durch den Staatspräsidenten vermittelt.

Über die Erweiterung von 2004 hinaus

Henri de Bresson dachte in seinem Beitrag zum Dossier in *Le Monde économie* über die 2004 anstehende Erweiterung hinaus und stellte die Frage nach den Grenzen der Union.⁸⁹¹ Nach fast 50 Jahren erfolgreicher Entwicklung von einer 6er-Gemeinschaft bis zur anstehenden Osterweiterung und der Ausdehnung bis an die Grenze des ehemaligen sowjetischen Einflussbereiches wüchsen der EU neue Verantwortlichkeiten und Aufgaben für den europäischen Kontinent zu, auf dem in Regionen wie dem Balkan alte Konflikte wieder aufbrächen. Das Europäische Union sei hier in der Pflicht, so de Bresson:

„La crise des Balkans, où l'Union a trop tard reconnu sa responsabilité dans les drames qui se tramaient à ses frontières, a obligé à reconnaître l'urgence de prendre en compte l'existence d'une sorte de périmètre de sécurité européen. Les pays auxquels on avait promis d'entrer dans l'Union s'ils en respectaient les lois, et notamment l'idéal démocratique et de solidarité, ne pouvaient pas attendre sans risques.“

Mit der Anerkennung eines Kandidatenstatus' der Türkei und des legitimen Anspruchs auf EU-Mitgliedschaft auch der Westbalkanstaaten sei die EU jedoch, so de Bresson,

⁸⁹⁰ Eine ähnlich schwierige Situation sah Zecchini bei den Diskussionen über die institutionelle Zukunft im Rahmen der Regierungskonferenz nach den Beratungen des Konvents auf die EU zukommen. Die bis auf Polen und potentiell Rumänien kleinen neuen Mitgliedsstaaten befürchteten durch von großen Staaten eingebrachte Reformvorschläge wie die Schaffung eines EU-Präsidenten die Entstehung eines Systems, in dem im wesentlichen die großen EU-Länder Entscheidungen treffen könnten.

⁸⁹¹ Henri de Bresson: „Jusqu'où repousser les frontières de l'Europe?“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002. Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Perspektive über die aktuelle Vergrößerung der EU hinaus fanden Rumänien und Bulgarien sowie die Türkei, drei Länder mit Kandidatenstatus, die an der Erweiterungsrunde von 2004 nicht teilnehmen, im *Monde*-Dossier ebenfalls Berücksichtigung. Vgl. z.B. Mirel Bran: „La famille Petrace, nouveaux entrepreneurs roumains“ oder Nicole Pope: „La société civile turque frappe à la porte bruxelloise“.

vorangeschritten, ohne eine umfassende Strategie für ihre zukünftige geographische Gestalt und ihre Grenzen definiert zu haben. Besonders für Frankreich habe diese Vorgehensweise negative Auswirkungen und rufe daher Zweifel hervor, so de Bresson:

„Cette démarche, un peu à tâtons, s’est accompagnée en permanence d’une double interrogation. Ne prenait-on pas le risque de remettre en cause l’Union elle-même si l’on élargissait trop vite avant d’approfondir? La seconde étant de savoir si cet élargissement allait géographiquement dans la bonne direction. La France, qui perd la place centrale privilégiée qu’elle occupait dans la vieille Union, a des doutes. On y a parfois soupçonné l’Allemagne de vouloir accélérer les choses pour se reconstituer une zone d’influence, et certains ont posé la question de savoir s’il ne fallait pas arrimer davantage cette future Europe au bassin méditerranéen et au Maghreb.“

Auch Jean de Belot sah die EU an einem entscheidenden Punkt ihrer Entwicklung, u.a. aufgrund der großen Diskrepanz zwischen der seiner Ansicht nach zu großen Geschwindigkeit, mit der die EU ihre Erweiterung vorangetrieben habe – im Gegensatz zu den zögerlichen Vertiefungsanstrengungen. Darüber hinaus fehlte de Belot aber auch eine inhaltliche Begründung der neuen Union, eine Vision, die den anstehenden Herausforderungen angemessen wäre. Solange diese nicht vorhanden sei, so de Belot, könne die EU keinen neuen Schwung nehmen. Möglicherweise könne Kopenhagen jedoch diese Erkenntnis vorantreiben, so die Hoffnung des Leitartikels in *Le Figaro*:

„A aller trop vite, à préférer l’élargissement à l’approfondissement, la logique du nombre à celle du contenu, l’Union européenne se perd. Plus large, plus grande, mais toujours plus désunie. Bousculée par le rythme qu’elle s’impose elle-même. [...] Ce grand désordre n’est une surprise que pour les europhiles béats et les eurocrates dogmatiques. L’Europe va mal depuis déjà bien longtemps. [...] On a, certes, voulu cacher le malaise. Comme si l’évoquer revenait à être contre l’Europe. De la même façon que certains rabâchent à Paris le sésame du ‚plus d’Europe‘ pour masquer l’absence de projet national, l’Union s’est ruée sur la logique de ‚toujours plus d’Européens‘ pour noyer la panne du concept politique communautaire. C’est, à rebours, l’intérêt possible de Copenhague. Démontrer que la logique actuelle est essoufflée. Que l’Union ne peut continuer ainsi. D’en prendre conscience avant qu’il ne soit trop tard. D’imposer, donc, les vraies questions. Celles de l’idée, de l’ambition, du projet. [...] L’Europe, plus que jamais, doit dire ce qu’elle veut être.“⁸⁹²

Auch Luc de Barochez beschäftigte sich in seiner Berichterstattung zu Kopenhagen mit der Selbstdefinition einer erweiterten Gemeinschaft und besonders mit der damit zusammenhängenden Frage nach den Grenzen der EU. In dem Moment, wo Churchills Traum eines vereinten Europa aus dem Jahr 1946 Wirklichkeit werde, so de Barochez, müsse die EU gleichzeitig ihre Grenzlinien nach Osten und nach Süden definieren. Mögliche

⁸⁹² Jean de Belot: „Les vertus de Copenhague“, *Le Figaro* 12.12.2002.

Schwierigkeiten sah er in der Umsetzung des Bestrebens, keine neuen Trennlinien in Europa entstehen zu lassen:

„Le nombre d’Etats membres va continuer à se multiplier. Pour la première fois, le Conseil européen a offert hier à la Bulgarie et à la Roumanie une adhésion avant cinq ans. [...] On sera alors 27. A la Turquie, les Quinze ont laissé espérer une ouverture des négociations d’adhésion dès le début de 2005, si Ankara poursuit d’ici là ses réformes démocratiques. On sera alors 28. Enfin, les Quinze ont ‚réaffirmé la perspective européenne’ des pays des Balkans occidentaux (Serbie et Monténégro, Croatie, Bosnie, Macédoine et Albanie), sans leur donner de date. Cela fait 34 pays. En dessinant sa nouvelle frontière avec l’Est, l’Union fixe une limite. Mais elle veut aussi éviter un nouveau ‚rideau de fer’ qui la séparerait des exclus: Ukraine, Biélorussie, Moldavie et Russie. [...] Elle essaye de vendre à ses nouveaux voisins l’idée que l’adhésion à l’Union n’est pas la seule possibilité d’atteindre la prospérité. ‚L’élargissement resserrera les relations avec la Russie’ ainsi qu’avec les autres pays d’Europe de l’Est et du sud de la Méditerranée, ont dit les Quinze. Il faudra plus que des paroles pour les convaincre.“⁸⁹³

Die in diesem Abschnitt zitierten Artikel sprachen ein Problem an, das für die gesamte EU galt, auf das aber auch der französische Präsident keine Antwort hatte: Welches Selbstverständnis sollte der erweiterten EU zugrunde liegen, worauf sollte sie ihre Identität stützen? Das von Jacques Chirac so häufig verwendete Friedens- und Versöhnungsmotiv reichte als Begründung nicht mehr aus. Eine neue ideelle Basis für die EU erforderte u.a. eine Verständigung über die Grenzen der Union, aber auch über ihre Aufgaben und Kompetenzen. Der Europäische Konvent widmete sich in seiner Arbeit einigen dieser Fragen und sollte seine Antworten in der Europäischen Verfassung zusammenführen. Nach der Erweiterung stand somit bereits die nächste große Veränderung in Europa im Fokus. Henri de Bresson betonte vor diesem Hintergrund die dringende Notwendigkeit für die französische politische Führung, die Erweiterung mit ihren umfangreichen Folgen und ihrer historischen Dimension den Franzosen in ihrer gesamten Bedeutung überzeugend zu vermitteln. Wenn die Vermittlungsarbeit weiter unterbleibe oder nicht ausreichend stattfinde, bestehe die Gefahr, so de Bresson, dass die Franzosen beim geplanten Referendum über die Europäische Verfassung auch über die Erweiterung abstimmen könnten:

„[...] les autorités françaises ont conscience qu’elles se doivent de bien faire comprendre à l’opinion publique la portée du pas que l’Europe s’appête à franchir. Bien que décidé dès 1993, puis confirmé par plusieurs sommets européens, l’élargissement de l’Union aux anciens pays communistes d’Europe de l’Est reste pour beaucoup d’Européens et de Français, comme en témoignent les sondages, un thème souvent abstrait et porteur d’inquiétudes. En 2004, lorsque cet élargissement entrera dans les faits, les Français seront appelés à se prononcer par référendum sur la Constitution de cette nouvelle Europe, qui est en cours d’élaboration dans le cadre de la Convention présidée par Valéry Giscard d’Estaing. Le président Chirac et le

⁸⁹³ Luc de Barochez: „L’Europe dessine son nouveau visage“, *Le Figaro* 14./15.12.2002.

gouvernement [...] devront répondre à ceux qui les accusent de les avoir mis devant un fait accompli et de mettre en danger les intérêts nationaux.⁸⁹⁴

Zwischenbewertung

Eine Anwendung der für die vorliegende Arbeit verwendeten Analysekategorien auf die von den Journalisten genannten offenen Punkte bestätigt den Tenor der Presseanalysen, dass für die französische Europakonzeption konstitutive Fragen auch nach dem Abschluss der Erweiterungsverhandlungen offen blieben. In den Augen der Journalisten war nicht klar, wie sich wesentliche, besonders mit den Kategorien Interesse (besonders bei der Gemeinsamen Agrarpolitik), *Europe protection* und *Europe puissance* verbundene französische Zielsetzungen in einer erweiterten Union umsetzen lassen würden. Serge Martis Darstellung der Herausforderungen, denen sich die erweiterte EU gegenüber sah, fasste diese Feststellung wie folgt zusammen:

„Pour l’heure, il s’agit de répondre aux nombreuses questions que soulève le saut périlleux effectué par l’Europe à 25, puis à 27. Combien va réellement coûter l’élargissement? Faut-il anticiper une vague d’immigrants venus des pays les plus pauvres? Les entreprises vont-elles se délocaliser? La politique agricole commune (PAC) est-elle condamnée? Les interrogations ne sont pas de pure forme. Y compris sur la vision de l’Europe, à l’anglo-saxonne, que se font ces nouveaux venus. Treize ans après la chute du mur de Berlin, les difficultés de l’Allemagne, et, par ricochet, des autres pays européens, rappellent également que, une fois calmée l’euphorie de la fratrie retrouvée, la réunification ne va pas sans passifs et rancœurs. [...] A l’approche de Copenhague, deux questions demeurent. Jusqu’où l’Europe peut-elle croître et repousser ses frontières sans diluer l’Union? Comment éviter [...] que le véritable vainqueur de l’élargissement soit... Washington?“⁸⁹⁵

Nicht nur die Journalisten stellten sich diese Fragen, sondern auch viele Franzosen suchten nach Antworten darauf. Solange es an klaren Informationen fehlte, blieben die Franzosen gegenüber der Erweiterung mehrheitlich skeptisch. Zur Verbesserung der französischen öffentlichen Meinung zur Erweiterung wäre umfassende Kommunikations- und Aufklärungsarbeit erforderlich gewesen, die Vor- und Nachteile der Erweiterung klar benannt und sich nicht wie Chirac darauf beschränkt hätte zu versichern, es werde alles so bleiben wie gehabt. Umfragedaten zur Erweiterung im zeitlichen Umfeld des Kopenhagener Gipfels bestätigten die Notwendigkeit einer veränderten Vermittlung.

⁸⁹⁴ Henri de Bresson: „Paris juge ‚raisonnable‘ l’offre danoise pour le financement de l’élargissement“, *Le Monde* 13.12.2002.

⁸⁹⁵ Serge Marti: „L’Europe de 15 à 25, pour le meilleur et pour le pire“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002.

5. Umfragedaten zur Erweiterung im zeitlichen Umfeld des Kopenhagener Gipfels

Während die EU beim Gipfel von Kopenhagen den entscheidenden Schritt hin zu ihrer Vergrößerung um zehn neue Mitglieder vollzog und damit vor der größten Veränderung ihrer Geschichte stand, blieb die öffentliche Meinung in Frankreich von diesem Ereignis scheinbar weitgehend unbeeindruckt und weiterhin konstant negativ.

Eurobarometer 58

Wie das Eurobarometer 58⁸⁹⁶, dessen Daten im Herbst 2002 erhoben wurden, ermittelte, war Frankreich in der EU weiterhin das Land mit der ablehnendsten Haltung zur Erweiterung und der einzige EU-Staat, in dem es mehr Gegner (49%) als Befürworter (41%) der Erweiterung gab. In den meisten anderen Ländern war die Zustimmung zur Erweiterung zwischen Frühjahr und Herbst 2002 gewachsen, auch wenn die Erweiterung EU-weit immer noch von nur 31% als Priorität angesehen wurde.⁸⁹⁷ In Frankreich fanden sich mit 20% die wenigsten Befürworter einer vorrangigen Behandlung der Erweiterung. Für 74%, auch hier stellte Frankreich den höchsten Wert, sollte die Erweiterung nicht vorrangig behandelt werden. Frankreich war im Herbst 2002 außerdem das einzige Land, in dem mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung waren, die EU solle gar keine neuen Länder mehr aufnehmen. 55% der Franzosen waren dagegen der Ansicht, alle oder zumindest einige beitrittswillige Länder sollten aufgenommen werden. Die Zustimmung zu einer begrenzten Erweiterung hatte im Vergleich zum Frühjahr immerhin um 5 Prozentpunkte zugenommen.⁸⁹⁸ Die Franzosen waren, wie die große Mehrheit der EU-Bürger, der Auffassung, dass vor allem große Unternehmen (66%) und junge Menschen (42%) von der Erweiterung profitieren würden. Für Landwirte und Fischer befürchteten dagegen viele Franzosen Nachteile. Auch hier befanden sie sich im Einklang mit einer großen Mehrheit der Befragten in den anderen EU-Ländern.

Im Herbst 2002 stellte das Eurobarometer zum ersten Mal eine Frage zum Gefühl der Beteiligung der Bürger an den Diskussionen zur Erweiterung der EU: „Was meinen Sie, in welchem Maße beteiligen Sie sich persönlich an der politischen Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union: in großem Maße, etwas, nicht sehr viel oder überhaupt nicht?“ Die Zahlen für Frankreich lagen in etwa im EU-Durchschnitt: 73% der Franzosen

⁸⁹⁶ Eurobarometer 58, Ausgabe März 2003, Umfragen Oktober – November 2002, Europäische Kommission.

⁸⁹⁷ Das Eurobarometer verzeichnete für die gesamte EU eine gestiegene Zustimmung zur Erweiterung und insgesamt die höchste Zustimmungsrates, seit die Frage zur Erweiterung im Herbst 2000 zum ersten Mal gestellt wurde. 52% der Befragten sprachen sich EU-weit dafür aus, 30% dagegen und 18% hatten keine Meinung.

⁸⁹⁸ Auf Kosten der Antwortalternativen „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“.

(EU-15 74%) gaben an, nicht sehr viel oder überhaupt nicht an den Debatten teilzunehmen. Etwa ein Viertel, 24% (EU-15 21%), antworteten, sie würden sich in großem Maße oder etwas beteiligen. Das vorherrschende Gefühl mangelnder Information über die Erweiterung war eine mögliche Erklärung für die fehlende Diskussionsoffenheit. Die große Mehrheit der Franzosen (79%) sah sich nicht sehr gut oder überhaupt nicht über die Erweiterung informiert. Nur 20% erachteten ihren Informationsstand als sehr gut oder gut. Andererseits antworteten 72% der Franzosen auf die Frage, ob sie in letzter Zeit etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört hätten mit Ja, ein Anstieg um 16% im Vergleich zum Herbst 2001. 28% antworteten mit Nein.

Flash-Eurobarometer

Im November 2002 fragte eine Flash Eurobarometer-Umfrage (132/2) ausführlicher als das reguläre Eurobarometer nach Wahrnehmung und Meinungen zur Erweiterung („mesurer l'évolution de la perception de [l']élargissement au fur et à mesure que l'on se rapproche de l'entrée effective des nouveaux Etats membres au sein de l'Union“).⁸⁹⁹ Die in der Analyse der regulären Umfragen herausgearbeiteten Ergebnisse wurden durch die Flash-Umfrage bestätigt.

Schlechter Informationsstand zur Erweiterung

In der Flash-Umfrage gaben in Frankreich 88% der Befragten an, bereits von der Erweiterung der Union gehört zu haben.⁹⁰⁰ Wie in anderen EU-Ländern auch, war die Bekanntheit der geplanten Erweiterung im Vergleich zu früheren Umfragen gestiegen. Dennoch waren weiterhin 31% der befragten Franzosen nicht in der Lage, ein einziges Kandidatenland zu nennen. 23% konnten ein Land identifizieren, 16% zwei und immerhin 31% drei. Die Zahl der Franzosen, die kein einziges Land korrekt benennen konnten, war im Vergleich zum September 2002 allerdings immerhin um deutliche 16 Prozentpunkte zurückgegangen. Mit Abstand die meisten Franzosen nannten die Türkei (49%) und Polen (32%) als Kandidaten. Alle anderen der 13 Staaten waren deutlich weniger bekannt und wurden, bis auf Rumänien (12%), von weniger als 10% der Franzosen als Beitrittskandidaten genannt. Der hohe

⁸⁹⁹ Flash Eurobaromètre 132/2: „Elargissement de l'Union européenne“, réalisé par Eos Gallup Europe à la demande de la Commission européenne, Direction générale ‚Elargissement‘, Sondage: 11/11/2002 au 20/11/2002, Rapport analytique: 6/12/2002.

⁹⁰⁰ „Avant cet entretien, aviez-vous déjà entendu parler de l'élargissement de l'Union européenne?“

Bekanntheitsgrad der Kandidaturen Polens und der Türkei in Frankreich entsprach einem allgemeinen Trend in der EU-15.⁹⁰¹

Ebenso wie bezüglich der Kandidatenländer bestand auch noch eine große Unsicherheit hinsichtlich des geplanten Beitrittstermins. Nur 30% der Franzosen antworteten auf diese Frage mit der korrekten Jahreszahl 2004. Dieser Kenntnisstand entsprach dem EU-Durchschnitt (31%).⁹⁰² Das Flash Eurobarometer zog eine Verbindung zwischen dem Wissen über die Erweiterung und der positiven oder negativen Haltung ihr gegenüber: „Toujours est-il que plus on a entendu parler de cette problématique, plus on est favorable à l'élargissement. [...] Ce résultat paraît confirmer la thèse selon laquelle la méconnaissance suscite une certaine méfiance.“ (S. 27) U. a. mit dem geringen Kenntnisstand der Franzosen über die Erweiterung ließen sich daher möglicherweise die deutlichen 27% ablehnende Meinungen zur Erweiterung erklären, einer der höchsten Werte in der EU.⁹⁰³ Zwar erklärten insgesamt 66% der Franzosen, der Erweiterung positiv gegenüberzustehen. Im Vergleich zu einer Umfrage aus dem September 2002 hatte die Zahl der Befürworter jedoch um sieben Prozentpunkte abgenommen. Außerdem waren von den 66% nur 12% sehr für die Erweiterung („tout à fait favorable“). Angesichts dieses schwachen Wertes folgerten die Eurobarometer-Analysten: „On ne peut donc parler [en France] d'adhésion forte et massive mais plutôt d'adhésion ‚molle‘ à l'élargissement.“ (S. 29)

Fortgang und Bedeutung des Erweiterungsprozesses

Bei der Umsetzung der Erweiterung waren die Franzosen mehrheitlich für eine schrittweise Aufnahme der Kandidatenländer.⁹⁰⁴ 36% antworteten, die 13 Kandidaten sollten in die EU aufgenommen werden, allerdings nicht alle gleichzeitig. 41% der Befragten wollten nur einige der Bewerberländer aufnehmen, 12% keines von ihnen. Der letzte Wert war EU-weit

⁹⁰¹ „Pourriez-vous me citer trois pays candidats à l'adhésion à l'Union européenne?“ Die Antworten gaben die Anzahl der korrekt genannten Länder wieder. Die Werte für die einzelnen Länder lauteten in Frankreich: Bulgarien (6%), Tschechische Republik (9%), Zypern (2%), Estland (6%), Ungarn (8%), Lettland (6%), Litauen (7%), Malta (2%), Polen (32%), Rumänien (12%), Slowakei (3%), Slowenien (6%), Türkei (49%), andere (24%), weiß nicht (24%).

⁹⁰² „A votre avis, quand les premiers pays deviendront-ils membres de l'Union européenne: En 2003 – En 2004 – En 2005 – En 2006 – Après 2006 ...?“ 9% der Franzosen glaubten, die Erweiterung werde 2003 stattfinden, 21% waren für 2005, 10% für 2006, 22% für nach 2006 und 8% hatten keine Meinung.

⁹⁰³ „Vous personnellement, êtes-vous tout à fait favorable / plutôt favorable / plutôt opposé / tout à fait opposé à l'élargissement de l'Union européenne?“ Weitere Antwortmöglichkeiten: „Cela dépend du / des pays; Ne sais pas“

⁹⁰⁴ „Concernant les treize pays candidats, avec laquelle des propositions suivantes êtes-vous le plus d'accord: Ces treize pays devraient devenir membres de l'UE le plus vite possible / Ces treize pays devraient devenir membres de l'UE, mais pas tous à la fois / Seulement certains de ces pays devraient devenir membres de l'UE / Aucun de ces pays ne devrait devenir membre de l'UE / Ne sais pas“. 4% der Franzosen hatten keine Meinung zu dieser Frage.

am höchsten. Nur 7% waren dafür, alle 13 Kandidatenländer so schnell wie möglich in die EU zu integrieren. Der französische Wunsch nach einer progressiven oder selektiven Erweiterung entsprach den Präferenzen der EU-Bürger insgesamt (39% bzw. 36% Zustimmung EU-weit). Die Zahl der eine Erweiterung Ablehnenden war jedoch in Frankreich erneut deutlich höher als im Rest der EU (8%). Die Franzosen schienen sich der Bedeutung der Erweiterung durchaus bewusst zu sein.⁹⁰⁵ 66% gaben an zu glauben, dass die Erweiterung für ihr Land von Bedeutung sein würde (15% sehr wichtig, 51% eher wichtig). 32% waren nicht dieser Ansicht (17% eher nicht wichtig, 14% überhaupt nicht wichtig). Für sie persönlich sahen die EU-Bürger deutlich weniger Auswirkungen der Erweiterung. In Frankreich dachten 55% der Befragten, dass die Erweiterung für sie persönlich wichtig sei (15% sehr wichtig, 41% eher wichtig). 42% waren nicht dieser Ansicht (21% eher nicht wichtig, 21% überhaupt nicht wichtig).⁹⁰⁶

Politische Konsequenzen der Erweiterung

Zu den politischen Konsequenzen der Erweiterung für die EU äußerten die Franzosen folgende Einschätzungen:⁹⁰⁷ 62% dachten, dass die Erweiterung eine friedens – und stabilitätssichernde Funktion für den Kontinent haben werde. 65% waren außerdem der Ansicht, dass die Erweiterung aus einer moralischen Verpflichtung herrühre, nach den Spaltungen des Kontinents in der Zeit des Kalten Krieges. Für 64% der Franzosen war die Erweiterung weiterhin eine historisch und geographisch natürliche und daher gerechtfertigte Entwicklung.⁹⁰⁸ 75% der Franzosen gingen davon aus, dass die EU nach der Erweiterung international eine wichtigere Rolle spielen könne. Nur in Österreich waren weniger Menschen dieser Meinung (73%). In allen anderen EU-Ländern waren die Erwartungen in diesem Punkt größer (Durchschnitt EU-15: 80%). Dieser Aspekt der Erweiterung war in der Umfrage von

⁹⁰⁵ „Pensez-vous que pour la France, cet élargissement à d’autres pays est très important / plutôt important / plutôt pas important / pas important du tout / ne sais pas“.

⁹⁰⁶ „Et pour vous personnellement, pensez-vous que cet élargissement à d’autres pays est très important / plutôt important / plutôt pas important / pas important du tout / ne sais pas“

⁹⁰⁷ „Pour chacune des propositions suivantes, pourriez-vous me dire si vous êtes plutôt d’accord: a) L’élargissement va réduire les risques de guerre et de conflits en Europe; b) Nous avons un devoir moral de réunifier l’Europe après les divisions dues à la guerre froide; c) Avec l’élargissement, l’Union européenne sera plus forte sur la scène internationale; d) L’élargissement va coûter très cher à la France; e) Avec l’élargissement, notre pays jouera un rôle moins important en Europe; f) Il sera plus difficile de prendre des décisions dans une Union européenne élargie; g) Une Union européenne plus grande sera forcément plus éloignée des citoyens; h) L’adhésion de nouveaux pays à l’Union européenne est historiquement et géographiquement naturelle et donc justifiée“

⁹⁰⁸ In anderen Ländern, wie beispielsweise Spanien (75%) oder Italien (73%), aber auch Irland (71%) wurde diese Einschätzung stärker geteilt.

November für die große Mehrheit der Befragten am wichtigsten („le principal intérêt de l’élargissement sur le plan politique et macro-économique“, S. 53).

Bei der Frage nach potentiellen Kosten der Erweiterung für ihr Land standen die Franzosen an erster Stelle, mit 76% Zustimmung zu dieser Aussage. Hier waren die Franzosen gemeinsam mit den Niederländern (74%) und den Deutschen (72%) am pessimistischsten. Einen Einflussverlust ihres Landes in Europa in Folge der Erweiterung befürchteten 35% der Franzosen, deutlich weniger als beispielsweise Portugiesen (49%), Finnen (48%) oder Iren (48%). Die Werte der größeren EU-Staaten waren bei dieser Frage insgesamt niedriger als die der kleineren Mitglieder. Allgemein negativ gesehen wurde die Auswirkung der Erweiterung auf die Entscheidungsfindung in der EU. Im Durchschnitt 76% der Befragten in der EU-15 dachten, dass die Entscheidungsfindung in einer erweiterten Union schwieriger werden würde. In Frankreich waren sogar 82% dieser Meinung. Dass sich eine erweiterte Union zwangsläufig von ihren Bürgern entfernen werde, glaubten 51% der befragten Franzosen. Auch hier waren die Befürchtungen in anderen Staaten – Dänemark (64%), Finnland (59%), Luxemburg (56%), Deutschland (56%) – deutlich größer.

Sozio-ökonomische Auswirkungen der Erweiterung

Im sozio-ökonomischen Bereich erwarteten die EU-Bürger folgende Auswirkungen der Erweiterung:⁹⁰⁹ 80% der Franzosen gingen davon aus, dass die Erweiterung französischen Unternehmen die Möglichkeit zur Erschließung neuer Märkte eröffnen werde. In anderen Ländern wie Italien (91%), Irland (90%), Spanien (90%) oder Dänemark (90%) waren die Befragten in diesem Punkt noch optimistischer. Ebenfalls weniger Franzosen (64%) als der EU-Durchschnitt (65%) gingen davon aus, dass sich zahlreiche Bürger der neuen Mitgliedsstaaten in ihrem Land ansiedeln würden. Spanier (80%), Portugiesen (76%), Luxemburger (73%) und Italiener (73%) hielten solche Migrationsbewegungen für deutlich wahrscheinlicher. 45% (September 2002: 39%) der Franzosen befürchteten als Konsequenz der Erweiterung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich (EU-15: 44%). 51% hatten außerdem Angst vor einem Sinken des Niveaus der Sozialleistungen in Frankreich. Bei dieser

⁹⁰⁹ „Etes-vous plutôt d’accord avec chacune des propositions suivantes: a) L’élargissement va permettre à nos entreprises de se développer sur de nouveaux marchés; b) Avec l’élargissement, beaucoup de citoyens des nouveaux Etats membres vont venir s’installer en France; c) Avec l’élargissement, il sera plus facile de contrôler l’immigration clandestine; d) Avec l’élargissement, l’ouverture des frontières rendra la lutte contre la criminalité et le trafic de drogue plus difficile; e) Avec l’élargissement, il sera plus facile de trouver des solutions aux problèmes d’environnement partout en Europe; f) L’élargissement fera accroître le chômage en France; g) Avec l’élargissement, le niveau des avantages sociaux en France baissera; h) Avec plus de pays membres, l’Union européenne sera plus riche culturellement“

Befürchtung lagen die Franzosen gemeinsam mit den Deutschen (59%) und den Luxemburgern (50%) an der Spitze und deutlich über dem Durchschnitt der EU-15 (43%).

Was die Kontrolle illegaler Einwanderung anging, waren die Franzosen ebenfalls pessimistisch. Nur 32% der Befragten glaubten, dass diese Kontrolle nach der Erweiterung der EU einfacher sein werde. Die EU-Bürger waren bei dieser Frage insgesamt skeptisch: Der EU-Durchschnitt lag bei 42% Zustimmung. In ähnlicher Weise erwarteten die meisten Befragten in Europa (61%), dass sich der Kampf gegen Kriminalität und Drogenhandel nach der Erweiterung schwieriger gestalten werde. Die Franzosen waren zu 56% dieser Ansicht. Einfacher werde dagegen nach der Erweiterung das europaweite Engagement für den Umweltschutz, so die vorherrschende Meinung. In einigen Staaten erwarteten hier fast drei Viertel der Befragten Verbesserungen (Schweden 74%, Irland 74%, Niederlande 73%), in Frankreich waren es 58% (EU-15: 65%). Ebenfalls positive Auswirkungen der Erweiterung erwartete eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger (EU-15: 78%) im Bereich der kulturellen Vielfalt. Die Franzosen gingen hier zu 81% von einem bereichernden Effekt aus.

Fazit und Einordnung der Eurobarometer-Umfragen zur Erweiterung

Die zwischen Optimismus und Befürchtungen schwankenden Meinungen zu den Auswirkungen der Erweiterung veranlassten die Eurobarometer-Analysten zu folgender Handlungsempfehlung:

„Les différents résultats confirment que nous sommes désormais entrés dans une phase d'information accrue mais qui en même temps suscite de nombreuses interrogations voire certaines craintes. Il s'agit maintenant de lever des doutes. [...] l'adhésion à l'élargissement se stabilise autour de 66%. Tout se passe comme si l'augmentation du niveau de connaissance s'accompagnait de certaines inquiétudes (en matière d'alourdissement et d'éloignement des processus décisionnels, de craintes d'augmentation du chômage, de diminution des avantages sociaux ou d'immigration notamment). Si ces appréhensions ne sont pas levées, elles pourraient bien limiter la portée des avantages conséquents à l'élargissement par ailleurs identifiés par les interviewés (notamment en ce qui concerne les opportunités économiques, culturelles ou environnementales). Car c'est bien là que se situe le principal point d'achoppement : si une majorité d'interviewés reste convaincue que l'élargissement sera bénéfique pour leur pays, les citoyens de l'Union émettent des doutes quant aux retours pour eux-mêmes. Il s'agit dès lors de faire en sorte que les citoyens s'approprient l'élargissement pour pouvoir assurer le succès de ce nouveau défi que doit relever l'Union européenne.“ (S. 65 und 77)

Diese für alle EU-Staaten formulierte Empfehlung galt aufgrund der schlechten Zustimmungswerte zur Erweiterung für Frankreich im besonderen Sinne. Jacques Chirac schien ihr jedoch keine größere Bedeutung zuzumessen. Als er nach dem Kopenhagener Gipfel explizit auf die schlechten Zustimmungswerte in Frankreich zur Erweiterung

angesprochen wurde, räumte er zwar ein, dass ein Informationsdefizit von offizieller Seite bestehe und dass die Öffentlichkeit beispielsweise zum Euro deutlich besser unterrichtet worden sei. Er hielt dies jedoch für ein zu behebbendes und nicht für ein grundsätzliches Problem:

„Alors, premièrement, vous savez, cela, c’est la vie. Je voudrais savoir combien de Français sont capables de citer les noms de cinq ou six ministres ou de dix ministres. Vous seriez surpris, probablement. Ministres français, naturellement. Et a fortiori combien sont capables de citer trois ou quatre chefs d’Etat ou de gouvernement de l’Union européenne, pour ne pas parler naturellement de responsables plus lointains. Donc, c’est la vie. Qu’est-ce que l’on compte faire? Alors, s’agissant de l’Europe et de l’Union européenne, c’est une campagne d’information forte. Et là, je crois que les pays européens ont été un peu faibles. Quand nous avons lancé l’euro, quoique, tout de même, cette année 2002 commence avec l’euro et se termine avec l’élargissement, c’est une grande année, c’est pour cela que je parlais d’émotion tout à l’heure, mais, quand on a lancé l’euro, on a fait, je parle des pays concernés, une campagne d’explication et de mobilisation forte et d’ailleurs intelligente. Ce qui a permis aux Français et aux Européens concernés de comprendre ce qu’était l’euro, comment cela marchait et pourquoi ils avaient intérêt à avoir une monnaie commune. Il faut reconnaître que l’élargissement, qui est une réforme aussi importante que l’euro, n’a pas fait l’objet de la même sollicitude en ce qui concerne l’explication, et je le regrette. Alors, vous avez pu observer que le gouvernement, sous l’impulsion du Premier ministre, avec le Ministre des Affaires étrangères et le Ministre des Affaires européennes, a engagé une grande campagne d’explication, qui a commencé déjà, de façon à ce qu’on donne le maximum d’informations aux Français sur ce qu’est l’Europe d’aujourd’hui élargie.“⁹¹⁰

Neben den Eurobarometer-Analysten sahen jedoch auch andere Wissenschaftler und Journalisten das Problem der schlechten Kommunikationsstrategie zur Erweiterung in Frankreich deutlich kritischer als Chirac. Alain Duhamel formulierte beispielsweise in *Libération* die dringende Notwendigkeit einer besseren Vermittlung. Der aktuelle Zustand des Jahres 2002 sei, so Duhamel, schädlich sowohl für Frankreich als auch für Europa, könne sich jedoch nicht ändern, solange die französische politische Führung das Thema Europa nicht ernster nehme und sich nicht dezidiert dazu positioniere:

„Cette mauvaise pente que le deuxième septennat de François Mitterrand et le premier mandat de Jacques Chirac n’ont pas su combattre, malgré leurs efforts méritoires pour qualifier la France à l’euro, tend maintenant à s’accroître. Elle est dangereuse pour la France et inquiétante pour l’Europe, puisque politiquement, historiquement et géographiquement, l’Europe ne peut pas se passer d’une France influente, entreprenante et imaginative. Or, si l’on considère honnêtement ce qui s’est passé depuis le début de l’année, on y trouve de quoi s’inquiéter et même s’indigner. L’Europe a en effet été la grande absente de la campagne présidentielle. Hormis François Bayrou, personne, aucun candidat, n’en a fait un enjeu majeur. Cécité volontaire puisque pas un prétendant n’ignorait que l’élargissement va métamorphoser l’Europe et que notre destin national en sera infléchi. Ce qui aurait mérité au minimum un débat de fond devant les citoyens, afin de les informer, de les écouter et de leur

⁹¹⁰ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue du Conseil européen de Copenhague, Copenhague 13.12.2002.

proposer des choix argumentés. Cette réflexion civique n'a pas eu lieu. Pis, depuis la rentrée, alors que l'élargissement est programmé pour le 1^{er} janvier 2004 (autant dire demain) et que les institutions européennes doivent être remodelées d'ici là, on n'entend sur le sujet qu'un silence fracassant. [...] En fait, l'Europe, par laquelle passe notre avenir reste à peu près un non-sujet. On laisse bourgeonner les appréhensions, sans réplique et sans pédagogie. A l'heure de choix institutionnels irréversibles, la France continue de se taire, Jacques Chirac garde le silence. Comme si l'Europe était une chose trop sérieuse pour que les dirigeants français s'en saisissent.⁹¹¹

Ähnlich analysierten der Politologe Christian Lequesne und der Meinungsforscher Gérard Grunberg die Daten von Eurobarometer 58 und Flash-Eurobarometer.⁹¹² Auch sie sahen in der fehlenden Debatte zur Erweiterung in Frankreich und in der daraus resultierenden Gleichgültigkeit in der Bevölkerung gegenüber dem epochalen Ereignis ein großes Problem:

„Il n'existe pas en France de débat sur l'élargissement de l'Union européenne aux Pays d'Europe centrale et orientale (Peco), pas plus du reste qu'il n'en existe sur la Convention. La seule occasion où s'est engagé un débat sur l'élargissement ces derniers temps a été la prise de position de Valéry Giscard d'Estaing contre l'adhésion de la Turquie. [...] Pour ce qui est de l'élargissement aux Peco, les efforts du gouvernement sont restés un peu vains. Pour qualifier la position de la société française à l'égard de l'élargissement aux Peco, il convient moins de parler d'une réelle réticence que d'une indifférence résignée.“

Grunberg und Lequesne stellten außerdem einen Zusammenhang fest zwischen der Ablehnung der Erweiterung und einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der europäischen Einigung. Die meisten Erweiterungsgegner fanden sich ihrer Analyse zufolge in einer soziodemographischen Gruppe, die ein niedriges Ausbildungsniveau und geringe berufliche Qualifikation aufwies und ihren Wohnort in Regionen hatte, die auch bereits beim Maastricht-Referendum in hohem Maße mit Nein gestimmt hatten:

„Face à l'élargissement, les catégories sociodémographiques les plus hostiles à l'élargissement sont, en même temps, les plus opposées à la construction européenne en général (ouvriers ou personnes ayant un faible niveau d'études). Une approche géographique confirme la corrélation. Ainsi les trois zones géographiques de la France dont les habitants sont les plus hostiles à l'élargissement sont celles qui, à la fois, ont voté le plus souvent non au référendum sur le traité de Maastricht et celles dans lesquelles l'extrême droite et l'extrême gauche ont recueilli le plus de suffrages dans une période récente: Le Nord-Pas-de-Calais (68%), la région méditerranéenne et le Bassin parisien hors Ile-de-France. Dans ces régions, l'extrême gauche et l'extrême droite ont réussi à conserver ou à acquérir une influence politique. Leur discours a convaincu une partie importante de la population que l'Europe se ferait contre les classes populaires, accroîtrait le chômage et l'immigration. Face à ces mobilisations, les partis politiques favorables à la construction européenne ont été discrets. Si cette hypothèse est juste, l'exception française [l'attitude négative marquée à l'égard de l'élargissement] serait due essentiellement au manque de travail politique de conviction et de

⁹¹¹ Alain Duhamel: „Europe: la régression française“, *Libération* 20.10.2002.

⁹¹² Gérard Grunberg/Christian Lequesne: „Les Français eurosceptiques“, *Libération* 10.6.2003.

mobilisation effectué par les élites proeuropéennes, peut-être parce qu'elles-mêmes doutent de l'élargissement.“

Die fehlende politische Überzeugungsarbeit im Hinblick auf die Erweiterung führten Grunberg und Lequesne also u.a. darauf zurück, dass auch in der politischen Führungsklasse Zweifel an der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten in die EU bestünden. Für besonders problematisch hielten die beiden Analysten die Tendenz einiger Politiker, ihre Ablehnung der Erweiterung mit vermeintlich pro-europäischen Argumenten zu begründen, die jedoch nicht als solche verfangen, sondern im Gegenteil einen negativen Effekt hätten:

„Il existe en effet en France des réticences fortes à l'élargissement dans des milieux qui ont soutenu les avancées de l'Europe depuis le traité de Maastricht, et qui pensent aujourd'hui que le passage à vingt-cinq est risqué faute d'avoir été suffisamment préparé. Une nouvelle catégorie d'euroseptiques s'est formée en France parmi ceux qui ont été les ‚pro-Maastricht‘ dans les partis politiques du centre droit et du centre gauche, dans la haute administration ou encore dans le monde associatif. Valéry Giscard d'Estaing comme Jacques Delors expriment assez bien cette ligne politique lorsqu'ils soulignent la menace de dilution que fait peser l'élargissement sur les acquis de l'Union européenne. Ce courant de pensée s'accompagne souvent d'un discours sur la différenciation vue comme le seul moyen de sauver l'approfondissement de l'Union autour d'un nombre limité d'Etats. Mais le scepticisme de bonne foi des ‚approfondisseurs‘ français à l'égard de l'élargissement se révèle en fait très contre-productif. En France, il alimente l'opposition des couches les plus traditionnellement hostiles à la construction européenne en souhaitant exactement l'inverse. Dans les Peco, il conforte l'image négative d'élites françaises nostalgiques de la petite Communauté à six qui auraient toujours refusé de prendre la mesure de la fin de la guerre froide. Dans les autres pays membres de l'Union enfin, il fait l'objet de ricanements, car on s'y souvient que les meilleures occasions d'approfondir l'Union ont été surtout ratées par la France depuis Maastricht.“

Die zitierten Analysten waren sich einig in der Feststellung, dass die Bedeutung der Veränderungen, die sich in Europa durch die Erweiterung ergaben, den Franzosen noch nicht in vollem Ausmaß bewusst sei. Dies sei die Folge von fehlender bzw. von schlechter Vermittlungsarbeit der Politik, liege aber darüber hinaus wie oben geschildert auch daran, dass auch viele Verfechter einer Vertiefung der Integration, die grundsätzlich pro-europäisch eingestellt sind, die Erweiterung ablehnten. Hier liege ein großes Problem in Frankreichs Haltung zu Europa, so das Fazit.

6. Bilanz des Jahres 2002

Zwiespältiger Kompromiss zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Nach seiner Wiederwahl und dem Ende der Kohabitation hatte Jacques Chirac wieder die volle Gestaltungsfreiheit in der Europapolitik. Wesentliche Veränderungen in seiner Haltung zu den wichtigsten Zukunftsfragen Europas waren jedoch nicht zu beobachten. Die

französische Positionierung war 2002 von entscheidender Bedeutung, da aus europäischer Sicht der Schlüssel für wesentliche Weichenstellungen des Jahres in Chiracs Hand lag: Von seiner Bereitschaft, einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zuzustimmen, hing ab, ob die Erweiterung unter für alle Seiten akzeptablen Bedingungen verwirklicht werden konnte. Ohne französische Kompromissbereitschaft bestand die Gefahr der Blockade eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der EU. Chirac stand also unter dem doppelten Druck, zum einen den Interessen der Franzosen, die ihn mit über 82% der Stimmen wiedergewählt hatten, gerecht werden zu müssen, und zum anderen eine im Hinblick auf die Erweiterung konstruktive Position für Frankreich zu definieren. Mit Hilfe der deutsch-französischen Kompromissfindung vor dem Brüsseler Gipfel gelang ihm auf den ersten Blick beides: Die Erweiterung wurde realisierbar und Chirac konnte sich gleichzeitig rühmen, das traditionelle Modell der Gemeinsamen Agrarpolitik mit seinen vielen Vorteilen für die französischen Bauern erhalten zu haben. Hier lag jedoch ein problematischer Punkt, der oben bereits angesprochen wurde: Die Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik entsprachen in ihrer Ausrichtung nicht mehr den Anforderungen einer Union der 25 mit einer großen Zahl von agrarisch geprägten Ländern, von denen die neuen EU-Staaten darüber hinaus noch einen erheblichen Entwicklungsrückstand aufzuholen hatten. Chirac konnte sich in der Tat mit seinen Vorstellungen in großem Maße durchsetzen und wichtige Privilegien für Frankreich erhalten. Im gesamteuropäischen Interesse wäre jedoch eine grundsätzliche Neudefinition der Prioritäten der EU-Politik deutlich sinnvoller und angebrachter gewesen als das Beharren auf nationalen Besitzständen. Darüber hinaus hatte Jacques Chirac mit seiner zunächst kompromisslosen Haltung und seiner Ablehnung französischer Zugeständnisse im Hinblick auf die Erweiterung kein gutes Signal an die potentiellen neuen EU-Länder ausgesandt. Der Eindruck einer erweiterungsskeptischen französischen politischen Elite musste sich unter diesen Umständen in Mittel- und Osteuropa verfestigen und bildete eine schwierige Hypothek für die Zusammenarbeit in einer Union der 25.

Fortbestehende Schwierigkeiten bei der Vermittlung der Erweiterung

In Bezug auf die Vermittlung Europas und der Erweiterung hatte sich bei Jacques Chirac im Laufe des Jahres 2002 im Vergleich zu den Jahren zuvor nicht viel verändert. Weiterhin bediente er sich ausschließlich traditioneller Vermittlungskonzepte. Diese wurden größtenteils weiterhin nur aus französischer Sicht definiert und erhielten schnell einen negativen Beiklang, wenn sie im Zusammenhang mit der Erweiterung verwendet wurden. Das Problem der schlechten Vermittlung der Erweiterung blieb also auch 2002 bestehen und schlug sich in den

fortgesetzt schlechten Zustimmungswerten der Franzosen zur Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU nieder.

Zum Ende des Jahres 2002 waren allerdings mehrere Initiativen der französischen politischen Führung zu beobachten, die eine bessere Vermittlung der Europapolitik und besonders auch der Erweiterung zum Ziel hatten. Die Regierung Raffarin lancierte eine Reihe von öffentlichen Foren, die dazu dienen sollten, die Franzosen mit dem neuen großen Europa vertraut zu machen und ihre Meinung zur Erweiterung positiv zu beeinflussen. Die Foren sollten während des ganzen Jahres 2003 fortgesetzt werden und auch den Weg frei machen für die im Jahr 2004 vorgesehene Annahme des Verfassungsvertrages durch die Franzosen.⁹¹³ Außerdem erschienen in den letzten Monaten des Jahres 2002 eine große Zahl von Meinungsartikeln von zum Teil führenden Politikern zum Thema Erweiterung in den drei analysierten Zeitungen, die deutlich andere Schwerpunkte setzten als die meisten Äußerungen Jacques Chiracs und die Erweiterung wesentlich positiver präsentierten. Die Anstrengungen waren parteiübergreifend, d.h. es beteiligten sich sowohl Politiker aus Chiracs politischem Lager als auch zahlreiche europapolitisch profilierte Sozialisten.⁹¹⁴ Die Bedeutung einer solchen kollektiven Vermittlungsanstrengung war angesichts des näherrückenden Erweiterungsdatums nicht zu unterschätzen. Möglicherweise hatte sich das Meinungsbild der französischen Gesellschaft jedoch bereits so weit negativ verfestigt, dass sie zu spät kam. In der Analyse des Jahres 2003 sollte daher zu beobachten sein, ob die Bemühungen vom Ende des Jahres 2002 eine Fortsetzung fanden und sich auch in Chiracs Diskurs zur Erweiterung wiederfanden oder ob sie wieder abflauten.

⁹¹³ Vgl. zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe z.B. Vanessa Schneider: „Raffarin, VRP de l’élargissement“, *Libération* 7./8.12.2002: „Le but de ces réunions rassemblant des citoyens de tous horizons (étudiants, artisans, chefs d’entreprises) et qui se tiendront tout au long de l’année 2003, est de répondre à l’euroscpticisme et aux inquiétudes que suscite l’élargissement.“ Vgl. auch Nicolas Barotte: „Raffarin veut expliquer la ‚nouvelle Europe‘“, *Le Figaro* 7./8.12.2002 und Jean-Baptiste de Montvalon: „Jean-Pierre Raffarin et Dominique de Villepin lancent à Orléans une série de forums sur l’Europe“, *Le Monde* 8./9.12.2002.

⁹¹⁴ Vgl. Arnaud Montebourg/Christian Paul: „Elargissement de l’Europe: nous exigeons un référendum!“ *Le Monde* 20.09.2002; vgl. dazu auch „France: le PS veut un ‚contenu politique‘ à l’élargissement“, *Le Monde* 26.9. und Philippe Nemo: „Un référendum pour l’élargissement“, *Le Figaro* 9.12.; vgl. weiterhin Bernard Poignant/Gilles Savary: „Peuples d’Europe: bienvenue dans l’Union!“, *Le Monde* 10.10.2002; Laurent Fabius: „Redonner une perspective à l’Europe“, *Le Figaro* 10.10.2002; Pascal Lamy: „Europe: reculer les yeux fermés?“, *Le Monde* 12.10.2002; Chris Patten: „Gare aux nouvelles lignes de fracture“, *Le Figaro* 17.10.2002; Alain Juppé et al.: „L’élargissement, une chance pour la France“, *Le Figaro* 23.10.2002; Elisabeth Guigou: „Europe: réussir l’élargissement“, *Le Monde* 24.10.2002; Noëlle Lenoir: „La reconnaissance et l’espérance“, *Le Figaro* 24.10.2002; Pierre Moscovici: „Le temps de la responsabilité“, *Le Figaro* 2./3.11.2002; Michel Barnier: „L’élargissement de l’UE est bon pour tous“, *Libération* 11.11.2002; Noëlle Lenoir: „Un révélateur d’identité“, *Le Figaro* 18.12.2002.

Zwischenfazit 1999-2002: Der Versuch der Gestaltung des Erweiterungsprozesses im französischen Interesse

Nachdem die Osterweiterung der EU im ersten untersuchten Zeitraum des Hauptteils der vorliegenden Arbeit (1995-1998) weitgehend nur als abstrakte Perspektive im Hintergrund der französischen Europapolitik präsent war, bestimmte sie in den Jahren 1999 bis 2002 die europapolitischen Entscheidungen der französischen Führung wesentlich direkter. Mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Staaten 1998 trat der Erweiterungsprozess in eine neue Phase, deren Ausgestaltung im wesentlichen zwischen 1999 und 2002 diskutiert und umgesetzt wurde. Die übergeordnete Zielsetzung für Frankreich in diesem Zeitraum bestand in dem Versuch, die Erweiterung möglichst im französischen Sinne und zum französischen Vorteil zu gestalten. Im Zuge der bereits 1998 begonnenen und 1999 abgeschlossenen Diskussionen über die Agenda 2000, der Debatte über die Reform der Institutionen im Rahmen der Regierungskonferenz und des Europäischen Rates von Nizza im Jahr 2000 und bei den Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2002 ging es jeweils um zentrale französische Ziele und Interessen, die das Land mit der europäischen Integration verband. Nicht nur französische Ziele und Interessen waren tangiert, sondern auch die der anderen EU-Länder, aber Frankreich war in einigen Bereichen besonders betroffen. Zentrale Teile seiner Europakonzeption standen zur Debatte und waren nicht mehr selbstverständlicher Besitzstand der Europäischen Union. Darunter fielen v.a. die Gemeinsame Agrarpolitik, deren Prinzipien nicht unverändert auf eine erweiterte Union übertragen werden konnten, und die im *Europe puissance*-Konzept zusammengefasste französische Vorstellung von der EU als weltweit aktivem und von den USA auch sicherheits- und verteidigungspolitisch unabhängigem Akteur, die in einer erweiterten Union kaum noch mehrheitsfähig sein würde. Weiterhin ging es für Frankreich im Rahmen der Institutionenreform darum, sich wichtige Hebel und Einflussmechanismen zu sichern, um auch in einer vergrößerten und heterogenen Union in der Lage zu sein, seine Vorstellungen durchzusetzen.

Trotz deutlich veränderter Rahmenbedingungen blieben also die wesentlichen Grundlagen der französischen Europapolitik gleich. Dies entsprach der im Verlauf der vorliegenden Untersuchung bereits mehrfach festgestellten großen Kontinuität in diesem Politikbereich in Frankreichs V. Republik, war aber gleichzeitig auch Ausweis der großen Schwierigkeiten der französischen Politik, sich im hier untersuchten Zeitraum den neuen europäischen Realitäten anzupassen. Die Analyse zentraler Ereignisse des Zeitraums 1999 bis 2002 anhand der für die

vorliegende Arbeit entwickelten Kategorien bestätigte die Kontinuitätsthese. Sowohl bei der Debatte zur Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages 1999 als auch bei der Prioritätensetzung für die französische Ratspräsidentschaft 2000 als auch in Jacques Chiracs Wahlprogramm lässt sich das Set der Analysekatoren jeweils fast vollständig nachweisen. Im Unterschied zum zuvor untersuchten Zeitraum 1995 bis 1998 dienen die mit ihnen verbundenen Topoi und Motive in den Folgejahren in Bezug auf die Erweiterung jedoch weniger dazu, um deutlich zu machen, was durch die Vergrößerung der Union alles NICHT eintreten dürfe. Zwischen 1999 und 2002 ging es stärker darum, französische Interessen und Ziele zu betonen. Damit einher ging eine Verstärkung der bereits im vorherigen Untersuchungszeitraum beobachteten Tendenz zur höheren Wertung des nationalen französischen im Vergleich zu einem gesamteuropäischen Interesse. Besonders deutlich wurde diese Herangehensweise Jacques Chiracs bei den Diskussionen über die Gemeinsame Agrarpolitik. Hier war keine französische Kompromissbereitschaft zu erkennen und selbst wenn eine Einigung gefunden wurde wie beispielsweise im Jahr 2002 zwischen Frankreich und Deutschland, war Chirac mit einer Maximalforderung in die Verhandlungen gegangen und konnte daher selbst kleinere Abstriche von dieser noch als französischen Sieg verkaufen. Auch wenn die verwendeten Analysekatoren zwischen 1999 und 2002 in Bezug auf die Erweiterung nicht mehr so häufig wie zuvor in ihrer negativen Ausprägung aufzufinden waren, blieb es durch die Konzentration auf die französische Sichtweise in Chiracs Politik bei einer defensiven Herangehensweise an die Erweiterungsperspektive. Sehr deutlich trat auch zwischen 1999 und 2002 der Gegensatz zwischen der gerne proklamierten grundsätzlichen Offenheit Frankreichs für die Erweiterung auf der einen und den harten französischen Verhandlungspositionen in konkret damit zusammenhängenden Fragen auf der anderen Seite zu Tage. Konstruktive französische Impulse für den Erweiterungsprozess fanden sich im gesamten in diesem Teil des Hauptteils untersuchten Zeitraum nicht. Besitzstands- und Statuswahrung standen eindeutig im Vordergrund der französischen Politik.

Es blieb nicht dabei, dass Frankreich keine konstruktiven Beiträge zur Gestaltung des Erweiterungsprozesses beisteuerte. Darüber hinaus mussten mehrere Positionierungen Chiracs von den Bewerberstaaten als negative Signale verstanden werden. Abgesehen von der kompromisslosen französischen Haltung, die bereits mehrfach erwähnt wurde, zählten dazu beispielsweise auch Chiracs Konzept der Pioniergruppen, das die neuen Mitgliedsstaaten der EU mehr oder weniger von vorneherein ausschloss und v.a. Chiracs Verhandlungsführung als Ratspräsident im zweiten Halbjahr 2000 und besonders beim Gipfel von Nizza. Chiracs Auftreten in Nizza mit der offenen Benachteiligung der neuen EU-Staaten bei der

Institutionenreform bei gleichzeitiger offensiver Vertretung französischer nationaler Interessen und v.a. seine fragwürdigen Begründungen für beides stellten eine im europäischen Rahmen mehr als ungewöhnliche Abweichung von der Rolle und den Aufgaben des Ratspräsidenten dar. Frankreichs europäisches Image nahm daran großen Schaden. Chirac schuf außerdem, genau entgegen seiner Intentionen, seinem Land keine gute Ausgangsposition für Verhandlungen und Koalitionsbildungen in einer erweiterten Union.

Je deutlicher die zögerliche bis ablehnende französische Haltung zur Erweiterung in Chiracs Politik zu erkennen war, umso kritischer reagierten die Journalisten in ihrer Bewertung der französischen Europapolitik. Während Chirac im ersten untersuchten Zeitraum sein sozialpolitisches Engagement noch zu Gute gehalten wurde, fand sich im hier untersuchten zweiten Zeitraum nur bei der Berliner Rede Chiracs ein positives Echo in der Presse. Dieses klang aber schnell wieder ab, als deutlich wurde, dass den visionären und konstruktiven Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag keine Umsetzung in konkrete Politik folgte. Fast alle anderen europapolitischen Entscheidungen Chiracs im Zeitraum 1999 bis 2002 wurden in der Presse, übergreifend in allen drei untersuchten Zeitungen, hinterfragt oder sogar offen kritisiert. Die Prioritäten der Ratspräsidentschaft wurden als zu wenig ambitioniert und den Herausforderungen nicht angemessen bezeichnet, die Ratspräsidentschaft insgesamt unter dem Eindruck von Nizza als gescheitert betrachtet und die Zustimmung Frankreichs zur Erweiterung ohne ausreichende Vorbereitung der Union als Fehler bewertet. Abgesehen von der Bewertung konkreter Entscheidungen wurde die Kritik der Journalisten an der französischen Europapolitik im hier untersuchten Zeitraum immer grundsätzlicher. Gefordert wurde ein erneuertes französisches Engagement in Europa, basierend auf einer ambitionierten Zielsetzung im gesamteuropäischen Sinne, mit dem Frankreich seiner Verantwortung und seiner Rolle als europäische Führungsmacht wieder gerecht würde.

Die Abwesenheit eines solchen europäischen Projekts in Frankreich wurde auch durch die Analyse von Chiracs Politik anhand der Kategorien deutlich. Auf der Basis der hinter den Kategorien stehenden und seit Jahrzehnten gültigen Konzepten war es nicht möglich, die neuen europäischen Realitäten zu erfassen und in der Vermittlung von Politik umzusetzen. Neue Vermittlungskonzepte ließen sich jedoch nicht nachweisen. Wie notwendig eine Anpassung der französischen Europavision an die neuen Realitäten gewesen wäre, zeigte die Auswertung der Umfragedaten im untersuchten Zeitraum. Während die grundsätzliche Zustimmung einer Mehrheit der Franzosen zur europäischen Integration weitgehend konstant blieb, war das in den Umfragen ermittelte französische Meinungsbild zur Erweiterung

dramatisch schlecht. Es bestand ein erhebliches Informationsdefizit über Verlauf, Inhalt und Konsequenzen des Erweiterungsprozesses. Darüber hinaus hoben sich die französischen Meinungswerte allerdings während des gesamten untersuchten Zeitraums deutlich negativ von denen in allen anderen EU-Staaten ab. Diese Tatsache hing sicherlich zum Teil mit fehlenden Informationen zusammen. Zum Teil waren die Umfrageergebnisse jedoch auch das Spiegelbild der französischen Politik zur Erweiterung. Positiv mit der Erweiterung verbunden wurden von einer Mehrheit der Franzosen nur deren historische und moralische Aspekte, wie sie im Friedensmotiv zusammengefasst werden. Dieses Friedensmotiv war auch das einzige Vermittlungskonzept, das von Jacques Chirac uneingeschränkt positiv verwendet wurde. Alle anderen Konzepte wurden in Bezug auf die Erweiterung entweder nur in ihrer negativen Ausprägung verwendet oder weiterhin rein aus französischer Sicht definiert, ohne die Erweiterungsperspektive mit einzubeziehen. Auf dieser Grundlage konnte in der öffentlichen Meinung kaum ein positives Bild von der anstehenden Aufnahme der neuen Staaten in die EU entstehen.

Die für die vorliegende Arbeit formulierte Hypothese wurde somit bestätigt: Der französische Europadiskurs, wie er von der politischen Führung und v.a. vom Staatspräsidenten verwendet wurde, bezog auch zwischen 1999 und 2002 die Erweiterungsperspektive nicht oder nur in negativer Form mit ein. Dies erklärte sich zunächst daraus, dass die Erweiterung eine einschneidende Neuerung in der europäischen Realität darstellte, die schrittweise Eingang in die praktische Politik, aber auch in deren Vermittlung finden musste. In der praktischen Politik war die französische Führung aufgrund der Dynamik des Prozesses gezwungen, sich zu den einzelnen Etappen zu positionieren und darüber mitzuentcheiden. Gleichzeitig hätte sie sich jedoch auch um eine Anpassung ihres Diskurses bemühen müssen. Wie sich anhand der Analyse von Chiracs Äußerungen zeigte, war dies zumindest bis zum Jahr 2002 nicht geschehen. Die Schwierigkeiten vieler Franzosen mit einer veränderten Politik, die ihnen mit bekannten Mustern vermittelt wurde, waren bis zu einem gewissen Grad daher sogar nachvollziehbar. Das Versäumnis der französischen politischen Führung bei der Veränderung ihres Diskurses war es dagegen nicht, zumal sowohl zahlreiche Analysen in der Presse als auch die Umfragedaten über Jahre mehr als deutlich auf die Verständnisprobleme der Franzosen in bezug auf die Erweiterung hinwiesen. Wie sich jedoch an mehreren im Verlauf der Untersuchung zitierten Aussagen Chiracs ablesen ließ, zeigte er sich von den Umfrageergebnissen scheinbar nicht beeindruckt und auch nicht zum Handeln veranlasst. Mit dem Abschluss der Verhandlungen mit zehn Staaten beim Europäischen Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 war die Vorbereitung eines großen Teils der Osterweiterung

abgeschlossen. Der nächste Schritt war ihre tatsächliche Umsetzung. Deren Ablauf in den Jahren 2003 bis 2005 wird im folgenden dritten Teil des Hauptteils untersucht werden. Zentral wird dabei die Frage sein, welche Auswirkungen die Verwirklichung eines so einschneidenden politischen Ereignisses wie der Osterweiterung gegen die Meinung einer Mehrheit der Franzosen auf die französische Europapolitik und ihre Bewertung in der französischen Gesellschaft hatte.

Kapitel XIV: Krieg im Irak, Abschluss des Erweiterungsprozesses, vorläufiges Scheitern der Europäischen Verfassung (2003)

Den Beschlüssen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom Dezember 2002 entsprechend wurde am 16. April 2003 in Athen mit Malta, Zypern und acht mittel- und osteuropäischen Staaten der Beitrittsvertrag zur EU unterzeichnet. Zum 1. Mai 2004 sollten diese Länder Mitglieder der EU werden und bereits an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 teilnehmen. Nach der somit erfolgreich abgeschlossenen Erweiterung stand im Jahr 2003 mit der intensiven Fortsetzung der Arbeit des Konvents vorrangig die Vertiefung der europäischen Integration auf der Agenda. Im Oktober wurde unter italienischer Ratspräsidentschaft eine Regierungskonferenz eröffnet, an deren Ende die Annahme eines europäischen Verfassungstextes durch die Staats- und Regierungschefs stehen sollte. Dies scheiterte jedoch zunächst beim Europäischen Rat in Brüssel im Dezember. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich über mehrere strittige Punkte, darunter v.a. die Stimmengewichtung im Rat, nicht einigen. Die Arbeiten an der Verfassung mussten daher unter irischer Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2004 fortgesetzt werden.

Eine weitere Belastung erfuhr die Europäische Union im Jahr 2003 durch den amerikanischen Militäreinsatz gegen den Irak im Frühjahr. Während die europäische Bevölkerung den Krieg mit großer Mehrheit ablehnte, waren die politischen Führungen der europäischen Länder gespalten. Deutschland und Frankreich, deren Beziehungen durch eine gemeinsame Anstrengung und symbolträchtige Beschlüsse im Umfeld des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages im Januar eine neue Dynamik entfalten konnten (s.u.), führten das Lager der Kriegsgegner an. Großbritannien, Italien, Spanien und Dänemark sowie die meisten Beitrittskandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa unterstützten dagegen die Position der USA. Vor allem die Tatsache, dass die neuen Mitglieder sich mit ihrer Haltung gegen wichtige alte EU-Staaten stellten, führte innerhalb der EU zu heftigen Auseinandersetzungen. Besonders Präsident Chirac machte seine Verärgerung über die Haltung der Mittel- und Osteuropäer sehr deutlich.

1. Symbolträchtige Relance der deutsch-französischen Beziehungen: 40 Jahre Elysée-Vertrag

Am 22. und 23. Januar feierten Deutschland und Frankreich in Paris und Berlin den 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages.⁹¹⁵ Nach dem Versöhnungsmotiv aus den Anfangsjahren der Zusammenarbeit sahen Deutschland und Frankreich im 21. Jahrhundert die neue Begründung ihrer außergewöhnlichen Beziehung in einer Vorreiterrolle für Europa: „Nous sommes reconciliés. Nous devons maintenant être une force d’entraînement au service de l’Europe.“⁹¹⁶ Die Bedingungen für eine Relance der deutsch-französischen Beziehungen waren zu Beginn des Jahres 2003 günstig: Mit dem vor dem Brüsseler Gipfel 2002 gefundenen Kompromiss zur Gemeinsamen Agrarpolitik war eines der schwierigsten Themen zwischen Deutschland und Frankreich zunächst geregelt. Außerdem waren sowohl der französische Staatspräsident als auch der deutsche Bundeskanzler in ihren Ämtern bestätigt worden. Lähmende nationale Wahlen standen bis auf weiteres nicht an. In Frankreich hatte darüber hinaus die schwierige Situation der Kohabitation ein Ende gefunden.

In einem Gastbeitrag im *Rheinischen Merkur* zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages formulierte Chirac neben einem historischen Rückblick auf die deutsch-französischen Beziehungen seine Sicht auf die neue Rolle der beiden Länder in einer erweiterten Union:

⁹¹⁵ Nach einem deutsch-französischen Ministerrat kamen die Abgeordneten beider Länder zu einer gemeinsamen Plenarsitzung in Versailles zusammen. In Berlin wurden die neue französische Botschaft eröffnet und eine Stele zu Ehren von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle enthüllt. In beiden Ländern wurde ein Generalsekretär für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt, die Parlamente sollten enger kooperieren und der 22. Januar wurde zum deutsch-französischen Tag erklärt. Vgl. Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, dokumentiert auf www.bundesregierung.de, Zugriff 15.04.2003. Vgl. zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu Beginn des Jahres 2003 und zu ihren Herausforderungen das Dossier zu 40 Jahre Elysée-Vertrag in *Dokumente* 6/2002 sowie Ingo Kolboom (2002): „Deutsch-französische Beziehungen und (k)ein Ende...“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 54-59. Vgl. zu den Beschlüssen zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages u.a. Joachim Schild (2003): *40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Bilaterale und europapolitische Impulse des deutsch-französischen Jubiläums*, SWP-Aktuell 4, Februar 2003, Berlin; Ders. (2003b): ‚Ganz normale Freunde‘. *Deutsch-französische Beziehungen nach 40 Jahren Elysée-Vertrag*, SWP-Studie, Berlin, Januar 2003; Brigitte Sauzay (2003): „Deutschland-Frankreich: Die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4/2003, S. 3-5; Peter A. Zervakis/Sébastien von Gossler (2003): „40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4/2003, S. 6-13 sowie Ulrike Guérot (2003): „Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4/2003, S.14-20. Dass sich das deutsch-französische Verhältnis im Jahr 2003 grundlegend verbesserte, ließ sich auch daran ablesen, dass der französische Staatspräsident am zweiten Tag des Brüsseler EU-Gipfels im Oktober neben seinem eigenen Land auch Deutschland vertrat, da sowohl der deutsche Bundeskanzler als auch der Vizekanzler aus innenpolitischen Gründen (Abstimmung im Bundestag über die Agenda 2010) verhindert waren. Eine solche Übertragung von Kompetenzen war auf europäischer Ebene ein Novum. Vgl. u.a. Pierre Bocev: ‚„Gerhard Chirac‘ en vedette à Bruxelles‘ und Alexandrine Bouilhet: ‚Les pays fondateurs défendent le projet Giscard‘, beide in *Le Figaro* 17.10.2003, auch zu den nicht nur positiven Reaktionen der europäischen Partner auf diese Demonstration deutsch-französischer Einigkeit.

⁹¹⁶ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien ‚Le Figaro‘, 20.1.2003.

„Je suis pour ma part convaincu [...] que les nouvelles réalités de l'Europe d'aujourd'hui et les défis qu'elle doit relever justifient non seulement le maintien mais aussi le renforcement de l'amitié et de la coopération franco-allemande, et ce au service d'une responsabilité commune pour l'Europe. [...] Une Europe élargie à 25 en 2004 puis à 27 en 2007 sera plus riche de diversité mais aussi nécessairement plus lourde, moins homogène. Elle aura plus de mal à affirmer sa cohésion et à défendre à l'extérieur des intérêts communs. Il est de la responsabilité de l'Allemagne et de la France, nations fondatrices du projet européen, placées par leur position géographique et leur poids spécifique au centre de la nouvelle Europe, de définir ensemble les compromis à travers lesquels l'Europe peut renforcer sa cohésion et sa capacité d'action, et déterminer son avenir. La force conjuguée de l'Allemagne et de la France peut ne pas être toujours suffisante pour surmonter les difficultés que l'Europe trouve sur sa route, mais l'expérience prouve qu'aucun projet européen n'a de chances d'aboutir si la France et l'Allemagne ne le portent pas ensemble avec détermination.“⁹¹⁷

Die französischen Interessen, besonders im außenpolitischen Bereich, sah Chirac in einer erweiterten Union nicht gefährdet. Im Gegenteil konstatierte er für die nähere Zukunft große Übereinstimmungen zwischen den französischen und den europäischen Prioritäten:

„L'Europe n'existera dans le monde multipolaire que si elle a une politique de sécurité et de défense, ce qui suppose aussi une politique étrangère. Cela n'est pas de nature à perturber celle de la France car, profondément, les intérêts de la France sont intégrés aux intérêts de l'Europe. Qu'il s'agisse de l'Iraq, du Proche-Orient, de l'Afrique, du développement ou de la mondialisation, j'ai la quasi-certitude que la position de la France est très majoritaire.“⁹¹⁸

Eine Illustration der wiedergefundenen Nähe im deutsch-französischen Verhältnis stellten auch die gemeinsamen Beiträge der beiden Länder zu den Diskussionen im Verfassungskonvent dar. Nach Vorschlägen zur ESVP, zur Realisierung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie zur wirtschaftlichen Ordnungspolitik einigten sich Deutschland und Frankreich im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages auch auf eine gemeinsame Position bei wichtigen Punkten der zukünftigen institutionellen Gestalt der EU.⁹¹⁹

⁹¹⁷ Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, publiée dans l'hebdomadaire ‚Rheinischer Merkur‘, 15.1.2003, zitiert nach der französischen Übersetzung auf www.elysee.fr. Vgl. für ähnliche Aussagen: Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien ‚Die Welt‘, 20.1.2003 und Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant les députés allemands et français réunis à Versailles, Château de Versailles 22.1.2003.

⁹¹⁸ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien ‚Le Figaro‘, 20.1.2003.

⁹¹⁹ Vgl. u.a. Mathias Jopp/Saskia Matl (2003): ‚Perspektiven der deutsch-französischen Konventsvorschläge für die institutionelle Architektur der Europäischen Union‘, in: *integration* 2/2003, S. 99-111 und Medard Ritzenhofen (2003): ‚Doppelspitze für Europa, UNO-Banner im Irak. ‚Le nouveau Chirac‘ kämpft an vielen Fronten‘, in: *Dokumente* 1/2003, S. 6-11 sowie Joachim Schild (2004): *La France, l'Allemagne et la Constitution européenne: un bilan mitigé, un leadership contesté*, Note du Cerfa n° 10, März 2004, Paris. Alle genannten deutsch-französischen Konventsvorschläge sind abgedruckt in *Dokumente* 2/2003, S. 37-46.

Bewertung und Einordnung der deutsch-französischen Relance

Deutschland und Frankreich fanden im Zuge der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages wieder zusammen, begründeten ihr Verhältnis neu und setzten sich neue Ziele v.a. auch in und für Europa. Die sich konkretisierende Perspektive der Osterweiterung hatte für Frankreich bei der seit Herbst 2002 von beiden Seiten betriebenen Wiederannäherung zwischen Deutschland und Frankreich sicherlich auch eine Rolle gespielt. Ohne eine Wiederbelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sah Frankreich die Gefahr, dass sich Deutschland verstärkt den mittel- und osteuropäischen Ländern zuwenden könnte, mit potentiell negativen Auswirkungen auf Frankreichs Stellung in Europa. Die Durchsetzung der deutsch-französischen Ziele in Europa war mit der Erweiterungsperspektive deutlich schwieriger geworden. Weder bei den Diskussionen im Vorfeld des Irak-Krieges (s.u.) noch bei der Debatte über die Europäische Verfassung folgten die anderen EU-Staaten uneingeschränkt der deutsch-französischen Linie. Damit fand sich die EU in einer schwierigen Lage: Der deutsch-französische Motor funktionierte zwar wieder, wurde aber nicht mehr als einziger Antrieb der Gemeinschaft angesehen und daher in seinen Initiativen nicht mehr in jedem Fall befolgt. Eine Alternative, um die EU voranzubringen, war jedoch nicht in Sicht. Die deutlich bekundete Absicht Deutschlands und Frankreichs, im Sinne Europas handeln und kooperieren zu wollen, musste daher kritisch hinterfragt werden.⁹²⁰ Statt der EU durch ihre Initiativen neue Impulse zu geben und, wie in den Anfangsjahrzehnten der Integration, stellvertretend für die gesamte Gemeinschaft im Vorfeld von wichtigen Entscheidungen einen bilateralen Kompromiss auszuloten, der dann auch für alle anderen EU-Länder tragbar war, erweckten Deutschland und Frankreich mit ihrer Wiederannäherung der Jahre 2002/2003 eher den Eindruck, sich zu verbünden, um machtvoll die deutschen und

⁹²⁰ Vgl. dazu auch Sabine von Oppeln (2003): „Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung?“, in: *Dokumente 2/2003*, S. 11-18; Martin Koopmann (2003): „Leadership oder Krisenmanagement? Kommentar zu den deutsch-französischen Europainitiativen“, in: *Dokumente 2/2003*, S. 19-34 sowie Schild (2004), a.a.O., S. 13: „Si la France et l’Allemagne veulent continuer à jouer un rôle d’impulsion au sein de l’Union, elles doivent impérativement changer de style et de méthode. Ce n’est pas un directoire des grands, ni un bilatéralisme de caractère exclusif qui fera avancer la construction européenne. Dans une Union élargie, la recherche patiente de compromis, basée sur des consultations régulières et sérieuses parmi les pays membres et avec la Commission et le Parlement européens, sera plus nécessaire que jamais. Bien sûr, un ‘pressing’ diplomatique à deux ou à trois peut donner des résultats à court terme sur tel ou tel dossier. Mais la capacité d’entraînement de Paris et de Berlin sera d’autant plus réduite sur le long terme que la légitimité de leur rôle commun au sein de l’Union européenne se trouvera de plus en plus contestée.“ Vgl. auch Ingo Kolboom (2003): „40 = 12 ans Traité de l’Elysée ou: L’adieu franco-allemand à l’Europe“, in: *Documents 1/2003*, S. 80-82.

französischen Interessen gegen die anderen EU-Staaten durchzusetzen.⁹²¹ Diese Herangehensweise zeigte sich besonders häufig bei Fragen, bei denen Deutschland und Frankreich den Anspruch erhoben, selbstverständlich für die EU als Ganzes zu sprechen und zu entscheiden.⁹²² Auch Jacques Chirac ging in seiner oben zitierten Äußerung von einer weitreichenden Übereinstimmung zwischen französischen und europäischen Interessen aus, die eine problemlose Durchsetzung französischer Positionen in Europa möglich machen würde. Diese Erwartung war jedoch in einer erweiterten Union nicht mehr realistisch.

Es blieb nach den Feierlichkeiten im Januar 2003 die Frage nach der Bedeutung und der Definition der deutsch-französischen Sonderbeziehung in einer Union mit über 20 Mitgliedern. Besonders in Situationen, in denen sich die Mitgliedsstaaten auf schwierige Kompromisse einigen mussten, wie beim Agrarkompromiss 2002, war die deutsch-französische politische Führung auch in einer erweiterten Union gefragt. In der Irak-Krise gelang es Deutschland und Frankreich allerdings nicht, sich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten auf eine einheitliche Position zu verständigen. Im Gegenteil beförderte insbesondere Präsident Chirac mit seinen Äußerungen gegenüber den Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa die Entstehung neuer Trennlinien in Europa.

⁹²¹ Vgl. dazu die Einschätzung von Ulrike Guérot: „Auffallend ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris in den vergangenen Jahren oft einzig darin bestand, dem Partner bei der Durchsetzung nationaler Interessen in der EU zu assistieren. So gab Bundeskanzler Gerhard Schröder dem französischen Premierminister Lionel Jospin auf dem Göteborger Gipfel im Juni 2001 Rückendeckung im Kampf gegen die von der EU-Kommission forcierte Liberalisierung des französischen Energiemarktes. Jospin wiederum unterstützte das deutsche Ansinnen, den EU-Beitrittskandidaten erst nach einer Übergangsphase volle Freizügigkeit im Personenverkehr zu gewähren. So verbündeten sich Deutschland und Frankreich zwar gegen unliebsame EU-Entscheidungen, der europäischen Sache war damit aber keineswegs gedient – der Erfolg der einstigen ‚Integrationsmotors‘ hinterließ einen schalen Nachgeschmack. Zum gemeinsamen Krisenmanagement waren beide Länder noch fähig. Doch die inhaltliche Tragfähigkeit dieser bilateralen Initiativen ist fraglich.“ Guérot (2003), a.a.O., hier S. 15.

⁹²² Frank Baasner sprach in seiner Analyse der Neuausrichtung des deutsch-französischen Verhältnisses von einem „Paradigmenwechsel“, Wolfram Vogel in ähnlicher Weise von einem „Paradigmenschwund“. Vgl. Frank Baasner (2004): „Paradigmenwechsel in den deutsch-französischen Beziehungen?“, in: *Dokumente* 1/2004, S. 60-65 und Wolfram Vogel (2004): *Neue Dynamik im altem Europa. Deutsch-französische Beziehungen zwischen Jubiläum und Osterweiterung der EU*, Aktuelle Frankreich-Analysen des Deutsch-französischen Instituts Ludwigsburg, Februar 2004.

2. Der amerikanische Militäreinsatz gegen den Irak

2.1 Fakten und Positionen⁹²³

Bestimmendes Thema der internationalen Politik im Jahr 2003 war der amerikanische Militäreinsatz gegen den Irak. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahre 2002 hatte sich die Entwicklung zugespitzt. Die USA versuchten, im UN-Sicherheitsrat ein Mandat für einen Krieg gegen den Irak zu bekommen. Basis des amerikanischen Vorstoßes war der Verdacht, das Regime Saddam Husseins besäße widerrechtlich Massenvernichtungswaffen, durch die sowohl Europa als auch die USA bedroht wären. Außerdem vermutete die US-Administration eine Verbindung zwischen dem Regime Saddam Husseins, Al Qaida und den Anschlägen des 11. September 2001. Der Sicherheitsrat verabschiedete am 8. November 2002 die Resolution 1441, mit deren Hilfe der Irak gezwungen werden sollte, seinen Waffenbesitz offenzulegen und UN-Inspektoren zur Suche nach eventuell versteckten Waffen ins Land zu lassen. Die Inspektoren fanden die von den USA im Irak vermuteten Waffen nicht. Dennoch drängte die Bush-Administration immer stärker auf einen Militäreinsatz. Deutschland als nichtständiges und Frankreich als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates sprachen sich dagegen für eine Fortsetzung der Arbeit der Inspektoren aus. Beide Länder waren gegen einen Angriff auf das Regime Saddam Husseins ohne UN-Mandat und sahen in der Resolution 1441 keine ausreichende Grundlage für einen Kriegseinsatz. Am 5. Februar 2003 versuchte der amerikanische Außenminister vor dem Sicherheitsrat zum letzten Mal, die anderen Mitglieder von der Notwendigkeit eines Militärschlags gegen Saddam Hussein zu überzeugen. Mit, wie sich später herausstellt, gefälschten Luftaufnahmen und Schaubildern bemühte er sich, das Vorhandensein von gefährlichen Massenvernichtungswaffen im Irak zu belegen. Es gelang ihm jedoch nicht, eine Mehrheit für ein UN-Mandat zu erreichen. Deutschland, Frankreich und Russland sahen hierfür keine Basis.⁹²⁴

Die USA setzten ihre Pläne trotz aller Bedenken um und begannen am 20. März 2003 eine Offensive gegen das Regime Saddam Husseins. Die Irak-Frage spaltete die Europäische

⁹²³ Vgl. zu den Ausführungen in Teil 2.1 Michael Staack/Rüdiger Voigt (2004): „Im Schatten des Goliath. Europa nach dem Irakkrieg“, in: Dies. (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 9-16. Die folgenden Ausführungen zum Irak-Krieg stützen sich, sofern nicht anders angegeben, hauptsächlich ebenfalls auf diesen Sammelband sowie auf Daniel Vernet/Thomas Cantaloube (2004): *Chirac contre Bush. L'autre guerre*, Paris und auf Harald Müller (2003): *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt.

⁹²⁴ Die gemeinsame deutsch-französische Position hatte sich erst im Laufe der Diskussionen um einen möglichen Militäreinsatz herausgebildet. Während sich der deutsche Bundeskanzler Schröder von Beginn an gegen eine Intervention aussprach, war Frankreich zunächst nicht grundsätzlich dagegen, insistierte aber auf der Notwendigkeit einer Deckung und Kontrolle durch die UNO. Die wenig kompromissbereite Haltung der USA und die immer schärferen diplomatischen Auseinandersetzungen führten Präsident Chirac schließlich dazu, sich der deutschen Haltung anzuschließen.

Union, da neben Großbritannien auch Spanien, Italien, Dänemark und die meisten der Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa den Kurs der USA unterstützten, Deutschland und Frankreich aber sehr dezidiert dagegen waren. Die USA forcierten diese Spaltung noch, beispielsweise durch die Äußerungen ihres Verteidigungsministers Donald Rumsfeld, der die Unterstützer der USA im Rahmen der „Koalition der Willigen“ als „neues“ und die Gegner des Militäreinsatzes, also hauptsächlich Deutschland und Frankreich, als „altes Europa“ bezeichnete.⁹²⁵ Für Deutschland war die Konfliktstellung zu den USA, in die Bundeskanzler Schröder sein Land in einer „sicherheitspolitischen Schlüsselfrage“⁹²⁶ brachte, ein Novum der Nachkriegsgeschichte. Die französische Opposition gegen die Politik der Vereinigten Staaten, war dagegen ein wiederkehrendes Motiv seit 1945, auch wenn sich Frankreich in Fragen von Krieg und Frieden wie beispielsweise während der Berlin-Blockade oder der Kuba-Krise, sonst zumeist an die Seite der USA gestellt hatte. Gemeinsam bildeten Deutschland und Frankreich im Frühjahr 2003 ein bedeutsames Gegengewicht zu den USA. Ihre Position verschaffte Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac in Europa und in anderen Teilen der Welt ein sehr positives Image als Verteidiger des Friedens, einer multipolaren Weltordnung und der Prinzipien multilateraler Konfliktlösung. Dies galt umso mehr, als die große Mehrheit der europäischen Bevölkerungen gegen den Militäreinsatz war, auch in Ländern, deren politische Führung den Kurs der USA unterstützte.

Die Kampfhandlungen im Irak wurden offiziell am 1. Mai 2003 eingestellt. Deutschland und Frankreich bemühten sich, möglichst früh die internationale Gemeinschaft wieder ins Spiel und den Wiederaufbau sowie die Hilfe für die Zivilbevölkerung im Irak mit Hilfe der UNO und anderer internationaler Organisationen auf den Weg zu bringen. Das Zerwürfnis mit den USA über deren Vorgehensweise blieb jedoch bestehen. Das Bild der Vereinigten Staaten wurde zudem weiter beschädigt, als sich herausstellte, dass die angeblichen Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak zum Teil gefälscht waren und Folterungen von irakischen Gefangenen durch amerikanische Soldaten bekannt wurden. Zudem erwies sich die Befriedung und vollständige Kontrolle des Iraks für die Amerikaner und ihre Verbündeten als deutlich schwieriger als gedacht.

Beim G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen und Russlands vom 1. bis zum 3. Juni in Evian unter französischem Vorsitz kritisierte Präsident Chirac das unilaterale Vorgehen der USA erneut deutlich, richtete den Blick aber auch bereits nach vorne und forderte eine zentrale Rolle für die Vereinten Nationen beim

⁹²⁵ Vgl. für Rumsfelds Äußerung vom 22.1.2003 bspw. Vernet/Cantaloube (2004), a.a.O., S. 165ff.

⁹²⁶ Michael Staack (2004): „Nein zur Hegemonialmacht. Deutschlands außenpolitische Entscheidungsprozesse im Irak-Konflikt“, in: Staack/Voigt (Hg.) (2004), a.a.O., S. 203-230.

Wiederaufbau des Iraks. Der französische und der amerikanische Präsident waren bestrebt, sich einander wieder anzunähern. Auch Bundeskanzler Schröder erklärte die Irak-Krise für beendet und forderte die wichtigsten Industrienationen für die Zukunft zur Zusammenarbeit bei der Lösung der wichtigsten internationalen Fragen auf.⁹²⁷ In Europa hinterließ der Irak-Krieg auch nach der Beendigung der Militärhandlungen Spuren. Die durch ihn ausgelösten Spaltungen wirkten in der zweiten Jahreshälfte 2003 noch deutlich nach und überschatteten und beeinflussten sowohl die letzten Schritte der Vorbereitung auf die Erweiterung als auch die Regierungskonferenz über die Europäische Verfassung.

Chiracs Konzept einer multipolaren Weltordnung und der Irak-Krieg

Die Irak-Krise war für den französischen Staatspräsidenten Gelegenheit, sein Konzept einer multipolaren Weltordnung und besonders die Rolle Frankreichs darin einem Praxistest zu unterziehen. Gegenüber einer von den USA dominierten unipolaren Weltordnung präsentierte sich Chirac als Vermittler zwischen marginalisierten Staaten der Dritten Welt und den westlichen Industrieländern und außerdem als Anwalt einer menschlicheren Globalisierung. Im Vorfeld der Abstimmung über die Resolution 1441 im Weltsicherheitsrat im November 2002 aktivierte Chirac die diplomatischen Netzwerke der französischen *politique arabe*, um Syrien zur Zustimmung zu bewegen und damit ein einstimmiges Ergebnis zu erreichen, mit dem die Druckkulisse auf Saddam Hussein aufrecht erhalten werden konnte.⁹²⁸ Auch im gesamten Verlauf der Krise legte Frankreich Wert darauf, die Auseinandersetzungen nicht zu einem Konflikt zwischen der westlichen und der arabischen Welt werden zu lassen und

⁹²⁷ Vgl. Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à propos de la présidence française du sommet d'Evian, Palais de l'Élysée 21.5.2003. Vgl. außerdem Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. George W. Bush, Président des États-Unis à l'occasion de leur entretien au sommet d'Evian, Evian 2.6.2003; Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la première journée du sommet du G8 à Evian, Evian 2.6.2003 und Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet d'Evian, Evian 3.6.2003.

⁹²⁸ Den USA war es zuvor nicht gelungen, die Zustimmung Syriens zu erreichen. Vgl. Vernet/Cantaloube (2004), a.a.O., S. 111ff.

bemühte sich immer wieder um Vermittlung.⁹²⁹ Beim Gipfeltreffen mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs am 20. und 21. Februar in Paris sicherte sich Chirac auch deren Unterstützung für seine Irak-Politik.⁹³⁰ Die Einladung von zwölf Gästen zum G8-Gipfel nach Evian, darunter einige afrikanische Länder (Algerien, Marokko, Nigeria, Südafrika, Senegal und Ägypten) war ebenfalls Teil der Strategie Chiracs, Frankreich als Interessenvertreter dieser Länder zu positionieren, um im Gegenzug deren Unterstützung für seine Politik, u.a. im Irak, zu erreichen.⁹³¹ Das Grundmuster von Chiracs Vorgehensweise entsprach der Tradition der *politique africaine* Frankreichs. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts funktionierten einige ihrer Mechanismen noch, zumal Frankreich neben seinen diplomatischen Aktivitäten auch durch die Entsendung von Truppen an die Elfenbeinküste sowie in den Kongo (Ituri) zeigte, dass es die afrikanischen Anliegen und Probleme ernst nahm als andere europäische Staaten oder die USA. Neben den genannten Ländern suchte Chirac in der Irak-Krise außerdem den Schulterschluss mit Russland und fand bei Präsident

¹⁵ Vgl. beispielsweise Chiracs Äußerungen während seiner Algerienreise vom 2. bis zum 4. März 2003, u.a. im Interview mit dem algerischen Fernsehen: „Il y a un monde arabe, il y a d'ailleurs plus largement un monde musulman, qui est une composante très importante sur le plan politique, sur le plan culturel, sur le plan économique du monde d'aujourd'hui et de demain. Il y a également un monde européen, un monde occidental. Ces deux mondes n'ont pas vocation à se faire la guerre. Ils ont vocation à travailler ensemble au bénéfice de tous les citoyens. Et donc la France est très attentive à ce que la relation entre ces mondes soit une relation équilibrée, juste et respectueuse les uns des autres, respectueuse. Je vous le dis, nous ne pouvons pas accepter tout ce qui peut conduire à des affrontements, au 'choc des civilisations' ou au choc des cultures ou au choc des religions. Cela c'est le piège dans lequel voudrait nous entraîner un certain nombre d'intégristes ou d'extrémistes de toute nature, musulmans ou non musulmans, et c'est un grand danger. Il est donc nécessaire d'en prendre conscience et d'en tirer les conséquences. Et la conséquence la plus importante à en tirer, c'est de se respecter les uns les autres. Personne n'est détenteur de la vérité, il faut se respecter et pour se respecter, il faut dialoguer. C'est la raison pour laquelle nous mettons avant toute autre préoccupation, dans nos relations notamment avec le monde arabe, avec d'autres aussi, le dialogue, le dialogue respectueux des autres. C'est ce qui fonde notre action ou notre position en ce qui concerne le problème iraquien aujourd'hui, en ce qui concerne le problème du conflit israëlo-palestinien, en ce qui concerne plus largement nos relations avec le monde arabe.“; Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à la télévision algérienne, Palais de l'Élysée 1.3.2003. Vgl. auch Chiracs ähnliche Aussage vor dem algerischen Parlament: Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement algérien, Alger 3.3.2003.

⁹³⁰ Vgl. folgende Aussage Chiracs: „Le problème de l'Iraq a été évoqué. Je rappelle qu'il avait fait l'objet d'une déclaration tout à fait claire prise par l'Union africaine il y a quelques jours. Nous en avons délibéré et je dois dire qu'à l'unanimité des Chefs d'Etat et de gouvernement présents à ce sommet, la position de l'Union africaine a été clairement réaffirmée, qu'elle est tout à fait conforme et tout à fait identique à celle que, par ailleurs, défend la France.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Paul Biya, Président du Cameroun, de M. Thabo Mbeki, Président de l'Afrique du Sud, et de M. Kofi Annan, Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, à l'issue de la 22e Conférence des Chefs d'Etat d'Afrique et de France, Palais des Congrès, Paris 21.2.2003.

⁹³¹ Vgl. auch die Einschätzung von Michaela Wiegel in der *FAZ*: „Chirac blieb [nach Evian] die Genugtuung, als Hoher Beauftragter der Multipolarität Frankreichs Weltruf gestärkt zu haben. Er äußerte die Hoffnung, den ‚erweiterten Dialog‘ mit den Staats- und Regierungschefs der Schwellen- und Entwicklungsländer zu einem festen Programmpunkt der G8-Gipfelkonferenzen umzuwandeln. Für Chirac hat der Club der wichtigsten Industrienationen und Russlands seit jeher den bitteren Beigeschmack, ein Instrument der amerikanischen Führung in Europa und der Welt zu sein. Seit er mit mehr als 80 Prozent der Stimmen im Präsidentenamt bestätigt wurde, hat Chirac jegliche Zurückhaltung aufgegeben, seine Sympathien für die Gegner der ‚unipolaren Weltordnung‘ unter Amerikas Führung zu bekunden.“ Michaela Wiegel: „Hoher Beauftragter für die Dritte Welt. Chiracs multipolare Übungen in Evian“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 4.6.2003.

Putin Unterstützung für die deutsch-französische Position. Chirac knüpfte in seiner Vorgehensweise und auch in seinem Auftreten an von Charles de Gaulle geprägte Traditionen und Stile französischer Außenpolitik an. Im Ergebnis brachte die Irak-Krise Frankreich und damit auch Präsident Chirac international einen großen Ansehenszuwachs, auch wenn er innerhalb Europas durch seine verbale Entgleisung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten Kredit verspielte.

2.2 Chiracs Kritik an der Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten im Irak-Konflikt

Am 17. Februar 2003 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel zusammen, um eine gemeinsame Position zur Irak-Krise festzulegen. Die Schlussfolgerungen der griechischen Ratspräsidentschaft betonten die Bedeutung, welche die EU den Vereinten Nationen für die Konfliktlösung beimaß. Ein Militäreinsatz wurde nur als letztes Mittel gewünscht:

„Die Art und Weise, wie die Situation in Irak geregelt wird, wird bedeutsame Auswirkungen auf die Welt in den nächsten Jahrzehnten haben. Im Besonderen sind wir entschlossen, die von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgehende Bedrohung effektiv anzugehen. Wir sind den Vereinten Nationen verpflichtet, die nach wie vor im Zentrum der Weltordnung stehen. Wir erkennen an, dass die vorrangige Verantwortung für die Handhabung der Entwaffnung Iraks beim Sicherheitsrat liegt. Wir verpflichten uns, ihn bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung voll zu unterstützen. Ziel der Union bleibt die tatsächliche und vollständige Abrüstung Iraks gemäß den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates, insbesondere der Resolution 1441. Wir möchten dies friedlich erreichen. Es ist klar, dass die Bevölkerung Europas dies so wünscht. Krieg ist nicht unvermeidlich. Gewalt sollte nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Es ist Sache des irakischen Regimes, diese Krise zu beenden, indem es die Forderungen des Sicherheitsrates erfüllt.“⁹³²

Die EU sprach sich außerdem für einen die gesamte Region einbeziehenden Lösungsansatz aus, der auch den israelisch-palästinensischen Konflikt berücksichtigen und das Gespräch mit arabischen Staats- und Regierungschefs suchen müsse. Die Haltung der EU entsprach damit in wesentlichen Punkten der französischen Position, außer dass nicht explizit erwähnt wurde, dass aus französischer Sicht bei der Umsetzung der vom Rat festgehaltenen Vorgehensweise

⁹³² Sondertagung des Europäischen Rates am 17. Februar 2003 in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

eine weitere Resolution, wie von den USA gewünscht, nicht erforderlich war.⁹³³ Mit den Beschlüssen des Sondergipfels zeigte sich Chirac daher im großen und ganzen zufrieden.⁹³⁴ Auch die Frage einer möglichen zweiten Resolution erschien ihm angesichts der Brüsseler Beschlüsse nicht von akuter Aktualität:

„Nous avons pris une position commune [...] qui, pour ce qui me concerne, est satisfaisante. [...] Ce soir, nous avons observé un vrai rapprochement, me semble-t-il. [...] Alors, naturellement, je ne vous dirai pas que tout est pour autant aplani mais cette mini-crise européenne a été, me semble-t-il, l'avenir le dira, surmontée. [...] je le répète, la position de la France ne change pas et n'est pas, dans l'état actuel des choses et sauf événement nouveau qui serait de nature à contredire les raisons-mêmes qui la justifient, n'est pas de nature à changer. Ces derniers jours, il y avait eu l'hypothèse, qui avait été évoquée par certains observateurs, d'une nouvelle résolution. La France avait fait savoir que cette hypothèse lui paraissait dépourvue de fondement et je dois dire qu'on n'en a pas parlé aujourd'hui.“⁹³⁵

Als einen der Auslöser der „Mini-Krise“ innerhalb der EU sah Chirac den „Brief der 8“ zur Unterstützung der Politik der USA, der unter anderem auch von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik unterzeichnet worden war. Während diese „Mini-Krise“ in Chiracs Einschätzung, wie aus dem vorangegangenen Zitat deutlich wurde, im Verlauf des Gipfels bereits wieder überwunden werden konnte, sah der französische Staatspräsident eine weitere Initiative zur Unterstützung der USA, die „Erklärung von Wilna“, an der ebenfalls einige der Beitrittskandidaten beteiligt waren, wesentlich kritischer:

⁹³³ Der französische Staatspräsident hatte unmittelbar vor dem Sondergipfel noch einmal die französischen Prioritäten zusammengefasst: „Nous avons des positions communes. Nous sommes tous désireux de procéder à l'élimination des armes de destruction massive de l'Iraq. Nous reconnaissons qu'il n'y a que le Conseil de sécurité de l'ONU qui a vocation, dans ce domaine, à prendre une décision. Nous sommes engagés dans le cadre de la résolution 1441 sur la voie d'un désarmement par le biais des inspecteurs qui, seuls, donc, peuvent arrêter ce processus. Et nous considérons tous, j'imagine, que la guerre est toujours, toujours, la pire des solutions. Voilà notre position, qui nous conduit à en conclure qu'il n'est pas nécessaire, aujourd'hui, d'avoir une deuxième résolution, à laquelle la France ne pourrait que s'opposer.“ Déclaration à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, Brüssel 17.2.2003. Vgl. auch Vernet/Cantaloube (2004), a.a.O., S. 217ff.

⁹³⁴ Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 17.2.2003.

⁹³⁵ Ebd. Das Wort Mini-Krise nahm Chirac im weiteren Verlauf der Pressekonferenz zurück und sprach nur noch von einer „Schwierigkeit“ („difficulté“): „Et je vais vous dire une chose: ce qui est en cause aujourd'hui, c'est la capacité de l'Europe à avoir une politique étrangère et de sécurité commune. Nous l'avons affirmée. Et puis, tout d'un coup, un incident conduit très naturellement à dire: ‚qu'est-ce que vous nous racontez puisqu'en réalité, vous voyez bien, quand il y a un problème important, vous n'êtes pas d'accord?‘ Eh bien, ce sera surmonté, ça aussi. Et nous aurons dans trois ans, dans cinq ans, dans dix ans, une politique étrangère et de sécurité commune. Et cela passe par le fait d'avoir surmonté un certain nombre de difficultés. J'ai peut-être eu tort d'utiliser le mot mini-crise, mais il y a eu une difficulté, je crois qu'elle est en voie d'être surmontée. Nous verrons.“ Auch beim Europäischen Rat von Brüssel im März ging Chirac davon aus, dass über die kurzfristige Strategie gegenüber dem Irak Uneinigkeit in Europa herrsche, jedoch grundsätzlich Einigkeit bestehe über die langfristigen Ziele in der Region und auch über den Wiederaufbau im Irak: „Je ne suis pas sûr que l'on puisse parler d'échec de la diplomatie européenne. Il y a eu une division de l'Union européenne sur cette affaire. [...] Et ce qui était important pour nous, aujourd'hui, c'était de bien nous assurer que l'Europe était unanime sur quelques principes pour l'avenir. Elle a été divisée, c'est un fait, complètement divisée, opposée, pour ce qui concerne la stratégie à court terme. Il était important d'observer qu'elle était unanime pour ce qui concerne les grands principes sur lesquels devrait reposer cette reconstruction. C'est ce qui a été le cas.“ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 21.3.2003.

„[...] il y a eu deux choses. Il y a eu, d'une part, trois pays qui ont signé la lettre, que cinq autres pays de l'Union européenne avaient proposée, concernant cette affaire de l'Iraq. C'est cette lettre qui était apparue comme créant une crise ou une mini-crise au sein de l'Union européenne, en tous les cas comme contraire à l'idée d'une politique étrangère européenne commune, à juste titre. Ces trois pays, c'était [sic] la Pologne, la Hongrie et la République tchèque. [...] En ce qui concerne la déclaration de Vilnius, c'est un peu différent. Elle comprend cinq pays candidats, les trois pays baltes, la Slovénie et la Slovaquie, deux pays candidats dont la candidature a été reportée, qui sont la Roumanie et la Bulgarie, et trois pays qui n'ont pas encore le statut de candidat, c'est-à-dire la Croatie, la Macédoine et l'Albanie. Je ferai tout de même un commentaire, vous avez eu raison de le souligner, car cela le mérite. Concernant en tous les cas les pays candidats, je ne parle pas des pays qui ne sont pas candidats, mais les pays candidats, honnêtement, je trouve qu'ils se sont comportés avec une certaine légèreté. Car entrer dans l'Union européenne, cela suppose tout de même un minimum de considération pour les autres, un minimum de concertation. Si, sur le premier sujet difficile, on se met à donner son point de vue indépendamment de toute concertation avec l'ensemble dans lequel, par ailleurs, on veut entrer, alors, ce n'est pas un comportement bien responsable. En tous les cas, ce n'est pas bien élevé.“

Chirac setzte seine Ausführungen fort mit einer ungewöhnlich direkten und sowohl inhaltlich als auch in ihrer Formulierung bemerkenswerten Kritik am Verhalten der Kandidatenländer:

„Donc, je crois qu'ils ont manqué une bonne occasion de se taire. J'ajoute qu'au-delà du côté un peu plaisant ou enfantin de la démarche, elle est dangereuse. Il ne faut pas oublier que plusieurs pays vont avoir, parmi les Quinze, la nécessité de ratifier l'élargissement par la voie du référendum. Or on sait très bien que, déjà, les opinions publiques, comme toujours quand il s'agit de quelque chose de nouveau, ont accueilli l'élargissement avec quelques réserves, sans toujours comprendre exactement l'intérêt qu'il y avait à l'approuver. Alors, évidemment, une démarche comme celle que vous soulignez ne peut que renforcer, dans l'opinion publique des Quinze et notamment de ceux qui feront une ratification par voie de référendum, un sentiment d'hostilité. Or il suffit d'un seul pays qui ne ratifie pas par référendum pour que cela ne marche pas. Donc, ces pays ont été, je dirais, à la fois, disons le mot, pas très bien élevés et un peu inconscients des dangers que comportait un trop rapide alignement sur la position américaine. Voilà ce que je voulais dire sur ce point.“⁹³⁶

Auf eine Nachfrage zur unterschiedlichen Bewertung von amerikafreundlichen Äußerungen von EU-Mitgliedern und von Kandidatenländern führte Chirac seine Meinung noch weiter aus:

„Question: Monsieur le Président, il y a d'autres pays européens qui font partie des Quinze qui étaient avec les pays qui ont signé les lettres. Pourquoi avez-vous le droit de dire aux pays candidats: ‚vous ne pouvez pas faire cela‘, quand des pays comme la Roumanie, l'Espagne, l'Italie et le Danemark se sont mis d'accord avec les Etats-Unis sur ce qu'il faut faire en Iraq? Pourquoi les uns et pas les autres?

Le Président: Parce que les uns sont candidats et que les autres sont déjà dans la famille. Quand on est dans la famille, on a tout de même plus de droits que lorsque l'on demande à

⁹³⁶ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 17.2.2003 für beide Teile des Zitats.

entrer, que l'on frappe à la porte. Vous comprenez, je ne critique personne. Mais ce n'est pas convenable. Et, alors, vous avez cité la Roumanie dans votre liste. Je trouve que la Roumanie et la Bulgarie ont été particulièrement légères de se lancer ainsi, alors que leur position est déjà très délicate à l'égard de l'Europe. Si elles voulaient diminuer leurs chances d'entrer dans l'Europe, elles ne pouvaient pas trouver un meilleur moyen.⁹³⁷

Beim Treffen des Weimarer Dreiecks in Wroclaw/Polen im Mai wurde Chirac noch einmal auf seine Äußerungen angesprochen. Er blieb auch bei dieser Gelegenheit bei seiner Einschätzung zum Verhalten der Kandidatenländer im Hinblick auf den Irak-Krieg:

„Les Polonais ont eu tort de se sentir offensés car je ne peux pas avoir à leur égard une pensée qui soit offensante. Ce n'est pas dans ma nature, ni dans la nature des sentiments que je porte depuis toujours aux Polonais, et qui sont d'ailleurs des sentiments très largement unanimes en France. J'ai simplement dit que, lorsqu'on constitue une famille, avant de prendre des positions extérieures, il faut un minimum de concertation, au moins informer les autres membres de la famille. C'est cela que j'ai indiqué. Et je n'ai pas vraiment le sentiment d'avoir offensé qui que ce soit. Et je n'ai pas non plus le sentiment d'avoir tort.“⁹³⁸

Pressebewertung von Chiracs Kritik an den Kandidatenländern

Chiracs deutliche Worte an die Adresse der mittel- und osteuropäischen Staaten fanden ein breites Echo in der Presse. Pierre Bocev und Philippe Gélie schlossen in *Le Figaro* aus, dass Chiracs Äußerungen spontan gefallen seien („Le coup de tête est exclu, même si l'hôte de l'Elysée mâche rarement ses mots.“). Vielmehr ordneten sie Chiracs Bemerkungen ähnlichen Äußerungen anderer französischer Regierungsmitglieder zu, darunter Außenminister de Villepin und Verteidigungsministerin Alliot-Marie.⁹³⁹ Auch Luc de Barochez betonte, dass Chiracs Äußerung sicherlich nicht spontan geschehen sei, sondern bewusst und geplant und stellte sie ebenfalls in den größeren Zusammenhang verbreiteter Erweiterungskepsis in Frankreichs politischer Klasse:

„La critique de l'élargissement est populaire en France. Beaucoup d'hommes politiques pensent qu'il accélérera la tendance de l'Union européenne à devenir un grand marché sans

⁹³⁷ Ebd.

⁹³⁸ Conférence de presse conjointe de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue du cinquième sommet du Triangle de Weimar, Wroclaw 9.5.2003. Auch im Interview mit der *New York Times* im September nahm Chirac seine Aussagen nicht zurück, sondern wiederholte seine Einschätzung: „Question: Et vous regrettez d'avoir dit que les Polonais avaient perdu une bonne occasion de se taire? Le Président: Non, je ne le regrette pas. Je devrais le regretter, mais je ne le regrette pas. Quand on décide de se mettre ensemble, en famille, la moindre des choses, c'est que lorsqu'on prend cette position différente de celle de la famille, on en discute. On prévient avant. Moi, j'ai appris cette position par la presse. Ce n'est pas convenable. Les Polonais entrent dans l'Europe. Il faut accepter un minimum de règles, au moins prévenir par téléphone.“ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au „New York Times“. Propos recueillis par Mme Elaine Sciolino, 22.9.2003.

⁹³⁹ Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Les pays candidats au centre de la bataille“, *Le Figaro* 19.2.2003. De Villepin hatte betont, Europa sei nicht nur eine Registrierkasse. Alliot-Marie hatte Chiracs Argument einer möglichen negativen Reaktion auf das Verhalten der Kandidatenländer in den aktuellen EU-Ländern aufgenommen und mit einem negativen Ausgang von Referenden zur Osterweiterung gedroht.

ossature politique plutôt que ‚l’Europe puissance’ dont beaucoup rêvent. Or, depuis décembre, les pays candidats d’Europe centrale ont multiplié les choix atlantistes. Cette évolution a alimenté les craintes de ceux qui voient dans l’élargissement une dilution de ‚l’Europe européenne’, malgré les efforts déployés par la Convention présidée par Valéry Giscard d’Estaing pour doter l’union d’une constitution.“⁹⁴⁰

Frankreichs Unzufriedenheit mit der atlantischen Orientierung der mittel- und osteuropäischen Staaten werde von anderen Partnern Frankreichs in der EU durchaus geteilt, so de Barochez. Der Tonfall der französischen Kritik hielt er jedoch nicht für angemessen:

„Si beaucoup, à Bruxelles ou à Berlin, ont approuvé dans son principe l’intervention de Jacques Chirac, certains ont regretté la vigueur du ton. La France, souvent accusée en Europe d’arrogance et de condescendance, prête une fois de plus le flanc à la critique. Conseiller de ‚se taire’ à des pays sortis d’un demi-siècle de joug soviétique, n’était pas forcément la meilleure expression à employer pour faire leur éducation européenne. [...] L’affaire montre en tout cas que la crise irakienne a laissé en Europe des cicatrices qui mettront du temps à se résorber.“⁹⁴¹

Auch Mirel Bran war der Ansicht, dass Chirac in Brüssel mit seiner Meinung zu den mittel- und osteuropäischen Staaten nicht alleine stehe und sah darin Anlass zur Beunruhigung für die Kandidatenländer:

„Le vrai problème est que le président français a dit ce qu’une partie des Quinze pensent à l’égard de ceux qui frappent aux portes de l’Europe. Il y a donc des raisons pour s’inquiéter chez les anciens satellites de l’Union soviétique. [...] Pour les dix pays invités à rejoindre l’Europe [manifester leur soutien aux Etats-Unis] c’était une manière d’afficher leur fidélité à la politique de défense américaine tout en restant candidats à l’UE. Pour la Roumanie et la Bulgarie, c’était jouer avec le feu dans une Europe où les opinions publiques sont d’ores et déjà réticentes à un élargissement jugé dangereux.“⁹⁴²

Thomas Ferenczi sah in den Folgen von Chiracs Äußerungen sogar eine Gefahr für den Abschluss des Erweiterungsprozesses. Nachdem Chirac den Kandidatenländern indirekt mit der Nicht-Ratifikation des Beitrittsvertrages in den aktuellen EU-Ländern gedroht hatte, sahen die politischen Führungen der Kandidatenländer ihrerseits die Referenden zum EU-Beitritt in ihren eigenen Ländern durch Chiracs Kritik gefährdet. Die Folgen der gegenseitigen Drohungen seien, so Ferenczis Analyse, noch nicht endgültig abzusehen. Er befürchtete Nachwirkungen bis hin zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung:

„Parmi les Quinze, quoi qu’en ai dit M. Chirac, aucun pays n’a annoncé son intention de recourir à un référendum pour ratifier le traité d’adhésion. En revanche, la France a choisi cette procédure pour ratifier la future Constitution qui sortira des travaux de la Convention

⁹⁴⁰ Luc de Barochez: „La leçon de Paris aux futurs européens“, *Le Figaro* 19.2.2003.

⁹⁴¹ Ebd. Kursivsetzung im Original.

⁹⁴² Mirel Bran: „Les propos de Jacques Chirac suscitent l’amertume derrière l’ancien rideau de fer“, *Le Monde* 20.2.2003.

puis de la Conférence intergouvernementale. La question la plus difficile, souligne-t-on dans certaines chancelleries, pourrait se poser à l'occasion de cette seconde ratification. Du côté des pays candidats, qui trouvent des avantages aux dispositions du traité de Nice, toute révision institutionnelle qui reviendrait en arrière par rapport aux acquis de ce traité serait mal accueillie: la tension créée par la crise irakienne pourrait ainsi, comme à retardement, compliquer la ratification du futur traité constitutionnel. Du côté des Quinze, l'incertitude n'est pas moins grande: privés de référendum sur l'élargissement, les Français pourraient être éventuellement tentés de faire part de leur mécontentement à l'égard de l'Union européenne lorsqu'ils seront appelés à se prononcer sur ses nouvelles institutions.⁹⁴³

Neben Chiracs Äußerung wurde in der französischen Presse auch die Reaktion Tony Blairs thematisiert, der sich in einem Brief an die Beitrittskandidatenländer gewandt und bedauert hatte, dass diese nicht zum EU-Krisengipfel eingeladen, sondern im Anschluss an die Zusammenkunft nur über deren Ergebnisse informiert worden seien. Blair positionierte sich damit im Gegensatz zum französischen Staatspräsidenten. Diese Konstellation ließ einen Konflikt zwischen den beiden Staatsmännern aus den Diskussionen über die Finanzreform der EU wieder aufleben, als Chirac im Gegenzug zu französischen Zugeständnissen bei der GAP eine Debatte auch über den Briten-Rabatt gefordert hatte. *Le Figaro* wertete daher Blairs Brief als „affront“⁹⁴⁴ gegen Chirac und stellte die Auseinandersetzung zwischen den beiden Politikern in den größeren Zusammenhang der insgesamt schwierigen Lage innerhalb der EU. Auch wenn die genauen Gründe für Chiracs Undiplomatie unklar blieben, sahen Pierre Bocev und Philippe Gélie in ihr dementsprechend nicht nur eine Bewertung vergangener Vorgänge, sondern vermuteten hinter Chiracs Aussage auch den Wunsch einer Klarstellung für die Zukunft:

„A la lumière de ce nouveau cavalier seul [de Tony Blair] certains commentaires s'éclairent d'une autre lumière. [...] Surtout, la sévère mise en garde du président Jacques Chirac à l'adresse des pays candidats prend un tout autre relief. Sans qu'on sache vraiment pourquoi il déterrât la hache de guerre sur cet incident vieux de quinze jours, le président français a vivement dénoncé la ‚légèreté‘ des futurs Etats membres qui s'étaient associés à la ‚lettre des Huit‘ [...] A la lumière des derniers développements, il se pourrait donc que les propos du président français ait moins été de régler les comptes du passé que de prendre date pour

⁹⁴³ Thomas Ferenczi: „Le jeu de menaces mutuelles fragilise le processus déjà délicat de l'élargissement“, *Le Monde* 20.2.2003. Die Entscheidung, die Europäische Verfassung per Referendum ratifizieren zu lassen, war im Februar 2003 in Frankreich noch nicht endgültig gefallen. Präsident Chirac war dieser Lösung jedoch nicht abgeneigt, wie er u.a. in seinem Wahlkampfprogramm 2002 festgehalten hatte, und die Wahrscheinlichkeit eines Referendums war daher groß. Zu den Reaktionen in den Kandidatenländern, besonders in Polen, vgl. auch Thomas Ferenczi: „L'interpellation française est perçue à Varsovie comme un coup à l'amitié entre les deux pays“, *Le Monde* 25.2.2003 sowie „Empörung über den ‚Rüpel Chirac‘. Osteuropäische Reaktionen auf die Vorwürfe des französischen Präsidenten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.2.2003 und Kolboom (2010), a.a.O.

⁹⁴⁴ „L'affront de Blair à Chirac“, *Le Figaro* 19.2.2003.

l'avenir.⁹⁴⁵

Bewertung der Auseinandersetzungen im Umfeld des Irak-Krieges vor dem Hintergrund der Osterweiterung

Die Verwerfungen zwischen den europäischen Staaten im Zusammenhang mit den Diskussionen über den Irak-Krieg verwiesen auch auf ungeklärte Fragen im Kontext der Erweiterung und waren insbesondere für das französische Verhältnis zur Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU aufschlussreich. Letztere suchten politische und ökonomische Vorteile durch ihren EU-Beitritt, sahen aber ihre Außen- und Sicherheitspolitik vor allem im atlantischen Rahmen im Verbund mit den USA. Einige von ihnen waren bereits Mitglieder der NATO.⁹⁴⁶ Die Orientierung der mittel- und osteuropäischen Staaten an den USA war nicht neu. In den Diskussionen über die Unterstützung der Politik der USA gegenüber dem Irak trat der Gegensatz zwischen stärker europäisch und stärker atlantisch ausgerichteten Ländern in Europa jedoch besonders deutlich zu Tage.⁹⁴⁷

Für Frankreich hatte dieser Konflikt eine besondere Bedeutung. Zum einen positionierte es sich als Anwalt einer multipolaren Weltordnung sowie als Vertreter der Interessen von ärmeren und schwächeren Ländern gegenüber den dominanten USA und legte großen Wert auf die multilaterale Gestaltung globaler Politik, d.h. in diesem Fall auf die Einbeziehung der Vereinten Nationen. Diese Haltung entsprach wesentlichen Grundprinzipien der Außenpolitik der V. Republik. Zum anderen standen jedoch in den Auseinandersetzungen des Jahres 2003 auch entscheidende Elemente der französischen Europakonzeption zur Disposition. Die in den Kategorien multipolare Welt, Resonanz und v.a. *Europe puissance* niedergelegte französische Vorstellung von Europa wurde durch die Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten herausgefordert: Wenn das Konzept einer multipolaren Welt Wirklichkeit werden sollte, müsste Europa als einer der Gegenpole zu den USA eine einheitliche Position vertreten, die

⁹⁴⁵ Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Les pays candidats au centre de la bataille“, *Le Figaro* 19.2.2003.

Kursivsetzung im Original. Auch *Le Monde* stellte den Zusammenhang her zwischen Blairs Brief an die Kandidatenländer und Chiracs Kritik an deren Haltung in der Irak-Krise. Laurent Zecchini interpretierte Blairs Initiative als Versuch, die französische Position zu relativieren, was aber nur neue Spaltungslinien innerhalb der EU zur Folge habe. Vgl. Laurent Zecchini: „Après le sommet de Bruxelles, la cacophonie européenne est ravivée“, *Le Monde* 20.2.2003.

⁹⁴⁶ Polen, Tschechien und Ungarn waren seit 1999 NATO-Mitglieder. Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien waren seit dem Prager NATO-Gipfel im November 2002 eingeladen, zum Jahr 2004 beizutreten.

⁹⁴⁷ Vgl. auch die Einschätzung von Laurent Zecchini: „Les Européens doivent se poser la question de la vocation et de l'ambition de leur Union dans les affaires du monde, et de ce qui fonde leur alliance avec l'Amérique. Si de la crise irakienne peut sortir un bien pour l'Europe, c'est d'avoir souligné à quel point la question de l'Amérique est un facteur déterminant de l'Union européenne. Or jamais la relation transatlantique n'a été évoquée comme l'un des éléments d'une politique étrangère européenne en gestation autrement que sous la forme des disputes commerciales.“ Laurent Zecchini: „L'Union européenne peine à tirer les leçons de la guerre en Irak“, *Le Monde* 21.3.2003. Vgl. weiterhin Kolboom (2010), a.a.O., bes. S. 97ff.

im Idealfall in ihrer groben Ausrichtung der französischen Haltung entsprechen würde. Nur dann könnte Frankreich Europa dazu nutzen, seine Politik in den internationalen Raum hinein zu verlängern, wie es der Definition der Kategorie Resonanz entspricht. Beides war in der Irak-Krise nicht gegeben: Weder sprach Europa mit einer Stimme, noch konnte Frankreich seine Position als die einer Mehrheit der europäischen Staaten präsentieren und weltweit zur Geltung bringen. Diese Tatsache war nicht alleine den neuen EU-Staaten zuzuschreiben, denn auch alte Mitglieder wie Großbritannien oder Dänemark unterstützten die Position der USA. Allerdings verschärften die mittel- und osteuropäischen Staaten die Situation alleine schon durch ihre Zahl, die dem Lager der amerikafreundlichen Länder in der EU größeres Gewicht verlieh und durch den unglücklichen Zeitpunkt des Konflikts nach dem schwierigen Abschluss der Beitrittsverhandlungen und unmittelbar vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages. Besonders das französische *Europe puissance*-Konzept war durch die Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten betroffen. Wesentliche Elemente dieses Konzepts, an dessen Umsetzung Frankreich seit langer Zeit arbeitete, wurden durch die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder für die USA in Frage gestellt. Die Verwirklichung einer unabhängigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstruktur und einer eigenständigen Außenpolitik schien mit den neuen EU-Ländern kaum möglich, da sie, wie erwähnt, im Zweifelsfall die bereits vorhandenen Garantien der Vereinigten Staaten den noch zu entwickelnden europäischen Instanzen vorzogen. Dies lief einem wesentlichen Element der französischen Europakonzeption zuwider und warf daher die grundsätzliche Frage auf, ob dieses in einer erweiterten Union noch umsetzbar sein konnte.

Chiracs Ausfall gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten war also vor dem Hintergrund der Infragestellung wesentlicher Definitionsmerkmale der französischen Europakonzeption durch die Erweiterung zu sehen. Die Erkenntnis, dass eine solche Infragestellung stattfand, war 2003 nicht neu und liegt der vorliegenden Untersuchung als Hypothese zugrunde. In der praktischen europäischen Politik war sie jedoch noch nie so deutlich zu Tage getreten wie im Jahr 2003 und v.a. von den französischen Verantwortlichen bisher offenbar nicht zur Kenntnis genommen worden. Chirac ging es daher u.a. darum, über die Irak-Krise hinaus auch eine klare Positionsbestimmung für die zukünftige Politikgestaltung in der erweiterten Union abzugeben. Frankreich präsentierte er als Führungskraft eines starken und unabhängigen Europa im Gegensatz zum atlantisch ausgerichteten Großbritannien, an dem sich im Irak-Konflikt die neuen EU-Staaten orientierten. Diese Kontroverse spiegelte sich in der in der Presse wiedergegebenen Polemik zwischen Chirac und Tony Blair. Chiracs Botschaft war klar: Wer eine politisch und

ökonomisch starke und weltweit einflussreiche Europäische Union wolle, müsse sich Frankreich anschließen. Wer dagegen nur eine reine Freihandelszone anstrebe und sich für die Lösung der globalen Probleme weitgehend auf die USA verlassen wolle, könne nicht erwarten, in der EU eine wichtige Rolle einzunehmen. Chirac beanspruchte damit für Frankreich klar eine Führungsrolle und eine Vormachtstellung in Europa.

Die Drohkulisse, die der Präsident gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern aufbaute, war beachtlich und wurde dort – insbesondere in Polen – auch als solche wahrgenommen, wenn auch nicht verstanden.⁹⁴⁸ Abgesehen vom nicht angebrachten Tonfall Chiracs war seine verbale Entgleisung auch insofern nicht nachzuvollziehen, als die neuen EU-Länder von Beginn ihrer Bemühungen um einen EU-Beitritt an nie von ihrer gleichzeitigen atlantischen Ausrichtung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik abgerückt waren und aus z.T. sehr unterschiedlichen Gründen die US-Politik gegenüber dem Irak unterstützten.⁹⁴⁹ Dass Chirac dies nicht erkannt oder zumindest nicht ernst genommen hatte, hatten bereits die Analysen seiner Staatsbesuche in einigen der neuen Länder gezeigt. Chirac ging dort jeweils davon aus, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten sich nach ihrem EU-Beitritt der vorherrschenden und damit wesentlich von Frankreich geprägten Politik der EU anschließen würden. Zahlreiche Kommentare in der Presse hatten im Umfeld der Staatsbesuche bereits darauf hingewiesen, dass diese französische Vorstellung nicht zwangsläufig Wirklichkeit werden würde. Offensichtlich war der Präsident jedoch weiter davon ausgegangen.

Der innereuropäische Konflikt im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg war somit ein weiterer Beweis dafür, dass französische Vorstellungen von Europa mit dessen tatsächlichem Erscheinungsbild nach der Erweiterung in einigen Punkten nicht oder nur schwer in Einklang zu bringen waren. Die französische Konzeption hätte sich den neuen Realitäten anpassen müssen. Dass dies bis unmittelbar vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages unterblieben war, machte die Reaktion Chiracs auf die Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten im Irak-Krieg noch einmal mehr als deutlich. Auch andere Staaten schlossen sich der französischen Kritik daran an. Allerdings standen für die anderen Staaten keine derart grundlegenden Fragen zur Debatte wie für Frankreich. Sie sahen eher die konkreten negativen

⁹⁴⁸ Vgl. auch die Einschätzung von Susanne Nies: „Frankreich gilt nicht selten als arrogant und machtbewusst, als Gegenspieler der USA, die in vielen Staaten Osteuropas als der einzige treue Bündnispartner betrachtet werden. [Im Zuge der Irak-Krise verfestigte sich in] den Hauptstädten von Prag bis Budapest der Eindruck eines überaus arroganten und autoritären Paris, und unangenehme Erinnerungen an sowjetische Gängelung wurden wach.“ Nies (2004), a.a.O., hier S. 13ff.

⁹⁴⁹ Vgl. zu den Motiven der mittel- und osteuropäischen Staaten für ihre Unterstützung der US-Politik detailliert August Pradetto/Mario Assmann (2004): „Die NATO-Osterweiterung. Trojanische Pferde für die transatlantische Herde?“, in: Staack/Voigt (Hg.) (2004), a.a.O., S. 129-155.

Auswirkungen der Uneinigkeit Europas in der Frage des Irak-Krieges. Es blieb nach den Auseinandersetzungen im Frühjahr 2003 die Befürchtung, die Irak-Krise und ihre Folgen könnten nachhaltigen Schaden in Europa angerichtet haben, ausgerechnet zum Zeitpunkt der feierlichen Besiegelung seiner Vereinigung in Athen und kurz bevor die so lange vorbereitete Erweiterung tatsächlich Wirklichkeit werden sollte.

3. Griechische Ratspräsidentschaft

Unterzeichnung des Beitrittsvertrages in Athen

Am 16. April 2003 wurde in Athen der Beitrittsvertrag zur EU für Malta, Zypern und acht mittel- und osteuropäische Länder unterzeichnet. In seiner Ansprache zu diesem Anlass rekapitulierte Staatspräsident Chirac die Entwicklung der europäischen Integration bis hin zur Zusammenführung des Kontinents in den Strukturen der EU. Er betonte die historische Bedeutung der Erweiterung sowohl für die neuen Mitglieder als auch für die EU als Ganzes, blickte jedoch auch bereits nach vorne in die Zukunft der Union. Der geschichtsträchtige Moment der Erweiterung müsse zugleich Anlass für eine Neugründung des europäischen Projekts sein, so der französische Staatspräsident:

„Notre responsabilité est de faire de cet aboutissement un commencement. Devenue plus riche de diversité, l'Union doit garder la cohésion qui est le gage de sa force et de son efficacité. Cette nouvelle Europe ne pourra pas répondre aux attentes de nos concitoyens si, comme on le voit avec la crise actuelle, ses ambitions politiques ne sont pas clarifiées et son fonctionnement profondément repensé. L'élargissement sera un succès si nous savons saisir ce moment historique pour refonder le projet politique européen. C'est l'objectif assigné à la Convention [...].“⁹⁵⁰

Ähnlich äußerte sich Chirac auf seiner Pressekonferenz zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages:

„Cette cérémonie marque un tournant dans la grande aventure de l'Europe, c'est une véritable métamorphose dont nous devons attendre l'accomplissement. Absolument, l'élargissement de l'Union, c'est l'aboutissement d'une formidable ambition, une ambition née il y a plus d'un demi-siècle, et qui consistait à rassembler, à réconcilier l'ensemble de la famille européenne, à rejeter aux oubliettes de l'histoire la guerre et à faire vivre à l'échelle du continent les valeurs sur lesquelles nous souhaitons voir reposer notre civilisation, c'est-à-dire les valeurs de paix et de démocratie. C'est ça la grande ambition des pères fondateurs et c'est ce qui a été la ligne de conduite de l'ensemble de l'action, finalement assez rapide, de la construction européenne avec naturellement tous les problèmes que cela impliquait et qui devaient être résolus au fil des ans.“⁹⁵¹

⁹⁵⁰ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la signature du Traité d'élargissement de l'Union européenne, Athen 16.4.2003.

⁹⁵¹ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la cérémonie de signature du Traité d'adhésion, Athen 16.4.2003.

Die Ziele, die Chirac mit der erweiterten Union verband, lauteten in seiner Darstellung wie folgt:

„L’Union européenne n’est pas seulement un grand marché, n’est pas seulement des politiques communes, une monnaie unique, un espace de libre circulation. C’est surtout une ambition collective, des disciplines partagées, l’affirmation d’une solidarité, le souci de se tourner naturellement vers sa famille européenne. Ainsi, l’Europe pèsera de tout son poids pour forger un monde multipolaire et y faire entendre sa voix et ses valeurs, dans une concertation harmonieuse et équilibrée avec ses grands partenaires dans le monde. [...] La construction européenne doit se poursuivre. Par delà les droits et les devoirs de chacun d’entre nous dans l’Union à 25, bientôt à 27 et même davantage, certains voudront aller plus vite et plus loin, sur le modèle de l’euro ou de Schengen. Cela devra être le rôle de ce que j’ai appelé les groupes pionniers d’engager de nouvelles coopérations, respectueuses de l’acquis communautaire et ouvertes à tous ceux qui veulent et peuvent les rejoindre. C’est le moteur essentiel de l’Europe de demain. Sachons tirer les enseignements de la situation présente; sachons tirer profit de nos différences pour permettre à l’Europe de franchir les nouvelles étapes qui l’attendent!“⁹⁵²

Antworten auf die mit der Erweiterung verbundenen Herausforderungen müssten im Konvent gefunden werden, so Chirac:

„Et, cet élargissement, c’est une chance pour toute l’Union. C’est sans aucun doute une capacité nouvelle de croissance, avec notamment le nouveau marché que constituent les nouveaux adhérents. C’est surtout 450 millions d’hommes, de femmes, d’enfants qui sont ensemble et qui partagent une culture dont les principes sont communs et qui créent un marché considérable. Mais cet élargissement est aussi un formidable défi, une fois de plus. Car en changeant de visage, l’Europe change également un peu de nature. Elle doit garder sa cohésion si elle veut continuer à fonctionner, d’où l’importance [...] de la Convention qui a pour objectif de refonder, en quelque sorte, le projet politique européen, donc de l’adapter à la prochaine période.“⁹⁵³

Mit seinen Äußerungen bei der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages für die neuen EU-Länder kehrte Jacques Chirac zu seinen bekannten Argumenten im Zusammenhang mit der Erweiterung zurück. Der Tonfall hatte sich im Vergleich zu seinen Tiraden gegen die mittel- und osteuropäischen Länder wieder versachlicht. Chiracs Ausführungen knüpften, da es sich in Athen um einen feierlichen Anlass ohne Diskussionen zu konkreten Fragen handelte, an weitgehend unverbindliche Äußerungen an, wie sie Chirac auch bei ähnlichen Gelegenheiten getätigt hatte. Im wesentlichen betonte der Präsident den historischen Charakter der Erweiterung und die grundsätzliche Offenheit Frankreichs gegenüber der Aufnahme der neuen Länder. Chirac bemühte sich, den mit der Erweiterung verbundenen Herausforderungen die Chancen gegenüberzustellen, die sie für die neuen Ländern, für

⁹⁵² Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la signature du Traité d’élargissement de l’Union européenne, Athen 16.4.2003.

⁹⁵³ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue de la cérémonie de signature du Traité d’adhésion, Athen 16.4.2003.

Frankreich und für die gesamte EU bringen würde. Mit dem Verweis auf die Notwendigkeit größerer Kohärenz und die Notwendigkeit eines neuen politischen Projekts für die erweiterte Union versuchte er außerdem, aus der Krise im Umfeld des Irak-Krieges positive Lektionen für die Zukunft der EU zu ziehen.

Die französischen Prioritäten in Europa blieben jedoch unverändert: Es gehe um eine wertebasierte Gemeinschaft, die solidarisch und auf einem gemeinsamen politischen Willen basierend daran arbeite, sich im Rahmen einer multipolaren Welt eine einflussreiche Stellung zu verschaffen, welche es ihr erlaube, die Interessen ihrer Bürger offensiv zu vertreten, so Chirac. Die Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit dieser Vision solle u.a. der Konvent schaffen. Neben den Reformnotwendigkeiten für die gesamte Gemeinschaft betonte Chirac jedoch auch die Bedeutung von verstärkter Zusammenarbeit in einer erweiterten Union. Nachdem im Zuge der Irak-Krise deutlich geworden war, dass sich wesentliche Teile der französischen Ambitionen in Europa, besonders die mit den Kategorien *Europe puissance* und Resonanz zusammenhängenden Ziele, in einer erweiterten Union wahrscheinlich nur noch schwer oder gar nicht mehr verwirklichen lassen würden, setzte Chirac auf die Zusammenarbeit einer begrenzten Zahl von Staaten statt der gesamten Gemeinschaft.⁹⁵⁴ Dies war ein deutliches Signal an die beitretenden Länder, dass sich Frankreich in seinen Zielen durch die Erweiterung nicht aufhalten lassen wollte. Für die mittel- und osteuropäischen Staaten hätte eine Ausweitung der verstärkten Zusammenarbeit bedeutet, dass sie, entgegen umfangreicher Bemühungen im Verlauf des Beitrittsprozesses, zunächst doch nur als Mitglieder zweiter Klasse angesehen worden wären, da sie sich voraussichtlich für die meisten Bereiche der verstärkten Zusammenarbeit nicht von Beginn ihrer Mitgliedschaft an hätten qualifizieren können. Nachdem die Erweiterung Wirklichkeit geworden war und die Bedingungen ihrer Umsetzung weitgehend feststanden, begann Chirac unmittelbar danach mit dem Versuch, die neuen Realitäten zu Frankreichs Gunsten zu gestalten und zu nutzen. Ob dies eine Momentaufnahme war oder Bestandteil einer veränderten französischen Herangehensweise an die EU, wird im folgenden zu beobachten sein.

⁹⁵⁴ Vgl. auch die Einschätzung von Hans Stark: „Paris zeigt sich überzeugt, dass das Projekt einer Europe Puissance, ja vielleicht sogar das gesamte Integrationswerk einer nach Osten erweiterten Union gefährdet ist, wenn nicht jetzt die Möglichkeiten und Mechanismen der verstärkten Zusammenarbeit häufiger ermöglicht und intensiver genutzt werden.“ Hans Stark (2004a): „Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status quo“, in: Staack/Voigt (Hg.) (2004), a.a.O., S. 257-277, hier S. 265.

Pressebewertung

Im Umfeld der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages veröffentlichten sowohl *Le Monde* als auch *Le Figaro* Analysen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung von nicht geklärten Ängsten sprachen und dringend zu einer offenen Debatte über die Ziele einer erweiterten Union rieten. In einem Leitartikel in *Le Figaro* betonte Baudouin Bollaert beispielsweise die Notwendigkeit einer Diskussion über die Ziele der erweiterten EU, deren Aufspaltung in mehrere kleine Integrationskreise er sonst für unausweichlich hielt:

„Après un très bon début, les difficultés s’accumulent et, dans la course contre la montre entre l’élargissement et l’approfondissement, l’élargissement a pris une nette avance. [...] Le tout est de savoir si les Européens auront la volonté de surmonter leurs divergences pour afficher une vision précise de ce qu’ils veulent faire ensemble. S’ils échouent dans cette tentative, leurs retrouvailles seront de courte durée. L’heure de l’Europe à géométrie variable aura définitivement sonné. Des groupes se constitueront par affinités. Une façon inattendue de rendre hommage à Donald Rumsfeld, pour qui ‚c’est la mission qui fait la coalition et non l’inverse’ ...“⁹⁵⁵

Auch Jean Quatremer äußerte in seiner Bewertung der Unterzeichnung der Beitrittsverträge in *Libération* Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der erweiterten Union. Angesichts der unterschiedlichen Prioritäten, die im Rahmen der Diskussionen um die Verfassung deutlich geworden seien, sei er skeptisch, ob die Arbeit des Konvents überhaupt einen erfolgreichen Abschluss finden könne, so Quatremer:

„Il reste que cette célébration des ‚retrouvailles’ européennes avait quelque chose de factice. Les Vingt-Cinq, tout comme les Quinze au demeurant, sont profondément divisés, comme l’a révélé la crise irakienne, et ils ne partagent manifestement pas le même projet d’avenir. Le débat sur les futures institutions de l’Union [le met] cruellement [...] en évidence [...]. Valéry Giscard d’Estaing, le président de la convention chargée de [...] préparer [la Constitution], doit se demander comment y parvenir vue l’ampleur des divergences entre les Vingt-Cinq. [...] On ne voit [...] pas comment VGE et sa convention vont parvenir à pondre un texte qui satisfera tout le monde.“⁹⁵⁶

Während Jacques Chirac bei seinen Stellungnahmen zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages nach den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg scheinbar schnell wieder zur Tagesordnung übergang und sich darum bemühte, möglichst günstige Bedingungen für Frankreich in der erweiterten Union von Beginn an

⁹⁵⁵ Baudouin Bollaert: „Drôle de fête à Athènes“, *Le Figaro* 17.4.2003.

⁹⁵⁶ Jean Quatremer: „Jour historique pour l’Europe à vingt-cinq“, *Libération* 17.4.2003. Thomas Ferenczi stellte in *Le Monde* ebenfalls den Gegensatz zwischen den Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung Europas und den gegensätzlichen Positionen zum Irak-Krieg und zur Institutionenreform heraus. Vgl. Thomas Ferenczi: „L’Europe scelle solennellement son unification, mercredi, à Athènes“, *Le Monde* 17.4.2003 und Ders.: „Après la crise, l’Union européenne affirme vouloir renforcer son unité“, *Le Monde* 18.4.2003.

festzuschreiben, sahen die zitierten Journalisten die Situation in der EU zum Zeitpunkt der Erweiterung wesentlich problematischer. Sie wiesen deutlich darauf hin, dass die EU mit einer großen Hypothek ungeklärter und z.T. sogar unausgesprochener Fragen zwischen den Mitgliedsstaaten in die umfangreichste Neuausrichtung ihrer Gestalt und ihrer Funktionsmechanismen gehe. Wie bereits in vorangegangenen Analyseteilen beobachtet, ergab sich also auch hier ein deutlicher Gegensatz zwischen der Darstellung des Präsidenten und der Beurteilung in der Presse. Die Analysen in der Presse kamen zu dem Schluss eines dringend notwendigen anderen Umgangs mit dem Thema Erweiterung und mit den neuen Bedingungen der europäischen Integration insgesamt, um grundsätzliche Probleme der Franzosen mit Europa zu verhindern. Die Presseartikel vertraten, wie bereits häufiger beobachtet, auch wieder stärker das gesamteuropäische statt das nationale französische Interesse und sprachen sich daher klar für einen institutionellen Fortschritt durch die Verfassung aus, der alle EU-Staaten einbeziehe gegenüber einer Aufspaltung der Union in verschiedene Kreise verstärkter Zusammenarbeit, wie sie der Präsident vorzuziehen schien. Obwohl die in den zitierten Artikeln angeführten noch offenen Fragen z.T. von erheblicher Bedeutung für die Zukunft der EU waren, begannen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages bereits die entscheidenden Verhandlungen für das nächste große Zukunftsprojekt der EU: die Verfassung, deren Entwurf der Konvent ausgearbeitet hatte.

Europäischer Rat von Thessaloniki

Herausragendes Thema des Europäischen Rats Treffens in Thessaloniki am 19. und 20. Juni 2003 war die Diskussion der Ergebnisse des Konvents zur Europäischen Verfassung. Im Rahmen des Rats Treffens stellte Valéry Giscard d'Estaing den unter seiner Präsidentschaft vom Konvent erarbeiteten Entwurf des Vertrags über die Verfassung vor, der bis auf einige

Bestimmungen zu einzelnen Politikbereichen hatte fertiggestellt werden können.⁹⁵⁷ Die Staats- und Regierungschefs akzeptierten den Entwurf als Ausgangsbasis für den Beginn der Regierungskonferenz, mit deren Einberufung die italienische Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2003 beauftragt wurde. Die beitretenden Staaten sollten an dieser Regierungskonferenz bereits vollkommen gleichberechtigt teilnehmen, Rumänien, Bulgarien und die Türkei Beobachterstatus erhalten.

Die Staats- und Regierungschefs bestätigten in Thessaloniki erneut das angestrebte Datum 2007 für eine Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU sowie die fortgeführte konstruktive Zusammenarbeit mit der Türkei im Rahmen der überarbeiteten Beitrittspartnerschaft. Die zehn Staaten, mit denen im April der Beitrittsvertrag unterzeichnet worden war, wurden aufgefordert, ihre Anstrengungen bei der Vorbereitung auf ihren tatsächlichen Beitritt fortzuführen, u.a. durch die erforderliche Übersetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes. Außerdem standen in einigen Ländern noch Volksabstimmungen aus. Bezüglich des westlichen Balkans bekräftigte die EU die Beitrittsperspektive der dortigen Länder und war bereit, den Stabilisierungs- und

⁹⁵⁷ Der Entwurf des Konvents gliederte sich in vier Teile: verfassungsrechtliche Bestimmungen zur EU, die Grundrechtecharta, die Bestimmungen zu einzelnen Politikbereichen sowie Schlussbestimmungen. Entsprechend den Zielsetzungen einer Vereinfachung des institutionellen Systems und einer Verbesserung seiner Funktionsweise schlug der Konvent eine klarere Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten vor. Zur Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips sollten die nationalen Parlamente eine neue Kontrollfunktion erhalten. Die EU solle außerdem eine juristische Person werden, so der Entwurf. Das Pfeilersystem würde zugunsten einer einheitlichen Struktur aufgegeben. Die EU behielte jedoch ihr von den Gründervätern geschaffenes und in den Institutionen Kommission, Rat und Parlament gespiegeltes Charakteristikum, eine Union der Staaten und der Völker zu sein. Die wesentlichen Änderungen im institutionellen Bereich, die das Funktionieren einer Union mit 25 Mitgliedern garantieren sollten, betrafen sowohl die Institutionen im einzelnen als auch ihre Zusammenarbeit. Das Kodezisionsverfahren zwischen Europäischem Parlament und Rat wurde von 37 auf etwa 80 Bereiche erweitert. Für die qualifizierte Mehrheit bei Ratsentscheidungen wurde festgelegt, dass sie gegeben sei, wenn die Mehrheit der Staaten und gleichzeitig drei Fünftel der Bevölkerung zustimmten. Der Rat der Staats- und Regierungschefs solle einen Präsidenten für die Dauer von zweieinhalb Jahren mit der einmaligen Möglichkeit zur Verlängerung des Mandats wählen, so der Entwurf weiter. Der Rat solle außerdem einen EU-Außenminister ernennen, der zugleich Präsident des Rates Auswärtige Angelegenheiten und Vizepräsident der Kommission wäre. Die Zahl der Ministerräte solle reduziert werden. Die Arbeit solle sich im wesentlichen im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ und im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ konzentrieren. Die Kommission, deren Aufgabe als Hüterin des europäischen Gemeinwohls ausdrücklich betont wurde, solle maximal 15 Mitglieder umfassen, entsprechend den wichtigsten Aufgabenbereichen, die zu vergeben seien. Der Kommissionspräsident würde vom Europäischen Parlament gewählt und würde die Kommissare aus einem Kreis von Personen bestimmen, die von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagen würden. Durch Kommissare ohne Stimmrecht würde das Kollegium vervollständigt, so dass alle Mitgliedsstaaten einen Vertreter entsenden könnten. Die Kommissare würden nach einem Rotationsverfahren bestimmt, um eine Gleichbehandlung aller EU-Länder zu gewährleisten. Vgl. Europäischer Rat Thessaloniki, Tagung vom 19. und 20. Juni 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Vgl. außerdem Rapport oral présenté au Conseil européen de Thessalonique par V. Giscard d'Estaing, Président de la Convention européenne, Thessaloniki 20.6.2003.

Assoziierungsprozess weiter zu intensivieren.⁹⁵⁸

Jacques Chirac zeigte sich in seiner Pressekonferenz nach dem Gipfel von Thessaloniki weitgehend zufrieden mit dessen Beschlüssen.⁹⁵⁹ Besonders der Bericht von Konventspräsident Giscard d'Estaing stelle den bestmöglichen Kompromiss im Vorfeld der weiteren Diskussionen im Rahmen der Regierungskonferenz dar, so Chirac. Insbesondere war Chirac damit zufrieden, dass wichtige französische Positionen, u.a. zur Ratspräsidentschaft und zur künftigen Gestalt der Kommission, im Konventsvorschlag berücksichtigt worden waren. Bei einigen inhaltlichen Punkten (kulturelle Vielfalt, öffentlicher Dienst, soziale Fragen, Landwirtschaft) sah er dagegen noch Nachbesserungsbedarf. Er sei jedoch grundsätzlich optimistisch, dass im Rahmen der Regierungskonferenz Einigung über einen Verfassungsentwurf für Europa erzielt werden könne, so Chirac.

4. Umfragedaten des Frühjahrs 2003

Im März und April 2003 wurden sowohl eine reguläre Eurobarometer-Umfrage⁹⁶⁰ als auch eine Flash-Umfrage⁹⁶¹ speziell zur Erweiterung durchgeführt. Bei beiden Umfragen war der Kontext, in dem ihre Daten erhoben wurden, von besonderer Bedeutung. Zum einen fielen sie zusammen mit der amerikanischen Offensive gegen den Irak. Die Spaltung Europas in dieser Frage, das beschädigte Bild der Vereinigten Staaten in einigen europäischen Ländern und die zunehmende Unterstützung für eine eigene europäische Außen- und Sicherheitspolitik waren bestimmende Fragen des Frühjahrs 2003, die auch in den Umfrageergebnissen ihren Niederschlag fanden. Auch das Meinungsbild zur Erweiterung war von den Nachwirkungen des Irak-Konflikts betroffen. Die Unterstützung für die USA durch einige mittel- und osteuropäische Kandidatenländer hatte deutlich werden lassen, wie schwierig eine Entscheidungsfindung in einer Union von 25 oder mehr Staaten sein würde. Anlässe für die Flash-Umfrage speziell zur Erweiterung waren die anstehende Unterzeichnung des

⁹⁵⁸ Der Europäische Rat billigte u.a. die Schlussfolgerungen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 16. Juni einschließlich der dort beschlossenen „Agenda von Thessaloniki für die westlichen Balkanstaaten: Auf dem Weg zur Europäischen Integration“. Unmittelbar im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates fand am 21. Juni in Thessaloniki außerdem ein Gipfel zwischen der EU und den westlichen Balkanstaaten statt.

⁹⁵⁹ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Thessalonique, Thessaloniki 20.6.2003.

⁹⁶⁰ Eurobarometer 59, Umfragen: März-April 2003, Ausgabe: Juli 2003; Europäische Kommission und Eurobarometer 59, Public Opinion in the European Union, Spring 2003, National report France, European Commission.

⁹⁶¹ Flash Eurobarometer 140: Elargissement de l'Union européenne, EOS Gallup Europe, Etude réalisée à la demande de la Commission européenne, Direction générale „Elargissement“, Sondage: 21/3/2003 au 30/03/2003, Rapport analytique: 11/04/2003.

Beitrittsvertrages im April und die Durchführung der ersten Beitrittsreferenden in den Kandidatenländern.

Auswirkungen des Irak-Konflikts

In Frankreich zeigte sich die Bevölkerung weitgehend einverstanden mit dem Kurs ihres Präsidenten und der Regierung zum Krieg im Irak. Die Franzosen vertrauten der UNO (41%) und der EU (45%) als Konfliktlösungsinstanzen und hatten auch vergleichsweise großes Vertrauen in ihre Regierung (43%)⁹⁶². Das Image der USA hatte dagegen in Frankreich deutlich gelitten.⁹⁶³ Der Kampf der USA gegen den Terrorismus wurde in Frankreich nur von 31% positiv bewertet (49% negativ). Die Rolle der USA in Bezug auf den Weltfrieden sahen in acht der fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten mehr als die Hälfte der Befragten negativ, in Frankreich sogar 73%. Auch hinsichtlich des Wachstums der Weltwirtschaft und beim Kampf gegen die Armut in der Welt wurde die Rolle der USA in Frankreich kritisch gesehen: 55% bzw. 70% sahen die Rolle der USA hier negativ.

62% der Franzosen dachten, die Bekräftigung der politischen und diplomatischen Bedeutung der EU in der Welt solle eine Priorität sein. 28% dachten dies nicht.⁹⁶⁴ Folglich waren in Frankreich auch deutliche 69% für eine gemeinsame Außenpolitik der EU (20% waren dagegen). Für eine gemeinsame Verteidigungspolitik waren in Frankreich sogar 77% der Befragten (14% dagegen). Dass die EU über Fragen der Außenpolitik gegenüber Drittstaaten gemeinsam entscheiden solle, fanden in Frankreich 77% sinnvoll, einer der höchsten Werte innerhalb der EU. Nur 18% befürworteten bei dieser Frage Entscheidungen im nationalen Rahmen.⁹⁶⁵ In der Verteidigungspolitik war die EU mit 58% ebenfalls die bevorzugte Entscheidungsebene für die Franzosen. 18% bevorzugten hier Entscheidungen durch die nationale Regierung, 8% durch die NATO.⁹⁶⁶

Aus den dargestellten Umfragedaten ließ sich schlussfolgern, dass Jacques Chirac mit seiner Haltung in der Auseinandersetzung um den Militäreinsatz im Irak nicht nur international an Statur und Ansehen gewonnen hatte, sondern dass seine Position auch in Frankreich unterstützt wurde. Die Franzosen standen mehrheitlich hinter den Grundsätzen einer multipolaren Weltordnung, in der multilaterale Organisationen auf der Basis einer geteilten

⁹⁶² „Faites-vous plutôt confiance ou plutôt pas confiance aux institutions suivantes?“ EB 59.1.

⁹⁶³ „A vos yeux, les Etats-Unis jouent-ils plutôt un rôle positif, plutôt un rôle négatif ou ni l'un ni l'autre en ce qui concerne...?“ EB 59.1.

⁹⁶⁴ „Selon vous, quelles devraient être les priorités de l'Union européenne (plusieurs réponses possibles)?“ EB 59.1.

⁹⁶⁵ „Pour chacun des domaines suivants à quel niveau faudrait-il prendre les décisions?“ EB 59.1.

⁹⁶⁶ „A quel niveau faut-il prendre les décisions sur la politique européenne de défense?“ EB 59.1.

Werteordnung die wichtigen Entscheidungen treffen würden. Die Rolle der EU wurde in diesem Kontext von den Franzosen in besonderer Weise anerkannt. Die mit den Kategorien *Europe puissance* und Resonanz verbundenen Zielsetzungen der französischen Politik trafen bei großen Teilen der französischen Gesellschaft auf Zustimmung. Wie oben bereits beschrieben, knüpfte Präsident Chirac bei seiner Positionierung in der Irak-Krise an seit de Gaulle feststehende Traditionen der französischen Außenpolitik an, die sich für Frankreich in der Vergangenheit als vorteilhaft erwiesen und dem Land großen internationalen Einfluss gebracht hatten. Die Politik Chiracs entsprach also den in der außenpolitischen Kultur Frankreichs niedergelegten Mustern. Die Unterstützung der Franzosen für diese Politik war entsprechend groß.

Weiterhin deutliche Ablehnung der Erweiterung

In Bezug auf die Erweiterung hatte die Zustimmung in Frankreich dagegen im Vergleich zum Herbst 2002 noch einmal um deutliche 10 Prozentpunkte abgenommen. Nur noch 31% gaben an, für die Erweiterung zu sein. 54% (+5%) waren dagegen. Auch in anderen Ländern⁹⁶⁷ hatte die Zahl der Befürworter deutlich abgenommen. Frankreich war aber weiterhin das EU-Land mit der größten Zahl an Erweiterungsgegnern und gleichzeitig dem geringsten Prozentsatz an Befürwortern.⁹⁶⁸ Nur 25% der Franzosen waren der Ansicht, die Erweiterung solle von der EU vorrangig behandelt werden. Für 67% hatte diese Aufgabe keine Priorität.⁹⁶⁹ Für die unmittelbare Zukunft der EU waren 36% der befragten Franzosen der Meinung, die Gemeinschaft solle für keine zusätzlichen Länder mehr offen sein. Immerhin 53% der Franzosen waren bereit, einige (40%) oder alle (13%) Länder, die dies wünschten, in die EU aufzunehmen. Sowohl in ihrer deutlichen Ablehnung als auch in ihrer geringen Zustimmung lagen die Franzosen damit wieder an der Spitze der EU-15.

Wurden die ablehnenden Werte in Frankreich weiter aufgeschlüsselt, ergaben sich folgende Präzisierungen (S. 15ff.): Die Zustimmung zur Erweiterung nahm mit zunehmendem Alter der Befragten ab. Während in der Gruppe der 15-24jährigen 40% für und 52% gegen die Erweiterung waren, fanden sich in der Gruppe der über 55jährigen nur 22% Zustimmung, aber 74% Ablehnung. Auch die politische Orientierung spielte eine Rolle bei der Beurteilung der Erweiterung: 40% der Anhänger der Linken waren für die Erweiterung (45% dagegen), 29% der Anhänger der politischen Mitte (56% dagegen), und nur 27% der Anhänger der

⁹⁶⁷ Belgien, die Niederlande, Schweden und Finnland.

⁹⁶⁸ „Quelle est votre opinion sur l'élargissement de l'Union à de nouveaux membres?“ EB 59.1.

⁹⁶⁹ „Selon vous, quelles devraient être les priorités de l'Union européenne (plusieurs réponses possibles)?“ EB 59.1.

Rechten (60% dagegen). Geographisch ließ sich außerdem feststellen, dass die Ablehnung besonders groß war in den Grenzregionen im Osten Frankreichs (22% für und 66% gegen die Erweiterung), im Nord/Pas-de-Calais (25% dafür und 65% dagegen) sowie im Mittelmeerraum (28% dafür und 62% dagegen). Schließlich spielte auch der Grad der Informiertheit über die EU bei der Beurteilung der Erweiterung eine Rolle. Wer sich gut über die EU informiert fühlte, war eher für die Erweiterung (40% dafür; 47% dagegen) als wer sich nicht gut informiert fühlte (28% pro und 56% contra Erweiterung).

In einer längerfristigen Zukunftsperspektive für die EU zeigten sich die Franzosen in der Flash-Umfrage gespalten darüber, ob die EU nach den 13 aktuellen Kandidaten noch weitere neue Länder aufnehmen solle.⁹⁷⁰ 48% waren dafür, 49% dagegen. Die französische Zurückhaltung in dieser Frage wurde auch in anderen Ländern geteilt bzw. war noch deutlicher, denn nur in insgesamt acht der fünfzehn EU-Staaten fand sich eine Mehrheit für eine Fortsetzung der Erweiterung. Vor allem sprachen sich die Befragten in sehr großen Teilen dafür aus, vor einer eventuellen Aufnahme weiterer Staaten die definitiven Grenzen der EU zu klären.⁹⁷¹ Die Franzosen lagen in diesem Punkt mit 81% Zustimmung auf dem zweiten Platz hinter den Luxemburgern und klar über dem EU-Schnitt von 76%. Als Zwischenlösung waren im Schnitt 69% der EU-Bürger dafür, eine Form der privilegierten Zusammenarbeit mit Drittstaaten auszuarbeiten, die nicht bis zur Aufnahme in die EU ginge.⁹⁷² Frankreich lag bei dieser Frage im EU-Durchschnitt mit 69% Zustimmung und 24% Ablehnung, deutlich hinter den 83% Zustimmung aus Großbritannien, allerdings auch deutlich vor der geringsten Zustimmung in Finnland mit 51%.

Schlechter Informationsgrad über die Erweiterung

In ihrem geringen Grad an Informiertheit lag auch 2003 möglicherweise ein Grund für die deutliche Ablehnung der Erweiterung durch die Franzosen. 73% gaben an, sich nicht sehr gut (47%) oder überhaupt nicht gut (26%) über die Erweiterung informiert zu fühlen. Nur 25% fühlten sich sehr gut (2%) oder gut informiert (23%). Immerhin war die Zahl derjenigen, die sich überhaupt nicht informiert fühlten, zwischen Mai 2001 und April 2003 von etwa einem

⁹⁷⁰ „[...] pourriez-vous me dire, pour chacune des propositions suivantes, si vous êtes plutôt d'accord ou plutôt pas d'accord? a) L'Union européenne devrait accepter d'autres nouveaux états membres que les 13 pays candidats actuels [...]“ Flash-Umfrage.

⁹⁷¹ „[...] pourriez-vous me dire, pour chacune des propositions suivantes, si vous êtes plutôt d'accord ou plutôt pas d'accord? [...] b) Avant tout nouvel élargissement, il sera nécessaire de se mettre d'accord sur les frontières définitives de l'Union européenne [...]“ Flash-Umfrage.

⁹⁷² „[...] pourriez-vous me dire, pour chacune des propositions suivantes, si vous êtes plutôt d'accord ou plutôt pas d'accord? [...] c) Parallèlement à l'élargissement en cours, l'Union européenne devrait développer un autre type de relation qui ne va pas aussi loin que l'adhésion pour d'autres pays voisins.“ Flash-Umfrage.

Drittel der Befragten (33%) auf etwa ein Viertel (26%) gesunken.⁹⁷³ Befragt nach ihren Kenntnissen zu den Kandidatenländern gaben 72% der Franzosen an, in keines der 13 genannten Länder jemals gereist zu sein und auch keinerlei Beziehung zu ihnen zu haben.⁹⁷⁴ Dieser Prozentsatz lag deutlich über dem EU-Schnitt von 59%. Möglicherweise spielte die geographische Lage eine Rolle, denn mit keinem der 13 Kandidatenländer hatte Frankreich eine gemeinsame Grenze. Dass die Türkei mit 15% bei der Frage nach den persönlichen Beziehungen mit 15% an der Spitze lag, hatte sicherlich u.a. auch touristische Gründe.⁹⁷⁵ Die Flash-Befragung bestätigte die oben dargestellten Ergebnisse. Das Bewusstsein über die anstehende Erweiterung war in Frankreich zwar eines der höchsten der EU: 90% der Befragten hatten davon Kenntnis.⁹⁷⁶ Die Franzosen, wie die Bevölkerungen der meisten anderen EU-Staaten, konnten relativ sicher Polen (82%), Ungarn (71%) und Tschechien (66%) als Beitrittskandidaten für 2004 identifizieren.⁹⁷⁷ Außerdem wussten noch 61%, dass Malta beitreten würde.⁹⁷⁸ Bei allen anderen Kandidatenländern war jedoch nur etwa jeder zweite der befragten Franzosen informiert darüber, dass es sich ab 2004 um ein wahrscheinliches neues EU-Mitglied handelte.⁹⁷⁹ Immerhin 15% der befragten Franzosen waren in der Lage, aus einer Liste alle zehn Länder korrekt zu nennen, die zum 1. Mai 2004 beitreten sollten. 13% konnten drei Länder korrekt benennen.

Konsequenzen der Erweiterung für die EU

Laut Flash-Eurobarometer waren die Franzosen EU-weit am skeptischsten, was das Funktionieren einer erweiterten Union anging. 51% glaubten, die EU sei nicht gut und weitere 16%, sie sei überhaupt nicht gut vorbereitet auf die Erweiterung. Eine deutliche Mehrheit

⁹⁷³ „Dans quelle mesure vous sentez-vous bien informé à propos de l’élargissement de l’UE?“ EB 59.1.

⁹⁷⁴ „Dans lesquels de ces pays êtes-vous déjà allé ou avez-vous des liens avec eux, quelle qu’en soit la nature?“ EB 59.1.

⁹⁷⁵ Auch in der Flash-Umfrage gaben nur 21% der Franzosen (EU-15 34%) an, einen der zukünftigen EU-Staaten bereits besucht zu haben. Schlechtere oder ähnlich schlechte Werte hatten nur die anderen Mittelmeerstaaten Italien (21%), Griechenland (10%) und Portugal (8%), was die These zu bestätigen schien, dass potentielle Kenntnisse in Zusammenhang mit geographischer und/oder kultureller Nähe standen.

⁹⁷⁶ „Avant cet entretien, aviez-vous déjà entendu parler de l’élargissement de l’Union européenne?“ Nur in den Niederlanden, in Luxemburg, Dänemark, Finnland und Österreich liegt der Prozentsatz noch höher als in Frankreich, der EU-Schnitt sind 80%. Flash-Umfrage.

⁹⁷⁷ „Je vais vous lire une liste de pays candidats. Pour chacun d’entre eux, pourriez-vous me dire si c’est l’un de ceux qui doivent vraisemblablement rejoindre l’Union européenne en mai 2004?“ Flash-Umfrage.

⁹⁷⁸ In anderen Ländern waren die Werte für Malta auch deutlich höher als bei den vorangegangenen Flash-Umfragen zur Erweiterung. Die Gallup-Analysten vermuteten daher einen Zusammenhang mit dem in den Medien präsenten Beitrittsreferendum in Malta vom 8. März.

⁹⁷⁹ Die Werte für die anderen Länder lauteten im einzelnen: Slowakei 53%, Estland 55%, Slowenien 52%, Litauen 59%, Lettland 51%, Zypern 53%.

zweifelte also, gegenüber 28%, die meinten, die EU sei gut vorbereitet.⁹⁸⁰ Um diese Situation zu verbessern, wünschten sich die Franzosen vor allem eine Verbesserung der demokratischen Prozesse innerhalb der EU (28% als erste Nennung, 47% Gesamtnennung) sowie eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (27% als erste Nennung, 48% Gesamtnennung). Der Förderung des Austauschs zwischen alten und neuen Mitgliedern stimmten die Franzosen ebenfalls zu (17% als erste Nennung, 43% Gesamtnennung). Die Reform der EU-Institutionen (14% als erste Nennung, 27% Gesamtnennung) sowie eine Konzentration von Unterstützungsmaßnahmen auf die neuen Mitglieder (7% als erste Nennung, 20% Gesamtnennung) sahen sie dagegen als weniger wichtig an. Diese Hierarchisierung entsprach derjenigen der anderen EU-Länder, d.h. die Bürger erachteten die Institutionenreform mehrheitlich als nicht prioritär für die Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung.⁹⁸¹

Genauer befragt zu den Konsequenzen der Erweiterung, gaben die Franzosen im regulären Eurobarometer folgende Antworten⁹⁸²: 69% glaubten, dass die Entscheidungsfindung in der EU nach der Erweiterung schwieriger werde (Flash-Umfrage 78%). 66% waren der Ansicht, dass der kulturelle Reichtum der Gemeinschaft zunehmen werde (Flash-Umfrage 84%), aber nur 60% gingen davon aus, dass die EU politisch weltweit eine wichtigere Rolle spielen werde (Flash-Umfrage 76%) und sogar nur 38% glaubten, dass Frieden und Sicherheit in Europa durch eine größere Union besser garantiert werden könne. Das Flash-Barometer verzeichnete beim letzten Punkt eine pessimistische Tendenz. 61% der Franzosen glaubten laut dieser Befragung, dass durch eine erweiterte Union das Risiko von Kriegen und Konflikten auf dem europäischen Kontinent geringer werde. Im September 2002 waren noch 65% der Franzosen dieser Meinung. Die Zuversicht bei dieser Frage hatte jedoch EU-weit abgenommen (von 70% auf 65%), möglicherweise vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen im Umfeld des Irak-Krieges.⁹⁸³ Das Gefühl, mit der Erweiterung eine

⁹⁸⁰ „Pensez-vous que l'Union européenne est très bien préparée, bien préparée, pas bien préparée ou pas préparée du tout pour l'élargissement?“ Flash-Umfrage.

⁹⁸¹ „Pour faire face à l'élargissement de l'UE, lequel des aspects suivants devrait être traité en priorité?“ Flash-Umfrage.

⁹⁸² „Etes-vous plutôt d'accord ou plutôt pas d'accord avec les propositions suivantes? Avec plus de pays membres, il sera beaucoup plus difficile de prendre des décisions à l'échelle européenne/Avec plus de pays membres, l'Europe sera plus riche sur le plan culturel/Plus l'UE aura de pays membres, plus elle sera importante dans le monde/Il faut que l'UE réforme le fonctionnement de ses institutions avant d'accueillir de nouveaux Etats membres/Quand d'autres pays l'auront rejointe, notre pays recevra moins d'aides financières de l'UE/Plus il y aura de pays membres, plus il y aura de chômage dans notre pays/Après l'élargissement à de nouveaux pays, notre pays aura moins d'importance en Europe/Plus il y aura de pays membres, plus la paix et la sécurité en Europe seront garanties/L'Union européenne devrait aider financièrement les futurs Etats membres avant leur adhésion/L'élargissement ne coûtera pas plus cher aux pays déjà membres de l'Union“

⁹⁸³ Darauf würde hindeuten, dass die größten Veränderungen ins Negative bei dieser Frage bei Großbritannien und Italien zu beobachten waren, also zwei EU-Ländern, die deutlich die US-Politik unterstützt hatten.

moralische Verpflichtung zu erfüllen, nahm dagegen laut Flash-Umfrage in der gesamten EU zu. In Frankreich stieg es zwischen September 2002 und März 2003 um fünf und zwischen November 2002 und März 2003 sogar um neun Prozentpunkte auf 74% Zustimmung. Für 64% der Franzosen war die Erweiterung historisch und geographisch natürlich und daher gerechtfertigt. Nur in Luxemburg, Großbritannien, Italien, Griechenland und Irland betonten die Befragten diesen Zusammenhang noch deutlicher.

Auswirkungen der Erweiterung auf Frankreich

Bezüglich der Auswirkungen der Erweiterung auf Frankreich gingen 53% der Befragten im regulären Eurobarometer davon aus, dass Frankreich nach der Erweiterung weniger finanzielle Hilfen bekommen werde. 50% glaubten außerdem, dass in Frankreich die Arbeitslosigkeit ansteigen werde und 41% erwarteten, dass die Rolle Frankreichs in einem erweiterten Europa geringer werde. Nur 23% waren der Ansicht, dass die EU den Kandidatenländern bereits vor ihrem Beitritt finanziell helfen solle. Außerdem gingen 62% der Befragten grundsätzlich davon aus, dass die Erweiterung für die aktuellen EU-Staaten höhere Kosten mit sich bringen werde. Laut Flash-Umfrage waren die Franzosen sogar zu 73% davon überzeugt, die Erweiterung werde für Frankreich teuer werden. Dieser Meinung waren in allen alten EU-Staaten zum Teil deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (z.B. Deutschland 79%, Portugal 77%). Obwohl sich die Angaben der Franzosen im Vergleich zu früheren Umfragen insgesamt dem EU-Durchschnitt annäherten, blieben einige Besonderheiten. Was die Frage der befürchteten steigenden Arbeitslosigkeit in Frankreich als Folge der Erweiterung anging, lagen die Franzosen neun Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Diese Angst schien also in Frankreich besonders verbreitet zu sein. Auch die Frage der Kosten der Erweiterung für die aktuellen EU-Mitglieder sahen die Franzosen deutlich skeptischer als die Mehrheit der EU-Bürger. Weiterhin befürchteten in Frankreich 4% mehr als der EU-Durchschnitt einen Einflussverlust ihres Landes durch die Erweiterung.

Laut Flash-Umfrage waren 83% der Franzosen der Meinung, die Erweiterung werde französischen Unternehmen neue Märkte eröffnen. Dieser Prozentsatz war zwar hoch, lag aber unter dem EU-Mittel von 86% und nur auf dem viertletzten Platz vor Großbritannien, Schweden und Portugal. Andere Länder, allen voran Irland (93%) waren deutlich optimistischer. Dass die Landwirtschaft neue Märkte finden werde, glaubten insgesamt deutlich weniger der Befragten. In Frankreich stimmten dieser Aussage nur 57% zu. Nur die Portugiesen (49%), die Schweden (42%) und die Finnen (38%) waren noch pessimistischer. Iren (75%), Italiener (73%), Dänen (72%) und Griechen (71%) waren deutlich optimistischer.

Die Angst vor einer Einwanderungswelle aus den neuen Mitgliedsländern nach Frankreich war vergleichsweise gering, mit 61% Zustimmung bei den Befragten. In Skandinavien und den Niederlanden war diese Befürchtung allerdings noch weniger verbreitet. Was die Kontrolle illegaler Einwanderung anging, glaubten nur 31% der Franzosen, dass diese durch die Erweiterung schwieriger werde. Mit dieser Zahl lag Frankreich deutlich unter dem EU-Mittel von 42%. Den Kampf gegen Drogen und Kriminalität schätzten dagegen 54% der Franzosen durch die Erweiterung erschwert ein. Weit verbreitet in der EU war dagegen Optimismus, was die Lösung von Umweltproblemen anging. Hier waren 61% der Franzosen der Meinung, dies werde durch die Erweiterung erleichtert.

Einordnung der französischen Haltung zur Erweiterung im Frühjahr 2003

Die französischen Werte zur Erweiterung standen im Gegensatz zur Tendenz der gesamten EU, derzufolge die Sicht auf die Erweiterung sich insgesamt zum Positiven veränderte. Die Eurobarometer-Analysten vermuteten daher bei den weiter verschlechterten französischen Werten einen Zusammenhang mit dem Verhalten einiger mittel- und osteuropäischer Kandidatenländer im Verlauf der Irak-Krise. Offensichtlich hatten sich die Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang nicht nur in der oben dargestellten Zustimmung zur Politik des Präsidenten niedergeschlagen, sondern auch in einer noch weiteren Verschlechterung der Werte zur Erweiterung. Da wichtige politische Ziele Frankreichs, wie sich im Kontext des Irak-Krieges gezeigt hatte, offensichtlich mit den neuen EU-Ländern schwieriger oder gar nicht mehr zu verwirklichen sein würden, standen die Franzosen dieser Perspektive ablehnend gegenüber. Die Bedeutung der Äußerungen Chiracs zu den mittel- und osteuropäischen Ländern war umso höher einzuschätzen vor dem Hintergrund des schlechten Informationsgrades der Franzosen zur Erweiterung. Die Auseinandersetzung zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa war durch das breite Echo in den Medien auch bei ansonsten weniger politisch Interessierten angekommen und konnte angesichts des generell niedrigen Wissensstandes umso prägender wirken.

Besorgniserregend war an den oben dargestellten Zahlen, dass sich der Anteil der die Erweiterung Ablehnenden in Frankreich zu einem großen Teil aus Menschen zusammensetzte, die der europäischen Integration grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden. Die soziodemographische Betrachtung der Erweiterungsgegner machte deutlich, dass viele von ihnen auch beim Maastricht-Vertrag bereits mit Nein gestimmt hatten. Diese Tatsache gab insofern Anlass zur Beunruhigung, als ein Referendum über die geplante Europäische Verfassung in Frankreich wahrscheinlich war und somit eines der wichtigsten

Zukunftsprojekte der EU in den Sog der Ablehnung der Erweiterung geraten konnte. Die in verschiedenen zitierten journalistischen Analysen geäußerte Befürchtung, dass diese beiden Themen bei einem Referendum vermischt werden könnten, wurde durch die Umfragedaten bestätigt. Auch die bereits angesprochene Vermischung von mit der Globalisierung verbundenen Ängsten mit der Erweiterungsperspektive wurde aus den oben dargestellten Umfragedaten erneut deutlich. Die Franzosen befürchteten höhere Kosten und steigende Arbeitslosigkeit als direkte Konsequenzen der Erweiterung. Es überwogen in der Wahrnehmung der Franzosen also weiterhin eindeutig die negativen Aspekte der Vergrößerung der EU. Die von zahlreichen Analysten eingeforderte Vermittlung auch der Chancen und Vorteile blieb ein Desiderat.

5. Beginn der Debatte über eine Europäische Verfassung in Frankreich

Bei einem außerordentlichen europäischen Gipfel wurde am 4. Oktober 2003 in Rom die Regierungskonferenz eröffnet, die über die Vorlage des Konvents für eine Europäische Verfassung debattieren sollte. Hauptthemen waren einige Punkte, für die im Rahmen des Konvents keine endgültige Lösung gefunden werden konnte bzw. bei denen diese den Staats- und Regierungschefs überlassen bleiben sollte. Neben inhaltlichen Bestimmungen zu einigen Politikfeldern, wie beispielsweise der genauen Bestimmung der Kompetenzen der Euro-Gruppe, bezogen sich die noch offenen Fragen auf institutionelle Festlegungen, u.a. auf die genaue Ausgestaltung der Ratspräsidentschaft und auf Rolle und Kompetenzen des Außenministers. Außerdem blieb zu klären, ob in der Verfassung explizit auf das Christentum als einen der Gemeinschaft zugrundeliegenden Wert verwiesen werden solle. Frankreich als laizistischer Staat war gegen eine solche Erwähnung.⁹⁸⁴

Im Vorfeld der Regierungskonferenz hatte Chirac, häufig auch gemeinsam mit Bundeskanzler Schröder, immer wieder die Gefahr betont, der das Verfassungsprojekt ausgesetzt sei, wenn der Kompromissvorschlag des Konvents wieder aufgeschnürt würde.⁹⁸⁵ Die französische Position für die Regierungskonferenz unterstützte daher die italienische Präsidentschaft in deren Ansatz, die Regierungskonferenz möglichst vor Ende 2003 abzuschließen und sich so

⁹⁸⁴ Dafür sprachen sich u.a. Polen, Spanien, Italien, Portugal, die Niederlande, die Slowakei und Litauen aus. Vgl. zu diesem Punkt u.a. Luc de Barochez: „Chirac à la tête du camp laïc“, *Le Figaro* 6.10.2003.

⁹⁸⁵ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue de leur déjeuner, Dresden 4.9.2003; Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue des 81èmes consultations franco-allemandes, Berlin 18.9.2003 sowie Conférence de presse du Président de la République, du Chancelier allemand Gerhard Schroeder et du Premier ministre britannique Tony Blair, Berlin 20.9.2003. Vgl. zur Situation zu Beginn der Regierungskonferenz auch Andreas Maurer (2003): *Aufschnüren oder Dynamisieren? Chancen und Risiken der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsvertrag*, SWP-Aktuell 38, Berlin.

wenig wie möglich vom Konventsvorschlag zu entfernen. Chirac sah die Verhandlungen im Rahmen der Regierungskonferenz als ersten Test dafür, ob ein erweitertes Europa der 25 funktionieren könne:

„Cette négociation est le premier acte de l'Europe élargie. Nous devons faire la preuve qu'une Union forte de 25 membres peut parvenir, sans heurts et sans tensions, à des décisions ambitieuses et courageuses, adaptées aux défis auxquels elle doit faire face. Quelles que soient nos différences de situation et d'intérêt, sachons nous écouter et refuser les divisions artificielles. Sachons surtout ne pas faire retomber l'espoir des citoyens européens qui, mobilisés pour un succès de la Convention, attendent que nous répondions maintenant à leur demande de ‚plus et mieux d'Europe‘.“⁹⁸⁶

Er sei optimistisch, dass eine einvernehmliche Lösung bis zum Ende des Jahres gefunden werden könne, so der Staatspräsident:

„[...] il n'a y rien qui, aujourd'hui, soit de nature, me semble-t-il, à remettre en cause les chances que nous avons d'aboutir à la fin de l'année à une réforme qui soit globalement très fortement inspirée des propositions de la Convention. [La question d'un échec de la Constitution] c'est une question, à mon avis, plus théorique que réelle, car la réforme se fera, elle sera très proche de la proposition de la Convention, elle recueillera un avis unanime, donc je ne vois pas qui pourrait se mettre en situation de bloquer la réforme.“⁹⁸⁷

Mit der Konkretisierung der Perspektive einer Europäischen Verfassung begann in Frankreich im Herbst 2003 eine Debatte darüber, ob eine solche Europäische Verfassung durch den Kongress oder per Referendum ratifiziert werden solle. Staatspräsident Chirac hatte sich in seinem Programm zur Präsidentschaftswahl 2002 für eine Volksabstimmung ausgesprochen, sich jedoch nach seiner Wiederwahl noch nicht endgültig festgelegt. Im Herbst 2003 mehrten sich die Stimmen derer, die forderten, ein wichtiger Vertrag wie die Verfassung müsse vom Volk direkt angenommen werden. Auf der anderen Seite kamen Bedenken über den Ausgang eines solchen Referendums auf, da zahlreiche Politiker befürchteten, es könne, wie bei den meisten Referenden, nicht über die eigentliche Frage abgestimmt, sondern die französische Politik insgesamt bewertet und wahrscheinlich sanktioniert werden. Außerdem wurden vor allem bei der gemäßigten und extremen Linken, aber auch bei den Souveränisten links und rechts grundsätzliche politische Bedenken gegen die Verfassung laut. Die Debatte blieb offen und bestimmte auch während des gesamten Jahres 2004 wesentlich die politische

⁹⁸⁶ Intervention de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de l'ouverture de la Conférence intergouvernementale, Rom 4.10.2003. Vgl. auch Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet européen extraordinaire, Rom, 4.10.2003.

⁹⁸⁷ Ebd.

Landschaft.⁹⁸⁸

Diskussion des französischen Verhältnisses zu Europa in der Presse

Im Vorfeld der Eröffnung der Regierungskonferenz erschienen in der französischen Presse mehrere Artikel, die ein grundsätzlich problematisches Verhältnis zwischen Frankreich und der EU konstatierten und analysierten. Aktuelle Anlässe waren die wiederholten Schwierigkeiten für Paris, die Defizitkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen und die zunächst geringe Neigung der Regierung, politisch gegenzusteuern sowie eine allgemein europaskeptische Haltung, die in den politischen Führungskreisen an Raum zu gewinnen schien.⁹⁸⁹ Jean Quatremer beispielsweise schloss aus der französischen „Schizophrenie“ in Bezug auf den Stabilitätspakt – den Frankreich mit ausgehandelt hatte, aber jetzt aufweichen wollte – auf eine generelle französische Schwierigkeit, sich europäischen Regelungen anzupassen:

„Le monde politique français cultive à plaisir sa schizophrénie: il accepte à Bruxelles des engagements qu’il oublie aussitôt rentré à Paris. Et lorsqu’on les lui rappelle, il s’indigne, hurle à l’atteinte à la souveraineté et renvoie sans ménagement les fâcheux à leurs ‚bureaux‘ bruxellois. L’affaire du Pacte de stabilité et de croissance offre une nouvelle illustration des ravages de ce grave trouble mental dont les manifestations ne cessent d’étonner les partenaires de la France. [...] Certes, d’autres pays européens vivent mal les contraintes. [...] Mais la crispation française contre l’Europe est particulière par sa permanence. Pour la France, l’Europe c’est une bonne idée, mais pour les autres. Conséquence de cette attitude: quelles que soient les questions posées, on soupçonne la France d’arrière-pensées visant à la dispenser de ses obligations... La réalité est toute simple: le monde politique français accepte mal le partage de souveraineté entre Etats qu’implique la construction européenne.“⁹⁹⁰

⁹⁸⁸ Vgl. u.a. Antoine Guiral/Paul Quinio: „Cacophonie française sur le référendum“, *Libération* 4./5.10.2003; „Laurent Fabius et Alain Juppé favorables à un référendum“, *Le Monde* 7.10.2003; Antoine Guiral/Vanessa Schneider: „Référendum: Raffarin pousse Chirac à dire oui“, *Libération* 9.10.2003; Henri de Bresson/Thomas Ferenczi: „Jean-Pierre Raffarin se prononce pour un référendum sur la Constitution européenne“, *Le Monde* 11.10.2003; Béatrice Gurrey/Christophe Jakubszyn: „Jacques Chirac va rapidement consulter les partis politiques sur la future Constitution européenne“, *Le Monde* 19./20.10.2003; Jean-Pierre Chevènement: „Non au bricolage institutionnel“, *Libération* 22.10.2003; Henri de Bresson/Béatrice Gurrey: „L’idée de consulter les Français sur la Constitution recule“, *Le Monde* 30.10.2003; Judith Waintraub: „Référendum: Chirac joue sur l’incertitude“, *Le Figaro* 30.10.2003.

⁹⁸⁹ Premierminister Raffarin verbat sich beispielsweise Kritik des französischen EU-Kommissars Pascal Lamy an der französischen Haushaltspolitik und attackierte die europäische Bürokratie im allgemeinen. Seine primäre Aufgabe sei es, Arbeitsplätze in Frankreich zu garantieren, und nicht „d’aller rendre des équations comptables et de faire des problèmes de mathématiques pour que tel ou tel bureau, dans tel ou tel pays, soit satisfait.“ Nicolas Sarkozy gab an, dass es ihm wichtiger sei, seine Politik für die Franzosen als für die EU zu gestalten. Der Finanzminister lenkte bei einem Treffen mit seinen europäischen Kollegen bezüglich des Stabilitätspaktes schließlich ein und versprach, dass Frankreich die 3%-Defizitgrenze 2005 wieder einhalten werde. Vgl. u.a. Thomas Ferenczi: „Jean-Pierre Raffarin, à Bruxelles, abordera les dossiers qui enveniment les relations France-UE“, *Le Monde* 15.1.2004 sowie Raphaëlle Bacqué/Jean-Baptiste de Montvalon: „Les propos de M. Raffarin contre Bruxelles jugés ‚désastreux‘ par ses amis“, *Le Monde* 30.9.2003.

⁹⁹⁰ Jean Quatremer: „L’UE, une bonne idée pour les autres“, *Libération* 13./14.9.2003.

Auch Baudouin Bollaert sprach in *Le Figaro* von „Schizophrenie“ in der französischen Haltung zu Europa:

„Les deux commissaires français, Michel Barnier et Pascal Lamy, n’ont pas une vie de tout repos en ce moment à Bruxelles. Il ne leur est pas facile d’expliquer l’attitude un peu schizophrénique des autorités françaises. D’un côté, les grandes professions de foi européennes; de l’autre, des prises de libertés évidentes avec les engagements pris, des phrases méprisantes à l’égard des futurs membres de l’Union, sans parler des éternelles attaques contre la ‚bureaucratie‘ bruxelloise, bouc émissaire tout trouvé quand les temps sont agités.“⁹⁹¹

Bollaert sah Frankreich dementsprechend nicht gut gerüstet für die anstehenden europäischen Herausforderungen der Regierungskonferenz zur Europäischen Verfassung, der Erweiterung, der Europawahlen 2004 und der Ernennung einer neuen Kommission. Er konstatierte außerdem eine zunehmende Entfremdung zwischen den Franzosen und der erweiterten Union:

„Or, la France n’est pas au mieux pour affronter ces grands rendez-vous. Au pire, elle irrite et déçoit; au mieux, elle déconcerte. Bien sûr, l’Europe au quotidien est truffée de conflits et chaque Etat membre sait défendre bec et ongles ses intérêts nationaux quand la nécessité l’y oblige. On ne fait pas de bonne politique sans se faire d’ennemis. Mais là où l’Allemagne, par exemple, met les formes pour expliquer ses difficultés, la France peine à trouver le ton juste. Du coup, elle donne des arguments aux eurosceptiques et autres souverainistes qui n’attendent que ce genre d’occasion pour accabler l’Union européenne de tous les maux. [...] La France a-t-elle besoin de l’Europe, l’Europe a-t-elle besoin de la France? La réponse est oui, à l’évidence. Le pire n’est jamais sûr. Mais [...] les Français découvrent avec une certaine stupeur que l’Europe qui se dessine et s’élargit sous leurs yeux leur échappe. La France a été à l’origine de la construction européenne, elle l’a imprégnée de ses idées, elle en a été le moteur avec l’Allemagne: or, aujourd’hui, son influence décline et elle en est le mauvais élève!“⁹⁹²

Auch *Le Monde* beobachtete eine zunehmende Unbeliebtheit Europas in Frankreich.⁹⁹³ Diese führe bei einigen führenden Politikern sogar bereits dazu, aus Angst vor einer möglichen Sanktionsabstimmung abseits des eigentlichen Themas ein Referendum über die Europäische Verfassung nicht mehr für sinnvoll zu halten. Der wichtigste Grund für die Unbeliebtheit Europas in Frankreich hänge mit den Veränderungen in der Union hauptsächlich durch die Erweiterung zusammen, so die Analyse in *Le Monde*:

„L’Europe a déçu. Elle ne correspond pas, ou plus, à la vision qu’en avait une majorité de Français: un club de nations de niveau économique et social sensiblement égal et partageant l’ambition de former une entité qui compte sur la scène internationale. De ce point de vue, l’élargissement à 25 ou 27, peut-être demain à la Turquie, a sans doute marqué un tournant dans l’opinion. Cette Europe-là est peut-être une nécessité historique, mais elle ressemble moins que jamais à ce qu’imaginaient les plus europhiles des Français. L’élargissement a tué un certain ‚esprit communautaire‘, qui existait déjà difficilement à 15.“

⁹⁹¹ Baudouin Bollaert: „L’Europe échappe-t-elle à la France?“, *Le Figaro* 15.9.2003.

⁹⁹² Ebd.

⁹⁹³ „La France et l’Europe“, *Le Monde* 30.9.2003.

Der Leitartikel nannte als weitere Gründe die komplizierte Funktionsweise der europäischen Institutionen, die von vielen Bürgern nicht durchblickt werde, aber auch die Tendenz von Politikern sowohl auf der Rechten wie auf der Linken, Europa als Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen zu benutzen. Hier müsse sich der politische Diskurs in Frankreich dringend ändern, so die Forderung in *Le Monde*:

„L’Europe est présentée en négatif: une contrainte, une pénible nécessité; jamais le moindre enthousiasme. [...] Au lieu de dénoncer le pacte de stabilité, [il faudrait] dire que la France, sans l’euro, n’aurait pas traversé les turbulences économiques et monétaires de ces dernières [années] sans dévaluer plusieurs fois. Au lieu de faire croire que la France peu mener une diplomatie solitaire, [il faudrait] dire que sa voix, sans l’Union, aurait encore plus faiblement porté, dans les Balkans notamment. Au lieu de dénoncer dans l’Europe, le cheval de Troie du libéralisme anglo-saxon, [il faudrait] dire que l’Union, à l’heure de la mondialisation des échanges, a bien servi les intérêts de la France etc... En somme, même pour un ‚souverainiste‘, la ‚théorie‘ de la valeur ajoutée européenne ne devrait s’imposer: la France sans la construction européenne serait en bien mauvaise situation. Prétendre le contraire est un mensonge, irresponsable.“⁹⁹⁴

Ähnlich analysierte Arnaud Leparmentier in *Le Monde* das Verhältnis zwischen der französischen Politik und ihrer unterschiedlichen Rolle bei der Formulierung und der Umsetzung von europäischen Entscheidungen:

„L’Europe, avenir de la France, serait maintenant devenue son fossoyeur. Pourtant, les règles du jeu en Europe n’ont pas été décidées par des fonctionnaires irresponsables mais par ces mêmes gouvernements français, qui ont approuvé toutes les directives européennes en conseil des ministres de l’Union [...] Sans doute la France a-t-elle un rapport plus difficile que ses partenaires avec la règle de droit et le principe du contrat, qui sont à la base de la construction européenne. Mais faut-il qu’au lieu de s’approprier l’Europe en disant ‚nous les Européens‘, les dirigeants français la maintiennent dans une altérité lointaine, résumée dans le vocable repoussoir ‚Bruxelles‘, qui permet de nier qu’une partie de la souveraineté a été sciemment mise en commun à Bruxelles? Faut-il invoquer le primat du politique national pour ne pas tenir sa parole? Car, curieusement, les Français ne demandent un assouplissement des règles ou un jugement politique que lorsqu’ils sont concernés. [...] La réalité, c’est que les dirigeants français savent que ces règles sont non seulement légitimes mais globalement bonnes. Sauf qu’ils n’ont pas le courage de l’assumer politiquement.“⁹⁹⁵

Der Umgang mit europäischen Themen in Frankreich müsse sich dringend ändern, so Leparmentiers Einschätzung, und die Franzosen und ihre Parlamentsvertreter möglichst frühzeitig in die Diskussionen einbeziehen:

„La complexité du processus décisionnel européen peut expliquer cette absence de débat [européen en France]. Mais les décisions sont prises très en amont et très progressivement et, lorsqu’elles touchent le citoyen et donc l’intéressent, il est trop tard pour revenir en arrière.“

⁹⁹⁴ Ebd.

⁹⁹⁵ Arnaud Leparmentier: „Paris contre l’Europe“, *Le Monde* 3.10.2003.

Ainsi, il est trop tard pour toute discussion en France sur l'élargissement de l'Europe. Le Parlement ne pourra qu'entériner sans débat une décision prise depuis longtemps. Ainsi, le débat sur l'entrée de la Turquie dans l'Union est clos dans son principe. Ainsi encore de la future Constitution, en réalité taillée sur mesure pour les Français. Comme à Maastricht, le débat européen de 2004 se jouera une fois qu'il n'y a plus rien à modifier, à quille ou double. Tant que Paris reste aveugle ou en retard sur ce qui se décide à Bruxelles, on ne peut espérer avoir un débat démocratique serein et fructueux.⁹⁹⁶

Die zitierten Bestandsaufnahmen zum Verhältnis Frankreichs zur europäischen Integration im Herbst 2003 am Vorabend der Erweiterung machten sehr deutlich, dass hier, wie im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet, ein grundsätzliches Problem bestand. Im Mittelpunkt stand die Diskrepanz zwischen der enormen qualitativen Veränderung der europäischen Integration durch die Erweiterung und den Verfassungsprozess und der im Vergleich dazu statischen Vermittlungsarbeit in Frankreich, die mit diesen Entwicklungen nicht Schritt hielt bzw. sogar einzelne von französischen Politikern mit ausgehandelte Integrationsschritte bei ihrer Umsetzung wieder in Frage stellte. Der von einigen Analysten konstatierte Gegensatz zwischen Europapolitik und Europadiskurs besonders im Hinblick auf die Erweiterung verwies auf das im Verlauf der vorliegenden Untersuchung als prägendes Element der Darstellung Europas in Frankreich identifizierte Problem.

Besonders der Leitartikel in *Le Monde* zeigte, wie sehr die europäische Realität und ihre Vermittlung in Frankreich auseinanderklafften: Das erweiterte Europa sei eine historische Notwendigkeit („nécessité historique“, Kategorie Frieden), entspreche in seiner Ausgestaltung und seiner Funktionsweise jedoch nicht mehr den traditionellen französischen Vorstellungen, so die Analyse. Eine auf diesem Argument basierende Vermittlung Europas, wie sie Chirac häufig verwende, sei also nicht mehr ausreichend. Die traditionellen französischen Europavorstellungen würden aber nichtsdestotrotz von der Politik weiterhin als erstrebens- bzw. erhaltenswert präsentiert, was insgesamt zu einer negativ dominierten Darstellung der europäischen Integration führe. Diese Feststellung bestätigte die Ergebnisse der bisherigen Analyse: Die traditionellen Vermittlungskonzepte französischer Europapolitik waren auf das neue Europa häufig nur in negativer Form anwendbar im Sinne einer Darstellung dessen, was durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen in Europa nicht in Frage gestellt werden dürfe. Der Leitartikel führte aus, wie die negativen Beschreibungen leicht ins Positive zu wenden wären: Der Stabilitätspakt sei nicht nur Zwang, sondern der Zusammenschluss in der Eurozone habe Frankreich die Abwertung seiner Währung erspart. Eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten sei angesichts der Bedingungen der Globalisierung keine Bedrohung

⁹⁹⁶ Ebd.

eines wie auch immer gearteten französischen Modells durch den angelsächsischen Liberalismus, sondern die einzige Möglichkeit, sich im weltweiten Wettbewerb zu behaupten. Insgesamt könne der Mehrwert („la valeur ajoutée européenne“), den Frankreich aus seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union ziehe, von den französischen Politikern also ohne große Anstrengungen wesentlich deutlicher herausgestellt werden. Die deutlichen Worte, die v.a. Jean Quatremer dafür fand, dass dies nicht geschehe („schizophrénie; grave trouble mental“) verwiesen darauf, für wie dringend notwendig er eine Bewusstseinsänderung zu Europa für Frankreich selbst und auch für die europäische Integration als Ganzes erachtete. Auch die anderen Analysten befürchteten langfristige negative Konsequenzen der französischen Verweigerungshaltung gegenüber den europäischen Realitäten, zumal weitere wichtige Entwicklungsschritte anstanden, allen voran die Verfassung. Die Betrachtung des Beginns der französischen Debatte darüber zeigte, dass die nicht ausreichend diskutierte und nicht verarbeitete Erweiterung sich mit den eigentlichen Inhalten der Verfassung vermischte.

Verfassungsdebatte und Erweiterung

Im Verlauf des Jahres 2003 verschränkten sich in Frankreich die Debatten über die Erweiterung und über die Verfassung. Am 25. und 26. November debattierten die Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung über die Osterweiterung der EU und ratifizierten mit 505 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 19 Enthaltungen den im April unterzeichneten Erweiterungsvertrag.⁹⁹⁷ Bis auf die Kommunisten, die nicht an der Abstimmung teilnahmen, eine Gruppe von Sozialisten um Arnaud Montebourg und Henri Emmanuelli, die sich enthielten, sowie einige Souveränisten wie Philippe de Villiers, der ebenfalls nicht an der Abstimmung teilnahm, da er ein Referendum forderte, stimmten die Abgeordneten der Erweiterung zu. Der Senat votierte am 10. Dezember mehrheitlich positiv über die Erweiterung.

Hinter der Debatte über die Erweiterung schien bereits die grundlegende Diskussion über die Verfassung als deutlich kontroverser durch. Besonders in der Sozialistischen Partei zeichneten sich erste Tendenzen einer Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern der Europäischen Verfassung ab. Die Gründe, die beispielsweise Arnaud Montebourg von der PS für seine Enthaltung bei der Abstimmung über die Erweiterung vorbrachte, ähnelten der

⁹⁹⁷ Vgl. u.a. Eric Aeschimann/Antoine Guiral: „L’Europe s’élargit, les doutes grandissent“, *Libération* 25.11.2003; Jean-Baptiste de Montvalon: „L’élargissement de l’Europe ne divise que les députés socialistes“, *Le Monde* 25.11.2003; Sophie Huet: „L’Assemblée dit oui à l’Europe à vingt-cinq“, *Le Figaro* 26.11.2003; Patrick Roger: „A l’Assemblée, les députés font le pari de l’Europe à 25“ und Isabelle Mandraud/Patrick Roger: „A gauche, les réticences gagnent du terrain“ beide in *Le Monde* 27.11.2003.

Argumentationslinie, mit der auch die Gegner der Verfassung ihre Ablehnung begründeten. Montebourg betonte in einem *Monde*-Interview, er sei für die Erweiterung, aber nicht unter den gegebenen Bedingungen. Seiner Meinung nach müsse der Aufnahme neuer Staaten eine Klärung der institutionellen Struktur und Funktionsweise einer erweiterten Union vorausgehen, müsse also die Verfassung verabschiedet werden, bevor die Erweiterung vollzogen werden könne. Ansonsten sehe er Europas Zukunft als reine Freihandelszone. Montebourg betonte außerdem, welche weiteren Gefahren er mit der Erweiterung verbinde: Firmenverlagerungen besonders im öffentliche Dienst, Subventionsverluste benachteiligter Regionen in Frankreich zugunsten der neuen Mitglieder, Steuer- und Sozialdumping. Montebourgs Ansicht nach gäben die europäischen Nationalstaaten ihre Einflussmöglichkeiten auf die globale Wirtschaft aus der Hand, ohne auf europäischer Ebene einen adäquaten Ersatz geschaffen zu haben. Montebourg prophezeite daher eine erneute Sanktion der Politik durch die Wähler wie beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002, wenn die französische Politik in Europa unverändert fortgeführt werde:

„Un vide politique s’est installé, que les électeurs traduisent comme l’impuissance à agir contre la violence du marché. Ils sont alors tentés de se tourner vers les extrémismes et les populismes. Voilà pourquoi l’Européen fervent que je suis n’est plus naïf. Si l’Europe ne se fait pas aimer davantage des citoyens, ils se vengeront dans les urnes, car il se prépare un deuxième ,21 avril’.“⁹⁹⁸

Bereits im Vorfeld der Ratifizierung des Erweiterungsvertrages durch das französische Parlament hatte Arnaud Leparmentier in einer Analyse für *Le Monde* darauf hingewiesen, dass die Diskussion über die Verfassung ihr eigentliches Thema verfehle.⁹⁹⁹ Wesentlich bedeutender als die Neuerungen der Verfassung seien die Veränderungen, die durch die Erweiterung auf Europa zukämen bzw. die Veränderungen, welche die Verfassung mit sich bringe, erlangten ihre volle Auswirkung erst dadurch, dass sie sich auf eine Union der 25 oder mehr Staaten bezögen, so Leparmentier:

„Pour la première fois depuis Maastricht, la classe politique française se passionne pour l’Europe. La gauche, en particulier le Parti socialiste, se déchire sur le projet de Constitution élaboré par la Convention. Elle se trompe de débat. Le traité de Maastricht impliquait un choix fondamental, un bond en avant, avec la création d’une monnaie unique. Pour les citoyens, Maastricht, c’est l’euro. Rien de tel avec la Constitution, qui ne modifie qu’à la marge les traités existants. [...] A court terme, la vraie révolution que va connaître l’Europe, c’est l’élargissement, l’arrivée de dix nouveaux le 1^{er} mai 2004. De ce sujet, nul n’a débattu

⁹⁹⁸ „Arnaud Montebourg, député (PS) et cofondateur du courant Nouveau Parti socialiste: ‚Le PS ne voit pas le piège dans lequel il va tomber‘“, propos recueillis par Clarisse Fabre, *Le Monde* 25.11.2003.

⁹⁹⁹ Für die folgenden Ausführungen und Zitate vgl. Arnaud Leparmentier: „Le faux débat sur la Constitution“, *Le Monde* 1.11.2003.

en France. Les parlementaires français, gauche et droite confondues, vont approuver courant novembre par une écrasante majorité ce bouleversement, et sans que l'on songe à consulter le peuple français. Pourtant, le procès fait à la Constitution n'a pu germer que parce que celle-ci est élaborée parallèlement à l'élargissement.“

Die Position Frankreichs in der EU ändere sich bereits durch die Erweiterung deutlich, ohne dass die Verfassung in Kraft getreten sei, so Leparmentiers Analyse: „Soudain, sans qu'il y ait de nouvelle Constitution, l'Europe devient un vaste ensemble dans lequel les Français se sentent un peu étrangers.“ Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Diversifizierung in einer erweiterten Union erhöhe sich beispielsweise für die reichen Mitgliedsstaaten, und damit auch für Frankreich, ihre Pflicht zu finanzieller Solidarität. Auch Frankreich müsse seinen Beitrag leisten, so Leparmentier:

„Depuis le traité de Rome, la France, première bénéficiaire de la politique agricole commune, reçoit plus qu'elle ne paie pour le budget européen. Elle va avoir à accomplir son devoir de solidarité et payer pour l'Europe comme le fait l'Allemagne depuis toujours.“

Auch im institutionellen Bereich müsse Frankreich damit rechnen, seine Ziele nicht mehr immer verwirklichen zu können, prophezeite Leparmentier:

„Jusqu'à présent, la France n'a jamais été mise en minorité par ses partenaires, qui l'ont toujours traitée avec ménagement. Ce ne sera pas nécessairement le cas dans une Europe élargie, où son poids relatif va décliner. La crise irakienne a montré que le Royaume-Uni était capable d'organiser des coalitions plus puissantes que Paris et Berlin.“

Dazu kämen, so Leparmentier, die Schwäche Frankreichs im Europäischen Parlament durch die Verteilung der Abgeordneten auf eine große Zahl von Fraktionen und die neue Situation in der Kommission, in der auch Frankreich nur noch einen Kommissar stelle. Eine Lösung sah Leparmentier in verstärkter Zusammenarbeit einzelner Staaten in bestimmten Politikbereichen, v.a. im wirtschaftlichen Bereich.

Sowohl die Analyse von Leparmentier als auch der Standpunkt von Montebourg machten die großen Versäumnisse der französischen Politik bei der Vermittlung der Erweiterung deutlich und zeigten die mittel- und langfristigen Folgen auf, die sich daraus für Frankreichs Position in Europa ergeben könnten. Leparmentier und Montebourg stellten beide die negativen Folgen der Erweiterung für Frankreich in den Vordergrund (höhere Kosten, geringerer Nutzen für Frankreich durch die Integration beispielsweise im Agrarbereich, schwierigere Durchsetzung französischer Positionen in einer Union der 25 oder 27). Die angeführten negativen Auswirkungen waren ohne Zweifel vorhanden und auch von Beginn der Erweiterungsverhandlungen an abzusehen. Indem sie zu einem Zeitpunkt, an dem die Erweiterung faktisch nicht mehr aufzuhalten war, vorgebracht wurden, desavouierten die

angeführten Punkte die Argumentationslinie von Jacques Chirac, der in Bezug auf die Erweiterung die Verhinderung genau der angeführten negativen Konsequenzen in den Mittelpunkt seiner Politik gestellt hatte. Die Grenzen der Rhetorik Chiracs wurden somit sehr deutlich. Die Argumente der Erweiterungsgegner oder -kritiker, die sich auf ähnliche Themen stützten wie die Darstellungen von Leparmentier und Montebourg, konnten ein umso größeres Echo bei den Franzosen finden als ihnen kein deutliches positives Bekenntnis zur Erweiterung gegenüberstand, das deren Vorteile und Chancen für Frankreich und für Europa betont hätte. Die Vermittlungsanstrengungen der französischen Politiker, allen voran des Staatspräsidenten, waren an diesem Punkt in keiner Weise ausreichend. Diese Situation gewann gegen Ende des Jahres insofern an Brisanz, als die Franzosen den Erweiterungsprozess bis dahin weitgehend gleichgültig bis desinteressiert begleitet hatten. Im Zuge des Verfassungsprozesses wurde Europa ähnlich wie beim Maastricht-Vertrag in Frankreich jedoch Gegenstand einer breiten gesellschaftlichen Debatte, die auch über die Verfassung hinausgehende Themen mit einbezog. In Bezug auf die Erweiterung war dies problematisch, da der weitgehenden Einigkeit der Abgeordneten und Senatoren in ihrer Zustimmung zur Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten die weiterhin vorherrschende Skepsis der Franzosen gegenüberstand.

6. Umfragedaten Herbst 2003

Im Herbst 2003 wurde neben der regulären Eurobarometer-Umfrage 60¹⁰⁰⁰ erneut eine Flash-Umfrage durchgeführt, dieses Mal zur Regierungskonferenz¹⁰⁰¹. Für die Bewertung der Ergebnisse beider Umfragen war als Hintergrund von Bedeutung, dass die Franzosen insgesamt gegen Ende des Jahres 2003 sehr pessimistisch waren. Während sie bei ihrer persönlichen Situation keine großen Veränderungen erwarteten, gingen 53% der Befragten davon aus, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern werde. 52% erwarteten außerdem generell eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Am pessimistischsten waren Arbeiter, Angestellte und Selbständige, während Befragte in

¹⁰⁰⁰ Eurobarometer 60, Public Opinion in the European Union, Autumn 2003, Fieldwork: October-November 2003, Publication: February 2004, European Commission und Eurobarometer 60.1, Public Opinion in the European Union, Autumn 2003, National report France, European Commission.

¹⁰⁰¹ Flash Eurobaromètre 152: „Conférence intergouvernementale“, EOS Gallup Europe, Commission Européenne, Direction Générale „Presse et Communication“, Sondage: Octobre-Novembre 2003, Rapport analytique: Décembre 2003.

Führungspositionen, Studenten und Hausfrauen etwas zuversichtlicher auf das Jahr 2004 blickten. Ähnlich schlechte Zahlen ermittelte das Eurobarometer zum letzten Mal 1992/93.¹⁰⁰²

Weitgehende Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung

Dem zentralen Thema der Regierungskonferenz, dem Projekt einer Europäischen Verfassung, standen die Franzosen weitgehend aufgeschlossen gegenüber. 60% der Befragten waren der Meinung, die EU solle eine Verfassung bekommen. Nur 8% waren dagegen. 32% hatten allerdings zu diesem Thema auch (noch) keine Meinung.¹⁰⁰³ Zu einigen der im Verfassungsprozess diskutierten institutionellen Fragen äußerten sich die Franzosen wie folgt: Wie die Mehrheit der EU-Bürger wünschten sich auch die Franzosen in großen Teilen eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Mit 40% Zustimmung lagen die Franzosen in dieser Frage EU-weit an der Spitze, gemeinsam mit Griechenland.¹⁰⁰⁴ Ebenfalls im Einklang mit einer Mehrheit der EU-Bürger sprachen sich die Franzosen zu 59% für eine Verlängerung der Ratspräsidentschaft statt der bisherigen halbjährlichen Rotation aus.¹⁰⁰⁵ Deutliche 73% der Franzosen waren dafür, dass auch nach der Erweiterung jeder Mitgliedsstaat einen Kommissar stellen dürfe.¹⁰⁰⁶ Hinsichtlich der Entscheidungsverfahren in der EU wünschten sich 44% der Franzosen eine Beibehaltung der Möglichkeit eines nationalen Vetos, um grundlegende nationale Interessen bewahren zu können. 27% wollten die Vetomöglichkeit zwar bewahren, sie aber auf einige wenige Bereiche beschränken. Nur 9% waren dafür, das Veto ganz abzuschaffen. In anderen EU-Staaten waren deutlich mehr Befragte für eine grundsätzliche Beibehaltung des Vetos. Die Franzosen zeigten sich hier also vergleichsweise offen.

Die Franzosen waren mehrheitlich der Meinung, ein Referendum über eine eventuelle Europäische Verfassung sei unbedingt notwendig (46%). Weitere 43% hielten es für sinnvoll, aber nicht unbedingt notwendig. Nur 10% hielten ein Referendum nicht für sinnvoll. 73% der Franzosen wünschten sich ein europaweites Referendum in allen Ländern am gleichen Tag. Damit lagen sie an der Spitze der EU-15, gefolgt ininigem Abstand von Irland und

¹⁰⁰² „Dans chacun des domaines suivants, pensez-vous que l'année 2004 sera sera meilleure/moins bonne/sans changement/ne sais pas: Votre vie en général/Votre situation professionnelle/La situation financière de votre ménage/La situation de l'emploi en France/La situation économique en France“ EB 60.1.

¹⁰⁰³ „Pensez-vous que l'Union européenne doit avoir ou pas une Constitution?“ EB 60.1.

¹⁰⁰⁴ „Le président de la Commission devrait-il être... nommé seulement par les chefs d'Etat ou de gouvernement de l'Union européenne/élu seulement par le Parlement européen/choisi à la fois par le Parlement européen et par les Chefs d'Etat ou de gouvernement/élu directement par les citoyens de l'Union européenne/Autres réponses, ne sais pas“ EB 60.1.

¹⁰⁰⁵ „La présidence du Conseil européen est tenue, à tour de rôle, par chaque pays pour une durée de 6 mois. Quelle option préférez-vous? Maintien d'une présidence de 6 mois/Présidence plus longue/Ne sais pas“ EB 60.1.

¹⁰⁰⁶ „La Commission européenne doit-elle être composée de commissaires venant de chacun des Etats membres?“ EB 60.1.

Luxemburg mit jeweils 66% und deutlich über dem EU-Mittel (62%).¹⁰⁰⁷ 59% der befragten Franzosen gaben im Herbst 2003 an, im Falle eines Referendums mit Ja stimmen zu wollen, 11% mit Nein und bei 23% würde ihr Votum vom genauen Inhalt der Verfassung abhängen.¹⁰⁰⁸

Bei der im Konvent nicht abschließend diskutierten Frage einer möglichen Erwähnung des religiösen Erbes in der Präambel der Europäischen Verfassung waren die Franzosen zu 50% der Meinung, eine solche Erwähnung solle nicht aufgenommen werden. 20% konnten sich einen Verweis auf religiöse Wurzeln Europas vorstellen, ohne die Religion genauer zu präzisieren. 14% waren mit einer expliziten Erwähnung christlicher Ursprünge einverstanden. In anderen Ländern war der Wunsch nach Erwähnung des christlichen Gedankenguts deutlich ausgeprägter, beispielsweise in Griechenland (54%) oder Italien (46%).¹⁰⁰⁹

¹⁰⁰⁷ „Estimez-vous qu’il serait indispensable, utile mais pas indispensable ou inutile, que tous les citoyens de l’Union européenne puissent se prononcer, par référendum, sur l’adoption d’une nouvelle Constitution pour l’Union européenne?“ und „A propos de la date d’un éventuel référendum sur l’adoption d’une nouvelle Constitution pour l’Union européenne, avec laquelle des deux propositions suivantes êtes-vous le plus d’accord? Le référendum devrait avoir lieu le même jour partout dans tous les Etats membres/La date du référendum devrait être décidée par les Etats membres car l’on doit tenir compte des spécificités nationales“ Flash-Umfrage. Eine BVA-Umfrage für *Le Monde* und France-Inter kam zu ähnlichen Ergebnissen: Laut dieser Anfang Oktober durchgeführten Befragung waren 72% der Franzosen für eine Europäische Verfassung (21% dagegen) und 74% fanden, über deren Annahme solle in Frankreich per Referendum abgestimmt werden (22% dagegen). Eine weitere Aufschlüsselung der letzten Werte ergab, dass besonders die Anhänger der extremen Rechten (FN/MNR) für ein Referendum waren. 84% wünschten sich hier ein Referendum, gegenüber 75% der Anhänger der parlamentarischen Rechten und 68% der parlamentarischen Linken. Weiterhin ergab sich aus der BVA-Umfrage, dass die Spaltung der französischen Gesellschaft in Bezug auf Europa fortbestand. Auf die Frage, ob die europäische Integration das Wirtschaftswachstum in Frankreich gefördert habe, antworteten die beruflich besser qualifizierten Franzosen (*professions supérieures et libérales, professions intermédiaires*) mehrheitlich mit Ja, während Angestellte, Arbeiter und nicht im Arbeitsleben stehende (*inactifs*) deutlich häufiger nicht dieser Ansicht waren. Die Zahlen im einzelnen lauteten: „Pensez-vous que la construction européenne a favorisé la croissance économique en France?“ Professions supérieures et libérales: 8% Tout à fait favorisé, 64% Plutôt favorisé, 22% Plutôt gêné, 3% Tout à fait gêné, 3% NSP. Professions intermédiaires: 5% / 57% / 29% / 6% / 3%. Employés: 2% / 42% / 39% / 9% / 8%. Ouvriers: 6% / 27% / 46% / 17% / 4%. Inactifs: 4% / 38% / 42% / 6% / 10%. Vgl. für die Angaben in dieser Fußnote Enquête de l’Institut BVA réalisée, pour *Le Monde* et France-Inter, par téléphone les 3 et 4 octobre 2003 auprès d’un échantillon de 953 personnes représentatif de la population française âgée de 18 ans et plus. Echantillonnage par la méthode des quotas: sexe, âge, profession du chef de famille. Ergebnisse veröffentlicht und kommentiert in Hervé Gattegno: „Les Français veulent un référendum sur la Constitution de l’Union“, *Le Monde* 8.10.2003.

¹⁰⁰⁸ „Si demain avait lieu un référendum sur l’adoption d’une nouvelle Constitution pour l’Union européenne, voteriez-vous pour le OUI ou pour le NON?“ Flash-Umfrage. Bei allen Antworten zur Verfassung war zu beachten, dass sie zum Zeitpunkt der Flash-Umfrage noch rein hypothetischer Natur waren und daher einen begrenzten Aussagewert hatten, da die Entscheidungen der Regierungskonferenz noch ausstanden.

¹⁰⁰⁹ „On envisage d’inclure dans le préambule de la nouvelle Constitution européenne une référence aux héritages religieux de l’Europe. Parmi les propositions suivantes, quelle est celle qui aurait votre préférence? Le préambule devrait inclure... Une référence aux héritages religieux de l’Europe sans préciser lesquels/Une référence à l’héritage chrétien/Une référence à l’héritage judéo-chrétien/Le préambule ne devrait pas inclure de référence aux héritages religieux de l’Europe/Ne sais pas, Sans réponse“ Flash-Umfrage.

Fortgesetzte Ablehnung der Erweiterung

Im Gegensatz zu ihrer weitgehenden Offenheit für eine Europäische Verfassung setzte sich bezüglich der Erweiterung auch im Herbst 2003 die skeptische Haltung der Franzosen fort. Weiterhin waren mit 55% mehr als die Hälfte der Franzosen gegen die Erweiterung, auch wenn die Zahl der Befürworter um 3 Prozentpunkte auf 34% gestiegen war. Frankreich blieb damit das Schlusslicht der EU-15, auch wenn inzwischen in fünf EU-Staaten (Frankreich, Belgien, Österreich, Großbritannien und Deutschland) die Zahl der Erweiterungsgegner die der Befürworter überstieg.¹⁰¹⁰ Im Herbst 2003 waren in Frankreich 41% dafür, überhaupt keinen neuen Staat mehr in die EU aufzunehmen. Insgesamt 47% waren bereit, alle (12%) oder einige (35%) der Kandidaten zu akzeptieren. Die Zahl der Erweiterungsgegner stieg in Frankreich langsam, aber stetig an (+6% in einem und +9% in zwei Jahren) und hatte ihren harten Kern in der Gruppe derjenigen, die jede Erweiterung ablehnten. Deren Zahl war mit den bereits genannten 41% deutlich höher als in allen anderen EU-Ländern und hatte sich in den 12 Monaten vor der Umfrage noch einmal deutlich gesteigert (+7%).¹⁰¹¹

Eine genauere Analyse der Erweiterungsgegner ergab folgende Ergebnisse: Wie im Frühjahr 2003 waren die Älteren in Frankreich wesentlich reservierter gegenüber der Erweiterung als die Jüngeren. Ein weiterer Zusammenhang ließ sich herstellen zwischen der Haltung zur Erweiterung und dem Ausbildungsniveau und den vorhandenen Kenntnissen über die EU. Je höher das Ausbildungsniveau und je größer das Wissen über die EU, desto größer war auch die Zustimmung zur Erweiterung und umgekehrt. Eine Aufschlüsselung nach sozioprofessionellen Kategorien ergab, dass Rentner, Arbeiter und Angestellte besonders ablehnend waren. Nur bei Führungskräften und Studenten überwogen die positiven Einstellungen zur Erweiterung. Auch die politische Orientierung spielte weiterhin eine Rolle. Die Anhänger der Linken waren erweiterungsfreundlicher als die der Rechten. Außerdem ließ sich feststellen, dass diejenigen, die der (nationalen) Politik grundsätzlich kritisch oder negativ gegenüberstanden, auch gegenüber der Erweiterung wenig offen waren. Geographisch waren die Bewohner der großen Städte positiver eingestellt als die kleinerer Gemeinden oder die Landbevölkerung.

¹⁰¹⁰ „Quelle est votre opinion sur l'élargissement de l'Union à de nouveaux membres?“ EB 60.1.

¹⁰¹¹ Es folgten Belgien (33%), Luxemburg (32%), Deutschland (27%) und Österreich (27%). Frage: „Quelle option préférez-vous pour l'avenir immédiat de l'Union européenne? L'UE devrait s'élargir à tous les pays qui souhaitent en faire partie/L'UE ne devrait s'élargir qu'à certains des pays qui souhaitent en faire partie/L'UE ne devrait s'élargir à aucun pays supplémentaire/Aucune de ces réponses/Ne sais pas“ EB 60.1.

Auswertung

Die Gegenüberstellung der französischen Meinungsbilder zur Europäischen Verfassung und zur Erweiterung aus dem Herbst 2003 bestätigte das im Verlauf der Untersuchung bereits mehrfach beobachtete Paradox in der Haltung der Franzosen. Während sie der europäischen Integration grundsätzlich offen gegenüberstanden und sogar ein so ambitioniertes Projekt wie eine Europäische Verfassung mehrheitlich befürworteten, blieb es gleichzeitig bei einer tief verankerten Ablehnung der Erweiterung. Besonders die Verfestigung eines harten Kerns von Erweiterungsgegnern, die jede Aufnahme neuer Staaten in die EU ablehnten, war bedenklich. Auch *Libération* beschäftigte sich im Umfeld der Debatte in der Nationalversammlung zur Erweiterung mit der aus den Zahlen des Eurobarometer 60 hervorgehenden Erweiterungsskepsis der Franzosen.¹⁰¹² Nathalie Dubois konzentrierte sich in ihrer Analyse auf die fünf größten Ängste der Franzosen in Verbindung mit der Erweiterung: steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich, unzureichende Vorbereitung der EU und mangelnde Einbeziehung ihrer Bürger, hohe Kosten für die aktuellen EU-Staaten, zunehmende Einwanderung aus den neuen in die die alten EU-Staaten, Inkompatibilität der Erweiterung mit der französischen Vorstellung von Europa, Bedeutungsverlust der französischen Sprache innerhalb der EU. Dubois versuchte, die Angst vor zunehmender Arbeitslosigkeit und Einwanderungswellen durch Verweise auf die Chancen für die französische Wirtschaft in den neuen EU-Ländern und auf Übergangsfristen bei der Arbeitnehmermobilität zu entkräften. Dass die Kosten für Frankreich steigen und die französische Sprache mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit gegenüber dem Englischen an Einfluss verlieren werde, hielt sie dagegen für begründete Befürchtungen bzw. für realistische Erwartungen. Auch das Argument einer Flucht nach vorne ohne ausreichende Vorbereitung sei, so Dubois' Analyse, nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere mangle es an Information und Konsultation der Bürger, wie Dubois auch anhand eines bezeichnenden Zitats von Anne-Marie Idrac, im Jahr 2003 Vorsitzende der französischen Abteilung der Europäischen Bewegung, illustrierte. Idrac stellte fest: „[I]l y a bien un problème démocratique à voir que les élargissements se font avec moins de concertations que la création d'un rond-point dans un département.“ Auch das Argument vom Ende einer französischen Europa-Vision durch die Erweiterung hielt Dubois für zutreffend, mit möglicherweise weitreichenden Folgen für Frankreich und für Europa:

¹⁰¹² Eric Aeschimann/Antoine Guiral: „L'Europe s'élargit, les doutes grandissent“ und Nathalie Dubois: „Des peurs plus ou moins fondées“, beide in *Libération* 25.11.2003. Kursivsetzungen im Original.

„A 25, l'Union pèse normalement plus lourd sur la scène mondiale, mais la France voit son leadership menacé. Le fait que les Français aient été sondés en pleine crise irakienne explique certainement leur poussée d'urticaire apparue dans l'Eurobaromètre. Le coup de gueule de Chirac contre les pays de l'Est – qui auraient *perdu une bonne occasion de se taire*' en soutenant Bush – n'a pas contribué à les rendre sympathiques auprès d'une opinion publique très antiguerre. Plus généralement, c'est toute la vision française d'une ‚Europe puissance' capable de faire contrepoids aux Etats-Unis que risque de remettre en cause l'élargissement. Le PCF n'est d'ailleurs pas le dernier à s'inquiéter de l'adhésion de pays très atlantistes, plus enclins à jouer la carte de l'Otan que celle de la défense européenne. Grand avocat du ‚modèle social européen', Paris peut aussi s'attendre à la résistance de ces nouveaux venus, plus attirés par une grande zone de libre-échange que par la promotion des droits sociaux. La France doit enfin renoncer à son leitmotiv constant depuis 1995: pas de nouvel élargissement sans un approfondissement de l'Union. Car nul ne sait si le projet de Constitution sortira indemne ou non du bras-de-fer en cours.“¹⁰¹³

Ähnlich wie bei den bereits zitierten Darstellungen von Leparmentier und Montebourg war auch der Analyse von Dubois deutlich zu entnehmen, dass einige Befürchtungen der Franzosen in Bezug auf mögliche Nachteile durch die Erweiterung ihre Berechtigung hatten. Auch sie setzte damit einen deutlichen Kontrapunkt zur optimistischen Darstellung des Präsidenten, der in seinen Stellungnahmen zur Erweiterung die Ängste der Franzosen zwar durchaus wahrnahm, sie jedoch für unbegründet erklärte. Während sich Chiracs Diskurs weitgehend auf die Zurückweisung der Befürchtungen der Franzosen beschränkte, bemühte sich Dubois, wie auch andere bereits analysierte Zeitungsartikel, neben der Anerkennung möglicher Nachteile gleichzeitig darum, diesen die Vorteile der Erweiterung gegenüberzustellen. Ihre Darstellung der Konsequenzen der Erweiterung war damit realistischer als der Diskurs des Präsidenten. Auch sie bestätigte die Hypothese der vorliegenden Arbeit, wenn sie davon ausging, dass wesentliche Elemente der französischen Europavision, v.a. das Konzept eines *Europe puissance*, in einer erweiterten Union möglicherweise nicht mehr umzusetzen sein würden.

7. Europäischer Rat von Brüssel

7.1 Themen und Ergebnisse

Die Zusammenkunft des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember in Brüssel brachte einen erneuten Beweis der Schwierigkeiten einer Entscheidungsfindung in einer Union der 25, denn es gelang den Staats- und Regierungschefs nicht, sich auf einen Kompromiss zum Konventsvorschlag zu einigen.¹⁰¹⁴ Die drei schwierigsten Fragen aus der Konventsvorlage,

¹⁰¹³ Nathalie Dubois: „Des peurs plus ou moins fondées“, *Libération* 25.11.2003. Kursivsetzung im Original.

¹⁰¹⁴ Vgl. für die Angaben in diesem Absatz Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

die vor dem Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs noch offen waren, bezogen sich auf die Zusammensetzung der Kommission, auf die Stimmengewichtung im Rat und auf die Anwendungsbereiche für Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. Es handelte sich also um Themen, die vor dem Hintergrund der Erweiterung bereits seit Jahren diskutiert wurden, ohne dass bis zum Jahr 2003 eine den Anforderungen einer großen Union angemessene Lösung hatte gefunden werden können. Besonders Spanien und Polen bestanden in Brüssel auf der Beibehaltung der für sie vorteilhaften Regelung von Nizza bei der Stimmengewichtung. Berlin und Paris plädierten dagegen für die Umsetzung der Konventsvorlage, welche die Einwohnerzahl stärker berücksichtigte und damit die Position Deutschlands und Frankreichs gestärkt hätte.¹⁰¹⁵ Außerdem konnte keine Einigung darüber erzielt werden, ob in die Verfassung ein Verweis auf die christlichen Wurzeln Europas aufgenommen werden solle oder nicht. Unter anderem der französische Präsident plädierte angesichts der Blockadesituation, in der sich der Europäische Rat befand, schnell für einen Abbruch der Verhandlungen. Das europäische Verfassungsprojekt war damit zunächst gescheitert und musste im Jahr 2004 unter irischer Ratspräsidentschaft weiter vorangebracht werden. Neben den Diskussionen über die Verfassung bekräftigte der Rat in Brüssel den Fortschritt der Beitrittsvorbereitungen Rumäniens und Bulgariens und bestätigte das Ziel, beide Länder zum 1. Januar 2007 in die EU aufzunehmen. Der Türkei wurden zwar Fortschritte insbesondere im wirtschaftlichen Bereich bescheinigt. Aufgrund von weiterhin vorherrschenden Defiziten in politischen und juristischen Fragen und wegen des nicht gelösten Zypern-Konflikts erhielt sie jedoch keine konkreten Zusagen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

7.2 Jacques Chirac zu den Ergebnissen des Brüsseler Gipfels

Jacques Chirac ging, seiner eigenen Aussage nach, den Gipfel in Brüssel als „skeptischer Optimist“¹⁰¹⁶ an. Allerdings machte der Präsident beim Blaesheim-Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Anfang Dezember deutlich, dass er keine Einigung um jeden Preis akzeptieren

¹⁰¹⁵ In der Regelung von Nizza war Polen und Spanien nahezu ebenso viel Gewicht zugesprochen worden wie den beiden doppelt so großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich. Vgl. zu den Diskussionen in Brüssel zu diesem Thema u.a. Martine Silber : „L’Espagne et la Pologne intransigeantes sur la Constitution des 25“; Christophe Châtelot: „La stratégie ‚agressive‘ de Varsovie ne convainc pas les autres Etats d’Europe centrale“, beide in *Le Monde* 12.12.2003; Arielle Thedrel/Diane Cambon/Bernard Osser: „L’Espagne et la Pologne sommées d’abandonner leurs prétentions“, *Le Figaro* 12.12.2003. Vgl. speziell zur polnischen Position außerdem Kai-Olaf Lang/Andreas Maurer (2003): *Polens Gewicht und die doppelte Mehrheit. Vor dem Endspiel der Regierungskonferenz*, SWP-Aktuell 51, Berlin.

¹⁰¹⁶ Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne à l’issue de leur entretien, Palais de l’Elysée 9.12.2003.

werde und daher besonders von Spanien und von Polen mehr Kompromissbereitschaft erwarte als bisher gezeigt:

„Le Chancelier, comme moi, nous n’accepterons pas un accord à n’importe quel prix, dans n’importe quelles conditions. Nous voulons un accord qui soit dans le droit fil de l’idée que nous nous faisons de l’Europe de demain, conforme à celle, qu’ensemble, nous avons construit. [...] Dans une négociation, surtout avec autant de pays et avec l’ambition de faire une Constitution pour l’ensemble de ces pays, chacun doit faire un geste en direction des autres. Je ne veux donc pas croire que nous nous trouvions dans cette situation et j’espère qu’avec l’Espagne comme avec la Pologne, un accord pourra être trouvé. Je n’en suis pas certain.“¹⁰¹⁷

Ähnlich äußerte er sich auch nach den Beratungen des Europäischen Rates und vor Beginn der Sitzung der Regierungskonferenz:

„Je veux simplement rappeler que la France veut un accord qui soit conforme à une certaine vision de l’Europe qui est la sienne. Ce n’est pas une vision que nous voulons imposer naturellement, mais c’est la vision, en tous les cas, des membres fondateurs, fondée sur une expérience, une histoire, une culture de l’Europe et parfaitement exprimée de notre point de vue par la Convention. [...] j’estime que nous avons un grand intérêt à affirmer ensemble l’importance que nous donnons au maintien de cette vision de l’Europe donc à rester aussi près que possible de l’ensemble cohérent que représente la Convention. Et nous ne pourrions pas accepter que l’équilibre soit sensiblement remis en cause. [...] la France n’acceptera pas un résultat dénaturé par rapport à cette vision de l’Europe qui est celle des six et qu’exprime la Convention. Et elle fera tout pour que la solution soit aussi proche que possible des propositions de la Convention.“¹⁰¹⁸

Für die spanische und polnische Blockadehaltung bei der Stimmengewichtung hatte Chirac kein Verständnis. Als Antwort auf eine Frage während der Pressekonferenz, warum diese beiden Länder einen in Nizza errungenen Vorteil wieder aufgeben sollten, verwies Chirac auf die seitdem veränderten Bedingungen in Europa:

„[...] les choses ont changé depuis Nice. Vous aurez observé que Nice, c’était le préalable indispensable à l’élargissement. Il fallait absolument réussir Nice, sinon il n’y avait pas d’élargissement. La Pologne n’aurait alors pas eu à se poser ce problème, notamment. Nous ne regrettons pas l’élargissement. J’ai toujours dit et pensé que la raison de fond de la construction européenne, c’était l’implantation de la paix et de la démocratie en Europe. On ne fera pas la paix et la démocratie dans un petit bout d’Europe. On fera la paix et la démocratie dans toute l’Europe, dans toute cette région du monde ou on ne le fera pas. L’histoire d’ailleurs nous l’enseigne. Donc, on a franchi ce seuil, ce cap, à Nice, d’une façon qui n’a peut-être pas été la meilleure, c’est possible. Mais qui ne saurait en aucun cas créer d’avantages acquis pour la suite. Celle-ci s’inscrit dans un contexte différent, c’est-à-dire d’une Europe élargie, réformant ses institutions. Dans ce contexte, il est bien évident que l’on doit tenir compte de la vocation d’union d’Etats de l’Europe, mais aussi de celle d’union des peuples. Ce qui suppose qu’il y ait un certain respect des règles de la démocratie. Ce qui veut

¹⁰¹⁷ Ebd.

¹⁰¹⁸ Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors du Conseil européen, Brüssel 12.12.2003.

dire qu'il faut tout de même, sans imaginer que l'on puisse le faire de façon intégralement proportionnelle, qu'on tienne compte des populations concernées. Voilà pourquoi je pense que nos amis espagnols et polonais seraient bien inspirés de tenir compte de l'ensemble de ces données, dans la réflexion qui sera la leur et qui, par ailleurs, aboutira à une position que je respecte et que je ne discute pas. Mais ce n'est pas compatible avec l'idée ou la vision que nous nous faisons de l'Europe élargie.¹⁰¹⁹

In seiner Bewertung des Scheiterns der Verhandlungen legte Chirac Wert darauf festzuhalten, dass der Grund dafür nicht ein Gegensatz zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten gewesen sei.¹⁰²⁰ Allerdings sah er einen Zusammenhang zwischen langjähriger EU-Erfahrung und Kompromissbereitschaft:

„Je voudrais que soit noté dès l'abord, qu'il serait tout à fait faux de considérer qu'il y a un lien entre l'échec des travaux d'aujourd'hui et l'élargissement. Il n'y a, à ce sujet, aucun lien. Je veux dire par là que les divergences sur les principaux points ont fait apparaître des différences entre des Etats qui étaient soit anciens, soit nouveaux dans l'Union. Sur les affaires de double majorité, nous avons eu une opposition de la Pologne et de l'Espagne. Sur les affaires de la Commission, il y avait un mélange de nouveaux ou d'anciens pays qui ont exprimé des divergences de vues à l'égard du problème de la majorité qualifiée pour prendre des décisions au Conseil. Je dis cela parce que certaines réflexions m'avaient laissé imaginer qu'on pouvait, par facilité, penser qu'il y avait, d'un côté, les nouveaux venus et de l'autre, les anciens membres. Ce n'est pas vrai. En revanche, on peut penser qu'il y a eu tout de même quelque chose qui a pesé, c'est-à-dire une certaine différence de culture. Je veux dire par là que les pays qui ont une longue expérience de l'Europe n'ont pas exactement les mêmes réactions que les pays qui n'ont pas la même expérience.“

Als mögliche Lösung für die Krise der Union kam Chirac auf sein Konzept der Pioniergruppen zurück. Unter anderen aus diesem Grund sah er das Scheitern der Verhandlungen nicht als grundsätzliches oder existentielles Problem für die EU:

„Aucune négociation de CIG ne s'est terminée dans la présidence qui l'avait entamée, aucune. Chaque fois qu'il y a eu une CIG, elle a été passée à la présidence suivante, exactement comme aujourd'hui. Donc, cela n'a rien d'une crise exceptionnelle et cela n'a rien d'une crise d'un caractère dramatique quelconque. Nous avons des institutions qui fonctionnent. Nous avons Nice qui c'était ce qu'il était, dont je suis le premier à avoir dit et à dire qu'il n'était pas idéal, que c'était le fruit d'un compromis. Nous avons donc des institutions qui fonctionnent. Nous avons procédé à l'élargissement. C'était même la justification essentielle de Nice. Et cet élargissement se fera normalement. Le 1er mai, les nouveaux Etats seront membres et les institutions fonctionneront. Donc, il n'y a pas de drame ou de crise avec un grand C'. Il y a une adaptation qui ne s'est pas terminée et qui devra se poursuivre pour avoir des institutions qui soient réellement conformes à l'idée que nous nous faisons de l'Europe de demain, à la vision qu'incarne celle de la Convention, qu'incarnent les propositions de la Convention auxquelles nous souscrivons.“

¹⁰¹⁹ Ebd.

¹⁰²⁰ Für die beiden folgenden Zitate vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la Conférence intergouvernementale, Brüssel 13.12.2003.

Bewertung von Chiracs Äußerungen zum Brüsseler Gipfel

Der Widerspruch zwischen der französischen Europavision und den Realitäten einer Union der 25 wurde in Chiracs Äußerungen sehr deutlich. Es ging Chirac bei den Diskussionen des Konventsvorschlages darum, eine Einigung zu finden, die der französischen Vorstellung von Europa entsprach. Diese Vorstellung definierte Chirac explizit als die der europäischen Gründerstaaten („[...] la France veut un accord qui soit conforme à une certaine vision de l'Europe qui est la sienne. Ce n'est pas une vision que nous voulons imposer naturellement, mais c'est la vision, en tous les cas, des membres fondateurs, fondée sur une expérience, une histoire, une culture de l'Europe [...]“). Von dieser Zielsetzung war auch Chiracs Haltung während des gesamten Erweiterungsprozesses geprägt. Die Diskussionen des Jahres 2003 zeigten, dass die Erweiterung zwar zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden konnte, dass die Schwierigkeiten, die Frankreich mit dieser Perspektive und ihren Konsequenzen für die Zusammenarbeit in einer größeren Union hatte, jedoch fortbestanden. Mit seiner Haltung gegenüber der polnischen Verhandlungsposition verstärkte Chirac in Brüssel außerdem das negative Bild, das sich in den neuen EU-Ländern bereits durch seinen verbalen Ausfall im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg gebildet hatte. Chiracs Haltung war ein weiterer Beleg dafür, wie groß die Anpassungsschwierigkeiten Frankreichs an die neuen Gegebenheiten in Europa waren. Chirac verlangte von Polen, von dem wesentlich unter französischer Führung erarbeiteten schlechten Kompromiss von Nizza im Sinne eines gesamteuropäischen Interesses abzurücken. Frankreich war im Verlauf des Erweiterungsprozesses bei mehreren Gelegenheiten zu einem solchen Schritt weg von nationalem Interesse hin zu einer gesamteuropäisch vorteilhaften Lösung nicht bereit gewesen.

Dass Chirac entgegen seiner Beteuerungen im Zweifelsfall das Fortschreiten der Integration im französischen Sinne wichtiger war als eine Weiterentwicklung der gesamten Union zeigte sich nach dem Brüsseler Gipfel daran, dass er auch bei dieser Gelegenheit wieder das Konzept der Pioniergruppen als mögliche Lösung für die Schwierigkeiten bei der Kompromissfindung mit allen Ländern anbrachte. Dies hätte bedeutet, dass einzelne Integrationsbereiche zunächst weitgehend ohne die neuen Mitglieder der EU gestaltet worden wären. Chiracs ebenfalls bereits mehrfach aufgetretene Tendenz, im Hinblick auf die alten und die neuen EU-Staaten mit zweierlei Maß zu messen, zeigte sich also auch bei der Verfassungsdiskussion wieder. Er wies die Sichtweise eines Konflikts zwischen alten und neuen Ländern beim Brüsseler Gipfel zwar zurück. Sein Verweis auf eine unterschiedliche europäische Kultur in Ländern mit mehr oder weniger europäischer Verhandlungserfahrung machte das doppelte Maß in Chiracs Beurteilung jedoch wieder deutlich.

7.3 Pressebewertung

Wie bereits bei mehreren Gelegenheiten beobachtet, stellte die Presse in ihrer Bewertung des Brüsseler Gipfels statt des nationalen französischen das gesamteuropäische Interesse in den Mittelpunkt und sah daher, im Gegensatz zu Chirac, das Scheitern der Verhandlungen zur Verfassung in Brüssel als schwere Krise („crise majeure“) der EU, der zweiten im Jahr 2003 nach den Spaltungen im Umfeld des Irak-Krieges. Die Analysten in *Le Monde* beispielsweise erwarteten keine schnelle Lösung der Verfassungsfrage, sondern sahen sogar die Gefahr einer Fortsetzung der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, die sich sowohl in der Irak-Frage als auch bei der Verfassungsdiskussion gegenüberstanden:

„Pratiquement, les négociations sur la Constitution ont été renvoyés sine die. [...] Nul ne croît à un accord avant l'élargissement, qui a lieu officiellement le 1er mai, ou même les élections européennes du 13 juin. [...] Après s'être affrontés sur l'Irak et sur la Constitution, la Pologne et l'Espagne, principaux bénéficiaires des subsides européens, ainsi que le Royaume-Uni, qui profite d'un rabais budgétaire, vont de nouveau se trouver en face de l'Allemagne et de la France. Berlin et Paris ne voient pas pourquoi ils devraient manifester une solidarité financière envers des pays qui, selon eux, ne jouent pas le jeu de l'Europe politique.“¹⁰²¹

Leparmentier wertete in einer weiteren Analyse das Scheitern des Brüsseler Gipfels auch als Scheitern des deutsch-französischen Paares im erweiterten Europa.¹⁰²² Bereits zum zweiten Mal, nach dem Irak-Krieg, habe sich im Verlauf des Jahres 2003 im europäischen Rahmen gezeigt, dass Deutschlands und Frankreichs Führungsfunktion nicht mehr ausreiche, um eine gemeinsame Position für eine Union der 25 Staaten zu finden. Statt Deutschland und Frankreich hätten beim Brüsseler Gipfel vielmehr Spanien, Polen und Großbritannien ihre Prioritäten durchsetzen können, so Leparmentier. Im Scheitern der Verfassungsdiskussion sah Leparmentier einen Beweis für eine nicht ausreichend wahrgenommene europäische Verantwortung Deutschlands und Frankreichs und bezog diese Feststellung ausdrücklich auch auf die Vorbereitung der Erweiterung:

„Les deux pays n'ont pas su préparer l'élargissement. D'abord sur le plan institutionnel, comme en témoignent les échecs des sommets d'Amsterdam en 1997 et de Nice en 2000. Ensuite, sur le plan politique: Paris et Berlin n'ont pas tenu de discours structuré à la Pologne sur la nature de l'engagement politique que signifiait l'entrée dans l'Union. [...] Les Français et les Allemands ont commencé à réagir quand il était trop tard, à l'automne 2002. Miraculés des élections, Gerhard Schröder et Jacques Chirac se sont aperçus qu'ils étaient les grands perdants de leur non-entente. Ils ont alors scellé leur réconciliation en mettant fin à leur différend sur l'agriculture. Ils ont alors cru que le moteur franco-allemand allait de nouveau

¹⁰²¹ Thomas Ferenczi/Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „Après le fiasco de Bruxelles, Paris relance l'idée d'une Europe à la carte“, *Le Monde* 16.12.2003.

¹⁰²² Arnaud Leparmentier: „Isolé, le couple franco-allemand a subi une deuxième défaite en moins d'un an“, *Le Monde* 16.12.2003.

pouvoir imposer son rythme à l'Europe. Entre-temps, celle-ci avait changé et leurs partenaires également: ils ne veulent pas de l'Europe-puissance ou d'„eurogaullisme“ étendu au continent. Ils ne veulent pas d'un modèle social-démocrate continental, jugé incapable de se réformer.“

Der Einschätzung Leparmentiers zum Versagen des deutsch-französischen Paares beim Brüsseler Gipfel ist zuzustimmen, denn erneut zeigten sich beide Länder bei dieser Gelegenheit stärker darum bemüht, ihren Führungsanspruch und ihre Position um jeden Preis durchzusetzen als auf eine für alle europäischen Partner tragbare Lösung hinzuarbeiten. Das Scheitern des Gipfels war daher nicht alleine der Blockadehaltung Polens und Spaniens anzulasten, sondern in Teilen auch Deutschland und Frankreich zuzuschreiben. Leparmentier kritisierte auch die in der unmittelbaren Nachfolge der gescheiterten Brüsseler Verhandlungen wieder aufkommenden französischen Vorstöße in Richtung eines Europa der mehreren Geschwindigkeiten durch die Einrichtung von Pioniergruppen. Diese Strategie, die nicht unbedingt auf deutsche Zustimmung traf, hielt Leparmentiers für keine sinnvolle Option für die Zukunft der erweiterten Union, da sie vorhandene Spaltungen nur weiter vertiefen, aber keinen gesamteuropäischen Fortschritt bringen werde. Ähnlich argumentierte Christophe Châtelot, der in seiner Analyse für *Le Monde* die polnische Sicht auf das Ergebnis von Brüssel, sein Zustandekommen und seine Folgen darstellte.¹⁰²³ Auch in Polen werde die neue Diskussion über Pioniergruppen negativ gesehen, weil die Verwirklichung dieses Konzepts zur Folge hätte, dass Polen nicht Teil der europäischen Führungsgruppe wäre, so Châtelot. Insgesamt ging aus dem von Châtelot gezeichneten Bild hervor, dass die Diskussionen über die Verfassung, in deren Verlauf Frankreich kein Verständnis für die polnische Position gezeigt hatte, sich aus polnischer Sicht deutlich negativ auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Polen ausgewirkt hatten. Polen wolle von Frankreich ernster genommen werden und wünsche sich eine weniger paternalistische Haltung aus Paris, zitierte Châtelot beispielsweise den ehemaligen polnischen Europaminister Saryusz-Wolski.

Anfang 2004 suchte Daniel Vernet in *Le Monde* nach Gründen für die bedächtigen Reaktionen der französischen Politik auf das Scheitern des Brüsseler Gipfels.¹⁰²⁴ Er sah drei Elemente, die, seiner Ansicht nach, der auch vom Staatspräsident vertretenen Haltung zugrunde lägen:

„La première [raison], c'est que Paris peut vivre avec Nice. [...] Que le traité de Nice organise la paralysie de l'Europe élargie, n'a pas que des inconvénients aux yeux des dirigeants français. Les Européens vont faire l'apprentissage du ‚principe de réalité‘, déclare Dominique de Villepin. Autrement dit, ayant l'expérience que le traité de Nice ‚ne peut marcher que

¹⁰²³ Christophe Châtelot: „Les Polonais reprochent à Paris et à Berlin de ne pas les prendre au sérieux“, *Le Monde* 16.12.2003.

¹⁰²⁴ Daniel Vernet: „Nouvelle frilosité française en Europe“, *Le Monde* 1.1.2004, Kursivsetzung im Original.

cahin-caha’, ils comprendront les progrès apportés par le projet Giscard. Le temps passant, ils seront mieux disposés à son égard. La deuxième raison tient au scepticisme que les dirigeants français ont toujours approuvé face à l’élargissement de l’UE. Ils savent qu’il n’était pas possible de s’y opposer pour des raisons de justice historique, mais ils sont convaincus qu’une Europe difficilement gérable à quinze est ingouvernable au-delà. La première réunion où les décisions devaient être prises à vingt-cinq – les 12 et 13 décembre à Bruxelles – en a apporté la démonstration. La troisième raison est corollaire de la précédente. Si à vingt-cinq l’UE ne peut pas fonctionner, il faut trouver un autre mode d’organisation.“

Die mehrfach von Präsident Chirac vorgebrachte Möglichkeit zu verstärkter Zusammenarbeit als Weg zur Fortführung der Integration in einer erweiterten Union stöße jedoch bei vielen der europäischen Partner auf Skepsis, so Vernet weiter. Vernets Aussichten für die unmittelbare Zukunft der EU waren, wie die der anderen Journalisten, daher nicht sehr optimistisch:

„[...] on commence à comprendre à Paris qu’agiter l’épouvantail d’une Europe à deux vitesses, loin de ramener dans le droit chemin les opposants à une nouvelle répartition des pouvoirs au sein de l’UE, renforce leur détermination. Il n s’agit donc plus de leur faire peur, mais de tenter de les amadouer, en utilisant au besoin des arguments sonnants et trébuchants. Dans cette constellation, *l’ambition pour l’Europe*’ tend à céder la place à la frilosité. Le risque croît qu’avec le temps la dynamique apportée par la Convention s’estompe et les revendications nationales se multiplient.“

Die Presseanalysen des Brüsseler Gipfels bestätigten die bei der Betrachtung der Äußerungen Jacques Chiracs angesprochenen Punkte: Auch die Kommentare der Journalisten wiesen darauf hin, dass Frankreich (und Deutschland) während des gesamten Erweiterungsprozesses in entscheidenden Fragen nationale Interessen in den Vordergrund gestellt hätten statt sich um einen gesamteuropäischen Fortschritt zu bemühen. Leparmentier machte in seiner Analyse darüber hinaus deutlich, dass wichtige Themen mit den neuen EU-Ländern nicht klar genug diskutiert worden seien und formulierte explizit, dass eine einfache Übernahme deutscher und französischer Vorstellungen durch die mittel- und osteuropäischen Länder nicht zu erwarten sei. Davon war aber der französische Präsident in seiner Erweiterungspolitik lange ausgegangen. Die Reaktion des französischen Präsidenten auf das offensichtliche Scheitern dieser Strategie, die darin bestehe, auf Integrationsmechanismen zurückzugreifen, bei denen eine Einigung mit allen EU-Staaten nicht notwendig sei und bei denen der deutsch-französische Führungsanspruch dementsprechend besser zur Geltung kommen könne, hielten die Journalisten mehrheitlich nicht für angebracht.¹⁰²⁵ Dies gelte umso mehr, als bei Chirac damit die beschriebene Abwertung der neuen Mitgliedsländer einhergehe, wie *Le Monde* durch die Einbeziehung der polnischen Perspektive deutlich machte. Im Gegensatz zum

¹⁰²⁵ Vgl. neben den bereits zitierten Analysen auch Luc de Barochez: „Paris et Berlin flirtent avec l’Europe à deux vitesses“, *Le Figaro* 15.12.2003.

Präsidenten sahen die französischen Journalisten die europäische Einigung in ihrer bis zur Erweiterung betriebenen Form und damit auch den französischen Führungsanspruch in Europa grundsätzlich in Frage gestellt. Die latent während des gesamten Erweiterungsprozesses vorhandenen französischen Befürchtungen bezüglich einer vergrößerten Union schienen sich bereits im Jahr 2003, also noch vor dem Vollzug des Beitritts der neuen Länder, zu bestätigen. Angesichts der Schlussfolgerungen, die Paris daraus zog, waren die Presseanalysen sehr pessimistisch, was die Zukunft der europäischen Integration anging. Der Präsident dagegen blieb bei seinem scheinbar unerschütterlichen Optimismus.

8. Bilanz des Jahres 2003

Unterzeichnung des Erweiterungsvertrages und erste Schwierigkeiten einer Union der 25

Die Ergebnisse des Brüsseler Gipfels vom Dezember und ihre unterschiedliche Bewertung durch den Staatspräsidenten und in der Presse gaben die wichtigsten Elemente für die Formulierung einer Bilanz des Jahres 2003 vor. Positiver Höhepunkt der europäischen Politik war die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages in Athen im April. Die Erweiterung wurde damit Realität. Das historische Projekt der friedlichen Vereinigung des europäischen Kontinents war zu einem erfolgreichen Abschluss geführt worden. Die anderen wichtigen Themen des Jahres 2003 zeigten jedoch deutlich die Schwierigkeiten auf, die sich, über die historische Bedeutung der Erweiterung hinaus, in der praktischen Zusammenarbeit von 25 europäischen Staaten ergaben. Der Irak-Krieg hatte zwischen alten und neuen EU-Ländern deutlich divergierende Auffassungen von den Aufgaben der Europäischen Union zu Tage gebracht, besonders in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dahinter schienen grundsätzliche Unterschiede in der Herangehensweise an die europäische Integration durch. Weiterhin machten die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg deutlich, dass von Seiten der EU und von Seiten der alten Mitgliedsstaaten wesentliche Fragen, die im Verlauf des Erweiterungsprozesses hätten diskutiert werden müssen, bewusst ausgeklammert oder verschoben worden waren, um den Erfolg der Erweiterung nicht zu gefährden. Vor allem fehlte der erweiterten Union eine gemeinsame Vision davon, wofür sie stand und welche Ziele sie verfolgte. Dieses Manko hatten die Auseinandersetzungen um den Militäreinsatz im Irak mehr als deutlich gemacht.

Auch das Aufschieben der Lösung schwieriger Punkte im institutionellen Bereich vor der Erweiterung erwies sich spätestens im Jahr 2003 im Zuge der Diskussion über die Verfassung als fataler Fehler. Die erste Regierungskonferenz mit 25 Staaten wurde zum Fiasko, da die

vielfältigen unterschiedlichen Interessen und Prioritäten nicht in einem Kompromiss zusammengeführt werden konnten. Einige der Fragen, an denen der Brüsseler Gipfel scheiterte, wurden im Kreis der Staats- und Regierungschefs vor dem Hintergrund der Erweiterungsperspektive seit Jahren diskutiert. Eine endgültige Lösung, die auch für eine Union von mehr als 20 Staaten praktikabel gewesen wäre, wurde jedoch hauptsächlich aufgrund der mangelnden Bereitschaft einzelner Staaten, von ihren nationalen Positionen abzuweichen, nicht gefunden. Dies führte bei den Diskussionen über den Verfassungsentwurf des Konvents zur Blockade und ließ auch für die mittel- und langfristige Zukunft der erweiterten Union große Schwierigkeiten erwarten.

Frankreich und die Union der 25

Frankreich hatte an den oben beschriebenen Schwierigkeiten einen großen Anteil. Bei wesentlichen Fragen, die im Vorfeld der Erweiterung hätten geklärt werden müssen, hatte Jacques Chirac entweder durch das Beharren auf nationalen Privilegien eine weitreichende Lösung verhindert, wie beispielsweise bei der Agrarpolitik, oder es zumindest versäumt, auf Fortschritte in der Integration hinzuwirken, die eine Basis für die erfolgreiche Zusammenarbeit von 25 Staaten gelegt hätten. Beispielhaft hierfür stand die französische Verhandlungsführung beim Europäischen Rat von Nizza im Jahr 2000. Anhand der Auseinandersetzungen des Jahres 2003 wurde deutlich, dass Chirac das Ziel seiner Politik in Bezug auf die Erweiterung, nämlich deren Unterstützung auf der einen und die gleichzeitige Bewahrung des französischen Vorstellungen entsprechenden Integrationsmodells in Europa auf der anderen Seite, nicht erreicht hatte. Die ersten Diskussionen europäischer Fragen, an denen 25 Staaten gleichberechtigt teilnahmen und sich nicht mehr EU-Mitgliedsstaaten und Kandidatenländer gegenüberstanden, ließen erkennen, dass wesentliche Elemente der französischen Europavision in einer erweiterten Union nicht mehr selbstverständlich mehrheitsfähig und dementsprechend schwieriger umzusetzen waren. Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit konnte diese Tatsache nicht mehr in jedem Fall ausgleichen. Deutschland und Frankreich erweckten darüber hinaus zunehmend den Eindruck, es gehe ihnen bei ihrem europäischen Engagement mehr um die unbedingte Durchsetzung ihrer Positionen als überhaupt um den Versuch, eine gesamteuropäische Einigung durch eventuelle

eigene Kompromissbereitschaft hervorzubringen.¹⁰²⁶ Bei fast allen wichtigen Themen des Jahres 2003 hatte Frankreich eine Position vertreten, die das eigene nationale Interesse über das gesamteuropäische stellte: Beim Irak-Krieg, bei der Diskussion über ein eigenes verteidigungspolitisches Hauptquartier für die EU¹⁰²⁷, beim Umgang mit dem Stabilitätspakt und bei den Verhandlungen über die Europäische Verfassung war Frankreich, immer auch zusammen mit Deutschland, jeweils mitverantwortlich für Spaltungen und Diskussionen innerhalb der EU. Eine Bereitschaft, sich konstruktiv auf die neuen Bedingungen der größeren Union einzulassen, war dagegen nicht zu erkennen.

Bezogen auf den Analyserahmen der vorliegenden Arbeit bestätigte die Untersuchung des Jahres 2003 die auch in den vorangegangenen Jahren festgestellte Diskrepanz zwischen der französischen Vision von Europa und den Realitäten der erweiterten Union. Während mit der Kategorie Frieden verbundene Motive durch die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages und die damit vollzogene Vereinigung des Kontinents in der Gestaltung der europäischen Politik des Jahres eine wichtige positive Rolle spielte, zeigte sich bei anderen, mit konkreten Politikfeldern verbundenen Kategorien eine schwierige Vereinbarkeit der französischen

¹⁰²⁶ Vgl. dazu auch die Einschätzung von Wolfram Vogel zum Brüsseler Gipfel: „Deutschland und Frankreich [...] haben auf diesem Gipfel einen Vorgesmack darauf erhalten, was es heißt, in einer EU der 25 Entscheidungen anzustoßen und herbeizuführen, die mehrheitsfähig sind. Die Überlegung, dass es auch in Zukunft Deutschland und Frankreich sein werden, die Stellvertreterkompromisse aushandeln, die für alle akzeptierbar sind, wird sich noch unter Beweis stellen müssen. Eine erste Chance wurde gerade vertan. Die Eigenlogik deutsch-französischer Kompromissbildung wird in der erweiterten EU nicht mehr die gleiche sein. Leadership habe seinen Preis, wird vielerorts kolportiert. Nur ist der Preis eines stagnierenden Europa mit einer neuen, zudem missverständlich geführten Kerneuropa-Debatte schlicht zu hoch, als dass er akzeptiert werden könnte. In Zukunft werden Deutschland und Frankreich verstärkt ein Gespür dafür entwickeln müssen, wie auf ihre Initiativen reagiert wird. Die gemeinsame Verantwortung für Europa, feierlich deklariert am 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags, ist unversehens in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten.“ Wolfram Vogel (2003): „EU-Pioniere? Deutschland und Frankreich an den Grenzen ihres Führungsanspruchs“, in: *dfi aktuell* 4/2003, S. 1. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag des französischen Außenministers vom November 2003 zu erwähnen, der sich für die Schaffung einer deutsch-französischen Union aussprach. Vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen der Regierungskonferenz konnte diese Initiative, die in Deutschland auf verhaltenes Echo stieß, als Druckmittel und Drohkulisse gewertet werden: Wenn es bei der Regierungskonferenz nicht zu einer Einigung komme, die den Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs entspräche, würden beide Staaten alleine vorangehen und ein Europa der zwei Geschwindigkeiten forcieren. Vgl. *Le Monde* 13.11.2003: „Les scénarios pour une union de la France et de l'Allemagne“.

¹⁰²⁷ Im April 2003 waren die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs zu einem Gipfeltreffen zur Europäischen Verteidigungspolitik in Tervuren bei Brüssel zusammengekommen. Die Initiative der vier Gründerstaaten der europäischen Einigung zielte auf eine größere Kohärenz in der europäischen Verteidigungspolitik und sah die ESVP außerdem als Grundlage und Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik. Erreicht werden sollte die bessere europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich u.a. durch die Schaffung gemeinsamer Planungs- und Führungskapazitäten und durch die Gründung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion mit eigenem Hauptquartier. Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du royaume de Belgique, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne, et de M. Jean-Claude Juncker, Premier ministre du Grand Duché du Luxembourg, à l'issue de la réunion concernant la Défense européenne, Brüssel 29.4.2003. Vgl. außerdem Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 29.4.2003, in gekürzter Form abgedruckt in *Dokumente* 3/2003, S. 11-13.

Prioritäten mit den politischen Entwicklungen in der EU. Im Kontext des Irak-Krieges wurde dies besonders deutlich in Bezug auf die Kategorien Interesse, Resonanz und v.a. *Europe puissance*. Nachdem in der Analyse der Reisen Jacques Chiracs nach Mittel- und Osteuropa bereits mehrfach die Problematik der atlantischen Ausrichtung der Kandidatenländer thematisiert worden war, wurden die damit verbundenen Schwierigkeiten für das französische *Europe puissance*-Konzept im Jahr 2003 auch auf europäischer Ebene deutlich. Mit seiner verbalen Entgleisung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern machte Präsident Chirac zum einen klar, dass er die französische Politik in Europa auch nach der Erweiterung im wesentlichen unverändert fortzusetzen gedachte und verwies zum anderen auf alternative Möglichkeiten eines Integrationsfortschrittes, die in Form verstärkter Zusammenarbeit notfalls auch ohne die neuen Mitgliedsstaaten umzusetzen waren. Mit dieser Haltung bestätigte Chirac die bereits mehrfach festgestellten große Anpassungsschwierigkeiten der französischen Politik an die neuen europäischen Gegebenheiten. Frankreich ging davon aus, dass seine Position als langjähriger und wichtiger EU-Staat größeres Gewicht habe als die Stimme eines neuen EU-Mitglieds aus Mittel- und Osteuropa. Mit dieser Einstellung, die sich bereits in Nizza in der Ungleichbehandlung der EU-Staaten und der Kandidatenländer gezeigt hatte, schaffte Chirac jedoch für sein Land keine guten Voraussetzungen für die Politikgestaltung in der größeren Union. Außerdem sandte er kein gutes Signal an die Franzosen, die sich durch die Politik und die Äußerungen ihres Präsidenten in ihrer mehrheitlich skeptischen Haltung zur Erweiterung bestätigt sehen konnten.

Schwierige europapolitische Zukunftsaussichten in Frankreich

Vor dem Hintergrund der weiterhin deutlich ablehnenden französischen öffentlichen Meinung zur Erweiterung waren Frankreichs Schwierigkeiten mit den neuen Europa und die Tatsache, dass Frankreich seine Europavision in einer Gemeinschaft der 25 nicht mehr selbstverständlich durchsetzen konnte, von großer Bedeutung. Aus demokratietheoretischen Gründen ist es grundsätzlich bedenklich, Politik gegen den expliziten Willen der Bevölkerung zu gestalten.¹⁰²⁸ Mit der Erweiterung hatte Jacques Chirac jedoch auf europäischer Ebene einem Projekt zugestimmt, das in der französischen Gesellschaft keine Zustimmung fand. Sämtliche Vermittlungsbemühungen der französischen Führung zur Erweiterung waren gescheitert. Wie oben dargestellt, war diese Tatsache sicherlich z.T. auch den

¹⁰²⁸ Ausnahmen, wie bestimmte Situationen in der westdeutschen Nachkriegspolitik (z.B. Europapolitik oder Wiederaufrüstung in den 1950er Jahren), bestätigen diese Regel.

Schwierigkeiten, die Frankreichs politische Führung selbst mit der Erweiterungsperspektive hatte, zuzuschreiben. Außerdem war die sich bereits 2003 abzeichnende Vermischung der Diskussionen zur Erweiterung und zur Europäischen Verfassung von hoher Brisanz, denn in einem eventuellen Referendum zur Verfassung drohte ebenfalls die Vermischung der beiden Themen durch die Franzosen.

Neben den europäischen Fragen des Referendums verschärften innenpolitische Kontroversen die schwierige Ausgangslage für die Verfassungsabstimmung noch zusätzlich. Das Jahr 2003 war geprägt von einer Debatte über den von einigen Analysten prophezeiten Niedergang (*déclin*) Frankreichs, ausgelöst von den Thesen des Historikers und Essayisten Nicolas Baverez in seinem Buch *La France qui tombe*¹⁰²⁹. Baverez bescheinigte Frankreich eine grundlegende Unfähigkeit, sich den Veränderungen einer globalisierten Welt anzupassen und konstatierte einen daraus resultierenden gravierenden Entwicklungsrückstand im Vergleich zu anderen Ländern mit ähnlicher Ausgangssituation. Neben der von Baverez ausgelösten Diskussion war auch der Umgang der französischen Politik mit grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Jahr 2003 Gegenstand breiter Debatten. U.a. ging es um den Tod einer großen Zahl zumeist alter Menschen während der Hitzewelle des Sommers und um das Tragen des muslimischen Kopftuchs¹⁰³⁰. Darüber hinaus hatte Premierminister Raffarin gegen umfangreiche Proteste eine Rentenreform durchgesetzt, die u.a. längere Zeiten der Beitragszahlung in die Rentenkasse und eine Angleichung des Rentensystems des öffentlichen und des privaten Sektors vorsah. Weitere Reformvorhaben wurden angesichts des Widerstands der Betroffenen aufgeschoben, darunter geplante Umstrukturierungen im Gesundheitssystem, im Kultur- und im Bildungsbereich. Problematisch waren nicht nur die innenpolitischen Implikationen des Reformstaus in Frankreich. Von der Durchführung grundlegender Veränderungen v.a. im Sozialsystem hing darüber hinaus auch die Fähigkeit

¹⁰²⁹ Paris 2003. Baverez kam zu einer ähnlichen Schlussfolgerung wie die vorliegende Arbeit, was die fehlende Anpassung des Diskurses der französischen politischen Klasse an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anging: „[...] aucun gouvernement ni aucune formation politique n’a élaboré ou engagé un projet global et cohérent de modernisation, se proposant de réformer en profondeur le pays pour l’adapter au nouvel environnement né de l’après-guerre froide et de la mondialisation. Au lieu d’expliquer la situation réelle de la France, de favoriser la prise de conscience des citoyens pour les convaincre de la nécessité du changement l’essentiel du discours politique a été consacré à l’éloge de l’immobilisme au nom de l’excellence de l’exception française.“ (S. 87) Vgl. zur *déclin*-Debatte außerdem Medard Ritzenhofen (2003c): „Konjunktur hat nur Cassandra. Immerhin läuft der deutsch-französische Motor rund“, in: *Dokumente* 5/2003, S. 5-9.

¹⁰³⁰ Diese Debatte führte Anfang 2004 zur Verabschiedung eines Gesetzes, welches auf der Grundlage der seit 1905 geltenden Trennung von Kirche und Staat das Tragen sämtlicher „auffälliger“ und „offensichtlicher“ religiöser Symbole („signes religieux ostensibles“) in öffentlichen Einrichtungen verbot. Als Reaktion auf die durch die große Zahl der Todesfälle während der Hitzewelle offensichtlich gewordenen häufig sehr schlechten Lebensbedingungen alter und behinderter Menschen kündigte Premierminister Raffarin an, zur Finanzierung zusätzlicher Betreuungsleistungen einen Feiertag zu streichen. Im öffentlichen Dienst war der Pfingstmontag betroffen. Viele Franzosen waren mit dieser Entscheidung nicht einverstanden. Das Thema spielte auch im Jahr 2005 im Kontext der Verfassungsdebatte und des gescheiterten Referendums eine Rolle.

Frankreichs zur „europäischen Selbstbehauptung“¹⁰³¹ ab, d.h. Frankreich konnte nur beanspruchen, auf europäischer Ebene eine Führungsposition einzunehmen, wenn es im Inneren dazu die Voraussetzungen schaffte, v.a. durch den Abbau seiner Staatsschulden. Das Jahr 2004 brachte in Frankreich eine weitere Zuspitzung der innenpolitischen Debatten und der Diskussion über die Europäische Verfassung. Präsident Chirac und seine Regierung gerieten in beiden Punkten zunehmend unter Druck.

Kapitel XV: Diskussion über die Europäische Verfassung vor dem Hintergrund der vollzogenen Osterweiterung und der Frage des EU-Beitritts der Türkei (2004)

Nachdem Jacques Chirac im Jahr 2003 durch seine Rolle in den Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg einen enormen Popularitätsschub in Frankreich verzeichnen konnte, brachte das Frühjahr 2004 empfindliche Rückschläge für ihn und die Regierung Raffarin. Sowohl bei den Regional- und Kantonalwahlen im März als auch bei den Europawahlen im Juni mussten die Parteien des bürgerlichen Lagers, und damit auch Präsident Chirac, deutliche Niederlagen hinnehmen.¹⁰³² Beide Wahlen hatten im Jahr 2004 die Bedeutung eines nationalen Stimmungstests aufgrund ihrer zeitlichen Verortung nach etwa der Hälfte des Präsidentenmandats und in der Mitte der parlamentarischen Legislaturperiode. Mit ihrer

¹⁰³¹ Winfried Veit (2004): *Frankreich zwischen innenpolitischer Reform und europäischer Selbstbehauptung*, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik 4/2004, Bonn. Vgl. außerdem Medard Ritzenhofen (2003b): „Die Bewährungsprobe. Außenpolitische Realpolitik, soziale Reformen“, in: *Dokumente* 3/2003, S. 5-10 und Ingo Bode/Mechthild Veil (2003): „Arbeit, Gesundheit, Renten. Die ungleiche Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Frankreich und Deutschland“, in: *Dokumente* 3/2003, S. 24-46.

¹⁰³² Bei den Regional- und Kantonalwahlen im März gelang es den Sozialisten, in 21 von 22 französischen Regionen eine Mehrheit zu erlangen. Nachdem zuvor 14 Regionen auf dem französischen Festland in der Hand der Rechten waren, hatte sie nach den Wahlen 2004 nur noch im Elsaß eine Mehrheit. PS, Grüne, Kommunisten und die Liste „Divers gauche“ erreichten 50,34%, die UMP gemeinsam mit der UDF und der Liste „Divers droite“ nur 36,88%. (Zahlen nach Ministère de l'Intérieur, Résultats du 1er et du 2e tour des élections régionales 2004, 28. und 30.3.2004, abgedruckt in *Dokumente* 2/2004, S. 12.) Zum ersten Mal seit den Zeiten von François Mitterrand kam die Linke bei einer auf ganz Frankreich bezogenen Wahl wieder über 50% und erlangte in zehn Regionen sogar die absolute Mehrheit. Symbolisch bedeutsam war außerdem die Tatsache, dass Valéry Giscard d'Estaing nach 18 Jahren die Region Auvergne an die Linke verlor. Ebenso ging mit Poitou-Charentes die Heimatregion des Premierministers Jean-Pierre Raffarin durch den Sieg von Ségolène Royal an die Sozialisten. Auch bei den Kantonalwahlen legte die Linke deutlich zu und konnte zehn Départements hinzugewinnen. Das rechte Lager sah sich einem „21. April mit umgekehrten Vorzeichen“ („un 21 avril à l'envers“) gegenüber, wie es Sozialminister Fillon formulierte. Vgl. für das Zitat z.B. Eric Aeschmann: „Le grand coup de balai régional“, *Libération* 29.3.2004 oder den Titel von *Le Monde* vom 30.4.2004: „Le 21 avril à l'envers de la Jacques Chirac“. Die Europawahlen im Juni bestätigten die Ergebnisse der Regionalwahlen. Bei der sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 57,2% konnte die Linke (PS, Grüne, Kommunisten und PRG) im Vergleich zu den Europawahlen 1999 vier Prozentpunkte zulegen und kam auf 42,88% der Stimmen, davon alleine 28,89% für die Sozialistische Partei. Auf der Rechten konnte die UMP mit 16,63% der Stimmen das (noch von der RPR) errungene miserable Ergebnis von 1999 (12,5%) deutlich verbessern. Auch gemeinsam mit der UDF (11,95%) blieb die UMP jedoch deutlich hinter der PS und der Linken insgesamt zurück. (Alle Zahlen nach *Le Monde*, Elections européennes, Cahier résultats, 15.6.2004) Vgl. für eine detaillierte Analyse der Europawahlen auch die Beiträge in dem von Pascal Perrineau herausgegebenen Sammelband *Le vote européen 2004-2005. De l'élargissement au référendum français*, Paris 2005.

Abstimmung drückten die Wähler daher v.a. ihren Protest gegen die Politik der Regierung und gegen deren Spar- und Reformmaßnahmen aus.¹⁰³³ In der Folge der Wahlniederlagen konnte Präsident Chirac nicht mehr verhindern, dass sein ehemaliger politischer Ziehsohn Nicolas Sarkozy, der inzwischen zum wichtigsten Konkurrenten Chiracs um den Führungsanspruch bei den Neogaullisten und im bürgerlichen Lager insgesamt geworden war, auch den Vorsitz der UMP übernahm.¹⁰³⁴ Chirac war nach den verlorenen Wahlen und der Aufwertung Sarkozys innenpolitisch deutlich geschwächt.¹⁰³⁵ Die massive Unterstützung, die Chirac bei seiner Wiederwahl ins Präsidentenamt im Jahr 2002 zuteil geworden war, war in der praktischen Politikgestaltung somit wieder verlorengegangen. Es blieb noch ein Teil des außenpolitischen Kredits, den Chirac durch sein Auftreten und seine Positionen in der Irak-Krise gewonnen hatte. Auch im Bereich der Außenpolitik wurde die Situation für Chirac jedoch zunehmend schwierig, da mit der Frage des EU-Beitritts der Türkei und den Diskussionen über die Europäische Verfassung Themen zur Debatte standen, die hohes Spaltungspotential besaßen und für innenpolitische Kontroversen sorgten. Im Verlauf des Jahres 2004 wurden darüber hinaus innenpolitische Themen, v.a. die umstrittene Reformpolitik der Regierung Raffarin, und außen- und europapolitischen Fragen zunehmend vermischt. Diese problematische Ausgangslage verschärfte sich immer mehr und fand ihren Kulminationspunkt schließlich in der Abstimmung über die Europäische Verfassung. Die Entwicklung bis zu diesem Punkt wird in diesem und im folgenden Untersuchungsteil zum Jahr 2005 nachgezeichnet und analysiert.

1. Ungarn-Reise und Pressekonferenz zu Europa

Kurz bevor zum 1. Mai die zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU beitraten, unternahm Jacques Chirac eine Reise nach Ungarn und äußerte sich in einer Pressekonferenz grundsätzlich zu seiner Europapolitik. Bei beiden Gelegenheiten ließ sich eine Modifizierung von Chiracs Diskurs beobachten, die darauf schließen ließ, dass er einige der Kritikpunkte, die u.a. in der

¹⁰³³ Vgl. für einen Überblick über die Reformen und Reformpläne der Regierung Raffarin z.B. Winfried Veit (2005): *Frankreich: immer noch die Ausnahme?*, FES-Analyse: Frankreich, Mai 2005, Paris.

¹⁰³⁴ Vgl. u.a. den Titel von *Libération* am 23.3.2004: „Régionales: Sarkozy vole au secours de la droite“ und den Titel von *Le Monde* am 24.3.2004: „Régionales: Raffarin appelle Sarkozy au secours“, sowie die zugehörige Analyse „L’appel à l’aide de Jean-Pierre Raffarin à Nicolas Sarkozy“ von Hervé Gattegno und Christophe Jakubyszyn.

¹⁰³⁵ Vgl. für eine Bewertung der Wahlergebnisse auch das Gespräch zwischen Marcel Gauchet und René Rémond in *Le Débat* n° 131, Sept./Okt. 2004: „Un nouveau rapport de force. Marcel Gauchet, René Rémond: un échange“, S. 55-65. Vgl. ebenfalls Béatrice Gurrey: „Chirac seul au pouvoir“, *Le Monde* 23.3.2004; Jean-Marie Colombani: „Le désaveu“, *Le Monde* 30.3.2004 und den Leitartikel „Surdité“ in *Le Monde* vom 1.4.2004 sowie Serge July: „La fin du chiraquisme“, *Libération* 29.3.2004; Pascal Ceaux/Béatrice Gurrey/Christophe Jakubyszyn: „Le scrutin du 13 juin scelle l’affaiblissement de MM. Chirac et Raffarin“, *Le Monde* 15.6.2004 und Hervé Gattegno: „Les quatre échecs du président“, *Le Monde* 15.6.2004.

Presse an seiner Vermittlungsarbeit geäußert worden waren, möglicherweise aufgenommen hatte. Es blieb jedoch bei einer Modifikation der Rhetorik. Chiracs grundsätzliche Vermittlungsstrategie und seine tatsächliche Politik wurden nicht berührt. Damit blieben auch die im Verlauf der vorliegenden Arbeit identifizierten Widersprüche bestehen.

1.1 Ungarn-Reise

Wirtschaftliche Kooperation zwischen Frankreich und Ungarn

Am 23. und 24. Februar 2004 reiste Chirac nach Ungarn, sieben Jahre nach seinem ersten Besuch des Landes. Zwei Monate vor dem EU-Beitritt Ungarns war Chirac vor allem bemüht, eine offene Haltung Frankreichs gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten zu demonstrieren und Missverständnisse aus der jüngeren Vergangenheit auszuräumen. Vor in Ungarn lebenden Franzosen betonte Chirac die Chancen, die sich für Frankreich durch die EU-Erweiterung ergäben, besonders in Form von neuen Kooperationsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich:

„L’élargissement marque également un nouveau départ. Dans ce vaste espace sans frontières que va désormais constituer l’Europe, la France va devoir saisir toutes les opportunités d’échanges et d’investissements qui déjà se profilent. [...] La France [...] occupe déjà le troisième rang des investisseurs en Hongrie. Elle est en bonne place pour faire valoir ses produits, ses services, ses savoir-faire. [...] C’est aussi le sens de mon voyage ici. Nos relations commerciales et financières ont fait, en un peu plus de dix ans, un extraordinaire bond en avant. Ce mouvement, nous devons le soutenir. Et mon voyage en Hongrie est l’occasion d’inviter nos investisseurs, nos entrepreneurs à s’engager plus massivement encore dans ce pays dont le potentiel de développement et le sérieux sont immenses.“¹⁰³⁶

Ähnlich wie bei seinen früheren Reisen nach Mittel- und Osteuropa präsentierte sich Chirac auch 2004 in Ungarn als Anwalt und Vertreter der französischen Wirtschaft. Sein Appell zu einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Ungarn entsprach französischen Interessen und war daher in die bis dahin gültige französische Europapolitik einzuordnen.

Plädoyer für einen gesamteuropäischen Fortschritt als Reaktion auf die Auseinandersetzungen im Kontext des Irak-Krieges

Einen neuen Akzent setzte Chirac bei seiner Rede vor dem ungarischen Parlament, in der politische Aspekte im Vordergrund standen. Der französische Präsident betonte die künftigen

¹⁰³⁶ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant la Communauté française de Hongrie, Budapest 23.2.2004. Wirtschaftliche Aspekte standen auch bei Chiracs Gespräch mit dem ungarischen Präsidenten Madl im Vordergrund. Vgl. Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Ferenc Madl, Président de Hongrie, Budapest 23.2.2004.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Frankreich in Europa, hob aber auch die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der europäischen Strukturen hervor, damit diese Zusammenarbeit konstruktiv sein und Ergebnisse zeigen könne. Chirac bemühte sich, mögliche Sorgen Ungarns vor dem EU-Beitritt zu zerstreuen. Es sei nicht Frankreichs Ziel, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu schaffen, so der Staatspräsident:

„Je sais les interrogations que suscite une Europe élargie quant à sa capacité d’aller de l’avant. Je perçois également la crainte chez certains d’une Europe à deux vitesses. Je tiens à le dire ici solennellement: c’est une Europe à 25 que la France veut construire! L’Union élargie doit aller de l’avant au bénéfice de tous ses membres. Nous ne voulons pas d’une Europe divisée ou d’une Europe paralysée. Nous voulons faire avancer l’Union toute entière, en respectant les rythmes de chacun, dans une démarche qui devra rester ouverte, concertée et progressive. L’Europe des 25 constitue le cadre naturel de notre action commune. C’est dans ce cadre que nous pourrions introduire, si nécessaire, davantage de souplesse et de flexibilité. Certains pays auront la volonté et la capacité d’aller plus vite et plus loin: laissons les ouvrir le chemin. D’autres sont plus hésitants: laissons leur le temps nécessaire pour s’adapter. Les plus résolus doivent pouvoir constituer ce que j’ai appelé des ‚groupes pionniers‘, appelés à défricher en éclairant certains domaines où l’Europe peut s’intégrer davantage. Et, comme cela a toujours été notre conception, c’est l’Europe toute entière qui en bénéficiera pour autant que les groupes pionniers soient respectueux, cela va de soi, de l’acquis communautaire, et ceci sous le contrôle de la Commission européenne, et restent bien entendu ouverts, sans aucune restriction, à tous ceux qui veulent ou qui peuvent les rejoindre. [...] Je le répète: il ne s’agit pas de diviser mais d’entraîner à travers de nouvelles solidarités. Il ne s’agit pas d’exclure mais de mobiliser en montrant qu’aller plus loin est possible et que c’est aussi synonyme d’efficacité pour nos économies, de progrès pour nos concitoyens et pour les idéaux qui nous rassemblent. De tout cœur, je souhaite que la Hongrie se joigne à ce mouvement.“¹⁰³⁷

Genauso wenig gehe es Frankreich darum, die Solidarität innerhalb der Gemeinschaft aufzukündigen, so Chirac weiter:

„La solidarité financière de l’Union à l’égard des nouveaux Etats membres est un devoir, comme cela a été le cas lors des précédents élargissements. Si la France, avec d’autres, a récemment rappelé la discipline budgétaire qui s’impose à l’Union comme à chacun de ses Etats membres, elle ne veut pas, bien sûr, remettre en cause ce nécessaire effort de solidarité qui justifie l’existence même de l’Europe. Dans un cadre financier qui n’est naturellement pas extensible à loisir, la France veillera à ce que les arbitrages de l’Union soient rendus dans l’esprit de solidarité qui fonde cette Union et qu’à juste titre vous [les Hongrois] attendez

¹⁰³⁷ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement hongrois, Budapest 24.2.2004. Der ungarische Ministerpräsident Medgyessy nahm diese Äußerung Chiracs positiv auf: „J’ai entendu avec beaucoup de plaisir l’intervention au Parlement de Monsieur le Président qui nous a dit qu’il ne voudrait pas qu’il y ait une Europe à plusieurs vitesses. Moi, personnellement, je peux tout à fait accepter qu’il y ait des groupes qui veulent aller plus loin et plus vite. [...] Nous ne sommes pas capables d’aller avec les premiers dans tous les domaines, mais nous voudrions aller le plus vite possible dans un maximum de domaines.“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Peter Medgyessy, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 24.2.2003. Im Verlauf dieser Pressekonferenz äußerte sich Chirac noch einmal ähnlich wie vor dem Parlament zur verstärkten Zusammenarbeit und zu den Pioniergruppen. Vgl. außerdem Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien hongrois ‚Nepszabadsag‘, Palais de l’Elysée 23.2.2004.

d'elle.“¹⁰³⁸

Chirac bezog sich mit seinen Äußerungen direkt auf die Kontroversen, die sich aus den gescheiterten Verhandlungen zur Europäischen Verfassung ergeben hatten und aus der französischen Schlussfolgerung daraus, im Falle einer weiterhin nicht möglichen Verständigung im Kreis der 25 für das Fortschreiten der Integration auf verstärkte Zusammenarbeit zu setzen. Nachdem diese französische Herangehensweise in den neuen Mitgliedsländern auf klare Ablehnung gestoßen und auch in wissenschaftlichen und journalistischen Analysen deutlich kritisiert worden war, bemühte sich Chirac vor dem ungarischen Parlament darum, die französische Position abzumildern. Deutlicher als beispielsweise im Umfeld des Brüsseler Gipfels betonte Chirac die französische Bereitschaft, zu einem gesamteuropäischen Fortschritt beizutragen. Die Möglichkeit, bestimmte Politikbereiche im Rahmen der von ihm in seiner Berliner Rede vorgeschlagenen Pioniergruppen voranzutreiben, schloss er zwar weiterhin nicht aus. Chiracs Diskurs war in diesem Punkt jedoch wesentlich offener und konzilianter als bei anderen Gelegenheiten, was sich u.a. auch daran ablesen ließ, dass Ungarn explizit zur Mitwirkung an den Pioniergruppen eingeladen wurde. Wie realistisch eine Beteiligung der neuen EU-Länder an Projekten verstärkter Zusammenarbeit sein konnte, blieb allerdings fraglich, so dass Chiracs Äußerungen an seine Haltung in den ersten Jahre seiner Präsidentschaft erinnerten: Solange es nicht um konkrete Inhalte ging, war der französische Diskurs gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten offen, jedoch gleichzeitig unbestimmt. In der Umsetzung seiner politischen Ziele nahm Chirac allerdings kaum Rücksicht auf die neuen Länder, wenn er beispielsweise mit Deutschland oder einem anderen der alten EU-Länder einen Integrationsfortschritt erreichen konnte. Auch Chiracs Ausführungen zur europäischen Solidarität hatten mehr den Charakter politischer Sonntagsreden als den eines tatsächlichen Bekenntnisses zu französischen Zugeständnissen, wenn es beispielsweise bei der Festlegung

¹⁰³⁸ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement hongrois, Budapest 24.2.2004. Vgl. auch Chiracs Aussage bei seiner Pressekonferenz mit dem ungarischen Premierminister: „Nous avons également évoqué le budget européen 2007-2013. En partant du principe que l'on ne peut pas augmenter indéfiniment les contributions des pays parce que le taux de croissance de l'Europe ne le permet pas – en tout cas, aujourd'hui –, et qu'il faut gérer avec prudence nos moyens, mais en rappelant un principe essentiel de l'Union européenne qui est celui de la solidarité. A l'occasion du premier élargissement important, l'Union européenne a appliqué ce principe de solidarité en transférant, comme elle devait le faire, des moyens très importants aux nouveaux pays arrivants. Dans le même esprit et pour les mêmes raisons, les dix nouveaux pays ont droit à la solidarité de l'Union européenne. C'est l'intérêt de tout le monde, de façon à faciliter leur développement et à combler un certain nombre de retards qui sont dus à l'histoire. Et donc, nous sommes très attentifs à ce qu'il y ait une solidarité prioritaire, naturellement, en faveur des nouveaux adhérents, ce qui supposera à la fois un effort important de la part de l'Union mais, également, une redéfinition des critères d'affectation de cette solidarité.“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Peter Medgyessy, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 24.2.2003.

des finanziellen Rahmens der EU für die Jahre 2007 bis 2013 um die Mittel für die Agrarpolitik oder die Strukturfonds ging. Immerhin war Chirac aber um eine Klimaverbesserung zwischen Frankreich und den neuen EU-Staaten bemüht und schien mit diesem Vorhaben in Ungarn auch Erfolg zu haben.

Verhältnis EU-NATO

Was das Verhältnis zwischen EU und NATO anging, war Chirac ebenfalls an einer (rhetorischen) Klärung gelegen. Vor dem Hintergrund der Irak-Krise machte er deutlich, dass es nicht darum gehe, zwischen beiden Strukturen wählen zu müssen, sondern dass beide sich im Gegenteil vorteilhaft ergänzten:

„Nul ne demande à la Hongrie de choisir entre l’OTAN et la Défense européenne. Les Etats-Unis sont nos Alliés. Les valeurs qui unissent la communauté euro-atlantique sont plus fortes que les divergences occasionnelles. Après avoir largement contribué au succès des opérations de l’OTAN dans les Balkans, la France est aujourd’hui pleinement engagée dans le processus de rénovation de l’Alliance comme en témoigne notre participation à sa Force de Réaction dont nous sommes le deuxième contributeur. Mais, pour que notre Alliance soit toujours forte et solide, pour qu’elle soit respectueuse des positions de ses membres, encore faut-il que l’Europe acquière une véritable réalité militaire. Œuvrer à l’Europe de la défense, c’est contribuer à la vitalité du lien transatlantique. C’est préserver notre avenir commun. Une Europe plus forte, c’est une Alliance plus forte.“¹⁰³⁹

Chiracs Ausführungen zur europäischen Verteidigung und zu ihrem Verhältnis zur NATO setzten einen deutlich anderen Akzent als sein Tadel gegenüber der pro-amerikanischen Haltung der mittel- und osteuropäischen Ländern in der Irak-Krise. Ähnlich wie in Bezug auf die verstärkte Zusammenarbeit war Chirac auch bei diesem Thema bestrebt, um Verständnis für die französische Position zu werben statt die davon abweichende Haltung der neuen EU-Staaten nur zu kritisieren. Auch hier war also eine verbale Entspannung zu beobachten, bei der jedoch ebenfalls fraglich blieb, wie ihre Umsetzung in praktische Politik aussehen sollte. Weder würden Ungarn und die anderen neuen mittel- und osteuropäischen Staaten ihre Ausrichtung auf die NATO in militärischen und verteidigungspolitischen Fragen aufgeben, noch würde Frankreich von seinem Ziel abrücken, ein unabhängiges *Europe puissance* aufbauen zu wollen. Chiracs Ausführungen gingen daher auch bei diesem Thema über

¹⁰³⁹ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement hongrois, Budapest 24.2.2004. Vgl. auch hier Chiracs Aussage bei seiner Pressekonferenz mit dem ungarischen Premierminister: „Nous avons évoqué les problèmes de l’Europe de la défense. Pour bien marquer qu’elle était nécessaire, que la Hongrie y avait naturellement toute sa place, et qu’il allait de soi qu’il n’y avait aucune contradiction entre l’organisation de la défense européenne et nos engagements vis-à-vis de l’OTAN et, en particulier, la solidité du lien transatlantique. Il n’y a aucune divergence de vues sur ce point.“ Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Peter Medgyessy, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 24.2.2003.

unverbindliche Floskeln nicht hinaus. Außerdem blieb fraglich, ob Ungarn und die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten Chiracs Qualifizierung der Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg als „divergences occasionnelles“ teilten oder ob sie aus dem Konflikt nicht eher die Bestätigung eines gewissen bereits vorhandenen Misstrauens gegenüber Frankreich ableiteten.

Bilanz

Bilanzierend kann zur Ungarn-Reise Chiracs festgehalten werden, dass der Präsident sich bemühte, die Wogen des Irak-Konflikts und der gescheiterten Verfassungsdiskussion zu glätten, aber über unverbindliche Aussagen und Versprechungen nicht hinausging. Es war nicht erkennbar, dass Chirac bereit gewesen wäre, von der französischen Europakonzeption abzuweichen. Er suchte vielmehr nach Wegen, diese auch unter den Bedingungen der erweiterten Union umzusetzen. Die in den Analysekatégorien Interesse, Resonanz, multipolare Welt und *Europe puissance* zusammengefassten europapolitischen Ziele einer weltweit in allen wichtigen Politikbereichen handlungsfähigen Union, in der Frankreich die Vertretung seiner Interessen gewährleistet sieht, blieben weiterhin gültig. Wie diese Ziele in einer erweiterten Union konkret umgesetzt werden sollten, war aus Chiracs Äußerungen nicht ersichtlich. Auch in seiner großen Pressekonferenz zu Europa unmittelbar vor dem Beitritt der zehn neuen EU-Länder präsentierte sich Chirac gegenüber der größeren Union offen, blieb jedoch in wesentlichen Fragen unverbindlich und unbestimmt.

1.2 Pressekonferenz zu Europa

Am 29. April hielt Jacques Chirac im Elysée-Palast eine große Pressekonferenz zu Europa ab.¹⁰⁴⁰ Themen waren die Position Frankreichs in Europa und Chiracs persönliche Vision der aktuellen und der zukünftigen Entwicklung der Integration. Konkrete Anlässe für die Pressekonferenz waren die anstehende Erweiterung am 1. Mai, die Europawahlen Mitte Juni und die vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen zur Europäischen Verfassung. Ziel der Pressekonferenz war es explizit, die Chancen und Möglichkeiten, die Europa den Franzosen bietet, darzustellen: „[...] je voudrais dire aux Françaises et aux Français [...] que cette Europe, qui est notre héritage et notre patrimoine commun, demeure plus que jamais une chance pour nous et pour notre avenir.“

¹⁰⁴⁰ Die Ausführungen und Zitate in diesem und den folgenden Abschnitten beziehen sich auf Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'Europe, Palais de l'Elysée, 29.4.2004.

Chiracs Europavision am Vorabend der Erweiterung

Jacques Chirac identifizierte die Erweiterung als eines der wichtigsten Ereignisse für die Zukunft der EU und stellte die historische Bedeutung dieses Schritts an den Anfang seiner Ausführungen:

„Dans deux jours, en effet, le 1er mai, l'Union européenne va franchir une étape majeure, je crois que l'on peut le dire, de son histoire. En s'élargissant à dix nouveaux membres, en passant de quinze à vingt-cinq pays, l'Europe va, en réalité, renouer avec son passé et retrouver, dans une large mesure, sa géographie. Le rêve de ses pères fondateurs, au premier rang desquels les Français et les Allemands, d'autres aussi, la généreuse utopie qui était surgie des décombres de la guerre et de la barbarie, tout cela va devenir une réalité.“

Im Anschluss an die historische Einordnung präsentierte Chirac die Erweiterung als positive Weiterentwicklung für die EU, ihre alten und neuen Mitgliedsstaaten und ausdrücklich auch für Frankreich:

„En accueillant les pays qui ont le plus souffert des divisions du passé, l'Union fait un pas de géant. Et elle s'ouvre de nouveaux horizons. La France se réjouit, je crois que l'on peut le dire, de ce succès. Parce que cet élargissement va enraciner plus profondément encore la paix, cette paix dont l'histoire nous a dramatiquement enseigné le prix, et qui n'est jamais définitivement acquise si l'on n'y prend pas garde, et aussi la démocratie qui est le gage de liberté mais également de stabilité sur notre continent. Parce qu'il ouvre ainsi de formidables perspectives d'échanges, d'échanges entre les hommes, entre les idées, entre les cultures. Parce que, forte de ses 450 millions d'habitants, l'Union s'impose comme une puissance économique de premier rang, où la croissance et les investissements créeront, j'en suis sûr, une nouvelle dynamique au service de l'emploi. C'est un processus dans lequel chacun devra être gagnant, comme d'ailleurs en témoignent les expériences réussies des élargissements passés. Parce qu'enfin, cette Europe rassemblée pèsera, à l'évidence, davantage dans le monde. Avec 25 pays, l'Union européenne formera, derrière la Chine et l'Inde, le 3e ensemble démographique de la planète et près du quart de la richesse mondiale. Fruit d'une nécessité, d'un idéal et d'une volonté, l'Europe prouve, avec cet élargissement qui est le plus important de son histoire, la force irrésistible du projet qui l'anime depuis l'origine. Il symbolise à lui seul des décennies de souffrances, de conflits, d'affrontements, l'espérance de plusieurs générations d'Européens.“

Das neue Europa, dem die Verfassung Rahmen und Struktur geben sollte, stand für Chirac in seiner Entwicklung in einer Kontinuität seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und sei, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, von französischen Politikern entscheidend mitgestaltet worden, so der Präsident weiter:

„Cette nouvelle Union à vingt-cinq, c'est, en réalité, la poursuite de la grande, on peut dire la belle aventure européenne qui a été engagée depuis, en réalité, la fin de la dernière guerre mondiale, en réaction contre les conséquences désastreuses des divisions de l'Europe historique. C'est aussi la poursuite, il faut le noter, depuis plus de cinquante ans, d'une politique qui a été menée avec constance, avec courage, avec détermination par tous les Présidents de la République qui se sont succédés et par tous les gouvernements français, quelle qu'était leur sensibilité politique, et ceci au nom d'une vision française de l'Europe qui est une vision que nous avons tous en partage. Dans les dernières années, cette vision nous a

amenés, en particulier, à faire un pas très important en décidant l'euro. L'Europe est d'abord une communauté de valeurs et de principes avant d'être une communauté d'intérêts. C'est l'Europe des hommes, plus qu'une Europe des marchés. C'est une Europe de la liberté et du droit. Une Europe qui, par rapport à d'autres grands ensembles du monde, est profondément attachée à la singularité de son modèle social, à l'initiative individuelle, aux valeurs de justice et de solidarité. Une Europe pour qui la prospérité n'a de sens que si elle est mise au service de tous. Une Europe ouverte au monde, conquérante sur les marchés extérieurs, confiante dans ses atouts et dans ses talents. Une Europe européenne enfin, fière de sa longue histoire et de son indépendance, une Europe qui exprime sur la scène internationale ses messages de paix, de dialogue, de tolérance. Une Europe respectueuse de la diversité culturelle et soucieuse d'un développement harmonieux et durable de notre planète menacée. C'est cette Europe-là que nous voulons bâtir. Elle est notre bien commun, le bien de chaque Française et de chaque Français.“

Die ersten Zitate aus Chiracs einführender Darstellung bei der Pressekonferenz beinhalteten bereits viele der Argumente, die Chirac üblicherweise im Zusammenhang mit Europa und der Erweiterung verwendete. Eine Betrachtung unter Berücksichtigung der Analysekategorien der vorliegenden Arbeit bestätigt die Orientierung Chiracs an den traditionellen französischen Vermittlungsmustern zu Europa. Am Beginn der Ausführungen stand wie üblich das Friedens- und Versöhnungsmotiv, in dem Chirac die zentrale Begründung für die Erweiterung sah (Kategorie Frieden). Es folgte der Hinweis auf die positiven Auswirkungen der Erweiterung auf die europäische Wirtschaft, die sich auch in Frankreich niederschlagen würden. Es ging damit sowohl um französische Interessen (Kategorie Interesse) als auch im Weiteren um die gestärkte weltweite Rolle der erweiterten Union und damit um die Kategorien multipolare Welt und Resonanz. Mit dem Verweis auf die Anziehungskraft der EU auf die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und der Aufzählung der Prinzipien, auf denen die EU basiere, kam außerdem der Aspekt der Wertegemeinschaft zur Sprache, als welche Frankreich die EU versteht (Kategorie Werte).

Negative Aspekte der Erweiterung blieben in Chiracs Darstellung außen vor. Auch die potentiellen Schwierigkeiten einer EU der 25, die sich bei den Diskussionen um den Irak-Krieg und über die Verfassung gezeigt hatten, fanden keine Erwähnung. Andere schwierige Themen wie beispielsweise die Diskussionen über finanzielle Aspekte und v.a. über die Gemeinsame Agrarpolitik, blieben ebenfalls ausgeblendet. Auch das sonst immer sehr deutlich präsente Ziel der Schaffung eines *Europe puissance* fand in Chiracs Pressekonferenz nur am Rande und indirekt Erwähnung („Une Europe européenne enfin, fière de sa longue histoire et de son indépendance, une Europe qui exprime sur la scène internationale ses

messages de paix, de dialogue, de tolérance.“).¹⁰⁴¹ Der geringe Stellenwert dieser Kategorie erklärte sich daraus, dass die Umsetzung des damit verbundenen Konzepts, wie sich bereits gezeigt hatte, in einer erweiterten Union kaum noch möglich sein würde und es daher in einer positiven Darstellung der Erweiterung schwierig unterzubringen war.

Das Bild, das Chirac von der Erweiterung und der erweiterten Union zeichnete, blieb also unvollständig und realitätsfern. Der Präsident knüpfte an die unverbindlichen und unbestimmten Darstellungen aus den ersten Jahren seiner Präsidentschaft an und sah den Fortbestand eines französischen Wünschen entsprechenden Integrationsmodells nicht gefährdet. Dass dies nicht der europäischen Wirklichkeit des Jahres 2004 entsprach, wurde bereits bei mehreren Gelegenheiten verdeutlicht. Dem Anlass des unmittelbar bevorstehenden Beitritts der zehn neuen EU-Länder wurde Chirac mit seinen allgemeinen Ausführungen ebenfalls nicht gerecht. Eine offene und objektive Vermittlung dieses bedeutenden Ereignisses, die den Franzosen deren Bedeutung, Chancen und Herausforderungen der Erweiterung deutlich gemacht hätte, blieb von Seiten Chiracs selbst unmittelbar vor der Aufnahme der neuen Länder aus.

Kontinuität bei den Politikgehalten

Trotz seiner ausschließlich positiven Darstellung der Folgen der Erweiterung erkannte Chirac an, dass die Franzosen an einigen Aspekten der europäischen Integration zweifelten. Diese Zweifel bemühte er sich zu zerstreuen:

„[...] cette nouvelle Europe, c’est aussi un défi. Et très légitimement les Françaises et les Français s’interrogent. Que leur apporte concrètement l’Europe? Comment rester Français tout en étant de plus en plus Européen? Quelle seront les limites politiques et géographiques du projet européen? Quelle sera la capacité de cette Europe d’aller de l’avant alors qu’elle s’élargit? Je veux dire aux Français avec force combien l’avenir de la France et l’avenir de l’Europe sont intimement liés. L’Europe ne se substitue pas à nos nations. C’est une fédération d’Etats-Nations. Elle rassemble nos nations pour leur donner plus de force. Elle n’est pas synonyme d’abandon, de renoncement, de dilution de notre identité mais au contraire de prospérité, de justice et de rayonnement accru pour l’Europe dans le monde. Je veux dire aux Français qu’aujourd’hui comme hier, l’Europe demeurera une formidable espérance, un gage de paix et de démocratie, un destin partagé, une ambition pour tous.“

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen führte Chirac seine Ambitionen für Europa in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Forschung und Entwicklung sowie Bildung, Inneres und Justiz, Umweltschutz, Verteidigung und Kultur weiter aus. Damit ließ sich neben den bereits

¹⁰⁴¹ Im weiteren Verlauf von Chiracs Ausführungen fand sich noch folgender Satz: „Rappelons aussi que l’Europe de la défense nous permet maintenant de nous mobiliser ensemble, avec nos moyens propres, au service de la paix et au service du droit international.“

genannten auch die Kategorie *Europe protection* in Chiracs Ausführungen nachweisen. Chirac formulierte die Europa zugeordnete Schutzfunktion explizit in Bezug auf den Kampf gegen Kriminalität und auf die Themen Umwelt- und Verbraucherschutz.¹⁰⁴² Weiterhin erwähnt wurde die Rolle Europas im sozialen Bereich und beim Umgang mit der Globalisierung.¹⁰⁴³ Die Europäische Union wurde damit als zusätzliche politische Ebene präsentiert, mit deren Hilfe Frankreich politische Ziele verwirklichen könne, bei deren Umsetzung es als einzelner Nationalstaat zunehmend Schwierigkeiten habe. Voraussetzung dafür sei ein erfolgreicher Abschluss der Regierungskonferenz zur Reform der Institutionen, so Chirac. Nur unter dieser Bedingung könne Europa für Frankreich die gewünschte Rolle spielen und könne andererseits Frankreich seine Ambitionen in Europa verwirklichen, so der Präsident weiter:

„Bien évidemment, la France ne pourra porter cette nouvelle ambition que si elle sait préserver, dans cette Europe élargie, sa force, son dynamisme, sa capacité d’entraînement. La France veut une Europe forte, puissante qui soit en mesure d’avancer, d’agir et de décider. Elle veut une Europe qui marche. La rénovation des institutions européennes est à cet égard indispensable [...] Demain comme hier, la France entend jouer tout son rôle dans cette nouvelle Europe. Elle veillera à ce que l’Europe reste fidèle à ses valeurs, à son idéal fondateur qui est un idéal de paix et de démocratie qui nous semble aujourd’hui acquis, mais dont l’histoire nous montre qu’il ne l’est jamais complètement, si l’on n’est pas attentif, son idéal, autrement dit l’aspiration des peuples à partager une communauté de destin fraternelle et originale. C’est en mettant en œuvre ces principes que l’Europe pourra construire avec confiance son avenir et que les Françaises et les Français pourront mieux faire face au monde de demain. Voilà l’Europe que nous voulons.“

Nicht nur inhaltlich, sondern auch institutionell plädierte Chirac in seiner Pressekonferenz für ein traditionellen französischen Vorstellungen entsprechendes Europa, das es Frankreich erlaube, seine Interessen wirksam zu vertreten und seine Ziele zu verwirklichen. Auch hier dürfe die Erweiterung nicht zu einem Hindernis werden, so der Präsident. Chirac erwähnte in seinen Ausführungen nur Veränderungen, die sich auf die gesamte EU bezogen. Die von ihm zuvor eingebrachte Möglichkeit verstärkter Zusammenarbeit als Alternative zu

¹⁰⁴² „L’Europe nous protège. Elle nous permet de lutter plus efficacement contre le terrorisme, contre l’immigration clandestine, contre les trafics liés au crime organisé. En renforçant notre coopération avec nos partenaires de l’Union en matière de police et de justice, nous assurons mieux la sécurité des Français et aussi de leurs voisins européens, et ceci dans le respect de l’état de droit et de nos valeurs démocratiques. L’Europe nous aide également à protéger notre environnement, notre sécurité alimentaire, notre littoral et beaucoup de conditions même de notre vie et de ce que nous devons laisser à nos enfants.“

¹⁰⁴³ „L’Union nous rend également plus forts dans la mondialisation. Elle nous donne tout le poids de la première puissance commerciale du monde, ceci pour défendre nos intérêts et faire prévaloir notre conception d’une mondialisation qui soit à la fois maîtrisée et humanisée. [...] L’Europe se comprend aussi comme un grand espace social qui donne toute sa place à la solidarité et à la justice et qui, à cet égard, doit être en avance et exemplaire. La protection des travailleurs, le dialogue social, la politique de l’emploi, la qualité des services publics s’inscrivent au cœur même du modèle européen. La France y est particulièrement attachée et fait tout ce qu’elle peut dans ce domaine pour convaincre efficacement ses partenaires européens.“

Integrationsschritten im Kreis aller 25 Staaten wurde, möglicherweise aufgrund ihres Konfliktpotentials und der Kritik, die von verschiedenen Seiten daran geübt worden war, nicht erwähnt.

Dass er die Bedenken der Franzosen gegenüber der Erweiterung möglicherweise nicht so ernst nahm, wie seine Äußerungen glauben machen sollten, wurde aus der Antwort Chiracs auf eine Frage nach den fortgesetzt schlechten französischen Umfragewerten zur Erweiterung deutlich. Die Frage bezog sich auf die letzte Eurobarometer-Umfrage, in der 34% für, aber 55% gegen die Erweiterung waren. Chirac gab an, diese Umfrage nicht zu kennen und zog ihre Ergebnisse in Zweifel:

„Je m’excuse de vous dire que je n’ai pas connaissance de ce sondage. J’en ai vu un certain nombre d’autres qui étaient exactement contraires. Je ne crois pas du tout que les Français soient hostiles à l’élargissement, pas du tout. Je crois que c’est ce que l’on appelle une fausse information.“

Ratifizierung der Verfassung in Frankreich und Türkei-Diskussion

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz stellte Chirac seine Position zur Türkei dar, deren EU-Beitritt er unterstütze, wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt seien. Er ging davon aus, dass sich die konkrete Frage der Aufnahme der Türkei in die EU erst in etwa zehn Jahren stellen würde und wies wie schon bei anderer Gelegenheit darauf hin, dass ein Beitritt der Türkei nicht ohne die Zustimmung der Franzosen geschehen könne, da der Beitrittsvertrag entweder durch das Parlament oder ein Referendum ratifiziert werden müsse. Hinsichtlich der Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich durch den Kongress oder per Referendum wollte sich Chirac zum Zeitpunkt der Pressekonferenz noch nicht festlegen („Il est pour moi, je vous le dis tout de suite, prématuré de trancher en faveur de l’une ou l’autre option.“). Befragt nach der theoretischen Möglichkeit, dass einer oder mehrere Staaten die Verfassung ablehnen könnten, äußerte sich Chirac wie folgt zu in einem solchen Fall zu ergreifenden Maßnahmen:

„Théoriquement et aujourd’hui, dans l’hypothèse où un seul Etat refuserait, et a fortiori plusieurs, la Constitution ne serait pas adoptée, on en reviendrait à la situation de Nice, dont chacun sait qu’elle n’est pas satisfaisante, pour bien des raisons, ni pour la France, ni pour les autres. Alors, il y a actuellement, notamment chez nos amis allemands, l’idée qui se développe que l’on pourrait peut-être, en allant un peu au-delà de ce que prévoit l’actuel traité de la Convention, à savoir la saisine du Conseil européen dans cette hypothèse, que l’on pourrait considérer qu’au bout d’un certain temps, par exemple deux ans, les pays qui n’auront pas ratifié, seraient conduits soit à ratifier, soit à sortir. Ce qui est évidemment un couperet un peu rude. Mais c’est peut-être une solution positive. Cela devra également être négocié dans la Constitution. Moi je ne suis pas contre l’idée qu’il y ait un moyen de pression

amicale sur des pays qui refuseraient la Constitution parce qu'à ce moment-là, on bloque tous les autres. On est quand même 25.¹⁰⁴⁴

Chirac sah offenbar nicht die Gefahr, dass die Ratifikation in Frankreich problematisch werden könnte. Ebenso wenig beantwortete er die sich immer dringlicher stellende Frage nach dem Ratifizierungsmodus der Verfassung in Frankreich. Auch in diesen Punkten entstand, wie bei Chiracs Reaktion auf die schlechten Umfragedaten zur Erweiterung, der Eindruck, dass der Präsident schwierige Themen ausklammerte und ihnen auch auf Nachfrage auswich. Auch hier zeigte sich also, wie bei der Ungarn-Reise, dass Chirac zwar seine Rhetorik hin zu mehr Offenheit und Konzilianz modifiziert hatte, dass aber die inhaltlichen Positionen seiner Politik unverändert blieben. Diese wurden rhetorisch nur anders „verpackt“. Einer der Anlässe für Chiracs Pressekonferenz war die bevorstehende Erweiterung und vor diesem Hintergrund präsentierte er die meisten seiner Ausführungen. Chirac beschrieb die Europäische Union jedoch nur mit Hilfe von Konzepten, die sich auf eine kleinere Union mit der entsprechend wichtigen Rolle Frankreichs bezogen. Die Widersprüche zwischen Diskurs und Politik blieben in Bezug auf die Erweiterung bei Chirac also ebenso bestehen wie die mangelnde Anpassung an die veränderten Realitäten. Auch die Pressebewertung der Pressekonferenz kritisierte daher die fehlende Klarheit in den Äußerungen des Staatspräsidenten.

Pressebewertung

Die Presseberichterstattung betonte die besondere Bedeutung, die Chiracs Pressekonferenz dadurch erhielt, dass der Staatspräsident erst zum zweiten Mal in seinen beiden Amtszeiten eine solche abhielt, abgesehen von Pressekonferenzen im Ausland.¹⁰⁴⁵ Henri de Bresson und Claire Tréan analysierten die Pressekonferenz in *Le Monde* in Bezug auf die Erweiterung als

¹⁰⁴⁴ Vgl. zu diesem Punkt auch Chiracs Aussage nach dem deutsch-französischen Ministerrat am 13. Mai: „D'abord, nous ne pensons pas, nous n'imaginons pas qu'une telle situation [le refus de la Constitution par un Etat membre] pourrait se produire. Ceci étant, il ne faut rien exclure. Alors, vous aurez noté que dans les annexes du projet de constitution, elle-même approuvée par l'ensemble des participants à la Convention, et qui n'a été contestée à ma connaissance par personne, il y a déjà une procédure d'examen au niveau du Conseil européen, pour le cas où il y aurait un incident de ce genre. Incidents que nous avons d'ailleurs déjà connu dans le passé et qui ont été résolus. Alors, le cas échéant, si cela se produisait, nous verrions dans le cadre de cette procédure, ce qu'il convient de faire.“ Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue du Conseil des ministres franco-allemand, Palais de l'Elysée 13.5.2004.

¹⁰⁴⁵ Vgl. Anne Fulda: „Europe: Chirac veut rassurer les Français“ und „La conférence de presse, un exercice que le président n'affectionne pas“, beide in *Le Figaro* 29.4.2004 oder Hervé Gattegno/Béatrice Gurrey: „M. Chirac reprend la tête de la droite pour la campagne européenne“, *Le Monde* 30.4.2004. Die letzte große Pressekonferenz im Elysée-Palast hatte im April 1998 stattgefunden zu den Themen Euro-Einführung und Vertrag von Amsterdam.

Versuch Chiracs, die Franzosen von deren Vorteilen und Chancen zu überzeugen.¹⁰⁴⁶ Sie zeichneten Chiracs eigenes wechselvolles Verhältnis zu den Kandidatenländern nach, von seinen Versprechen im Jahr nach seiner Wahl, Polen und Ungarn würden bereits zum Jahr 2000 EU-Mitglieder sein können über seine verbale Entgleisung im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg bis zu seiner wieder deutlich sachlicheren Haltung im Jahr 2004. Die Bedeutung der Pressekonferenz charakterisierten die *Monde*-Analysten vor dem Hintergrund der negativen Einstellung eines großen Teils der Franzosen zur Erweiterung und der anstehenden Ratifizierung der Europäischen Verfassung wie folgt:

„M. Chirac ne manque pas une occasion de rappeler qu’il a été parmi les premiers, ‚dès 1989‘, année de la chute du mur de Berlin, à prôner l’élargissement vers l’Est. A l’époque, de fervents européens hésitaient à faire le deuil de leur Europe familière, celle qu’ils avaient construite à l’abri du mur. Oui, l’Europe en serait changée, mais quelle était l’alternative? La division, les disparités de niveau de vie, la poursuite des tensions à l’Est et le repli frileux à l’Ouest, un nouveau mur? Pour peu qu’il aille de pair avec la volonté de poursuivre l’intégration, l’élargissement n’était-il pas au contraire une chance pour l’Europe? C’est cette approche positive que M. Chirac devait défendre au cours de sa conférence de presse, incitant les Français à s’engager pour la réussite de cet élargissement, et au-delà, pour la poursuite de l’intégration, ce qui suppose, selon lui, un soutien à la future Constitution européenne.“

Die Erwartungen der Presse bezüglich einer klaren Positionsbestimmung Chiracs zur Erweiterung und zu Europa allgemein wurden durch Chiracs Äußerungen bei seiner Pressekonferenz nicht erfüllt. Anne Fulda sah in ihrer Analyse v.a. ein Bemühen Chiracs, keine klaren Positionen zu beziehen:

„C’était du pur Chirac. Dans la grande tradition. Du Chirac temporisateur, qui arrondit les angles. Du Chirac qui veut ménager la chèvre et le chou. Ses propres convictions et celles des Français, pas toujours compatibles. Du Chirac qui veut plaire aux pro-Européens sans trop déplaire aux souverainistes. Qui veut convaincre dans un même élan libéraux et sociaux. Du Chirac qui ne veut heurter personne, ni les catholiques, ni les juifs, ni les musulmans. Qui veut tenter de plaire aux conservateurs comme aux progressistes. Aux Turcs comme aux opposants à l’entrée de la Turquie en Europe. C’était du Chirac, surtout, qui souhaite, selon une formule chère à son prédécesseur François Mitterrand, ‚donner du temps au temps‘. S’engager ‚ma non troppo‘. Sans injurier l’avenir. A la recherche toujours de l’impossible consensus. De la synthèse idéale. Surtout en cette période morose qui, après des élections régionales calamiteuses, entraîne les deux têtes de l’exécutif au plus bas dans les sondages. Des exemples? Ils sont légion. Hier, lors de la conférence de presse qu’il a tenue à l’Elysée, événement inhabituel dans l’écriture médiatique présidentielle, le président de la République s’est appliqué à livrer des réponses équilibrées en diable.“¹⁰⁴⁷

¹⁰⁴⁶ Henri de Bresson/Claire Tréan: „Le président de la République tente de convaincre les Français des bienfaits de l’élargissement“, *Le Monde* 30.4.2004.

¹⁰⁴⁷ Anne Fulda: „France, Europe: Chirac choisit de temporiser“, *Le Figaro* 30.4.2004. Kursivsetzung im Original. Vgl. außerdem Anne Fulda: „Jacques Chirac défend ‚une vision française‘ de l’UE“, *Le Figaro* 30.4.2004.

Auch Nathalie Dubois unterstrich in ihrer Bewertung der Pressekonferenz das Fehlen klarer Aussagen des Staatspräsidenten zu den beiden wichtigsten europäischen Themen, dem möglichen Beitritt der Türkei zur EU und der Frage der Ratifizierung der Europäischen Verfassung in Frankreich.¹⁰⁴⁸ Béatrice Gurrey kam in *Le Monde* zu ähnlichen Schlüssen:

„Sujets apparents, l’Europe et la politique intérieure; sujet réel, la capacité de Jacques Chirac à expliquer sa politique aux Français, par le biais d’un exercice auquel il se livre rarement, la conférence de presse. Jeudi 29 avril, dans la salle des fêtes de l’Élysée, le président de la République avait accepté cette pratique, comme ses amis et son entourage l’en pressaient, depuis la défaite de la droite aux élections régionales. M. Chirac a donc surmonté pour l’occasion sa méfiance envers la presse – et peut-être envers lui-même. Mais en une heure de questions-réponses, après un propos liminaire sur l’Europe, le chef de l’Etat n’a répondu qu’aux interrogations qu’il jugeait bon de satisfaire, esquivant celles qui pouvaient le gêner. Sur le référendum que l’opinion et les politiques lui réclament pour approuver la Constitution européenne, il se refuse toujours à trancher.“¹⁰⁴⁹

Der Leitartikel in *Le Monde* ordnete Chiracs ausweichende Antworten auf die wichtigsten europapolitischen Fragen in eine Tendenz ein, die in mehreren wichtigen EU-Staaten zu beobachten sei und für die Weiterentwicklung der Union eine schwierige Perspektive darstelle:

„L’instant était solennel. Le président de la République française, qui n’avait pas donné de conférence de presse depuis quatre ans, avait choisi, jeudi 29 avril, ce moyen d’expression pour parler de l’Europe à la veille de l’élargissement. C’était l’occasion de dévoiler une vision à défaut d’un grand dessein. Or Jacques Chirac a déçu. Il a bien trouvé une phrase pour saluer la réalisation de *‘la généreuse utopie surgie des décombres de la guerre et de la barbarie’*, mais il n’a pas répondu aux questions posées. Sur la Constitution européenne comme sur les futurs élargissements, il s’est réfugié dans l’ambiguïté. Pendant la campagne présidentielle de 2002, il avait laissé entendre que le projet de Constitution devrait être soumis à référendum. Aujourd’hui, il n’en est plus aussi sûr. Il craint visiblement que, s’il interroge les Français, ceux-ci répondent à côté. Que leur choix ne porte pas sur le traité constitutionnel, mais, par exemple, sur l’éventuelle adhésion de la Turquie. Ou, pis encore, qu’ils en profitent pour sanctionner une fois de plus le gouvernement. Ce recul devant le référendum apparaît comme un aveu de faiblesse, qui, pour ne rien arranger aux affaires européennes, n’est pas une exclusivité française.“¹⁰⁵⁰

Die journalistischen Bewertungen von Chiracs Pressekonferenz bestätigten die oben festgestellte Unbestimmtheit der Aussagen Chiracs und seiner Tendenz, schwierigen Themen auszuweichen. Die Analysten in der Presse sahen die Notwendigkeit einer veränderten Kommunikationsstrategie in Chiracs Politik, insbesondere auch in Bezug auf Europa. In der Pressekonferenz, die der Auftakt zu einer solchen neuen Strategie hätte sein können, fehlte es jedoch weiterhin an einer Neudefinition der französischen Rolle in einer Union der 25. Eine

¹⁰⁴⁸ Nathalie Dubois: „Chirac parle de l’avenir, pour ne rien dire“, *Libération* 30.4.2004.

¹⁰⁴⁹ Béatrice Gurrey: „M. Chirac se dit ‚optimiste‘ sur l’Europe comme sur la croissance“, *Le Monde* 2./3.5.2004.

¹⁰⁵⁰ „L’Europe sans tête“, *Le Monde* 2./3.5.2004. Kursivsetzung im Original.

Klarstellung der französischen Haltung zur erweiterten Union, wie sie auch von den zitierten Journalisten gefordert wurde, war dringend erforderlich, wie die im Frühjahr 2004 erhobenen Daten des Eurobarometer zeigten. Über wesentliche Fragen der Integration bestand bei den Franzosen weiterhin ein großes Informationsdefizit und in Bezug auf die Erweiterung setzte sich die mehrheitliche Ablehnung der Franzosen auch unmittelbar vor der Aufnahme der neuen Länder fort. In Verbindung mit dem den veränderten Bedingungen nicht angepassten Europadiskurs des Präsidenten ergab sich eine denkbar schlechte Ausgangsposition für eine konstruktive französische Rolle in der erweiterten Union.

2. Umfragedaten im Frühjahr 2004

Im Vorfeld der Aufnahme der neuen EU-Staaten und im zeitlichen Umfeld der Pressekonferenz Chiracs präsentierte sich die öffentliche Meinung zu Europa in Frankreich nicht wesentlich verändert zu vorangegangenen Befragungen, wies aber insgesamt eine Tendenz ins Negative auf.¹⁰⁵¹

Allgemeine Beurteilung der europäischen Integration

43% der befragten Franzosen waren der Meinung, grundsätzlich sei die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache. 18% dachten, es sei eine schlechte Sache. 35% erachteten die EU-Mitgliedschaft weder als gute noch als schlechte Sache. Die Zahl der Unentschlossenen lag in Frankreich damit gemeinsam mit Österreich (36%) und Deutschland (35%) am höchsten. Die Zustimmungsrate von 43% war in Frankreich im Frühjahr 2004 am niedrigsten seit der Einführung der Eurobarometer-Umfragen. Auch wenn die Zahlen insgesamt stabil blieben, war eine Tendenz zur Zunahme der negativen Meinungen zu beobachten.¹⁰⁵² 46% der Franzosen glaubten, Frankreich habe Vorteile durch seine EU-Mitgliedschaft. 34% sahen keine Vorteile. Die Zahl der Befürworter überwog damit in Frankreich, erreichte oder überstieg aber nicht die 50%-Marke, wie in acht anderen EU-Ländern (Griechenland 82%, Irland 80%, Spanien und Luxemburg 69%, Portugal 66%, Dänemark 64%, Belgien 58% und Niederlande 55%). Auch bei dieser Frage bestand die längerfristige Tendenz der Zunahme der negativen Meinungen.

¹⁰⁵¹ Eurobarometer 61, Befragung: Februar – März 2004, Veröffentlichung: Juli 2004, Europäische Kommission und Eurobarometer 61, Public opinion in the European Union, Spring 2004, National Report France, European Commission.

¹⁰⁵² Ende 2002 betrug beispielsweise der Abstand zwischen den positiven und den negativen Meinungen 39 Prozentpunkte. Im Frühjahr 2004 lag der Abstand nur noch bei 25 Prozentpunkten, durch die Zunahme der negativen Meinungen.

45% der befragten Franzosen ordneten der EU ein sehr positives (6%) oder ziemlich positives (39%) Image zu. 22% sahen die EU dagegen ziemlich (17%) oder sehr negativ (5%). 30% konnten sich weder für ein positives noch für ein negatives Image entscheiden. Mit diesen Werten lag Frankreich knapp über dem EU-15-Schnitt.¹⁰⁵³ Die ersten Assoziationen der Franzosen mit der EU waren positiv: der Euro (59%), Bewegungsfreiheit zum Reisen, Studieren und Arbeiten (52%) sowie kulturelle Vielfalt (38%) standen auf den ersten drei Plätzen. Danach folgten Frieden (35%), eine wichtigere Stimme in der Welt (31%) und auf Platz sechs mit Geldverschwendung (27%) die erste negative Assoziation.¹⁰⁵⁴

Institutionelle Fragen und Verfassungsdiskussion

Für die Zukunft der EU sprachen sich 62% der Franzosen für eine Europäische Verfassung aus. 16% waren dagegen.¹⁰⁵⁵ Die Zahl der Verfassungsgegner hatte im Vergleich zum Jahr 2003 deutliche acht Prozentpunkte zugenommen. Die Zunahme speiste sich hauptsächlich aus dem Reservoir der bislang Unentschlossenen. Bei dieser Frage stellten die Eurobarometer-Analysten einen Zusammenhang fest mit der allgemeinen Einstellung der Befragten zur EU: Wer fand, dass die EU-Mitgliedschaft seines Landes eine gute Sache sei, befürwortete eher den Verfassungsvertrag als derjenige, der gegenüber der EU grundsätzlich skeptisch war. Außerdem befürworteten mehr Menschen, die sich subjektiv besser über die EU informiert fühlten die Verfassung als diejenigen, die sich subjektiv nicht so gut informiert fühlten. Letztere hatten auch häufiger als die gut informierten Befragten keine Meinung zur Verfassungsdiskussion.¹⁰⁵⁶

Hinsichtlich der institutionellen Reformen war weiterhin eine deutliche Mehrheit in der gesamten EU-15 (69%) und in Frankreich (67%) dafür, auch in einer erweiterten Union jedem Land das Recht zu geben, einen Kommissar nach Brüssel zu entsenden.¹⁰⁵⁷ 58% der Franzosen, gemeinsam mit den Holländern der höchste Prozentsatz in der EU, waren der Ansicht, die Ratspräsidentschaft solle über die bislang geltenden sechs Monate hinaus verlängert werden, um die Möglichkeiten zu vergrößern, bedeutsame Resultate zu

¹⁰⁵³ 21% ziemlich negatives oder sehr negatives Image, 32% weder positiv noch negativ, 45% sehr positives oder ziemlich positives Image. Frage: „En général, l’Union européenne évoque-t-elle pour vous une image très positive, assez positive, assez négative ou très négative?“

¹⁰⁵⁴ „Que représente l’Europe pour vous personnellement?“

¹⁰⁵⁵ „Pensez-vous que l’Union européenne doit avoir ou pas une Constitution?“ EU-15: 63% dafür, 17% dagegen.

¹⁰⁵⁶ Die Eurobarometer-Analysten wiesen darauf hin, dass die Zustimmungswerte für das Konzept der Europäischen Verfassung nicht gleichzusetzen seien mit einer Zustimmung zum konkreten Text der Verfassung und noch weniger mit möglichen Abstimmungsabsichten im Falle eines Referendums. Vgl. EB 62, S. 149.

¹⁰⁵⁷ „La Commission européenne doit-elle être composée de commissaires venant de chacun des Etats membres?“

erzielen.¹⁰⁵⁸ 42% der Franzosen wollten das bestehende Vetorecht erhalten, um wesentliche nationale Interessen zu schützen. 30% wollten es auf wenige wesentliche Bereiche begrenzen und 11% wollten es für alle Entscheidungen abschaffen, um die EU effizienter zu machen.

Schlechter Informationsstand und fortgesetzte Ablehnung der Erweiterung

Den Franzosen fehlte es, wie den meisten EU-Bürgern, auch unmittelbar vor dem Beitritt der zehn neuen EU-Länder an Informationen über die Erweiterung.¹⁰⁵⁹ 71% (EU-15: 69%) gaben an, nicht sehr gut (52%) oder überhaupt nicht (19%) informiert zu sein. 28% (EU-15: 29%) fühlten sich sehr gut (2%) oder zumindest gut (26%) informiert. In einem Jahr war die Zahl der Informierten um fast zehn Prozentpunkte gestiegen. Dennoch blieb die Zahl der nicht Informierten angesichts der zeitlichen Nähe der Aufnahme der zehn neuen Staaten sehr hoch. Die Eurobarometer-Analysten stellten auch hier einen allgemeinen Zusammenhang fest: Wer von den Befragten der Meinung war, dass die EU-Mitgliedschaft seines Landes eine gute Sache sei, fühlte sich eher gut oder sehr gut über die Erweiterung informiert als diejenigen Befragten, welche die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache hielten oder weder gut noch schlecht fanden.

In Frankreich waren 47% der Befragten gegen die anstehende Erweiterung um zehn Staaten. 37% waren dafür.¹⁰⁶⁰ Eine weitere Erweiterung über die zehn Staaten hinaus lehnten in Frankreich sogar 52% ab. Nur 32% der Befragten waren dafür. Die Gegner einer weiteren Erweiterung in künftigen Jahren waren EU-weit in der Mehrheit (EU-15: 43% dagegen, 37% dafür).¹⁰⁶¹ Bedeutsam im Zusammenhang mit der Erweiterung war auch die Tatsache, dass bei den mit der europäischen Integration verbundenen Ängsten 83% der Franzosen die Angst vor Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten nannten. Schwierigkeiten für die Landwirte befürchteten 73%, höhere Kosten für Frankreich in der EU 68%. 63% sahen außerdem soziale Errungenschaften in Gefahr und 60% befürchteten einen Anstieg der internationalen Kriminalität und des

¹⁰⁵⁸ „La présidence du Conseil européen est tenue, à tour de rôle, par chaque pays pour une durée de six mois. Etes-vous favorable au maintien d’une présidence de six mois ou à une présidence plus longue?“

¹⁰⁵⁹ „Dans quelle mesure vous sentez-vous bien informé à propos de l’élargissement de mai 2004, c’est-à-dire de l’entrée de dix nouveaux pays dans l’Union européenne?“

¹⁰⁶⁰ „Quelle est votre opinion sur l’élargissement de l’Union européenne à dix nouveaux pays au mois de mai 2004?“ Die oben angegebenen Werte ließen sich mit früheren Umfragen nur bedingt vergleichen, da die Formulierung der Frage verändert worden war. Vgl. S. 133 EB. Zum ersten Mal wurde unterschieden zwischen der im Mai 2004 anstehenden und eventuellen weiteren Erweiterungen. Durch die eingeschränkte Vergleichbarkeit hatte auch die Tatsache, dass Frankreich nicht mehr das erweiterungsfeindlichste Land war, nur bedingt Aussagekraft. Bei der veränderten Fragestellung zeigten Luxemburg, Österreich, Großbritannien und Deutschland ein negativeres Meinungsbild als Frankreich.

¹⁰⁶¹ „Quelle est votre opinion sur l’élargissement de l’Union européenne à d’autres pays dans les années à venir?“

Drogenhandels. Auch wenn keine direkte Verbindung gezogen wurde, konnten dennoch die meistgenannten Ängste im Kontext der Erweiterung gesehen werden und erlangten so zusätzliche Bedeutung.¹⁰⁶²

Bewertung und Einordnung der Umfrageergebnisse

Vor dem Hintergrund, dass ein guter Informationsgrad als wesentlich für die Zustimmung zu Fragen der europäischen Integration gelten konnte, waren die oben dargestellten Ergebnisse für Frankreich alarmierend. Unmittelbar vor der Erweiterung fehlte es einer großen Zahl von Franzosen, in ihrer eigenen Einschätzung, weiterhin an Wissen darüber. Dementsprechend niedrig blieben die Zustimmungswerte.

In Bezug auf die Erweiterung war zu beobachten, dass der Diskurs des Staatspräsidenten über die Bewahrung des französischen Integrationsmodells und des französischen Einflusses auch in einer größeren Union offenbar kein Echo fand. Die von den Franzosen geäußerten Ängste waren verbunden mit der Gefährdung französischer Interessen (Agrarpolitik, Arbeitsplätze, generelle Kosten) und mit der Schutzfunktion des Staates (Arbeitsplätze, soziale Errungenschaften, Schutz vor Kriminalität), die, laut Chirac, z.T. durch die europäische Ebene ergänzt werden sollte. Weder gingen die Franzosen jedoch mehrheitlich davon aus, dass ihre wirtschaftlichen und finanziellen Interessen durch die Erweiterung unberührt bleiben würden, noch sahen sie in Europa eine überzeugende und den neuen Realitäten angepasste Alternative oder Ergänzung zu wesentlichen Aufgaben ihres Nationalstaates. Chiracs positive und optimistische Präsentation dieser Punkte verfiel also offensichtlich bei einer Mehrheit der Franzosen nicht. Dazu kamen grundsätzliche Bedenken der Franzosen gegenüber der Globalisierung und ein allgemeiner Pessimismus, der auch als Reflex auf die schwierigen

¹⁰⁶² „Voici une liste de choses que certains disent craindre. Pour chacune d’entre elles, pouvez-vous dire si, personnellement, vous la craignez actuellement ou pas?“ Das Eurobarometer vom Herbst 2004 bestätigte diese Zahlen des EB 61. Mit 82% lagen die Franzosen mit ihrer Angst vor Delokalisierungen weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt (74%). Ebenso bei ihren Befürchtungen bezüglich der Landwirtschaft (78% in Frankreich, 65% im EU-Durchschnitt), der Angst vor dem Verlust sozialer Errungenschaften (63% in Frankreich, 52% im EU-Durchschnitt) und der Erwartung von steigenden Kosten für das EU-Budget (71% in Frankreich, 64% im EU-Durchschnitt). Vgl. EB 62.

Reformdiskussionen und die Niedergangsdebatte in Frankreich zu sehen war.¹⁰⁶³ Beide Entwicklungen aus dem Jahr 2003 setzten ihre Wirkung auch 2004 fort. Damit ergab sich insgesamt ein problematisches Meinungsklima. Zu wesentlichen Zukunftsfragen hatte ein großer Teil der Franzosen entweder keine Meinung oder stand den neuen Entwicklungen entweder skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber.¹⁰⁶⁴ Entschlossenes politisches Gegensteuern wäre demnach notwendig gewesen, war aber nicht zu erkennen. In Bezug auf die Verfassung kam im Laufe des Jahres in Frankreich eine ähnlich intensive Debatte in Gang wie über den Maastricht-Vertrag 1991/92. Vor dem Hintergrund des geschilderten Zustands der öffentlichen Meinung war eine positive Argumentation zu Europa jedoch schwieriger als eine negative Instrumentalisierung der Integration als Mitauslöser negativer Entwicklungen in Frankreich und in Europa.

3. Einigung über einen Verfassungsentwurf und Fortsetzung der innerfranzösischen Debatte

Nachdem unter irischer Ratspräsidentschaft ein Kompromiss über einen Verfassungstext gefunden werden konnte, nahm die Debatte in Frankreich über den Text selbst und besonders über den Modus seiner Ratifikation im Laufe des zweiten Halbjahres 2004 an Intensität und an Schärfe zu. Am 14. Juli gab Chirac seine lange eingeforderte Entscheidung für eine Ratifizierung per Referendum bekannt. Er ging damit ein hohes politisches Risiko ein, denn die Verfassungsdebatte wurde in ihrem Verlauf zunehmend von anderen Themen überlagert,

¹⁰⁶³ Besonders im Rückblick wurde der Pessimismus der Franzosen deutlich: Die Anzahl derjenigen, die angaben, ihre Situation habe sich im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren verschlechtert, war im Frühjahr 2004 (Eurobarometer 61) im Vergleich zum Mai 2002 um 12 und im Vergleich zum Mai 2001 sogar um 16 Prozentpunkte gestiegen. 49% der befragten Franzosen erwarteten, dass sich die Beschäftigungslage in Frankreich verschlechtern werde (17% glaubten an eine Verbesserung, 28% an keine Veränderung). Dazu passend gaben die Franzosen als ihre größte Sorge (58%) die Arbeitslosigkeit an, gefolgt von Unsicherheit (29%), der wirtschaftlichen Lage (26%) sowie der Inflation (24%). Deutlich stärker bedroht als andere Europäer fühlten sich die Franzosen auch von der Globalisierung. 53% waren der Meinung, die Globalisierung sei keine gute Sache für Frankreich (EU-15: 40%). Nur 30% standen ihr positiv gegenüber. Auch für sich selbst sahen 60% der Franzosen die Globalisierung nicht als gute Sache. Im EU-15-Durchschnitt waren nur 45% dieser Meinung, ein deutlicher Abstand von 15 Prozentpunkten.

¹⁰⁶⁴ Vgl. auch die Einschätzung von Marcel Gauchet: „[...] il y a de quoi être préoccupé en ce qui concerne la phase politique qui s’ouvre. Il est manifeste que derrière [les] comportements électoraux qui nous troublent il y a une immense inquiétude de l’opinion. Elle est le substrat rationnel du négativisme qui s’exprime dans les urnes. A cette inquiétude aucune formation politique ni aucun homme politique ne sont en mesure de répondre en l’état actuel des choses. Elle porte sur la France, elle porte sur l’Europe, devenue une source majeure d’anxiété dans la mesure où l’on ne sait plus où elle va. Et elle porte sur le monde. [...] [Il existe en France] une anxiété encore floue, mais qui me semble se préciser, à l’égard d’une Europe dont les contours et les implications ne se laissent plus cerner. Ce qui me paraît progresser, en particulier, c’est la conscience du caractère minoritaire des positions françaises, toutes opinions politiques confondues. L’Europe ne ressemblera pas à la France: voilà ce que les Français sont en train de commencer à découvrir. La désillusion est d’une portée considérable. [...] Une Europe qui ne ressemble pas à la France est-elle encore une chance pour la France? A quelles conditions? La perplexité grandit.“ Gauchet/Rémond (2004), a.a.O., hier S. 63f.

darunter innenpolitische Auseinandersetzungen, aber auch europäische Aspekte, wie der potentielle EU-Beitritt der Türkei.¹⁰⁶⁵

3.1 Irische Ratspräsidentschaft - Themen und Ergebnisse des Ratstreffens vom Juni 2004

Beim Europäischen Rat in Brüssel vom 17. und 18. Juni gelang den Staats- und Regierungschefs eine Einigung über die noch offenen Fragen des Verfassungsentwurfs. Für die drei wichtigsten Konfliktbereiche konnten, nicht zuletzt aufgrund einer kompromissbereiteren Haltung Spaniens und Polens, Lösungen gefunden werden: Die doppelte Mehrheit für Ratsbeschlüsse solle künftig vorliegen, wenn 55% der Länder und 65% der Bevölkerungen hinter einer Entscheidung stünden, so der Beschluss.¹⁰⁶⁶ Die Reduzierung der Anzahl der Kommissare wurde ab 2014 festgeschrieben. Die Ausweitung der Bereiche, in denen mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden sollte, gelang, wenn auch nicht so umfassend, wie es sich einige Staaten, darunter Frankreich, gewünscht hatten. Insbesondere Großbritannien hatte in diesem Punkt erhebliche Bedenken, vor allem in der Sozial- und der

¹⁰⁶⁵ Weder die Verfassungsdebatte noch die innerfranzösischen und gesamteuropäischen Diskussionen über einen potentiellen EU-Beitritt der Türkei können in der vorliegenden Arbeit vollständig dargestellt werden. Beide Themen finden Berücksichtigung in ihrer Bedeutung im Gesamtrahmen der Europapolitik Jacques Chiracs und bei der Beantwortung der eingangs der Untersuchung gestellten Frage nach der Bedeutung der Osterweiterung der EU für die Ablehnung der EU-Verfassung. Für eingehendere Betrachtungen der Verfassung und den europäischen Debatten darüber sowie der Türkei-Frage sei auf die umfassende Literaturlage zu beiden Themen verwiesen. Vgl. beispielhaft für das Jahr 2004 Sylvie Goulard (2004): *Le Grand Turc et la République de Venise*, Paris; Dies.: „Wider eine Union ‚large & light. Was bedeutet der Beitritt der Türkei für Europa?““, in: *Dokumente* 6/2004, S. 17-22; Ulrike Guérot: „Europa und die Türkei – Mehr als eine Vernunftfehe?“, in: *Dokumente* 6/2004, S. 11-16; „Die Türkeifrage. Dokumentation zur aktuellen französischen Diskussion“, zusammengestellt von Silke Stammer, in: *Dokumente* 6/2004, S. 23-30; für die Position der Kommission u.a.: Günter Verheugen: „Das Kuschel-Europa ist von gestern“, *DIE ZEIT* 7.10.2004. Vgl. außerdem zu den wichtigsten Diskussionspunkten im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt der Türkei Samim Akgönül (2005): *La Turquie dans l'Union européenne?*, IFRI Policy Paper 18, September 2005, Paris.

¹⁰⁶⁶ Allerdings konnte sich Polen durchsetzen mit der Bewahrung des Kompromisses von Ioannina aus dem Jahr 1994. Der Kompromiss sah vor, dass „der Rat alles daran setzen [wird], um innerhalb einer angemessenen Frist zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen, die mit mindestens 68 von 87 Stimmen gebilligt werden kann“ für den Fall, dass „Ratsmitglieder, die zwischen 23 (frühere Sperrminorität) und 26 (neue Sperrminorität) haben, signalisieren, dass sie eine Mehrheitsentscheidung des Rates ablehnen.“ Vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/ioannina_compromise_de.htm, Zugriff 19.01.2011. Die spanische Haltung veränderte sich mit der Amtsübernahme der neuen Regierung Zapatero. Die Vorgängerregierung Aznar war nach den Terroranschlägen in Madrid vom 11. März 2004 abgewählt worden. Vgl. zu diesem Punkt z.B. Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Palais de l'Élysée 16.3.2004. Vgl. zu einigen Punkten der Neupositionierung Spaniens unter Zapatero Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. José Luis Rodríguez Zapatero, Président du gouvernement espagnol, Palais de l'Élysée 29.4.2004. Vgl. für eine rückblickende Bewertung auch Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République française, et de M. José Luis Rodríguez Zapatero, Président du gouvernement du Royaume d'Espagne et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Madrid 13.9.2004. Vgl. außerdem Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 25. und 26. März 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes sowie Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 26.3.2004.

Steuerpolitik. Die ursprünglich für die Brüsseler Zusammenkunft geplante Einigung auf einen Kandidaten für den Kommissionsvorsitz wurde verschoben. Deutschland und Frankreich konnten sich in dieser Frage mit ihrem Wunsch Kandidaten, dem belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt, nicht gegen Großbritannien und zahlreiche der neuen EU-Staaten durchsetzen.¹⁰⁶⁷ Im Hinblick auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses wurde der Zeitplan für den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU ebenso bestätigt wie die Absicht des Rates, auf der Grundlage eines Kommissionsberichts im Dezember 2004 über die eventuelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu entscheiden. Kroatien erhielt den Status eines Bewerberlandes und der Beitrittsprozess zur EU wurde eingeleitet. Der Europäische Rat versprach sich von dieser Entscheidung Ansporn und Signalwirkung für den gesamten westlichen Balkan.¹⁰⁶⁸

Bewertung der Beschlüsse aus französischer Sicht

Jacques Chirac war mit den Beschlüssen des Rates zur Verfassung zufrieden, obwohl Frankreich in einigen wichtigen Punkten Abstriche von seiner ursprünglichen Position machen musste.¹⁰⁶⁹ In der Frage der doppelten Mehrheit hatte Frankreich sich ursprünglich für den Kommissionsvorschlag 50% der Staaten/60% der Bevölkerungen ausgesprochen. Auch der im Rahmen der 15 gefundene Kompromiss 55%/65% war für Chirac jedoch akzeptabel, da der Abstand zwischen den beiden Werten gewahrt blieb. Die Verkleinerung der Kommission entsprach einem seit längeren geäußerten französischen Wunsch. Frankreich hätte diese Reform gerne direkt umgesetzt, musste jedoch ihre Verschiebung auf 2014 akzeptieren. Auch bei der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen wäre Frankreich gerne weiter gegangen, sah jedoch Gestaltungsmöglichkeiten durch verstärkte Kooperationen, wie Chirac ausführte:

„Nous avons progressé sensiblement, et même très sensiblement, sur l’extension du vote à la majorité qualifiée. Je pense en particulier aux affaires qui touchent à la justice et aux affaires intérieures. Certes, nous aurions voulu aller plus loin, notamment dans le domaine fiscal et social. Mais ce qui compte, c’est d’avoir prévu et conforté la procédure des coopérations renforcées qui permettra aux Etats qui veulent aller plus vite et plus loin de le faire sans être

¹⁰⁶⁷ Am 29. Juni einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, dem Europäischen Parlament José Manuel Barroso als neuen Kommissionspräsidenten vorzuschlagen. Chirac und Schröder standen Barroso wegen dessen atlantischer Grundausrichtung und seiner Unterstützung der US-Politik im Irak-Krieg skeptisch gegenüber.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Europäischer Rat Brüssel, 17. und 18. Juni 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

¹⁰⁶⁹ Vgl. für den folgenden Abschnitt Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’issue du Conseil européen, Brüssel 18.6.2004.

bloqués par ceux qui ont besoin de davantage de temps.¹⁰⁷⁰

Die Presseberichterstattung sah die Ergebnisse von Brüssel aus französischer Sicht kritischer als der Staatspräsident. Luc de Barochez hob in seiner Analyse für *Le Figaro*¹⁰⁷¹ die Punkte hervor, bei denen der in Brüssel gefundene Kompromiss nicht den ursprünglichen französischen Positionen entspreche: Der künftige Ratspräsident erhalte sein Mandat zwar für zweieinhalb Jahre, wie von Paris gefordert, habe jedoch kaum Macht, da der Ministerrat für auswärtige Angelegenheiten vom neuen Europäischen Außenminister geleitet werde und bei allen anderen Ratsformationen die wechselnde Präsidentschaft bestehen bleibe. In der Frage der Stimmengewichtung akzeptiere Frankreich in der Verfassung zum ersten Mal eine unterschiedliche Behandlung mit Deutschland. Das System der doppelten Mehrheit mit 55% der Staaten und 65% der Bevölkerung begünstige Deutschland, das außerdem im Europäischen Parlament mehr Abgeordnete erhalte als Frankreich. In Bezug auf die Kommission nehme Frankreich, so de Barochez' Analyse, mit Inkrafttreten der Verfassung durch den Verlust des zweiten Kommissars deutliche Nachteile in Kauf. Der verbleibende französische Kommissar sei, aufgrund des Systems der gleichberechtigten Rotation, bis zur Verkleinerung der Kommission im Jahr 2014, von gleichem Gewicht wie die von kleinen Staaten entsandten Vertreter. Bei der Frage der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit teilte de Barochez die Einschätzung Chiracs, dass die nicht erreichten Ergebnisse beispielsweise im sozialen oder fiskalen Bereich, durch verstärkte Kooperationen ausgeglichen werden könnten und sollten. Die Gesamtbewertung des Brüsseler Ergebnisses aus französischer Sicht fiel für de Barochez daher zwiespältig aus:

„Paris a avalé quelques couleuvres dans la rédaction du projet de Constitution européenne. Globalement, la diplomatie française se félicite d'un texte qui permet à l'UE de fonctionner à 25 et bientôt à 28 pays, voire plus. La France a obtenu une présidence du Conseil plus stable, un poids relatif accru pour elle-même, une meilleure visibilité de l'Union sur la scène internationale. Pour parvenir à ce résultat, cependant, il a fallu lâcher du lest. Le projet de Constitution rédigé par la Convention européenne de Valéry Giscard d'Estaing convenait, en gros, aux autorités françaises. Le président Jacques Chirac avait fixé pour objectif, l'an dernier, de rester le plus près possible du texte de Giscard. Or, depuis que les gouvernements des Vingt-Cinq se sont saisis du dossier, les réformes prévues sont devenues beaucoup moins

¹⁰⁷⁰ Vgl. auch Chiracs weitere Aussage zu diesem Thema im Verlauf der Pressekonferenz: „Il est vrai que la Grande-Bretagne a une vision assez différente de la nôtre sur le plan social, pour des raisons essentiellement économiques que je peux par ailleurs comprendre, même si je ne les approuve pas, et qui la conduit à redouter par-dessus tout, toutes initiatives qui pourraient gêner les forces économiques de son pays. C'est ce qui a conduit notamment la Grande-Bretagne à refuser de passer à la majorité qualifiée pour ce qui concerne le domaine social et le domaine fiscal, les deux étant évidemment liés. Alors je le regrette, mais cela viendra. En revanche, je me réjouis du fait que nous ayons pu imposer à la Grande-Bretagne le système des coopérations renforcées qui nous permettra, en dehors de la Grande-Bretagne et avec d'autres qui veulent aller plus vite et plus loin dans ce domaine, de pouvoir agir.“

¹⁰⁷¹ Luc de Barochez: „La France a dû accepter des compromis“, *Le Figaro* 17.6.2004.

ambitieuses. Comme l'unanimité est requise pour rédiger un traité, les exigences des capitales ont dû être prises en compte.¹⁰⁷²

Auch *Le Monde* sah die Verfassung als Kompromiss, für dessen Zustandekommen auch Frankreich Zugeständnisse machen müsse. In Chiracs Äußerungen zur Verfassung fanden die Journalisten diese allerdings nur am Rande wieder:

„Un événement ‚vraiment historique‘: c’est ainsi que Jacques Chirac a qualifié, samedi 19 juin, lors d’une déclaration solennelle à la presse, l’adoption d’une nouvelle Constitution européenne, la veille, à Bruxelles. Depuis l’Elysée, le chef de l’Etat s’est livré à un exercice pédagogique pour défendre le texte et effleurer les quelques regrets qu’il lui inspire.“¹⁰⁷³

Nathalie Dubois und Jean Quatremer sahen in ihrer Analyse in *Libération* im Ergebnis des Gipfels den Beleg dafür, dass die Union der 25 nicht funktionieren werde, weil das deutsch-französische Führungsduo sich nicht mehr selbstverständlich durchsetzen könne und bei fast allen Staaten das nationale Interesse im Zweifelsfall Vorrang vor einem europäischen Kompromiss erhalte:

„[...] la démonstration a été faite durant ce sommet que l’Europe à 25 ne marche pas. Les plus allants, en l’occurrence le couple franco-allemand, la Belgique et le Luxembourg, en gros les fondateurs de l’Union, n’ont pu que concéder aux moins-disants européens, et constater l’étendue de leur impuissance à entraîner leurs partenaires vers une ‚union sans cesse plus étroite‘ qui était à l’origine du projet européen. L’affaire de la présidence de la Commission est symptomatique à cet égard: il ne s’agit que de pourvoir un poste plus technique que politique dont le titulaire reste sous contrôle des Etats. Pourtant, aucun consensus n’a pu être trouvé. Londres était loin d’être isolé, ayant réussi à rallier une dizaine de pays dans le camp anti-Verhofstadt. Pourquoi? Essentiellement parce que sa candidature était proposée par le couple franco-allemand et qu’il ‚fallait‘ s’opposer à un supposé ‚diktat‘... Pourtant, personne n’avait de candidat de rechange. Mais toute initiative, toute volonté d’entraîner les partenaires suscite désormais la méfiance. A 25, l’Union semble avoir atteint un nombre qui rend impossible le fonctionnement communautaire, chaque Etat ne cherchant plus qu’à sauvegarder ses supposés intérêts nationaux et à nouer des alliances de blocage à cet effet. La Constitution européenne risque donc d’être le chant du cygne de la ‚grande Europe‘. C’est peut-être pour cela qu’il fallait l’adopter à n’importe quel prix. Ce n’est pas demain la veille que les Européens parviendront à la réformer pour aller plus loin. Ces règles du jeu permettront à l’Union de rester un grand marché basé sur le droit et fonctionnant le plus efficacement possible. Mais en aucun cas de devenir une puissance politique, faute de volonté commune.“¹⁰⁷⁴

Die französische und die deutsche Führung hatten sich sehr positiv zum vom Konvent vorgelegten Textentwurf für eine Verfassung geäußert und hätten diesen gerne weitgehend unverändert angenommen. Andere Staaten machten jedoch deutliche Änderungswünsche

¹⁰⁷² Ebd.

¹⁰⁷³ Béatrice Gurrey/Isabelle Mandraud: „M. Chirac: ‚Un événement vraiment historique‘“, *Le Monde* 22.6.2004.

¹⁰⁷⁴ Nathalie Dubois/Jean Quatremer: „Le chant du cygne de l’Europe puissance“, *Libération* 19.6.2004.

Kursivsetzung im Original.

geltend, deren Diskussion sich über länger als ein halbes Jahr hingezogen hatte. Beim Brüsseler Gipfel im Juni 2004 waren Frankreich und Deutschland in der Defensive, da jedes Nachgeben gegenüber den Forderungen der anderen Länder aus ihrer Sicht eine Verschlechterung des Entwurfs bedeutete. In einigen Punkten waren sie jedoch gezwungen einzulenken, damit eine Kompromissfindung überhaupt möglich war. Es zeigte sich also erneut, dass die deutsch-französische Verständigung in der erweiterten Union nicht mehr hinreichende Bedingung für eine Einigung im gesamteuropäischen Rahmen war. Im Gegenteil lösten deutsch-französische Initiativen in einigen Fällen sogar grundsätzlich einen ablehnenden Reflex der anderen Staaten aus, wie auch die Presseberichterstattung deutlich machte. Zu groß war das Misstrauen gegenüber einem eventuellen deutsch-französischen Direktorium. Im Gegensatz zu dieser schwierigen Situation stand, wie bereits häufiger zu beobachten, die weitgehend positive Beurteilung der Gipfelergebnisse durch Jacques Chirac. Seine Darstellung klammerte wie zumeist negative Aspekte aus und konzentrierte sich statt dessen auf wenig kontroverse Punkte wie die historische Bedeutung der Verfassung. Kritik an dieser Herangehensweise, die, ähnlich wie Chiracs Darstellung der Erweiterung an anderer Stelle, damit kein vollständiges Bild eines der wichtigsten Zukunftsprojekte Europas zeichnete, fand sich auch in den Analysen der Journalisten. Darüber hinaus zeigte Chirac mit seinem Verweis auf die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit diese bereits als Ausweg aus den z.T. nicht den französischen Vorstellungen entsprechenden Bestimmungen der Verfassung auf. Er zog daher erneut eine Konzentration auf französischen Präferenzen entsprechende Integrationsschritte mit ausgesuchten Partnern vor gegenüber einem Fortschritt, der alle EU-Staaten einbeziehen würde. Für das Funktionieren einer Union der 25 war dies ein schlechtes Signal.

3.2 Entscheidung für eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages per Referendum

Trotz der Einigung auf einen Verfassungstext beim Europäischen Rat in Brüssel legte sich Chirac nach der Tagung weiterhin nicht fest zum Modus der Ratifikation der Verfassung in Frankreich. Auch seine Erklärung einen Tag nach der Einigung beim Europäischen Rat, in der Chirac explizit die Vorteile des Entwurfs der neuen Vertragsgrundlage Europas hervorhob, ging auf diesen Punkt nicht ein: „[...] je prendrai ma décision en temps utile. Je le ferai en responsabilité, en conviction, dans l'intérêt de la France, de la démocratie et de Français.“¹⁰⁷⁵

¹⁰⁷⁵ Déclaration de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'accord pour une Constitution pour l'Europe, Palais de l'Élysée 19.6.2004.

In seinem traditionellen Fernsehinterview zum Nationalfeiertag am 14. Juli gab Chirac schließlich bekannt, die Franzosen über die Europäische Verfassung per Referendum abstimmen lassen zu wollen.¹⁰⁷⁶ U.a. durch die Entscheidung des britischen Premierministers Blair für ein Referendum in seinem Land war Chirac unter Druck geraten, auch die Franzosen direkt zu befragen.¹⁰⁷⁷ Auch führende französische Politiker, darunter beispielsweise Alain Juppé und Jean-Pierre Raffarin aus dem engen Umfeld des Staatspräsidenten, hatten sich für ein Referendum ausgesprochen. Alain Juppé hatte diese Linie bereits im Mai gemeinsam mit Nicolas Sarkozy auf dem UMP-Parteitag durchgesetzt. Die europafreundliche UDF auf der einen und sämtliche souveränistische Strömungen auf der anderen Seite waren, aus entgegengesetzten Gründen, ebenfalls für eine direkte Befragung der Franzosen. Die Sozialistische Partei fand dagegen keine einheitliche Position.¹⁰⁷⁸ Chirac fasste im Gespräch mit Patrick Poivre d'Arvor und Arlette Chabot am Nationalfeiertag die Vorzüge zusammen, die er mit der Europäischen Verfassung verband:

„[La Constitution] est le fruit d'un effort de cinquante ans qui a, ce qui est tout à l'honneur de la France, été poursuivi par tous les chefs de l'Etat et de gouvernement français, sans déviation, depuis cinquante ans. Depuis le général de Gaulle et Konrad Adenauer, jusqu'à moi, sans exception. Bien. Nous arrivons au terme, avec une double réforme, considérable, aujourd'hui: à l'élargissement de l'Europe, de façon à intégrer, à enraciner la démocratie et la paix en Europe, ce qui est vital pour les générations futures, et puis une nouvelle règle du jeu pour harmoniser, moderniser et adapter à l'élargissement le fonctionnement de nos institutions et c'est la Constitution. Je vous rappelle que la France a été la première à évoquer cette réforme et à parler de Constitution ou de traité constitutionnel. Je l'avais fait devant le Bundestag à Berlin en juin 2000 et lancé cette idée qui me paraissait indispensable. [...] Nous avons donc maintenant une Europe élargie qui sera la seule garantie de paix et de démocratie qu'on puisse avoir dans l'avenir. Car on ne se bat pas quand on est ensemble autour de la table, naturellement, et on ne peut pas remettre en cause la démocratie comme on l'a trop vu dans le passé, dans tel ou tel pays. Elle nous permettra d'avoir une économie cohérente et des impulsions plus faciles à donner. Bon. Ce texte est un bon texte. Personne de bonne foi ne peut le contester. Il est conforme aux intérêts de la France qui est renforcée en Europe par la

¹⁰⁷⁶ Vgl. für diesen Abschnitt Interview télévisée de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogé par Patrick Poivre d'Arvor et Arlette Chabot, 14.7.2004.

¹⁰⁷⁷ Vgl. u.a. Nicolas Barotte/Judith Waintraub: „Réactions mitigées en France. Seuls les antieuropéens se félicitent de la décision de Tony Blair“, *Le Figaro* 21.4.2004; Christophe Boltanski: „Le référendum, arme de destruction ‚blairienne‘“, *Libération* 29.4.2004 oder Arnaud Leparmentier: „Ratification de la Constitution: Un casse-tête pour les dirigeants européens“, *Le Monde* 30.4.2004. Laurence Morel sprach von einer „marche référendaire forcée du Président français“. Vgl. Laurence Morel (2005): „Les usages du référendum sous la Cinquième République: un Président en perte d'initiative“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 7-25, hier S. 25.

¹⁰⁷⁸ Vgl. z.B. Béatrice Gurrey/Isabelle Mandraud: „M. Chirac: ‚Un événement vraiment historique‘“, *Le Monde* 22.6.2004. Vgl. zu den Forderungen nach einem Referendum auch Anne Fulda: „En France, les partis pour une consultation nationale“, *Le Figaro* 21.6.2004. Vgl. weiterhin Sophie Huet: „La classe politique réclame un référendum sur la Constitution“, *Le Figaro* 30.4.2004 oder Judith Waintraub: „Europe: l'UMP demande un référendum“ und Christine Clerc: „Chirac isolé, mais seul maître du temps“, beide in *Le Figaro* 10.5.2004 oder Judith Waintraub/Guillaume Tabard: „Référendum: l'histoire secrète du tournant“ und Pascale Sauvage: „Favorable à une consultation nationale, le PS hésite entre le oui et le non“, beide in *Le Figaro* 11.5.2004.

Constitution. Il est conforme aux intérêts de l'Europe. Il est conforme aux intérêts de tous les Européens.¹⁰⁷⁹

Chirac visitierte einen Termin für das Referendum in der zweiten Jahreshälfte 2005 an und beabsichtigte, sich selbst aktiv in die Kampagne im Vorfeld des Referendums einzubringen.¹⁰⁸⁰ Seiner Ansicht nach könne es sich in Frankreich kein Politiker, der Ambitionen auf wichtige Ämter und Positionen habe, leisten, in der Frage der Europäischen Verfassung für ein Nein zu plädieren, so der Präsident („Je ne crois pas qu'un responsable politique digne de ce nom aujourd'hui puisse sérieusement, sauf à vouloir faire revenir la France cinquante ans en arrière, contester le caractère positif, le caractère bon de ce traité constitutionnel.“¹⁰⁸¹). Chirac war sich des Risikos bewusst, dass die bei einem Referendum gestellte Frage nicht direkt beantwortet werden, sondern andere Faktoren beim Abstimmungsverhalten eine wichtigere Rolle spielen könnten.¹⁰⁸² Er ging jedoch davon aus, dass die Franzosen mehrheitlich die große Bedeutung der Verfassung erkennen und mit Ja stimmen würden:

„[...] j'espère que les Français comprendront qu'on leur pose une question essentielle pour leur proche avenir et surtout pour celui de leurs enfants. Nous avons connu – et nous avons oublié naturellement – l'époque où l'Europe se déchirait, où les démocraties étaient renversées en Europe. Ce que nous faisons aujourd'hui est historique: avec l'élargissement et la Constitution, après cinquante années d'efforts, c'est une Europe qui ne pourra plus se déchirer. Est-ce que ce n'est pas le plus beau legs que l'on peut donner à nos enfants? Est-ce que cela ne vaut pas la peine qu'on essaie de se prononcer sur le sujet qui nous est posé et non

¹⁰⁷⁹ Interview télévisée de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogé par Patrick Poivre d'Arvor et Arlette Chabot, 14.7.2004.

¹⁰⁸⁰ Angesichts der Tatsache, dass beim Maastricht-Referendum die Zahl der Befürworter im Verlauf der Kampagne vor dem Referendum immer mehr abgenommen hatte, je länger die Kampagne dauerte und vor allem auch angesichts der Debatte über den Türkei-Beitritt, die immer mehr die Diskussionen über die Verfassung zu beeinflussen drohte, wurden im Umfeld des Präsidenten und des Premierministers im Herbst 2004 jedoch immer mehr Stimmen laut, die das Referendum vorziehen wollten. Vgl. u.a. Béatrice Gurrey/Christophe Jakubyszyn: „Constitution européenne: le scénario du référendum en mai“, *Le Monde* 16.10.2004 oder Guillaume Tabard: „Raffarin s'attend à un long débat au Parlement“, *Le Figaro* 20.10.2004.

¹⁰⁸¹ Interview télévisée de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogé par Patrick Poivre d'Arvor et Arlette Chabot, 14.7.2004.

¹⁰⁸² Beim Treffen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Zapatero und dem deutschen Bundeskanzler Schröder in Madrid betonte Chirac seine Erwartung an die Franzosen, beim Referendum über die ihnen gestellte Frage zu entscheiden und nicht über andere Aspekte des französischen politischen Lebens: „[...] l'enjeu du référendum, pour moi, est très simple et très clair. Il y a une question, cette question c'est: la Constitution européenne est-elle un progrès pour la France et pour l'Europe? Permet-elle de poursuivre la construction et l'organisation d'une Europe élargie qui enracine la paix et la démocratie, mais aussi le progrès économique et social sur son territoire? C'est cela la question. C'est une question capitale pour notre avenir et c'est pourquoi les Français seront consultés, je l'ai dit, par référendum. Et je ne voudrais pas que cette question soit dévoyée. Chaque Française et chaque Français devra se prononcer sur le texte de la Constitution, le texte proposé de la Constitution. Pour ma part, je vous le dis, je ferai tout pour que cette campagne, à l'occasion de cette élection, de ce référendum, ne soit pas détournée à des fins partisans.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République française, et de M. José Luis Rodríguez Zapatero, Président du gouvernement du Royaume d'Espagne et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Madrid 13.9.2004.

pas sur tel ou tel problème immédiat. [...] Honnêtement, j'ai confiance dans les Français et notamment dans leur aptitude à s'associer, si les hommes politiques ne le polluent pas, à un vrai débat sur leur avenir et dans cette hypothèse, je leur fais confiance.¹⁰⁸³

Jacques Chiracs Begründung für seine Wahl eines Referendums zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung in Frankreich und seine u.a. bei dieser Gelegenheit angebrachten generellen Äußerungen zur Verfassung ließen sich in wesentlichen Punkten einordnen in seinen üblichen Europadiskurs, wie er bisher in Bezug auf die Erweiterung untersucht wurde. Dies galt umso mehr, als die Themen Erweiterung und Verfassung von Chirac selbst auch in eine Verbindung gebracht wurden („Nous arrivons au terme, avec une double réforme, considérable, aujourd'hui: à l'élargissement de l'Europe, de façon à intégrer, à enraciner la démocratie et la paix en Europe, ce qui est vital pour les générations futures, et puis une nouvelle règle du jeu pour harmoniser, moderniser et adapter à l'élargissement le fonctionnement de nos institutions et c'est la Constitution.“¹⁰⁸⁴). Beides – sowohl die Erweiterung als auch die Verfassung – waren für Chirac Ausdruck der neuen Möglichkeiten in Europa und Ergebnis der friedlichen Wiedervereinigung des Kontinents. Daher lag ein Schwerpunkt in der Vermittlung der Verfassung bei Chirac, wie bei der Erweiterung, auf ihrer Begründung im Friedens- und Versöhnungsmotiv. Dieses reichte jedoch, wie bereits gesehen, nicht mehr aus für eine überzeugende Kommunikation Europas zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Daher zeichnete sich für Chiracs Vermittlungsstrategie bei der Verfassung von Beginn an ein ähnliches Problem ab wie bei der Erweiterung. Seine Darstellung der Vorteile der Verfassung blieb weitgehend abstrakt und für die Franzosen nur schwer nachvollziehbar. Gleichzeitig erwartete Chirac von diesen jedoch eine positive Entscheidung beim Referendum. Wie riskant Chiracs Strategie war, hoben auch die Pressebewertungen der Entscheidung des Präsidenten für ein Referendum hervor.

Pressebewertung von Chiracs Entscheidung für ein Referendum

Anne Fulda betonte in ihrer Bewertung der Entscheidung Chiracs die Risiken, die für ihn selbst und für Europa mit diesem Entschluss verbunden seien:

„S'il honore une promesse de campagne, le président de la République prend aussi un risque non négligeable: celui de ne pas parvenir à obtenir une majorité de réponses favorables. Une victoire du ‚non‘ fragiliserait singulièrement l'autorité du chef de l'Etat en France, bien évidemment, mais pourrait porter aussi un coup fatal à la construction européenne puisqu'il suffit qu'un pays réponde négativement pour que le texte devienne caduc. [...] Le pari est osé:

¹⁰⁸³ Interview télévisée de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogé par Patrick Poivre d'Arvor et Arlette Chabot, 14.7.2004.

¹⁰⁸⁴ Ebd.

les élections européennes du mois de juin ont été marquées en France, mais aussi dans d'autres pays de l'Union européenne, par une très forte abstention et la remise en question des dirigeants en place. Par ailleurs, les dirigeants du Parti socialiste sont très divisés et certains – comme Laurent Fabius – sont tentés d'utiliser ce scrutin pour sanctionner Jacques Chirac. Certains chiraquiens ne se sont pas privés de relever ce danger ces dernières semaines: le risque majeur pour le chef de l'Etat est que cette consultation référendaire soit détournée de son objet initial et se transforme en référendum pour ou contre Jacques Chirac. Le risque, aussi, est qu'en cas d'échec certains, privilégiant une lecture gaullienne des institutions, réclament la démission du chef de l'Etat. Quels que soient les risques encourus, le chef de l'Etat a pris sa décision en parfaite connaissance de cause.¹⁰⁸⁵

Fulda zog außerdem den Vergleich zum von François Mitterrand angesetzten Referendum über den Maastricht-Vertrag. Das Risiko, wie in Maastricht nur ein ganz knapp positives oder gar ein negatives Ergebnis zu erreichen, bestehe 2005 erneut, so Fulda. Wie sein Vorgänger hatte Chirac im Interview zum Nationalfeiertag zugesagt, sich persönlich in der Kampagne für das Referendum zu engagieren. Die Frage nach persönlichen Konsequenzen im Falle eines negativen Votums wurde im Interview nicht gestellt. Fulda verwies jedoch darauf, dass Chirac mit Sicherheit noch die Antwort Mitterrands im Kopf habe, der auf die Frage, ob er im Falle einer Ablehnung von Maastricht zurücktreten werde, geantwortet hatte: „En quoi cela me concerne, moi?“¹⁰⁸⁶ und sich im Zweifelsfall ähnlich entscheiden, also im Amt bleiben würde. Weitere Analysen in *Le Figaro* gingen auf die Reaktionen der anderen französischen Parteien auf Chiracs Ankündigung ein.¹⁰⁸⁷ Alexandrine Bouilhet stellte die Entscheidung des französischen Staatspräsidenten außerdem in den gesamteuropäischen Rahmen und verwies ebenfalls auf das hohe Risiko, das Chirac eingehe:

„Le défi est immense. Le pari extrêmement risqué. [...] En théorie, le texte [de la Constitution] doit être ratifié par les vingt-cinq Etats pour avoir force de loi. Un seul ‚non‘, et la Constitution européenne tomberait à l'eau, entraînant dans sa noyade le projet d'un continent réuni: tel est déjà l'argumentaire développé par les dirigeants européens pour encourager les électeurs à voter dans le sens de l'histoire.“¹⁰⁸⁸

Bouilhet rekapitulierte außerdem die Schwierigkeiten mit einzelnen Ländern bei vorangegangenen Referenden in Europa, die beim Nizza-Vertrag zweimalige Abstimmungen erfordert hätten wie in Irland oder umfangreiche Nachverhandlungen wie in Dänemark beim Maastricht-Vertrag. Da die Daten der Ratifizierung in den einzelnen EU-Ländern auch bei der Verfassung wieder nach nationalen Kriterien festgelegt und nicht koordiniert und mit einer

¹⁰⁸⁵ Anne Fulda: „Europe: Chirac choisit le référendum“, *Le Figaro* 15.7.2004.

¹⁰⁸⁶ Ebd.

¹⁰⁸⁷ Elsa Freyssenet: „La décision du chef de l'Etat met le PS dans embarras“, *Le Figaro* 15.7.2004. Vgl. außerdem Elsa Freyssenet: „Référendum: Hollande fait un pas vers le oui, Fabius attend“, *Le Figaro* 16.7.2004 und Sophie Huet: „Villiers prédit une victoire du non“, *Le Figaro* 15.7.2004.

¹⁰⁸⁸ Alexandrine Bouilhet: „Dix pays de l'Union ont déjà opté pour la voie référendaire“, *Le Figaro* 15.7.2004.

europaweiten Kampagne verbunden würden, schloss Bouilhet auch in diesem Fall Schwierigkeiten nicht aus.¹⁰⁸⁹

Ähnlich wie Anne Fulda in *Le Figaro* zogen in *Le Monde* Hervé Gattegno und Isabelle Mandraud eine Parallele zwischen dem von Chirac für 2005 angesetzten Referendum und der Abstimmung zum Maastricht-Vertrag.¹⁰⁹⁰ Die Autoren verwiesen ebenfalls auf die mit der Befragung der Franzosen verbundenen Risiken, die François Mitterrand erfahren habe. Sie legten jedoch den Schwerpunkt ihrer Analyse auf die mit seiner Entscheidung sicher auch verbundene Absicht Chiracs, die Spaltung der Sozialisten in europapolitischen Fragen zu forcieren und zu seinen Gunsten zu nutzen – eine weitere Parallele zu 1992, als Chiracs eigene Partei, der RPR, in Bezug auf Maastricht einer Zerreißprobe ausgesetzt war. Für die Sozialisten bestehe die große Schwierigkeit darin, dass sie, nach dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen 2002, durch die Entscheidung des Staatspräsidenten zum zweiten Mal in kurzer Zeit gezwungen seien, gemeinsam mit Chirac abzustimmen und keine Möglichkeit hätten, eine klare eigene Position zu formulieren, so Gattegno und Mandraud. Dass sich gleichzeitig ein großer Teil der extremen Linken bereits für ein Nein zur Verfassung ausgesprochen habe, setze die Sozialisten zusätzlich unter Druck. Die Auswirkungen dieser Ausgangslage sollten nicht unterschätzt werden, so die Analyse von Gattegno und Mandraud:

„En 2005, le ‚non‘ réunira les mêmes leaders et partis [qu’en 1992] – hors M. Séguin, retiré de la politique active -, auxquels devrait s’ajouter une partie de l’UMP, conduite par le souverainiste Nicolas Dupont-Aignan. M. Chirac peut néanmoins espérer voir les socialistes se diviser profondément, dans une symétrie frappante avec la fracture causée il y a douze ans au sein du RPR par la question européenne – qu’il avait réussi à contenir, pour son plus grand profit politique. Adversaires du projet de Constitution, les courants minoritaires du PS représentent, en effet, un tiers des effectifs. Il faut ajouter, dans les camps du ‚non‘, certains responsables du parti, au sein même de la majorité de François Hollande. [...] Laurent Fabius lui-même a souligné ses ‚réticences‘ en développant plusieurs arguments, dont celui qui consisterait à ‚voter Chirac‘ une nouvelle fois [...]. Or, les militants, encore traumatisés par le vote obligé de mai 2002, sont sensibles à cet aspect.“¹⁰⁹¹

Die Pressebewertung von Chiracs Entschluss, ein Referendum anzusetzen, machte die damit verbundenen Schwierigkeiten und v.a. auch die innenpolitischen Implikationen deutlich. Parallelen zu Mitterrands Entscheidung für ein Referendum zum Maastricht-Vertrag drängten sich auf. Auch Chirac sah Frankreich in einer europäischen Verantwortung und versuchte gleichzeitig, innenpolitischen Kredit zurückzugewinnen und dem bürgerlichen Lager durch

¹⁰⁸⁹ Ebd. Vgl. auch Cécile Calla/Jacques Duplouich/Richard Heuzé/Diane Cambon: „Réactions très contrastées dans les capitales européennes“, *Le Figaro* 16.7.2004.

¹⁰⁹⁰ Hervé Gattegno/Isabelle Mandraud: „Douze ans après Maastricht, le chef de l’Etat mise sur la division des socialistes sur le projet européen“, *Le Monde* 16.7.2004. Kursivsetzung im Original.

¹⁰⁹¹ Ebd.

die wahrscheinliche Spaltung der Linken Vorteile zu verschaffen. Wie Mitterrand setzte Chirac damit seine eigene Stellung in Frankreich und die Position Frankreichs auf europäischer Ebene aufs Spiel, sollte das Referendum scheitern. Es blieb ihm jedoch kaum eine andere Wahl, als dieses Risiko einzugehen.¹⁰⁹²

*Intensivierung der Verfassungsdebatte in Frankreich*¹⁰⁹³

Durch das Vorliegen des konkreten Textes nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs und v.a. durch Chiracs Entscheidung für ein Referendum erlangte die Verfassungsdebatte in Frankreich im Herbst 2004 eine neue Intensität. Am 29. Oktober unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs in Rom den Europäischen Verfassungsvertrag, so dass der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedsstaaten beginnen konnte.¹⁰⁹⁴ Wie bei fast allen europapolitischen Fragen in Frankreich ging auch bei der Verfassung die Spaltung quer durch die politischen Lager und sogar durch die Parteien. Die Sozialistische Partei begrüßte die Entscheidung Chiracs für ein Referendum. Allerdings konnten sich nicht alle führenden Politiker der PS für ein klares Ja zur Verfassung entscheiden. Auch vor dem Hintergrund der Nominierung des nächsten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten versuchten u.a. François Hollande, Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn sich bereits zu positionieren. Der ehemalige Premierminister Laurent Fabius machte im September seine ablehnende Haltung publik.¹⁰⁹⁵ Er blieb auch angesichts des die Verfassung unterstützenden Parteibeschlusses der PS vom Dezember 2004 bei seiner Position und beförderte somit die Spaltung des französischen linken Lagers in der Verfassungsfrage.¹⁰⁹⁶ Die Souveränisten in der UMP unter Führung von Nicolas Dupont-

¹⁰⁹² Vgl. zur Entscheidung Chiracs auch die Analyse von Pierre Martin (2005): „Le choix de Chirac ou Pourquoi Jacques Chirac a-t-il choisi la voie référendaire pour la ratification du Traité constitutionnel?“, in:

Laurent/Sauger (Hg.) (2005), a.a.O., S. 26-41.

¹⁰⁹³ Vgl. zu den folgenden Ausführungen neben den angegebenen Verweisen auch Medard Ritzenhofen (2004): „Risiko und Reifeprüfung. Das Referendum zum EU-Vertrag wird zum Politikum“, in: *Dokumente 5/2004*, S. 6-11.

¹⁰⁹⁴ Vgl. dazu Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la signature du Traité constitutionnel, Rom 29.10.2004.

¹⁰⁹⁵ Vgl. z.B. Pascale Sauvage: „L'appel de Fabius à Chirac peu apprécié au PS“ und Anne Fulda: „Les chiraquiens réagissent par l'ironie“, beide in *Le Figaro* 11./12.9.2004.

¹⁰⁹⁶ 82% der etwa 120.000 Mitglieder des PS hatten an der internen Abstimmung teilgenommen. 59% von ihnen sprachen sich für den Verfassungsvertrag aus. Vgl. für eine weitere ablehnende Position einer prominenten französischen Sozialistin Pervenche Berès (2004): „Das ‚Nein‘ der Hoffnung, Warum die französischen Sozialisten die EU-Verfassung ablehnen“, in: *Dokumente 6/2004*, S. 31-37. Vgl. zur Situation der Sozialistischen Partei im Zusammenhang mit dem Referendum allgemein Alain Bergounioux (2005): „Parti socialiste: une crise qui vient de loin“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 128-133 sowie Guillaume Duseigneur (2005): „Lorsque l'Union Européenne questionne l'identité partisane: le référendum interne du PS sur le TCE“ und Christophe Piar/Jacques Gerstlé (2005): „Le cadrage du référendum sur la Constitution européenne: La dynamique d'une campagne à rebondissements“, in: Laurent/Sauger (Hg.) (2005), a.a.O., S. 74-91 bzw. 42-73.

Aignan, aber auch Philippe de Villiers und Jean-Marie Le Pen am rechten sowie Jean-Pierre Chevènement und die Kommunistische Partei am linken Rand des politischen Spektrums begrüßten die Entscheidung des Präsidenten für ein Referendum und bereiteten ihre Kampagnen für ein Nein zur Verfassung vor.

Wesentlich beeinflusst wurde die Verfassungsdebatte in Frankreich von der Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden solle oder nicht. Präsident Chirac befürwortete dies, wie auch der deutsche Bundeskanzler. Andere wichtige französische Politiker waren dagegen, u.a. der Konventspräsident Giscard d'Estaing und der designierte neue UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy.¹⁰⁹⁷ Chirac stand damit in der Türkei-Frage im Gegensatz zu seiner eigenen Partei. Unter dem Druck der breiten Diskussion über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei sprach sich Chirac Anfang Oktober dafür aus, dass in Frankreich nach der Aufnahme Kroatiens in die EU über jede neue Erweiterung ein Referendum abgehalten werden müsse.¹⁰⁹⁸ Ein entsprechender Paragraph wurde im Zusammenhang mit der zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung notwendigen Änderung der französischen Verfassung dort ergänzt.¹⁰⁹⁹

Schwindender französischer Einfluss in Europa?

Parallel zur Verfassungsdebatte entstand im Laufe des Jahres 2004 in Frankreich eine

¹⁰⁹⁷ Vgl. z.B. Christiane Chombeau/Philippe Le Cœur: „La droite affiche son hostilité à l’adhésion de la Turquie“, *Le Monde* 30.4.2004. Auch die UMP-Abgeordneten im Europäischen Parlament waren gegen eine Aufnahme der Türkei. Vgl. Rafaële Rivais: „L’UMP part en guerre contre l’adhésion de la Turquie à l’UE“, *Le Monde* 4./5.4.2004. Am 14. Oktober 2004 debattierte die Nationalversammlung über die Frage der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, ohne jedoch darüber abzustimmen. Eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten stand einem EU-Beitritt der Türkei ablehnend gegenüber. Vor diesem Hintergrund hatten die Regierung Raffarin und der Parlamentspräsident Jean-Louis Debré von der UMP darauf verzichtet, eine Abstimmung auf die Tagesordnung der Nationalversammlung zu setzen, um einen offenen Dissens zwischen den Positionen des Abgeordnetenhauses und dem in der Außenpolitik letztlich entscheidungsbefugten Staatspräsidenten zu vermeiden. Vgl. u.a. Béatrice Gurrey/Christophe Jakubyszyn: „Constitution européenne: le scénario du référendum en mai“, *Le Monde* 16.10.2004 oder Jean-Claude Casanova: „Europe: l’heure de vérité“, *Le Monde* 17./18.10.2004.

¹⁰⁹⁸ Vgl. zu diesem Punkt beispielsweise Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, Straßburg 1.10.2004 oder Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, 83èmes Consultations franco-allemandes/4ème Conseil des ministres franco-allemand, Berlin 26.10.2004. Vgl. auch Jean Quatremer/Vanessa Schneider: „Un référendum peut en sauver en autre“, *Libération* 2./3.10.2004.

¹⁰⁹⁹ Eingefügt wurde Art. 88.5: „Tout projet de loi autorisant la ratification d’un traité relatif à l’adhésion d’un Etat à l’Union européenne et aux Communautés européennes est soumis au référendum par le Président de la République.“

Diskussion über den schwindenden Einfluss Frankreichs in Europa.¹¹⁰⁰ Ausgelöst wurde sie von einem Bericht des Europaausschusses (*Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne*) unter Federführung des sozialistischen Abgeordneten Jacques Floch an die Nationalversammlung.¹¹⁰¹ Der Bericht konstatierte den vielgestaltigen Verlust eines aus jahrzehntelangem europäischen Engagement „ererbten“ politischen, administrativen und sprachlichen Einflusses Frankreichs in Europa („*présence héritée*“): Mehrere Erweiterungen hätten aus rein arithmetischen Gründen zu einer Verwässerung (*dilution*, ausdrücklich nicht *diminution*) des französischen Einflusses geführt. Weiterhin gehe die Verwendung des Französischen innerhalb der EU zurück, und es gebe wiederkehrende Diskussionen über den Standort Straßburg des Europäischen Parlaments. In den Ministerräten und im Parlament zeichneten sich die französischen Vertreter durch ihre schlechte Präsenz aus, im Parlament außerdem durch ihre Zersplitterung auf viele politische Gruppen (87 EP-Abgeordnete in insgesamt sieben Gruppen, Stand vor der Erweiterung) und ihre geringe Vertretung in den Kommissionen des Parlaments, die am Kodezisionsverfahren beteiligt seien (Budget, Wirtschaft und Finanzen, Industrie). Darüber hinaus leide der französische Einfluss unter einer schlechten Umsetzungsquote europäischer Direktiven in nationales Recht, unter wiederkehrenden Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht und nicht zuletzt auch unter dem Image des Landes: „L’image de la France est souvent mise à mal. L’arrogance française est une réputation qui nous colle à la peau, à tort ou à raison. C’est toutefois une donnée subjective dont il faut tenir compte.“¹¹⁰² Der Bericht sprach weiter von einem „Kulturschock“ zwischen Frankreich und Europa und der u.a. von folgender Tatsache herrühre: „[En] France, les affaires européennes restent trop souvent traitées comme des affaires étrangères et continuent parfois à être marginalisées dans la vie politique, administrative et médiatique nationale.“¹¹⁰³ Desweiteren sei den Franzosen das für eine einflussreiche Stellung in Brüssel unerlässliche Lobbying kulturell fremd und daher unterentwickelt, wenn auch auf dem Weg der Besserung. Als Gegenmaßnahmen zu den konstatierten Mängeln schlug der Bericht eine Aufwertung des Europaministers, eine stärkere Einbeziehung des Parlaments in die

¹¹⁰⁰ Vgl. z.B. Laurent Zecchini: „L’ascendant de la France à Bruxelles s’est érodé au fil des années“, *Le Monde* 29.4.2004; Alexandrine Bouilhet: „L’influence française en recul au Parlement européen“, *Le Figaro* 8.6.2004; Daniel Vernet: „L’Europe et les ambitions françaises“, *Le Monde* 21.7.2004; Thomas Ferenczi: „Pourquoi l’influence française s’est affaiblie à Bruxelles“, *Le Monde* 18.8.2004; Pierre Avril: „Pourquoi la France défend si mal ses intérêts économiques à Bruxelles“, *Le Figaro* 26.8.2004; Baudouin Bollaert: „La France en son miroir“, *Le Figaro* 30.8.2004.

¹¹⁰¹ Rapport d’information déposé par la Délégation de l’Assemblée nationale pour l’Union européenne, sur la présence et l’influence de la France dans les institutions européennes, et présenté par M. Jacques Floch, député. Enregistré à la Présidence de l’Assemblée nationale le 12 mai 2004.

¹¹⁰² Ebd., S. 8.

¹¹⁰³ Ebd., S. 12.

Europapolitik, eine größere Aufmerksamkeit der Parteien für das Thema sowie insgesamt eine bessere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen französischen Verwaltungsebenen bei der Gestaltung der Europapolitik vor. Das Fazit des Berichts war eine deutliche Aufforderung an alle Verantwortlichen in Frankreich:

„Pays fondateur, la France doit mieux assumer ses responsabilités européennes. A l'égard de nos partenaires, l'accumulation de mauvaises performances entache significativement notre crédibilité et donc, notre capacité d'impulsion. A l'égard de l'opinion politique, il est irresponsable et démagogique de faire peser sur Bruxelles tous les maux de la France alors que l'Europe représente un levier sans équivalent pour moderniser notre pays et réformer ses structures. A une condition, toutefois: que la construction européenne retrouve l'estime et l'adhésion de nos concitoyens, et que les gouvernants assument enfin notre destin européen.“¹¹⁰⁴

Die Verweise des Berichts auf die Inkompatibilität einiger Aspekte der französischen politischen Kultur mit den Realitäten in Brüssel und die Aufforderung, den Diskurs über Europa zu verändern, decken sich mit zentralen Befunden der vorliegenden Arbeit. Die Debatte darüber in Frankreich war dringend notwendig, kam jedoch inmitten der Verfassungsdebatte in gewisser Hinsicht zur Unzeit. Sie verstärkte bei vielen Franzosen Zweifel am Sinn des europäischen Engagements Frankreich in der erweiterten Union des 21. Jahrhunderts, auch wenn die Intention des die Debatte auslösenden Berichts eine andere war. Auf europäischer Ebene war durchaus ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer verstärkten Vermittlungsarbeit vorhanden, wie beispielsweise aus den Ergebnissen des Europäischen Rates vom November deutlich wurde.

4. Niederländische Ratspräsidentschaft

Die Schlussfolgerungen des niederländischen Vorsitzes nach dem Ratstreffen am 4. und 5. November in Brüssel hielten eine bessere Vermittlung Europas an seine Bürger als vorrangige Aufgabe der europäischen Politiker fest und verwiesen auf die große Bedeutung des Ratifizierungsverfahrens der Verfassung in diesem Zusammenhang:

„Die Bürger Europas teilen wesentliche gemeinsame Werte, und die Politiker stehen auf nationaler wie auf europäischer Ebene in der Verantwortung, den Bürgern die Bedeutung des europäischen Projekts zu vermitteln und die Europäer durch öffentliche Debatten und aktiven Bürgersinn an den Entscheidungen teilhaben zu lassen. [...] Der Europäische Rat weist erneut darauf hin, dass der Prozess der Ratifizierung des Verfassungsvertrages eine wichtige Gelegenheit bietet, um die Öffentlichkeit über europäische Themen zu informieren. Die Mitgliedstaaten könnten Informationen und Erfahrungen im Zusammenhang mit diesem

¹¹⁰⁴ Ebd., S. 14.

Prozess austauschen, wobei natürlich die Kampagnen für die Ratifizierung im nationalen Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben.“¹¹⁰⁵

Dominierendes Thema des zweiten Ratstreffens unter niederländischer Präsidentschaft am 16. und 17. Dezember 2004 in Brüssel war der mögliche EU-Beitritt der Türkei.

Jacques Chiracs Position zum möglichen EU-Beitritt der Türkei

Jacques Chirac hatte sich im Vorfeld des Dezember-Gipfels mehrfach deutlich für eine Aufnahme der Türkei ausgesprochen, häufig auch gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder. In einem Fernsehinterview auf TF1 erläuterte Chirac unmittelbar vor dem Brüsseler Gipfel ausführlich seinen Standpunkt zur Türkei-Frage.¹¹⁰⁶ Die Grundlinie seiner Argumentation lautete wie folgt:

„La question qu’il faut se poser, c’est: est-ce que l’Europe, notamment la France, ont ou non intérêt à ce que la Turquie les rejoigne? Ma réponse est oui, si. Oui, si la Turquie remplit la totalité des conditions qui s’imposent à tout candidat à notre union. [...] Il est évident que sur le plan de la sécurité, de la stabilité, de la paix, avoir avec nous ce grand ensemble, à nos portes, aujourd’hui, est tout à fait positif. L’avoir rejeté représenterait certainement un risque d’instabilité, d’insécurité à nos frontières qu’il faut, sans aucun doute, éviter. C’est aussi le moyen de s’assurer que ce grand ensemble à nos portes verra définitivement consolider les progrès qu’il a faits mais qui doivent être poursuivis, dans le domaine de la démocratie, des libertés, des droits de l’Homme, de l’égalité des hommes et des femmes, de la liberté religieuse, du respect des droits des minorités, etc. [...] c’est aussi un élément très important de développement économique. C’est un énorme marché, c’est un pays puissant économiquement. Nous avons intérêt à l’avoir avec nous et non pas contre nous. J’ajoute enfin que l’Europe est un peu petite face aux grands ensembles du monde, de la Chine, de l’Inde, de l’Amérique du nord, et elle serait, sans aucun doute, renforcée dans sa puissance pour demain par la présence de la Turquie. Alors, naturellement, cela suppose que la Turquie adhère à tout ce que nous souhaitons. C’est-à-dire qu’elle transforme profondément ses valeurs, ses modes de vie, ses règles.“

Chirac war gegen eine privilegierte Partnerschaft, da seiner Ansicht nach die Anstrengungen der Türkei in Richtung der EU nicht nur teilweise belohnt werden dürften sondern volle Anerkennung finden müssten. Allerdings sah er neben der Verpflichtung der Türkei zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und zur Übernahme und Umsetzung des Acquis communautaire auch noch die Notwendigkeit der Klärung des Verhältnisses zwischen der Türkei und Armenien, insbesondere in der Beurteilung des Genozids von 1915. Trotz der zunehmenden Vermischung der Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei und der Diskussion im Vorfeld des Referendums über die Europäische Verfassung war Chirac

¹¹⁰⁵ Vgl. Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 4./5. November 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

¹¹⁰⁶ Für den folgenden Abschnitt vgl. Entretien de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec M. Patrick Poivre d’Arvor, TF1, Journal de 20h00, 15.12.2004.

dagegen, das Verfassungsreferendum vorzuziehen. Befürworter eines früheren Abstimmungstermins wollten auf diese Weise verhindern, dass die negative Stimmung, die in Frankreich gegenüber der Türkei vorherrschte, das Ergebnis der Abstimmung über die Verfassung möglicherweise negativ beeinflussen könnte. Chirac wies solche Überlegungen jedoch zurück.¹¹⁰⁷

Beschluss der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beim Europäischen Rat im Dezember 2004

Den Vorstellungen Chiracs entsprechend entschied der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Kommissionsberichts, dass mit der Türkei Verhandlungen über ihren Beitritt zur EU eröffnet werden könnten. Als konkretes Datum wurde der 3. Oktober 2005 angestrebt.¹¹⁰⁸ Der niederländische Ratsvorsitz formulierte in den Schlussfolgerungen des Ratstreffens, dass „das gemeinsame Ziel der Verhandlungen [...] der Beitritt [sei]“, die Verhandlungen jedoch „ein Prozess mit offenem Ende [seien], dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren [lasse].“ Die Möglichkeit der Aussetzung der Beitrittsverhandlungen bei einer „schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet“, wurde ausdrücklich festgehalten. Neben der Entscheidung zur Türkei wurden in Brüssel weitere Beschlüsse zur Erweiterung gefasst. Sowohl mit Bulgarien als auch mit Rumänien konnten die Beitrittsverhandlungen zur EU am 14. Dezember 2004 abgeschlossen werden. Beide Länder sollten daher, wie geplant, zum 1. Januar 2007 der EU beitreten. Mit Kroatien sollten die Beitrittsverhandlungen am 17. März 2005 eröffnet werden. Betont wurde die notwendige uneingeschränkte Zusammenarbeit des Landes mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

In seiner Pressekonferenz am Ende des Brüsseler Gipfels betonte Chirac bei seiner Bewertung der Entscheidung zur Türkei besonders die zahlreichen Sicherungsmechanismen und die Bedingungen, an die ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen mit der Türkei geknüpft sei und den langen Zeitraum, in dem diese Verhandlungen gedacht werden müssten:

¹¹⁰⁷ „L’histoire ne se répète pas, et ce n’est pas à travers les sondages que l’on assume les responsabilités politiques, quel que soit l’intérêt ou l’importance qu’ils peuvent avoir. Ce que je veux dire, en revanche, c’est que ce référendum va être très important. Très important pour l’Europe, et pour la France en Europe. La France a toujours été un moteur de la construction européenne dont je le répète, l’objectif, c’est l’enracinement de la paix, de la démocratie, des droits de l’Homme. Et j’espère qu’elle continuera à assumer cette responsabilité de moteur. Pour cela, il faut qu’elle dise oui au référendum sur le Traité constitutionnel. Je le souhaite. Ce que je souhaite également, c’est que, pour une fois, on ait vraiment conscience qu’il s’agit d’une réponse importante à une question importante. Et qu’il ne doit pas être assumé dans un contexte politique avec des préoccupations qui n’ont rien à voir.“ Entretien de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec M. Patrick Poivre d’Arvor, TF1, Journal de 20h00, 15.12.2004.

¹¹⁰⁸ Vgl. für die folgenden Ausführungen Tagung des Europäischen Rates Brüssel 16./17.12.2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

„[...] je le répète, l'ouverture des négociations ne signifie pas l'adhésion. Et la route sera longue, elle sera difficile pour que la Turquie soit en mesure de remplir toutes les conditions qui sont requises pour rejoindre l'Europe. Tout simplement parce qu'il s'agit, pour la Turquie, de reprendre une à une toutes les valeurs et les règles qui s'appliquent dans l'Union [...] sur le plan politique, économique, social, environnemental. Et j'ai déjà indiqué, et tout le monde l'admet, que ce processus durera probablement dix ou quinze ans et qu'on ne peut pas écrire, à l'avance, quel sera le résultat de ces négociations. Le Conseil européen a d'ailleurs décidé que la conclusion de ces négociations avec la Turquie ne pouvait pas, en toute hypothèse, être envisagé avant qu'aient été arrêtées les perspectives financières pour la période après 2014. En toute hypothèse et ceci pour jalonner le chemin à parcourir encore. [...] On ne peut jamais préjuger du résultat d'une négociation et nous devons donc être réalistes. Il se peut que les choses évoluent mal, qu'il y ait une crise, qu'elle soit d'origine turque ou d'origine européenne, et alors, il y aurait naturellement rupture des négociations. Il se peut aussi que la Turquie, pour des raisons qui lui appartiennent, ne réussisse pas à faire tous les efforts nécessaires pour nous rejoindre et qui ne sont pas négociables et qui sont connus, affichés dès le départ, les fameux critères de Copenhague.“¹¹⁰⁹

Wie im Fernsehinterview vor dem Ratstreffen wies Chirac auch bei der Pressekonferenz nach dem Gipfel eine mögliche Verbindung zwischen dem Referendum zur Verfassung und der Frage des Türkei-Beitritts weit von sich:

„[...] certains pourraient être tentés de faire un amalgame entre deux problèmes qui n'ont strictement aucun rapport entre eux: l'approbation ou la non-approbation du Traité constitutionnel et l'engagement des négociations d'adhésion avec la Turquie. Cela n'a strictement aucun rapport. Et je vous dis tout de suite d'ailleurs que c'est la raison pour laquelle [...] je me suis rallié à la date [d'ouverture des négociations, le 3 octobre 2005] qui a été proposée par la présidence. Pour dire la vérité, je me serais rallié à n'importe quelle date techniquement acceptable prévue par la présidence. [...] Je rappelle que les Français vont être appelés à se prononcer sur le Traité constitutionnel, qui n'a, je le répète, aucun rapport avec la Turquie. [...] Il n'y a rien à voir avec la Turquie dans ce domaine, donc je souhaite qu'il n'y ait pas d'amalgames, qui ne pourraient être que le résultat d'arrière-pensées de nature politique pour ne pas dire politicienne, que nous serions bien inspirés d'éviter.“¹¹¹⁰

Die Motive Chiracs für seine Haltung und seine frühe Festlegung auf die Unterstützung des potentiellen EU-Beitritts der Türkei waren nicht vollkommen ersichtlich. Weder spielten in Frankreich Einwanderer aus der Türkei eine wichtige Rolle, wie beispielsweise in Deutschland, noch hatte Frankreich historisch oder kulturell herausragende Verbindungen zur Türkei. Darüber hinaus brachte sich der Staatspräsident in einer Frage in eine schwierige innenpolitische Lage, die, wie er selbst anführte, erst weit nach dem Ende seiner Zeit als Präsident tatsächlich entschieden werden würde. Mit dem Zugeständnis an die zahlreichen Gegner eines Türkei-Beitritts, im Falle des Abschlusses von Beitrittsverhandlungen die Franzosen per Referendum entscheiden zu lassen, bürdete Chirac der EU eine schwierige

¹¹⁰⁹ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 17.12.2004.

¹¹¹⁰ Ebd.

Hypothek für die Zukunft auf, denn die neue Verfassungsregel in Frankreich galt nicht nur für die Türkei, sondern für jede Erweiterung nach Kroatien, also beispielsweise auch für weitere Balkanstaaten. Vor dem Hintergrund der dauerhaften und zahlenstarken Ablehnung der Osterweiterung durch die Franzosen waren schwierige Debatten in Frankreich bei jedem neuen Beitritts-gesuch bereits absehbar. Für Chirac selbst drohte die Türkei-Frage mit ihrem immer stärkeren Übergreifen auf die Verfassungsdebatte ebenfalls negative Auswirkungen zu haben, denn bereits 2004 war zu befürchten, dass Türkei-Gegner das Verfassungsreferendum in einen Volksentscheid gegen das Land umzudefinieren versuchen würden.¹¹¹¹

5. Umfragedaten im Herbst 2004

Positive Veränderung der allgemeinen Haltung zu Europa

Das Eurobarometer 62, dessen Daten im Oktober und November 2004 erhoben wurden, maß in Frankreich eine deutliche Verbesserung zahlreicher Indikatoren im Vergleich zur Frühjahrsbefragung und auch in der längerfristigen Beobachtung.¹¹¹² 56% der befragten Franzosen gaben an, die EU-Mitgliedschaft Frankreichs für eine gute Sache zu halten, gegenüber 14%, die diese Tatsache negativ sahen und 28%, die weder positiv noch negativ darüber urteilten. Der Unterschied zu den Werten vom Frühjahr war erheblich: Im Eurobarometer hatten noch 43% die EU-Mitgliedschaft als eine gute, 18% als eine schlechte und 35% weder als eine gute noch als eine schlechte Sache angesehen. Die Eurobarometer-Analysten erklärten sich diese Veränderung u.a. durch die verstärkte Wahrnehmung der Rolle Frankreichs in der EU. 87% der Franzosen waren der Meinung, die Stimme ihres Landes zähle in der Union. Weiterreichende Ursache für zum Teil deutliche Positivbewegungen im Meinungsbild der Franzosen war möglicherweise die umfangreiche Mediatisierung der Großereignisse des Jahres 2004 (Erweiterung, Einigung über den Verfassungsvertrag und innerfranzösische Diskussion darüber). Diese Schlussfolgerung war insofern plausibel, da die Eurobarometer-Analysten, wie bereits mehrfach erwähnt, einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen dem Grad der Informiertheit über und der Zustimmung zur

¹¹¹¹ Vgl. Arnaud Leparmentier/Philippe Ricard: „L’Europe se prépare à accueillir la Turquie en son sein dans dix ans“; Béatrice Gurrey: „Le plaidoyer de M. Chirac an faveur d’Ankara suscite de vives réactions“; Christiane Chombeau: „Philippe de Villiers s’accapare la campagne du ‚non‘“ sowie Adrien de Tricornot: „La droite allemande invoque son ‚patriotisme‘ contre l’adhésion turque“, alle in *Le Monde* 17.12.2004.

¹¹¹² Eurobaromètre 62, Automne 2004, Rapport national France, Commission européenne.

europäischen Integration festgestellt hatten.¹¹¹³

Fortgesetzte Ängste in Bezug auf die Erweiterung

Während sich die allgemeinen Zustimmungswerte der Franzosen zur EU im Verlauf des Jahres 2004 deutlich verbessert hatten, blieben andere Messwerte des Eurobarometers 62 zwiespältig. 47% der Franzosen verbanden mit der EU Hoffnung und 24% Vertrauen. Allerdings nannten auch jeweils 28% Unruhe und Misstrauen als mit der Union verbundene Assoziationen.¹¹¹⁴ Nur 37% sahen ein Plus an Sicherheit durch die EU-Mitgliedschaft (58% nicht) und nur 33% (gegenüber 59%) eine stabilere wirtschaftliche Lage. Wurden die Ängste und Befürchtungen der Franzosen weiter aufgeschlüsselt, ergaben sich einige französische Besonderheiten, die sich auch mit der Erweiterung in Verbindung bringen ließen. 86% der befragten Franzosen fürchteten die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit günstigeren Produktionsbedingungen (EU-25: 74%). 78% sahen größere Schwierigkeiten auf die Landwirte zukommen (EU-25: 65%) und 71% gingen insgesamt von höheren Kosten für Frankreich aus (EU-25: 64%). 63% hatten darüber hinaus Angst vor dem Verlust sozialer Errungenschaften (EU-25: 52%).¹¹¹⁵ Die Sensibilität der Franzosen für diese Themen war also deutlich höher als im Rest der EU und bestätigte das problematische französische Meinungsbild zu mit der Erweiterung verbundenen Aspekten der europäischen Politik.

Hinzu kam, dass die Franzosen die Arbeit der EU in den genannten Bereichen nicht positiv beurteilten.¹¹¹⁶ Beispielsweise sahen 50% der Befragten die Aktivitäten der EU bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit negativ. Nur 19% schrieben der EU hier eine positive Rolle zu. 27% sahen weder eine positive noch eine negative Rolle der EU. Wesentlich positiver gesehen wurde die Politik der EU in außenpolitischen Belangen, beispielsweise beim Kampf

¹¹¹³ Bereits im Eurobarometer 63 vom Frühjahr 2005 bewegten sich die Werte wieder in den üblichen Dimensionen: 51% der Befragten gaben an, die EU-Mitgliedschaft Frankreichs für eine gute Sache zu halten, 16% nannten sie eine schlechte Sache und 30% weder gut noch schlecht. Auch die Eurobarometer-Analysten sahen die Werte vom Frühjahr 2005 als eine Rückkehr zur Normalität: „Comment expliquer cette baisse des avis positifs? Le ton passionnel de la campagne référendaire y est sans doute pour quelque chose. Veillons pourtant à ne pas surestimer ce phénomène: la baisse observée lors de cette enquête ne fait en effet que compenser la hausse spectaculaire (+13%) de l'EB 62. En d'autres termes, on retrouve les niveaux qui avaient été atteints entre 2001 et 2003: environ un Français sur deux juge d'une manière favorable l'appartenance de la France à l'Union européenne.“ Eurobarometer 63.4, Rapport national France, Europäische Kommission, S. 14. Im Herbst 2005 setzte sich der Trend des Frühjahrs noch weiter fort: Nur noch 46% der befragten Franzosen hielten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, 15% für eine schlechte. Deutlich gestiegen auf 36% war die Zahl derjenigen, die sie weder für eine gute noch eine schlechte Sache hielten. Eurobarometer 64, Rapport national France, Europäische Kommission.

¹¹¹⁴ „L'Union européenne vous donne-t-elle un sentiment d'enthousiasme/espoir/confiance/inquiétude/méfiance/rejet/indifférence (plusieurs réponses possibles)?“

¹¹¹⁵ „Voici une liste de choses que certains disent craindre. Pour chacune d'entre elles, pouvez-vous dire si, personnellement, vous la craignez actuellement ou pas?“

¹¹¹⁶ „Pour chacun des domaines suivants, pensez-vous que l'UE joue un rôle positif, un rôle négatif ou ni l'un ni l'autre?“

gegen den Terrorismus (64% für eine positive, 15% für eine negative, 15% für eine weder positive noch negative Rolle), in der Verteidigung (60%/12%/20%) oder bei der Außenpolitik (56%/15%/19%). Hierbei handelte es sich um traditionell mit der europäischen Ebene verbundene Themen französischer Außenpolitik. Gleichzeitig zeichneten sich in diesen Bereichen die größten Schwierigkeiten bei der Umsetzung in einer erweiterten Union ab. Auch dieser Aspekt des französischen Meinungsbildes war daher in Bezug auf die Erweiterung problematisch.

Zwiespältiges Meinungsbild zu den Zukunftsthemen der Europäischen Union

Nachdem die Erweiterung zum 1. Mai 2004 vollzogen worden war, fragte das Eurobarometer im Herbst 2004 bereits nach der Zustimmung zur potentiellen Aufnahme weiterer Staaten in die EU.¹¹¹⁷ Frankreich blieb mit 39% Zustimmung deutlich unter dem EU-Durchschnitt (53%), aber vor Luxemburg (38%), Deutschland (36%) und Österreich (28%). Während sich bei den Werten zur Erweiterung von 2004 keine wesentlichen Unterschiede im Zusammenhang mit der politischen Orientierung der Befragten feststellen ließen, waren im Herbst 2004 deutlich mehr Sympathisanten der rechten Parteien (57%) gegen die Fortsetzung der Erweiterungspolitik als Sympathisanten der linken Parteien (44%). Diese Verteilung ließ darauf schließen, dass die Türkei-Debatte bei der Beantwortung der Frage eine wichtige Rolle spielte.

Durch die starke Medienpräsenz des Themas Europäische Verfassung war die Zustimmung zu dieser Idee in Frankreich im Verlauf des Jahres 2004 stark angestiegen. 70% der Befragten erklärten im Eurobarometer 62, für eine Verfassung zu sein (+8% im Vergleich zum Frühjahr). Die Zahl derjenigen, die zu dieser Frage keine Meinung hatten, war um 10% gesunken, hauptsächlich zugunsten der Verfassungsbefürworter (18% Gegner, +2%).¹¹¹⁸ Abgefragt wurde jedoch weiterhin das grundsätzliche Konzept einer Verfassung, nicht der konkrete vom Konvent vorgelegte Text.¹¹¹⁹

¹¹¹⁷ „Etes-vous favorables à l'élargissement de l'Union européenne à d'autres pays dans les années à venir?“

¹¹¹⁸ „Pensez-vous que l'Union européenne doit avoir ou pas une Constitution?“

¹¹¹⁹ „Entre l'approbation du texte au Conseil européen de Bruxelles (juin 2004) et sa signature à Rome (29 octobre) - au moment même où a été menée l'enquête de terrain - le soutien pour UNE constitution européenne a fortement progressé, en grande partie grâce à la baisse du nombre d'indécis. Rappelons cependant qu'il n'est pas précisé dans la question s'il s'agit bien du projet de traité établissant une constitution. [...] le premier semestre de 2005 sera sans aucun doute dominé par la campagne référendaire sur la constitution européenne. À cet égard, l'Eurobaromètre ne donne aucune indication directe sur les intentions de vote des Français. Il met cependant en évidence une forte adhésion au principe d'une constitution européenne. Il reste à voir si cette constitution rêvée est bien celle qui leur sera présentée lors du référendum...“ EB 62, S. 47 und 53.

Zwischenfazit

Das französische Meinungsbild zu Europa im Herbst 2004 bestätigte einige der im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten Paradoxien. Bei einer Mehrheit der Franzosen bestand eine klare grundsätzliche Zustimmung zur europäischen Integration. Eine ebensolche Mehrheit fand sich für das wichtigste Zukunftsprojekt der Union, die Verfassung. Gleichzeitig hoben sich die Franzosen in ihrem Meinungsbild bei mit der vergangenen und zukünftigen Erweiterungen verbundenen Fragen negativ von den anderen Europäern ab. Sowohl in ihren grundsätzlichen Zustimmungswerten zur eventuellen Aufnahme weiterer Staaten in die Union als auch bei politischen Fragen, die damit verbunden waren, wie beispielsweise bei den potentiellen Auswirkungen von Firmenverlagerungen, äußerten sich die Franzosen wesentlich negativer als der Rest der befragten Europäer. Der auch von der französischen Führung vertretene Wunsch nach Besitzstandswahrung in Europa schien sich in der Haltung vieler Franzosen niederzuschlagen. Hinzu kam der in einigen Themenbereichen unklare Diskurs der französischen Führung, der in Bezug auf die Erweiterung Ängste geschürt und Skepsis geweckt hatte statt offen und objektiv zu informieren. Der positive Ausschlag der allgemeinen Zustimmungswerte zu Europa, den das Eurobarometer 62 festhielt, und den die Analysten auf die starke Präsenz europäischer Themen in den Medien und in der öffentlichen Diskussion zurückführten, zeigte, dass es möglich war, die Haltung der Franzosen zugunsten europäischer Fragen zu beeinflussen. Damit wurde umso deutlicher, wie verfehlt die Kommunikationsstrategie der französischen Führung und besonders Jacques Chiracs beispielsweise zur Erweiterung war. Hier war es nicht gelungen, dem Thema den angemessenen Raum in der öffentlichen Debatte zu geben und die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen entsprechend zu vermitteln. Ein ähnlicher Fehler schien sich bei der Diskussion um die Verfassung zu wiederholen. Dies war umso unverständlicher, als die Politik hier, anders als bei der Erweiterung, von einem grundsätzlich positiven Meinungsbild ausgehen konnte, wie die Erhebungen des Eurobarometer zeigten.

6. Bilanz des Jahres 2004

Verfassung und Türkei-Frage als dominante Themen in Europa und in Frankreich

Mit dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Maltas und Zyperns zur EU wurde zum 1. Mai 2004 die Teilung des europäischen Kontinents in Folge des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges beendet. In seiner Wahrnehmung zum Teil überlagert wurde dieses historische Ereignis auf europäischer Ebene im Jahr 2004 jedoch durch die

Schwierigkeiten, eine Einigung über das erste im Kreis von 25 EU-Staaten diskutierte Projekt, die Verfassung, zu finden. In der zweiten Jahreshälfte gewann darüber hinaus die Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei an Bedeutung. Auch in Frankreich spielten beide Themen 2004 sowohl innen- als auch europapolitisch eine wichtige Rolle. In zentralen institutionellen Fragen musste Frankreich im Zuge der Verfassungsdiskussion von seiner ursprünglichen Position abrücken und auf die anderen EU-Staaten zugehen, damit eine Einigung möglich wurde. Die deutsch-französische Einigkeit über den vom Konvent vorgelegten Entwurf reichte nicht aus, um eine Einigung mit allen EU-Staaten zu erzielen. Erneut zeigte sich, dass das deutsch-französische Verhältnis in einer erweiterten Union seine Bedeutung zwar behielt, dass diese aber im Vergleich zur EU-15 relativiert war.

Mit seiner Entscheidung, die Verfassung den Franzosen per Referendum zur Abstimmung zu stellen, knüpfte Chirac an ein Versprechen aus seinem Wahlkampf 2002 an, ging aber ein hohes politisches Risiko ein. Vor dem innenpolitisch schwierigen Hintergrund der kontroversen Diskussion sozialpolitischer Reformen und angesichts der bei einigen europäischen Themen, allen voran der Erweiterung, schlechten Zustimmungswerte der Franzosen zeichnete sich bereits 2004 die Gefahr ab, dass die Franzosen das Referendum zur Abstimmung auch über andere Fragen nutzen könnten. Chirac blieb jedoch aufgrund des nationalen (Druck aus den Parteien, inklusive der UMP) und internationalen Kontextes (Referendumsankündigung von Tony Blair) in diesem Punkt kaum eine Wahl. Zum Ende des Jahres ergab sich eine weitere Zuspitzung der Referendumsdebatte, nachdem der Europäische Rat sich für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen hatte. In dieser Frage stand Chirac in Frankreich mit seiner positiven Haltung weitgehend isoliert. Auch die UMP stellte sich mit ihrer Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei in einer der wichtigsten europapolitischen Fragen gegen den Präsidenten. Jacques Chirac geriet also im Jahr 2004 bei mehreren zentralen europäischen Themen innenpolitisch erheblich unter Druck.

Weitgehend unveränderter Europadiskurs des Präsidenten

Auch angesichts unmittelbar anstehender gravierender Veränderungen durch den Beitritt von zehn neuen Ländern und die Einigung über die Verfassung blieb der Europadiskurs des Staatspräsidenten im wesentlichen unverändert. Wie die Analyse der Pressekonferenz Chiracs zu Europa zeigte, fanden sich in seiner Darstellung weiterhin nur die traditionellen Vermittlungskategorien. Schwierige Themen wurden weitgehend ausgeblendet. Die Schwerpunktsetzung und die Kommunikationsstrategie Chiracs ließen sich erklären aus den

im Zuge der vorliegenden Arbeit gewonnenen Ergebnissen. Die neuen Gegebenheiten in Europa waren mit Hilfe der traditionellen französischen Vermittlungskonzepte nur schwer zu erfassen und konnten z.T. nur in negativer Form in die üblichen Wahrnehmungsmuster eingeordnet werden. Da es Chirac in seiner Pressekonferenz erklärterweise darum ging, den Franzosen die Vorteile und Chancen der europäischen Integration zu vermitteln, mussten deren problematische Aspekte außen vor bleiben. Damit war das von Chirac in seiner Pressekonferenz wie auch bei anderen Gelegenheiten gezeichnete Bild jedoch unvollständig bzw. entsprach nicht dem, was die Franzosen im Jahr 2004 mit Europa verbanden. Seine mit der Pressekonferenz verfolgte Zielsetzung konnte Chirac damit nicht erreichen. Statt sich mit den Veränderungen in Europa konstruktiv auseinanderzusetzen, kehrte er in Bezug auf die Erweiterung zu seinem Diskurs aus den ersten Jahren seiner Präsidentschaft zurück. Der Schwerpunkt lag auf der Betonung von Frankreichs grundsätzlicher Offenheit für die Erweiterung, die im wesentlichen aus dem Friedens- und Versöhnungsmotiv begründet wurde. Auf konkrete politische Fragen, die in direktem Zusammenhang mit der Erweiterung standen und Auswirkungen auf Frankreich und seine Politik in Europa haben würden, wie beispielsweise in der Agrar- oder der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ging er nicht ein. Nachdem der Erweiterungsprozess abgeschlossen war, stand ab dem Jahr 2003 die Absicht im Mittelpunkt der französischen Europapolitik, die neue Situation in der EU für Frankreich möglichst positiv zu gestalten und zu nutzen. Dies zeigte sich beispielsweise an Chiracs wiederholten Verweisen auf die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit. Es ging also für Frankreich weiterhin mehr um das Auffinden von Wegen zur Durchsetzung des nationalen Interesses auch in einer erweiterten Union als darum, die neuen Bedingungen der Zusammenarbeit in einer größeren Gemeinschaft positiv mitzugestalten im Sinne eines Fortschritts für alle Beteiligten. Chiracs Diskurs war im Vergleich zu den Auseinandersetzungen im Kontext des Irak-Krieges oder den Verhandlungen über die GAP-Reform deutlich gemäßigter und konzilianter geworden. Allerdings handelte es sich hauptsächlich um eine rhetorische Veränderung, die keine entscheidenden Modifikationen der dahinterstehenden Inhalte und Zielsetzungen mit sich brachte.

Schwierige Aussichten für den Ratifizierungsprozess der Europäischen Verfassung in Frankreich

Problematisch war neben dieser Tatsache im Jahr 2004 auch Jacques Chiracs fortgesetzte Negierung der schlechten Umfragedaten zur Erweiterung in Frankreich, wie er sie beispielsweise in Ungarn äußerte. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden

Vermischung von Aspekten der Erweiterung mit dem Verfassungsthema in der französischen Debatte war die Nicht-Wahrnehmung und Nicht-Berücksichtigung des französischen Meinungsbildes zu Europa geradezu fahrlässig. Mit seiner Entscheidung für ein Referendum zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung ging Jacques Chirac ein sehr hohes politisches Risiko ein, denn im Verlauf der sich im Jahr 2004 intensivierenden Debatte zum Thema wurde zunehmend deutlich, dass die Abstimmung mit großer Wahrscheinlichkeit viele Aspekte betreffen würde, die nicht direkt mit der Verfassung zu tun hatten. Die Erweiterung um die acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie um Zypern und Malta erfolgte gegen den ausdrücklichen Willen einer Mehrheit der Franzosen, wie sich über Jahre aus den Umfragedaten ablesen ließ. Hinzu kam spätestens seit der Entscheidung des Europäischen Rates über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Chiracs Positionierung in dieser Frage ein weiteres schwieriges Thema, welches das europapolitische Klima in Frankreich entscheidend mitbestimmte. Auch hier entsprach die Politik des Präsidenten nicht der Haltung einer Mehrheit der Franzosen.

In Chiracs Argumentation für die Verfassung zeichneten sich bereits 2004 ähnliche Probleme ab wie bei seiner Argumentation für die Erweiterung. Auch in Bezug auf die Verfassung waren Chiracs Ausführungen in entscheidenden Punkten unbestimmt und unverbindlich und klammerten mögliche problematische Aspekte aus. Zentral war bei Chirac wie bei der Erweiterung die historische Bedeutung der Verfassung. Chirac betonte diese Dimension zu Recht, lieferte damit in den Augen vieler Franzosen aber keine ausreichende Begründung für einen solch entscheidenden Integrationsschritt wie eine Verfassung. Bei vielen Befragten standen konkrete Sorgen und Probleme im Vergleich zu symbolischen Politikentscheidungen eindeutig im Vordergrund. Inwieweit Europa durch die Verfassung beispielsweise auf Ängste im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und sozialer Absicherung überzeugende Antworten geben könnte, wurde aus Chiracs Darstellungen des Jahres 2004 nicht klar. Die Franzosen waren bei diesem Thema nicht von einem zusätzlichen Nutzen durch Europa überzeugt, wie die Umfragedaten zeigten.¹¹²⁰ In Bezug auf die Verfassung waren die Franzosen zwar grundsätzlich weiterhin offen. Allerdings war entscheidend, dass die Meinungsumfragen sich im Jahr 2004 noch nicht auf den konkreten Text bezogen und daher nur bedingte Aussagekraft hatten.

¹¹²⁰ Vgl. auch die Analyse von Daniela Schwarzer: „[Es] hat sich [...] sehr deutlich gezeigt, dass die Erwartungen der Bevölkerung an die EU nicht erfüllt werden. Europa wird nicht mehr als reines Friedensprojekt akzeptiert, das allein wegen seiner stabilisierenden Wirkung Zustimmung verdient. Nicht nur in Frankreich erwarten die Bürger eine Gemeinschaft, die Wohlfahrt und ein politisch zu bestimmendes Maß an sozialem Schutz garantieren soll.“ Daniela Schwarzer (2005): *Lehren aus den gescheiterten Verfassungsreferenden. Die Europäische Union muss politisiert werden*, SWP-Aktuell 23, Juni 2005, Berlin, S. 2.

Im Zusammenspiel mit der dargestellten Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung und des Staatspräsidenten bildete sich in Frankreich bereits im Verlauf des Jahres 2004 das problematische Meinungsklima heraus, aus dem im Mai 2005 die mehrheitliche Ablehnung der Verfassung durch die Franzosen entstehen konnte. In Bezug auf die Erweiterung konnte die Kluft zwischen dem Diskurs des Staatspräsidenten, der europäischen Wirklichkeit und ihrer Wahrnehmung durch die Franzosen im Verlauf der vorliegenden Arbeit belegt werden. Allerdings wurde diese Kluft noch nicht manifest in einer politischen Äußerung der Franzosen zu Europa, da die Erweiterung nicht zur Abstimmung gestellt worden war. Die Unfähigkeit Jacques Chiracs als führendem Vertreter der französischen politischen Klasse, seinen Europadiskurs an die neuen Gegebenheiten anzupassen und die damit verbundenen Herausforderungen angemessen und v.a. realistisch zu vermitteln, trug als ein wichtiger Faktor zur Entstehung dieser Kluft bei. Somit bestätigte die Analyse des Jahres 2004 die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Hypothese, dass der unveränderte französische Europadiskurs die veränderten Rahmenbedingungen der Integration nicht erfassen und daher auch nicht vermitteln konnte und dass daher seine Überzeugungskraft nicht mehr ausreichte, um bei einer Mehrheit der Franzosen Zustimmung zu den Entscheidungen herbeizuführen, die ihre politische Führung mitgetragen hatte. Im Jahr 2005 zeigten sich die Auswirkungen dieser Situation in der mehrheitlichen Ablehnung der Europäischen Verfassung durch die Franzosen.

Kapitel XVI: Scheitern der Europäischen Verfassung in Frankreich (2005)

Das für den 29. Mai angesetzte Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag bestimmte im gesamten ersten Halbjahr 2005 die politische und gesellschaftliche Debatte in Frankreich. Im folgenden soll die Verfassungsdiskussion in ihrem Verlauf und in ihren Themen grob skizziert werden. Eine umfassende Analyse der Diskussion kann hier nicht geleistet werden und ist im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes auch nicht zielführend. Genauer dargestellt werden soll daher im folgenden nur ein kleiner Ausschnitt der Debatte, der sich weitgehend auf die zentralen Interventionen Jacques Chiracs beschränkt. Es geht darum, die Weiterentwicklung des Europadiskurses des Präsidenten zu beobachten, in Bezug auf die Verfassung besonders im Vergleich zu 2004 und allgemeiner im Rückblick auf die anderen bereits untersuchten Amtsjahre. Ein wichtiger Aspekt der Analyse wird sein, eventuelle Verbindungen zwischen Chiracs Argumentation zur Verfassung und seinen Begründungen der Erweiterung aufzuzeigen, um damit einer der Fragestellungen nachzugehen, die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegen: Inwiefern hat die Osterweiterung

auch bei der Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich im Hintergrund eine Rolle gespielt?

Im Verlauf des ersten Halbjahres 2005 erläuterte der Präsident vor unterschiedlichen Zielgruppen jeweils dieses Publikum betreffende Aspekte der Europäischen Verfassung und versuchte so, die Zustimmungswerte zum Vertrag zu verbessern. Außerdem diskutierte er im April live auf TF1 mit jungen Franzosen über die Verfassung und richtet sich Anfang Mai in den 20Uhr-Nachrichten von France 2 an alle Franzosen. Die zentralen Themen der Debatte, die sich aus den untersuchten Aussagen Chiracs ergeben, werden im folgenden in ihren Kontext eingeordnet. In Ansätzen werden auch die Gegenpositionen der Verfassungsgegner dargestellt. Auf diese Weise ergibt sich trotz der weitgehenden Beschränkung auf die Äußerungen Chiracs ein breiteres Bild der Diskussionen in Frankreich.

1. Verlauf und Charakteristika der Debatte zur Europäischen Verfassung in Frankreich¹¹²¹

Besonderheiten der französischen Debatte

Die Debatte zur Europäischen Verfassung in Frankreich wies einige Besonderheiten auf. Zwischen Ende November 2004 und der Abstimmung Ende Mai 2005 schnitten sich die Ja- und die Nein-Kurve mehrmals, d.h. die Bewegung im Meinungsbild der Franzosen im Vorfeld des Referendums war groß. Außerdem nahm die Diskussion über die Europäische Verfassung und damit zusammenhängende Aspekte breiten Raum im öffentlichen Leben ein, was zu der hohen Beteiligung von fast 70% der Stimmberechtigten am Referendum führte.¹¹²² Außergewöhnliche 85% der Franzosen gaben laut einer IFOP-Paris Match-Studie vom Mai 2005 an, in den Wochen vor der Abstimmung in ihrer täglichen Konversation über das Referendum gesprochen zu haben.¹¹²³ Ähnlich wie bei den meisten europapolitischen Themen fanden sich in Frankreich auch in Bezug auf die Verfassung Spaltungen quer durch die politischen Lager und z.T. sogar quer durch einzelne Parteien, wie beispielsweise bei den

¹¹²¹ Vgl. für den folgenden Abschnitt u.a. Alain Mergier (2005): „Pourquoi le ‚non‘ était possible“, in: Finchelstein (Hg.) (2005), a.a.O., S. 14-25; Piar/Gerstlé (2005), a.a.O. sowie Andreas Maurer et al. (2006): *Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Wege aus der Krise II*, Diskussionspapier der FG 1 der SWP, 11. akt. Aufl., Berlin April 2006. Vgl. außerdem Pascal Perrineau (2005): „Le référendum français du 29 mai 2005. L’irrésistible nationalisation d’un vote européen“, in: Ders. (Hg.) (2005), a.a.O., S. 229-244.

¹¹²² In Zeiten von allgemeiner Wahlmüdigkeit wurden die rund 69,37% bereits als hohe Wahlbeteiligung gewertet. Ein Vergleich mit anderen Abstimmungen zeigt jedoch, dass diese Bewertung zwar beispielsweise gegenüber den Regionalwahlen 2004 gilt (Wahlbeteiligung 62,12%), jedoch nicht gegenüber früheren Referenden, beispielsweise unter de Gaulle, bei denen sich die Beteiligung zwischen 73 und 83% der Wahlberechtigten bewegte. Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Pascal Perrineau (2005a): „Introduction“, in: Laurent/Sauger (Hg.) (2005), a.a.O., S. 2-6.

¹¹²³ Tableau de bord, IFOP-Paris Match, Mai 2005, zitiert nach Gilles Finchelstein (2005): „Première partie. Retour sur la campagne“, in: Ders. (Hg.) (2005), a.a.O., S. 11-13, hier S. 11.

Sozialisten. Im Vergleich z.B. zum Maastricht-Vertrag war die Verfassung sehr komplex und in den Debatten wurde eine Vielzahl von Themenbereichen angesprochen. Darüber hinaus ließ der Umfang des Textes, der jedem französischen Haushalt vor der Abstimmung zugeht, zusammen mit der Komplexität des Vertrages bei einigen Themen widersprüchliche Interpretationen entstehen, so dass die Debatte nicht nur intensiv und kontrovers, sondern z.T. auch konfus geführt wurde. Dies führte u.a. dazu, dass die Vertreter des Ja schnell in eine defensive Position gerieten: Je größer die Ambivalenz zwischen den verschiedenen Interpretationen des Textes, desto größer auch das Misstrauen gegenüber der Stichhaltigkeit der Argumente der Befürworter der Verfassung. Im Zweifel entschieden sich viele Franzosen lieber für eine klare Ablehnung als für eine Zustimmung zu etwas, dessen Inhalt sie nicht genau deuten konnten.

Themen

Herausragende Themen der Verfassungsdebatte in Frankreich waren die Sozialpolitik und die Frage nach den Grenzen der EU.¹¹²⁴ In Bereich Sozialpolitik stand die Frage im Mittelpunkt, „ob der Verfassungsvertrag die Stärkung der sozialen Dimension europäischer Politik ermöglich[e] oder verhinder[e]“¹¹²⁵ bzw. „ob die Franzosen Europa für die wirtschaftliche Misere und die Arbeitsplatzverluste verantwortlich mach[t]en oder ob sie darin einen Rettungsanker im Meer der Globalisierung s[a]hen.“¹¹²⁶ Mit diesen Fragen verbundene Themen waren die entscheidenden Aspekte, die schließlich den Sieg der Verfassungsgegner ermöglichten. Die Referendumsdebatte zu diesen Punkten ordnete sich in Frankreich ein in eine allgemeinere Debatte zur Globalisierung. Deren negative Auswirkungen wurden und werden immer noch ohnehin in Frankreich mehr als in anderen Ländern gefürchtet und in der Kampagne 2005 mit dem Verfassungsvertrag in Zusammenhang gebracht. In der Argumentation der Verfassungsgegner verstärkte die Europäische Verfassung wirtschaftsliberale Tendenzen, die sich sowieso weltweit bereits auf dem Vormarsch

¹¹²⁴ Vgl. für eine Zusammenstellung der Argumente von Verfassungsbefürwortern und –gegnern zu den einzelnen Themen z.B. Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 15ff.

¹¹²⁵ Sabine von Oppeln (2005): „Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte“, in: *Dokumente* 3/2005, S. 12-18, hier S. 13. Zu den in der Verfassungsdebatte diskutierten sozialen Fragen und ihren Hintergründen vgl. auch Henrik Uterwedde (2005a): „Europa und die ‚soziale Malaise‘ der Franzosen“, in: *Dokumente* 3/2005, S. 19-25. Vgl. außerdem zu den in diesem Abschnitt besprochenen Fragen Maurer et al. (2006), a.a.O. Vgl. zu Themen und Inhalten der Verfassungsdebatte außerdem Bertoncini/Chopin (2005), a.a.O.

¹¹²⁶ Veit (2005), a.a.O., S. 10.

befanden und den französischen Traditionen und dem darin festgeschriebenen Verhältnis zwischen Privatwirtschaft und Staat widersprachen.¹¹²⁷

Die Verbindung zwischen der Frage nach den Grenzen der EU und der Verfassung ergab sich u.a. bereits daraus, dass die Notwendigkeit der Verfassung hauptsächlich, auch von Präsident Chirac, mit der Anpassung der Institutionen und Mechanismen der EU an die Bedingungen einer erweiterten Union begründet wurde. Weiterhin sahen viele Verfassungsgegner in der Osterweiterung einen der Gründe für negative Entwicklungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich in Europa und in Frankreich. Firmenverlagerungen nach Mittel- und Osteuropa sowie der von den neuen Mitgliedsstaaten ausgehende Druck auf die europäischen Sozialstandards wurden beispielsweise als mit der Erweiterung verbundene Gründe für die Ablehnung der Verfassung angeführt. Dominiert wurde dieser Themenkomplex jedoch von der Türkei-Debatte, die sich aufgrund der mehrheitlich ablehnenden Stimmung in der Bevölkerung auch ohne eine direkte Verbindung zur Verfassung in deren Diskussion negativ auswirkte.¹¹²⁸

Innenpolitischer Hintergrund

Parallel zur Verfassungsdebatte verschlechterte sich in Frankreich im ersten Halbjahr 2005 die allgemeine Stimmungslage, so dass auch innenpolitische Fragen eine immer stärkere Rolle bei der Entwicklung des französischen Meinungsbildes spielten. Die Zustimmungswerte des Präsidenten und des Premierministers befanden sich wenige Wochen vor dem Referendum auf einem Tiefstand. Nur 39% gaben in einer BVA-Umfrage an, eine gute Meinung von Jacques Chirac zu haben, 9% weniger als noch einen Monat zuvor. Jean-Pierre Raffarin kam sogar nur auf 21% Zustimmung.¹¹²⁹ Nachdem die Arbeitslosigkeit im Januar

¹¹²⁷ Vgl. zu diesem Thema auch das Kapitel „Les craintes d’une Europe libérale“ in Lequesne (2008), a.a.O., S. 99-122.

¹¹²⁸ „Le débat sur la Turquie: là encore un renforcement de l’impression de dissolution du modèle de l’Etat français avec perte d’homogénéité, perte de cohérence, négation même de la notion de frontières protectrices. L’entrée de la Turquie transforme ou confirme pour certains l’imaginaire d’une Europe, incapable de se protéger, d’exercer un contrôle, ouverte à tous les dangers, soumise à tous les trafics, à tous les risques terroristes, sanitaires, à toutes les concurrences déloyales, ne mettant pas en perspective que celle, négative, du nivellement par le bas.“ Mergier (2005), a.a.O., hier S. 24. Vgl. auch die Einschätzung von Joachim Schild: „Die Veränderung der äußeren Grenzen einer politischen Gemeinschaft ist notwendigerweise mit einer Neudefinition ihrer inneren Identität verknüpft. Eine politisch, wirtschaftlich und kulturell zunehmend heterogene EU-25-Plus wird für viele keineswegs antieuropäisch gesinnte Franzosen zu einem schwierigen Identifikationsobjekt. Das Thema der Entgrenzung der Europäischen Union war in der Referendumskampagne stets massiv präsent. Die Frage nach der geografischen Gestalt der Union hatte schon in den vergangenen Jahren in den Elitendiskursen eine ungleich größere Rolle gespielt als in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. So kann es kaum verwundern, dass insbesondere das Thema des Türkei-Beitritts eine prominente Rolle in der Kampagne gespielt hat.“ Joachim Schild (2005): „Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum“, in: *integration* 3/2005, S. 187-200, hier S. 199.

¹¹²⁹ Vgl. Piar/Gerstlé (2005), a.a.O.

2005 erstmals seit fünf Jahren wieder die 10-Prozent-Marke überschritten hatte, wuchsen die sozialen Proteste gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Zwei Wochen vor dem Referendum mussten die Franzosen zum ersten Mal an Pfingstmontag arbeiten, nachdem der Feiertag im Rahmen von Spar- und Reformmaßnahmen trotz deutlicher Proteste abgeschafft worden war. U.a. die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes forderten außerdem eine Beibehaltung der 35-Stunden-Woche und eine Erhöhung der Gehälter zur Förderung der Kaufkraft der Franzosen. Die Regierung stand jedoch unter dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung und hatte keinen Spielraum, um den Forderungen nachzugeben.¹¹³⁰ Schnell zogen einige Verfassungsgegner in der Sozialpolitik eine Verbindung zu Europa. Besonders von Seiten der Linken wurde die Verfassung als wirtschaftsliberales Instrument präsentiert, das französische Sozialstandards gefährde und statt dessen dem ungezügelter Marktliberalismus, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und der Einführung von Billiglöhnen Tür und Tor öffne. In diesem Zusammenhang wurde die Richtlinie des Binnenmarktkommissars Frits Bolkestein zur Öffnung der Dienstleistungsmärkte zum Symbol für die zu bekämpfenden Entwicklungen auf europäischer Ebene. Obwohl die Richtlinie nichts mit der Verfassung zu tun hatte, wurde sie in der Wahrnehmung vieler Franzosen mit ihr verbunden und von den Verfassungsgegnern auch entsprechend instrumentalisiert. Die Reaktion des Präsidenten, der sich in Brüssel für eine Änderung der Richtlinie einsetzte und sich damit einen Teil der Argumente der hauptsächlich linken Kritiker zu eigen machte, bestärkte die Skeptiker in ihrer Interpretation der EU als rein an marktwirtschaftlichen Kriterien orientiertem Zusammenschluss.¹¹³¹

Grundsätzliche Gesellschaftskrise

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Elemente der Verfassungsdebatte verwiesen auf eine tiefer gehende Gesellschaftskrise, der sich Frankreich zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegenüber sah. Wesentliche Elemente des französischen Selbstverständnisses und der Grundlagen des republikanischen Modells gerieten ins Wanken. Der Staat schien nicht mehr in der Lage, seine ihm in diesem Rahmen zugeordnete Rolle zu erfüllen und beispielsweise beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oder in den sozialen Sicherungssystemen seine gestaltende Kraft zum Nutzen der Bürger unter Beweis zu stellen. Statt dessen waren viele Franzosen verunsichert und fürchteten den sozialen Abstieg, besonders auch in der gesellschaftlichen Mittelschicht. Gleichzeitig funktionierte das Integrationsmodell der

¹¹³⁰ Vgl. zum innenpolitischen Kontext des Referendums auch Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 9ff.

¹¹³¹ Zur Bolkestein-Richtlinie vgl. den Exkurs S. 574ff.

französischen Republik nicht mehr. Gegensätze zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen wurden zunehmend deutlich und erschütterten das Idealbild der unteilbaren Republik, die alle Bürger gleich ansieht und behandelt und kommunitaristische Sonderinteressen nicht zulässt. Frankreich fand sich „ohne Kompass“¹¹³² in einer sich wandelnden Welt wieder und schien kaum in der Lage, sich den neuen Bedingungen anzupassen. Neben den oben dargestellten konjunkturellen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen war damit die grundsätzliche gesellschaftliche Krise, deren Entwicklung sich über mehr als ein Jahrzehnt hinzog, als grundlegender struktureller Faktor bei der Analyse der Verfassungsdebatte zu berücksichtigen. Auch sie war mit verantwortlich für die mehrheitlich ablehnende Abstimmung der Franzosen über die Europäische Verfassung.

Verfassungsgegner und -befürworter

Die Einbeziehung der Bolkestein-Richtlinie in die Verfassungsdebatte war ein Beispiel für die Strategie der Verfassungsgegner, die sich auf Kritik am vorliegenden Vertrag und (vermeintlich) damit verbundenen Themen beschränkten und weder eine kohärente Argumentationslinie noch eine überzeugende Alternative vorweisen konnten. Dies war angesichts der Zusammensetzung des Nein-Lagers auch kaum anders zu erwarten, denn dort trafen sich so unterschiedliche Politiker wie Jean-Marie Le Pen vom *Front National* oder der Umweltaktivist José Bové mit etablierten Vertretern der Sozialistischen Partei wie Laurent Fabius, Henri Emmanuelli oder Jean-Luc Mélenchon.¹¹³³ Zum Nein-Lager gehörten weiterhin die Souveränisten auf der Linken und der Rechten, darunter Philippe de Villiers, die Kommunisten und die extreme Linke, vertreten v.a. von Olivier Besancenot. Die Verfassungsgegner bestimmten weit mehr die Debatte als die Befürworter, obwohl letztere in der medialen Abdeckung der Kampagne deutlich größeren Raum erhielten. Für die Verfassung sprachen sich neben dem Staatspräsidenten und der regierenden UMP auch die bürgerlich-liberale UDF sowie eine Mehrheit der Sozialisten und der Grünen aus.¹¹³⁴

¹¹³² Vgl. Bruno Palier/Peter A. Hall/Pepper D. Culpepper (2006): „La France sans boussole, au milieu des marchés – Introduction“ in (Dies.) (Hg.) (2006): *La France en mutation 1980-2005*, Paris, S. 13-36.

¹¹³³ Vgl. auch die Einschätzung von Pascal Perrineau zu diesem Punkt: „La mesure prise de cette hétérogénéité politique du refus du Traité constitutionnel permet de mieux comprendre les difficultés des représentants du ‚Non‘ à dégager de manière crédible une alternative politique dans le cadre de l’après-référendum.“ Perrineau (2005a), a.a.O., hier S. 4f.

¹¹³⁴ Vgl. zur Zusammensetzung der Gruppen der Befürworter und der Gegner der Verfassung ausführlich Maurer et al. (2006), a.a.O., S. 30ff.

2. Chiracs Beiträge zur Verfassungsdebatte

2.1 Die Verfassung als Thema der Neujahrsgrüße des Präsidenten

Bereits in seinen Neujahrsgrüßen an verschiedene gesellschaftliche Gruppen kam der Staatspräsident auf den Verfassungsvertrag zu sprechen. Er präsentierte die Verfassung als entscheidende Entwicklung in der Geschichte der europäischen Integration und als Kulminationspunkt einer Entwicklung von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten hin zur friedlichen Wiedervereinigung des gesamten Kontinents. Das Friedensmotiv als Begründung der europäischen Einigung nahm bei den Darstellungen Chiracs eine zentrale Stellung ein:

„Lorsqu’ils se prononceront par référendum, avant l’été, sur la Constitution européenne, les Françaises et les Français regarderont le chemin parcouru depuis un demi siècle. Cette Europe que nous construisons, ce projet de paix et de prospérité partagée, s’ancre dans une histoire douloureuse. [...] nous ne devons jamais oublier les souffrances indicibles qui ont marqué l’histoire de l’Europe au siècle passé [...] Cette Constitution, que la France a voulue et largement inspirée, consolidera encore les fondations de la paix et de la démocratie sur notre continent. Une paix et une démocratie que nous devons léguer à nos enfants.“¹¹³⁵

Andere Vorteile, die Europa und Frankreich durch die Verfassung erreichen könnten, wurden angedeutet, aber nicht ausführlich ausgeführt. Beispielsweise sprach Chirac davon, dass das durch die Verfassung geschaffene Europa Frankreich angesichts der Globalisierung stärken und neue Perspektiven im Wirtschafts- und Beschäftigungsbereich eröffnen werde:

„L’Europe nous rend plus forts. Grâce à elle, nous pouvons faire bloc pour relever les défis de la mondialisation. Elle permet à la France de peser davantage. Elle assure à l’activité des Françaises et des Français de vastes débouchés. Elle leur donne pour l’avenir les meilleures

¹¹³⁵ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l’Elysée 6.1.2005. Vgl. auch Chiracs ähnliche Aussagen bei seiner Neujahrsansprache an die Regierung und in der Corrèze: Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du gouvernement, Palais de l’Elysée 3.1.2005 und Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la présentation des vœux en Corrèze (Tulle), Tulle 15.1.2005. Auch in Spanien, wo Chirac im Februar vor dem ersten Ratifizierungsreferendum in Europa um Zustimmung zum Verfassungsvertrag warb, nahm der Friedensaspekt in seinen Ausführungen eine zentrale Rolle ein: „[...] depuis des siècles [...] l’Europe, le continent européen a été, hélas, marqué par les divisions, les guerres, les dictatures. Quand on imagine le sang versé, le nombre de douleurs issues de cette situation, les espoirs anéantis par ces conflits permanents, on voit à quel point ces comportements étaient, hélas, à la fois naturels et humains, mais dramatiques par leurs conséquences et toujours parfaitement injustifiés au plan de la morale, de l’intérêt général ou du respect de l’homme. Le grand mérite des pères fondateurs de l’Europe a été de vouloir enraciner la paix, la démocratie, les droits de l’Homme sur l’ensemble de notre continent, de façon à créer un système qui ne permette plus de revenir à ces erreurs du passé et aux drames qu’elles avaient engagés. Ils ont voulu enraciner la paix, la démocratie, les droits de l’Homme. C’était une grande ambition. Cela reste notre ambition car rien n’est jamais gagné et nous avons fait des pas considérables dans cette direction. L’élaboration, ensemble, d’une Constitution qu’ensemble, nous allons voter, créera le cadre dont on ne pourra plus désormais sortir en s’évadant vers les drames du passé.“ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. José Luis Zapatero, Président du gouvernement espagnol, Barcelona 11.2.2005.

perspectives d'emploi.“¹¹³⁶

Auch in der Sozialpolitik und beim französischen Ziel einer europäischen Verteidigung ermögliche die Verfassung die Weiterentwicklung der europäischen Politik, auch und gerade im Sinne Frankreichs, so der Präsident:

„Et nous allons progresser encore dans la construction d'une véritable Europe de la défense, en nous appuyant notamment sur l'effort indispensable que la France fait dans le domaine militaire. Ambition également pour une Europe solidaire, que le projet de Constitution européenne renforce avec la Charte des droits fondamentaux, avec la reconnaissance du rôle des services publics, avec la responsabilité donnée aux partenaires sociaux.“¹¹³⁷

Weiterhin betonte Chirac einen Zugewinn an Effizienz in der Arbeit der Europäischen Union im Inneren ihrer reformierten Strukturen und auch in ihrer Außenwirkung, der sich auch auf Frankreichs Position in der EU und weltweit positiv auswirken werde:

„En approuvant la Constitution européenne, nous permettrons à l'Europe de fonctionner plus démocratiquement, d'être plus volontaire, mieux organisée, plus puissante. Et nous donnerons à la France, qui pèsera davantage dans l'Union, des moyens renforcés pour défendre son modèle économique et social et faire entendre sa voix dans le monde. Ce débat est essentiel pour l'avenir de la France et de l'Europe.“¹¹³⁸

Beim Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin, dem deutschen Bundeskanzler Schröder und dem spanischen Ministerpräsidenten Zapatero in Paris im März ging Chirac zum ersten Mal auf die Kampagne zur Ablehnung der Verfassung in Frankreich ein. Für die Haltung der Träger dieser Kampagne hatte der Staatspräsident kein Verständnis:

„J'entends que certains font campagne pour rejeter ou refuser ce Traité constitutionnel. Je ne discerne pas très bien les raisons qui peuvent justifier leur choix ou leur option. On se plaint parfois, et à juste titre, que nos institutions ne soient pas tout à fait efficaces et que, par voie de conséquence, les autorités de Bruxelles prennent parfois trop de pouvoirs. Précisément, la Constitution permet d'adapter un système qui était obsolète, parce qu'il avait été fait pour une Europe plus petite avec un moins grand nombre de participants, aux exigences d'une Europe à vingt-cinq, c'est-à-dire d'une Europe qui s'étend sur un territoire où elle veut assurer la paix, la sécurité, les droits de l'Homme, le développement économique et le progrès social. C'est comme je ne vois pas très bien si ceux qui veulent le ‚non‘ à cette Constitution, cela veut dire qu'ils veulent que l'on reste dans la situation actuelle. Nous serions d'ailleurs probablement tout à fait isolés avec tout ce que cela comporterait, bien entendu, comme conséquences pour la France et pour sa capacité à défendre ses intérêts. Donc [...] je fais tout à fait confiance à

¹¹³⁶ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du gouvernement, Palais de l'Élysée 3.1.2005. Vgl. für ähnliche Aussagen auch Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion des vœux aux forces vives, Palais de l'Élysée 4.1.2005 und Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 6.1.2005.

¹¹³⁷ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux en Corrèze (Tulle), Tulle 15.1.2005.

¹¹³⁸ Ebd.

nos concitoyens pour s'exprimer dans le sens des intérêts qui sont ceux des Français, qui sont ceux de l'Europe et qui sont ceux de la paix, de la stabilité, de la démocratie, des droits de l'homme et du développement économique et du progrès social dans le monde de demain.¹¹³⁹

Exkurs: Die Bolkestein-Richtlinie

Bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates in Brüssel am 22. und 23. März 2005 war eines der Themen die Forderung der Staats- und Regierungschefs nach einer Neufassung der Dienstleistungsrichtlinie.¹¹⁴⁰ In ihrer ursprünglichen Fassung war die Vorlage der Kommission, der auch die beiden französischen Kommissare Michel Barnier und Pascal Lamy zugestimmt hatten, Objekt umfangreicher transnationaler Proteste u.a. von Seiten der Gewerkschaften in Brüssel. Neben anderen Punkten war das in der Richtlinie festgeschriebene Herkunftslandprinzip Anlass für Kritik in mehreren EU-Ländern. Sie befürchteten bei der Anwendung des Herkunftslandprinzips für ihre eigenen Dienstleister Niedrigpreis-Konkurrenz v.a. aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Besonders Frankreich setzte sich für eine Änderung der von Kommissar Bolkestein ausgearbeiteten Richtlinie ein. Die Gründe für die französische Haltung erläuterte Präsident Chirac in der Pressekonferenz nach dem Gipfel:

„[...] le caractère outrancier de ces propositions initiales avait eu pour effet de mobiliser l'opinion publique et, je le répète, à juste titre, de créer une indignation aussi bien au Parlement que dans les organisations syndicales, que dans un grand nombre de pays. Par conséquent, on ne pouvait pas laisser les choses aller en l'état. La France n'est pas hostile naturellement à un marché commun des services dont elle sera la principale bénéficiaire, puisque nous sommes les exportateurs de services les plus importants en Europe; ça n'est certainement pas nous qui allons être hostiles à un marché unique des services, à condition naturellement que cela soit un marché unique des services, à condition naturellement que cela soit un marché où les règles permettent de tirer tout le monde vers le haut, non pas vers le bas, ce qui était le cas du précédent texte. C'est la raison pour laquelle nous avons demandé une remise à plat de cette directive sur les services. Nous en avons fait l'essentiel de nos discussions du dîner d'hier [...] ce qui nous a permis d'aboutir hier soir, à l'issue du dîner, je dois dire sans difficulté majeure, à un texte permettant la remise à plat complète de la directive en question, pour qu'une nouvelle directive conforme au modèle social européen puisse être, le moment venu, proposée par la Commission.“¹¹⁴¹

¹¹³⁹ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Vladimir Poutine, Président de la Fédération de Russie, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier fédéral d'Allemagne, et de M. José Luis Zapatero, Président du gouvernement du Royaume d'Espagne, Palais de l'Élysée 18.3.2005.

¹¹⁴⁰ Vgl. Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 22./23. März 2005, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Vgl. zur Bolkestein-Richtlinie auch Mergier (2005), a.a.O. sowie detailliert und sehr instruktiv Amandine Crespy/Giulia Sandry (2009): „Eine ‚Infizierung durch die Linke‘? Der Europadiskurs in Frankreich seit 2000 am Beispiel der Bolkestein-Richtlinie“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2008*, S. 97-116.

¹¹⁴¹ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 23.3.2005.

Im Verlauf der Pressekonferenz wurde Chirac auf einen möglichen Zusammenhang zwischen den Diskussionen zur Dienstleistungsrichtlinie und den schlechten Umfragedaten in bezug auf das französische Verfassungsreferendum angesprochen. Chirac sah hier keinen negativen Zusammenhang und bestritt auch, dass, wie in der Frage formuliert, die Forderung nach einer Überarbeitung der bestehenden Richtlinie nicht zuletzt als Zugeständnis an die Franzosen und als Unterstützung für Chirac beschlossen worden sei:

„Question: N’avez-vous pas l’impression tout de même que vos collègues vous ont donné un sérieux coup de pouce pour votre campagne en faveur du ‚oui’ pour la Constitution?

Le Président: Je ne sais pas si l’on peut dire cela. Je n’ai pas le sentiment que c’était leur préoccupation première. Parce que, pour dire la vérité, je n’en connais aucun qui imagine que la France pourrait rejeter le traité constitutionnel. On peut se tromper naturellement, mais enfin, ce n’est donc pas leur motivation. J’ajoute qu’ils ont parfaitement conscience que cela n’a pas de rapport, je dirais même que si cela en a un, il est positif. Le nouveau traité constitutionnel va augmenter très sensiblement les exigences sociales, les garanties sociales, et par conséquent diminuer les risques de dérive sociale que l’on peut imaginer si l’on appliquait telle qu’elle avait été initialement prévue la directive sur les services. Donc, s’il devait y avoir un lien entre cette directive et la consultation référendaire, il devrait être positif, car il montre la capacité de l’Europe précisément à éviter que, dans l’avenir, les droits sociaux puissent être de façon un peu légère mis en cause, avec les conséquences que cela comporte.“¹¹⁴²

Umfragedaten machten deutlich, dass die Zugeständnisse des Europäischen Rates in Bezug auf die Bolkestein-Richtlinie keinen wesentlichen Einfluss auf das französische Meinungsbild hatten. Die Gegner der Verfassung blieben in der Mehrheit. Die Möglichkeit einer Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die Franzosen zog Chirac jedoch dennoch zu diesem Zeitpunkt nicht in Betracht, so zumindest seine öffentliche Darstellung. Chiracs Versuch einer positiven Beeinflussung der Verfassungsdebatte in Frankreich durch sein offensives Eintreten für eine Änderung der Richtlinie hatte einen genau gegenteiligen Effekt: Die Kritiker der Richtlinie und der Verfassung sahen sich bestätigt in ihrer Wahrnehmung einer Verbindung zwischen beiden Vorgängen. Wenn eine solche Verbindung nicht bestünde, hätte sich der Präsident wohl kaum so stark engagiert, so das Argument der Verfassungsgegner. Auch Béatrice Gurrey wies in *Le Monde* auf diesen Zusammenhang hin:

„Le vrai coup de semonce vient avec l’affaire, quasi épidermique, de la directive Bolkestein. M. Chirac n’a rien vu venir de cet épisode qui cristallise toutes les peurs de l’opinion, le rejet du libéralisme, le refus de l’‚omnipotence bruxelloise’. Un emblème. Mais la bataille du président à Bruxelles contre la directive ‚n’a servi qu’à démontrer en fait que les gens avaient

¹¹⁴² Ebd.

*raison puisque le président s'est engagé aussi fortement et aussi publiquement dans cette affaire', constate le directeur d'un institut de sondage.*¹¹⁴³

Die Bedeutung der Dienstleistungsrichtlinie für die Debatte über den Verfassungsvertrag ergab sich daraus, dass die Richtlinie von vielen Franzosen als wegweisend für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Frankreich angesehen wurde. Somit wurde eine direkte Verbindung zu den vermeintlich negativen ökonomischen Auswirkungen der Osterweiterung gezogen und der zum Feinbild aufgebaute „polnische Klempner“, der nun die französischen Klempner unmittelbar bedrohe, zum tragischen Held der Verfassungskampagne.¹¹⁴⁴ Das negative Bild, das damit von Polen sinnbildlich für die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Frankreich transportiert wurde, führte nach den Auseinandersetzungen im Kontexte des Irak-Krieges erneut zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Polen bzw. allgemeiner zwischen Frankreich und den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten.¹¹⁴⁵ Der Verfassungsvertrag, dessen Ablehnung von seinen Gegnern auch mit der Dienstleistungsrichtlinie begründet wurde, stand in diesem Zusammenhang also nur stellvertretend für die neueren Entwicklungen auf europäischer Ebene, durch die sich viele Franzosen in ihrer wirtschaftlichen Existenz und in ihrer sozialen Absicherung angegriffen fühlten, wie auch Christian Lequesne ausführte:

„Le débat sur le plombier polonais illustre la manière dont s'installe, en France, une nouvelle forme d'eurosepticisme dont l'obsession n'est plus la défense de la souveraineté nationale, mais celle d'un modèle social français qui serait menacé par une mondialisation dont

¹¹⁴³ Béatrice Gurrey: „Depuis plusieurs mois, M. Chirac a négligé les signes avant-coureurs du non“, *Le Monde* 15.4.2005. Kursivsetzung im Original. Vgl. auch die Einschätzung von Yves Bertoncini und Thierry Chopin: „[La directive Bolkestein] a de nouveau montré que les autorités françaises refusaient d'assumer les décisions de libéralisation qu'elles cautionnent à Bruxelles. Les autorités françaises étaient en effet plutôt favorables au principe d'une telle directive, dont l'application pourrait largement bénéficier au secteur des services, très dynamique en France et qui produit deux tiers de la richesse nationale. Au lieu d'assumer cette position de principe, quitte à discuter tel ou tel aspect du projet de directive, elles auront préféré sonner l'hallali, en stimulant ainsi tous les opposants à la Constitution. Qu'a dit en substance le président de la République lorsqu'il a parlé de la directive Bolkestein? 1) Ce projet confirme qu'il y a un complot libéral à Bruxelles. 2) Je vais intervenir pour qu'il soit déjoué. Qu'en ont déduit beaucoup de Français? 1) Que leur analyse était la bonne. 2) Que leur protestation était utile puisqu'elle mobilisait les autorités. Et qu'ils avaient donc doublement raison de voter non...“ Bertoncini/Chopin (2005), a.a.O., S. 186.

¹¹⁴⁴ „[...] le héros incontestable de la campagne reste le plombier polonais, l'ange exterminateur du sujet européen, de la fonction de l'Etat et des politiques sociales, incarnation de l'ultralibéralisme sans foi ni loi...“; Mergier (2005), a.a.O., hier S. 24. Vgl. auch Baverez (2007), a.a.O.

¹¹⁴⁵ Vgl. zu diesem Aspekt die Äußerungen von Adam Krzeminski: „[Die Polen] sind bereit zu lernen und sie sind lernfähig, sie möchten aber nicht auf die Chiracsche Art und Weise vor den Kopf gestoßen werden. Hinter dem [...] Eklat des Jahres 2003 verbirgt sich viel mehr als nur eine ungezügelter Reaktion. Dahinter verbirgt sich faktisch die mangelnde Fähigkeit Frankreichs, sich den neuen Tatsachen zu öffnen. [...] [Man muss] diesen historischen Gewaltakt der Osterweiterung endlich zur Kenntnis und ernst nehmen [...]. Ich bin sicher, dass man dies in Paris immer noch nicht begriffen hat. Man hatte geglaubt, nichts ändert sich, die Ossis sind da, sie müssen sich anpassen, die Welt ist für uns in Ordnung. Und ich muss sagen, diese ganze Geschichte mit dem ‚plombier polonais‘, mit dem ‚polnischen Klempner‘ ist empörend, weil hier bewusst ein Feindbild aufgebaut wurde.“ Adam Krzeminski (2005): „Das Duo spielt mit gezinkten Karten. Frankreich muss sich den Tatsachen der Osterweiterung stellen“, in: *Dokumente* 4/2005, S. 37-40.

l'élargissement ne serait qu'un des avatars. La défense des acquis sociaux de la France contre des nouveaux Etats membres convertis à un ‚libéralisme sauvage‘ franchit par la même occasion la frontière d'une nouvelle forme de xénophobie. Elle conduit la gauche de la gauche à rejoindre l'extrême droite.¹¹⁴⁶

2.2 Fernsehdebatte über die Verfassung zwischen dem Präsidenten und jungen Franzosen

Im Rahmen seines persönlichen Engagements in der Kampagne für das Referendum diskutierte Jacques Chirac am 14. April auf TF1 zwei Stunden lang live mit jungen Franzosen zum Thema.¹¹⁴⁷ Diese Diskussion stellte den eigentlichen Einstieg Chiracs in die Kampagne für das Ja zur Verfassung dar. Der Zeitpunkt von Chiracs Eingreifen fiel zusammen mit der Verfestigung einer Mehrheit von Nein-Stimmen in den Umfragen. Seit Mitte März hatten dreizehn Erhebungen in Folge einen Sieg der Verfassungsgegner prognostiziert, mit einem Zugewinn von 12% an Nein-Stimmen innerhalb weniger Wochen.¹¹⁴⁸ Der Verlauf der Fernsehdebatte zeigte einige grundsätzliche Probleme und Missverständnisse der Referendumskampagne in Frankreich auf und verdeutlichte gleichzeitig Chiracs Schwierigkeiten, das Verfassungsprojekt offensiv zu vertreten und den Franzosen die Vorteile des Textes deutlich zu machen.

Keine Antworten auf konkrete Fragen

Die meisten der rund 80 anwesenden Jugendlichen fühlten sich sehr schlecht informiert über die Europäische Verfassung sowie über die Folgen ihrer Annahme oder Ablehnung. Aufgrund der schlechten Informationslage waren die Jugendlichen zu einem großen Teil eher geneigt, die Verfassung abzulehnen als sie anzunehmen, ohne genau zu wissen, zu was sie ihre Zustimmung gaben. Der Text erschien ihnen kompliziert und schwer verständlich, der Sinn des gesamten Verfassungsprojektes zweifelhaft. Chirac hatte Schwierigkeiten, auf konkrete Fragen der Jugendlichen konkrete Antworten zu geben. Auf die grundsätzliche Frage, warum die Europäische Verfassung überhaupt notwendig sei und welchen Zweck sie erfüllen solle, reagierte Chirac beispielsweise mit einer ausschweifenden Ausführung über die Werte und Interessen Frankreichs, die, angesichts der Weltlage und der Globalisierung, nur in einer starken Europäischen Union gesichert werden könnten. Die Grundlage für eine starke Union sei die Verfassung, so Chirac:

¹¹⁴⁶ Lequesne (2008), a.a.O., S. 86.

¹¹⁴⁷ Débat de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec des jeunes sur TF1: ‚Référendum: en direct avec le Président‘, 14.4.2005.

¹¹⁴⁸ Vgl. Jérôme Jaffré: ‚L'entrée en scène de Jacques Chirac‘, *Le Monde* 13.4.2005 und Béatrice Gurrey: ‚La difficile entrée en campagne de Jacques Chirac‘, *Le Monde* 14.4.2005.

„[...] La France est porteuse de valeurs depuis très longtemps, depuis les droits de l’Homme. Elle a une certaine vision du monde et des hommes. La France doit défendre ses intérêts, ses emplois, sa puissance. Dans le monde d’aujourd’hui, on voit à quel point les choses changent. Le monde d’aujourd’hui, et donc la place de la France, se caractérisent par deux grandes évolutions. D’une part, ce que l’on appelle la mondialisation et qui inquiète beaucoup de Françaises et de Français. C’est une mondialisation portée par un courant ultralibéral et qui, finalement, se fait au profit des plus forts, ce qui pose, bien entendu, des problèmes, et notamment pour l’équilibre de l’avenir. Deuxièmement, le monde évolue vers de plus en plus de grandes puissances, les puissances actuelles comme les Etats-Unis d’Amérique mais aussi les puissances qui émergent et qui sont considérables: la Chine, l’Inde, demain le Brésil et l’Amérique du Sud, la Russie. Des grandes puissances qui, tout naturellement, ont l’intention ou la volonté d’imposer leur volonté. [...] Ces puissances, nous ne lutterons pas contre elles individuellement. La France n’en a pas la possibilité. Et si nous voulons, devant cette évolution, avoir une réflexion et une réaction, nous devons avoir une organisation. L’Europe doit être forte et organisée pour s’opposer à cette évolution. Alors, il y avait deux solutions: la solution du laisser-aller, un peu celle que nous avons jusqu’ici poursuivie, c’est-à-dire une solution conduisant à une Europe poussée par le courant ultralibéral et une Europe, disons, anglo-saxonne, atlantiste. Ce n’est pas celle que nous souhaitons. La deuxième voie, c’est une Europe humaniste mais qui, pour imposer son humanisme, ses valeurs, doit être organisée, doit être forte. Une Europe qui a la puissance nécessaire pour compter dans ce monde de demain. Et pour cela, il faut qu’elle soit organisée, qu’elle ait une ambition commune. Pour cette organisation qui lui donne sa force, il faut des règles. S’il n’y a pas de règles, il n’y a pas d’organisation, pas de puissance. On ne compte pas. Alors, ces règles, c’est la Constitution.“

Elemente dieser Antwort, wie beispielsweise der Aspekt der entstehenden multipolaren Welt, in der sich Frankreich nur mit Hilfe eines starken Europa behaupten könne, oder die Frage der Werte der französischen Republik, die durch die Verfassung auch europaweit garantiert würden, tauchten im Verlauf der Debatte in den Antworten Chiracs immer wieder auf. Chiracs Ausführungen erschienen aufgrund dieser sehr grundsätzlichen Argumentationsweise, im Gegensatz zu den konkreten Fragen der Jugendlichen, sehr abstrakt.¹¹⁴⁹ Chiracs Argumentationsweise entsprach den Traditionen französischer Europapolitik und Chiracs Europadiskurs, wie er im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet wurde. Auf die

¹¹⁴⁹ Ein weiteres Beispiel hierfür lieferte die folgende Antwort Chiracs: „Jean-Luc Delarue: Avez-vous deux, trois petites choses concrètes qui vont changer notre vie quotidienne, si cette Constitution est adoptée? - Le Président: Un certain nombre de choses: d’abord tous les grands principes qui sont ceux de nos valeurs sont dorénavant définis comme étant à la base de toutes les politiques européennes dorénavant. Ça on ne l’avait pas dit jusqu’ici, on ne l’a pas dit. Nous avons, je prends quelques-uns de ces principes: l’égalité homme-femme. La lutte contre toutes les formes de discriminations. La protection des services publics. Le renforcement de l’eurogroupe et de notre capacité monétaire qui nous a permis jusqu’ici d’être l’endroit du monde où les taux d’intérêts sont les plus faibles et où l’inflation est la plus faible, ce qui a quand même un certain nombre d’avantages pour nous tous. La coopération pour lutter contre le terrorisme, la criminalité ou la grande criminalité et l’immigration irrégulière. L’exception qui est si capitale pour nous, à laquelle nous attachons tant d’importance pour que l’expression culturelle de la France puisse conserver toute sa capacité de développement. L’environnement. La charte des droits individuels qui donne tous les droits qui sont ceux de l’homme. Tout cela, jusqu’ici, existait séparément. Cela pouvait être contesté. Dorénavant c’est inscrit dans la Constitution, c’est-à-dire que chacun voit ses droits, les droits fondamentaux tels que nous les apprécions, nous, tels que nous les voulons, nous, garantis par la loi constitutionnelle, donc par les tribunaux. C’est tout à fait essentiel et cela, c’est un changement considérable.“

konkrete Frage nach dem Sinn der Verfassung antwortete Chirac mit einer Aufstellung der klassischen französischen Vermittlungskonzepte zu Europa, wie eine Anwendung der Analysekatoren auf seine Ausführungen zeigt. Es ging ihm um eine wertebasierte Union der europäischen Staaten (Kategorie Werte), in der Frankreich seine wirtschafts- und machtpolitischen Interessen wirkungsvoll vertreten könne (Kategorie Interesse). Ein solches Europa sei für Frankreich der beste Weg, sich vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen (Kategorie *Europe protection*) und gleichzeitig mit Hilfe der europäischen Strukturen seinen eigenen Einfluss in einer zunehmend multipolaren Welt zu erhalten bzw. noch zu stärken (Kategorie multipolare Welt), so der Präsident. Nach Chiracs Darstellung diene die Verfassung dazu, das mit diesen Konzepten beschriebene Modell zum französischen Vorteil zu erhalten.

Der Eindruck der Jugendlichen von der europäischen Realität war jedoch ein anderer. Auf drängende Fragen ihres täglichen Lebens, allen voran die Arbeitslosigkeit, fanden sie, entgegen der Darstellung des Staatspräsidenten, in Europa keine Antworten. Im Gegenteil hatten sie sogar den Eindruck, Europa sei einer der Gründe für eine weitere Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in Frankreich. Chirac gab den Jugendlichen in ihrer Darstellung Europas als neoliberal indirekt sogar recht, wenn er argumentierte, die Verfassung diene dazu, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten („Alors, il y avait deux solutions: la solution du laisser-aller, un peu celle que nous avons jusqu'ici poursuivie, c'est-à-dire une solution conduisant à une Europe poussée par le courant ultralibéral et une Europe, disons, anglo-saxonne, atlantiste.“). Das im Zusammenhang mit der Erweiterung beobachtete Problem eines Auseinanderklaffens zwischen dem französischen Europadiskurs und den europäischen Realitäten zeigte sich also auch hier. Als Folgen eines möglichen Nein der Franzosen zur Verfassung betonte Chirac vor allem den Einflussverlust Frankreichs innerhalb der Institutionen und der Entscheidungsgremien der EU. Eine Position wie die von Frankreich durchgesetzte Linie in der Gemeinsamen Agrarpolitik sei nach einer Ablehnung der Verfassung durch die Franzosen nicht mehr denkbar, so der Staatspräsident. Ähnlich wie im Zusammenhang mit der Erweiterung häufig beobachtet, wurde in diesem Punkt also nur negativ argumentiert mit potentiellen Folgen eines französischen Neins, die es in jedem Falle zu vermeiden gelte.

Schlechte Information und Vermischung von Themen

Die Jugendlichen sprachen auch Chiracs persönliche Verantwortung für den Ausgang des Referendums an. Chirac lehnte es ab, bei einer Ablehnung der Verfassung durch die

Franzosen zurückzutreten und sah auch keine grundsätzliche Notwendigkeit, in diesem Falle den Premierminister auszuwechseln. Trotz der damit verbundenen Gefahren gab Chirac an, seine Entscheidung für ein Referendum weiterhin nicht zu bereuen. Er erkannte jedoch an, dass die Informationskampagne offensichtlich nicht ausreichend gewesen sei und ihr Ziel zum Teil verfehlt habe:

„Il y a eu un effort, par les autorités, pour diffuser [le texte de la Constitution], il y a eu cinq ou six millions de journaux. Il y a eu un effort considérable fait par la presse, en règle générale, celle qui était pour le ‚oui‘ et celle qui était pour le ‚non‘, pour informer les Français. Tous les systèmes ont été utilisés, le téléphone, l’écran, tout. Je reconnais qu’il semble que ce n’ait pas touché tout le monde. C’est le moins que l’on puisse dire. J’espère que d’ici les jours qui viennent, une nouvelle offensive nous permettra de donner une meilleure information aux Françaises et aux Français dont je reconnais qu’ils ne semblent pas bien informés.“

Bei mehreren von den Jugendlichen angesprochenen Themen verwies Chirac nachdrücklich darauf, dass sie nicht Objekt der Festlegungen der Verfassung seien und zu Unrecht mit dieser verbunden würden. Dies gelte beispielsweise für die Bolkestein-Richtlinie oder für die Frage eines möglichen EU-Beitritts der Türkei. Auch die Gefahr möglicher Firmenverlagerungen wurde von den Jugendlichen wesentlich expliziter mit der Europäischen Verfassung verbunden als es in Chiracs Einschätzung der Realität entsprach. Die Schwierigkeiten der Debatte verdeutlichte das folgende Beispiel:

„Le Président: Messieurs, permettez-moi de vous dire que l’ouverture des frontières ce n’est pas le problème de la Constitution. Elle existe depuis longtemps, l’ouverture des frontières. De ce point de vue rien n’est changé, on ne va pas...“

Question: Bien sûr, mais la délocalisation de toute manière va s’amplifier avec cette Constitution, on est d’accord.

Le Président: Je suis tout à fait convaincu du contraire. Mais enfin bon! On ne va pas rétablir des frontières, on ne va pas ressectionner le marché. Les avantages du développement, que l’on constate d’ailleurs, purement et simplement, prouvent que l’ouverture des frontières est quelque chose de positif, que les échanges sont producteurs de richesses. Je crois qu’on ne peut pas le contester. D’ailleurs personne ne le conteste. Alors on ne va pas rétablir des frontières. Je m’excuse de vous le dire, mais...

Question: Je ne vous parle pas de rétablir des frontières. Mais au minimum de faire des actions en faveur des transporteurs français et des organisations françaises...

Le Président: Je n’ai rien contre l’idée de faire des actions en faveur des transporteurs français. Je vous le dit tout de suite. Cela c’est le problème du gouvernement. Ce que je veux simplement vous dire c’est que ça n’a strictement rien à voir avec la Constitution. Il ne faudrait pas que se cristallise contre cette Constitution tout un ensemble de craintes, de peurs qui n’ont rien à voir avec elle...“

In der Folge verwies Chirac erneut darauf, dass sich Probleme, die nichts mit der Europäischen Verfassung zu tun hätten, durch deren Ablehnung auch nicht lösen ließen:

„Alors ce qui m'impressionne, c'est que, chaque fois qu'il y a quelque chose qui ne va pas, personne ne se pose la question de savoir si cela a un rapport quelconque avec la Constitution, on dit: ‚Dans ces conditions' alors naturellement on peut dire ‚Rejetons tout cela', mais sachez qu'en rejetant tout ça, vous ne réglerez aucun problème. En revanche, vous affaiblirez considérablement la voix de la France et donc la capacité pour celle-ci de défendre ses intérêts. C'est ce qui s'appelle ‚l'opération boomerang'.“

Chirac zeigte sich im Verlauf der gesamten Diskussion mehrfach erstaunt über das seinem Empfinden nach vorherrschende Gefühl der Angst und der Sorge bei den Franzosen, besonders auch in der anwesenden jungen Generation. Auch in seinem Schlusswort spielte dieser Aspekt eine wichtige Rolle:

„[...] cette Constitution est essentielle pour avoir une Europe organisée et sauver les valeurs qui sont essentiellement les valeurs françaises et qui s'imposent en réalité à l'Europe depuis deux siècles. [...] si la France, d'aventure, ne la votait pas, la France, au moins pendant un certain temps, car rien n'est irrémédiable, naturellement, cesserait d'exister politiquement au sein de cette Europe parce qu'on lui dirait: ‚vous, vous n'avez pas voté, allez voir ailleurs'. Donc, c'est cela qui m'inquiète. Et que ceci ne se fait pas sur des arguments fondés, existants, réels, mais sur des humeurs ou sur un pessimisme qui n'a pas lieu d'être, selon moi, pour un grand pays comme la France dont les ambitions, à juste titre, sont importantes, même si les problèmes sont importants. Nous avons, aujourd'hui, depuis maintenant deux ans et demi, le taux de croissance le plus fort de l'ensemble de l'Union européenne. Et nous sommes ceux qui se plaignent aussi le plus fort. Alors je reconnais que nous avons de graves problèmes, on les a évoqués tout à l'heure, tous les problèmes liés à l'exclusion, tous les problèmes liés au chômage, notamment chez les jeunes. Je connais ces problèmes mais il est évident qu'en affaiblissant la France, on ne va pas régler nos problèmes, on ne fera que les empirer. Je veux dire que tout ceci me paraît tout à fait étonnant. Et ce qui me fait encore plus de peine, c'est le pessimisme. Nous avons une jeunesse, nous avons un peuple, malgré ses difficultés, toutes celles que l'on connaît et que je ne sous-estime pas, qui a lieu, au total, d'être tout de même fier d'être Français et qui peut avoir l'ambition d'être un conducteur et qui risque de se mettre à la remorque. Je vais vous dire, très franchement, je ne le comprends pas et ça me fait de la peine.“

Das Schlusswort des Präsidenten machte deutlich, dass sein Versuch, durch seinen ersten großen Auftritt in der Referendumsdebatte die sich verfestigende Tendenz zu einem mehrheitlichen Nein umzudrehen, gescheitert war. Besonders Chiracs im Verlauf der Diskussion mehrfach verwendete und an den am 2. April 2005 verstorbenen Papst Johannes Paul II. angelehnte Aufruf an die Jugendlichen, keine Angst zu haben („N'ayez pas peur!“), war Ausdruck seiner Hilflosigkeit angesichts der zahlreichen konkreten Befürchtungen, welche die Jugendlichen mit dem Verfassungsvertrag verbanden. Chirac war nicht in der Lage, diesen Befürchtungen überzeugende inhaltliche Antworten entgegen zu setzen. Es gelang Chirac nicht, eine klare Trennung zu ziehen zwischen innenpolitischen Fragen, die

sich v.a. in einer großen Unzufriedenheit mit der Regierung ausdrückten, und der Europapolitik als eigentlichem Thema der Diskussion. Die von den Verfassungsgegnern z.T. bewusst betriebene Vermischung der beiden Ebenen dominierte auch die Fernsehdebatte. Chiracs Entscheidung für eine Diskussionssendung mit Jugendlichen und gegen eine Debatte mit anderen politischen Führungspersonlichkeiten, die im Vorfeld v.a. von Verfassungsgegnern kritisiert worden war, hatte sich nicht als Erfolg erwiesen.¹¹⁵⁰ Auch die Bewertungen von Chiracs Auftritt durch andere Politiker und in der Presse fielen dementsprechend gemischt bis negativ aus. Chirac sei kein überzeugendes Plädoyer für Europa und seine Verfassung gelungen, so die vorherrschende Einschätzung. Ein Leitartikel in *Le Monde* sah hinter Chiracs Auftreten sogar einen Mangel an europäischer Überzeugung durchscheinen:

„[...] M. Chirac aurait été plus convaincant, voire plus persuasif, s’il avait pu mettre plus d’ardeur dans l’expression de ses convictions européennes. Derrière le président qui faisait son devoir, on voyait l’européen tiède, cachant mal son déficit de foi européenne.“¹¹⁵¹

Im Verlauf der gesamten Diskussion mit den Jugendlichen schien der Präsident überfordert damit zu sein, offensiv mit sachlichen Argumenten für die Verfassung zu werben. Yves Bertoncini und Thierry Chopin sahen diese Haltung als symptomatisch für viele Vertreter des Ja-Lagers zur Verfassung an, die davon ausgingen, dass die Franzosen bei europäischen Themen selbstverständlich mit Ja stimmen würden und denen es daher an einer kohärenten Vermittlungsstrategie fehle:

„La conviction d’incarner le camp du bien et de la vérité a [...] conduit les partisans du ‚oui‘ à commettre une première erreur stratégique: celle de ne pas prendre la peine de structurer la campagne référendaire autour de thèmes et sous des angles favorables à leur cause. [...] La première intervention du président de la République dans la campagne restera à cet égard un cas d’école. Plutôt que de cadrer le débat tout en exposant ses vues, plutôt que d’imposer une thématique de campagne – comme il l’avait fait avec succès en 1995 (avec le thème de la ‚fracture sociale‘) et en 2002 (avec celui de la sécurité) –, il s’est en effet contenté d’une émission interactive avec un panel de jeunes Français. Ces derniers en ont profité pour placer dans cette campagne toute une série de préoccupations qui n’avaient pas grand-chose à y faire – on se souvient en particulier de la question sur la place réservée au tri selectif par la Constitution européenne... Conséquence: comme le président Chirac, la plupart des partisans

¹¹⁵⁰ Kritikpunkte waren v.a. die Auswahl der teilnehmenden Jugendlichen und die Inszenierung der Veranstaltung als Infotainment durch die Auswahl der Moderatoren, neben dem wichtigsten französischen Nachrichtenjournalisten, Patrick Poivre d’Arvor, Talkmaster, die sonst Unterhaltungssendungen moderierten. Vgl. dazu u.a. Philippe Goulliaud: „Chirac entre en scene pour relancer le oui“, *Le Figaro* 14.4.2005 sowie „Télé-Elysée“, *Le Monde* 15.4.2005.

¹¹⁵¹ „Peut mieux faire“, *Le Monde* 16.4.2005. Vgl. für weitere Pressebewertungen u.a. Philippe Goulliaud: „La leçon d’Europe de Chirac“, *Le Figaro* 15.4.2005; „Chirac en première ligne pour sauver le oui“, *Le Monde* 15.4.2005; Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac s’avoue désorienté par le ‚pessimisme‘ des jeunes“, *Le Monde* 16.4.2005 und „L’intervention présidentielle reçoit un accueil en demi-teinte“, *Le Figaro* 16./17.4.2005.

du ‚oui‘ se sont retrouvés sur la défensive, obligés de débattre sur des thèmes souvent déconcertants ou sur le terrain de l’adversaire.“¹¹⁵²

Umfragen am Tag nach der Sendung ergaben, dass die Zahl der Gegner der Verfassung mit 56% in der Mehrheit blieben.¹¹⁵³ Chiracs erster großer Auftritt in der Kampagne für die Verfassung hatte also nicht zu einer positiveren Haltung einer Mehrheit der Franzosen beigetragen.¹¹⁵⁴

2.3 Chirac als Gast der 20Uhr-Nachrichten auf France 2

Als zweite große Intervention auf nationaler Ebene war Jacques Chirac im Rahmen der Referendumskampagne am 3. Mai 2005 Gast in den 20Uhr-Nachrichten von France 2.¹¹⁵⁵ Nach seiner Diskussion mit den Jugendlichen kehrte Chirac also zu klassischeren Formen der Stellungnahme zurück und war auch inhaltlich bestrebt, einen besseren Eindruck zu hinterlassen als bei seinem Auftritt Mitte April.¹¹⁵⁶ Zum Zeitpunkt des France 2-Interviews hatten in den Umfragen seit längerer Zeit wieder die Ja-Stimmen die Mehrheit¹¹⁵⁷, was Chirac u.a. auf die intensive Debatte in Frankreich zurückführte, jedoch insgesamt nicht überbewerten wollte:

„Vous savez, les sondages ont leurs qualités et leurs incertitudes. Je ne ferai donc pas de commentaires sur les sondages. En revanche, ils indiquent autre chose qui, à mes yeux, est beaucoup plus important, c’est que le dialogue, l’étude, en France, est en train de s’élargir et de s’approfondir. Le nombre des Françaises et des Français qui, à l’évidence, s’intéresse à cette Constitution, à ce projet d’avenir, va, sans aucun doute, croissant. Et cet intérêt les conduit, en particulier, à prendre connaissance de l’ensemble des éléments. C’est cela qui est important car c’est un signe de démocratie adulte. Le référendum est une question essentielle pour l’avenir de notre pays, mais c’est également aujourd’hui une question que les Français se sont appropriés et cela, c’est un progrès dans la démocratie. Et, de ce point de vue, j’en suis très heureux.“

¹¹⁵² Bertoncini/Chopin (2005), a.a.O., S. 179.

¹¹⁵³ Vgl. Piar/Gerstlé (2005), a.a.O., hier S. 50 sowie „Europe: le non résiste à la contre-attaque du oui“, *Le Monde* 17./18.4.2005.

¹¹⁵⁴ Im Gegensatz zu Chirac war es François Mitterrand in der Kampagne zum Maastricht-Vertrag 1992 gelungen, durch ein Fernsehduell mit Philippe Séguin, einem herausragenden Vertreter des Neins zu Maastricht, einen Meinungsumschwung zugunsten des Vertrages zu bewirken.

¹¹⁵⁵ Vgl. für die folgenden Ausführungen und Zitate Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, par Madame Arlette Chabot et Monsieur David Pujadas (Journal de 20 heures de France 2), Palais de l’Elysée 3.5.2005.

¹¹⁵⁶ Vgl. Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac multiplie les initiatives pour rallier au oui les indécis“, *Le Monde* 3.5.2005: „[...] l’atmosphère, à l’Elysée, a été assez tendu ces derniers jours, malgré un regain d’espoir. L’émission ratée du 14 avril, que M. Chirac s’est employé à justifier, tout en reconnaissant l’erreur commise - car il avait paru méconnaître les difficultés des Français [...] -, n’y est pas pour rien. Mardi à la télévision, le président devrait donc passer une session de rattrapage.“

¹¹⁵⁷ Nach 23 Umfragen in Folge, bei denen die Gegner der Verfassung vorne lagen, beabsichtigten Anfang Mai laut einer TNS-Sofres-Umfrage 52% der Franzosen, mit Ja zu stimmen, 48% mit Nein. Vgl. Philippe le Cœur: „Une majorité de Français se disent désormais décidés à voter oui“, *Le Monde* 2.5.2005 und Guillaume Tabard: „A un mois du scrutin, les partisans du oui reprennent confiance“, *Le Figaro* 2.5.2005.

Wie bei seiner Diskussion mit den Jugendlichen blieb Chirac auch bei France 2 weitgehend abstrakt, als er nach konkreten Vorteilen der Verfassung für die Franzosen gefragt wurde. Zunächst ging er auf Aspekte ein, die sich im Analyseschema den Kategorien Frieden und Werte zuordnen lassen:

„D’abord, l’Europe doit être organisée, parce qu’elle a vocation à enraciner la démocratie et la paix sur l’ensemble de notre région. Et cela, c’est capital! Cela fait des millénaires que l’on se bat. C’est dans la nature de l’homme. On s’est bien aperçu, avec la croissance des moyens de destruction massive, des conséquences désastreuses de ces situations. Les deux dernières guerres en ont été un exemple. Il fallait enraciner la paix pour léguer à nos enfants un monde en paix. Que l’on ne revoit plus jamais cela! Pour cela, il fallait enraciner la démocratie, également. C’est l’un des objectifs essentiels. Deuxièmement, cette Constitution a un certain nombre de mérites. Le premier, c’est qu’elle reprend, en réalité, toutes les valeurs qui sont celles de la France. On a dit qu’elle était d’une certaine façon, en parlant d’élargissement, la ‚fille de 1989‘, c’est-à-dire de la chute du mur de Berlin. C’est vrai. Mais elle est surtout la ‚fille de 1789‘. Ce sont toutes les valeurs de la France qui seront notamment reprises dans la Charte des droits fondamentaux qui sont le cœur même de cette Constitution. Et c’est la raison pour laquelle les Français, plus que d’autres, ont lieu d’être fiers que ces valeurs soient dorénavant la règle générale. C’est vrai aussi pour un certain nombre de notions qui étaient pour nous tout à fait essentielles. Je pense à la reconnaissance des services publics que l’on n’avait jamais faite, je pense à la reconnaissance de la diversité culturelle qui était souvent mise en cause dans le monde d’aujourd’hui et qui sont maintenant reconnues dans la Constitution. C’est un premier point.“

Weiterhin betonte er, dass durch die Verfassung der Fortbestand der Nationalstaaten und ihrer spezifischen Identitäten garantiert sei. Angesprochen ist demnach hier ebenfalls auf die Kategorie Werte, aber auch auf die Kategorie Interesse:

„Le deuxième point, c’est que la Constitution définit ‚qui fait quoi‘. Nous avons et longtemps des débats. [...] Des débats sur le point de savoir qu’est-ce que l’Europe? Est-ce que c’est un grand Etat souverain qui va se substituer à toutes les nations ou est-ce que c’est une organisation qui permet de faire, en commun, ce qui est le plus efficace à faire ensemble mais où chaque nation, chaque peuple conserve son identité? Donc, sa culture, ses intérêts, etc. Et c’est ce débat qui est tranché avec cette Constitution. On fait une Europe unie des Etats et des peuples, et non pas du tout, les Etats-Unis d’Europe. On conserve notre identité. C’est un souci qui était, en permanence, celui des Français dans la négociation depuis cinquante ans et qui est, aujourd’hui, reconnu. C’est pour nous, un très, très grand avantage et marqué notamment par l’accroissement des pouvoirs des parlements nationaux et l’affirmation du droit de subsidiarité, c’est-à-dire que naît de la compétence européenne que ce que l’on peut faire mieux ensemble, tout le reste est sous le contrôle des parlements, de la compétence des Etats. [...]“

Schließlich verwies er noch auf die Bewahrung des französischen Einflusses in Europa, der durch die Verfassung ebenfalls gesichert sei, womit ein weiterer Aspekt der Kategorie Interesse angesprochen ist:

„[...] les décisions se prennent à vingt-cinq, soit à la majorité, soit à l’unanimité, selon les cas. Mais le grand avantage de cette Constitution, c’est qu’elle reconnaît un poids beaucoup plus important à la France. Le nombre de voix dont dispose la France au Conseil européen avec la Constitution augmente de 50%. Ensemble l’Allemagne et la France, qui sont le moteur même de la construction européenne passent de 18% des voix à 30% des voix. Et ensemble les six pays fondateurs, ceux qui ont le plus de points communs, la plus grande culture européenne, c’est-à-dire la France, l’Allemagne, l’Italie et les trois pays du Benelux ont 50% des voix. C’est vous dire que si l’on n’adopte pas la Constitution, l’une des premières conséquences naturellement, c’est que non seulement on reste dans le passé, un passé par ailleurs critiqué à juste titre. Mais que l’on affaiblit considérablement la France...“

Chirac bemühte sich besonders, Befürchtungen im Hinblick auf eine Schwächung des französischen *service public* zu zerstreuen. Dessen Existenz sei durch die Europäische Verfassung explizit anerkannt und gesichert, so der Staatspräsident. Desweiteren wies Chirac die Kritik zurück, mit dem neuen Amt des Europäischen Außenministers sei es nicht mehr möglich, von der Außenpolitik anderer europäischer Staaten abzuweichen, wie es Frankreich beispielsweise im Irak-Konflikt getan habe. Chirac versicherte den Franzosen, die Position seines Landes weiterhin unabhängig vertreten zu können, da die Entscheidungen im Bereich der GASP weiterhin einstimmig getroffen werden müssten. Im Falle von nicht überbrückbaren Differenzen zwischen den EU-Partnern sei die Folge, dass keine europäische Position gefunden werden könne. Ein Zwang zur Kompromissfindung bestehe nicht, so Chirac. Für die Themen, bei denen Einigkeit bestehe, sei es jedoch für die EU von großem Vorteil, international mit einer vom Außenminister verkörperten Stimme zu sprechen, so der Präsident weiter.

Chirac wies die Argumentationslinie der Verfassungsgegner deutlich zurück, die ihr Nein mit ihren europäischen Überzeugungen begründeten und nach einer Ablehnung der Verfassung auf Neuverhandlungen oder einen „Plan B“ setzten. Diese Alternativen seien nicht realistisch, so Chirac:

„[...] voter ‚non‘ cela veut dire quoi? Cela veut dire, d’abord, interrompre cinquante ans de construction européenne. Cela veut dire ensuite revenir aux textes actuels, dont chacun connaît l’insuffisance ou l’inadaptation. Cela veut dire enfin qu’on laisse le champ libre à tous les porteurs de la philosophie d’une Europe zone de libre échange, et non pas d’une Europe socialement organisée. Cela veut enfin dire que l’on affaiblit la France en ne faisant pas en sorte qu’elle puisse compter davantage par les voix qu’elle représente au Conseil. [...] Je crois que, vraiment – et je respecte l’avis de tout le monde, je comprends parfaitement que l’on ne soit pas européen – on ne peut pas dire ‚je suis européen et je vote ‚non‘ à la Constitution‘. Je vous le dis très franchement, ça, ce n’est pas possible. Ce n’est pas convenable. Alors, ceux qui le disent, nous disent ‚Mais si la France vote ‚non‘, toutes les procédures de ratification vont s’arrêter‘. Absurde! Tous les pays ont naturellement prévu des procédures de ratification, des dates, et ils iront au terme de leurs procédures, bien entendu. C’est vraiment d’ailleurs une position particulièrement méprisante, ou arrogante, que de dire ‚si on s’arrête, tout le monde s’arrête‘. Deuxièmement, j’entends dire parfois que l’on va renégocier. La plupart des

autorités européennes, la Présidence luxembourgeoise du Conseil, les Allemands, ont tous répondu que ce n'est pas vrai. Comment peut-on renégocier? [...] Il n'y a pas l'ombre d'une chance - tous ont réagi, tous les chefs d'Etat et de gouvernement et le Parlement européen ont réagi de cette façon -, ce n'est pas envisageable. La renégociation, cela n'existe pas. J'entends dire qu'il y a un ‚plan B‘, mais il n'y a jamais eu de ‚plan B‘, naturellement.“

Für die Position Frankreichs auf internationaler Ebene wäre ein Nein beim Referendum in sehr grundsätzlicher Weise ein schlechtes Signal, so Chirac weiter:

„J'ajoute que [...], imaginez que la France dise ‚non‘. Elle serait probablement l'un des rares, ou le seul, à dire ‚non‘. Quelle serait demain la position de la France dans les Conseils européens pour défendre ses intérêts et ses valeurs? Quelle serait demain la position de la France au G8, où l'on va parler des problèmes essentiels sur le plan de l'environnement et du développement durable, des problèmes essentiels sur le plan de l'aide au développement? Quel sera le poids de la France, quelle sera la voix de la France? Quelle sera la voix de la France à l'ONU en septembre, lorsque l'on va parler de tous les problèmes d'aide au développement, qui sont des problèmes vitaux pour l'avenir de l'Humanité, et pour une certaine éthique qui est la nôtre, et dont nous sommes porteurs? Que pourra-t-on dire?“¹¹⁵⁸

Inhaltlich blieb Jacques Chirac auch bei seiner zweiten großen Stellungnahme in der Kampagne zum Verfassungsvertrag unbestimmt und nur an traditionellen französischen Europavorstellungen orientiert. Auch im Interview mit France 2 fehlte es an einer detaillierten Argumentation des Präsidenten, die den Franzosen die Vorteile der Verfassung für ihr tägliches Leben und in Reaktion auf ihre wichtigsten Sorgen und Probleme näher gebracht hätte. Erneut nahm die Darstellung dessen, was im Falle einer Ablehnung der Verfassung durch Frankreich geschehen würde bzw. was in diesem Fall für Frankreich alles nicht mehr möglich sei, großen Raum ein. Die Notwendigkeit, beim Referendum mit Ja zu stimmen, wurde also weiterhin mehr negativ begründet als positiv vermittelt. Auch wenn Chiracs Auftritt allgemein besser bewertet wurde als seine Diskussion mit den Jugendlichen, leistete er weiterhin keinen entscheidenden Beitrag zu einer dauerhaften Dominanz der Befürworter der Verfassung an der Spitze der Umfragedaten.¹¹⁵⁹

¹¹⁵⁸ Vgl. zu diesem Punkt auch Chiracs Äußerungen beim Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Schröder und dem polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski im Rahmen des Weimarer Dreiecks: Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Sommet tripartite du Triangle de Weimar, Nancy 19.5.2005.

¹¹⁵⁹ Vgl. zum France 2-Interview Chiracs u.a. Philippe Goulliaud: „Chirac célèbre une Constitution ‚fille de 1789‘“, *Le Figaro* 4.5.2005 und Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac: ‚On ne peut pas dire je suis européen et voter non‘“, *Le Monde* 5.5.2005.

2.4 Weitere Stellungnahmen Chiracs

Bei mehreren weiteren Gelegenheiten äußerte sich Chirac im Verlauf der Monate April und Mai zu einzelnen Aspekten der Verfassung.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bei einem Besuch des deutsch-französischen Ausbildungszentrums für Helikopterbesatzungen TIGRE in Le Luc de Provence erläuterte Chirac am 19. April die wichtigsten Fortschritte, die, seiner Ansicht nach, mit der Verfassung im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik erreicht werden könnten.¹¹⁶⁰ Chirac sah in mehreren Bereichen neue Möglichkeiten für den Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit durch die Verfassung. Explizit nannte der Präsident die in der Verfassung festgeschriebene Solidaritäts- und Beistandsprinzip der EU-Staaten untereinander, sowohl bei einem militärischen oder terroristischen Angriff als auch bei Industrie- oder Naturkatastrophen. Weiterhin betrachtete Chirac die durch die Verfassung geschaffenen Möglichkeiten zu verstärkter Zusammenarbeit auch im Bereich der ESVP insbesondere für Deutschland und Frankreich als Chance, hier voranzuschreiten. Außerdem identifizierte Chirac die in der Verfassung festgehaltene Zielsetzung der Stärkung der industriellen und technologischen Basis der europäischen Verteidigungsindustrie und der Definition einer europäischen Rüstungspolitik als entscheidende Schritte nach vorne. Chirac gab also, ohne es explizit zu nennen, das Ziel eines strategisch und militärisch unabhängigen *Europe puissance* auch in einer erweiterten Union mit der Verfassung als Grundlage nicht auf. Mit dem Verweis auf die verstärkte Zusammenarbeit als Weg zur Umsetzung der französischen Vorhaben blieb es jedoch bei der französischen Präferenzierung der eigenen politischen Ziele vor einem gesamteuropäischen Fortschritt. Die Schwierigkeiten in einer Union der 25, die sich bereits bei mehreren Gelegenheiten in diesem Politikbereich abgezeichnet hatten, blieben außen vor.

Wirtschafts- und Sozialpolitik und mögliche Konsequenzen eines französischen Neins

Vor der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer betonte Chirac am 26. April die sich durch die Verfassung ergebenden Möglichkeiten, Europa wirtschaftlich weltweit konkurrenzfähig zu halten.¹¹⁶¹ Gleichzeitig wies Chirac erneut auf die Wertebasis der

¹¹⁶⁰ Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la visite de l'école franco-allemande 'Tigre' au Luc en Provence (Var), 19.4.2005.

¹¹⁶¹ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du 50e anniversaire de la Chambre Franco-Allemande de commerce et d'industrie, Paris 26.4.2005.

Verfassung hin, die es erlaube, die Union nicht als reinen Markt zu sehen, sondern den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft entsprechend zu gestalten. Die Aspekte der Vertretung französischer Interessen und des Schutzcharakters der Europäischen Union besonders im sozialen Bereich (*Europe protection*) fanden sich in diesen Verweisen ebenso wie die französische Sicht auf die Union als Wertegemeinschaft. Folgerichtig lag der Schwerpunkt von Chiracs Argumentation bei der Pressekonferenz nach dem deutsch-französischen Ministerrat Ende April auf der Übereinstimmung französischer Vorstellungen von Europa mit der in der Verfassung festgeschriebenen Vision:

„Dire ‚oui‘ à cette consultation sur le Traité constitutionnel, c’est d’abord dire ‚oui‘ à une Europe qui reprend les valeurs traditionnelles qui, depuis 1789, sont celles de la France mais qui, aussi, les consacre à l’échelon de l’Union toute entière [...]. Une Europe qui définit clairement – et pour la première fois – qui fait quoi en Europe: cette constitution est ce que nous avons toujours voulu obtenir. [...] Enfin, une Europe qui rééquilibre la construction européenne, notamment en la faisant passer davantage de l’économique vers le social, notamment par la prise en compte des exigences sociales. [...] Et dire ‚oui‘ c’est également augmenter de près de 50% le nombre de voix dont la France dispose au sein du Conseil et donc son pouvoir. [...] Dire oui, c’est également permettre à l’Europe de peser davantage dans le monde pour défendre ses intérêts, mais aussi ses valeurs, ce qui est essentiel pour exister. [...] Mais c’est aussi renforcer notre capacité à être solidaires dans l’épreuve par la politique européenne de défense et par les mesures prévues par le Traité, qui affirme la solidarité des pays européens en cas d’agression de l’extérieur et surtout en cas de terrorisme, ce qui, hélas, est une hypothèse qui ne peut pas être exclue.“

Vor allem wies er aber auch deutlich auf die negativen Auswirkungen einer eventuellen französischen Ablehnung des Textes hin:

„Alors le 29 mai, pour la France [...] le choix sera simple: si on vote ‚non‘, on prend la responsabilité d’interrompre 50 ans de construction européenne, 50 ans de cheminement vers la paix, la démocratie, unanimement respectée et assurée et garantie à l’échelon de l’ensemble de notre continent. Et on reste à la situation actuelle que tout le monde s’accorde à estimer non satisfaisante. On laisse également, ne vous y trompez pas, le champ libre aux partisans d’une évolution ultralibérale de l’Europe. Si on vote ‚non‘, on prend également la responsabilité d’affaiblir la France – et cela c’est capital – et sa capacité à défendre ses intérêts et ses valeurs dans l’Europe et dans le monde de demain. En revanche, voter ‚oui‘, c’est renforcer la France, c’est défendre les Françaises et les Français, c’est être fidèle à la vocation et à l’ambition de notre pays sur le plan intérieur comme sur le plan international. Voter ‚oui‘, c’est aussi renforcer l’Europe, c’est faire le choix d’une Europe plus sociale, plus indépendante, plus puissante dans laquelle, je le répète, le poids de la France aura été sensiblement augmenté.“¹¹⁶²

Die Aufzählung dessen, was ein französisches Nein zur Verfassung bedeuten würde, orientierte sich ebenso wie die Darstellung der Vorteile des neuen Vertrages an den

¹¹⁶² Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d’Allemagne, lors du 5ème Conseil des ministres franco-allemand, Palais de l’Elysée 26.4.2005.

traditionellen Vermittlungskonzepten zu Europa. Das auf einer in Frankreich von Politik und Gesellschaft geteilten Basis geschaffene Europa werde durch die Verfassung festgeschrieben, so Chiracs Argumentation. Durch eine französische Ablehnung der Verfassung würde dieses Modell jedoch entscheidend geschwächt und wäre in seiner Existenz gefährdet, so Chirac weiter. Ähnlich wie bei der Erweiterung war die Argumentation also eher darauf ausgerichtet, was nicht eintreten dürfe als darauf, eine positive Gestaltungskraft zu entwickeln.¹¹⁶³ Erneut fand sich in Chiracs oben angeführten Ausführungen auch wieder das Eingehen auf die Argumente der Verfassungsgegner, indem er vor der Dominanz eines neoliberalen Modells in Europa warnte. Diese Argumentation spielte jedoch, wie bei der Bolkestein-Richtlinie gesehen, eher den Verfassungsgegnern in die Hände, statt ihre Position zu schwächen. Indem er Teile der Position des Nein-Lagers aufnahm, wertete der Präsident diese indirekt auf.

Kulturpolitik

Bei den „Rencontres pour l'Europe de la culture“ Anfang Mai 2005 in Paris sprach Chirac über die Fortschritte im Bereich der Kulturpolitik, die sich seiner Einschätzung nach durch die Verfassung erreichen ließen.¹¹⁶⁴ Wichtig war für Chirac vor allem die in der Verfassung festgeschriebene Betonung eines gemeinsamen kulturellen Erbes in Europa bei gleichzeitiger Anerkennung der kulturellen Vielfalt als Bereicherung und Chance. Handelsabkommen im Kulturbereich, beispielsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation, blieben durch die Festlegungen der Verfassung in der EU weiterhin unter dem Vorbehalt der Einstimmigkeit, so Chirac. Damit habe Frankreich die von ihm seit mehreren Jahren geforderte „kulturelle Ausnahme“ auch in der Verfassung durchsetzen können.¹¹⁶⁵ Durch eine klare Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und EU bleibe es außerdem einzelnen Mitgliedsstaaten weiterhin möglich, Projekte auf nationaler Ebene gezielt zu unterstützen, auch finanziell, was für Frankreich ebenfalls von großer Bedeutung sei. Ähnlich wie bei

¹¹⁶³ Vgl. dazu auch die Einschätzung von Maurer et al. (2006), a.a.O., S. 43: „Ein Blick auf die Wahlmotivation der VVE-Befürworter verrät auch, dass es sich bei der ‚Oui‘-Kampagne zum großen Teil um negativ gelagerte Argumente handelte (nach einer IPSOS-Umfrage stand an dritter Stelle der meistgenannten Gründe für ein ‚Oui‘, das ‚ein Sieg des Non Frankreichs Einfluss in Europa vermindern‘ würde). Dies war Teil eines größeren Problems der Kampagne der Befürworter, die sich vom gegnerischen Lager mehr und mehr in die Defensive drängen ließen: Während die Befürworter des VVE zum größten Teil nur die Konsequenzen eines ‚Non‘ darlegten und somit nur noch für ein ‚Non zum non‘ warben, konnten sie die Wähler nicht überzeugen, dass eine gescheiterte Ratifikation einem Stillstand der gesamten Europäischen Integration gleichkommt (80% der Befragten glaubten nach IPSOS nicht daran) oder dass eine Neuverhandlung des Vertrages außer Frage stünde (55% glaubten an einen ‚Plan B‘).“

¹¹⁶⁴ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors des ‚Rencontres pour l'Europe de la culture‘, Palais de l'Elysée, 2.5.2005.

¹¹⁶⁵ Vgl. zur „kulturellen Ausnahme“ bzw. zur „kulturellen Vielfalt“ Serge Regourd (2004): *De l'exception culturelle à la diversité culturelle. Problèmes politiques et sociaux*, Paris.

anderen Politikbereichen ging es Chirac in seiner Darstellung der kulturpolitischen Aspekte der Verfassung v.a. darum, deren Vorteile für Frankreich festzuhalten. Diese bestanden beim Thema der *exception culturelle* in Europa in einer Bewahrung eines französischen Privilegs, einer französischen Sonderstellung, die Frankreich seit Jahren gegen alle Widerstände seiner europäischen Partner durchsetzte. Auch hier bestand also der von Chirac geschilderte Vorteil der Verfassung v.a. darin, einen wesentlichen Bestandteil des für Frankreich positiven Modells europäischer Integration bewahrt und nicht darin, einen gesamteuropäischen Fortschritt erreicht zu haben.

France d'Outre-Mer und Agrarpolitik

In einem Interview mit ‚Réseau France Outre-Mer‘ wandte sich Chirac gezielt an die Franzosen in den Überseedepartements, um auch ihnen die Bedeutung der Europäischen Verfassung nahezubringen.¹¹⁶⁶ Chirac betonte hier besonders die in der Verfassung festgeschriebenen finanziellen und strukturellen Hilfen für Gebiete in Randlagen, also auch für die Überseeterritorien Frankreichs.

Am 21. Mai richtete sich Chirac in einem Interview mit der landwirtschaftlichen Fachpresse an die französischen Bauern und erläuterte die Folgen der Verfassung für die Gemeinsame Agrarpolitik.¹¹⁶⁷ Chirac betonte zunächst, dass die Prinzipien und die Ziele der für Frankreich sehr vorteilhaften Gemeinsamen Agrarpolitik mit dem neuen Vertrag Verfassungsrang erhielten. Weiterhin betonte er, ähnlich wie in bezug auf die Überseegebiete, dass Frankreich nur dann die Interessen seiner Bauern weiter vertreten könne wie bisher, wenn es seine einflussreiche Stellung in der EU behalte bzw. noch ausbaue durch die Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat. Sollte Frankreich die Verfassung ablehnen, sah Chirac die Gemeinsame Agrarpolitik grundsätzlich in Gefahr:

„En rejetant la Constitution, non seulement la France renoncerait à augmenter son poids politique dans l'Union, mais elle s'isolera et perdrait une grande partie de son autorité et de ses capacités de négociation avec nos partenaires. Or, un certain nombre d'entre eux guettent l'occasion de remettre en cause les avantages que nous tirons de la PAC, qui représente près de la moitié des dépenses de l'Union, dont plus de 20% pour les agriculteurs français. Les conceptions de nos partenaires les moins attachés à l'organisation des marchés agricoles conduiraient à une dérive rapide de la PAC, voire à son démantèlement, parce que nous serions isolés et affaiblis. [...] Depuis l'origine, la PAC est identifiée aux intérêts français. Si la France vote contre le projet de Constitution, nous ne serons plus crédibles sur les dossiers agricoles vis-à-vis de nos partenaires européens.“

¹¹⁶⁶ M. Jacques Chirac, Président de la République, invité du Réseau France Outre-mer (RFO) interrogé par Stéphane Bijoux: ‚L'outre-Mer et la Constitution européenne‘, Palais de l'Elysée 20.5.2005.

¹¹⁶⁷ Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à la presse départementale agricole, Palais de l'Elysée 21.5.2005.

Mit den Übersee Franzosen und den Landwirten wandte sich Chirac an zwei besondere Interessengruppen innerhalb der französischen Öffentlichkeit. Beiden versprach er die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien, wenn sie der Verfassung zustimmten. Anderenfalls sehe er sowohl einige der Vorteile der Überseegebiete als auch den Bestand der Gemeinsamen Agrarpolitik, die sich ebenfalls deutlich zum Vorteil Frankreichs auswirke, in Gefahr, so der Präsident. Auch hier ging es also wieder um die Sicherung des *Status quo* und um die Bewahrung der bestehenden Integrationsgrundlagen der EU auch im neuen Rahmen der Verfassung. Die Weiterentwicklung der Integration stand auch bei diesen Beiträgen Chiracs nicht im Fokus.

Abschließende Erklärung des Präsidenten zum Ende der Referendumskampagne

Unmittelbar vor dem Referendum, am 26. Mai, wandte sich Chirac in einer Erklärung noch einmal an alle Franzosen.¹¹⁶⁸ Er fasste die aus seiner Sicht wichtigsten Fragen an die Verfassung zusammen und beantwortete sie in einem für Frankreich positiven Sinne:

„Le Traité rend-il la France plus forte en Europe? Oui, notre pays sera plus influent. [...] Le Traité conforte-t-il notre modèle social? Oui, parce qu’il met le progrès social et le plein emploi au cœur de toutes les politiques en Europe. [...] Oui, notre modèle social est conforté parce que nous avons obtenu que nos services publics soient enfin reconnus par l’Europe. [...] Le Traité rend-il l’Europe plus démocratique, plus respectueuse des Nations, plus proche des citoyens? Oui, parce qu’il dit clairement que l’Europe doit intervenir là, et seulement là, où elle est la plus efficace. Oui, parce qu’il donne plus de pouvoirs au Parlement européen, aux Parlements nationaux et aux citoyens, c’est-à-dire à chacun d’entre vous. Et j’ai voulu aussi que vous revienne la décision souveraine sur la question des frontières de l’Europe. La Constitution française a été modifiée pour cela. A l’avenir, aucune nouvelle adhésion, et je pense en particulier à la Turquie, ne pourra se faire sans que vous l’ayez acceptée par référendum. Le Traité va-t-il apporter de nouvelles protections aux Européens? Oui, nous franchissons des étapes essentielles: la défense commune, la lutte contre le terrorisme et le crime organisé, l’environnement, la protection contre les épidémies, le contrôle des frontières et la lutte contre l’immigration irrégulière.“

Weiterhin präsentierte Chirac die Verfassung erneut als notwendige Antwort Europas auf eine veränderte Welt und als einzige Möglichkeit für die europäischen Staaten, in dieser zu bestehen und ihren wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Herausforderungen zu begegnen. Schließlich rief er auch wieder die Konsequenzen in Erinnerung, die für Frankreich und für Europa drohten, wenn Frankreich die Verfassung ablehne. Chiracs Erklärung endete

¹¹⁶⁸ Für die folgenden Zitate und Ausführungen vgl. Déclaration aux Français de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, 26.5.2005.

mit dem Versprechen, dem im Verlauf der Referendumskampagne deutlich gewordenen Unmut der Franzosen Rechnung zu tragen, also innenpolitische Konsequenzen zu ziehen:

„Mes chers compatriotes, durant ce débat, il n’a pas seulement été question de l’Europe. Des inquiétudes et des attentes se sont exprimées. J’en ai pleinement conscience. J’y répondrai en donnant une nouvelle impulsion à notre action. Pour plus de solidarité. Pour plus de dynamisme. Pour mieux faire vivre notre pacte républicain. Mais dimanche, c’est de l’Europe et de l’avenir de la France en Europe qu’il s’agit. C’est une responsabilité historique qui engage chacun de nous. Faisons le choix de la confiance en nous-mêmes. Faisons le choix d’une France forte. Dimanche, chacun aura entre ses mains une partie du destin de la France.“

2.5 Zusammenfassende Bewertung der Interventionen Chiracs in der Referendumskampagne

Traditionelle Kommunikationsmuster und Vermittlungskonzepte

Die Zusammenstellung der verschiedenen Interventionen Chiracs während der Referendumskampagne im Frühjahr 2005 bestätigte mehrere der bereits bei der Analyse seiner beiden großen Fernsehauftritte als problematisch identifizierten Punkte. Zunächst ist auch bei den oben zitierten Gelegenheiten die Konzentration auf traditionelle Denk- und Vermittlungsmuster französischer Europapolitik festzuhalten. Es verfestigte sich der Eindruck einer hauptsächlich auf Stabilität und Statuswahrung ausgerichteten Politik Frankreichs, die den veränderten Rahmenbedingungen in Europa nur bedingt Rechnung trug bzw. Rechnung zu tragen in der Lage zu sein schien.

Insgesamt war an der gesamten Präsentation der Verfassung durch ihre Befürworter, und damit auch den Präsidenten, schwierig, dass die zur Abstimmung aufgerufenen Franzosen beim Referendum nur Ja oder Nein zu einem bereits beschlossenen Text sagen, an diesem aber durch ihre Stimme nichts mehr verändern konnten.¹¹⁶⁹ Damit war die Abstimmung im Verständnis vieler Franzosen kein politischer Akt mehr. Statt dessen sahen viele Verfassungsgegner in einem Nein eine bessere Möglichkeit, als politisches Subjekt in Erscheinung zu treten und die Entwicklungen auf europäischer Ebene zu beeinflussen. Einige Vertreter des Nein-Lagers forcierten diese Haltung durch den Verweis auf einen „Plan B“, der im Falle eines französischen Nein diskutiert würde. Auch wenn sich die

¹¹⁶⁹ Vgl. zu diesem Aspekt die Darstellung von Jean-Christophe Cambadélis: „Le 13 juillet 2003, Valéry Giscard d’Estaing, transformé pour l’occasion en Abbé Sieyès, annonçait au monde ébahi... *habemus* une constitution européenne. L’ancien Président de la République rompait avec la théorie de l’engrenage de Jean Monnet, celle où chaque petit pas préparait l’avancée collective suivante. Pour Giscard, il s’agissait de l’avancée décisive. Mais ce fait imposé aux peuples, malgré la forme conventionnelle, cette mise au pied du mur de la France, intervenait au moment même de l’élargissement aux pays de l’Est. Le débat n’était plus libre, il était faussé. Le peuple n’y avait pas participé. La faute vint du désir, du plaisir de présenter comme un fait indiscutable et historique ce qui n’était qu’un compromis. Lorsque l’on propose la ‚France en grand‘, on ne peut lui imposer un point d’équilibre entre les nations.“ Jean-Christophe Cambadélis: „Pourquoi le ‚non‘ a été irrésistible“, in: Finkelstein (Hg.) (2005), a.a.O., S. 26-36, hier S. 29. Kursivsetzung im Original.

Verfassungsbefürworter bemühten, diese Darstellung als Fiktion zu entlarven, spielte sie im Verlauf der Kampagne eine nicht zu unterschätzende Rolle.¹¹⁷⁰ Dies galt umso mehr, als die Befürworter der Verfassung, wie oben bereits angedeutet, schnell in eine defensive Position gerieten und wesentliche Teile ihrer Argumentation, wie auch bei Chirac gesehen, darin bestanden, die negativen Konsequenzen eines französischen Nein darzustellen und in gewisser Hinsicht auch zu dramatisieren. Je stärker die Darstellungen der Befürworter sich jedoch auf Schwarzmalerei und Drohungen mit erheblichen negativen Konsequenzen im Falle eines französischen Nein ausrichteten, desto schwächer und unglaubwürdiger wurde ihre Haltung und desto mehr vermuteten viele Franzosen, dass ihnen möglicherweise bestimmte Aspekte verschwiegen würden. Den Unterstützern der Verfassung gelang es nicht, ein realistisches Bild der europäischen Integration zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu zeichnen, das durchaus auch negative Aspekte beinhaltete, in dem jedoch die positiven Seiten überwogen. Statt dessen beschränkte sich die Argumentation des Präsidenten und der anderen Verfassungsbefürworter auf die traditionellen und vermeintlich bewährten Vermittlungsmuster, die jedoch den neuen Realitäten und den Ansprüchen der Franzosen nicht mehr angemessen waren, wie auch Bertoncini und Chopin beobachteten:

„La campagne référendaire [a] en tout cas montré que les partisans de la construction européenne n’ont pas compris qu’elle avait changé d’époque et que l’angélisme n’était plus de saison. Elle n’a en effet plus pour seul but d’établir la paix sur le continent, profitant indistinctement à l’ensemble des Européens. Depuis qu’elle s’est engagée dans la mise en place d’un ‚marché unique‘, elle produit des effets ambivalents sur le plan économique et social. Quand bien même ces derniers sont ‚globalement positifs‘, ils font aussi des mécontents ou des victimes [...]. [Les] tenants du oui se [sont] montrés complètement désarçonnés lorsqu’on leur indiquait que la construction européenne comportait aussi des effets négatifs, par exemple pour les travailleurs dont les entreprises choisissaient de s’implanter en Europe centrale... Ce désarroi est largement né du fait qu’ils n’étaient guère préparés à aborder le débat de manière ouverte, en reconnaissant d’emblée que l’ ‚Europe‘ a des incidences parfois négatives, mais aussi en s’efforçant de démontrer que ses bienfaits les excèdent de beaucoup. Au lieu de quoi les partisans du oui se sont souvent acharnés à réfuter toute critique vis-à-vis de l’immaculée construction, adoptant ainsi une ligne de défense quasi intenable – et qui n’a pas tenu. C’est toujours la conviction de défendre malgré tout une juste cause qui a incité les partisans du oui à adopter parfois une posture professorale contreproductive. [...] Ce genre de posture a beaucoup déplu aux Français [...] qui étaient avant tout désireux de s’informer plutôt que d’être pris pour des élèves à qui on venait dispenser un cours de ‚questions européennes‘.“¹¹⁷¹

Jacques Chirac wusste als vermeintlich über den Parteien stehendes Staatsoberhaupt die Vermischung von Innen- und Europapolitik während der Kampagne nicht nur nicht zu

¹¹⁷⁰ Vgl. zu diesem Aspekt auch Piar/Gerstlé (2005), a.a.O.

¹¹⁷¹ Bertoncini/Chopin (2005), a.a.O., S. 180.

verhindern, sondern er argumentierte in einem paternalistischen Amtsverständnis auch mit dem Versprechen einer „Belohnung“ im Sinne von innenpolitischen Veränderungen nach einem Ausgang des Referendums mit dem von ihm gewünschten Ergebnis. Die Verschränkung der politischen Ebenen wurde somit von ihm indirekt gutgeheißen, wie besonders in seiner letzten Intervention während der Kampagne deutlich wurde.

Verfassungsdiskussion und Erweiterung

Neben den bereits genannten Aspekten fanden sich bei Chiracs Argumentationsmustern in der Referendumskampagne zahlreiche Parallelen zu seinen Äußerungen zur Erweiterung. Auch in Bezug auf die Verfassung argumentierte er häufig an den Fragen und Bedürfnissen der Menschen vorbei, folgte alten Mustern und betonte abstrakte Motive. Es ergab sich somit auch hier ein Gegensatz zwischen wenigen positiven Argumenten und einer großen Zahl an negativen Schilderungen. Das Thema Erweiterung erhielt im Laufe der Kampagne eine zusätzliche Bedeutung dadurch, dass am 25. April der Beitrittsvertrag zur EU mit Bulgarien und Rumänien unterzeichnet wurde. Beide Staaten kamen damit ihrer Aufnahme in die Union einen weiteren wichtigen Schritt näher. Die EU führte außerdem im Jahr 2005 ihre Politik gegenüber dem Westbalkan fort, mit dem langfristigen Ziel der Integration der Staaten in die Union. Auch im Umfeld des Staatspräsidenten wurde angesichts der Schwierigkeiten der Referendumskampagne durch die Vermischung von Themen anerkannt, dass die Vermittlung der Osterweiterung des Jahres 2004 nicht ausreichend gewesen war und bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag eine Rolle spielte. *Le Monde* zitierte mehrere Stimmen aus dem Umfeld Chiracs, die auf dieses Problem hinwiesen:

„Le 16 avril, cela fera deux ans, jour pour jour, que le traité d’élargissement a été signé, à Athènes. *Les gens pensent maintenant que cela c’est fait sans qu’on leur en explique les conséquences*’, note un conseiller du chef de l’Etat. *C’est l’un des non-dits de la campagne. L’élargissement pèse beaucoup plus que la Turquie. On n’a pas fait de pédagogie sur l’entrée des dix.*’, renchérit François Cornut-Gentile, le chef de file de la Boussole, club de députés chiraquiens. De plus, l’Union européenne doit bientôt négocier l’entrée de la Bulgarie et de la Roumanie. [...] Attention, ont averti quelques députés, les électeurs ont du mal à comprendre que la Constitution française a été modifiée pour qu’ils puissent se prononcer, dans dix ou quinze ans, sur l’entrée de la Turquie, mais qu’ils ne peuvent rien sur les futures adhésions qui sont déjà *„dans les tuyaux“*.¹¹⁷²

¹¹⁷² Béatrice Gurrey: „La difficile entrée en campagne de Jacques Chirac“, *Le Monde* 14.4.2005. Kursivsetzung im Original. Auch Daniela Schwarzer sah einen Zusammenhang zwischen der negativen Abstimmung über die Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden und der nicht ausreichend diskutierten und vermittelten Erweiterung der EU: „Die französischen und die niederländischen Nein-Sager haben nun noch einmal deutlich gemacht, wie stark neben Form und Ziel der Gemeinschaft auch deren Größe umstritten ist. Der Verfassungsvertrag ist Opfer einer in der gesamten EU zu einem früheren Zeitpunkt verpassten Auseinandersetzung und einer in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung gedämpften Stimmungslage geworden.“ Schwarzer (2005), a.a.O., hier S. 2.

Das Zusammentreffen der geschilderten schwierigen Entwicklungen auf europäischer und auf französischer Ebene führte, trotz aller Bemühungen des Präsidenten, dazu, dass die Franzosen am 29. Mai den Europäischen Verfassungsvertrag mehrheitlich ablehnten. Jacques Chirac war desavouiert und die Europäische Union stürzte in eine schwere Krise.

3. Die Ablehnung der Verfassung durch die Franzosen und ihre innen- und europapolitischen Folgen

3.1 Analyse des Abstimmungsergebnisses¹¹⁷³

Am 29. Mai stimmten 54,67% der Franzosen mit Nein und 45,33% mit Ja. 30,63 % der Wahlberechtigten enthielten sich, 1,75% gaben eine ungültige Stimme ab.¹¹⁷⁴ Die Europäische Verfassung war damit in Frankreich abgelehnt und auch der Ratifizierungsprozess in ganz Europa zunächst unterbrochen, zumal auch die Niederländer zwei Tage nach den Franzosen mehrheitlich mit Nein stimmten.¹¹⁷⁵ Das Ergebnis der Abstimmung über den Verfassungsvertrag ließ in Frankreich mehrere Spaltungslinien innerhalb der Wählerschaft zwischen Befürwortern und Gegnern des Vertrages erkennen.¹¹⁷⁶ Deutlich mehr junge als ältere Menschen lehnten die Verfassung ab: 59% der 18- bis 24-jährigen stimmten mit Nein, gegenüber 37% der über 65-jährigen. Dies war insofern erstaunlich, als jüngere Menschen sich in Umfragen normalerweise offen und positiv gegenüber der europäischen Integration zeigten, u.a. weil sie bereits mit ihr aufgewachsen waren. Entscheidend für das Abstimmungsverhalten der jungen Franzosen im Jahr 2005 war jedoch nicht so sehr ihr affektiv durchaus vorhandenes Zugehörigkeitsgefühl zu Europa als vielmehr ihre Sorge um die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Frankreich und um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes insgesamt, die sie durch die vermeintlich zu liberale Verfassung gefährdet sahen.

¹¹⁷³ Vgl. für die Analyse des Abstimmungsergebnisses neben den im folgenden angegebenen Quellen auch Flash Eurobaromètre: La Constitution européenne: sondage post-référendum en France, Terrain: 30 & 31 mai 2005, Publication: juin 2005 sowie IPSOS: Les sondages sortis des urnes (SSU) – Comparatif 29 mai 2005 / 20 septembre 1992, 30.5.2005, www.ipsos.fr, Zugriff 03.07.2007.

¹¹⁷⁴ Zahlen nach Daniel Boy/Jean Chiche (2005): „Les structures politiques et sociales du vote ‚Non‘“, in: Laurent/Sauger (Hg.) (2005), a.a.O., S. 92-109, hier S. 94.

¹¹⁷⁵ Vgl. zur Abstimmung in den Niederlanden u.a. Maurer et al. (2006). a.a.O., S. 56ff. und Kai-Olaf Lang/Joanna Majkowska (2005): *Die Niederlande – Europas neue Neinsager? Europapolitische Neupositionierung eines Musterlands der EU*, SWP-Aktuell 26, Juni 2005, Berlin.

¹¹⁷⁶ Vgl. für diesen Abschnitt Gilles Finchelstein (2005a): „Deuxième partie: retour sur les résultats“, in: Ders. (Hg.) (2005), a.a.O., S. 39-41 sowie Vincent Tiberj (2005): „Les clivages sociologiques“, ebd., S. 42-55; Bruno Cautrès (2005): „Une fracture générationnelle?“, ebd., S. 78-99; Gérard Le Gall (2005): „La démythification d’un ‚non‘ tribunitien“, ebd., S. 100-123; Boy/Chiche (2005), a.a.O.

Soziologisch betrachtet hatten besonders die Arbeiter und die Landwirte die Verfassung abgelehnt: 79% bzw. 70% von ihnen stimmten mit Nein, gegenüber nur 35% bei den leitenden Angestellten (*cadres*). Im Vergleich zur Maastricht-Abstimmung hatten die Nein-Stimmen in allen sozialen Schichten zugenommen, neben den Arbeitern (+18%) besonders auch bei den *professions intermédiaires* (+15%). Eine Mehrheit für den Verfassungsvertrag fand sich nur bei den Rentnern und bei den höheren Angestellten und Führungskräften. Insgesamt galt, dass Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten deutlich häufiger mit Nein stimmten als Menschen aus höheren. Geographisch gesehen hatten die größeren Städte in Frankreich deutlich mehr mit Ja abgestimmt als kleinere Gemeinden. Gilles Finchelstein sah daher einen Zusammenhang zwischen Urbanität und Offenheit für Europa („à l’urbanité correspond l’eupéanité“¹¹⁷⁷). Das Nein überwog außerdem in Zonen, in denen traditionell die Kommunistische Partei stark war, d.h. im industriell geprägten Nord-Pas-de-Calais, in einem Teil des Zentralmassivs sowie im „Midi rouge“ im Süden. Einige mediterrane Städte (Marseille, Marignane, Vitrolles) stimmten aufgrund des großen Einflusses des *Front National* dort mit großer Mehrheit mit Nein. Auch im *Département* Seine-Maritime und in der Region Aquitanien im Südwesten, wo die Wahlbezirke der sozialistischen Vertreter des Nein, Laurent Fabius und Henri Emmanuelli, lagen, waren die Gegner der Verfassung stark. Nur in vier Regionen (Bretagne, Elsass, Pays de la Loire und Ile de France) überwog das Ja, wie auch schon beim Maastricht-Referendum.

Politisch gingen die Trennlinien, wie bereits angeführt, quer durch die politischen Lager und quer durch die Parteien. 94% der Wähler der extremen Linken lehnten den Verfassungsvertrag ab, bei den Anhängern der Kommunisten sogar 98%. Auch die Anhänger der Parteien des rechten Randes stimmten mit deutlichen Mehrheiten mit Nein: 93% der *Front National*-Wähler und 75% der Wähler des MPF. Die UMP hatte es geschafft, 80% ihrer Wähler für die offizielle Parteiposition, die dem Vertrag zustimmte, zu mobilisieren, ebenso die UDF mit 76%. Weder den Sozialisten noch den Grünen war dies gelungen. Bei der PS stimmten 56% der Wähler mit Nein, bei den Grünen 60%, obwohl sich in beiden Fällen die offizielle Parteiposition für den Vertrag ausgesprochen hatte.¹¹⁷⁸ Insgesamt ließ sich bei den Befürwortern der Verfassung ein stärker nach außen gerichteter Blick beobachten, der sich auf die Rolle Europas im weltweiten Gefüge konzentrierte. Die Gegner der Verfassung

¹¹⁷⁷ Finchelstein (2005a), a.a.O., hier S. 40.

¹¹⁷⁸ Zahlen nach Maurer et al. (2006), a.a.O., S. 25. Vgl. für ähnliche Ergebnisse Flash Eurobaromètre: La Constitution européenne: sondage post-référendum en France, Terrain: 30 & 31 mai 2005, Publication: juin 2005, Commission européenne.

vertraten dagegen eher eine nach innen gerichtete Perspektive und legten den Akzent stärker auf die wirtschaftliche und soziale Situation in Frankreich als auf die europäische Ebene.¹¹⁷⁹

Sowohl in den Niederlanden als auch in Frankreich hatte die Erweiterung im Hintergrund des mehrheitlichen Nein bei den Verfassungsreferenden eine Rolle gespielt.¹¹⁸⁰ Bereits erwähnt wurden die vermeintlichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung, wie sie durch die Kampagne um den *plombier polonais* symbolisiert wurden. Die Motive der Verfassungsgegner in den beiden Ländern unterschieden sich zwar insofern, als in Frankreich soziale Fragen im Mittelpunkt standen, während in den Niederlanden mit der nationalen Souveränität verbundene Themen dominierten. Die französischen und niederländischen Verfassungsgegner stimmten jedoch in mit der Erweiterung verbundenen Zweifeln an der Zukunftsperspektive der Union überein, wie auch Jean Pisani-Ferry in seiner Analyse festhielt:

„[...] les réactions française et néerlandaise se rejoignent sans doute sur un point: l'inquiétude quant aux conséquences de l'élargissement récent et de ceux qui se dessinaient. En projet depuis quinze ans, l'entrée de dix nouveaux membres n'en a pas moins été un choc soudain qu'un discours généralement lénifiant n'a pas rendu plus rassurant. L'opinion a sans doute perçu ce que les dirigeants n'admettaient qu'à demi-mot, à savoir que la continuité institutionnelle de l'Union européenne masquait un changement de nature. Si l'entrée de dix nouveaux Etats ne s'est accompagnée d'aucune redéfinition substantielle, elle a en effet transformé un club de pays homogènes en un modèle réduit de la mondialisation. L'Europe d'aujourd'hui, et plus encore celle qui, demain, intégrera au moins la Bulgarie et la Roumanie, doit traiter *en son sein* la question du développement et celle de la concurrence entre pays de revenus très inégaux. A la question de savoir comment elle va le faire, la seule réponse donnée jusqu'ici a été: en ne changeant rien. Elle n'est pas convaincante et n'a pas convaincu.“¹¹⁸¹

Innenpolitische Konsequenzen des gescheiterten Referendums

Nach dem Scheitern des Referendums war Jacques Chirac sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene entscheidend angeschlagen. Er zog jedoch nicht die in gaullistischer Tradition logische Konsequenz seines Rücktritts, sondern beschränkte sich auf eine Regierungsumbildung und das Versprechen, der französischen Politik neuen Schwung geben

¹¹⁷⁹ Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Piar/Gerstlé (2005), a.a.O.

¹¹⁸⁰ Auch Daniela Schwarzer sah bei den Verfassungsgegnern „Vorbehalt[e] gegen die jüngste Erweiterung der EU [und] die Sehnsucht nach einem kleinen, überschaubaren Europa und einer großen Steuerungskraft aus Paris.“ und führte weiter aus: „Die Osterweiterung, die der frühere Staatspräsident François Mitterrand noch durch die Schaffung einer ‚europäischen Konföderation‘ verhindern oder zumindest aufschieben wollte, bleibt in Frankreich unverdaut. Dies wird umso deutlicher, als die finanziellen Kosten, der wachsende Wettbewerbsdruck auf Unternehmen und das politische System und der Einflussverlust Frankreichs langsam absehbar werden.“ Daniela Schwarzer (2005a): „Vom Umgang mit der Europa-Malaise. Frankreichs Europa-Politik nach dem Verfassungsreferendum“, in: *Internationale Politik* 5/2005, S. 62-68, hier S. 65.

¹¹⁸¹ Jean Pisani-Ferry (2005): „Europe: une crise qui va loin“, in: Finchelstein (Hg.) (2005), a.a.O., S. 134-143, hier S. 139. Kursivsetzung im Original.

zu wollen. Neuer Premierminister wurde als Nachfolger von Jean-Pierre Raffarin der vormalige Außen- und Innenminister Dominique de Villepin. Nicolas Sarkozy wurde neuer Innenminister und erhielt darüber hinaus den Status eines Staatsministers (*ministre d'Etat*). Chirac rückte damit von seiner Vorgabe, die eine Unvereinbarkeit des Vorsitzes der UMP mit einem Ministeramt vorsah, ab und wertete Sarkozys Stellung innerhalb des Kabinetts deutlich auf. Die von Chirac mit seiner Entscheidung für ein Referendum auch angestrebte Konsolidierung seiner eigenen innenpolitischen Situation war gescheitert. Zwar waren die Sozialisten durch die Spaltung in der Verfassungsfrage tatsächlich, wie von Chirac intendiert, geschwächt. Allerdings galt diese Feststellung auch für Chirac selbst, der mit dem Referendum seine potentiellen Chancen auf ein erneutes Antreten bei den Präsidentschaftswahlen 2007 verspielt und stattdessen die Konkurrenz in seinem eigenen politischen Lager, u.a. zwischen den beiden potentiellen Präsidentschaftskandidaten de Villepin und Sarkozy verstärkt hatte.¹¹⁸² Darüber hinaus durften sich der *Front National* und auch der Souveränist Philippe de Villiers als Sieger des Referendums fühlen. Damit war Chiracs Position im rechten Lager auch von dessen Rand aus stärker bedroht als zuvor, zumal die zentristische UDF durch ihre Unterstützung des Präsidenten ebenfalls geschwächt aus der Abstimmung hervorging.

3.2 Auswirkungen des französischen Nein auf die europäische Ebene

Unmittelbar nach Bekanntwerden des negativen Ergebnisses des Referendums gab der Staatspräsident eine Erklärung ab, in der er die Entscheidung der Franzosen akzeptierte und auf die weiterhin bestehende Verantwortung Frankreichs in und für Europa verwies. Im Sinne dieser Verantwortung wolle er seine Politik in Europa fortsetzen, so Chirac.¹¹⁸³ Am 1. Juni wandte sich Chirac in einem Brief an seine europäischen Kollegen und versicherte den Staats- und Regierungschefs die Fortdauer des europäischen Engagements Frankreichs:

„[Anrede] Dimanche 29 mai, le peuple français s'est démocratiquement exprimé et a majoritairement rejeté le Traité constitutionnel européen. Au-delà de ce que cette décision implique pour mon pays, j'ai bien conscience des conséquences que cette situation entraîne pour les partenaires de la France et pour l'Union européenne elle-même. Mais elle ne remet nullement en cause l'engagement historique et profond de la France dans la construction européenne. La France est un pays fondateur de l'Union. Elle continuera à y tenir toute sa place, dans le respect de ses engagements, et j'y veillerai personnellement. Alors que neuf pays l'ont déjà approuvé, il appartient maintenant à tous les autres Etats membres de s'exprimer à leur tour sur ce Traité. Il conviendra de prendre le temps nécessaire pour bien

¹¹⁸² Vgl. zu diesem Aspekt u.a. Medard Ritzenhofen (2005a): „Der Dauphin gegen den Favoriten. Dominique de Villepin und Nicolas Sarkozy im Wettlauf zum Elysée“, in: *Dokumente* 5/2005, S. 6-10.

¹¹⁸³ Déclaration de M. Jacques Chirac, Président de la République, à la suite du référendum sur le Traité constitutionnel européen, Palais de l'Elysée 29.5.2005.

analyser les conséquences pour l'Union du vote intervenu en France. C'est une réflexion que nous devons commencer lors du Conseil européen des 16 et 17 juin. Dès à présent, je tiens à vous réaffirmer mon souhait le plus vif de continuer à travailler étroitement avec vous, au service de l'Europe et de son avenir, et à renforcer la concertation entre nos deux pays. [Schlussformel]¹¹⁸⁴

Bei seinem Treffen in Paris mit Bundeskanzler Schröder zur Vorbereitung des EU-Gipfels verwies Chirac auf den weiterhin vorhandenen geteilten Willen Deutschlands und Frankreichs, sich gemeinsam für den Fortschritt der europäischen Integration einzusetzen. Chirac rief dazu auf, sich im Rahmen der EU zu sammeln und über die Botschaft der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden nachzudenken. Diese Botschaft verstand Chirac folgendermaßen:

„Les messages qui ont été envoyés directement, notamment par les Français et les Néerlandais, mais qui l'ont également été, d'une façon ou d'une autre, un peu partout en Europe, montrent que les Européens s'interrogent. Ils sont inquiets, pour des raisons qui sont liées à la mondialisation, à la délocalisation, au chômage, à l'immigration clandestine, inquiets de voir trop souvent une ingérence bureaucratique extérieure s'imposer, alors que ce n'est peut-être pas absolument nécessaire à leur propre Etat, à leur propre gouvernement. Bref, il y a tout de même un problème de réconciliation des Européens avec l'Europe et avec son projet. Il faut redonner confiance aux Européens, redonner le goût et l'enthousiasme à l'ensemble des Européens pour ce fantastique projet qui est, en réalité, celui qui, seul, a permis et permettra d'enraciner la paix, la démocratie, les droits de l'homme sur l'ensemble de notre continent.“¹¹⁸⁵

EU-Gipfel in Brüssel

Der EU-Gipfel in Brüssel am 16. und 17. Juni stand im Zeichen der durch das Nein der Franzosen und Niederländer ausgelösten Krise und hatte außerdem die schwierige Aufgabe, einen Kompromiss bei der Finanzperspektive für die Jahre 2007 bis 2013 zu finden. Die großen Mitgliedsstaaten waren bestrebt, ihre Ausgaben nicht erhöht zu sehen. Die neuen

¹¹⁸⁴ Lettre de M. Jacques Chirac, Président de la République, adressée à [...], à la suite du rejet du Traité constitutionnel européen par le peuple français, Paris 1.6.2005. Der Brief ging an Valdas Adamkus, litauischer Staatspräsident, Bertie Ahern, irischer Premierminister, Jan Peter Balkenende, niederländischer Premierminister, Silvio Berlusconi, italienischer Regierungschef, Tony Blair, britischer Premierminister, Costas Caramanlis, griechischer Premierminister, Mikulas Dzurinda, slowakischer Premierminister, Lawrence Gonzi, maltesischer Premierminister, Ferenc Gyurcsany, ungarischer Premierminister, Tarja Halonen, finnische Staatspräsidentin, Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister, Aleksander Kwasniewski, polnischer Staatspräsident, Jiri Paroubek, tschechischer Premierminister, Göran Persson, schwedischer Premierminister, Anders Fogh Rasmussen, dänischer Premierminister, Janez Jansa, slowenischer Premierminister, Arnold Ruutel, estnischer Staatspräsident, Gerhard Schröder, deutscher Bundeskanzler, Wolfgang Schüssel, österreichischer Bundeskanzler, Jose Socrates, portugiesischer Premierminister, Guy Verhofstadt, belgischer Premierminister, Vaira Vike-Freiberga, lettische Staatspräsidentin und an Jose Luis Rodriguez Zapatero, spanischer Regierungschef. Vgl. zu europäischen Reaktionen auf das französische Abstimmungsergebnis u.a. Georges Marion/Philippe Ricard: „L'Europe se mobilise pour prévenir la paralysie“ und Philippe Ricard: „Bruxelles redoute un durcissement de la politique européenne de la France“, beide in *Le Monde* 7.6.2005.

¹¹⁸⁵ Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'occasion de leur rencontre à Paris, 10.6.2005.

Mitglieder, besonders die mittel- und osteuropäischen Staaten, erwarteten jedoch ein gewisses Maß an finanzieller Solidarität bis zum Erreichen des wirtschaftlichen Niveaus der alten EU-Staaten. Jacques Chirac hatte bereits im Vorfeld deutlich gemacht, keine wesentliche Veränderungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik akzeptieren zu wollen. Gleichzeitig forderte er die Abschaffung des britischen Rabatts bei der Berechnung der künftigen finanziellen Ausstattung der EU. Tony Blair war jedoch nicht bereit, in diesem Punkt nachzugeben und begründete seine Weigerung mit der den aktuellen Herausforderungen nicht mehr angemessenen Verteilung der Ausgaben der EU hauptsächlich für die Agrar- und Strukturpolitik. Solange dies nicht grundsätzlich diskutiert werde, sei Großbritannien nicht zu einem Kompromiss bei seinem Rabatt bereit, so Blair. Mit dieser Haltung verschärfte Blair zwar noch die Krise der EU bzw. nutzte sie für seine Zwecke, wies aber ohne Zweifel auf ein grundlegendes Problem der EU hin.¹¹⁸⁶

Den Staats- und Regierungschefs gelang es vor dem Hintergrund dieser schwierigen Voraussetzungen nicht, sich auf einen Kompromiss zu einigen. Die Verhandlungen über die Finanzperiode 2007 bis 2013 mussten vertagt werden auf die britische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr. Das Scheitern des Gipfels zeigte das Ausmaß der europäischen Krise nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, denn von Beobachtern war allgemein erwartet worden, dass sich die Staats- und Regierungschefs in den Finanzfragen auf jeden Fall einigen würden, schon allein, um zu beweisen, dass die EU weiter funktioniere. Trotz der negativen Ergebnisse in Frankreich und in den Niederlanden beschloss der Rat die Fortführung des Ratifizierungsprozesses der Verfassung. Die endgültige Entscheidung über ihren jeweiligen Ratifizierungsvorgang blieb jedoch den einzelnen Staaten überlassen. Die EU verordnete sich weiterhin eine Phase des Nachdenkens, um die notwendigen Konsequenzen aus den französischen und niederländischen Abstimmungen zu ziehen und die richtigen Antworten auf die Fragen und Zweifel der Bürger zu finden.

Chirac sah in seiner Bewertung des Gipfels eine wichtige Veränderung im Vergleich zu früheren Zusammenkünften darin, dass einige Staaten nicht bereit gewesen seien, alle

¹¹⁸⁶ Im März hatten die Staats- und Regierungschefs bei der Halbzeitbilanz der im Jahr 2000 beschlossenen Lissabon-Strategie zur Schaffung eines dynamischen Wirtschaftsraumes feststellen müssen, dass deren strategische Ziele nicht mehr zu erreichen waren. Eine weitere Konzentration der Ausgaben der EU auf die Agrar- und Strukturpolitik statt einer Umschichtung auf zukunftsgerichtete Bereiche erschien daher den Herausforderungen und selbst gesteckten der Union in der Tat nicht angemessen. Vgl. dazu u.a. Peter Becker/Ognian N. Hishow (2005): *Der Lissabon-Prozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, SWP-Aktuell 7/2005, Berlin; Pisani-Ferry (2005), a.a.O. sowie Medard Ritzenhofen (2005): „Boulot' contre 'déclin'. Gegen die nationale Depression hilft nur mehr Arbeit“, in: *Dokumente 4/2005*, S. 6-11 und Susanne Nies (2005): „Die Kosten Europas. Frankreich, Deutschland und der ewige Streit um die Gemeinsame Agrarpolitik“, in: *Dokumente 6/2005*, S. 72-78.

notwendigen Schritte hin zu einer Kompromissfindung zu gehen.¹¹⁸⁷ Besonders die Haltung Großbritanniens hielt Chirac für problematisch, da sie auch andere Staaten zu einer harten Position geführt habe. Im mangelnden „europäischen Geist“ (*esprit européen*), wie er ihn im Verlauf des Gipfels beobachtet habe, sah Chirac ein größeres Problem als in der nicht gelungenen Einigung an sich:

„[...] l'Europe connaît une crise grave. Nous étions en réalité très près d'un accord. J'ai une certaine expérience de l'Europe et, normalement, dans le réflexe traditionnel de la famille européenne, lorsqu'on est près d'un accord, on arrive à cet accord, parce que l'esprit positif conduit chacun à faire des petits efforts nécessaires pour arriver à un accord. Cela n'a pas été le cas. C'est un point qu'il est important à prendre en compte pour l'analyser et pour, le cas échéant, en tirer les conséquences. La très grande majorité des pays étaient pour, ils étaient favorables à la dernière proposition de la Présidence qui était une proposition, je dirais, raisonnable à tous égards. Personne, naturellement, ne retrouvait la totalité de ses ambitions, de ses revendications, mais c'était une proposition raisonnable. Et pourtant, quelques pays, peu nombreux, ont refusé d'accepter le compromis, marquant ainsi, je dirais, une différence profonde par rapport au comportement passé en ce qui concerne l'esprit européen. L'enjeu était que chacun apporte une contribution raisonnable et équitable, en particulier aux dépenses liées à l'élargissement. Et je déplore pour ma part que le Royaume-Uni se soit refusé à accepter d'apporter cette part équitable et raisonnable aux dépenses de l'élargissement. Il a voulu garder l'intégralité de son chèque et cela a conduit quelques autres pays à privilégier des attitudes de surenchère, des attitudes d'intérêt strictement national au détriment de l'intérêt européen. Et c'est peut-être plus encore cette situation nouvelle en Europe qui nous préoccupe, plus encore, je le répète, que le problème stricto sensu de l'absence d'un accord sur les perspectives financières, accord qui était pourtant, bien entendu, tout à fait nécessaire. C'est un mauvais résultat pour l'Europe.“

Die Vermutung, dass mit einer Verknüpfung des britischen Rabatts mit einer Reform der Agrarpolitik eventuell eine Lösung der Finanzfragen möglich gewesen wäre, wies Chirac deutlich zurück. Gleichzeitig lobte er die kompromissbereite Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten, die bereit gewesen waren, auf bereits zugesagte Vorteile zu verzichten, um noch eine Einigung erreichen zu können. Ein Wiederaufflammen des Konflikts zwischen französischen und britischen Europavorstellungen, konzentriert in fortgesetzten Auseinandersetzungen zwischen dem britischen Premierminister und dem französischen Präsidenten, war deutlich erkennbar.

Chirac hatte sich persönlich für die beschlossene Phase des Nachdenkens eingesetzt. Er sah eine Spaltung zwischen der tatsächlichen Europapolitik und ihrer Wahrnehmung bei den Bürgern, die es zu schließen gelte:

„[Il faut] comprendre et tirer les conséquences du message transmis par les citoyens des deux pays qui ont voté non et, plus généralement, par les citoyens européens qui incontestablement

¹¹⁸⁷ Für die folgenden Ausführungen und Zitate vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République française, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 17.6.2005.

se posent des questions et qui font apparaître qu'il y a comme un hiatus entre l'Europe telle qu'elle est conduite et la perception que se font un nombre croissant d'Européens sur la réalité de cette Europe. [...] Il s'agit de comprendre pourquoi en France, en Hollande des citoyens ont voté majoritairement non. S'ils l'ont fait, c'est qu'ils ont quelques raisons qui méritent d'être examinées de près, écoutées, entendues, qu'on en tire des conclusions. Et on voit bien dans les autres pays où il n'a y pas eu de référendum ou pas encore de référendum, on sent bien qu'il y a également des questions de la même nature qui se posent. Nous avons donc l'obligation [...] d'entendre ce qui nous a été dit, de comprendre pourquoi il y a, en quelque sorte, un divorce entre l'Europe telle qu'elle se construit et l'Europe telle qu'elle est ressentie par un nombre important, à l'évidence, de citoyens européens. Et c'est cela qui est fondamental.“

4. Ein „Europa der Projekte“ als neue französische Politikstrategie

Chiracs Aussagen zu Konsequenzen des Nein beim Referendum im Interview am Nationalfeiertag und bei der Botschafterkonferenz

In den Wochen nach der Ablehnung der Verfassung war das gescheiterte Referendum Thema beim Fernsehinterview mit dem Präsidenten am Nationalfeiertag und wurde von Chirac in seiner Rede bei der Botschafterkonferenz im August angesprochen. Am 14. Juli ordnete Chirac das Nein der Franzosen ein in den größeren Zusammenhang der Unsicherheit vieler Menschen gegenüber einer sich verändernden Welt:

„Les Français ont exprimé le 29 mai des attentes, des inquiétudes face à un monde qui change très vite, qui bouleverse les comportements, face à une Europe qui est, à la fois lointaine, mais également tatillonne, parfois intrusive dans la vie de nos compatriotes ou des Européens, face à une mondialisation dont ils ne se sentent pas vraiment protégés par l'Europe. Ils ont eu le sentiment d'avoir fait beaucoup d'efforts depuis vingt ans. Ils ne sont pas convaincus d'avoir été payés en retour pour eux, mais surtout pour leurs enfants. Je crois que cette inquiétude est surtout une inquiétude à l'égard des enfants.“¹¹⁸⁸

Der Präsident gab an, trotz des negativen Ergebnisses nicht zu bedauern, sich für das Referendum als Ratifikationsweg für die Europäische Verfassung entschieden zu haben. Er sehe sich durch das Votum der Franzosen weder persönlich getroffen noch in seiner Position und Autorität geschwächt. Im Gegenteil sprach sich Chirac dafür aus, öfter als in der Geschichte der V. Republik geschehen, auf das Mittel des Referendums zurückzugreifen. Von einer häufigeren Anwendung versprach sich Chirac einen Gewöhnungseffekt, der „Irrtümer“ wie den des 29. Mai künftig ausschließe:

„[...] je considérais que dans un pays comme la France qui a besoin de renforcer sa démocratie, il n'était pas concevable de trancher un problème de cette nature sans interroger les Françaises et les Français. C'était un pas, c'était un risque mais c'était un pas dans la bonne direction pour ce qui concerne la démocratie et je souhaite que cette pratique du

¹¹⁸⁸ Entretien télévisé accordé par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la Fête nationale, Palais de l'Élysée 14.7.2005.

référendum soit dorénavant plus fréquemment utilisée. Je l'ai toujours pensé. [...] Il y a toujours un côté plébiscite d'une façon ou d'une autre dans un référendum. C'est dommage. Mais il faut petit à petit donner l'habitude aux Françaises et aux Français de répondre eux-mêmes sur les grandes questions quand il y a un problème important. Cela évitera de faire des erreurs. Peut-être cela a-t-il été le cas avec le 29 mai.¹¹⁸⁹

Bei seiner Rede im Rahmen der Botschafterkonferenz Ende August blickte Chirac bereits nach vorne auf die Weiterentwicklung der EU in einer multipolaren Welt. Er erkannte an, dass sich die Vermittlung Europas auch in Frankreich ändern müsse:

„Il nous faut [...] tenir compte des inquiétudes et des attentes qui se sont exprimées le 29 mai dernier et créer un nouveau consensus, je dirai plus encore, une nouvelle adhésion des citoyens au projet européen. Dans la perspective de la réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement organisée par Tony Blair en octobre puis du rendez-vous fixé sous présidence autrichienne, au premier semestre 2006, j'ai demandé au Premier ministre de me faire des propositions afin d'associer davantage le Parlement français mais aussi les collectivités locales, les partenaires sociaux et la société civile aux processus de décision européens. Car il nous faut proposer aux Français une autre façon de construire l'Europe, probablement plus démocratique et qui les associe mieux aux décisions qui sont celles qui concernent leur avenir.“¹¹⁹⁰

Chirac skizzierte das von Frankreich angestrebte und unter Einbeziehung der Franzosen zu verwirklichende Europa als politisches Projekt, das auf gemeinsamen Werten basiere. Wesentliche Gestaltungskriterien waren für Chirac die Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander, die Harmonisierung der einzelstaatlichen Standards mit dem Ziel der Anhebung schwächerer Systeme sowie die innere Kohäsion der Union durch funktionsfähige und den Anforderungen entsprechende Institutionen. Den letzten Punkt betrachtete Chirac auch als Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Mitglieder. Für die unmittelbare Zukunft stellte er sich ein Europa der konkreten Projekte vor, die stärker als abstrakte institutionelle Debatten die europäischen Bürger erreichen sollten. Als Beispiele nannte er eine bereits vorliegende deutsch-französische Initiative im Bereich Forschung und Innovation oder Projekte zur Industriepolitik und zur Förderung der transeuropäischen Verkehrsnetze. Ein wesentlicher Aspekt bei der Definition der Rolle Europas in der multipolaren Welt war für Chirac auch die Gemeinsame Verteidigungspolitik. Hier wünschte er sich eine Steigerung der Mittel und der Zusammenarbeit, um Europas Einfluss und seiner Strahlkraft gerecht werden zu können.¹¹⁹¹

¹¹⁸⁹ Ebd.

¹¹⁹⁰ Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de l'ouverture de la XIIIème Conférence des Ambassadeurs, Palais de l'Elysée 29.8.2005.

¹¹⁹¹ Vgl. ebd.

Chiracs erste Reaktionen auf das gescheiterte Referendum bewegten sich in den traditionellen Bahnen französischer Europapolitik. Im wesentlichen ging es weiterhin um die Sicherung der Vertretung französischer Interessen und um die Verteidigung des französischen Sozialmodells gegen liberale Tendenzen sowie um die Gestaltung der Union als wertebasierte Gemeinschaft mit globalem Einfluss auch im militärischen und verteidigungspolitischen Bereich. Diese Feststellungen galten, obwohl Jacques Chirac einige der während der Referendumskampagne zu Tage getretenen grundsätzlichen Probleme französischer (Europa-)Politik zur Kenntnis genommen zu haben schien. Mehrfach betonte er die Bedeutung einer Diskussion über die Globalisierung und ihre Folgen, die während der Referendumsdebatte eine entscheidende Rolle gespielt hatten. Auch der Vorschlag einer Konzentration auf konkrete und damit für die Bürger fassbare Projekte bei der Weiterentwicklung der Integration konnte als Reaktion auf die Zurkenntnisnahme der zunehmenden Kluft zwischen den Franzosen und Europa und auf ihren Wunsch nach Antworten auf ihre konkreten Fragen und Probleme verstanden werden. Eine grundsätzliche Neudefinition französischer Europapolitik war jedoch in Chiracs ersten Äußerungen nicht zu erkennen. Im Gegenteil zeugte es von einer gewissen Geringschätzung und Missachtung der Meinungsäußerung der Franzosen beim Referendum, wenn Chirac dessen Ergebnis als „Irrtum“ bezeichnete und davon ausging, dass solche Irrtümer zukünftig durch verstärktes „Üben“ von Referenden vermieden werden könnten.¹¹⁹² Dieser Eindruck wurde verstärkt durch die Tatsache, dass Chirac auch weiterhin nicht bereit war, persönliche Konsequenzen aus dem Ergebnis des Referendums zu ziehen, obwohl der Sieg des Nein auch als persönliche Niederlage für den Präsidenten gewertet werden musste und ein gaullistisches Amtsverständnis, das Chirac zu unterstellen war, einen Rücktritt erfordert hätte.

Informeller EU-Gipfel in Hampton Court

In einem Gastbeitrag in *Le Figaro* und zahlreichen europäischen Tageszeitungen erläuterte Chirac unmittelbar vor dem informellen EU-Gipfel in Hampton Court sein bei der

¹¹⁹² Vgl. dazu auch die Einschätzung von Bertoincini/Chopin: „Les élites européennes (qu’elles soient politiques, administratives ou académiques) ne peuvent plus espérer justifier les décisions prises à Bruxelles ni les actions conduites au nom des peuples a posteriori, en s’appuyant uniquement sur les résultats obtenus. La logique de légitimation par les seuls résultats ne permet pas de répondre à la question démocratique de l’adhésion populaire [...]. Si l’on accepte ce constat, il faut donc tirer jusqu’au bout les conséquences de ce changement d’époque de la construction européenne et en déduire la nécessité d’un changement de méthode, en renouant le fil de la démocratie et de la confiance: ce n’est pas seulement en vantant les mérites d’une ‚Europe des projets‘ qu’on y parviendra.“ Yves Bertoincini/Thierry Chopin (2006): *Un an après le non: quelle stratégie pour l’Union?*, Les policy papers de la Fondation Robert Schuman, n° 30, 29. Mai 2006, Paris, S. 3.

Botschafterkonferenz erwähntes Ziel eines Europas der konkreten Projekte ausführlicher.¹¹⁹³ Ausgehend vom gescheiterten Referendum konstatierte er keine grundsätzlichen Zweifel am europäischen Engagement der Franzosen, sondern eine auf den aktuellen Stand der Integration bezogene Unzufriedenheit und Unruhe. Auf der Basis seiner Gründungsmotive und den damit verbundenen Werten müsse Europa deutlicher machen, welche Vorteile für seine Bürger konkret mit der Integration verbunden seien, so Chirac. Der französische Präsident schlug daher eine Konzentration auf die Themen Forschung und Innovation, Klimaschutz und Kampf gegen illegale Einwanderung vor. Um die von ihm angeregten Projekte auch umsetzen zu können, müsse die EU zum einen mit den angemessenen finanziellen Ressourcen ausgestattet sein und zum anderen über handlungsfähige Institutionen verfügen, so Chirac weiter. Bezüglich des letzten Punktes sprach sich Chirac für eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses der Verfassung aus, brachte aber auch das von ihm im Jahr 2000 aufgeworfene Thema der Pioniergruppen wieder ins Gespräch.

Auch Chiracs Diskussionsbeitrag während des Gipfels in Hampton Court am 27.10. griff das Thema Europa der Projekte auf.¹¹⁹⁴ Chirac nannte fünf Herausforderungen, auf welche die EU sich konzentrieren müsse, um ihre Bürger wieder vom europäischen Projekt zu überzeugen: die Förderung von Wachstum und Arbeit, die demographische Entwicklung Europas, die Problematik der illegalen Einwanderung, der Klimawandel sowie die Stärkung der Stellung Europas in der Welt. In einem größeren Rahmen sah er die Aufgabe der europäischen Staats- und Regierungschefs darin, europäische Antworten auf die Globalisierung zu finden:

„Je remercie la présidence d’organiser cette discussion sur la façon dont l’Europe doit répondre aux défis de la mondialisation. C’est un sujet essentiel car nous devons aujourd’hui réconcilier les Européens avec le projet européen, leur montrer que l’Union est activement engagée pour répondre à leurs préoccupations. Car l’Europe est la meilleure réponse à la mondialisation. Car l’Europe constitue le cadre d’action irremplaçable pour relever ses défis. Nous y parviendrons si nous sommes rassemblés et unis. Si nous menons les nécessaires réformes tout en restant fidèles à nos valeurs humanistes et à notre modèle social. Si nous réaffirmons notre volonté de construire une Europe politique et sociale, fondée sur la solidarité, des politiques communes et une démarche d’harmonisation. Je souhaite que nos discussions d’aujourd’hui puissent déboucher sur des orientations concrètes, montrant aux citoyens que c’est bien dans leur vie quotidienne que l’Europe apporte des solutions.“

¹¹⁹³ „Force et solidarité: répondre aux attentes des Européens“, Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, parue dans ‚Le Figaro‘ et plusieurs journaux européens, Paris 26.10.2005. Der Beitrag erscheint in Le Figaro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Le Soir, De Standaard, O Phileleftheros, Politiken, El Pais, Postimees, Hufvudstadsbladet, Kathimerini, Nepszabadsag, Corriere della sera, Diena, Lieftuvos Rytas, D’Wort, The Times, NRC-Handelsblad, Rzeczpospolita, Publico, Pravo, SME, Delo, Dagens Nyheter und Financial Times. Vgl. dazu auch Nathalie Dubois: „Chirac grille la politesse à son hôte“, *Libération* 27.10.2005.

¹¹⁹⁴ Für die folgenden Ausführungen und das Zitat vgl. Propos d’intervention en séance de M. Jacques Chirac, Président de la République lors de la réunion des chefs d’Etat et de gouvernement de l’Union européenne, Hampton Court 27.10.2005.

Die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs debattierte über die von Chirac eingebrachten Themen. Konkrete Entscheidungen wurden in Hampton Court jedoch keine getroffen.¹¹⁹⁵ Chirac bemühte sich mit seinen Initiativen zu einem Europa der Projekte darum, nach dem vorläufigen Scheitern der Verfassung alternative Wege zu finden, um die Integration dennoch voranzubringen. Auf der einen Seite war dies positiv zu sehen, auf der anderen Seite stellte Chiracs Vorgehen jedoch wesentliche Ergebnisse der Arbeit des Verfassungskonvents und im Grunde genommen den gesamten Verfassungsprozess in Frage, wenn er nur einzelne Teile der dort zusammengefassten Ziele umzusetzen versuchte, statt eine neue Gesamtlösung zu suchen. Für Frankreich waren beispielsweise in Form von verstärkter Zusammenarbeit Integrationsfortschritte in seinem Sinne auch in einem kleineren Rahmen als der Union der 25 möglich. Mit der Propagierung einer solchen Alternativlösung wurde jedoch erneut deutlich, dass Frankreich die Durchsetzung seiner Interessen im Zweifelsfall wichtiger war als ein gesamteuropäisches Vorankommen.¹¹⁹⁶

Die nach dem gescheiterten Referendum eingesetzte neue Regierung unter Dominique de Villepin bemühte sich ähnlich wie der Staatspräsident ebenfalls um eine positivere Wahrnehmung Europas und der Europapolitik in Frankreich. Weder der Premierminister noch Außenminister Philippe Douste-Blazy noch die Europaministerin Catherine Colonna konnten jedoch wesentliche neue Akzente setzen. Insbesondere bei Colonna war dies auch insofern nicht verwunderlich, als sie vor ihrem Ministeramt Sprecherin von Jacques Chirac war und

¹¹⁹⁵ Vgl. auch Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement européens, Hampton Court 27.10.2005 sowie Jean Quatremer/Armelle Thoraval: „Blair ravale la façade de l'Union“, *Libération* 27.10.2005 und Dies.: „Consensus de forme au sommet des 25“, *Libération* 28.10.2005.

¹¹⁹⁶ Die neue deutsche Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel sprach sich beispielsweise gegen ein Aufschüßeln des Verfassungskompromisses aus. Vgl. Maurer et al. (2006), a.a.O., S. 49f. und Lieb/Roussel/Schwarzer (2006): a.a.O., S. 5. Dass die Durchsetzung nationaler Interessen nach dem gescheiterten Referendum im Zentrum französischer Europapolitik stehen würde, hatte Präsident Chirac auch explizit in seiner Ansprache an die Franzosen unmittelbar nach der Abstimmung am 31. Mai deutlich gemacht: „Le vote du 29 mai a ouvert, c'est vrai, une période difficile. Dans le respect du message des Françaises et des Français, la France doit agir. Car l'Europe démultiplie nos forces. On ne peut pas vouloir préserver notre modèle économique et social, on ne peut pas vouloir porter nos valeurs dans le monde sans tenir toute notre place dans l'Europe. Dans les semaines et les mois qui viennent, j'agirai, dans le respect de nos engagements, avec pour impératif la défense de nos intérêts nationaux. Avec nos partenaires, je saisirai toutes les chances possibles de renouer avec une grande ambition européenne.“ Déclaration aux Français de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur le changement de gouvernement, Palais de l'Élysée 31. Mai 2005.

dessen Positionen zu großen Teilen sicherlich inhaltlich teilte.¹¹⁹⁷

Europäischer Rat von Brüssel im Dezember 2005

Beim Europäischen Rat vom 16. und 17. Dezember gelang es den Staats- und Regierungschefs, eine Einigung über den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007 bis 2013 zu erzielen. Voraussetzung war die Bereitschaft der britischen Regierung gewesen, ihre Rückerstattungsansprüche bis Ende 2013 nach und nach abzuschmelzen. An der Konzentration großer Teile des EU-Budgets auf die Agrar- und die Strukturpolitik wurden dagegen keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Die Problematik der mangelnden Ausrichtung des EU-Budgets auf zukunftsgerichtete Politikbereiche blieb damit bestehen. Chirac zeigte sich aufgrund der britischen Zugeständnisse und der Bewahrung der wichtigen Stellung der Gemeinsamen Agrarpolitik sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Ratstreffens und mit der Zusammenarbeit mit seiner neuen Partnerin auf deutscher Seite, Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Krise in Europa sah er als überwunden an:

„Voilà, l'Europe reprend ainsi sa marche en avant. Elle avait connu une période d'incertitude, de crise. On abuse de ce mot crise, la construction européenne est l'histoire de crises permanentes et surmontées. Une fois de plus, la crise a été surmontée.“¹¹⁹⁸

Dieser Einschätzung Chiracs war sicherlich nur teilweise zuzustimmen. Die EU hatte zwar bewiesen, dass sie weiterhin funktionierte und in Sachfragen zu Kompromissen kommen

¹¹⁹⁷ Vgl. „Catherine Colonna: ‚L'Europe n'a rien à craindre d'un vrai débat démocratique‘“, *Propos recueillis par Véronique Soulé, Libération* 5.9.2005; Véronique Soulé: „Colonna, VRP de l'Union après le non“, *Libération* 24.10.2005 sowie *Ministre déléguée aux Affaires européennes: „6 mois d'action gouvernementale en matière européenne“*, 28.11.2005, www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/action_gouvernementale.pdf. Zugriff 09.11.2010. Zum Europa der Projekte vgl. auch de Villepins Rede vor der Nationalversammlung bei der Debatte zu Europa am 13.12.2005. Vgl. zu den Schwierigkeiten der französischen Politik, sich auf die neuen Bedingungen in Europa einzustellen, auch die Einschätzung von Marc Germanangue: „[...] viele Franzosen, unter ihnen wichtige politische Entscheidungsträger, [verkennen] auch nach 60 Jahren europäischer Integration die Funktionsweise der Europäischen Union [...]. [Diese Politiker denken] weiterhin in Begriffen von Machtverhältnissen [...] und glauben, dass die europäischen wie die internationalen Beziehungen ein Nullsummenspiel sind, in dem es Gewinner und Verlierer geben muss, und in dem jeder bestmöglich seine Interessen verfolgt, aber eben nicht in Kooperation mit anderen zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen, sondern auf deren Kosten – selbst, wenn es sich um ‚Partner‘ handelt.“ Marc Germanangue (2005): „Die gelähmte Nation. Welchen Platz nimmt Frankreich heute in der Welt ein?“, in: *Internationale Politik* 60/2005, S. 70-75, hier S. 70. Lieb/Roussel/Schwarzer bezeichneten die Europapolitik Chiracs und der Regierung de Villepin nach dem gescheiterten Referendum als „Schönheitsoperationen statt grundlegende[r] Reformen“. Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 26ff. Die Regierung de Villepin geriet im Herbst 2005 auch innenpolitisch erheblich unter Druck, nachdem in der Pariser Vorstadt Clichy-sous-Bois zwei Jugendliche auf der Flucht vor der Polizei in einer Transformatorenstation ums Leben gekommen waren. In der Folge brachen in ganz Frankreich und besonders in der Pariser Banlieue heftige Krawalle und Unruhen aus, die das ungelöste Problem der Integration von Einwandererkindern in das gesellschaftliche Leben Frankreichs und besonders in den Arbeitsmarkt auf dramatische Weise deutlich werden ließen. Die Regierung rief den Notstand aus und besonders Innenminister Sarkozy versuchte, sich mit einer harten Linie gegenüber den protestierenden und randalierenden Jugendlichen zu profilieren. Vgl. Berthold (2007), a.a.O.

¹¹⁹⁸ Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de décembre 2005, Brüssel 17.12.2005.

konnte. Die grundsätzlichen Fragen, die durch die gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden aufgeworfen worden waren, blieben jedoch ungelöst und auch die Erweiterung war weder in den einzelnen Mitgliedsstaaten noch in der EU als Ganzes verarbeitet.¹¹⁹⁹ Frankreich war durch die Ablehnung der Verfassung in seiner Stellung innerhalb der Union deutlich geschwächt, v.a. auch dadurch, dass mit Chirac der Initiator der Abstimmung, der somit den größten Teil der politischen Verantwortung dafür trug, weiterhin im Amt war. Von Chirac waren weder unmittelbar nach dem gescheiterten Referendum noch mittelfristig wichtige europapolitische Initiativen zu erwarten und auch die neue Regierung de Villepin konnte in den ersten Monaten ihrer Amtszeit keine überzeugenden Vorschläge vorweisen. Zu einer ähnlichen Einschätzung kamen auch Maurer et al. und sahen wegen der zunehmenden Konzentration auf die Vertretung nationaler Interessen in der französischen Europapolitik eine schlechte Perspektive für eine aktive französische Beteiligung am Vorschreiten der Integration:

„[Es] ergibt sich ein gefährliches Zusammenspiel von verstärkter französischer Interessenvertretung auf europäischer Ebene mit der gleichzeitigen Konzentration auf innenpolitische Problemlagen. Die Sonntagsreden zu Europa entsprechen immer weniger den tatsächlich zunehmend protektionistischen und auf die Nation bezogenen französischen Politik. Die französische politische Elite distanziert sich auf diese Weise immer mehr vom europäischen Integrationsmodell. Dem gemeinsamen Vorschreiten in einem derzeit orientierungslosen Europa kann dies nicht zuträglich sein.“¹²⁰⁰

Auch in Bezug auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses war in Frankreich nach dem gescheiterten Referendum eine verstärkte Zurückhaltung zu beobachten. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien erhielt im Dezember 2005 in Brüssel den Status eines Bewerberlandes um Aufnahme in die Europäische Union. Frankreich stimmte diesem Schritt im Gegensatz zu den anderen EU-Staaten nur zögerlich zu. Voraussetzung müsse in jedem

¹¹⁹⁹ Vgl. auch die Einschätzung Werner Weidenfelds: „Die Beendigung des Finanzstreits war der Rückkehr zur Logik des Basars geschuldet: Sie folgte keiner sachlichen Reformstrategie, und alle großen Strukturfragen – allen voran die Subventionierung des Agrarmarktes – blieben ungelöst. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage der Zukunft des Verfassungsvertrages im neuen Jahr [2006] immer drängender, denn die EU braucht dringend die institutionellen Neuerungen der Verfassung, insbesondere die Optimierung ihrer Entscheidungsverfahren, um auch in Zukunft entscheidungs- und handlungsfähig zu sein.“ Werner Weidenfeld (2006): „Europa: Identität und strategische Perspektive“, in: *Europäische Rundschau* 1/2006, S. 37-46, hier S. 37.

¹²⁰⁰ Maurer et al. (2006), a.a.O., S. 47. Die deutliche Orientierung der französischen Europapolitik an nationalen Interessen nach dem gescheiterten Referendum zeigte sich auch an dem zunehmend schwierigen Verhältnis zwischen Frankreich und der Europäischen Kommission. Paris war nicht einverstanden mit der europäischen Verhandlungsführung im Rahmen der Welthandelsrunde insbesondere in Agrarfragen. Darüber hinaus gab es Konflikte aufgrund von protektionistischen französischen Tendenzen im Wirtschaftsbereich und infolge der Kritik der Kommission an ihrer Ansicht nach unzureichenden französischen Reformen im Rahmen des Lissabon-Prozesses. Vgl. dazu u.a. Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 27ff. sowie Jean Quatremer: „Barroso ou la révolte du punching ball“, *Libération* 6.10.2005 und Jean Quatremer: „Chirac et le ‚machin‘ bruxellois“, *Libération* 9.10.2005 und Jean Quatremer: „Paris et Bruxelles entonnent les champs guerriers“, *Libération* 19.10.2005.

Fall die genaue Überprüfung der Aufnahmefähigkeit der EU in institutioneller und finanzieller Hinsicht sein, so die französische Position.¹²⁰¹ Diese Haltung stellte eine deutliche Veränderung zur bisherigen Einstellung Frankreichs zur Erweiterung der EU dar. Wenn auch in jedem Fall und besonders bei der Osterweiterung 2004 Zweifel vorhanden waren und Frankreich nicht zu den stärksten Befürwortern der Aufnahme neuer Länder gehört hatte, galt dennoch eine grundsätzliche Offenheit dafür als wichtiges Element der französischen Politik. Diese Offenheit wurde jetzt überlagert von Zweifeln und Bedenken, die sicherlich ihren Ursprung zu einem großen Teil in der Referendumsdebatte und dem negativen Ausgang der Verfassungsabstimmung hatten.¹²⁰² Die deutlich zurückhaltendere französische Einstellung zur Erweiterungspolitik setzte sich auch im Jahr 2006 fort. Beim Europäischen Ratstreffen im März 2006 machte Jacques Chirac deutlich, dass Frankreich künftige Erweiterungen zwar grundsätzlich weiterhin unterstütze, aber Wert darauf lege, das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU stärker zu beachten. Chirac sprach sich dafür aus, die u.a. bei den Abstimmungen zur Verfassung deutlich gewordenen Sorgen vieler Europäer vor einer grenzenlos erscheinenden Erweiterung der Union ernst zu nehmen.¹²⁰³

5. Bilanz des Jahres 2005 und Überblick über die französische Europapolitik nach dem gescheiterten Referendum

Das Scheitern der Europäischen Verfassung in Frankreich bedeutete für Chirac im zehnten Jahr seiner Präsidentschaft seine größte politische Niederlage. Nachdem er sich 1997 durch die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung und die daraus resultierende Kohabitation schon einmal selbst entscheidend geschwächt hatte, brachte er sich 2005 mit der Entscheidung für das Referendum erneut mehr oder weniger selbstverschuldet in eine schwierige Lage. Deren Bedeutung war noch größer einzuschätzen als die Ereignisse des Jahres 1997, da das Scheitern des Referendums auch europapolitische Wirkung über

¹²⁰¹ Vgl. Véronique Soulé: „UE: Paris bloque la candidature de Skopje“, *Libération* 13.12.2005.

¹²⁰² Vgl. dazu u.a. auch die Rede des französischen Premierministers de Villepin an der Berliner Humboldt-Universität im Januar 2006 (Discours de Dominique de Villepin à l'Université Humboldt, Berlin, abrufbar unter www.premier-ministre.gouv.fr, Zugriff 24.01.2006) und seinen Redebeitrag bei der unter österreichischer Ratspräsidentschaft organisierten Tagung „The Sound of Europe“ im Januar 2006 in Salzburg, abgedruckt unter dem Titel „Europa braucht klare Grenzen“ in *Europäische Rundschau* 1/2006, S. 15-23. De Villepin machte deutlich, dass seiner Einschätzung nach die Erweiterung von 2004 nicht ausreichend vorbereitet gewesen sei und dass die eventuelle Aufnahme weiterer Staaten in die Union unbedingt auf einer klareren Definition und besseren Beachtung von Beitrittskriterien beruhen müsse. De Villepin sprach sich außerdem für eine grundsätzliche Diskussion über die Grenzen der EU aus. Vgl. außerdem, u.a. für eine kritische Bewertung der neuen französischen Zurückhaltung Daniel Vernet (2006): „Französische Widersprüche“, in: *Europäische Rundschau* 1/2006, S. 109-112. Im konkreten Falle Mazedoniens spielten sicherlich auch traditionelle französische Rücksichtnahmen auf Serbien eine Rolle.

¹²⁰³ Vgl. Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 24.3.2006.

Frankreich hinaus hatte und die Franzosen ihres Präsidenten offenbar grundsätzlich überdrüssig waren, nachdem sie ihn 2002 gegen Le Pen gegen den Willen großer Teile der Wählerschaft noch einmal bestätigen mussten.

Gescheiterter Europadiskurs des Präsidenten

In Bezug auf den Europadiskurs des Präsidenten war mit der Referendumskampagne dessen endgültiges Scheitern festzustellen.¹²⁰⁴ Die im Laufe der vorliegenden Untersuchung über die komplette Präsidentschaftszeit Chiracs festgestellte Diskrepanz zwischen europäischem Diskurs, europäischer Politik und europäischer Realität ließ sich im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Verfassung nicht mehr verschleiern.¹²⁰⁵ Wie in der Analyse von Chiracs Darstellung der Erweiterung festgestellt, ließ sich die neue europäische Wirklichkeit mit den traditionellen französischen Vermittlungskategorien kaum noch fassen. Nachdem im Zusammenhang mit der Erweiterung das Auseinanderklaffen besonders im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Stichwort *Europe puissance*, deutlich geworden war, dominierten in der Verfassungsdebatte sozialpolitische Aspekte. Damit war ein mit einer weiteren der in der vorliegenden Arbeit verwendeten Analysekategorien verbundenes Konzept, nämlich *Europe protection*, in Frage gestellt. Eine Mehrheit der Franzosen sah in der Europäischen Union im Jahr 2005 nicht mehr, wie es die Kategorie in ihrer traditionellen Verwendung beinhaltete, eine zusätzliche schützende Ebene gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung, ergänzend zu den Anstrengungen des Nationalstaats. Im Gegenteil erschien Europa zunehmend als verkleinertes Abbild der Globalisierung, mit den gleichen abzulehnenden Entwicklungen und Bedrohungen. Durch die Einbeziehung der Bolkestein-Richtlinie in die Verfassungsdebatte wurde in diesem Zusammenhang auch eine

¹²⁰⁴ Vgl. dazu auch die Einschätzung von Paul Magonette, im Jahr 2005 Präsident des Institut d'études européennes der Université libre de Bruxelles, in *Le Monde*: „La distance s'est creusée entre la conviction des élites qui ont négocié la Constitution et les préoccupations, très éloignées, des citoyens ordinaires. A propos de pédagogie, Jacques Chirac a commis la grave erreur d'affirmer que le projet de traité était la projection des ambitions de la France sur l'Europe, ce qui évidemment était faux, et les Français en ont conclu que le texte ne répondait pas à leurs attentes.“ Zitat aus „L'Union va se donner un délai, elle sait qu'il n'a y plus rien à attendre du couple Chirac-Villepin“, Propos recueillis par Thomas Ferenczi et Jean-Pierre Stroobants, *Le Monde* 10.6.2005. Lieb, Roussel und Schwarzer sprachen bezüglich des Verfassungsreferendums von einem „politische[n] Lehrstück für eine nach innen gescheiterte Europapolitik“ und sahen in der Debatte in Frankreich „ein Paradebeispiel dafür [...], wie ein nationales politisches System unter ‚EU-Stress‘ leidet und die politische Führung offensichtliche Schwierigkeiten hat, den selbst mit auferlegten Anpassungsdruck konstruktiv zu verarbeiten.“ Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 3.

¹²⁰⁵ Auch Lieb, Roussel und Schwarzer sahen in ihrer Analyse des Neins zum Verfassungsreferendum „deutliche Anzeichen dafür [...], dass das politische System Frankreichs, die politische Elite und damit auch die Öffentlichkeit die mit den EU-Verträgen eingegangenen Entwicklungen und heutige Realität der EU nicht anerkannt und verarbeitet hat. [...] der von der politischen Elite über Jahre propagierte Kurs des ‚Europe à la française‘ musste zu einer Frustration der Bevölkerung mit ‚Europa‘ führen, da die Realität Frankreichs in seiner erfolgten Einbindung in Binnenmarkt und Globalisierung offensichtlich eine andere ist als die propagierte Legende.“ Ebd., S. 6f.

klare Verbindung zur Osterweiterung gezogen: Vor allem die Aufnahme der vermeintlich sowohl in ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik am liberalen angelsächsischen Modell orientierten mittel- und osteuropäischen Staaten hatte die Europäische Union eine entscheidende qualitative Veränderung erfahren, die viele Franzosen ablehnten.¹²⁰⁶ Dennoch blieben die Franzosen grundsätzlich der europäischen Integration gegenüber positiv eingestellt. Eine unmittelbar nach dem Referendum durchgeführte Flash-Eurobarometer-Umfrage¹²⁰⁷ ergab, dass 88% der Befragten die Zugehörigkeit Frankreichs zur EU für eine gute Sache hielten (99% der Verfassungsbefürworter und 83% der Verfassungsgegner). Auch das Konzept einer europäischen Verfassung wurde nicht grundsätzlich abgelehnt. 75% der Befragten der Flash-Umfrage hielten eine Verfassung für die Weiterentwicklung der europäischen Integration für notwendig (90% der Verfassungsbefürworter und 66% der Verfassungsgegner). Eine den Wünschen und Befürchtungen der Franzosen angepasste Vermittlung Europas konnte also in Frankreich grundsätzlich davon ausgehen, auf ein positives Echo zu treffen. Präsident Chirac war es jedoch während seiner beiden Mandate offensichtlich nicht gelungen, einen solchen

¹²⁰⁶ Vgl. dazu Daniel Cohen: „Avec l’élargissement, une nouvelle image de l’Europe s’est installée dans les esprits. A l’idée d’une Europe protectrice, qui faisait partie des raisons du vote en faveur de l’euro, s’est substituée celle d’une Europe-monde qui fait entrer le loup dans la bergerie.“ Daniel Cohen: „Les sources du non“, *Le Monde* 3.5.2005 und die Analyse von Jean-Christophe Cambadélis: „Face à la mondialisation qui frappe de plein fouet l’Etat-nation français, la France veut rentrer à la maison. Elle se range, un peu en désordre, derrière la ligne Maginot d’un Etat totalement protecteur. La préférence française, à défaut d’une Europe protectrice, est devenue le non-dit dominant, qu’il s’agisse de produire, de se nourrir, de l’immigration ou de l’élargissement.“ Cambadélis (2005), a.a.O., hier S. 27. Vgl. auch die Einschätzung von Joachim Schild: „In der Vergangenheit beruhte die Zustimmung zum Projekt europäischer Integration in der französischen Bevölkerung wie in der politischen und gesellschaftlichen Elite nicht zuletzt darauf, dass die EWG/EG/EU als Verwirklichung französischer Ideale und Werte in einem erweiterten Rahmen – als eine Art ‚grande France‘ – verstanden werden konnte. Diese diskursive Gleichsetzung zwischen Frankreich und Europa wurde von den VVE-Befürwortern auch offensiv versucht. [...] Diese diskursive Gleichsetzung französischer und europäischer Identität hat allerdings erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt. So konnten die Verfassungsgegner sich die verbreitete Perzeption zu Nutze machen, dass die Union infolge der Osterweiterung wirtschaftspolitisch liberaler und außenpolitisch tendenziell atlantischer – und damit weniger ‚französisch‘ geworden sei.“ Schild (2005), a.a.O., S. 198f.

¹²⁰⁷ Flash Eurobaromètre: La Constitution européenne: sondage post-référendum en France, Terrain: 30 & 31 mai 2005, Publication: juin 2005, Commission européenne.

Diskurs zu führen.¹²⁰⁸

Parallelen zwischen dem Diskurs zur Erweiterung und der Diskussion über die Verfassung

Das Verfassungsreferendum kann als Kulminationspunkt einer Entwicklung über mehrere Jahre angesehen werden. Verfassung und Erweiterung standen für zwei die Grundlagen der europäischen Integration entscheidend verändernde Entwicklungen. Diesen enormen Veränderungen hätte sich auch der französische Europadiskurs anpassen müssen. Dass dies nicht geschehen ist, hatten zunächst die Analysen des Erweiterungsprozesses gezeigt. Die Verfassungsdiskussion bestätigte die dort gewonnenen Erkenntnisse. Den wichtigsten Veränderungen in Europa war der französische Diskurs nicht mit einer Veränderung und Ausweitung seiner Grundlagen, wie sie in den für die vorliegende Arbeit verwendeten Analysekatégorien zusammengefasst sind, begegnet. Eine Anpassung bestand nur darin, die mit den Kategorien verbundenen Konzepte in negativer Ausprägung zu verwenden und so zu formulieren, wogegen sich Frankreich aussprach. Der positive Gestaltungswille Frankreichs in Europa war deutlich schwieriger zu erkennen. Angesichts der Schwäche Chiracs¹²⁰⁹ und der innenpolitischen Verwerfungen, die das gescheiterte Referendum in Frankreich ausgelöst hatte, wurde im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2005 schnell deutlich, dass vor den Präsidentschaftswahlen 2007 von Frankreich keine wesentlichen europapolitischen Initiativen mehr zu erwarten sein würden. Sowohl die Franzosen als auch die internationalen Partner Frankreichs setzten für neue Impulse auf den Nachfolger und die Nachfolgerin Chiracs.

¹²⁰⁸ Vgl. dazu auch Lieb/Roussel/Schwarzer: „Bei der Bewertung der EU [durch die Franzosen] handelt es sich [...] immer weniger um die Unterstützung des Prinzips der ‚europäischen Integration‘ mit den allgemeinen Zielen des Friedens und der Stabilität des Kontinents (diese gelten für die Bürger als weitgehend gegeben), sondern immer mehr um die Zufriedenheit mit einem konkreten politischen Kurs und dessen spürbaren Ergebnissen. In diesem Sinne lässt sich das Scheitern der Argumentation Chiracs erklären, Frankreich dürfe aufgrund einer moralischen Verpflichtung die Fortsetzung der europäischen Integration nicht gefährden. Die französischen Wähler haben also mit der Ablehnung des VVE keine grundsätzliche Skepsis gegenüber einer Fortsetzung und einer Vertiefung der europäischen Integration, sondern ihre Unzufriedenheit mit den von ihnen erwarteten Leistungen der EU, vor allem in Bezug auf den wirtschaftspolitischen Kurs, formuliert.“

Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 21. Vgl. auch die Einschätzung von Marcel Gauchet: „Je ne crois pas qu’ on puisse continuer à parler de l’ Europe comme d’ une utopie, tellement elle s’ est chargée de réalité. Il en a résulté une paralysie du discours en sa faveur. J’ ai été frappé durant cette campagne par l’ incapacité de plaider sa cause, comme si seul le vieil argumentaire remontant à l’ époque des fondateurs était disponible, alors que manifestement il ne faisait plus l’ affaire et que, dans une situation tout à fait nouvelle, il fallait un discours tout à fait nouveau. Ce discours, les partisans du traité à droite et à gauche ont été incapables de le trouver.“ Marcel Gauchet/René Rémond: „Comment l’ Europe divise la France. Un échange“, in: *Le Débat* n° 136, September/Oktober 2005, S. 4-19, hier S. 6.

¹²⁰⁹ Neben seiner politischen Schwäche war Chirac zum Ende des Jahres 2005 auch gesundheitlich angeschlagen, da er sich Ende August/Anfang September wegen eines leichten Schlaganfalls ins Krankenhaus begeben musste. Vgl. Antoine Guiral/Vanessa Schneider (avec Stéphane Allières): „L’ hospitalisation de Chirac trouble l’ UMP“, *Libération* 5.9.2005; Eric Favereau/Antoine Guiral: „Secrets d’ Etat de santé“, *Libération* 6.9.2005; Antoine Guiral: „Chirac gère les affaires du pays depuis son lit“, *Libération* 7.9.2005 sowie Eric Favereau/Antoine Guiral: „Chirac patraque soigne sa com“, *Libération* 9.9.2005.

Dieser war nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum nur noch ein Präsident auf Abruf.¹²¹⁰

Französische Europapolitik nach dem gescheiterten Referendum

Jacques Chirac und die nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum eingesetzte Regierung de Villepin bemühten sich in der verbleibenden Zeit des Präsidentschaftsmandats von Chirac, Lehren aus dem Ergebnis der Abstimmung vom 29. Mai zu ziehen und die französische Europapolitik zum Teil neu zu definieren. In der bereits angesprochenen projektbezogenen Zusammenarbeit, für die sich Chirac bereits in der zweiten Jahreshälfte 2005 aussprach, sah er eine Möglichkeit, die schwierigen institutionellen Fragen der Verfassungsdebatte zurückzustellen zugunsten von Themen, die stärker mit dem Alltag der Franzosen verbunden waren und daher von diesen leichter angenommen werden konnten. Außerdem beträfe die Zusammenarbeit in einem „Europa der Projekte“ nicht zwingend alle 25 EU-Länder, wäre damit einfacher umzusetzen als eine Einigung mit allen EU-Mitgliedern und könnte auf diese Weise die Blockadesituation in der EU nach dem Scheitern der französischen und niederländischen Referenden überwinden helfen. Chirac brachte daher auch sein Konzept der Pioniergruppen wieder in die Diskussion. In seiner Neujahrsansprache an das diplomatische Korps im Januar 2006 sprach er sich beispielsweise dafür aus, Teile des Verfassungsvertrages, über die Konsens bestehe, aus dem Gesamttext herauszulösen und im Rahmen der bestehenden Verträge umzusetzen. Chirac bezog sich u.a. auf die Bereiche Justiz und Innere Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik sowie auf die Frage der besseren Einbindung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungsprozesse.¹²¹¹ Neben einer deutlich erkennbaren Tendenz, den Verfassungsvertrag auseinanderpflücken zu wollen, zeigten Chiracs Vorschläge zur Weiterentwicklung der Integration eine klar intergouvernementale Ausrichtung. Bei einer Verwirklichung der projektbezogenen

¹²¹⁰ Vgl. u.a. das Urteil von Marc Germanangues: „Frankreich unter Chirac ist keine gestaltende Macht mehr. Weder in der EU, wo es einer veralteten Vision seiner nationalen Interessen verhaftet bleibt, unfähig, ihr die politischen, institutionellen und finanziellen Mittel zu gewähren, um dieses ‚Europe puissance‘ zu schaffen, von dem Frankreich behauptet, es anzustreben. Noch auf globaler Ebene, wo die Mischung aus guten Wünschen und Egoismus in die Forderung einer ‚multipolaren Welt‘ mündet, deren Grundlagen mit der heutigen globalisierten Welt nicht zu vereinbaren sind.“ Germanangues (2005), a.a.O., S. 75. Vgl. auch die Einschätzung von Jean Quatremer: „La sortie de crise s’annonce lointaine car elle est moins européenne que française. C’est la France qui a dit non à l’Europe. C’est donc à elle de régler ses problèmes intérieurs, de faire des propositions. Avant 2007, rien ne se passera. L’Europe pourra-t-elle alors rattraper le temps perdu?“ Jean Quatremer: „Europe, la crise est bien là“, *Libération* 17./19.9.2005.

¹²¹¹ Vgl. Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l’Elysée 10.1.2006. Premierminister de Villepin präsentiert ein ähnliches Konzept in einer Rede an der Berliner Humboldt-Universität am 18. Januar 2006. Vgl. Discours de Dominique de Villepin à l’Université Humboldt, Berlin, abrufbar unter www.premier-ministre.gouv.fr, Zugriff 24.01.2006.

Zusammenarbeit hätte Frankreich eines der wichtigsten Grundprinzipien seiner Europapolitik in einigen Politikbereichen festschreiben, eine Vergemeinschaftung verhindern und seinen Einfluss auf europäische Beschlüsse sichern können.

Mit seiner Zielsetzung, Teile des Verfassungsvertrages aus dem Gesamttext herauszulösen, stieß Jacques Chirac auf Widerstand. Die neue deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel war gegen ein vorschnelles Aufschnüren des im Verfassungstext gefundenen Kompromisses und auch die Staaten, die bereits die Verfassung ratifiziert hatten, standen den französischen Initiativen skeptisch gegenüber.¹²¹² Den Staats- und Regierungschefs der EU gelang es zwar, beim Europäischen Rat von Brüssel im Dezember 2005 den Budgetrahmen für den Zeitraum 2007 bis 2013 festzulegen. Die Phase der Reflexion, die sich die EU nach den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden selbst verordnet hatte, wurde jedoch von den EU-Außenministern bei ihrem Treffen in Klosterneuburg bei Wien im Mai 2006 noch um mindestens ein weiteres Jahr verlängert. Auch wenn der Ratifikationsprozess fortgesetzt wurde¹²¹³, war die für die Zukunft der EU grundlegende Frage nach der Weiterentwicklung des Verfassungsprojektes bzw. zur Umsetzung seiner politischen Inhalte in welcher Form auch immer auch ein Jahr nach der französischen Abstimmung darüber weiterhin unklar. Frankreich hatte entscheidenden Anteil am Fortbestand dieser Blockadesituation, denn „[ein] Jahr nach der Ablehnung [des Verfassungsvertrages] hat[te] Frankreich noch keinen konkreten Beitrag dazu geleistet, das weitere Vorgehen mit dem EU-Verfassungsvertrag oder einer Alternative zur Umsetzung der durch den Vertrag von Nizza vorgegebenen Reformen vorzuzeichnen.“¹²¹⁴ Dies lag nicht zuletzt an der geschwächten Position von Präsident Chirac, der die politische Hauptverantwortung für das gescheiterte französische Referendum trug und von dem nach der größten Niederlage seiner beiden Amtszeiten keine Impulse mehr zu erwarten waren.

¹²¹² Vgl. für die deutsche Position u.a. Susanne Nies (2007): „French Uncertainty as a Liability for the German EU Presidency“, in: *Foreign Policy in Dialogue*, Vol. 8, Issue 21: The German EU-Presidency 2007. Priorities and External Expectations, S. 15-18; Martin Koopmann (2006): *Fondements et objectifs de la présidence allemande du Conseil de l'Union européenne*, Note du Cerfa 39, Dezember 2006, Paris sowie Michael Dauderstädt/Barbara Lippert/Andreas Maurer (2006): *Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007: Hohe Erwartungen bei engen Spielräumen*, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Vgl. allgemein zur Situation der EU ein Jahr nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden außerdem Bertoncini/Chopin (2006), a.a.O.

¹²¹³ Im Mai 2006 hatten 15 der 25 EU-Staaten die Verfassung ratifiziert: Deutschland, Österreich, Belgien, Zypern, Spanien, Estland, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Slowakei und Slowenien. Die Ratifikation ist noch offen in Dänemark, Finnland, Irland, Polen, Portugal, Schweden, der Tschechischen Republik und in Großbritannien. Frankreich und die Niederlande hatten den Verfassungsvertrag abgelehnt.

¹²¹⁴ Lieb/Roussel/Schwarzer (2006), a.a.O., S. 4.

Zwischenfazit 2003-2005: Politische und institutionelle Anpassung an die neuen Realitäten der Union der 25

Zwischen 1995 und 1998 war die Erweiterung der EU weitgehend nur als abstrakte Perspektive im Hintergrund der französischen Europapolitik präsent. Zwischen 1999 und 2002 ging es für die französische Politik darum, die konkreten Bedingungen der Erweiterung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen und der internen Vorbereitung der EU auf die Aufnahme der neuen Länder möglichst im französischen Sinne und zum französischen Vorteil zu gestalten. Dies gelang nur zum Teil. Dennoch wurden die Erweiterungsverhandlungen Ende 2002 abgeschlossen und der Beitrittsvertrag im April 2003 unterschrieben. In letzten drei Jahren des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit (2003 – 2005) ging es für Frankreich v.a. darum, seine Politik den neuen Gegebenheiten anzupassen. Angesichts der in den Jahren zuvor versäumten Veränderungen in Politik und Diskurs zur europäischen Integration und v.a. zur Erweiterung, war dies schwierig. Hinzu kamen mit den Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg und die Diskussionen über die Verfassung sowohl auf europäischer Ebene als auch in Frankreich zusätzliche Faktoren, die deutlich machten, welchen Herausforderungen sich die erweiterte EU gegenüber sah und v.a. auch welche große Schwierigkeiten Frankreich weiterhin mit dieser Perspektive hatte.

Fortgesetzte französische Schwierigkeiten mit der Verarbeitung der Erweiterungsperspektive

Die internen Spaltungen und Auseinandersetzungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg verdeutlichten in verdichteter Form die französischen Probleme mit der Erweiterung und bestätigten die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Hypothese einer unterbliebenen Anpassung von Politik- und Vermittlungskonzepten an die neuen Bedingungen in Europa. Die in ihrer Form und ihrer Wortwahl in einem negativen Sinne bemerkenswerte Entgleisung Jacques Chiracs gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten, die diesen bescheinigte, eine gute Gelegenheit verpasst zu haben, „den Mund zu halten“, wurde erklärbar durch einen Rückgriff auf die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Analysekatoren. Mit einigen von ihnen verbundene Konzepte, und damit wesentliche Elemente der französischen Europakonzeption, wurden durch die Erweiterung der Union in Frage gestellt. Im Zuge der Irak-Krise wurde dies auf europäischer Ebene zum ersten Mal anhand einer konkreten politischen Frage deutlich. Betroffen waren die Kategorien multipolare Welt, Resonanz und besonders *Europe puissance*. Die mit diesen Kategorien verbundenen Konzepte ließen sich in einer Union der 25 nur noch schwer oder gar nicht mehr umsetzen. Dies lag in einem allgemeineren Sinne an der großen Zahl der

Mitglieder und der Heterogenität ihrer Interessen. Im besonderen war darüber hinaus die atlantische Ausrichtung der mittel- und osteuropäischen Länder von Bedeutung, die ihre Sicherheitsinteressen deutlich besser durch die US-dominierte NATO geschützt sahen als durch noch im Entstehen begriffene europäische Strukturen. Der Aufbau einer unabhängigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur mit den damit verbundenen Auswirkungen auf die weltweite Rolle und Bedeutung der Europäischen Union ist jedoch grundlegender Bestandteil französischer Europapolitik seit den Zeiten de Gaulles. Die atlantische Ausrichtung der mittel- und osteuropäischen Staaten war nicht neu und wurde von diesen auch über längere Zeit offen vertreten. Umso unverständlicher war daher zunächst die harte Kritik Jacques Chiracs, die auch von zahlreichen Politikern und Journalisten als unangemessen betrachtet wurde. Mit den genannten Elementen der französischen Europavision standen allerdings für Chirac wichtige Eckpunkte seiner Politik zur Disposition, so dass er im Sinne der Vertretung französischer Interessen klar Position beziehen musste. Außerdem ging es ihm besonders in der Kontroverse mit Tony Blair auch darum, seine Zielsetzungen für die Zukunft der Union deutlich zu machen, den französischen Führungsanspruch zu betonen und die anderen Staaten vor die Alternative zwischen einem auch politisch integrierten und handlungsfähigen Europa französischer Inspiration oder einer nur wirtschaftlich orientierten Freihandelszone unter britischer Federführung zu stellen.

Im Zusammenhang mit der Fragestellung der vorliegenden Arbeit waren die Auseinandersetzungen im Kontext des Irak-Krieges ein weiterer Beleg dafür, dass die französische Europakonzeption mit den neuen Bedingungen der erweiterten Union nur schwer vereinbar war. Wesentliche Definitionselemente der französischen Herangehensweise an die Integration und wesentliche für Frankreich damit verbundene Zielsetzungen wurden in Frage gestellt, wie anhand der Kategorien multipolare Welt, Resonanz und *Europe puissance* zu erkennen war. An der Reaktion Jacques Chiracs zeigte sich jedoch, dass die französische Politik dennoch weiterhin an ihren traditionellen Vorstellungen festhielt und davon ausging, diese durchsetzen zu können. Auch an diesem Punkt zeigte sich daher erneut, dass die dringend notwendige Anpassungsleistung der französischen Politik an die neuen Realitäten in Europa nicht erfolgt war und dass scheinbar auch die Erkenntnis der Notwendigkeit einer zumindest teilweisen Neudefinition nicht vorhanden zu sein schien.

Problematische Startbedingungen für die Union der 25 – und der französische Anteil daran

Angesichts der Auseinandersetzungen im Umfeld des Irak-Krieges unmittelbar vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages und nur kurze Zeit vor dem geplanten Beitritt der zehn

neuen Staaten zur EU startete die Union unter schwierigen Bedingungen in ihre erweiterte Zukunft. Auch die Verhandlungen über die Europäische Verfassung, die zunächst scheiterten, zeigten, dass von allen Beteiligten eine neue Herangehensweise gefordert war, um weitere Integrationsschritte auch in einem größeren Kreis möglich zu machen. Frankreich hatte an den Schwierigkeiten der EU in den Jahren 2003 bis 2005 einen nicht unerheblichen Anteil. In der Irak-Krise ging der französische Präsident selbstverständlich von der Mehrheitsfähigkeit der französischen Position aus bzw. beanspruchte zusammen mit Deutschland die Meinungsführerschaft in der EU. Die in diesem Zusammenhang gestaltete Politik entsprach den Grundsätzen französischer Europapolitik, wurde jedoch in einer größeren Union nicht mehr ohne Diskussion akzeptiert bzw. war nicht mehr alternativlos. Auch in den Verhandlungen über die Europäische Verfassung setzte Frankreich unter Chirac seine v.a. auf die Bewahrung nationaler Vorteile bedachte Politik fort und erschwerte damit einen gesamteuropäischen Fortschritt. Im gesamten Prozess der institutionellen Neuaufstellung der EU in Vorbereitung auf die Erweiterung ging es Chirac immer auch um die Aufrechterhaltung französischer Privilegien, wie beispielsweise bei den Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik oder bei der Frage der künftigen Stimmengewichtung im Rat. Darüber hinaus versäumte es Chirac bei mehreren Gelegenheiten, das französische Gewicht in der Union und die damit verbundene Verantwortung im Sinne eines Integrationsfortschritts für alle Beteiligten einzubringen, wie besonders bei seiner Verhandlungsführung als Ratspräsident in Nizza im Jahr 2000 deutlich wurde. Das dort angewandte doppelte Maß Chiracs zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten trat auch bei den Verhandlungen über die Verfassung wieder auf. Zudem verdeutlichte der französische Präsident seine primär auf Frankreich konzentrierte Politikausrichtung auch durch seine wiederholten Verweise auf die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit als Alternative zu immer schwierigeren Einigungen im Kreis der 25. Das Ziel seiner Politik in Bezug auf die Erweiterung – eine Unterstützung des Prozesses bei gleichzeitiger Bewahrung eines französischen Vorstellungen entsprechenden Integrationsmodells – hatte Chirac nicht erreicht, wie spätestens im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg deutlich wurde. Die französische Position war in einer EU der 25 nicht mehr selbstverständlich durchsetzbar und auch die deutsch-französische Kooperation konnte dies nicht mehr in jedem Fall ausgleichen. Im Gegenteil akzeptierten die europäischen Partner immer weniger die Agendabestimmung und Positionsvorgaben der beiden Führungsnationen. Im Verlauf des Untersuchungszeitraums schien sich nach den harten Auseinandersetzungen des Frühjahres 2003 eine Modifikation einzelner Elemente der französischen

Herangehensweise an die europäische Integration abzuzeichnen. Wie oben dargestellt, war Chiracs Diskurs beispielsweise im Verlauf seiner Ungarn-Reise oder bei der Pressekonferenz zu Europa im Jahr 2004 deutlich offener und konzilianter als seine Äußerungen während der Irak-Krise. Allerdings gingen die beobachteten Veränderungen über die rhetorische Ebene nicht hinaus. Die inhaltliche Politikausrichtung und die damit verbundenen Zielsetzungen für Frankreich blieben weitgehend unverändert. Dies zeigte sich auch an der Reaktion der französischen Führung nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum. Die neue Politikstrategie eines Europa der Projekte ging zwar auf die Wünsche und Bedürfnisse der Franzosen stärker ein und war damit innenpolitisch zu rechtfertigen. Die klare Konzentration auf das nationale politische Interesse zu Lasten des gesamteuropäischen Fortschritts wurde jedoch auch anhand dieser Neuausrichtung wieder sehr deutlich und vom Präsidenten sogar explizit formuliert. Jacques Chirac blieb bei der Orientierung seiner Politikgestaltung an den traditionellen Prioritäten und Vermittlungskonzepten französischer Europapolitik. Negative oder problematische Aspekte wurden im Zweifelsfall ausgeblendet. Daher zeichneten Jacques Chiracs Stellungnahmen zu Europa in den Jahren 2003 bis 2005 nur ein unvollständiges und nicht der neuen Wirklichkeit entsprechendes Bild von Europa. Statt auf die neuen Herausforderungen einzugehen und ihnen offensiv zu begegnen, kehrte Chirac zurück zu dem unverbindlichen und unbestimmten Diskurs seiner ersten Amtsjahre. Den neuen Gegebenheiten in der EU war dies allerdings nicht angemessen, wie die Franzosen spätestens im Zuge der Verfassungsdebatte bei einem Abgleich der von ihnen erfahrenen europäischen Wirklichkeit mit deren Präsentation durch die französische Führung feststellten.

Vermischung von Erweiterungs- und Verfassungsdebatte in Frankreich

Die geschilderten Schwierigkeiten Frankreichs mit der neuen Realität der erweiterten Union erfuhren ab dem Jahr 2004 eine zusätzliche Verschärfung durch die Diskussion über die Europäische Verfassung. Nachdem das Großprojekt Erweiterung seinen formalen Abschluss gefunden hatte, stand unmittelbar danach mit der Verfassung bereits die nächste wichtige Etappe bei der Gestaltung der Zukunft der EU auf der Agenda. Ein entscheidender Unterschied zwischen den beiden Entwicklungen bestand darin, dass in Frankreich eine breite gesellschaftliche Debatte über die Verfassung entstand, während die Erweiterung weitgehend an den Franzosen vorbei verwirklicht worden war. Zwölf Jahre nach dem Maastricht-Referendum beschäftigten die Franzosen sich in ihrer Mehrheit zum ersten Mal wieder intensiv mit Europa, was zur Folge hatte, dass alle in diesem Zeitrahmen vollzogenen Veränderungen in der EU zur Sprache kamen und der eigentliche inhaltliche Rahmen der

Verfassung deutlich ausgeweitet wurde. Damit bestand von Beginn der Debatte an die Gefahr, dass bei dem von Jacques Chirac angesetzten Referendum zahlreiche Aspekte eine Rolle spielen würden, die mit der Verfassung im engeren Sinne nichts zu tun hatten, allen voran auch die Erweiterung.¹²¹⁵

Die Vermischung der Themen Erweiterung und Verfassung ergab sich u.a. auch daraus, dass die Argumentationsweise der Verfassungsbefürworter, beispielhaft analysiert anhand ihres wichtigsten Vertreters, Jacques Chirac, ähnliche Vermittlungsprobleme aufwies wie die Argumentation für die Erweiterung. In Chiracs Ausführungen zur Verfassung stand, wie bei seinen Begründungen der Erweiterung, häufig das Friedens- und Versöhnungsmotiv im Mittelpunkt, als dessen Kulminationspunkt der Präsident sowohl die Wiedervereinigung des Kontinents als auch die Erarbeitung einer Verfassung für Europa bezeichnete. Weitere Vorteile für Frankreich blieben bei beiden Entwicklungen in der Darstellung Chiracs zumeist zweitrangig oder wurden nur angerissen. Insgesamt argumentierte Chirac sowohl was die Erweiterung anging als auch zur Verfassung zumeist abstrakt und damit an konkreten Fragen und Bedürfnissen der Franzosen vorbei, wie besonders bei seinen beiden großen Fernsehauftritten im Verlauf der Referendumskampagne deutlich wurde. Im Mittelpunkt stand das im 20. Jahrhundert gültige und in wesentlichen Punkten nach französischen Vorstellungen gestaltete Integrationsmodell, dessen Grundlagen durch Erweiterung und Verfassung aber gerade umgestaltet wurden. Indem die französische Politik und noch mehr der französische Diskurs diese einschneidenden Veränderungen mit den tradierten Instrumenten zu erfassen und zu vermitteln versuchten, mussten sich zwangsläufig Schwierigkeiten und Inkompatibilitäten ergeben. Im Zuge der Verfassungsdebatte ließ sich diese längerfristige Entwicklung in der französischen Europapolitik nicht mehr verschleiern. Damit wurde sie jedoch auch Objekt von Kritik. Zusammen mit der schwierigen

¹²¹⁵ Einige Analysten sahen daher als Schlussfolgerung aus dem gescheiterten Verfassungsreferendum v.a. die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Diskussion europäischer Themen durch die stärkere und v.a. regelmäßige Einbeziehung der europäischen Bürger. Vgl. z.B. die Einschätzung von Bertoncini und Chopin: „[...] l’organisation d’un débat référendaire tous les 10 ans, qui a une dimension plébiscitaire sur les gouvernants nationaux et sur l’Europe, a pour effet de cristalliser et d’agglomérer de multiples oppositions qui, d’ailleurs, n’ont souvent pas grand chose à voir entre elles. A contrario, il nous semble que la mise en place des conditions d’une discussion démocratique, la plus approfondie et la plus régulière possible, constitue une nécessité si l’on souhaite, non pas tant s’assurer de l’adhésion pleine et entière des citoyens au projet européen (la démocratie implique le désaccord et l’opposition), mais éviter les effets dévastateurs d’une non implication régulière des citoyens et/ou de leurs représentants dans les questions européennes, et ainsi contribuer à relever le défi de la crise de légitimité qui est lancé à l’Union européenne.“ Bertoncini/Chopin (2006), a.a.O., S. 2. Die Schlussfolgerung von Bertoncini/Chopin entspricht den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung zur ausgebliebenen Anpassung des französischen Europadiskurses an die neuen Realitäten. Bei einer kontinuierlich geführten offenen Diskussion über Europa zwischen den Franzosen und ihrer politischen Führung wäre eine Weiterentwicklung der französischen Herangehensweise an Europa sicherlich besser zu kommunizieren gewesen und neue Vermittlungskategorien hätten sich einfacher herausbilden und in die tradierte französische Europavision einfügen können.

innenpolitischen Lage in Frankreich in den ersten Jahren des zweiten Präsidentschaftsmandats Jacques Chiracs ergab sich daher bereits im Laufe des Jahres 2004 ein sehr problematisches Meinungsklima, das schließlich seinen Niederschlag in fast 55% Nein-Stimmen zur Europäischen Verfassung bei der Abstimmung am 29. Mai 2005 fand.

Zusammenhänge zwischen der Osterweiterung und dem gescheiterten Verfassungsreferendum

Wie in der Analyse des Jahres 2005 aufgezeigt, stand hinter den Nein-Stimmen zum Europäischen Verfassungsreferendum in Frankreich eine Vielzahl von Motivationen, die sowohl mit innenpolitischen als auch mit im engeren Sinne europäischen Themen verbunden waren. Außerdem war die Verfassungsdebatte in Frankreich eingebettet in eine grundsätzliche Diskussion über die Globalisierung, ihre Auswirkungen auf Frankreich und mögliche Ansätze zur Abmilderung ihrer negativen Folgen. In diesem Zusammenhang hatten viele Franzosen Schwierigkeiten, die Entwicklungen der europäischen Integration seit der Ratifikation des Maastricht-Vertrages einzuordnen und zu verstehen. Europa war seit dem knappen Ausgang des Maastricht-Referendums und den damit verbundenen innerfranzösischen Verwerfungen in der politischen Landschaft für viele französische Politiker ein schwieriges Thema, das sie im Zweifelsfall lieber vermieden als es ausführlich zu diskutieren. Zu groß schien die Gefahr von Konflikten innerhalb einzelner politischer Strömungen und von Sanktionen durch die Wähler. Während die französische politische Führung es also vorzog, die einschneidenden Veränderungen in Europa v.a. im Zuge der Vorbereitung der Erweiterung nicht zu thematisieren und den tradierten Europadiskurs fortzusetzen, der zumindest bis Maastricht auf breite Akzeptanz in der Gesellschaft gestoßen war, erlebten die Franzosen in ihrem Alltag umfangreiche Veränderungen, die sowohl durch Entwicklungen in Frankreich als auch auf europäischer Ebene und in einem noch größeren Rahmen auch durch die Globalisierung ausgelöst wurden. Die Kluft zwischen der Wahrnehmung der europäischen Integration und ihrer Auswirkungen auf Frankreich durch die Franzosen auf der einen und deren Vermittlung durch die französischen Politiker auf der anderen Seite wurde im Laufe der Jahre immer größer. Die daraus entstehende Unzufriedenheit und Unsicherheit vieler Franzosen fand bis zur Abstimmung über den Verfassungsvertrag kein im engeren Sinne europapolitisches Ventil. Ihre allgemeine Unzufriedenheit mit ihrer politischen Führung äußerten die Franzosen regelmäßig bei Wahlen, darunter auch die Europawahlen. Eine Abstimmung über ein spezifisch europapolitisches Thema erfolgte jedoch nach Maastricht zum ersten Mal wieder im Mai 2005.

Die größte und sichtbarste Veränderung in Europa zwischen Maastricht und dem Verfassungsreferendum war die Osterweiterung. Dementsprechend spielte sie auch bei der Beurteilung des Zustandes der EU durch die Franzosen im Jahr 2005 eine wichtige Rolle. Dies galt umso mehr, als wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Veränderungen in Frankreich und Europa von vielen Franzosen in einem negativen Sinne mit der Osterweiterung verbunden wurden, wie oben gezeigt wurde. Die konstant negativen Ergebnisse der Meinungsumfragen zur Erweiterung beruhten daher sicherlich zum Teil auf einer grundsätzlich nicht ausreichenden Information zum Thema. Darüber hinaus spielten aber auch die Schwierigkeiten der französischen politischen Klasse mit der Erweiterungsperspektive eine Rolle. Eine offene und objektive Darstellung von Vor- und Nachteilen der Erweiterung war von keinem führenden Vertreter der französischen Politik geleistet worden. Auch Jacques Chirac stellte hier keine Ausnahme dar. Im Gegenteil hatte er mit seiner Herangehensweise eher noch zu einer Zunahme der Zweifel an der Osterweiterung geführt, als diese zu zerstreuen bzw. ihnen zumindest ihre z.T. irrationale Grundlage zu nehmen. Auch das durchgängig negative Meinungsbild der Franzosen zur Erweiterung hatte hier nicht zu einem Umdenken geführt. Die gesamte politische Führung hatte sich als unfähig erwiesen, dieser langfristigen Entwicklung gegenzusteuern.

In der Folge wurde mit der Erweiterung eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der EU gegen die mehrheitliche Ansicht der Franzosen umgesetzt. Ein solches Handeln war aus demokratietheoretischer Sicht bedenklich und außerdem geriet mit der Verfassung das zweite wichtige Projekt der EU für ihre Handlungsfähigkeit im 21. Jahrhundert in den Sog der Skepsis der Franzosen. Wie die ausgewerteten Umfragedaten zeigten, waren die Franzosen frühzeitig und über mehrere Jahre hinweg mehrheitlich aufgeschlossen für das Konzept einer Europäischen Verfassung. Der ihnen schließlich zur Abstimmung vorgelegte Text entsprach jedoch nicht ihren Wünschen, Bedürfnissen und Vorstellungen. Die Franzosen blieben dennoch grundsätzlich mehrheitlich pro-europäisch eingestellt. Die Aufgabe ihrer politischen Führung wäre es demnach gewesen, ihnen die Veränderungen in der Ausrichtung der Integration zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Art und Weise plausibel und nachvollziehbar zu machen, die Ängste und Befürchtungen ernst genommen und europäische Antworten darauf präsentiert hätte. Daran scheiterte allen voran der Staatspräsident, der nicht in der Lage war, seine Politik und v.a. seinen Diskurs den neuen Gegebenheiten und den damit verbundenen Ansprüchen der Franzosen anzupassen. Mit dem negativen Ausgang der Abstimmung vom 29. Mai war Jacques Chirac sowohl innenpolitisch als auch auf europäischer Ebene nachhaltig beschädigt und nicht mehr in der Position für weitreichende

Initiativen. Die Osterweiterung war sicherlich nicht der entscheidende Grund für die Ablehnung der Europäischen Verfassung durch die Franzosen. Zur Ermittlung eines vollständigen Bildes der französischen Haltung zu Europa im Jahr 2005 und zur Feststellung der vielschichtigen Motivationen der französischen Verfassungsgegner ist eine Berücksichtigung des Faktors Osterweiterung jedoch unerlässlich.

Teil D: Fazit und Perspektiven

Kapitel XVII: Rekapitulation der Untersuchungsergebnisse und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hat sich mit dem französischen Verhältnis zur Osterweiterung der EU im Zeitraum von 1995 bis 2005 beschäftigt und untersucht, inwieweit sich die französische Sicht auf Europa und die französische Europapolitik unter den Bedingungen der Osterweiterung verändert haben. Ausgangsthese war dabei, dass die Veränderungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Osterweiterung den tradierten und von der französischen Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges akzeptierten und unterstützten Vorstellungen von Europa zuwiderliefen und folglich abgelehnt wurden, und dass es die französische politische Klasse, allen voran Staatspräsident Chirac, versäumt hat, durch eine Änderung ihres Diskurses zu und über Europa die Bevölkerung auf die neue Situation einzustellen und ihr diese überzeugend zu vermitteln. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Betrachtung aller drei Untersuchungsebenen die in der Hypothese formulierte Vermutung bestätigt hat: Es hat im Verlauf des Untersuchungszeitraums keine wesentliche Modifikation stattgefunden in der Art und Weise, wie in Frankreich europäische Politik gestaltet und vermittelt wurde. Diese Statik stand in deutlichem Gegensatz zu den enormen Veränderungen, die insbesondere die Perspektive der Osterweiterung auf europäischer Ebene für die Gestaltung der französischen Europapolitik mit sich brachte. Im folgenden werden die eingangs formulierten untersuchungsleitenden Fragen wieder aufgegriffen und vor dem Hintergrund der Ergebnisse der geleisteten Analyse zusammenfassend beantwortet.

1. Die französische Erweiterungspolitik in den Jahren 1995 bis 2005

Die erste Frage, mit der sich die vorliegende Untersuchung beschäftigt hat, bezog sich auf den konkreten politischen Beitrag Frankreichs zur Gestaltung des Erweiterungsprozesses der EU. Wie haben dieser Prozess und die Perspektive einer größeren Union die französische Sicht auf Europa und die französische Europapolitik verändert?

Grundsätzliche Kontinuität auch unter veränderten Rahmenbedingungen

Eine Gesamtbetrachtung der französischen Europapolitik während der Präsidentschaftszeit Jacques Chiracs ließ eine angesichts der einschneidenden Veränderungen in Europa erstaunliche Kontinuität erkennen. Im Vergleich zu seinem Amtsvorgänger François Mitterrand brachte Jacques Chirac zwar eine deutlich offenere Haltung zur Erweiterung der EU mit. Als Präsident setzte er jedoch wesentliche Grundlagen der Europapolitik der V.

Republik auch im Kontext der Diskussion über die Erweiterung fort. Es ging beispielsweise weiterhin darum, Europa als handlungsfähigen weltweiten Akteur mit Kompetenzen in zahlreichen Politikbereichen zu etablieren bzw. zu stärken oder um die Instrumentalisierung Europas als zusätzliche Ebene nationaler Politikgestaltung.

Für einige traditionelle Zielsetzungen französischer Europapolitik war die Erweiterung von Vorteil. Dies galt beispielsweise für das durch den Beitritt der neuen Staaten deutlich erhöhte politische, wirtschaftliche und demographische Gewicht der EU, das Frankreichs Bestreben entgegenkam, die EU als handlungsfähigen weltweiten Akteur mit Kompetenzen in zahlreichen Politikbereichen zu etablieren bzw. zu stärken. Auch Frankreichs Ziel einer Verlängerung seiner nationalen Politik in den internationalen Raum durch die Instrumentalisierung Europas als Resonanzkörper für französische außenpolitische Ziele war ein größeres internationales Gewicht Europas durch die Erweiterung grundsätzlich zuträglich. Allerdings wurde es für Frankreich in einer erweiterten Union deutlich schwieriger, seine Positionen durchzusetzen und mit Hilfe von Europa zu vertreten, da durch die Heterogenität der größeren Union auch die Diversität der Ziele deutlich zunahm, die einzelne Staaten mit der EU verbanden. Dies galt insbesondere für die sicherheits- und verteidigungspolitischen Zielsetzungen, bei denen Frankreich mit seinem Engagement in Europa in einen Gegensatz zur atlantischen Orientierung der mittel- und osteuropäischen Länder geriet. Probleme bestanden außerdem grundsätzlich bei der Frage der Vertretung französischer Interessen, v.a. im wirtschaftlichen Bereich (Stichwort Agrarpolitik). In einer größeren und deutlich heterogeneren Union bedurfte es neuer Strategien zur Kompromissfindung und zur Koalitionsbildung, die sich Frankreich, wie die anderen EU-Staaten auch, erst erarbeiten musste.

Zurückhaltung bei der Gestaltung des Erweiterungsprozesses

Bei der Gestaltung des Erweiterungsprozesses nahm Frankreich keine sehr aktive Rolle ein, sondern trat eher zurückhaltend und reaktiv auf. Besonders in den Jahren 1999 bis 2002, in denen auf europäischer Ebene wichtige Beschlüsse in Vorbereitung auf die Erweiterung gefasst wurden, legte Frankreich großen Wert darauf, die Erweiterungspolitik im französischen Interesse zu beeinflussen und sich eine gute Ausgangsposition für das Agieren in einer größeren Union zu verschaffen. Beispiele für diese Haltung waren die Diskussion über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik oder allgemeiner die Debatten über die institutionelle Neugestaltung der EU. Im Zusammenhang mit dem letzten Punkt konnte Frankreich sein seit den Anfängen der europäischen Integration gültiges Prinzip, dass einer

Erweiterung immer eine Vertiefung der Integrationsstrukturen vorausgehen müsse, nicht durchsetzen. In umfangreichen Verhandlungen, die sich über den gesamten Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit hinzogen, gelang den Staats- und Regierungschefs keine den Anforderungen der Erweiterung entsprechende Reform der EU-Strukturen und -Entscheidungsverfahren. Frankreich hatte an dieser Entwicklung durch sein Insistieren auf bestimmten nationalen Privilegien einen wichtigen Anteil. Im Ergebnis erreichte Frankreich damit keine vollständig seinen Wünschen entsprechende Neuausrichtung der Integration. Es stimmte der Aufnahme von zehn neuen Ländern in die EU zu, ohne das Prinzip Vertiefung vor Erweiterung vollständig durchgesetzt zu haben. Frankreich gelang es jedoch, sich im Ergebnis der institutionellen Diskussionen wichtige Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der europäischen Politik sowie einige nationale Privilegien zu bewahren. Trotz des aus rein arithmetischen Gründen durch die Vergrößerung der Union verringerten französischen Gewichts innerhalb der EU und trotz der in einer erweiterten EU nicht mehr selbstverständlichen Dominanz des deutsch-französischen Paares bleibt Frankreich auch in einer größeren Union eine Führungsnation. Unter diesem Aspekt kann die französische Erweiterungspolitik aus rein nationaler Sicht somit als Erfolg gewertet werden. Aus einer stärker europäisch ausgerichteten Perspektive fällt die Bilanz der französischen Rolle im Erweiterungsprozess aufgrund der bereits genannten wenig konstruktiven Haltung und der deutlichen Betonung nationaler Interessen negativer aus.

2. Der französische Diskurs zur Erweiterung

Nach der Betrachtung der konkreten politischen Schritte zur EU-Osterweiterung bezog sich eine weitere Frage, mit der sich die vorliegende Analyse beschäftigt hat, auf die Vermittlung dieser Politik im Rahmen des französischen Europadiskurses. Angesprochen war damit zunächst die Untersuchungsebene der Reden und Stellungnahmen des Staatspräsidenten Jacques Chirac, die stellvertretend für die französische politische Führung analysiert wurden. In diesem Zusammenhang ging es darum festzustellen, welche Rolle die Osterweiterung in der Europapolitik und im Europadiskurs Chiracs spielte und wie er seine auf die Osterweiterung bezogene Politik in Frankreich begründet und vermittelt hat. Mit Hilfe des in Teil A entwickelten Kategorienschemas, in dem die Grundlagen der französischen außenpolitischen Kultur systematisiert und verdichtet wurden, konnte außerdem nachvollzogen werden, inwieweit in Chiracs Diskurs die durch die Osterweiterung entstehenden neuen Gegebenheiten mit den in der französischen politischen Kultur

niedergelegten Wahrnehmungs- und Vermittlungsmustern zu erfassen waren bzw. wo diese an ihre Grenzen stießen.

Die Analysekategorien zur französischen außenpolitischen Kultur in Jacques Chiracs Reden und Stellungnahmen zur EU-Erweiterung

Die Analyse des Diskurses von Präsident Jacques Chirac zur Erweiterung mit Hilfe der für die vorliegende Untersuchung entwickelten Kategorien kam zu dem Ergebnis, dass der Kontinuität in der faktischen Politik, wie sie oben trotz der wesentlichen Veränderung der europäischen Rahmenbedingungen durch die Vorbereitung der Erweiterung beschrieben wurde, auch eine Kontinuität in der Verwendung traditioneller Vermittlungskonzepte französischer Europapolitik entsprach. Anhand einer zusammenfassenden Betrachtung der einzelnen Kategorien des Forschungsdesigns kann dieses Resultat nachvollzogen werden.

- Eine zentrale Rolle in Jacques Chiracs Diskurs zur Erweiterung nahmen mit der **Kategorie Frieden** verbundene Topoi und Motive ein. Die in dieser Kategorie zusammengefassten Aspekte fanden sich im Verlauf des gesamten Untersuchungszeitraumes in den Reden und Stellungnahmen des Präsidenten, v.a. während der ersten Jahre seiner Amtszeit, als die Erweiterung noch eine weitgehend abstrakte Perspektive im Hintergrund der französischen Europapolitik darstellte. Das Friedens- und Versöhnungsmotiv kam im französischen Erweiterungsdiskurs außerdem verstärkt bei symbolischen Ereignissen im Kontext der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Geltung, bei denen es nicht um die Verhandlung konkreter Politikbereiche ging, wie beispielsweise bei der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages im Jahr 2003. Die Erweiterung wurde bei diesen Gelegenheiten von Chirac charakterisiert als endgültige Überwindung der Teilung Europas in Folge des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges, als moralische Verpflichtung der westeuropäischen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie als Garantie für Frieden und Stabilität auf dem gesamten europäischen Kontinent. Auch wenn die mit dem Friedens- und Versöhnungsmotiv verbundenen Themen ohne Zweifel von großer Bedeutung waren, entspricht die Kategorie Frieden gleichzeitig dem unbestimmtesten und unverbindlichsten Teil des Kommunikationswerkzeugkastens der französischen Politik. Die mit der Kategorie Frieden verbundenen Inhalte knüpfen an die Grundlagen der europäischen Integration an und schreiben deren Prinzipien ins 21. Jahrhundert hinein fort. In Bezug auf die Vermittlung der Erweiterung spielte sie daher durchaus eine wichtige Rolle. Mit der

konkreten Lebenswirklichkeit der meisten Franzosen in den 1990ern und den ersten Jahren des neuen Jahrtausends hatte sie jedoch vergleichsweise wenig zu tun. Die Bedeutung Europas für die Garantie von sicheren und stabilen Lebensbedingungen in Europa war allgemein anerkannt, reichte jedoch als Begründung für die Notwendigkeit weiterer Integrationsschritte alleine nicht mehr aus. Die zentrale Rolle, die Chirac den mit der Kategorie verbundenen Motiven in seinem Diskurs zur Erweiterung zumaß, war insofern gleichzeitig gerechtfertigt und problematisch.

- Ähnliche Verwendung wie die Kategorie Frieden fanden in Jacques Chiracs Erweiterungsdiskurs die mit der **Kategorie Werte** zusammenhängenden Topoi. Die Europäische Union wurde in der französischen Europakonzeption als Wertegemeinschaft definiert und diente als Weg zur Verbreitung französischer Werte und französischer Kultur auch über den Rahmen des Nationalstaats hinaus. Mit der Osterweiterung wurde diese Konzeption auf den gesamten europäischen Kontinent ausgedehnt. Die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU war für Frankreich eine positive Entwicklung zum einen aufgrund des sich vergrößernden Geltungsbereichs der europäischen Werte- und Kulturgemeinschaft und zum anderen aufgrund der Bestätigung der Attraktivität der wesentlich von Frankreich geprägten EU durch den schnell geäußerten Wunsch nach einem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten. Über das Thema Erweiterung hinaus ließ sich die Kategorie Werte in Chiracs Europadiskurs v.a. in der Diskussion über die Europäische Verfassung und die in ihr enthaltene Europäischen Grundrechtecharta häufig nachweisen¹²¹⁶. Wie die Kategorie Frieden war auch die Kategorie Werte allerdings für die Diskussion konkreter Politikinhalt im Zusammenhang mit der Erweiterung aufgrund ihrer Unbestimmtheit von untergeordneter Bedeutung.
- Frankreich verbindet mit der europäischen Integration nicht nur moralische und ethische Ziele, sondern sieht Europa in einer nüchterneren Perspektive auch als Verlängerung seines Einflusses und seiner Möglichkeiten in den internationalen Raum. Diese Aspekte wurden im Analyseschema in der **Kategorie Resonanz** zusammengefasst. In diesem Zusammenhang spielte die Erweiterung eine überwiegend positive Rolle, denn die Resonanzmöglichkeiten für Frankreich sind umso größer, je größer auch das europäische Gewicht Europas in der Welt ist. Dementsprechend verwendete Jacques Chirac in seinem Diskurs zur Erweiterung mit

¹²¹⁶ Jacques Chirac bezeichnete die Verfassung auch als „Tochter von 1789“. Vgl. z.B. Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, par Madame Arlette Chabot et Monsieur David Pujadas (Journal de 20 heures de France 2), Palais de l’Elysée 3.5.2005.

der Kategorie Resonanz verbundene Inhalte häufig, um die gesteigerten Chancen Frankreichs in diesem Kontext darzustellen.

- Ähnliches galt für das französische Bestreben, Europa als Pol einer multipolaren Welt mit Frankreich als Führungskraft aufzustellen. Diese für die vorliegende Arbeit in der **Kategorie multipolare Welt** zusammengefasste Zielsetzung erhielt durch die Erweiterung ebenfalls zusätzliche Anwendungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Auch dieser Kategorie zugehörige Topoi fanden sich dementsprechend häufig in Chiracs Erweiterungsdiskurs und hatten einen weitgehend positiven Beiklang. Voraussetzung für die Umsetzbarkeit der mit den Kategorien Resonanz und multipolare Welt verbundenen Aspekte war allerdings die Bewahrung der Handlungsfähigkeit der EU auch nach ihrer Erweiterung. Aus diesem Grund legte Frankreich bei der Institutionenreform großen Wert auf entsprechende Entscheidungsverfahren, die v.a. sicherstellen sollten, dass Frankreich auf der einen Seite mit einigen anderen interessierten Staaten vorangehen konnte, wenn sich nicht alle EU-Staaten an einer bestimmten Politik beteiligen wollten oder konnten und dass es auf der anderen Seite in wichtigen Fragen des nationalen Interesses auf keinen Fall überstimmt werden konnte. Letzteres führte u.a. dazu, dass Frankreich, wie andere EU-Länder auch, beispielsweise in Nizza in einigen Politikfeldern nicht bereit war, einem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen zuzustimmen.
- Eine rein positive Darstellung war im Kontext der Erweiterung schwierig für die mit der **Kategorie Interesse** verbundenen Aspekte französischer Europapolitik. Hintergrund für die Definition dieser Kategorie ist das seit Beginn der europäischen Integration vorhandene französische Ansinnen, nationale Interessen v.a. wirtschaftlicher Art mit Hilfe von Europa über den Rahmen des Nationalstaates hinaus effektiv zu vertreten. Prominentes Beispiel für diese Herangehensweise an die europäische Integration ist die Gemeinsame Agrarpolitik, von der Frankreich seit den Anfängen der Integration überdurchschnittlich profitiert, indem es große Teile der Kosten für die Subventionierung seiner Landwirte über die Europäische Union abwickelt. Eine garantierte Interessenvertretung wurde für Frankreich in einer größeren Union allerdings immer schwieriger aufgrund der Zahl der EU-Mitglieder und der Vielfalt der einzelnen nationalen Interessenlagen, für die ein gemeinsamer Nenner gefunden werden musste. Die Kategorie Interesse war daher im Zusammenhang mit der Erweiterung im wirtschaftlichen Bereich zwiespältig zu sehen. Zwar eröffneten sich durch das gesteigerte ökonomische Gewicht der

erweiterten Union weltweit und durch die Ausdehnung des Binnenmarktes neue Chancen für die französische Wirtschaft. Gleichzeitig trat sie jedoch in einen gesteigerten Wettbewerb um Subventionen und Absatzmärkte, v.a. im Agrarbereich. Aus diesem Grund erhielten die mit der Kategorie Interesse verbundenen Inhalte im Erweiterungsdiskurs Jacques Chiracs keine rein positive Verwendung. Besonders in Bezug auf die Diskussion über eine Reform der Agrarpolitik wurden sie rein aus nationaler französischer Perspektive und damit im Hinblick auf die Erweiterung negativ definiert.

- Ähnliches galt für die **Kategorie *Europe protection***, in der die französische Sicht auf Europa als Schutz gegen Bedrohungen von außen, beispielsweise im Umweltbereich, in der Sozialpolitik, bei der Verbrechensbekämpfung (Drogenhandel, Terrorismus etc.) oder beim Thema (illegale) Immigration zusammengefasst war. Besonders im Bereich Sozialpolitik erhielten die mit dieser Kategorie verbundenen Motive in Bezug auf die Erweiterung aufgrund französischer Befürchtungen eines Absinkens von sozialen Standards und von Firmenverlagerungen in mittel- und osteuropäische Länder mit niedrigeren Lohnkosten einen negativen Klang. Jacques Chirac selbst brachte diesen Aspekt in die Diskussion ein, als er im Zusammenhang mit seiner sozialpolitischen Initiative des Jahres 1996 von der „sozialen Dimension der Erweiterung“ sprach. In einem allgemeinen Sinne blieb das Konzept *Europe protection* in Bezug auf Europa in Frankreich positiv besetzt, was beispielsweise die Rolle der Union beim Umweltschutz oder der Kriminalitätsbekämpfung anging. Besonders deutlich wurde dies während der französischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000, in deren Programm das Thema Bürgernähe eine zentrale Rolle spielte.
- Nur wenige positive Aspekte fanden sich in Bezug auf die Erweiterung bei der **Kategorie *Europe puissance***. Diese Kategorie bezog sich im Analyseschema auf die französische Zielsetzung, Europa als eigenständige Macht und als Gegengewicht bzw. gleichberechtigter Partner der USA, besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen und als weltweit agierende, strategisch autonome Macht zu etablieren. Dieses bereits in der EU-15 nicht unumstrittene und v.a. nicht von allen anderen Mitgliedsstaaten geteilte französische Ziel stieß bereits im Verlauf des Erweiterungsprozesses auf Schwierigkeiten, da die mittel- und osteuropäischen Staaten sich diesbezüglich sehr zurückhaltend gaben und ihre Sicherheit stärker durch die NATO garantiert sahen. Jacques Chirac zeigte sich von dieser Skepsis zunächst

weitgehend unbeeindruckt und ging, wie beispielsweise seine Äußerungen bei mehreren Staatsbesuchen in Mittel- und Osteuropa deutlich machten, davon aus, dass das französische Ziel eines *Europe puissance* auch mit den neuen EU-Staaten umzusetzen sein würde. Dass dies keine realistische Erwartung war, zeigte sich spätestens im Kontext der Irak-Krise, als der innereuropäische Konflikt wesentlich mit dem Verhältnis der einzelnen EU-Staaten zu den USA verbunden war. Eines der grundlegenden Prinzipien französischer Europapolitik war damit herausgefordert, noch bevor die Erweiterung Wirklichkeit wurde. Jacques Chiracs Reaktion auf die Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten bewies jedoch, dass Frankreich nicht bereit war, diese Infragestellung eines seiner zentralen Konzepte zu akzeptieren. Statt dessen erwartete der Präsident, dass die französische Europakonzeption weiterhin Gültigkeit besitzen und auch von den anderen Staaten anerkannt und mitgetragen werden müsse. Nicht Frankreich müsse sich den neuen Bedingungen in Europa anpassen, sondern die neuen Staaten träten einer entscheidend von Frankreich geprägten Gemeinschaft bei und müssten sich der Politik der führenden Staaten anschließen, so ließe sich die französische Haltung zusammenfassen. Spätestens beim Irak-Krieg stieß Jacques Chirac damit jedoch an deutliche Grenzen, nachdem er zahlreiche Hinweise auf die Haltung der neuen Länder in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen u.a. während seiner Besuche dort offensichtlich entweder nicht wahrnehmen wollte oder unterschätzt hatte.

- Europapolitik war und ist für Frankreich immer auch Deutschlandpolitik. Die europäische Integration diente seit ihren Anfängen für Frankreich als Vektor der Zusammenarbeit mit Deutschland und gleichzeitig als Weg zur Eindämmung des deutschen Einflusses in Europa. Der Zusammenhang zwischen französischer Europa- und Deutschlandpolitik galt in besonderer Weise für die Osterweiterung der Union. Von Beginn an definierte Paris seine Erweiterungspolitik immer auch in Bezug auf Deutschland. Dies galt bereits für die Politik François Mitterrands und setzte sich bei Jacques Chirac fort. Hintergrund für diese Ausrichtung der französischen Erweiterungspolitik war die Sorge, Deutschland könne in einer um seine östlichen Nachbarn erweiterten EU auf der Basis seiner guten Beziehungen zu diesen eine deutlich größere Machtposition einnehmen als in der EU-15. Nachdem sich bereits durch die deutsche Wiedervereinigung das Gleichgewicht im deutsch-französischen Paar verschoben hatte und Deutschland seit 1990 nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mächtig war, drohte sich diese Entwicklung durch die

Osterweiterung noch zu verstärken. Frankreich ging es daher im Verlauf des Erweiterungsprozesses auch darum, seinen eigenen Einfluss zu bewahren und beispielsweise bei der Frage der Stimmengewichtung im Rat nicht hinter Deutschland zurückzufallen. Weiterhin war Frankreich bestrebt, Koalitionen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, die Entscheidungen zugunsten Deutschlands und möglicherweise zulasten Frankreichs beeinflussen könnten, zu verhindern. Dies gelang jedoch nicht immer. Im Gegenteil drängte Frankreich bei einigen Verhandlungen, beispielsweise in Nizza, durch seine eigene negative Haltung gegenüber den Kandidatenländern Deutschland in die Rolle von deren Fürsprecher und erreichte damit das genaue Gegenteil der eigentlichen Ziele seiner Politik. Die genannten Aspekte der **Kategorie Deutschland** waren im Hintergrund der französischen Erweiterungspolitik während des gesamten Untersuchungszeitraumes präsent, auch wenn sie selten explizit angesprochen wurden.

Chiracs gescheiterte Kommunikationsstrategie zur Erweiterung

Eine Gesamtbeurteilung des Diskurses Jacques Chiracs zur Erweiterung kommt zu dem Schluss, dass im Verlauf des Untersuchungszeitraumes keine grundsätzliche Veränderung der französischen Vermittlungskonzepte zu Europa stattgefunden hat. Diese Feststellung bedeutet eine Bestätigung der These, die der vorliegenden Arbeit zugrundelag: Der französische Europadiskurs orientierte sich zwischen 1995 und 2005 in seinen zentralen Elementen an einer traditionellen französischen Europakonzeption und an den Gegebenheiten einer kleinen westeuropäischen Union. Es gelang Jacques Chirac während seiner beiden Amtszeiten nicht, die Perspektive der Erweiterung konstruktiv in seinen Europadiskurs zu integrieren. Selbst als die Erweiterung im Jahr 2003 konkret fassbare Wirklichkeit in Europa wurde, beschränkte sich Chirac auf die traditionellen Vermittlungsmuster und bewegte sich damit auf der Diskursebene wie auch in den inhaltlichen Schwerpunkten seiner Politik in Kontinuität zu seinen Vorgängern im Präsidentenamt. Dies zeigte deutlich, dass Chirac in seinem Diskurs und seiner Kommunikationsstrategie die Erweiterung nicht, wie es notwendig gewesen wäre, als zentrale Veränderung in den Rahmenbedingungen der europäischen Integration berücksichtigte. Eine Anpassung an die neuen Realitäten, die wesentlich von der Erweiterungsperspektive bestimmt wurden, erfolgte nicht.

Anhand der Untersuchung des Europadiskurses mit Hilfe der Analysekategorien ließ sich belegen, dass die Perspektive der Erweiterung mit den traditionellen französischen Vermittlungsmustern entweder gar nicht oder nur in negativer Form zu fassen war. Eine

Erweiterung des Sets an Vermittlungskonzepten zur Position und Politik Frankreichs in Europa unterblieb jedoch. Eine solche Erweiterung hätte beispielsweise erfolgen können durch eine Neudefinition der französischen Einordnung im internationalen System als ausdrücklich europäische Mittelmacht oder durch die deutlichere Präsentation Europas als konstruktiven Gestaltungsrahmen für die französische Politik und nicht nur als Problemlösungsinstanz für Schwierigkeiten, die national nicht mehr bewältigt werden können. Auch die Betonung von Elementen einer europäischen Identität als positive Antwort auf die Globalisierung wäre eine Möglichkeit gewesen, den traditionellen Vermittlungskategorien neue Aspekte hinzuzufügen, um Frankreich besser an die veränderten Bedingungen der europäischen und der internationalen Politik anzupassen. Dies unterblieb jedoch und führte in den Jahren 1995 bis 2005 zu zunehmenden Schwierigkeiten bei der diskursiven Erfassung der neuen Gegebenheiten. Immer deutlicher gerieten wichtige Konzepte und Zielsetzungen der französischen Europapolitik mit den veränderten Rahmenbedingungen in der EU in Konflikt. Die französische Politik mit ihrem für die vorliegende Arbeit herausgegriffenen wichtigsten Vertreter Jacques Chirac war damit ihrer Aufgabe nicht nachgekommen, eine Anpassung der Grundlagen der französischen Europapolitik, wie sie in der (außen)politischen Kultur des Landes niedergelegt sind, zu initiieren und voranzutreiben. Die neue europäische Wirklichkeit, die sich durch das Fortschreiten des Erweiterungsprozesses abzeichnete, wurde von Chirac nicht so vermittelt, dass sie an die etablierten Wahrnehmungsmuster und Denkkategorien zu Europa in den Köpfen der Franzosen hätte angeschlossen werden können. Statt dessen bezog der Staatspräsident die neuen Gegebenheiten entweder überhaupt nicht in seine Ausführungen ein oder beschränkte sich darauf, seiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass das in wesentlichen Punkten an französischen Interessen orientierte europäische Integrationssystem, trotz massiver Veränderungen des äußeren Rahmens, auch weiterhin Bestand haben und wie bisher die Umsetzung französischer Zielsetzungen weitgehend uneingeschränkt zulassen würde.¹²¹⁷

Der französische Erweiterungsdiskurs war während des gesamten Untersuchungszeitraums gekennzeichnet durch einen Gegensatz zwischen grundsätzlicher Offenheit auf der einen und harten und interessengeleiteten politischen Forderungen und Verhandlungspositionen auf der

¹²¹⁷ In einigen Politikbereichen, allen voran bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, konnte Chirac die französischen Interessen, zum Teil auf Kosten des Verlaufs des Erweiterungsprozesses, noch durchsetzen. In anderen Bereichen wie beispielsweise bei einigen Aspekten der institutionellen Reformdiskussion und besonders bei den Debatten im Umfeld des Irak-Krieges zeigte sich dagegen deutlich, dass der Ansatz des Präsidenten nicht realistisch war.

anderen Seite. Jacques Chirac versuchte zunächst, den Gegensatz zwischen den beiden Elementen der französischen Erweiterungspolitik zu überbrücken durch die Konstruktion einer Trennung zwischen dem Fortgang des Erweiterungsprozesses an sich auf der einen und der notwendigen Anpassung von Strukturen, Institutionen und Entscheidungsmechanismen der Union auf der anderen Seite. Diese rhetorische Trennung entsprach jedoch nicht den politischen Entwicklungen in Europa und war daher umso schwerer aufrecht zu erhalten, je weiter die konkreten Entscheidungen im Verlauf des Erweiterungsprozesses vorankamen und je stärker damit französische Interessen tangiert wurden. Chiracs z.T. sehr harte und in einigen Bereichen kompromisslose Verhandlungspositionen bei Fragen des französischen nationalen Interesses, z.B. in der Agrarfrage, ließ die grundsätzliche Offenheit gegenüber der Erweiterung bei einigen Gelegenheiten als im wesentlichen rhetorisch oder deklamatorisch erscheinen.

Indem Chirac auf den alten Vermittlungsmustern bestand, wurde das von ihm gezeichnete Bild der europäischen Integration im Verlauf des Untersuchungszeitraums zwangsläufig unvollständig und in Teilen realitätsfern. Das Auseinanderklaffen zwischen der Darstellung der europäischen Integration durch den französischen Präsidenten und der Wahrnehmung des Themas durch die Franzosen entwickelte sich, wie in der vorliegenden Untersuchung nachgewiesen werden konnte, über die komplette Amtszeit Jacques Chiracs hinweg. In der Verfassungsdebatte der Jahre 2004/2005 verdichteten sich die Ungereimtheiten und offenen Fragen im Verhältnis der Franzosen zu Europa. Zusammen mit den innenpolitischen Hintergründen des Verfassungsreferendums ergab sich daraus ein problematisches Stimmungs- und Meinungsbild, dessen Ausdruck die fast 55% der Nein-Stimmen zum Europäischen Verfassungsvertrag waren. Die umfassende und ernsthafte Debatte, die dem Referendum vorausgegangen war, zeigte, dass die Franzosen sich für Europa interessierten und eine bessere Information darüber von Seiten ihrer politischen Führung wünschten. Diesem Bedürfnis sind im Untersuchungszeitraum weder der Präsident noch die unterschiedlichen Regierungen nachgekommen. Das Scheitern des Verfassungsreferendums war damit auch ein Scheitern der Kommunikationsstrategie Jacques Chiracs zur Erweiterung und allgemeiner zu Europa. Dieses Fazit am Ende eines zehnjährigen Untersuchungszeitraumes erstaunt umso mehr, als auf die Problematik der mangelhaften Vermittlung des neuen Europas in der Presse kontinuierlich hingewiesen wurde und darüber hinaus die Umfragedaten zur Erweiterung in Frankreich konstant negativ waren, ohne dass die französische politische Führung erkennbar darauf reagiert hätte. Erst mit der Analyse der Gründe für das Scheitern des Verfassungsreferendums im Jahr 2005 schien die französische

Politik die massiven Zweifel einer Mehrheit der Franzosen an der EU-Erweiterungspolitik wahrzunehmen und politische Schlüsse daraus zu ziehen.

3. Der Erweiterungsprozess in der französischen Presse

Die Vermittlung der Erweiterungsthematik in Frankreich oblag nicht allein der politischen Führung. Wie Untersuchungsansatz der vorliegenden Arbeit ausgeführt, spielte auch die Presseberichterstattung zum Thema eine wichtige Rolle. Die in Bezug auf den Staatspräsidenten untersuchte Frage nach der Art und Weise der Vermittlung der Erweiterung stellte sich damit auch für die untersuchten Presseartikel. Die Auswertung der Presseberichterstattung zum Erweiterungsprozess und zur französischen Erweiterungspolitik unterstützte einige der zentralen Punkte, die bei der Analyse der Reden und Stellungnahmen Jacques Chiracs herausgearbeitet wurden. In allen drei berücksichtigten Zeitungen – *Le Figaro*, *Le Monde* und *Libération* – wurde während des gesamten Untersuchungszeitraums immer wieder eine stärkere Einbeziehung der Erweiterung in Gestaltung und Vermittlung der französischen Europapolitik eingefordert. Da dies unterblieb, wurde die Kritik der Journalisten im Verlauf der beiden Amtszeiten Chiracs immer deutlicher und immer grundsätzlicher und bezog auch das französische Verhältnis zur europäischen Integration insgesamt mit ein.

Die Analysekategorien zur französischen außenpolitischen Kultur in der Presseberichterstattung zur EU-Erweiterung

Aus der Untersuchung der Presseberichterstattung in *Le Monde*, *Le Figaro* und *Libération* zur Erweiterung ging deutlich hervor, dass die traditionellen Vermittlungs- und Wahrnehmungsmuster der französischen außenpolitischen Kultur in den Augen der Journalisten nicht mehr ausreichten, um die neuen Gegebenheiten in Europa zu erfassen. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Analysekategorien belegt dies.

- Über die Bedeutung der mit den beiden unbestimmtesten Elemente des Analyseschemas, den **Kategorien Frieden und Werte**, verbundenen Inhalte bestand in Bezug auf die Erweiterung eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Einschätzung des Staatspräsidenten und der Beurteilung in der Presse. Auch die Journalisten waren von der historischen und moralischen Dimension der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU überzeugt. Ebenso unterstützten sie die Sichtweise Jacques Chiracs, der die Erweiterung als Chance betrachtete, die französische Konzeption Europas als Wertegemeinschaft auf den gesamten Kontinent

zu übertragen. Auch die neuen Möglichkeiten zur Verbreitung französischer Werte und französischer Kultur, welche sich durch die Osterweiterung boten, wurden anerkannt. Allerdings sahen die Journalisten in ihrer Berichterstattung die mit den Kategorien Frieden und Werte verbundenen Aspekte immer dann kritisch, wenn mit dem Verweis darauf ein Ausweichen vor Problemen des Erweiterungsprozesses einherging. Diese Kritik fand sich von Beginn des Untersuchungszeitraums an. In Bezug auf den Europäischen Rat von Cannes im Jahr 1995 kritisierten die Journalisten beispielsweise mangelnde Festlegungen Chiracs bei schwierigen Fragen und stellten seiner weitgehend historisch orientierten und damit unbestimmten Einbeziehung der Erweiterungsperspektive eine deutlich stärker an Fakten orientierte Berichterstattung gegenüber. Die Uneindeutigkeit von Chiracs Haltung wurde in der Presse außerdem, besonders in den ersten Amtsjahren des Präsidenten, bei der Berichterstattung zu Reisen nach Mittel- und Osteuropa herausgestellt. Während Chirac beispielsweise in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik v.a. aus historischen und moralischen Gründen einen schnellen EU-Beitritt in Aussicht stellte, fragten die Journalisten danach, wie realistisch die Umsetzung einer solchen Perspektive vor dem Hintergrund der noch zu leistenden Vorbereitung von Seiten der EU und der Bewerberstaaten sein könne.

- Die zugehörigen Topoi und Motive der beiden mit der weltweiten Rolle der EU verbundenen **Kategorien Resonanz und multipolare Welt**, von denen auch Frankreichs internationale Strahlkraft abhängt, gehörten im Untersuchungszeitraum zu den konsensualen Elementen der französischen außenpolitischen Kultur, die auch von der Presse unterstützt wurden. Die Journalisten bewerteten politische Positionierungen und Entscheidungen Jacques Chiracs, die eine Fortführung oder Stärkung dieser Zielsetzungen anstrebten, durchweg positiv. Dies galt beispielsweise für die von Chirac formulierte französische Positionierung für die Regierungskonferenz 1996/97, in der Chirac sich für ein handlungsfähiges Europa aussprach, das eine Artikulation und Vertretung französischer Interessen weltweit möglich machen würde. Auch bei weiteren institutionellen Diskussionen des Untersuchungszeitraums unterstützte die Presseberichterstattung diese Position Chiracs. Kritik übten die Journalisten allerdings, wenn die französische Haltung sich nur aus nationalen Argumenten zusammensetzte und die Erweiterungsperspektive nicht berücksichtigt wurde. Dies galt sowohl, wenn Präsident Chirac davon ausging, dass die mit den Kategorien Resonanz und multipolare Welt verbundenen französischen Zielsetzungen auch in einer größeren

Union weiterhin uneingeschränkt und undiskutiert Gültigkeit haben würden als auch, wenn der Präsident die institutionelle Neugestaltung der EU aus weitgehend nationaler Sicht im Sinne der mit den beiden Kategorien verbundenen Konzepte zu gestalten versuchte. Diese Feststellungen beziehen sich beispielsweise auf die Debatten beim Europäischen Rat von Nizza im Jahr 2000 oder auch auf die Diskussion der Europäischen Verfassung.

- In ähnlich differenzierter Bewertung tauchten mit der **Kategorie *Europe puissance*** verbundene Aspekte in der Presseberichterstattung auf. Grundsätzlich gehörten auch sie zu den Teilen der französischen außenpolitischen Kultur, über die ein breiter Konsens bestand. Die Zielsetzung eines in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen eigenständigen Europa wurde von Journalisten aller drei untersuchter Zeitungen unterstützt. Die Presseanalysen wiesen jedoch in diesem Punkt noch deutlicher als bei mit den Kategorien Resonanz und multipolare Welt verbundenen Fragen darauf hin, dass die Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Ziels sich in einer erweiterten Union mit hoher Wahrscheinlichkeit verringern würden. Besonders bei Chiracs Besuchen in mittel- und osteuropäischen Staaten wurde deren Orientierung an den USA in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erörtert und damit eines der potentiell größten Hindernisse für die Verwirklichung französischer Vorstellungen benannt. Die Journalisten sahen sich in ihrer Analyse bestätigt durch die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und betrachteten insbesondere Jacques Chiracs undiplomatischen Ausfall gegenüber den Kandidatenländern als Beleg dafür, dass auch in der französischen politischen Führung große Schwierigkeiten mit der Verarbeitung der Erweiterung vorherrschten.
- Die mit der **Kategorie Interesse** angesprochenen Bereiche waren in ihrer Verwendung durch Jacques Chirac der deutlichsten Kritik in der journalistischen Berichterstattung ausgesetzt. Grundsätzlich stimmten die Journalisten dem Ziel einer möglichst guten Interessenvertretung Frankreichs auch in einer erweiterten Union zu. Allerdings wiesen sie in ihren Analysen deutlich darauf hin, dass das nationale Interesse in einer Gemeinschaft von fast 30 Staaten nicht alleiniger Maßstab für die Positionsfindung zu bestimmten Fragen sein könne. Im Kontext der Kategorien Resonanz und multipolare Welt wurde bereits darauf hingewiesen, dass in den journalistischen Analysen der institutionellen Reformverhandlungen des Untersuchungszeitraums regelmäßig eine stärkere Berücksichtigung der Erweiterungsperspektive und damit einer gesamteuropäischen Sichtweise gefordert

wurde, hinter der im Zweifelsfall nationale Forderungen auch zurückstehen müssten. Noch mehr galt diese Feststellung für das Thema Gemeinsame Agrarpolitik. Hier ging aus den Presseanalysen, welche die einzelnen Reformschritte des Untersuchungszeitraums begleiteten, deutlich hervor, dass Frankreich in der Einschätzung der Journalisten seine Position modifizieren müsse, um die Erweiterung in einer zukunftsorientierten Weise möglich werden zu lassen. Die Presseberichterstattung formulierte beispielsweise im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Agenda 2000 deutlich die Notwendigkeit einer grundlegenden Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik, notfalls in Teilen auch zu Lasten Frankreichs, um die EU angemessen auf ihre Erweiterung vorzubereiten. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Kompromissfindung zur GAP, die im Jahr 2002 den Weg frei machte für die Umsetzung der Erweiterung, in der Presse sehr kritisch gesehen.

- Die mit der Kategorie *Europe protection* verbundenen Aspekte französischer Europapolitik fanden grundsätzlich Zustimmung in den Analysen der Presse. Beispielsweise wurde Jacques Chiracs Initiative für ein europäisches Sozialmodell im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996/97 sehr positiv bewertet, zumal sie auch eine Phase europapolitischer Unklarheit und Initiativlosigkeit des Präsidenten beendete. Kritisiert wurde mit dem Konzept *Europe protection* verbundene Politik jedoch immer dann, wenn sie nur aus nationaler Sicht definiert wurde und das gesamteuropäische Interesse oder die Perspektive der Erweiterung außer Acht ließ. Dies war in den Augen der Journalisten beispielsweise der Fall bei der programmatischen Ausrichtung der französischen EU-Ratspräsidentschaft des Jahres 2000 mit dem Schwerpunkt Bürgernähe. Die journalistischen Analysen wiesen deutlich auf eine Unausgewogenheit zwischen stark an nationalen Prioritäten orientierten Themen der Ratspräsidentschaft und der für die gesamte EU ungleich wichtigeren Vorbereitung der Erweiterung hin. Auch Chiracs negative Verknüpfung des im Zusammenhang mit *Europe protection* wichtigen Themas Sozialpolitik wurde in der Presse nicht geteilt. Die durch die Argumentation des Präsidenten mit verursachte Verunsicherung in Teilen der französischen Gesellschaft in Bezug auf potentielle Migrationsbewegungen von billigen Arbeitskräften aus den mittel- und osteuropäischen Staaten oder auf ein Absinken von Sozialstandards als Folgen der Erweiterung wurden in den untersuchten Zeitungen durch die Darstellung von tatsächlich gültigen Fakten und Gegebenheiten entkräftet.

- Das mit der **Kategorie Deutschland** erfasste inhaltliche Feld war selten explizites Thema in der Presseberichterstattung zur Erweiterung. Mit dieser Kategorie verbundene Topoi tauchten u.a. dann auf, wenn Jacques Chirac versuchte, den französischen Einfluss auf die institutionelle Gestalt und die Entscheidungsmechanismen in der erweiterten Union in möglichst großem Umfang zu erhalten. Dabei ging es, wie beispielsweise in Nizza, immer auch um die Parität mit Deutschland. Weiterhin waren mit Deutschland verbundene Aspekte in der Presse präsent bei der Berichterstattung zur Reform der Agrarpolitik, deren Neugestaltung im wesentlichen durch deutsch-französische Kompromissfindung möglich wurde sowie im Zusammenhang mit Chiracs Reisen in mittel- und osteuropäische Länder, bei denen es, besonders im wirtschaftlichen Bereich, immer auch um eine Konkurrenz mit Deutschland ging. Tenor der Presseberichterstattung war zumeist die bereits bei anderen Kategorien erwähnte Notwendigkeit der Definition einer französischen Haltung zur Erweiterung, die sich weder aus rein nationalen Motiven noch aus dem ständigen Vergleich mit Deutschland ableite, sondern vielmehr eine gesamteuropäische Perspektive im Blick habe.

Die Einschätzung der französischen Erweiterungspolitik und der französischen Rolle im EU-Erweiterungsprozess in der Presse im Unterschied zur Position des Staatspräsidenten

Wie sich aus der Analyse der Presseberichterstattung mit Hilfe des Kategorienschemas ablesen ließ, befanden sich die journalistischen Analysen zur Europapolitik und v.a. zur Erweiterung häufig im Gegensatz zu den Bewertungen und Schwerpunktsetzungen des Staatspräsidenten. Übereinstimmungen zwischen den beiden Untersuchungsebenen der Reden des Staatspräsidenten und der Presseberichterstattung waren selten und bezogen sich zumeist auf Aspekte von Chiracs Politik, die auf konsensualen Elementen der französischen außenpolitischen Kultur beruhten und auch in einer erweiterten Union weiterhin Gültigkeit hatten. Die Presseanalysen wiesen jedoch während des gesamten Untersuchungszeitraums immer wieder auf eine nicht ausreichende Berücksichtigung der Erweiterungsperspektive in Jacques Chiracs Politik und Diskurs hin. Außerdem wurde der bei der Analyse der Reden und Stellungnahmen Jacques Chiracs herausgearbeitete Gegensatz zwischen der grundsätzlich offenen französischen Haltung zur Erweiterung auf der einen und dem Beharren auf harten nationalen Positionen auf der anderen Seite auch in der Presse festgestellt und problematisiert. Aus beiden Punkten entwickelte sich im Verlauf des Untersuchungszeitraumes eine immer grundsätzlichere Kritik an der Europapolitik Jacques Chiracs. Die Journalisten bemängelten

das Fehlen weitreichender französischer Vorschläge und Konzepte für die Zukunft der EU, außerdem die starke Betonung nationaler französischer Interessen und eine grundsätzlich schwierige französische Haltung zur Erweiterung. Die Journalisten gingen nicht davon aus, dass sich, wie aus der Positionierung der französischen Führung abzulesen, auch die neue erweiterte Union französischen Vorstellungen anzupassen habe, sondern hielten statt dessen umgekehrt eine Modifikation der französischen Haltung zur Aufnahme der neuen Staaten und der Perspektive einer EU mit über zwanzig Mitgliedern für angebracht. Voraussetzung dafür wäre jedoch eine kritische Auseinandersetzung mit einigen nicht mehr zeitgemäßen Prinzipien und Prioritäten der französischen Europapolitik und daraus folgend eine Weiterentwicklung der außenpolitischen Kultur sowie der darauf beruhenden Vermittlungsstrategien gewesen. Dies wurde von den Journalisten deutlich eingefordert. Sie konstatierten eine zunehmende Kluft zwischen der europäischen Realität und ihrer Vermittlung in den Äußerungen des Präsidenten, die überbrückt werden müsse. Eine entsprechende Reaktion der französischen Führung konnten sie jedoch während des gesamten Untersuchungszeitraums nicht erkennen.

Für alle drei untersuchten Zeitungen lässt sich trotz ihrer unterschiedlichen politischen Ausrichtung festhalten, dass in Kommentaren und Meinungsartikeln deutlich stärker eine gesamteuropäische als eine rein nationale Perspektive im Mittelpunkt stand. Auch vor diesem Hintergrund war die Politik Jacques Chiracs häufig Kritik ausgesetzt. Frankreichs Rolle und Verantwortung in Europa wurden von den Journalisten anders interpretiert als vom Staatspräsidenten. Vor allem *Le Monde* stellte zudem als Kontrapunkt zur französischen Sicht auf Entwicklungen und Entscheidungen in Europa häufig die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Bewerberländer dar. Auch auf diese Weise wurde die bei Jacques Chirac zu beobachtende Konzentration auf eine nationale Sichtweise in der Presseberichterstattung erweitert und die französische Politik in einen größeren Kontext gestellt. Ein weiterer Gegensatz zwischen der Presseberichterstattung und den Stellungnahmen des Präsidenten im Zusammenhang mit der Erweiterung bestand in einer z.T. deutlich realistischeren Darstellung des Erweiterungsprozesses und seiner Folgen in der Presse im Vergleich zu bei einigen Gelegenheiten zu optimistischen oder beschönigenden Aussagen Chiracs. Während Jacques Chirac sich bei schwierigen Verhandlungsthemen oftmals darauf beschränkte, potentielle negative Auswirkungen für Frankreich zu negieren und davon ausging, dass das für Frankreich bewährte Integrationsmodell auch in einer erweiterten Union Bestand haben würde, zeichnete die Presse regelmäßig ein realistischeres Bild der politischen Implikationen und Auswirkungen der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten auch auf Frankreich. Dies

geschah v.a. durch eine stark faktenbezogene Berichterstattung, die objektiv positive und negative Aspekte eines anstehenden Integrationsschrittes oder eines europäischen Beschlusses gegenüberstellte und für Frankreich bewertete. Die Aufklärungs- und Informationsarbeit der Presse hätte allerdings ergänzt werden müssen durch eine entsprechende Anstrengung von Seiten der politischen Führung. Eine solche war jedoch während des gesamten Untersuchungszeitraums kaum zu erkennen. Wie in den theoretischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit bereits angeführt, ist der Gegensatz zwischen einer Bewertung einer politischen Entscheidung durch daran beteiligte Politiker auf der einen und neutrale journalistische Beobachter auf der anderen Seite ein normaler Bestandteil der öffentlichen Kommunikation über Politik in einer pluralistischen Demokratie. Allerdings war die Konstanz des Gegensatzes, die sich aus den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit ablesen ließ, bemerkenswert und konnte nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung bleiben.

Im zeitlichen Umfeld des Abschlusses des Beitrittsprozesses konstatierten zahlreiche Journalisten eine grundsätzliche Entfremdung zwischen vielen Franzosen und Europa, die sie nicht zuletzt einer verfehlten Kommunikationsstrategie der politischen Führung zuschrieben. Aufgrund der großen Schwierigkeiten, die viele französische Politiker selbst mit der erweiterten Union hätten, seien sie nicht in der Lage, diese über den politischen Diskurs überzeugend in die französische Gesellschaft hinein zu vermitteln, so die Analyse. Eine offene Auseinandersetzung mit den neuen Bedingungen der europäischen Integration wurde von den Journalisten als ebenso notwendig erachtet wie eine Abkehr von der im französischen Europadiskurs aller Parteien vorhandenen Tendenz, Europa als Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen zu missbrauchen. Eingefordert wurde eine positive Präsentation der europäischen Zusammenarbeit sowie eine stärkere Einbeziehung der Franzosen und ihrer Vertreter in Nationalversammlung und Senat in die Diskussion europäischer Themen. Die Presseanalysen machten die auch anhand der Untersuchung der Reden und Stellungnahmen Jacques Chiracs festgestellte Diskrepanz zwischen der deutlichen Veränderung der europäischen Integration in Folge der Erweiterung und des Verfassungsprozesses und der Statik der Vermittlungsarbeit in Frankreich, die mit diesen Entwicklungen nicht Schritt hielt, sehr deutlich.

Die Presseberichterstattung als Teil der Vermittlungsarbeit zur Osterweiterung

Dem Untersuchungsinteresse der vorliegenden Arbeit entsprechend ist die Berichterstattung in den berücksichtigten Zeitungen sowohl im Hinblick auf die Äußerungen des

Staatspräsidenten als auch in Richtung der französischen Gesellschaft zu bewerten. Die fast durchgängige Kritik an der Europapolitik und ihrer Vermittlung insbesondere in Bezug auf die Erweiterung wurde oben bereits deutlich. Bezogen auf die französische Gesellschaft stellte die Medienberichterstattung zum Erweiterungsprozess einen Spiegel zahlreicher Unsicherheiten, offenen Fragen und Ängste zum Thema dar. Damit kamen die Zeitungen einer ihrer in einer Demokratie wesentlichen Aufgaben nach. Durch die bereits erwähnte stark faktenbezogene Berichterstattung waren die berichtenden Journalisten darum bemüht, Teile des Informationsdefizits zur Erweiterung auszugleichen und das Thema im Kontext der gesamten französischen Europapolitik objektiv zu beleuchten. Gleichzeitig war die Berichterstattung eine deutliche Aufforderung an die politische Führung und v.a. den Staatspräsidenten zur Anpassung ihrer Kommunikationsstrategie an die neuen Herausforderungen und Gegebenheiten. Die notwendigen Modifikationen der Vermittlungsanstrengungen zu einzelnen Entscheidungen im Verlauf des Erweiterungsprozesses, die schließlich zu einer Veränderung der politisch-kulturellen Grundlagen der französischen Europapolitik hätten führen sollen, hätten von der politischen Führung initiiert und vorangetrieben werden müssen. Die Medien konnten auf bestehende Defizite hinweisen und Anpassungsbemühungen unterstützend oder auch kritisch begleiten. Das Potential, eine tatsächliche Neuorientierung herbeizuführen, hatte jedoch nur die Politik. Im Verlauf des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit wies die Presseberichterstattung zur Erweiterungspolitik Frankreichs und zu ihrer Vermittlung konstant und mehr als deutlich auf die Probleme hin, die sich aus der Fortführung der traditionellen Konzepte und Herangehensweisen an vollkommen veränderte Bedingungen ergaben. Eine entsprechende Reaktion der französischen politischen Führung erfolgte jedoch nicht. Ähnlich unbeeindruckt wie von der fast durchweg kritischen oder sogar negativen Berichterstattung in der Presse zeigte sich Jacques Chirac von den konstant negativen französischen Umfragedaten zur Erweiterung, die durch die Eurobarometer-Erhebungen ermittelt wurden.

4. Das französische Meinungsbild zur Erweiterung

Nach der Betrachtung der politischen Gestaltung und der Vermittlung der EU-Osterweiterung in Frankreich blieb noch zu untersuchen, wie beides in der französischen Gesellschaft wahrgenommen und bewertet wurde. Damit ist die vierte der untersuchungsleitenden Fragen angesprochen, die sich mit diesem Punkt beschäftigte und über die allgemeine Haltung der Franzosen zur europäischen Integration und v.a. zur Erweiterung hinaus auch noch den

Einfluss der Osterweiterung auf die Ablehnung des Verfassungsvertrages im Jahr 2005 thematisierte. Auch bei der zusammenfassenden Analyse der dritten Untersuchungsebene der vorliegenden Arbeit, den Meinungsumfragen, ist ein Rückgriff auf das Kategorienschema hilfreich.

Die Analysekategorien zur französischen außenpolitischen Kultur in den Umfragedaten zur EU-Erweiterung

Eine zusammenfassende Betrachtung der untersuchten Umfragedaten zur Erweiterung mit Hilfe der Analysekategorien zur außenpolitischen Kultur macht deutlich, dass hauptsächlich die Elemente der Politik Jacques Chiracs Unterstützung fanden, die sich auf die traditionellen Schwerpunkte französischer Europapolitik bezogen und mit tradierten Wahrnehmungsmustern der französischen Rolle in Europa in Verbindung gebracht werden konnten. Große Schwierigkeiten hatten die Franzosen dagegen mit neuen Entwicklungen in der EU, die häufig mit der Erweiterung in Zusammenhang standen, und durch welche sie ihr lange Jahr gültiges Europabild in Frage gestellt sahen.

- Die mit den **Kategorien Frieden und Werte** verbundenen Inhalte bilden seit den Anfängen der V. Republik eine der Grundlagen der französischen Herangehensweise an die europäische Integration. Dementsprechend fanden sich auch in den untersuchten Umfragedaten regelmäßig hohe Zustimmungswerte, wenn nach mit den beiden Kategorien verbundenen Aspekten als Begründung oder Rechtfertigung der französischen aktiven Beteiligung an der Integration gefragt wurde. Bei diesen Elementen gab es die größte Übereinstimmung zwischen der Europapolitik Jacques Chiracs und ihrer Wahrnehmung durch die Franzosen. Auch mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte das Friedensmotiv für eine Mehrheit der Befragten als Basis der Integration in Europa nicht an Bedeutung verloren. Grundsätzlich stimmten die Franzosen auch mit ihrer politischen Führung darin überein, wenn die mit den Kategorien Frieden und Werte verbundenen Aspekte als Argument für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU verwendet wurden. Allerdings handelte es sich bei dem Friedens- und Versöhnungsmotiv um einen unbestimmten Aspekt des französischen Verhältnisses zu Europa, der keine konkreten interessengebundenen Fragen berührte. Aus der generellen Zustimmung vieler Franzosen zur historischen und moralischen Fundierung der Osterweiterung konnten daher keine Schlüsse gezogen werden über ihren Umgang

mit konkreten neuen Herausforderungen in Europa, die sich durch die anstehende Erweiterung ergaben.

- Die mit den **Kategorien Resonanz und multipolare Welt** erfassten Aspekte der französischen Europapolitik fanden ebenfalls große Unterstützung bei einer Mehrheit der Franzosen. Die Zustimmungswerte zu einem nach außen sichtbaren Engagement der EU, durch das auch Frankreich entsprechend wirken könnte, waren eindeutig. Während des gesamten Untersuchungszeitraums ließ sich beispielsweise bei den Diskussionen über die institutionelle Weiterentwicklung der EU beobachten, dass Positionsbestimmungen der französischen Führung, die auf einen Erhalt oder einen Ausbau der internationalen Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit der Union zielten, in der französischen Bevölkerung mehrheitlich gutgeheißen wurden. Aus dieser Haltung ergab sich, dass Reformschritte nicht gut angenommen wurden, durch welche diese Aspekte gefährdet oder in Frage gestellt wurden. An dieser Stelle konnte sich ein negativer Bezug zur Erweiterung ergeben, wenn beispielsweise zwischen institutionellen Reformen im Rahmen der Vorbereitung der EU auf ihre neuen Mitglieder und einem potentiellen Verlust an weltweiten Gestaltungsmöglichkeiten für die EU und damit auch für Frankreich eine direkte Verbindung gezogen wurde.
- Für mit der **Kategorie Interesse** verbundene Themen gilt ähnliches. Auch diese Aspekte der französischen Europapolitik stießen auf breite Zustimmung, wenn sie sich beispielsweise auf die Bewahrung eines möglichst großen Einflusses für Frankreich in einem umgestalteten Institutionengefüge der EU bezogen oder darauf abzielten, wirtschaftliche Vorteile der EU-Integration für Frankreich fortzuschreiben oder auszubauen. Hier ergab sich allerdings in Bezug auf die Erweiterung durch das Thema Agrarpolitik eine größere Schwierigkeit als bei den zuvor beschriebenen Kategorien. Sowohl in der Politik des Präsidenten als auch in der Presseberichterstattung wurde dieser Bereich unmittelbar mit der Erweiterung in Verbindung gebracht. Die Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik, von der Frankreich in hohem Maße profitiert, sind jedoch seit dem Beginn der europäischen Integration konstitutive Elemente des französischen Verhältnisses zu Europa. Jede Veränderung in diesem Punkt muss auf Schwierigkeiten stoßen. Entsprechend groß waren Befürchtungen, die Erweiterung könne für die Landwirte große Schwierigkeiten mit sich bringen.
- Bei der **Kategorie Europe puissance** ergaben sich ähnliche Probleme im Zusammenhang mit der Erweiterung. Auch die mit der Kategorie verbundene Zielsetzung der Schaffung eines in militärischer und verteidigungspolitischer Hinsicht

unabhängigen Europa gehört zu den Grundlagen des französischen Verhältnisses zur Integration und findet folglich große Unterstützung. Entsprechend problematisch war auch hier eine potentielle Infragestellung der weiteren Gültigkeit des Konzeptes durch die Erweiterung. Im Zuge der Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg erhielt dieser Punkt eine besondere Bedeutung. Durch die große Mediatisierung der Diskussionen innerhalb der EU und v.a. der Kontroverse um die Haltung zu den USA zwischen Präsident Chirac und den Bewerberstaaten waren vielen Franzosen v.a. negative Auswirkungen der Erweiterung auf das französische Europamodell präsent. Sie sahen z.T. zurecht die Umsetzung einiger wichtiger Ziele, die Frankreich mit Europa verband, durch die Erweiterung gefährdet.

- Die mit der **Kategorie *Europe protection*** erfassten Themen boten ebenfalls einige negative Anknüpfungspunkte im Zusammenhang mit der Erweiterung. Die hinter der Kategorie stehende Zielsetzung der Übertragung u.a. sozialpolitischer nationaler Probleme auf eine zusätzliche europäische Politikebene fand grundsätzlich große Zustimmung bei einer Mehrheit der Franzosen. Allerdings wurde z.T. von der politischen Führung selbst der Eindruck erweckt, dass dies in Folge der Erweiterung nicht mehr möglich sein würde bzw. dass sogar wesentliche Elemente französischer Sozialpolitik durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten gefährdet werden könnten. Dies galt beispielsweise für Jacques Chiracs Initiative zum europäischen Sozialmodell, in dessen Zusammenhang er von der „sozialen Dimension der Erweiterung“ sprach oder auch für die Debatte um den „polnischen Klempner“ im Kontext der Verfassungsdiskussion. Einige in Frankreich im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten besonders präsente Ängste in Bezug auf die Globalisierung und ein allgemeiner Pessimismus angesichts der nationalen wirtschaftlichen Lage fanden Anknüpfungspunkte in mit der Erweiterung verbundenen Aspekten. Die Franzosen befürchteten v.a. Firmenverlagerungen in Länder mit niedrigeren Sozialstandards, in der Folge einen Verlust von Arbeitsplätzen in Frankreich sowie grundsätzlich höhere Kosten für ihr Land durch die Veränderungen in der EU.
- Die in der **Kategorie *Deutschland*** zusammengefassten Topoi hatten keine herausgehobene Bedeutung in den Umfragedaten zur EU-Erweiterung. Indirekt waren sie jedoch präsent, wenn es darum ging, das traditionelle französische Bild von der europäischen Integration zu erhalten, das immer auch im Hinblick auf Deutschland definiert wurde. Außerdem unterstützte eine Mehrheit der Franzosen die Bemühungen ihrer politischen Führung, einen potentiell vergrößerten Einfluss Deutschlands in einer

erweiterten Union auszugleichen durch den Erhalt einer wichtigen Führungsposition auch für Frankreich. Dies galt beispielsweise für die institutionellen Reformdiskussionen oder für die Bewahrung der internationalen Handlungsfähigkeit der EU, von der auch Frankreichs weltweite Strahlkraft wesentlich abhing.

Verbindungen zwischen den französischen Umfragedaten zu Europa und der Vermittlungsstrategie von Präsident Chirac und der politischen Führung

Grundsätzlich ist zur französischen öffentlichen Meinung zu Europa festzuhalten, dass während des gesamten Untersuchungszeitraums 1995 bis 2005 eine Mehrheit der in den Eurobarometer-Erhebungen befragten Franzosen eine positive Einstellung zur europäischen Integration hatte. Die beiden in jeder Erhebung gestellten Standardfragen der Eurobarometer wurden während der zehn analysierten Jahre der französischen Politik konstant von einer Mehrheit zustimmend beantwortet: Die befragten Franzosen sahen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes überwiegend als gute Sache an und erkannten auch mehr Vorteile als Nachteile für ihr Land als Folge seiner Einbindung in europäische Strukturen. Weiterhin fanden zwischen 1995 und 2005 besonders solche Aspekte der Europapolitik Chiracs Unterstützung, die sich an traditionelle Elemente der französischen Herangehensweise an die europäische Integration anbinden ließen. Darunter fielen beispielsweise die Themen Stärkung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Kategorien *Europe puissance*, multipolare Welt und Resonanz), und zum Teil auch die Etablierung einer europäischen Sozialpolitik, beispielsweise zum Zweck des konzertierten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit (Kategorie *Europe protection*).

Zu einem deutlich anderen Ergebnis kam die Betrachtung des französischen Meinungsbildes zur Erweiterung. Bei diesem Thema hoben sich die Franzosen während des gesamten Untersuchungszeitraumes negativ von den anderen Europäern ab und äußerten konstant eine mehrheitlich ablehnende Haltung. Grundlage für dieses Meinungsbild war zum einen ein Mangel an Informationen über die anstehende Aufnahme der neuen Staaten. Die Eurobarometer-Analysten stellten in Bezug auf mehrere Fragen der europäischen Integration, darunter auch die Erweiterung, einen Zusammenhang zwischen dem Informationsstand der Befragten und dem Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu dem jeweiligen Thema fest. Je besser die Europäer darüber informiert waren, desto eher waren sie bereit, einem Entwicklungsschritt der Integration zuzustimmen. Hier wäre also eine umfassende Vermittlungs- und Kommunikationsstrategie von Seiten der französischen politischen Führung vonnöten gewesen, um die Franzosen über die positiven und negativen Folgen der

Erweiterung aufzuklären und zur Herausbildung eines auf objektiven Fakten beruhenden Meinungsbildes beizutragen. Statt dessen klammerte die französische politische Führung, allen voran Jacques Chirac, wie aus der Untersuchung seiner Reden und Stellungnahmen hervorging, die Erweiterung entweder vollständig aus ihrem Diskurs zu Europa aus oder vermied sie oder negierte häufig zumindest deren problematische Aspekte. Damit kam sie nicht nur ihrer Verantwortung bei der Vermittlung eines entscheidenden Entwicklungsschritts der europäischen Integration nicht nach, sondern verschärfte darüber hinaus die Problematik der unzureichenden Information vieler Franzosen durch ihre eigene unklare Haltung zur Erweiterung noch. Indem Jacques Chirac beispielsweise bei den Themen Sozial- und Agrarpolitik sehr deutlich darauf bestand, dass französische Standards und Privilegien auf keinen Fall durch die Erweiterung negativ beeinflusst werden dürften, erweckte er den Eindruck, dass eine solche Gefahr drohe und verstärkte eine durch fehlende Information bereits latent vorhandene ablehnende Tendenz bei den Franzosen. Die Kommunikationsstrategie des Präsidenten trug jedenfalls nicht dazu bei, ein neutrales Bild der erweiterten Union zu vermitteln und mögliche Bedenken dagegen durch die Bereitstellung von objektiven Informationen zu zerstreuen.

Die Umfragedaten zur Erweiterung als Ausdruck der gescheiterten Kommunikationsstrategie Jacques Chiracs

Die bilanzierende Betrachtung des französischen Meinungsbildes zur Erweiterung bestätigt somit das Scheitern der Kommunikation der französischen Führung zum Thema, das bei der Auswertung der Reden und Stellungnahmen Jacques Chiracs konstatiert worden war. Im Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit wurde den Umfragedaten die Funktion einer Rückkopplungsinstanz zwischen Politik und Gesellschaft zugewiesen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg waren die Zustimmungswerte der Franzosen zur Erweiterung konstant negativ, d.h. das Thema Erweiterung wurde nicht erfolgreich vermittelt. Zu Beginn von Jacques Chiracs Präsidentschaft war ein solcher Befund noch wenig erstaunlich, da die Erweiterung eine abstrakte und langfristige Perspektive war und andere europäische Themen im Vordergrund standen. Im Verlauf der untersuchten zehn Amtsjahre Chiracs war die Erweiterung jedoch der entscheidende Horizont, vor dem fast alle europapolitischen Entscheidungen der französischen Führung zu sehen waren. Die Kommunikation zu Europa hätte dieser Tatsache Rechnung tragen müssen. Dass dies unterblieben ist, wurde oben bereits festgestellt. Demzufolge blieben auch die Umfragedaten zur Erweiterung schlecht. Da, wie im Theorieteil der vorliegenden Arbeit ausgeführt, „[in] modernen Demokratien [...] die

Legitimation von Politik in hohem Maße von der erfolgreichen Vermittlung politischer Inhalte ab[hängt]¹²¹⁸, ist die Ignoranz, die Jacques Chirac gegenüber den Umfragedaten an den Tag legte und bei einigen Gelegenheiten sogar explizit formulierte, unverständlich.¹²¹⁹ Eine Erklärung für sein Verhalten könnte die auch im Zuge der Verfassungsdebatte bei den Befürwortern des Vertrages beobachtete Erwartung sein, dass die Franzosen aufgrund ihrer grundsätzlich pro-europäischen Einstellung alle weiteren Integrationsschritte mittragen würden und eine offensive Vermittlungsarbeit daher nicht notwendig war. Dennoch bleibt die Haltung Chiracs gegenüber den Umfragedaten angesichts der Bedeutung der Erweiterung für die Zukunft der europäischen Integration nur schwer nachvollziehbar.

Neben den Schlussfolgerungen hinsichtlich der gescheiterten Kommunikationsstrategie der französischen politischen Führung zur Erweiterung bestätigt die Betrachtung der Umfragedaten über die Dauer des Untersuchungszeitraums hinweg auch die These der schwierigen Vereinbarkeit der durch die Erweiterung geschaffenen neuen Realitäten in Europa mit den politisch-kulturellen Grundlagen der französischen Europapolitik. Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse lassen den Schluss zu, dass die deutliche Ablehnung der Erweiterung durch eine Mehrheit der Franzosen zu einem großen Teil auch aus dieser Tatsache resultierte. Europapolitische Entscheidungen und Positionen, die sich an traditionellen Vermittlungskonzepten orientierten, fanden deutlich größere Unterstützung in der französischen Bevölkerung als die Erweiterung, deren Auswirkungen einige zentrale Elemente der französischen Herangehensweise an Europa in Frage stellten. Die politisch-kulturellen Grundlagen der französischen Europapolitik hätten entsprechend weiterentwickelt und erweitert werden müssen, um die Realitäten einer Union der 25 für die Franzosen fassbar zu machen. Mit Hilfe der traditionellen Wahrnehmungsmuster ließen sich die neuen Entwicklungen in Europa im Zusammenhang mit der Erweiterung nur schwer einordnen. Da sich die Grundlagen und Vermittlungsmuster des französischen Europadiskurses auch angesichts der Erweiterungsperspektive nicht veränderten, hatten die Franzosen verständlicherweise Schwierigkeiten, diesen Diskurs mit den von ihnen selbst wahrgenommenen Veränderungen in Europa in Einklang zu bringen. Die Umfragedaten zur Erweiterung waren ein Ausdruck dessen und eine Aufforderung an die Politik, darauf zu reagieren. Dieser Aufforderung kam v.a. Staatspräsident Chirac nicht nach und belastete dadurch die für seine europapolitische Bilanz entscheidende Frage des Verfassungsreferendums unnötig zusätzlich und führte den negativen Ausgang der

¹²¹⁸ Raupp (2007), a.a.O., S. 174.

¹²¹⁹ Vgl. beispielsweise Chiracs im Analyseteil erwähnte Aussagen während seiner Ungarn-Reise und im Rahmen seiner Pressekonferenz zu Europa im Jahr 2004.

Abstimmung mit herbei. Die Auswirkungen der Versäumnisse der französischen politischen Führung bei der Vermittlung der Erweiterung fanden in der Abstimmung über den Verfassungsvertrag zum ersten Mal ein europapolitisches Ventil. Die schlechte Kommunikationsstrategie besonders des Staatspräsidenten über den Prozess der Aufnahme der neuen Staaten in die EU ist somit bei der Untersuchung der Gründe für das mehrheitliche französische Nein beim Verfassungsreferendum zu beachten.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der europäischen Integration ist die französische Erweiterungsskepsis, der bis zum Jahr 2005 von Seiten der Politik nicht offensiv begegnet wurde, außerdem eine große Hypothek für die eventuelle Aufnahme weiterer Staaten. Zum einen blieben die Franzosen auch über den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit hinaus diesbezüglich sehr zurückhaltend.¹²²⁰ Zum anderen erschwerte die nach dem Verfassungsreferendum erfolgte Reaktion führender französischer Politiker, die einen vorübergehenden Stop oder zumindest eine Einschränkung der Erweiterungspolitik der EU forderten, das Fortschreiten der Integration in diesem Bereich. Die französische Führung bestätigte durch ihr Verhalten die verbreitete Skepsis der Franzosen gegenüber weiteren Erweiterungen noch, statt ihr aktiv entgegenzuwirken. Die Stimmung in Frankreich hinsichtlich der Aufnahme weiterer Staaten in die EU blieb damit am Ende des Untersuchungszeitraums der vorliegenden Arbeit schlecht. Konstruktive Reaktionen darauf waren bei der französischen Führung nicht zu erkennen. Die für die Jahre 1995 bis 2005 aufgestellte und in der vorliegenden Untersuchung überprüfte Hypothese der fehlenden Anpassung der französischen Europapolitik und besonders ihrer Vermittlung an die neuen Gegebenheiten in der Europäischen Union blieb daher auch am Ende der Präsidentschaftszeit Jacques Chiracs weiterhin gültig.

5. Schlusswort und Ausblick

Frankreich war am Ende der Präsidentschaftszeit Jacques Chiracs ein schwieriger Partner in Europa. Über fast zwei Jahre war das Land nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum vom Mai 2005 durch den Verbleib Chiracs im Amt weitgehend blockiert und fiel als europäischer Impulsgeber aus. Die Europapolitik gehörte insgesamt auch nicht zu den

¹²²⁰ Zwischen Frühjahr 2006 und Frühjahr 2007 ermittelten die Eurobarometer-Analysten nur wenig veränderte und weiterhin konstant niedrige französische Zustimmungswerte zu einer weiteren Erweiterung der Europäischen Union. In den Eurobarometer-Umfragen 65 bis 67 waren jeweils 31, 34 bzw. 32% der befragten Franzosen dafür, weitere Staaten in die EU aufzunehmen. Der Mittelwert der EU-25 bzw. EU-27 lag mit 45, 46 bzw. 49% Zustimmung jeweils deutlich darüber. Vgl. Eurobaromètre 65, Printemps 2006, Rapport national France, Commission européenne; Eurobaromètre 66, Automne 2006, Rapport national France, Commission européenne und Eurobaromètre 67, Printemps 2007, Rapport national France, Commission européenne.

erfolgreichsten Politikbereichen der zwölf Amtsjahre Chiracs.¹²²¹ Erst mit der Wahl Nicolas Sarkozy zum sechsten französischen Präsidenten der V. Republik erhielt die französische Europapolitik wieder neuen Schwung. Die Schwierigkeiten der französischen politischen Klasse mit der neuen Gestalt der EU nach der Osterweiterung bestanden jedoch in der Zeit nach Jacques Chiracs Präsidentschaft fort. Nicolas Sarkozy hatte sich bereits im Präsidentschaftswahlkampf 2007 dagegen ausgesprochen, vor einem Abschluss der im Verfassungsprozess begonnenen Institutionenreform weitere Länder in die EU aufzunehmen. Als Präsident setzte er sich für eine Erweiterungspause bis zur Ratifikation des Lissabon-Vertrages ein und belebte damit die französische Tradition wieder, vor jeder Erweiterung auf einer umfassenden Vertiefung zu bestehen.¹²²² Auch die französische Gesellschaft hatte rund zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer den veränderten Maßstab der europäischen Integration noch nicht verinnerlicht, so die Analyse von Christian Lequesne:

„Nul doute que l’Union européenne à vingt-sept ne ressemblera plus jamais à la Communauté européenne qui a fonctionné jusqu’en 1989. La petite Europe de l’Ouest, à laquelle s’étaient habituées les élites et la société françaises, a disparu. Vingt ans après la chute du mur de Berlin, il est urgent que les Français prennent acte de ce changement majeur, mais y puisent aussi une bonne raison de renouveler leur engagement européen, au lieu de regretter l’Union à douze. La France dispose de tous les atouts pour trouver une place de choix dans une Union européenne élargie, tout comme elle a toutes les ressources pour vivre positivement l’ouverture et la fluidité dont est porteuse la mondialisation. A deux conditions cependant: que sa société se convainque que les changements n’équivalent pas toujours à des menaces mais aussi à des opportunités, et qu’elle renonce à penser le monde à partir de la défense d’une prétendue ‚exception française‘ qui ne fait que conforter un passé nostalgique au lieu de favoriser l’entrée dans la modernité.“¹²²³

Die Bedeutung von in dieser Arbeit untersuchten Wahrnehmungs- und Vermittlungsmustern und damit politisch-kultureller Faktoren zeigt sich einmal mehr: Ohne eine Anpassung dieser Muster ist die Akzeptanz politischer Veränderungen nur schwer oder gar nicht möglich. Die Schwierigkeit der Modifikation der etablierten Denkmuster besteht aufgrund ihrer gemeinsamen Sozialisierung sowohl für die politischen Führungskräfte als auch für die

¹²²¹ Vgl. dazu die Bilanzen der beiden Amtszeiten Chiracs, u.a. Medard Ritzenhofen (2007): „Adieu Jacques! Chiracs zwiespältige Bilanz“, in: *Dokumente* 2/2007, S. 4-7 oder die Beiträge in der Sonderausgabe der Zeitschrift *L’Histoire* vom Oktober 2006, v.a. René Rémond (2006): „Ce que l’histoire retiendra“, S. 79-81.

¹²²² Vgl. dazu beispielsweise seine Rede in der Bibliothek Solvay in Brüssel am 8.9.2006 oder seine Pressekonferenz nach dem Europäischen Rat von Brüssel vom 20.6.2008. Vgl. auch Joachim Schild (2007): „Europa als Sündenbock. Europapolitik im Präsidentschaftswahlkampf“, in: *Dokumente* 2/2007, S. 17-21.

¹²²³ Lequesne (2008), a.a.O., S. 12f.

Gesellschaft.¹²²⁴ Allerdings kommt ersteren die Verantwortung zu, Veränderungen in der politischen Kultur ihres Landes, die mit politischen Entscheidungen einhergehen müssen, aktiv zu initiieren und voranzutreiben. In Bezug auf die Osterweiterung der EU ist dies in Frankreich gescheitert, wie in der vorliegenden Arbeit nachgewiesen werden konnte. Diese Beobachtung zeigt die große Konstanz der politisch-kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft, für deren Veränderung es einer expliziten Anstrengung der politischen Führung bedarf. Auch Christian Lequesne sieht hier eine bedeutsame Aufgabe für die französische Politik:

„Le rapport de la France à l’Union européenne a été totalement déstabilisé par les changements de 1989. Vingt ans plus tard, ce pays n’est toujours pas à l’aise face à une Union qui a changé d’échelle. Il a du mal à accepter que l’élargissement, qui n’a pas atteint son état définitif, ne signifie pas le déclin ou la fin de l’Union européenne, mais simplement une entreprise politique différente. Comme la Cinquième République ne ressemble plus à la Troisième, l’Union à vingt-sept ne peut pas être la copie conforme de l’Union à douze. Il faut se convaincre de cette évolution en France et se donner les moyens de faire progresser au mieux la nouvelle entité. Il y a là une responsabilité particulière pour tous ceux qui ont défendu la construction européenne depuis ses débuts et qui, ces dernières années, ont eu parfois tendance à baisser un peu facilement les bras devant l’élargissement. [...] La France doit accepter l’Union élargie, car elle ne ressuscitera jamais la petite Communauté à six. Les élites françaises doivent pour cela abandonner cette idée fixe que l’Union européenne ne fonctionnerait plus, parce qu’on ne sait plus où s’arrêtent ses frontières.“¹²²⁵

Präsident Sarkozy hat sich in den ersten Jahren seiner Amtszeit keiner Diskussion über eine neue Erweiterung der Union stellen müssen, da diese nicht auf der europäischen Agenda stand. Nach der teilweisen Rücknahme der von Präsident Chirac veranlassten Verfassungsänderung, die für alle Beitrittskandidaten nach Kroatien ein verpflichtendes Referendum in Frankreich vorsah, besteht nicht mehr unmittelbar die Gefahr, dass ein französisches Referendum zukünftige Erweiterungen der EU blockiert. Die Verfassung sieht im von Sarkozy modifizierten Artikel 88.5 nicht mehr verpflichtend ein Referendum vor, sondern alternativ auch die Möglichkeit der Ratifikation von Erweiterungsverträgen der EU durch das französische Parlament. Eine breite gesellschaftliche Debatte kann also umgangen

¹²²⁴ Vgl. dazu auch ebd., S. 96: „Les élargissements passés et à venir ont déstabilisé les élites politiques françaises, anti- comme pro-européennes, en remettant en cause la congruence entre Union européenne et Europe de l’Ouest qui s’était construite par la force des choses entre 1945 et 1989. De nombreux hommes politiques, mais aussi de nombreux experts français, qui exercent des responsabilités en 2008, ont été socialisés dans la Communauté européenne d’avant 1989 et leurs représentations en sont nécessairement imprégnées.“

¹²²⁵ Ebd., S. 147f. Vgl. auch die ähnliche Einschätzung Daniela Schwarzers zu Beginn von Sarkozys Präsidentschaft: „Die von Sarkozy gewählte Rhetorik in Bezug auf die französische Identität, in Bezug auf Frankreichs politischen Führungsanspruch in Europa, und in Bezug auf die globale Rolle der EU dürfte französische Fehleinschätzungen von der Machbarkeit eines ‚Europe à la française‘ eher nähren, als die Bürgerinnen und Bürger in eine realitätsanerkennende Zukunftsdiskussion einbinden. Die Versprechungen Sarkozys bergen ein Frustrationspotential für die Bevölkerung in sich [...].“ Daniela Schwarzer (2007): „Grund zur Vorsicht. Sarkozys europapolitisches Programm“, in: *Dokumente* 3/2007, S. 15-19, hier S. 18.

werden. Vor dem Hintergrund der in der vorliegenden Arbeit beschriebenen französischen Schwierigkeiten mit Europa und besonders mit der Osterweiterung wäre jedoch zum gegebenen Zeitpunkt vielmehr ein offensiver und offener Umgang mit dem Thema Erweiterung vonnöten, der positive und negative Aspekte darstellt, gegeneinander abwägt und es den Franzosen erlaubt, sich auf der Basis objektiver Fakten ein eigenes Urteil über potentielle Beitrittskandidaten zu bilden.

Ein solches Vorgehen würde allerdings für Sarkozy aus mehreren Gründen eine Herausforderung darstellen. Der Präsident hat im Verlauf der ersten Jahre seiner Amtszeit enorm an Popularität eingebüßt und auch europapolitisch an Initiativkraft verloren, insbesondere nach seiner erfolgreichen Ratspräsidentschaft 2008.¹²²⁶ Ähnlich wie bei Chirac könnte sich also aus der Diskussion einer weiteren Erweiterung der EU eine grundsätzliche Debatte über Europa und die französische Europapolitik ergeben, deren Ergebnis nicht zwingend zu Sarkozys Gunsten ausfallen müsste. Auch bei einem eventuellen Referendum über die Aufnahme weiterer Staaten in die EU bestünde, wie bei allen Referenden der V. Republik, die Gefahr der Verlagerung des Gegenstands des Votums hin zu einer Abstimmung über die Politik Sarkozys im allgemeinen. Wie sich im Jahr 2010 an den massiven Protesten gegen die Rentenreform der Regierung Fillon erneut gezeigt hat, ist die französische Gesellschaft in großen Teilen weiterhin sehr zurückhaltend gegenüber Neuerungen und Veränderungen, die vermeintlich eherne Grundlagen des Zusammenlebens in der V. Republik berühren. Mit den Schwierigkeiten der französischen Gesellschaft, sich auf Veränderungen einzustellen und diesen offen zu begegnen, korreliert auf Seiten der französischen politischen Führung eine mangelhafte Vermittlungsarbeit. Auch dies ist eine Konstante des politischen Lebens der V. Republik. Die in der vorliegenden Arbeit in Bezug auf die Osterweiterung und die damit verbundene Europapolitik festgestellte schlechte Vermittlung ihrer Politik durch die Entscheidungsträger in die französische Gesellschaft ist demnach kein einmaliges Phänomen, sondern fügt sich im Gegenteil ein in eine allgemeine Tendenz der französischen Politik. Allein für die beiden Amtszeiten Jacques Chiracs als Präsident sind die Beispiele für die Verständigungsprobleme zwischen politischer Führung und großen Teilen der Gesellschaft zahlreich: Protest- und Streikbewegung gegen den Juppé-Plan zur Reform der Sozialversicherungssysteme 1995, gegen die Pläne Claude Allègres im Bereich *Education nationale* 2000, gegen das Rentenreform-Projekt François Fillons 2003, gegen Dominique de Villepains *Contrat Première Embauche* 2006, Banlieue-Unruhen im Herbst 2005, der

¹²²⁶ Vgl. dazu u.a. Martin Koopmann/Joachim Schild (2009): *Style, stratégies et potentiel d'influence de la politique européenne de la France: Retour sur une présidence remarquée*, Notre Europe, Paris.

Paukenschlag des zweiten Durchgangs der Präsidentschaftswahlen 2002 sowie schließlich die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages 2005. Hintergrund für die Protestbewegungen ist die enorme Veränderung, die Frankreich seit den *Trente Glorieuses* durchlaufen hat und die das in dieser Zeit etablierte Modell in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Soziales zunehmend in Frage gestellt haben. Nicht nur Frankreich sieht sich Veränderungen gegenüber. Allerdings besteht in Frankreich, wie im Verlauf der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet wurde, ein deutliches Defizit an Kommunikations- und Vermittlungsarbeit, welches das Problem des Reformstaus noch potenziert. Zu diesem Schluss kommen auch Bruno Palier, Peter A. Hall und Pepper D. Culpepper in ihrer Analyse der Veränderungen in Frankreich zwischen 1980 und 2005:

„[On observe en France] l’absence [d’un] ‚discours de communication’ sur les réformes menées, [un] manque de mise en débat public des mutations entreprises, [un] défaut d’élaboration d’un discours public qui permet de légitimer politiquement la réforme. [...] Dans de nombreux cas, les changements sont déniés. Le modèle français est souvent brandi pour justifier des réformes entreprises, qui ont le plus souvent pour conséquence de transformer en profondeur ce modèle français... [On peut ainsi parler] de ‚politiques de l’esquive’ pour décrire un changement de politique effectué contre les traits du modèle français et les souhaits d’une majorité de la population. [...] Plutôt que de les revendiquer, les gouvernements français ont le plus souvent préféré présenter les réformes comme étant imposées par le contexte international ou bien par les directives européennes. Mais alors, les gouvernements ont pu être de plus en plus perçus par les Français comme agissant dans l’intérêt des marchés internationaux ou de Bruxelles plutôt que comme agissant dans l’intérêt de leurs électeurs. [...] Pour justifier des changements de politiques non débattus en campagne électorale, inverses aux promesses faites alors, les gouvernements se tournent vers les contraintes extérieures, européennes ou démographiques. Les réformes semblent imposées par ces contraintes, et ne font donc l’objet d’aucun débat. Déniés ou imposés, les changements introduits en France ne semblent donc jamais issus d’un choix collectif et sont donc investis de peu de légitimité politique.“¹²²⁷

Die vorliegende Arbeit zur EU-Osterweiterung bestätigt diese Feststellungen und fügt damit der oben zitierten Aufstellung von schlecht vermittelten politischen Projekten ein weiteres hinzu. Als Schlussfolgerung aus der vorliegenden Untersuchung und den oben stehenden Ausführungen bleibt daher festzuhalten, dass auch im Jahr 2011 eine Aufgabe für die französische Politik darin besteht, sowohl ihre Entscheidungen als auch besonders deren Vermittlung in Zukunft so zu gestalten, dass Frankreich seine Chancen und Möglichkeiten in Europa und weltweit nutzen kann und seiner daraus resultierenden Verantwortung gerecht wird. Innenpolitische Reformen sind dazu ebenso notwendig wie eine Neudefinition des Platzes und der Aufgaben, die Frankreich im weltweiten Machtgefüge einnehmen will und

¹²²⁷ Bruno Palier/Peter A. Hall/Pepper D. Culpepper (2006): „La France sans boussole, au milieu des marchés“, in: Dies. (Hg.) (2006): *La France en mutation 1980-2005*, Paris, S. 13-36, hier S. 26ff.

soll. Beide Ebenen hängen voneinander ab: Nur eine im Inneren gestärkte französische Republik, die ihre seit Jahren vorherrschende Verunsicherung überwindet, ist auch in der Lage, über die Grenzen des Hexagons hinaus eine wichtige Rolle zu spielen und ihren Einfluss konstruktiv geltend zu machen.

Aufgrund ihrer methodischen Verortung an der Schnittstelle zwischen einer politik- und einer kulturwissenschaftlichen Herangehensweise kann die vorliegende Arbeit mit ihren Ergebnissen einen wichtigen Hinweis darauf geben, wie es gelingen kann, eine solche Veränderung zu gestalten. Am Beispiel Frankreichs wurden die Schwierigkeiten verdeutlicht, die in allen EG/EU-Gründerstaaten in unterschiedlicher Ausprägung bestehen: Die europäische Integration bedarf einer neuen Begründung, einer neuen Verankerung in einer den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts entsprechenden „Erzählung von Europa“¹²²⁸. Damit eine solche auf gesamteuropäischer Ebene entstehen kann, müssen sich zunächst die einzelnen Nationalstaaten als immer noch wesentliche Akteure der Integration und wesentliche Bezugspunkte für die Identitätsdefinitionen der europäischen Bürger über ihr Verhältnis zu Europa klar werden. Dies erfolgt über eine Betrachtung und ggf. Erneuerung der jeweiligen nationalen politischen Kulturen. Modifikationen, die sich rein auf die Ebene der politischen Entscheidungen beziehen, sind nicht ausreichend, wie anhand von Jacques Chiracs Politik zur Osterweiterung und deren Vermittlung aufgezeigt wurde. Durch die interdisziplinäre Herangehensweise der vorliegenden Arbeit wurde deutlich: Eine Veränderung der politischen Kultur im Sinne einer Anpassung an die Bedingungen der europäischen Integration im 21. Jahrhundert und v.a. die Akzeptanz dieser Veränderung durch Politik und Gesellschaft ist entscheidende Voraussetzung dafür, dass politisches Handeln unter veränderten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen so begründet und vermittelt werden kann, dass der Anschluss an vorhandene Wahrnehmungsmuster möglich ist. Nur wenn die mit dieser Feststellung verbundenen Anstrengungen von den europäischen Politikern unternommen werden, können diese damit rechnen, in Zukunft für ihre Europapolitik die notwendige Zustimmung der Bürger zu erhalten. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, durch die essentielle Grundlagen der europäischen Integration bis hin zur gemeinsamen Währung akut bedroht sind, stellt sich diese Aufgabe im Jahr 2011 mit immer größerer Dringlichkeit.

¹²²⁸ Vgl. dazu z.B. Kurt Kister: „Es war einmal“, *Süddeutsche Zeitung* 8./9.10.2011.

Teil E: Quellenverzeichnis

I. Primärquellen

1. Reden, Stellungnahmen, Interviews und Pressekonferenzen von Staatspräsident Jacques Chirac

Reden

Sofern nicht anders angegeben, stammen die zitierten Reden Jacques Chirac vor seiner Zeit als Staatspräsident aus dem Archiv der UMP und wurden für die vorliegende Arbeit zur Verfügung gestellt. Die Reden ab Mai 1995 wurden auf der Internetseite des Elysée-Palasts konsultiert (www.elysee.fr).

Vor der Wahl Jacques Chiracs zum Staatspräsidenten

Principaux extraits de l'intervention de Jacques Chirac à l'Assemblée nationale, Débat sur l'Europe, 15 juin 1977, Archives de l'UMP.

„Europäische Perspektiven“, Vortrag gehalten in Bonn am 11. Oktober 1978, Übersetzung aus dem Französischen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn.

„Nous disons non à la politique de supranationalité. Non à l'asservissement économique. Non à l'effacement international de la France“, Appel de Cochin, 6 décembre 1978, Archives de l'UMP.

„Die europäische Politik – Vorstellungen der R.P.R.“, Jacques Chirac, Vorsitzender des „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris, am 17.10.1983 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, herausgegeben vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt-Augustin 1984.

Discours prononcé par Jacques Chirac à Perpignan le 4 juin 1984, Archives de l'UMP.

„Une certaine idée de l'Europe“, Discours de M. Jacques Chirac, Débat sur l'Europe, Assemblée Nationale, 1er décembre 1989, Archives de l'UMP.

Jacques Chirac: „Das deutsch-französische Tandem und die neue internationale Ordnung“, Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung am 1. Juli 1991, veröffentlicht in Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.) (1993): *Die Neuordnung Europas. Meinungen und Perspektiven*, Bonn, S. 132-143.

Discours prononcé par M. Jacques Chirac au Conseil national du R.P.R., Mercredi 23 septembre 1992, Archives de l'UMP.

Discours prononcé pendant la campagne des élections européennes, Rennes 2 juin 1994, Archives de l'UMP.

Discours sur l'Europe et la politique étrangère, campagne électorale pour l'élection présidentielle 1995, 16 mars 1995, Archives de l'UMP.

1995

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé devant le Parlement européen à Strasbourg, 11.7.1995

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Occasion de la réunion des Ambassadeurs, Palais de l'Elysée 31.8.1995

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant la communauté française, Madrid 10.10.1995

1996

- Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du 50e anniversaire de la FNSEA, Palais des Congrès, Paris 14.3.1996.
- Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République, devant les deux chambres réunies du Parlement britannique, Palais de Westminster, 15.5.1996
- Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant la Conférence Internationale du Travail, Genf 11.6.1996
- Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réception des ambassadeurs, Palais de l'Elysée 29.8.1996
- Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé devant la Diète et le Sénat polonais réunis, Warschau 12.9.1996
- Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Warschau 12.9.1996
- Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors du déjeuner avec les hommes d'affaires français et polonais à Varsovie, Warschau 12.9.1996

1997

- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant la communauté française, Budapest 16.1.1997
- Discours prononcé par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, au parlement de Hongrie, Budapest 16.1.1997
- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République devant les hommes d'affaires hongrois et français, Budapest 17.1.1997
- Discours prononcé par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant les deux chambres réunies du parlement roumain, Bukarest 21.2.1997
- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République devant les hommes d'affaires, Bukarest 22.2.1997
- Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, lors de la rencontre avec la communauté française, Bukarest 22.2.1997
- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par son Excellence Monsieur Vaclav Havel, Président de la République tchèque, Prag 2.4.1997
- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant la communauté française au Rudolfinum, Prag 2.4.1997
- Allocution prononcée par Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le forum des hommes d'affaires tchèques et français, Prag 3.4.1997
- Discours de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant les parlementaires et sénateurs tchèques, Prag 3.4.1997
- Allocution télévisée de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, Palais de l'Elysée 21.4.1997
- Intervention télévisée de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, Palais de l'Elysée 14.7.1997

1998

- Discours de Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Elysée 7.1.1998
- Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. Thomas Klestil, Président de la République fédérale d'Autriche, Wien 11.2.1998

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à la chambre économique fédérale d'Autriche, Wien 12.2.1998
Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. Thomas Klestil, Président de la République fédérale d'Autriche, Wien 11.2.1998
Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors du dîner offert en l'honneur de son excellence M. Suleyman Demirel, Président de la République de Turquie, Palais de l'Elysée 19.2.1998
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa visite officielle en Bosnie-Herzégovie, Sarajewo 7.4.1998
Message du président de la République à l'occasion de la journée de l'Europe, 9.5.1998
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réception des Ambassadeurs, Palais de l'Elysée 26.8.1998
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de sa rencontre avec la profession agricole, Aurillac 2.10.1998

1999

Message au Parlement de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de l'ouverture du débat sur la ratification du Traité d'Amsterdam, 2.3.1999
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, prononcé à l'occasion de l'inauguration du nouveau bâtiment du Parlement européen, Straßburg 14.12.1999

2000

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Elysée 4.1.2000
Naufrage de l'Erika: Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, au Croisic. Le Croisic/Loire-Atlantique, 20.01.2000
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réunion des maires de la Savoie, Chambéry 4.5.2000
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le comité des Présidents de l'Assemblée parlementaire de l'UEO et les auditeurs de l'IHEDN, Palais de l'Elysée 30.5.2000
Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Bundestag, Berlin 27.6.2000
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement européen au terme de la présidence française de l'Union européenne, suivi de ses réponses aux interventions des Présidents des groupes parlementaires, Straßburg 12.12.2000

2001

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux du Gouvernement, Palais de l'Elysée 3.1.2001
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Elysée 4.1.2001
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, en réponse aux vœux des armées, Palais de l'Elysée 5.1.2001
Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République: Vœux aux Corrèziens, Tulle 13.1.2001
Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la signature du Traité de Nice, Nizza 26.2.2001

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par M. le Président de la République de Lituanie et Mme Valdas Adamkus, Wilna 26.7.2001

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réception de la communauté française de Lituanie, Wilna 26.7.2001.

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'Université de Vilnius en Lituanie, Wilna 26.7.2001

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du déjeuner offert par le Premier ministre letton et de la rencontre avec les communautés d'affaires française et lettone, Riga 27.7.2001

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par le Président de la République d'Estonie et Mme Helle Meri, Tallinn 28.7.2001.

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du déjeuner offert par le Premier ministre letton et de la rencontre avec les communautés d'affaires française et lettone, Riga 27.7.2001

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du dîner d'Etat offert en son honneur par la Présidente de la République lettone et M. Imants Freibergs, Riga 27.7.2001.

Propos introductifs de M. Jacques Chirac, Président de la République, suivis d'un débat à la Saeima (Parlement letton), Riga 27.7.2001

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, au forum régional sur l'avenir de l'Europe, suivi d'un dialogue, Montpellier 4.10.2001

Vœux aux Français de M. Jacques Chirac, Président de la République, Palais de l'Elysée 31.12.2001

2002

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, en réponse aux vœux des armées, Palais de l'Elysée 4.1.2002

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Elysée 4.1.2002

Discours de M. Jacques Chirac à Strasbourg (campagne électorale pour l'élection présidentielle), 6.3.2002

Discours de M. Jacques Chirac sur le développement des territoires ruraux (campagne électorale pour l'élection présidentielle), Ussel 13.4.2002

Discours de M. Jacques Chirac à Rennes (campagne électorale pour l'élection présidentielle), 23.4.2002

Discours de M. Jacques Chirac à Villepinte (campagne électorale pour l'élection présidentielle), 2.5.2002

Discours de M. Jacques Chirac à Lyon (campagne électorale pour l'élection présidentielle), 25.4.2002.

Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la réception des Ambassadeurs, Palais de l'Elysée 29.8.2002

2003

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant les députés allemands et français réunis à Versailles, Château de Versailles 22.1.2003

Discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement algérien, Algier 3.3.2003

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la signature du Traité d'élargissement de l'Union européenne, Athen 16.4.2003

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à propos de la présidence française du sommet d'Evian, Palais de l'Élysée 21.5.2003

Intervention de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de l'ouverture de la Conférence intergouvernementale, Rom 4.10.2003

2004

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant la Communauté française de Hongrie, Budapest 23.2.2004

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, devant le Parlement hongrois, Budapest 24.2.2004

Déclaration de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'accord pour une Constitution pour l'Europe, Palais de l'Élysée 19.6.2004

2005

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du gouvernement, Palais de l'Élysée 3.1.2005

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion des vœux aux forces vives, Palais de l'Élysée 4.1.2005

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 6.1.2005

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la présentation des vœux en Corrèze (Tulle), Tulle 15.1.2005

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la visite de l'école franco-allemande 'Tigre' au Luc en Provence (Var), 19.4.2005

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion du 50e anniversaire de la Chambre Franco-Allemande de commerce et d'industrie, Paris 26.4.2005

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors des 'Rencontres pour l'Europe de la culture', Palais de l'Élysée, 2.5.2005

Déclaration aux Français de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, 26.5.2005

Déclaration de M. Jacques Chirac, Président de la République, à la suite du référendum sur le Traité constitutionnel européen, Palais de l'Élysée 29.5.2005

Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de l'ouverture de la XIIIème Conférence des Ambassadeurs, Palais de l'Élysée 29.8.2005

Propos d'intervention en séance de M. Jacques Chirac, Président de la République lors de la réunion des chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Hampton Court 27.10.2005

Déclaration aux Français de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur le changement de gouvernement, Palais de l'Élysée 31.5.2005

2006

Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors de la présentation des vœux du Corps diplomatique, Palais de l'Élysée 10.1.2006

Interviews

1995

„M. Jacques Chirac, Président de la République, répond aux questions de M. Alain Duhamel à l'émission de France 2 Invité spécial“, Palais de l'Élysée, 26.10.1995

Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République accordée au Time Magazine, Numéro daté du 4 décembre 1995, Palais de l'Élysée

1997

Interview de Monsieur Jacques Chirac par Nicolas Arpagian du magazine Tyden, Palais de l'Elysée 31.3.1997

2000

Interview télévisée accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à M. Patrick Poivre d'Arvor et M. Claude Sérillon à propos de la réforme de la durée du mandat présidentiel, Palais de l'Elysée 5.6.2000

Interview conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerard Schroëder [sic], Chancelier de la République d'Allemagne, à la Z.D.F., Hannover 25.6.2000

2001

Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, aux Dernières Nouvelles d'Alsace, Palais de l'Elysée 5.2.2001

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien Lietuvos Rytas, Palais de l'Elysée, publiée le 26 juillet 2001

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien DIENA, Palais de l'Elysée, publiée le 27 juillet 2001

2002

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien „International Herald Tribune“, Palais de l'Elysée 20.3.2002

Interview télévisée accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la Fête nationale, Palais de l'Elysée 14.7.2002

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au „New York Times“, Palais de l'Elysée 9.9.2002

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à „Future TV“ et à „Radio Orient“, 16.10.2002

2003

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien ‚Le Figaro‘, 20.1.2003

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien ‚Die Welt‘, 20.1.2003

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à la télévision algérienne, Palais de l'Elysée 1.3.2003

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au ‚New York Times‘. Propos recueillis par Mme Elaine Sciolino, 22.9.2003

2004

Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, au quotidien hongrois ‚Nepszabadsag‘, Palais de l'Elysée 23.2.2004

Interview télévisée de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogé par Patrick Poivre d'Arvor et Arlette Chabot, 14.7.2004

Entretien de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec M. Patrick Poivre d'Arvor, TF1, Journal de 20h00, 15.12.2004

2005

- Interview de M. Jacques Chirac, Président de la République, par Madame Arlette Chabot et Monsieur David Pujadas (Journal de 20 heures de France 2), Palais de l'Elysée 3.5.2005
- M. Jacques Chirac, Président de la République, invité du Réseau France Outre-mer (RFO) interrogé par Stéphane Bijoux: ‚L'outre-Mer et la Constitution européenne’, Palais de l'Elysée 20.5.2005
- Interview accordée par M. Jacques Chirac, Président de la République, à la presse départementale agricole, Palais de l'Elysée 21.5.2005.
- Entretien télévisé accordé par M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la Fête nationale, Palais de l'Elysée 14.7.2005

Pressekonferenzen

1995

- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et M. Helmut Kohl, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, 18.5.1995
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Jacques Santer, Président de la Commission européenne à l'issue du dîner en l'honneur des Chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Palais de l'Elysée 9.6.1995
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République au Centre de conférence international de presse, Halifax 15.6.1995
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Carl Bildt, à l'issue du dîner des Chefs d'Etat et de gouvernement du Sommet européen, Cannes 26.6.1996
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jacques Santer, Président de la Commission Européenne à l'issue du Conseil européen de Cannes, Cannes 27.6.1995
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, Réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Majorque 23.9.1995
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, chancelier allemand, 25.10.1995
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. John Major, Premier ministre du Royaume-Uni, London 30.10.1995
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, Chancelier allemand, Bonn 25.10.1995
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Baden-Baden 7.12.1995.
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Madrid, 16.12.1995

1996

- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République à l'issue du Conseil européen, Turin 29.3.1996
- Vgl. Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Warschau 12.9.1996
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République à l'issue du Conseil européen, Dublin 5.10.1996

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. John Major, Premier ministre du Royaume-Uni, Bordeaux 8.11.1996

1997

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gyula Horn, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 17.1.1997

Point de presse commun de Monsieur Vaclav Havel, Président de la République tchèque et de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République française au Château de Prague 2.4.1997

Point presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République lors de la rencontre avec Monsieur Wim Kok, Premier Ministre du Royaume des Pays-Bas, Palais de l'Élysée 10.6.1997

Point presse conjoint de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Tony Blair, Premier Ministre du Royaume-Uni, Palais de l'Élysée 11.6.1997

Point de presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 17.6.1997

Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre, Amsterdam 18.6.1997

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet de l'Alliance atlantique, Madrid 9.7.1997

Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Jean-Luc Dehaene, Premier ministre du Royaume de Belgique, Brüssel 16.7.1997

Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de Monsieur Jacques Santer, Président de la Commission européenne, Brüssel 17.7.1997

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et M. Hubert Védrine, Ministre des Affaires étrangères, à l'issue du Conseil européen, Luxembourg 13.12.1997

1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Viktor Klima, chancelier de la République d'Autriche, Wien 12.2.1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Helmut Kohl, chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Poznan 21.2.1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères, à l'issue de la conférence européenne, London 12.3.1998

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur le thème de l'Europe, Palais de l'Élysée 16.4.1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République française, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Cardiff 16.6.1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schröder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Potsdam 1.12.1998

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, Wien 12.12.1998

1999

- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue de la réunion informelle des chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Petersberg 26.2.1999
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Pierre Moscovici, ministre délégué chargé des Affaires européennes, à l'issue du Conseil extraordinaire des chefs d'Etat et de gouvernement de l'Union européenne, Berlin 26.3.1999.
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du Conseil européen de Cologne, Köln 4.6.1999
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet des chefs d'Etat et de gouvernement du G7-G8 à Cologne, Köln 20.6.1999
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Tony Blair, Premier ministre du Royaume uni, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, lors du sommet franco-britannique, London 25.11.1999
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin, Premier ministre lors des 74e Consultations franco-allemandes, Palais de l'Elysée 30.11.1999
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre: Conseil européen, Helsinki 11.12.1999

2000

- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du Conseil extraordinaire des chefs d'Etat et de Gouvernement de l'Union européenne, Lissabon 24.3.2000
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Jose Maria Aznar, Président du Gouvernement du Royaume d'Espagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue du XIIIe Sommet franco-espagnol, Santander 23.5.2000
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, président de la République, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre à l'issue du Conseil européen, Santa Maria da Feira 20.6.2000
- Conférence de presse de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'Office fédéral de presse, Berlin 27.6.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Vojislav Kostunica, Président de la République fédérale de Yougoslavie, Biarritz 14.10.2000
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, de M. Romano Prodi, Président de la Commission européenne et de M. Javier Solana, Haut représentant pour la Politique extérieure et de Sécurité commune de l'Union européenne à l'occasion du Conseil européen informel, Biarritz 14.10.2000
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, lors des 76e Consultations franco-allemandes, Vittel 10.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Brüssel 22.11.2000

- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jean-Claude Juncker, Premier ministre du Grand-Duché de Luxembourg, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Luxembourg 22.11.2000
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Constantinos Costas Simitis, Premier ministre de la République hellénique à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Athen 24.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Poul Nyrup Rasmussen, Premier ministre du Royaume du Danemark à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Kopenhague 27.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Paavo Lipponen, Premier ministre de la République de Finlande, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Helsinki 27.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de Mme Tarja Halonen, Présidente de la République de Finlande, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Helsinki 27.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Goran Persson, Premier ministre du Royaume de Suède, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Stockholm 28.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Wolfgang Schüssel, Chancelier fédéral de la République d'Autriche, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Wien 28.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Jose Maria Aznar, Président du Royaume d'Espagne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Madrid 29.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Tony Blair, Premier ministre du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, London 30.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Antonio Manuel de Oliveira Guterres, Premier ministre du Portugal, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Lissabon 30.11.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Giuliano Amato, Président de la République italienne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Rom 1.12.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier fédéral de la République fédérale d'Allemagne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Hannover 2.12.2000
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Wim Kok, Premier ministre des Pays-Bas, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'Union européenne, Den Haag 2.12.2000
- Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, président de la Commission européenne à l'issue du Conseil européen, Nizza 11.12.2000
- Conférence de presse conjointe de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de Monsieur Lionel Jospin, Premier ministre et de Monsieur Romano Prodi, président de la Commission européenne à l'issue de la Conférence européenne, Nizza 7.12.2000

2001

- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin,

- Premier ministre lors de la rencontre informelle franco-allemande, Blaesheim
31.1.2001
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue des 77e consultations franco-allemandes, Freiburg
12.6.2001
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères à l'issue du Conseil européen, Göteborg 16.6.2001
- Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion du G7, Genua 20.7.2001
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion du G8, Genua 22.7.2001
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Valdas Adamkus, Président de la République de Lituanie, Wilna 26.7.2001
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, Tallinn 28.7.2001
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre et de M. Hubert Védrine à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 21.9.2001
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Lionel Jospin, Premier ministre, à l'issue des 78es consultations franco-allemandes, Nantes
23.11.2001
- Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du Royaume de Belgique, Palais de l'Élysée 3.12.2001
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Lionel Jospin, Premier ministre, et de M. Hubert Védrine, ministre des Affaires étrangères, Laeken 15.12.2001

2002

- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Sommet Union européenne / Amérique latine et Caraïbes, Madrid 17.5.2002
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. George Walker Bush, Président des Etats-Unis d'Amérique, à l'issue de leur entretien, Palais de l'Élysée 26.5.2002
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Séville, 22.6.2002.
- Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue des 79es consultations franco-allemandes, Schwerin 30.7.2002
- Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue du dîner informel, Hannover 7.9.2002
- Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet de l'ASEM IV, Kopenhagen 24.9.2002
- Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue de leur dîner informel, Palais de l'Élysée 2.10.2002
- Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue de leur dîner, Palais de l'Élysée 14.10.2002

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Hosni Mubarak, Président de la République arabe d'Égypte, Alexandria 16.10.2002

Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Anders Fogh Rasmussen, Premier ministre du Danemark, Palais de l'Élysée 22.10.2002

Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue de leur entretien, Brüssel 24.10.2002

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 25.10.2002

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Silvio Berlusconi, Président du Conseil des ministres de la République italienne, Rom 7.11.2002

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Kofi Annan, Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, à l'issue de leur entretien, Palais de l'Élysée 25.11.2002

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Storkow 4.12.2002

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Copenhague, Copenhague 13.12.2002

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Copenhague, Copenhague 13.12.2002

2003

Déclaration à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, Brüssel 17.2.2003

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Paul Biya, Président du Cameroun, de M. Thabo Mbeki, Président de l'Afrique du Sud, et de M. Kofi Annan, Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, à l'issue de la 22e Conférence des Chefs d'Etat d'Afrique et de France, Palais des Congrès, Paris 21.2.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle extraordinaire du Conseil européen, Brüssel 17.2.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 21.3.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la cérémonie de signature du Traité d'adhésion, Athen 16.4.2003

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Guy Verhofstadt, Premier ministre du royaume de Belgique, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne, et de M. Jean-Claude Juncker, Premier ministre du Grand Duché du Luxembourg, à l'issue de la réunion concernant la Défense européenne, Brüssel 29.4.2003

Conférence de presse conjointe de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue du cinquième sommet du Triangle de Weimar, Wroclaw 9.5.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la première journée du sommet du G8 à Evian, Evian 2.6.2003

Déclarations à la presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. George W. Bush, Président des Etats-Unis à l'occasion de leur entretien au sommet d'Evian, Evian 2.6.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet d'Evian, Evian 3.6.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de Thessalonique, Thessaloniki 20.6.2003

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue de leur déjeuner, Dresden 4.9.2003

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue des 81èmes consultations franco-allemandes, Berlin 18.9.2003

Conférence de presse du Président de la République, du Chancelier allemand Gerhard Schroeder et du Premier ministre britannique Tony Blair, Berlin 20.9.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du sommet européen extraordinaire, Rom 4.10.2003

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne à l'issue de leur entretien, Palais de l'Elysée 9.12.2003

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, lors du Conseil européen, Brüssel 12.12.2003

2004

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Ferenc Madl, Président de Hongrie, Budapest 23.2.2004

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Peter Medgyessy, Premier ministre de la République de Hongrie, Budapest 24.2.2003

Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Palais de l'Elysée 16.3.2004

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 26.3.2004

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. José Luis Rodriguez Zapatero, Président du gouvernement espagnol, Palais de l'Elysée 29.4.2004

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur l'Europe, Palais de l'Elysée, 29.4.2004

Point de presse conjoint de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'issue du Conseil des ministres franco-allemand, Palais de l'Elysée 13.5.2004

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 18.6.2004

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République française, et de M. José Luis Rodriguez Zapatero, Président du gouvernement du Royaume d'Espagne et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Madrid 13.9.2004

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, Straßburg 1.10.2004

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, 83èmes Consultations franco-allemandes/4ème Conseil des ministres franco-allemand, Berlin 26.10.2004

Point de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la signature du Traité constitutionnel, Rom 29.10.2004

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 17.12.2004

2005

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. José Luis Zapatero, Président du gouvernement espagnol, Barcelona 11.2.2005

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, de M. Vladimir Poutine, Président de la Fédération de Russie, de M. Gerhard Schroeder, Chancelier fédéral d'Allemagne, et de M. José Luis Zapatero, Président du gouvernement du Royaume d'Espagne, Palais de l'Élysée 18.3.2005

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 23.3.2005

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, lors du 5ème Conseil des ministres franco-allemand, Palais de l'Élysée 26.4.2005

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République, et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne et de M. Aleksander Kwasniewski, Président de la République de Pologne, Sommet tripartite du Triangle de Weimar, Nancy 19.5.2005

Conférence de presse conjointe de M. Jacques Chirac, Président de la République et de M. Gerhard Schroeder, Chancelier de la République fédérale d'Allemagne, à l'occasion de leur rencontre à Paris, 10.6.2005

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République française, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 17.6.2005

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue de la réunion informelle des Chefs d'Etat et de gouvernement européens, Hampton Court 27.10.2005

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen de décembre 2005, Brüssel 17.12.2005

2006

Conférence de presse de M. Jacques Chirac, Président de la République, à l'issue du Conseil européen, Brüssel 24.3.2006

Sonstiges

„Pour un modèle social européen“, Tribune publiée dans *Libération* 25.3.1996

Contribution de M. Jacques Chirac, Président de la République à destination des Gouvernements des pays membres de l'Union européenne: Mémoire pour un modèle social européen, 27.3.1996

Dialogue de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec les professeurs et étudiants des filières francophones de l'université de Bucarest, Bucarest 22.2.1997

„Un élan partagé“, Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, publiée par le groupement des 14 grands quotidiens régionaux, 7.5.1997

„Pourquoi j'ai soutenu l'unité allemande“: tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, parue dans „Bild-Zeitung“, 24.1.1998

Lettre commune du Chancelier fédéral de la République fédérale d'Allemagne et du Président de la République française au Président en exercice du Conseil européen, M. Tony Blair, Bonn et Paris, le 9 juin 1998

Sommet franco-britannique: Déclaration sur la défense européenne, London 25.11.1999

Lettre commune du Chancelier fédéral de la République fédérale d'Allemagne et du Président de la République française au Président en exercice du Conseil européen et Chancelier fédéral de la République d'Autriche, M. Viktor Klima, Bonn et Paris, le 8 décembre 1998

Conseil franco-allemand de défense et de sécurité: Déclaration de Paris, 30.11.1999

Dialogue de M. Jacques Chirac, président de la République avec des jeunes, des étudiants et des intellectuels de l'université Humboldt en Allemagne, Berlin 26.6.2000

Communiqué de presse commun du Palais de l'Élysée et de l'Hôtel Matignon, relatif à l'ouverture d'un débat sur l'avenir de l'Union européenne, 11.4.2001

Message de Monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de l'ouverture du 'Forum sur l'avenir de l'Union européenne' du site internet de la présidence de la République, 9.5.2001

Dialogue entre M. Jacques Chirac, Président de la République, M. Lennart Meri, Président de la République d'Estonie, et les participants à la manifestation 'Bonjour l'Estonie', Tallinn 28.7.2001

Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, publiée dans l'hebdomadaire 'Rheinischer Merkur', 15.1.2003

Débat de M. Jacques Chirac, Président de la République, avec des jeunes sur TF1: 'Référendum: en direct avec le Président', 14.4.2005

Lettre de M. Jacques Chirac, Président de la République, adressée à [...], à la suite du rejet du Traité constitutionnel européen par le peuple français, Paris 1.6.2005. Der Brief ging an Valdas Adamkus, litauischer Staatspräsident, Bertie Ahern, irischer Premierminister, Jan Peter Balkenende, niederländischer Premierminister, Silvio Berlusconi, italienischer Regierungschef, Tony Blair, britischer Premierminister, Costas Caramanlis, griechischer Premierminister, Mikulas Dzurinda, slowakischer Premierminister, Lawrence Gonzi, maltesischer Premierminister, Ferenc Gyurcsany, ungarischer Premierminister, Tarja Halonen, finnische Staatspräsidentin, Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister, Aleksander Kwasniewski, polnischer Staatspräsident, Jiri Paroubek, tschechischer Premierminister, Göran Persson, schwedischer Premierminister, Anders Fogh Rasmussen, dänischer Premierminister, Janez Jansa, slowenischer Premierminister, Arnold Ruutel, estnischer Staatspräsident, Gerhard Schröder, deutscher Bundeskanzler, Wolfgang Schäussel, österreichischer Bundeskanzler, Jose Socrates, portugiesischer Premierminister, Guy Verhofstadt, belgischer Premierminister, Vaira Vike-Freiberga, lettische Staatspräsidentin und an Jose Luis Rodriguez Zapatero, spanischer Regierungschef.

„Force et solidarité: répondre aux attentes des Européens“, Tribune de M. Jacques Chirac, Président de la République, parue dans 'Le Figaro' et plusieurs journaux européens, Paris 26.10.2005

2. Presseartikel

Le Figaro

1995

Baudouin Bollaert: „Présidence française: feu orange“, 6.4.1995.

Pierre Bocev: „Union européenne: un guide pour l'adhésion“, 11.4.1995

„Les conditions de l'ouverture à l'Est“, 7.6.1995

Baudouin Bollaert: „Europe: quand la France ressasse son bilan... Retour sur une présidence en dents de scie“, 13.7.1995

Interview mit dem polnischen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski „L'adhésion de la Pologne en 2000 est réaliste“, 20.9.1995

Pierre Bocev: „Une 'longue transition' en perspective“, 20.09.1995

Anne Fulda: „Il agace.’ Le franc-parler de Chirac exaspère certains de ses interlocuteurs“, 23./24.9.1995

Jacques Fleury: „Le débat sur les accords de Maastricht est relancé“, 8.12.1995

Jacques Duplouich: „Londres: volée de bois vert“, 8.12.1995

Laurent Mossu: „La Suisse inquiète pour l’Europe“, 8.12.1995

Pierre Bocev/Baudouin Bollaert: „Europe: les vertiges de l’élargissement“, 18.12.1995

1996

Thierry Portes: „La majorité à la recherche d’alternatives“, 27./28.1.1996

Jacques Fleury: „Barnier: sortir le débat de la ‚clandestinité’“, 30.1.1996

Anne Fulda: „Jacques Chirac: le temps de la synthèse“, 30.1.1996

„Europe: le texte confidentiel qui fixe les grandes orientations françaises“, 20.2.1996

Thierry Portes: „Juppé veut un ‚modèle social européen’“, 25.3.1996

„L’Europe version Delors“, 25.3.1996

Yves Messarovich: „La voix française“, 25.3.1996

Baudouin Bollaert: „Au-delà de l’incantation...“, 25.3.1996

Baudouin Bollaert: „Chirac verrouille la ‚doctrine’ française“, 26.3.1996

Baudouin Bollaert: „Le ‚parmier garni’ de la France“, 29.3.1996

Ders.: „Une campagne d’explication“, 17.10.1996

Baudouin Bollaert: „Un ‚dialogue’ pour l’Europe“, 22.10.1996

1997

Paul Guilbert: „Duo à la française“, 17.6.1997

Paul Guilbert: „La France d’une seule voix“, 18.6.1997

Pierre Bocev: „Les Quinze ouvrent la porte à l’Europe de l’Est“, 19.6.1997

Pierre Bocev: „Agriculture et aide structurelle, les ‚deux mamelles’ de la Commission“, 16.7.1997

Marc Paolini/Eric Revel: „L’Union se prépare à un débat difficile sur son élargissement“, 17.7.1997

„Les Quinze d’accord sur l’Euro-X et décident de s’ouvrir à l’Est“, 13./14.12.1997

Baudouin Bollaert/Pierre Bocev: „Le coup de poker turc“, 13./14.12.1997

Baudouin Bollaert/Pierre Bocev: „Quand Blair caricature Major“, 13./14.12.1997

Baudouin Bollaert/Pierre Bocev: „La ‚grande Europe’ est sur les rails“, 15.12.1997

1998

Baudouin Bollaert: „Elargir sans affaiblir“, 12.3.1998

Bruno Sez nec: „Le ‚cadre’ européen de Jacques Chirac“, 15.4.1998

Baudouin Bollaert: „Les ‚mamelles’ de l’Union“, 15.4.1998

Anne Fulda: „Jacques Chirac: au nom de l’Europe“, 16.4.1998

Eric Zemmour: „Les vaisseaux brûlés“, 17.4.1998

„Union européenne: l’ouverture à l’est piétine“, 6.11.1998

„Adhésion des pays de l’Est: le défi fait hésiter les Quinze“, 10.11.1998

Pierre Bocev: „Adhésion des pays de l’Est: le défi fait hésiter les Quinze“, 10.11.1998

Jean-Louis Validire: „Un fossé social énorme“, 10.11.1998

1999

Albert Chambon: „Vers une Europe américaine“, 18.1.1999

Michel Charasse: „Gouverner enfin à Bruxelles“, 18.1.1999

Alain Peyrefitte: „Quelques perplexités“, 18.1.1999

Sophie Huet/Sophie Roquelle: „Des parlementaires lassés de réviser la Constitution“, 19.1.1999

Sophie Huet/Sophie Roquette: „Chirac s’engage dans le débat d’Amsterdam“, 2.3.1999
Sophie Huet: „Les députés ont franchi le seuil d’Amsterdam“, 4.3.1999
Olivier Pognon: „Le Sénat vers Amsterdam, sans enthousiasme“, 17.3.1999
Baudouin Bollaert: „L’Europe peut-elle mourir?“, 13.12.1999

2000

Pierre Bocev: „Numéro de trapèze diplomatique pour les Quinze“, 14.2.2000
François Loncle/Pervenche Berès: „M. Jospin, c’est à vous de jouer!“, 26.2.2001
„Gaymard: ‚L’Europe a besoin d’une Charte fondamentale‘“, Propos recueillis par Anne Fulda, 4.5.2000
Elsa Freyssenet: „Europe: les silences de Jospin gênent le PS“, 4.5.2001
Elsa Freyssenet: „Jospin toujours muet sur la réforme des institutions“, 8.5.2001
Judith Weintraub: „Jospin veut occuper le terrain“, 9.5.2000
Sophie Huet: „La France en quête d’une relance européenne“, 9.5.2000
Baudouin Bollaert: „Le chantier de la présidence française“, 1./2.7.2000
Judith Weintraub: „Premier jour, premier accroc à la cohabitation“, 1./2.7.2000
Pierre Bocev: „La Pologne se sent incomprise par l’Union“, 4.7.2000
Paul Guilbert: „Europe et cohabitation“, 16.10.2000
Pierre Bocev: „Paris sous le feu des critiques“, 25.10.2000
Luc de Barochez: „Chirac plaide la cause de la réforme“, 28.11.2000
Luc de Barochez: „Chirac désamorce les conflits avant Nice“, 30.11.2000
Jean de Belot: „Le rendez-vous de Nice“, 2./3.12.2000
Paul Guilbert: „Nice: les ‚rabais’ de la France“, 11.12.2000
Pierre Bocev: „L’ombre de Nice sur la présidence française“, 30./31.12.2000

2001

Baudouin Bollaert: „Quel projet européen pour la France?“, 17.4.2001
Sophie Roquette: „A l’Assemblée, le traité de Nice fait bouger les lignes“, 5.6.2001
Guillaume Tabard: „Divisée, l’UDF préfère s’abstenir“, 5.6.2001
Sophie Roquette: „Les députés s’apprêtent à ratifier sans enthousiasme le traité de Nice“, 6.6.2001
Luc de Barochez: „La France lance un débat sur l’Europe“, 13.7.2001
Pierre Bocev: „L’élargissement selon Hubert Védrine“, 20.11.2001
Françoise Pons: „Comment les Quinze se partageront la facture de l’élargissement“, 26.11.2001
Pierre Bocev: „Paris brouille les cartes de l’élargissement“, 30.11.2001
Arielle Thedrel: „Un premier pas pour Bucarest“, 30.11.2001
Laure Mandeville: „Sofia propose une ‚nouvelle tactique’“, 30.11.2001
Stéphane Kovacs: „L’Europe de l’Est saisie d’un doute“, 30.11.2001

2002

Paul Mentré: „Les Quinze confrontés à la nouvelle équation de l’élargissement“, 7.1.2001
Baudouin Bollaert: „Sur un air de polonaise...“, 7.1.2002
„Les dossiers difficiles vont être ouverts“, 7.1.2002
Philippe Gélie: „Elargissement: le temps des marchandages“, 9./10.2.2002
Baudouin Bollaert: „L’irréversibilité de l’Europe“, 29.4.2002
Luc de Barochez: „L’Europe respire mais reste prudente“, 7.5.2002
Baudouin Bollaert: „Ombres sur l’élargissement“, 23.9.2002
Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Bruxelles lance la réunification du continent“, 10.10.2002
Pierre Bocev/Philippe Gélie: „Un océan de corruption et de trafics“, 10.10.2002

Pierre Bocev/Philippe G lie: „Les pièges et contraintes de la politique agricole commune“, 10.10.2002
Laurent Fabius: „Redonner une perspective à l’Europe“, 10.10.2002
Chris Patten: „Gare aux nouvelles lignes de fracture“, 17.10.2002
Alain Juppé et al.: „L’élargissement, une chance pour la France“, 23.10.2002
Pierre Bocev/Philippe G lie: „Sommet de tous les dangers à Bruxelles“, 24.10.2002
Noëlle Lenoir: „La reconnaissance et l’espérance“, 24.10.2002
Luc de Barochez: „Le fracassant retour du couple franco-allemand“, 26./27.10.2002
Pierre Bocev: „Les Quinze prêts à financer les Vingt-Cinq“, 26./27.10.2002
Pierre Moscovici: „Le temps de la responsabilité“, 2./3.11.2002
Nicolas Barotte: „Raffarin veut expliquer la ‚nouvelle Europe’“, 7./8.12.2002
Philippe Nemo: „Un référendum pour l’élargissement“, 9.12.2002
Jean de Belot: „Les vertus de Copenhague“, 12.12.2002
Pierre Bocev: „Ultimes tractations pour satisfaire Varsovie“, 14./15.12.2002
Philippe G lie: „La Turquie sur les rails européens“, 14./15.12.2002
Luc de Barochez: „L’Europe dessine son nouveau visage“, 14./15.12.2002
Noëlle Lenoir: „Un révélateur d’identité“, 18.12.2002

2003

Pierre Bocev/Philippe G lie: „Les pays candidats au centre de la bataille“, 19.2.2003
Luc de Barochez: „La leçon de Paris aux futurs européens“, 19.2.2003
„L’affront de Blair   Chirac“, 19.2.2003
Baudouin Bollaert: „Drôle de fête à Athènes“, 17.4.2003
Baudouin Bollaert: „L’Europe échappe-t-elle   la France?“, 15.9.2003
Luc de Barochez: „Chirac à la tête du camp la c“, 6.10.2003
Pierre Bocev: „‚Gerhard Chirac’ en vedette à Bruxelles“, 17.10.2003
Alexandrine Bouilhet: „Les pays fondateurs défendent le projet Giscard“, 17.10.2003
Judith Waintraub: „Référendum: Chirac joue sur l’incertitude“, 30.10.2003
Sophie Huet: „L’Assemblée dit oui à l’Europe à vingt-cinq“, 26.11.2003
Arielle Thedrel/Diane Cambon/Bernard Osser: „L’Espagne et la Pologne somm es d’abandonner leurs prétentions“, 12.12.2003
Luc de Barochez: „Paris et Berlin flirtent avec l’Europe à deux vitesses“, 15.12.2003

2004

Nicolas Barotte/Judith Waintraub: „Réactions mitigées en France. Seuls les antieurop ens se félicitent de la décision de Tony Blair“, 21.4.2004
Anne Fulda: „Europe: Chirac veut rassurer les Français“, 29.4.2004
„La conférence de presse, un exercice que le pr sident n’affectionne pas“, 29.4.2004
Anne Fulda: „France, Europe: Chirac choisit de temporiser“, 30.4.2004.
Anne Fulda: „Jacques Chirac défend ‚une vision française’ de l’UE“, 30.4.2004
Sophie Huet: „La classe politique réclame un référendum sur la Constitution“, 30.4.2004
Christine Clerc: „Chirac isolé, mais seul maître du temps“, 10.5.2004
Judith Waintraub: „Europe: l’UMP demande un référendum“, 10.5.2004
Judith Waintraub/Guillaume Tabard: „Référendum: l’histoire secrète du tournant“, 11.5.2004
Pascale Sauvage: „Favorable à une consultation nationale, le PS hésite entre le oui et le non“, 11.5.2004
Alexandrine Bouilhet: „L’influence française en recul au Parlement européen“, 8.6.2004
„La France a dû accepter des compromis“, 17.6.2004
Anne Fulda: „En France, les partis pour une consultation nationale“, 21.6.2004
Anne Fulda: „Europe: Chirac choisit le référendum“, 15.7.2004
Elsa Freyssenet: „La décision du chef de l’Etat met le PS dans embarras“, 15.7.2004

Alexandrine Bouilhet: „Dix pays de l'Union ont déjà opté pour la voie référendaire“, 15.7.2004
Sophie Huet: „Villiers prédit une victoire du non“, 15.7.2004
Elsa Freyssenet: „Référendum: Hollande fait un pas vers le oui, Fabius attend“, 16.7.2004
Cécile Calla/Jacques Duplouich/Richard Heuzé/Diane Cambon: „Réactions très contrastées dans les capitales européennes“, 16.7.2004
Pierre Avril: „Pourquoi la France défend si mal ses intérêts économiques à Bruxelles“, 26.8.2004
Baudouin Bollaert: „La France en son miroir“, 30.8.2004.
Pascale Sauvage: „L'appel de Fabius à Chirac peu apprécié au PS“, 11./12.9.2004
Anne Fulda: „Les chiraquiens réagissent par l'ironie“, beide in 11./12.9.2004
Guillaume Tabard: „Raffarin s'attend à un long débat au Parlement“, 20.10.2004

2005

Philippe Goulliaud: „Chirac entre en scène pour relancer le oui“, 14.4.2005
Philippe Goulliaud: „La leçon d'Europe de Chirac“, 15.4.2005
„L'intervention présidentielle reçoit un accueil en demi-teinte“, 16./17.4.2005
Guillaume Tabard: „A un mois du scrutin, les partisans du oui reprennent confiance“, 2.5.2005
Philippe Goulliaud: „Chirac célèbre une Constitution ‚fille de 1789‘“, 4.5.2005

Le Monde

1995

Erik Izraelewicz: „Les choix économiques de Chirac“, 10.5.1995
Philippe Lemaître: „L'Europe des Quinze va étudier son élargissement à l'Est“, 3.1.1995
„Le couple Chirac-Juppé“, 19.5.1995
Olivier Biffaud/Thierry Brehier: „Le gouvernement de M. Juppé porte la marque de M. Chirac“, 20.5.1995
„M. Chirac réaffirme auprès de M. Kohl les engagements de la France“, 20.5.1995
„Mon programme tient en un seul mot: l'emploi“, 25.5.1995
„Jacques Chirac reçoit les dirigeants de l'Union européenne à l'Elysée“, 10.6.1995
Henri de Bresson : „Seize couverts à l'Elysée pour un séminaire européen“, 12.6.1995
Daniel Vernet: „Les Etats ex-communistes demandent à l'Union européenne de préciser les conditions de l'adhésion“, 23.6.1995
„L'élargissement de l'Union à l'Est n'est pas une œuvre de charité“, Interview mit Vaclav Havel, 23.6.1995
Claire Tréan: „Les Européens veulent appliquer une ‚politique claire et ferme‘ en Bosnie“, 28.6.1995
„Cannes en clair-obscur“, 29.6.1995
„Euromark, eurofranc, eurolire?“, 30.6.1995
„L'Europe de M. Chirac“, 30.6.1995
Patrick Jarreau: „La périlleuse gymnastique de Jacques Chirac“, 14.7.1995
Thierry Brehier: „MM. Chirac et Juppé veulent prouver leur volonté réformatrice“, 24.8.1995
Jean-Louis Andréani: „La fin du rêve“, 29.8.1995
„Paris confirme son engagement pour 1999“, 29.9.1995
„Mittleuropa cap à l'ouest“, 1./2.10.1995
„Jacques Chirac se donne deux ans pour réduire les déficits publics“, 28.10.1995
Jean-Marie Colombani: „L'autocritique“, 28.10.1995
„La situation en France suscite de plus en plus d'inquiétude en Europe“, 5.12.1995

Henri de Bresson: „Jacques Chirac et Helmut Kohl se rencontrent à Baden-Baden. Confrontés aux craintes de leurs opinions publiques, les deux dirigeants doivent réaffirmer leur volonté de travailler ensemble pour préserver la crédibilité de leur projet européen“, 7.12.1995

Philippe Lemaître: „Les Quinze s’entendent sur la procédure d’élargissement à l’Est“, 19.12.1995

Henri de Bresson: „Le sommet de Madrid a remis l’Europe en route, mais de nouveaux conflits sont prévisibles“, 19.12.1995

1996

„Les bonnes intentions de Jacques Chirac“, 2.1.1996

„Jacques Chirac appelle à renouer avec l’espérance et la confiance“, 2.1.1996

„En attendant l’Europe“, 13.2.1996

„Une note de l’Elysée largement diffusée“, 21.2.1996

„M. Chirac défend une vision ,centriste’ de l’Europe“, 21.2.1996

„Encore un effort européen, M. Chirac!“, 21.2.1996

Philippe Lemaître: „Jacques Chirac en pédagogue de l’Union“, 22.2.1996

Lucas Delattre: „M. de Charette propose une conférence régulière avec les pays de l’Est“, 24.2.1996

Daniel Vernet: „Plaidoyers pour un directoire européen“, 16.3.1996

Alain Frachon: „Comment concilier la lutte pour l’emploi et l’union monétaire?“, 26.3.1996

Henri de Bresson/Claire Tréan: „Des visions divergentes sur tous les sujets“, 26.3.1996

Daniel Vernet: „Un certain M. PESC“, 28.3.1996

„L’Europe d’une seule voix“, 28.3.1996

Henri de Bresson: „Plus qu’en d’autres domaines encore, le poids des traditions nationales“, 29.3.1996

Philippe Lemaître: „L’Union européenne se donne un an pour rénover ses institutions“, 29.3.1996

Yves-Michel Riols: „L’Est compte sur la CIG pour préparer l’élargissement de l’Union européenne“, 30.3.1996

Yves-Michel Riols: „L’isolement croissant de la Slovaquie de Vladimir Meciar“, 30.3.1996

Christophe Châtelot: „La Roumanie pratique un ambigu contrôle des changes“, 30.3.1996

„Le veto italien contre le ,bon élève’ slovène“, 30.3.1996

Philippe Lemaître: „La Pologne aux portes de l’Union européenne“, 12.7.1996

Jan Krauze: „M. Chirac veut donner un coup de fouet à la présence économique française en Pologne“, 11.9.1996

Jan Krauze: „Jacques Chirac en Pologne, le pays des lendemains calmes“, 12.9.1996.

Françoise Lazare: „Varsovie accumule des résultats économiques impressionnants“, 13.9.1996

Jan Krauze/Henri de Bresson: „M. Chirac prône à Varsovie l’entrée de la Pologne dans l’Union européenne ,dès l’an 2000““, 13.9.1996

„Vive la Pologne, Monsieur!“, 13.9.1996

„2002 plutôt que 2000 pour l’adhésion de la Pologne“, 16.9.1996

1997

Alain Frachon/Pascale Robert-Diard: „M. Chirac plaide pour l’intégration de la Hongrie à l’Union européenne et à l’OTAN dès l’an 2000“, 17.1.1997

Alain Frachon/Pascale Robert-Diard: „M. Chirac veut développer les échanges franco-hongrois“, 18.1.1997

„M. Chirac, l’Europe et l’Est“, 20.1.1997

Christophe Châtelot: „La Roumanie s’engage avec retard dans un douloureux programme de restructurations“, 21.2.1997.

Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „Jacques Chirac espère voir la Roumanie intégrer l'OTAN en 1999“, 24.2.1997

Christophe Châtelot/Pascale Robert-Diard: „Selon que les Roumains sont célèbres ou inconnus...“, 24.2.1997

Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „Jacques Chirac espère voir la Roumanie intégrer l'OTAN en 1999“, 24.2.1997

Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Le président roumain prend Jacques Chirac au mot“, 25.2.1997

Henri de Bresson/Christophe Châtelot: „M. Chirac appelle les entreprises françaises à s'engager en Roumanie“, 26.2.1997

Claire Tréan: „Paris souhaite que la République tchèque intègre le plus rapidement l'OTAN et l'UE“, 4.4.1997

Henri de Bresson: „L'Europe autrement“, 2.6.1997

Henri de Bresson: „Helmut Kohl définit les limites des concessions possibles à la France“, 16.6.1997

Philippe Lemaître: „L'examen européen de Lionel Jospin“, 17.6.1997

„Vers un compromis sur les demandes françaises en faveur de l'emploi“, 17.6.1997

Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac, dans un restaurant d'Amsterdam“, 17.6.1997

Henri de Bresson: „Les Quinze peinent à s'entendre sur la réforme des institutions“, 18.6.1997

Pascale Robert-Diard: „Gaffes ministérielles et courtoisie présidentielle“, 19.6.1997

Philippe Lemaître: „Le ‚moteur‘ franco-allemand de l'Europe connaît des ratés“, 19.6.1997

Henri de Bresson und Alain Franco: „Les Quinze ont échoué à réformer les institutions de l'Union“, 19.6.1997

Natalie Nougayrède/Daniel Vernet: „Les Européens de l'Est perplexes après Amsterdam“, 28.6.1997

„Un élargissement dosé“, 17.7.1997

Natalie Nougayrède: „Les agricultures d'Europe centrale sont peu compétitives et manquent de capitaux“, 17.7.1997

Marcel Scotto: „La Pologne demande des dérogations importantes, avant son adhésion, pour endiguer le chômage dans les campagnes“, 17.7.1997

„M. Le Pen redoute un ‚démantèlement‘ de la PAC“, 18.7.1997

Philippe Lemaître: „Les Quinze réfléchissent aux conditions de l'élargissement de l'Europe à l'Est“, 26./27.10.1997

Philippe Lemaître: „L'Union s'oriente vers un élargissement minimal à l'Est“, 28.10.1997

Daniel Vernet: „Les contradictions de la Grande Europe“, 19.11.1997

Henri de Bresson: „L'Europe et ses futurs nouveaux membres“, 14./15.12.1997

Henri de Bresson: „L'Union européenne va s'élargir à l'Est“, 16.12.1997

„L'Europe manque de souffle“, 16.12.1997

Nicole Pope: „Les Turcs ne cachent pas leur amertume et menacent de suspendre le dialogue avec Bruxelles“, 16.12.1997

1998

Philippe Lemaître: „L'élargissement de l'Europe s'engage laborieusement“, 12.3.1998

Nicole Pope: „Ankara attend un geste des Européens“, 12.3.1998

Patrice de Beer/Philippe Lemaître: „Paris accepte l'ouverture de négociations sur l'adhésion de Chypre à l'UE“, 17.3.1998

Philippe Lemaître: „Bruxelles dicte ses conditions aux pays candidats à l'Union“, 31.3.1998

Henri de Bresson: „Les Européens face à l'imbroglio chypriote“, 31.3.1998

Henri de Bresson/Philippe Lemaître: „Les Quinze ont lancé solennellement le processus d'élargissement de l'Union européenne à l'Est“, 1.4.1998

Henri de Bresson: „La question de Chypre gâche l'ouverture des négociations d'élargissement de l'UE“, 2.4.1998

Henri de Bresson: „Elargir pour quelle Europe?“, 3.4.1998

Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s'exprimera sur l'Europe avant Lionel Jospin“, 16.4.1998

Henri de Bresson: „Monnaie unique, élargissement: l'Union en phase de mutation“, 16.4.1998

Henri de Bresson/Philippe Lemaître/Pascale Robert-Diard: „Jacques Chirac s'exprime sur l'Europe avant le débat à l'Assemblée nationale“, 17.4.1998

Pascale Robert-Diard/Claire Tréan: „Jacques Chirac plaide pour une Europe des nations“, 18.4.1998

Philippe Lemaître: „L'Union européenne essaie de faire patienter les pays candidats à l'adhésion“, 12./13.7.1998

Philippe Lemaître: „La perspective d'un élargissement rapide de l'Union européenne s'éloigne“, 10.11.1998

Philippe Lemaître: „Les Quinze limitent à six candidats les négociations d'élargissement de l'Union“, 11.11.1998

1999

François Léotard: „Pour une France fédérale dans une Europe fédérale“, 14.1.1999

Charles Pasqua: „Non à l'euroland, oui à l'Europe“, 19.1.1999

„Cent onze parlementaires ont voté contre“, 20.1.1999

Cécile Chambraud/Jean-Louis Saux: „Jacques Chirac se porte à la tête des européens de la droite“, 3.3.1999

Daniel Vernet: „L'Union européenne n'a pas achevé son adaptation avant son élargissement“, 12.6.1999

Daniel Vernet: „L'élargissement de l'Europe après le Kosovo“, 25./26.7.1999

Philippe Lemaître: „Une ‚nouvelle philosophie‘ pour l'élargissement de l'UE“, 3.9.1999

Philippe Lemaître: „Les Quinze accélèrent l'élargissement de l'Union“, 7.9.1999

Laurent Zecchini: „Le grand écart de l'élargissement de l'Europe“, 16.10.1999

Nicole Pope: „Le long chemin de la Turquie vers le statut de pays candidat“, 11.12.1999

„En France, la candidature de la Turquie à l'UE est critiquée à gauche comme à droite“, 16.12.1999

Daniel Vernet: „L'Europe, future puissance proche-orientale?“, 16.12.1999

2000

„Jacques Delors critique la stratégie d'élargissement de l'Union“, Entretien au *Monde*, Propos recueillis par Eric Le Boucher et Laurent Zecchini, 19.1.2000

Raphaëlle Bacqué: „Alain Juppé travaille les thèmes européens“, 6.5.2000

Ali Magoudi/Jérôme Monod: „Pour une Europe toute neuve, mode d'emploi“, 6.5.2000

Henri de Bresson/Daniel Vernet: „Une Europe qui doute, à la veille de la présidence française de l'Union“, 6.5.2000

Pascale Robert-Diard: „Cohabitation-compétition avant l'échéance du 1er juillet“, 6.5.2000

Laurent Zecchini: „Comment sortir du malaise et du ‚déficit démocratique‘?“, 10.5.2000

Henri de Bresson: „Gauche et droite hésitent à sauter le pas de l'Europe politique“, 11.5.2000

„Appel de Strasbourg de François Bayrou et Daniel Cohn-Bendit: ‚Pour que l'Europe devienne une démocratie‘“, 14.6.2000

Jan Krauze (avec Martin Plichta à Prague): „Les pays de l'Est craignent d'être les ‚otages‘ des désaccords entre les Quinze“, 1.7.2000.

Raphaëlle Bacqué/Henri de Bresson/Pascale Robert-Diard: „Premier ‚couac‘ sur l’Europe dans la cohabitation“, 1.07.2000
 „Dissonance sur l’Europe“, 1.7.2000
 Laurent Zecchini: „Jacques Chirac l’Européen?“, 5.7.2000
 Laurent Zecchini: „Institutions européennes: le grand marchandage“, 13.10.2000.
 Joëlle Stolz/Antoine Jacob: „La Suède et l’Autriche refusent la réduction du nombre de commissaires européens“, 30.11.2000
 Raphaëlle Bacqué: „Le président Chirac achève son marathon de préparation du sommet de Nice“, 2.12.2000
 Laurent Zecchini: „Europe: la France achève son mandat sans cocorico“, *Le Monde Economie*, 5.12.2000
 Daniel Vernet: „Europe, la fin du ‚jardin à la française‘“, 15.12.2000
 Philippe Lemaître: „Europe: l’arrogance française en procès“, 20.12.2000.
 Henri de Bresson: „Ne pas laisser le champ libre aux Allemands... et à Jacques Chirac“, 25.5.2001
 Laurent Zecchini: „La présidence française de l’Union européenne a été gâchée par les ratés politiques de Nice“, 29.12.2000

2001

Laurent Cohen-Tanugi: „Europe: une ambition qui s’érode sans cesse“, 17.1.2001
 Henri de Bresson: „L’Elysée et Matignon appellent les Français à se mobiliser dans le débat sur le projet européen“, 13.4.2001
 Henri de Bresson/Daniel Vernet: „Les Européens lancent un débat public sur l’avenir de l’Union“, 16.4.2001
 Elie Barth: „Les députés se prononcent sur la ratification du traité européen de Nice“, 6.6.2001
 Laurent Zecchini: „Les Quinze excluent une renégociation du traité de Nice“, 13.6.2001
 Henri de Bresson (avec Caroline Garcia et Aurore Gorius): „L’avenir de l’Europe en débat dans les régions“, 4.7.2001
 Alain Frachon: „Europe: la manière Védrine“, 7.7.2001
 „La France pousse à l’adhésion à l’UE de la Bulgarie et de la Roumanie“, 21.11.2001
 Arnaud Leparmentier: „Qui osera dire non à l’élargissement de l’Europe?“, 25./26.11.2001

2002

Laurent Zecchini: „La France est-elle encore européenne?“, 9.1.2002
 Laurent Zecchini: „Premières escarmouches entre les Quinze sur la facture de l’élargissement“, 12.2.2002
 Arnaud Leparmentier: „L’Europe peut décider de la mise en quarantaine d’un Etat“, 30.4.2002
 „De la France à l’Europe“, 7.5.2002
 Laurent Zecchini: „Paris réaffirme les ambitions européennes de la France“, 15.5.2002
 Arnaud Leparmentier: „Bruxelles s’interroge sur la politique européenne du gouvernement français“, 25.5.2002
 „Le test européen“, 18.6.2002
 Arnaud Leparmentier: „Paris face aux promesses électorales de M. Chirac“, 20.6.2002
 Claire Tréan: „En politique étrangère, enfin seul“, 24.6.2002
 Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „A six mois de l’élargissement, les Quinze piétinent toujours“, 25.6.2002
 „Les engagements de Chirac à l’épreuve de l’Europe“, 26.6.2002
 Daniel Vernet: „M. Raffarin déçoit les attentes sur l’Europe“, 6.7.2002
 „M. Raffarin anti-européen?“, 26.7.2002

Arnaud Montebourg/Christian Paul: „Elargissement de l'Europe: nous exigeons un référendum!“, 20.09.2002

„France: le PS veut un ‚contenu politique‘ à l'élargissement“, 26.9.2002

Bernard Poignant/Gilles Savary: „Peuples d'Europe: bienvenue dans l'Union!“, 10.10.2002

Arnaud Leparmentier: „Une Europe à vingt-cinq: l'élargissement se fera à moindre coût“, 10.10.2002

Pascal Lamy: „Europe: reculer les yeux fermés?“, 12.10.2002

Elisabeth Guigou: „Europe: réussir l'élargissement“, 24.10.2002

Nicolas Bourcier: „Ce que l'élargissement va changer en France“, 24.10.2002

Arnaud Leparmentier/Jean-Pierre Stroobants/Laurent Zecchini: „Les Quinze entérinent leurs propositions financières pour permettre l'élargissement de l'UE“, 27./28.10.2002

Jean-Baptiste de Montvalon: „Jean-Pierre Raffarin et Dominique de Villepin lancent à Orléans une série de forums sur l'Europe“, 8./9.12.2002

Alain Beuve-Méry: „Des postulants inégaux en quête de convergence“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Martin Plichta: „Le ‚petit miracle‘ économique slovaque“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Philippe Rusin: „Mutation à marches forcées pour le poids lourd polonais“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Jan Krauze: „Lepper, le faux symbole de la Pologne du refus“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Antoine Jacob: „La Finlande subit la concurrence balte mais en tire aussi des avantages“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Martin Plichta: „Les jeunes Tchèques veulent profiter pleinement de la liberté et du capitalisme“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Annie Kahn: „Une politique de recherche élargie avant l'heure“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Marie-Béatrice Baudet: „Le tableau social pourrait perdre petit à petit de sa grisaille“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Catherine Rollot: „La déferlante migratoire n'aura pas lieu“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Nicolas-Jean Brehon: „L'élargissement est plus que jamais une affaire de gros sous“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Arnaud Leparmentier: „La PAC, le dossier qui fâche déjà“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Laurent Zecchini: „Une difficile alchimie communautaire à 25 Etats“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Henri de Bresson: „Jusqu'où repousser les frontières de l'Europe?“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Mirel Bran: „La famille Petrache, nouveaux entrepreneurs roumains“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Nicole Pope: „La société civile turque frappe à la porte bruxelloise“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Serge Marti: „L'Europe de 15 à 25, pour le meilleur et pour le pire“, *Le Monde économie*, Numéro spécial élargissement, 10.12.2002

Henri de Bresson: „Paris juge ‚raisonnable‘ l'offre danoise pour le financement de l'élargissement“, 13.12.2002

Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „Une nouvelle Europe unifiée est scellée à Copenhague“, 13.12.2002

Daniel Vernet: „Les retrouvailles, après la fracture de Yalta et plus de quarante ans de ‚rideau de fer‘“, 13.12.2002

2003

- Mirel Bran: „Les propos de Jacques Chirac suscitent l'amertume derrière l'ancien rideau de fer“, 20.2.2003
- Thomas Ferenczi: „Le jeu de menaces mutuelles fragilise le processus déjà délicat de l'élargissement“, 20.2.2003
- Laurent Zecchini: „Après le sommet de Bruxelles, la cacophonie européenne est ravivée“, 20.2.2003
- Thomas Ferenczi: „L'interpellation française est perçue à Varsovie comme un coup à l'amitié entre les deux pays“, 25.2.2003
- Laurent Zecchini: „L'Union européenne peine à tirer les leçons de la guerre en Irak“, 21.3.2003
- Thomas Ferenczi: „L'Europe scelle solennellement son unification, mercredi, à Athènes“, 17.4.2003
- Thomas Ferenczi: „Après la crise, l'Union européenne affirme vouloir renforcer son unité“, 18.4.2003
- „La France et l'Europe“, 30.9.2003
- Raphaëlle Bacqué/Jean-Baptiste de Montvalon: „Les propos de M. Raffarin contre Bruxelles jugés ‚désastreux‘ par ses amis“, 30.9.2003
- Arnaud Leparmentier: „Paris contre l'Europe“, 3.10.2003
- „Laurent Fabius et Alain Juppé favorables à un référendum“, 7.10.2003
- Hervé Gattegno: „Les Français veulent un référendum sur la Constitution de l'Union“, 8.10.2003
- Henri de Bresson/Thomas Ferenczi: „Jean-Pierre Raffarin se prononce pour un référendum sur la Constitution européenne“, 11.10.2003
- Béatrice Gurrey/Christophe Jakubszyn: „Jacques Chirac va rapidement consulter les partis politiques sur la future Constitution européenne“, 19./20.10.2003
- Henri de Bresson/Béatrice Gurrey: „L'idée de consulter les Français sur la Constitution recule“, 30.10.2003
- Arnaud Leparmentier: „Le faux débat sur la Constitution“, 1.11.2003
- „Les scénarios pour une union de la France et de l'Allemagne“, 13.11.2003
- Jean-Baptiste de Montvalon: „L'élargissement de l'Europe ne divise que les députés socialistes“, 25.11.2003
- „Arnaud Montebourg, député (PS) et cofondateur du courant Nouveau Parti socialiste: ‚Le PS ne voit pas le piège dans lequel il va tomber‘“, propos recueillis par Clarisse Fabre, 25.11.2003
- Patrick Roger: „A l'Assemblée, les députés font le pari de l'Europe à 25“, 27.11.2003
- Isabelle Mandraud/Patrick Roger: „A gauche, les réticences gagnent du terrain“, 27.11.2003
- Martine Silber : „L'Espagne et la Pologne intransigeantes sur la Constitution des 25“, 12.12.2003
- Christophe Châtelot: „La stratégie ‚agressive‘ de Varsovie ne convainc pas les autres Etats d'Europe centrale“, 12.12.2003
- Thomas Ferenczi/Arnaud Leparmentier/Laurent Zecchini: „Après le fiasco de Bruxelles, Paris relance l'idée d'une Europe à la carte“, 16.12.2003
- Arnaud Leparmentier: „Isolé, le couple franco-allemand a subi une deuxième défaite en moins d'un an“, 16.12.2003
- Christophe Châtelot: „Les Polonais reprochent à Paris et à Berlin de ne pas les prendre au sérieux“, 16.12.2003

2004

- Daniel Vernet: „Nouvelle frilosité française en Europe“, 1.1.2004

Thomas Ferenczi: „Jean-Pierre Raffarin, à Bruxelles, abordera les dossiers qui enveniment les relations France-UE“, 15.1.2004

Béatrice Gurrey: „Chirac seul au pouvoir“, 23.3.2004

„Régionales: Raffarin appelle Sarkozy au secours“, 24.3.2004

Hervé Gattegno/Christophe Jakubyszyn: „L’appel à l’aide de Jean-Pierre Raffarin à Nicolas Sarkozy“, 24.3.2004

Jean-Marie Colombani: „Le désaveu“, 30.3.2004

„Surdité“, 1.4.2004

Rafaële Rivais: „L’UMP part en guerre contre l’adhésion de la Turquie à l’UE“, 4./5.4.2004

Laurent Zecchini: „L’ascendant de la France à Bruxelles s’est érodé au fil des années“, 29.4.2004

„Le 21 avril à l’envers de la Jacques Chirac“, 30.4.2004

Hervé Gattegno/Béatrice Gurrey: „M. Chirac reprend la tête de la droite pour la campagne européenne“, 30.4.2004

Arnaud Leparmentier: „Ratification de la Constitution: Un casse-tête pour les dirigeants européens“, 30.4.2004

Henri de Bresson/Claire Tréan: „Le président de la République tente de convaincre les Français des bienfaits de l’élargissement“, 30.4.2004

Christiane Chombeau/Philippe Le Cœur: „La droite affiche son hostilité à l’adhésion de la Turquie“, 30.4.2004

Béatrice Gurrey: „M. Chirac se dit ‘optimiste’ sur l’Europe comme sur la croissance“, 2./3.5.2004

„L’Europe sans tête“, 2./3.5.2004

Pascal Ceaux/Béatrice Gurrey/Christophe Jakubyszyn: „Le scrutin du 13 juin scelle l’affaiblissement de MM. Chirac et Raffarin“, 15.6.2004

Hervé Gattegno: „Les quatre échecs du président“, 15.6.2004.

Béatrice Gurrey/Isabelle Mandraud: „M. Chirac: ‘Un événement vraiment historique’“, 22.6.2004

Hervé Gattegno/Isabelle Mandraud: „Douze ans après Maastricht, le chef de l’Etat mise sur la division des socialistes sur le projet européen“, 16.7.2004

Daniel Vernet: „L’Europe et les ambitions françaises“, 21.7.2004

Thomas Ferenczi: „Pourquoi l’influence françaises s’est affaiblie à Bruxelles“, 18.8.2004

Béatrice Gurrey/Christophe Jakubyszyn: „Constitution européenne: le scénario du référendum en mai“, 16.10.2004

Jean-Claude Casanova: „Europe: l’heure de vérité“, 17./18.10.2004

Arnaud Leparmentier/Philippe Ricard: „L’Europe se prépare à accueillir la Turquie en son sein dans dix ans“, 17.12.2004

Béatrice Gurrey: „Le plaidoyer de M. Chirac en faveur d’Ankara suscite de vives réactions“, 17.12.2004

Christiane Chombeau: „Philippe de Villiers s’accapare la campagne du ‘non’“, 17.12.2004

Adrien de Tricornot: „La droite allemande invoque son ‘patriotisme’ contre l’adhésion turque“, 17.12.2004

2005

Jérôme Jaffré: „L’entrée en scène de Jacques Chirac“, 13.4.2005

Béatrice Gurrey: „La difficile entrée en campagne de Jacques Chirac“, 14.4.2005

Béatrice Gurrey: „Depuis plusieurs mois, M. Chirac a négligé les signes avant-coureurs du non“, 15.4.2005

„Télé-Elysée“, 15.4.2005

„Chirac en première ligne pour sauver le oui“, 15.4.2005

Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac s'avoue désorienté par le ‚pessimisme' des jeunes“, 16.4.2005
 „Peut mieux faire“, 16.4.2005
 „Europe: le non résiste à la contre-attaque du oui“, 17./18.4.2005
 Philippe le Cœur: „Une majorité de Français se disent désormais décidés à voter oui“, 2.5.2005
 Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac multiplie les initiatives pour rallier au oui les indécis“, 3.5.2005
 Daniel Cohen: „Les sources du non“, 3.5.2005
 Béatrice Gurrey: „Jacques Chirac: ‚On ne peut pas dire je suis européen et voter non'“, 5.5.2005
 Georges Marion/Philippe Ricard: „L'Europe se mobilise pour prévenir la paralysie“, 7.6.2005
 Philippe Ricard: „Bruxelles redoute un durcissement de la politique européenne de la France“, 7.6.2005.
 Paul Magnette: „L'Union va se donner un délai, elle sait qu'il n'a y plus rien à attendre du couple Chirac-Villepin“, Propos recueillis par Thomas Ferenczi et Jean-Pierre Stroobants, 10.6.2005
 „Leçon de social-démocratie“, Entretien avec Pascal Lamy, Propos recueillis par Alain Frachon, *Le Monde* 2, 27.08.2005
 Daniel Vernet: „Palinodies françaises sur l'élargissement“, 21.12.2005

2006

Paul Magnette: „L'Europe symbolise tout ce qui a du mal à s'intégrer dans la culture politique française“, Propos recueillis par Thomas Ferenczi et Jean-Pierre Stroobants, 9.4.2006.

2007

Christian Lequesne: „Penser l'Europe élargie: les carences du débat français“, 09.01.2007.

Libération

1995

Jean Quatremer: „Paris, la tête ailleurs“, 2.1.1995
 Jean Quatremer: „Le statu quo de la France à la tête de l'Union européenne“, 12.4.1995
 Jean Quatremer: „Chirac invite l'Europe à l'Elysée“, 25.5.1995
 Jean Quatremer: „Dîner de baptême européen pour Chirac“, 10./11.6.1995
 Gilles Bresson: „Chirac, de la fougue à l'emballement“, 28.6.1995
 Nathalie Dubois: „Chirac inquiète ses partenaires“, 22.9.1995
 Alain Duhamel: „Europe: un silence français“, 6.10.1995
 „Maastricht responsable de la crise?“, 8.12.1995

1996

Vanessa Schneider: „Come-back de l'Europe dans le débat politique“, 8.1.1996
 Pascal Riché: „Le moral des Français plombe Maastricht“, 11.1.1996
 Alain Duhamel: „Le deuxième siège de Maastricht“, 26.1.1996
 Jean-Michel Thénard: „La majorité discute en attendant le verbe présidentiel“, 21.2.1996
 Serge July: „Profession de foi“, 25.3.1996
 Pierre Haski: „Les habits neufs d'un président gaulliste“, 25.3.1996
 Jean-Michel Thénard: „Chirac en campagne contre la fracture européenne“, 25.3.1996
 Jean Quatremer: „L'effroi des grands de l'Union à l'approche des petits“, 26.3.1996
 Pascal Virot: „Chirac européen gêne la gauche“, 26.3.1996
 Nicole Gauthier: „Le gouvernement rejoint l'Europe sociale“, 27.3.1996

1997

Jean Quatremer: „Lionel Jospin s’amende sur l’Europe“, 19.9.1997

1998

Nicole Gauthier: „Europe: une révision de la Constitution s’impose“, 1.1.1998

Gilles Bresson: „Chirac: n’avez pas peur de l’Europe“, 17.4.1998

Jean Quatremer: „L’Union grince à l’élargissement“, 11.11.1998

1999

Marie-Claude Beaudeau/Jean-François Care et al.: „Notre France d’abord“, 14.1.1999

Gilles Bresson: „Chirac vend son Europe à la droite“, 3.3.1999

Jean Quatremer: „La maison européenne s’agrandit à Helsinki“, 11./12.12.1999

Alain Duhamel: „La Turquie menace l’Europe“, 17.12.1999

2000

Jean Quatremer: „L’Europe à la recherche d’un mode d’emploi“, 14.2.2000

Gilles Bresson/Judith Perrignon: „Concurrence au sommet pour l’Europe“, 9.5.2000

Jean Quatremer: „La France mène le bal européen“, 1./2.7.2000

Gilles Bresson/Nathalie Dubois: „Ping-pong entre l’Elysée et Matignon“, 1./2.7.2000

Eric Aeschmann: „Droit dans ses bottes face aux zigzags du Président“, 3.7.2000.

Thomas Lebègue: „Jospin terre à terre“, 3.7.2000

Jean Quatremer: „Hypocrisies françaises sur l’Europe“, 11.10.2000

Jacques Amalric: „Indécision“, 7.12.2000

Nathalie Dubois (avec Olivier Truc à Stockholm): „Haro sur ‚l’arrogance française’. Les critiques pleuvent sur la présidence de Paris“, 7.12.2000

Jean Quatremer: „Comment Paris a gâché son mandat européen. Malgré des réussites techniques, ce semestre restera un fiasco politique“, 27.12.2000

Jean Quatremer: „La cohabitation de tous les maux“, 27.12.2000

Gérard Dupuy: „Illusion“, 27.12.2000

2001

Alain Duhamel: „Le fiasco de Nice“, 5.1.2001

Jean Quatremer: „Des eurodéputés socialistes orphelins“, 25.1.2001

Alain Duhamel: „L’eurosilence de Jospin“, 9.2.2001

Jean Quatremer: „Elites françaises, les pisse-froid de l’Europe“, 18.2.2002

Jean Quatremer: „Les Quinze persistent et signent le traité de Nice“, 26.2.2001

Jean Quatremer: „L’Allemagne pousse son avantage“, 7.5.2001

Eric Aeschmann: „Europe: l’arlésienne Jospin“, 7.5.2001

Renaud Dely: „Le PS embarrassé par le silence de Matignon“, 7.5.2001

Jean Quatremer: „Les promesses de Chirac: boulet européen de Raffarin“, 17.5.2002

Alain Duhamel: „Europe: la régression française“, 20.10.2002

Michel Barnier: „L’élargissement de l’UE est bon pour tous“, 11.11.2002

Jean Quatremer: „Védrine plaide pour Sofia et Bucarest“, 20.11.2001

Vanessa Schneider: „Raffarin, VRP de l’élargissement“, 7./8.12.2002

2003

Jean Quatremer: „Jour historique pour l’Europe à vingt-cinq“, 17.4.2003

Gérard Grunberg/Christian Lequesne: „Les Français eurosceptiques“, 10.6.2003

Jean Quatremer: „L’UE, une bonne idée pour les autres“, 13./14.9.2003

Antoine Guiral/Paul Quinio: „Cacophonie française sur le référendum“, 4./5.10.2003

Antoine Guiral/Vanessa Schneider: „Référendum: Raffarin pousse Chirac à dire oui“, 9.10.2003

Jean-Pierre Chevènement: „Non au bricolage institutionnel“, 22.10.2003

Eric Aeschmann/Antoine Guiral: „L'Europe s'élargit, les doutes grandissent“, 25.11.2003

Nathalie Dubois: „Des peurs plus ou moins fondées“, 25.11.2003

2004

„Régionales: Sarkozy vole au secours de la droite“, 23.3.2004

Eric Aeschmann: „Le grand coup de balai régional“, 29.3.2004

Serge July: „La fin du chiraquisme“, 29.3.2004

Christophe Boltanski: „Le référendum, arme de destruction ‚blairienne‘“, 29.4.2004

Nathalie Dubois: „Chirac parle de l'avenir, pour ne rien dire“, 30.4.2004

Nathalie Dubois/Jean Quatremer: „Le chant du cygne de l'Europe puissance“, 19.6.2004

Jean Quatremer/Vanessa Schneider: „Un référendum peut en sauver en autre“, 2./3.10.2004

2005

Jacques Rupnik: „Un vote transformé en référendum rétrospectif sur l'élargissement“, 27.05.2005.

„Catherine Colonna: ‚L'Europe n'a rien à craindre d'un vrai débat démocratique‘“, Propos recueillis par Véronique Soulé, 5.9.2005

Antoine Guiral/Vanessa Schneider (avec Stéphane Allières): „L'hospitalisation de Chirac trouble l'UMP“, 5.9.2005

Eric Favereau/Antoine Guiral: „Secrets d'Etat de santé“, 6.9.2005

Antoine Guiral: „Chirac gère les affaires du pays depuis son lit“, 7.9.2005

Eric Favereau/Antoine Guiral: „Chirac patraque soigne sa com“, 9.9.2005

Jean Quatremer: „Europe, la crise est bien là“, 17./19.9.2005

Jean Quatremer: „Barroso ou la révolte du punching ball“, 6.10.2005

Jean Quatremer: „Chirac et le ‚machin‘ bruxellois“, 9.10.2005

Jean Quatremer: „Paris et Bruxelles entonnent les champs guerriers“, 19.10.2005.

Véronique Soulé: „Colonna, VRP de l'Union après le non“, 24.10.2005

Nathalie Dubois: „Chirac grille la politesse à son hôte“, 27.10.2005

Jean Quatremer/Armelle Thoraval: „Blair ravale la façade de l'Union“, 27.10.2005

Jean Quatremer/Armelle Thoraval: „Consensus de forme au sommet des 25“, 28.10.2005

Antoine Guiral: „A 73 printemps, un Chirac en morte-saison“, 29.11.2005

Véronique Soulé: „UE: Paris bloque la candidature de Skopje“, 13.12.2005

2010

Frédérique Roussel: „Le Monde' vers un tournant capital“, 12.4.2010

Frédérique Roussel: „110 millions pour refaire ‚le Monde‘“, 29.6.2010

Weitere Presseartikel

„UNO-Vollversammlung fordert Ende aller Atomtests“, *Süddeutsche Zeitung* 14.12.1995

„Nein zu Nizza ist keine Gefahr“, *Süddeutsche Zeitung* 9./10.6.2001

Interview mit dem spanischen Außenminister Josep Pique in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9./10.6.2001: „Spanien will nicht ewig Zuschüsse von der EU“

Gerhard Schröder: „Die Erweiterung muss bezahlbar sein“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 16.6.2002

„Empörung über den ‚Rüpel Chirac‘. Osteuropäische Reaktionen auf die Vorwürfe des französischen Präsidenten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.2.2003

Michaela Wiegel: „Hoher Beauftragter für die Dritte Welt. Chiracs multipolare Übungen in Evian“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 4.6.2003
Günter Verheugen: „Das Kuschel-Europa ist von gestern“, *DIE ZEIT* 7.10.2004
Johannes Willms: „Klares Votum“, *Süddeutsche Zeitung* 28.6.2010
Kurt Kister: „Es war einmal“, *Süddeutsche Zeitung* 8./9.10.2011

3. Umfragedaten

Eurobarometer

Eurobarometer 43, Herbst 1995, Datenerhebung im April und Mai 1995, Europäische Kommission
Eurobarometer 44, Frühjahr 1996, Datenerhebung Mitte November bis Mitte Dezember 1995, Europäische Kommission
Eurobarometer 45, Dezember 1996, Datenerhebung Februar und März sowie April und Mai 1996, Europäische Kommission
Eurobarometer 47, Oktober 1997, Datenerhebung Februar bis Juni 1997, Europäische Kommission
Eurobarometer 48, März 1998, Datenerhebung Oktober und November 1997, Europäische Kommission
Eurobarometer 49, September 1998, Datenerhebung im April und Mai 1998, Europäische Kommission
Eurobarometer 50, März 1999, Datenerhebung im Oktober und November 1998, Europäische Kommission
Eurobarometer 51, Juli 1999, Datenerhebung im März und April 1999, Europäische Kommission
Eurobarometer 52, April 2000, Datenerhebung im Oktober und November 1999, Europäische Kommission
Eurobarometer 53, Oktober 2000, Datenerhebung im April und Mai 2000, Europäische Kommission
Eurobarometer 54, April 2001, Datenerhebung im November und Dezember 2000, Europäische Kommission
Eurobarometer 55, Oktober 2001, Datenerhebung im April und Mai 2001, Europäische Kommission
Eurobarometer 56, April 2002, Datenerhebung im Oktober und November 2001, Europäische Kommission
Eurobarometer 57, Frühjahr 2002, Ausgabe: 21. Oktober 2002, Datenerhebung 29. März – 1. Mai 2002, Europäische Kommission
Eurobarometer 58, März 2003, Datenerhebung im Oktober und November 2002, Europäische Kommission
Eurobarometer 59, Datenerhebung im März und April 2003, Ausgabe: Juli 2003, Europäische Kommission
Eurobarometer 59, Public Opinion in the European Union, Spring 2003, National report France, European Commission
Eurobarometer 60, Public Opinion in the European Union, Autumn 2003, Fieldwork: October-November 2003, Publication: February 2004, European Commission
Eurobarometer 60.1, Public Opinion in the European Union, Autumn 2003, National report France, European Commission
Eurobarometer 61, Juli 2004, Datenerhebung im Februar und März 2004, Europäische Kommission
Eurobarometer 61, Public opinion in the European Union, Spring 2004, National Report France, European Commission

Eurobaromètre 62, Automne 2004, Rapport national France, Commission européenne
Eurobarometer 63.4, Rapport national France, Europäische Kommission
Eurobarometer 64, Rapport national France, Europäische Kommission
Eurobaromètre 65, Printemps 2006, Rapport national France, Commission européenne
Eurobaromètre 66, Automne 2006, Rapport national France, Commission européenne
Eurobaromètre 67, Printemps 2007, Rapport national France, Commission européenne

Flash Eurobarometer

Flash Eurobarometer-Umfrage (Nr. 60), 24. bis 26. November 1997, Europäische Kommission
Flash Eurobaromètre 132/2: „Elargissement de l’Union européenne“, réalisé par Eos Gallup Europe à la demande de la Commission européenne, Direction générale „Elargissement“, Sondage: 11/11/2002 au 20/11/2002, Rapport analytique: 6/12/2002
Flash Eurobarometer 140: Elargissement de l’Union européenne, EOS Gallup Europe, Etude réalisée à la demande de la Commission européenne, Direction générale „Elargissement“, Sondage: 21/3/2003 au 30/03/2003, Rapport analytique: 11/04/2003
Flash Eurobaromètre 152: „Conférence intergouvernementale“, EOS Gallup Europe, Commission Européenne, Direction Générale „Presse et Communication“, Sondage: Octobre-Novembre 2003, Rapport analytique: Décembre 2003
Flash Eurobaromètre: La Constitution européenne: sondage post-référendum en France, Terrain: 30 & 31 mai 2005, Publication: juin 2005, Commission européenne

Weitere Umfragen

Umfrage des Institut Louis Harris für die Zeitschrift Profession Politique (n° 179, 19.4.1996)
„Europe: la monnaie unique divise les Français“, Un sondage Figaro-Sofres avant la conférence intergouvernementale du 29 mars à Turin, *Le Figaro* 6.3.1996
Baromètre des élections européennes. Sondage IFOP – France 2 – Europe 1 – Le Figaro – Le Nouvel Observateur: 1. Computer Assisted Telephone Interviews au domicile des personnes interrogées les 30 avril et 3 mai 1999; 2. Vague 2: Computer Assisted Telephone Interviews au domicile des personnes interrogées les 14 et 15 mai 1999; 3. Vague 3: Interviews par téléphone au domicile des personnes interrogées les 28 et 29 mai 1999
„Les Français et l’Europe politique“: Sondage IFOP-Le Journal du Dimanche publié dans Le Journal du Dimanche le 2 juillet 2000
Perceptions de l’Union européenne. Attitudes et attentes à son égard, Etude qualitative auprès du public des 15 Etats membres et de 9 pays candidats à l’adhésion, Rapport général, Etude réalisée par OPTEM S.A.R.L. pour la Commission Européenne, Juin 2001
Enquête de l’Institut BVA réalisée, pour Le Monde et France-Inter, par téléphone les 3 et 4 octobre 2003 auprès d’un échantillon de 953 personnes représentatif de la population française âgée de 18 ans et plus. Echantillonnage par la méthode des quotas: sexe, âge, profession du chef de famille. Ergebnisse veröffentlicht und kommentiert in Hervé Gattegno: „Les Français veulent un référendum sur la Constitution de l’Union“, *Le Monde* 8.10.2003
Tableau de bord, IFOP-Paris Match, Mai 2005
IPSOS: Les sondages sortis des urnes (SSU) – Comparatif 29 mai 2005 / 20 septembre 1992, 30.5.2005, www.ipsos.fr, Zugriff 03.07.2007.
Sondage IFOP-Paris Match, réalisé les 8 et 9 avril 2010 auprès de 956 personnes

4. Weitere Primärquellen

Europäische Ratstreffen – Schlussfolgerungen des Vorsitzes

- Europäischer Rat, Tagung am 26./27. Juni 1995 in Cannes, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Madrid 15./16. Dezember 1995, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Turin, 29. März 1996, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Amsterdam, 16./17.6.1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Luxemburg, 12. und 13. Dezember 1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Cardiff, 15. und 16. Juni 1998, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Wien, 11. und 12. Dezember 1998, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat in Berlin, 24. und 25. März 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat in Köln, 3. und 4. Juni 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- Europäischer Rat Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Lissabon, 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Santa Maria da Feira (19. und 20. Juni 2000), Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Nizza, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7., 8. und 9. Dezember 2000
- Europäischer Rat Göteborg 15. und 16. Juni 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Conclusions et plan d'action du Conseil européen extraordinaire du 21 septembre 2001, Bruxelles
- Europäischer Rat Laeken, 14. und 15. Dezember 2001, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Sevilla, 21. und 22. Juni 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 24. und 25. Oktober 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Kopenhagen, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Sondertagung des Europäischen Rates am 17. Februar 2003 in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Thessaloniki, Tagung vom 19. und 20. Juni 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 12. und 13. Dezember 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- Europäischer Rat Brüssel, Tagung vom 25. und 26. März 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Europäischer Rat Brüssel, 17. und 18. Juni 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 4./5. November 2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes
- Tagung des Europäischen Rates Brüssel 16./17.12.2004, Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- Tagung des Europäischen Rates, Brüssel 22./23. März 2005, Schlussfolgerungen des Vorsitzes

Vertragstexte

- Läufer, Thomas (Bearb.) (1996): *Europäische Union – Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Ders. (Hg.) (2000): *Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Ders. (Hg.) (2002): *Vertrag von Nizza*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Vertrag von Lissabon*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008.

Vertrag über eine Verfassung für Europa, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2005.

Weitere Texte

- Assemblée nationale: „Acte unique“, Jeudi 20 novembre 1986, Archives de l'UMP.
- „La France pour tous“, Wahlprogramm von Jacques Chirac für die Präsidentschaftswahlen 1995, Archives de l'UMP.
- Débat faisant suite au discours prononcé par M. Jacques Chirac, Président de la République au Parlement européen, Straßburg 11.7.1995
- Regierungserklärung von Michel Barnier, Staatsminister für Europaangelegenheiten, vor der Französischen Nationalversammlung am 13. März 1996 (Auszüge), abgedruckt in: Jopp Mathias/Schmuck, Otto (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn.
- Europäisches Parlament, Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz“ (1996): *Weißbuch über die Regierungskonferenz 1996 (Band II): Aufzeichnung über die Positionen der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996*, Luxemburg.
- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 30/S. 353: „Sondertagung des Rates der Europäischen Union“, Bonn, 11.5.1998
- Europäische Kommission (2000): *Agenda 2000. Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union*, Luxemburg.
- Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“, am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin (gekürzt), in: *Internationale Politik* 8/2000. S. 100ff.
- Jacques Chirac: „Mon engagement pour la France: La France en grand – La France ensemble“. Quelle: Archives de l'UMP. (Wahlprogramm für die Präsidentschaftswahlen 2002)
- „Rede des Mitglieds der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, zum Stand der Erweiterungsverhandlungen vor dem Europäischen Parlament am 12. Juni 2002 in Straßburg“, in gekürzter Form abgedruckt in: *Internationale Politik* 8/2002, S. 84-88.
- „Vorstellung der Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik durch das Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Landwirtschaft, Franz Fischler, vor dem Agrarausschuss des Europäischen Parlaments am 10. Juli 2002 in Brüssel“, abgedruckt in: *Internationale Politik* 8/2002, S. 116-120.
- „Position der deutschen Bundesregierung zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik vom 27. Februar 2002“, abgedruckt in *Internationale Politik* 8/2002, S. 68-72.
- Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages, dokumentiert auf www.bundesregierung.de, Zugriff 15.04.2003.
- Rapport oral présenté au Conseil européen de Thessalonique par V. Giscard d'Estaing, Président de la Convention européenne, Thessaloniki 20.6.2003.
- Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 29.4.2003, in gekürzter Form abgedruckt in *Dokumente* 3/2003, S. 11-13.
- Rapport d'information déposé par la Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne, sur la présence et l'influence de la France dans les institutions européennes, et présenté par M. Jacques Floch, député. Enregistré à la Présidence de l'Assemblée nationale le 12 mai 2004.
- Ministre déléguée aux Affaires européennes: „6 mois d'action gouvernementale en matière européenne“, 28.11.2005, www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/action_gouvernementale.pdf. Zugriff 09.11.2010.

Discours de Dominique de Villepin à l'Université Humboldt, Berlin, 18.1.2006, abrufbar unter www.premier-ministre.gouv.fr, Zugriff 24.01.2006.

II. Sekundärquellen

- Ackermann, Ulrike (2001): „Ein Samtener Vorhang vor der Osterweiterung?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 15/2001, S. 3-5.
- Ader, Wolfgang/Krüger, Gerhard (Hg.) (2002): *Discours politiques français. De Danton à Jacques Chirac*, Stuttgart.
- Akgönül, Samim (2005): *La Turquie dans l'Union européenne?*, IFRI Policy Paper 18, Paris.
- Albertin, Lothar (1990): „Frankreich 1989/90. Frankreich verlässt die Nachkriegsgeschichte“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1990*, Opladen, S. 9-30.
- Ders. (1997): „Herausforderungen: Steht Frankreich sich selbst im Wege?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, S. 9-35.
- Ders. (Hg.) (2010): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand*, Tübingen.
- Algieri, Franco (1998): „Die Reform der GASP – Anleitung zu begrenztem gemeinsamem Handeln“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (1998): *Amsterdam in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 89-120.
- Almond, Gabriel A. (1987): „Politische Kultur-Forschung – Rückblick und Ausblick“, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.) (1987): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987*, 28. Jg., Opladen, S. 27-38.
- Ders./Verba, Sydney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton, NJ (hier verwendete Ausgabe: Newbury Park, CA 1989).
- Altwegg, Jürg (1998): „Der Triumph der Nouvelle Droite“, in: *Dokumente* 3/1998, S. 208-216.
- Ders. (2008): „Politische Kultur der V. Republik“, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin, S. 564-568.
- Andréani, Gilles (1998): „Den Fuß in der Tür. Frankreich und das Atlantische Bündnis“, in: *Internationale Politik* 7/1998, S. 27-32.
- Ardant, Philippe (1999): *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 11. Auflage, Paris.
- Ariès, Paul (2005): *Misère du sarkozysme. Cette droite qui n'aime pas la France*, Paris.
- Arnaud, Jean-Louis (2000): *Die Franzosen und Europa: Der Stand der Europadebatte in Frankreich bei Eröffnung der französischen Ratspräsidentschaft*, Notre Europe - Studien und Forschungen, Nr. 10, Paris.
- Ders. (2000a): *L'Europe et les relations franco-allemandes*, Paris.
- Arnaut, Serge/Guillon, Michel/Salon, Albert (2002): *Les défis de la Francophonie. Pour une mondialisation humaniste*, Paris.
- Asholt, Wolfgang (1998): „Frankreich zwischen Aufbruch und Stagnation“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998*, Opladen, S. 9-32.
- Assises de la Confédération européenne. Prague, juin 1991, Préface de Roland Dumas, La Tour d'Aigues 1991.
- Audier, Serge (2004): *Les théories de la république*, Paris.
- Axt, Heinz-Jürgen (1999): „Frankreich in der Europäischen Union“, in: Marieluise Christadler/Henrik Uterwedde (Hg.) (1999): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 465-483.
- Baasner, Frank (2004): „Paradigmenwechsel in den deutsch-französischen Beziehungen?“, in: *Dokumente* 1/2004, S. 60-65.
- Ders. (Hg.) (2008): *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse*, Baden-Baden.

- Baerns, Barbara/Raupp, Juliana (Hg.) (2000): *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*, Berlin.
- Baverez, Nicolas (2003): *La France qui tombe*, Paris.
- Ders. (2007): „Le plombier polonais“, in: Jérôme Garcin (Hg.) (2007): *Nouvelles mythologies*, Paris, S. 25-29.
- Becker, Peter (1998): „Der Nutzen der Osterweiterung für die Europäische Union“, in: *integration* 4/1998, S. 225-237.
- Ders. (2004): *Die Agenda 2007. Die erste Etappe der europäischen Finanzverhandlungen 2007-2013*, SWP-Aktuell 34, Berlin.
- Ders./Hishow, Ognian H. (2005): *Der Lissabon-Prozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, SWP-Aktuell 7, Berlin.
- Beichelt, Timm (2004): *Die Europäische Union nach der Osterweiterung*, Wiesbaden.
- Bellers, Jürgen (1999): *Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich*, München/Wien.
- Berès, Pervenche (2004): „Das ‚Nein‘ der Hoffnung, Warum die französischen Sozialisten die EU-Verfassung ablehnen“, in: *Dokumente* 6/2004, S. 31-37.
- Bergounioux, Alain (2005): „Parti socialiste: une crise qui vient de loin“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 128-133.
- Berg-Schlosser, Dirk (1972): *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München.
- Ders. (1994): „Politische Kulturforschung“, in: Jürgen Kriz/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (1994): *Lexikon der Politik, Bd.2: Politikwissenschaftliche Methoden*, München, S. 345-352.
- Ders. (2004): „Erforschung der Politischen Kultur – Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand“, in: Gotthart Breit (Hg.) (2004): *Politische Kultur in Deutschland*, Schwalbach/Taunus, S. 8-29.
- Ders. (2010): „Politische Kultur/Kulturforschung“, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010a): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 2, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 793-798.
- Ders./Schissler, Jakob (1987a): „Politische Kultur in Deutschland. Forschungsstand, Methoden und Rahmenbedingungen“, in: Dies. (Hg.) (1987): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987*, 28. Jg., Opladen, S. 11-26.
- Ders./Schissler, Jakob (Hg.) (1987): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987*, 28. Jg., Opladen.
- Berthold, Inga (2007): *Immigration und Integration in Frankreich. Historische, politische und gesellschaftliche Aspekte vor dem Hintergrund der Unruhen in den Banlieues im Herbst 2005*, Saarbrücken.
- Berstein, Serge (1992): „Enjeux. L'historien et la culture politique“, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire*, n° 35, juillet/septembre 1992, S. 67-77.
- Ders. (2002): *Chef de l'Etat. L'histoire vivante des 22 présidents à l'épreuve du pouvoir*, Paris.
- Ders.: (2002a): *Histoire du gaullisme*, Paris.
- Ders./Rudelle, Odile (Hg.) (1992): *Le Modèle républicain*, Paris.
- Ders. (Hg.) (2003): *Les Cultures politiques en France*, 2. Aufl., Paris.
- Ders./Winock, Michel (Hg.) (2004): *La République recommencée. De 1914 à nos jours*, Paris.
- Bertram, Christoph (2002): „Réconcilier la France avec elle-même?“, in: *La revue internationale et stratégique*, Dossier: „La politique étrangère de la France après 2002“, n° 45, Frühjahr 2002, S. 81-85.

- Bertoncini, Yves/Chopin, Thierry (2005): „Impressions de campagne. Le référendum du 29 mai 2005 et le malaise culturel français“, in: *Le Débat* n°137, November/Dezember 2005, S. 177-192.
- Dies. (2006): *Un an après le non: quelle stratégie pour l'Union?*, Les policy papers de la Fondation Robert Schuman, n° 30, 29. Mai 2006, Paris.
- Bitsch, Marie-Thérèse/Loth, Wilfried (2007): „Introduction“, in: Bitsch, Marie-Thérèse/Loth, Wilfried/Barthel, Charles (Hg.) (2007): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*, Brüssel, S. 1-4.
- Bitsch, Marie-Thérèse/Loth, Wilfried/Barthel, Charles (Hg.) (2007): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*, Brüssel.
- Blanchard, Pascal/Bancel, Nicolas/Lemaire, Sandrine (Hg.) (2005): *La fracture coloniale. La société française au prisme de l'héritage colonial*, Paris.
- Bloemer, Klaus (1996): *Abschied vom Nationalstaat. Die Zukunft der deutsch-französischen Union*, Bonn.
- Bode, Ingo/Veil, Mechthild (2003): „Arbeit, Gesundheit, Renten. Die ungleiche Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Frankreich und Deutschland“, in: *Dokumente* 3/2003, S. 24-46.
- Böhme, Hartmut/Matussek, Peter/Müller, Lothar (2002): *Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will*, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg.
- Bollenbeck, Georg/Kaiser, Gerhard (2004): „Kulturwissenschaftliche Ansätze in den Literaturwissenschaften“, in: Friedrich Jaeger/Jürgen Straub (Hg.) (2004): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 2: Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart/Weimar, S. 615-637.
- Boniface, Pascal (1997): „Avantages et limites du volontarisme en politique étrangère“, in: *Relations internationales et stratégiques*, Numéro spécial: La politique étrangère du président Chirac, n° 25, printemps 1997, S. 19-26.
- Bonnell, Victoria E./Hunt, Lynn (Hg.) (1999): *Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture*, Berkeley/Los Angeles/London.
- Dies. (1999a): „Introduction“, in: Dies. (Hg.) (1999): *Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture*, Berkeley/Los Angeles/London, S. 1-32.
- Bos, Ellen/Dieringer, Jürgen (Hg.) (2008): *Die Genese der Union der 27: die Europäische Union nach der Osterweiterung*, Wiesbaden.
- Bossuat, Gérard (2007): „La culture politique des dirigeants français face au défi de la construction européenne (1943-2005)“, in: Bitsch, Marie-Thérèse/Loth, Wilfried/Barthel, Charles (Hg.) (2007): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*, Brüssel, S. 7-26.
- Bourdieu, Pierre (1993): „Die öffentliche Meinung gibt es nicht“, in: Ders. (1993): *Soziologische Fragen*, Frankfurt, S. 212-223.
- Bourgeois, Isabelle (2005): „Medien: Industriepolitik für den Standort Frankreich“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearb. Aufl., Bonn, S. 302-322.
- Boy, Daniel/Chiche, Jean (2005): „Les structures politiques et sociales du vote ‚Non‘“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 92-109.
- Bozo, Frédéric (1995): „La France et l'Alliance: les limites du rapprochement“, in: *Politique étrangère* 4/1995, S. 865-877.
- Brand, Karl-Werner (1998): „Diskursanalyse“, in: Jürgen Kriz/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (1998): *Lexikon der Politik*, Band 2, München, S. 85-87.

- Bréchon, Pierre (Hg.) (1994): *Le discours politique en France. Evolution des idées partisans*, Paris.
- Ders./Laurent, Annie/Perrineau, Pascal (2000): *Les cultures politiques des Français*, Paris.
- Breit, Gotthart (Hg.) (2004): *Politische Kultur in Deutschland*, Schwalbach/Taunus.
- Brier, Robert (2004): „Diskursanalyse. Chancen und Möglichkeiten einer kulturwissenschaftlichen Forschungsperspektive am Beispiel des polnischen Verfassungsdiskurses 1989-1997“, in: Birgit Schwelling (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 107-127.
- Brigot, André/Schmidt, Peter/Schütze, Walter (Hg.) (1989): *Sicherheits- und Ostpolitik: Deutsch-französische Perspektiven*, Baden-Baden.
- Brouard, Sylvain/Sauger, Nicolas (2005): „Comprendre la victoire du ‚Non‘: proximité partisane, conjoncture et attitude à l’égard de l’Europe“, in: Laurent, Annie/Sauger, Nicolas (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF n°42, Paris, S. 121-141.
- Brugidou, Mathieu (1995): *L’élection présidentielle: Discours et enjeux politiques. Une analyse comparée*, Paris.
- Bur, Yves/Schockenhoff, Andreas (2008): „Vorwort“, in: Martin Koopmann/Stephan Martens (Hg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 11-13.
- Cambadélis, Jean-Christophe (2005): „Pourquoi le ‚non‘ a été irrésistible“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit non. Comprendre le référendum du 29 mai 2005*, Fondation Jean Jaurès, Paris 2005, S. 26-36.
- Carasco, Aude (2008): „Unterschiedliche Rhythmen. Eine realitätsferne Reform im Brennpunkt der Kritik“, in: *Dokumente* 1/2008, S. 27-29.
- Cautrès, Bruno (2005): „Une fracture générationnelle?“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 78-99.
- Cayrol, Roland (2002): *The 2002 French elections: A drama in five acts*, Washington D.C.
- Chafer, Tony/Jenkins, Brian (Hg.) (1996): *France. From the Cold War to the New World Order*, London/New York.
- Dies. (1996a): „Introduction“, in: Dies. (Hg.) (1996): *France. From the Cold War to the New World Order*, London/New York, S. 1-14.
- Chagnollaud, Dominique (1993): „Maastricht en France“, in: *Politiques*, n°5 hors série 1993, S. 11-15.
- Charillon, Frédéric (Hg.) (2001): *Les politiques étrangères. Ruptures et continuités*, Paris.
- Charlot, Jean (1995): *Pourquoi Jacques Chirac? Comprendre la présidentielle 1995*, Paris.
- Chirac, Jacques (1984): *Oui à l’Europe*, Paris.
- Ders. (1989): „L’après-Yalta“, in: *Politique étrangère* 54/1989, S. 743-754.
- Ders. (2007): *Mon combat pour la paix. Textes et interventions 1995-2007*, Paris.
- Ders. (2009): *Chaque pas doit être un but. Mémoires 1*, Paris.
- Ders. (2011): *Le temps présidentiel. Mémoires 2*, Paris.
- Chopin, Thierry (2005): *La culture politique française face à l’Europe*, Questions d’Europe – Les Policy Papers de la Fondation Robert Schumann, n° 6, Oktober 2005, Paris.
- Christadler, Marieluise (1990): „Die französische Identität – eine Frage und viele Antworten“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1990*, Opladen, S. 33-50.
- Dies. (2005): „Frankreichs politische Kultur auf dem Prüfstand“, in: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und bearbeitete Aufl., Bonn, S. 231-246.

- Dies./Uterwedde, Henrik (Hg.) (1999): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- CIRAC/DFI/DGAP/IFRI (Hg.) (1995): *Agir pour l'Europe. Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide*, Paris.
- Claudet, Max et al. (2005): *Le couple franco-allemand: rôle des sociétés civiles après le référendum*, Paris.
- Cohen, Samy (entretien avec) (1991): „François le gaullien et Mitterrand l'europeen“, in: *L'Histoire*, Dossier: „Les années Mitterrand (1981-1991). Chronique d'une révolution tranquille“, n°143, April 1991, S. 30-36.
- Ders. (Hg.) (1998): *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris.
- Ders./Smouts, Marie-Claude (Hg.) (1985): *La politique extérieure de Valéry Giscard d'Estaing*, Paris.
- Cohen-Tanugi, Laurent (1995): „La politique européenne de la France à l'heure des choix“, in: *Politique étrangère* 4/1995, S. 857-864.
- Colard, Daniel (1995): „Präsidentenwahl in Frankreich. Chiracs Erfolg im dritten Anlauf“, in: *Dokumente* 3/1995, S. 185-189.
- Collovald, Annie (1999): *Jacques Chirac et le gaullisme*, Paris.
- Cotta, Michèle (1995): *Les secrets d'une victoire*, Paris.
- Crespy, Amandine/Sandry, Giulia (2009): „Eine ‚Infizierung durch die Linke‘? Der Europadiskurs in Frankreich seit 2000 am Beispiel der Bolkestein-Richtlinie“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2008*, S. 97-116.
- Culpepper, Pepper D./Hall, Peter A./Palier, Bruno (Hg.) (2006): *La France en mutation 1980-2005*, Paris.
- Czada, Roland (2010): „Institutionen/Institutionentheoretische Ansätze“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 405-411.
- Czempiel, Ernst-Otto (Hg.) (1969): *Die anachronistische Souveränität: Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik*, Köln/Opladen.
- Ders. (2002): *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, München.
- D'Arcy, François/Rouban, Luc (Hg.) (1996): *De la Ve République à l'Europe*, Paris.
- Dauderstädt, Michael/Lippert, Barbara/Maurer, Andreas (2006): *Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007: Hohe Erwartungen bei engen Spielräumen*, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- David, Dominique (2008): „France/OTAN. La dernière marche“, in: *Politique étrangère* 2/2008, S. 429-441.
- De Champris, Thibaut (2004): „Deutsche und französische Wirtschaft im Osten. Kein vergleichbares Engagement“, in: *Dokumente* 3/2004, S. 25-30.
- Dechâtre, Laurent/Domke, Sabine (2010): „USA und EU in der NATO – Welche Rolle können Deutschland und Frankreich bei der Erneuerung der Beziehungen spielen?“, in: Claire Demesmay/Katrin Sold (Hg.) (2010): *Frankreich-Themen 2010*, Baden-Baden, S. 45-48.
- Decker, Frank (2003): „Parlamentarisch, präsidentiell oder semi-präsidentiell? Der Verfassungskonvent ringt um die künftige institutionelle Gestalt Europas“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/2003, S. 16-23.
- De Gaulle, Charles (1970): *Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962*, Paris.
- Ders. (1971): *Mémoires d'espoir, tome 2: L'Effort 1962 - ...*, Paris.
- Deinzer, Gerold (1999): *Europäische Parteien. Begriff und Funktion in einem europäischen Integrationsensemble*, Baden-Baden.

- De la Serre, Françoise (1998): „L'Union européenne et l'élargissement aux pays d'Europe centrale et orientale“, in: *Regards sur l'actualité*, Mensuel n° 246, Dezember 1998, S. 3-21.
- Dies. (2000): „Les coopérations renforcées: quel avenir?“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 455-465.
- Dies./Lequesne, Christian/Rupnik, Jacques (1994): *L'Union européenne: ouverture à l'est?*, Paris.
- Dies./Lequesne, Christian (1995): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1995): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95*, Bonn/Berlin, S. 305-312.
- Dies. (1996): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1996): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1995/96*, Bonn/Berlin, S. 307-314.
- Dies. (1997): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1997): *Jahrbuch der europäischen Integration 1996/1997*, Bonn/Berlin, S. 313-320.
- Dies. (1998a): „Vers l'élargissement de l'Union: intégration ou implosion?“, in: Dies. (1998b): *Quelle Union pour quelle Europe? L'après-traité d'Amsterdam*, Brüssel, S. 125-156.
- Dies. (1998b): *Quelle Union pour quelle Europe? L'après-traité d'Amsterdam*, Brüssel.
- Dies. (1998c): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1998): *Jahrbuch der europäischen Integration 1997/1998*, Bonn/Berlin, S. 331-338.
- Dies. (1999): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1999): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/1999*, Bonn/Berlin, S. 343-350.
- Dies. (2002): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2002): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002*, Bonn/Berlin, S. 325-332.
- Deloche-Gaudez, Florence/Lequesne, Christian (2000): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2000): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, Bonn/Berlin, S. 329-336.
- Dies. (2002): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2002): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002*, Bonn/Berlin, S. 325-332.
- Dies. (2003): „Frankreich“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2003): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Bonn/Berlin, S. 347-332.
- Delors, Jacques (2004): *Mémoires*, Paris.
- Dembinski, Matthias (2003): „Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 31-32, S. 31-38.
- De Montbrial, Thierry/Jansen, Sabine (Hg.) (2005): *L'identité de la France et l'Europe. Actes du colloque tenu le mercredi 23 juin 2004*, Brüssel.
- Derville, Jacques (1994): „Les partis gaullistes: fidélité aux principes et évolutions doctrinales“, in: Pierre Bréchon (Hg.): *Le discours politique en France. Evolution des idées partisans*, Paris, S. 37-58.
- Deubner, Christian (1999): „Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989-1997“, in: *Politische Studien*, Heft 363, 50. Jahrgang, Januar/Februar 1999, S. 89-121.
- Ders. (2003): „Differenzierte Integration: Übergangserscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/2003, S. 24-32.
- de Villepin, Dominique: „Europa braucht klare Grenzen“ in *Europäische Rundschau* 1/2006, S. 15-23.
- Dörner, Andreas (1996): *Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermann-Mythos: Zur Entstehung des Nationalbewusstseins der Deutschen*, Reinbek.
- Ders./Ludgera Vogt (Hg.) (1995): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin/New York.

- Ders. (1997): „Politische Bildwelten: Filmanalyse als Instrument der Politischen Kulturforschung“, in: *SOWI* 26, S. 248-254.
- Domenach, Nicolas/Szafran, Maurice (2003): *Le sacre. Le roman d'un président*, Paris.
- Drews, Axel/Gerhard, Ute/Link, Jürgen (1985): „Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie“, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL)*, 1. Sonderheft Forschungsreferate, S. 256-375.
- Drain, Michel (1989): „Ist eine gemeinsame Politik gegenüber den Staaten Osteuropas möglich?“ in: André Brigot/Peter Schmidt/Walter Schütze (Hg.) (1989): *Sicherheits- und Ostpolitik: Deutsch-französische Perspektiven*, Baden-Baden, S. 145-157.
- Druwe, Ulrich/Hahlbohm, Dörte/Singer, Alex (1998): *Internationale Politik*, 2. leicht veränderte Aufl., Neuried.
- Du Bois, Martin (1992): „Chroniques d'Europe“, in: *Belles Feuilles. Revue des centres de pouvoir européens*, automne 1992, S. 20f.
- Duff, Andrew/Deubner, Christian (2001): *Die EU-Vertragsreform von Nizza: Von ‚left-overs‘ zum ‚hang-over‘*, SWP-Aktuell 3, Berlin.
- Duhamel, Olivier (1993): *Le pouvoir politique en France. La Ve République, vertus et limites*, Paris.
- Ders. (1996): „Les premiers pas du nouveau septennat“, in: SOFRES: *L'état de l'opinion 1996*, Paris, S. 13-32.
- Ders. (2005): *Des raisons du ‚non‘*, Paris.
- Ders./Philippe Méchet (1996): „Une grève d'opinion“, in: SOFRES: *L'état de l'opinion 1996*, Paris, S. 33-47.
- Dulphy, Anne (1994): *La politique extérieure de la France depuis 1945*, Paris.
- Du Réau, Elisabeth (2001): *L'Idée de l'Europe au XXe siècle. Des mythes aux réalités*, Paris.
- Duseigneur, Guillaume (2005): „Lorsque l'Union Européenne questionne l'identité partisane: le référendum interne du PS sur le TCE“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 74-91.
- Eagleton, Terry (2001): *Was ist Kultur?*, München.
- Ehrhart, Hans-Georg (2003): *Paris-Berlin dans l'architecture de défense européenne: Vieille Europe ou avant-garde?*, Notes du CERFA n°1, Paris.
- Elgie, Robert (Hg.) (1996): *Electing the French President. The 1995 Presidential Election*, London/New York.
- Ders. (Hg.) (2000): *The changing French political system*, London.
- Ders. (2001): „‚Cohabitation‘: Divided Government French-Style“, in: Ders. (Hg.) (2001): *Divided Government in Comparative Perspective*, Oxford/New York, S. 106-126.
- Ders. (Hg.) (2001): *Divided Government in Comparative Perspective*, Oxford/New York.
- Elkins, David J./Simeon, Richard E.B. (1979): „A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain?“, in: *Comparative Politics* 11, Januar 1979, S. 127-145.
- Elsenhans, Hartmut (1989): „Frankreichs Sonderstellung in der Weltpolitik oder die List des nicht eingelösten Anspruchs“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1989*, Opladen, S. 49-65.
- Ders. (Hg.) (1999): *A balanced European architecture. Enlargement of the European Union to Central Europe and the Mediterranean*, Paris.
- Emmanouilidis, Janis A. (2001): „Nizza aus der Beitrittsperspektive“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 263-304.
- Erbe, Michael (2008): „Les Gauches, les Droites: zwei französische ‚Völker‘“, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin, S. 543-549.

- Erfurt, Jürgen (2005): *Frankophonie. Sprache-Diskurs-Politik*, Tübingen.
- Esser, Hartmut (2001): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 6: Sinn und Kultur*, Frankfurt/Main.
- Faulstich, Werner/Hickethier, Knut (Hg.) (2000): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*, Bardowick.
- Fausser, Markus (2003): *Einführung in die Kulturwissenschaft*, Darmstadt.
- Favier, Pierre/Martin-Roland, Michel (1996): *La décennie Mitterrand, Tome 3: Les défis (1988-1991)*, Paris.
- Dies. (1999): *La décennie Mitterrand, Tome 4: Les déchirements*, Paris.
- Fieschi, Catherine (2002): *Europe and the French presidential and legislative elections of April/May and June 2002*, London.
- Finchelstein, Gilles (2005): „Première partie. Retour sur la campagne“, in: Ders. (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 11-13.
- Ders. (2005a): „Deuxième partie: retour sur les résultats“, in: Ders. (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 39-41
- Ders. (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris.
- Fitoussi, Jean-Paul/Le Cacheux, Jacques (Hg.) (2005): *L'état de l'Union européenne 2005*, Paris.
- Flechtner, Stefanie (2003): *Neue Impulse in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Verfassungsentwurf des Konvents und die Sicherheitsstrategie von Solana*, Bonn.
- Dies./Lerch, Marika (2004): *Mit Sicherheit in eine bessere Welt? Europas Strategiedebatte*, Bonn.
- Freudenstein, Roland (1997): „Nachdenken über den Europa-Begriff. Integrationsmotivation einst und jetzt“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 43-49.
- Frisch, Alfred (2002): „Politische Bestandsaufnahme vor der Präsidentschaftswahl“, in: *Dokumente* 1/2002, S. 15-19.
- Ders. (2003): „Frankreichs außenpolitische Dynamik. Trümpfe, Schranken und Grenzen“, in: *Dokumente* 4/2003, S. 43-48.
- Froehly, Jean-Pierre (1998): „NATO und Rüstungsindustrie: ESVI am Scheideweg?“, in: *Dokumente* 5/1998, S. 375-382.
- Ders. (1999): „Geänderte Rollenverteilung in der Außenpolitik. Mehr Pragmatismus und dezentrales Handeln“, in: *Dokumente* 1/1999, S. 18-22.
- Ders. (2000): „Deutsch-französische Divergenzen zur EU-Osterweiterung“, in: Bernd Rill (Hg.) (2000): *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen*, München, S. 37-44.
- Ders. (2001): „Staaten- oder Bürgerunion? Frankreich und die ‚Föderalisierung‘ Europas“, in: *Dokumente* 3/2001, S. 208-213.
- Froment-Meurice, Henri (2000): „Une politique étrangère pour quoi faire?“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 319-332.
- Gaffney, John/Kolinsky, Eva (Hg.) (1991): *Political Culture in France and Germany*, London/New York.
- Ders./Lorna, Milne (Hg.) (1997): *French presidentialism and the election of 1995*, Brookfield/Vermont.
- Gallus, Alexander/Lühe, Marion (1998): *Öffentliche Meinung und Demoskopie*, Opladen.
- Garcin, Jérôme (Hg.) (2007): *Nouvelles Mythologies*, Paris.
- Gasteyger, Curt (2001): *Europa von der Spaltung bis zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2000*, vollständig überarbeitete Neuauflage, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

- Gauchet, Marcel/Rémond, René (2004): „Un nouveau rapport de force. Un échange“, in: *Le Débat* n° 131, September/Oktober 2004, S. 55-65.
- Dies. (2005): „Comment l'Europe divise la France. Un échange“, in: *Le Débat*, n°136, September/Oktober 2005, S. 4-19.
- Germanangue, Marc (2005): „Die gelähmte Nation. Welchen Platz nimmt Frankreich heute in der Welt ein?“, in: *Internationale Politik* 60/2005, S. 70-75.
- Giering, Claus (1997): *Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration*, Bonn.
- Ders. (2001): „Die institutionellen Reformen von Nizza – Anforderungen, Ergebnisse und Konsequenzen“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 51-144.
- Giesbert, Franz-Olivier (1987): *Jacques Chirac*, Paris.
- Ders. (1996): *François Mitterrand, une vie*, Paris.
- Ders. (2006): *La Tragédie du président. Scènes de la vie politique 1986-2006*, Paris.
- Goulard, Sylvie (2000): *Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich*, ZEI Discussion Paper, Bonn.
- Dies. (2000a): „La France ‚pratiquante non croyante‘? Les vrais enjeux d'une présidence modeste“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 343-357.
- Dies. (2004): *Le Grand Turc et la République de Venise*, Paris.
- Dies. (2004a): „Wider eine Union ‚large & light‘. Was bedeutet der Beitritt der Türkei für Europa?“, in: *Dokumente* 6/2004, S. 17-22.
- Dies. (2005): *France-Allemagne: Pour une initiative qui aille au-delà des apparences*, Paris.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (1979): *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*, München.
- Dies. (1995): „Hypothek der Vergangenheit. Belastungen der außenpolitischen Handlungsfähigkeit“, in: *Internationale Politik* 8/1995, S. 21-26.
- Gribinski, Jean-François (1997): „*Jacques Chirac et l'Europe: une politique ‚réaliste‘*“, in: *Relations internationales et stratégiques*, Numéro spécial: La politique étrangère du président Chirac, n° 25, printemps 1997, S. 66-81.
- Grosser, Alfred (1965): *La politique extérieure de la Ve République*, Paris.
- Ders. (1984): *Affaires extérieures. La politique de la France 1944-1984*, Paris.
- Ders./Goguel, François (1980): *Politik in Frankreich*, völlig überarb. Neuaufl., Paderborn/München/Wien/Zürich.
- Groupe „Débat sur l'avenir de l'Europe“ (2001): *Ensemble, dessinons l'Europe. Rapport au Président de la République et au Premier Ministre*, Paris.
- Grunberg, Gérard (1995): „Les élections européennes en France“, in: *SOFRES: L'état de l'opinion 1995*, Paris, S. 81-100.
- Ders./Lequesne, Christian (2004): „France. Une société méfiante, des élites sceptiques“, in: Rupnik, Jacques (Hg.) (2004): *Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux*, Paris, S. 49-63.
- Guérin-Sendelbach, Valérie (1993): „Das deutsch-französische Bündnis und der dritte Partner. Ein Dreieck Paris-Bonn-Warschau?“, in: Kolboom, Ingo/Weisenfeld, Ernst (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, S. 187-201.
- Dies. (1997): „Reformstau in Frankreich. Vorläufige Bilanz der zweijährigen Zusammenarbeit Chirac/Juppé“, in: *Dokumente* 4/1997, S. 288-295.
- Dies. (1997a): „Französische Reformvorschläge zur Regierungskonferenz. Perspektiven nach Dublin“, in: *Dokumente* 1/1997, S. 13-20.
- Dies. (1999): *Frankreich und das vereinigte Deutschland*, Opladen.

- Guérot, Ulrike (1996): *Die PS und Europa: Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971-1995*, Bochum.
- Dies. (2001): „Nizza – Zur Genese eines unnötigen Psychodramas“, in: *Dokumente* 1/2001, S. 13-21.
- Dies. (2002): „Frankreich in Europa: Versäumnisse und Chancen“, in: *Dokumente* 1/2002, S. 20-23.
- Dies. (2002a): „Schwaches Frankreich, Rückschritt in der Europapolitik?“, in: *Dokumente* 3/2002, S. 21-23.
- Dies. (2002b): „Chirac’s France in the 21st Century“, in: *weltpolitik.net*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 07.10.2002.
- Dies. (2002c): „Annäherung in der Agrarpolitik. Trägt der deutsch-französische Kompromiss?“, in: *Internationale Politik* 11/2002, S. 53-56.
- Dies. (2003): „Die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für den europäischen Integrationsprozeß“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/2003, S. 14-20.
- Dies. (2004): „Europa und die Türkei – Mehr als eine Vernunftfehe?“, in: *Dokumente* 6/2004, S. 11-16.
- Dies./Koopmann, Martin et al. (2002): *La France, l’Allemagne et l’Europe. Perspectives (1)*, Les notes de l’IFRI n° 53, Paris.
- Dies. et al. (2003): *France, Germany and the UK in the Convention. Common interests or pulling in different directions?*, Paris.
- Gulvin, Cliff (1996): „The French Economy and the End of the Cold War“, in: Tony Chafer/Brian Jenkins (Hg.) (1996): *France. From the Cold War to the New World Order*, London/New York, S. 115-125.
- Habermas, Jürgen (2008): *Ach, Europa*, Kleine Politische Schriften XI, Frankfurt/Main.
- Hellmann, Gunther (1995): „Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 30/1995, S. 19-27.
- Herschtel, Marie-Luise (2004): *L’Europe élargie: enjeux économiques*, Paris.
- Herz, Dietmar (Hg.) (1999): *Die Europäische Union. Politik, Recht, Wirtschaft*, Frankfurt/Main.
- Heumann, Hans-Dieter (2005): „Multipolarität und ‚Europe puissance‘. Auf der Suche nach der Logik der französischen Außenpolitik“, in: *Internationale Politik* April 2005, S. 116-123.
- Hickmann, Thorsten: „‚Europa vom Atlantik zum Ural‘. Wie unterstützen Frankreich und Deutschland die Reformstaaten?“, in: *Dokumente* 6/1994, S. 485-488.
- Hierzinger, Roland/Pollack, Johannes (Hg.) (2001): *Europäische Leitbilder. Festschrift für Heinrich Schneider*, Baden-Baden.
- Hishow, Ognian H. (2003): *Deutschland und der Euro-Stabilitätspakt*, SWP-Aktuell 50, Berlin.
- Ders. (2005): *Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Flexibilität bei der Neuverschuldung, striktes Festhalten an der Obergrenze für die Gesamtverschuldung*, Berlin.
- Höhne, Roland/Kolboom, Ingo (2002): „Entwicklung und Methoden der Landes- und Kulturwissenschaften“, in: Kolboom, Ingo/Kotschi, Thomas/Reichel, Edward (Hg.) (2002): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, Berlin, S. 375-384.
- Dies. (2008): „Die gestiegene Nachfrage nach Fernkompetenz?: Entwicklung und Methoden der romanistischen Landes- und Kulturwissenschaften am Beispiel der Französisistik“, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin, S. 387-404.

- Hofmann, Gunter (2005): *Familienbande. Die Politisierung Europas*, München.
- Hofmann, Wilhelm (Hg.) (1996): *Sinnwelt Film. Beiträge zur interdisziplinären Filmanalyse*, Baden-Baden.
- Ders. (Hg.) (1998): *Visuelle Politik. Filmpolitik und die visuelle Konstruktion des Politischen*, Baden-Baden.
- Hoffmann, Stanley (1963): *A la recherche de la France*, Paris.
- Ders. (1990): „La France dans le nouvel ordre européen“, in: *Politique étrangère* 3/1990, S. 503-512.
- Ders. (2000): „La France dans le monde 1979-2000“, in: *Politique étrangère* 2/2000, S. 307-317.
- Hoffmann-Martinot, Vincent (2009): „Kann die Französische Republik sich dezentralisieren?“, in: Joachim Schild/Henrik Uterwedde (Hg.) (2009): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?*, Baden-Baden, S. 117-138.
- Howorth, Jolyon (1996): „A testing time for the pursuit of grandeur“, in: Keeler, John T.S./Shain, Martin A. (Hg.) (1996): *Chirac's challenge, Liberalization, Europeanization and Malaise in France*, New York, S. 383-396.
- Hrbek, Rudolf (Hg.) (1997): *Die Reform der Europäischen Union: Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz*, Baden-Baden.
- Ders./Jopp, Mathias et al. (Hg.) (1998): *Die Europäische Union als Prozeß. Verfassungsentwicklungen im Spiegel von 20 Jahren der Zeitschrift integration*, Bonn.
- Hüser, Dietmar/Uterwedde, Henrik (2007): „Politische Kulturen im deutsch-französischen Spannungsfeld. Zum wissenschaftlichen Werk Marieluise Christadlers“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2006*, Opladen, S. 227-255.
- Husson, Edouard (2002): „Frankreich und Deutschland. Die Folgen einiger Missverständnisse über die politischen Begriffe“, in: Bernhard Kramann/Manfred, Schmelting (Hg.): *Unheimliche Ähnlichkeiten/Etranges ressemblances. Société et identité en France et en Allemagne*, Opladen, S. 45-67.
- Ingham, Hilary/Ingham, Mike (Hg.) (2002): *EU expansion to the East. Prospects and Problems*, Cheltenham/Northampton.
- Inotai, András/Vida, Krisztina (1998): „Mittel- und Osteuropa“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1998): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/1998*, Bonn/Berlin, S. 245-252.
- Jachtenfuchs, Markus (2002): *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden.
- Ders./Knodt, Michèle (Hg.) (2002): *Regieren in internationalen Institutionen*, Opladen.
- Ders./Kohler-Koch, Beate (Hg.) (2003): *Europäische Integration*, 2. Aufl., Opladen.
- Jacquet, Pierre/Pisani-Ferry, Jean et al. (2000): *Questions européennes. Rapports*, Paris.
- Jaeger, Friedrich/Straub, Jürgen (Hg.) (2004): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 2: Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart/Weimar.
- Dies. (Hg.) (2004a): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 3: Themen und Tendenzen*, Stuttgart/Weimar.
- Jaeger, Friedrich/Joas, Hans (Hg.) (2008): *Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften*, Baden-Baden.
- Jäger, Siegfried (1999): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., Duisburg.
- Janning, Josef (2001): „Zweiter Anlauf – Die ‚verstärkte Zusammenarbeit‘ im Vertrag von Nizza“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 145-159.
- Ders./Giering, Claus (1997): „Mythos der Erweiterungsfähigkeit. Die EU vor ihrer ersten Osterweiterung“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 31-38.

- Januschek, Franz (Hg.) (1985): *Politische Sprachwissenschaft. Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis*, Opladen.
- Jarreau, Patrick (1995): *La France de Chirac*, Paris.
- Ders. (1997): *Chirac, la malédiction*, Paris.
- Jeambar, Denis (2005): *Accusé Chirac, levez-vous!*, Paris.
- Jeanbart, Bruno (2005): „Les opinions européennes face au traité constitutionnel“, in: *Politique étrangère* 2/2005, S. 273-283.
- Jetschke, Anja/Liese, Andrea (1998): „Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/1998, S. 149-179.
- Joas, Hans/Wiegandt, Klaus (Hg.) (2005): *Die kulturellen Werte Europas*, 2. Aufl., Frankfurt/Main.
- Joas, Ralf (1994): *Zwischen Nation und Europa. Die europapolitischen Vorstellungen der Gaullisten 1978-1994*, Bochum.
- Jopp, Mathias (1996): „Reformziel Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU“, in: Ders./Schmuck, Otto (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn, S. 41-58.
- Ders./Matl, Saskia (2003): „Perspektiven der deutsch-französischen Konventsvorschläge für die institutionelle Architektur der Europäischen Union“, in: *Integration*, 2/2003, April 2003, 26. Jahrgang, S. 99-111.
- Ders./Kuhle, Gesa-S. (2005): „Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden“, in: *integration* 3/2005, S. 257-261.
- Ders./Schmuck, Otto (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn.
- Ders./Maurer, Andreas/Schmuck, Otto (Hg.) (1998): *Die Europäische Union nach Amsterdam. Analysen und Stellungnahmen zum neuen EU-Vertrag*, Bonn.
- Jung, Sabine (1999): *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute*, Baden-Baden.
- Kaase, Max (1983): „Sinn oder Unsinn des Konzepts ‚Politische Kultur‘ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“, in: Max Kaase/Hans-D. Klingemann (Hg.) (1983): *Wahlen und politisches System*, Opladen, S. 144-171.
- Ders./Klingemann, Hans-D. (Hg.) (1983): *Wahlen und politisches System*, Opladen.
- Kaelble, Hartmut (2001): *Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/New York.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, München.
- Keeler, John T.S./Shain, Martin A. (Hg.) (1996): *Chirac's challenge, Liberalization, Europeanization and Malaise in France*, New York.
- Keller, Reiner (2004): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Ders./Viehöfer, Wilhelm (2010): „Diskurs/Diskursanalyse“, in: Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 174-176.
- Ders./Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöfer, Willy (Hg.) (2001): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band I: Theorien und Methoden*, Opladen.
- Dies. (Hg.) (2004): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band II: Forschungspraxis*, 2. Aufl., Wiesbaden.

- Kempff, Udo (1997): *Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs*, 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Opladen.
- Kennedy, Craig/Bouton, Marshall M. (2002): „Die wahre Kluft im transatlantischen Verhältnis“, in: *Internationale Politik* 11/2002, S. 45-52.
- Kepplinger, Hans Mathias/Noelle-Neumann, Elisabeth (2003): „Wirkung der Massenmedien“, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hg.) (2003): *Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation*, 2. Aufl., Frankfurt/Main, S. 597-647.
- Kessler, Marie-Christine (1999): *La politique étrangère de la France*, Paris.
- Dies./Charillon, Frédéric (2001): „Un ‚rang‘ à réinventer“, in: Frédéric Charillon (Hg.) (2001): *Les politiques étrangères. Ruptures et continuités*, Paris, S. 101-131.
- Kimmel, Adolf (1997): „Frankreich nach der Präsidentschaftswahl 1995: Rückkehr zum Gaullismus?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1996*, Opladen, S. 9-22.
- Ders. (2005): „Der Verfassungstext und die lebenden Verfassungen“, in: Ders./Uterwedde, Henrik (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 247-267.
- Ders. (2007): „Das französische Referendum vom 29. Mai 2005 – Nein zu Europa?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2006*, Wiesbaden, S. 183-201.
- Ders. (2010): „Das deutsch-französische Paar in der erweiterten Europäischen Union“, in: Lothar Albertin (Hg.) (2010): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand*, Tübingen, S. 148-166.
- Ders./Uterwedde, Henrik (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Dies. (2005a): „Einleitung“, in: Dies. (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearb. Aufl., Bonn, S. 9-15.
- Kolboom, Ingo (1988): *La revanche des patrons. Le patronat français face au Front populaire*, Paris.
- Ders. (1989): „Der Blick nach Osten – Von der französischen ‚Détente‘ und der deutschen ‚Ostpolitik‘ zu einer gemeinsamen Öffnung nach Osten?“, in: André Brigot/Peter Schmidt/Walter Schütze (Hg.) (1989): *Sicherheits- und Ostpolitik: Deutsch-französische Perspektiven*, Baden-Baden, S. 115-144.
- Ders. (1989a): „Frankreich in der Welt oder: der letzte Mohikaner in Europa?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1989*, Opladen, S. 29-47.
- Ders. (1989b): „Wie modern war die Dritte Republik? Von der ‚Zerstörung der republikanischen Synthese‘ zur Revision der ‚blockierten Gesellschaft‘“, in: Hartmut Elsenhans (Hg.) (1989): *Frankreich – Europa – Weltpolitik: Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag*, Opladen, S. 61-72.
- Ders. (1990): „Vom ‚Gemeinsamen Haus Europa‘ zur ‚Europäischen Konföderation‘ – François Mitterrand und die europäische Neuordnung 1986-1990“, in: *Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen*, Jahrgang 19, Heft 4/1990, S. 237-246.
- Ders. (1991): „Die Vertreibung der Dämonen: Frankreich und das vereinte Deutschland“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen, S. 211-218.
- Ders. (1993a): „Europa denken: Frankreich in Europa“, in: Ders./Weisenfeld, Ernst (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, S. 19-50.
- Ders. (1993b): „Frankreich 1992/93. Ein Versuch über die Befindlichkeit oder das Ende der Gewissheiten“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1993*, Opladen, S. 11-38.
- Ders. (1999): „‚Ich sehe das Frankreich des 21. Jahrhunderts...‘ – Frankreichs Republik und Gesellschaft im Wandel“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1999*, Opladen, S. 9-28.

- Ders. (1999a): „Von der Frankophonie zur ‚Frankologie‘. Ein Gegenstand der internationalen Politik und Kultur sucht seine Bestimmung“, in: Peter R. Weilemann et al. (Hg.) (1999): *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn, S. 559-572.
- Ders. (2002): „Deutsch-französische Beziehungen und (k)ein Ende...“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 54-59.
- Ders. (2003): „40 = 12 ans Traité de l’Elysée ou: L’adieu franco-allemand à l’Europe“, in: *Documents* 1/2003, S. 80-82.
- Ders. (2004): „Internationale Frankophonie – eine Brücke in der Globalisierung“, in: *Dokumente* 2/2004, S. 15-31.
- Ders. (2009): „Le ‚Triangle de Weimar‘ et la ‚double ouverture‘ euro-atlantique de la Pologne“, in: *Etudes internationales*. Numéro spécial: Les relations transatlantiques dans la période de l’après-guerre froide, Vol. XL, n°2, juin 2009, S. 261-275.
- Ders. (2010): „Deutschland-Frankreich-Polen: Aktuelle Erinnerungen an das ‚Weimarer Dreieck‘ 1991-2010“, in: Lothar Albertin (Hg.) (2010): *Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand*, Tübingen, S. 85-113.
- Ders./Weisenfeld, Ernst (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn.
- Ders./Kotschi, Thomas/Reichel, Edward (Hg.) (2002): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, Berlin.
- Dies. (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin.
- Kolboom, Ingo/Stark, Hans (1999): „Frankreich in der Welt. Weltpolitik als Berufung?“, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 443-464.
- Dies. (2005): „Frankreich in der Welt. Weltpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 365-383.
- Dies. (2011): „Frankreich in der Welt. Weltpolitik zwischen Wirklichkeit und Anspruch“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2011): *Länderbericht Frankreich*, 3. aktualisierte Aufl., Bonn, im Erscheinen.
- Koopmann, Martin (2003): „Leadership oder Krisenmanagement? Kommentar zu den deutsch-französischen Europainitiativen“, in: *Dokumente* 2/2003, S. 19-34.
- Ders. (2006): *Fondements et objectifs de la présidence allemande du Conseil de l’Union européenne*, Note du Cerfa 39, Dezember 2006, Paris.
- Ders. (2007): „Brückenbauer gesucht. Die französische Europa-Politik formiert sich – zaghaft – neu. Berlin sollte dabei Hilfestellung leisten“, in: *Internationale Politik*, April 2007, S. 34-41.
- Ders. (2008): *Widersprüchliche Signale. Französische Europa-Politik zu Beginn der Pariser Ratspräsidentschaft*, DGAP-Analyse Frankreich, Berlin.
- Ders./Lequesne, Christian (Hg.) (2006): *Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand*, Baden-Baden.
- Ders./Martens, Stephan (Hg.) (2008): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden.
- Ders./Schild, Joachim (2009): *Style, stratégies et potentiel d’influence de la politique européenne de la France: Retour sur une présidence remarquée*, Notre Europe, Paris.
- Kramer, Heinz (1997): „Erweiterung: auf dem Weg zu einer EU-27“, in: Hrbek, Rudolf (Hg.) (1997): *Die Reform der Europäischen Union. Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz*, Baden-Baden, S. 299-308.

- Kramer, Steven Philip (2006): „La fin de l'Europe française?“, in: *Politique étrangère* 3/2006, S. 649-661.
- Krause, Peter (2004): „Medienanalyse als kulturwissenschaftlicher Zugang zum Politischen“, in: Birgit Schwellung (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 83-105.
- Krauß, Stefan (2000): „Europäische Verfassungsdebatte zwischen Deutschland und Frankreich“, in: Bernd Rill (Hg.) (2000): *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen*, München, S. 45-60.
- Krell, Christian (2009): *Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste*, Wiesbaden.
- Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (1994): *Lexikon der Politik, Bd.2: Politikwissenschaftliche Methoden*, München.
- Krzeminski, Adam (2005): „Das Duo spielt mit gezinkten Karten. Frankreich muss sich den Tatsachen der Osterweiterung stellen“, in: *Dokumente* 4/2005, S. 37-40.
- Kühnhardt, Ludger (2003): *Die EU. Fragen zur Erweiterung*, 3. Aufl., Berlin.
- Ders. (2005): *Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn*, Baden-Baden.
- Ders./Ménudier, Henri/Reiter, Janusz (2000): *Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration*, Bonn.
- Kundera, Milan (1983): „Un Occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale“, in: *Le Débat* n°27, November 1983, S. 3-22.
- Lagroye, Jacques (1991): *Sociologie politique*, Paris.
- Lamy, Pascal (2002): *L'Europe en première ligne, Préface d'Eric Orsenna*, Paris.
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante (2005): *Culture and Politics. A Comparative Approach*, Aldershot/Burlington.
- Lang, Kai-Olaf/Maurer, Andreas (2003): *Polens Gewicht und die doppelte Mehrheit. Vor dem Endspiel der Regierungskonferenz*, SWP-Aktuell 51, Berlin.
- Ders. (2003a): *Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks im Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerrissenheit*, Berlin.
- Ders./Majkowska, Joanna (2005): *Die Niederlande – Europas neue Neinsager? Europapolitische Neupositionierung eines Musterlands der EU*, SWP-Aktuell 26, Juni 2005, Berlin.
- Laurent, Annie/Sauger, Nicolas (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le 'Non' français*, Les Cahiers du CEVIPOF n°42, Paris.
- Lazorthes, Frédéric (2005): „L'attente confuse d'un pays en mal d'avenir“, in: *Le Débat* n°136, September/Oktober 2005, S. 58-68.
- Lecomte, Bernard (1996): „François Mitterrand et l'Europe de l'Est: le grand malentendu“, in: *Commentaire* n° 75, Herbst 1996, S. 577-585.
- Lefebvre, Maxime (2003): *La France et la Convention: entre les intérêts nationaux et une vision européenne*, Paris.
- Ders. (2004): „Ist ein politisches Europa noch möglich?“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 2/2004, S. 31-52.
- Ders. (2004a): *La Constitution européenne: bilan d'un accouchement (2002-2004)*, Paris.
- Le Gall, Gérard (2005): „La démythification d'un ‚non‘ tribunitien“, in: Gilles Finchelstein (2005) (Hg.): *Le jour où la France a dit non. Comprendre le référendum du 29 mai 2005*, Fondation Jean Jaurès, Paris 2005, S. 100-123.
- Le Goff, Jean-Pierre (2005): „Le malaise française dans le miroir de l'Europe“, in: *Le Débat*, n°136, September/Oktober 2005, S. 44-57.
- Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.) (1989): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen.

- Dies. (Hg.) (1990): *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen.
- Dies. (Hg.) (1993): *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen.
- Leonard, Mark (2005): *Why Europe will run the 21st century*, London.
- Lequesne, Christian (1993): *Paris-Bruxelles. Comment se fait la politique européenne de la France*, Paris.
- Ders. (1994): „Commerce et aide économique: les instruments d’une politique“, in: Françoise de la Serre/Christian Lequesne/Jacques Rupnik (1994): *L’Union européenne: ouverture à l’Est?*, Paris, S. 43-79.
- Ders. (1995): „Die europäische Politik von Jacques Chirac: Auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 30/1995, S. 28-33.
- Ders. (2005): „Divergierende Denk- und Wahrnehmungsmuster. Die Nationen Zentraleuropas haben ihre tragische Geschichte noch nicht überwunden“, in: *Dokumente* 4/2005, S. 41-44.
- Ders. (2007): *Die Außenpolitik von Jacques Chirac oder: Frankreich ohne Überraschungen*, DGAP-Analyse Frankreich, Berlin.
- Ders. (2008): *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d’échelle*, Paris.
- Ders. (2008a): „Franzosen, Deutsche und das erweiterte Europa: Von der Angst vor der Unendlichkeit und der Notwendigkeit, sie zu überwinden“, in: Martin Koopmann/Stephan Martens (Hg.) (2008): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 131-140.
- Ders./Rupnik, Jacques (2005): *L’Europe des Vingt-Cinq. 25 cartes pour un jeu complexe*, Nouvelle éd. Augmentée, Paris.
- Lieb, Julia/Roussel, Benoît/Schwarzer, Daniela (2006): *Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst*, SWP Diskussionspapier FG 1, Berlin.
- Liehr, Günter (2008): „Massenmedien in Frankreich“, in: Ingo Kolboom/Thomas Kotschi/Edward Reichel (Hg.) (2008): *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft*, 2. neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin, S. 601-610.
- Link, Jürgen (1982): „Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert“, in: *kultuRRevolution* 1/1982, S. 6-21.
- Link, Werner (2008): „Integration und Differenzierung in Europa unter französisch-deutscher Führung“, in: Ingo Kolboom/Andreas Ruppert (Hg.): *Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren*, Lage, S. 89-101.
- Lipgens, Walter (1968): *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. Eine Dokumentation*, München.
- Lippert, Barbara (1995): „Mittel- und Osteuropa/GUS“ in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1995), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/1995*, Bonn/Berlin, S. 229-234.
- Dies. (1996): „Mittel- und Osteuropa“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1996), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/1995*, Bonn/Berlin, S. 227-234.
- Dies. (1997): „Mittel- und Osteuropa“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (1997): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/1997*, Bonn/Berlin, S. 231-240.
- Dies. (2003): „Erweiterungspolitik der Europäischen Union“, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.) (2003): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Bonn/Berlin, S. 417-430.
- Dies. (Hg.) (2000): *Osterweiterung der Europäischen Union: die doppelte Reifepfung*, Bonn.

- Dies. (Hg.) (2004): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Baden-Baden.
- Dies./Umbach, Gaby (Hg.) (2005): *The pressure of Europeanisation: from post-communist state administrations to normal players in the EU system*, Baden-Baden.
- List, Martin (1999): *Baustelle Europa. Einführung in die Analyse europäischer Kooperation und Integration*, Opladen.
- Loth, Wilfried (1992): *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Aktualisierte Ausgabe, Frankfurt/Main.
- Ders./Picht, Robert (Hg.) (1991): *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen.
- Lucas, Hans-Dieter (1992): *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969)*, Bonn/Berlin.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (2003): *Einführung in die Landeskunde Frankreichs*, 2. Aufl., Stuttgart/Weimar.
- Ders./Röseberg, Dorothee (Hg.) (1995): *Landeskunde und Kulturwissenschaft in der Romanistik. Theorieansätze, Unterrichtsmodelle, Forschungsperspektiven*, Tübingen.
- Madelin, Philippe (2002): *Jacques Chirac. Une biographie*, Paris.
- Manfrass, Klaus (1995): „Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 30/1995, S. 11-18.
- Marchand, Stéphane (2006): *L'affaire du plombier polonais. Enquête sur le cauchemar social français*, Paris.
- Marchetti, Andreas (2004): „Deutsche und französische Sicherheitsstrategien im Vergleich. Konzepte für Europa?“, in: *Dokumente* 4/2004, S. 27-32.
- Marcowitz, Reiner (2008): „50 Jahre Römische Verträge: Rückblick und Ausblick“, in: Martin Koopmann/Stephan Martens (Hg.) (2008): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, S. 21-37.
- Martens, Stephan (2002): „Frankreich – Deutschland. Vom EU-Motor zum Blockierer?“, in: *Internationale Politik* 9/2002, S. 27f.
- Martin, Pierre (2005): „Le choix de Chirac ou Pourquoi Jacques Chirac a-t-il choisi la voie référendaire pour la ratification du Traité constitutionnel?“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 26-41.
- Mauduit, Laurent (2005): *Jacques le Petit*, Paris.
- Mauß, Hanns W./Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (Hg.) (1997): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen.
- Ders. (2001): „Außenpolitische Kultur“, in: Korte, Karl-Rudolf/Weidenfeld, Werner (Hg.) (2001): *Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen*, Bonn, S. 645-672.
- Maurer, Andreas (1996): „Reformziel Effizienzsteigerung und Demokratisierung: Die Weiterentwicklung der Entscheidungsmechanismen“, in: Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn, S. 23-40.
- Ders. (2002): *Optionen und Grenzen der Einbindung der nationalen Parlamente in die künftige EU-Verfassungsstruktur*, Berlin.
- Ders. (2003): *Aufschnüren oder Dynamisieren? Chancen und Risiken der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsvertrag*, SWP-Aktuell 38, Berlin.
- Ders. (2004): *Die Gravitationskraft der Staaten in der Europäischen Union. Chancen und Gefahren der EU-Gruppenbildung*, Berlin.
- Ders. et al. (2006): *Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Wege aus der Krise II*, Diskussionspapier der FG 1 der SWP, 11. akt. Aufl., Berlin April 2006.

- Mayaffre, Damon (2004): *Paroles de président. Jacques Chirac (1995-2002) et le discours présidentiel sous la Ve République*, Paris.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*, 5. Aufl., Weinheim und Basel.
- Méchet, Philippe (1995): „L’opinion européenne en France“, in: *L’année européenne 1995, Revue du Groupe des Belles Feuilles*, S. 11-18.
- Ders. (1997): „Jacques Chirac, l’humeur et l’opinion“, in: *SOFRES: L’état de l’opinion 1997*, Paris, S. 9-30.
- Ders. (1998): „Le retour inattendu de la gauche“, in: *SOFRES: L’état de l’opinion 1998*, S. 23-47.
- Ders. (2000): „Européennes 1999: entre démobilisation et dispersion“, in: *SOFRES: L’Etat de l’Opinion 2000*, Paris, S. 11-31.
- Menendez-Alarcon, Antonio V. (2004): *The Cultural Realm of European Integration*, Westport, Connecticut/London.
- Meimeth, Michael/Neßhöver, Christoph (1997): „Die gesamteuropäische Dimension französischer Sicherheitspolitik: Mitterrands Konföderationsprojekt und Balladurs Stabilitätspakt“, in: Hanns W. Maull/Michael Meimeth/Christoph Neßhöver (Hg.) (1997): *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen, S. 149-171.
- Ders. (2003): „Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Offene Fragen und verdeckte Widersprüche“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/2003, S. 21-30.
- Ders. (2004): „Europas internationale Handlungsfähigkeit. Deutsche und französische Perspektiven“, in: *Dokumente* 4/2004, S. 12-17.
- Ders. (2005): „Sicherheits- und Verteidigungspolitik im neuen Umfeld“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 402-417.
- Ders./Schild, Joachim (Hg.) (2002): *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven*, Opladen.
- Meinert, Sascha (1998): „Synopsis über die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten in der Regierungskonferenz“, Dokument auf der CD-Rom zu Werner Weidenfeld (Hg.) (1998): *Amsterdam in der Analyse: Strategien für Europa*, Gütersloh.
- Mény, Yves (2005): „Interessengruppen in Frankreich. Von Pluralismus keine Spur“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 286-301.
- Mergel, Thomas (2004): „Kulturwissenschaften der Politik: Perspektiven und Trends“, in: Friedrich Jaeger/Jürgen Straub (Hg.) (2004a): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 3: Themen und Tendenzen*, Stuttgart/Weimar, S. 413-425.
- Mergier, Alain (2005): „Pourquoi le ‚non‘ était possible“, in: Alain Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit non. Comprendre le référendum du 29 mai 2005*, Fondation Jean Jaurès, Paris 2005, S. 14-25.
- Meyers, Reinhard (2010): „Internationale Beziehungen/Internationale Politik“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 427-437.
- Miard-Delacroix, Hélène (2011): *Deutsch-Französische Geschichte. 1963 bis in die Gegenwart*, Darmstadt.
- Mink, Georges/Neumayer, Laure (2002): „Contagion anti-européenne en Europe centrale“, in: *Politique étrangère* 3/2002, S. 665-681.

- Mittag, Jürgen (2008): *Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart*, Münster.
- Mitterrand, François (1995): *Discours 1981 – 1995*, Paris.
- Ders. (1996): *Onze discours sur l'Europe (1982 – 1995)*, Napoli.
- Moïsi, Dominique (1995): „De Mitterrand à Chirac“, in: *Politique étrangère* 4/1995, S. 849-855.
- Moreau Defarges, Philippe (1985): „...J'ai fait un rêve...’ Le président François Mitterrand, artisan de l'Union européenne“, in: *Politique étrangère* 2/1985, S. 359-375.
- Ders. (1994): *La France dans le monde au XXe siècle*, Paris.
- Ders. (1995): „La France et l'Union européenne, entre le traité de Maastricht et la conférence intergouvernementale de 1996“, in: CIRAC/DFI/DGAP/IFRI (Hg.) (1995): *Agir pour l'Europe. Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide*, S. 347-358.
- Ders. (1996): „L'Union européenne tétanisée“, *Politique étrangère* 1/1996, S. 19-22.
- Ders. (1996a): „La France, province de l'Union européenne?“, in: *Politique étrangère* 1/1996, S. 37-48.
- Ders. (2000): *Relations internationales. 2. Questions mondiales*, 4. aktualisierte Aufl., Paris.
- Morel, Laurence (2005): „Les usages du référendum sous la Cinquième République: un Président en perte d'initiative“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 7-25.
- Morin, Edgar (1990): *Penser l'Europe*, 2. Aufl., Paris.
- Münch, Richard (2005): „Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 19-44.
- Müller, Harald (2003): *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten*, Baden-Baden.
- Dies. (2004): *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden.
- Dies. (2005): „Frankreich in der Europäischen Union“, in: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 384-401.
- Dies./Moreau, Patrick (2000): *Frankreich. Eine politische Landeskunde. Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte*, 2. durchgesehene Aufl., Opladen.
- Neumann, Wolfgang (Hg.) (2004): *Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Deutschland und Frankreich*, Wiesbaden.
- Ders. (2006): *Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension*, Ludwigsburg.
- Neunreither, Karlheinz (1998): „Der Vertrag von Amsterdam als Zwischenetappe auf dem Weg zur EU-Osterweiterung“, in Romain Kirt (Hg.) (1998): *Der Vertrag von Amsterdam – Ein Vertrag für alle Bürger. Analysen und Kommentare*, Wien, S. 157-176.
- Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hg.) (1994): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin.
- Nies, Susanne (2004): „Deutschland – Frankreich – Osteuropa. Historische Dimensionen und neue Optionen“, in: *Dokumente* 3/2004, S. 11-16.
- Dies. (2005): „Die Kosten Europas. Frankreich, Deutschland und der ewige Streit um die Gemeinsame Agrarpolitik“, in: *Dokumente* 6/2005, S. 72-78.

- Dies. (2007): „French Uncertainty as a Liability for the German EU Presidency“, in: *Foreign Policy in Dialogue*, Vol. 8, Issue 21: The German EU-Presidency 2007. Priorities and External Expectations, S. 15-18.
- Noelle-Naumann, Elisabeth (1995): „Öffentliche Meinung und Außenpolitik. Die fehlende Debatte in Deutschland“, in: *Internationale Politik* 8/1995, S. 3-12.
- Dies./Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hg.) (2003): *Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation*, 2. Aufl., Frankfurt/Main.
- Nohlen, Dieter (Hg.) (1996): *Wörterbuch Staat und Politik*, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Ders. (2010): „Kultur“, in: Ders./Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 537-539.
- Ders./Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München.
- Dies. (Hg.) (2010a): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 2, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München.
- Nullmeier, Frank (2004): „Methodenfragen einer kulturwissenschaftlichen Politologie“, in: Friedrich Jaeger/Jürgen Straub (Hg.) (2004): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 2: Paradigmen und Disziplinen*, Stuttgart/Weimar, S. 486-501.
- Palier, Bruno/Hall, Peter A./ Culpepper, Pepper D. (2006): „La France sans boussole, au milieu des marchés“, in: Culpepper, Pepper D./Hall, Peter A./Palier, Bruno (Hg.) (2006): *La France en mutation 1980-2005*, Paris, S. 13-36.
- Pappi, Franz Urban (1986): „Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten“, in: Max Kaase (Hg.) (1986): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise*, Opladen, S. 279-291.
- Parodi, Jean-Luc (2006): „Pourquoi les Français l’aiment ou ne l’aiment pas...“, in: *L’Histoire*, Numéro spécial: L’énigme Chirac. 40 ans de vie politique, Oktober 2006, S. 74-77.
- Paterson, William E./Jeffery, Charlie (1999): „Deutschland, Frankreich – und Großbritannien? Eine britische Sicht deutscher Europapolitik“, in: *Internationale Politik* 11/1999, S. 19-27.
- Patrick, Glenda M. (1984): „Political Culture“, in: Giovanni Sartori (Hg.) (1984): *Social science concepts. A systematic analysis*, Beverly Hills, S. 265-314.
- Pausch, Markus (2009): „Eurobarometer und die Konstruktion eines europäischen Bewusstseins“, in: Martin Weichbold (Hg.) (2009): *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen*, Wiesbaden, S. 539-552.
- Pernice, Ingolf (2000): „Die Notwendigkeit institutioneller Reformen. Aussichten für die Regierungskonferenz“, in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 11-20.
- Perrineau, Pascal (2005): „Le référendum français du 29 mai 2005 – l’irrésistible nationalisation d’un vote européen“, in: Ders. (Hg.) (2005): *Le vote européen 2004-2005. De l’élargissement au référendum français*, Paris, S. 229-244.
- Ders. (2005a): „Introduction“, in: Annie Laurent/Nicolas Sauger (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚Non‘ français*, Les Cahiers du CEVIPOF 42, Paris, S. 2-6.
- Ders. (Hg.) (2005): *Le vote européen 2004-2005. De l’élargissement au référendum français*, Paris.
- Ders./Ysmal, Colette (Hg.) (1995): *Le vote de crise. L’élection présidentielle de 1995*, Paris.
- Petersohn, Ulrich/Lang, Sibylle (2005): *Die Zukunft der ESVP nach den gescheiterten Referenden*, Berlin.

- Piar, Christophe/Gerstlé, Jacques (2005): „Le cadrage du référendum sur la Constitution européenne: la dynamique d’une campagne à rebondissements“, in: Laurent, Annie/Sauger, Nicolas (Hg.) (2005): *Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‘Non’ français*, Les Cahiers du CEVIPOF n°42, Paris, S. 42-73.
- Picht, Robert (1990): „Nationalstaat im Übergang. Frankreichs politische Kultur zu Beginn der neunziger Jahre“, in: *Sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen*, Jahrgang 19, Heft 4/1990, S. 222-227.
- Ders. (1991): „Frankreich 1990/91. Rolle und Rang in einer veränderten Welt“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen, S. 9-31.
- Ders. (1995): „Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, Opladen, S. 175-186.
- Piepenschneider, Melanie (1996): *Regierungskonferenz 1996. Synopse der Reformvorschläge zur Europäischen Union*, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung (Bereich Forschung und Beratung, Internationale Politik), 2. überarbeitete und aktualisierte Aufl., Sankt Augustin.
- Pisani-Ferry, Jean (2005): „Europe: une crise qui va loin“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 134-143.
- Pollack, Detlef/Müller, Olaf (2004): „Die unvollendete Einheit – ein später Triumph der DDR? Theoretische Konsequenzen aus der Analyse der politischen Kultur Ostdeutschlands“, in: Birgit Schwelling (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 207-230.
- Pradetto, August/Assmann, Mario (2004): „Die NATO-Osterweiterung. Trojanische Pferde für die transatlantische Herde?“, in: Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 129-155.
- Pye, Lucian W. (1968): „Political Culture“, in: D.L. Sills (Hg.) (1968): *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 12, New York/London, S. 218-225.
- Quaisser, Wolfgang/Wegner, Manfred (2004): *Welche Zukunft hat die EU? Gefahren für die wirtschaftliche Integration Europas*, Bonn.
- Quinlan, Michael (2002): „Kann Europa den Krieg gegen Irak verhindern?“, in: *Internationale Politik* 12/2002, S. 31f.
- Raupp, Juliana (2007): *Politische Meinungsforschung. Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation*, Konstanz.
- Rausch, Ulrike (2010): „Realistische Schule“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010a): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 2, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 882f.
- Regourd, Serge (2004): *De l’exception culturelle à la diversité culturelle. Problèmes politiques et sociaux*, Paris.
- Réguillon, Alain (2004): *Quelles frontières pour l’Europe? Europe-puissance ou Europe-marché?*, Paris.
- Reisz, Gesa (2006): *Solidarität in Deutschland und Frankreich. Eine politische Deutungsanalyse*, Opladen.
- Rémond, René (2006): „Ce que l’histoire retiendra“, in: *L’Histoire*, Sonderheft: „L’énigme Chirac. 40 ans de vie politique“, Oktober 2006, S. 79-81.
- Reynié, Dominique (2005): *29 mai 2005, un paysage dynamité*, Fondation Robert Schuman, http://constitution-europeenne.info/special/france_analyse.pdf, Zugriff 3.7.2007.
- Ricard-Nihoul, Gaëtane (2005): *Das französische Nein vom 29. Mai 2005: verstehen, handeln*, Paris.

- Rill, Bernd (Hg.) (2000): *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen*, München.
- Rioux, Jean-Pierre (1996): „Maastricht, et après?“, in: *L'Histoire*, n° 201, juillet/août 1996, S. 108/109.
- Ritzenhofen, Medard (1995): „An allen Fronten. Atomtests, Terror, Sparzwänge bedrängen den neuen Präsidenten“, in: *Dokumente* 6/1995, S. 444-447.
- Ders. (1996): „Viel Lärm um nichts? Trotz langer Streiks – die Reform bleibt auf dem Tisch“, in: *Dokumente* 1/1996, S. 4-7.
- Ders. (1997): „Der Triumph der Linken. Jacques Chirac wird bei den vorgezogenen Neuwahlen abgestraft“, in: *Dokumente* 3/1997, S. 180-185.
- Ders. (1998): „Chirac punktet, Jospin gewinnt. Zur politischen Lage im Kontext der Regionalwahlen“, in: *Dokumente* 2/1998, S. 92-96.
- Ders. (1998a): „Prestige und Staatsräson. Chiracs unvermeidlicher Europoker“, in: *Dokumente* 3/1998, S. 180-184.
- Ders. (1999): „Europa zwischen Berlin und Balkan. Der Krieg im Kosovo überschattet die ‚Agenda 2000‘“, in: *Dokumente* 2/1999, S. 96-99.
- Ders. (1999a): „Zwischen Kosovo und Korsika. Einigkeit an der Staatsspitze, Dissonanzen innerhalb der Lager“, in: *Dokumente* 3/1999, S. 180-183.
- Ders. (1999b): „Frankreich wählt Europa. Eine Weichenstellung für die nationale Politik“, in: *Dokumente* 4/1999, S. 268-273.
- Ders. (2000): „Nach dem Hoch der Klimasturz. Skandale und Zwistigkeiten lähmen Innen- und Europapolitik“, in: *Dokumente* 6/2000, S. 452-456.
- Ders. (2001): „Der Krieg und die Cohabitation. Alle gegen den Terrorismus, jeder für sich“, in: *Dokumente* 6/2001, S. 450-453.
- Ders. (2002): „Wahlkampf à l'américaine. Ohne Esprit und Elan zum Elysée“, in: *Dokumente* 2/2002, S. 6-10.
- Ders. (2002a): „Der Schock als Chance, der Triumph als Trompe-l'Œil. Die paradoxe Präsidentschaftswahl“, in: *Dokumente* 3/2002, S. 6-14.
- Ders. (2002b): „Keine baguette magique, nur kleine Brötchen. Raffarin übt sich in Realismus, Europa wartet auf Chirac“, in: *Dokumente* 5/2002, S. 6-10.
- Ders. (2002b): „Sonnenkönig und Provinzbaron. Auf Jacques Chirac und Jean-Pierre Raffarin kommt es an“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 6-13.
- Ders. (2003): „Doppelspitze für Europa, UNO-Banner im Irak. ‚Le nouveau Chirac‘ kämpft an vielen Fronten“, in: *Dokumente* 1/2003, S. 6-11.
- Ders. (2003a): „Die doppelte Herausforderung. Deutschland, Frankreich und der Irak-Krieg der USA“, in: *Dokumente* 2/2003, S. 5-10.
- Ders. (2003b): „Die Bewährungsprobe. Außenpolitische Realpolitik, soziale Reformen“, in: *Dokumente* 3/2003, S. 5-10.
- Ders. (2003c): „Konjunktur hat nur Cassandra. Immerhin läuft der deutsch-französische Motor rund“, in: *Dokumente* 5/2003, S. 5-9.
- Ders. (2004): „Risiko und Reifeprüfung. Das Referendum zum EU-Vertrag wird zum Politikum“, in: *Dokumente* 5/2004, S. 6-11.
- Ders. (2005): „‚Boulot‘ contre ‚déclin‘. Gegen die nationale Depression hilft nur mehr Arbeit“, in: *Dokumente* 4/2005, S. 6-11.
- Ders. (2005a): „Der Dauphin gegen den Favoriten. Dominique de Villepin und Nicolas Sarkozy im Wettlauf zum Elysée“, in: *Dokumente* 5/2005, S. 6-10.
- Ders. (2006): „Kein Ruhmesblatt. Frankreichs Tagespresse in der Dauerkrise“, in: *Dokumente* 4/2006, S. 46-52.
- Ders. (2007): „Adieu Jacques!“, in: *Dokumente* 2/2007, S. 4-7.
- Röseberg, Dorothee (2001): *Kulturwissenschaft Frankreich*, Stuttgart.

- Rohe, Karl (1987): „Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung politischer Kulturforschung“, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob, Schissler (Hg.) (1987): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 18/1987, 28. Jg., Opladen, S. 39-48.
- Ders. (1990): „Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung“, in: *Historische Zeitschrift* 250, S. 321-346.
- Ders. (1994): „Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts“, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, S. 1-21.
- Romer, Jean-Christophe/Schreiber, Thomas (1995): „La France et l'Europe centrale“, in: *Politique étrangère*, n° 4 1995, S. 917-925.
- Rosanvallon, Pierre (1990): *L'Etat en France de 1789 à nos jours*, Paris.
- Ders. (2004): *Le modèle politique français. La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours*, Paris.
- Rothacher, Albrecht (2001): „Vom Nutzen und Nachteil der Osterweiterung für die EU“, in: *Politische Studien*, Heft 376, 52. Jahrgang, März/April 2001, S. 73-85.
- Roux, Irmgard (2004): *L'élargissement de l'Union européenne et l'adhésion de la Pologne. Le point de vue de la France et de l'Allemagne*, Marburg.
- Rozès, Stéphane (2005): „La renationalisation du débat européen“, in: *Le Débat*, n°136, September/Oktober 2005, S. 29-43.
- Rupnik, Jacques (1995): „Paris et ‚l'autre Europe‘“, in: *Politique internationale* n° 67, Printemps 1995, S. 227-235.
- Ders. (1998): „La France de Mitterrand et les pays de l'Europe du Centre-Est“, in Samy Cohen (Hg) (1998): *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris, S. 189-216.
- Ders. (2004): „Introduction: Elites et opinions publiques face à un moment historique pour l'Europe“, in: Ders. (Hg.) (2004): *Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux*, Paris, S. 11-45.
- Ders. (Hg.) (2004): *Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux*, Paris.
- Ruß, Sabine (2009): „‚Equité, parité, diversité‘ oder: Wie die Republik ‚Gleichheit‘ definiert“, in: Joachim Schild/Henrik Uterwedde (Hg.) (2009): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?*, Baden-Baden, S. 65-86.
- Dies./Schild, Joachim et al. (Hg.) (2000): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*, Opladen.
- Salamé, Ghassan (1998): „Globalisme et régionalisme dans la politique mitterrannique de l'après-guerre froide“, in Samy Cohen (Hg.) (1998): *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris, S. 225-249.
- Salzborn, Samuel (Hg.) (2009): *Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Frankfurt/Main.
- Sander, Uwe/von Gross, Friederike/Hugger, Kai-Uwe (Hg.) (2008): *Handbuch Medienpädagogik*, Wiesbaden.
- Sarcinelli, Ulrich (2005): *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden.
- Sauder, Axel (1994): „Trilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Polen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland“, in: *Dokumente* 6/1994, S. 471-478.
- Ders. (1995): „Integration und Souveränität: Paradigmen der deutschen und französischen Sicherheitspolitik“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, Opladen, S. 153-173.
- Ders. (1995a): „Realismus statt Vision. Bonn und Paris bleiben aufeinander angewiesen“, in: *Internationale Politik* 9/1995, S. 31-36.

- Ders. (1995b): *Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993)*, Baden-Baden.
- Sauzay, Brigitte (2003): „Deutschland-Frankreich: Die Herausforderungen für die gemeinsame Zukunft“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 3-4/2003, S. 3-5.
- Schemeil, Yves (1985): „Les cultures politiques“, in: Grawitz, Madeleine/Leca, Jean (Hg.): *Traité de science politique*, Paris, S. 237-307.
- Schild, Joachim (1995): „La France, l'Allemagne et l'élargissement de l'Union européenne aux pays de l'AELE“, in: CIRAC/DFI/DGAP/IFRI (Hg.) (1995): *Agir pour l'Europe. Les relations franco-allemandes dans l'après-guerre froide*, Paris, S. 115-133.
- Ders. (1997): *Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation? Das gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskonzept*, Ludwigsburg.
- Ders. (1998): *Front National – Spaltpilz für die bürgerliche Rechte*, Ludwigsburg.
- Ders. (1999): *Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung*, Ludwigsburg.
- Ders. (2000): *Über Nizza hinaus. Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU*, Ludwigsburg.
- Ders. (2001): *„Den Rhein vertiefen und erweitern?“ – Deutsch-französische Beziehungen nach dem Nizza-Gipfel*, Ludwigsburg.
- Ders. (2001a): „Frankreich im Vorwahlkampf“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2001*, Opladen, S. 9-29.
- Ders. (2003): *40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Bilaterale und europapolitische Impulse des deutsch-französischen Jubiläums*, SWP-Aktuell 4, Februar 2003, Berlin
- Ders. (2003a): „Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich. Politische Eliten, Parteien, Bürger“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B3-4/2003, S. 31-39.
- Ders. (2003b): *„Ganz normale Freunde“. Deutsch-französische Beziehungen nach 40 Jahren Elysée-Vertrag*, Berlin.
- Ders. (2004): *La France, l'Allemagne et la Constitution européenne: un bilan mitigé, un leadership contesté*, Paris.
- Ders. (2005): „Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum“, in: *integration* 3/2005, S. 187-200.
- Ders. (2005a): „Der europäisierte Gaullismus: Zur Wechselwirkung zwischen nationalen und europäischen Formen des Regierens“, in: Ders./Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel*, Opladen, S. 211-232.
- Ders. (2005b): „Politische Parteien und Parteiensystem im Wandel“, in: Ders./Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 268-285.
- Ders. (2007): „Europa als Sündenbock. Europapolitik im Präsidentschaftswahlkampf“, in: *Dokumente* 2/2007, S. 17-21.
- Ders./Uterwedde, Hendrik (1998): *Chance zum Neubeginn: Deutsch-französischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn*, Ludwigsburg.
- Dies. (Hg.) (2005): *Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel*, Wiesbaden.
- Dies. (Hg.) (2006): *Frankreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, 2. aktualisierte Aufl., Wiesbaden.
- Dies. (Hg.) (2009): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?*, Baden-Baden.

- Dies. (2009a): „Reformpolitik in Frankreich: Praxis, Leitbilder, Diskurse“, in: Dies. (Hg.) (2009): *Die verunsicherte Französische Republik. Wandel der Strukturen, der Politik – und der Leitbilder?*, Baden-Baden, S. 9-37.
- Schirmer, Dietmar (1995): „Politik und Architektur. Ein Beitrag zur Symbolanalyse am Beispiel Washingtons“, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hg.) (1995): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*, Berlin/New York, S. 309-339.
- Schmuck, Otto (1996): „Die Regierungskonferenz 1996/1997: Reformbedarf, Rechtsgrundlagen, Tagesordnung, Erwartungen“ in: Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.) (1996): *Die Reform der Europäischen Union: Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*, Bonn, S. 9-22.
- Ders./Hillenbrand, Olaf (Hg.) (2000): *Die Zukunft der Europäischen Union. Osterweiterung und Fortsetzung des Einigungsweges als doppelte Herausforderung*, Bonn.
- Schneider, Robert (2005): *Le gâchis*, Paris.
- Scholl, Bruno (2003): „Wie tragfähig ist die neue institutionelle Architektur der EU? Der Verfassungsentwurf des Konvents im Spiegel nationalstaatlicher Präferenzen“, in: *Integration*, 3/2003, Juli 2003, 26. Jahrgang, S. 204-217.
- Schuppert, Gunnar Folke (2008): „Europa. Politische Kultur und Recht“, in: Friedrich Jaeger/Hans Joas (Hg.) (2008): *Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften*, Baden-Baden, S. 44-72.
- Schwarz, Hans-Peter (1999): „Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent“, in: *Internationale Politik* 11/99, S. 1-10.
- Schwarzer, Daniela (2004): „Frankreich und der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Paris und Berlin sägen an den Budgetregeln der Währungsunion“, in: *Dokumente* 5/2004, S. 28-34.
- Dies. (2004a): *Tauziehen um die EU-Verfassung in Frankreich. Die Ratifizierung des Vertrages als Spielball innenpolitischer Auseinandersetzungen*, Berlin.
- Dies. (2005): *Lehren aus den gescheiterten Verfassungsreferenden. Die Europäische Union muss politisiert werden*, Berlin.
- Dies. (2005a): „Vom Umgang mit der Europa-Malaise. Frankreichs Europa-Politik nach dem Verfassungsreferendum“, in: *Internationale Politik* 5/2005, S. 62-68.
- Dies. (2007): „Grund zur Vorsicht. Sarkozys europapolitisches Programm“, in: *Dokumente* 3/2007, S. 15-19.
- Schwelling, Birgit (2001): „Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem ‚cultural turn‘“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 11. Jg. (2001), Heft 2, S. 601-629.
- Dies. (2004a): „Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen“, in: Dies. (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden, S. 11-29.
- Dies. (Hg.) (2004): *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden.
- Seidendorf, Stefan (2006): *Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich nationaler und deutscher Printmedien*, Mannheim.
- Seidelmann, Reimund (2010): „Außenpolitik“, in: Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, Bd. 1, 4., aktualisierte und ergänzte Aufl., München, S. 47-50.
- SOFRES: *L'état de l'opinion* (1994ff.), Paris.
- Soutou, Georges-Henri (1993): „Die Opposition gegen Maastricht – Beweggründe und Argumente nach den Erfahrungen von 1993“, in: Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld

- (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, S. 87-97.
- Staack, Michael (2004): „Nein zur Hegemonialmacht. Deutschlands außenpolitische Entscheidungsprozesse im Irak-Konflikt“, in: Ders./Voigt, Rüdiger (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 203-230.
- Ders. /Voigt, Rüdiger (2004): „Im Schatten des Goliath. Europa nach dem Irakkrieg“, in: Dies. (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 9-16.
- Dies. (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden.
- Stahl, Bernhard (2006): *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden.
- Stark, Hans (1992): „Frankreich und der Osten Europas“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, Opladen, S. 115-125.
- Ders. (1999): „Frankreich-Deutschland – die schwierige ‚relance‘“, in: *Dokumente 3/1999*, S. 184-192.
- Ders. (2002): „Paris, Berlin et Londres vers l'émergence d'un directoire européen?“, in: *Politique étrangère 4/2002*, S. 967-982.
- Ders. (2004): *Kohl, l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982-1998*, Paris.
- Ders. (2004a): „Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status quo“, in: Michael Staack/Rüdiger Voigt (Hg.) (2004): *Europa nach dem Irak-Krieg. Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, S. 257-277.
- Stetter, Ernst (2002): *Frankreich im Wahljahr 2002: Kandidaten, Kohabitation und Wahlchancen*, Bonn, elektronische Ausgabe (<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01181.htm>), Zugriff 19.05.2004.
- Szarka, Joseph (1996): „The Winning of the 1995 French Presidential Election“, in: *West European Politics 1/1996*, S. 151-167.
- Szukala, Andrea (1997): „Frankreich“, in: Rudolf Hrbek (Hg.) (1997): *Die Reform der Europäischen Union: Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz*, Baden-Baden, S. 77-88.
- Telò, Mario (Hg.) (1994): *L'Union européenne et les défis de l'élargissement*, Brüssel.
- Témoin/Europartenaire/Friedrich-Ebert-Stiftung (2000): *L'avant-garde européenne, un nouveau centre de gravité pour l'Europe?*, Colloque Assemblée Nationale, Paris, 29 juin 2000, Paris.
- Thiel, Elke (2002): *Muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt geändert werden?*, SWP-Aktuell 49, November 2002, Berlin.
- Tiberj, Vincent (2005): „Les clivages sociologiques“, in: Gilles Finchelstein (Hg.) (2005): *Le jour où la France a dit ‚non‘*, Collection Fondation Jean-Jaurès/PLON, Paris, S. 42-55
- Tondre, Jacques Michel (2000): *Jacques Chirac dans le texte*, Paris.
- Toulemon, Robert: „Europe des Etats – Europe fédérale“, in: *Politique étrangère 3/2002*, S. 631-646.
- Trouille, Jean-Marc (2002): „France, Germany and the Eastwards Expansion of the EU: Towards a Common *Ostpolitik*“, in: Hilary Ingham/Mike Ingham (Hg.) (2002): *EU expansion to the East. Prospects and Problems*, Cheltenham/Northampton, S. 50-64.
- Tuppen, John (1991): *Chirac's France, 1986-88. Contemporary Issues in French Society*, London.
- Uhlemann, Josephine (2001): *Frankreich in Rumänien. Ein kulturhistorischer Abriss*, Wissenschaftliche Abschlussarbeit TU Dresden.

- Ullrich, Volker/Rudloff, Felix (Hg.) (2004): *Der Fischer Weltalmanach EU-Erweiterung*, Frankfurt/Main.
- Uterwedde, Henrik (1994): „Frankreich 1993-1994: Bruchlinien und Ungewißheiten am Ende der Ära Mitterrand“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1994*, Opladen, S. 11-32.
- Ders. (1995): „Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen: Chancen und Grenzen des Wandels“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/1995*, S. 3-10.
- Ders. (1995a): „Eine neue Wende in der Wirtschaftspolitik? Optionen und Spielräume des neuen Präsidenten“, in: *Dokumente 3/1995*, S. 190-195.
- Ders. (1997): *Wohin steuert Frankreich? Der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin*, Ludwigsburg.
- Ders. (1998): „Wirtschaftliche Ängste und ihre Hintergründe“, in: *Dokumente 1/1998*, S. 16-23.
- Ders. (2000): „Frankreichs Vision vom Wirtschafts- und Sozialraum Europa“, in: *Dokumente 4/2000*, S. 292-298.
- Ders. (2000a): „Neues Jahrhundert, erneuertes Frankreich?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2000*, Opladen, S. 7-29.
- Ders. (2001): „Neue Dynamik in der Europadebatte?“, in: *dfi aktuell 2/2001*, Ludwigsburg, S. 1.
- Ders. (2002): „Nach der Wahl: Primat der Innenpolitik?“, in: *dfi aktuell 3/2002*, Ludwigsburg, S. 1.
- Ders. (2003): „Frankreichs Rang in der Weltpolitik: zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Alfred Pletsch (2003): *Frankreich*, 2. überarb. und erg. Aufl., Darmstadt, S. 316-327.
- Ders. (2004): „Wie reformfähig ist Frankreich?“, in: *Dokumente 1/2004*, S. 66-73.
- Ders. (2005): „Kapitalismus à la française. Die mühsame Erneuerung eines Modells“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.) (2005): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 173-191.
- Ders. (2005a): „Europa und die ‚soziale Malaise‘ der Franzosen“, in: *Dokumente 3/2005*, S. 19-25.
- Ders. (2009): „Europäisierung – Herausforderung für die französische Politik“, in: *Frankreich-Jahrbuch 2008*, Wiesbaden, S. 13-28.
- Vaïsse, Maurice (2009): *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris.
- Védrine, Hubert (entretien avec) (2005): „Pour l'Europe: repartir du réel“, in: *Le Débat*, n°136, September/Oktober 2005, S. 20-28.
- Veen, Hans-Joachim/Weilemann, Peter R. (Hg.) (1993): *Die Neuordnung Europas. Meinungen und Perspektiven*, Bonn.
- Veit, Winfried (2004): *Frankreich zwischen innenpolitischer Reform und europäischer Selbstbehauptung*, Bonn.
- Ders. (2005): *Frankreich: immer noch die Ausnahme?*, Paris.
- Verheugen, Günter (2005): *Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee*, Köln.
- Vernet, Daniel (1995): „La France et l'Allemagne“, in: *Politique étrangère 4/1995*, S. 879-890.
- Ders. (1999): „Kluge Ausschöpfung begrenzter Souveränität. Die Europa-Politik der rot-grünen Koalition“, in: *Internationale Politik 11/1999*, S. 11-18.
- Ders. (2002): „Nach den Wahlen in Frankreich“, in: *Internationale Politik 7/2002*, S. 60-62.
- Ders. (2003): „Mitterrand, l'Europe et la réunification allemande“, in: *Politique étrangère 1/2003*, S. 165-179.
- Ders. (2006): „Französische Widersprüche“, in: *Europäische Rundschau 1/2006*, S. 109-112.

- Ders./Thomas Cantaloube (2004): *Chirac contre Bush. L'autre guerre*, Paris
- Vogel, Wolfram (2002): *Frankreichs Europapolitik nach der Wahl – Perspektiven für Deutschland und Europa*, Ludwigsburg.
- Ders. (2002a): „UMP: Vom strategischen Bündnis zur Einheitspartei?“, in: *dfi aktuell* 3/2002, Ludwigsburg, S. 2f.
- Ders. (2003): „EU-Pioniere? Deutschland und Frankreich an den Grenzen ihres Führungsanspruchs“, in: *dfi aktuell* 4/2003, S. 1.
- Ders. (2004): *Neue Dynamik im altem Europa. Deutsch-französische Beziehungen zwischen Jubiläum und Osterweiterung der EU*, Ludwigsburg.
- Ders. (2005): „Die deutsch-französischen Beziehungen“, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.): *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. aktualisierte und neu bearbeitete Aufl., Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 418-435.
- Von Gross, Friederike (2008): „Agenda-Setting“, in: Uwe Sander/Friederike von Gross/Kai-Uwe Hugger (Hg.) (2008): *Handbuch Medienpädagogik*, Wiesbaden, S. 282-285.
- Von Oppeln, Sabine (2002): „Die Kohabitation ist besiegt – was nun? Frankreich nach den Parlamentswahlen“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 18-24.
- Dies. (2003): „Deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung?“, in: *Dokumente* 2/2003, S. 11-18.
- Dies. (2005): „Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Verfassungsdebatte“, in: *Dokumente* 3/2005, S. 12-18.
- Dies./Sprungk, Carina (2005): *Constitution et construction européennes: regards français et allemands*, Paris.
- Wæver, Ole (2005): „European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe“, in: David Howarth/Jacob Torfing (Hg.) (2005): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Gouvernance*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/New York, S. 33-67.
- Wasinski, Maria (2007): *EU-Osterweiterung in der Presse. Die Berichterstattung in überregionalen deutschen Tageszeitungen*, Saarbrücken.
- Weber, Thomas/Woltersdorff, Stefan (Hg.) (2001): *Wegweiser durch die französische Medienlandschaft*, Marburg.
- Weichbold, Martin (Hg.) (2009): *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen*, Wiesbaden.
- Weidenfeld, Werner (1996): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1995/96“, in: Ders./Wessels (Hg.) (1996), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn/Berlin S. 13-24.
- Ders. (1997): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1996/97“, in: Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (1997): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97*, Bonn/Berlin, S. 13-26.
- Ders. (1997a): „Europas neues Gesicht“, in: *Internationale Politik* 11/1997, S. 1-6.
- Ders. (2006): „Europa: Identität und strategische Perspektive“, in: *Europäische Rundschau* 1/2006, S. 37-46.
- Ders. (2000): „Die Bilanz der Europäischen Integration 1999/2000“, in: Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (2000): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, Bonn/Berlin, S. 13-24.
- Ders. (2000a): „Erweiterung ohne Ende? Europa als Stabilitätsraum strukturieren“, in: *Internationale Politik* 8/2000, S. 1-10.
- Ders. (2001): „Die Bilanz der Europäischen Integration 2000/2001“, in: Ders./Wolfgang Wessels (Hg.) (2001): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*, Bonn/Berlin, S. 13-24.

- Ders. (2001a): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die europäische Integration nach Nizza“, in: Ders. (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh, S. 19-49.
- Ders./Claus Giering (1998): „Die Europäische Union nach Amsterdam – Bilanz und Perspektive“, in: Werner Weidenfeld (Hg.) (1998): *Amsterdam in der Analyse: Strategien für Europa*, Gütersloh 1998, S. 19-87.
- Ders. (Hg.) (1998): *Amsterdam in der Analyse. Strategien für Europa*, Gütersloh.
- Ders. (Hg.) (2001): *Nizza in der Analyse. Strategien für Europa*, 2. Aufl., Gütersloh.
- Ders. (Hg.) (2002): *Europa-Handbuch*, Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Ders./Wessels, Wolfgang (Hg.) (2002): *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 8. Auflage, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Dies. (Hg.) (1995ff): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn/Berlin.
- Weisenfeld, Ernst (1966): *de Gaulle sieht Europa. Reden und Erklärungen: 1958-1966*, Frankfurt/Main.
- Ders. (1986): *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München.
- Ders. (1990): *Charles de Gaulle. Der Magier im Elysée*, München.
- Ders. (1993): „Frankreich und Mitteleuropa – Der Plan für einen Europäischen Stabilitätspakt“, in: Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld (Hg.) (1993): *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn, S. 167-179.
- Ders. (1997): *Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart*, 3. völlig neubearbeitete und aktualisierte Auflage, München.
- Wesel, Reinhard (2004): „Deutschlands ‚außenpolitische Kultur‘. Zu Entwicklung und Wandel der Haltung der Deutschen zur internationalen Politik“, in: Breit, Gotthart (Hg.) (2004): *Politische Kultur in Deutschland*, Schwalbach/Taunus, S. 58-88.
- Weske, Simone (2011): *Europapolitik im Widerspruch. Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten*, Wiesbaden.
- Wielgoß, Tanja (1997): *Die Europäische Union vor ihrer ersten Osterweiterung: Vorbereitung, Probleme und Konsequenzen*, Berlin.
- Dies. (2002): *PS und SPD im europäischen Integrationsprozeß. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989-2001*, Baden-Baden.
- Wollbold, Birgit M. (2000): „Pariser Anti-Maastricht-Debatten: Eine republikanisch-souveränistische ‚exception française‘“, in: *Dokumente* 4/2000, S. 305-311.
- Woltersdorff, Stefan (2001): „Die französische Presse zwischen Globalisierungsdruck und Selbstbehauptung“, in: Thomas Weber/Stefan Woltersdorff (Hg.) (2001): *Wegweiser durch die französische Medienlandschaft*, Marburg, S. 31-66.
- Woyke, Wichard (1987): *Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand*, Opladen.
- Ders. (2000): *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt*, Opladen.
- Ders. (Hg.) (2000): *Handwörterbuch Internationale Politik*, 8. Aufl., Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Opladen.
- Ders. (Hg.) (2003): *Osterweiterung der Europäischen Union*, Schwalbach/Ts.
- Wurpts, Klaus (2002): „Frankreich und der ‚Krieg gegen den Terrorismus‘“, in: *Dokumente* 4/2002, S. 65-71.
- Ders. (2002a): „Stichwort: Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“, in: *Dokumente* 5/2002, S. 22f.

- Zervakis, Peter A./von Gossler, Sébastien (2003): „40 Jahre Elysée-Vertrag: hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B3-4/2003, S. 6-13.
- Ziebur, Gilbert (1992): „Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich“, in: Ders. (2003): *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen, S. 229-252.
- Ders. (1995): „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Ende der Ära Mitterrand. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1995*, Opladen, S. 9-32.
- Ders. (1997): *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, überarb. und aktualisierte Neuausgabe, Stuttgart.
- Ders. (2003): *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen.
- Ders. (2003a): „(Um)Wege zu einer sozialwissenschaftlichen Frankreich-Forschung“, in: Ders. (2003): *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen, S. 9-22.
- Ders. (2003b): „Frankreich am Beginn des 21. Jahrhunderts. Zwischen Europäisierung, Globalisierung und nationaler Selbstbehauptung. Eine Problemskizze“, in: Ders. (2003): *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen, S. 297-324.

Versicherung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet. Die Arbeit wurde bisher weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt. Die vorliegende Arbeit wurde an der Technischen Universität Dresden, Fakultät Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften, unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo Kolboom angefertigt. Frühere Promotionsverfahren haben nicht stattgefunden.

Dresden, im Oktober 2011

Eva Hommer